Karl Friedrich Becker's
Weltgeschichte.

Achte neu bearbeitete, bis auf die Gegenwart fortgeführte Ausgabe.

Herausgegeben
von

Adolf Schmidt,
ordentl. Professor der Geschichte an der Universität Jena.

Mit der Fortsetzung
von

Eduard Arnd.

Neuer Abdruck.

Achtzehnter Band.

Leipzig,
Verlag von Duncker und Humblot.
1869.

Geschichte

der neuesten Zeit

1789 bis 1860

von

Eduard Arnd.

Fünfter Band.

Leipzig,

Verlag von Duncker und Humblot.

1869.

Inhalt des achtzehnten Bandes.

Neueste Geschichte. Dritter Zeitraum.

Beginn und Wachsthum der Reaktion in Europa nach Napoleon's Sturz.

Seite

Neueste Geschichte. Vierter Zeitraum.

Die neuesten Begebenheiten seit der Februar-Revolution.

Neueste Geschichte.

Dritter Zeitraum.

Beginn und Wachsthum der Reaktion in Europa nach Napoleon's Sturz.

23. Spanien während der letzten Jahre Ferdinand VII. — Hinneigung der apostolischen Partei zu dem Infanten Don Karlos. — Ferdinand VII. Vermählung mit der neapolitanischen Prinzessin Marie Christine. — Aufhebung des seit Philipp V. bestehenden Erbfolgegesetzes. — Ferdinand VII. Tod. — Thronbesteigung seiner ältesten Tochter unter dem Namen Isabella II. — Regentschaft der Königin-Mutter Marie Christine. — Ansprüche des Infanten Don Karlos. — Die baskischen Provinzen. — Zumalacarregui. — Mehrjähriger Kampf zwischen den Anhängern der Königin Isabella und des Infanten Don Karlos. — Königliches Statut. — Volks- und Militairaufstände. — Verfassungsveränderungen. — Espartero. — Maroto. — Vertrag von Bergara. — Vertreibung des Infanten Don Karlos aus Spanien und Besiegung seiner Partei.

Ferdinand VII. war 1823 durch ein französisches Heer von 100,000 Mann in seine unumschränkte Gewalt wieder eingesetzt worden. Die demokratische Konstitution von Kadix würde sich allerdings auch ohne die bewaffnete Dazwischenkunft der Franzosen nicht lange lebensfähig gezeigt, und Modifikationen im monarchischen Sinne erfahren haben. Aber es ist eben so gewiß, daß der Absolutismus, ohne die fremde Intervention, und die Hülfe, welche dieselbe den reaktionairen Elementen in Spanien angedeihen ließ, nicht wieder sein Haupt erhoben haben würde. Die extremen Parteien würden sich durch ihre gegenseitigen Reibungen allmälig geschwächt, und, da in der neueren Geschichte Spaniens keine so tiefen und hartnäckigen Gegensätze wie in der Frankreichs vorhanden sind, endlich verschwunden sein. Das konstitutionelle Princip hatte, obgleich durch die Uebertreibungen in seiner Anwendung auf Irrwege geführt, in den höheren und mittleren

Klassen der Nation, wie die Folgezeit bewiesen, tiefe Wurzeln geschlagen, und würde, ohne seinen gewaltsamen Umsturz durch einen auswärtigen Angriff nach und nach die Massen mit einem Verständniß für die Bedingungen seines Daseins erfüllt haben. Es war dies um so wahrscheinlicher, da es kein Land giebt, wo die verschiedenen Stände einander im gewöhnlichen Leben so nahe wie in Spanien stehen, und wo sie, ungeachtet der Ungleichheit des Ranges, Vermögens und Bildungsgrades, von dem gemeinsamen Bande der Nationalität so fest umschlungen werden.

Ein gemäßigter Absolutismus kann, wo er den Volksgeist einmal gefesselt hat, durch das Bedürfniß der Ruhe und die Macht der Gewohnheit lange die Lage der Dinge überleben, unter welcher er entstanden und gewissermaßen nothwendig geworden war. Aber das System, welches Ferdinand VII. und die Partei, durch welche er regierte, befolgten, war zu roh und gewaltsam, regte zu sehr zum Widerspruche auf, kehrte seine verderblichen Seiten zu rücksichtslos heraus, um von Dauer sein zu können. Das spanische Volk hatte in der Epoche von 1808 bis 1814 zu Großes gethan und erlebt, und war von dem furchtbaren Kriegssturme zu sehr geweckt worden, um in den früheren Halbschlummer zurückfallen zu können.

Die reaktionaire Partei in und außer Spanien, welche 1823 den Krieg gegen die Kortes herbeiführte, hatte von der Wiederherstellung des Absolutismus die Beruhigung Spaniens und Erstickung der liberalen Ideen erwartet. Es trat aber das äußerste Gegentheil ein. Spanien war während der Zeit, wo Ferdinand VII. eine unumschränkte Gewalt ausübte, von Ausbrüchen innerer Gährung, von Verschwörungen, Aufständen, Hinrichtungen, noch mehr als unter der Herrschaft der Kortes erfüllt. Nach dem Tode dieses Königs sollten dieselben Grundsätze, welchen er einen Vertilgungskrieg angekündigt, und deren Verfechter er in Tod oder Verbannung getrieben hatte, ungeachtet aller einzelnen Hemmungen und Hindernisse, zum Durchbruch und zur Geltung kommen. Es trat die eigenthümliche Erscheinung ein, daß der Thron einer Königin nur durch Männer vertheidigt und erhalten werden konnte, die ihr Vater, während seines Lebens, dem Henker zu überliefern bereit gewesen war.

Ferdinand VII. hatte, nachdem seine Familie von Napoleon des Throns beraubt worden, beinahe acht Jahre in einer obwohl immer königlichen Gefangenschaft in Frankreich zugebracht, mit Allem versehen, was ihm, seinem Range und seinen Gewohnheiten nach, als nothwendig erscheinen konnte, — ausgenommen die Freiheit. Jeder andere einigermaßen begabte Fürst, und es fehlte Ferdinand VII. nicht an natürlichem Talent, würde eine solche Lage zur Vermehrung seiner Kenntnisse, zu belehrenden Ver-

gleichungen, zwischen dem Geist, der Geschichte, der Gesetzgebung des Volkes, über welches er regiert hatte, und desjenigen, unter welchem er als ein Verbannter lebte, angewandt haben. Es hätte dies ihm um so näher gelegen, da ihm, bei der großartigen Erhebung der spanischen Nation gegen Napoleon, die Aussicht auf eine Wiedereinsetzung in seine frühere Stellung nie ganz verschwunden war. Auf solche Weise hatte einst Ludwig XVIII. seinen Aufenthalt in England zu benutzen verstanden, und daraus die Aufklärung geschöpft, die ihm später eine zehnjährige, unter den schwierigsten Umständen geführte Regierung möglich machen sollte. Selbst der unglückliche Ludwig XVI. hatte, während seiner hoffnungslosen Gefangenschaft im Temple, eifrig dem Studium der Geschichte obgelegen, wie das Inhaltsverzeichniß der ihm gelieferten Bücher beweist. Von Ferdinand VII. war nichts Aehnliches geschehen. Er hatte die langen Jahre in Valençay in vollkommener Unthätigkeit zugebracht. Die Zeit, welche ihm seine vielfältigen Andachtsübungen und körperlichen Erholungen übrig ließen, war von ihm mit den leersten Zerstreuungen ausgefüllt worden. Nach seiner Rückkehr nach Spanien war ihm nie der Gedanke eingefallen, zwischen dem, ungeachtet der von Napoleon begangenen politischen Fehler, im Innern trefflich organisirten Frankreich und dem Chaos, welches die alte spanische Monarchie darbot, eine Vergleichung anzustellen, und die mit seiner Vorliebe für eine unumschränkte Gewalt verträglichen Verbesserungen eintreten zu lassen. Es war ihm als das Bequemste erschienen, den ganzen alten Zustand mit allen seinen Mißbräuchen und Widersprüchen wiederherzustellen. Alle Gegenstände der inneren und äußeren Politik überließ er seinen Vertrauten und Günstlingen und bekümmerte sich um die Regierung nur in so weit, als sie Maßregeln zur Unterdrückung und Verfolgung der Anhänger des konstitutionellen Systems betraf.

Ferdinand VII. hätte indessen, als er 1814 nach Spanien zurückkehrte, selbst von seinem Standpunkte aus, nichts zu strafen und zu rächen gehabt. Er konnte die Konstitution von Kadix, als mit seinen Rechten unverträglich, verwerfen, durfte aber nicht vergessen, daß er, ohne die Begeisterung, mit welcher die Nation von den Kortes bei Vertheidigung ihrer Unabhängigkeit gegen die Franzosen erfüllt worden, nie seinen Thron wiedererlangt haben würde. Wenn die Kortes damals nicht die oberste Gewalt an sich genommen, und dadurch in die Regierung so viel Einheit und Ordnung, als der Krieg verstattete, gebracht hätten, so würde selbst die englische Hülfe vergeblich gewesen sein, und Napoleon seinen Zweck, die Eroberung Spaniens und die Erhebung seiner Dynastie auf den spanischen Thron, vollständig erreicht haben. Ungeachtet dessen hatte Ferdinand VII.

nach seiner Rückkehr die Kortes als Usurpatoren, und einen großen Theil derer, welche seine Rechte gegen Napoleon vertheidigt hatten, als Feinde behandelt.

Die Verblendung des Geistes und Verderbtheit des Charakters ging bei Ferdinand VII. so weit, daß er selbst aus der Epoche von 1820 bis 1823 keine Aufklärung und Belehrung zu ziehen verstand. Ohne Rücksicht auf die Ursachen, welche 1820 die Erneuerung der Konstitution von Kadix, den Abfall des Heeres und den Aufstand ganzer Provinzen veranlaßt hatten, führte er die Regierung, nachdem er durch fremde Hülfe in die verlorene Machtvollkommenheit wiedereingesetzt worden, in gewohnter Weise fort. Er dachte nicht im entferntesten daran, durch Verbesserungen in der Verwaltung, wie dies ihm leicht möglich gewesen wäre, die Ausübung seiner unumschränkten Gewalt mit den Bedürfnissen des Landes in Uebereinstimmung zu bringen. Ferdinand VII. war 1823 nach seiner Befreiung einzig von dem Gefühl geleitet worden, nicht nur an denen, welche ihn persönlich verletzt, sondern auch an allen, welche den konstitutionellen Ideen auf irgend eine Art gedient, oder denselben Vorschub geleistet hatten, eine so weit ausgedehnte Rache als möglich zu nehmen. Alle diejenigen, welche nicht, wie er selbst, unbedingte Anhänger des Alten waren, wurden von ihm als Gegner angesehen. Da er sich bewußt war, denen, welche während seiner Gefangenschaft seinen wankenden Thron und die spanische Nationalität mit der größten Anstrengung gestützt hatten, mit dem schwärzesten Undanke gelohnt zu haben, da es nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit lag, daß das Volk, über seine Lage und seine Rechte aufgeklärt, ihn zu einer strengen Rechenschaft ziehen könnte, so glaubte er jede freie Bewegung, jeden geistigen Fortschritt im Keime ersticken zu müssen. Die durch ihn von Anfang seiner Regierung an begangenen zahllosen Ungerechtigkeiten hatten für ihn eine beständige Steigerung der Willkühr und Härte nothwendig gemacht. Er besorgte, daß jede Nachgiebigkeit, jedes Zugeständniß an den Geist der Zeit ihm den Untergang bringen würde. Daher der Haß, mit welchem er jede Regung der Freiheit verfolgte, ein Haß, der noch mehr aus persönlichen Gründen, als aus politischen Ueberzeugungen entsprang.

Ferdinand VII. hatte gleich nach seiner Befreiung durch den Herzog von Angouleme alle vom Tage der Annahme der Konstitution an getroffenen Maßregeln für ungültig erklärt, und die früheren Einrichtungen sammt und sonders wiederhergestellt. Der Rath von Kastilien, welcher insofern in Spanien eine ähnliche Stellung wie das Pariser Parlament in der altfranzösischen Monarchie einnahm, als ihm die Beschlüsse des Staats-

rathes zur Begutachtung vorgelegt werden sollten, bildete nach wie vor dem Namen nach die oberste Reichsbehörde, übte aber geringen Einfluß aus. Obgleich, wie alle anderen Staatsstellen, mit entschiedenen Gegnern der Kortes besetzt, schien er der äußersten Fraktion der absolutistischen und klerikalen Partei in dem Eifer für Altar und Thron nicht weit genug zu gehen, und wurde häufig der Lauheit angeklagt.

Unter den Ministern neigten sich die Einen mehr zur Milde in Anwendung des herrschenden Systems, so weit solche damals geübt werden konnte, die Anderen mehr zur Strenge hin. An der Spitze der gemäßigten Partei stand der Graf von Ofalia, ein Diplomat von freiem Blick, der im Auslande gelebt hatte, und mit dem Absolutismus gern einige administrative Reformen verbunden hätte. Er konnte mit seinen Ansichten nicht durchdringen. Tadeo de Calomarde, von dunkler Herkunft und beschränkter Einsicht, aber dem Könige durch seinen Haß gegen alle Neuerungen werth, arbeitete Ofalia bei jeder Gelegenheit entgegen, und wußte ihn bald ganz zu verdrängen. Calomarde war in seiner Eigenschaft als Justizminister besonders mit Anwendung der gegen die Anhänger der Kortes gegebenen Gesetze beauftragt, und wurde von der extremen Partei mit großem Vertrauen betrachtet. Zahllose Erlasse, Hinrichtungen, Kerkerstrafen, Vermögenseinziehungen, Verbannung betreffend, wurden von ihm unterzeichnet. Er suchte eine Zeit lang dem Könige und der Geistlichkeit gleichmäßig zu willfahren. Es wurde ihm dies oft schwer gemacht. Denn Ferdinand VII. stimmte zwar mit den Leitern der klerikalen Partei in der Verfolgung der Konstitutionellen, aber nicht über die letzten Zwecke der Reaktion überein, eine Meinungsverschiedenheit, welche sich erst später deutlich herausstellen sollte, aber schon damals vorhanden war. Während die Hierarchie diesen König, welcher ihr weder durch seinen Charakter noch sein Regierungssystem vollkommen zusagte, nur als Mittel zur Ausrottung des Liberalismus zu brauchen, und die Früchte ihres Sieges einst seinem Bruder dem Infanten Don Karlos zuzuwenden dachte, wollte Ferdinand VII., ungeachtet seiner Strenggläubigkeit, sich die Geistlichkeit, in weltlicher Beziehung, eben so wie alle anderen Stände, unterordnen, und sah sie nur als eine Stütze, aber nicht als das Ziel des Absolutismus an. Calomarde schmeichelte dieser Neigung des Königs, rieth ihm bei einigen Gelegenheiten zum Widerstande gegen die Eingriffe des römischen Hofes in das spanische Kirchenwesen, sollte sich aber zuletzt entschieden auf Seite der Hierarchie und des Don Karlos schlagen, und seine so schwer errungene und mühsam behauptete Stellung ganz verlieren.

Neben und über dem Ministerium und überhaupt allen öffentlichen

Behörden stand die aus Prälaten, Mönchen, Militairs, Hofleuten bestehende Camarilla, zu welcher aber auch zuweilen Personen aus den niedrigsten Verhältnissen hinzugezogen wurden, durch welche man dem Könige Dinge mitzutheilen pflegte, die er vielleicht von höher gestellten Personen mit Mißtrauen aufgenommen hätte. Ferdinand VII. zeigte, wie sein Verwandter und Zeitgenosse, der König Ferdinand I. beider Sicilien, eine auffallende Neigung zur Berührung und Unterhaltung mit Leuten aus den unteren Volksklassen, deren Sprache, Sitte und Anschauungsweise ihm angenehm und geläufig war, und zu welchen er, ungeachtet des unermeßlichen Unterschiedes der äußeren Stellung, geistig zu gehören schien. Es geschah nicht selten, daß er einen ihm scheinbar zufällig aufstoßenden Wasserträger oder umherwandelnden Verkäufer zu sich winkte, und ihn um seine Meinung über die Maßregeln der Behörden, über das, was in der Menge von dem Gange der Regierung geurtheilt wurde, befragte. Er bildete sich ein, auf diese Weise etwas von der öffentlichen Stimmung aus unmittelbarster Quelle zu erfahren. Er irrte sich. In der Regel waren dies Leute, die von bedeutenden Persönlichkeiten zu einer solchen Berührung mit dem Könige angestiftet, und denen der Inhalt ihrer Mittheilungen vorher angegeben worden war. Es kam aber vor, daß durch den Eindruck, den solche Gespräche in dem Könige zurückließen, der Sturz der ersten Civil- und Militairbeamten entschieden wurde.

In der Camarilla traten damals besonders der königliche Beichtvater Viktor Saez, der glühendste Feind der konstitutionellen Partei, aber im Uebrigen unterrichteter als gewöhnlich spanische Priester, und ein noch junger und früher ganz unbedeutend gewesener Mann Namens Ugarte hervor, der, äußerst fein und verschlagen, Ferdinand VII. eine Zeit lang unentbehrlich geworden war. Auch gehörten dazu einige junge Adelige ersten Ranges: wie der Herzog von Alagon, der Graf von Casa Irujo, der Marquis von Montenegro, die, dem Könige durch ihre Heiterkeit angenehm, ihn mit Dem, was in den höheren Kreisen der Gesellschaft gethan und gesprochen wurde, bekannt machten, aber unter einer dem Anschein nach absichtslosen Form immer politische Zwecke verfolgten. Die Mitglieder dieser Camarilla wechselten übrigens häufig, je nach der Laune und dem Belieben des Königs, der, im höchsten Grade zum Mißtrauen geneigt, keine dauernden Neigungen hegte, und sich darin gefiel, die mit ihm in Berührung kommenden Personen plötzlich emporsteigen oder sinken zu lassen. Es war deshalb nicht immer leicht zu sagen, wie gerade die Camarilla zusammengesetzt war. Manche ihrer Mitglieder, wie Viktor Saez und Casa Irujo, sollten für eine Zeit lang Minister werden. Im Ganzen machte

sie immer nur die zwar einflußreiche aber private Umgebung des Königs aus.

Die Camarilla stützte sich, wie die Regierung selbst, außer der persönlichen Gunst des Königs, auf „die Apostolischen", sogenannt, weil sie in der vollständigen Wiederherstellung der Inquisition, des Mönchsthums, der früheren Herrschaft der Kirche, das einzig mögliche Heil für Spanien erkennen wollten. An ihrer Spitze standen der Franziskanermönch Cyrillo, der, ungeachtet des Klosterlebens, mit der Politik der größeren europäischen Höfe bekannt war; der General Eguia, welcher schon 1814 bei Ferdinand VII. in Valencia gewesen; der Marquis von Mata Florida, welcher zu derselben Zeit dem Könige die Adresse der sogenannten „Perser", in welcher die Abschaffung der Konstitution von Kadix verlangt wurde, übergeben hatte. Diese Partei, die in ganz Spanien verzweigt war, besaß in Madrid einen Ausschuß, im Publikum „apostolische Junta" genannt, der, ohne officiell anerkannte Gewalt, durch seinen Einfluß die inneren und äußeren Verhältnisse des Landes leitete. Kein königliches Dekret ward vorbereitet oder unterzeichnet, ohne Cyrillo, Eguia u. s. w. vorher über ihre Meinung gehört zu haben. Die Apostolischen waren Absolutisten, weil sie die unumschränkte Königsmacht zur Ausführung ihrer Absichten für unentbehrlich hielten, aber es ward von ihnen die Monarchie nur als Mittel für die Theokratie in Betracht gezogen. Es schwebte ihnen als Ideal die Epoche Philipp II. und seiner nächsten Nachfolger vor, und sie wollten die Anhänger der neuen Ideen im neunzehnten Jahrhundert, eben so wie ihre Vorgänger einst die Mauren und Protestanten, bekehren oder ausrotten, besonders aber Letzteres, da dies leichter zu sein schien.

Es hatte in Spanien, im sechszehnten und siebenzehnten Jahrhundert, ungeachtet der Inquisition und alles sonstigen Druckes, immer ein großes geistiges Leben, wie die Poesie und Kunst jener Zeit beweisen, gegeben. Es war dies die Nachwirkung des unter Karl V. und Philipp II., durch die Eroberung Amerika's und die Kämpfe der Provinzen und Komunen für ihre Freiheiten, im spanischen Volke entstandenen Aufschwunges gewesen. Diese Elemente der Anregung und Erhebung, welche damals dem einbrechenden Verderben eine Zeit lang das Gleichgewicht hielten, waren aber längst verschwunden, und die Nation würde, wenn sie einem so seelenlosen Despotismus, wie dem der apostolischen Junta, auf lange hätte verfallen können, einem moralischen Tode entgegen gegangen sein. Da dies aber in unserer Zeit, wo die Volksgeister nicht ersterben, sondern sich neu beleben, nicht wohl möglich war, so konnte die klerikale und absolutistische Reaktion, ungeachtet der sie begünstigenden Umstände, ihre Zwecke

selbst für den Augenblick nur unvollständig erreichen, und es sollten ihre Bestrebungen zuletzt das Gegentheil von Dem, was sie sich vorgesetzt hatte, herbeiführen.

Gewöhnlich wird in neuerer Zeit in den Ländern, in welchen Bewegungen im Sinne der Freiheit stattfinden, das stehende Heer als Mittel zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Despotismus angewandt. In Spanien konnte dies nicht der Fall sein, da es 1820 die Armee gewesen, welche Ferdinand VII. zur Annahme der Konstitution von Kadix gezwungen hatte. Obgleich dieselbe seit 1823 durchaus neu organisirt, Generale und Officiere einer sorgfältigen Prüfung ihres politischen Verhaltens unterworfen worden, vor der selbst Palafox, der Vertheidiger Saragossa's, nicht bestand, und die Soldaten großentheils neu angeworben waren, so konnte sich die Reaktion doch nicht auf das stehende Heer verlassen. Es ward deshalb von der apostolischen Partei eine besondere Miliz, die königlichen Freiwilligen genannt, errichtet und über ganz Spanien verbreitet. Diese, obgleich regelmäßig eingetheilt und bewaffnet, leisteten nur zu gewissen Zeiten Dienste, und wurden nur in solchem Falle besoldet. Gleichwohl legte ihre Erhaltung, da sie sehr zahlreich waren, dem Staate große Opfer auf. Sie wurden besonders aus dem Landvolke, und dem in Spanien überall vorhandenen, arbeitsscheuen, aber zu Abenteuern und Kämpfen geneigten, städtischen Pöbel genommen. Sie hielten sich für die Vertreter der alten kirchlichen und staatlichen Rechtgläubigkeit, und waren in jedem Augenblick bereit, der apostolischen Partei ihren Arm zu leihen. Von ihren Oberen ward auf die Weisungen des Paters Cyrillo oder des Generals Eguia mehr als auf die des Königs oder des Kriegsministers gehört. Zahllose Unordnungen und Gewaltthätigkeiten, Erpressungen, Räubereien, Todtschläge, wurden von den königlichen Freiwilligen, unter politischen Vorwänden, verübt. Die herrschende Partei sah ihnen alles nach, da sie sich nur auf sie verlassen zu können glaubte.

Der innere Zustand Spaniens in dieser Epoche war aber nicht nur im höchsten Grade gewaltsam, sondern auch immer schwankend geblieben. Es gelang der Reaktion nicht, ihre Gegner gänzlich zu besiegen, ihnen jede Lebensregung unmöglich zu machen, und die durch auswärtige Hülfe angefangene Unterwerfung derselben aus eigenen Mitteln zu vollenden. Ungeachtet der von der apostolischen Junta und den königlichen Freiwilligen im Lande geübten Schreckensherrschaft, that sich von Zeit zu Zeit die Opposition der Konstitutionellen durch Verbindungen, Verschwörungen, Aufstände kund, die, blutig unterdrückt, immer wieder erneuert wurden.

Im August 1824 erhob der General Francesco Valdez, der unter

den Kortes mit Auszeichnung gedient hatte, mitten unter dem scheinbaren Verzweifeln seiner Partei an dem Gelingen ihrer Pläne, plötzlich in Andalusien die Fahne des Aufstandes, bemächtigte sich, an der Spitze einiger tausend entlassener Soldaten und ihm freiwillig zuströmender Hirten und Bauern, der Stadt Chimena und des Forts und der Insel Tarifa, und ließ überall, wo er Fuß faßte, die Konstitution von Kadix verkündigen. Die königlichen Behörden waren selbst in dem festen Kadix nicht ohne Besorgniß vor den Folgen dieses kühnen Handstreiches, da unter den Linientruppen sich Spuren von Aufregung und Neigung zu Abfall und Meuterei zeigten. Da aber der Aufstand sich nicht verbreitete, so mußte sich Valdez zuletzt auf die Insel und das Fort Tarifa beschränken, wo er von einer französischen Division unter dem General Latour-Foissac, nach einem verzweifelten Widerstande, überwältigt wurde. Er entkam mit einigen seiner Officiere nach Tanger, wo der Kaiser von Marokko ihm einen großmüthigen Schutz angedeihen ließ, und seine von der spanischen Regierung verlangte Auslieferung verweigerte. Aber die in Tarifa Gefangenen büßten mit dem Leben, und die Konstitutionellen wurden in allen Theilen Spaniens mit erneuerter Wuth verfolgt.

Der unglückliche Ausgang dieser und ähnlicher Unternehmungen schreckte Gleichgesinnte nicht von der Nachahmung ab. Die Erregbarkeit und Unerschrockenheit des spanischen Charakters, der Haß und die Verachtung gegen das herrschende System trieben die Konstitutionellen, sobald auch nur die entfernteste Aussicht auf Erfolg erschien, häufig zu den unbesonnensten Wagestücken an. Niemand in dieser Partei glaubte an einen endgültigen Sieg der Gegner. Spanien bot damals auch in der That einen in dieser Weise selten da gewesenen Anblick dar. Die tapfersten Generale, die ersten Redner, die erleuchtesten Geister der Nation waren geächtet, und hatten um ihr Leben zu retten, aus der Heimath flüchten müssen. An ihre Stelle waren Mönche und Höflinge getreten, welche, den Beistand des Auslandes, den verwirrten Sinn der Massen und die Lähmung der öffentlichen Meinung benutzend, sich des Ruders bemächtigt hatten, und eine Gewaltherrschaft ausübten, welche die innersten Keime der Gesittung und Freiheit zu zerstören drohte.

Der Nerv jeder Regierung, die Finanzverwaltung, war in tiefere Unordnung, als selbst früher in den traurigsten Zeiten der Monarchie, gerathen. Die von den Kortes beschlossenen Reformen, die für die Zukunft Früchte zu tragen versprachen, waren aufgehoben worden. Die Kapitel, Stifter und Klöster traten wieder in den Besitz ihrer eingezogenen Güter zurück. Adel und Geistlichkeit wurden in einer Zeit für steuerfrei erklärt,

wo die producirenden Klassen, noch an den Folgen des verheerenden Krieges gegen Napoleon leidend, von seitdem nie endenden inneren Unruhen in ihren Erwerbszweigen gehindert, immer mehr verarmten. Durch den Abfall der südamerikanischen Kolonien war der überseeische Handel gänzlich gelähmt, und der Kunstfleiß wurde durch einen in keinem anderen Lande in solchem Grade getriebenen Schleichhandel erdrückt. Ferdinand VII. hatte sich, ungeachtet des Anrathens des französischen Kabinets, nicht dazu entschließen können, die unter den Kortes abgeschlossenen Anleihen anzuerkennen, und durch diese Weigerung den spanischen Kredit im Auslande zerstört. Die einheimischen Kapitalisten trauten der Regierung nicht. Es wurden mehrmals Zwangsanleihen ausgeschrieben, die aber wenig eintrugen. Auswärtige Banquierhäuser schossen nur unter den für Spanien drückendsten Bedingungen Geld vor, und der König, die Camarilla, die einflußreichsten Hofleute nahmen von den auf diese Art erhaltenen Summen einen großen Theil zu ihrem eigenen Gebrauche von vornherein fort. Der damalige Finanzminister Burgos, der früher ein Anhänger des Königs Joseph Napoleon gewesen, dann sich auf Seite der Kortes geschlagen hatte, und zuletzt zu den Apostolischen übergegangen war, ein überaus listiger und verschlagener Mann, welcher der Partei, zu welcher er sich gerade hielt, unentbehrlich zu werden verstand, bereicherte sich auf eine früher in Spanien unerhörte Weise.

Die Beamten, welche nicht in besonders günstigen Beziehungen zu den Machthabern standen, wurden unregelmäßig oder gar nicht bezahlt. In vielen Garnisonen gingen die Soldaten betteln, und selbst Generale konnten sich oft nicht die nöthigsten Bedürfnisse verschaffen. Dem General Castannos, dem Sieger von Baylen, war einmal sein Gehalt so lange ausgeblieben, daß er kein Geld zu Winterkleidern hatte. Es kamen damals, ein in Spanien sonst äußerst seltener Fall, unter Personen der gebildeten Klassen, pensionirten Officieren und Beamten, die sich aller Hülfsmittel beraubt, und in einer hoffnungslosen Lage sahen, häufig Selbstmorde vor. Ueberall durchzogen Räuberschaaren das Land, bestehend aus entlassenen Soldaten der konstitutionellen Armee; aus Milicianos, welche nicht in ihre Heimath zurückkehren konnten, ohne sich dem Tode von der Hand der königlichen Freiwilligen auszusetzen; oder aus sogenannten Glaubenssoldaten, die von irgend einem Mönche angeführt, unter dem Vorwande, die Feinde des Altares und des Thrones aufzusuchen und zu vertilgen, alles ohne Unterschied der Partei brandschatzten. Die leitenden Minister folgten einander, auf Ofalia Zea Bermudez, auf diesen der Herzog von Infantado u. s. w., ohne daß dies in der Lage des Ganzen eine merkliche Veränderung

hervorgebracht hätte. Ohne die glückliche geographische Lage Spaniens, seine natürlichen Hülfsmittel, ohne den eigenthümlichen Charakter der Bevölkerung, die ungeachtet ihrer Leidenschaftlichkeit, zur Ertragung aller Entbehrungen geschickt, in Bezug auf materielle Dinge äußerst genügsam und geduldig ist, würde eine allgemeine Anarchie entstanden und die Staatsmaschine aus ihren Fugen gegangen sein.

Mitten unter diesen Unordnungen und diesem Elend dauerten die Ränke der sich am Hofe gegenseitig anfeindenden Parteileiter und die Kämpfe ihrer Anhänger in den Provinzen fort. Von den Konstitutionellen, deren dem Tode und dem Kerker entgangene Häupter sämmtlich in der Verbannung lebten, konnte damals kein Gewicht in die Wagschale geworfen werden. Die verwegenen Unternehmungen einzelner Führer, welche sich in abgelegenen Gegenden erhoben oder an unbewachten Punkten der Küste landeten, und das Volk zu den Waffen riefen, wurden meist in ihrem eigenen Blute erstickt. Es waren jetzt die beiden Fraktionen der absolutistischen Partei, die, welche den Thron unter die Leitung der Hierarchie stellen, und die, welche ihn in weltlichen Dingen ganz unabhängig wissen wollten, die um die Herrschaft stritten. Don Karlos ward durch die von ihm dargelegten Gesinnungen immer mehr die Hoffnung der Apostolischen, die von seiner Seite ein völliges Eingehen auf alle ihre Pläne hofften, während die reinen Monarchisten, von ihren Gegnern vorwurfsvoll Politiker genannt, an Ferdinand VII. festhielten. Die Mehrheit der Apostolischen wollte den König Ferdinand nicht entthronen, da die Krone, bei dessen Kinderlosigkeit und wankender Gesundheit, ohnedies bald seinem Bruder zufallen mußte, sie beabsichtigte aber ihn durch Verschwörungen und Aufstände in Furcht zu setzen, und zur Nachgiebigkeit gegen ihre Rathschläge zu zwingen. Sie zeigte ihm auf der einen Seite die im Hintergrunde lauernden Konstitutionellen, die auf seinen Untergang sannen, auf der anderen Seite die Unzufriedenheit der eigenen Partei, die von seiner Regierung ein entschiedeneres Auftreten im Sinne der Kirche und des Widerstandes gegen die Neuerer verlangte. Der düstere und zaghafte Sinn Ferdinand VII. war von Schreckbildern erfüllt, und wurde von entgegengesetzten Einflüssen hin und her gezogen. Er fürchtete sich, den Apostolischen vor den Kopf zu stoßen, und konnte doch nicht in alle ihre Forderungen einwilligen, weil er sich sonst aller eigenen Macht begeben hätte.

Es gab jetzt unter den Apostolischen, wie früher unter den Liberalen, eine extreme Fraktion, welche den Umständen in keiner Weise nachgeben, und ihre Grundsätze unmittelbar in Anwendung gesetzt sehen wollte. Dieser Partei erschien es zu weit aussehend, den Tod Ferdinand VII. abzu-

warten, um Don Karlos als König zu begrüßen. Vergebens suchten diesen Fanatikern die Einsichtsvolleren unter den eigenen Gesinnungsgenossen begreiflich zu machen, daß ein Unternehmen gegen den rechtmäßigen Träger der Krone die Armee, und die im Lande noch zahlreich anwesenden französischen Truppen gegen sich haben, und nie die Anerkennung des monarchischen Auslandes finden würde. Aber die exaltirten Apostolischen rechneten auf die Mönche und die königlichen Freiwilligen, und beschlossen loszuschlagen. Ein Franzose von der dunkelsten Herkunft Namens Bessières, der in spanische Militairdienste getreten und General geworden war, stellte sich an die Spitze eines Aufstandes gegen die königliche Regierung, schlug anfänglich die ihm entgegen gesandten Linientruppen, fand aber bei dem Volk nicht die gehoffte Unterstützung, und wurde zuletzt bei Siguenza in Neukastilien überwältigt, gefangen, und am 23. August (1825) mit mehren seiner Officiere erschossen.

Das Ministerium hatte zur Besiegung Bessières einen anderen in der Geschichte jener Zeit viel genannten Franzosen, den General Grafen de Espanna, verwandt. Espanna, aus einer alten südfranzösischen Familie stammend, hatte vor 1789 in den Haustruppen Ludwig XVI. gedient, war dann ausgewandert, und in der spanischen Armee bis zum Range eines General-Capitains emporgestiegen. Sein ursprünglicher Name war d'Espagne gewesen, den er aber aus Haß gegen sein der Revolution anheim gefallenes Vaterland in de Espanna umgewandelt hatte. Dieser Mann, obgleich den Grundsätzen der Apostolischen hold, hielt sich in seiner Eigenschaft als Militair bei vorkommenden Konflikten an den König, und wüthete jetzt gegen Bessières Anhänger, wie früher gegen die Konstitutionellen, die er nach 1823 in Massen dem Tode und Galeeren überliefert hatte. De Espanna that sich selbst in jener Zeit und in Spanien durch seinen Hang zur Grausamkeit hervor.

Nach der Niederlage Bessières ließ das Ministerium (Zea Bermudez), im Vertrauen auf den davon getragenen Erfolg und den Beistand des Königs, unter den Apostolischen viele Verhaftungen vornehmen, und suchte Ferdinand VII. den gegen ihn selbst gerichtet gewesenen Zweck des Aufstandes und dessen Gefahr zu enthüllen. Der König schien hiervon überzeugt zu sein, erlaubte den Ministern einen Augenblick lang nach Belieben zu walten, lenkte dann aber wieder ein, rief die Häupter der apostolischen Junta an den Hof zurück, und räumte ihnen von Neuem Einfluß ein. Seine Umgebungen wurden nicht müde, die Konstitutionellen als die geheimen Anstifter jeder gegen ihn ausbrechenden Bewegung darzustellen. Sein Urtheil sträubte sich zuweilen gegen solche Einflüsterungen, da

zwischen der letzten Empörung und den Anhängern der Kortes kein Zusammenhang denkbar war, aber er glaubte, selbst von den ärgsten Ausschweifungen der Apostolischen immer noch weniger als von den Folgen des konstitutionellen Princips bedroht zu werden.

Ein besonderer Gegenstand der Klage für die Apostolischen bestand darin, daß Ferdinand VII. sich seit 1823 beharrlich geweigert hatte, die Inquisition wiederherzustellen, nicht aus Abneigung gegen die Idee dieses Instituts, welche ihm im Gegentheil bei seinem Charakter hätte zusagen müssen, sondern weil er besorgte, der extremen Partei dadurch gegen sich und seine Regierung eine Waffe in die Hand zu geben. Mehre Bischöfe hatten das Glaubensgericht aus eigener Macht in ihren Diöcesen wieder eingesetzt, aber der Mangel der königlichen Sanktion lähmte seine Wirksamkeit. Die Mönche klagten den König deshalb hart an, und waren geneigt, ihn und seine Minister mit den „Negros" (Schwarzen d. h. Liberalen) zusammenzuwerfen, ungefähr in der Art, wie früher die Janitscharen in Konstantinopel ihnen mißfällige Sultane als „Giaurs" (Ungläubige) bezeichneten. Denn den Spaniern, sonst der katholischsten und ritterlichsten aller Nationen, in welcher sich bisher am meisten gewisse Vorstellungen und Sitten des Mittelalters erhalten hatten, war wegen ihrer langen Berührung mit den Arabern, wider Willen, ein starker Zusatz von orientalischem Wesen unter christlichen Formen, beigemischt geblieben.

Die extreme Partei war durch Bessières und vieler anderen Getreuen Untergang keineswegs eingeschüchtert worden. Ihr Fanatismus wurde besonders durch das in ihr enthaltene mönchische Element immer wieder angefacht, welches, um Gegenwart und Zukunft unbekümmert, nur von der Erreichung seines Zieles, der Ausrottung aller neuen Ideen in Spanien, auf welche Art es geschehen und welche Folgen es nach sich ziehen möge, erfüllt war. Der Gedanke, Don Karlos an die Stelle Ferdinand VII. zu setzen, griff unter den Apostolischen immer mehr um sich. Als Vorbereitung zu einem Angriff auf den König streuten sie die Nachricht aus, derselbe sei bereit, zu Gunsten seines Bruders abzudanken. Ueberall durchzogen sogenannte Glaubensschaaren die von Linienmilitair entblößten Provinzen, und kündigten unter dem Rufe: „Es lebe Don Karlos! Es leben die Mönche und die heilige Inquisition!" die bevorstehende Herrschaft ihres Lieblings an. Endlich brach im September 1827 in Katalonien eine offene Empörung aus. Zuerst wurden gegen die wirklichen oder vermeintlichen Anhänger der Kortes die blutigsten Ausschweifungen verübt, dann die der Regierung treu gebliebenen Truppen angegriffen. Die Befehlshaber der Aufständischen ließen auf ihren Zügen die Gutsbesitzer,

Ortsobrigkeiten, die reichen Privatleute, die ihnen nicht entgegen kamen und sich ihnen alsbald anschlossen, erschießen, und ihr Eigenthum plündern und verheeren. Ein allgemeiner Schrecken ging diesen Banden voraus und führte ihnen noch mehr Anhänger als die Uebereinstimmung mit ihren Grundsätzen zu. Denn für den Augenblick war es das Sicherste sich mit ihnen zu vereinigen.

Die Aufständischen nannten sich, um ihre wahren Absichten eine Zeit lang zu verhüllen, nicht Karlisten, obgleich sie es waren, sondern „Aggraviados del Rey" (die vom Könige Beleidigten), indem sie behaupteten, Bessières und seine Gefährten seien ungerechter Weise hingerichtet, und die vom Könige den Apostolischen gemachten Zusagen nicht erfüllt worden. Die englische Regierung hatte damals eben ein Geschwader vor Lissabon geschickt, um von Don Miguel für britischen Unterthanen angethane Verletzungen Genugthuung zu fordern, und das französische Kabinet hatte von Ferdinand VII. abermals die Erlassung einer umfassenden Amnestie und die Annahme einer gemäßigten Politik, als einziges Mittel zur Wiederherstellung der inneren Ruhe, verlangt. Die wahren Gesinnungen der Aufständischen traten in der Art hervor, wie von ihnen diese Ereignisse mit Ferdinand VII. in Verbindung gebracht wurden. In allen nordspanischen Städten wurden nächtliche Maueranschläge gefunden, worin es hieß: „Die Engländer in den Tajo! Die Franzosen in den Ebro! Die Konstitutionellen in die Hölle! Den König zum Teufel!" Ihre Streitmacht war unterdessen auf 14,000 Mann herangewachsen, und sie schickten sich an in Katalonien einzubrechen, wo sie von Gleichgesinnten erwartet wurden. An ihrer Spitze standen Carvayal, Joseph de Esangs, Ballester u. s. w., alle aus den früheren inneren Kämpfen her wohlbekannt. Ferdinand VII. setzte sich endlich selbst gegen Katalonien hin in Bewegung, und schickte zugleich den Grafen de Espanna mit allen verfügbaren Truppen gegen die Aggraviados ab. Die Regierung war diesmal klug genug, den Vorbereitungen zum Angriff einige Handlungen der Milde vorangehen zu lassen. Dem katalonischen Landvolke wurden die noch schuldigen Steuern zum Theil erlassen, und Erleichterungen bei Eintreibung der laufenden Abgaben gewährt. Espanna wußte unter den Anführern der Aggraviados Uneinigkeit und Eifersucht gegen einander zu erregen, griff sie unversehens mit überlegener Macht an, ließ ihnen nach einer Niederlage keine Zeit sich zu sammeln, und trieb sie zuletzt ganz aus einander. Die Mönche hatten in vielen katalonischen und navarresischen Klöstern zu den Waffen gegriffen. Alle Gefangene der Art, ältere wie jüngere, Priester wie Layenbrüder, wurden ohne Ausnahme erschossen. Espanna schritt jetzt gegen die Aposto-

lischen mit derselben blutigen Härte, wie früher gegen die Konstitutionellen ein. Er setzte sein Schreckensregiment noch lange Zeit hindurch in Barcelona fort, zu dessen Gouverneur er ernannt wurde. Als Ferdinand VII. seinen Einzug in diese Stadt, von Espanna und dessen Truppen begleitet, hielt, wurde er vom Volke mit dem tiefsten Stillschweigen und mühsam verhaltenem Unwillen empfangen, denn es sah aus, als habe er in Espanna's Person dem Henker selbst die oberste Gewalt in Katalonien übertragen. Die Apostolischen waren für den Augenblick außer Stande Espanna zu widerstehen, aber sie vergaßen die Rache an ihm nicht, sondern schoben sie nur auf, und er sollte viele Jahre nachher durch ihre Hände ein trauriges und blutiges Ende nehmen.

Es trat unterdessen ein Ereigniß ein, welches unter anderen Umständen nur das häusliche Dasein Ferdinand VII. berührt haben würde, aber durch die Lage der königlichen Familie und die Stimmung der Parteien für Spanien von großen Folgen wurde. Die Königin Amalie Josepha, eine Tochter des Prinzen Maximilian von Sachsen, war im Juni 1829 gestorben, und der König ohne Kinder geblieben. Der Wunsch seinem Thron Leibeserben zu hinterlassen, bestimmte ihn zu einer vierten Vermählung, und es wurde hierzu die Prinzessin Marie Christine, durch ihre Mutter eine Nichte Ferdinand VII., und Tochter Franz I., Königs beider Sicilien, gewählt, deren blühende Jugend ihrem Gemahl Hoffnung auf Nachkommenschaft gewähren konnte. Im December (1829) fand das Beilager statt. Dieses Ereigniß war ein Donnerschlag für die Anhänger des Don Karlos, die, bei der Kränklichkeit des Königs, an den Entschluß zu einer neuen Verbindung lange nicht geglaubt, und als er feststand, die Ausführung vergeblich zu hindern getrachtet hatten. Die gänzliche Niederlage, welche die Aggraviados zwei Jahre vorher erlitten hatten, die Ernennung von wachsamen, unternehmenden und dem Könige ergebenen General-Kapitainen in den Provinzen machten es den Karlisten unmöglich, ihrer Unzufriedenheit durch eine offene Schilderhebung alsbald Nachdruck zu geben. Einzelne Versuche zu Erregung von Unruhen endigten mit dem Tode oder der Flucht ihrer Anstifter. Die Leiter der apostolischen Partei gedachten die nächste Entwickelung der Dinge abzuwarten, ihre Anhänger zusammenzuhalten, aber keinen voreiligen Widerstand gegen die Regierung zu unternehmen. Sie glaubten, daß der König durch diese Vermählung seine Lebenskraft noch früher, als sonst geschehen wäre, erschöpfen würde, und hofften ihre Absichten nach seinem Tode ohne Schwierigkeiten erreichen zu können.

Die früheren Gemahlinnen Ferdinand VII. waren auf ihn ohne Ein-

fluß gewesen. Die letztverstorbene Königin Amalie Josepha hatte zwar, persönlich milden Sinnes, Maßregeln der Strenge in einzelnen Fällen abzuwenden gesucht, aber das Chaos von Hofintriguen, welches sie umgab, nicht durchschauen können, und war von den unaufhörlichen Gewaltthätigkeiten und Erschütterungen, die das Land zerrissen, zurückgestoßen worden. Die Zeit, welche ihr ihre häufigen Krankheiten frei ließen, war mit Andachtsübungen ausgefüllt gewesen, und sie hatte eine durchaus leidende Rolle gespielt. Marie Christine, lebhafteren und kräftigeren Geistes, ihrer Jugend und Schönheit sich bewußt, und durch ihre neapolitanische Herkunft politischen Bewegungen nicht so fremd wie ihre deutsche Vorgängerin auf dem Thron, ließ durch ihr ganzes Auftreten, selbst ehe sie noch eine unabhängige Stellung einnehmen konnte, ahnen, daß sie in das Geschick Spaniens thätig eingreifen würde.

Ferdinand VII. fühlte sich durch den Besitz seiner lebhaften und reizenden Gemahlin eine Zeit lang wie verjüngt, obgleich dieser Zustand bald vorübergehen sollte, und durch ihren Einfluß sogar zu einigen Handlungen der Großmuth veranlaßt, die jedoch die Rückkehr zu seiner wahren Natur nicht lange verhindern konnten. Als Marie Christine sich guter Hoffnung fühlte, und Aussicht auf Nachkommenschaft vorhanden war, faßte Ferdinand VII. den folgenschweren Entschluß, das von Philipp V., dem ersten spanischen Könige seines Stammes, im Jahre 1713 mit Bewilligung der damaligen Kortes eingeführte Erbfolgegesetz, durch welches die Frauen vom Throne ausgeschlossen wurden, aufzuheben, und das alte kastilianische Successionsrecht, vermöge dessen die Töchter und Enkelinnen eines Königs ein näheres Anrecht zur Krone als dessen Brüder und Neffen besaßen, wiederherzustellen. Das Dekret, pragmatische Sanktion genannt, welches diese wichtige Veränderung in den bestehenden Hausgesetzen enthielt, wurde am 29. März 1830 bekannt gemacht.

Dieser Schritt Ferdinand VII. regte, bei der Lage der Parteien in Spanien, und der in einem großen Theile Europa's über politische Principien herrschenden Meinungsverschiedenheit, zu den verschiedenartigsten Beurtheilungen, Anklagen und Vertheidigungen auf. Die Absolutisten verwarfen die pragmatische Sanktion aus dem Grunde, weil Ferdinand VII. nicht die Quelle des Rechts entstellen dürfe, aus welcher seine eigene Gewalt entsprungen sei. Philipp V. sei, als der erste König eines auf dem spanischen Throne neuen Stammes, befugt gewesen, das in seinem Hause geltende Successionsrecht auch auf das ihm zugefallene Reich überzutragen. Das salische Gesetz wäre durch die Zustimmung der damaligen Kortes für die Nachfolger Philipp V. verbindlich geworden, und könne nicht von

einem einzelnen Willen umgestoßen werden. Das Bekenntniß des katholischen Glaubens und die Beobachtung des Erbfolgegesetzes ständen als innere und äußere Nothwendigkeiten über dem Belieben eines spanischen Monarchen, so unumschränkt derselbe auch in anderer Beziehung sein möge.

Hierauf erwiederten die Liberalen, daß Philipp V., da er nicht durch Eroberung, sondern durch Erbrecht auf den spanischen Thron gestiegen, das Grundgesetz des Landes nicht habe abändern dürfen, und daß die Kortes von 1713 keine Vertreter des Nationalwillens gewesen wären. Die spanische Monarchie habe nur durch die Anerkennung des weiblichen Thronfolgerechts ihre Abrundung und Vollendung erhalten. Ohne dieses Successionsrecht der Frauen, welches von Isabella der Katholischen an so mächtig in die Geschichte Spaniens eingegriffen, hätte nach dem Tode des letzten Nachkommen Philipp II., nicht der Herzog von Anjou, sondern der Kaiser Leopold I., als der nächste männliche Agnat der spanischen Habsburger, das beste Recht auf die spanische Krone gehabt. Das Grundgesetz eines Landes könne aber nicht verjähren, und seine Unterbrechung sei nicht einer Abschaffung gleich zu achten. Was die Kortes von 1713 betrifft, so stände ihrer Erklärung eine entgegengesetzte und spätere der Kortes von 1789 unter Karl IV. entgegen.

Da Principienfragen, welche sich in unabhängigen Staaten und Völkern erheben, durch das Gewicht der öffentlichen Meinung oder die Gewalt der Waffen, aber nicht durch juristische Deduktionen, entscheiden werden, so ist dieser Streit unter den Publicisten der beiden Schulen, in welche Europa getheilt war, ein rein theoretischer geblieben. Im Grunde handelte es sich dabei weder um die Vorzüge des männlichen noch des weiblichen Thronfolgerechts, weder um die Kortes von 1713 noch um die von 1789, sondern um die Zukunft des Absolutismus und Konstitutionalismus in Spanien. Kam die pragmatische Sanktion zur Herrschaft, so war vorauszusehen, daß, bei dem bald zu erwartenden Ableben Ferdinand VII. und der Minderjährigkeit seiner Tochter, Marie Christine als Regentin sich, um den Ansprüchen des absolutistischen Don Karlos zu widerstehen, den Liberalen zuwenden würde. Behielt dagegen das salische Gesetz die Oberhand, so mußte der Bund der Hierarchie mit dem unumschränkten Königthum in Spanien noch enger als früher werden.

Die nicht lange nach Bekanntmachung der pragmatischen Sanktion eingetretene Juliusrevolution hatte in Spanien einen großen Eindruck hervorgebracht. Ferdinand VII. war davon auf das empfindlichste überrascht worden, und schob die Anerkennung Ludwig Philipp's eine Zeit lang in der Hoffnung auf, daß ein Angriff der nordischen Mächte den neuen

Thron stürzen würde. In mehren unter dem Einflusse des spanischen Hofes stehenden Tagesblättern wurden bittere Ausfälle auf die Revolution und den aus ihr hervorgegangenen König gefunden. Der russische Einfluß war damals im spanischen Kabinet vorherrschend. Ludwig Philipp begünstigte eine Zeit lang, um Ferdinand VII. Furcht einzujagen, die Plane der spanischen Ausgewanderten, und verstattete ihnen, nicht nur sich in den Departements der Ost- und Westpyrenäen zu versammeln, sondern unterstützte sie auch mit bedeutenden Geldsummen. Im Oktober (1830) überschritten Mina, Valdez, Lopez Bannos, Vigos, mit ihren Anhängern die spanische Grenze, verkündigten aber diesmal nicht die Wiederherstellung der Konstitution von Kadix, sondern gaben ungeachtet aller Betheuerungen für die Freiheit, gemäßigtere Grundsätze zu erkennen. Die spanische Regierung hatte aber Zeit gehabt, die bedrohten Punkte mit ihren besten Generalen und zuverlässigsten Truppen besetzen zu lassen, und der Versuch der politischen Flüchtlinge, ohnedies mit ungenügenden Streitkräften unternommen, mißlang. Alle, welche lebend in die Hände der Sieger fielen, wurden niedergemacht. Das spanische Kabinet hatte unterdessen die Julirevolution anerkannt. Sobald dies geschehen, nahm Ludwig Philipp sogleich eine andere Haltung gegen die spanischen Ausgewanderten an, ließ sie streng beobachten, und bald nachher entwaffnen und in das Innere von Frankreich abführen.

Diese Aufstandsversuche an der nordspanischen Grenze veranlaßten einige verwegene Führer der konstitutionellen Partei sich im Süden zu zeigen. Im März 1831 landete von Gibraltar aus der General Manzanares an der andalusischen Küste, in der Absicht sich der Isla de Leon und Kadix zu bemächtigen, wurde aber überwältigt und mit 40 seiner Begleiter hingerichtet. Nicht lange nachher hatte der Oberst Torrijos dasselbe Schicksal, der Malaga überraschen wollte, und mit 54 seiner Gefährten erschossen wurde. In beiden Fällen war keine Untersuchung eingeleitet, und kein Unterschied zwischen den Häuptern der Unternehmung und den von ihnen Verführten gemacht worden.

Am 10. Oktober 1830 hatte Marie Christine ihrem Gemahl eine Tochter geschenkt, welche, in Erinnerung an die berühmteste spanische Königin, in der Taufe den Namen Isabelle erhielt, und zur Thronerbin und Prinzessin von Asturien erklärt wurde. Marie Christine war durch die Erfüllung eines vom Könige so lange gehegten Wunsches in seiner Gunst noch gestiegen. Als er aber im September 1832 schwer erkrankte, und dem Tode nahe zu sein schien, gelang es seinem Beichtvater und dem sich in der Nähe befindlichen Minister Calomarde ihn, in einem Augenblicke

halber Bewußtlosigkeit, zur Unterzeichnung eines von ihnen in Bereitschaft gehaltenen Dekrets zu bewegen, durch welches die pragmatische Sanktion vom 29. März 1830 widerrufen wurde. Nachdem Ferdinand VII. wieder zu sich gekommen, und die Königin ihm das Geschehene zu Gemüth führte, gerieth er in heftigen Zorn, zerriß das letzte Dekret und befahl Calomarde zu verhaften, der, mit seines Gebieters Sinnesart bekannt, sich schleunigst auf die Flucht begab. Zea Bermudez, welcher nach seinem Austritt aus dem Ministerium Botschafter in London geworden, ward zurückgerufen, und an die Spitze einer neuen Verwaltung gestellt. Ehe derselbe jedoch noch angekommen war, übergab Ferdinand VII. durch ein Dekret vom 4. Oktober der Königin die Regierung während seiner Krankheit. Marie Christine, um die Neigung und Unterstützung der unterdrückten aber zahlreichen konstitutionellen Partei für eine Zukunft zu gewinnen, deren Gefahren sie nicht verkennen konnte, erließ eine Amnestie, von welcher nur die Kortesmitglieder, welche 1823 in Sevilla für die zeitweilige Absetzung Ferdinand VII. gestimmt, und die Flüchtlinge, welche sich an der Spitze der letzten Aufstände befunden hatten, ausgenommen waren. Die Universitäten und höheren Bildungsanstalten, welche seit Jahren fast alle geschlossen gewesen, wurden wieder eröffnet, und der Einfluß der Geistlichkeit auf den öffentlichen Unterricht beschränkt. Im Anfang Januar 1833 übernahm Ferdinand VII. wieder die Regierung aus den Händen seiner Gemahlin, widerrief noch einmal feierlich das ihm während seiner letzten Krankheit von Calomarde abgedrungene Dekret und bestätigte die pragmatische Sanktion, kränkelte aber fast ununterbrochen, und verschied am 29. September 1833 im Alter von neun und vierzig Jahren.

Dieser König muß, wenn man einzig seine Regierungshandlungen in Betracht zieht, und von seiner Erziehung, den Eindrücken, welche er in seiner Familie und seinen Umgebungen erhielt, und den drangvollen Umständen, unter welchen er später regierte, absieht, als einer der verwerflichsten Charaktere seines Stammes und Landes erscheinen. Er ist aber, obgleich er ohne Zweifel als Mensch und Fürst niedrig gestanden, doch vielleicht noch mehr unglücklich als bösartig gewesen. In seiner Jugend von seiner eigenen Mutter gehaßt, deren anstößiges Verhältniß zu einem Günstlinge ihn als Sohn und Prinzen beleidigte, durch seinen schwachen Vater Demüthigungen von Seiten dieses Günstlings ausgesetzt, welcher sogar im Geheimen damit umging, ihn vom Throne ausschließen zu lassen, fand er selbst in den früh eingegangenen Vermählungen, die ihm auferlegt wurden, kein Glück, sondern sah sich in seinen innersten Zuständen von seiner Mutter und deren Günstling ausgekundschaftet, verläumdet und ver-

2*

folgt. Als Ferdinand bei der allgemeinen Unzufriedenheit der Nation mit seines Vaters Regierung durch einen Aufstand auf den Thron gesetzt worden, gerieth er bald nachher in Napoleon's Gewalt, der ihn zur Entsagung auf seine Rechte zwang, und ihn lange gefangen hielt. Nach Spanien zurückgekehrt, fand er ein von wüthigen Parteikämpfen zerrissenes Volk, welches die Leidenschaft, mit welcher es bisher den gemeinsamen Feind bekämpft hatte, jetzt gegen sich selbst kehrte. Von der Natur nicht mit der nöthigen Kraft und Einsicht ausgestattet, um sich über diese inneren Erschütterungen zu stellen, ward er in deren Strudel mit hineingerissen. Was ihm jedoch mit Recht vorgeworfen werden kann, ist, daß er sich den schlechtesten in seinem Lande vorhandenen Elementen anschloß, und nie einen Versuch machte, die besseren herauszufinden, und mit ihrer Hülfe eine auf den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Mäßigung ruhende Regierung zu bilden.

Ferdinand VII. war mit der Freiheit nur unter den Zügen bekannt geworden, welche sie in der schlimmsten Zeit der französischen Revolution, und bei einigen großen Volksbewegungen in Spanien, gezeigt hatte. Sie flößte ihm noch mehr Schrecken als Abneigung ein, und er hielt sein Dasein mit ihr für unverträglich. Denn obgleich ohne allen natürlichen Beruf zur Herrschaft über Andere, fühlte er sich durch Gewohnheit und Selbstsucht an seine Stellung gebunden. Es war ihm deshalb auch nie eingefallen, obgleich er von **1814** bis **1829**, wo seine Vermählung mit Marie Christine ihm einige Freude gewährte, ein ödes, von Anhängern wie von Gegnern gequältes Leben geführt hatte, die Bürde, welche auf ihm lastete, abzuwerfen, und sich, wie zuweilen weniger unglückliche und begabtere Fürsten gethan, in den Schatten des Privatstandes zurückzuziehen. Er fühlte und begriff nichts über den Kreis hinaus, in welchen ihn der Zufall der Geburt gestellt hatte. Ferdinand VII. ist übrigens keine isolirte Erscheinung in seinem Volke gewesen, wie man dies wohl sonst bei einzelnen Despoten in der Geschichte gesehen hat. In allen Klassen der spanischen Nation gab es damals Leute wie dieser König, deren Treiben sich in dem Dunkel ihrer äußeren Stellung verlor, während seine Handlungen der ganzen Welt bekannt wurden. Seine Umgebungen sind meist noch mehr als er selbst zu Willkür, Treulosigkeit und Grausamkeit geneigt gewesen. Es war übrigens ein Glück für ihn, daß er damals vom Schauplatz abgerufen wurde. Er würde der im spanischen Volke zunehmenden Gährung nicht lange mehr widerstanden, und in dem wilden Zusammenstoßen der Parteien vielleicht ein gewaltsames Ende gefunden haben.

Die erstgeborene damals erst dreijährige Tochter Ferdinand VII.

wurde im ersten Augenblick, ohne Schwierigkeit, in allen großen Städten Spaniens, unter dem Namen Isabella II., zur Königin ausgerufen. Der verstorbene König hatte in einem Testament seine Wittwe zur Regentin des Reiches ernannt, ihr aber einen Regentschaftsrath beigegeben, dessen Berathungen die von ihr zu erlassenden Verordnungen vorgelegt werden sollten, an dessen Gutachten sie jedoch nicht gebunden war. Zea Bermudez blieb erster Minister, und suchte einige Ordnung in die Verwaltung zu bringen, namentlich eine größere Centralisirung einzuführen, konnte aber bei dem traurigen Zustande der Finanzen nichts ausrichten. Der Königin-Regentin kamen bald nach dem Tode ihres Gemahls geheime Winke und Rathschläge zu, sich dem konstitutionellen System zu nähern, indem sie, den Angriffen der Karlisten ausgesetzt, und mit ihrer Tochter sonst ganz allein dastehend, nur so die Unterstützung einer zahlreichen Partei für sich gewinnen könne. Aber Zea Bermudez war ein Freund des sogenannten aufgeklärten Despotismus, und glaubte durch die Einführung administrativer Reformen den Karlisten widerstehen zu können, ohne den Liberalen Zugeständnisse machen zu dürfen. Die Regierung hätte eine solche Haltung früher mit Erfolg annehmen, und dadurch die unumschränkte Monarchie vielleicht auf lange hinaus erhalten können, aber unter den jetzt vorhandenen Umständen war der Königin Marie Christine eine Neutralität zwischen den beiden großen Parteien, in welche das spanische Volk sich theilte, unmöglich geworden.

Don Karlos hatte sich schon vor dem Tode Ferdinand VII. zu seinem Neffen Don Miguel nach Portugal gewandt, und von dort aus gegen die pragmatische Sanktion protestirt. Ohne den ihm hierauf gewordenen Befehl, sich nach Italien zu begeben, zu beachten, schloß er sich noch fester an den portugiesischen Thronusurpator an, auf dessen Machtbeständigkeit er damals baute, und von welchem er, nach dem Tode Ferdinand VII., bei seinen Ansprüchen auf die spanische Krone unterstützt zu werden hoffte. Don Karlos ward aber in den Sturz Don Miguel's mit verwickelt, und mußte sich auf ein britisches Kriegsschiff flüchten, von welchem er nach England gebracht wurde. Dort erhielt er von seinen Anhängern die Einladung, sich nach den baskischen Provinzen zu begeben, wo seine Partei unterdessen festen Fuß gefaßt hatte, und von wo aus sie das Geschick Spaniens entscheiden zu können glaubte.

Die baskischen Provinzen (Biscaya, Guipuzcoa und Alava) waren von je her mit der spanischen Monarchie mehr nur verbunden als ihr einverleibt gewesen. Die kastilische Krone hatte einst die Herrschaft über sie nicht durch Eroberung oder Erbschaft, sondern durch frei eingegangene

Verträge gewonnen. Während von Karl V. an, die spanischen Provinzen und Kommunen nach und nach ihre früheren Freiheiten verloren, und die Regierung unumschränkt wurde, hatten die Basken ihre alten Gerechtsame (fueros vom lateinischen forum) ungeschmälert erhalten. Sie besaßen nicht nur ihre eigene Rechtspflege und Verwaltung, ausschließend von Einheimischen ausgeübt, sondern konnten nur mit ihrer Einwilligung besteuert werden, stellten keine Rekruten, und durften sogar, ohne die Zustimmung ihrer Provinzialversammlungen, nicht mit königlichen Truppen belegt werden.

Der Unabhängigkeitssinn und die bewährte Tapferkeit dieser Bevölkerung, welche nur durch einen blutigen Krieg zu besiegen gewesen wäre, der Werth eines guten Verhältnisses zu ihr wegen des benachbarten Frankreichs, welches sie, im Falle eines Bruches mit Spanien, sogleich unter seinen Schutz genommen und ihnen dieselben Rechte gewährt haben würde, hatten die spanischen Könige veranlaßt, einen ihrem übrigen Regierungssystem so widerstrebenden Zustand zu dulden. Die baskischen Freiwilligen hatten dagegen den Spaniern bei allen ihren Kriegen gute Dienste geleistet, und ihre Guerillas sich bei der Vertheidigung gegen Napoleon besonders hervorgethan. In den baskischen Städten war unter den gebildeten Ständen spanische Sitte und Sprache nach und nach vorherrschend geworden, obgleich auch dort das einheimische Element nie ganz verschwand, auf dem Lande aber hatte das Volk durchaus seine Eigenthümlichkeit bewahrt, und nichts von fremdem Einfluß erfahren. Der Landbesitz war daselbst sehr vertheilt, und alle Klassen waren, da unter ihnen eine vollkommene rechtliche Gleichheit bestand, bei allen Gelegenheiten unter einander eng verbunden aufgetreten. Der Baske entfernte sich nur aus Noth oder Gewinn aus der Heimath, und kehrte womöglich immer wieder dahin zurück. Dieses Volk war aber nicht nur politisch frei geblieben, sondern auch die großen moralischen Uebelstände im übrigen Spanien hatten sich nicht über jene Gegenden verbreiten können. Obgleich dem katholischen Glauben sehr zugethan, hatten die Basken keine eigentliche Herrschaft der Geistlichkeit über sich geduldet. Die dortigen Priester und Mönche gehörten immer den baskischen Provinzen an, und waren wie alle anderen Klassen von der Vorliebe für die eigenthümlichen Rechte und Freiheiten der Heimath erfüllt. Aus diesen Gründen hatte der spanische Liberalismus in der baskischen Bevölkerung keine Wurzeln schlagen können, da dieselbe schon Alles besaß, was jener erst hoffte und suchte. Die Basken waren im Gegentheil für die alten Zustände in dem Spanien südlich vom Ebro, weil sie ihre bevorzugte Stellung so am besten erhalten zu können glaubten. Sie wollten nicht in einem wenn auch besser organisirten Spanien aufgehen.

Das in materieller Beziehung wichtigste Privilegium der baskischen Provinzen bestand darin, daß es an ihrer Grenze gegen Frankreich hin keine spanische Zolllinie gab. Sie konnten die französischen Fabrikate, ohne Eingangssteuer zu bezahlen, beziehen, und entrichteten eine solche erst, wenn sie dieselben nach den benachbarten spanischen Provinzen ausführen wollten. Außer dem regelmäßigen Vortheile, den diese ausnahmsweise Stellung den Basken gewährte, hatte sich unter ihnen, in Folge derselben, ein äußerst gewinnreicher Schleichhandel nach Spanien ausgebildet, der allmälig in die Lebensgewohnheiten der unteren Klassen eingedrungen war. Die Konstitution von Kadix hatte, aus Vorliebe für die Anwendung allgemeiner Grundsätze, die Basken der im übrigen Spanien herrschenden Gesetzgebung und auch dem spanischen Zollwesen unterwerfen wollen. Während des Krieges gegen Napoleon war an die Ausführung dieser Maßregel nicht zu denken gewesen. Das Verhalten der Kortes hatte aber die üble Wirkung, die Basken gegen das konstitutionelle System einzunehmen. Als Ferdinand VII. nach seiner Rückkehr nach Spanien die Fueros der baskischen Provinzen anerkannte, fiel ihm die Bevölkerung zu, und nahm den Umsturz der Verfassung mit Beifall auf. Die Noth und das Joch, welches auf dem ganzen übrigen Spanien unter der Regierung dieses Königs lastete, ward von den Basken nicht getheilt, welche sich nach wie vor selbst verwalteten und besteuerten, und deren Wohlstand während des allgemeinen Elends sogar zunahm. Gegen das Ende seines Lebens hatte Ferdinand VII., auf Zea Bermudez Veranlassung, welcher in Spanien eine administrative Centralisation einführen wollte, den Plan erfaßt, die Zölle an die französische Grenze zu verlegen, wodurch die Basken großen Schaden erlitten hätten. Es waren zu diesem Zweck schon Truppen nach dem Norden hin beordert worden. Die Kunde von dieser Absicht hatte die Bevölkerung im höchsten Grade aufgeregt, und diese erklärte laut, einer solchen Maßregel nöthigenfalls einen bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen.

Alle diese Umstände: die von Natur feste Lage der baskischen Provinzen, die den Widerstand leicht machte, die kriegerische Tüchtigkeit der Bevölkerung und ihr der Vergangenheit zugewandter Sinn; die in ihr noch aus den Zeiten der Kortes herrührende Abneigung gegen die Madrider Regierung, bewogen die Anhänger des geistlichen und weltlichen Despotismus diese Gegenden zum Mittelpunkt ihrer Unternehmungen für die Erhebung des Don Karlos auf den Thron zu machen, und von dort aus jede neue Gestaltung des öffentlichen Lebens in Spanien zu bekämpfen.

Am 3. Oktober (1833) brach in Bilbao (Hauptstadt von Biscaya) und am 7. Oktober in Vittoria (Hauptstadt von Alava) ein Aufstand zu Gunsten des Don Karlos aus, der daselbst zum König ausgerufen wurde. Das benachbarte Landvolk hatte diese beiden Städte überrascht, und daselbst mehre durch ihre Anhänglichkeit an die Königin Marie Christine bekannte Personen ermordet. Aber die Einwohner ermannten sich wieder, und zwangen, von einigen Linientruppen unterstützt, die Karlisten zur Flucht, wobei eines der früher besonders thätig gewesenen Werkzeuge der apostolischen Partei, der Guerillaführer Santos-Ladron, gefangen und hingerichtet wurde.

In allen übrigen Theilen des Baskenlandes griff aber der karlistische Aufstand rasch um sich. Da dort jeder Bauer und Hirt, selbst in friedlichen Zeiten mit Gewehr und Pulver versehen ist, und die Einfuhr an Kriegsbedarf von Frankreich eine Zeit lang nicht verhindert wurde, so stand bald die ganze Bevölkerung unter den Waffen. Ein Stabsofficier Namens Zumalacarregui (ein geborener Baske, der früher zu keiner Partei gehört hatte), erhob sich jetzt für Don Karlos, entweder weil er nur so eine Rolle spielen konnte, oder weil er die Fueros für bedroht hielt, und riß, ungeachtet einzelner Nebenbuhler, die oberste Leitung des Aufstandes an sich. Das bedeutende Organisirungstalent dieses Mannes führte in die zusammengelaufenen Schaaren seiner Landsleute bald eine feste Ordnung ein. Die Volkserhebung verbreitete sich über Navarra und einen Theil von Katalonien und Aragonien, und als Don Karlos im Juli 1834 in der Mitte seiner Anhänger erschien, fand er eine regelmäßig eingerichtete Streitmacht vor, mit welcher er einen mehrjährigen Krieg gegen das ganze übrige Spanien aushalten konnte.

Es erhoben sich zwar auch außerhalb der baskischen Provinzen und der angrenzenden Landestheile, in mehren anderen Gegenden, karlistische Guerillas, aber ohne besonderen Erfolg, und ohne die Bevölkerung auf ihre Seite ziehen zu können. Die königlichen Freiwilligen waren schon vor Ferdinand VII. Tode so gründlich aufgelöst und entwaffnet worden, daß sie nirgends mehr mit Nachdruck auftreten konnten. Dagegen regten sich jetzt die so lange unterdrückt gewesenen Konstitutionellen mit großem Eifer für ihre Sache, thaten sich, zum Theil gegen den Willen der Regierung, in Nationalgarden oder Milizen, wie zur Zeit der Kortes, zusammen, und gewannen in allen größeren Städten die Oberhand. Aus den Provinzen liefen Adressen, meist von den daselbst kommandirenden Generalen unterstützt, an die Königin-Regentin ein, welche das Verlangen nach einer freien Verfassung zu erkennen gaben. Zea Ber-

mudez mußte im Januar 1834, wegen seiner absolutistischen Gesinnungen, seine Entlassung nehmen. Martinez de la Rosa, einst Sekretair der Regentschaft von Kadix, der aber jetzt gemäßigtere Grundsätze angenommen, und einer der ersten unter den geflüchteten Konstitutionellen, der von der ertheilten Amnestie Gebrauch gemacht hatte, wurde an die Spitze einer neuen Verwaltung gestellt. Der oben erwähnte, unvermeidliche und ränkevolle Burgos trat als Finanzminister ein, ließ es sich aber, weil er einen endlichen Sieg der absolutistischen Partei für möglich hielt, angelegen sein, alle freisinnigen Maßregeln zu verzögern und zu beschränken. Die Geldnoth zwang die Regierung zu einer Anleihe von 200 Mill. Realen (50 Mill. Fr.), und es wurde in dem betreffenden Dekret, um den fremden Kapitalisten Vertrauen einzuflößen, zum erstenmal seit 1823, auf die unter den Kortes abgeschlossenen Anleihen Bezug genommen, und deren Anerkennung in Aussicht gestellt.

Am 10. April 1834 wurde endlich unter der Benennung „königliches Statut“ eine Verfassung, als Ausfluß der Macht der Krone, bekannt gemacht. Die Kortes sollten, aus zwei Kammern, die Mitglieder der ersten Proceres (Pairs), die der zweiten Procuradores (Deputirte) genannt, bestehend, ein zweijähriges Budget bewilligen können, bei der Gesetzgebung zugezogen werden müssen, aber nur über die ihnen von der Regierung vorgelegten Anträge berathen dürfen. Die übrigen Institutionen des Repräsentativstaates, wie Verantwortlichkeit der Minister, Geschwornengericht, Preßfreiheit fehlten. Die Censur wurde durch königliche Dekrete verschärft. Diese Konstitution war weniger freisinnig als die französische von 1814, aber im Vergleiche zu der unter Ferdinand VII. bestandenen Willkürherrschaft immer für einen bedeutenden Fortschritt zu erachten. Das Eis des Stillstandes ward damit gebrochen, und, so viele Schwankungen und Abirrungen vom rechten Wege auch noch bevorstanden, der Nation eine freie Bewegung möglich gemacht, ohne welche kein moralisches oder politisches Ziel erreicht werden kann.

Ein Theil der Liberalen hatte jedoch, in Betracht der bei der Königin-Regentin vorausgesetzten Gesinnung, und der ihr bei der Vertheidigung des Thrones ihrer Tochter unentbehrlichen Hülfe der konstitutionellen Partei, mehr Zugeständnisse erwartet. Eine bedenkliche Gährung that sich auf vielen Punkten des Landes kund. Die unteren Volksklassen in Madrid, welche früher die Konstitutionellen bei jeder Gelegenheit verwünscht und die Absolutisten hatten hoch leben lassen, waren jetzt wie umgewandelt. Als die Cholera nach der Hauptstadt kam, wurden, unter

dem Vorwande, die Mönche hätten die Brunnen vergiftet, die Klöster erstürmt, und deren Bewohner niedergemacht. Im Januar 1835 kam es in Madrid zu einer Militairrevolte, bei welcher der General Canterac, welcher sie unterdrücken wollte, das Leben verlor. Die Sitzungen der am 21. Julius (1834) eröffneten Kortes waren äußerst stürmisch, und es wurde von der Regierung mehr verlangt, als diese in Erwägung der allgemeinen Lage des Landes bewilligen zu dürfen glaubte. Martinez de la Rosa, mehr Schriftsteller, Redner und Dichter als praktischer Politiker, und zu wenig Parteimann, was in jener Zeit nothwendig gewesen wäre, mußte am 2. Juni (1835) sein Amt niederlegen, und dem Grafen Toreno Platz machen.

Das Umsichgreifen des karlistischen Aufstandes in Nordspanien, die inneren Unruhen, der Mangel an eigenen Hülfsquellen veranlaßten die Königin Marie Christine sich um Hülfe im Auslande umzusehen. England und Frankreich hatten die belgische Revolution vor dem Einschreiten der absolutistischen Mächte geschützt, obgleich Belgien durch den Wiener Kongreß für einen integrirenden Theil des Königreiches der Niederlande erklärt worden war. Es konnte erwartet werden, daß sie ihre Dazwischenkunft in den spanischen Angelegenheiten nicht versagen würden, wo es sich um keine Veränderung der Dynastie oder des Territoriums, sondern nur um die Vertheidigung der Rechte einer Königin gegen ihren Oheim handelte, welche die große Mehrheit der Nation für sich hatte, während letzterer nur in einigen Provinzen anerkannt war. Da Portugal sich in einem ähnlichen Verhältniß befand, so wurde es dem spanischen Kabinet nicht schwer, Don Pedro, den Vormund und Vater der Königin, Donna Maria da Gloria, zu einem ähnlichen Schritte bei der englischen und französischen Regierung zu veranlassen. Der Fürst von Talleyrand, der damals noch als französischer Botschafter in London weilte, und sich der Unabhängigkeit der Belgier besonders günstig erwiesen hatte, faßte bei Gelegenheit der spanischen und portugiesischen Thronstreitigkeiten den Plan, die vier Westmächte, England, Frankreich, Spanien und Portugal zu einem Bunde zu vereinigen, und dadurch gegen die drei nordischen Mächte ein Gegengewicht aufzustellen. Ludwig Philipp mußte viel daran liegen, Don Karlos nicht den spanischen Thron besteigen zu lassen, da Spanien sonst der Sammelplatz der französischen Legitimisten geworden wäre. In England waren damals die Whig's am Ruder, die dem konstitutionellen System, überall wo es besteht oder mit Aussicht auf Erfolg sich regt, geneigt sind. Es kam deshalb am 22. April (1834) zwischen den genannten vier Mächten ein

Vertrag, die Quadrupelallianz genannt, zu Stande, in welchem England und Frankreich Isabella II. als Königin von Spanien und Maria II. als Königin von Portugal anerkannten, und England, vermöge seines alten Bündnisses mit Portugal, gegen Don Miguel eine bewaffnete Hülfe zu leisten versprach. Ludwig Philipp machte sich dagegen, seiner mehr als vorsichtigen Politik auch in diesem Falle treu bleibend, vor der Hand nur dazu anheischig, die französische Grenze gegen Spanien hin zu besetzen, und den Karlisten jede Zufuhr an Kriegsbedarf und Verbindung mit dem Auslande auf dieser Seite abschneiden zu lassen. Er fürchtete, bei einer thätigen Unterstützung der Königin Isabella II., mit den nordischen Mächten in Konflikt zu gerathen. In Folge dieses Vertrags war Don Miguel aus Portugal vertrieben, und seine Nichte in den Besitz ihres Thrones gesetzt worden.

Unterdessen war der Krieg gegen die Karlisten in den baskischen Provinzen, obgleich die Madrider Regierung alle ihr zu Gebot stehenden Mittel dazu verwandte, ohne Erfolg geführt worden. Die Ankunft des Don Karlos, dessen Schwäche und Unfähigkeit seinen Anhängern eine Zeit lang entging, hatte ihren Eifer für seine Sache erhöht. Er ließ seine Familie nachkommen, und nahm für gewöhnlich seinen Sitz in der kleinen, aber durch ihre Lage vor Ueberfällen gesicherten Stadt Onate (Guipuzcoa), wo sich ein Hof und eine Regierung um ihn bildete, seine Anhänger aus allen Theilen Spanien's sich versammelten, und die ihm günstig gestimmten nordischen Mächte und seine zahlreichen Freunde unter den englischen Tories sich mit ihm in Verbindung setzten. Sein Obergeneral Zumalacarregui war so thätig und geschickt, wußte seine Schaaren so anzufeuern, das Terrain so gut zu benutzen, daß die Christinos (so wurden gewöhnlich die Truppen der Königin Isabella II. genannt), sich, ungeachtet ihrer Ueberlegenheit an Zahl, vergebens abmühten, demselben einen Vortheil abzugewinnen, und einer ihrer Generale nach dem anderen an den unübersteiglichen Bergwällen scheiterte, oder in den undurchdringlichen Thälern zu Grunde ging. Sarsfield, Quesada, Valdez richteten nichts gegen Zumalacarregui aus. Selbst Mina, übrigens von früheren Anstrengungen, Wunden und Krankheit erschöpft, mußte sich unverrichteter Sache zurückziehen. Indessen war es immer ein bedenkliches Anzeichen für den Ausgang des Aufstandes, daß die größeren Städte selbst in den baskischen Provinzen Don Carlos nicht geneigt waren, den Christinos bei deren Annäherung die Thore öffneten, und Bilbao, der befestigte Hauptort jener Gegenden, den Karlisten einen entschiedenen Widerstand entgegensetzte. Bei der Belage=

rung dieser Stadt fiel der tapfere und unermüdliche Zumalacarregui (14. Juni 1835), der sich dem feindlichen Feuer bei jeder Gelegenheit zu verwegen aussetzte, und der bei längerem Leben Don Karlos vielleicht zum König von Spanien gemacht haben würde, so weit dies wenigstens durch militairische Operationen möglich gewesen wäre.

Graf Toreno, der, nach Martinez de la Rosa Rücktritt, die leitende Hand im spanischen Kabinet geworden, stammte aus einer alten asturischen Familie, hatte sich, noch sehr jung, in dem Befreiungskriege gegen die Franzosen und dann in den Kortes ausgezeichnet, und die Zeit seiner zweimaligen Verbannung in Paris zugebracht, wo er mit den Koryphäen der liberalen Opposition in genaue Berührung getreten war. Toreno galt bei Allen, welche mit ihm näher bekannt geworden, nicht nur für einen äußerst fähigen und geistreichen Mann — die beste spanisch geschriebene Geschichte des Befreiungskrieges rührt von ihm her — sondern auch für den ausgezeichnetsten Diplomaten und Financier seiner Partei. Aber die Reaktion hatte unter Ferdinand VII. zu leidenschaftlich verfahren, als daß jetzt, wo entgegengesetzte Grundsätze zur Herrschaft gekommen, dieselben nicht auch auf die Spitze gestellt und in ihrer Anwendung übertrieben worden wären. Der öffentlichen Meinung genügten die von dem königlichen Statut verliehenen Rechte nicht mehr. Vergebens versprach Toreno für die Zukunft alles, was man verlangte: Preßfreiheit, Verantwortlichkeit der Minister u. s. w., wollte aber für den Augenblick alle Kraft und Thätigkeit auf die Bezwingung des karlistischen Aufstandes gewandt wissen, der nicht diese oder jene Modalität des konstitutionellen Systems, sondern dieses selbst in Frage stellte, und den Despotismus wiederherzustellen drohte. Die Ungeduld und Unzufriedenheit eines zahlreichen Theiles der liberalen Partei war aber nicht zu beschwichtigen. In mehren großen Städten wurden von der aufgeregten Menge die ärgsten Ausschweifungen begangen. Der zur Stillung der Unruhen nach Barcelona herbeigeeilte General Bassa ward ermordet. In Madrid selbst brach am 16. August (1835) in der Nationalgarde ein Aufstand gegen die Regierung aus, der nur mit äußerster Anstrengung von dem General Quesada überwältigt werden konnte. Die Hauptstadt wurde hierauf in Belagerungszustand erklärt, zahlreiche Verhaftungen erfolgten, und die Regierung schien zur Ergreifung strenger Sicherheitsmaßregeln geneigt zu sein. Aber das Ministerium konnte sich nicht mehr auf das Linienmilitair verlassen. Als der Graf las Navas, der sich in den Kortes durch seine heftige Opposition bemerkbar gemacht, und an den letzten Unruhen in Madrid betheiligt hatte, von Andalusien aus mit einigen tau=

send Mann gegen die Hauptstadt heranzog, gingen zwei Infanterieregimenter, welche gegen ihn geschickt worden, zu ihm über. Toreno, der keinen Stützpunkt mehr für sich sah, reichte am 15. September (1835) seine Entlassung ein.

Mendizabal, ein Banquier, der, wie die meisten ausgezeichneten Spanier zweimal in der Verbannung gelebt hatte, erhielt nach Toreno's Abgang das Finanzministerium, welches damals der wichtigste Verwaltungszweig war. Er gehörte mehr der demokratischen als konstitutionellen Partei an, obgleich er für Spanien die republikanische Staatsform nicht für geeignet hielt. Aber die Volkssouverainetät machte in seinen Augen die Grundlage jeder freien Verfassung aus, und er glaubte Spanien nur durch Ergreifung außerordentlicher Maßregeln vor den Gefahren des immer drohender heranwachsenden Bürgerkrieges bewahren zu können. Die bei Gelegenheit der letzten Unruhen erlassenen Strafverfügungen wurden aufgehoben, und Reformen des königlichen Statuts im liberalen Sinne in Aussicht gestellt. Mendizabal verlangte von dem am 16. November (1835) zusammengetretenen Kortes ein Vertrauensvotum, welches ihn ermächtigte, die Steuern nach einem früheren Gesetz ohne neue Ermächtigung noch eine Zeit lang fort erheben, und auf dem Verwaltungswege vermehren zu dürfen, die Nationalgarden zu mobilisiren, und die gesammte waffenfähige Mannschaft von achtzehn bis vierzig Jahren einzuberufen. Aber die Geldnoth, welche schon vorher groß gewesen, hatte seit dem Beginn des karlistischen Aufstandes noch zugenommen. Aus vielen Gegenden liefen gar keine Abgaben, aus anderen kamen sie unvollständig ein. Mendizabal setzte endlich den Antrag auf Einziehung aller Besitzungen der Mönchsklöster, mit Ausnahme einiger wenigen Wohlthätigkeitsanstalten der Art, und Abschaffung aller Nonnenklöster durch, welche von weniger als zwanzig Personen bewohnt wurden. Noch während der Berathung dieses Gesetzes zeigte es sich, welche tiefe Veränderung das unter Ferdinand VII. befolgte Unterdrückungssystem wenigstens in den städtischen Klassen der Nation hervorgebracht hatte. Fast überall kam die Bevölkerung der Ausführung der von Mendizabal beschlossenen Maßregel in gewaltsamer Weise zuvor. Die Mönche wurden alsbald vertrieben, hier und da selbst ermordet, die Klöster häufig in Brand gesteckt oder niedergerissen. Besonders wurde gegen den Dominikanerorden gewüthet, der bis 1820 mit seinen Mitgliedern die Glaubensgerichte besetzt, und später unaufhörlich an der Wiederherstellung der Inquisition gearbeitet hatte.

Mendizabal's mehr kühne als geschickte Anordnungen halfen den

Finanzverlegenheiten nicht ab. Die inneren Unruhen lähmten die Verwaltung, und die Klostergüter wurden nicht sogleich verkauft oder trugen wenig ein. Die an den Mönchen verübten blutigen Frevel mißfielen der gemäßigten Partei, welche fürchtete, daß die unteren Volksklassen sich an solche Zügellosigkeit gewöhnen, und immer willkührlicher und wilder werden würden. Um die dringendsten Ausgaben zu bestreiten, mußten die Steuern in voraus erhoben werden. Die Unternehmungen gegen die Karlisten waren von keinem Erfolge gekrönt. Mendizabal sah sich im Mai 1836 zur Niederlegung seiner Stelle genöthigt.

Isturiz, bisher Präsident der zweiten Kammer der Kortes, früher ein Gesinnungsgenosse Mendizabal's, zuletzt aber sein entschiedener Gegner, wurde an die Spitze einer neuen Verwaltung gestellt. Da sein Vorgänger unter den Prokuradoren viele Anhänger zählte, so löste er die Kortes auf, und ließ neue Wahlen ausschreiben. Aber bald verbreitete sich im ganzen Lande die Meinung, daß das neue Ministerium mit reaktionären Plänen umgehe, die Freiheit unterdrücken, und mit den Karlisten unterhandeln wolle. In allen größeren Städten von Corunna bis Malaga brachen Unruhen aus. Die Wiederherstellung der Konstitution von Kadix wurde verlangt. In Madrid konnte die Regierung die Bewegung nur durch Auflösung der Nationalgarde, Beschlagnahme der oppositionellen Blätter und Einführung des Belagerungszustandes unterdrücken. Aber während dies in der Hauptstadt gelang, empörte sich plötzlich das vierte Garderegiment, das in dem königlichen Lustschlosse La Granja, nur einige Meilen von Madrid entfernt, lag, und wo sich Marie Christine den Sommer über aufzuhalten pflegte. In der Nacht vom 12. zum 13. August (1836) drangen die Soldaten, unter Anführung eines Sergeanten Namens Garcia, bis in das Schlafgemach der Regentin ein, und zwangen sie die Einführung der Konstitution von Kadix zu versprechen. Am 15. August erschien ein Dekret, wodurch die abgedrungene Zusage erfüllt, zugleich aber erklärt wurde, daß die zusammentretenden Kortes über die Verfassungsfrage zu entscheiden haben würden. Die Minister, welche sich über ihre Hülfsmittel getäuscht, und die Gährung für nicht so verbreitet und tief gehend gehalten hatten, waren aus dem Lande entflohen. Sie würden bei längerem Verweilen in die größte Gefahr gerathen sein. Ihre vorzüglichste militairische Stütze, General Quesada, von welchem mehre Empörungen in der Hauptstadt unterdrückt worden, der sich jetzt aber von den Truppen verlassen sah, wollte sich ebenfalls in Sicherheit setzen, wurde aber in der Nähe von Madrid von dem wüthenden Volke erkannt und ermordet.

Ein durch seine freisinnige Meinungen bekannter Staatsmann und Redner, Calatrava, wurde von der Regentin mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. Obgleich die Wahlen zu den Kortes während der größten Aufregung stattgefunden hatten, so lehnte diese Versammlung gleichwohl die Wiederherstellung der Konstitution von Kadix ab. Die neue von ihr berathene Verfassung, die am 18. Juni 1837 bekannt gemacht wurde, sprach zwar den Grundsatz der Volkssouverainetät aus, führte Preßfreiheit, Geschwornengerichte, Vereinsrecht ein, ließ aber nicht nur das Zweikammersystem bestehen, sondern räumte auch dem Throne ein absolutes Veto gegen die Beschlüsse der Kortes ein. Die Mitglieder der ersten Kammer, welche statt Proceres, Senatoren hießen, wurden, den Bestimmungen dieses neuen Grundgesetzes gemäß, von der Krone auf Lebenszeit, nach einer von den Wählern angefertigten Liste ernannt, mußten aber ein bedeutendes jährliches Einkommen (50,000 Realen oder 3611 Thaler) nachweisen können. Die Ausübung des Wahlrechts hing von der Entrichtung einer Grund- oder Gewerbesteuer von 200 Realen oder 14 Thalern ab. Die Wahlfähigkeit für die zweite Kammer, deren Mitglieder nicht mehr Prokuradores, sondern Deputirte genannt wurden, war an keinen Census gebunden. Diese Verfassung ist, obwohl sie im Laufe einer so bewegten Zeit, wie die, welche Spanien noch auf lange hinaus bevorstehen sollte, mehrfache Erschütterungen und Abänderungen erfahren hat, der erste feste Ausgangspunkt für eine Umgestaltung der spanischen Zustände gewesen.

Der vornehmste Grund der in Spanien herrschenden Zerrüttung lag in der Willkürherrschaft Ferdinand VII., der mit vollen Händen und wie zu seiner Lust den Samen der Zwietracht und Unruhe ausgestreut hatte, der nach ihm so reichlich aufgehen sollte. Seine Wittwe, Marie Christine, schlug eine von der seinigen ganz verschiedene Bahn ein, zeigte sich eben so freisinnig und mild, als er zu Unterdrückung und Verfolgung geneigt gewesen, hätte aber, selbst bei größerer Weisheit und Kraft, nicht vermocht, den Nachwirkungen einer so langen und traurigen Regierung alsbald ein Ende zu machen. Hierzu kam noch, daß sie nicht von Mängeln frei war, die, unter ruhigeren Zuständen als in Spanien, nicht über die Schwellen des Hoflebens hinaus kund geworden wären, aber in einem von Parteien zerrissenen Lande, wo selbst der Besitz der obersten Gewalt bestritten war, schonungslos vor die Oeffentlichkeit gezogen wurden. Marie Christine hatte, von ihrer Jugend verführt, und in Nachahmung der in ihrer neapolitanischen Heimath herrschenden Freiheit der Sitten, in ihrem Privatleben nicht die Würde und Zurückhaltung bewiesen, welche eine so hohe Stellung,

wie die Regentschaft über ein großes Reich, ihr hätte auflegen sollen. Nicht lange nach dem Tode ihres Gemahls war sie von einem Leibgardisten Namens Munoz (später zum Herzoge von Riancarez erhoben), so angezogen worden, daß sie eine heimliche Ehe mit ihm einging. Munoz hatte in der Garde du Corps Ferdinand VII. gedient, wo, wie früher in der französischen Truppe desselben Namens, die Soldaten Officiersrang bekleideten, und ihrer Herkunft nach dem kleineren Adel oder höheren Bürgerstande angehörten. Die Mutter Ferdinand VII., die Königin Marie Luise, hatte mit Manuel Godoy, nachmals der Friedensfürst genannt, ebenfalls einem ehemaligen Garde du Corps, während des Lebens ihres Gemahls, ein unerlaubtes Verhältniß unterhalten, und Godoy war Munoz nur an Selbstsucht und Ehrgeiz, aber keinesweges an Talent oder Charakter überlegen gewesen. Aber für die Menge hatte damals über den Vorgängen am Hofe ein Schleier gelegen, und sie war mit denselben unbekannt oder gegen dieselben gleichgültig geblieben. Seitdem hatte die öffentliche Meinung eine gänzliche Umwandlung erfahren.

Marie Christine's Verhältniß, obgleich von der Kirche geheiligt, wurde sowohl von den Karlisten als der exaltirten Fraktion der Konstitutionellen gegen das von der jungen Fürstin vertretene System ausgebeutet, und von den ungünstigsten Erklärungen begleitet. Die extremen Parteien behaupteten, daß sie durch ihre zweite Vermählung das Recht auf die Regentschaft verwirkt habe. Zum Glück für Spanien kehrte sich Marie Christine an diese Angriffe nicht, und behielt, nach wie vor, die oberste Gewalt, die ohne sie in die Hände des Don Karlos gefallen wäre, der davon einen noch übleren Gebrauch als Ferdinand VII. gemacht haben würde. Aber das Mißtrauen, welches gegen Marie Christine in einem Theile der Nation nach ihrer zweiten Vermählung entstand, legte ihrer Regierung noch größere Hindernisse als ohne dieses Verhältniß statt gefunden hatten, in den Weg. Eine andere Schwierigkeit für sie bestand darin, daß sie die Generale, welche sie gegen die Karlisten verwandte, nicht ausschließend nach deren militairischen Fähigkeiten, sondern auch nach den politischen Ueberzeugungen wählen zu müssen glaubte, da sie von den Demokraten fast eben so viel wie von den Absolutisten zu fürchten hatte. Diese und ähnliche, unter den vorhandenen Umständen schwer zu umgehende, Rücksichten traten aber der Kraft und Einheit in der Kriegführung störend entgegen.

Zumalacarregui's Tod vor Bilbao war ein unersetzlicher Verlust für die Sache des Don Karlos gewesen. Die treffliche Organisation, welche er dem baskischen und navarresischen Aufstande gegeben, hatte ihn zwar überlebt, aber nach ihm wußte Niemand mehr von diesen Mitteln einen so

geschickten und kühnen Gebrauch wie er zu machen. Indessen scheiterten mehre Jahre lang alle Anstrengungen der christinoschen Generale, die Karlisten aus ihren festen Stellungen zu vertreiben. Ein Heer der Königin nach dem andern verschwand am Fuße der uneinnehmbaren Bergkessel, oder kehrte nach kurzem Eindringen in dieselben gebrochen und erschöpft zurück. Die von Madrid ausgesandten Heerführer wechselten noch schneller als die dort ernannten Minister. Die Soldaten, meist im Innern und Süden Spaniens rekrutirt, da ein großer Theil des Nordens der Königin feindlich oder wenigstens gleichgültig gegen sie gesinnt war, hegten gegen Basken und Navarresen eine nationale Abneigung, und ließen sich in diesem Kriege die furchtbarsten Ausschweifungen und Grausamkeiten zu Schulden kommen, die dann von den Gegnern, wo möglich, noch überboten wurden. Der Kampf nahm eine Zeit lang einen so unmenschlichen Charakter an, daß nicht nur die Gefangenen niedergemacht wurden, als sei dies ein regelmäßiger und erlaubter Brauch, sondern dasselbe zuweilen auch an bejahrten Frauen und unmündigen Knaben geschah.

Karlistische Anführer von besonders unternehmendem Geist, wie Cabrera, Gomez, durchbrachen mehrmals die ihnen entgegengesetzten feindlichen Linien, zogen in einem Theile Spaniens, plündernd und brandschatzend, umher, und ließen die Ortsvorsteher und andere angesehene Einwohner, die als Christinos bekannt waren, und sich nicht durch die Flucht gerettet hatten, ohne weiteres erschießen. Indessen ward dadurch im wesentlichen die Lage der Dinge nicht verändert. Sobald die karlistischen Banden sich entfernt hatten, kehrte wieder alles unter die Regierung der Königin Isabelle zurück. Da der Aufstand außerhalb des Bodens, wo er begonnen hatte, keine wahrhaften Fortschritte machte, so war vorauszusehen, daß sich eher die baskischen Provinzen als das ganze übrige Spanien an Mannschaft und Geld erschöpfen würden.

Die Anhänger des Don Karlos trachteten vor allem danach, eine bedeutende Stadt in ihre Gewalt zu bekommen, weil sie wußten, daß dies namentlich auf die nordischen Höfe einen großen Eindruck zu Gunsten des Prätendenten hervorbringen, ihm vielleicht deren Anerkennung verschaffen würde. So lange die Karlisten über kahle Berghöhen und in waldigen Schluchten hin und her zogen, und sich mit dem Besitze kleiner Städte und Dörfer begnügen mußten, schien der Kampf sich keinem politischen Ziele zu nähern. Don Karlos ließ deshalb zum zweitenmal Bilbao belagern, ohne es einnehmen zu können (1836). Vom Glück bisher im Ganzen begünstigt, stieß er bei dieser Gelegenheit auf einen Mann, an dessen Thatkraft und Einsicht zuletzt sein ganzes Unternehmen zu Grunde gehen sollte.

Baldomero Espartero, Sohn eines Stellmachers aus einem Dorfe der Mancha, war, ursprünglich zum geistlichen Stande bestimmt, bei der nationalen Erhebung gegen die Franzosen, als Freiwilliger in das Heer getreten, und hatte, ohne Gelegenheit zu besonderer Auszeichnung zu finden, den langen Kampf gegen Napoleon und dessen Marschälle durchgemacht und später in Amerika gedient. Niemand ahnte damals die Rolle, die er einst zu spielen bestimmt war. Er hatte sich indessen während des Krieges militairische Erfahrung erworben, und später seine Muße zur Kenntniß der politischen Lage Spaniens angewandt. Als es nach dem Tode Ferdinand VII. darauf ankam, eine bestimmte Partei zu wählen, schloß sich Espartero der Königin-Regentin an. Eine Zeit lang anderen am Hofe bekannteren und beliebteren Generalen untergeordnet, war er in deren Niederlagen gegen die Karlisten verwickelt gewesen. Es gelang ihm endlich sich zum erstenmal bei der Belagerung Bilbao's bemerkbar zu machen, das, schon in großer Gefahr schwebend, von ihm durch einen kühnen Ausfall, bei welchem er sich persönlich sehr hervorthat, gerettet wurde. Hierauf zum Oberbefehlshaber der Expeditionsarmee gegen die Karlisten ernannt, brachte er ihnen in der Schlacht bei Luchana (24. December 1836) eine empfindliche Niederlage bei, und zwang sie sich in ihre Gebirge zurückzuziehen.

Von dem ausdauernden Muthe und der begeisterten Aufopferung der Basken und Navarresen wurden diese Verluste bald ersetzt. Im Frühlinge 1837 drangen die Karlisten unter Villareal, Zariateguy, Gomez, Cabrera in Aragonien ein, warfen die Christinos bei Huesca, gingen über den Ebro, und rückten gegen Valencia vor. Aber Don Karlos wagte es nicht die stark besetzte und befestigte Stadt anzugreifen, sondern schlug den Weg nach Madrid ein. Die Hauptstadt war von Linientruppen entblößt, und die Nachricht vom Anrücken des Feindes hatte einen allgemeinen Schrecken verursacht. Aber Espartero, der unterdessen von der Regentin in Calatrava's Stelle (18. August 1837) zum Haupte einer neuen Verwaltung ernannt war, und eine unbeschränkte Verfügung über die bewaffnete Macht erhalten hatte, zog in Eilmärschen herbei, deckte Madrid, und wußte jede Blöße, welche sich seine Gegner gaben, zu benutzen. Don Karlos, welcher auf eine allgemeine Schilderhebung des Landvolkes zu seinen Gunsten gerechnet hatte, sah sich gänzlich getäuscht. Er zog eine Zeit lang in den kastilischen Ebenen, ohne Anhang zu finden, hin und her, und wandte sich endlich nach dem Ebro zurück. Espartero folgte ihm auf dem Fuße nach, schlug ihn auf verschiedenen Punkten, und zuletzt am 14. Oktober bei Huerta del Rey so, daß das karlistische Heer sich fast auf-

Küste, und in wilder Flucht dem Baskenlande zueilte, um dort den Kampf noch eine Zeit lang mit möglichster Anstrengung fortzusetzen.

Dieser verfehlte Zug in das Innere Spaniens sollte über den ganzen Krieg entscheiden. Der Umstand, daß in dem Stammlande und Mittelpunkte des spanischen Volksthums, in Kastilien, bei Don Karlos Annäherung alles ruhig geblieben, schlug die lang gehegte Täuschung nieder, daß Don Karlos die Mehrheit der Nation für sich habe, und die Massen nur auf seine Anwesenheit warteten, um sich für ihn auszusprechen.

Don Karlos persönliche Unfähigkeit vollendete den üblen Eindruck, den sein zunehmendes Kriegsunglück angefangen hatte. Seine Erziehung war eben so wie die Ferdinand VII. vernachlässigt gewesen, und er dabei geistig noch starrer und träger als dieser geblieben. Die schmeichlerischen Berichte fremder Agenten und Militairs, die ihn umgaben, und in ihm einen mittelalterthümlichen Charakter und Vertreter des altspanischen Wesens erkennen wollten, konnten die Leichtgläubigkeit eine Zeit lang irre führen, aber vor entgegengesetzten unparteiischen Beurtheilungen, und der Gewalten der Thatsachen nicht Stich halten. Don Karlos war weder Staats= noch Kriegsmann, leitete und entschied selbst nichts, sondern gab sich unbedingt dem Rathe einiger Geistlichen hin, welche über die Verdienste der zu ihrer Partei gehörigen Generale nach dem Grade der Frömmigkeit richteten, welche sie an denselben bemerkten. Die Camarilla, denn Don Karlos besaß eine solche wie einst Ferdinand VII., wenn auch nicht so zahlreich und glänzend, wurde von dem Bischofe von Leon und dem Höflinge Arias Tejeiro geleitet, welche die Heerführer erhoben und stürzten, die Pläne für die Feldzüge entwarfen, und mit den Agenten des Auslandes unterhandelten.

Der Pater Cyrillo, welcher Erzbischof von Havanna geworden, aber die europäischen Verhältnisse nie außer Acht gelassen hatte, war unterdessen im karlistischen Hauptquartier angekommen. Von diesem in seinen Ideen übertriebenen, aber seiner Natur nach geistreichen Manne ward alsbald die Unfähigkeit der Umgebungen des Prätendenten, und die Unmöglichkeit auf diesem Wege vorwärts zu kommen, begriffen. Er rieth Don Karlos, dem bisher wenig hervorgetretenen General Maroto, der mit der Camarilla auf gespanntem Fuße stand, aber großen Einfluß auf das Kriegsvolk besaß, den Oberbefehl zu übergeben. Aber Cyrillo hatte sich, ungeachtet seiner Feinheit und Erfahrung, in Maroto's Charakter gänzlich geirrt. Letzterer wollte sich erst seiner militairischen Nebenbuhler entledigen, und dann den Prätendenten selbst von sich abhängig machen. Zu dem Ende übergab er mehre Führer der exaltirten Partei, die Generale

Garcia, Sanz, Carmona, Guergué, und den Intendanten der Armee, Ibanez, weil sie sich angeblich zu seinem Untergange verschworen haben sollten, einem aus ihm ergebenen Officieren zusammengesetzten Kriegsgerichte, von welchem sie zum Tode verurtheilt wurden. Als Don Karlos von diesem Verfahren hörte, befahl er die Freilassung der Angeklagten, die sich immer als seine treuesten Anhänger gezeigt hatten. Aber Maroto, anstatt zu gehorchen, ließ sie am 18. Februar (1839) in Estella, einer kleinen Stadt in Navarra, erschießen. Die Truppen, welche jetzt Don Karlos gegen Maroto schickte, um ihn des Kommandos zu entsetzen, und zur Rechenschaft zu ziehen, gingen zu letzterem über. Der Prätendent verlor plötzlich den Muth, bestätigte Alles was sein eigenmächtiger und gewaltthätiger General gethan hatte, und willigte außerdem in die Entfernung seiner vertrautesten Günstlinge ein, des Bischofs von Leon, des Paters Larraga, seines Beichtvaters, des Arias Tejeiro, welcher bei ihm die Stelle eines Rathes und Gesellschafters, wie einst Ugarte eine Zeit lang bei Ferdinand VII., bekleidet hatte. Diese und einige dreißig andere Mitglieder der apostolischen Partei, welche sich in Don Karlos Lager befanden, wurden an die französische Grenze abgeführt, und ihnen die Rückkehr verboten.

Nachdem Maroto den Prätendenten auf diese Art isolirt hatte, knüpfte er im geheimen Unterhandlungen mit Espartero an, während welcher der Krieg, obwohl immer matter, fortgeführt wurde. Maroto hatte die nicht mehr zu verkennende Erschöpfung der baskischen Provinzen und die zunehmende Erkaltung der Bevölkerung gegen Don Karlos bemerkt, und hielt diesen für verloren. Er wollte sich in den Augen seiner Gegner ein Verdienst erwerben, indem er den Sturz des Prätendenten nicht nur abwartete, sondern zu ihm beitrug. Er ließ sich von Espartero absichtlich aus einer ungünstigen Stellung in die andere drängen, und schloß endlich mit ihm am 31. August (1839) zu Bergara, in Guipuzcoa, einen Vertrag ab, vermöge dessen die karlistische Hauptmacht, 21 Bataillone und 3 Schwadrone, zu den Christinos überging. Maroto bemäntelte seinen Verrath, wie gewöhnlich unter ähnlichen Umständen geschieht, mit dem patriotischen Vorwande, dem Bürgerkriege, welcher Spanien seit sechs Jahren zerriß, ein Ende zu machen. Es wäre aber ehrenvoller gewesen, den Prätendenten entweder früher zu verlassen, ohne ihn zu verrathen, oder bei ihm auszuharren, als sein Stern zu sinken anfing. Die Fueros der Basken wurden von der Königin-Regentin bestätigt, die aufgestandenen Provinzen erkannten dagegen die Königin Isabella II. und die Konstitution von 1837 an. Maroto und die übrigen karlistischen Generale und Officiere, welche sich unterwarfen, behielten ihre militairischen Grade, Orden und Gehälter,

die Mannschaft ward in ihre Heimath entlassen. Der früher mehrmals genannte Graf de Espanna wurde um diese Zeit, von einigen seiner ehemaligen Parteigenossen, welche aber die von ihm in den letzten Regierungsjahren Ferdinand VII. gegen die Apostolischen begangenen Verfolgungen nicht vergessen hatten, überfallen, und, zur nächtlichen Stunde, an Händen und Füßen gebunden, in einen Waldstrom geworfen, wo man am anderen Tage seine Leiche fand, ohne daß dieser Frevel an den Urhebern gerächt worden wäre. Am 14. September (1839) überschritt Don Karlos die französische Grenze, und es wurde ihm und seiner Familie von der französischen Regierung ein erzwungener Aufenthalt in Bourges angewiesen. Cabrera, nächst Zumalacarregui, der fähigste und unternehmendste aller karlistischen Heerführer, setzte den Kampf in Oberkatalonien noch bis zum Juli 1840 fort, mußte aber, von Espartero unaufhörlich gedrängt, sich zuletzt ebenfalls nach Frankreich flüchten. Maroto, von allen Parteien gering geschätzt, begab sich nach dem ehemaligen spanischen Amerika, wo er später in tiefster Dunkelheit endigte.

---

24. Portugal unter der Herrschaft des Infanten Don Miguel. — Verhältniß Don Miguel's zu den fremden Mächten. — Kampf zwischen Don Pedro und Don Miguel. — Besiegung dieses letzteren. — Wiederherstellung der Konstitution von 1826. — Maria II. in den Besitz des portugiesischen Thrones gesetzt. — Don Pedro's Tod.

Es war der absolutistischen und klerikalen Partei gelungen, durch ihren Einfluß auf die rohe und unwissende Menge, und durch die gegen die mittleren Klassen angewandten Einschüchterungen und Drohungen, die Einberufung der sogenannten Kortes von Lamego herbeizuführen, welche den Infanten Don Miguel eingeladen hatten, die portugiesische Krone in Besitz zu nehmen (23. Junius 1828). Es war dies aber nicht eine konstituirende Versammlung gewesen, wie deren in neuerer Zeit mehrmals gesehen worden, welche streitige Thronansprüche entschieden oder eine Verfassung festgesetzt hätte, sondern sie hatte nur ein unzweifelhaftes Recht, wie es ihrer Meinung nach das des zweiten Sohnes Johann VI. auf die portugiesische Krone war, anerkannt, und dasselbe für die Nation verbindlich erklärt. An den Gesetzen und Einrichtungen selbst war nichts ge-

ändert, und Don Miguel nach Auflösung dieser Kortes in seiner Regierungsgewalt unumschränkt geblieben.

Der Entschluß Don Pedro's, seinen Bruder zum Regenten von Portugal während der Minderjährigkeit seiner Tochter zu ernennen, und ihm dieselbe zur Gemahlin zu bestimmen, war ein in jeder Beziehung verfehlter Plan gewesen. Don Miguel hatte sich früher nicht nur gegen die Konstitution der Kortes, sondern auch gegen seinen Vater Johann VI. verschworen, und es hätte vorausgesehen werden können, daß er gegen seine Nichte noch weniger Rücksichten beobachten würde. Es waren von ihm schon so viele Treulosigkeiten und Verräthereien begangen worden, daß seine Versprechungen und Eidschwüre keine Bürgschaft gewähren konnten. Da er, nachdem sein Bruder in Brasilien regierte, ein Recht auf die portugiesische Krone zu haben glaubte, so hielt er sich, ungeachtet aller von ihm geleisteten Zusagen, weder zur Vermählung mit seiner Nichte, noch zur Beobachtung der von Don Pedro gegebenen Verfassung verpflichtet. Er sah Beides als einen ihm auferlegten Zwang an.

Bei mehr Reife und Tiefe des Urtheils hätte Don Pedro dies Alles vorher wissen können. Er vermochte aber nicht, Personen und Zustände leidenschaftlos abzuwägen, und war zu sehr geneigt, augenblicklichen Eingebungen zu folgen. Er hatte gehofft, seinen Bruder durch die beschlossene Vermählung mit seiner Tochter zu gewinnen, und dadurch die Anhänger der alten und neuen Ordnung der Dinge mit einander auszusöhnen, ohne den Charakter Don Miguel's, und die Kluft, welche in Portugal noch mehr als anderswo die absolutistische und konstitutionelle Partei trennte, in Betracht zu ziehen. Wie oft bei Fürsten, so hatte auch bei Don Pedro in diesem Falle, die Neigung für die Irrgänge einer vermeintlichen Staatskunst über die Anschauungen des geraden Verstandes den Sieg davon getragen. Wenn er das Glück seiner Tochter gründen, und die von ihm dem portugiesischen Volk verliehene Verfassung erhalten wollte, so durfte er Don Miguel nicht die Regentschaft übergeben, und ihm nicht die Mittel zu einer Thronanmaßung selbst in die Hand legen. Don Miguel würde ohne Zweifel auch auf anderem Wege eine Usurpation versucht haben, sie würde ihm aber schwerer geworden, und Portugal vielleicht mehrjährige Leiden und Drangsale erspart worden sein.

Was den Rechtspunkt betrifft, so konnte schon damals von keinem parteilosen Urtheile die später allgemein gewordene Ueberzeugung zurückgewiesen werden, daß Don Pedro berechtigt gewesen sei, über den portugiesischen Thron zu Gunsten seiner Tochter zu verfügen. Obgleich Kai=

ser von Brasilien geworden, hatte er sich nie seines Erbrechts auf Portugal begeben. Bei dem Tode seines Vaters Johann VI. war es ihm unbenommen gewesen, zwischen beiden Reichen zu wählen. Er entschied sich für Brasilien, und trat die portugiesische Krone seiner ältesten Tochter ab. Die Frauen waren in Portugal von jeher thronfähig gewesen. Johann VI. hatte viele Jahre lang, während der Geisteskrankheit seiner Mutter Maria Francisca, einer Tochter Joseph I., nur den Titel eines Regenten geführt. Wenn aber auch Don Miguel nähere Ansprüche auf die portugiesische Krone als seine Nichte besessen hätte, so waren sie von ihm aufgegeben worden, als er, erst in Wien und dann in Lissabon, vollkommen freiwillig, sich den Bestimmungen seines Bruders in Bezug auf die Thronbesteigung seiner Nichte und die Vermählung mit derselben unterworfen, und die Anerkennung der Verfassung eidlich angelobt hatte.

Eine Gewaltherrschaft wie diejenige, welche Don Miguel über Portugal ausübte, läßt sich nur aus der tiefen inneren Zerrüttung, in welche die Nation gerathen war, erklären. Portugal war durch die langjährige Abwesenheit der königlichen Familie, den Unabhängigkeitskrieg, und den von demselben angeregten Geist auf eine von der früheren ganz verschiedene Bahn geführt worden, ohne daß ihm an deren Ende ein bestimmtes Ziel vorangeleuchtet hätte. Die alten Einrichtungen wurden plötzlich umgestoßen, ohne daß vorher eine andere Gesittung herangereift gewesen wäre. Eine Partei hatte später das Alte wiederhergestellt, aber ohne ihm wie vorher eine allgemeine Anerkennung verschaffen zu können. Das Schicksal des Landes war seit Jahren einzig durch äußere Gewalt entschieden worden, und so sollte es noch auf lange hinaus bleiben. Das Chaos, in welches das portugiesische Volk durch das Eindringen der neuen Ideen, ohne hinreichende Vorbereitung auf dieselben, gestoßen worden, war noch tiefer und dunkler als in Spanien. Dazu kam, daß der portugiesische Nationalcharakter in sich selbst nicht so viel Kraft und Halt als der spanische besaß, das öffentliche Bewußtsein erniedrigter war, und es der rettenden Elemente wenigere gab. Indessen sollte aus Don Miguel's Tyrannei zuletzt eine Krisis hervorgehen, aus welcher sich eine, wenn auch langsame, Heilung der öffentlichen Zustände entwickelte.

Die einzelnen Klassen des portugiesischen Volkes standen von einander gesonderter als in Spanien da, und es wurde in diesem kleinen Staate weniger als in dem großen Nachbarlande der Pulsschlag eines allgemeinen Lebens vernommen. Der höhere portugiesische Adel war,

ungeachtet seiner Reichthümer und der Vorrechte, welche er auf seinen Besitzungen ausübte, allmälig von der Regierung so abhängig geworden, daß er unter Joseph I. die grenzenlose Willkür des Marquis von Pombal, und die grausame Hinrichtung mehrer seiner vornehmsten Mitglieder ohne Widerspruch ertragen hatte. Unter diesem alten und großen Adel, dessen Vorfahren einst in den Kriegen gegen die Araber und später bei den überseeischen Eroberungen geglänzt hatten, gab es eine nicht ganz unbedeutende Partei, von welcher selbst die demokratische Konstitution der Kortes dem früheren Despotismus vorgezogen, und eine noch größere Zahl, von der die Repräsentativmonarchie, wie sie Don Pedro beabsichtigte, als eine Erfüllung aller Wünsche angesehen wurde. Aber es fehlte dem liberalen Theile der portugiesischen Großen an der nöthigen Thatkraft und Entschlossenheit, um zur Vertheidigung seiner Meinungen zusammenzutreten, und sich an die Spitze der ähnlich gesinnten mittleren Klassen zu stellen, welche, um etwas zu vermögen, eines ihnen gegebenen Beispieles bedurft hätten.

Der zahlreiche kleinere Adel (Fidalgos), welcher nicht wie der spanische in größeren Städten in beständiger Berührung mit den übrigen Klassen lebte, sondern auf seinen Besitzungen ein beschränktes und vereinsamtes Dasein führte, war großentheils dem Absolutismus zugethan geblieben. Sein Mangel an Bildung machte ihn unfähig, die Vorzüge einer freien Verfassung zu würdigen, und sein Ehrgeiz war von der Aufhebung seiner früheren Vorrechte verletzt worden. Denn sowohl die von den Kortes als die von Don Pedro eingeführte Konstitution hatte die Gleichheit vor dem Gesetz eingeführt, und Wahlrecht und Wählbarkeit war einzig von der Entrichtung eines gewissen Steuerbetrages, ohne Rücksicht auf Standesverhältnisse, abhängig gemacht worden.

Das Landvolk stand in Portugal mehr als selbst im Kirchenstaate unter dem Einflusse der Geistlichkeit, besonders der zahlreichen Mönche, und hing an den alten Einrichtungen, unter deren Herrschaft es, von keinem Gedanken an eine Verbesserung oder Erweiterung seiner Lage in seinem Gewohnheitsleben gestört, bei geringer Arbeit seine beschränkten Bedürfnisse befriedigen konnte. Es war damals, mit Ausnahme einiger an der Küste liegenden Gegenden, wo der Handel die Gesinnungen etwas umgestaltet hatte, in jedem Augenblicke bereit, dem Rufe der Fidalgos und Mönche zu folgen.

Die portugiesische Welt- und Klostergeistlichkeit war der zurückgebliebenste, unwissendste und roheste Theil des katholischen Klerus in

Europa, und mochte nur in einigen amerikanischen Kolonien ihres Gleichen haben. Ungeachtet ihres Mangels an Einsicht und Bildung, sah sie ihre Herrschaft über die unteren Volksklassen als ein ihr zustehendes Recht an, und fürchtete, daß eine Verbesserung in den öffentlichen Einrichtungen ihr Ansehen, ihre Einkünfte und ihr sinnliches Wohlbehagen gefährden könnte. Obgleich dieser Klerus unfähig war, der weltlichen Macht, wenn diese ernstlich in seine Zustände eingreifen wollte, zu widerstehen, wie schon zu Pombal's Zeit bemerkt worden, und später nach Begründung des konstitutionellen Systems sich wieder zeigen sollte, so gab er doch für einen Absolutismus, welcher sich mit ihm zu demselben Zwecke, der Verdumpfung und Erniedrigung der Massen verband, einen trefflichen Bundesgenossen ab. Es waren unter den Prälaten und den Prioren der großen Klöster einige aufgeklärte und wohlgesinnte Männer vorhanden, aber sie setzten sich Verfolgungen aus, wenn sie mit ihren Ansichten nicht zurückhielten, und übten keinen Einfluß aus.

Die neuen Ideen hatten in Portugal nur unter einem Theile der Großen, unter dem kleineren Adel, welcher in dem Heere gedient hatte, in den litterarisch gebildeten Klassen und dem Handelsstande Wurzeln geschlagen. Von da aus sollten sie sich langsam aber unfehlbar unter den diesen zunächst liegenden Schichten der Gesellschaft, und dann immer weiter verbreiten. Unter gewöhnlichen Umständen hätten zu einer solchen Veränderung vielleicht ganze Menschenalter gehört. Von den Erfahrungen, zu welchen das über die Nation nach Don Miguel's Rückkehr verhängte Joch Veranlassung gab, ward jedoch die öffentliche Meinung früher, als sonst geschehen sein würde, umgestaltet.

Don Miguel hatte seine Regierung damit angefangen, alle Generale und Officiere, welche einer freisinnigen Richtung verdächtig waren, aus den Reihen des Heeres zu entfernen, und, wenn sie im Lande blieben, unter genaue Aufsicht zu stellen. Die Soldaten fielen auf diese Art dem herrschenden System von selbst zu, obgleich sich in einzelnen Truppenkorps von Zeit zu Zeit Spuren einer entgegengesetzten Gesinnung erkennen ließen. Ebenso wurden alle Behörden, Verwaltungs- und Gerichtsstellen nur mit Solchen besetzt, welche für Anhänger des unumschränkten Königthums galten. Durch die Heuchelei aber, welche der Despotismus erzeugt, und bei der Geschmeidigkeit des südlichen Charakters geschah es, daß viele konstitutionell gesinnte Beamten und Officiere dem Druck der Umstände nachgaben, auf die Zwecke der Regierung scheinbar eingingen, aber im Stillen ihre früheren Meinungen bewahrten,

und auf eine Gelegenheit zum Umsturz derjenigen Ordnung der Dinge warteten, welcher sie äußerlich angehörten. Auf solche Art blieb im Geheimen ein liberales Element, mitten unter dem größten Despotismus, selbst innerhalb der officiellen Sphären des Landes bestehen.

Da die absolutistische und klerikale Partei sich auf das stehende Heer, ungeachtet aller in ihm vorgenommenen Ausscheidungen nicht vollkommen verlassen zu können glaubte, so hatte sie, in Portugal wie in Spanien, eine sich ganz unter ihrem Einflusse befindliche Miliz, die königlichen Freiwilligen genannt, errichtet, welche meist aus arbeitslosem Gesindel bestand, und zur Vernichtung jeder in der übrigen Bevölkerung den Machthabern widerstrebenden oder verdächtigen Richtung bestimmt war. Den königlichen Freiwilligen wurden von der Regierung alle Unordnungen nachgesehen, und von denselben, unter dem Vorwande ihre politische Rechtgläubigkeit zu zeigen, bei vielen Gelegenheiten die größten Gewaltthätigkeiten und Frevel verübt. Außer den königlichen Freiwilligen gab es aber im Mittelpunkte des Reiches, in Lissabon selbst, eine militairisch organisirte Polizei, welche bis auf sechstausend Mann vermehrt wurde, unter dem oben erwähnten*), berüchtigten General Tellez Jordao stand, und die eigentliche Phalanx bildete, durch die Don Miguel Alles um sich her in Zwang und Schrecken hielt.

Don Miguel hatte der Form wegen, weil dies bei Thronbesteigungen gewöhnlich ist, eine Amnestie erlassen, welche er aber eben so wenig wie seine in Wien und Lissabon auf die Verfassung geleisteten Eide hielt. Alle, welche als Anhänger der Konstitution der Kortes oder Don Pedro's bekannt waren, wurden, wenn sie sich nicht schleunigst in Sicherheit setzten, eingekerkert. Dies Schicksal traf eine Menge Personen von Rang und Verdienst, unter anderen die ehemaligen Minister Barrados und Pamplona. Die Güter derjenigen, welche sich ohne Erlaubniß in das Ausland begaben, wurden eingezogen, und die Mitwisser oder Helfer bei heimlichen Entfernungen zu öffentlicher Zwangsarbeit verurtheilt. Die Rache Don Miguel's erstreckte sich auch auf die zurückgebliebenen Frauen und Töchter der Entflohenen, welche, nachdem sie ihre Besitzungen verloren hatten, zur Strafe in Klöster der strengsten Regel eingesperrt wurden, wo sie Entbehrungen und Mißhandlungen ausgesetzt waren. Noch vor Ablauf des ersten Regierungsjahres des Infanten soll es in dem kleinen Lande über 15,000 wegen politischer Vergehen Verhaftete gegeben haben. Don Miguel und Tellez Jordao sorgten dafür, daß

*) Siehe Theil IV. Seite 189.

dieser Klasse von Gefangenen die ungesundesten Kerker angewiesen wurden. Viele kamen vor Hunger um. Der Infant fand ein Vergnügen darin, die traurige Lage ihm persönlich bekannter Gefangener zu beobachten, wie sie in den unterirdischen Kerkern der am Tajo liegenden Forts, von Schmutz und Unflath beladen, gleich wilden Thieren an den feuchten und dunklen Mauern angekettet lagen. Die Verfolgung steigerte sich so sehr, die Arglist der heimlichen Angeberei, die Willkühr der Polizei, die Ausschweifungen der königlichen Freiwilligen nahmen so zu, daß Alles, was der herrschenden Partei auf irgend eine Weise verdächtig war, sich gern mit Aufgebung von Habe und Gut in das Ausland rettete.

Nicht blos die Grausamkeit an und für sich, sondern auch die eigenthümliche Art derselben ließ bei Don Miguel eine höchst rohe und verderbte Natur voraussetzen. Bei der Hinrichtung des Generals Moreira, dessen Versuch zu einem Aufstande in Lissabon entdeckt wurde, befahl der Infant, daß der eigene Sohn und ein Freund des Verurtheilten um das Schaffot herumgeführt würden, damit sie sich diesem Anblick nicht entziehen könnten.

Am fremdartigsten nahm sich, im Vergleiche zu der in allen anderen christlichen Ländern herrschenden Sitte, Don Miguel's Verhalten gegen die weiblichen Mitglieder seiner Familie aus. Sie waren ihm fast alle verhaßt oder verdächtig geworden. Selbst mit seiner Mutter, der Königin-Wittwe Carlotta, veruneinigte er sich mehrmals, und ordnete sich ihr, obgleich er ihren Ränken und Schätzen großentheils die davon getragenen Erfolge verdankte, nur ungern unter. Er ließ seine mehr als siebenzigjährige Großmuhme Donna Maria Benedikta eine Zeit lang in ihren Zimmern eng bewachen, weil er sie eines heimlichen Einverständnisses mit seinen Feinden beschuldigte. Da seine Schwester, die Infantin Isabella, die vor ihm die Regentschaft über Portugal geführt hatte, sich weigerte, ihm, der sich ungeachtet der vielen Erpressungen und Gütereinziehungen, immer in Geldnoth befand, ihre Diamanten auszuliefern, so ward sie von ihm körperlich gemißhandelt. Auf den Verdacht hin, daß sie mit Don Pedro in briefliche Verbindung getreten, schoß er eine Pistole auf sie ab, verfehlte sie, verwundete aber eine andere Person, die sich in demselben Zimmer befand. Um sie zu kränken, ließ er die ehrenrüchigsten Nachrichten über ihre Lebensweise verbreiten. Seine Schwester Donna Anna de Jesus Maria hatte den Sohn des nach einem allgemein geglaubten Gerücht, auf Don Miguel's Veranstaltung ermordeten Marquis von Loulé geheirathet, war aber schon vor der Ankunft ihres Bruders mit ihrem Gemal nach England entflohen. Don Miguel er-

klärte, daß er seine Schwester im Betretungsfalle würde haben in ein Kloster einsperren, den jungen Marquis aber an den höchsten Galgen hängen lassen. Im Vergleiche zu der Barbarei Don Miguel's konnte sein Oheim und Nachbar, Ferdinand VII., für einen etwas harten und willkührlichen, aber sonst gesitteten und verfeinerten Fürsten gelten.

Die von Don Miguel in Portugal ausgeübte rohe Gewaltherrschaft wurde von den fremden Regierungen nicht mit der Entrüstung und Verachtung betrachtet, welche sie verdient hätte. Der Papst, Spanien und Nordamerika waren mit ihm, erstere beide aus innerer Uebereinstimmung, letzteres aus Gleichgültigkeit gegen den Ursprung jeder Staatsgewalt, als mit dem rechtmäßigen Könige in Verbindung getreten. Von den übrigen Mächten waren ihre Gesandten nach der Thronanmaßung des Infanten abberufen worden, aber ohne daß sie die Tochter Don Pedro's als Königin anerkannt hätten. Die Tories, welche damals in England am Ruder saßen, sahen dem Treiben Don Miguel's ohne Mißfallen zu. Sie glaubten, daß bei einer so schlechten Regierung Portugal in seinen Handelsbeziehungen von Großbritanien um so abhängiger bleiben würde. Von Wellington und Aberdeen, welche das englische Ministerium leiteten, wurden überall auf dem Kontinent Druck und Willkühr, als Bedingung der Erhaltung des allgemeinen Friedens, begünstigt. An den absolutistischen Höfen in Wien, Berlin und St. Petersburg konnte, bei dem persönlichen Charakter der dortigen Souveraine, Don Miguel's Verhalten im Einzelnen nicht gebilligt werden, es ward aber an seiner Regierungsweise im Ganzen kein Anstoß genommen. Das konstitutionelle System galt damals in den Augen der meisten Fürsten und Staatsmänner für den Quell alles Uebels, für den allgemeinen Feind, der erdrückt werden müsse, wenn nicht Alles in Frage gestellt werden sollte. Wo die Scheere des Censors gegen die Verbreitung der neuen Ideen, wie in Oesterreich, hinreichte, zog man dieses Mittel als das mildere vor, wo dagegen, wie in Portugal, schärfere Werkzeuge nöthig zu sein schienen, ward deren Anwendung nicht gemißbilligt. Hierüber waren alle Fraktionen der absolutistischen Partei in Europa einig, so verschieden sie sonst von einander sein mochten.

Die Ultramontanen in Rom und Madrid, welche das Königthum nur als einen Schild für die Kirche ansahen, die Legitimisten in Frankreich, welche von der Wiederherstellung der vor 1789 bestandenen Einrichtungen träumten, die Anhänger des Militair= und Administrativstaates in Wien und Berlin, kamen alle darin überein, das Streben der Zeit nach bürgerlicher nnd kirchlicher Unabhängigkeit für die größte aller Gefahren anzusehen. Ueber der gemeinsamen Vorliebe für die unumschränkte

Regierungsgewalt wurden für den Augenblick alle anderen Gegensätze vergessen. Die französischen Legitimisten stellten Don Miguel als einen Fürsten hin, welcher, gerecht, menschlich und für das Wohl seines Volkes besorgt, nur von der Bösartigkeit seiner Feinde und von der Nothwendigkeit der Selbstvertheidigung hier und da zu Beispielen heilsamer Strenge genöthigt werde. Die absolutistische Partei in Deutschland, welche von Wien aus ihre Losung erhielt, ließ sich weniger die Vertheidigung der Person des Infanten angelegen sein, hob aber sein Regierungssystem als ein ächt nationalportugiesisches, christliches und mittelalterthümliches hervor, und suchte besonders sein Thronrecht nachzuweisen, wobei sie sich die gröbsten Entstellungen der Wahrheit und der Thatsachen zu schulden kommen ließ. Die Zeit hat, und nicht lange nachher, die Nichtigkeit aller dieser Deklamationen und Sophismen nachgewiesen. Sie übten aber damals, weil sie von oben her begünstigt wurden, einen bedeutenden Einfluß aus, und es gab Höfe, an welchen die Vorliebe für Don Miguel für einen Beweis der Loyalität gegen den eignen Souverain galt, und das Gegentheil in den Ruf eines Revolutionairs gebracht haben würde.

Don Miguel hätte bei mehr Mäßigung und Klugheit Aussicht gehabt, seine Herrschaft zu befestigen, und sich von den fremden Mächten anerkannt zu sehen. Zwei Ereignisse sollten aber seinen Sturz herbeiführen. Es waren dies seine Streitigkeiten mit England und besonders mit Frankreich, und Don Pedro's unerwartetes Erscheinen in Europa und der Eifer, mit welchem derselbe sich die Vertheidigung der Rechte seiner Tochter angelegen sein ließ.

Die Tories hatten aus politischen Gründen Don Miguel mancherlei Unbilden, Verfolgungen englischer Unterthanen in Portugal, Beschlagnahme englischer Handelsschiffe u. s. w. nachgesehen, und überhaupt gegen ihn eine bei englischen Staatsmännern ungewöhnliche Geduld bewiesen. Als die Whigs, mit dem Grafen Grey an der Spitze, in die Verwaltung traten, hörte diese Schonung auf. Grey verlangte Entschädigung für die Verletzung von Personen und Interessen, und Don Miguel mußte sich unter demüthigenden Bedingungen zur Erfüllung dieser Forderungen verstehen, was seinem Ansehen in seinem eigenen Lande Abbruch that (Mai 1831). Noch bedeutender wurde durch seine Folgen das Zerwürfniß, in welches er im Juli desselben Jahres mit Frankreich gerieth. Er hatte aus Haß gegen die Franzosen und auf Ludwig Philipp's Langmuth rechnend, französische Reisende und Kaufleute arg mißhandeln, sie verhaften, einigen davon, wegen unvorsichtigen Reden, sogar an den Straßenecken in Lissabon den Staubbesen geben lassen. Als der französische Admiral Roussin mit

einem Geschwader vor Lissabon erschien, verweigerte Don Miguel anfänglich jede Genugthuung, mußte aber zuletzt, wenn er nicht einer feindlichen Landung gewärtig sein wollte, nachgeben, und sich zu einem bedeutenden Schadenersatz an die Einzelnen, und zur Tragung der Kosten der gegen ihn ausgerüsteten Expedition verstehen. Da es ihm hierzu an Geldmitteln gebrach, so führte Admiral Roussin die besten portugiesischen Kriegsschiffe als Pfand nach Frankreich ab, ein Verlust, welchen Don Miguel nicht alsbald ersetzen konnte; und den er in einem entscheidenden Momente schwer empfinden sollte.

Don Pedro hatte seine Tochter, nachdem er ihr seine Rechte auf die portugiesische Krone abgetreten, im Sommer 1828 von Rio Janeiro nach London geschickt, wo sie von Georg IV. wohlwollend aufgenommen, aber nichts für die Einsetzung in ihre Rechte gethan wurde. Als Don Miguel sich des Thrones bemächtigte, weigerte sich der General Cabreira, Gouverneur der Insel Terceira, ihn als König anzuerkennen, und blieb Maria II. treu. Terceira wurde der Zufluchtsort der Konstitutionellen, welche sich von da aus mit ihren geheimen Anhängern in Portugal, und ihren flüchtigen Parteigenossen in Paris und London in Verbindung setzten. Noch von Brasilien aus ernannte Don Pedro eine Regentschaft, welche im Namen seiner Tochter die Leitung der portugiesischen Angelegenheiten übernehmen sollte, bestehend aus dem Diplomaten Palmella, dem General Villaflor und dem Rechtsgelehrten Guerreiro, deren Gewalt nach und nach auf allen azorischen Inseln anerkannt wurde. Im April 1831 gerieth Don Pedro mit der liberalen Partei in Brasilien in Streit, verweigerte weitere Zugeständnisse an dieselbe, legte zu Gunsten seines sechsjährigen Sohnes die brasilianische Krone nieder, und schiffte sich mit seiner Gemalin, einer gebornen Prinzessin von Leuchtenberg, und mit seinen Schätzen nach Europa ein. Er hatte nach seiner Entsagung den Titel eines Herzoges von Braganza angenommen. Im Julius desselben Jahres erschien er in Paris, wo er von Ludwig Philipp mit großer Auszeichnung empfangen wurde, und begab sich im folgenden Monat nach London, wo der damals als spanischer Flüchtling lebende Mendizabal ihm zur Abschließung einer Anleihe, um gegen Don Miguel Truppen und Schiffe auszurüsten, behülflich war. Von der englischen und französischen Regierung wurden seine Werbungen begünstigt. Er segelte nach Terceira, vermehrte dort seine Streitkräfte, und setzte auf einem mit englischem Seevolk bemannten Geschwader, mit 12,000 Mann Landtruppen an Bord, darunter viele Franzosen, nach Oporto über, welches er am 8. Juli (1832) in Besitz nahm.

Don Miguel, im ersten Augenblicke von diesem kühnen Handstreiche seines Bruders überrascht, erholte sich jedoch bald wieder, und zog mit einem Heere, welches er bis auf 40,000 Mann vermehrte, zur Einnahme Oporto's heran. Der Mangel an einer hinreichenden Anzahl Kriegsschiffen machte es ihm unmöglich, den Hafen zu blokiren, und seinem Feinde dadurch die Zufuhr abzuschneiden. Die Belagerung zog sich in die Länge. Don Pedro vermochte es nicht, die Linien der Belagerer zu durchbrechen, aber auf der anderen Seite blieben alle auf die Stadt unternommenen Stürme vergeblich. Es war umsonst, daß der französische Marschall Bourmont, welcher unter Karl X. Algier erobert hatte, den Oberbefehl über Don Miguel's Heer übernahm. Seine Angriffe scheiterten an dem Widerstande der zum Aeußersten entschlossenen Bürgerschaft Oporto's und der verzweifelten Tapferkeit der fremden Abenteurer. Aber Don Pedro, der sich jetzt seit beinahe einem Jahre auf den Besitz einer einzigen Stadt beschränkt sah, fing es an Geld zu mangeln an. Er wurde von dem französischen General Solignac, der an der Spitze seiner Landtruppen stand, und vom englischen Seekapitain Sartorius, dem er den Oberbefehl über seine Flotte übergeben hatte, wegen Mangel an hinreichender Belohnung verlassen. In dieser bedrängten Lage führte Don Pedro's günstiger Stern ihm einen der tapfersten und erfahrendsten britischen Marineofficiere, den Kapitain Charles Napier, zu, welcher in Sartorius Stelle trat. Um dieselbe Zeit gelang es dem fähigsten und unerschrockensten der portugiesischen Generale, Villaflor, welcher, wegen seiner Eroberung der Azoren, den Titel eines Herzoges von Terceira erhalten hatte, in dem Kriegsrathe Don Pedro's den entscheidenden Einfluß zu gewinnen. Villaflor und Napier verbanden sich zu einer Landung und einem Angriff auf Algarvien, den südlichsten Theil Portugal's, der von Don Miguel von Truppen entblößt war, und in dem Ruf stand, seiner Sache nicht geneigt zu sein. Palmella, wegen seiner treuen Dienste von Don Pedro ebenfalls zum Herzoge ernannt, war den beiden Kriegsbefehlshabern als politischer Beistand gegeben worden.

Am 24. Juni (1833) landete der Herzog von Terceira mit 3500 Mann bei Villareal in Algarvien, und innerhalb weniger Tage griff die ganze Küstenbevölkerung für Don Pedro zu den Waffen. Am 5. Juli ward die Flotte Don Miguel's bei dem Cap St. Vincent von Napier gänzlich geschlagen. Nur einige kleine Fahrzeuge entkamen, die größeren wurden genommen und die Bemannung ging zu Don Pedro über. Auf die Nachricht von dieser Niederlage unternahm Bourmont einen letzten Sturm auf Oporto, welcher aber wie die früheren abgeschlagen wurde,

und setzte sich dann nach Lissabon zu in Bewegung, um die Hauptstadt für Don Miguel zu erhalten. Dort waren ihm aber Villaflor und Palmella zuvorgekommen. Ersterer hatte den kühnen Entschluß gefaßt, mit seiner kleinen Streitmacht gerade auf Lissabon loszugehen, während Napier mit der Flotte und Palmella an Bord, den Weg zur See dahin einschlug. Der verhaßte Tellez Jordao, welcher Villaflor aufhalten wollte, wurde geworfen, und blieb im Gefecht. Als Villaflor auf dem linken Ufer des Tajo und Napier mit seinen Schiffen auf der Höhe vor Lissabon erschien, verließ der Statthalter Don Miguel's, Herzog von Cadaval, mit seinen Truppen die Stadt. Die Bevölkerung erhob sich gegen die zurückgebliebenen Behörden, nahm die Forts am Tajo ein, befreite die Gefangenen, und rief Maria II. zur Königin aus. Am 28. Julius hielt Don Pedro, unter dem Jubel der Einwohner und lauten Verwünschungen gegen Don Miguel seinen Einzug in seine Vaterstadt, welche er fünf und zwanzig Jahre vorher als ein zehnjähriger Knabe verlassen hatte. Er übernahm jetzt selbst die Regentschaft, und ließ seine Gemalin und Tochter nach Lissabon kommen. Bourmont wollte die Hauptstadt für Don Miguel wiedergewinnen, aber ein von ihm am 3. Septbr. unternommener Angriff ward abgeschlagen. Bei dieser Gelegenheit fiel ein de la Rochejaquelein. Bourmont, welcher in diesem Feldzuge nichts seines Namens und Rufes Würdiges geleistet hatte, verließ jetzt Don Miguel's Dienst, und ward durch einen anderen französischen Legitimisten, den General Macdonald, ersetzt, der sich bis zum Frühjahr 1834 in einer festen Stellung bei Santarem behauptete. Aber Villaflor und nächst ihm der beste portugiesische General, Saldanha, nahmen unterdessen eine Stadt nach der anderen für Donna Maria in Besitz. Der Zauber, welchen Don Miguel, mit Hülfe der Geistlichkeit, über einen großen Theil der Bevölkerung ausgeübt hatte, war jetzt verschwunden. Selbst in den nördlichen Provinzen, wo er früher den meisten Anhang besessen, erhob sich das Landvolk gegen ihn, bildete Guerillas, und setzte die von ihm ernannten Behörden ab. Zum Ueberfluß rückte, in Folge der Quadrupelallianz und um Don Karlos zu vertreiben, der spanische General Rodil in Portugal ein, und machte Don Miguel jeden weiteren Widerstand unmöglich. Am 26. Mai (1834) entsagte letzterer in dem Vertrage von Evora der portugiesischen Krone, versprach nie mehr das Land zu betreten, und erhielt dafür ein Jahrgehalt von 375,000 Fr. (100,000 Thaler) ausgesetzt. Fünf Tage nachher schiffte er sich auf einem englischen Schiffe nach Genua ein, wo er, seinem Charakter treu, die in Evora ausgestellte Zusage alsbald zurücknahm, und durch Ränke und Verschwörungen seine Partei in Portugal, obwohl ohne

Erfolg, zu beleben suchte. Er zog sich nach Rom zurück, wo er, da der Papst ihn anerkannt hatte, eine Zeit lang die Rolle eines Königs zu spielen suchte. Da er aber dem römischen Hofe, welcher seine Beziehungen zur portugiesischen Regierung nicht für immer unterbrechen wollte, zuletzt lästig wurde, so ging er von da nach England und ließ sich zuletzt in Deutschland nieder, wo er sich mit einer Prinzessin aus dem Hause Löwenstein-Wertheim-Rosenberg vermählt, und bei dieser Gelegenheit seine angeblichen Rechte auf den portugiesischen Thron erneuert hat. Obgleich er, wie alle gestürzten Größen, nicht an einen endgültigen Ausspruch des Schicksals gegen ihn glauben mag, so steht doch einer Verwirklichung seiner Ansprüche nicht nur die allgemeine Lage Europa's, sondern in Portugal selbst die Erinnerung an die von ihm zur Zeit seiner Macht verübten Gräuel entgegen, und es hat sich daselbst seit langen Jahren in der öffentlichen Meinung kein ihm günstiges Zeichen kund gegeben.

Die vornehmsten Anhänger Don Miguel's waren in das Ausland geflüchtet, oder hielten sich eine Zeit lang verborgen, bis sie ihre Verzeihung erlangt hatten. Don Pedro war indessen, ungeachtet der vielen unter der vorangegangenen Regierung verübten Verbrechen und Grausamkeiten, zu keiner persönlichen Rache gegen die Feinde seiner Tochter geneigt. Er begnügte sich damit, sie, durch Entfernung von jedem Einflusse, für das öffentliche Wohl unschädlich zu machen. Aber gegen die Zustände glaubte er rücksichtslos einschreiten zu müssen. Die von ihm gegebene Konstitution ward von ihm ihrem ganzen Umfange nach wiederhergestellt. Alle Mönchsklöster, geistlichen Ritterorden und damit zusammenhängenden Anstalten wurden aufgehoben, und ihre Besitzungen zum Staatsgut geschlagen. Die von Don Miguel vollzogene Besetzung von Bisthümern, Präbenden, Stiftsstellen u. s. w. ward nicht anerkannt. Die Mitglieder der Pairskammer, welche dem Thronanmaßer gehuldigt hatten, wurden von dieser Versammlung ausgeschlossen.

Am 15. August (1834) wurden von Don Pedro die Kortes eröffnet, wo sich bei der Eidesleistung für die Königin Maria II. unter den Pairs und Deputirten eine große Begeisterung kund gab. Die gesetzlichen Formen wurden von Don Pedro so streng beobachtet, daß er, der das Land erobert hatte, seine Fortführung der Regentschaft bis zur Volljährigkeit seiner Tochter, von der Abstimmung der Kammern abhängig machte. Aber die Sorgen und Anstrengungen der letzten Jahre hatten seine sonst kräftige Leibesbeschaffenheit so angegriffen, daß er in eine Krankheit verfiel, die ihn im 37. Lebensjahre fortraffte. Seine letzten Stunden waren rührend und erhebend. Er, der von seinen Verläumdern für einen Feind seiner

Kirche ausgegeben wurde, weil er den ungebührlichen Einfluß ihrer Diener nicht dulden wollte, vollzog alle von ihr vorgeschriebenen Gebräuche mit vollkommener Ergebung in den Rathschluß der Vorsehung, welche ihn mitten unter seinen Erfolgen und in der Blüthe des Lebens abrief. Von jedem in Lissabon stehenden Regiment ließ er einen Soldaten an sein Sterbelager kommen, umarmte denselben, und trug ihm seinen Dank an seine Gefährten für die von ihnen bewiesene Tapferkeit und Treue auf. Don Pedro's Leben und Charakter macht einen lichten Punkt in der sonst dunkeln und traurigen Geschichte seines Hauses und Landes aus. Obgleich unter eben so üblen Einflüssen wie Don Miguel erzogen, zeichnete er sich durch Aufrichtigkeit, Wohlwollen, und eine für einen geborenen Fürsten seltene Liebe zur Freiheit aus. Selbst durch seine Fehler, wie seinen raschen Ungestüm und die Neigung augenblicklichen Eingebungen zu folgen, klangen die edlen Seiten seiner Natur, seine Wahrheitsliebe und sein persönlicher Muth, durch. Obschon Portugal nach ihm noch von mancherlei Erschütterungen getroffen werden sollte, so ist die von ihm gegebene Verfassung gleichwohl die Grundlage zu einer besseren Ordnung der Dinge in jenem Lande geworden.

---

25. Belgien seit dem Anfange der Regierung Leopold I. bis zum Friedensschlusse mit den Niederlanden.

Belgien hätte sich nach der Erhebung des einsichtsvollen und freisinnigen Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg auf den Thron, und der Annahme einer mit dem Charakter und der Geschichte der Nation übereinstimmenden Verfassung, der Hoffnung auf eine glückliche Zukunft überlassen können. Aber die feindliche Stellung zu den Niederlanden und die Spannung mit den drei nordischen Mächten sollte, nachdem die Unabhängigkeit schon errungen war, die friedliche Entwickelung des neuen Staates noch mehre Jahre lang bedrohen. Wilhelm I. hatte sich durch die Erwählung Leopold's, bevor noch das Verhältniß zu Holland festgestellt war, zu einem Angriff auf Belgien veranlaßt gesehen, welchem dieses ohne französische Hülfe unterlegen sein würde (August 1831). Die Niederlage der belgischen Armee bei Hasselt und Löwen hatte Wilhelm I. seine

in der letzten Zeit erschütterte Zuversicht auf eine bevorstehende Wiedereroberung der südlichen Provinzen zurückgegeben, und die Unterdrückung der in einem Theile Europa's seit 1831 eingetretenen revolutionairen Bewegungen hatte Rußland, Preußen und Oesterreich zu einem kräftigeren Einschreiten in die europäischen Angelegenheiten, im Sinne der heiligen Allianz, ermuthigt.

Eine Aufhebung der Wahl Leopold's zum Könige, und eine Wiedervereinigung Belgien's mit Holland unter dieser oder jener Form, wäre nur durch einen großen Krieg und eine gänzliche Besiegung Frankreich's wie 1814 und 1815 geschehen, möglich gewesen. Denn so lange Frankreich aufrecht stand, hätte es Belgien nicht fallen lassen können. Aber ein feindlicher Zusammenstoß zwischen Frankreich und den nordischen Mächten hätte, bei der seit 1830 begonnenen Annäherung zwischen Engländern und Franzosen, und der Uebereinstimmung beider Regierungen in Bezug auf die belgische Frage, wahrscheinlich nicht dasselbe Ergebniß wie am Ende des Kaiserreiches gehabt. Das Gewicht, welches Großbritanien von 1792 bis 1815 in die Wagschale der europäischen Zustände geworfen, würde diesmal nicht auf die Frankreich entgegengesetzte Seite gefallen sein. Aber die lange Gewohnheit der Stifter der heiligen Allianz mit ihren Grundsätzen überall durchzudringen, der Zweifel an einer Dauer des neuen Einverständnisses zwischen England und Frankreich, der Fall Polens, die Wiederherstellung der in einigen deutschen und italienischen Staaten gestörten monarchischen Ordnung, veranlaßten Rußland, Oesterreich und Preußen, bei den schwebenden Unterhandlungen, sich mehr als vorher für die Niederlande auszusprechen. Wilhelm I., von Natur hartnäckig, schlug außerdem die Bedeutung einer orangistischen Partei unter den Belgiern, von welcher er eine Rückkehr des belgischen Volkes zu der Verbindung mit seinem Hause erwartete, zu hoch an.

Die von der Londoner Konferenz in Bezug auf die Ausgleichung der zwischen Belgien und Holland bestehenden Streitigkeiten am 24. Junius 1831 angenommenen achtzehn Artikel, welche für Belgien vortheilhaft gewesen, wurden (6. Oktober) auf Verlangen der nordischen Mächte durch ein neues Protokoll, die vier und zwanzig Artikel genannt, abgeändert, nach welchem nur ein Theil von Luxemburg und Limburg an Belgien fallen, und dieses jährlich acht Millionen viermal hundert tausend Gulden als Zinsen seines Antheiles an der niederländischen Staatsschuld zahlen sollte. Die belgischen Kammern unterwarfen sich, in Betracht der allgemeinen Lage Europa's, diesen Bestimmungen, und am 15. November wurden von dem belgischen Minister des Auswärtigen und den Gesandten

der fünf Großmächte die vier und zwanzig Artikel unterzeichnet. Das englische und französische Kabinet bestätigten die Uebereinkunft, während von Oesterreich, Preußen und Rußland mit deren Annahme gezögert, und dieselbe von Wilhelm I., der wieder neue Hoffnungen schöpfte, gänzlich verworfen wurde. Im Haag, in Berlin, Wien und St. Petersburg schmeichelte man sich mit der Unterstützung der Tories, denn der Kampf um die englische Reformbill war damals noch nicht entschieden. Als die vier und zwanzig Artikel endlich von Preußen im Januar, von Oesterreich im März, von Rußland im Mai (1832) ratificirt wurden, geschah dies unter Vorbehalten, von Seiten der beiden deutschen Großmächte in Betreff Luxemburg's und Limburg's, von Seite Rußland's in Bezug auf die freie Schifffahrt auf der Schelde und die Staatsschuld — was erst bei einer endlichen Ausgleichung zwischen Belgien und Holland festgestellt werden sollte — die Alles unentschieden ließen, und Belgien für seine Zukunft bedrohlich erscheinen konnten. Der Kaiser von Rußland hatte Wilhelm I. vergeblich zu einer Anerkennung der letzten Uebereinkunft aufgefordert. Selbst die Absendung des Grafen Orloff, des vornehmsten Vertrauten des russischen Monarchen, nach dem Haag, und dessen Vorstellungen, daß die Ratifikation nur eine Sache der Form sei, daß man nach dem wahrscheinlichen Ausbruche eines allgemeinen Krieges wieder auf Alles zurückkommen könne, vermochten nicht den Starrsinn des Königs der Niederlande zu brechen.

Der gute Genius des belgischen Volkes, dessen äußere Lage nicht ohne Gefahr war, wollte jedoch, daß England und Frankreich, sonst in so vielen Dingen von einander verschieden, in Bezug auf die Unabhängigkeit Belgien's, mit einander übereinstimmten. Nachdem eine freiwillige Rückkehr der Belgier unter die holländische Herrschaft unmöglich geworden, ein angewandter Zwang aber unaufhörliche Erschütterungen in Aussicht gestellt hätte, war das englische Kabinet für ein selbständiges und einigermaßen starkes Belgien, weil dieses sonst über kurz oder lang Frankreich zufallen mußte. Ludwig Philipp dagegen sah Belgien nicht nur als eine natürliche Vormauer für Frankreich an, sondern durch die am 9. August 1832 vollzogene eheliche Verbindung des Königs der Belgier mit der Prinzessin Luise von Orleans, der ältesten Tochter des Königs der Franzosen, war das politische Interesse durch persönliche Sympathien verstärkt worden.

Weder die drei nordischen Höfe noch England und Frankreich waren wegen Belgien's und Holland's zu einem Kriege geneigt, der unfehlbar ein allgemeiner geworden wäre, und bei zweifelhaftem Ausgange jedenfalls unermeßliche Opfer gefordert hätte. Aber die beiden

großen Westmächte fühlten, daß die Entscheidung der holländisch=belgischen Frage, in politischer wie in geographischer Beziehung, mehr in ihren Bereich, als den Preußen's, Oesterreich's und Rußland's falle, und sie entschlossen sich endlich, keine weiteren Zugeständnisse zu machen, sondern die Bestimmungen der am 15. November (1831) getroffenen Uebereinkunft nöthigenfalls mit Gewalt zur Ausführung zu bringen.

Am 22. Oktober (1832) verbanden sich Frankreich und England zu der Aufforderung an die beiden feindlichen Staaten, bis zum 12. November ihr Gebiet gegenseitig zu räumen, und sich zur Annahme der vier und zwanzig Artikel zu verpflichten. Belgien war hierzu bereit, Holland weigerte sich. Am 15. November überschritt ein französisches Heer die belgische Grenze, und stand vier Tage nachher vor Antwerpen, dessen Besitz von der Londoner Konferenz den Belgiern zuerkannt war. Zu derselben Zeit begab sich ein englisch=französisches Geschwader unter den Admiralen Malcolm und Villeneuve nach dem Texel, und erklärte die niederländische Küste in Blokadezustand, während die in den französischen und englischen Häfen befindlichen holländischen Schiffe mit Embargo belegt wurden. Von dem holländischen Gouverneur von Antwerpen, General Chassé, der sich schon unter Napoleon besonders in dem spanischen Kriege, und zuletzt unter Wellington bei Waterloo hervorgethan hatte, ward die Citadelle mit großem Muthe vertheidigt. Da aber die Franzosen unter dem Marschall Gerard die Belagerungsarbeiten, ungeachtet der Hindernisse, welche die Jahreszeit und der Boden entgegensetzten, mit der von ihnen seit Vauban's Zeit bei fast allen Gelegenheiten der Art bewiesenen Kunst und Thätigkeit betrieben, so wurde General Chassé am 23. December zur Uebergabe des Platzes genöthigt, in welchen sogleich belgische Truppen einrückten. Chassé und die holländische Garnison wurden kriegsgefangen nach Frankreich abgeführt, daselbst aber mit großer Auszeichnung behandelt.

Die Besorgniß vor einem europäischen Kampfe war damals so lebhaft, daß selbst das Wort: Krieg in diesem Falle vermieden, und das Einschreiten der Franzosen und Engländer als ein Exekutionsverfahren zur Aufrechthaltung des Friedens hingestellt wurde. Noch außerordentlicher war es, daß sich die belgische Armee bei der Belagerung der Citadelle Antwerpens nicht betheiligte, und die Holländer den Ereignissen ebenfalls unthätig zusahen. Das Belagerungscorps und die Garnison schienen allein im Kriege gegen einander begriffen zu sein.

Die Einnahme Antwerpens hatte, außer dem Zweck die Holländer von dem belgischen Territorium zu entfernen, auch noch die Schifffahrt auf

der Schelde frei machen sollen. Aber die Befehlshaber der beiden die Scheldemündung beherrschenden Forts Lillo und Liefkenhoek waren von Wilhelm I. des Gehorsams gegen den General Chassé entbunden worden, und kehrten sich an dessen Kapitulation nicht. Die Westmächte hatten demnach nur einen Theil ihrer Absichten erreicht. Am 31. Mai (1833) ward deshalb ein Vertrag zwischen Frankreich, England und den Niederlanden abgeschlossen, vermöge dessen Belgien und Holland, bis zu einer Ausgleichung aller streitigen Punkte, die Feindseligkeiten einstellen, die Schelde und Maas der freien Schifffahrt geöffnet, und in Luxemburg und Limburg die Besitzverhältnisse, wie sie bestanden, bis zum Frieden fortdauern sollten. Holland erhielt seine Kriegsgefangenen und die mit Beschlag belegten Schiffe zurück.

Wilhelm I. überließ sich neuen Hoffnungen auf eine ihm günstige Vermittlung der Tories, welche im November 1834 in die Stelle der Whigs getreten waren, sich aber im April 1835 wieder zurückziehen mußten. Die Holländer waren unterdessen der mit dem Kriegszustande gegen Belgien verbundenen Aufopferungen überdrüßig geworden, und die nordischen Mächte riethen zur Nachgiebigkeit. Im Jahre 1838 erklärte sich Wilhelm I. zur Annahme der vier und zwanzig Artikel bereit. Luxemburg und Limburg wurden zwischen Belgien und die Niederlande dergestalt getheilt, daß 89 Q.M. mit 381,477 Einwohnern auf letztere, und 122 Q.M. mit 347,672 Einwohnern auf ersteres kamen. Belgien übernahm den in den vier und zwanzig Artikeln festgesetzten Antheil an der niederländischen Staatsschuld, und Holland räumte die freie Schifffahrt auf der Schelde ein. In einem am 19. April 1839 im Namen Wilhelm I. und Leopold I. zu London abgeschlossenen Staatsvertrage ward dem langen Streite zwischen den beiden Nachbarvölkern, welcher einen allgemeinen Krieg herbeizuführen gedroht hatte, ein Ende gemacht, und die Unabhängigkeit Belgien's von dem letzten Gegner derselben anerkannt.

Die nach Napoleon's Sturz aus politischen Gründen von dem Wiener Kongreß bestimmte Verbindung Belgien's mit Holland war an der nationalen und religiösen Antipathie der beiden Völker gescheitert. Das Haus Oranien, welchem nie ein Anspruch auf die ehemaligen spanischen und österreichischen Niederlande zugestanden, hatte durch diese Trennung kein ursprüngliches Recht verloren. Aber Holland, welches Belgien als einen Ersatz für die von ihm abgetretenen Kolonien ansah, war zu Klagen über den Mangel an Beistand von Seiten der Mächte geneigt, welche das Königreich der Niederlande in das Leben gerufen hatten. Allmälig ward aber von den Holländern selbst begriffen, wie unnatürlich jene Vereinigung

gewesen, und sie fanden, wieder auf sich selbst gewiesen, in ihrer vermehrten Handelsthätigkeit und den besseren Einrichtungen, welche sie in ihren überseeischen Besitzungen trafen, einen mehr als hinreichenden Ersatz für die in Europa erlittenen Verluste. Wilhelm I. legte einige Jahre nachher, von dem vergeblichen Kampfe gegen eine unabweisliche Nothwendigkeit erschöpft, die Regierung nieder, und unter seinem Nachfolger, dem bisherigen Prinzen von Oranien, der von Natur biegsamer und durch die gemachten Erfahrungen aufgeklärt war, wurden in der Verfassung und Verwaltung der Niederlande wichtige Verbesserungen vorgenommen.

Leopold I., der, obgleich er erst in reiferen Jahren an die Spitze eines Staates getreten, von der Natur mit allen dazu nöthigen Eigenschaften ausgerüstet war, hatte, während der schwierigen Zeit, wo er der offenen Feindschaft der Niederlande und dem geheimen Mißwollen der nordischen Mächte ausgesetzt und die Unabhängigkeit Belgiens mehrmals in Frage gestellt gewesen, seinem neuen Vaterlande durch rechtzeitige Festigkeit und Nachgiebigkeit große Dienste geleistet. Er verstand die seltene Kunst, mit genauer Beobachtung der von ihm angenommenen Verfassung, einen großen moralischen Einfluß auszuüben. Durch seine geschickte Behandlung der auswärtigen Verhältnisse wußte er dem belgischen Handel und Kunstfleiße neue Quellen zu eröffnen. Obgleich durch eine Revolution auf den Thron gestiegen, und als Protestant über ein durchaus katholisches Volk regierend, gelang es ihm dem monarchischen Auslande den Ursprung seiner Gewalt sehr baldvergessen, und den Belgiern sich so unentbehrlich zu machen, daß die großen später in Europa ausgebrochenen Erschütterungen an ihm spurlos vorübergegangen sind. Leopold I. gehört zu den wenigen Fürsten, die auch für eine umfassendere, als die ihnen vom Schicksal angewiesene, Stellung geeignet gewesen wären.

26. Griechenland unter der Verwaltung des Grafen Capo d'Istria. — Beschlüsse der Londoner Konferenz in Bezug auf die Grenzen und die Regierungsform des griechischen Staates. — Prinz Leopold von Sachsen-Koburg nimmt den griechischen Thron anfänglich an, lehnt ihn aber zuletzt ab. — Streitigkeiten Capo d'Istria's mit der Familie Mauromichalis. — Seine Ermordung. — Kämpfe zwischen den verschiedenen Parteien. — Prinz Otto von Bayern zum Könige von Griechenland ernannt. — Regentschaft während der Minderjährigkeit des Königs Otto. — Hindernisse, welche in Griechenland der Einführung eines geregelten Staatslebens entgegenstehen. — König Otto's Selbstregierung.

Die Erstürmung von Messolonghi (April 1826) durch die Türken und Egypter, die Eroberung der Akropolis von Athen (Juni 1827) durch Redschid-Pascha, die Unmöglichkeit Attika und Morea länger zu behaupten, hatten den griechischen Befreiungskampf dem Erliegen nahe gebracht. Durch den fünf Jahre hindurch gegen die ganze Macht des türkischen Reiches geführten Krieg waren die Hülfsquellen des überall mit Feuer und Schwerdt verheerten Landes erschöpft worden. Ein großer Theil der waffenfähigen Mannschaft war gefallen. Die Ueberlebenden bestanden in manchen Gegenden fast nur aus Greisen und Knaben. Der Feind hatte Frauen und Kinder in die Sklaverei geschleppt. Die Getraidefelder waren unbestellt geblieben, die Wein- und Oelpflanzungen verwüstet worden. Nur in unwegsamen Gebirgen, in welche die feindlichen Streitkräfte nicht ohne Gefahr für sich eindringen konnten, an einigen Punkten der Küste, wo die Verbindung mit dem Auslande frei geblieben, und auf den Inseln regte sich noch die Kraft und Lust zum Widerstande gegen das türkische Joch, aber in den Ebenen Morea's, Livadien's und Thessalien's hatte die frühere Begeisterung einer dumpfen Verzweiflung Platz gemacht. Es fing nachgerade an Mannschaft, an Lebensmitteln und an Kriegsbedarf zu fehlen an. Das griechische Volk war zuletzt an die Grenze der traurigen Nothwendigkeit angelangt, wo das materielle Bedürfniß über den moralischen Muth zu entscheiden anfängt. Es gab zwar noch tapfere Gebirgsbewohner, die lieber mit ihren Leichen den Türken den Weg zu ihren Schluchten verlegen als sich ihnen unterwerfen wollten, und unerschrockene Seeleute, die es vorzogen auf offenem Meere unterzugehen, als die Fahne des Halbmondes an ihren Küsten aufgepflanzt zu sehen, aber die große Mehrheit der Bevölkerung fühlte sich von der Aussichtslosigkeit eines fortgesetzten Kampfes niedergedrückt. Bei einer von Anfang an planmäßigeren Führung des Krieges, bei mehr Einigkeit unter den Anführern und

den einzelnen Stämmen, und mehr Unterstützung von Seiten der außerhalb des eigentlichen Hellas lebenden Griechen, hätten vielleicht entscheidendere Erfolge davon getragen werden können. Aber die einem seit vierhundert Jahren unterjochten Volke, bei seinem Streben nach Befreiung, entgegenstehenden Hindernisse waren zu groß gewesen, um aus eigener Macht beseitigt werden zu können.

Griechenland konnte nur noch durch auswärtigen Beistand gerettet werden. Es mußte sich sonst langsam aber unfehlbar verbluten. Die Streitkräfte, welche der Sultan, wenn auch nur nach und nach, gegen die sich selbst überlassenen Hellenen aufstellen konnte, würden zuletzt unwiderstehlich gewirkt haben. Canning war der erste Staatsmann gewesen, welcher durch die mit Rußland abgeschlossenen Verträge vom 4. April 1826 und 6. Julius 1827 die Befreiung Griechenland's vorbereitet hatte. Aber nach seinem Abscheiden hatten die Tories, welche wieder an das Ruder gekommen, sich gegen die Griechen, aus Rücksicht auf die Erhaltung der Türkei, lau gezeigt, und würden, ohne die unter Canning von der englischen Regierung eingegangenen Verpflichtungen, Griechenland ganz aufgegeben haben. Frankreich, obgleich in diesem Falle, wie fast immer, wo es nicht von nationalem Ehrgeiz verblendet wird, der Sache der Menschheit zugethan, war in sich zu sehr von Parteistreitigkeiten zerrissen, um den Eingebungen seiner natürlichen Großmuth zu folgen. Rußland allein unter den drei großen europäischen Seemächten — und im Grunde konnten nur diese in der griechischen Frage eine entscheidende Stimme geltend machen — sah, bei seinem Plan die Türkei um jeden Preis zu schwächen, das Losreißen Griechenland's von der osmanischen Herrschaft wie eine eigene Angelegenheit an. Die Griechen, von ihrer konfessionellen Verwandtschaft mit Rußland bestimmt, hatten von Anfang des Aufstandes an ihre Augen auf dasselbe gerichtet, obgleich ihnen lange Zeit hindurch von Deutschland, Frankreich und England mehr Unterstützung als von ihren nordischen Glaubensbrüdern zugekommen war. Aber es konnte mit Gewißheit vorausgesehen werden, daß Rußland am wenigsten eine vollkommene Besiegung und Unterwerfung Griechenland's zugeben würde. Jede Schwächung der Türkei war ein Schritt zu deren gänzlicher Auflösung und der Erreichung des der russischen Eroberungsluft vorschwebenden Zieles. Ungeachtet aller Besorgnisse, welche der russische Despotismus den nach Freiheit dürstenden Hellenen für ihre Zukunft hätte einflößen können, wurde von ihnen jede ferner liegende Rücksicht der Noth des Augenblicks aufgeopfert. Bei der Unzuverlässigkeit Frankreich's, der Lauigkeit England's, glaubten die Griechen nur auf Rußland zählen zu können.

Die Nationalversammlung von Epidaurus hatte am 22. April 1826 die konstitutionelle Monarchie für die mit den griechischen Interessen übereinstimmendste Regierungsform erklärt. Aber dieser Beschluß hatte, weil sich für einen erst zu errichtenden Thron, und in der Lage, in welcher sich das arme und verheerte Hellas befand, nicht leicht ein geeigneter Bewerber fand, bisher nicht ausgeführt werden können. Mitten unter den Streitigkeiten der griechischen Häuptlinge und Parteien war jedoch das Bedürfniß einer einheitlichen Leitung rege geworden. Das russische Kabinet hatte durch seine Sendlinge dieses Gefühl, welches seinen Absichten entsprach, zu nähren, und einen der einflußreichsten und kühnsten Führer des Aufstandes, Kolokotronis, dafür zu gewinnen gewußt. Es ward diesem vorgestellt, daß ein Mann für Griechenland nöthig sei, der es den inneren Zerwürfnissen entreißen, und auf eine bestimmte Organisation vorbereiten könne, daß ein solcher aber ein Grieche, um allgemeines Vertrauen einzuflößen, und ein Freund Rußland's sein müsse, um des Beistandes dieser Großmacht gewiß zu sein.

Es gab in und außer Griechenland damals nur einen Mann, der diese Bedingungen in sich vereinigte. Als ein solcher stand der Graf Johann Capo d'Istria da. In Korfu zur Zeit der venetianischen Herrschaft geboren, dann nach Rußland gekommen, war er durch Geist, Kenntnisse und Gewandtheit ein Günstling des Kaisers Alexander geworden, eine Zeit lang sogar Minister des Auswärtigen gewesen, und konnte zu den ersten politischen Notabilitäten Europa's gezählt werden. Capo d'Istria war, wie die meisten im Auslande angesiedelten Griechen, ungeachtet seines langen Aufenthaltes in der Fremde und seiner kosmopolitischen Bildung, seiner Nation treu geblieben, und hatte bei Gründung und Ausbreitung der Hetäria mitgewirkt. Von Alexander I. nach dem Ausbruche des griechischen Aufstandes aus staatlichen Ursachen entfernt, hatte er seitdem in Genf gelebt, dessen friedliche, gebildete und reiche Demokratie ihm für das Ideal eines Gemeinwesens galt, aber während seiner Zurückgezogenheit immer, soviel er vermochte, für Griechenland gewirkt. Auch hatte Capo d'Istria, ungeachtet des Wechsels, der in Alexander's Ideen eingetreten, nie dessen persönliches Vertrauen verloren, und war beim russischen Hofe in gutem Andenken geblieben.

Kolokotronis, der damals bei der militairischen Partei unter den Griechen oder den sogenannten Kapitanis in großem Ansehen stand, gewann außerdem mehre ausgezeichnete Fremde, welche der griechischen Regierung ihre Dienste angeboten hatten, wie den berühmten englischen Seeofficier Lord Cochrane, und dessen Landsmann den General Church,

für den Plan den Grafen Capo d'Istria an die Spitze Griechenland's zu stellen. Die Mehrheit der Griechen sah die Erhebung eines Mannes gern, der durch Nationalität und Religion zu ihnen gehörte, und zugleich in dem großen, glaubensverwandten nordischen Reiche eine hervorragende Stellung eingenommen hatte. Am 11. April 1827 wurde Capo d'Istria von der Nationalversammlung zu Tröʒene zum Präsidenten von Griechenland auf sieben Jahre, ungefähr mit denselben Rechten und Befugnissen, welche dem Oberhaupte der nordamerikanischen Union zustehen, erwählt. Capo d'Istria, der sich damals in Genf befand, nahm die Ernennung an, reiste aber zuvor nach St. Petersburg, um des Beistandes des russischen Kabinets gewiß zu werden, dann nach Paris und London, um die dortigen Regierungen zu gewinnen, und langte erst im Januar 1828 auf einem englischen Kriegsschiffe in Griechenland an, wo er von dem Volke mit außerordentlichen Bezeugungen von Vertrauen und Achtung empfangen wurde.

Unterdessen war die Schlacht von Navarino geliefert, die türkisch-egyptische Seemacht vernichtet und Morea von den Truppen des Sultans geräumt worden. Diese Ereignisse forderten England, Frankreich und Rußland zu einer endlichen Feststellung der griechischen Zustände auf. Am 16. November 1828 erließen die in London berathenden Bevollmächtigten der drei Mächte (daher auch die Londoner Konferenz genannt) eine Erklärung an die Pforte, in welcher dieselbe zur Anerkennung eines eigenen griechischen Staates, welcher aber, obwohl mit einer unabhängigen Verwaltung versehen, unter ihrer Oberherrschaft verbleiben sollte, aufgefordert wurde. Dieses neue Griechenland war auf Morea und die Cycladen beschränkt, so daß Athen, welches in den Augen der ganzen gesitteten Welt eine geheiligte Stätte ist, und den vornehmsten Ring in der Kette bildet, welche das griechische Volk sichtbar mit seiner großen Vergangenheit verbindet, daß das Parthenon, die Gefilde von Marathon und die Küsten von Salamis, welche in der Geschichte dieselbe Stelle wie wunderthätige Reliquien in der Kirche einnehmen, nach wie vor unter muselmännischer Barbarei stehen sollten. Dies erschien ärger als man selbst von einer für nationale Erinnerungen und allgemein menschliche Anschauungen verschlossenen Diplomatie befürchtet hatte. Gleichwohl verweigerte der Sultan seine Zustimmung. Am 22. März 1829 kam in London ein neues Protokoll zu Stande, durch welches Griechenland etwas ausgedehnt, ihm ganz Livadien (also auch Attika), Euböa und ein Theil von Thessalien verliehen, es aber unter der Oberhoheit der Pforte gelassen, und ihm die Entrichtung eines jährlichen Tributs an dieselbe auferlegt wurde. Ungeachtet dieser

Abhängigkeit von einer fremden Macht sollte ein erblicher Fürst an der Spitze des Landes stehen. Dieser Vertrag konnte wegen des russisch-türkischen Krieges, und seines eine Zeit lang ungewissen Ausganges, nicht vollzogen werden. Der Sultan war endlich im Frieden von Adrianopel (14. September 1829) zum Aufgeben seiner Rechte auf Griechenland gezwungen worden. Am 3. Februar 1830 traten die drei Mächte zu einer neuen Uebereinkunft zusammen, vermöge welcher die Grenzen des freien Griechenlands im Norden und Westen verengt wurden, aber die türkische Oberhoheit und der jährliche Tribut fortfielen. Prinz Leopold von Sachsen-Koburg wurde zur Besteigung des neuen Thrones eingeladen.

Die Verwaltung Capo d'Istria's hatte nicht die Erwartungen befriedigt, welche in Griechenland und außerhalb von derselben gehegt worden waren. Manche von den Willen des Präsidenten unabhängige Hindernisse, mehr aber noch eine verfehlte Anschauung der griechischen Zustände setzten sich den wohlwollenden Absichten dieses sonst so erfahrenen und befähigten Mannes entgegen.

Obgleich Capo d'Istria seiner Nation treu geblieben, indem er die Erhebung gegen die Türken im Stillen mit vorbereitet und später laut gebilligt hatte, so waren ihm doch die Fehler seiner Landsleute im Einzelnen zu genau bekannt, um, wie Fremde, welche den Befreiungskampf nur in seiner Gesammtheit aufgefaßt hatten, von Begeisterung für denselben erfüllt zu sein. Er wollte die Hellenen, da wo dieselben zahlreich genug waren, um einen eigenen Staat bilden zu können, dem muselmännischen Joche entzogen, aber nicht in sich selbst frei sehen. Er glaubte nicht, daß ein Volk, welches vierhundert Jahre lang unter einer Herrschaft wie die türkische gestanden, zu einer Selbstregierung, wie z. B. die der Schweiz, geeignet sei. Er meinte die Ursache des, im Verhältniß zu den gebrachten Opfern, geringen Ergebnisses des Kampfes einzig in der Uneinigkeit der Führer und der Ungebundenheit der Menge zu erkennen, ohne die übrigen vorhanden gewesenen Schwierigkeiten hinreichend in Anschlag zu bringen. Die in der letzten Zeit vor seiner Ankunft unter den Griechen überhand genommene Seeräuberei hatte ihn besonders verstimmt. Der im griechischen Volke vorwiegende demokratische Instinkt, ohne den sittlichen Zügel, welcher ihn anderswo (der Schweiz, Holland, Nordamerika) begleitet, und ohne die mancherlei Schranken, welche eine fortgeschrittene Gesittung gegen ihn aufstellt, schien ihm mit dem Bestehen des jungen Staates unvereinbar zu sein. Hierin hatte er vollkommen recht. Die Griechen, ihrem Parteitreiben überlassen, würden sich unter einander aufgerieben haben.

Aber anstatt das griechische Volk im Ganzen und Großen so zu nehmen, wie es einmal von der Natur und Zeit gemacht worden, und nur die Auswüchse des in ihm waltenden Geistes zu beschneiden, wollte Capo d'Istria dasselbe umbilden, und ihm wo möglich ein anderes Wesen einflößen. Es gab zwei einheimische Hebel, welche zu einer volksthümlichen Wiedergeburt der Griechen vorzugsweise angewandt werden mußten. Es war dies die Geistlichkeit — vor welcher die Nation die größte Ehrfurcht hegte, und ohne die sie weder den Befreiungskrieg unternommen, noch ihre religiöse und nationale Eigenthümlichkeit bewahrt hätte — und die in einzelnen Gegenden von jeher bestandenen, in anderen durch den Kampf emporgekommenen Häuptlinge (Kapitanis), welche in dem Widerstande gegen die Türken vorangegangen waren. — So unwissend diese Geistlichkeit auch im Vergleiche zu der mancher anderen Länder, so roh und selbstsüchtig häufig die Häuptlinge sein mochten, sie standen an Geist und Willen immer weit über der Masse, und es ließ sich ohne sie kein heilsamer Einfluß auf dieselbe ausüben. Die Priester und Mönche zur Beruhigung des Volkes und zur Gewöhnung desselben an einen gesetzlichen Zustand herbeizurufen, und die Häuptlinge von der Nothwendigkeit der Einigkeit zu ihrem eigenen und des Staates Vortheil zu überzeugen, ihnen einen in gewissen Grenzen gehaltenen Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten einzuräumen, und sie dadurch von dem Hange zu Willkühr und Gewaltthätigkeit zu entwöhnen, wäre die Aufgabe einer Regierung gewesen, welche das griechische Volk, mit Benutzung der in ihm vorhandenen Lebenskeime, und der ihm von seinem Charakter und seiner Geschichte vorgezeichneten Bahn, einer höheren Gesittung entgegenführen wollte.

Capo d'Istria hätte, da er anfänglich das Vertrauen der Bevölkerung, welche, ihrer inneren Streitigkeiten überdrüssig, in ihm einen Vereiniger und Versöhner sah, im höchsten Grade besaß, und außerdem auf die fremden Mächte zählen durfte, friedlichere und festere Zustände, ohne die volksthümliche Freiheit aufzuopfern, einführen können. Aber die Bedingungen, von deren Erfüllung ein besserer Zustand für Griechenland abhing, wurden von ihm gänzlich verkannt. Anstatt die griechischen Gemeindeeinrichtungen, in welchen das Vorbild zu einer wahrhaften Volksvertretung lag, die so alt wie die Nation selbst und von den Türken nie angetastet waren, zu erhalten und nur von ihren Mängeln zu reinigen, beschloß er den modernen Administrativstaat, mit seiner Unmündigkeit und Ohnmacht in den Massen und seiner sich in alles einmischenden Regierung, unter einem eben aus einem siebenjährigen Kriege hervorgegangenen Hirten=

und Schiffervolke einzuführen, wo jeder Einzelne seinen Willen und seine Kraft geltend zu machen gewohnt gewesen war.

Capo d'Istria löste die Nationalversammlung von Trözene auf, welche ihn zum Präsidenten gewählt hatte, ohne Anstalten zur Berufung einer neuen zu machen, hob die freisinnige Gemeindeordnung auf, indem er die Ortsobrigkeiten, Friedensrichter u. s. w. selbst ernannte, wodurch den bisherigen Zuständen ihre Grundlage entzogen wurde, erhöhte in einem Lande, wo es keinen einheimischen Kunstfleiß gab, den Einfuhrzoll auf fremde Fabrikate von drei bis auf zwölf Procent, und wollte ein auf europäischen Fuß organisirtes stehendes Heer einführen. Ein nach dem Muster des nordamerikanischen eingerichteter Senat, Panhellenion genannt, wurde von ihm, nur wenn es ihm beliebte, zu Rathe gezogen. Er setzte alle, auch die verdienstvollsten, Persönlichkeiten zurück, wenn sie sich ihm nicht unbedingt anschlossen und unterordneten. Unter den höheren Klassen der Nation neigten sich viele, je nach Ueberzeugung oder Umständen, mehr zu der einen als der anderen der drei Schutzmächte hin. Es konnte dies nicht anders sein, da ein Theil der Reichen seine Bildung im Auslande erhalten, oder mit demselben während des Krieges in enge Berührung getreten war. Anstatt unter diesen Parteien ein Gleichgewicht zu erhalten, gab der Präsident bei jeder Gelegenheit seine Vorliebe für Rußland zu erkennen, und ließ die bedeutendsten Männer, wenn sie England oder Frankreich vorzogen, ohne Anstellung und Einfluß. Besonders aber waren es die unter ihren Stämmen sich eines erblichen Ansehens erfreuenden Häuptling ein den moreatischen und livadischen Gebirgen, und die durch ihre Opfer und Thaten emporgestiegenen Anführer der Inselgriechen, an deren Unabhängigkeitsgefühl er Anstoß nahm, und die von ihm entweder absichtlich unbeachtet gelassen, oder im Falle von Verdachtsgründen verfolgt wurden. Ein so erfahrener und einsichtsvoller Mann der Präsident auch sonst war, sein langer Aufenthalt in Rußland, die Gewöhnung an eine unumschränkte und unverantwortliche Regierung übten auf sein praktisches Verhalten, denn in der Theorie war er immer höchst freisinnig geblieben, einen verderblichen Einfluß aus.

Die Errichtung eines griechischen Thrones und dessen vorläufige Annahme von Seiten des Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg mißfiel dem Präsidenten Capo d'Istria, indem dadurch seiner eigenen Gewalt früher, als er geglaubt, ein Ende gemacht worden wäre, und er außerdem von der Regierung des Schwiegersohnes Georg IV. ein Uebergewicht des britischen Einflusses in Griechenland fürchtete. Er war der Meinung, ohne die Grundverschiedenheit der hellenischen und moskowitischen Nationalität in

Betracht zu ziehen, daß sich ein unabhängiges Griechenland nur auf Rußland stützen könne. In einem Schreiben an den Prinzen Leopold, in welchem er sich scheinbar über dessen zu erwartende Thronbesteigung freute, ward von ihm zugleich eine abschreckende Schilderung der griechischen Zustände, der Parteiungen, des Mangels an Hülfsmitteln u. s. w. entworfen. Auch wußte er den griechischen Senat zu einer Verwahrung gegen die in dem Traktat vom 3. Februar 1830 ausgesprochenen Grenzbestimmungen zu vermögen, so daß Leopold, welcher besorgte, daß das griechische Volk ihm eine Mitwirkung bei der Verengung seines Gebietes beimessen, und überhaupt ihn als demselben aufgedrungen betrachten könne, zu einer Zurücknahme seiner früheren Erklärung und einer Ablehnung des griechischen Thrones (21. Mai 1830) bewogen wurde.

Die Unzufriedenheit mit der Regierung des Präsidenten wurde durch die von der Juliusrevolution auch in Griechenland verursachte Aufregung vermehrt. Der griechische Volksgeist widerstrebte den Verwaltungsformen, der künstlichen Rechtspflege, dem Steuerwesen, welche Capo d'Istria, in Nachahmung anderer Staaten, daselbst einzuführen suchte. Indessen standen ihm auch bedeutende Kräfte zur Ausführung seiner Absichten zu Gebot. Er hatte einen zahlreichen Beamtenstand geschaffen, der, von ihm ganz abhängig, in allen Fällen für ihn eintrat, und durch welchen er einen Theil der städtischen Handel treibenden Bevölkerung, welche sich vor Allem nach Ruhe sehnte, für sich gewann. Auch besaß er einige tausend Mann regelmäßiger Truppen (Taktiker genannt, im Gegensatz zu den nach nationaler Weise bewaffneten und bekleideten Palikaren), welche, von ihm bezahlt und befördert, zu seiner Unterstützung bereit waren. Zu seinen Gegnern gehörten die meisten unter den während des Unabhängigkeitskrieges hervorgetretenen militairischen und politischen Häuptlingen, und die große Mehrheit des Landvolkes, welches seine Verwaltungsweise als einen unerträglichen Zwang ansah, und namentlich über die Höhe der Abgaben und deren schonungslose Eintreibung erbittert war. Capo d'Istria, welcher sich der Reinheit seiner Absichten bewußt war, weder, wie man ihn fälschlich beschuldigt hat, für sich und seine Familie eine erbliche Herrschaft in Griechenland gründen, noch sich auch nur bereichern wollte, sondern das ihm anvertraute Volk blos zu sehr nach seinem besonderen Ermessen, ohne Rücksicht auf dessen Neigung und Gewohnheit, regierte, ahnte nichts von dem tiefen Hasse, der sich in einzelnen Klassen und Kreisen gegen ihn zu regen anfing.

Unter den Familien, welche sich während des Befreiungskrieges hervorgethan, ragten durch erbliches Ansehen und Reichthum die Mauromi=

chalis hervor. Sie regierten nach Art der früheren schottischen Klanshäupter über die den südlichsten Theil Morea's bewohnenden Mainotten, ein Berg- und Hirtenvolk, welches aber gelegentlich auch Seeräuberei getrieben hatte. Die Mainotten galten für Nachkommen der alten Lakonier, deren Gebiet sie bewohnten, und waren den Türken nie regelmäßig unterworfen gewesen. An der Spitze dieser Familie standen Pietro Bey (d. h. Pietro der Fürst), sein Sohn Georg und sein Bruder Konstantin. Die Mauromichalis hatten, wie die meisten Häuptlinge, die Wahl Capo d'Istria's zum Präsidenten begünstigt, waren aber später, von dessen antinationalem Regierungssystem verletzt, seine Gegner geworden. Capo d'Istria hatte, an den Glanz und die Verfeinerung eines großen Hofes, wie der russische, gewöhnt, die Unvorsichtigkeit begangen, die rauhen und häufig selbst rohen, aber stolzen und einflußreichen Häuptlinge mit zu wenig Rücksicht und Schonung zu behandeln, und von ihnen einen unbedingten Gehorsam unter seine Anordnungen zu verlangen. Sie dagegen waren, einmal unzufrieden geworden, geneigt, in ihm nur einen russischen Sendling, einen korfiotischen Glücksritter und ehrgeizigen Fremden zu sehen, der sich seiner vom Auslande übertragenen Stellung zur Unterdrückung der Einheimischen bediente. Schon 1828 war Georg Mauromichalis dem Präsidenten verdächtig und zur Flucht gezwungen worden. Bald nach der Julirevolution hatten die Mainotten sich geweigert, die ausgeschriebenen Steuern zu bezahlen, die Beamten des Präsidenten verjagt, die gegen sie gesandten Truppen zurückgeworfen, und sich zuletzt von der Regierung ganz losgesagt. Das Mißtrauen Capo d'Istria's gegen die Mauromichalis und der Haß derselben gegen ihn nahm zu. Endlich ward Pietro Bey verhaftet, obgleich er zum Senat gehörte, in seinem Gefängniß übel behandelt, und weder vor Gericht gestellt noch freigelassen.

Zu derselben Zeit brachen heftige Streitigkeiten zwischen dem Präsidenten und den Inselgriechen, namentlich den Hydrioten, aus. Hydra hatte in dem Befreiungskriege, außer tapferen Thaten, auch große Geldopfer gebracht. In gerechter Würdigung derselben war dem Eilande von der Nationalversammlung von Argos eine Entschädigung ausgesetzt worden. Capo d'Istria weigerte sich dieser vom Staate übernommenen Verpflichtung nachzukommen. Die Hydrioten und bald nachher die Bewohner mehrer anderer Inseln sagten sich von seiner Regierung los. Er wollte sie mit Hülfe der in den griechischen Gewässern befindlichen Seemacht der drei Schutzmächte unterwerfen. Der russische Admiral Ricord war zur Unterstützung des Präsidenten bereit. Gewalt trat an die Stelle der Unterhandlungen. Von dem hydriotischen Seehelden Miaulis, welcher früher so viel für

Griechenland gethan, ward jetzt eine That der Verzweiflung und Zerstörung vollbracht. Auf der einen Seite von der russischen, auf der anderen von der dem Präsidenten treu gebliebenen Macht gedrängt, verbrannte Miaulis (13. August 1831) im Hafen von Poros die Fregatte Hellas, zwei Dampfschiffe, mehre Korvetten, überhaupt an 28 bewaffnete Fahrzeuge, um sie nicht in die Hände der Gegner fallen zu lassen, und hielt dadurch den Aufschwung der griechischen Marine für lange Zeit auf. Capo d'Istria entschloß sich endlich, obwohl ungern, zur Einberufung einer Nationalversammlung, sollte aber deren Eröffnung nicht mehr erleben.

Konstantin und Georg Mauromichalis hatten sich nach Napoli di Romania begeben, um von dem Präsidenten, gegen das Versprechen der Unterwerfung, die Befreiung des Bruders und Vaters auszuwirken. Sie waren aber nicht nur abschlägig beschieden, sondern auch zurückgehalten und unter polizeiliche Aufsicht gestellt worden, so daß sie sich nur unter Begleitung von Wächtern sehen lassen durften. Die von der neunzigjährigen Mutter des Pietro Bey für die Loslassung ihres Sohnes eingelegten Fürbitten waren ebenfalls vergeblich gewesen. Dies war mehr als die beiden Mauromichalis ertragen konnten. Am Morgen des 9. Oktober (1831) hatte sich Capo d'Istria nach einer Kirche begeben, vor deren Eingang ihn Konstantin und Georg erwarteten. Diese, von den Wächtern einen Augenblick lang außer Acht gelassen, gingen dem Präsidenten in scheinbar bittender Stellung entgegen, ermordeten ihn aber, als er ihnen nahe gekommen war, indem ihm Georg mit einem Pistolenschusse den Kopf zerschmetterte, und Konstantin ihm einen Dolch in den Leib stieß. Letzterer wurde von dem herbeieilenden Volke alsbald niedergemacht, ersterer aber ergriffen, zum Tode verurtheilt und am 22. Oktober erschossen. Der Weg zum Richtplatz führte an dem Gefängnisse vorbei, in welchem Pietro Bey saß, der die That seines Sohnes laut pries, und ihm seinen Segen gab.

Es war an und für sich eine traurige Erscheinung, daß Capo d'Istria da ein gewaltsames Ende finden mußte, wo er anfangs mit so vieler Neigung und Verehrung aufgenommen worden war. Noch niederschlagender aber wirkte die Betrachtung, daß ein Mann, einzig durch sein Verdienst im Auslande emporgekommen, und endlich an die Spitze des eigenen Volkes wie eine zweite Vorsehung gestellt, durch unklare Auffassung der einheimischen Zustände, durch die Unfähigkeit sich von fremdartigen Eindrücken zu befreien, die große und einzige ihm dargebotene Gelegenheit, zur Wiedergeburt eines lange unterdrückt gewesenen Landes beizutragen, unbenutzt

vorübergehen ließ, und über diesem Irrthum das Ergebniß eines sonst ruhmvollen Lebens verlor.

Mit dem Tode Capo d'Istria's schien für Griechenland die Hoffnung, von einem Einheimischen regiert werden zu können, verloren zu sein. Es trat eine Epoche der größten Unordnung und Verwirrung ein, um so schlimmer, da die vorhandenen Kräfte mehr keine Anwendung gegen einen auswärtigen Feind fanden, sondern sich gegen einander kehrten. Es ward vom Senat eine neue Regierung, bestehend aus: Augustin Capo d'Istria, einem Bruder des Ermordeten, Kolettis und Kolokotronis, ernannt. In diesem Triumvirat neigte sich Kolettis zu Frankreich hin, während die beiden anderen unbedingt unter russischem Einflusse standen. Es wurden dann die Wahlen zu der schon von Capo d'Istria beschlossenen Nationalversammlung ausgeschrieben, dabei aber vom Senate und dessen Kreaturen mit einer sonst selten gesehenen Willkühr verfahren. Es machte sich nicht nur List und Bestechung, sondern auch offenbare Gewalt geltend, und zuletzt ward von dem Senate die fehlende Anzahl der Deputirten nach eigenem Belieben ergänzt. Von dieser Versammlung, welche im December 1831 in Argos zusammentrat, wurde Augustin Capo d'Istria zum Präsidenten von Griechenland ernannt. Dieser, welcher die Mängel seines verstorbenen Bruders ohne dessen Vorzüge theilte, gab sich so blind an Rußland hin, verfuhr bei seinen Anordnungen so parteiisch und ausschließend, daß sich bald ein großer Widerstand gegen ihn erhob, Kolettis selbst sich auf Seite der Opposition schlug, und eine provisorische Regierung, aus letzterem, Konduriottis und Zaimi zusammengesetzt, entstand, welche eine neue Nationalversammlung nach Perachora berief. Es gab demnach jetzt zwei Regierungen und zwei Volksvertretungen in Griechenland, deren Anhänger sich gegenseitig als Feinde behandelten. Die Rumelioten, welche die Nationalversammlung von Perachora anerkannten, drangen mit bewaffneter Hand in Argos ein. Da zugleich die Londoner Konferenz, über die wahre Lage der Dinge durch den damals in Griechenland anwesenden englischen Diplomaten, Sir Strafford Canning, aufgeklärt, sich gegen das von Augustin Capo d'Istria befolgte System erklärte, so legte derselbe am 9. April (1832) seine Gewalt nieder, und zog sich nach Korfu und von da nach St. Petersburg zurück.

Damit aber war die innere Ruhe nicht wiederhergestellt. Eine aus Rumelioten und Capo d'Istrianern gebildete neue Regierung vermochte es nicht, sich über dem Parteigewühl zu erhalten, und ihren Befehlen Nachdruck zu verschaffen. Mehre Häuptlinge, wie Kolokotronis, Nikitas, Zavellas erklärten sich gegen Kolettis, Konduriottis u. s. w., welche nach

Augustin Capo d'Istria's Entfernung an die Spitze der Verwaltung getreten, als die Nachricht einlief, daß die drei Schutzmächte, England, Frankreich und Rußland sich am 7. Mai (1832) in London zur Erhebung des Prinzen Otto von Bayern, des zweiten Sohnes des Königs Ludwig, auf den griechischen Thron vereinigt hätten. Diese Kunde und besonders der Umstand, daß dem neuen Herrscher der Königstitel verliehen, was für Griechenland eine größere Zukunft als bisher anzudeuten schien, und daß seiner Regierung von den drei Großmächten eine Anleihe von 60 Millionen Fr. verbürgt sei, wirkten auf das Volk günstig ein, waren aber nicht im Stande den Ehrgeiz und die gegenseitige Eifersucht der Häuptlinge zu beruhigen.

Da die Londoner Konferenz nicht das Ansehen haben wollte, den Griechen wider deren Willen einen Fürsten aufzudringen, so ward auf ihre Veranlassung eine Nationalversammlung einberufen, welche am 22. Julius (1832) in Pronia, einer Vorstadt von Napoli di Romania, zusammentrat, und am 8. August die Ernennung des Prinzen Otto bestätigte. Die Deputirten, welche unter dem Einflusse der volksthümlichen und freisinnigen Partei gewählt worden, wollten die Gelegenheit benutzen, um den unpatriotischen, unter russischem Einfluß stehenden Senat aufzulösen, und die Grundzüge zu einer neuen Verfassung zu entwerfen, welche dem Könige Otto zur Annahme vorgelegt werden sollte. Die Anhänger Rußlands, in ihrer Stellung bedroht, und von dem Gesandten dieser Macht ermuntert, beschlossen sich ihrer Gegner durch einen Handstreich zu entledigen. Es wurden in den Gebirgsgegenden Banden angeworben, welche die Nationalversammlung überfielen, und eine Anzahl ihrer Mitglieder gefangen fortschleppten. Die Truppen der Regierung wurden von Kolokotronis geschlagen. Der Senat, dessen Auflösung die letzte Nationalversammlung, bevor sie sich am 20. September (1832) vertagte, ausgesprochen hatte, fühlte sich, ungeachtet der von seinen Anhängern davon getragenen Vortheile, in Napoli di Romania nicht sicher, und siedelte am 29. November nach Astros über, wo er den russischen Admiral Ricord zum Präsidenten von Griechenland ernannte, und eine aus lauter militairischen Häuptlingen (Kapitanis) bestehende Regierung niedersetzte, welche aber von der Nation nicht anerkannt wurde. Die nationale Partei, an deren Spitze Kolettis und Konduriottis standen, sah sich in Gefahr von Kolokotronis, welcher unterdessen immer weiter im Norden von Morea vorgedrungen war, angegriffen zu werden, und rief zu ihrem Schutz ein Korps französischer Truppen herbei, welches nach dem Abzuge des Marschalls Maison in Morea zurückgeblieben war. Kolokotronis war ver-

wegen genug die Franzosen anzugreifen, ward aber mit Verlust zurückgeschlagen. Durch die Ränke der russischen Diplomatie, welche es unter den Griechen zu keinen geregelten und freien Zuständen kommen lassen wollte, den Bestrebungen der patriotischen Partei überall hindernd entgegentrat, und die Selbstsucht und Roheit der Kapitanis für ihre Zwecke zu benutzen verstand, war es dahin gekommen, daß die Regierung ohne Ansehen, die Empörung im Zunehmen begriffen, und das Land mit Unordnungen aller Art, mit Plünderung und Raub erfüllt war.

Endlich betrat am 30. Januar (1833) der vom Volke längst ersehnte König Otto, von großen und aufrichtigen Freudensbezeugungen empfangen, den Boden des befreiten Griechenlands. Eine frühere Ankunft würde den letzten zerrüttenden Bewegungen zuvorgekommen, oder wenigstens ihre Dauer abgekürzt haben. Aber sein Abgang von München war durch die Unterhandlungen mit der Pforte über eine Veränderung in den Grenzbestimmungen zu Gunsten Griechenlands, durch den Abschluß der Anleihe und die Ausrüstung eines bayerschen Hülfskorps verzögert worden. Leider war König Otto noch nicht im Stande die Regierung aus eigener Macht zu führen. Im Jahre 1815 geboren, sollte er erst mit Vollendung des zwanzigsten Lebensjahres volljährig werden. Er kam nach Griechenland, begleitet von einer Regentschaft, welche aus dem Grafen von Armansperg, dem Staatsrathe von Maurer und dem Generale von Heidegg bestand, denen der Ministerialrath von Abel als Beistand zugegeben war. Es wäre ein Glück für das griechische Volk gewesen, wenn der junge Fürst die Zügel des Staates alsbald selbst hätte in die Hand nehmen können. Der Zauber der obersten Gewalt verlor in den Augen der rohen und sinnlichen Menge dadurch etwas von seiner Wirksamkeit, daß der Name des königlichen Amtes und dessen Ausübung eine Zeit lang von einander getrennt bleiben mußten.

Die Regentschaft erließ im Namen des Königs eine Proklamation an das griechische Volk, in welcher Verzeihung aller bisher begangenen politischen Vergehen, und Verbesserung der inneren Lage versprochen wurde. Letzteres war in der That das dringendste Bedürfniß geworden. Denn die langen Parteikämpfe hatten in allen öffentlichen Verhältnissen eine grenzenlose Verwirrung herbeigeführt. Die Steuern waren ausgeblieben, und die meisten Gerichte hatten ihre Thätigkeit eingestellt. Das Streben der Regentschaft ging vor Allem dahin, der Bevölkerung das ihr fast ganz entschwundene Gefühl der Sicherheit wiederzugeben. In dieser Beziehung ward von ihr eine große und rühmliche Thätigkeit entwickelt. Vor Allem

suchte sie dem überhand genommenen Räuberwesen Einhalt zu thun, und den Personen und dem Eigenthum den nöthigen Schutz zu gewähren. Sodann ward die Gerichts- und Gemeindeordnung verbessert, die Verwaltung der öffentlichen Einnahmen geregelt, und überhaupt alles unter den vorhandenen Umständen Mögliche gethan, um das griechische Volk, welches bisher immer zwischen den beiden Extremen der selbst verübten Willkühr und von Anderen erfahrenen Unterdrückung geschwebt, entweder sich gegen jeden Zügel gesträubt, oder unter dem Joch gelegen hatte, an ein geordnetes und gesetzliches Dasein zu gewöhnen.

Ungeachtet mancher unter den gegebenen Verhältnissen schwer zu vermeidenden Mißgriffe, hatte die Regentschaft in kurzer Zeit vieles Gute vollbracht, und die meisten äußeren Hindernisse, welche ihr Kurzsichtigkeit und übler Wille entgegenstellten, überwunden. Was ihr später so oft vorgeworfen werden sollte, wie z. B. die zu große Berücksichtigung der Bayern bei den Civil- und Militairanstellungen, war weniger aus parteiischer Bevorzugung, als aus der den Griechen eigenen Ungewohnheit einer regelmäßigen Thätigkeit entstanden. Außerdem fehlte es diesen, bei dem unter ihnen eingerissenen Parteitreiben, an der nöthigen Unparteilichkeit, um sich gegenseitig mit Gerechtigkeit und Mäßigung zu behandeln. In der ersten Zeit ihrer Befreiung mußte ein fremder Wille für sie maßgebend sein. Auch war es nicht leicht, für ein durch seine Sitten und seine Erlebnisse von allen anderen so verschiedenes Volk, wie die Griechen, und das seit Jahren von einer beständigen Gährung erfüllt war, alsbald die angemessene Weise der Behandlung zu finden.

Aber es brach in der Regentschaft selbst Uneinigkeit aus. Das befähigste und thätigste ihrer Mitglieder, der Staatsrath von Maurer, war mit dem Grafen von Armansperg zerfallen, der sich des Vorzuges der Erste unter Gleichen zu sein etwas überhob, mehr Hof- als Geschäftsmann und geneigter war, die Früchte seiner Stellung zu genießen, als deren Arbeiten auf sich zu nehmen, Maurer, welcher Griechenland eine aufgeklärte Gesetzgebung und Verwaltung sichern wollte, um einen Boden für eine freisinnige Verfassung zu gewinnen, ward dadurch dem russischen Gesandten Katakazy verdächtig, welcher seinen englischen Kollegen Dawkins mit demselben Mißtrauen gegen den bayerschen Staatsmann zu erfüllen wußte. Rußland hatte zwar die Losreißung Griechenlands von der Türkei begünstigt, weil letztere auf solche Weise geschwächt werden mußte, wollte aber keineswegs die politische Freiheit in dem neuen Staate gegründet sehen, der dadurch allmählig erstarkt, und zu einem selbstständigen Dasein

gelangt sein würde. Das russische Kabinet wünschte die Griechen dem Absolutismus unterworfen zu sehen, weil es begriff, daß diese ihrem innersten Wesen widerstrebende Staatsform ihre Kraft brechen, und sie auf die einstige Herrschaft Rußlands vorbereiten würde. Maurer ward, wegen seiner konstitutionellen Gesinnungen, von der russischen Diplomatie für einen Revolutionair verschrieen. Der König Ludwig von Bayern, welcher sich zwar in seinen wohlwollenden Absichten immer gleich blieb, aber in seinem Urtheil und seiner Anschauungsweise schwankte, und häufig in den Widerspruch verfiel, die Freiheit zu lieben, aber deren Aeußerungen zu scheuen, rief endlich Maurer aus Griechenland ab (Julius 1834), der, in seiner Wirksamkeit gehindert, von selbst schon zum Rücktritt geneigt war. Mit Maurer kehrte auch Abel nach München zurück. An ihre Stelle traten die bayerschen Ministerialräthe von Kobell und von Greiner. Armansperg übte von da an ein unbestrittenes Uebergewicht aus.

Unter den griechischen Häuptlingen hatten sich Verschwörungen zum Sturze der Regentschaft erhoben. Der alte, ehrgeizige und unruhige Kolokotronis, welcher seinem Charakter und seinen Sitten nach mehr unter ein türkisches als ein europäisches Regiment gehörte, hatte an der Spitze gestanden. Die Theilnehmer wurden entdeckt, eingezogen und zum Tode verurtheilt, aber zu zwanzigjähriger Gefangenschaft begnadigt. Unruhen in der Maina, mit welchen schon Capo d'Istria zu kämpfen gehabt hatte, konnten von der Regierung nur mit großer Mühe und nicht vollständig unterdrückt werden. Im December 1834 fand die Uebersiedelung des Königs und der obersten Behörden von Napoli di Romania nach Athen statt, welches, während des Befreiungskrieges fast ganz zerstört, allmählig aus seiner Asche wiedererstand, und seit undenklichen Zeiten zum erstenmal nicht blos wegen seiner Alterthümer und seiner Vergangenheit, sondern auch wegen seiner Verwickelung in die Verhältnisse der Gegenwart, genannt zu werden anfing.

Am 1. Juli ward die Regentschaft aufgelöst und König Otto für volljährig erklärt. Armansperg führte indessen unter dem Namen eines Staatskanzlers die Regierung fort. Er suchte jetzt die griechische Nationalität mehr als früher geschehen zu gewinnen. Ein sogenanntes Dotationsgesetz erschien, nach welchem jede ansässige Familie von den weitläuftigen und bisher fast ganz vernachlässigt gebliebenen Staatsländereien, zu welchen auch viele Klostergüter geschlagen worden, einen verhältnißmäßigen Antheil zur Nutznießung erhalten sollte. Es ward, um die Abwesenheit einer Volksvertretung zu verhüllen, ein Staatsrath errichtet, zu einer obersten Aufsicht über die Verwaltung bestimmt, der aber, von der Re-

gierung beliebig zusammengesetzt, diesen Zweck nicht erfüllen konnte. Im Jahre 1836 reiste König Otto nach Deutschland, und vermählte sich daselbst mit der Prinzessin Amalie von Oldenburg. Bald nachher ward Armansperg entlassen, und Rudhardt, ebenfalls ein Bayer, bisher Regierungspräsident in Regensburg, in seine Stelle gesetzt. Dieser, der sich in seinem Vaterlande als Beamter und Redner in der zweiten Kammer hervorgethan, konnte sich in die griechischen Verhältnisse nicht finden, und wollte die deutschen Verwaltungsformen einem Volke auflegen, welches geneigt war, jeden administrativen und polizeilichen Zwang für schlimmer als selbst die alte türkische Willkührherrschaft zu halten. Er gerieth außerdem in Streit mit dem englischen Gesandten in Athen, Sir Edmund Lyons, Dawkins Nachfolger, welcher die englischen Interessen viel kräftiger als dieser vertrat, und der griechischen Regierung wegen des von Rußland auf sie geübten Einflusses nicht hold war. Im December 1837 mußte Rudhardt seine Stellung aufgeben, und ging auf seiner Rückreise nach Deutschland in Triest mit Tode ab. Nach ihm ward das griechische Ministerium nur mit Einheimischen besetzt.

König Otto herrschte von jetzt an eine Reihe von Jahren hindurch scheinbar unumschränkt, da es kein Grundgesetz gab, welches ihm Grenzen vorgeschrieben hätte, aber ohne wahre Selbstständigkeit, weil der Gang seiner Regierung beständig von der Einmischung der Großmächte, und besonders der Eifersucht Rußlands auf England und Frankreich, durchkreuzt wurde. Das Königreich Griechenland nahm, wegen seiner Lage, in Bezug auf die allgemeinen europäischen Interessen eine höhere Stellung ein, als unter anderen Umständen bei seiner geringen Macht stattgefunden haben würde. In Erwartung der Dinge, welche in der Türkei, in Egypten und Syrien bevorstanden, galt Griechenland für eine Warte, von welcher aus man die sich ankündigenden Verwickelungen übersehen konnte, und in deren Nähe man festen Fuß zu fassen suchte. Athen war deshalb mehr als manche größere Hauptstädte und Höfe ein Sitz diplomatischer Intriguen und weit aussehender Pläne geworden.

König Otto, von einer wirklichen Vorliebe für seine neue Heimath erfüllt, und wie alle Kinder des Königs Ludwig sorgfältig erzogen und unterwiesen, wußte das merkwürdige Land und Volk, über welches er gesetzt war, zu würdigen, und that Alles was von ihm abhing, um die Griechen zu einem ihres Namens und ihrer Ueberlieferungen angemessenen Standpunkt zu erheben. Es ward in Athen eine Universität errichtet, Litteratur und Wissenschaft nach Kräften begünstigt, und der klassische Boden in allen Richtungen untersucht. Aber als Staat konnte Griechen-

land zu keiner Bedeutung gelangen. Es war in zu enge Grenzen eingeschlossen, und von den Schutzmächten zu abhängig gemacht worden. An die Stelle der während des Befreiungskampfes herrschenden Begeisterung war in der Masse des Volkes allmälig eine tiefe Unzufriedenheit mit dem ihm gewordenen Loose getreten. Das sichtbare Sinken des türkischen Reiches und die Erinnerung an ihre frühere Größe flößte den Griechen übertriebene, mit der allgemeinen Lage Europa's und den Ansichten der großen Mächte unverträgliche, Ansprüche ein. In ihren Schulen, Büchern und Tagesblättern wurde bei jeder Gelegenheit auf die Wiederherstellung des griechischen Reiches und den Besitz von Konstantinopel, als den Mittelpunkt ihres Volksthums, hingewiesen. Von diesen Hoffnungen stach die Kleinheit und Beschränktheit der Gegenwart zugleich aufstachelnd und demüthigend ab. In seinem Unmuthe war das Volk geneigt seine Regierung anzuklagen. König Otto hatte bisher mit großer Mäßigung, aber ohne Verleihung einer die Rechte des Volkes sichernden Verfassung, geherrscht. Rußland und Oesterreich waren der Einführung konstitutioneller Formen in Griechenland gleich sehr entgegen gewesen. Den meisten während des Krieges hervorgetretenen militairischen und politischen Führern, und der unter dem Einfluß der modernen Ideen stehenden, zum Theil in Frankreich und England gebildeten Jugend der höheren Klassen, war jedoch die unumschränkte Regierungsgewalt, selbst in ihrer mildesten Gestalt, als eine Erniedrigung erschienen. Aber die von dem Fürsten Metternich ausgehende absolutistische Propaganda hatte von Wien aus über München den Weg nach Athen gefunden, und es war den Griechen, für welche schon die Nationalversammlung von Epidaurus (1821) die Grundzüge zu einer freien Verfassung entworfen hatte, diese Befriedigung nicht gewährt worden. Indessen konnte ein Volk, welches, wenn auch zuletzt durch fremde Dazwischenkunft gerettet, lange selbst das Meiste für seine Befreiung gethan hatte, nicht für den Besitz eines Mannes oder Hauses gelten.

Es erhob sich in Griechenland eine Bewegung im konstitutionellen Sinne und kam in Athen im September 1843 zum Ausbruch, von welcher König Otto zur Annahme des Repräsentativsystems genöthigt wurde, was übrigens von seiner Seite ohne Zögern und Widerstreben geschah. Es ward eine Verfassung errichtet, vermöge welcher die Krone die vollziehende Gewalt behielt, bei der Gesetzgebung aber an die Zustimmung zweier Kammern, der Senatoren und der Deputirten, gebunden wurde. Die Mitglieder des Senats sollten von dem Könige auf zehn Jahre hin, die Deputirten für drei Jahre vom Volke erwählt werden. Diese

Verfassung, obgleich gerechte Wünsche befriedigend, hat Griechenland bisher nicht gefördert, dessen Zustand ein ungewisser, zwischen hochfliegenden Hoffnungen und einer engen Gegenwart schwankender, geblieben ist. Die noch im Schoße der Zukunft ruhenden Ereignisse werden einst darüber entscheiden, ob die griechische Nationalität in ihrer Gesammtheit zu einer politischen Wiederherstellung bestimmt ist, oder ob das jetzige Königreich Griechenland nur als eines der einzelnen, von dem verfallenden türkischen Staatskörper abgelösten, Glieder fortdauern wird.

---

27. Das türkische Reich. — Aufstände in Bosnien und Albanien. — Sultan Mahmud II. und Mehemed Ali, Vicekönig von Egypten. — Beider Streben. — Krieg zwischen ihnen. — Schlachten von Konieh und Nisib. — Europäische Dazwischenkunft. — Vierbundvertrag. — Frankreich's anfänglicher Einspruch und endliche Nachgiebigkeit. — Mehemed Ali auf die Herrschaft über Egypten beschränkt. — Rußland's religiöser und politischer Einfluß. — Vortheile, in deren Besitz es sich befindet. — Hohe Stellung England's. — Tiefer Gegensatz und Eifersucht zwischen England und Rußland.

Mahmud II. war von der Zeit und Erfahrung zu der langsam gereiften aber zuletzt unerschütterlichen Ueberzeugung gebracht worden, daß ohne die Einführung europäischer Kriegseinrichtungen, ohne eine durchgreifendere Ordnung in allen Zweigen der Verwaltung, und eine größere Abhängigkeit der Paschas von den Befehlen der Pforte, das türkische Reich seiner Auflösung entgegengehen müsse. Er hatte durch die Vernichtung der Janitscharen, in einem Augenblick unternommen, wo ihm ein auswärtiger Krieg drohte, bei Verfolgung seiner Absichten eine bis zur Verwegenheit gehende Kraft und Ausdauer bewiesen. Der mit Rußland in Adrianopel abgeschlossene Friede erlaubte ihm, seine Aufmerksamkeit ungetheilt auf das Innere seines Reiches zu richten. Es gab zwar in allen Provinzen zahlreiche Anhänger der alten Mißbräuche und Vorurtheile, aber der Sultan hatte, bei dem Nachdruck, mit welchem er verfuhr, zuletzt überall seine Absichten durchgesetzt. Nur in Albanien und Bosnien war er auf einen hartnäckigen Widerstand gestoßen. Die Bosnier und Albanesen gehörten zu den kriegerischsten Völkerschaften des Reiches, und waren, ungeachtet des religiösen Verbandes, von den

Türken durch Abkunft, Sprache und Sitte verschieden geblieben. Unter den Albanesen herrschte, wie unter Mainotten, Sulioten u. s. w. eine Art von Klanswesen, eine erbliche Abhängigkeit der Bevölkerung von gewissen Familien, und in Bosnien hatte sich eine schon vor der türkischen Eroberung bestandene grundbesitzende Aristokratie erhalten, welche von der Einführung einer besseren öffentlichen Ordnung den Verlust ihrer Vorrechte befürchtete. In der Masse des bosnischen Volkes hatte außerdem das Janitscharenwesen tiefe Wurzeln geschlagen. Die Albanesen waren von jeher die gesuchtesten und am besten bezahlten türkischen Truppen gewesen. Kein Statthalter begab sich in seine Provinz, ohne vorher eine gewisse Anzahl dieser Söldlinge in seinen Dienst genommen zu haben. Auch waren diese Völkerschaften, obgleich sie erst spät zum Islam übergetreten, zuletzt dessen eifrigste Bekenner geworden. Aus allen diesen Gründen widerstrebten Bosnier und Albanesen den Reformen des Sultans, der Einführung einer auf europäischen Fuß organisirten Kriegsmacht, einer regelmäßigen Verwaltung, und einer größeren Gleichstellung zwischen Christen und Muselmännern, welche zwar von Mahmud II. noch nicht öffentlich ausgesprochen, aber bei mehren Gelegenheiten angedeutet worden, und welche aus seinen übrigen Anordnungen zuletzt hervorgehen mußte.

Die Unzufriedenheit der Bosnier und Albanesen mit dem Regierungssystem des Sultans war schon zur Zeit des letzten Krieges gegen die Russen hervorgetreten. Sie hatten dem Großherrn nur geringe Hülfe geleistet. Einer der ersten albanesischen Häuptlinge, Mustapha Pascha von Skutari, aus der Familie der Buschatli, welcher dieses Paschalik erblich zugehörte, hatte sogar den Plan gehegt, mit seinem Kontingent, anstatt nach der Donau gegen die Russen, auf Konstantinopel zu ziehen, um dort bei der Entthronung des Sultans mitzuwirken, an welcher damals von den Ueberresten der Janitscharen und anderen Unzufriedenen gearbeitet worden war. Bei der noch zur rechten Zeit eingetretenen Entdeckung dieser Verschwörung mußte Mustapha seinen Vorsatz aufgeben, blieb aber mit seinen Truppen anstatt sich gegen die Russen zu wenden, bei Philippopel in Rumelien stehen, wo er das reiche Land plünderte, und dann, mit großer Beute beladen in seine Heimath zurückkehrte.

Nach dem Frieden von Adrianopel beschloß der Sultan sich Bosnien und Albanien wieder vollständig zu unterwerfen. Der Großvezir Reschid Pascha, eben so bekannt durch seine Schlauheit wie durch seine Tapferkeit, wurde zuerst gegen die Albanesen geschickt. Zu schwach, um

dieselben mit Gewalt zu bezwingen, wußte er sie durch Versprechungen in Sicherheit zu wiegen, verhieß ihnen im Namen des Sultans Verzeihung und Abstellung ihrer Beschwerden, und lud die Anführer zu einem von ihm bei der Stadt Monastir veranstalteten Feste ein, auf welchem die Versöhnung besiegelt werden sollte. Da die albanesischen Häuptlinge, ungeachtet ihres kriegerischen Sinnes, den Weg der Unterhandlungen dem der Waffen vorzogen, wenn ihnen ersterer dieselben Vortheile versprach, so ließen sie sich von Reschid Pascha berücken, und nahmen seine Einladung an, wurden aber am Ort der Zusammenkunft umzingelt, und sämmtlich ermordet. Es ist ein eigenthümlicher, besonders in der türkischen Geschichte oft wiederkehrender Zug, daß halb barbarische Charaktere, obgleich selbst zu List und Treulosigkeit geneigt, zu Zeiten sehr leichtgläubig sind, und unter gewissen Umständen leicht in die ihnen gelegte Falle gehen.

Der Pascha von Skutari, welcher bei dem Blutbade von Monastir nicht anwesend gewesen, sammelte jetzt neue Streitkräfte, und gedachte im Vertrauen auf das Gelingen eines in Konstantinopel gegen das Leben des Großherrn abermals gebildeten Komplots, in das Innere des türkischen Reiches einzudringen. Die Verschwörung ward aber entdeckt und im Blute der Theilnehmer erstickt. Der Großvezir rückte gegen Mustapha Pascha vor, ehe dieser noch seine Kriegsrüstungen beendigt hatte. Ein Theil der Häuptlinge ward von Reschid Pascha im Geheimen noch vor Ausbruch des Kampfes gewonnen, und die übrigen wurden am 20. April 1831 bei Perlepe gänzlich geschlagen. Mustapha entkam nach Skutari.

Unterdessen hatten sich aber die Bosnier zum Kriege gegen den Sultan gerüstet. An ihrer Spitze stand Hussein Pascha, einer der mächtigsten Häuptlinge der bosnischen Aristokratie, wegen seiner Tapferkeit „der Drache von Bosnien genannt.“ Bei Kossowo wurden die türkischen Truppen geschlagen. Der Großvezir mit zu geringer Streitmacht versehen, um die Aufrührer im offnen Felde zu bekriegen, wählte wiederum den Weg der Unterhandlungen, stiftete Uneinigkeit unter den bosnischen Anführern an, gestand ihnen für den Augenblick ihre Forderungen zu, und wußte es dahin zu bringen, daß ihr Heer aus einander ging. Er wandte sich hierauf gegen die Albanesen unter Mustapha von Skutari, und verstand es auch sie zur Niederlegung der Waffen zu bewegen. Albanien wurde von den Türken besetzt und verheert, und die Anhänger Mustapha's überall niedergemacht. Ihm selbst aber glückte es, indem er dem Sultan genaue Mittheilungen über die in mehren Provinzen gegen

denselben bestehenden geheimen Verbindungen und Umtriebe machte, nicht nur sein Leben und seine Besitzungen zu retten, sondern bei einem Besuch in Konstantinopel von dem Gebieter, welchem er so oft getrotzt hatte, gut aufgenommen zu werden.

Der Widerstand der Albanesen war jetzt gebrochen (Herbst 1831). Im Frühjahre 1832 zog Reschid Pascha von Neuem gegen die Bosnier, welche auf sich selbst gewiesen, am 5. Juni unter den Mauern von Sarajewo geschlagen und auseinander gesprengt wurden. Ihr Anführer Hussein Pascha entkam mit einer Schaar seiner Getreuen über die österreichische Grenze. Die Pforte setzte in der Person des Kara Mahmud einen neuen Vezir über Bosnien, der durch ein gemäßigtes und dabei kraftvolles Verfahren allmälig das ganze Land unterwarf. Selbst Hussein Pascha wurde mit seinen Anhängern vom Sultan begnadigt. Obgleich in Albanien und Bosnien, in letzterem besonders in den Jahren 1836 und 1837, heftige Empörungen ausbrachen, und die Bevölkerung sich nur schwer an die Aushebung für den regelmäßigen Militairdienst und die Eintreibung der Steuern gewöhnte, so ward damals durch Reschid Pascha's Bemühungen die Autorität des Sultans in diesen Provinzen mehr befestigt, als jemals selbst unter dessen mächtigsten Vorgängern der Fall gewesen war.

Die in einzelnen Theilen des türkischen Reiches von jeher häufig gewesenen Unruhen und Auflehnungen waren entweder von ehrgeizigen Pascha's, welche an der Spitze ihrer Söldlinge den Befehlen des Sultans trotzten, oder von gewissen Klassen, welche ihre Vorrechte gegen Eingriffe vertheidigen wollten, ausgegangen. Diese Bewegungen hatten, abgesehen von den Unterschieden, welche der Geist des Orients und die vom Islam geschaffenen Sitten hervorgebracht, den Kämpfen zur Zeit des Feudalwesens geglichen. Sie waren immer nur von einzelnen Führern und deren Untergebenen, aber nie von der Masse der Bevölkerung unternommen worden, hatten nie das Dasein des Ganzen bedroht, und keine Veränderung in dem herrschenden System veranlaßt. Selbst den letzten bedeutenden Widerstandsversuchen in Bosnien und Albanien hatte bei den dortigen Häuptlingen nicht die Absicht, sich von der Herrschaft des Sultans loszureißen, sondern nur die Neigung zu Grunde gelegen, die der Selbstsucht und Roheit wohlgefälligen althergebrachten Einrichtungen zu bewahren. Bei dem im türkischen Reiche wie im Mittelalter herrschenden Faustrecht konnte es nie an Veranlassungen zu Gewaltsamkeiten und Empörungen fehlen, dieselben hatten aber immer nur eine bald vorübergehende Erschütterung hervorgebracht. Der große Aufstand

der Griechen von 1821 bis 1827 hatte mit diesen innerhalb der mahomedanischen Welt vollbrachten Kämpfen nichts gemein gehabt, sondern kann als der erste Anfang einer religiösen und politischen Revolution angesehen werden, welche vielleicht ihr Ziel im Laufe der Zeit erreichen wird. Die Griechen waren einst die Besitzer des Bodens gewesen, über welchen jetzt die Nachkommen Osman's herrschten, und hatten in ihrem Herzen nicht nur nie dem Streben nach volksthümlicher Selbstständigkeit entsagt, sondern sogar die Hoffnung bewahrt, durch günstige Umstände einst in den Stand gesetzt zu werden, den fremden Unterdrückern das Erbe ihrer Väter entreißen zu können. Kein Pascha und kein einziger muselmännischer Stamm befand sich in dieser Lage, und konnte daher auch keine ähnlichen Zwecke verfolgen. Innerhalb des Bereiches des Islams waren bisher alle Auflehnungen gegen die Pforte ohne allgemeinen Plan, nur aus vereinzelten Eingebungen des Ehrgeizes, der Habsucht oder der Rache über erfahrenen Druck entstanden.

Es gab im türkischen Reiche vielleicht nicht ein Paschalik, wo nicht von Zeit zu Zeit die Statthalter sich empört, und, wie einst die großen Vasallen den Feudalkönigen, dem Sultan den Gehorsam aufgekündigt hätten. Sie hatten aber damit nie die Bildung eines unabhängigen Staates oder eines neuen Herrscherstammes beabsichtigt, sondern nur während ihres Lebens willkührlich walten wollen, und waren deshalb auch zuletzt entweder mit Gewalt bezwungen worden, oder in den meisten Fällen, nach theilweiser Gewährung ihrer Forderungen, freiwillig unter den Gehorsam des Sultans zurückgekehrt. Erst in neuester Zeit hatte der immer fühlbarer werdende Verfall des türkischen Reichs einem unternehmenden Statthalter, der sich im Besitz der zur Gründung einer selbstständigen Macht wohlgelegensten Provinz befand, den Gedanken einer gänzlichen Loßreißung von der Pforte, und einer das Dasein derselben in Frage stellenden Politik eingegeben. Es war dies Mehemed Ali, Vicekönig von Egypten, welcher, ohne die den Sultan schützende Dazwischenkunft mehrerer europäischen Großmächte, ohne Zweifel seine Absichten durchgesetzt haben würde.

Mehemed Ali war, in der kleinen macedonischen Stadt Cavala von armen Eltern geboren, im Jahre 1800 in untergeordneter Stellung mit dem türkischen Heere nach Egypten zur Vertreibung der Franzosen gekommen, und hatte sich, obgleich von allen Vorkenntnissen entblößt, durch Klugheit und Tapferkeit so bemerkbar gemacht, daß er eine Stufe nach der andern erstieg, und 1806 von der Pforte zum Statthalter dieser Provinz ernannt wurde. Bevor er daselbst seine Gewalt befestigt

hatte, suchte er sich durch scheinbaren Eifer im Dienst des Sultans hervorzuthun. Er zwang die Beys oder Häuptlinge der Mameluken, welche nach dem Abzuge der Franzosen und Engländer ihre frühere Willkührherrschaft erneuert hatten, zur Unterwerfung, führte aber bei dieser Gelegenheit eine der unter Orientalen so häufigen blutigen Verräthereien im größten Maßstabe aus. Im März 1811 lud er die Beys sammt ihrem Gefolge zu einem Fest in seinen Palast zu Kairo ein. Sobald sie sich versammelt hatten, ließ er alle Eingänge schließen. Die Lustbarkeiten begannen nach Landesbrauch mit, in dem weiten inneren Hofe aufgeführten, Reiterspielen. Aber die Fenster und Erker waren mit albanesischen Schützen besetzt. Auf ein gegebenes Zeichen ward von allen Seiten auf die Mameluken gefeuert, deren größter Theil tödtlich getroffen niedersank. Was für den Augenblick unverletzt geblieben, ward nachher enthauptet. Ueber vierhundert Personen kamen auf diese Art um. Der Divan in Konstantinopel, welcher durch die Wegräumung der Mameluken zur unmittelbaren Herrschaft über Egypten gekommen zu sein glaubte, billigte die That, ohne in seiner Kurzsichtigkeit zu bemerken, daß der ehrgeizige Pascha in den Ermordeten mehr die eigenen Nebenbuhler als Gegner des Sultans aufgeopfert hatte.

Im Jahre 1810 hatte Mehemed Ali vom Sultan den Auftrag zur Unterwerfung der Wechabiten erhalten. Diese religiöse Sekte, in der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts, in der arabischen Provinz Nedsched entstanden, hatte mit den Traditionen und namentlich dem Ceremoniendienst des Islams gebrochen, und wollte denselben auf das Bekenntniß einer Art von reinem Deismus zurückführen. Die Wechabiten (so genannt von Mohamed Abd=el, Wahab's Sohn) hatten besonders die Nomadenstämme der Wüste, welche mit dem Islam nur locker zusammenhängen, zu sich hinüberzogen, und mit ihrer Hülfe Mekka und Medina eingenommen. Es war ihnen aber nicht gelungen, die Mehrheit der Bevölkerung für ihre Meinungen zu gewinnen, welche ihre Herrschaft eine Zeit lang duldete, ohne sich mit ihr aussöhnen zu können. Diese Sekte, welche vieles vom Islam fortwarf ohne ein neues Princip an dessen Stelle zu setzen, war nicht im Stande, die im arabischen Geiste tief gewurzelten Lehren und Vorschriften Mahomet's zu überwältigen. Mehemed Ali bekriegte die Wechabiten Anfangs selbst, schickte aber in der Folge seinen Sohn Ibrahim gegen sie, der nach mehren gewonnenen Schlachten, am 3. September 1818 ihre Hauptstadt Derajeh erstürmte, und ihren obersten Anführer Abdallah gefangen nahm. Derselbe ward nach Konstantinopel geschickt, wo ihn der Sultan hinrichten ließ. Es

war schon vorher Uneinigkeit in dieser Sekte ausgebrochen, welche von Ibrahim, unter Begehung der furchtbarsten Grausamkeiten, fast ganz ausgerottet wurde. Der Pascha von Egypten stieg durch die Besiegung der Wechabiten in der Meinung aller rechtgläubigen Muselmänner, und wurde außerdem von der Pforte mit der Statthalterschaft über Arabien belohnt.

Mehemed Ali hatte unterdessen in Egypten eine Gewalt an sich gerissen, wie sie vor ihm von keinem Statthalter in irgend einem Theile des türkischen Reiches ausgeübt worden war. Gegen die regelmäßige Erlegung eines jährlichen Tributs ließ ihn die Pforte lange Zeit hindurch ungehindert walten. Er begann damit, nach der oben erwähnten Ermordung der Beys, von den größeren arabischen Familien die ursprünglichen Besitztitel für ihr Eigenthum zu verlangen, welche voraussichtlich nicht herbei geschafft werden könnten. Er nahm hiervon Veranlassung ihre Besitzungen als Staatsgut einzuziehen. Denjenigen, welche ausnahmsweise solche Urkunden noch besaßen, wußte er später durch ihnen angedichtete Verschwörungen oder andere Anklagen den Untergang zu bereiten. Im Jahre 1814 wurde von ihm aller Grund und Boden in Egypten für öffentliches Gut erklärt. Die bisherigen Besitzer bestanden nur noch als Pächter fort. Die von jeher eigenthumslos gewesene Menge wandte der Vicekönig zu Frohnarbeiten auf den ihm unmittelbar zugehörigen Ländereien an. Die Uebrigen hatten einen Pachtzins an seine Schatzkammer zu erlegen, und außerdem ihre Erzeugnisse in Vorrathshäuser gegen von ihm festgesetzte Preise abzuliefern. Ueber die zum Verkaufe in das Ausland bestimmten Artikel schloß er mit den europäischen Handelshäusern in Alexandrien Verträge ab. Er errichtete Manufakturen, deren Fabrikate, da fremde Waaren durch die hohen Eingangssteuern so gut wie verboten waren, vom Volke gekauft werden mußten. Er setzte sich auf diese Art in den Besitz unermeßlicher Geldmittel, mit welchen er ein regelmäßiges Heer, eine Flotte errichtete, Festungen aufführen und Kanäle graben ließ. Er rief europäische Land- und Seeofficiere, Ingenieurs, Architekten, Aerzte nach Egypten, welche auf seine Kosten Anstalten errichteten, in welchen junge Leute des Landes für diese Beschäftigungen erzogen wurden. Das Volk war zu einer Heerde besitzloser Leibeigenen geworden, welche für den einzigen Herrn und dessen Angehörige arbeiten mußte. Mehemed Ali kam dem Ideal des Despotismus näher als irgend ein anderer gleichzeitiger Machthaber, und die Herrschaft des Sultans konnte, mit der seinigen verglichen, für höchst freisinnig gelten. Der arabische Stamm in Egypten, von den Türken und Mameluken

schon in früheren Zeiten herabgewürdigt, beugte das Haupt unter ein Joch, das in dieser Härte bisher nur von Negersklaven gekannt worden war.

Zu seinen Finanzagenten nahm Mehemed Ali vorzugsweise orientalische Christen, Armenier und Kopten, seine höheren Officiere und Beamten bestanden aus Türken, Albanesen und Renegaten, zu Organisatoren und Instructoren wurden gewöhnlich Europäer, namentlich Franzosen, gewählt. Viele junge Egypter wurden von ihm zur Erwerbung höherer Kenntnisse in das Ausland, meist nach Frankreich, geschickt.

Alle diese Veranstaltungen hatten nicht im Entferntesten einen Fortschritt in der Gesittung zum Zweck, da solche von vorn herein durch die Sklaverei des Volkes unmöglich gemacht, und was davon früher vorhanden gewesen, sogar zerstört worden war, sondern Mehemed Ali wollte nur seine Macht vermehren, und sich Mittel zur weiteren Ausführung seiner ehrgeizigen Pläne verschaffen. Aber da er eine große Menge Europäer und unter ihnen sehr befähigte Personen an sich zog, da er sie auszeichnete und hoch besoldete, da sich vermöge dieser erborgten Kultur über die ursprüngliche Barbarei ein europäischer Firniß verbreitete, so wurde der Vicekönig von seinen Bewunderern als ein Regenerator Egyptens, als ein Freund der Civilisation gepriesen, und mit den erleuchtetsten Gesetzgebern und den größten Fürsten älterer und neuerer Zeit auf dieselbe Linie gestellt. Viele wollten in ihm einen anderen Peter den Großen, andere gar einen Napoleon sehen, manche gingen bis zu den Ptolemäern und Alexander dem Großen zurück, um Vergleichungspunkte für den ehemaligen albanesischen Söldling zu finden. Besonders wurden die französischen Schriftsteller und Reisenden, von der Bevorzugung ihrer Nation geschmeichelt, nicht müde Mehemed Ali und sein Thun in einem verschönernden Lichte zu zeigen. Einzelne unparteiische und tadelnde Stimmen verhallten ungehört. Daß ein Staat bei solchem Elende und solcher Erniedrigung der Masse der Bevölkerung auf keiner festen Grundlage ruhen könne, daß selbst die nach europäischen Mustern, aber auf ganz verschiedene religiöse und politische Zustände übergetragenen Verbesserungen nicht diesselbe Wirkung wie da von wo sie entlehnt waren, äußern würden, ward übersehen. Durch diese besonders von Franzosen ausgehenden Uebertreibungen der Weisheit und Macht des Vicekönigs ward eine Zeit lang ganz Europa getäuscht, und sogar das französische Kabinet bei einer wichtigen Veranlassung auf Irrwege geführt.

Bei den Unruhen in Bosnien und Albanien, bei den gegen das

Leben und die Regierung des Sultans im Dunkeln geschmiedeten Anschlägen, bei den häufigen für Zeichen der öffentlichen Unzufriedenheit geltenden Feuersbrünsten in Konstantinopel, von denen eine 4000 Häuser der Vorstadt Pera in Asche legte, waren immer Spuren einer Verbindung der Empörer und Verschworenen mit dem Vicekönige von Egypten entdeckt worden. Mahmud II. wurde allmälig auf die Mittel aufmerksam, durch welche der verschlagene und unternehmende Pascha seine Land= und Seemacht vermehrte, und die ihm anvertraute Provinz zu einem unabhängigen Staate zu erheben suchte. Von dem Augenblick an regten sich in dem Sultan Abneigung und Mißtrauen, die später in einen tödtlichen Haß übergehen sollten, gegen den Mann, der so plötzlich aus dem Nichts emporgestiegen war. Da aber Mehemed Ali seinen Tribut regelmäßig bezahlte, und die äußeren Zeichen der Ehrfurcht gegen die Pforte beobachtete, so war ihm bei dem im türkischen Reiche herrschenden System schwer beizukommen. Die Aufmerksamkeit des Sultans hatte sich, nach der Unterdrückung der Janitscharen und dem unglücklichen Kriege gegen Rußland, eine Zeit lang zu ausschließend auf die Verbesserungen der inneren Zustände seines Reiches gerichtet, um gegen den Vicekönig mit Nachdruck einschreiten zu können. Auch besaß Mahmud II. den in seiner Lage nicht ganz begründeten Stolz der größten seiner Vorfahren, und glaubte, daß kein Pascha auf die Dauer der religiösen und politischen Autorität des Padischa zu widerstehen im Stande wäre. Er schmeichelte sich mit der Hoffnung, daß Mehemed Ali im Grunde nur für ihn arbeite, und ihm zuletzt die von demselben errungenen Vortheile zufallen würden. Obgleich ein Freund von Reformen, hatte Mahmud II. sich von dem alttürkischen Wesen doch nie ganz befreien können, und befolgte die Maxime seiner Vorgänger, der Willkühr und Anmaßung eines Pascha einige Zeit über langmüthig und scheinbar gleichgültig zuzusehen, um in einem geeigneten Moment denselben mit einem Schlage stürzen, und sich seiner Schätze bemächtigen zu können. Die Sultane hatten nicht die Staatsklugheit der alten römischen Kaiser bewiesen, welche für Egypten, wegen seiner Wichtigkeit und seiner eigenthümlichen Lage, eine besondere Verwaltung eingerichtet, ihre Statthalter daselbst mit weniger Gewalt als in anderen Provinzen ausgestattet, und dieselben immer unter strenger Aufsicht gehalten hatten. Die Verkennung der Talente Mehemed Ali's und der Beschaffenheit Egyptens sollte der Pforte theuer zu stehn kommen.

Mehemed Ali hatte zum Lohn für seine gegen die Griechen geleisteten Dienste die Insel Kandia erhalten. Hiermit nicht zufrieden, ver=

langte er Damaskus und die Umgegend, was ihm vom Sultan versagt wurde. Er strebte nach dem Besitz von ganz Syrien, der reichsten unter den asiatischen Provinzen, von welcher aus die übrigen leicht zu erobern gewesen wären. Obgleich er in jener Zeit noch nicht an eine vollkommene Unabhängigkeit von der Pforte, und noch weniger an eine Entthronung des Sultans denken mochte, sondern seine Macht nur so viel als möglich ausdehnen wollte, so würde zuletzt ein Wechsel der Dynastie und eine gänzliche Veränderung in der Stellung des türkischen Reiches nicht ausgeblieben sein, wenn es der ehrgeizige Statthalter von Egypten nur allein mit seinem Oberherrn zu thun gehabt hätte.

Die europäischen Kabinette waren damals mit den von der Julius-revolution herbeigeführten Verwickelungen, namentlich mit der Lösung der holländisch-belgischen Frage beschäftigt, und Mehemed Ali glaubte deshalb von ihnen keine Einmischung in die orientalischen Angelegenheiten befürchten zu dürfen. Eine sich unerwartet darbietende Gelegenheit aus Egypten herauszutreten und in Syrien Fuß zu fassen, ward von ihm rasch benutzt.

Syrien ist in vier Paschaliks eingetheilt. An der Spitze des größten, des von Akre, stand Abdallah, welcher egyptische Unterthanen, welche sich vor dem vom Vicekönige gegen sie ausgeübten Drucke retten wollten, bei sich aufgenommen hatte, und diesem außerdem von früheren Zeiten her eine bedeutende Geldsumme schuldig geblieben war. Mehemed Ali verlangte die Auslieferung der Flüchtlinge und die Einzahlung der Schuld. Auf Abdallah's Weigerung klagte er bei der Pforte, welche das Verhalten seines Gegners billigte. Jetzt hielt der Vicekönig den Augenblick zur Ausführung seiner Plane für geeignet, und entschloß sich zum Kriege. Am 29. Okt. 1831 überschritt Ibrahim Pascha mit einem auf europäischem Fuß eingerichteten Heere die egyptischen Grenzen, besetzte ohne Schwerdtschlag Gaza, Jaffa, selbst Jerusalem, und schickte sich zur Belagerung der Festung Akre an. Eine Flotte verließ den Hafen von Alexandrien, um die Operationen der Landtruppen zu unterstützen. Der Vicekönig erneuerte bei der Pforte das Verlangen nach Damaskus, und forderte zugleich das Paschalik von Akre, ward aber abschläglich beschieden. Der Sultan hatte unterdessen Vorbereitungen zum Kriege getroffen. Akre wehrte sich gegen die Egypter hartnäckig, wie einst gegen die Franzosen, als Napoleon in Syrien eingerückt war. Die Pforte drang bei Mehemed Ali auf Räumung der eroberten Landschaften, und erkärte ihn und seinen Sohn, als dieser nicht gehorchte, in die Acht. Aber Ibrahim nahm am 25. Mai 1832 Akre mit Sturm, wobei Abdallah in egyptische Gefangenschaft

gerieth, und unterwarf sich bald ganz Syrien. Ein türkisches Heer unter dem Oberbefehle Hussein Pascha's, das ihm entgegenzog, ward am 27. Julius bei Beylan gänzlich geschlagen. Der Sultan schickte jetzt den Großvezir Reschid Pascha, welcher früher gegen Bosnier und Albanesen so gute Dienste geleistet, mit einem neuen Heere gegen Ibrahim, der aber bei Konieh (20. December), wie vorher bei Beylan, Sieger blieb. Das türkische Heer ward aus einander gesprengt, und der Großvezir selbst gefangen genommen. Für Ibrahim, der unterdessen durch Zuzug aus Egypten und Werbungen in Syrien seine Streitkräfte bis auf 100,000 Mann gebracht hatte, lag jetzt der Weg nach Konstantinopel offen da.

England und Frankreich hatten einen solchen Ausgang des Kampfes nicht geahnt, und dem Sultan keine Hülfe, nicht einmal die Absendung eines Geschwaders an die egyptische und syrische Küste gewährt. Aber das dem Kriegsschauplatz näher gelegene und besser unterrichtete Rußland beschloß aus der Noth der Pforte Vortheil zu ziehen, und seinen Einfluß auf die orientalischen Verhältnisse zu vermehren. Der Kaiser Nikolaus hatte schon vor dem Anfange des Feldzuges, als der Bruch noch nicht eingetreten aber vorauszusehen war, den russischen Konsul aus Alexandrien abberufen, um seine Unzufriedenheit mit dem Verhalten des Vicekönigs zu zeigen. Nach der Schlacht von Beylan hatte der russische Gesandte in Konstantinopel, Butenieff, dem Sultan die Hülfe seines Souverains angeboten. Nach einer Niederlage, wie der bei Konieh, blieb dem Sultan keine Wahl mehr übrig. Mahmud II. sah sich in die demüthigende Nothwendigkeit versetzt, die Unterstützung einer russischen Land- und Seemacht zur Rettung vor seinem siegreichen Vasallen anzurufen. Da Rußland auf einen solchen Fall längst vorbereitet gewesen, so lag bald eine russische Flotte im Bosporus, und schlug ein russisches Heer bei Skutari, an der kleinasiatischen Küste, sein Lager auf.

England und Frankreich begriffen, als diese thätige Einmischung Rußland's in die inneren Angelegenheiten der Türkei erfolgt war, daß sie nicht länger theilnahmslos zuschauen dürften. Besonders ließ es sich das französische Kabinet angelegen sein, die begangene Versäumniß wieder gut zu machen. Es schickte den Admiral Roussin als außerordentlichen Botschafter nach Konstantinopel, mit dem Auftrage, den Sultan auf die Gefährlichkeit der russischen Hülfe aufmerksam zu machen, die Frankreich's zu versprechen, und den Vicekönig zur Annahme von Friedensvorschlägen zu vermögen. Mahmud II., welcher sich nur mit dem äußersten Widerwillen in die Arme Rußland's geworfen, ging auf diese Vorschläge ein, und lehnte das Einschreiten der russischen Land- und

Seemacht ab. Aber Mehemed Ali war mit der ihm angebotenen Abtretung von Akre, Jerusalem, Tripoli und Naplus nicht zufrieden, und nahm ganz Syrien in Anspruch. Die Drohungen Frankreich's und England's wurden von ihm nicht beachtet, da denselben durch keine bereit stehende Macht alsbald Nachdruck gegeben werden konnte. Um die russische Einmischung zu entfernen, ward der Sultan von dem französischen und englischen Botschafter, denen sich diesmal auch der österreichische Internuntius anschloß, zu dem Frieden von Kutajah (6. Mai 1833) bewogen, durch welchen Mehemed Ali ganz Syrien und das Gebiet von Adana erhielt. Er erkannte zwar der Form nach noch immer die Oberhoheit des Sultans an, war aber thatsächlich von demselben ganz unabhängig geworden. Mahmud II. hing jetzt, bei einem neuen Konflikt mit seinen Vasallen, durchaus von der Hülfe der fremden Mächte ab.

Rußland rief seine Truppen aus der Türkei zurück, bewog jedoch zugleich den Sultan zu dem Vertrage von Unkiar=Skelessi (8. Juli 1833), vermöge dessen derselbe im Falle der Noth russische Hülfe zu Land und See beanspruchen konnte, aber auf die Schließung der Dardanellen für alle fremden Kriegsschiffe eingehen mußte. Diese letztere Bedingung ward von England und Frankreich äußerst übel empfunden, und dagegen Verwahrung eingelegt. Die Schließung der Dardanellen war eine Absperrung der Türkei gegen Westen hin, von woher ihr allein eine uneigennützige Hülfe kommen konnte, und eine Preisgebung nach Osten zu, von wo aus ihr Dasein unaufhörlich bedroht wurde. Die Pforte hatte durch den Frieden von Kutajah einen neuen Beweis ihrer Ohnmacht geliefert, indem sie einen aufrührerischen Vasallen nicht nur ungestraft lassen, sondern seine Macht noch vermehren mußte, und durch den Vertrag von Unkiar=Skelessi war das schwarze Meer in einen russischen Binnensee verwandelt, und Rußland ungestörte Gelegenheit gegeben worden, seine Angriffsmittel durch Vollendung der Befestigungen des großen Kriegshafens von Sebastopol und Vermehrung seiner Flotte verstärken, und sich allmälig die Ostküste, wie schon früher die Nordküste des schwarzen Meeres, unterwerfen zu können. Von jetzt an schwebte Rußland, wie ein Gewitter, daß sich jeden Augenblick entladen kann, über Konstantinopel, dem kostbaren Gegenstande, nach dessen Besitz es so lange trachtete, und der ihm, ohne das Dazwischentreten außerordentlicher Umstände, über lang oder kurz zuzufallen bestimmt schien.

Der Sultan und der Vicekönig, obgleich scheinbar ausgesöhnt, arbeiteten einander bei jeder Gelegenheit entgegen, und suchten sich neue Hülfsmittel für den unter ihnen später unfehlbar ausbrechenden Kampf

zu verschaffen. Mahmud II. fuhr in seinen Reformen im Innern fort, vermehrte seine Kriegsmacht, näherte sich England, mit welchem er einen Handelsvertrag abschloß, und wußte durch geheime Sendlinge seinem übermächtigen Vasallen in dessen neuen Erwerbungen, Syrien und Adana, Gegner zu erwecken. Mehemed Ali bot hierzu Gelegenheit dar, indem er sein Unterjochungs- und Aussaugungssystem auf die eroberten Provinzen übertrug, und die Bevölkerung durch Steuern und Aushebungen drückte, aber dadurch auch einen Haß gegen sich anfachte, der nur auf eine günstige Gelegenheit wartete, um zur Flamme emporzulodern. Er begünstigte nach wie vor, so weit es ihm selbst Vortheil brachte, die französischen Interessen, und setzte sich, indem er der von den Engländern beabsichtigten Durchgrabung der Landenge von Suez, um den Seeweg nach Ostindien abzukürzen, Schwierigkeiten entgegenstellte, zu Großbritanien in ein gespanntes Verhältniß, welches ihm später gefährlich werden sollte. Seit dem Frieden von Kutajah hegte der Vicekönig hochfliegende Pläne, und dachte daran die letzten Reste von Abhängigkeit und Unterordnung gegen die Pforte abzuwerfen. Von Rußland her besorgte er keine Hindernisse bei Ausführung seiner Absichten, da dieses selbst an dem Untergange der Türkei arbeitete und durch eine Theilung derselben befriedigt werden konnte. Obgleich er überzeugt war, der vereinten Macht England's und Frankreich's nicht widerstehen zu können, so glaubte er doch an keinen Bund, sondern eher an einen Kampf zwischen beiden, und hoffte immer die eine dieser Mächte auf seine Seite bringen zu können. Er unterhielt nach wie vor mit allen Unzufriedenen im türkischen Reiche geheime Verbindungen, und suchte, während er die abendländische Civilisation für seine Zwecke benutzte, sich den Anhängern des Islams durch strenge Festhaltung an dessen Gebräuchen zu empfehlen. Er übersah aber den morschen Grund, auf welchem er den Bau seiner Größe errichtet hatte, der von keiner religiösen oder nationalen Idee getragen wurde, und die dem größten Theile der mahomedanischen Welt zur anderen Natur gewordene Anhänglichkeit an den Padischa in Konstantinopel und die Nachkommen Osman's, die einzige orientalische Dynastie, welche seit Jahrhunderten in ununterbrochener Folge regierte, und von welcher besonders der türkische Stamm unzertrennlich geworden war.

Mahmud II. war seit dem Frieden von Kutajah unaufhörlich von dem Gedanken, an Mehemed Ali Rache zu nehmen, erfüllt gewesen. Er konnte sich an die im türkischen Reiche noch nie dagewesene Erscheinung nicht gewöhnen, daß ein Pascha nicht nur den Befehlen seines Ober-

herrn mit dauerndem Erfolg trotzte, sondern auf gleichem Fuß mit demselben unterhandelte, und ihn zur Abtretung ganzer Provinzen zwang. England und Rußland gaben dem Sultan Recht, und fachten durch geheime Einflüsterungen seinen Zorn noch höher an. Mehemed Ali hatte sich die meisten der an beiden Küsten des rothen Meeres liegenden Länder unterworfen, und dehnte seine Macht bis zum persischen Meerbusen aus. Die südlich von Egypten liegenden Negerstämme standen unter seiner Botmäßigkeit und ließen sich von ihm zum Kriegsdienst anwerben. Das Vordringen eines so unternehmenden Herrschers, wie Mehemed Ali, die Vereinigung von Egypten, Syrien und Arabien in seiner Hand, konnte für das englische Ostindien gefährlich werden. Rußland sah einen Kampf zwischen der Pforte und ihrem ehrgeizigen Vasallen nicht ungern, weil er eine neue Gelegenheit zur Einmischung bot. Die Gebirgsvölker in Syrien waren im offnen Aufstande gegen Ibrahim Pascha begriffen, und konnten sich an das egyptische Joch nicht gewöhnen. Unter dem Vorwande, die aufrührerischen Kurden an der persischen Grenze zu unterwerfen, waren von dem Sultan allmälig alle verfügbaren Truppen nach Kleinasien geschickt worden. Der Vicekönig, durch seine Kundschafter in Konstantinopel von jedem Schritte des Sultans unterrichtet, hatte ebenfalls sein Heer in Syrien sehr verstärkt. Mahmud II. ordnete, von den Engländern, deren Verkehr, namentlich mit Syrien, durch Mehemed Ali's Monopolsystem litt, veranlaßt, eine Herabsetzung der Eingangssteuer für sein ganzes Reich an, zu welchem die Besitzungen des Vicekönigs dem Namen nach noch immer gehörten. Mehemed Ali zögerte mit der Ausführung dieser neuen Bestimmungen, ohne sie jedoch ausdrücklich zu verwerfen. Der Sultan benutzte diese Zögerung um den Vicekönig des Ungehorsams zu beschuldigen, entsetzte ihn aller seiner Würden, erklärte ihn in die Acht, und befahl Hafiz Pascha, welcher das türkische Heer in Asien befehligte, in Syrien einzurücken. Am 24. Junius (1839) kam es bei Nisib, einem kleinen am rechten Ufer des Euphrat gelegenen Orte, zu einer Schlacht, in welcher die Truppen des Sultans gänzlich geschlagen wurden und sich in wilde Flucht auflösten. Ibrahim Pascha konnte jetzt, wie sieben Jahre vorher nach der Schlacht von Konieh, gegen Konstantinopel vordringen. Elf Tage nach der Schlacht von Nisib trat ein neues Unglück für die Pforte ein. Achmet Pascha, Kapudan oder Admiral der türkischen Marine, der den Befehl erhalten hatte, die egyptische Flotte anzugreifen, ging mit der gesammten Bemannung zu dem Vicekönig über, ein Verrath im Großen, der in dieser Weise in der Geschichte des türkischen Reiches bisher unbekannt gewesen war.

Der Sultan hatte seine letzten Kräfte an die Vorbereitungen zu diesem Kriege gegen seinen widerspänstigen Vasallen gesetzt. Das Fehlschlagen seiner Hoffnungen würde wahrscheinlich selbst seinen sonst so standhaften Muth gebrochen haben. Er sollte aber die Kunde von diesem zerschmetternden Schlage nicht mehr erleben. Mahmud II. starb am 30. Junius (1839) im Alter von fünfundfünfzig Jahren, nach einer meist unglücklichen Regierung, während welcher die Pforte die Moldau, Wallachei und Serbien dem Einflusse Rußland's noch mehr als früher zu überlassen gezwungen gewesen, Griechenland ganz verloren, und über Egypten, Syrien und Arabien nur eine nominelle Autorität übrig behalten hatte, von der nach der Schlacht von Nisib selbst der letzte Schatten verschwunden zu sein schien. Der verstorbene Sultan hatte, als Ersatz für dieses Mißgeschick, die aufrührerischen Janitscharen vernichtet, ein auf europäischem Fuß eingerichtetes Heer geschaffen, und eine regelmäßigere Verwaltung wenigstens vorbereitet. Aber das türkische Reich war allmälig so sehr gesunken, daß es nur noch durch den Beistand und die gegenseitige Eifersucht der europäischen Großmächte fortdauert, eine Gewährleistung, welche den Verlust einer aus eigenen Mitteln bestehenden Unabhängigkeit nicht aufwiegt, und, wie die Geschichte aller Zeiten lehrt, das Auseinanderfallen dessen nicht verhindern wird, was nur auf diese Art zusammengehalten werden kann.

Der älteste Sohn Mahmud's, Abdul Medschid genannt, erst siebenzehn Jahre alt, trat jetzt die Regierung unter den traurigsten Umständen an. Chosrew Pascha, ein schon sehr bejahrter, aber in den Staatsgeschäften erfahrener Mann, ward zum Großvezir ernannt. Derselbe hatte, die Schwäche des türkischen Reiches kennend, früher immer von jedem Bruche mit Rußland abgerathen, war aber dem verstorbenen Sultan werth gewesen, weil er für einen entschiedenen Gegner des Vicekönigs von Egypten galt. Chosrew besaß keine außerordentlichen Talente, war aber so vorsichtig und schlau, daß er von der europäischen Diplomatie in Konstantinopel den Zunamen: „der türkische Ulysses" erhalten hatte. Chosrew suchte mit Mehemed Ali Unterhandlungen anzuknüpfen, und wandte sich zugleich an die europäischen Großmächte um Hülfe. Der Vicekönig war aber sehr schwierig geworden. Er verlangte, als Bedingung des Friedens, den erblichen Besitz der ihm unterworfenen Länder, was er früher wenigstens nicht ausdrücklich in Anspruch genommen hatte. Außerdem ward von ihm die Absetzung Chosrew's gefordert, des einzigen Mannes, der in jenem Augenblick die türkische Politik zu leiten im Stande war. Ibrahim Pascha konnte mit seinem siegreichen Heere ungehindert gegen Konstanti=

nopel vorrücken, wenn er nur den jungen, von allen Vertheidigungsmitteln entblößten Sultan zu bekämpfen gehabt hätte. Der Erbe der Bajazets und Solimans, vor welchen einst der größte Theil Europa's gezittert hatte, war so herabgekommen, daß sein Dasein von einem seiner Vasallen abhing, und er nur durch die Dazwischenkunft der alten Feinde seines Glaubens und Reiches gerettet werden konnte.

Nach der Schlacht von Nisib fürchteten Frankreich, England und Oesterreich nichts so sehr, als daß Rußland sich bewogen finden könnte, dem Sultan, wie 1832, ein Heer und eine Flotte zu Hülfe zu schicken, und die Entscheidung über das Geschick des türkischen Reiches allein in die Hand zu nehmen. Mit dem Vicekönig von Egypten hoffte man unter allen Umständen fertig zu werden. Aber es wäre nicht so leicht gewesen, sich der Russen zu entledigen, da wo sie sich einmal festgesetzt hätten. Am 27. Julius (1839) erließen die Gesandten der drei genannten Staaten in Konstantinopel, denen sich auch der preußische anschloß, eine Kollektivnote an die Pforte, worin sie von dieser verlangten, die endliche Feststellung ihres Verhältnisses zu Mehemed Ali aufzuschieben, und den Erfolg der Bemühungen der Großmächte zur Wiederherstellung des Friedens abzuwarten. Rußland trat dieser Erklärung nach einigem Bedenken bei.

Der einseitigen Einmischung Rußland's in die orientalischen Angelegenheiten waren alle übrigen Kabinette entgegen. Aber über die Art, wie der Sultan und der Vicekönig fortan zu einander stehen sollten, war allmälig zwischen England und Frankreich eine bedeutende Meinungsverschiedenheit ausgebrochen. England fürchtete, hierin mit Oesterreich übereinstimmend, von einer Machtvermehrung Mehemed Ali's eine zu große Schwächung der Türkei, welche dieselbe in die Arme Rußland's werfen mußte. Frankreich glaubte dagegen, daß der Vicekönig, im Besitz der von ihm gemachten Erwerbungen gelassen, durch die Vereinigung Egypten's, Syrien's und Arabien's, besser als die Pforte im Stande sein würde, den Eingriffen Rußlands zu widerstehen, und Europa in dieser Beziehung sicher zu stellen. England und Frankreich waren demnach wohl darüber einig, Rußland's Uebergewicht im Orient zu beschränken, wichen aber in der Wahl der zu diesem Ziel führenden Mittel von einander ab. Außerdem herrschte aber zwischen beiden Mächten Eifersucht auf ihre gegenseitige Stellung im Mittelmeer.

Durch den Besitz von Malta hatten die Briten in diesen Gegenden lange eine unbestrittene Ueberlegenheit ausgeübt. Seit der Eroberung Algier's durch die Franzosen und der fortschreitenden Unterwerfung der nordafrikanischen Küste konnte, in Verbindung mit den Vortheilen, welche

der große Kriegshafen von Toulon bot, die Wagschale des Einflusses in diesem wichtigen Theile der Welt sich auf Frankreich's Seite neigen. Hierzu kam noch das den Franzosen günstige Verhältniß zu Mehemed Ali, der sich ganz von ihnen leiten zu lassen schien, und seine Abneigung gegen England mehrmals bethätigt hatte. Den Vicekönig auf Kosten der Türkei begünstigen, hieß Frankreich zur herrschenden Macht im Mittelmeere machen. Dies wollte aber England, weil die daraus zu entstehenden Gefahren ihm näher lagen, noch weniger als Rußland's Einfluß auf die Pforte zugeben. Das französische Kabinet schlug, von übertriebenen Berichten getäuscht, Mehemed Ali's Hülfsquellen zu hoch an, und glaubte an ihm im Nothfalle eine mächtigere Unterstützung finden zu können, als er zu bieten im Stande war. Es beharrte deshalb in seiner Absicht, denselben in der vortheilhaften Stellung, in welche ihn der letzte Krieg versetzt hatte, zu erhalten. England benutzte die noch immer mißtrauische und gespannte Haltung der drei nordischen Mächte gegen Frankreich, um dessen Politik in Bezug auf den Vicekönig entgegenzutreten. Rußland, welches seine Pläne gegen die Pforte nie vergaß, glaubte an Mehemed Ali, wenn er so mächtig bliebe, wie er geworden, in Zukunft einen gefährlicheren Gegner als an dem Sultan zu finden. Das russische Kabinet ging demnach auf die Anträge des englischen ein, indem es hierin zugleich ein Mittel sah, die seit der Juliusrevolution begonnene, und bei Gelegenheit der Unterhandlungen über Belgien, Spanien und Portugal vermehrte Annäherung zwischen England und Frankreich zu beseitigen. Oesterreich erklärte sich ebenfalls gegen Frankreich's Absicht den Vicekönig zu begünstigen, indem es darin eine Gefahr für die Türkei sah. Preußen trat dieser Ansicht bei. In Folge dessen ward zu London (15. Julius 1840) zwischen den großen Mächten, mit Ausnahme Frankreich's, ein Vertrag abgeschlossen, nach welchem Mehemid Ali die erbliche Herrschaft über Egypten, aber immer unter Oberherrlichkeit des Sultans, und einen Theil Syrien's, dies aber nur auf Lebenszeit erhalten, dagegen aber die einträglichsten Paschaliks dieser Provinz, so wie Arabien und Kandia, sammt der zu ihm übergegangenen türkischen Flotte, an die Pforte zurückgeben sollte. Dem Vicekönige wurde eine kurze Frist zur Annahme dieser Bedingungen gestellt, und im Weigerungsfalle mit Erschwerung derselben gedroht. England und Oesterreich wurden mit der Ausführung der möglicher Weise nöthig werdenden Zwangsmaßregeln gegen Mehemed Ali beauftragt.

Der Vierbundvertrag war dem französischen Kabinet, da dieses auf die vorläufigen Anträge der übrigen Mächte nicht eingehen wollte, erst nach seinem Abschlusse mitgetheilt worden. Dieses Verfahren hatte bei

der Opposition in den Kammern, in einem Theile der Presse, besonders aber in den schon damals unruhig und unzufrieden werdenden Massen, den lebhaftesten Unwillen erregt. Man wollte in der Art, wie ein Entschluß von allgemeiner Bedeut ung ohne Frankreich's Vorwissen und Einwilligung gefaßt worden, eine Demüthigung desselben, und eine Herausforderung erkennen, welche die Ehre anzunehmen geböte. Der alte Haß gegen England und die Erinnerung an Napoleon's Gefangenschaft in St. Helena begann sich im Volke zu regen. Thiers, welcher damals an der Spitze des französischen Ministeriums stand, ordnete große Rüstungen an, und Ludwig Philipp I. schien dieselben zu begünstigen. Die Befestigung von Paris ward in aller Eile angefangen. Im Publikum hielt man den Krieg für unvermeidlich. Aber in die maßgebenden Kreise kehrte sehr bald eine friedlichere Stimmung zurück. Das französische Kabinet konnte unmöglich, um die ungerechten Ansprüche des Vicekönigs von Egypten zu unterstützen, einen Kampf gegen die vier größten Mächte Europa's unternehmen. Man hatte 1831 Polen aus Scheu vor einem weniger gefährlichen Kriege fallen lassen. Auch wurde die übertriebene Meinung, welche in Frankreich über die Macht Mehemed Ali's verbreitet gewesen, sehr bald von den Thatsachen widerlegt. Im Laufe des Septembers und Oktobers (1840) ging ein fester Platz nach dem andern an der syrischen Küste an die englisch-österreichische Flotte und die türkischen Landtruppen über. Am 4. November wurde Akre von den Verbündeten mit Sturm genommen, und bald darauf Alexandrien von dem englischen Commodore Sir Charles Napier, der 1833 bei dem Kap St. Vincent die Flotte Don Miguel's geschlagen hatte, bombardirt. Ueberall, außer in Egypten, erhob sich die Bevölkerung gegen Mehemed Ali, der endlich froh sein mußte, gegen Räumung von ganz Syrien, Arabien, Kandia und die Zurückgabe der türkischen Flotte gegen Leistung eines jährlichen Tributs an die Pforte und Unterwerfung unter deren Oberhoheit, sich im erblichen Besitze Egyptens anerkannt zu sehen. Frankreich trat zuletzt dieser Uebereinkunft ebenfalls bei.

Auf diese Art ward der Sultan aus der Gefahr gerettet, in welcher er nach der Schlacht von Nisib geschwebt hatte, und dem Ehrgeize des Vicekönigs eine Grenze gesetzt, welche er nicht mehr zu überschreiten wagte. Am meisten sollte unter den europäischen Mächten Rußland durch den Vierbundvertrag und dessen Folgen gewinnen, obgleich es an seiner Ausführung keinen unmittelbar thätigen Antheil genommen, sondern dieselbe an England und Oesterreich überlassen hatte. England beseitigte jetzt die Hindernisse, welche der Beherrscher Egyptens bisher seinen Absichten auf

die Landenge von Suez entgegengesetzt hatte, trat aber eine Zeit lang der Pforte ferner, indem diese nicht vergessen konnte, daß Mehemed Ali zuletzt nur durch englische Verwendung vor gänzlicher Vernichtung bewahrt worden war. Denn das britische Kabinet hatte, im Gegensatz zum Divan, wohl die Beschränkung, aber nicht den Untergang des aufrührerischen Pascha gewollt, weil dies in jenen Gegenden eine zu große Erschütterung hervorgebracht haben würde, die zuletzt nur Rußland vortheilhaft gewesen wäre. Es genügte für die englischen Interessen, den Vicekönig zu der Ueberzeugung gezwungen zu haben, daß er sich auf Frankreich's Beistand nicht verlassen könne. Letzteres hatte, indem es seinen Schützling im entscheidenden Augenblicke im Stiche ließ, jede Einwirkung auf ihn verloren.

In der öffentlichen Meinung sowohl des In= als Auslandes fing die Juliusmonarchie durch die Unterwerfung unter den Vierbundvertrag zu sinken an. Rußland aber hatte für den Augenblick alle seine Zwecke erreicht. Der ehrgeizige Plan Mehemed Ali's, auf Kosten des Sultans ein selbstständiges Reich zu errichten, welches Rußland im Orient zu widerstehen vermocht hätte, war unausgeführt geblieben, und zugleich hatte die Pforte durch das Anrufen fremder Hülfe gegen einen ihrer Vasallen einen unwiderlegbaren Beweis ihrer Ohnmacht gegeben. England und Frankreich waren uneinig und mißtrauisch gegen einander geworden, ein Verhältniß, aus welchem das russische Kabinet Vortheil zu ziehen hoffte. Vermöge des Vertrages vom 15. Julius 1840 waren die Dardanellen für fremde Kriegsschiffe wiederum geschlossen worden, und Rußland konnte, im unbestrittenen Besitze des schwarzen Meeres, daselbst ungestört die Mittel vorbereiten, um in einem geeigneten Moment über die Türkei unter diesem oder jenem Vorwande herzufallen, und ihr den Todesstoß zu versetzen. Von der Höhe von Sebastopol aus sah es Konstantinopel wie eine Beute an, deren Ergreifung von den Umständen aufgehalten werden, ihm auf die Dauer aber nicht entgehen konnte.

Von diesem Ausgange der Streitigkeiten zwischen der Pforte und dem Vicekönige an treten Rußlands Macht und Ansehen und seine ehrgeizigen Absichten immer mehr hervor. Frankreich wurde durch den in seinem Innern zunehmenden Parteikampf, durch die in den Massen sich regende Gährung und die damit zusammenhängende Schwäche seiner Regierung verhindert, seine Bedeutung den übrigen Großmächten gegenüber geltend zu machen. Durch das jetzt eingetretene gespannte Verhältniß zu England wurde sein Einfluß nach außen hin, noch mehr als sonst geschehen sein würde, geschmälert. Oesterreich und Preußen arbeiteten einander in Deutschland entgegen, waren von Mißtrauen gegen Frankreich erfüllt,

und wurden außerdem von der in einem Theile ihrer Bevölkerung sich deutlich ankündigenden Unzufriedenheit beunruhigt. Ihre Politik lehnte sich bei allen Fragen von allgemeiner Wichtigkeit an die Rußland's an. Metternich war, seit dem Fehlschlagen der Entwürfe, welche er bei Gelegenheit des letzten russisch-türkischen Krieges gegen den nordischen Koloß gehegt hatte, entmuthigt, und ließ geschehen, was er nicht mehr mit Erfolg zu verhindern vermochte. Er konnte wohl das schwache Italien in Zaum halten, und seine Absichten am deutschen Bundestage durchsetzen, war aber außer Stande, das Umsichgreifen Rußlands an der unteren Donau zu beschränken. Der Kaiser Nikolaus hatte seit der Besiegung der Polen seine Heeresmacht unaufhörlich vermehrt und möglichst vervollkommnet. Seine seit langer Zeit trefflich eingeübte Diplomatie trug durch den Samen der Uneinigkeit, welchen sie unter den fremden Kabinetten auszustreuen, durch die Furcht vor der Revolution, welche sie wach zu erhalten wußte, durch eine je nach den Umständen geschmeidige oder gebieterische Haltung, welche gewann oder einschüchterte, mitten im Frieden Erfolge davon, welche sonst nur siegreiche Kriege verschaffen können.

Außer den Besorgnissen, welche die russische Schlagfertigkeit einflößen konnte, indem im Süden und Westen des Reiches immer große Heeresmassen bereit standen, außer dem politischen Einflusse einer überall gegenwärtigen, Alles erspähenden und sich in Alles mischenden Diplomatie, welche, zum Theil aus Fremden zusammengesetzt, unter einer halb kosmopolitischen Färbung den russischen Interessen nur um so besser diente, da sie überall Anknüpfungspunkte fand, besaß das russische Kabinet noch nationale und religiöse Mittel der Einwirkung auf andere Völker, wie sie in dieser Weise keiner anderen Macht zu Gebot standen. Es hatte die innere Unabhängigkeit einiger slavischen Stämme in der Türkei, wie Serbier und Montenegriner, begünstigt, und ließ andere, wie die Bulgaren, einen ähnlichen Zustand hoffen. Es schickte unter die slavische Bevölkerung Oesterreichs Sendlinge aus, und ließ daselbst Schriften verbreiten, welche die Erinnerung an die ursprüngliche Verwandtschaft mit Rußland auffrischen sollten. Es stellte die Idee des Panslavismus auf, welche eine Konföderation der einzelnen slavischen Stämme herbeizuführen bestimmt war, wie einst eine solche im frühen Mittelalter unter den Nationen der germanischen Race, wenn auch nur vorübergehend, vorhanden gewesen. Es waren dies allerdings Mittel zu einer noch fern liegenden Bewegung, und welche mehr der Phantasie als der Politik anzugehören schienen, gleichwohl aber nicht aller Realität ermangelten, und dazu dienen konnten, unter den betreffenden Regierungen Unsicherheit in der Gegenwart und Besorg-

nisse für die Zukunft zu erregen. Die, nicht russischen, slavischen Völker, welche, mit Ausnahme der Polen, seit Jahrhunderten unter fremder Botmäßigkeit lebten, konnten von der Stammverwandtschaft mit den Russen sich angezogen fühlen, seitdem ihnen diese durch die Ausbreitung ihres Reiches näher getreten waren, ohne von dem russischen Despotismus abgestoßen zu werden, da sie selbst meist an eine harte Herrschaft gewöhnt waren.

Unter den zahlreichen zum griechischen Stamme gehörigen Unterthanen des Sultans war die Sympathie für Rußland ebenfalls im Zunehmen begriffen, weil dieselben von dort aus die Zertrümmerung des türkischen Reiches und ihre nationale Emancipation erwarteten. Aber auch die Griechen im Königreich Griechenland hingen der russischen Politik an, weil sie dieselbe als ein Mittel zur Erreichung ihrer eigenen Zwecke ansahen. Sie glaubten nicht, daß der Zaar, nach Vertreibung des Sultans aus Konstantinopel, sich daselbst festsetzen oder behaupten könnte, und hofften, nach Vernichtung der Türken durch die Russen, die Erbschaft ihrer Väter antreten zu können.

Vom russischen Geist erfüllte oder von russischem Golde gewonnene Publicisten suchten aber dem Streben Rußland's nach politischer Suprematie außerdem noch eine religiöse Basis zu geben, wohl wissend, daß, bei der in unserer Zeit herrschenden Verschiedenheit der Anschauung und Beurtheilung, die Aufstellung selbst der irrigsten Theorien für den Augenblick von Bedeutung werden kann. Nach ihrer Meinung steht die morgenländische Kirche, zu welcher die russische gehört, als die ursprüngliche, einzig wahre und rechtmäßige Verkörperung der christlichen Idee da. Der Zaar ist der Erbe der oströmischen Kaiser, der Nachfolger jener Konstantine, welche Koncilien abhielten, und über Glaubenssachen entschieden. Nach Eroberung Konstantinopel's durch die Türken und den Untergang des oströmischen Reiches sei Moskau der Mittelpunkt der griechischen Kirche und der Zaar das Oberhaupt aller ihrer Bekenner geworden. Ihm gebühre es, die durch Religion und Nationalität unter einander verwandte slavische Welt zu einem Ganzen zu vereinigen, und dem im Orient entstandenen und bewahrten Licht die, dem Indifferentismus und der Revolution verfallenen Völker des Occidents zu unterwerfen. Der Zaar wurde als ein anderer Karl der Große aufgefaßt, und ihm dieselbe Mission gegen die romanischen und germanischen Nationen beigelegt, welche der mittelalterliche Heros gegen Sachsen, Avaren u. s. w. vollführt hatte. Der größte Theil der Menschheit sei von der Wahrheit abgefallen, nur Rußland sei im Besitz derselben geblieben und müsse deshalb als das heilige bezeichnet werden.

Ein im russischen Staatsdienst eine bedeutende Stellung einnehmender Publicist*) sprach, bei Gelegenheit der Anwesenheit des Kaisers Nikolaus in Rom, die Ansicht aus, daß die Spaltung und Zerrissenheit in der christlichen Welt mit der Unabhängigkeit der geistlichen Gewalt von der weltlichen angefangen, und daß der römische Stuhl einst zu dem Standpunkte zurückkehren müsse, welchen die Päpste bis zu Stephan III. gegen die byzantinischen Kaiser eingenommen haben, deren Nachfolger der Zaar sei. Dem Besuche des Kaisers Nikolaus in der alten Hauptstadt der Welt ward eine ahnungsvolle Bedeutung für die Zukunft beigemessen und zu verstehen gegeben, daß Fürsten aus seinem Stamm einst da als Herrscher anerkannt werden würden, wo er selbst nur als ein Fremdling verweilet hatte. Von derselben Seite her ward der überall zahlreichen, in manchen Ländern aber sich im Besitze der öffentlichen Macht befindlichen Partei, welche den Glauben als ein Mittel zur Unterdrückung der Freiheit ansieht, das in Rußland herrschende religiöse und politische System aus dem Grunde empfohlen, weil das russische Volk dem im Evangelium angeblich aufgestellten Ideale der Menschheit am nächsten komme, indem es die größte Unterdrückung am geduldigsten ertrage, und deshalb vorzugsweise christlich sei.

Diese und ähnliche, absichtliche oder unwillkührliche Entstellungen der staatlichen und kirchlichen Wahrheit würden, als bloße Theorien ausgesprochen, oder einer machtlosen Quelle entsprungen, von geringer Bedeutung gewesen sein. Aber es war Rußland, eines der gewaltigsten Reiche der Erde, wo solche Meinungen nicht nur verkündigt, sondern wo sie auch thatsächlich geltend gemacht wurden. Außerdem war die Lage der Welt von der Art, daß diese Grundsätze und Beispiele auch anderswo zu einem, wenn auch nur vorübergehenden und theilweisen, aber immer verderblichen und zerstörenden Einfluß gelangen konnten. In Frankreich war ein unversöhnlicher Meinungsstreit entbrannt, und der Mißbrauch, welcher dort mit der Freiheit getrieben wurde, ließ deren wenigstens zeitweiliges Verschwinden mit Wahrscheinlichkeit voraussehen, wenn auch noch Niemand anzugeben vermochte, wann und wie dies geschehen würde. Außerdem hatte in Deutschland und Italien das hartnäckige Versagen gerechter Forderungen eine Partei in das Dasein gerufen, welche, wenn sie durch eine von Frankreich ausgehende Erschütterung begünstigt wurde, zu einem gänzlichen Umsturze des Bestehenden bereit war. Ein solcher

*) La Papauté et la question romaine au point de vue de St. Petersbourg par un diplomate russe.

Versuch konnte aber nur die Anarchie zur Folge haben, aus welcher sich der Despotismus von Neuem mit verstärkter Kraft erheben mußte. Die Furcht vor der Revolution trieb die meisten deutschen und italienischen Regierungen mehr oder weniger in den Bereich der russischen Einwirkung hinein, und von dem dunkeln und ziellosen Drange der Völker ließ sich, bei einer Wendung der Dinge, kein Verständniß für die Bedingungen wahrer Freiheit, und keine Mäßigung in deren Anwendung erwarten.

Es gab nur einen mächtigen Staat in Europa, wo die Grundsätze der bürgerlichen und kirchlichen Freiheit, die Grenzen der obersten Gewalt, die Rechte der Unterthanen, nicht nur in theoretischer Weise anerkannt, sondern im praktischen Leben zu vollkommener Geltung gekommen, in das Fleisch und Blut der Nation übergegangen, und auf eine von dem Wechsel augenblicklicher Meinungen und äußerer Einflüsse unabhängige Grundlage gestellt waren. Es ist dies England. Einige andere, im Wesentlichen von demselben Geiste erfüllte, festländische Staaten konnten bei ihrer materiellen Schwäche nicht in Betracht kommen. England bildete aber in allen Dingen nicht nur einen durchgängigen Gegensatz zu Rußland, unendlich mehr als Frankreich, welches immer zwischen Zügellosigkeit und Unterdrückung schwebte, sondern befand sich auch im Besitze einer äußeren Macht, welche der Rußland's das Gleichgewicht halten konnte.

Von der Zeit an, wo Frankreich seine besonderen Zwecke bei Lösung der orientalischen Frage aufgeben und Mehemed Ali fallen lassen mußte, fingen Großbritanien und Rußland immer mehr als die obersten Schiedsrichter in der europäischen Politik hervorzutreten an. Oesterreich konnte damals, bei seiner Besorgniß vor der Revolution und der in Italien und Ungarn sich regenden Gährung, keinen vollkommen unabhängigen Standpunkt einnehmen, und Preußen war dies durch die Eifersucht der übrigen Mächte, welche ihm auf dem Wiener Kongreß eine so ungünstige geographische Lage bereitet hatten, unmöglich gemacht worden.

Rußland stand auf dem Festlande Alles überragend da durch die Ausdehnung seiner Besitzungen, den unbedingten Gehorsam seiner Unterthanen, die Einheit in seinem Walten, die Anhänglichkeit des größten Theiles der slavischen und der Gesammtheit der griechisch-religiösen Welt, die sinkende Bedeutung Frankreich's in den auswärtigen Verhältnissen, die Schwäche der Türkei, den Anschluß Oesterreich's und Preußen's, den Einfluß auf die Staaten zweiten Ranges von Schweden an bis Neapel hin.— England dagegen war groß durch eine unangreifbare Lage, seinen Reichthum, seine Seemacht, die freie und bewußte Kraft seiner Bevölkerung, und die im civilisirten Europa tief begründete Ueberzeugung, daß, bei dem

Principienstreit, von welchem die Menschheit ergriffen war, die Wahrheit sich auf Seite England's befände, und daß allmälig auch die äußeren Zustände sich dieser inneren Nothwendigkeit gemäß gestalten müßten. Bei Anlegung eines rein materiellen Maßstabes hätte damals in dem über lang oder kurz zu erwartenden Kampfe zwischen den beiden Weltmächten der endliche Sieg Rußland zugeschrieben werden können, aber, bei Erwägung der moralischen Verhältnisse, trat immer wieder die Hoffnung auf England's Uebergewicht hervor.

Ueberall in und außer Europa arbeiteten England und Rußland einander entgegen. Auf den verschiedensten Punkten der Erde, im Kaukasus, in Kanada und Afghanistan, that sich ihr feindseliges Streben kund, suchten sie Mittel zum Angriff auf einander vorzubereiten. Alle Hebel der Furcht oder Hoffnung wurden von ihnen in Bewegung gesetzt, um die Regierungen und Völker anzuziehen oder einzuschüchtern. Diese gespannte aber unentschiedene Lage hätte noch lange fortdauern können, da die beiden großen Nebenbuhler von einander eben so getrennt als auf einander eifersüchtig sind, als ein außerordentliches Ereigniß Frankreich an den Rand des Abgrundes führte, dasselbe aber dadurch zur Aufbietung aller Kräfte zwang, ihm Gelegenheit zur Wiederherstellung seines politischen Einflusses gab, und zum Anschlusse an England gegen Rußland veranlaßte. Da Frankreich zugleich eine Land- und Seemacht ist, so mußte dasselbe, seitdem es wieder den freien Gebrauch seiner Kraft nach außen hin erlangt hat, bei dem von Rußland hervorgerufenen Kampfe sich in entscheidender Weise betheiligen. Von der Lösung dieser durch die lange Eifersucht zwischen England und Rußland endlich herbeigeführten gewaltsamen Verwickelung wird die nächste Zukunft der Welt abhängen.

---

28. Deutschland. — Fortdauernder Kampf zwischen der Reaktion und dem Liberalismus. — Geheime Verbindungen zum Umsturze des Bestehenden. — Das Frankfurter Attentat. — Verschärfung der Reaktion. — Die Wiener Konferenzbeschlüsse. — Eifersucht zwischen Oesterreich und Preußen. — Bedeutung des Zollvereines. — Die hannoverische Verfassungsfrage. — Streitigkeiten der preußischen Regierung mit der katholischen Hierarchie am Rhein und im Großherzogthum Posen. — Tod König Friedrich Wilhelm III.

Auf dem Wiener Kongreß hatte, nach einigem Bedenken und Schwanken, bei der Reorganisirung Deutschland's die Idee eines Staa-

tenbundes über die eines Bundesstaates den Sieg davon getragen. Die großen zwischen den einzelnen deutschen Völkern in Bezug auf Religion, Kulturgrad, Ueberlieferungen und Gewohnheiten bestehenden Unterschiede, die besonderen Interessen der Regentenhäuser, die Abwesenheit eines Oberhauptes und Mittelpunktes, konnten die Darstellung einer wahrhaften Einheit als schwierig erscheinen lassen. Schon das alte deutsche Reich hatte Jahrhunderte lang nur dem Namen nach ein Ganzes ausgemacht. Nach dessen Auflösung und bei dem Dasein von Mächten innerhalb der deutschen Sphäre, wie Oesterreich und Preußen, beide zu groß, um sich eines dem anderen unterzuordnen, und zu verschieden von einander, um auf die Dauer dasselbe Ziel zu verfolgen, glaubten die Leiter der deutschen Geschicke auf einen organischen Bund der Fürsten und Völker verzichten, und sich mit einer formellen Verbindung derselben unter einander, zur Erreichung gewisser äußerer Zwecke bestimmt, begnügen zu müssen.

Es wäre wohl möglich gewesen in den deutschen Partikularismus, ungeachtet der tiefen Wurzeln, die er geschlagen, eine angemessene Einheit zu bringen. Es hätte dies, ohne eine gänzliche Umwälzung des Bestehenden herbeizuführen, erreicht werden können, wenn die Nation selbst bei der Anordnung ihrer Zustände mitgewirkt, und eine Vertretung ihrer Interessen, als Gesammtheit, neben denen der Fürsten gefordert hätte. Da aber die Deutschen, in einem so folgenschweren Moment, wie nach Napoleon's Sturz, sich bei der Entscheidung über ihre Zukunft willenlos und unthätig zeigten, so war es natürlich, daß, bei einer solchen inneren und äußeren Lage der Dinge, die alte Zerstückelung, wenn auch unter etwas anderen Namen und Formen, im wesentlichen fortbestehen blieb.

Mit Ausnahme einiger allgemeinen Bestimmungen, wie die Errichtung landständischer Verfassungen, wo diese nicht schon vorhanden waren, die Gleichberechtigung der drei christlichen Konfessionen, die Freiheit der Stromschifffahrt u. s. w., deren Ausführung übrigens dem Belieben der einzelnen Regierungen überlassen blieb, mußten an dem aus dem Wiener Kongreß hervorgegangenen Deutschland alle Kennzeichen eines wahrhaften Staatsganzen vermißt werden. Im Grunde war nur ein auf Vertheidigung gegen den äußeren Feind berechneter Bund, von allem tieferen Zusammenhange seiner Mitglieder entblößt, errichtet worden. Da im deutschen Volke selbst kein großartiges Streben nach Einheit sichtbar geworden, so wollten auch die einzelnen Regierungen nichts von ihrer Selbstständigkeit aufgeben. Oesterreich hatte, weil es Preußen's Einfluß auf das übrige Deutschland, in dessen Meinung dasselbe nach den Befreiungskriegen hoch stand, fürchtete, das Verlangen

der verschiedenen Staaten nach größtmöglichster Unabhängigkeit unterstützt. Von einer deutschen Bundesversammlung war von Anfang an so wenig erwartet worden, daß die Verzögerung ihrer Eröffnung kein Befremden erregt hatte. Auch gingen in der That mehrere Jahre vorüber, bevor sie die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zog.

Die deutschen Regierungen hatten in Bezug auf die inneren Zustände eine Zeit lang ganz verschiedene Bahnen eingeschlagen. Einige darunter waren ihren Völkern mit Verfassungen entgegen gekommen, welche sich der Idee des modernen Repräsentativstaates näherten, andere hatten die mittelalterthümlichen Stände wiederhergestellt oder die absolute Monarchie beibehalten. Der tiefe Friede, welcher während der ersten Jahre nach Napoleon's Sturz in ganz Europa herrschte, ließ einen so bunten Zustand ungefährlich erscheinen, und die Fürsten, über ihre wiedergewonnene Selbstständigkeit erfreut, waren damals wenig mit der Zukunft beschäftigt.

Aber die Täuschung der während des Befreiungskrieges gehegten Erwartung einer wahrhaften Wiedergeburt Deutschland's, der Mangel an nationaler Einheit und politischer Freiheit, riefen eine Verstimmung und Unzufriedenheit hervor, welche, anfangs nur in einzelnen Kreisen gehegt, sich nach und nach weiter ausbreitete. Da alle volksthümlichen Forderungen unerfüllt blieben, so entstand ein immer mehr hervortretender Widerspruch zwischen der Haltung der Regierungen und dem Geiste der Völker, welcher von Oesterreich zur Erlangung eines größeren Einflusses, als ihm die Bundesakte ursprünglich beigelegt hatte, benutzt wurde.

Es war dem Fürsten von Metternich gelungen, von dem Kongreß von Aachen an, dem preußischen Kabinet Besorgnisse über die in Deutschland herrschende Stimmung einzuflößen, und dasselbe zu einem Stillstande auf dem bisher betretenen Wege der Reformen, welcher bald in einen Rückschritt ausarten sollte, zu veranlassen. Der Beitritt Preußen's zu der österreichischen Politik in Deutschland bereitete alle weiteren Erfolge Metternich's vor, und sollte zuletzt die oberste Leitung der deutschen Bundesangelegenheiten fast ausschließend in seine Hände bringen.

Nachdem der österreichische Staatskanzler Preußen für ein Eingehen auf seine Ansichten gewonnen hatte, was Oesterreich den doppelten Vortheil brachte, den Nebenbuhler nicht nur seiner wahren Bestimmung zu entfremden, und dadurch in seinem Innern zu schwächen, sondern auch dessen Popularität in Deutschland zu untergraben, so glaubte der-

selbe eine andere als die früher von ihm über das Wesen des deutschen Bundes dargelegte Anschauung aufstellen zu können. Anstatt daß, nach der anfänglich gehegten Auffassung, die einzelnen deutschen Staaten in ihrem Innern unabhängig und nur zu äußerer Sicherheit und Vertheidigung unter einander verbunden sein sollten, ward jetzt von Oesterreich der Grundsatz ausgesprochen, daß der deutsche Bund die Rechte und Pflichten jedes anderen Staatsganzen habe, daß er durch die Bundesversammlung vertreten werde, dieser demnach die oberste Gewalt in Deutschland zustehe, und ihre Beschlüsse für alle Bundesglieder verbindlich wären. Von dieser Zeit an griff der Bundestag, welcher sich während der ersten Jahre nach dem Wiener Kongreß wenig gezeigt hatte, in alle Verhältnisse Deutschland's ein. Die konstitutionellen süddeutschen Staaten suchten sich zwar dann und wann, um nicht allen Schein von Selbstständigkeit zu verlieren, dem österreichischen Einflusse zu entziehen, aber Metternich verstand es allmälig auch ihre Fürsten und Staatsmänner, indem er Hoffnungen oder Besorgnisse in ihnen erregte, auf seine Seite zu ziehen. Der Zustimmung des preußischen Kabinets gewiß, setzte er in der Regel am Bundestage alle seine Anträge durch. Außerdem begann die Mehrheit der kleineren Staaten in Nord- und Mitteldeutschland sich mehr zu Oesterreich als Preußen hinzuneigen, weil sie von ersterem, bei seiner Entfernung und Stellung zum übrigen Europa, weniger für ihre Unabhängigkeit, als von letzterem fürchten zu müssen glaubten. Die deutsche Bundesversammlung war nach und nach so unter die Leitung Oesterreich's gekommen, als hätte dieses eine verfassungsmäßig begründete Suprematie über Deutschland ausgeübt, und als wären die Interessen aller deutschen Länder mit denen Oesterreich's identisch gewesen. Aus diesem Verhältniß waren die freiheitsfeindlichen Beschlüsse der Ministerkonferenzen in Karlsbad (August 1819) und in Wien (Junius 1820) hervorgegangen, welche in Frankfurt zu Bundesgesetzen erhoben wurden.

Bei dem Festhalten an dem ursprünglichen Grundsatze der selbstständigen inneren Entwickelung der Einzelstaaten, wäre es den dem Geist der Zeit nicht ganz entfremdeten Regierungen möglich gewesen, sich von den Rückschrittsmaßregeln der anderen frei zu erhalten, und es wäre nicht alle Bewegung in Deutschland aufgehalten worden. Aber bei dem Uebergewicht, welches die metternichsche Politik ausübte, traten alle Uebelstände der Zersplitterung Deutschland's, ohne deren mögliche Vortheile, hervor. Das deutsche Volk sollte nur an dem ihm auferlegten Zwange gewahr werden, daß es in einem Gesammtverbande stand.

Die unheilsvolle That Sand's hatte die äußere Veranlassung zu den Karlsbader Bestimmungen gegeben. Das Hambacher Fest rief die Beschlüsse der Bundesversammlung vom 28. Junius und 5. Julius 1832 hervor, von welchen neue Ausnahmszustände geschaffen, die Befugnisse der Volksvertretungen noch mehr als früher beschränkt, die Censurvorschriften verschärft, und am Bundestage ein Ausschuß zur Ueberwachung der zwischen den Regierungen und Ständen bestehenden Verhältnisse im Sinne der unumschränkten Fürstenmacht, d. h. zu Gunsten des in Wien herrschenden Systems, errichtet wurden.

Seitdem der Bundestag die badische Regierung gezwungen hatte, das kurz vorher erlassene freisinnige Preßgesetz zurückzunehmen, und sich noch anderen Beschränkungen ihrer inneren Selbstständigkeit zu unterwerfen, verbot er nach und nach alle Zeitschriften, welche liberalen Principien huldigten, und verordnete zugleich, daß die Redakteurs derselben während fünf Jahre kein anderes Blatt herausgeben durften. Diese und ähnliche Maßregeln waren ein stillschweigendes Eingeständniß, daß die Reaktion ihren Gegnern im Gebrauche geistiger Waffen nicht gewachsen war, und deshalb der Anwendung eines materiellen Druckes bedurfte. Die konstitutionellen Regierungen in Bayern, Würtemberg, Hessen-Darmstadt, Nassau glaubten diesem Beispiel folgen zu müssen, und schritten jetzt auch ohne ausdrückliche Veranlassung des Bundestages gegen die liberale Presse und jede volksthümliche Regung ein. Die Könige von Bayern und Würtemberg, welche früher der öffentlichen Meinung, wenn sie sich innerhalb der von der Verfassung vorgezeichneten Grenzen hielt, nicht entgegen gewesen, legten jetzt eine entgegengesetzte Gesinnung dar. Ludwig I. von Bayern ging, von seinem leicht beweglichen Sinne verführt, sogar etwas über die Nothwendigkeiten des Augenblicks hinaus, während der würtembergische Monarch sich nicht ganz soweit von seiner Vergangenheit entfernte. Gleichwohl ward, namentlich von den süddeutschen Regierungen, der Bundesversammlung, von welcher die früheren liberalen Elemente (Wangenheim, Lepel u. s. w.) sorgfältig entfernt, und durch überzeugte oder fügsame Rückschrittsmänner ersetzt worden, nicht immer genug gethan, und von Wien aus unaufhörlich auf Verschärfung der Censur und Polizei, auf strengere Ueberwachung des öffentlichen Geistes, auf Verfolgung der in der konstitutionellen Partei, oder in der freisinnigen Presse hervorragenden Persönlichkeiten, gedrungen. Die reaktionaire Publicistik suchte die Fürstengewalt als das einzige Recht, als die einzige den Staat be-

lebende Kraft hinzustellen, und griff die Idee der Nationalität und was mit ihr zusammenhängt, als eine Ausgeburt der Revolution an. Das deutsche Volk sollte sich nur in seinen Regierungen wieder erkennen, aber kein von diesen unabhängiges Gefühl seiner Kraft, seiner Bestimmung, seiner Zukunft, hegen dürfen.

Indessen ließen sich die Ständeversammlungen in mehren Ländern, ungeachtet der auf ihnen lastenden Beschränkungen, nicht abhalten, gegen die Bundesbeschlüsse vom 28. Junius und 5. Julius 1832, als die innere Unabhängigkeit der Staaten verletzend, Verwahrung einzulegen. Es geschah dies nicht nur in Baden, Würtemberg, Hessen=Darmstadt, sondern selbst in Kurhessen, wo der Minister Hassenpflug schon damals einen großen Druck ausübte, und auch in Sachsen und Hannover, wo die Formen des Repräsentativstaates noch neu waren. Obgleich der Veröffentlichung der landständischen Verhandlungen alle möglichen Schwierigkeiten entgegengesetzt wurden, so kamen die Reden und Anträge der Opposition dennoch zur Kenntniß des Publikums, und trugen zur Verbreitung freisinniger Meinungen bei. Der gebildete und wohlhabende deutsche Mittelstand war damals, wo in den Massen noch keine Anzeichen einer anarchischen und socialistischen Bewegung kund geworden, durchaus konstitutionell gesinnt, und hätten die Regierungen diese Richtung, anstatt sie zu unterdrücken, zu benutzen verstanden, so würde der Geist der Revolution von Deutschland fern gehalten, und der der Reform daselbst einheimisch geworden sein.

Die überhand nehmende Reaktion erbitterte ihre Gegner, und gab denselben mancherlei, bei der inneren Lage Deutschland's, den großen Mitteln, über welche die Regierungen verfügten, und der im Volke herrschenden Gewohnheit unbedingten Gehorsams, unausführbare Pläne der Umgestaltung und des Widerstandes ein. In der freisinnigen Partei tauchte der Gedanke auf, aus dem konstitutionellen Deutschland, im Gegensatze zu dem absolutistischen, eine besondere Staatengruppe zu bilden, deren Mitglieder sich zur Vertheidigung ihrer politischen Grundsätze unter einander verbinden sollten, wie einst im sechszehnten Jahrhundert von den protestantischen Ständen zur Bewahrung ihrer religiösen Freiheit geschehen war. Aber die Zeiten und Umstände waren andere geworden. Diejenigen deutschen Fürsten, welche ihren Völkern Verfassungen verliehen oder mit demselben vereinbart hatten, waren weit davon entfernt, für das Repräsentativsystem von demselben Eifer, wie einst Johann Friedrich von Sachsen und Philipp von Hessen für den Pro=

testantismus, entbrannt zu sein. Die neuen Einrichtungen wurden von ihnen mehr nur geduldet, als daß sie denselben vollkommen zugethan gewesen wären, und das Volk hatte dafür weder genug gethan noch gelitten, um für sie eine tiefe Anhänglichkeit zu hegen. Oesterreich und Preußen konnten außerdem auf das ihnen damals politisch verwandte Rußland zählen, während die deutschen Repräsentativstaaten ganz allein da standen. Es gab jetzt keinen zweiten Richelieu oder Gustav Adolph, welcher der staatlichen Freiheit in Deutschland zu Hülfe gekommen wäre. Der Gedanke, das konstitutionelle Deutschland zu einem besonderen Bunde zu vereinigen, konnte nicht einmal in sich reif werden, geschweige denn in die Wirklichkeit eintreten. Jedes Bestreben nach einer Begründung und Ausbreitung ihrer Ideen zog der konstitutionellen Partei nur neue Niederlagen und Demüthigungen zu. Mitglieder der Opposition von Würtemberg, Baden und Hessen-Darmstadt kamen im März 1833 in Pforzheim zusammen, um über ein gemeinsames Verhalten zur Erreichung ihrer Zwecke zu berathen, mußten aber sehr bald zu dem Gefühl ihrer Vereinsamung kommen. Die freisinnigen Mitglieder der Universitäten und Verwaltungsstellen wurden von den betreffenden Regierungen durch Urlaubsverweigerungen von den Kammern ausgeschlossen, oder durch Androhung von Versetzungen und anderen Nachtheilen, während ihrer ständischen Wirksamkeit eingeschüchtert.

Indessen lag der Drang nach politischer Emancipation und konstitutionellen Garantien in der Zeit, und ließ sich von keiner äußeren Macht mehr ganz aufheben. Die Massen in Deutschland waren von den neuen Ideen allerdings nicht tief ergriffen, hingen aber auf der anderen Seite mit den alten Einrichtungen nur noch aus Gewohnheit zusammen. Eine radikale Partei, welche sich allmälig von den Konstitutionellen abgesondert hatte, von den Grundsätzen der ersten französischen Revolution erfüllt war, und mit Gleichgesinnten in den benachbarten Ländern in Verbindung stand, glaubte, daß das Volk, sobald ihm das Zeichen zum Aufstande gegeben, aus seiner Unentschiedenheit heraustreten, und sich zu ihr wenden würde. Diese Hoffnung mußte damals gänzlich fehlschlagen. Der auf der Menge lastende Druck war, im Vergleiche zu den Zuständen, an welche dieselbe früher gewöhnt gewesen, keinesweges groß und nachhaltig genug, um zu verzweifelten Unternehmungen zu reizen, und was in dem herrschenden System der nationalen Entwickelung und politischen Freiheit Feindliches lag, wurde von den unteren Klassen, denen der Begriff eines allgemeinen staatlichen und volksthümlichen Verbandes seit so langer Zeit fremd geworden, noch

wenig begriffen. Nur sehr allmählig sollte, mehr von der ganzen Bewegung der Zeit als besonderen Einflüssen, eine Veränderung in der Volksstimmung hervorgebracht werden, die, wenn auch dann und wann irre geleitet oder unterdrückt, im Stillen unaufhaltsam fortschreitet, und sich auf eine Wiedergeburt der Nation vorbereitet.

Es hatte von dem sogenannten Tugendbunde an in Deutschland geheime auf staatliche Zwecke gerichtete Gesellschaften gegeben. Vom Tugendbunde war jedoch im Grunde nur ein äußeres Ziel, die Vertreibung der Franzosen, damals allerdings die erste Bedingung zur Wiederherstellung Deutschland's, aufgefaßt worden. Nach den Befreiungskriegen hatte zuerst die allgemeine Burschenschaft die Lösung einer das Innere Deutschland's betreffenden, wahrhaft volksthümlichen Aufgabe, in dem Gedanken der deutschen Einheit, wenn auch mit beschränkten Mitteln und in einseitiger Form, verfolgt. Ungeachtet der von den Regierungen gegen diese Verbindung getroffenen Maßregeln war sie im Geheimen bestehen geblieben. Später hatte sich ein Männer- und Jünglingsbund, von denselben Grundsätzen erfüllt, gebildet. Indessen gehörten diese und ähnliche geheime Gesellschaften, mehr oder weniger ausschließend, immer nur den akademischen und literarischen Kreisen an, wodurch ihre Ausbreitung verhindert wurde. Ein in das äußere Geschick Deutschland's eingreifendes Unternehmen war von dieser Seite her nicht zu erwarten. Man blieb dort bei Theorien und weit aussehenden Plänen stehen. Auf das eigentliche Volk wäre nur durch für seine Anschauungsweise geeignete Schriften zu wirken gewesen, eine langsame aber, wenn sie mit dem in einer gewissen Epoche vorherrschenden Geiste übereinstimmt, unfehlbare Weise des Einflusses, welche aber, da die in Deutschland erwachte volksthümliche Richtung meist von den Universitäten und den gelehrten Klassen ausging, vernachlässigt worden war. Es hatte sich deshalb in einer radikalen Partei die Ueberzeugung verbreitet, daß die geheimen Verbindungen, ohne Aufnahme von Personen verschiedener Stände, und besonders solcher, welche unmittelbar in das wirkliche Leben eingriffen, nur ein gefährliches Spiel bleiben müßten. Zu dem Ende suchte man unter Geschäftsleuten und Militairs Anhänger zu gewinnen, um dadurch auf die Massen, Handwerker und Landleute, einwirken zu können. Die Nachklänge der in Folge der Julisrevolution in mehren deutschen Staaten stattgefundenen Unruhen, der immer fühlbarer werdende Druk der Reaktion, und das verführerische Beispiel, welches Ausbrüche politischer Gährung in Frankreich, Spanien, Italien, Belgien und Polen, ungeachtet ihres häufig unglücklichen Ausganges,

aufgestellt, veranlaßte eine Anzahl meist junger Männer, welche mit dem wahren Stande der Dinge wenig bekannt waren, zu einem bestimmten revolutionairen Unternehmen zusammenzutreten, um dadurch dem Volke den Anstoß zu einer entscheidenden Erhebung zu geben.

Frankfurt am Main war, da die radikale Partei dort Anhang besaß, und es daselbst nur eine schwache Besatzung gab, zum Mittelpunkt der Verschwörung ausersehen worden. Ein in dieser Stadt glücklich ausgeführter Handstreich konnte, da sie der Sitz der Bundesversammlung war, welche in diesem Falle auseinander gesprengt worden wäre, in dem übrigen Deutschland ein ganz besonderes Aufsehen erregen. Ein Mitglied des Geheimbundes, der Buchhändler Frankh in Stuttgart, war im Jahre 1831 in Paris gewesen, und hatte sich mit den französischen Revolutionairen und politischen Flüchtlingen aller Länder in Verbindung gesetzt. Von dem würtembergischen Oberlieutenant Koseriz war in demselben Sinne unter der Besatzung von Ludwigsburg gewirkt worden. Die Verschwornen hatten auch unter dem badischen und hessendarmstädtischen Militair Verbindungen anzuknüpfen gesucht. Das Landvolk in der Nähe von Frankfurt war durch geheime Sendlinge bearbeitet worden. Man hatte mit den in Frankreich befindlichen Polen Verabredungen getroffen, in Folge deren ein Theil von ihnen durch Baden und Rheinbayern, ein anderer Theil durch die Schweiz und den Schwarzwald gegen Frankfurt ziehen sollte. Um dieselbe Zeit wurde ein Aufstand in Lyon und Savoyen erwartet. Im Wesentlichen hofften die Verschworenen, daß der Angriff auf Frankfurt, wo sie eine provisorische Regierung errichten und sich der Bundeskasse bemächtigen wollten, die Losung zu einer allgemeinen Schilderhebung in Süd- und Westdeutschland geben würde. Es waren nach und nach Personen aus den verschiedensten Klassen in das Komplot eingetreten, und viele andere, wenn auch nicht in dasselbe aufgenommen, aber von dessen Dasein und Zweck unterrichtet worden. Indessen beruhten die Veranstaltungen zu einem solchen Unternehmen mehr auf Hoffnungen, Verabredungen, stützten sich mehr auf den unruhigen Geist der Zeit und die herrschende Unzufriedenheit, als daß die Verschwornen auf eine wirklich organisirte Macht zu rechnen vermocht hätten. Die Vorbereitungen, an und für sich unbedeutend, und, außer ihrer Unbedeutendheit, noch obenein sehr ungewiß, wurden von den Leitern des Komplots in ihren gegenseitigen Mittheilungen, theils um sich den Schein einer besonderen Bedeutung zu geben, theils um jede Bedenklichkeit und Zögerung zu verhindern, nicht nur übertrieben, sondern aus Eitelkeit und Leichtsinn oft geradezu erfunden. In

unerklärbarer Verblendung suchten sie sich gegenseitig über ihre Hülfsmittel zu täuschen. Der Oberlieutenant Koseriz hatte einen der Führer der Frankfurter Radikalen, Doktor Gürth, überredet, daß er über Tausende von würtembergischen Soldaten verfüge, und dieser wiederum behauptet, daß die Bürgerartillerie in Frankfurt, ein Theil der preußischen Besatzung in Mainz, und das nassauische Militair für das Unternehmen gewonnen wären. Dem gemäß ward die Ueberrumpelung Frankfurt's auf den Anfang April festgesetzt. Obgleich kurz vorher Koseriz den leitenden Ausschuß wissen ließ, daß seine Vorbereitungen noch nicht beendigt seien, und er nicht auf dem Schauplatz erscheinen könne, so gab die leidenschaftliche Ungeduld der Einen und der falsche Ehrgeiz der Anderen keine Verzögerung zu. Sie schienen zu glauben, daß im Augenblick der Ausführung sich eine unerwartete Unterstützung für sie einfinden würde.

Am 3. April (1833) Abends um halb 10 Uhr wurden von den Verschwornen, die nicht über siebenzig Mann stark waren, die beiden Wachen in Frankfurt, die Hauptwache und die Konstablerwache, unter Anführung des genannten Doktor Gürth und des von den Göttinger Unruhen (Januar 1831) her bekannten Doktor von Rauschenplatt, angegriffen. Die Aufforderung an das begegnende Volk zum Anschluß blieb ohne Wirkung. Die Frankfurter Soldaten waren, überrascht, anfänglich geworfen, und mehre getödtet und verwundet worden. Als sie aber Verstärkung erhielten, nahmen sie die Wachen wieder ein. Die Verschworenen wollten den Kampf noch in den Straßen fortsetzen, wurden aber zerstreut, und diejenigen, welche sich nicht schleunigst auf die Flucht begaben, gefangen genommen. Die Anführer hatten sich gerettet, mit Ausnahme eines Doktor Neuhof, der bald nachher im Gefängnisse starb. Einige dreißig unter den Verschworenen wurden ergriffen, und nach in Frankfurt beendigter Voruntersuchung einem außerordentlichen Gericht übergeben. Ein Haufe Landvolks wollte an jenem Abend, der Verabredung gemäß, an der Ueberrumpelung Frankfurt's Theil nehmen, fand aber die Thore geschlossen, und mußte unverrichteter Sache abziehen. Die Polen hatten sich wirklich von Besançon und anderen Orten aus in Bewegung gesetzt, waren aber unterweges auf Befehl der französischen Regierung aufgehalten und entwaffnet worden. Ein um diese Zeit angestellter Versuch polnischer Flüchtlinge, von Gallizien her in das benachbarte Königreich Polen einzubrechen, hatte nicht den geringsten Erfolg gehabt. Auf diese Art war eine zwar ziemlich weit verzweigte, aber in sich äußerst schwache Bewegung gleich im Entstehen erstickt worden.

Ungeachtet dieses verfehlte Attentat auf Frankfurt mehr die Kopf-

losigkeit und Ohnmacht als die Gefährlichkeit der radikalen Partei bewies, so beschloß die Reaktion gleichwohl ihm eine außerordentliche Wichtigkeit beizulegen, und dasselbe wie den Anfang zu einer Ueberschwemmung zu behandeln, welche alle Dämme zu übersteigen drohte. Das Einzige, wovon dieses Unternehmen Zeugniß ablegen konnte, war die Unzufriedenheit, welche sich in einem großen Theile des deutschen Volkes über das ihm auferlegte traurige Loos zu regen anfing, und die in der leidenschaftlichen Kurzsichtigkeit einiger verwegenen jungen Leute einen übertriebenen Ausdruck gefunden hatte. Aus der Vereinzelung und leichten Ueberwältigung dieses Attentats ging aber auch hervor, daß die Massen damals noch nicht an die Anwendung von Gewalt bei Erreichung ihrer Wünsche dachten, und daß sie von einem freisinnigeren System vollkommen zu beruhigen und zu gewinnen gewesen wären. Die Regierungen hätten, wäre von ihnen eine solche Bahn eingeschlagen worden, die politische und moralische Zerrüttung, welche funfzehn Jahre nachher über Deutschland hereinbrechen und ihm so tiefe Wunden schlagen sollte, vermeiden können. Die Rückschrittspartei wollte aber das Ereigniß vom 3. April, nicht zur Bezähmung der Revolution, welche damals in Deutschland noch in der Luft schwebte, nirgends Halt und Wurzel besaß, sondern zur Unterdrückung des Konstitutionalismus anwenden, denselben da, wo er noch nicht eingeführt war, unmöglich machen, und ihm da, wo er wenigstens der Form nach bestand, jede Lebenskraft entziehen, und ihn so allmälig der Auflösung entgegenführen.

Wie erwünscht der Reaktion der Angriff auf Frankfurt gewesen, und zugleich für wie gefahrlos sie denselben gehalten, kann daraus entnommen werden, daß sie von dem Dasein eines solchen Komplots durch Winke der Pariser Polizei schon seit längerer Zeit, und von dem Augenblick des Ausbruches kurz vorher durch Verräther in der Mitte des Geheimbundes unterrichtet, gleichwohl nichts gethan hatte, um dasselbe in voraus zu vereiteln. Man würde die Verschwörung, ohne einen Anfang zur Ausführung, nicht so sicher haben ausbeuten können. Metternich beschloß, wie er selbst in einem seitdem veröffentlichten Schreiben an den damaligen österreichischen Bundestagsgesandten erklärte, diese sobald vielleicht nicht wiederkehrende Gelegenheit, zur Bekämpfung des Zeitgeistes, nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen.

Vorerst wurden alle einzelnen deutschen Regierungen zur Ergreifung der strengsten Maßregeln aufgefordert, um nicht nur den flüchtigen Theilnehmern der Verschwörung, sondern auch allen möglichen näheren und ferneren Mitwissern auf die Spur zu kommen. Bei den Verhaftungen

wurde mit einer grenzenlosen Willkühr verfahren, die von den Verfassungen der betreffenden Staaten ausgesprochene Gewährleistung der persönlichen Freiheit ungescheut verletzt, und der Polizeigewalt eine vorher unbekannte Ausdehnung gegeben. Man setzte, wie 1819 in Mainz, so jetzt in Frankfurt a. M. eine Central-Untersuchungskommission gegen die demagogischen Umtriebe nieder. Zugleich mußte sich Frankfurt, obgleich es dem Namen nach ein souverainer Staat war, das Einrücken österreichischer und preußischer Truppen gefallen lassen, und sein eigenes Militair einem fremden Oberbefehl unterordnen.

Es wurden nach und nach in den verschiedenen Bundesstaaten an 1800 Personen wegen politischer Vergehen oder verdächtiger Meinungen eingezogen, und manche unter ihnen während der Untersuchung grausam behandelt, und dadurch zu Selbstmord oder Wahnsinn getrieben. Indessen hüteten sich selbst die leidenschaftlichsten Rückschrittsmänner auf Anwendung der Todesstrafe gegen die Schuldigen zu dringen, weil man bei Gelegenheit der Hinrichtung Sand's die Erfahrung gemacht hatte, daß dadurch im Publikum mehr Mitleid als Furcht erregt wurde. Die Ueberführten wurden, statt zum Tode, zu mehr oder weniger langer Einkerkerung verurtheilt, eine Milde, welche sich übrigens fast von selbst verstand, da die eigentlichen Leiter der Verschwörungen und geheimen Gesellschaften fast immer der Verhaftung zu entgehen gewußt hatten, und, mit seltenen Ausnahmen, nur untergeordnete Theilnehmer in die Hände der Gerichte gefallen waren.

Die ständischen Versammlungen wurden damals, wenn sich, was allerdings häufig geschah, in ihrer Mitte ein Widerspruch gegen den herrschenden Zustand erhob, vertagt oder aufgelöst. Die einzelnen Regierungen waren zur Fügsamkeit gegen die Winke und Forderungen der Rückschrittspartei geneigt. Die oberste Gewalt schien wirklich an die Bundesversammlung übergegangen zu sein, obgleich es im Grunde Metternich war, welcher, unter dem Vorwande, die staatliche Ordnung in Deutschland zu erhalten, Alles vorbereitete, leitete und entschied, und an der Ausübung dieses Uebergewichts von der einzigen deutschen Macht, welche ihm hätte widerstehen können, von Preußen, nicht gehindert wurde.

Ungeachtet des Druckes, welcher auf Deutschland lastete, und der dadurch herbeigeführten Lähmung des öffentlichen Geistes, glaubte die Reaktion nichts gethan zu haben, wenn sie nicht die Bedeutung der Kammern und Landtage noch mehr, als bisher geschehen, herabsetzte. Revolution und Konstitution wurden von den zur metternichschen Schule gehörigen Diplomaten und Publicisten als vollkommen gleichartig be-

handelt. Im Sommer 1833 kamen die Minister von Oesterreich, Preußen und Rußland in Töplitz zusammen, um sich über die gegen den deutschen Liberalismus zu nehmenden Maßregeln zu verständigen, und im Herbst fand in München=Grätz, ebenfalls in Böhmen gelegen, eine Besprechung zwischen den Monarchen der drei genannten Länder statt, wo über die Stellung der nordischen Mächte gegen die Revolution überhaupt und gegen Frankreich insbesondere, berathen wurde. Gleich darauf erging an die deutschen Regierungen die Aufforderung Bevollmächtigte nach Wien abzusenden, wo die innere Lage Deutschland's einer genauen Erwägung unterzogen werden sollte. Da es im deutschen Volke keine Revolution gegeben hatte, denn die im Jahre 1830 in Braunschweig, Dresden und Kassel eingetretenen Bewegungen durften, ohne arge Uebertreibung und Entstellung der Wahrheit, zumal da die Bundesversammlung deren Ergebnisse selbst anerkannt hatte, nicht als gewaltsame Umwälzungen aufgefaßt werden; da damals in Deutschland keine eigentliche revolutionaire Partei vorhanden war, denn die machtlosen Umtriebe einiger Geheimbünde verdienten diese Bezeichnung nicht, so konnte es in Wien nur auf die konstitutionellen Staatsformen abgesehen sein, die man neuen Beschränkungen unterwerfen wollte. Dieser Zweck der Ministerkonferenz wurde in der Eröffnungsrede (Januar 1834) des Fürsten von Metternich unumwunden eingestanden, und die Berathung demgemäß geführt.

Die aus diesen sechsmonatlichen Verhandlungen hervorgegangenen Beschlüsse waren, theils Früheres bestätigend, theils Neues festsetzend, im Wesentlichen folgende: in allen deutschen Bundesstaaten bleibt die oberste Gewalt ungetheilt in der Person des Regenten vereinigt, welcher nur bei einzelnen Regierungshandlungen an die Mitwirkung der ständischen Versammlungen gebunden ist. — Die Stände dürfen die Bewilligung der Steuern nicht an Bedingungen knüpfen, nicht bestimmte Summen für vorkommende Ausgabeposten festsetzen, sondern können das Budget nur im Allgemeinen aufstellen. Mehrausgaben der Regierung dürfen von den Ständen nicht einseitig als unrechtmäßig angefochten werden. — In keinem Fall können der Regierung die Mittel zur Erfüllung ihrer Bundespflichten verweigert werden. — Die Stände dürfen nicht über die Gültigkeit der Bundesbeschlüsse berathen oder sie gar verwerfen. — Alle Verordnungen der Regierung haben für die Unterthanen verbindliche Kraft, und hängen weder von der Einsprache der Gerichte noch der Anerkennung der Stände ab. —

Durch diese Bestimmungen wurde die Mitwirkung der ständischen

Versammlungen bei der Gesetzgebung so gut wie aufgehoben. Es blieb denselben nur ein Recht bei Bewilligung der Steuern übrig, welches durch die Klausel, daß der Regierung nicht die Mittel zur Erfüllung ihrer Bundespflichten verweigert werden dürften, fast vernichtet wurde, indem sich in vielen Fällen die Grenze über die Natur dieser Bundespflichten nicht genau angeben ließ. Um die unter solchen Umständen einzig möglichen Streitigkeiten, welche zwischen den Regierungen und Ständen sich erheben konnten, nämlich über den Betrag der Steuern, zu schlichten, soweit diese rein innere Ausgaben zum Zweck hatten, ward ein Schiedsgericht eingesetzt. Dieses sollte aus 34 von sämmtlichen Bundesregierungen, von den 17 Stimmen des engeren Rathes, ernannten Mitgliedern bestehen. Bei vorkommender Meinungsverschiedenheit wählte die betreffende Regierung und Ständeversammlung jede drei Schiedsrichter unter den Vierunddreißigen aus. Ein Obmann ward hinzugefügt, und die Entscheidung von den Sieben nach Stimmenmehrheit gefällt. Da die Vierunddreißig von den Regierungen, ohne Zuziehung der Stände, eingesetzt wurden, welche ersteren, wie sich von selbst versteht, nur ihre erklärten Anhänger zu einer solchen Stellung beriefen, so mußte es diesem Schiedsgericht an der ersten Bedingung zu einer wirksamen Erfüllung seiner Pflichten, an der nöthigen Unabhängigkeit seiner Mitglieder, fehlen. Diese Einrichtung, welche den Schein einer gewissen Unparteilichkeit für sich in Anspruch nahm, konnte bei näherer Erwägung nur für ein Werk der Täuschung gelten. Die beschränkenden Preßgesetze wurden noch verschärft, und unter Anderem festgesetzt, daß auch die Mittheilung der ständischen Verhandlungen und selbst der Geschwornengerichte der Censur unterliegen sollte. Den juristischen Fakultäten wurde das Recht entzogen, in Kriminal- und Polizeisachen Erkenntnisse abzufassen oder Gutachten abzugeben, und dies nur bei Civilfällen gestattet. Diese Bestimmungen wurden von der Bundesversammlung angenommen, und auf sechs Jahre hinaus für alle Bundesstaaten verbindlich erklärt. Die Beschlüsse der Wiener Konferenz vollendeten die Maßregeln der Reaktion, welche auf dem Ministerkongreß in Karlsbad (1819) begonnen hatten. Dem Anschein nach nahm Alles den von jetzt an immer mehr um sich greifenden Druck und Zwang geduldig hin. Aber die Unzufriedenheit griff im Stillen um sich, und fing sich auf eine vorher unbekannte Weise unter den Massen zu verbreiten an.

Obgleich Preußen auf alle das Repräsentativsystem beschränkenden und vernichtenden Bestrebungen Oesterreich's einging, so konnte es gleich-

wohl der Eifersucht auf den überwiegenden Einfluß, welchen letzteres in Deutschland ausübte, nicht entsagen. Da es durch sein Beharren im Absolutismus die politischen Sympathien des deutschen Volkes verscherzt hatte, so wollte es, durch Begünstigung des materiellen Fortschrittes, namentlich den Handels- und Gewerbstand an sich ziehen, um auf dem Boden der Interessen das zu erlangen, was es sich auf dem der Ideen hatte entgehen lassen. Die von ihm mit Ueberwindung großer Schwierigkeiten, unter Darbringung bedeutender Opfer angebahnte Zolleinigung (1828) wurde so unermüdlich weiter geführt, daß am Ende des Jahres 1833 das Werk größtentheils vollendet war, und 25 Millionen Deutsche mit einem Gebiet von 8000 Geviertmeilen sich in einer der wesentlichsten Beziehungen des öffentlichen und besonderen Daseins, der Freiheit des Handels und Verkehrs, zu einem Volke vereinigt sahen. An der Kraft, welche Preußen in dieser Richtung bewies, und den Früchten, welche dadurch gewonnen wurden, ließ sich ersehen, was es für Deutschland hätte werden können, wenn es in nationaler und politischer Beziehung ein ähnliches Ziel verfolgt hätte. Die Hindernisse wären nicht unüberwindlicher, und der Erfolg ein noch viel höherer gewesen.

Obwohl Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Mecklenburg und die Hansestädte sich, ihre wirklichen oder vermeintlichen Landesvortheile mehr als das deutsche Gemeinwohl in Betracht ziehend, von dem Zollvereine ausschlossen, so war dieser auch ohne dies mächtig genug, um dem Handels- und Gewerbswesen, in den zu ihm gehörigen Staaten, einen vorher unbekannten Aufschwung zu geben. Es stieg auf fast allen bedeutenderen Punkten des Vereines eine Menge neuer industrieller Unternehmungen auf, welche man früher oft gar nicht für möglich gehalten haben würde, während die schon bestehenden ihren Geschäftskreis außerordentlich erweiterten. Von Oesterreich, dessen Anschluß, von politischen Gründen ganz abgesehen, schon deshalb unmöglich gewesen, da dort die einzelnen Provinzen noch durch besondere Zolllinien von einander abgesperrt waren, ward dieser friedliche Sieg der preußischen Staatskunst mit Mißtrauen und Neid betrachtet. Obschon das österreichische Kabinet in der Bundesversammlung nach wie vor ein entschiedenes Uebergewicht ausübte, so hatte Preußen durch die Gründung des Zollvereines dennoch ein von seinem Nebenbuhler unabhängiges Feld gewonnen, auf welchem es auch seine allgemeinen Interessen geltend machen konnte. Es sollte im Laufe der Zeit bei einzelnen unter den Vereinsstaaten nicht an fremden Einflüsterungen und eigener Neigung

zur Trennung von einem Bunde fehlen, in welchem sie einen Theil ihrer Unabhängigkeit aufgegeben zu haben schienen. Aber die materiellen Vortheile überstimmten die politische Rivalität, und der Zollverein ward nicht nur erhalten, sondern später sogar noch erweitert.

Es war unterdessen der Kaiser Franz I. von Oesterreich nach einer Regierung von zweiundvierzig Jahren gestorben (1. März 1835). Dieser Fürst, welcher seiner Natur nach zu nichts Großem berufen gewesen, war jedoch, wie so manche seiner Standesgenossen, wider Willen von den Wogen der außerordentlichen Epoche, in welcher er lebte, ergriffen worden, und hatte sich in den verschiedensten Lagen befunden. Eine seltene Ausdauer und Hoffnung auf bessere Zeiten, selbst unter den größten Gefahren, hatte bei ihm den Mangel an tieferem Blick und unabhängigem Urtheil bis auf einen gewissen Grad ersetzt. Zwei Ereignisse, welche ihn persönlich berührten, und zugleich mächtig in die Geschichte der Zeit eingriffen, zeichnen vor Allem seine Regierung aus. Unter ihm löste sich das deutsche Reich nach einem fast tausendjährigen Bestehen auf, und er, als Mensch und Souverain, der Revolution so entgegengesetzt, ward von den Umständen genöthigt, seine Tochter dem Weltstürmer, welcher aus jener großen Umwälzung hervorgegangen, zur Gemalin zu übergeben. Nie mögen wohl zwei, durch nahe Verwandtschaft verbundene, Personen in allen übrigen Dingen von einander so verschieden, als diese beiden Kaiser gewesen sein. An der inneren und äußeren Stellung Oesterreich's ward durch den Tod des Kaisers Franz I. nichts geändert, indem sein ältester Sohn und Nachfolger, Ferdinand I., dem Fürsten von Metternich die Leitung der österreichischen Politik in vielleicht noch unumschränkterer Weise, als früher stattgefunden, überließ. Aber Metternich's glänzende Periode war schon vorüber. Er war nicht mehr im Stande die in Ungarn, Böhmen und der Lombardei zunehmende Gährung zu ersticken, und deren Folgen, die er noch erleben sollte, abzuleiten, und eben so wenig vermochte er es, den orientalischen Angelegenheiten eine für Oesterreich günstige Wendung zu geben. Er konnte nach wie vor für Oesterreich und Deutschland Zwangsmaßregeln und Sicherstellungen gegen die Revolution aussinnen, aber das Geschick Europa's, auf welches er von dem Kongreß von Wien an bis zu dem von Verona einen so großen Einfluß ausgeübt, hing nicht mehr von ihm ab. Die fortschreitende Bewegung der Zeit entging ihm. Er mußte sich von jetzt an damit begnügen, im Verhältniß zum Auslande, die gewöhnlichen, ihm zur anderen Natur gewordenen, diplomatischen Künste, ohne besonderen Erfolg anzuwenden, und in Bezug auf das Innere das vorhandene System mühsam zu erhalten. Nie hat ein Mann, der eine so große

Rolle gespielt, und so lange Zeit ungestört Gelegenheit zum Handeln gehabt, so wenig befruchtende Ideen wie Metternich in die Welt gesetzt.

Die großartigen Ergebnisse des von Preußen gestifteten Zollvereines fingen an, besonders in dem zahlreichen Gewerbs= und Handelsstande, die staatlichen Fragen etwas in den Hintergrund zu drängen, und die durch die Wiener Konferenzbeschlüsse entstandene Aufregung zu beschwichtigen, als der hannöverische Verfassungsstreit eine neue Bewegung verursachte, und in den Gemüthern die traurige Erfahrung vermehrte, bis auf welchen Grad in Deutschland Gewalt vor Recht ging, und die Zustände der Völker von der Willkühr ihrer Regierungen abhingen.

König Wilhelm IV. von England, der zugleich über Hannover herrschte, war am 20. Junius 1837 gestorben. Da in den Stammlanden des guelfischen Hauses das salische Gesetz galt, so ward Hannover von Großbritanien, wo die Krone an eine Frau fiel, getrennt, und Ernst August Herzog von Kumberland, ein Sohn Georg III. und Oheim der Königin Viktoria, bestieg den hannoverischen Thron.

Der Herzog von Kumberland war in England nicht nur wie sein Bruder Georg IV. unvolksthümlich, sondern zuweilen sogar verhaßt gewesen. Nicht allein die von ihm im öffentlichen Leben angenommene Haltung, sondern auch sein persönliches Wesen schien den englischen Einrichtungen und Sitten fremd zu sein. Obgleich in England geboren und des Deutschen nicht einmal vollkommen mächtig, wollte man ihn kaum für einen Briten gelten lassen, und meinte, daß er in seinem ganzen Auftreten an die absolutistischen Höfe des Kontinents und die despotischen Militaireinrichtungen derselben erinnerte. Obwohl in England solche Neigungen nicht verwirklicht werden konnten, so hatte der Herzog von Kumberland wenigstens in so weit seine wahre Gesinnung offenbart, als er sich derjenigen unter den englischen Parteien anschloß, welche soviel als möglich für Vorrechte und Ausnahmszustände kämpfte, und die freisinnigen Grundsätze der englischen Verfassung in ihrer Anwendung zu beschränken suchte. Er war einer der Führer des Torysmus im Oberhause gewesen, und darüber mit seinen Brüdern Clarence und Sussex oft in Streit gerathen. Er hatte an der Spitze des Oranienbundes gestanden. Aber selbst die Tories waren dem Herzoge von Kumberland nie recht hold gewesen, da sie in ihm immer mehr einen Absolutisten als Aristokraten sehen wollten, und hatten in der Zeit, wo diese Partei im Unterhause herrschte, sich bei Feststellung seiner Apanage nicht sehr freigebig gezeigt. Obgleich an der Ehre dieses Prinzen kein Flecken haftete, und er sich in seiner Jugend, während

des Krieges gegen die französische Republik, sogar durch persönliche Tapferkeit hervorgethan hatte, so waren von der ihm feindlichen Presse äußerst nachtheilige Gerüchte über sein Privatleben in Umlauf gesetzt, und von dem Publikum geglaubt worden.

Das neue hannoverische Grundgesetz war zwischen der Krone und den Ständen vereinbart und 1833 eingeführt worden*). Es sollte sich keines langen Daseins erfreuen. Am 28. Junius (1837) hatte der König Ernst August seinen Einzug in seiner Residenzstadt Hannover gehalten. Schon am 3. Julius erklärte er, daß er die bestehende Verfassung nicht anerkenne, und am 1. November erschien ein Patent, durch welches sie förmlich aufgehoben wurde. Er übergab die Leitung der Staatsangelegenheiten einem Geheimenrath von Scheele, der sich früher der französischen Herrschaft angeschlossen hatte, seit deren Sturz aber, wie dies auch anderswo in Deutschland gesehen worden, als ein entschiedener Gegner aller liberalen Institutionen, und namentlich der obschon in dieser Beziehung sehr gemäßigten Verfassung von 1833, aufgetreten war. König Ernst August gab als Grund seines Verfahrens an, daß die Verfassung ohne seine, des damaligen Thronerben, Zustimmung zu Stande gekommen, er also an dieselbe nach seiner Gelangung zur Regierung nicht gebunden sei, und daß er sie für das Wohl seiner Unterthanen nicht für zuträglich halte. Dieser Anschauung gemäß könnte die Verfassung eines Landes bei jedem Regierungswechsel geändert werden, und ihr Bestehen hinge von dem Belieben des jedesmaligen Thronerben ab. Diese Auffassung hält keine Prüfung aus. Wo ein Staatsgrundgesetz besteht, und jede Verfassung, welche diesen Namen verdient, ist ein solches, sind nicht nur der Monarch, sondern auch die Mitglieder seiner Dynastie eben so, wie die einzelnen Klassen des Volkes an dasselbe gebunden. Es kann von Niemand einseitig aufgehoben werden.

Die wahre Ursache, warum der bisherige Herzog von Kumberland das Werk seines Vorgängers beseitigen wollte, war die Bestimmung der Verfassung von 1833, welche die Domainen für Staatsgut erklärt, und dafür eine Civilliste eingeführt hatte. Ernst August fürchtete dadurch seine Einkünfte geschmälert zu sehen. Die im Vergleiche zu den Ausgaben seines Ranges geringe Dotation, welche ihm als englischen Prinzen ausgesetzt gewesen, hatte ihn in Schulden gestürzt. Diese sollten von dem Ertrage der hannoverischen Domainen gedeckt werden. Dazu kam noch, daß der König von Hannover, welcher in England einer sein

---

*) Siehe Bd. XVII. S. 361.

Haus sehr beschränkenden Verfassung unterworfen gewesen, einen Genuß darin fand, endlich, wenn auch schon in vorgerücktem Alter, in seinem deutschen Stammlande seinen persönlichen Willen und seine besonderen Ueberzeugungen geltend machen zu können. Ernst August war allerdings nicht unempfindlich gegen die Ehre gewesen, zu dem an der Spitze eines so großen Volkes, wie das britische, stehenden Herrschergeschlechte zu gehören. Aber seine innerste Neigung hatte ihn, wie mehre andere Mitglieder seiner Familie, immer zu dem patriarchalischen Absolutismus in Deutschland zurückgezogen.

Der König von Hannover verlangte jetzt den Huldigungseid. Manche Beamte verweigerten ihn, andere leisteten ihn nur mit ausdrücklicher Hinweisung auf das Grundgesetz, oder reichten freiwillig ihre Entlassung ein. Sieben ausgezeichnete Professoren der Göttinger Universität: Jakob und Wilhelm Grimm, Dahlmann, Gervinus, Ewald, Albrecht und Weber, verweigerten die verlangte Huldigung, indem sie sich durch ihren auf die Verfassung von 1833 abgelegten Eid für gebunden erklärten. Sie wurden ihrer Stellen entsetzt, und Jakob Grimm, Dahlmann und Gervinus mußten außerdem binnen drei Tagen das Land verlassen. Die Weigerung der Sieben und die Willkühr der hannoverischen Regierung brachten in ganz Deutschland in den Gemüthern eine große Bewegung hervor, welche zwar den Lauf der Ereignisse nicht hemmen konnte, aber die innere Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen vermehrte.

Es trat jetzt ein langer ungleicher Kampf zwischen den Vertheidigern des Grundgesetzes, und den Ansprüchen des Königs von Hannover auf eine über der Verfassung stehende Gewalt ein. Der Gemeingeist der unteren Klassen war noch zu wenig geweckt, um an einer solchen Streitfrage einen lebendigen Antheil nehmen zu können. Der Mittelstand ward durch das rücksichtslose Einschreiten des Königs, welchem die bewaffnete Macht unbedingt zu Gebot stand, eingeschüchtert. Die zahlreiche Beamtenwelt, für ihre Erhaltungsmittel besorgt, that ihrem Gewissen Zwang an, und legte den verlangten Eid ab. Ein Theil des Adels hing durch Aemter und andere Vortheile von der Regierung ab, ein anderer Theil war grundsätzlich jeder Regung der Freiheit abgeneigt. Der unabhängige Bürgerstand war der Verfassung aufrichtig zugethan, aber allein und auf sich gewiesen zu schwach, um den Eingriffen in dieselbe mit Erfolg widerstehen zu können.

Einer im Februar 1838 mit großer Mühe vollzählig gemachten Ständeversammlung ward der Entwurf zu einer neuen Verfassung vor=

gelegt, nach welchem die Krone so gut wie unumschränkt gewesen wäre. Die Steuern sollten von der Volksvertretung nie verweigert werden dürfen, die Verhandlungen geheim, die Minister unverantwortlich sein. Die Stände lehnten diesen Entwurf ab, beschlossen eine Eingabe an den Bundestag um Schutz für die Verfassung von 1833, und wurden auf unbestimmte Zeit vertagt. Die im Mai 1839 einberufenen Stände wagten nicht, obgleich unter dem Einflusse des Ministeriums gewählt, die Ungültigkeit des mit Wilhelm IV. vereinbarten Grundgesetzes auszusprechen. Erst die Ständeversammlnng von 1840 nahm den Entwurf der Regierung mit einigen Abänderungen an. Der König hatte jedoch im Wesentlichen seine Absichten, den eigenthümlichen Besitz der Domainen und die Beschränkung der Volksrechte, erreicht.

Das Verfahren des Königs von Hannover, von den aufgeklärten Klassen überall laut getadelt, ward nicht einmal von den Regierungen durchaus gebilligt. Sogar denjenigen unter ihnen, welche das konstitutionelle System verwarfen, schien der König Ernst August zu plötzlich und zu gewaltsam aufgetreten zu sein. Andere, darunter besonders Bayern, Würtemberg und Baden, fanden die Aufhebung eines von einem Sauverain anerkannten Grundgesetzes durch dessen Nachfolger, für die monarchische Ordnung selbst gefährlich, die dadurch in der Achtung der Völker verlieren könne. Gleichwohl wies der Bundestag die oben erwähnte Klage der hannoverischen Stände mit 9 gegen 7 Stimmen ab. Er hatte sich früher eben so gegen die kurhessische Ständeversammlung, gegen die holsteinischen Prälaten und Ritter, gegen die westphälischen Domainenkäufer u. s. w. verhalten. Die Gelegenheit zur Unterdrückung der Freiheit ward von dem Bundestage nie versäumt, wenn es aber darauf ankam, ein Recht zu schützen, fielen ihm Bedenken über seine Befugnisse ein. Er erließ Bücherverbote, Censurverschärfungen und andere Verordnungen für ganz Deutschland, sobald er aber um Schutz angegangen wurde, erklärte er gewöhnlich: „keine bundesgesetzlich begründete Veranlassung zur Einmischung in innere Landesangelegenheiten zu finden." — Unter allen nach dem Wiener Kongreß in Deutschland eingeführten Einrichtungen gab es keine, welche ihre Bestimmung weniger als die Bundesversammlung erfüllte.

Während in Hannover ein Verfassungsstreit geführt wurde, welcher, ungeachtet seiner inneren Bedeutung, wegen der geringen Macht der Betheiligten, nicht tief in die allgemeine Lage der Welt eingreifen konnte, tauchte in Preußen die große Frage über die Grenzen der staatlichen und kirchlichen Gewalt plötzlich aus dem Dunkel auf, in welchem

dieselbe das ganze achtzehnte Jahrhundert über gehalten worden war. Diese Frage, deren verschiedenartige Auffassung Europa mehrmals, selbst zur Zeit der religiösen Einheit, in Unruhe und Verwirrung gestürzt hatte, war weder von der Reformation noch der Revolution gelöst worden. Der Kampf um sie ward jetzt in Preußen allerdings nicht mit der Großartigkeit, wie einst im Mittelalter, geführt, trat aber als ein Zeichen der Zeit immer bedeutsam hervor.

Durch die Reformation entstanden rein protestantische Staaten, wie es deren rein katholische gab, und die bürgerlichen Zustände der Einzelnen wurden nach wie vor von dem kirchlichen Bekenntnisse abhängig gemacht. Obgleich in der großen religiösen Bewegung des sechszehnten Jahrhunderts der Keim zu einer später reifenden moralischen Freiheit lag, so konnte derselbe, bei der Art wie auch unter den Protestanten Staat und Kirche in einander aufgingen, sich nicht vollkommen entwickeln. Unter Gewissensfreiheit ward vom Protestantismus lange Zeit hindurch im Grunde nur die Verwerfung der katholischen Glaubenslehren verstanden. Denn auch in den protestantischen Ländern blieb der Einzelne dem herrschenden Kultus und dessen Formen nach wie vor unbedingt unterworfen, und es ward ihm in dieser Beziehung keine Wahl gestattet. In Großbritanien, Holland, Skandinavien, in den protestantischen Theilen Deutschland's und der Schweiz waren die Katholiken eben so, wie in Frankreich, Italien, Spanien u. s. w. die Protestanten von dem Genusse der bürgerlichen Rechte ausgeschlossen. Indessen wurde, vermöge des im Protestantismus wirklich enthaltenen, obgleich lange nur dunkel begriffenen Rechts der freien Prüfung, in dessen Mitte kein so tiefer und zermalmender Druck gegen Andersgläubige als in den rein katholischen Staaten ausgeübt.

Die ursprüngliche Absicht der Revolution ging in Betreff der religiösen Frage darauf hinaus, die Kirche dem Staate durchaus unterzuordnen, dieselbe nur als ein Rad in der großen Maschine des öffentlichen Lebens bestehen zu lassen, ihr aber jede eigenthümliche unabhängige Kraft zu entziehen. Da die Revolution unter einem katholischen Volke ausbrach, dessen Religion von seinem Klerus vertreten war, so sollte dieser vor Allem umgewandelt, und ihm seine besondere Stellung genommen werden. Es wurde deshalb der Geistlichkeit ein unbedingter Eid auf die Verfassung, ohne Berücksichtigung ihres Nexus mit dem Pabstthum, und ihrer auf der Tradition und kanonischen Vorschriften beruhenden Disciplin auferlegt, und der damals in Frankreich geltende Grundsatz der Wahl jeder Obrigkeit durch das Volk, auf die Ernennung

zu allen kirchlichen Aemtern übergetragen. Dieser Versuch, die Kirche dem Staate zu unterwerfen, scheiterte, ungeachtet der Anwendung der gewaltsamsten Mittel, an dem Widerstande des Klerus, und der Abneigung des, allmälig zum Glauben seiner Väter zurückkehrenden, Volkes gegen Eingriffe in eine Ordnung der Dinge, welche in seinen Augen einer übersinnlichen Quelle entsprungen war. In einer Nation, welche eine Revolution wie die von 1789 bis 1794 durchgemacht hatte, mußte, wenn sie nicht in einen bodenlosen Abgrund versinken sollte, das Bedürfniß der Religion wieder mit verdoppelter Stärke erwachen. Dieses Gefühl hatte selbst von dem größten aller Stürme nicht ganz entwurzelt und verweht werden können.

Nach einer mehrjährigen Anarchie, während welcher Staat und Kirche, wie Licht und Finsterniß im Chaos der Alten, mit einander gerungen hatten, ward ihre gegenseitige Stellung von Napoleon, welcher bei dieser Gelegenheit eine bewundernswürdige Klarheit und Tiefe der Einsicht in den Geist und die Bedürfnisse der Zeit bewies, mit sorgfältiger Erwägung der verschiedenen Natur aber ähnlichen Bestimmung dieser beiden Stützpunkte der Gesittung, von Neuem und wahrscheinlich für immer festgesetzt. Durch das mit dem römischen Stuhle abgeschlossene Konkordat gelangte die Hierarchie wieder in den Besitz aller von der Erfüllung ihrer wahren Aufgabe unzertrennlichen Rechte, während zugleich die von der Revolution errungene Unabhängigkeit der weltlichen Gesetzgebung von dem kirchlichen Glauben, und die bürgerliche Gleichberechtigung der verschiedenen Konfessionen in ihrer ganzen Stärke aufrecht erhalten wurde. Staat und Kirche sollten fortan dasselbe Ziel, die Veredelung der Menschheit und Erhaltung des innern Friedens, aber auf getrennten Bahnen, verfolgen, weder in einander verschwimmen, noch sich feindlich begegnen. Es war dies der erste im Großen in Europa angestellte Versuch, die geistliche und weltliche Macht, jede auf dem ihr zustehenden Gebiet, von einander frei zu machen, ohne deshalb den zwischen ihnen bestehenden innern Verband zu lösen. Dieser Versuch ist, ungeachtet einzelner Störungen und Rückschritte, im Ganzen von einem vollständigen Erfolge gekrönt worden, und Frankreich hat dadurch ein Beispiel aufgestellt, welchem über kurz oder lang alle gesitteten und aufgeklärten Völker folgen werden.

Preußen war, lange vor der französischen Revolution, ein Land religiöser Duldung und des friedlichen Zusammenlebens verschiedener kirchlicher Bekenntnisse gewesen. Den gegen die Juden ausgeübten Druck abgerechnet, von dem aber damals kein Staat, Holland ausgenommen,

frei war, fand in Preußen wirkliche Religionsfreiheit statt, waren zwischen den christlichen Konfessionen keine bestimmten Schranken aufgestellt. Die kirchliche Toleranz war in Preußen, welches nicht weit in die Vergangenheit zurückreichte, und keine abgeschlossene Nationalität darstellte, leichter als in manchen anderen Staaten einzuführen gewesen, welche von ihren religiösen und politischen Antecedentien beherrscht wurden, tiefe Gegensätze enthielten, und sich, da sie mehr eigentliches geschichtliches Leben besaßen, überhaupt weniger als Preußen in der Sphäre einer, von gewissen allgemeinen Vernunftbegriffen geleiteten, Entwickelung bewegen konnten. Die meisten der den nachmaligen preußischen Staat bildenden Provinzen waren von dem Wirbel der Religionskriege nicht so heftig wie viele andere Gegenden Deutschland's, wie die Niederlande und ein Theil Frankreich's, ergriffen gewesen. Die Reformation war in das brandenburgische Gebiet, ohne erheblichen Widerstand zu finden, eingedrungen, und hatte keine hartnäckigen Kämpfe zu ihrer Erhaltung zu führen gehabt. Da der Protestantismus dort nicht bedroht gewesen, so war er auch weniger eifersüchtig auf sein Dasein, und mithin weniger ausschließend gegen Andersgläubige geworden. Es waren unter der Bevölkerung, welche später unter der Benennung: Preußen — zusammengefaßt werden sollte, keine Ereignisse, wie die Bartholomäusnacht, die Pulververschwörung u. s. w. vorgefallen, welche, wenn auch äußerlich verschwunden, lange in der Erinnerung nachwirkten, und, in den Gesetzen wie in den Vorstellungen, schwer zu vertilgende Spuren zurückgelassen hatten. Eine gewisse Leidenschaftslosigkeit, welche keine tiefen Bewegungen und Widersprüche aufkommen läßt, mußte der in einem solchen Volke vorherrschende Charakter werden. Indessen war es immer ein lobenswerther, das brandenburgische Regentenhaus auszeichnender Zug, daß dieses, als später katholische Bevölkerungen von ihm abhängig wurden, denselben keinen Zwang auferlegte, überhaupt nicht seine Macht, wie dies anderswo so oft geschehen, zur Unterdrückung eines von ihm abweichenden kirchlichen Bekenntnisses abwandte. Obgleich Friedrich der Große dem Christenthum, katholischem wie protestantischem, abgeneigt war, so that er doch nichts um dessen Wirksamkeit zu stören und zu hemmen, und es ward von ihm, mit einer bei dem Besitz einer unumschränkten Gewalt seltenen Weisheit und Mäßigung, in dieser Beziehung seine persönliche Ueberzeugung von seinem Walten als Fürst getrennt.

Die Gleichberechtigung der christlichen Konfessionen stand jedoch in Preußen nur als eine Gewohnheit, ein Herkommen, eine geschichtliche

Thatsache da, stützte sich nicht, wie in Frankreich, auf eine bestimmte gesetzliche Gewährleistung, war nicht, wie dort, in einer für Regierung und Volk gleich verbindlichen Verfassung ausgesprochen. Da das Regentenhaus in Preußen protestantisch war, und dem Souverain allein das Recht der Gesetzgebung zustand, so lag auf der einen Seite die Versuchung und auf der anderen der Verdacht nahe, daß derselbe sich, nicht in den Glauben seiner katholischen Unterthanen, was nie geschehen ist, wohl aber in diejenigen Zustände derselben einmischen könne, welche von der katholischen Kirche, im Gegensatz zum Protestantismus, als zu ihrem Wesen gehörig betrachtet werden, und über welche sie dem Staate keine Entscheidung einräumt. Es war dies besonders bei der Behandlung solcher Institutionen zu fürchten, welche, wie die Ehe, eine weltliche und geistliche Seite enthalten, welche letztere aber von dem Lehrbegriff der katholischen Kirche so hervorgehoben wird, daß sie über die Bedingungen bei Eingehung dieses Verhältnisses allein bestimmen zu können behauptet.

Nirgends wäre die gegenseitige Unabhängigkeit der geistlichen und weltlichen Macht, auf dem jeder von ihnen ursprünglich zugehörigen Gebiet, natürlicher und nothwendiger als in Preußen gewesen, da es der konfessionell gemischteste unter den großen Staaten Europa's ist. Zu dem rein protestantischen Kern waren allmälig so viele katholische Bestandtheile hinzugekommen, daß der Zustand des Ganzen von dieser Veränderung nicht unberührt bleiben konnte. Da aber in diesem Lande nicht blos das materielle, sondern auch das moralische Uebergewicht immer auf der Seite des Protestantismus lag, so wäre von einer vollkommenen Freigebung des katholisch-kirchlichen Elements für die eigenthümliche Entwickelung Preußen's nichts zu fürchten gewesen. Es würde dadurch vielmehr Ausbrüchen des Mißtrauens und der Uneinigkeit, so wie auf dem Boden des Rechts schwer zu entscheidenden Streitigkeiten vorgebeugt, und die weltliche Einheit des Staates gefördert worden sein. Aber so wie das preußische Königthum zwar mit Gerechtigkeit und Mäßigung regieren, aber seine Allgewalt nicht verfassungsmäßig beschränken lassen wollte, eben so ward von demselben keine durchgreifende Scheidegrenze zwischen der kirchlichen und weltlichen Gesetzgebung anerkannt.

Im Jahre 1803 hatte König Friedrich Wilhelm III. für den damaligen preußischen Staat, dessen katholische Bevölkerung durch die Theilung Polen's sehr vermehrt worden, die Verordnung erlassen, daß bei gemischten Ehen die konfessionelle Erziehung der Kinder von dem

Willen des Vaters abhängen sollte. Diese Bestimmung war so natürlich und unparteiisch erschienen, indem sie die beiden Religionsparteien auf dieselbe Linie stellte, daß sie lange Zeit hindurch weder Bedenken noch Widerspruch erregt hatte. Der von der französischen Revolution erregte und unter Napoleon fortdauernde Kriegssturm lenkte die Aufmerksamkeit von religiösen Fragen ab. Der Katholicismus hatte in Deutschland durch den Untergang der geistlichen Fürstenthümer viel verloren, aber ohne daß der Protestantismus dadurch begünstigt worden wäre. Die kirchliche Seite des Lebens war überhaupt zurückgedrängt worden. Aber Napoleon's Sturz sollte in der inneren Stimmung der Menschen, wie in der äußeren Lage der Welt, eine große Veränderung herbeiführen, und der Kampf der Parteien und Meinungen an die Stelle des verklungenen Waffengetümmels treten.

Das Pabstthum war, durch die Gefangenschaft Pius VII. und den Verlust seiner weltlichen Herrschaft eine Zeit lang wie an allen Gliedern gelähmt gewesen. Aber durch die Auflösung des französischen Kaiserreiches und die Wiederherstellung des Kirchenstaates wurden wenigstens seine äußeren Wunden schnell geheilt. Es hatte nicht nur nicht mehr für sein Dasein zu fürchten, sondern konnte sogar wieder an die Vermehrung seiner Macht denken. Die Besiegung Napoleon's, des gekrönten Repräsentanten der Revolution, kam den Päbsten noch mehr als den Königen zu statten. Letztere hatten allerdings nichts mehr von einem außerhalb ihres Kreises emporgestiegenen Eroberer zu besorgen, geriethen aber sehr bald fast überall in Streit mit ihren eigenen Völkern, während die Hierarchie eine Reihe von Jahren hindurch ihren Einfluß ungestört ausbreiten konnte. Man hatte die großen Erschütterungen der Zeit vornehmlich der Abnahme des religiösen Gefühls Schuld gegeben. Die katholischen Mächte sahen im Pabstthum, als der ältesten und allgemeinsten Autorität in Europa, den eigentlichen Hort des Konservatismus, und die protestantischen Fürsten stimmten, wenn auch durch die Konfession von Rom getrennt, mit dessen politischen Maximen überein. Preußen hatte sich, bei den Unterhandlungen über die Feststellung der kirchlichen Verhältnisse in seinen westlichen Provinzen, den Wünschen des römischen Hofes geneigter gezeigt, als bei ähnlichen Gelegenheiten von katholischen Staaten, wie Oesterreich und Frankreich, geschehen war. Indessen konnten, ungeachtet dieses momentan guten Einverständnisses, die Folgen der mancherlei Gegensätze, welche zwischen dem protestantischen Altpreußen und dem neuerdings hinzugekommenen katholischen Rheinlande bestanden, nicht ausbleiben. Es hätte zu deren Vermeidung der Trennung der

Kirche vom Staate oder wenigstens einer freisinnigen Verfassung bedurft, was aber Beides von den damals in Preußen herrschenden Vorstellungen verworfen wurde.

Durch die preußische Herrschaft am Niederrhein waren mehr protestantische Altpreußen als früher geschehen, besonders Beamte und Officiere, in jene Gegenden gekommen. Diese meist jung und unverheirathet, gingen in ihrer neuen Heimath Ehebündnisse, und, sich in ausgezeichneter Stellung befindend oder zu deren einstiger Erlangung berechtigt, meist mit Mädchen aus den reicheren und höheren Klassen ein. Gewöhnlich wurden unter den aus diesen Ehen hervorgegangenen Kindern die Knaben in der Religion des Vaters erzogen. Von der katholischen Geistlichkeit ward hierin eine Gefahr für die ihrer Leitung anvertraute Bevölkerung gesehen, und der Abschließung der gemischten Ehen so viel als möglich entgegengewirkt. Die liberale Partei in der Rheinprovinz, welche, obwohl aus anderen Gründen, dem altpreußischen Wesen ebenfalls abhold war, schloß sich in dieser Beziehung dem Klerus an. Schon im Jahre 1817 hatte Pabst Pius VII. in einem an den damaligen Generalvikar von Ehrenbreitstein erlassenen Breve die gemischten Ehen im Allgemeinen verworfen, und sie nur in solchen Fällen für zuläßig erklärt, wo hinlängliche Sicherheit für die katholische Erziehung sämmtlicher Kinder gegeben wurde. Pabst Leo XII. hatte diese Erklärung seines Vorgängers erneuert.

Durch den über dieses Verhältniß zwischen dem katholischen und protestantischen Element angefachten Streit war in das Innere des Familienlebens häufig eine Uneinigkeit gebracht worden, welche auch in die öffentlichen Zustände überzugehen drohte. König Friedrich Wilhelm III. glaubte diesen Störungen dadurch ein Ende zu machen, daß er durch eine Kabinetsordre vom 17. August 1825 die schon seit dem Anfange des Jahrhunderts in den östlichen Provinzen der Monarchie bestehende Verordnung, wonach bei gemischten Ehen die konfessionelle Erziehung der Kinder vom dem Vater abhängig gemacht wurde, auch in den westlichen Landestheilen einführte. Es geschah dies nicht in der Absicht, den Katholicismus zu beschränken oder gar zu unterdrücken, da dem katholischen wie dem protestantischen Vater dieselbe Befugniß eingeräumt, mithin eine vollkommene Gleichstellung ausgesprochen war. Die Erscheinung, daß altpreußische Beamte und Offiiere, welche in das Rheinland gekommen waren, Katholikinnen heiratheten, und ihre Kinder im Protestantismus erziehen ließen, konnte die ursprüngliche katholische Bevölkerung nicht vermindern, da die gemischten Ehen nur ausnahmsweise

und in gewissen Kreisen der Gesellschaft vorkamen. Auf diesem Wege hätte der Protestantismus sich nicht ausbreiten, und dem Katholicismus keine Besorgnisse einflößen können.

Aber die ausschließende Natur der katholischen Kirche, welche sich im alleinigen Besitz der Wahrheit glaubt, und die Stellung, welche der Pabst, der Niemandes Unterthan ist, an ihrer Spitze einnimmt, mußten diesen Schritt der preußischen Regierung bedenklich erscheinen lassen. Nach der oben erwähnten Kabinetsordre sollte der Geistliche auch ohne das Versprechen der katholischen Kindererziehung einer gemischten Ehe die Einsegnung gewähren. Dadurch wurde der Priester zur Bestätigung eines Bundes gezwungen, bei welchem ein Theil die ihm von seiner Kirche auferlegte Pflicht verletzte, und sich thatsächlich von ihr lossagte. Der Umstand, daß ein solches Gesetz von einem protestantischen Fürsten ausging, der eine unumschränkte Macht ausübte, bei dem man deshalb zwischen seiner Stellung und seiner Person nicht unterscheiden konnte, flößte der katholischen Geistlichkeit Verdacht ein, daß es damit auf ihre religiöse Unabhängigkeit abgesehen sei. Ein solcher Plan lag der preußischen Regierung ganz fern. Sie hatte nur den inneren Frieden erhalten wollen, durch das dazu gewählte Mittel aber die zwischen dem Staate und dem Katholicismus bestehende Grenze verkannt.

Die bei der Ausführung der Kabinetsordre vom 17. August 1825 sich erhebenden Schwierigkeiten traten, so lange der damalige Erzbischof von Köln, Graf Spiegel zum Desenstein, lebte, wenig hervor. Die Unzufriedenheit griff im Stillen um sich, brach aber nirgends in offenen Widerstand aus. Der Erzbischof, welcher, wie sein Zeitgenosse v. Wessenberg, ehemaliger Bisthumsverweser von Konstanz, einer freieren Ansicht über die katholischen Kirchenverhältnisse huldigte, suchte jeder Uneinigkeit zwischen der weltlichen und kirchlichen Macht vorzubeugen. Die preußische Regierung erlaubte, obgleich im Ganzen auf der Vollziehung ihrer Verordnung bestehend, den Bischöfen in einzelnen Fällen bei dem päbstlichen Stuhle Belehrung einzuholen. Rom gab in der Praxis nach, ohne sich über das Princip selbst entschieden auszusprechen. Pius VIII. erließ ein Breve über diese Angelegenheit, welches in Berlin als ein Zugeständniß angesehen wurde, in welchem aber die Ausdrücke so vorsichtig gewählt waren, daß sie eine doppelte Auslegung zuließen. In Folge der scheinbaren Nachgiebigkeit der Kurie kam zwischen der preußischen Regierung und den rheinisch-westphälischen Bischöfen eine Uebereinkunft (19. Junius 1834) zu Stande, in welcher diese versprachen, in Bezug auf die gemischten Ehen den Gesetzen des Staates gemäß zu handeln.

Mit dem 1835 erfolgten Tode des Grafen Spiegel zum Desenstein, welcher, obgleich von den Ultramontanen der Lauigkeit angeklagt, der Kurie nie Veranlassung zu Klagen über ihn gegeben hatte, trat in den kirchlichen Angelegenheiten ein Wendepunkt ein. Noch vor der Erwählung eines neuen Oberhirten erschien ein päbstliches Breve, durch welches die Schriften des 1831 verstorbenen Professors Hermes, der früher in Münster und später in Bonn Vorlesungen über katholische Theologie gehalten hatte, verboten wurden. Derselbe hatte keine der katholischen Glaubenslehre entgegengesetzten Meinungen aufgestellt, sondern nur danach gestrebt, die Offenbarung und Vernunft mit einander in Uebereinstimmung zn bringen. Das Ergebniß seiner Forschungen stimmte mit den Vorschriften der Kirche überein, aber seine Methode war eine andere, und konnte möglicher Weise auch zu einem verschiedenen Ziele führen. Man hatte ihn viele Jahre lang ungehindert sprechen und schreiben lassen. Jetzt wurden seine Lehren verworfen, seine Bücher verboten, und man fing die Bekannteren unter seinen vielen Schülern des Irrglaubens zu beschuldigen an. Das Feuer wurde besonders von München aus geschürt, wo sich seit der Stiftung der Universität eine ultramontane Propaganda gebildet hatte, wie deren in Wien schon seit dem Wiener Kongreß eine absolutistische bestand.

Es gab damals am Rhein und im katholischen Westphalen nicht viele Geistliche, welche sich zur Bekleidung der hohen Kirchenämter geeignet hätten. Als die preußische Regierung sich nach einem Kandidaten für den Kölner Erzstuhl umsah, ward ihr der Weihbischof von Münster, Baron Droste von Vischering aus dem Grunde empfohlen, weil er dem Geiste der Zeit entgegen sei, und in allen Dingen am Alten hänge. Es war dies auch in der That der Fall, obgleich in einem anderen Sinne, als man in Berlin geahnt hatte. Droste von Vischering war ein Mann von ehrwürdigem Charakter aber geringer Befähigung, starr und beschränkt, allerdings ein entschiedener Gegner aller freisinnigen Neuerungen, aber auch eben kein besonderer Anhänger einer Ordnung der Dinge, nach welcher die noch vor einem Menschenalter unabhängigen Kirchenfürsten von Köln, Trier und Münster sich unter der Herrschaft eines protestantischen Monarchen befanden.

Droste von Vischering ward zum Erzbischofe von Köln erhoben, und hatte die am 19. Junius 1834 zwischen der preußischen Regierung und den rheinischen und westphälischen Prälaten über die gemischten Ehen abgeschlossene Uebereinkunft angenommen. Er begann sein Kirchenregiment damit, das päbstliche Breve in Betreff der Hermesianischen

Lehren zur strengsten Ausführung zu bringen, und die dieser Grundsätze verdächtigen Professoren und Geistlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Er ließ eine Erklärung, achtzehn Artikel enthaltend, aufsetzen, zum Theil gegen Hermes System gerichtet, zum Theil eine durchgreifende Anerkennung der geistlichen Gewalt bezweckend, die von Allen, welche sich um die Priesterweihe oder ein geistliches Amt bewarben, angenommen und unterzeichnet werden mußte. Es ward darin das Versprechen abgelegt, in kirchlichen Verhältnissen von der Entscheidung des Erzbischofes nur an den Pabst zu appelliren, während bisher unter gewissen Umständen eine Berufung an die obersten Staatsbehörden statt gefunden hatte.

Ungeachtet dieses gebieterischen Auftretens des Erzbischofes, welches von der milden Weise seines Vorgängers unvortheilhaft abstach, hütete sich derselbe eine Zeit lang dem in Beziehung auf die gemischten Ehen eingegangenen Versprechen entgegen zu handeln. Aber der römische Hof hielt den Augenblick für geeignet, diese Frage im Sinne der strengen Kirchenlehre zur Entscheiduug zu bringen. Er beklagte sich bitter über die preußische Regierung, welche, ohne Genehmigung der obersten Autorität in der katholischen Kirche, die rheinischen und westphälischen Bischöfe zu der Uebereinkunft vom 19. Junius 1834 verleitet habe, und verbot ausdrücklich die Einsegnung jeder gemischten Ehe, wenn nicht vorher das Versprechen der katholischen Kindererziehung abgelegt worden wäre. Droste von Vischering glaubte, wie er denn in der That auch nicht anders konnte, sich dem bestimmt ausgesprochenen Willen des Pabstes unterwerfen zu müssen. Es wäre ihm allerdings noch der Ausweg übrig geblieben, seine Stelle als Erzbischof niederzulegen, und dadurch dem Widerspruche zu entgehen, in welchen er durch sein früheres Versprechen und dessen spätere Zurücknahme, zwischen den Forderungen der Regierung und Entscheidung der Kurie, gerathen war. Er fürchtete aber dadurch einen Beweis persönlicher Schwäche abzulegen, und die gegen seine Diöcese eingegangene Verpflichtung zu verletzen. Nach langen fruchtlosen Unterhandlungen wurde der Erzbischof auf königlichen Befehl am 20. November 1837 verhaftet, und als Staatsgefangener nach der Festung Minden abgeführt.

Dieses Ereigniß brachte in ganz Europa ein großes der preußischen Regierung nachtheiliges Aufsehen hervor. Ihre Gegner in und außer Deutschland klagten sie der Willkühr und Gewaltsamkeit an. Da in zweifelhaften Fällen dem römischen Stuhle allein die Auslegung der Kirchenlehren zusteht, so konnte keine von einzelnen Bischöfen gegen die

weltliche Macht eingegangene Verpflichtung, ohne die päbstliche Bestätigung, Gültigkeit haben. Die Ehe ist nach katholischen Religionsgrundsätzen ein Sakrament, und es hängt von der Kirche ab, die Bedingungen bei Spendung ihrer Heilsmittel festzustellen. Die preußische Regierung gerieth in diesem Falle mit sich selbst in Widerspruch, indem sie sonst von jeher die konfessionelle Freiheit begünstigt hatte, jetzt aber einen Eingriff in zum Wesen der katholischen Kirche gehörige Verhältnisse that.

Von Pabst Gregor XVI. ward gegen die dem Erzbischofe von Köln widerfahrene Behandlung eine feierliche Verwahrung eingelegt, und an alle katholischen Höfe versandt. Die preußische Regierung hatte fast alle Parteien gegen sich. Von den Ultramontanen ward sie als protestantisch, von den Liberalen als absolutistisch, angegriffen. Selbst die Gemäßigten und Unparteiischen konnten sich nicht verhehlen, daß sie bei dieser Angelegenheit nicht in ihrem Recht sei. Wäre in Preußen die kirchliche und weltliche Gesetzgebung von einander unabhängig gewesen, so hätte eine solche Kollision, wie über die gemischten Ehen, gar nicht vorkommen können. Der katholische Theil hätte entweder das ihm von seiner Kirche, welcher er, so lange er zu ihr gehört, zum Gehorsam verpflichtet ist, abgeforderte Versprechen geleistet, oder sich von ihr ganz losgesagt. Die katholischen Bischöfe wären in rein weltlichen Dingen dem Staate wie alle anderen Unterthanen unterworfen, in der kirchlichen Sphäre aber nur ihrem geistlichen Oberhaupte verpflichtet gewesen. Preußen würde nicht nur als Staat überhaupt, sondern auch als vorzugsweise protestantischer Staat, durch eine solche Stellung zur katholischen Kirche nichts verloren, sondern vielmehr in Bezug auf seine politische Einheit und Unabhängigkeit gewonnen haben.

Dieser Kampf zwischen der geistlichen und weltlichen Macht, der um so mehr auffallen mußte, da eine solche Erscheinung in Preußen durchaus neu war, blieb aber nicht auf das Rheinland und das katholische Westphalen beschränkt, sondern brach auch am entgegengesetzten Ende der Monarchie, im Großherzogthum Posen, aus. Martin von Dunin, Erzbischof von Posen und Gnesen, glaubte, nachdem ihm die Erklärung der Kurie in Betreff der gemischten Ehen zugekommen, der von der preußischen Regierung darüber gegebenen Verordnung nicht länger nachkommen zu können. In einem an die Geistlichkeit seiner Diöcese gerichteten Hirtenbriefe (Januar 1838) befahl er ihr, sich bei Abschließung der gemischten Ehen einzig nach den päbstlichen Vorschriften zu richten. Im Großherzogthum Posen trat zu den konfessionellen Gegensätzen noch die nationale Antipathie zwischen Deutschen und Polen hinzu. Die preußische

Regierung beschloß den Erzbischof wie einen ihr ganz angehörigen Beamten zu behandeln, obgleich ein katholischer Prälat, genau genommen, sich nicht in dieser Lage befindet, auch wenn er vom Staate besoldet wird, und reichte beim Kammergericht in Berlin eine Klage wegen Ueberschreitung amtlicher Befugnisse gegen ihn ein. Derselbe wurde zur Enthebung von seiner Stelle und einer sechsmonatlichen Haft verurtheilt. Martin von Dunin war damals gerade in Berlin anwesend. Die Freiheitsstrafe ward ihm sogleich erlassen, und die Vollziehung des Erkenntnisses, die Entsetzung von seiner Würde betreffend, aufgeschoben. Die preußische Regierung hoffte noch Mittel zu finden, um die Bestimmungen der Kurie mit den bestehenden Gesetzen in Einklang zu bringen. Es war aber dem Erzbischof aufgegeben worden, vorläufig ohne königliche Erlaubniß die Hauptstadt nicht zu verlassen. Martin von Dunin entfernte sich, wie es scheint einzig in der Absicht, um Aufsehen zu erregen, heimlich von Berlin, und erschien plötzlich in Posen, wo er am 6. Oktober (1839) verhaftet und nach der Festung Kolberg abgeführt wurde. Obgleich sich der Erzbischof von Posen und Gnesen vollkommen in demselben Falle wie der von Köln befand, so hatte sein Schicksal doch nicht dieselbe Theilnahme erregt, wahrscheinlich weil seine Person weniger bekannt war, und sein Wirkungskreis ferner lag. Es wird immer für eine auffallende Erscheinung gelten, daß in einem Lande, wie Preußen, wo bis zur französischen Revolution hin, nächst Holland, die meiste Religionsfreiheit bestanden hatte, später die beiden ersten katholischen Prälaten, blos weil sie sich in kirchlichen Dingen nicht der weltlichen Macht unterordnen wollten, als Staatsgefangene behandelt wurden. Es kam dies von der, damals in Preußen herrschenden, irrigen Vorstellung über die Allgewalt des Staates her, der zwar in gewissen Fällen Zugeständnisse mache, aber, sich gegenüber, keine eigentlichen Rechte anerkenne, und sich in allen wesentlichen Dingen die letzte Entscheidung immer selbst vorbehalte. Dieser Grundsatz kann, besonders wenn seine Anwendung in der Hand eines Einzigen liegt, zur größten Ungerechtigkeit und Willkühr führen.

Die preußische Regierung vermochte es nicht, ihre Absichten in Betreff der gemischten Ehen auch nur für den Augenblick vollkommen durchzusetzen. Ungeachtet der Verhaftung des Erzbischofs Dunin versagte die Geistlichkeit im Großherzogthum Posen die Einsegnung, wenn nicht die von ihr gestellte Bedingung erfüllt war. Am Rhein und in Westphalen schlug der Kultusminister einen Mittelweg ein, indem er der Geistlichkeit eröffnete, daß das Gesetz nur die Abforderung eines ausdrücklichen Versprechens, aber nicht „bescheidene Erkundigungen“, wie es hieß, verbiete,

nach denen es jedoch dem Priester überlassen wurde, im einzelnen Falle sein weiteres Verhalten einzurichten. In Bezug auf die Praxis konnte diese Ermäßigung der Kabinetsordre vom 17. August 1825 für eine Zurücknahme derselben gelten.

König Friedrich Wilhelm III. sollte nicht mehr die Erledigung dieses zwischen seiner Regierung und der Hierarchie entstandenen Streites erleben, welcher erst unter seinem Sohne und Nachfolger befriedigend beigelegt wurde. Er starb am 7. Junius 1840 nach einer zweiundvierzigjährigen von Glück und Unglück, Licht und Schatten, wie die Zeit selbst, in welcher er waltete, wunderbar gemischten Regierung, deren Ergebniß, ungeachtet aller einzelnen Fehler und Mißgriffe, im Ganzen und Großen betrachtet, für Preußen und Europa heilsam und fördernd gewesen ist. Sein Tod hat eine größere Bedeutung als der seines Zeitgenossen und Verbündeten, des Kaisers Franz I. von Oesterreich, gehabt. Mit Friedrich Wilhelm III. sank für Preußen und in mancher Beziehung für Deutschland eine bestimmte Epoche in das Grab, und brach eine neue Zeit an. Derselbe besaß einige der wichtigsten und schätzbarsten Regenteneigenschaften wie: eine besonders bei einem unumschränkten Fürsten seltene Selbstbeherrschung, sorgfältige und kalte Erwägung der Umstände, Festigkeit in dem was ihm wesentlich erschien, und Nachgiebigkeit in untergeordneten Dingen. Es fehlte ihm dagegen an dem erfinderischen Triebe zu gestalten und zu schaffen, der aber in allen Lebensstellungen selten und eine Gabe der Natur ist, und dessen Ermangelung deshalb Niemandem zum Vorwurf gemacht werden kann. Was diesen König in den Augen der Nachwelt immer auszeichnen wird, ist der persönlich ruhmvolle Antheil, welchen er an der Befreiung Deutschland's im Jahre 1813 nahm, die, ohne seinen Vorgang und seinen Einfluß, entweder gar nicht oder wenigstens nicht so vollständig erreicht worden wäre.

29. Frankreich seit dem Tode Casimir Perier's. — Republikanischer Aufstand bei Gelegenheit der Leichenfeier des Generals Lamarque. — Legitimistische Bewegung in der Vendée. — Verhaftung der Herzogin von Berry. — Maßregeln gegen die Tagespresse und die Vereine. — Aufstand in Lyon. — De la Fayette's Tod. — Unterrichtsgesetz. — Höllenmaschine. — Septembergesetze. — Häufiger Ministerwechsel. — Soult, Broglie, Guizot, Thiers, vorzugsweise zu der Staatsverwaltung herangezogen, aber der Gang der Regierung von Ludwig Philipp I. selbst bestimmt. — Doktrinaire. — Tierspartei. — Opposition. — Verfehlte Versuche des Prinzen Ludwig Napoleon, in Straßburg und Boulogne, die Juliusmonarchie zu stürzen. — Wiederholte Mordanfälle auf den König. — Krieg in Algerien. — Verhältniß Ludwig Philipp I. zum Auslande.

Das am 16. Mai (1832) erfolgte Abscheiden Casimir Perier's war unter den damaligen Umständen von einer großen Bedeutung gewesen. Dieser Minister hatte während seiner dreizehnmonatlichen Verwaltung eine feste Majorität in der Deputirtenkammer geschaffen, jeden Widerstand überwältigt, und die auf vielen Punkten Frankreich's bedrohte Ruhe wiederhergestellt. Seine unausgesetzte, und, durch ihre Beschränkung auf das Wesentliche, besonders wirksame Thätigkeit, seine Kenntniß der inneren Zustände, eine scharfe, leidenschaftliche Gabe des Ausdruckes, welche die Gegner einschüchterte und die Unentschiedenen für sich gewann, hatte ihn unter der Juliusmonarchie eben so zum Haupt der konservativen Partei gemacht, wie er unter der Restauration das hervorragendste Mitglied der Opposition gewesen war. Seine gebieterische Persönlichkeit war dem Könige nicht angenehm gewesen, der ihn nur nothgedrungen walten ließ, und seinen Tod wie eine Befreiung von einem ihm auferlegten Joche ansah. Aber Ludwig Philipp I. sollte keinen so kräftigen und entschiedenen Minister mehr finden. Einige von Casimir Perier's Nachfolgern konnten zu der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten eben so viel oder noch mehr Geschäftskenntniß und Beredtsamkeit mitbringen, mit mehr politischer und litterarischer Bildung ausgestattet sein, keiner derselben ist ihm an praktischem Scharfblick bei Ergreifung und Durchführung der für den Augenblick geeigneten Maßregeln, besonders aber nicht an dem zwingenden Eindrucke gleich gekommen, den Perier auf seine Widersacher auszuüben verstand, und wobei er durch eine seltene Vereinigung von Unerschrockenheit des Charakters und Fruchtbarkeit des Talents unterstützt wurde. Ob er im Stande gewesen wäre, den Strom der Revolution auf die Dauer einzudämmen,

mag zweifelhaft erscheinen, er hat ihn wenigstens eine Zeit lang aufzuhalten gewußt. Ungeachtet der vorangegangenen großen Erschütterungen, war die äußere Ordnung von ihm auf eine so feste Grundlage gestellt worden, daß mit Hülfe derselben die Juliusmonarchie den sich gegen sie erhebenden Stürmen viele Jahre lang zu trotzen vermocht hat. Ohne Casimir Perier würde sie viel früher zusammengestürzt sein. Dem von ihm gegründeten System ist es zuzuschreiben, daß die auf ihn folgenden theils schwachen, theils in sich uneinigen Ministerien so lange ein von Hause aus schwankendes Gebäude haben stützen können.

Obgleich der Graf von Montalivet, welcher das Ministerium des Innern übernommen, und das des öffentlichen Unterrichts an den bisherigen Präsidenten der Deputirtenkammer, Girod de l'Ain, abgegeben hatte, so viel als möglich in Perier's Fußstapfen trat, so hofften die der Regierung feindlichen Parteien aus der eingetretenen Veränderung Vortheil für Erreichung ihrer Zwecke ziehen zu können. In der Deputirtenkammer traten hundertundvierzig Mitglieder der Opposition zu einer öffentlichen Erklärung zusammen, worin sie die Juliusmonarchie des Abfalles von den Ideen von 1789 und 1830, und der Fortsetzung der von der Restauration eingeschlagenen Bahn beschuldigten. Zu den Unterzeichnern dieses „Rechenschaftsberichtes (compte rendu)", welcher unter dem Vorwande, das Volk über die Thätigkeit seiner Vertreter aufzuklären, das Ministerium und mittelbar den König selbst hart angriff, gehörten der Marschall Clauzel, die Generale Lamarque und Bertrand, welcher letzterer bei Napoleon in St. Helena gewesen, Dupont de l'Eure, Odilon Barrot, Franz Arago, der für den ersten wissenschaftlichen Namen Frankreich's galt, und vor Allen de la Fayette und Lafitte, welche schon damals mit Ludwig Philipp I. vollkommen gebrochen hatten. Dieser Schritt der Opposition war geeignet die Erhaltungspartei, die Majorität in der Deputirtenkammer und in den Wahlkörpern, mit der Juliusmonarchie noch enger als vorher zu verbinden, brachte aber auf die geheimen Gesellschaften und die entschiedenen Gegner der Regierung eine entgegengesetzte Wirkung hervor.

Wenige Tage nach der Bekanntmachung des Rechenschaftsberichtes wurde der General Lamarque von der Cholera fortgerafft. Er war in seiner Jugend ein Anhänger der Gironde gewesen, und hatte unter dem Kaiserreich zu den wenigen höheren Officieren gehört, welche sich zuweilen der Republik erinnerten. Obgleich dies von Napoleon mit Mißfallen bemerkt wurde, so hatte derselbe Lamarque's militairisches Talent nie verkannt, und ihn noch in St. Helena, nebst Clauzel und Gerard, für den

besten der damals lebenden französischen Generale erklärt. Unter der Restauration hatte Lamarque in der Zurückgezogenheit gelebt, war aber beim Anblick der dreifarbigen Fahne wieder in Dienst getreten, und nach der Juliusrevolution, wie schon einmal während der hundert Tage, mit der Ueberwachung der Vendée beauftragt worden. Er war außerdem im Gebrauche der Feder fast eben so sehr wie in dem des Degens geübt, und der feurigste, schwungvollste Redner seiner Partei, der besonders durch die Erinnerung an den französischen Kriegsruhm auf das Nationalgefühl zu wirken verstand.

In Lamarque's politischen Meinungen lag übrigens, wie überhaupt in denen der äußersten Linken, etwas Unklares und Widerspruchvolles, das einem unparteiischen Blick nicht entgehen konnte. Die Leiter der Opposition fühlten selbst, daß Frankreich sich nicht zu einer Republik eigne, und doch arbeiteten sie am Sturze der Juliusmonarchie, welche ihrem Ideale von einer Staatsform so nahe als möglich kam. Sie rüttelten durch ihre demokratischen Theorien an dem konstitutionellen Königthum, ohne im Ernst die Absicht zu hegen, dasselbe durch die Republik ersetzen zu wollen. Es war in dem Wesen dieser Partei eine Halbheit und Unentschiedenheit vorhanden, die sie nicht zum Handeln kommen ließ. Als bald nach den Ereignissen in Brüssel (August 1830) von den dortigen Republikanern Lamarque der Oberbefehl über die belgischen Streitkräfte angeboten wurde, lehnte er ihn ab, und ließ sich die Gelegenheit zur Bethätigung seiner Grundsätze entgehen.

Der Rechenschaftsbericht der Opposition und Lamarque's Tod hatten unter den Republikanern eine große Aufregung verursacht. Sie beschlossen sein Leichenbegängniß zu einer Schaustellung ihrer Partei und Musterung ihrer Kräfte zu benutzen. Aber nur ein kleiner Theil von ihnen war zu einer offenen Schilderhebung geneigt. Die meisten geheimen Gesellschaften, selbst die mächtigste darunter, die der Volksfreunde, hielten den Augenblick zu einem Angriff auf die Regierung nicht für geeignet, und wollten erst die republikanischen Meinungen unter den Massen mehr verbreitet sehen.

Am 5. Junius (1832) fand sich eine ungeheure Volksmenge bei der vom schönsten Wetter begünstigten Leichenfeier des Generals Lamarque ein. Besonders zahlreich war der Stand der Fabrikarbeiter, unter ihnen viele ehemalige Soldaten, vertreten, aber es fehlte auch nicht an jungen Leuten aus den höheren Klassen, Studirenden des Rechts, der Medicin, Zöglingen der polytechnischen Schule u. s. w. Das Tragen einer rothen Fahne brachte zunächst eine Kollision mit der Polizei, welche

dieselbe fortnehmen wollte, und bald nachher der Ruf: „Es lebe die Republik!“ einen Kampf mit dem Militair hervor. Es wurden, wie bei der Juliusrevolution, Barrikaden errichtet, Wachtposten aufgehoben und Waffenvorräthe fortgenommen. Die Kunde von Dem, was auf dem Boulevard vorging, verbreitete sich im Innern der Stadt. Der Pulverrauch stieg der heißblütigen Bevölkerung in den Kopf, die in Schaaren dem Kampfplatze zuströmte. Ungeachtet ein Theil der Nationalgarde gegen die Aufständischen einschritt, hatten diese sich im Besitze einiger festen Stellungen behauptet. Von dem Linienmilitair war bei den Angriffen auf das Volk wenig Eifer bewiesen worden. Am 6. Junius kam der König von seinem Lustschlosse St. Cloud nach den Tuileries, und der Marschall Soult hatte während der Nacht durch Eilboten die Besatzungen der Umgegend nach der Hauptstadt entboten. Es ward eine große Macht (60,000 Mann Linientruppen und Nationalgarden) mit einer zahlreichen Artillerie zur Unterdrückung der Bewegung verwandt, deren letzte Vertheidiger, in den Gebäuden des ehemaligen Klosters St. Merry, nach einem verzweifelten Widerstande, erlagen. Der Kampf war einen Augenblick lang unentschieden gewesen, würde wahrscheinlich länger gedauert haben, und allgemeiner geworden sein, wenn ein berühmter Name sich an die Spitze der Republikaner gestellt hätte. Aber die Führer dieser Partei hielten sich von einem Unternehmen fern, dessen Planlosigkeit einen für sie günstigen Ausgang unmöglich machte.

Ludwig Philipp I. war geneigt, den über seine Gegner davon getragenen Sieg mit Mäßigung zu benutzen. Aber von dem Handelsstande der Hauptstadt, welcher, bei einer Wiederholung ähnlicher Auftritte für seinen Geschäftsbetrieb fürchtete, und von der Nationalgarde, welche während des Kampfes viele Verluste erlitten hatte, wurden Maßregeln der Strenge verlangt. Auch ein Theil des Ministeriums, besonders der Siegelbewahrer Barthe, welcher unter Karl X. bei jeder Gelegenheit die Revolution vertheidigt und an der Spitze einer Karbonariloge gestanden hatte, sprach sich in diesem Sinne aus. Paris ward in Belagerungszustand erklärt, und es wurden Kriegsgerichte zur schnellen Aburtheilung der zahlreichen Gefangenen niedergesetzt. Der Polizeipräfekt Gisquet, der später wegen Ungesetzlichkeit und Pflichtvergessenheit zur Untersuchung gezogen wurde, ließ sich die Verhaftung einer Menge von angesehenen Personen aus den beiden entgegengesetzten Parteien, den Demokraten und Legitimisten, angelegen sein. Denn es hatte sich das obwohl unbegründete Gerücht verbreitet, daß die Anhänger der Restauration und der Republik zum Sturze der Julimonarchie

zusammengetreten wären. Frankreich erlebte das seltsame Schauspiel, daß, unter Anderen, ein Mann wie Chateaubriand, welcher dem Argwohn und der Willkühr Napoleon's entgangen war, unter der Regierung Ludwig Philipp's als Gefangener nach der Policeipräfektur gebracht wurde.

Ungeachtet der Pariser Bürgerstand auf eine strenge Bestrafung der Aufständischen gedrungen hatte, so ward von ihm der Belagerungszustand und die Einsetzung von Kriegsgerichten, wegen des damit für die ganze Bevölkerung verbundenen Zwanges, mit Ungunst aufgenommen. Ein Artikel der 1830 revidirten Charte constitutionelle hatte ausdrücklich bestimmt, daß Niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe. Ein Kriegsgericht, welches über Bürger urtheilte, stellte aber offenbar einen Ausnahmszustand dar. Ein Maler Namens Geoffroy, welcher angeschuldigt war, am 5. Junius eine rothe Fahne getragen und auf die Truppen geschossen zu haben, wurde von dem Kriegsgericht zum Tode verurtheilt. Er appellirte an den Kassationshof, welcher das Erkenntniß als ungesetzlich verwarf. Die Regierung konnte jetzt nicht umhin den Belagerungszustand, nachdem er elf Tage gedauert hatte, aufzuheben. Die Gefangenen, gegen welche keine bestimmten Verdachtsgründe vorlagen, wurden auf freien Fuß gesetzt, die anderen aber, welche der Theilnahme am Aufstande überwiesen worden, vor die ordentlichen Gerichte gestellt. Indessen hatte die Einführung des Belagerungszustandes und die Erklärung des Kassationshofes auf ganz Frankreich einen für die Regierung unvortheilhaften Eindruck gemacht, der von der oppositionellen Tagespresse auf das eifrigste ausgebeutet wurde.

Der Widerstand, auf welchen die Juliusmonarchie bei jeder Gelegenheit stieß, die Gleichgültigkeit, mit welcher dieselbe von den Massen angesehen zu werden anfing, nachdem der erste Rausch der Begeisterung verflogen war, das Mißtrauen des Auslandes gegen den neuen Thron, ließ die Hoffnung der Anhänger der gestürzten Dynastie auf eine ihren Grundsätzen günstigen Wendung der Dinge nicht erlöschen. Der von Karl X. versuchte Staatsstreich wurde von dem gemäßigten und verständigen Theile dieser Partei allerdings nicht vertheidigt, aber das Recht seines Enkelsohnes als eine Gewährleistung für die innere Ordnung in Frankreich, und für ein günstiges Verhältniß zum Auslande, bei jeder Gelegenheit hervorgehoben. Die Mehrheit der höheren und niederen Geistlichkeit, fast der ganze größere Grundbesitz, und in einigen Provinzen auch das Landvolk, waren der älteren Linie der Bourbonen

zugethan geblieben. Die Restauration hatte funfzehn Jahre lang in Frankreich einen freien und friedlichen Zustand zu erhalten gewußt, welcher dem moralischen Fortschritte und dem materiellen Wohlstande der Nation in hohem Grade zuträglich gewesen, und hatte in Spanien, Griechenland und Algerien nicht ohne Ruhm gekämpft. Eine einzige Verirrung Karl X., durch seine Entsagung und Verbannung gebüßt, konnte in den Augen der Royalisten nicht das Princip der Legitimität für immer aufheben. Diese Partei rechnete außerdem auf die natürliche Beweglichkeit der Franzosen, welche von jeder Veränderung zu außerordentlichen Erwartungen aufgeregt werden, im Falle der Täuschung aber sich von denen, welchen sie dieselbe zuschreiben, eben so entschieden abzuwenden geneigt sind, als sie ihnen vorher leicht zugefallen waren.

Von dieser Betrachtungsweise, welcher es nicht an Gründen fehlte, wurden jedoch die ihrer Verwirklichung entgegenstehenden Hindernisse zu gering angeschlagen. Die große Mehrheit der Nation war gegen die Juliusmonarchie allmälig erkaltet, aber deshalb noch nicht zu ihrem Sturz und der Wiedereinsetzung der vertriebenen Dynastie geneigt. Die Art von Zauber, welchen die ältere Linie der Bourbonen, in Folge der an das Wunderbare grenzenden Umstände, durch welche sie nach so tiefem Falle wieder emporgehoben worden, eine Zeit lang auf die erleuchteten Klassen der Nation ausgeübt hatte, war nie bis unter die Massen hinabgestiegen. Die Erhaltung des inneren und äußeren Friedens schien auch mit der Herrschaft der Orleans verträglich zu sein. Der Strom der Gegenwart war eher auf die Fortschwemmung des Alten als auf dessen Zurückführung, da wo dasselbe einmal entwurzelt worden, gerichtet. Allerdings konnte die Quasimonarchie der jüngeren Linie, welche kein Princip rein darstellte, für nicht festgegründet gelten. Aber es war wahrscheinlich, daß das französische Volk, nach Beseitigung der Orleans, sich eher wieder der Revolution in der Erneurung der Republik oder des Kaiserreiches, welche ihr dem Wesen nach beide angehören, als der Legitimität zuwenden würde. Die so oft bewiesene Wandelbarkeit der Franzosen konnte die mit der Gegenwart Unzufriedenen zu den kühnsten Erwartungen berechtigen, aber es bedarf zu einer großen Umkehr, selbst im wechselndsten Volksleben, immer einer gewissen Zeit, welche damals noch nicht abgelaufen war.

Die Hoffnungen der bonapartistischen Partei waren durch die Juliusrevolution vermehrt worden. Der Sturz der Legitimität war die Bresche, durch welche dieselbe sich wieder Frankreich's zu bemächtigen dachte. Der weder auf Erbrecht noch auf Volkswahl beruhende Thron

der Orleans schien nur ein Werk des Augenblicks zu sein. Die Nation war allerdings nicht bonapartistisch, aber auch nicht bourbonisch gesinnt, und geneigt, jede Regierung anzuerkennen, welche gegen das Ausland Frankreich's Würde zu behaupten, und im Innern die gesetzliche Gleichheit zu erhalten im Stande wäre. Joseph Napoleon war auf die Nachricht von Karl X. Sturz aus den Vereinigten Staaten nach Europa zurückgekehrt. In einem Schreiben an den Kaiser Franz I. von Oesterreich hatte er die Wiederherstellung des kaiserlichen Thrones als ein Mittel der Beruhigung für Frankreich, und der Sicherheit für Europa, darzustellen gesucht. Joseph Napoleon behauptete, daß der Sohn Napoleon's, der in Wien lebende Herzog von Reichsstadt, sich nur an der französischen Grenze zu zeigen brauche, um im Triumph bis nach Paris geführt zu werden. So übertrieben diese Erwartung gewesen sein mag, es ist unzweifelhaft, daß die Erscheinung des jungen Napoleon auf die französischen Soldaten durchgängig, und auch auf einen Theil des Volkes, einen tiefen Eindruck hervorgebracht haben würde. Glücklicher Weise für die Orleans war im Geiste des jungen Prinzen kein Funke von dem Feuer der Thatkraft und Herrschsucht vorhanden, welches den Vater beseelt hatte, und derselbe sollte schon im Alter von einundzwanzig Jahren (22. Julius 1832) einer auszehrenden Krankheit erliegen.

Ein Versuch zur Wiederherstellung der älteren Linie der Bourbonen mußte, außer der im Volke nie verschwundenen Erinnerung an das Kaiserreich, und der in einem Theile der Jugend zunehmenden republikanischen Richtung, alle Mittel der bestehenden Ordnung gegen sich vereinigt finden. Die Staatsmaschine wurde, in ihren größten wie in ihren kleinsten Bewegungen, im Namen Ludwig Philipp I. geleitet. Es sollten noch viele Jahre, große Mißgriffe und unerwartete Umstände dazu gehören, damit die Orleans gestürzt werden konnten. Die Hauptstadt und die Nationalgarde hingen damals noch Ludwig Philipp an, und die Verwaltung und das Heer kamen seinen Befehlen, wenn auch ohne tiefere Anhänglichkeit oder Begeisterung, nach. Gleichwohl beschloß die legitimistische Partei, welche sich im Grunde nur auf Traditionen und Sympathien, aber auf keine organisirte Macht irgend einer Art stützte, ihre Gegnerin, die Juliusmonarchie, in die Schranken zu fordern.

Karl X. hatte der Krone zu Gunsten seines Enkelsohnes, des Herzoges von Bordeaux, entsagt. Da aber die Bedingung seiner Abdankung nicht erfüllt worden, so hielt er sich an diese selbst nicht gebunden, und trat, so weit dies im Auslande möglich war, als König und Haupt seiner Familie auf. Nachdem er sich von seiner ersten Betäubung erholt

hatte, waren von ihm Verbindungen mit seinen Anhängern in Frankreich, und Pläne zu einer Wiederherstellung seines Hauses angeknüpft worden. Aber Unglück und Alter hatten ihn vorsichtig und bedächtig gemacht. Karl X. glaubte an eine dritte Restauration der älteren Linie, wollte aber den Gang der Ereignisse nicht übereilen. Anders dachte hierin seine Schwiegertochter Marie Karoline, geborne Prinzessin beider Sicilien, Wittwe des 1820 ermordeten Herzoges von Berry, und Mutter des Herzoges von Bordeaux. Diese, jung und feurig, von dem Drange erfüllt, selbst eine Rolle zu spielen, besonders aber für ihren Sohn die verlorene Krone wiederzugewinnen, kehrte, als Karl X. mit seiner übrigen Familie sich nach Edinburg begab, in ihre Heimath zurück. Auf eine Einladung des Herzoges von Modena, welcher die Julismonarchie nicht anerkannt hatte, schlug sie ihren Wohnsitz eine Zeit lang in Massa auf. Dort empfing sie die Besuche vieler französischen Legitimisten, und ward von ihnen in ihren Hoffnungen bestärkt. Sie ließ sich überreden, daß ihr persönliches Erscheinen in Frankreich eine Bewegung zu Gunsten ihres Sohnes herbeiführen werde. Vornehmlich waren es der Marschall Bourmont und der Vicomte von St. Priest, welche sich in Massa eingestellt hatten, auf deren Rath sie hörte. Bourmont, der Kriegsminister gewesen, hielt es für möglich, einen Theil der Truppen für die Legitimität zu gewinnen, und glaubte, daß das erste Beispiel der Art bald das ganze Heer nach sich ziehen würde. St. Priest, der unter Ludwig XVIII. und Karl X. Gesandter an mehren Höfen gewesen, kannte die feindliche Stimmung des absolutistischen Auslandes, besonders des Kaisers Nikolaus, gegen die Julisrevolution, und war überzeugt, daß ein legitimistischer Aufstand in Frankreich, mit Erfolg unternommen, von der Fremde her unterstützt werden würde.

Die Umstände schienen einen solchen Versuch zu begünstigen. Das Landvolk war gegen Ludwig Philipp I. gleichgültig, der Arbeiterstand in den Städten mit der neuen Ordnung der Dinge unzufrieden geworden, und manche politische und militairische Notabilitäten, welche sich von den Orleans vernachlässigt glaubten, neigten sich im Stillen zu einer Restauration hin. Von der demokratischen und legitimistischen Presse ward die Julismonarchie aus entgegengesetzten Gründen, aber mit derselben Heftigkeit angegriffen. In Paris, Lyon und anderen großen Städten regten sich die Volksgesellschaften, im Süden und Westen Frankreich's wurden von dem legitimistischen Adel Zusammenkünfte gehalten und Verabredungen getroffen. Ludwig Philipp's Recht zur Regierung ward von allen Seiten her bestritten. Indessen war seine Stellung damals

mehr scheinbar als wirklich gefährdet. Noch stand ihm die ganze staatliche Macht ungeschmälert zu Gebot, und waren die Werkzeuge derselben nicht abgenutzt. Noch waren dieselben Gründe zu seiner Erhaltung vorhanden, welche seine Erhebung herbeigeführt hatten. Dies hätten Bourmont und St. Priest begreifen sollen, denen die Zustände in Frankreich und Europa bekannt sein konnten. Sie würden bei kaltblütigerer Erwägung der Herzogin von Berry eine Demüthigung und ihrer eigenen Partei eine Niederlage erspart haben. Aber beide brannten vor Begierde ihre durch die Juliusrevolution verlorene Bedeutung wiederzuerlangen, und glaubten Alles für die Wiederherstellung der Legitimität wagen zu müssen. Bourmont fühlte sich, durch seinen Uebertritt zu den Feinden Frankreich's vor der Schlacht von Waterloo, von der Revolution wie durch einen Abgrund getrennt, und St. Priest hatte als General in russischem Dienst die Waffen gegen sein Vaterland getragen. Der Gedanke an die vielen seit 1789 in Frankreich eingetretenen Veränderungen konnte allerdings die Dauer des Bestehenden als zweifelhaft erscheinen lassen, aber zu seinem Umsturz hatten stets Veranlassungen mitgewirkt, welche damals in Bezug auf die Juliusmonarchie noch nicht eingetreten waren.

Die Legitimisten hatten auf das Volk von Marseille, welches immer der Restauration zugethan gewesen, und die dortige Besatzung gerechnet, unter welcher einige Officiere zu der Partei des gestürzten Königshauses gehörten. Aber es blieb daselbst Alles ruhig. Eine weiße Fahne, einen Augenblick lang auf einem Kirchthurme aufgepflanzt, ward bald abgenommen. Die Herzogin von Berry landete an einer unbewachten Stelle der Rhede, durchzog dann den Süden, und erhielt überall von ihren Anhängern Zusicherungen der Treue und Ergebenheit, welche, obwohl aufrichtig gemeint, bedeutungslos blieben, da sie von keiner Waffengewalt unterstützt wurden. Sie hoffte im Westen, namentlich in den Departements, welche sich einst gegen den Konvent und während der hundert Tage gegen Napoleon erhoben hatten, durch ihre Gegenwart eine allgemeine Bewegung hervorzubringen. Aber auch in diesem Theile Frankreich's war seitdem Vieles anders geworden. Es lebten zwar noch einige der vendéeischen Häuptlinge, und ihre Familien waren von denselben Gesinnungen wie früher erfüllt, aber die große Mehrheit des Landvolkes hätte sich jetzt nicht mehr zur Uebernahme eines verheerenden, und höchst wahrscheinlich unglücklich endigenden, Kampfes bereitwillig finden lassen. Der letzte Aufstand (1815) war nur ein matter Nachklang der unter Bonchamp's und Charette's Anführung vollbrachten Thaten gewesen. Die Departements, welche der Schauplatz

des Vendéekrieges gewesen, waren jetzt von fahrbaren Straßen durchschnitten, und konnten überall von regelmäßigen Truppen durchzogen werden, was früher an vielen Stellen unmöglich gewesen war. Es handelte sich jetzt nicht darum, die Hinrichtung eines Königs zu rächen, die Religion zu vertheidigen, und der Wuth einer Faktion, wie die Jakobiner, zu widerstehen. Der letzte rechtmäßige König war allerdings mit seiner Familie verbannt worden, hatte sich aber dieses Schicksal selbst zugezogen, nnd sein Nachfolger gehörte demselben Stamme an. Glauben und Eigenthum waren geschützt, und die Gesetze wurden unparteiisch vollzogen. Karl X., der Herzog von Bordeaux und dessen Mutter konnten für das Volk in jenen Gegenden nicht dieselbe Bedeutung wie Ludwig XVI. haben, dessen tragisches Schicksal das tiefste Mitleid und den lebhaftesten Zorn erregt hatte, und 1832 bot keine Aehnlichkeit mit 1793 dar.

Die Herzogin von Berry war unterdessen im Departement der niederen Charente angekommen, und erließ von dem Schlosse Plassac aus, bei der Stadt Saintes gelegen, eine Proklamation, in welcher sie in ihrer Eigenschaft als Mutter des legitimen Königs Heinrich V. den Titel: Regentin von Frankreich — annahm, und ihre Anhänger zur Ergreifung der Waffen für Vertheidigung der Rechte ihres Sohnes aufforderte. Obgleich ein solches Unternehmen, in einem Augenblick begonnen, wo die französische Regierung mit allen Mächten im Frieden war, unmöglich gelingen konnte, selbst wenn die ganze Bevölkerung in diesem Theile Frankreich's sich erhoben hätte, so geschah dies doch nicht einmal, und es fanden sich nur einzelne Schaaren ein. Die Legitimisten waren unter sich uneinig, indem die Einen auf eine augenblickliche Schilderhebung drangen, die Anderen eine günstigere Gelegenheit abzuwarten riethen, und ihre Partei nicht unnütz aufopfern wollten. Der Marschall Bourmont fand, obgleich einer der ersten französischen Generale, bei den vendéeischen Häuptlingen nicht die Unterordnung, auf welche er gerechnet hatte, und konnte mit den ihm zu Gebot stehenden Mitteln nichts ausrichten. Man rieth der Herzogin von Berry ihren Absichten für diesmal zu entsagen, und sich und ihre Anhänger für eine bessere Zukunft aufzubewahren. Sie wollte aber nicht vergeblich in der Mitte ihrer Getreuen erschienen sein, und rechnete auf Ereignisse, wie ein allgemeiner Aufstand des Landvolkes im ganzen Westen Frankreich's, der Abfall der Truppen, ein in Paris gegen die Juliusmonarchie zu führender Schlag, wovon nichts in Erfüllung ging. In den einzelnen Gefechten, besonders bei der Vertheidigung des Schlosses La Penissière, ward von

den Vendéern und den Legitimisten überhaupt mit der größten Tapferkeit gefochten. Aber ihre Anstrengungen scheiterten an der Uebermacht von funfzigtausend Mann Linientruppen, die außerdem noch von zahlreichen städtischen Nationalgarden verstärkt wurden. Die Aufständischen unterlagen zuletzt überall, wurden gefangen genommen oder aus einander gesprengt. Es war von beiden Seiten mit großer Erbitterung gekämpft worden, und der Krieg würde, wenn er länger gedauert hätte, einen grausamen Charakter angenommen haben. Es hatte nicht an einzelnen Beispielen der Art gefehlt. In einem der Gefechte fiel Cathelineau, vor der Julius revolution Officier in der Garde Karl X., ein Sohn des berühmten Fuhrmannes dieses Namens, den die Vendéer 1793, ungeachtet seiner dunkeln Herkunft, an die Spitze ihrer Streitkräfte gestellt hatten, und der bei dem Sturme auf Nantes geblieben war.

Marie Karoline hätte noch Zeit und Gelegenheit gehabt, sich aus Frankreich zu entfernen, aber, von Natur unerschrocken, gefiel sie sich in den Gefahren, welche sie umgaben, und in den Abentheuern, welche ihre Flucht aus einem Schlosse in das andere begleiteten. Sie begab sich endlich unter einer Verkleidung zu einer ihr ergebenen Familie nach Nantes, von wo aus sie aber mit ihren Anhängern in ununterbrochener Verbindung blieb. Selbst in dieser traurigen Lage war von ihr nicht alle Hoffnung aufgegeben worden. Aber die Polizei hatte ihren Aufenthalt entdeckt. Von Thiers, welcher unterdessen Minister des Innern geworden, ward unter den in Paris zurückgebliebenen Vertrauten der Prinzessin ein Verräther gefunden, den er unter den Vendéern vergeblich gesucht hatte. Ein geborener Israelit Namens Deuz, ein Mann von niedriger Sinnesart, aber nicht ohne einige Bildung und Befähigung, war vor der Julius revolution der Herzogin als hülfsbedürftig, und bereit zum Katholicismus überzutreten, bezeichnet worden. Marie Karoline, welche sich ein Verdienst daraus machte, ihm diesen Schritt zu erleichtern, hatte ihn unter ihren Schutz genommen und großmüthig unterstützt. Sie rechnete auf die Dankbarkeit ihres Verpflichteten, und er war von ihr mit Aufträgen an ihre in Paris lebenden Anhänger betraut worden. Dadurch hatte Deuz die Anwesenheit der Prinzessin in Nantes erfahren. Er verrieth sie gegen eine Summe von 500,000 Fr.*)

*) Deuz sollte nicht lange die Früchte seiner schändlichen Handlung genießen. Er begab sich mit dem Judaslohne im folgenden Jahre in die deutschen Bäder, verspielte und vergeudete dort Alles, wurde nach seiner Rückkehr nach Paris

an den Minister des Innern, und sie wurde am 8. November (1832) verhaftet, und nach der Citadelle von Blaye abgeführt. Zwei Militairs, welche später berühmt und Marschälle von Frankreich geworden sind, der General Bugeaud und sein damaliger Adjutant, Kapitain de St. Arnaud, wurden mit ihrer Bewachung beauftragt.

Ludwig Philipp wußte nicht, welche Haltung er gegen die Herzogin von Berry annehmen sollte. Dieselbe vor Gericht zu stellen war, wegen der nahen Verwandtschaft und der den übrigen Höfen schuldigen Rücksicht, moralisch unmöglich. Ein gänzliches Uebergehen des mit bewaffneter Hand unternommenen Versuches, den Juliusthron zu stürzen, erschien ebenfalls gefährlich, und konnte zur Nachahmung reizen. Da erklärte Marie Karoline plötzlich von ihrem Gefängniß aus, daß sie sich während ihres Aufenthaltes in Italien mit dem sicilianischen Grafen Lucchesi=Palli heimlich vermählt habe, und guter Hoffnung wäre. Zeitliche und örtliche Verhältnisse ließe sich mit dieser Angabe nicht vollkommen in Uebereinstimmung bringen, und gaben zu allerlei Vermuthungen Veranlassung. Wie dem auch gewesen sein mag, an ein weiteres Verfahren gegen die Prinzessin oder eine längere Haft war nicht mehr zu denken. Im Mai (1833) ward dieselbe von einer Tochter entbunden, und bald nachher nach Sicilien eingeschifft. Ihre Familie war mit ihr sehr unzufrieden geworden. Karl X. hatte das Unternehmen in der Vendée als zwecklos gemißbilligt, und die sittenstrenge Herzogin von Angouleme an dem Dunkel, welches über der Vermählung ihrer Schwägerin schwebte, großen Anstoß genommen. Erst später fand eine Aussöhnung statt. Die Legitimisten gaben ihre Hoffnung auf die einstige Rückkehr des Herzoges von Bordeaux und seine Anerkennung als Heinrich V. nicht auf. Aber ein bewaffneter Versuch der Art war durch den verunglückten Zug der Herzogin von Berry für immer vereitelt worden. Von jetzt an glaubte die legitimistische Partei Alles von einem Umschwunge der öffentlichen Meinung in Frankreich erwarten zu müssen.

Ludwig Philipp I. war durch die Besiegung des republikanischen Aufstandes in Paris (5. und 6. Junius 1832), und die Unterdrückung der legitimistischen Bewegung im Westen Frankreich's, in seiner Stellung befestigt worden. Durch die Verhaftung der Mutter des Herzoges von Bordeaux hatte er das damals in Frankreich verbreitete Gerücht widerlegt, daß er die Krone nur zum Scheine angenommen habe, und

---

von seinen eigenen Verwandten gemieden und verachtet, ergab sich dem Trunk und starb im tiefsten Elend.

auf eine schickliche Gelegenheit warte, um dieselbe der älteren Linie zurückzugeben. Die den Belgiern gegen die Holländer zugesandte Hülfe und die Einnahme Antwerpens bewies, daß er, ungeachtet seiner Friedensliebe und Nachgiebigkeit, gegen das Ausland mit Nachdruck auftreten könne, wenn dies der Vortheil Frankreich's durchaus erfordere. Er suchte jetzt, mit Hülfe der Kammern, in der Gesetzgebung eine Schranke gegen die Uebergriffe der Parteien aufzustellen, und durch Beschränkung der Tagespresse und des Vereinsrechts den Geist der Unruhe zu zähmen. Er versäumte es zugleich nicht, dem Gefühl der Nation für Ruhm und Größe, so weit sich dies mit seiner Sicherheit vertrug, genug zu thun. Er ließ den Krieg in Algerien gegen die Araber kräftig fortsetzen, und die einstige Eroberung dieses Landes vorbereiten, und die Bildsäule Napoleon's auf der Vendomesäule wiederherstellen, welche in seiner Gegenwart am 28. Julius 1833, unter großen Feierlichkeiten, enthüllt wurde.

Seitdem die legitimistischen Elemente in der Pairskammer ausgeschieden oder ausgestoßen waren, konnte die Juliusmonarchie auf die unbedingte Unterstützung dieser Körperschaft rechnen. Die Regierungspartei in derselben ward außerdem noch durch die Aufnahme von zweiundsechzig, dem herrschenden System zugethaner, Notabilitäten vermehrt. Obgleich die Pairswürde durch die Aufhebung der Erblichkeit an Bedeutung und Glanz verloren hatte, so war sie doch noch ein Gegenstand des Ehrgeizes, und gab der Regierung Gelegenheit in den höheren Klassen der Gesellschaft Anhänger zu gewinnen. In der Deputirtenkammer gab es allerdings eine zahlreiche nicht blos konstitutionelle, sondern selbst revolutionaire Opposition, aber die Mehrheit war aus Furcht vor der Anarchie, welche dem Sturz der Juliusmonarchie unfehlbar folgen würde, zur Unterstützung der Regierung bei allen die innere Ordnung betreffenden Fragen geneigt.

Die Minister Ludwig Philipp's stimmten, so verschieden sie sonst von einander sein mochten, immer darin überein, ihre Partei in der Deputirtenkammer und den Wahlkörpern durch alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel zu verstärken. Die Deputirten, welche Beamte waren, wurden, wenn sie für das Ministerium stimmten, befördert, denen, welche dem Geschäfts- und Handelsstande angehörten, gewinnreiche Unternehmungen zugewiesen. Die Städte, welche im Sinne der Regierung wählten, wurden bei Gründung öffentlicher Anstalten, bei Bauten, Anlegung von Straßen, Vertheilung der Garnisonen u. s. w. berücksichtigt. Es fehlte deshalb der Juliusmonarchie, selbst als sie schon an dem Rande

des Abgrundes stand, in welchen sie fallen sollte, nicht an einer Majorität in den Kammern, nur daß diese nicht mehr die Stimmung des Volkes aussprach.

Zwei der konservativen Partei besonders am Herzen liegende Gegenstände wurden während der Legislaturepoche von 1833 bis 1834 erledigt. Im December (1833) wurde das Ausrufen und Feilbieten der Tagesblätter an öffentlichen Orten, in Straßen und auf Plätzen, verboten. Die Arbeiter, welche nicht Zeit und Geld genug hatten, um die Journale regelmäßig zu lesen, waren durch die Leichtigkeit einzelne Nummern, sobald sie etwas Bedeutendes enthielten, kaufen zu können, mit den Meinungen und Reden der Opposition bekannt geworden. Dies fiel jetzt fort. Im März 1834 wurde die Gründung von neuen oder die Fortsetzung von schon bestehenden Vereinen jeglicher Art, religiöser, politischer, litterarischer, geselliger, von der Ermächtigung der Behörden abhängig gemacht. Die Zuwiderhandelnden sollten nicht mehr vor die Geschworenen, sondern vor die Zuchtpolizeigerichte, und wenn ein Angriff auf den König und die Verfassung beabsichtigt worden, vor die Pairskammer, als Staatsgerichtshof, gestellt werden. Vergebens warf die Opposition in den Kammern und der Presse den Ministern den Abfall von ihren früheren Grundsätzen vor. Guizot, Duchatel, Barthe hatten unter der Restauration zu geheimen Gesellschaften gehört, solche gegründet oder ihnen vorgestanden. Auf diese und ähnliche Beschuldigungen ward immer erwidert, daß unter Karl X. die Freiheit in Gefahr gewesen, und durch alle mögliche Mittel habe geschützt werden müssen, während Ludwig Philipp I. zu ihren Vertheidigern gehöre. — Die Anträge der Regierung gingen mit großer Stimmenmehrheit durch. Aber der Widerstand der Opposition nahm, ungeachtet der Vergeblichkeit ihrer Anstrengungen, an Heftigkeit zu, und in einem Theile der untern Volksschichten begann sich ein Haß gegen die Person des Königs zu regen, den man für das Verhalten seiner Minister verantwortlich machen wollte.

In Paris hatten die jetzt verbotenen Vereine fast ausschließend revolutionairen Zwecken gedient. In Lyon, der größten Fabrikstadt des Landes, fehlte es zwar nicht an Anhängern der Demokratie, aber die unter den Arbeitern gegründeten Gesellschaften beschäftigten sich mehr mit ökonomischen als politischen Gegenständen, waren zu wechselseitiger Unterstützung gegründet worden, und hatten auch ihre Benennung (mutuelistes) von dieser Bestimmung her entlehnt. Außer den allgemeinen Ursachen der Unzufriedenheit, wirklichen wie eingebildeten, welche sich

der Gemüther bemächtigten, waren die Seidenweber insbesondere mit ihren Fabrikherren zerfallen, und mehre Tausende unter denselben hatten die Arbeit eingestellt. Als das Gesetz gegen die Vereine auch in Lyon zur Ausführung gebracht und die Mitglieder derselben gerichtlich verfolgt wurden, brach am 9. April (1834) ein Aufstand aus, der mehre Tage anhielt, und von der Besatzung unter dem General Aymer erst nach einem blutigen Kampfe und großen gegenseitigen Verlusten überwältigt werden konnte. Die Truppen hatten über 500 Todte und Verwundete gehabt, die Zahl der gebliebenen Aufständischen ist nie genau ermittelt worden. Viele Häuser lagen in Trümmern. Denn wie am 6. Junius 1832 in Paris, so hatte auch jetzt in Lyon der Aufruhr nur mit Hülfe der Artillerie besiegt werden können. Ein Arbeiter Namens Lagrange war von seinen Genossen an die Spitze der Bewegung gestellt gewesen, und hatte dieselbe mit eben so viel Geschicklichkeit als Unerschrockenheit geleitet. Dieser Mann sollte vierzehn Jahre später, bei Gelegenheit der Februarrevolution, zu deren Ausbruch er beigetragen, eine traurige Berühmtheit erlangen.

Der Aufstand in Lyon fand an mehren Orten eine Nachahmung, welche aber, bei der geringen Betheiligung der Bevölkerung, keine gefährlichen Folgen hatte. Nur in Paris rief die Verwegenheit der republikanischen Partei von neuem Blutvergießen hervor. Wie immer hatten sich die Aufrührer in die von engen Straßen und hohen Häusern gebildeten innern Stadttheile geworfen, wo sie hinter Barrikaden oder aus den Fenstern auf die anrückenden Truppen feuerten. Die Soldaten, von den erlittenen Verlusten erbittert, drangen in die Häuser ein, und richteten am 14. April, in der Straße Transnonain, ein förmliches Gemetzel an, wobei Kranke, Greise, Frauen und Kinder umkamen. Diese blinde Wuth wurde von der Opposition in den Kammern und der Presse heftig gerügt, von der friedlichen Bevölkerung aber der Tollkühnheit der Aufständischen zur Last gelegt.

Die Regierung benutzte diese aufrührischen Bewegungen, um in den Kammern einen Gesetzesvorschlag, eine allgemeine Entwaffnung des Volkes betreffend, durchzubringen. Fortan sollte kein Privatmann ohne Erlaubniß der Polizei Waffen bei sich haben dürfen. Auf die Verheimlichung derselben ward eine schwere Strafe gesetzt. Bewaffnete Theilnahme an einem Aufstande ward mit dem Tode, geleisteter Vorschub mit Zwangsarbeit bedroht. Die Pairskammer wurde mit der Aburtheilung über die wegen der Unruhen in Lyon, Paris u. s. w. Angeklagten beauftragt. Diese Entwürfe, welche der Regierung eine mit der

Verfassung schwer zu vereinigende, fast unumschränkte Gewalt beilegten, wurden von den Kammern angenommen. Besonders war es Thiers, welcher durch seine düsteren Schilderungen von der inneren Lage Frankreich's die Majorität der Deputirten zu der Billigung so außerordentlicher Maßregeln bestimmte.

Während dieser Verhandlungen starb de la Fayette (20. Mai 1834) im Alter von siebenundsiebzig Jahren, nach einem Leben, welches in die größten Ereignisse des Jahrhunderts verflochten gewesen war. Ungeachtet des außerordentlichen, die ganze Zeit und de la Fayette's besonderes Dasein, bezeichnenden Wechsels, ist derselbe mit seinen Vorzügen und Mängeln sich immer gleich geblieben, hat bei jeder Gelegenheit dieselben Gesinnungen dargelegt, dasselbe Verhalten beobachtet. Karl X. sagte einmal zu einem seiner Vertrauten: „Die beiden einzigen Personen in Frankreich, welche ihre Meinungen nie verändert haben, sind Herr de la Fayette und ich!“ — Diese Unwandelbarkeit der Ueberzeugung, welche bei de la Fayette mit einem seltenen Adel der Gesinnung, mit Verachtung der Gefahr, Uneigennützigkeit und Großmuth verbunden war, hat aber seiner politischen Wirksamkeit geschadet, indem er dadurch veranlaßt wurde, die verschiedensten Zustände auf dieselbe Art zu behandeln. Seltsam stechen in seinem Leben die langen Epochen tiefer Zurückgezogenheit von dem plötzlichen und entscheidenden Eingreifen in die öffentlichen Zustände ab. Eben so auffallend ist an ihm, wie er bei mehren großen Katastrophen eine hervorragende Rolle gespielt, sie veranlaßt oder eine Zeit lang an ihrer Spitze gestanden hat, denselben aber nie eine Grenze vorzuzeichnen, sich ihrer nie vollkommen zu bemeistern, namentlich nie ihre Folgen vorauszusehen verstanden hat. So erklärte er sich z. B. 1792 gegen die Jakobiner, aber ohne, wie er wohl vermocht hätte, mit seiner Armee auf Paris zu ziehen, rief 1815 Napoleon's Entsagung hervor, welche Frankreich für den Augenblick wehrlos machte, wirkte 1830 für die Gründnng der Juliusmonarchie, ohne später deren Rückschritte hindern zu können. Indessen darf nicht übersehen werden, daß de la Fayette, wie viele seiner Zeitgenossen, an Begebenheiten Theil genommen hat, welche in einem gegebenen Moment unwiderstehlich wie das Verhängniß wirkten, und denen zuletzt selbst Napoleon erlag. Obgleich bei de la Fayette das Talent nicht ganz auf der Höhe des Charakters gestanden, so wird er immer eine merkwürdige Erscheinung bleiben, und kann von der Geschichte nie vergessen werden.

In derselben Legislaturepoche, während welcher die Preßfreiheit und das Vereinsrecht eine große Beschränkung erfuhren, ward über die

Bildung der örtlichen Versammlungen berathen, welche den Maires, Unterpräfekten und Präfekten zur Seite gestellt sind. Die Kommunal-, Arrondissements- und General-Räthe (welche letztere die Departements vertreten) wurden neu organisirt, ihre Befugnisse und die Art ihrer Zuziehung näher bestimmt. Da aber diese örtlichen Versammlungen nach wie vor nur eine berathende Stimme besaßen, die Maires von der Regierung ein- und abgesetzt wurden, die Präfekten ebenso durchaus von dem Minister des Innern abhingen, so blieb die Centralisation dieselbe, und alle lokalen Interessen wurden in Paris entschieden. Es würde auch in der That unmöglich gewesen sein, in einem Lande, in welchem ein Parteikampf wie in Frankreich stattfand, wo die oberste Staatsgewalt in Frage gestellt war, und jeden Augenblick Zeichen innerer Gährung hervorbrachen, ein freies und selbstständiges Gemeindeleben einführen zu wollen. Die den Departements, Arrondissements und Kommunen ertheilten Rechte würden wahrscheinlich nur zur Erreichung von Parteizwecken gedient haben. Im Grunde wurde der Mangel an örtlichen Freiheiten von dem französischen Volke, welches die gesetzliche Gleichberechtigung über Alles stellt, nicht gefühlt.

Mehr Bedeutung als diesem verfehlten Versuche, die örtlichen Vertretungen mit der allgemeinen Landesverfassung in Uebereinstimmung zu bringen, müssen der in dieser Zeit vorbereiteten Reform des Elementarunterrichts beigelegt werden. Obgleich das französische Staatsgebäude seit 1789 im Wesentlichen, ungeachtet alles Wechsels in den oberen Regionen, auf einer demokratischen Grundlage ruht, so war, im Widerspruch zu einer solchen Ordnung der Dinge, der eigentliche Volksunterricht in Frankreich mehr als in manchen anderen Ländern vernachlässigt worden, wo die Würde der menschlichen Natur von der Gesetzgebung weniger anerkannt ist. Für die höheren und mittleren Klassen war alle mögliche Gelegenheit zur Erwerbung von Kenntnissen und Geschicklichkeiten vorhanden, der geistigen Entwickelung des Handwerkers und Landmannes dagegen eine sehr enge Grenze gesetzt. Durch das Unterrichtsgesetz von 1833 wurden in ganz Frankreich Volksschulen in doppelter Abstufung errichtet: niedere, wo sich der Unterricht auf Lesen, Schreiben, Rechnen und Religionslehre beschränkte, und höhere, wo Geschichte, Erdkunde, Raumlehre, Meßkunst und Zeichnen gelehrt werden sollten. In den Städten ward zum Besten der arbeitenden Klassen viel für Gesang gethan, was die Freistunden auf eine verschönernde Art ausfüllt, und die Sitten milder macht. Guizot hat sich durch diese Reform, zu welcher er den ersten mächtigen Impuls gab, und die auch nach

ihm nicht still stand, vielleicht ein größeres Verdienst um Frankreich als durch seine rein politische Thätigkeit erworben, deren Spuren, ungeachtet alles Aufwandes von Geist und Beredtsamkeit, von den nachfolgenden Stürmen verweht worden sind.

Die Deputirtenkammer wurde, nachdem sie alle Vorschläge der Regierung angenommen hatte, aufgelöst, und es wurden alsbald neue Wahlen angeordnet. Das Verlangen nach Befestigung des Bestehenden war unter den Wählern so lebhaft, daß die Opposition bei den Wahlen achtzig Stimmen verlor. Die Interessen der Juliusmonarchie waren in der neuen Deputirtenkammer, welche im December (1834) zusammentrat, noch stärker als in der vorangegangenen Legislatur vertreten.

Die Voruntersuchung gegen die, wegen Theilnahme an den Unruhen in Lyon und Paris, Verhafteten war unterdessen beendigt worden. Am 5. Mai (1835) ward der Proceß vor dem Pairshofe eröffnet. Die meisten Angeklagten erkannten die Jurisdiktion der Pairs, als verfassungswidrig, nicht an, und von mehren unter ihnen wurden die heftigsten Beschuldigungen gegen das von Ludwig Philipp I. befolgte Regierungssystem ausgestoßen. Das Glimpflichste, was gegen ihn vorgebracht wurde, war, daß er das Volk um die Früchte der Julusrevolution gebracht habe. Mitunter wurde er geradezu des Verrathes an Frankreich beschuldigt. Die Sitzungen waren mit den Tumulten der Angeklagten, die, wegen unerträglicher Aeußerungen, zuweilen von den Gensd'armen fortgeführt werden mußten, und den Protestationen ihrer Vertheidiger angefüllt. Im Julius gelang es den Bedeutendsten unter den Angeklagten, darunter Jakob Cavaignac, Bruder des später berühmt gewordenen Generals dieses Namens, der für den denkendsten und kühnsten Kopf seiner Partei galt, und Armand Marrast, welcher als Redakteur des National der Juliusmonarchie so gefährlich werden sollte, aus dem Gefängniß zu entkommen. Die Zurückgebliebenen wurden später zu längeren oder kürzeren Freiheitsstrafen, aber Niemand, selbst nicht diejenigen, welche mit den Waffen in der Hand ergriffen worden, zum Tode verurtheilt. Die Juliusmonarchie ist die mildeste unter allen aus einer Revolution hervorgegangenen Regierungen gewesen, und doch ist, sonderbarer Weise, keine andere so vielfach angefeindet und so hartnäckig bekämpft worden. Die Verkennung der ausgezeichneten Seiten in Ludwig Philipp's Wesen, die Uebertreibung seiner Mängel, der blutdürstige Haß, welcher gegen ihn bei mehren Gelegenheiten aus der Mitte der unteren Volksklassen hervorbrach, kann für eines der Räthsel der neueren Geschichte gelten.

Ein furchtbarer Schlag, der gegen Ludwig Philipp I., von dessen Leben die 1830 eingeführte Ordnung der Dinge einzig abzuhängen schien, geführt wurde, sollte alles Andere für den Augenblick in Vergessenheit bringen, und Europa mit Erstaunen erfüllen. Am 28. Julius (1835) hielt der König, von seinen Söhnen und einem zahlreichen und glänzenden Stabe begleitet, zu Ehren der Juliusrevolution, eine Heerschau über die Nationalgarde und die Besatzung von Paris ab. Die Feierlichkeit wurde von dem herrlichsten Wetter begünstigt, und es war eine bewaffnete Macht von mehr als funfzigtausend Mann aufgestellt. Niemand ahnte irgend ein drohendes Ereigniß, und das Volk gab sich ohne Rückhalt dem Eindrucke des großartigen Schauspieles hin. Als Ludwig Philipp auf den Boulevard du Temple angekommen, brach plötzlich aus den Fenstern eines Hauses ein Hagel von Kugeln hervor, und schmetterte eine Menge von Personen nieder. Der König war wie durch ein Wunder unversehrt geblieben. Man glaubt, daß er seine Rettung der Annahme einer ihm dargereichten Bittschrift verdankte, was ihn außerhalb der Schußlinie brachte. Als man in das Haus, in welchem die Explosion erfolgt war, eindrang, ward daselbst eine sogenante Höllenmaschine vorgefunden, bestehend aus mehren Reihen von Flintenläufen, deren Inhalt durch eine angebrachte Vorrichtung in Bewegung gesetzt worden war. Das Unglück wäre noch größer gewesen, wenn der Erfinder dieser Maschine nicht die Flintenläufe überladen hätte, wodurch viele derselben sprangen, und wenn von ihm nicht im allgemeinen zu hoch gezielt worden wäre. Als das Haus durchsucht wurde, fand man daselbst einen Menschen, der sich verbergen wollte, und bei der Explosion, welche er geleitet hatte, selbst verwundet worden war. Obgleich er seinen Namen verheimlichte, so ward er doch nach einigen Tagen für einen ehemaligen Soldaten Namens Fieschi, in Korsika geboren, erkannt.

Es war dies eine Unthat ohne Gleichen. Ueber sechszig Personen jedes Alters und Standes lagen todt oder verwundet da. Die Mauer des, dem Hause, aus dem geschossen worden, gegenüber liegenden Jardin turc zeigte die Spuren der vielen Kugeln, welche von ihr abgeprallt waren, und die, wenn die Höllenmaschine niedriger gerichtet gewesen wäre, ihr lebendiges Ziel nicht verfehlt haben würden. Der Mord hatte Personen auf den verschiedensten Stufen des Alters und Ranges in einen gemeinsamen Untergang verwickelt. Es befanden sich unter den Todten ein Marschall von Frankreich, der hochbejahrte Mortier Herzog von Treviso, und ein funfzehnjähriges Mädchen aus der arbeitenden Klasse.

Von Ludwig Philipp wurde bei dieser tragischen Veranlassung die größte Festigkeit und Unerschrockenheit an den Tag gelegt. Sobald den Verwundeten die nöthige Hülfe erwiesen war, setzte er die Heerschau so ruhig, als wenn nichs vorgefallen, fort. Weder seine Sprache noch seine Haltung ließen eine innere Erschütterung ahnen. Nur der Ausdruck seiner Züge bewies die Trauer und den Schmerz, welche einem so menschlich gesinnten Mann, wie dieser König war, der Anblick einer so unerwarteten Gräuelscene einflößen mußte.

Der erste Gedanke, welchen dieses blutige Ereigniß eingab, war, daß dasselbe nicht von einem Einzelnen ausgegangen, sondern das Werk einer Partei sei, und zwar derselben, welche die Unruhen in Paris, Lyon und andern Städten hervorgerufen hatte. Obgleich dieser Verdacht im ersten Augenblick natürlich erscheinen mochte, so hat er sich später doch als ein Irrthum herausgestellt. Wenn die republikanische Partei den Julinsthron auf diese Art hätte stürzen wollen, so würden ihre Führer nicht kurz vorher aus Frankreich entflohen, sondern sich in Paris verborgen gehalten, und den Ausgang des von ihnen entworfenen oder gebilligten Planes abgewartet haben. Aus dem vor dem Pairshofe geführten Prozesse ging hervor, daß die Anwendung der Höllenmaschine nur ein, von einem Einzigen begangenes, und von drei Anderen gekanntes und unterstütztes, Verbrechen gewesen, aber keine anderweitige Mitwissenschaft oder Hülfsleistung dabei statt gefunden hat. Daß der Geist, aus welchem ein so blutiger Frevel hervorging, nicht auf den Kreis der Theilnehmer an diesem Komplott beschränkt gewesen, ist unzweifelhaft. Aber der Fanatismus kann, im Politischen wie im Religiösen, nicht durch gesetzliche Strafen, sondern nur durch sittliche Heilmittel bezwungen werden. Auch ist es ungerecht und unklug, wenn eine Regierung ein ganzes Volk nach den Gesinnungen einer einzelnen Partei beurtheilen oder behandeln will.

Das Ministerium, an dessen Spitze damals der Herzog von Broglie stand, beschloß das Attentat vom 28. Julius zur Aufstellung neuer Beschränkungen der Freiheit und Schmälerung der von der Verfassung verliehenen Rechte zu benutzen. Es wurden zu diesem Zweck den Kammern drei Gesetzentwürfe vorgelegt. Bisher waren, der revidirten Charte constitutionelle von 1830 gemäß, alle Preßvergehen, auch wenn sie Beleidigungen gegen den König und Angriffe auf die Form der Regierung enthielten, von den Geschwornen entschieden worden. Uebertretungen der Art sollten fortan vor die Pairskammer gebracht werden. Die Geldbußen wurden für solche Fälle sehr erhöht. Die Kaution, zu

welcher die Herausgeber von Tagesblättern verpflichtet waren, wurde für Paris von 50,000 auf 100,000 Fr., und für die Departementsstädte nach Maßgabe ihrer Bevölkerung festgestellt. — In Folge eines nach der Juliusrevolution als Schutz für die Angeklagten erlassenen Gesetzes hatten zwei Drittheile der Stimmen des Schwurgerichts zur Verurtheilung gehört, jetzt sollte die Majorität einer einzigen Stimme hinreichen. Wenn wegen politischer Vergehen Angeklagte die Antwort auf die an sie gestellten Fragen verweigerten oder sich sonst ungebührlich betrügen, so könne der Prozeß auch ohne Verhör entschieden werden. — Es dürfe fortan kein Theaterstück zur Aufführung gebracht, kein Kupferstich oder Steindruck bekannt gemacht werden, ohne in Paris die Erlaubniß des Ministers des Innern, und in den Departements die Bewilligung des Präfekten eingeholt zu haben.

Diese Anträge riefen in und außer den Kammern einen heftigen Widerstand hervor. Besonders trat Royer Collard, welcher bei dieser Gelegenheit, zum erstenmal seit der Juliusrevolution, seine Stimme erhob, dem Ministerium entgegen, und machte darauf aufmerksam, daß die Unterdrückung der Freiheit nicht die Sittlichkeit des Volkes vermehren würde, und daß Erscheinungen im öffentlichen Leben, wie diejenigen, zu welchen das Attentat vom 28. Julius gehört, einer Quelle entsprängen, welche durch andere Mittel, als Verletzungen der Verfassung und ihrer Gewährleistungen, verstopft werden müßte. Da Royer Collard nicht nur einer der scharfsinnigsten und beredtesten Männer seiner Zeit, sondern auch einer ihrer fleckenlosesten Charaktere war, so wurde sein Widerspruch mit einem achtungsvollen Stillschweigen angehört, übte aber auf das Ministerium und die Majorität keinen Einfluß aus. Die drei genannten Entwürfe wurden von den Kammern mit großer Stimmenmehrheit angenommen (September 1835). Durch diese sogenannte Septembergesetzgebung vollendete die Juliusmonarchie die Bahn des inneren Rückschrittes, welche sie zuerst im geheimen und dann immer öffentlicher betreten hatte.

Von dieser Zeit an nahm Ludwig Philipp's Verhältniß zu den übrigen Staaten, namentlich den absolutistischen Großmächten, Rußland, Oesterreich und Preußen, eine freundlichere Gestalt als bisher an. Da die fremden Kabinette sahen, daß der König der Franzosen seinen Willen, wie die große Beschränkung der Preßfreiheit und der Schwurgerichte, die Aufhebung des Vereinsrechts, die Besiegung aller Volksaufstände bewiesen, durchzusetzen verstand, so hofften sie, daß derselbe den revolutionairen Brand in Frankreich allmälig ganz ersticken,

und eine feste Ordnung einführen werde. Die Beziehungen zum Auslande gestalteten sich so vertraulich, daß die beiden ältesten Söhne Ludwig Philipp's, der Thronerbe Herzog von Orleans und sein Bruder, der Herzog von Nemours, eine Reise nach Berlin und Wien unternahmen (1836), wo sie an beiden Höfen, besonders aber an ersterem, nicht nur mit der ihrem Range gebührenden Auszeichnung, sondern selbst mit persönlichem Wohlwollen aufgenommen wurden, was übrigens diese Prinzen, ihrem Charakter und ihrer Bildung nach, auch vollkommen verdienten. Im Jahre 1837 vermählte sich der Herzog von Orleans mit der dem preußischen Königshause verwandten Prinzessin Helene von Mecklenburg-Schwerin, und ein aus diesem Bunde hervorgegangener Sprößling, in Erinnerung an den Ursprung der kapetingischen Dynastie, Graf von Paris genannt, schien die Zukunft der Juliusmonarchie zu sichern.

Im Vergleiche zu dieser günstigen Lage, konnte ein schon im Entstehen beseitigter Angriff auf den Juliusthron für mehr seltsam als gefährlich erachtet werden. Ludwig Napoleon Bonaparte, ein Sohn des ehemaligen Königs von Holland und der Stieftochter Napoleon's, Hortensia Beauharnais, der mit seinem älteren bereits verstorbenen Bruder an den Unruhen im Kirchenstaate (1831) betheiligt gewesen, hatte mit mehren Officieren der Straßburger Garnison geheime Verbindungen angeknüpft. Er erschien, im Vertrauen auf den Eindruck seines Namens und die Erinnerungen an das Kaiserreich, plötzlich in dieser Stadt (30. Oktober 1836), um sich daselbst festzusetzen, zum Erben des Kaiserreiches ausrufen zu lassen, und um zuzusehen, wie Frankreich sein Unternehmen aufnehmen werde. Er kannte die Erkaltung der großen Mehrheit des Volkes gegen die Juliusmonarchie, den Haß der extremen Parteien gegen Ludwig Philipp, und hoffte, daß der Abfall eines Theiles der bewaffneten Macht eine allgemeine Bewegung zu seinen Gunsten hervorbringen würde. Das Artilleriekorps der Besatzung schien zu ihm überzugehen bereit. Aber der Vorschlag scheiterte an der Festigkeit des Gouverneurs General Voirol, der die Soldaten in ihrer Pflicht zu erhalten wußte. Der kühne Eindringling wurde verhaftet und nach Paris geschickt. In jedem anderen Lande würde derselbe augenblicklich vor ein Kriegsgericht gestellt und erschossen worden sein. Napoleon hatte einst den Herzog von Enghien, blos weil ihm dessen Anwesenheit in der Nähe Frankreich's gefährlich erschien, in einem fremden Lande aufheben und hinrichten lassen. Aber die Milde und Menschlichkeit Ludwig Philipp's ließ kein strenges Verfahren zu. Es sah aus, als wollte er den endlichen

Ausspruch des Schicksals über seine und seiner Gegner Rechte abwarten, und der Entscheidung desselben durch keine gewaltsamen Mittel vorgreifen. Der Napoleonide, welcher damals achtundzwanzig Jahre alt war, wurde nicht einmal zur Untersuchung gezogen, sondern auf einem französischen Kriegsschiffe nach Nordamerika geschickt. Den Anhängern der Juliusmonarchie schien dieser verfehlte Handstreich noch unbedeutender als vier Jahre vorher das abentheuerliche Unternehmen der Herzogin von Berry zu sein. Es war aber ein bedenkliches Zeichen der Volksstimmung in Frankreich, daß die Theilnehmer an dem Aufstandsversuche in Straßburg, selbst die im aktiven Dienste befindlichen Officiere, von dem Schwurgerichte freigesprochen wurden. Da das Haupt des Komplotts von der Regierung dem gesetzlichen Verfahren entzogen worden, so glaubte man dessen untergeordnete Gefährten nicht verurtheilen zu können. In dieser Auffassung der Dinge sprach sich aber mehr die Gleichgültigkeit gegen das Bestehen der Juliusmonarchie, als die Unzufriedenheit über den, in diesem Falle, zwischen dem Erben eines berühmten Namens und seinen dunkeln Mitschuldigen, gemachten Unterschied aus.

Obgleich die Kammern, im ersten Schrecken über das blutige Attentat vom 28. Julius, auf alle Anträge der Regierung, die Beschränkung der persönlicheu und bürgerlichen Freiheit betreffend, eingegangen waren, so ward doch selbst von der Majorität das herrschende System nicht immer gebilligt, und gingen zuweilen von der Rechten und dem Centrum Zeichen des Mißtrauens und der Unzufriedenheit mit demselben aus. So wurden im Jahre 1837 drei von dem Ministerium vorgelegte Gesetzentwürfe verworfen. Nach dem ersten sollten, bei von Civilisten und Militairs gemeinsam verübten Verbrechen, nur jene von Geschwornen, diese aber von Kriegsgerichten abgeurtheilt werden. Es wurde dies das Trennungsgesetz (loi de disjonction) genannt, und die Berathung in einem der Regierung äußerst feindlichen Tone gehalten. Das zweite Gesetz bestimmte die Insel Bourbon als Deportationsort, wodurch diese Strafe, welche bisher nur dem Namen nach vorhanden gewesen, verwirklicht worden wäre. Der dritte Entwurf bedrohte diejenigen mit der schwersten Ahndung, welche, von einer Verschwörung gegen den König in Kenntniß gesetzt, dieselbe nicht innerhalb vierundzwanzig Stunden anzeigen würden. Von dem Allen wollte selbst die Majorität, als dem Geiste der Verfassung zuwiderlaufend, nichts wissen.

Die Opposition, obgleich zu schwach, um den Gang der Regierung aufhalten zu können, und nur dann in sie einzugreifen befähigt,

wenn ein Theil des Centrums mit ihr stimmte, wurde jedoch nicht müde, die Julismonarchie bei jeder Gelegenheit des Rückschrittes anzuklagen, und ihr die Untreue gegen ihren revolutionairen Ursprung vorzuwerfen. Sie übte, wiewohl auf dem officiellen Boden gewöhnlich geschlagen, auf die Volksstimmung einen großen Einfluß aus. Ihre Reden wurden von der Menge mit mehr Theilnahme als die ihrer politischen Gegner aufgenommen, und prägten sich den Gesinnungen tiefer ein. Außerdem war es nicht allein die Opposition in der Deputirtenkammer, sondern noch mehr die in der Presse, welche die Juliusmonarchie zu fürchten hatte. Da der ganze Zustand ein schwankender, zweifelhafter war, der bisher keine moralischen Wurzeln geschlagen hatte, so hing Alles von der Richtung ab, welche die öffentliche Meinung annahm. Diese wurde mehr von der oppositionellen als ministeriellen Presse bestimmt. Bei Gelegenheit der Forderung einer Apanage für den Herzog von Nemours, wurde das Ministerium in der Deputirtenkammer, und, außerhalb derselben, der König selbst in Journalen und Broschüren, so heftig angegriffen, daß der Antrag zurückgezogen werden mußte. Außer der öffentlichen Presse, welche die Septembergesetze zu scheuen hatte, und deshalb zu einiger Mäßigung gezwungen war, gab es noch eine heimliche Presse, welche, ungeachtet aller polizeilichen Beaufsichtigung, immer zahlreicher wurde, ihre Erzeugnisse bis in die untersten Klassen verbreitete, und unausgesetzt an der Untergrabung der bestehenden Ordnung der Dinge arbeitete.

Mit den Ministern wurde, während der ersten zehn Jahre der Juliusmonarchie, fast eben so häufig wie früher unter der Republik gewechselt. Guizot ist Minister des Innern, zweimal Minister des öffentlichen Unterrichts und Minister des Auswärtigen gewesen. Thiers hat das Departement des Innern, der öffentlichen Arbeiten und des Auswärtigen verwaltet. Soult ist mehrmals Kriegsminister und auch Minister des Auswärtigen gewesen. Sebastiani, Montalivet, d'Argout, vieler anderen weniger bekannten Persönlichkeiten nicht zu erwähnen, haben verschiedene Ministerien bekleidet. Die Stellung als Ministerpräsidenten haben eingenommen: Dupont de l'Eure, Lafitte, Casimir Perier, Soult, Molé, Gerard, Mortier, Broglie, Bassano, Thiers, Guizot.

Ungeachtet dieses Wechsels gehörten alle Minister Ludwig Philipp's, mit Ausnahme der bald beseitigten Dupont de l'Eure und Lafitte, entweder den Doktrinairen oder dem Tiersparti an, oder nahmen, wenn sie ursprünglich ohne bestimmte politische Grundsätze gewesen, die Meinungen einer dieser Parteien an. Die Doktrinaire strebten danach, die Juliusmonarchie möglichst in den Gleisen der Restauration zu erhalten.

Von ihnen wurde Ludwig Philipp, in den Mittheilungen an die fremden Höfe, namentlich den päbstlichen, der alte Titel eines allerchristlichsten Königs, wie Ludwig XVIII. und Karl X., beigelegt. Nach ihnen sollte der Thron der jüngeren Linie eben so rechtmäßig wie der der älteren sein, und nur die Idee von einem göttlichen Recht des Königthums, als mit einer freien Verfassung unvereinbar, fortfallen. Daß die Krone nie ein Spiel der Parteien würde, und nie zu dem Volke in Widerspruch träte, dafür hätten die Minister und die Majorität in den Kammern zu sorgen. Die Wählerschaft, aus welcher die Deputirten hervorgehen, wurde als die officielle Nation (le pays légal) angesehen. Der übrige Theil der Bevölkerung sollte sich mit der gesetzlichen Gleichheit begnügen, aber keinen bestimmten politischen Einfluß ausüben. Da das Wahlrecht von einem Census abhing, also nicht an der Person, sondern an dem Vermögen haftet, welches erworben und verloren werden kann, so war Niemand von einer solchen Stellung für immer ausgeschlossen, so wie Niemand derselben für immer gewiß sein konnte. Dieses System der Doktrinaire, auf Erhaltung des inneren Friedens und den Fortschritt der Gesittung berechnet, litt nur an dem Grundfehler, die revolutionaire Vergangenheit des französischen Volkes nicht gebührend in Anschlag zu bringen. Es fehlte in Frankreich an einer festen und weit verzweigten Aristokratie, welche, wie dies in England der Fall ist, den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens ausgemacht, und ihm, ungeachtet aller Bewegung auf der Oberfläche, im Innern die nöthige Schwerkraft verliehen hätte. Eine meist aus höheren Beamten bestehende Pairskammer, und eine in vielen ihrer Schichten häufig wechselnde Wählerschaft konnten nicht für eine politische Aristokratie gelten, die einzige, welche ein freies und bewußtes Volk ertragen, aber auch nicht entbehren kann. Der Mangel an einer solchen Institution machte Frankreich zu einem Schiff ohne Ballast, das bei jeder Bewegung in Gefahr kommt das Gleichgewicht zu verlieren, und auf die eine oder die andre Seite hin umzuschlagen. Den Doktrinairen schwebte ein politisches Ideal vor, für welches aber die französische Nation zu wenig vorbereitet war.

Ludwig Philipp, der wenig an Ideen und Systemen hing, und glaubte, daß man, auf einer einmal gegebenen Grundlage weiter bauend, mit einer gewissen praktischen Geschicklichkeit Alles ausrichten könne, fühlte sich durch seine Natur nicht zu den Doktrinairen hingezogen. Aber ihre Absicht, in der Julismonarchie die Restauration fortzusetzen, im Innern die Revolution zu erdrücken, und jede Kollision mit dem Auslande zu vermeiden, stimmte so sehr mit seinen eigenen Ueberzeugun=

gen und Wünschen überein, daß er aus ihnen vorzugsweise gern seine Minister nahm.

Der Tiersparti war eben so sehr wie die Doktrinaire der Republik entgegen, und eben so zur Unterstützung der Juliusmonarchie bereit, wollte diese aber nicht in die Fußstapfen der Restauration treten sehen. Herabsetzung des Census, Ertheilung des Wahlrechts an die sogenannten Kapacitäten, gewisse Klassen, deren Bildung für ein Steuerquotum gelten sollte, waren die Forderungen, welche der Tiersparti in Bezug auf das Innere stellte. Er wollte ebenfalls ein friedliches Verhältniß zum Auslande erhalten, dabei aber Frankreich's Einflusse nichts vergeben. Es fanden übrigens innerhalb dieser Parteien, ohne daß sie sich deshalb auflösten, erhebliche Unterschiede statt. Unter den Doktrinairen war der Herzog von Broglie auf Frankreich's Größe und Würde eifersüchtiger als Guizot, und im Tiersparti waren Dupin der Aeltere, Passy u. s. w. dynastischer als Thiers gesinnt. Ludwig Philipp hielt die Mitglieder des Tiersparti für weniger zuverlässige Freunde als die Doktrinaire, und vertraute jenen nur dann die oberste Verwaltung an, wenn diese für den Augenblick unmöglich geworden waren.

Unter den Männern von Ruf und Bedeutung, welche in den Kammern saßen, und in die Ministerien traten, gab es ohne Zweifel manche, welche dem Könige an Geist und Kenntnissen nicht nachstanden. Gleichwohl konnten sie keine selbstständige Bahn einschlagen, und übten auf Ludwig Philipp keinen bestimmten Einfluß aus. Die Unvollkommenheit des konstitutionellen Systems in Frankreich, welche dem Monarchen unter liberalen Formen eine Art von Diktatur verlieh, kam von der eigenthümlichen Lage der Parteien und der Stimmung des Volkes her. Da Ludwig Philipp's Stellung von Legitimisten und Republikanern von vorn herein verworfen, und von den Massen mit Gleichgültigkeit betrachtet wurde, so schlossen sich seine Anhänger ihm um so fester an. Sie glaubten, daß er allein im Stande wäre, den innern und äußeren Frieden zu erhalten, und eine neue Revolution oder einen allgemeinen Krieg zu verhindern. Auch war er, ohne einen weiten oder tiefen Blick zu besitzen, äußerst fein und zur Behandlung des unmittelbar Vorliegenden geschickt. Er kannte die schwachen Seiten der politischen Notabilitäten seiner Partei, ihren Mangel an Unabhängigkeit, an Stützpunkten in der Nation, ihre gegenseitige Eifersucht, ihr Streben emporzukommen oder sich oben zu erhalten, und wußte die Befriedigung ihres Ehrgeizes von der Annahme seiner Pläne und der Befolgung seines Willens abhängig zu machen. Gefiel ihm die Haltung eines seiner Minister nicht,

so sah er sich im Stillen nach einem Ersatzmanne für ihn um, und wußte immer im geeignetsten Moment eine solche Veränderung einzuleiten. Es war dies um so leichter, da ihm viele ungefähr auf derselben Linie der Befähigung stehende Männer zu Gebot standen. Denn es gab unter dieser Regierung nur zwei Persönlichkeiten, welche durch eine seltene Vereinigung von politischem und litterarischem Talent, von Theorie und Praxis, von Beredsamkeit und Geschäftskenntniß, eine Ausnahmsstellung einnahmen, und die sich Ludwig Philipp zwar anschlossen, aber nicht vollkommen unterordneten. Es waren dies Thiers und Guizot. Lange verstand es der König beide für seine Zwecke zu benutzen, den einen durch den anderen in Schranken zu halten, keinem von ihnen vor den Kopf zu stoßen, und dadurch zwischen den beiden Parteien, an deren Spitze diese von Natur sehr verschiedenen, als Schriftsteller und Redner aber gleich hervorragenden Erscheinungen standen, ein Gleichgewicht zu erhalten. Die Art, wie er später Thiers von sich entfernte, und Guizot ausschließend heranzog, war ein Fehlgriff, der ihm zuletzt gefährlich werden sollte.

Fieschi, der Anfertiger der Höllenmaschine und Vollführer des mörderischen Anschlages vom 28. Julius (1835) war mit seinen beiden Mitschuldigen, dem Kaufmann Pepin und dem Sattler Morey, welche ihn mit Geld und Rath bei den Vorbereitungen zu seinem Verbrechen unterstützt hatten, am 19. Februar 1836 hingerichtet worden. Ein junger Handwerker Namens Boireau, welcher um die That gewußt, und ihr ebenfalls förderlich gewesen, aber, im Gegensatze zu Pepin und Morey, seine Theilnahme eingestanden hatte, ward nur zur Deportation verurtheilt. Dieses Attentat scheint den ersten Anstoß zu einer Reihe von Mordversuchen gegeben zu haben, wie sie sich in der Geschichte keines anderen Volkes vorfinden. Am 25. Junius 1836 schoß Alibaud, früher Soldat, später Handlungsreisender, auf den König, und wurde am 10. Julius hingerichtet. Am 27. December 1836 verübte ein junger Handwerker Namens Meunier dasselbe Verbrechen, ward zum Tode verurtheilt, von dem Könige aber zur Deportation begnadigt. Ein Elsasser, Hubert, hatte einem geschickten Mechaniker eine im größten Maßstabe angelegte Höllenmaschine abgekauft, welche, ursprünglich zu militairischen Zwecken erfunden, von Hubert dazu bestimmt wurde, bei Eröffnung der Kammern, den König, sein Gefolge und seine Minister zu tödten. Hubert wurde mit der Strafe der Deportation belegt. Am 17. Oktober 1840 schoß ein Arbeiter Namens Darmès, am 16. April 1846 der ehemalige Forstbeamte Lecomte auf den König, der am 29. Ju-

lins des nämlichen Jahres sich durch den Stahlwaarenfabrikanten Henry derselben Gefahr ausgesetzt sah. Darmès und Lecomte wurden hingerichtet, Henry zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt. Man weiß nicht, worüber man mehr erstaunen soll — die Beharrlichkeit in diesen Mordversuchen — oder das Glück des Königs — welcher, oft in nächster Nähe bedroht, nie die geringste Verletzung erlitt.

Ein dauerndes Verdienst erwarb sich die Juliusmonarchie um Frankreich, durch ihre angestrengten Bemühungen Algerien in eine französische Kolonie zu verwandeln. Unter Karl X. hatten sich die Franzosen nur in den Besitz der Stadt Algier gesetzt. Ludwig Philipp I. hatte, während der ersten Jahre nach seiner Thronbesteigung, von vielen näher liegenden und wichtigeren Interessen in Anspruch genommen, zu keinem entscheidenden Entschluß über das Verhältniß Frankreich's zu dieser neuen Erwerbung kommen können. Die Pforte that gegen eine dauernde Besitznahme der ehemaligen Regentschaft Einsprache, und wollte ihre Oberhoheit geltend machen. England unterstützte im geheimen die Reklamationen der Türkei, und ließ seine Unzufriedenheit über eine Niederlassung der Franzosen an der Nordküste Afrika's durchblicken. In Frankreich selbst gab es eine zahlreiche Partei, welche diese Eroberung ganz aufgegeben oder auf die Stadt Algier beschränkt wissen wollte. Man fürchtete die Opfer an Geld und Mannschaft und die möglichen Verwickelungen mit dem Auslande, welche die Behauptung dieses Gebietes nach sich ziehen konnte. Nachdem sich aber die Juliusmonarchie entschlossen hatte, diese Hinterlassenschaft der Restauration nicht fahren zu lassen, so wurden die Mittel zu deren Befestigung und Erweiterung mit von Jahr zu Jahr zunehmender Kraft und Einsicht gewählt, und die großen Anstrengungen zuletzt von einem eben so großen Erfolge gekrönt.

Anfänglich schienen die entgegenstehenden Hindernisse fast unüberwindlich zu sein. Der hartnäckige Widerstand der Bevölkerung ließ endlose Kämpfe voraussehen. Bei der gänzlichen Verschiedenheit der Religion, Sprache und Sitte war es nicht recht begreiflich, wie sich die Franzosen anders als durch einen immerwährenden Krieg, der zuletzt mehr Opfer verlangen mußte als Vortheile gewähren konnte, in jenen Gegenden behaupten würden. Aber das viel ferner liegende Egypten war von Frankreich am Ende des vorigen Jahrhunderts, ungeachtet es damals halb Europa gegen sich hatte, erobert worden, und würde unter etwas günstigeren Verhältnissen auch behauptet worden sein. Diese Erinnerung flößte der französischen Regierung den Muth ein, in einem Unternehmen fortzufahren, dessen noch fern liegendes, aber schon sicht-

bares Ziel die Europäisirung und Christianisirung der ganzen afrikanischen Nordküste ist.

Während der ersten Jahre war der Kampf der Franzosen gegen die Araber von geringen Erfolgen und häufigen Unfällen bezeichnet. Mit den mäßigen, von den Kammern für Algerien bewilligten Geldmitteln ließ sich dort keine angemessene Kriegsmacht aufstellen. Erst nach und nach gewöhnten sich die Vertreter der Nation an den Gedanken, Algerien dauernd mit Frankreich zu verbinden, und die zur Erreichung dieses Zweckes nöthigen Opfer nicht zu scheuen. Es war auch eine gewisse Zeit erforderlich, bevor die französischen Generale die Natur des dort zu führenden Krieges begreifen, und die Soldaten sich an Lebensart und Witterung in dem fremden Lande gewöhnen konnten. Der Marschall Clauzel scheiterte bei dem Sturm auf Konstantine (dem Cirta der Römer), und sein Nachfolger, General Damremont, blieb bei dem Angriffe auf diese Stadt, die aber am 13. Oktober 1837 von den Franzosen, nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten, genommen wurde. Durch diese glänzende Waffenthat wurde ein fester Punkt im Innern Algerien's gewonnen. Ein tapferer und schlauer Häuptling, der Emir Abd=el=Kader, der unter den Arabern den sogenannten heiligen Krieg gegen die Ungläubigen predigte, und im geheimen von England mit Waffen und Kriegsbedarf unterstützt wurde, schlug die Franzosen Jahre lang in vielen einzelnen Gefechten, und überlistete sie bei den Unterhandlungen, ward aber endlich überwältigt, gefangen und nach Frankreich abgeführt. Der Kaiser von Marokko, welchen die Anwesenheit der Franzosen in seiner Nähe beunruhigte, ließ sich zum Kriege gegen sie verleiten, schickte unter seinem Sohne ein Heer gegen sie ab, wurde aber von dem Marschall Bugeaud bei Isly (14. August 1844) gänzlich geschlagen, und zum Frieden gezwungen. Nachdem Bugeaud allmälig das ganze Gebiet der ehemaligen Regentschaft unterworfen hatte, führte er eine regelmäßige und feste Verwaltung ein, welche die Eingebornen zu der Ueberzeugung zwang, daß die Franzosen zur Herrschaft über ihr Land bestimmt wären, und jeder Widerstand gegen sie nur ein unausbleibliches Verderben nach sich ziehe. Abgesehen von den Früchten, welche die Eroberung Algerien's den Franzosen für die Zukunft verspricht, hat der dortige Krieg ihnen schon in der Gegenwart den unermeßlichen Vortheil gewährt, eine große Menge talentvoller Officiere und abgehärteter Soldaten herangebildet zu haben, welche zur Ausführung der größten Unternehmungen geeignet sind.

Die Septembergesetze hatten dem gewaltsamen Parteitreiben, wel=

ches sich in blutigen Volksaufständen und leidenschaftlichen Angriffen der Tagesblätter auf die bestehende Ordnung der Dinge aussprach, einen Damm entgegengesetzt. Zwar hörten die der Juliusmonarchie feindlichen Gesellschaften nicht auf, sondern zogen sich nur in ein für die Behörden schwer zu erreichendes Dunkel zurück, welches dann und wann durch die Mordanfälle auf den König, wie von einem Blitzstrahl, erleuchtet wurde, und die geheime Presse setzte ihr verderbliches Treiben fort. Aber äußerlich war, in Folge der Reaktion gegen das Attentat vom 28. Julius 1835, ein gewisses Maß in die Bewegungen des öffentlichen Lebens gebracht, und der Kampf auf die legale Opposition in den Kammern, und deren Echo in den Journalen, beschränkt worden. Zwei um diese Zeit angestellte Versuche, die, allerdings nur auf der Oberfläche bestehende, aber für eine Zeit lang äußerlich hinreichend befestigte, Ruhe zu stören, sollten gleich im Entstehen vereitelt werden, bewiesen aber doch wie wenig man, in gewissen Kreisen, an die Dauer und Festigkeit des herrschenden Systems zu glauben geneigt war, und von welchen Parteien dasselbe in der Zukunft am meisten bedroht werden würde.

Die in Folge des Rücktrittes des Grafen Molé eingetretene, ungewöhnlich lang dauernde Ministerkrise wurde von einer, aus den Ueberresten der Gesellschaft der Menschenrechte, entstandenen geheimen Verbindung, die der Jahreszeiten (société des saisons) genannt, zu einer aufrührischen Bewegung benutzt. An ihrer Spitze standen zwei noch junge Männer, Barbès und Blanqui, welche akademische Studien gemacht hatten. Barbès, der Vermögen besaß, hatte von der Juliusrevolution an seine ganze Zeit und Kraft auf die Gründung oder Theilnahme an geheimen Verbindungen verwandt. Blanqui war der Sohn eines Konventsmitgliedes, welches für den Tod Ludwig XVI. gestimmt hatte, und glaubte, soviel als möglich in die Fußstapfen seines Vaters treten zu müssen. Beide waren nicht ohne Kenntnisse und Talent, aber unbeugsame Fanatiker, nur mit dem Unterschiede, daß Barbès für einen uninteressirten Schwärmer galt, nichts für sich suchte, und seine Person für seine Ideen rücksichtslos aussetzte, während Blanqui für ehrgeizig und weniger unerschrocken gehalten wurde.

Die Gesellschaft der Jahreszeiten, welche, ungeachtet dieses unschuldigen Namens, die gefährlichsten Zwecke verfolgte, und eine neue Revolution nur als ein Mittel zur Verwirklichung socialistischer Meinungen anstrebte, war erst neuerdings gestiftet worden, damals aus kaum tausend Mitgliedern zusammengesetzt, und hatte noch keine Zeit gehabt, sich eine bestimmte Organisation zu geben. Bei der strengen

polizeilichen Beaufsichtigung waren Gesammtversammlungen unmöglich gewesen, und der Verband unter den einzelnen Mitgliedern locker geblieben. Die in den obersten officiellen Sphären herrschende Uneinigkeit, welche sich in der Schwierigkeit ein Ministerium zu bilden kund gab, die oppositionelle Haltung, welche Thiers anzunehmen anfing, die in der Presse immer lauter werdenden Angriffe auf die persönliche Politik des Königs, die in gewissen Schichten der Pariser Bevölkerung im Stillen fortdauernde Gährung, überredeten die anarchische Partei, daß es nur eines Zeichens bedürfe, um eine allgemeine Bewegung hervorzurufen.

Barbès und Blanqui hatten den 12. Mai (1839) zum Ausbruch des von ihnen beabsichtigten Angriffes auf die Juliusmonarchie bestimmt. Es war an einem Sonntage, Nachmittags gegen vier Uhr, eine Stunde, wo der größte Theil der Bevölkerung sich außerhalb der Stadt befand, als einige hundert bewaffnete Mitglieder der Gesellschaft der Jahreszeiten vor dem Justizpalaste erschienen, die Wache überwältigten, wobei Barbès den kommandirenden Officier mit eigener Hand tödtete, und dann die in der Nähe befindliche Polizeipräfektur besetzen wollten. Dort stießen sie auf einen Widerstand, den sie bei ihrer geringen Anzahl nicht überwinden konnten. Die Aufständischen zogen hierauf nach dem Stadthause, entwaffneten die Militairposten, und riefen die Republik aus. Es rückten jetzt von allen Seiten Truppen gegen sie heran. Vergebens errichteten sie einige Barrikaden, vergebens riefen sie das Volk zur Theilnahme an ihrem Unternehmen auf. Die Zeit großer Aufstände war auf lange hinaus vorüber. Die meisten Verschworenen retteten sich während der Nacht. Barbès wurde mit einigen seiner verwegensten Gefährten ergriffen. Bei dem Proceß vor dem Pairshofe nahm er, wie alle seine Vorgänger in ähnlichem Falle, die Haltung eines besiegten Feindes an. Er wurde zum Tode verurtheilt. Ludwig Philipp war so großmüthig, dieses Urtheil, gegen den einstimmigen Rath seiner Umgebungen, nicht vollziehen zu lassen, und Barbès zu einem lebenslänglichen Gefängniß, ohne Zwangsarbeit, zu begnadigen. Blanqui, der sich, als er sah, daß das Unternehmen fehlschlug, durch die Flucht gerettet und in Paris verborgen gehalten hatte, ward einige Monate später entdeckt, und theilte Barbès Schicksal, das er aber nicht mit derselben Festigkeit zu ertragen verstand.

Ludwig Napoleon Bonaparte war aus Nordamerika, wohin er nach seinem verunglückten Auftreten in Straßburg gebracht worden,

nach Europa zurückgekehrt, und hatte sich in der Schweiz niedergelassen, dann aber, als die Eidgenossenschaft wegen seines Aufenthaltes in drohende Verwickelungen mit der französischen Regierung gerieth, sich nach England begeben. Der Gedanke an die frühere Größe seiner Familie, das Beispiel seines Oheims, welcher zweimal, 1799 und 1815, durch sein bloßes Erscheinen sich zum Herrn über Frankreich gemacht hatte, ließ ihm keine Ruhe, und er überredete sich, daß seine Landung in Frankreich dieselbe Wirkung hervorbringen würde. Er traf im Stillen seine Vorbereitungen in London, in dem er einige funfzig Leute aus verschiedenen Nationen in seine Dienste nahm, sie in die Uniform der ehemaligen kaiserlichen Garde kleidete, und sich am 4. August (1840) in Greenwich einschiffte. Der schon sehr bejahrte General Graf von Montholon, welcher bei Napoleon auf St. Helena gewesen, hielt sich von dem Hause des Kaisers für unzertrennlich, und schloß sich dem Unternehmen an. Am 6. August landete der Prinz in Vimereux, einem Fischerdorfe bei Boulogne, wo er um fünf Uhr Morgens, zum Erstaunen der Bevölkerung, seinen Einzug hielt. Er hatte aus England einen lebendigen Adler mitgebracht, und ließ ihn, als Sinnbild des Kaiserreiches, in die Höhe steigen. Zugleich wurde eine Proklamation an das französische Volk und ein Dekret in zahllosen Exemplaren ausgetheilt. In der Proklamation versprach er Frankreich seine frühere Größe wiederzugeben, beschuldigte die Juliusmonarchie der Unterdrückung im Innern und der Ohnmacht gegen das Ausland, und erklärte im Styl seines Oheims, daß die Bourbons=Orleans aufgehört hätten zu regieren. In dem Dekret setzte er eine provisorische Regierung ein, bis die Nation Zeit gehabt haben würde, in Urversammlungen über die ihr angemessen erscheinende künftige Staatsform zu entscheiden. Seltsamer Weise ernannte er Thiers, welcher in einer späteren Epoche als sein entschiedener Gegner auftreten sollte, und damals Ludwig Philipp's erster Minister war, zum Haupte der provisorischen Regierung, stellte die Truppen in und um Paris unter den Oberbefehl des Marschalls Clauzel und des Generals Pajol, und kündigte allen Civil= und Militairautoritäten, welche sich nicht alsbald diesen Bestimmungen unterwerfen würden, ihre Absetzung an. Louis Napoleon trug, wie man sehen kann, schon damals vollständig den Plan in seinem Kopf, welchen er zwölf Jahre später ausführte. Da aber bei den Unternehmungen der Menschen alles von Zeit und Umständen abhängt, so mußte das was 1851 gelang 1840 mißglücken.

Das wenige regulaire Militair, welches sich in Boulogne befand,

ward zwar versammelt, zeigte aber, wenn auch keine Neigung zum Abfall, wie ein Theil der Straßburger Garnison, auch keinen Eifer gegen den Prinzen einzuschreiten. Aber die Zollsoldaten, welche nicht unter dem Einflusse der Napoleon'schen Erinnerungen standen, machten Miene sich des kühnen Eindringlings bemächtigen zu wollen, der, endlich die Vergeblichkeit seines Unternehmens begreifend, sich in ein Boot warf, um das auf der Höhe des Hafens liegende Dampfschiff, welches ihn nach Frankreich geführt hatte, zu erreichen. Das Boot schlug aber um, und Ludwig Napoleon ward gefangen genommen. Unter einem weniger großmüthigen und milden Fürsten, als Ludwig Philipp, hätte der Napoleonide das Schicksal seines Oheims Murat haben können. Er war seit dem Aufhören des Kaiserreiches kein Franzose mehr, konnte deshalb nicht die Rechtswohlthat eines solchen in Anspruch nehmen, und er hätte für seinen Einfall mit bewaffneter Hand, als ein öffentlicher Feind, als außer dem Völkerrecht und den Gesetzen stehend, summarisch gerichtet werden können. Aber Ludwig Philipp war, noch mehr aus Menschlichkeit und Gewissenhaftigkeit als aus Staatsklugheit, jedem gewaltsamen Verfahren abgeneigt. Der Prinz wurde mit seinen Gefährten vor den Pairshof gestellt, welcher ersteren (5. Oktober 1840) zu einem lebenslänglichen, letztere, nach dem Grade ihrer Verschuldung, zu zwei= bis zwanzigjährigem Gefängniß verurtheilte.

Dieses Abentheuer in Boulogne hatte in den Augen oberflächlicher Beobachter auf den Sohn des ehemaligen Königs von Holland den Schein des Lächerlichen geworfen. Man bedachte aber nicht, daß nicht nur Ehrgeiz und Sucht eine Rolle zu spielen, sondern auch die Ueberzeugung von der geringen Anhänglichkeit der Nation an die Juliusmonarchie und der sinkenden Popularität ihres Hauptes, Erscheinungen, welche mit der Zeit zunehmen mußten, den Napoleoniden zu einem solchen Wagestück fortgerissen hatten. Obgleich Ludwig Napoleon so wenig, wie andere, die später eingetretene Umwälzung, welche ihm den Weg zur Herrschaft bahnte, vorausgesehen haben kann, so ist es gleichwohl gewiß, daß er, ohne die Ereignisse in Straßburg und Boulogne und die mehrjährige Gefangenschaft in einer französischen Festung, von der Nation vergessen worden wäre, und daß diese ihm anfänglich Unglück bringenden Ereignisse zu seiner nachmaligen Erhebung beigetragen haben.

Mit Ausnahme der, im Widerspruche zu den absolutistischen Kabinetten, der belgischen Revolution erwiesenen Hülfe, ist es die Haltung

gegen das Ausland gewesen, wodurch die Juliusmonarchie sich das französische Volk am meisten entfremdet hat. Ludwig Philipp nahm zwar zuweilen gegen kleine und schwache Staaten, gegen Portugal unter Don Miguel, gegen die Schweiz, Marokko, Haiti, Mexiko und Buenos-Ayres eine drohende Stellung an, oder schritt auch wohl mit kriegerischen Maßregeln ein, legte aber in seinem Verhältniß zu den Großmächten eine oft an Schwäche grenzende Nachgiebigkeit dar. Besonders schadete ihm in der öffentlichen Meinung die Geduld, mit welcher er die rücksichtslose Behandlung des Kaisers Nikolaus ertrug, der seine Abneigung gegen die jüngere Linie der Bourbonen förmlich zur Schau trug. Obwohl Ludwig Philipp sonst viel Scharfblick besaß, so wurde dennoch der Charakter der Nation, an deren Spitze er stand, von ihm nicht vollkommen begriffen. Seine immer schwankend bleibende Lage im Innern hätte nur durch ein kühneres Auftreten nach Außen hin befestigt werden können. Er hatte weniger den Krieg als eine neue Revolution zu fürchten. Auch entbehrte seine auswärtige Politik, selbst abgesehen davon, daß sie nicht der Größe des von ihm vertretenen Landes entsprach, der Aufrichtigkeit, die Vertrauen und Achtung einflößt. Er schien anfänglich sich der liberalen Partei im Kirchenstaate annehmen zu wollen, gab dieselbe aber zuletzt der Willkühr und Rache der päbstlichen Regierung preis. In ähnlicher Weise waren die Polen durch Erregung von Hoffnungen getäuscht worden. Er ermunterte nach der Juliusrevolution im geheimen die spanischen Konstitutionellen, und ließ sie dann im Stich. Als später der Bürgerkrieg in Spanien entbrannte, ward von ihm, ungeachtet der Quadrupelallianz, um den nordischen Mächten keine Veranlassung zur Unzufriedenheit zu geben, wenig oder nichts für die Begründung des Thrones der Königin Isabella gethan, obgleich der Sieg des Don Karlos Niemandem so gefährlich als der Juliusmonarchie geworden wäre. Während der, durch die Streitigkeiten zwischen dem Sultan und dem Vicekönig von Egypten herbeigeführten, Krise im Orient ließ Ludwig Philipp sein damaliges Ministerium eine Zeit lang ungehindert die Partei des Vicekönigs ergreifen, dadurch den mittelbar gegen Frankreich gerichteten Vierbundvertrag zu Stande kommen, Rüstungen vornehmen, und in dem Volke eine bedenkliche Gährung entstehen, gab dann aber den Vicekönig plötzlich auf, und trat den Beschlüssen der übrigen Mächte vollständig bei. Das von ihm angenommene System, im Innern die Freiheit möglichst zu beschränken, und einen Bruch mit dem Auslande um jeden Preis zu vermeiden, konnte ihn in ein günstiges Verhältniß zu den fremden Mächten stellen, obgleich er auf diese Art

mehr deren Nachsicht als Achtung erwarb, mußte aber die große Mehrheit der Nation von ihm entfernen, und ihn zuletzt dem Angriffe einer feindlichen Partei wehrlos überliefern.

---

30. Spanien seit der Beendigung des Bürgerkrieges. — Marie Christine's und Espartero's Regentschaft. — Die Königin Isabella II. von den Kortes für volljährig erklärt. — Narvaez. — Revision der Verfassung. — Vermählung der Königin.

Durch den Vertrag von Bergara war der Bürgerkrieg in Spanien, nach einer beinahe fünfjährigen Dauer, im Sinne der konstitutionellen Entwickelung, gegen die Ansprüche des Absolutismus, entschieden worden. Nach der Vertreibung des Don Karlos und der Besiegung seiner Anhänger hätte das spanische Volk in dem Ausbau seiner Institutionen, wozu in der Verfassung vom 18. Junius 1837 ein geeignetes Fundament gelegt war, und in der Benutzung der ihm von der Natur gewordenen Vortheile, ein fruchtbares Feld friedlicher Thätigkeit finden können. Es würde aber zu diesem Zweck eines unerschütterlichen Charakters und außerordentlichen Talents an der Spitze des Landes, oder in diesem selbst des bewußten Willens bedurft haben, die Parteibestrebungen in Schranken zu halten, und die verschiedenen Richtungen an gegenseitiger Bekämpfung zu hindern. Unter den Machthabern war Niemand vorhanden, der diese schwierige Aufgabe zu lösen vermocht hätte, und die Nation besaß, obwohl sie das Bedürfniß der Ruhe fühlte, nicht genug Einsicht und Erfahrung, war in sich zu unruhig und zu zerrissen, um durch ein gemeinsames Wirken den seit lange in ihrer Mitte fühlbaren Mangel an großen Individualitäten zu ersetzen.

Der Königin-Mutter, Marie Christine, fehlte es nicht an Urtheil und Einsicht, und sie hätte, unter anderen Umständen, ihrer Stellung als Regentin wohl genügen können. Aber abgesehen von der, durch den langen Bürgerkrieg, hervorgebrachten Zerrüttung der öffentlichen Ordnung, hatte Marie Christine auch nach Besiegung des karlistischen Aufstandes unaufhörlich mit den Parteien, in welche die Sieger zerfielen, mit denen, welche die konstitutionellen Principien im Geiste der Verfassung von 1812 oder der von 1837 auslegten, und mit den Ueberresten der extremen Meinungen, den Demokraten und Absolutisten, zu kämpfen. Denen, welche das Bestehende befestigen wollten, Moderados

standen die Progressisten gegenüber, welche an einer größeren Beschränkung des Königthums arbeiteten, und deren äußerste Fraktion, Exaltados genannt, an die Republik streifte. Die Mehrheit der höheren und fast die Gesammtheit der niederen Geistlichkeit war karlistisch gesinnt. Das Heer gehörte mehr den einzelnen Generalen als der Regierung an. Unter den Officieren dauerte die Theilnahme an geheimen Verbindungen, welche leicht zu Empörungen führten, fort. Die niederen Klassen in den großen Städten neigten sich zu unruhigen Bewegungen in progressistischem Sinne hin, und das Landvolk, nach wie vor unter dem Einflusse der Geistlichkeit stehend, sah der Anwendung des konstitutionellen Systems, dem häufigen Ministerwechsel, den Verhandlungen bei den Wahlen und Geschwornen, mit mehr Befremdung als Vertrauen zu. Von 1814 an hatte in Spanien, ungeachtet des Despotismus Ferdinand VII., eine beständige Gährung stattgefunden. Der Boden schwankte unter den Füßen derer, welche auf ihm ein dauerndes Werk zu errichten versuchten, und schien ein solches nicht dulden zu wollen. Marie Christine besaß, als Frau und Fremde, nicht die Kraft, die von überall her drohenden Stürme zu beschwören. Sie hatte auch durch ihre zweite Vermählung, und das weit verbreitete und allgemein geglaubte Gerücht, daß sie für die in dieser Ehe geborenen Kinder auf Kosten des Landes Schätze sammle, in der Meinung der Nation viel verloren. Sie sehnte sich, seitdem durch Beendigung des Bürgerkrieges die größte Gefahr für sie verschwunden war, nach mehr Selbstständigkeit, als ihr bisher geworden war, wodurch sie sich von Seite derer, welche die Krone ihrer Tochter vertheidigt hatten, den Vorwurf der Undankbarkeit und des Eigenwillens zuzog.

Unter allen militairischen und politischen Notablitäten trat der General Espartero am meisten hervor. Im Anfange des Bürgerkrieges mehren Generalen an Einfluß und Ansehen nachstehend, hatte er sich, von der Vertheidigung von Bilbao und der Schlacht von Luchana an, den Ruf des fähigsten und unternehmendsten spanischen Heerführers erworben. Seine früheren Nebenbuhler hatten sich ihm entweder unterordnen müssen, oder waren von ihm verdrängt worden. Die Regentin hatte ihn für seine Dienste mit den größten Ehren und Würden belohnt, welche Spanien bieten konnte. Er war zum Herzog (mit der schmeichelhaften Benennung: vom Siege*) „duque de la Victoria“), Granden

*) In Spanien können allgemeine Bezeichnungen als Titel verliehen werden, z. B. Fürst vom Frieden (Manuel Godoy) — Marquis von der Treue (Elio) — u. s. w.

11*

erster Klasse, Generalkapitain und Vließritter ernannt worden. Marie Christine rechnete auf seine Dankbarkeit. Aber Espartero, von den ihm gewordenen Auszeichnungen nicht befriedigt, beanspruchte einen vorherrschenden Einfluß in der Regierung, und die Vertheidigung der Freiheit ward von ihm zum Vorwande seines Ehrgeizes genommen.

Marie Christine dachte keinesweges an eine Wiederherstellung der früheren Willkührherrschaft, wollte aber die Prärogative des konstitutionellen Königthums ungeschmälert erhalten wissen, indem deren zu große Beschränkung den Thron ihrer Tochter gefährden mußte. Sie stützte sich auf die Moderados, welche in dieser Beziehung mit ihr ganz übereinstimmten, und nur in der Wahl der zu diesem Ziele führenden Mittel zuweilen von ihr abwichen. Espartero glaubte, seitdem der Krieg beendigt war, nur dadurch eine hervorragende Bedeutung behaupten zu können, daß er sich an die Spitze des Theiles der Progressisten stellte, welcher zwar für die Erhaltung der monarchischen Regierungsform stimmte, aber zugleich die Stärkung des demokratischen Princips als eine Sicherstellung gegen die Rückkehr des Despotismus anstrebte. Die zwischen der Regentin und dem Siegesherzog, in den Ideen und Interessen, bestehende Verschiedenheit, von den beiderseitigen Anhängern noch vermehrt, streute den Samen zu neuen Verwickelungen und Unruhen aus.

In den im September (1839) eröffneten Kortes hatten die Progressisten die Stimmenmehrheit besessen, und die Regierung war von ihnen, wegen der der Presse, dem Gemeindewesen und der Volksbewaffnung auferlegten Beschränkungen, heftig angegriffen worden. Der unterdessen glücklich beendigte Bürgerkrieg ermuthigte die Regentin zur Auflösung der Kortes, und bei den Wahlen zu einer neuen Legislatur trugen die Moderados den Sieg davon. Die im Februar 1840 zusammengetretenen Kortes nahmen ein Gesetz an, welches den Gemeinden die Wahl ihrer Behörden entzog, und deren Ernennung der Regierung übertrug. Hierüber brach in fast allen großen Städten ein offener Aufstand aus. Marie Christine hatte eine Reise nach Nordspanien angetreten. Ihre Abwesenheit von Madrid veranlaßte die dortigen Progressisten zur Einsetzung einer Junta, welche die Provinzen zum Anschluß, nnd zur Absendung von Deputirten nach der Hauptstadt, um über die Lage der Dinge zu berathen, aufforderte. In Barcelona kam die Regentin mit Espartero zusammen, nahm seinen Degen gegen die aufrührische Bewegung in Anspruch, und bot ihm den Vorsitz im Ministerium an. Der Siegesherzog hatte sich aber schon öffentlich für die

Partei des Fortschrittes erklärt. Es ward von ihm, als Bedingung seiner Unterstützung, die Auflösung der moderadistischen Kortes, die Wiederherstellung der freien Gemeindewahlen und überhaupt eine Veränderung des bisherigen Regierungssystems verlangt. In Barcelona selbst fielen unruhige Auftritte vor. Aber Marie Christine verwarf die von Espartero aufgestellten Forderungen. Sie begab sich nach Valencia und setzte dort ein neues aus noch entschiedeneren Moderados bestehendes Kabinet ein. Die Bewegung wuchs, und der Stadtrath von Madrid erließ eine Adresse an die Regentin, welche, ungeachtet der ehrerbietigen Form, mit einem drohenden Charakter bezeichnet war. Es ward darin die Bestrafung der Minister als Verräther an der Nation, und die Einberufung konstituirender Kortes, mit außerordentlichen Vollmachten versehen, für nothwendig erklärt. Marie Christine trug jetzt dem Siegesherzog die Bildung eines neuen Ministeriums mit dem Vorsitz in demselben an. Espartero, der unterdessen in Madrid angekommen, und von der Bevölkerung mit Begeisterung empfangen war, wählte seine Kollegen ausschließend unter den Progressisten aus, und begab sich nach Valencia, um der Regentin sein Programm zu überreichen. Es ward darin Auflösung der Kortes, Zurücknahme des Gemeindegesetzes, und eine Veränderung in dem obersten Hofpersonal gefordert. Marie Christine, ohne Anhang im Volke, von den Truppen verlassen, entschloß sich endlich zur Niederlegung der Regentschaft, welche sie dem von Espartero gebildeten Ministerium übergab, und reiste am 14. Oktober (1840) nach Frankreich ab, wo sie von Ludwig Philipp I. mit großer Auszeichnung aufgenommen wurde. Espartero ward von der unter seinem Einfluß gewählten Kortes zum Regenten von Spanien ernannt.

Der Siegesherzog zeigte sich der hohen Stellung, zu welcher er emporgekommen war, nicht unwürdig. Er führte die Zügel der Regierung mit Kraft und Umsicht, stellte eine regelmäßige Rechtspflege her, steuerte den Unordnungen in der Verwaltung, wies die Einmischung des römischen Hofes in die inneren Verhältnisse Spaniens zurück, und wußte die Karlisten in den baskischen Provinzen und die Republikaner in Katalonien niederzuhalten. Aber er vermochte es nicht alle Hoffnungen, welche seine Erhebung in der Nation und besonders in seiner eigenen Partei erregt hatte, zu erfüllen. Die Finanzverwirrung steigerte sich, die Einnahmen reichten immer weniger zur Bestreitung der Ausgaben hin, und es mußten Anleihen über Anleihen gemacht werden. Die Königin-Mutter, welche in den höheren Klassen viele Anhänger zählte, arbeitete, von ausgewanderten Moderados umgeben, und im Geheimen

von dem französischen Kabinet unterstützt, dem Regenten durch ihren Einfluß und ihr Geld entgegen. Seine früheren Nebenbuhler konnten sich nicht daran gewöhnen, ihn im ruhigen Besitz der obersten Gewalt zu sehen. Es wurden Verschwörungen zu seinem Sturz und Anschläge gegen sein Leben gebildet. Die Generale Leon und Concha hatten den Entschluß gefaßt, die junge Königin aus dem Pallast in Madrid zu entführen, und, auf ihren Namen gestützt, eine neue Regierung einzusetzen. Das Komplott wurde, der Ausführung nahe, entdeckt und vereitelt, General Leon vor ein Kriegsgericht gestellt und am 15. Oktober 1841 erschossen. Bald waren es die Moderados, bald die Karlisten und die exaltirten Progressisten, von denen der Regent bedroht ward. Das unruhige Katalonien, wo die Ultrademokraten ihren Sitz hatten, mußte mit Gewalt unterworfen, und Barcelona bombardirt werden (1842). Da Espartero die Abneigung der französischen Regierung, bei welcher Marie Christine in großer Gunst stand, gegen sich kannte, so suchte er sich England anzuschließen, von woher ihm aber keine wirksame Unterstützung gewährt wurde. Seine Stellung gebot ihm die allgemeinen Interessen seines Landes festzuhalten, und sich von keinen einseitigen Rücksichten leiten zu lassen. Ueber der Erfüllung dieser Pflicht verlor er aber allmälig das Vertrauen der Fortschrittspartei, durch welche er emporgekommen war. Es war vorauszusehen, daß sich zuletzt alles, die einen aus eingewurzelter Feindschaft, die anderen wegen getäuschter Erwartung, gegen ihn vereinigen würden.

Espartero wurde genöthigt eine Amnestie zu erlassen, die seinen nach Frankreich geflüchteten Gegnern die Rückkehr erlaubte, und ihnen Gelegenheit ihm entgegenzuarbeiten bot. Seine eigenen Minister standen mit Marie Christine in geheimer Verbindung, und der Justizminister Lopez war von einem persönlichen Haß gegen den Regenten beseelt. Die Moderados hatten bei den letzten Wahlen die Mehrheit erlangt. Espartero entließ das Ministerium und löste die Kortes auf. Hierüber erhob sich im Norden Spanien's ein Aufstand gegen ihn, der sich rasch über das Innere und den Süden verbreitete. Seine Feinde hatten das Gerücht verbreitet, er habe mit England einen für Spanien nachtheiligen Handelsvertrag abgeschlossen. Moderados und Progressisten traten zu seinem Sturz zusammen. Von einer insurrektionellen Junta, Nationalregierung genannt, bestehend aus Lopez, Caballero und Serrano, wurde Espartero für einen Feind des Vaterlandes, und seiner Titel, Würden und Orden verlustig erklärt. Der fähigste unter seinen militairischen und politischen Nebenbuhlern, der General Ramon

Narvaez, der sich nach Frankreich zurückgezogen hatte, landete in Valencia, und übernahm den Oberbefehl über die gegen Espartero bestimmten Truppen. Die Soldaten, unter welchen dieser früher sehr populair gewesen, waren von der sich gegen ihn erhebenden feindlichen Stimmung zuletzt mit ergriffen worden, und schlugen sich auf die Seite der Espartero entgegenstehenden Generale. Die Nationalgarde, besonders die von Madrid, blieb ihm am längsten treu, konnte aber zuletzt dem Andringen der regelmäßigen Truppen nicht widerstehen. Am 26. Julius (1843) war der bisherige Regent gezwungen sich in Kadix einzuschiffen, und eine Zuflucht in England zu suchen, wo er, da man daselbst seine der englischen Politik geneigte Gesinnung kannte, ehrenvoll aufgenommen wurde.

Espartero war mehr an den Ränken seiner Neider und Nebenbuhler als an der Unzufriedenheit des Volkes gescheitert. Es sind von ihm in seiner Eigenschaft als Regent keine besonderen Fehlgriffe begangen worden. Er vermochte es allerdings nicht, die in den spanischen Zuständen vorhandenen Schäden zu beseitigen, aber die nach ihm gekommenen Machthaber sind hierin weder geschickter noch glücklicher gewesen. Alle Versuche der Art sind bisher fruchtlos geblieben. So tief liegende Wunden können nur von der Zeit und von dem in den Massen sich allmälig aufklärenden Bewußtsein geheilt werden. Espartero's Verwaltung hatte besonders bei den mittleren Klassen der Nation Beifall gefunden, und er wurde nicht lange nach seiner Verbannung zurück gewünscht. Dies war aber auch der Grund, warum seine Gegner seine Abwesenheit verlängerten, obgleich keine gerichtliche Verurtheilung gegen ihn erwirkt werden konnte, die Entsetzung von seinen Orden und Würden zurückgenommen werden mußte, und die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen, namentlich die Absicht, einen für die spanische Industrie nachtheiligen Handelsvertrag mit England abschließen zu wollen, sich als verläumderisch herausstellten. Erst 1848 ward ihm die Erlaubniß zur Rückkehr gewährt, und er hielt sich eine Reihe von Jahren hindurch von aller Theilnahme am öffentlichen Leben entfernt. Ob sein Wiederauftreten seit den letzten revolutionairen Bewegungen für Spanien heilsame Früchte tragen wird, kann vor dem endlichen Ausgange nicht mit Sicherheit bestimmt werden. Es wird ihm aber immer das große Verdienst bleiben, in einem entscheidenden Moment, wie der Krieg gegen den Infanten Don Karlos, sein Land vor der Rückkehr des monarchischen und klerikalen Despotismus bewahrt zu haben. Denn was auch über Spanien verhängt sein mag, eine Kama=

rilla und eine apostolische Partei, wie unter Ferdinand VII., werden nicht mehr das Staatsruder in die Hand bekommen.

Da nach Espartero's Entfernung Niemand zur Uebernahme der Regentschaft geeignet zu sein schien, so wurde Isabella II., obwohl sie noch nicht vierzehn Jahre alt war, von den Kortes für volljährig erklärt, und ihr die Ausübung der Souverainetät übertragen. Die junge Königin legte am 10. November 1843 den Eid auf die Verfassung von 1837 ab, welche aber bald wesentliche Veränderungen erfahren sollte. Die Moderados besaßen die Mehrheit in den Kortes und der Verwaltung, aber von den Progressisten wurden in den größeren Städten Gegenbewegungen und Aufstände versucht, die, an einem Orte unterdrückt, alsbald wieder an einem anderen ausbrachen, und Spanien eine Zeit lang in beständiger Aufregung erhielten. Unter solchen Umständen schien nur ein General zur Führung der Regierung geeignet zu sein. Unter den militairischen Notabilitäten trat, nach Espartero's Verbannung, Narvaez am meisten hervor, der sich früher im Kriege gegen die Karlisten ebenfalls, obgleich mehr durch Thätigkeit und Muth, als durch strategisches Talent ausgezeichnet, und später bei den zwischen Espartero und der Königin-Mutter ausgebrochenen Streitigkeiten die Partei dieser letzteren ergriffen hatte. Narvaez war von jeher ein Gegner und Nebenbuhler Espartero's gewesen, und hatte am meisten zu dessen Sturz beigetragen. Er wurde von der jungen Königin auf Rath ihrer Mutter, welche auch aus der Ferne auf die spanischen Angelegenheiten einwirkte, zum Herzoge von Valencia ernannt, und an die Spitze des Ministeriums gestellt (Mai 1844).

Von den am 10. Oktober 1844 eröffneten Kortes wurde auf Narvaez Veranlassung die seit 1837 bestehende Verfassung einer bedeutenden Revision unterworfen. Das Princip der Volkssouverainetät ward aus ihr entfernt, obgleich sie nicht, wie das Statut von 1834, als ein Ausfluß des Willens der Krone, sondern als eine zwischen dieser und der Nation abgeschlossene Uebereinkunft hingestellt wurde. Die Mitglieder des Senats sollten fortan nicht mehr für jede Legislatur gewählt, sondern von der Regierung auf Lebenszeit ernannt werden. Die Kortes waren nicht mehr befugt im December jedes Jahres von selbst zusammenzutreten, sondern mußten die königliche Einberufung abwarten. Die Preßvergehen und überhaupt alle Ueberschreitungen politischer Natur wurden den Geschwornen entzogen, und den ordentlichen Gerichten überwiesen. Die Nationalgarde, als Institut, ward aufgehoben, und es der

Regierung überlassen, dieselbe je nach den Oertlichkeiten und Bedürfnissen zu organisiren.

Die Königin-Mutter war unterdessen nach Spanien zurückgekehrt. Sie übte auf ihre Tochter, bei deren Jugend und Unerfahrenheit, einen alles entscheidenden Einfluß aus. Marie Christine glaubte, daß die Regierungskünste, welche sie mehre Jahre lang in Frankreich zu beobachten Gelegenheit gehabt hatte, auch in Spanien mit Erfolg angewandt werden könnten. Durch die Revision der Verfassung von 1837, die Preßgesetzgebung, die Entwaffnung des Volkes, waren die spanischen Zustände den französischen so nahe als möglich gebracht worden. In beiden Ländern war eine mehr scheinbare als wirkliche Volksvertretung zur Unterstützung aller Regierungsmaßregeln bereit. Die Reaktion trat indessen in Spanien etwas rücksichtsloser als in Frankreich auf, und rief mehrmals aufrührische Bewegungen unter den Progressisten hervor, die von Narvaez mit der allen Parteien in Spanien eigenen Grausamkeit unterdrückt wurden. Diesem General gelang es, von der Gunst der Königin-Mutter lange in seiner Stellung erhalten, allmälig die äußere Ordnung wieder herzustellen, aber ohne die innere Gährung ersticken zu können. Als er, mit Marie Christine, wie es scheint, mehr aus persönlichen als politischen Ursachen zerfallen, zum Rücktritt gezwungen wurde, wechselten die Ministerien so häufig, ward die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten oft so unsicheren und unfähigen Händen anvertraut, daß eine neue große Veränderung in der Stellung der Parteien und dem Gange der Regierung sich langsam aber unwiderstehlich vorbereitete.

Ein wichtiges Ereigniß für Spanien war die am 16. Oktober 1846 in Madrid zwischen der Königin Isabella und ihrem Vetter, dem Infanten Franz von Assisi, Herzoge von Kadix, vollzogene Vermählung. An demselben Tage wurde auch die Schwester der Königin, die Infantin Luise, mit dem jüngsten Sohne des Königs der Franzosen, dem Herzog von Montpensier, ehelich verbunden. Diese Doppelheirath, welche Ludwig Philipp I. als den Triumph seiner Politik betrachtete, führte für ihn ein gespanntes Verhältniß zu England herbei, was nicht ohne Einfluß auf seine Stellung in Frankreich blieb. Die Anhänger des Don Karlos in und außer Spanien strengten alle ihre Kräfte an, um der neuen Ordnung der Dinge in Spanien zu schaden. Die einen suchten in den baskischen Provinzen eine aufrührische Bewegung hervorzubringen, die anderen die Anerkennung der jungen Königin von Seiten der nordischen Mächte zu verhindern. Aber der Thron der Königin Isa-

bella stützt sich auf die Zustimmung der großen Mehrheit des spanischen Volkes, die Karlisten und Republikaner sind zu schwach, um ihn ernstlich bedrohen zu können. Es handelt sich in Spanien nicht um das Bestehen des Königthums, sondern nur um die engere oder weitere Anwendung der Ideen, von welchen der Repräsentativstaat getragen wird.

---

31. Portugal unter der Regierung der Königin Maria II.

In Portugal war, wie in Spanien, der Begründung des konstitutionellen Systems ein blutiger Kampf mit dem Absolutismus, letzterer von einem Kronprätendenten und seinem Anhange vertreten, vorangegangen. In beiden Ländern schlugen die Ereignisse eine ähnliche Bahn ein, nur daß sich in Portugal Alles in etwas verkleinertem Maßstabe wiederholte. Die Königin Maria da Gloria, Don Pedro's Tochter, verband sich nach einer noch von ihrem Vater getroffenen Bestimmung, mit dem Herzoge August von Leuchtenberg, welcher nahe daran gewesen war, die belgische Krone davon zu tragen. Dieser Prinz, der zu vielen Hoffnungen berechtigte, ging schon acht Wochen nach seiner Vermählung mit Tode ab (25. März 1835). Die junge Königin, welche ganz allein stand, da ihr Bruder in Brasilien regierte und ihr Oheim Don Miguel ihr Feind war, glaubte einer Stütze nicht entbehren zu können, und wurde am 9. April 1836 dem Prinzen Ferdinand von Sachsen-Koburg-Kohary, einem Neffen des Königs der Belgier, angetraut. Es gab in Portugal eine Partei, welche diese Verbindung, weil der Vater des Prinzen sich in österreichischen Militairdiensten befand, als der Freiheit gefährlich, mit Mißtrauen betrachtet hatte. Als die Königin für ihren Gemahl bei den Kortes den Oberbefehl über das portugiesische Heer nachsuchte, stieß sie auf Widerstand, und sah sich zu einer zweimaligen Auflösung der Deputirtenkammer genöthigt.

Die Opposition benutzte die Kunde von der Militairrevolte in La Granja in Spanien, um sich gegen die Regierung zu erheben. Indessen war es dabei nicht auf den Sturz der Königin, sondern nur auf die Wiederherstellung der Konstitution von 1822*) abgesehen. Maria II. wurde zur Nachgiebigkeit gegen die Aufständischen und zur Ernennung

*) Siehe Bd. XVII. S. 45.

eines aus Progressisten, wie Sa da Bandeira, Passos und Castro, zusammengesetzten Ministeriums gezwungen (September 1836). Aber die konservativen Konstitutionellen, Palmella, Terceira, Saldanha an ihrer Spitze, versuchten eine Gegenbewegung, welche für den Augenblick zu gelingen schien. Das neue Ministerium ward entlassen und die von Don Pedro eingeführte Verfassung wieder hergestellt. Dagegen griff die Lissaboner Nationalgarde zu den Waffen, und am 5. November (1836) ward die Verfassung von 1822 abermals proklamirt. Aber wie in Spanien nach den Vorgängen in La Granja, so sollten auch jetzt in Portugal die Kortes zur Einführung der im Grundgesetz nothwendig gewordenen Verbesserungen berechtigt sein.

Am 18. Januar (1837) wurde die zu der Durchsicht der Verfassung berufene Versammlung eröffnet. Die große Mehrheit derselben war, wie die damals zu demselben Zweck in Spanien zusammengetretenen Kortes, von gemäßigten Gesinnungen erfüllt, und suchte zwischen der demokratischen Verfassung von 1822 und der konservativen von 1826 eine Vermittlung herbeizuführen, und die Anhänger der ersteren von ihrer Erhebung im September 1836: „Septembristen" — wie die der letzteren „Chartisten" — genannt, mit einander auszusöhnen. Es war dies aber schwer, da nicht blos die Verschiedenheit der Meinungen, sondern auch der Ehrgeiz der Parteiführer entgegenwirkte. Terceira, Saldanha und andere Chartisten, darunter ein Deutscher aus Trier gebürtig, Namens Schwalbach*), der nicht nur einer der ersten Generale in der portugiesischen Armee geworden war, sondern auch eine politische Bedeutung erlangt hatte, griffen, während die Kortes noch beriethen, zu den Waffen, fanden im Norden Portugal's Anhang, und wollten schon gegen Lissabon vorrücken, als sie geschlagen und zur Unterwerfung gezwungen wurden (September 1837). Die höheren Anführer der Aufständischen wurden zur Entfernung aus dem Königreich gezwungen, die untergeordneteren Befehlshaber aus der Heeresliste gestrichen. —

Im März 1838 hatten die konstituirenden Kortes die Revision der Verfassung beendigt. Die Erblichkeit der ersten Kammer war aufgehoben worden, und ihre Mitglieder sollten wie die der zweiten Kammer vom Volke, nur nach einem höheren Census, gewählt werden. Zur Wählbarkeit für die erste Kammer wurde eine Grundrente von 2000

*) Er wurde von Don Pedro zum Baron von Setubal ernannt, weil er im Kriege gegen Don Miguel sich bei der Einnahme dieser Stadt hervorgethan hatte.

Milreis (3300 Thaler) oder eine aus anderen Erwerbsquellen fließende Einnahme von 4000 Milreis (6600 Thaler) oder die Bekleidung eines höheren Staatsamtes verlangt. Das Wahlrecht zur zweiten Kammer wurde an ein Einkommen von 130 Thalern, die Wählbarkeit an ein solches von 600 Thalern geknüpft. Außerdem wurde, wie in der spanischen Verfassung vom 18. Junius 1837, der Regierung ein absolutes Veto gegen die Beschlüsse der gesetzgebenden Versammlungen zuerkannt. Das neue Grundgesetz, welches am 4. April (1838) bekannt gemacht wurde, konnte wegen der der Krone eingeräumten Befugnisse, und des im Vergleiche zu dem wenig verbreiteten Wohlstand hohen Census, eher für das Werk eines gemäßigten Konservatismus als einer extremen Demokratie gelten. Nur die Bestimmung, daß weder der König noch die Prinzen von Geblüt den Oberbefehl über das Heer führen dürften, mußte als antimonarchisch erscheinen. Es war dies aber in Erinnerung an den Infanten Don Miguel geschehen, der sich erst von seinem Vater zum Generalissimus des portugiesischen Heeres ernennen ließ, und sich später mit Hülfe dieser Stellung widerrechtlich des Thrones bemächtigte.

Diese Verfassung hätte, ohne die vielen, in dem portugiesischen Volksleben seit der Flucht des Hauses Braganza nach Brasilien, eingetretenen Erschütterungen, die mannigfaltigen und auf die entgegengesetztesten Zwecke gerichteten Aufstände, Verschwörungen, Bürgerkriege, im Lande Wurzeln schlagen, und einen regelmäßigen Zustand begründen können. Republikaner und Migueliſten waren beseitigt, aber zwischen den Septembristen und Chartisten dauerte der Kampf fort, und machte eine vollkommene Beruhigung unmöglich. Die Septembristen glaubten, der von Don Miguel ausgeübten Tyrannei eingedenk, die Monarchie, ohne dieselbe ganz aufheben zu wollen, auf das äußerste beschränken zu müssen, während die Chartisten von einer zu großen Schwächung des Königthums das Hereinbrechen der Anarchie und die Erneuerung des Despotismus befürchteten.

Noch ehe die neue Verfassung eingeführt war, hatte die demokratische Partei, mit Hülfe des ihr ergebenen Marinekorps, in Lissabon einen Aufstand versucht, um die Grundsätze der Konstitution von 1822 ungeschmälert zur Herrschaft zu bringen. Der Versuch mißlang. Die Regierung übte an den Anstiftern keine Rache aus, sondern erließ im Gegentheil eine allgemeine Amnestie, welche flüchtigen Chartisten und zur Unterwerfung geneigten Migueliſten die Rückkehr erlaubte. Die im Jahre 1841 von Seiten des Pabstes und der Monarchen von Oesterreich, Preußen und Rußland erfolgte Anerkennung der Königin Ma=

ria II. trug zur Befestigung des Thrones bei, dessen Fortdauer außerdem durch die Geburt mehrer Prinzen gesichert zu sein schien.

Die Kortes waren bald mehr bald weniger konservativ gesinnt, und es traten häufige Ministerwechsel ein. Indessen nahm die monarchisch=konstitutionelle Partei unter den aufgeklärten Klassen an Zahl und Stärke zu, und die Septembristen wurden allmälig in den Hintergrund gedrängt. Seltsam stach die häufige Aufregung in den Städten von der tiefen politischen Ruhe ab, zu welcher das portugiesische Landvolk zurückgekehrt war.

Am 19. Januar 1842 brach in Oporto eine Bewegung im chartistischen Sinne aus, welcher sich Lissabon anschloß, und in Folge deren die Konstitution Don Pedro's wiederhergestellt wurde. Das Verfassungswerk von 1838, über welches ein ganzes Jahr lang berathen worden war, schien mit einemmal in Vergessenheit gerathen zu sein. Die Erblichkeit der ersten Kammer, die Ausübung des Wahlrechts in zwei Abstufungen, und das frühere Gemeindegesetz wurden erneuert. Der Gemahl der Königin, welcher nach der Geburt eines Thronerben den königlichen Titel angenommen hatte, erhielt den Oberbefehl über das Heer zurück.

Die Königin, welche von den vorangegangenen Schwankungen und Aufständen oft erschreckt worden, obgleich selbst die Septembristen nie ihr Thronrecht bestritten, sondern nur dessen Ausübung beschränkt hatten, setzte ein besonderes Vertrauen in die Klugheit und Festigkeit eines ehemaligen höheren Gerichtsbeamten Namens Costa Cabral, welchen schon Don Pedro ausgezeichnet hatte. Costa Cabral war besonders geschickt, bei den Wahlen den Kandidaten der Regierung die Mehrheit der Stimmen zu verschaffen, ließ sich aber dabei von seinem Eifer für die Interessen der Krone und auch von persönlicher Selbstsucht zu Verletzungen der Verfassung fortreißen. Der Hof glaubte, daß nur Costa Cabral, der unterdessen zum Grafen von Thomar ernannt war, die wiederhergestellte Verfassung Don Pedro's und das monarchische Princip befestigen könne, und gab sich unbedingt seinem Rathe hin. Dieser Mann, der wirklich eine ausgezeichnete Befähigung, Scharfblick und Thatkraft besaß, war aber zu Willkühr und Härte geneigt, machte sich bei den Vornehmen durch seinen Stolz, und bei dem Volke durch den vermehrten Steuerdruck verhaßt. Es wurde ihm außerdem das Streben nach persönlicher Bereicherung zur Last gelegt, und sein eigener Bruder trat als sein Gegner auf. Costa Cabral zog sich zwar, von allen Parteien angefeindet, im Mai 1846 von der Leitung der Geschäfte

zurück, aber seine äußerst unpopulaire Verwaltung, von der Königin mit einer unklugen Hartnäckigkeit begünstigt, hatte den Samen zu neuen Unruhen ausgestreut. Im Sommer 1847 brach die lange zurückgehaltene Gährung aus. Es bedurfte bedeutender Zugeständnisse von Seiten des Hofes und der Dazwischenkunft England's, Frankreich's und Spanien's, um eine allgemeine Bewegung, welche vorübergehend vielleicht den Republikanern oder den Miguelisten das Thor geöffnet haben würde, zu verhindern. Indessen war die Erregung, wie immer in Portugal, mehr auf der Oberfläche als in der Tiefe des Volksgeistes vorhanden gewesen. Es sind der Gegensätze in Portugal weniger als in Spanien vorhanden, und der Zukunft scheinen dort keine großen Erschütterungen vorbehalten zu sein.

---

32. Die skandinavischen Staaten: Dänemark — Schweden — Norwegen — von 1830 bis 1848.

In Dänemark dauerte, ungeachtet der in einem großen Theile Europa's von der Julisrevolution angeregten principiellen und nationalen Kämpfe, die tiefste innere Ruhe fort. Die Ideen der Neuzeit waren den Dänen nicht fremd geblieben, drückten sich aber bei ihnen nicht in dem Verlangen nach deren äußerer Verwirklichung aus. Der Absolutismus wurde von dem dänischen Volke, in welchem es damals keine Gegensätze oder Parteien irgend einer Art gab, ohne Widerspruch ertragen. Alles schien mit den Einrichtungen, wie sie sich seit der Einführung des sogenannten Königsgesetzes (1660) gebildet hatten, in Uebereinstimmung zu stehen. Es war in Dänemark, ungeachtet der im Vergleiche zu der Volkszahl größen Menge begabter Persönlichkeiten, eine öffentliche Ordnung, aber kein staatliches Leben vorhanden. Die verschiedenen Klassen und Individuen bewegten sich in den von der Regierung angegebenen Gleisen, ohne Drang nach Selbstbestimmung, aber auch ohne Gefühl der Unterdrückung, in herkömmlicher Weise fort. Diese innere Friedfertigkeit des ganzen Lebens, von der langen, zum Theil unglücklichen, im Ganzen aber milden und gerechten Regierung Friedrich VI. begünstigt, wurde erst von dem in den deutschen Annexen der dänischen Monarchie sich regenden Geiste aus ihrem Schlummer aufgestört, und es sollten dann im dänischen Volke Bewegungen und

Parteikämpfe beginnen, deren Verlauf aber in eine spätere als die hier zu schildernde Epoche fällt.

Bis in den Anfang dieses Jahrhunderts hinein war das Nationalgefühl im Herzogthum Holstein und in dem, mit Ausnahme des nördlichsten Theiles, ebenfalls ganz deutschen Schleswig, wie erstarrt gewesen. Die Zersplitterung Deutschland's unter so viele und meist schwache Staaten hatte kein volksthümliches Bewußtsein aufkommen lassen. Diejenigen deutschen Stämme, welche unter fremder Herrschaft standen, wie Vorpommern, Holsteiner, Schleswiger, Hannoveraner, schienen an diesem Mißverhältniß nicht den entferntesten Anstoß zu nehmen, hier und da auf ihre Beziehungen zum Auslande sogar stolz zu sein. Die Schweizer, Holländer, Flamänder hatten ihre frühere Verbindung mit Deutschland ganz vergessen. Andere Bevölkerungen, wie Adel und Städte in den russischen Ostseeprovinzen, erinnerten sich wohl noch daran, aber jeder lebendige Zusammenhang war zerrissen worden. Einer der seiner Abkunft nach reinsten deutschen Stämme, die Elsässer, hatte sich einem fremden Volke sogar mit Eifer und Begeisterung angeschlossen. Aber von dem Umschwunge, welchen das deutsche Leben durch die Befreiungskriege genommen, waren zuletzt auch Holstein und Schleswig mit ergriffen worden. Da die Ideen zu einer nationalen Regeneration Deutschland's damals von den Universitäten ausgingen, so übte Kiel, welches ganz deutsch geblieben, auf die gebildeten Klassen in den Herzogthümern einen großen Einfluß aus, der sich allmälig auch in der Masse der Bevölkerung geltend machte. Der Unterschied zwischen der dänischen und deutschen Nationalität, welcher immer vorhanden gewesen, aber lange nicht gefühlt worden, fing von neuem hervorzutreten an. Das wiedererwachte deutsche Volksthum wurde von der dänischen Regierung, als die Einheit ihres Staates bedrohend, mit Mißtrauen betrachtet, und in seinen Aeußerungen so viel als möglich zurückgedrängt.

Die Nationalitätsideen hatten in Holstein und Schleswig von der Juliusrevolution eine neue Anregung bekommen. Die freisinnige Partei in allen von jenem einflußreichen Ereigniß berührten Ländern glaubte nicht, das die damals entstandene Bewegung sobald still stehen würde. Auch in Nordalbingien gab man sich weit aussehenden Hoffnungen auf eine politische Erhebung Deutschland's, und einen festeren Anschluß an dasselbe hin. Uwe Jens Lornsen, ein Friese von der kleinen an der Westküste von Schleswig liegenden Insel Sylt, ein Mann von Charakter und Talent, hatte viele Jahre lang als dänischer Beamter in Kopenhagen gelebt, war aber den, ihm in Kiel und Jena zur Zeit des

wiedererstandenen deutschen Volksbewußtseins, gewordenen Eindrücken treu geblieben. Um wieder mit dem deutschen Wesen in unmittelbare Verbindung zu kommen, ließ er sich als Landvogt nach seiner heimathlichen Insel versetzen. Von dort aus trat er mit Gleichgesinnten für Belebung deutschen Sinnes in den Herzogthümern in Verbindung. Er verfaßte eine Denkschrift, in welcher die Vortheile einer freien Verfassung überhaupt, und insbesondere für Nordalbingien, entwickelt waren. Bei einer in Kiel mit Gesinnungsgenossen abgehaltenen Zusammenkunft wurden seine Meinungen angenommen, und beschlossen im Lande Unterschriften zu einer Petition an den König von Dänemark, um Ertheilung liberaler Institutionen, zu sammeln. Die dänische Regierung, auf diesen Schritt aufmerksam geworden, wollte darin den Anfang zu einer Auflehnung erkennen, und ließ gegen Lornsen ein gerichtliches Verfahren eröffnen. Derselbe wurde nach einer, wegen der Menge der an seinem Unternehmen betheiligt gewesenen Personen, langwierigen Untersuchung, zur Entsetzung von seinem Amt und einer zweijährigen Haft verurtheilt. Nach seiner Befreiung begab er sich, von der gemachten trüben Erfahrung verstimmt, und an dem Gelingen seiner Absichten verzweifelnd, nach Brasilien, wo er nach wenigen Jahren starb. Seine Bestrebungen für Stärkung des deutschen Volksgeistes in den Herzogthümern waren jedoch nicht vergeblich gewesen, und es sollten die von ihm gelegten Keime tiefere Wurzeln schlagen, als er vielleicht selbst geahnt hatte.

Ungeachtet die von Lornsen eingeleitete friedliche Agitation lange nur im Stillen fortwirkte, und für den Augenblick keinen Ausbruch veranlaßte, so glaubte Friedrich VI. den, namentlich in Holstein, lebendig gewordenen Wünschen der Form nach in etwas entgegenkommen zu müssen. Die Gewährung einer, wenn auch nur scheinbaren, Theilnahme des Volkes an den öffentlichen Angelegenheiten ward von ihm zur Erhaltung des inneren Friedens für nothwendig erachtet. Um aber nicht das Ansehen zu haben, den deutschen Nationalitätsbestrebungen nachzugeben, wurde nicht für Holstein und Schleswig allein, sondern für alle Theile der dänischen Monarchie eine ständische Verfassung eingeführt, wobei die preußischen Einrichtungen der Art zum Vorbilde gedient hatten. Der dänische Staat ward zu diesem Zweck in vier Provinzen eingetheilt. Die Vertreter der Inseln sollten in Roeskilde auf Seeland, die von Jütland in Viborg, von Schleswig in der gleichnamigen Hauptstadt des Landes, die von Holstein in Itzehoe zusammenkommen. Das betreffende Gesetz wurde am 28. Mai 1831 erlassen. Obgleich diesen

Provinzialständen nur eine berathende, und in keiner Weise, selbst nicht in Bezug auf das Steuerwesen, eine entscheidende Stimme beigelegt war, so machte sich anfänglich selbst in der dänischen Presse ein Geist der Prüfung und zuweilen des Tadels gegen die Anordnungen der Regierung laut, der bisher in Dänemark unerhört gewesen, aber auch bald wieder verklang. Der Landtag von Roeskilde erklärte, daß das dänische Volk keine Ursache habe, in dem Bestehenden eine Veränderung zu wünschen. Die Versammlung für Holstein zeigte sich nicht ganz so zufriedengestellt, sondern nahm einige Anträge auf wesentliche Verbesserungen in der Verwaltung an, ging aber nicht über die ihr von dem Provinzialständegesetz gesteckten Grenzen hinaus. Man wollte erst die Wirkungen der neuen Einrichtungen, und besonders deren Einfluß auf die Stellung der Herzogthümer zu dem dänischen Gesammtstaat abwarten. Die Popularität des bejahrten Königs und die Wahrscheinlichkeit eines baldigen Regierungswechsels hielt von der Aufstellung weiterer Forderungen ab. Friedrich VI. starb am 3. December 1839 im zweiundsiebenzigsten Lebensjahre, nachdem er von 1784 an im Namen seines geisteskranken Vaters Christian VII., von 1808 an mit dem königlichen Titel regiert hatte. Unter ihm ging, allerdings noch mehr in Folge der großen in Europa stattgefundenen Erschütterungen, als durch die Mißgriffe seiner Politik, Norwegen für die dänische Krone verloren. Die dänische Monarchie, welche durch ihren Ursprung zu den ältesten Staatenbildungen Europa's gehört, hatte schon seit dem dreißigjährigen Kriege zu sinken angefangen, aber bis zum Kieler Frieden hin dann und wann versucht, in die allgemeinen europäischen Verhältnisse einzugreifen. Von der Abtretung Norwegen's an ward Dänemark zu einem gänzlichen äußeren Stillstande gezwungen, und einzig auf den Gedanken der eigenen Erhaltung gewiesen.

Dem Nachfolger Friedrich VI., König Christian VIII., einem Vetter des Verstorbenen, ging der Ruf einer gewissen Freisinnigkeit voran, der sich darauf gründete, daß er, fünfundzwanzig Jahre vorher, sich für die Selbstständigkeit Norwegen's erklärt und die demokratische Konstitution von Eidsvold anerkannt hatte. Aber Zeit und Umstände hatten die Gesinnungen dieses Fürsten verwandelt, und die von seiner Regierung gehegten Erwartungen gingen nicht in Erfüllung. Er war wohl geneigt, die von seinem Vorgänger eingeführten Provinzialstände gelten zu lassen, weil dadurch seine Macht nicht beschränkt wurde, er dachte aber nicht daran, den überlieferten Absolutismus durch eine konstitutionelle Staatsform zu ersetzen. Auch sah Christian VIII. noch mehr als

Friedrich VI. den dänischen Bestandtheil seines Staates als die Hauptstütze seines obwohl ursprünglich deutschen Hauses an, welches früher zwischen Deutschen und Dänen keinen Unterschied gemacht hatte. Unter ihm brach der Streit über die Stellung der Herzogthümer zu der dänischen Krone aus, welcher unter seinem Sohne zu einem blutigen Kriege führen sollte.

Schon unter Friedrich VI. war der erste Grund zu dem später zwischen Deutschen und Dänen ausgebrochenen Nationalitätskampfe gelegt worden. Eine schwache Majorität in der schleswigschen Ständeversammlung hatte die Einführung der dänischen Sprache in dem Gerichts- und Verwaltungswesen des dänisch redenden Theiles der Provinz verlangt, wo bisher nur das Deutsche officielle Geltung gehabt hatte. Die dänische Sprache war aber nur im nördlichen Theile Schleswig's, und auch dort nur unter dem Landvolke, gebräuchlich. Der Beamtenstand war in ganz Schleswig ausschließend deutsch gebildet. Es wäre nicht unbillig gewesen von den in jener Gegend des Herzogthums künftig einzusetzenden Beamten die Kenntniß des Dänischen zu verlangen, dies aber den bereits angestellten aufzulegen, mußte als ein Druck angesehen werden. Christian VIII. ging auf das Gesuch des dänisch gesinnten Theiles der schleswigschen Ständeversammlung ein. Diese an und für sich unerhebliche Neuerung ward dadurch bedeutend, daß die deutsche Nationalität des Herzogthums, welche vorher unbestritten gewesen, in Frage gestellt zu sein schien. Die Unzufriedenheit ward noch vermehrt als man vernahm, daß die Ständeversammlung in Viborg einen Antrag auf Vereinigung zwischen Jütland und Schleswig angenommen hatte. Eine solche Einverleibung wäre aber der Anfang zu einer Danisirung Schleswig's gewesen, wogegen die Bevölkerung sich auf das äußerste sträubte, und bei diesem Widerstande auf die eifrige Zustimmung Holstein's rechnen konnte. Eine so kleine und schwache Nationalität wie die dänische konnte auf eine so große und zahlreiche, wie die deutsche, zu welcher die Herzogthümer gehören, keine Anziehungskraft ausüben.

Die gegenseitigen Ansprüche würden unter allen Umständen nicht leicht auszugleichen, und die in Holstein und Schleswig seit dem Erwachen des deutschen Nationalgefühls gegen das dänische Uebergewicht herrschend gewordene Abneigung schwer zu beseitigen gewesen sein. Der Zankapfel zwischen beiden Parteien war Schleswig. Ueber Holstein's Stellung und Volksthum konnte, bei seiner rein deutschen Bevölkerung und seinem Verhältniß zum deutschen Bunde, kein Zweifel obwalten.

In Schleswig aber gab es ein wenn auch wenig zahlreiches dänisches Element, welches vermöge der, besonders einer unumschränkten Regierung, zu Gebote stehenden Mittel, begünstigt und erweitert werden konnte. Schleswig machte keinen Theil des deutschen Bundes aus. Sich ganz selbst überlassen wäre es allmälig danisirt worden. Aber der enge Verband mit Holstein, früher durch gemeinsame Landtage, später durch eine gemeinsame Verwaltung erhalten, hatte diese Gefahr abgewandt. Die deutsche Kanzelei in Kopenhagen war die oberste beiden Herzogthümern vorgesetzte Behörde, und befolgte bei Leitung ihrer Angelegenheiten dieselben Grundsätze. Die Kieler Universität war für beide Länder bestimmt, und Kirche, Schule, Beamtenthum in Schleswig und Holstein auf denselben Fuß eingerichtet. Beide Gebiete stellten, im Gegensatze zu den dänischen Bestandtheilen der Monarchie, eine wirkliche, nationale und administrative, Einheit dar. Holstein und Schleswig behaupteten außerdem, daß ihre staatliche Verbindung nicht ein Werk des Zufalls, nicht blos ein seit Jahrhunderten bestehender Brauch sei, sondern von dem ersten Könige von Dänemark aus dem oldenburgischen Stamme, Christian I., in einer eigenen Urkunde (1460) ausdrücklich anerkannt, und für immer bestätigt worden, und daß sie nur unter dieser Bedingung der dänischen Krone unterworfen wären.

Die dänische Partei wollte diese Auffassung der gegenseitigen Stellung der Herzogthümer nicht zugeben. Sie legte der von Christian I. ausgestellten Urkunde einen anderen als den bisher angenommenen Sinn unter, und behauptete, daß die Verbindung zwischen Holstein und Schleswig nicht staatsrechtlicher, sondern nur privatrechtlicher Natur sei, daß die ihnen gemeinsame Gesetzgebung nur die besonderen, aber nicht die allgemeinen, Verhältnisse betreffe. Die dänischen Politiker fürchteten, daß Holstein und Schleswig, so eng an einander geknüpft, dem Dänenthum das Gleichgewicht halten, und sich unter gewissen Umständen von demselben ganz losreißen könnten. Die Stellung Holstein's zum deutschen Bunde war eine vollendete Thatsache, die sich nicht mehr zurücknehmen ließ. Aber Schleswig von Holstein für unzertrennlich gelten zu lassen, hieß ersteres der dänischen Monarchie, im engeren Sinne, entziehen, und an Deutschland überlassen. Der dänische Staat war seit dem Verluste Norwegen's so klein geworden, daß man seine einzelnen Bestandtheile fester mit einander verbinden zu müssen glaubte. Mit Holstein war dies nur bis auf einen gewissen Grad möglich. Schleswig dagegen hoffte man erst von Holstein trennen, und nach und nach Dänemark ganz einverleiben zu können. Der erste Schritt zu einer Lösung

des zwischen den Herzogthümern bestehenden Verbandes war die Einführung einer eigenen Ständeversammlung für Schleswig gewesen, wogegen die holsteinischen und schleswigschen Abgeordneten Verwahrung eingelegt, und, obwohl vergeblich, ihre Vereinigung zu einer einzigen Versammlung verlangt hatten.

Zu diesen Ursachen der Spaltung zwischen Deutschen und Dänen kam noch die Ungewißheit und Meinungsverschiedenheit über die Erbfolge hinzu. Nach dem sogenannten Königsgesetz waren in Dänemark auch die Frauen successionsfähig, während die Herzogthümer immer für Mannslehen gegolten hatten, obgleich in Bezug auf Schleswig von dänischen Publicisten das Gegentheil behauptet wurde. Die männliche Descendenz Friedrich III., unter welchem das Königsgesetz erlassen worden, schien dem Erlöschen nahe zu sein. Christian VIII. war schon bejahrt, sein Bruder, Prinz Ferdinand, und sein Sohn und Nachfolger, Kronprinz Friedrich, waren kinderlos. Die deutsche Partei gab sich der Hoffnung hin, daß, nach dem Aussterben der älteren Linie des oldenburgischen Hauses, die jüngere Linie, an deren Spitze der Herzog von Augustenburg stand, in den Herzogthümern an die Regierung gelangen, und diese ganz von Dänemark abgelöst werden würden. Die Dänen befürchteten aber von einer solchen Trennung den Untergang ihres Staates, indem Jütland und die Inseln zu schwach sind, um ein eigenes Reich ausmachen zu können. In der Ständeversammlung von Roeskilde ward von dem Bürgermeister von Kopenhagen, Algreen Ussing, der Antrag gestellt (1844): den König um eine feierliche Erklärung über die Untheilbarkeit der dänischen Monarchie und deren Vererbung nach den Bestimmungen des Königsgesetzes zu bitten. Hierauf antworteten die holsteinschen Stände mit einer Adresse an Christian VIII., worin sie die Selbstständigkeit der beiden Herzogthümer, die Unauflösbarkeit ihrer gegenseitigen Verbindung, und den Grundsatz des männlichen Thronfolgerechts für dieselben behaupteten. Hiermit hatten sich die beiden Parteien offen den Fehdehandschuh hingeworfen. So entgegengesetzte Meinungen und Ansprüche ließen sich auf friedlichem Wege nicht ausgleichen. Der Kampf konnte aufgeschoben, aber nicht für immer vermieden werden.

Christian VIII., über die wahre Stimmung in den Herzogthümern getäuscht, die er für weniger dänenfeindlich hielt, als sie wirklich war, erließ (8. Julius 1846) einen „offenen Brief", worin er sich für die Untheilbarkeit des dänischen Gesammtstaates und die Anwendung des Königsgesetzes auf Schleswig aussprach, in Bezug auf Holstein ein

endgültiges Urtheil noch zurückhielt, aber zu verstehen gab, daß er hoffe, die Erbfolge auch dort nach denselben Grundsätzen wie in Dänemark angeordnet zu sehen. Diese Erklärung fachte den beginnenden Brand, anstatt ihn zu löschen, nur noch höher an. Denn der König hatte zu Gunsten der dänischen Partei entschieden. Zum erstenmal seit sehr langer Zeit trat in der sonst so friedlichen Bevölkerung der Herzogthümer die Neigung zum Widerstande gegen ein sie bedrohendes Unrecht hervor. Es wurden Volksversammlungen gehalten, Petitionen an den deutschen Bund und die deutschen Ständeversammlungen mit der Aufforderung zum Schutze der deutschen Nationalität in Nordalbingien, einem ihrer geschichtlichen Ursitze, der Heimath der Sachsen, Angeln, Friesen, entworfen. Der Ausdruck: Schleswig-Holstein, die Untrennbarkeit der Herzogthümer bezeichnend, kam in Gebrauch, und man nahm eine eigene von der dänischen verschiedene Landesfarbe an. In der holsteinischen Ständeversammlung ward von dem Herzoge von Augustenburg der Antrag auf Verleihung einer beiden Herzogthümern gemeinsamen Verfassung, mit entscheidender nicht blos, wie bisher, berathender Stimme für die Volksvertretung, gestellt. Da die Eingaben der schleswigschen und holsteinschen Stände von der dänischen Regierung nicht beachtet wurden, so zogen sich die deutsch gesinnten Mitglieder dieser Versammlungen aus denselben, unter heftigen Beschwerden über die Verletzung ihrer Rechte, zurück. Die Aufregung in den Herzogthümern ward immer allgemeiner und die Theilnahme Deutschland's für sie sprach sich immer lauter aus. Der unterdessen erfolgte Tod Christian VIII. (20. Januar 1848) brachte in dieser Lage der Dinge keine Veränderung hervor. Unter seinem Nachfolger Friedrich VII. sollten Holstein und Schleswig von dem sich in einem großen Theile Europa's erhebenden Sturme mit fortgerissen werden, und nach Beweisen großer Thatkraft und seltener Aufopferung für den Augenblick einem unglücklichen Schicksal erliegen, aber ohne daß die Bevölkerung ihren Ansprüchen und Hoffnungen für die Zukunft entsagt hätte. Der Krieg der Herzogthümer gegen die Dänen ist ein rein nationaler gewesen, für Erhaltung alter Rechte und angestammten Volksthums unternommen, und hat sich von den schädlichen und krankhaften Einflüssen der Demagogie und des Socialismus, die damals so verbreitet waren, frei zu erhalten gewußt. In Dänemark brach in derselben Zeit eine innere Gährung, ein Ringen nach einer Umgestaltung des Staatslebens, nach einer Verjüngung der dänischen Nationalität aus, eine Bewegung, deren Ergebnisse sich, da sie noch kein bestimmtes Ziel erreicht hat, nicht mit Sicherheit voraussehen lassen.

Auf Schweden hat die, für West= und Mitteleuropa so folgenreiche, Juliusrevolution nur insofern eingewirkt, als das Verlangen nach einer Reform des Reichstages und der damit verbundenen Einrichtungen sich allgemeiner und lebhafter als früher vernehmen ließ. Die schwedische Nationalvertretung war allmälig eine mit den Bedürfnissen der Zeit nicht mehr übereinstimmende, schwerfällige und unförmliche, Maschine geworden, welche die in ihr ursprünglichen enthaltenen Ideen von Recht und Freiheit nicht mehr angemessen zu verwirklichen vermochte. Dieser Uebelstand war längst gefühlt, aber nie ein geeignetes Mittel zu seiner Abstellung gefunden worden. Die schwedische Geschichte bietet, wie die vielen Kriege, Parteikämpfe, Staatsstreiche und Thronveränderungen beweisen, eine sehr bewegte Oberfläche dar, aber in der Tiefe ist der Volksgeist starr und unbeweglich, und der Vergangenheit zugewandt geblieben. Die entgegengesetzten Meinungen und Bestrebungen der vier Stände, in welche die Nation eingetheilt war, ließen keine wahrhafte Verbesserung der alten, unter von der Gegenwart so verschiedenen Verhältnissen entstandenen, Verfassung zu. Was die Einen empfahlen, ward von den Anderen verworfen. Die einzelnen Elemente der Nationalvertretung arbeiteten einander, als wären sie nur äußerlich zu einem Ganzen verbunden und sich innerlich fremd, bei jeder Gelegenheit entgegen. Auf dem Reichstage von 1834 traten unvereinbare Gegensätze hervor. Die aristokratische Partei wollte die Eintheilung in vier Stände die verschiedene Wahlart, die besonderen Rechte und Bevorzugungen unverändert beibehalten wissen, während die demokratische Partei allgemeine Volkswahlen, Abschaffung der ständischen Unterschiede und Entscheidung nach Stimmenmehrheit verlangte. Auf diese Art ward nach vielem Streit und gegenseitigen Beschuldigungen Alles beim Alten gelassen.

Der König Karl Johann hatte jeden materiellen Fortschritt kräftig gefördert, war aber politischen Veränderungen, aus Scheu vor den damit verbundenen Schwierigkeiten und Gefahren, sorgfältig aus dem Wege gegangen. Er sprach zwar mehrmals seine Geneigtheit für Reformen aus, welche von der Nation für nothwendig erachtet werden würden, that aber nichts um eine Umgestaltung des Reichstages herbeizuführen, ohne welche eine Verbesserung der Verfassung unmöglich war. Er fürchtete, in Erinnerung an die französische Revolution, aus welcher er hervorgegangen, daß, das Gebiet der Neuerungen einmal betreten, die einzuhaltende Grenze überschritten, und die Zukunft Schweden's und seines Hauses ungewiß werden könnte. Er hatte Recht, als er auf

dem letzten von ihm eröffneten Reichstage (Januar 1840) des großen Fortschrittes erwähnte, welcher unter seiner Regierung eingetreten war. Die auswärtige Schuld des Landes war getilgt, die einheimische sehr vermindert worden. Es waren Kanäle gegraben, Flüsse schiffbar gemacht, Straßen angelegt, Häfen und Zeughäuser errichtet, und die Land- und Seemacht vermehrt worden. Die jährliche Einnahme bot einen Ueberschuß von 700,000 Bankthalern dar, während von Karl XII. an immer ein Deficit vorhanden gewesen, welches nur durch Anleihen hatte gedeckt werden können. In dieser Beziehung hat sich Karl Johann um Schweden ein unbestreitbares Verdienst erworben. Aber zu einem moralischen Fortschritt der Nation und einer organischen Entwickelung ihrer Institutionen hat dieser König wenig beigetragen. Der Volksgeist ist durch ihn nicht gehoben worden. Die Schule, welche er durchgemacht hatte, wo mehr die äußere als innere Seite des Völkerlebens in Betracht gezogen wurde, sein fremder Ursprung, und Rücksichten auf die Lage Europa's, besonders auf Rußland's Uebergewicht, und die Verpflichtungen, welche er gegen dasselbe hatte, hinderten ihn für Schweden alles das zu thun, was er vielleicht in einer ähnlichen Stellung für sein eigenes Vaterland geleistet haben würde. Denn er war von der Natur mit ungewöhnlichen Gaben ausgestattet worden. Dieser durch seine Persönlichkeit merkwürdige, durch seine Erlebnisse aber in seiner Art einzige Fürst, der, am Fuße der Pyrenäen in dunkeln Verhältnissen geboren, den Thron des fernen Schweden's besteigen, und, in seiner Jugend ein eifriger Demokrat, über die aristokratischste aller Kontinentalnationen regieren sollte, ging am 8. März 1844 mit Tode ab, von einem Volke, dessen Sprache er nicht reden konnte, und von dem er in vieler Beziehung verschieden war, allgemein geliebt und bewundert.

Karl Johann's Sohn und Nachfolger, Oskar I., war, im Gegensatz zu seinem Vater, da er als elfjähriger Knabe sein Geburtsland verlassen hatte, ganz Schwede geworden, und seine fremde Herkunft und frühere Stellung waren für ihn bald in den Hintergrund getreten. Da er nach Erbrecht auf den Thron stieg und mehre Söhne besaß, so wurde die neue Dynastie im In- und Auslande für vollkommen begründet erachtet, was unter Karl Johann noch zuweilen bezweifelt worden. Der verstorbene König hatte seinen Sohn früh an den Regierungsangelegenheiten Theil nehmen, ihn überhaupt für seine Bestimmung trefflich vorbereiten lassen, dieser aber außerdem sich aus eigener Bewegung mit Gegenständen des öffentlichen Wohles, wie Armenpflege, Gefängnißwesen u. s. w. beschäftigt, und bei jeder Gelegenheit einen überaus

menschenfreundlichen Sinn gezeigt. Die auswärtige Politik wurde von dem Könige Oskar im Geiste seines Vaters fortgeführt, nur daß er auf die freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland einen noch höheren Werth als letzterer zu legen schien. Schweden blieb von den großen Erschütterungen, welche die meisten anderen Staaten trafen, verschont, und die Bewegungen im Innern beschränkten sich auf Streitigkeiten unter den Parteien und Ständen während der Reichstage, und Meinungsverschiedenheiten in der Tagespresse, ohne in der Nation einen tiefen Wiederhall zu finden. Oskar vermied jeden Konflikt mit dem Auslande, und nahm später an dem zwischen Dänemark und den Herzogthümern ausgebrochenen Kampfe nur vorübergehend Theil.

Karl Johann war, als König von Norwegen, mehrmals mit dem Storthing in Streitigkeiten gerathen, und hatte sich den von der Verfassung von Eidsvold der Krone auferlegten Beschränkungen nur ungern unterworfen. Die Norweger waren mit den königlichen Statthaltern zuweilen so unzufrieden geworden, daß Unruhen auszubrechen drohten, und zwei derselben, die schwedischen Grafen Sandels und Platen, abberufen werden mußten. Obgleich Norwegen nur denselben König mit Schweden gemein hatte, aber, außer einer ganz verschiedenen Verfassung, auch noch eine eigene Armee und Marine besaß, so waren die auswärtigen Angelegenheiten doch ausschließend bisher von Schweden geleitet worden. Die Norweger glaubten aber bemerkt zu haben, daß bei den Verträgen mit dem Auslande ihre besonderen Interessen den schwedischen nachgesetzt wurden. Es ward deshalb von dem Storthing verlangt (1833), daß bei allen diplomatischen Unterhandlungen ein in Stockholm residirender norwegischer Staatsminister zugezogen, und besondere norwegische Konsuln angestellt werden sollten. Auf diese Forderung ward eine der Form nach ausweichende, im Wesentlichen aber die norwegische Eifersucht auf Schweden beruhigende, Antwort ertheilt. Im Jahre 1836 brach eine neue Spannung zwischen dem Könige und dem Storthing aus, indem letzteres einen Antrag auf Veränderungen in der Verfassung nicht einmal einer Berathung gewürdigt, sondern ohne Weiteres bei Seite gelegt hatte. Karl Johann löste, von diesem Verfahren und einer zu geräuschvollen Feier der demokratischen Konstitutionen von Eidsvold verletzt, die norwegische Volksvertretung zwar zu der gesetzmäßigen Zeit auf, aber ehe sie noch die ihr vorliegenden Arbeiten beendigt hatte. Dennoch kam im Januar 1837 ein Gesetz zu Stande, welches die Verhältnisse der einzelnen städtischen und ländlichen Gemeinden der allgemeinen Verfassung des Landes ähnlich gestaltete, und die

aus der dänischen Zeit übrig gebliebene lästige Beamtenbevormundung ganz aufhob. Der norwegische Staatshaushalt war so trefflich geordnet, daß 1833 die Grundsteuer auf die Hälfte herabgesetzt, 1839 aber ganz aufgehoben werden konnte. Unter Karl Johann's Nachfolger hörten die nie tief gehenden, aber häufig wiederkehrenden Streitigkeiten zwischen Krone und Storthing ganz auf. Oskar I., welcher sich bei den Norwegern schon als Statthalter seines Vaters beliebt gemacht hatte, trat nicht mehr mit dem Streben nach Umgestaltung der Konstitution zu Gunsten der königlichen Prärogative hervor, und die Volksvertretung ließ dagegen die Stiftung eines norwegischen Ritterordens, nach einem der alten Könige der Olafsorden genannt, zu, was unter Karl Johann hartnäckig zurückgewiesen worden war.

Die heilsamen Früchte, welche die Vereinigung von Schweden und Norwegen unter demselben Monarchen für beide Länder getragen hatte, riefen den Gedanken an ein ähnliches Verhältniß Dänemark's zu Schweden hervor. Die Meinung entstand, daß nur auf diese Art der germanische Norden sich vor dem russischen Uebergewicht retten, und eine angemessene Stellung im europäischen Staatensystem erringen könne. Diese Ansicht wird von einer Partei, die skandinavische genannt, vertreten, welche in Schweden am meisten verbreitet ist, aber auch in Norwegen und Dänemark Anhänger zählt. Da dieser Idee, obgleich sie noch im Werden begriffen ist, und bisher auf die Wirklichkeit keinen Einfluß ausgeübt hat, keine unübersteiglichen Hindernisse entgegenstehen, dieselbe im Gegentheil von der Gleichheit der Religion, der Verwandtschaft in Sprache und Abstammung, und den gegenseitigen Bedürfnissen der betreffenden Völker begünstigt wird, so kann sie für keine bloße Chimäre gelten, so zweifelhaft ihre Durchführung erscheinen mag. In dieser, wie in mancher anderen, Beziehung wird viel von der künftigen Stellung Deutschland's abhängen. Wenn die deutsche Nation jemals zum Bewußtsein ihrer Stärke und ihres Rechts erwachen sollte, so wird sie die ihr angehörigen Bestandtheile nicht unter einer fremden, und von denselben für ein Joch erachteten, Herrschaft lassen. In diesem Falle würden Schleswig und Holstein nicht mehr der dänischen Krone unterworfen bleiben, und Dänemark zu der Vereinigung mit Schweden und Norwegen gezwungen sein, da es nach dem Verluste der Herzogthümer nicht als selbstständiger Staat fortdauern könnte.

33. Die deutsche Entwickelung von dem Tode Friedrich Wilhelm III. bis zu den revolutionairen Bewegungen des Jahres 1848. — Vergebliche Versuche Friedrich Wilhelm IV. die in Deutschland und Preußen vorhandenen Gegensätze auszusöhnen. — Widerspruch zwischen den Ueberzeugungen dieses Königs und dem Geiste der Zeit. — Vereinigter Landtag. — Sinken des absolutistischen Princips in Preußen und Drang nach konstitutionellen Garantien. —

Ein Regentenwechsel übt nur auf diejenigen Staaten einen großen Einfluß aus, in welchen sich eine innere Bewegung ankündigt, oder die überhaupt noch im Werden begriffen sind. Da wo die öffentlichen Einrichtungen in dieser oder jener Richtung im Wesentlichen vollendet sind, wird der Tod eines Fürsten nur in einzelnen Kreisen gefühlt, bringt aber in der Lage des Ganzen keine Veränderung hervor. Diese Erscheinung thut sich an den entgegengesetzten Polen staatlichen Lebens, unter der Herrschaft durchgängiger Willkühr wie allgemein anerkannter Freiheit kund. Der Tod eines türkischen Kaisers machte sich bisher nur in der Stellung der Großen seines Hofes geltend, das Regierungssystem ward davon nicht berührt, sondern fuhr in demselben Gleise fort. Der Despotismus war dort so fest gegründet, daß er jeden Wechsel in den Personen überlebte. Ebenso hat in England, seit der vollkommenen Ausbildung der parlamentarischen Institutionen, das Abscheiden eines Souverains im Dasein der Nation keine sichtbaren Spuren zurückgelassen. Es hat Epochen gegeben, wo der allgemeine Zustand Europa's so wenig Gährungsstoff enthielt, und der Trieb zu Neuerung und Umwälzung so tief im Herzen der Völker schlummerte, daß der Tod selbst bedeutender und unumschränkter Fürsten ohne erhebliche Folgen blieb. Dies war aber nicht die Lage Deutschland's, und insbesondere nicht die Preußen's, in dem Augenblick, wo Friedrich Wilhelm III. die Augen schloß.

Die reaktionaire Partei hatte durch ihren Einfluß auf die Fürsten, und die Besorgnisse, mit welchen sie dieselben vor dem konstitutionellen Princip, als angeblich aus der Revolution entsprungen und zu derselben führend, zu erfüllen wußte, nicht nur jeden politischen Fortschritt aufgehalten, sondern auch, so viel als möglich, die Ideen und Institutionen der Vergangenheit zurückgerufen. Die beiden deutschen Großmächte, Oesterreich und Preußen, waren absolutistisch geblieben. In den, der Form nach, dem Repräsentativsystem angehörigen, Staaten war die Entwickelung und Belebung der eingeführten Verfassungen durch die

Bestimmungen des Bundestages gewaltsam gehindert worden. Die Zersplitterung Deutschland's hatte es möglich gemacht, jede Bewegung im Entstehen zu ersticken, und jeden Widerstand alsbald zu beseitigen. Die Reaktion, aus ursprünglich so verschiedenen Elementen, wie Absolutisten, Anhängern des Feudalwesens, Ultramontanen und Pietisten, zusammengesetzt, die nur in ihrem Haß gegen den Geist der Freiheit übereinstimmten, schien durch die aus den Wiener Konferenzbeschlüssen hervorgegangene Gesetzgebung vollkommen ihr Ziel erreicht zu haben. Aber dieser Sieg war nur ein äußerlicher gewesen. Vergebens hatte man dem freien Wort in den Ständeversammlungen und in der Presse Stillschweigen auferlegt, der innere Sinn, die Stimmung und Richtung des Volksgeistes war dadurch nicht verwandelt worden. Der Leib der Nation war in Fesseln geschlagen, aber ihre Seele davon unberührt geblieben. Je größer der äußere Druck wurde, je mehr zog sich die widerstrebende Gesinnung in sich selbst zurück, um sich zu sammeln, und im geeigneten Moment hervorzubrechen. Ueberall in Deutschland waren Willkühr und Zwang von der einen, Mißtrauen und Abneigung von der anderen Seite fühlbar. Die Fortdauer eines solchen Zustandes, der nur durch Gewalt erhalten werden konnte, drohte nicht nur die Bande des Rechts, sondern auch die der Sittlichkeit zu lösen, und das deutsche Volk um alle die Eigenschaften zu bringen, durch welche es sich bisher ausgezeichnet hatte.

Ein Unterdrückungssystem wie in Deutschland hätte nur dann von Bestand sein können, wenn in ganz Europa ein ähnlicher Zustand geherrscht, und die Unmöglichkeit, eine bessere Zukunft zu erringen, eine allgemeine Hoffnungslosigkeit hervorgebracht hätte. Dies war aber nicht der Fall. Selbst abgesehen von England, dessen moralischer Einfluß auf die übrigen Völker, ungeachtet seiner Absonderung, nie ganz übersehen werden darf, so forderten drei kleine, aber auf dem Boden verfassungsmäßiger Rechte ruhende Nachbarstaaten: die Niederlande, Belgien und die Schweiz, die Deutschen beständig zu Vergleichen mit ihrer eigenen inneren Lage auf. In Frankreich bereitete sich in den Gemüthern eine neue Umwälzung vor, deren Ausbruch alles ringsumher erschüttern konnte. So unvollkommen auch die in Spanien und Portugal eingeführten Repräsentativregierungen sein mochten, sie mußten immer als ein Sieg über den Absolutismus angesehen werden. Die eine Hälfte Europa's gehörte demnach dem konstitutionellen Systeme an, und in dem anderen Theile gab es außer Deutschland unterdrückte oder unzufriedene Nationalitäten. Italiener, Polen, Magyaren, welche jede gegen das

Bestehende gerichtete Bewegung aufzunehmen und zu verbreiten bereit waren. Im Grunde waren nur zwei halb=asiatische, zu Europa nur in äußeren Beziehungen stehende Reiche, Rußland und die Türkei, dem Geiste der Freiheit vollkommen fremd geblieben, dessen Einfluß sonst überall, wenn auch in ungleichem Grade, gefühlt wurde.

Unter solchen Umständen mußte ein Regierungsantritt, wie der Friedrich Wilhelm IV., in dem ersten wahrhaft deutschen Staate und der zugleich eine europäische Macht war, von tief eingreifender Bedeutung werden. Die preußischen Zustände, welche unter seinem Vater zwischen dem Alten und Neuen schweben geblieben, gingen unter ihm einer Entscheidung entgegen.

Auf ein noch nicht vollkommen entwickeltes Volk übt die Persönlichkeit des Fürsten zuweilen einen so großen Einfluß aus, daß Beide als Eines erscheinen, und die zwischen ihnen etwa vorhandenen Unterschiede übersehen werden. Die lange Regierung Friedrich Wilhelm III., die heilsamen Reformen, welche in der Epoche zwischen dem Tilsiter Frieden und den Befreiungskriegen eingeführt worden, seine Würde im Unglück, seine Mäßigung im Glück hatten zwischen ihm und seinem Volke ein Band geflochten, das, von dem später fühlbar werdenden Stillstande und Rückschritte in den öffentlichen Verhältnissen, nicht einmal gelockert, geschweige denn gelöst werden konnte. Seine natürliche Zurückhaltung hatte es außerdem immer ungewiß gelassen, ob der in der zweiten Hälfte seiner Regierung waltende Geist von ihm ausgegangen, seine Wahl und Absicht gewesen, oder ihm nur von einer äußeren Nothwendigkeit auferlegt war. Das unter seiner Regierung vollbrachte Gute wurde ihm selbst zugeschrieben, die mangelhaften Seiten derselben bürdete man seinen Umgebungen auf. Dieser König hatte sich, bei seiner Scheu persönlich hervorzutreten, nie in vertrauliche Ansprachen, Meinungsaustausch, Wechselreden, eingelassen, selten etwas in ostensibler Weise unmittelbar selbst entschieden, sondern alles auf dem vorgeschriebenen Wege durch die eingesetzten Behörden erledigen lassen. Es konnte dies für einen Mangel an Selbstvertrauen oder an Befähigung gelten, hatte ihm aber den unermeßlichen Vortheil gewährt, sich nicht leicht eine Blöße zu geben. Da er den Widerspruch nicht hervorrief, so erfuhr er auch einen solchen nicht. Er galt nicht für den Gründer oder Vertreter eines besonderen Systems, sondern nur für den obersten Vollstrecker der Gesetze, und verschwand hinter seinem Werk. Er wurde übrigens während der zweiten Hälfte seiner Regierung, seinem Alter und seinem Wesen nach, als zu einer schon vergangenen Epoche gehörig betrachtet, und an ihn nicht derselbe

Maßstab, wie an einen Zeitgenossen, angelegt. Anders verhielt es sich mit seinem Nachfolger, bei welchem man ein größeres Verständniß der Gegenwart voraussetzte, und von dem man die Erfüllung ihrer Forderungen erwartete.

Friedrich Wilhelm IV. begann seine Regierung mit Handlungen der Gerechtigkeit und Milde, die ihm alle Herzen gewannen. Er rief den General von Boyen, der im Jahre 1820 mit Wilhelm von Humboldt und von Beyme aus dem Ministerium geschieden war, in den Staatsrath zurück, übertrug ihm bald nachher das Krigsministerium, und zeichnete ihn auch sonst aus. Boyen hatte immer für einen Verfechter freisinniger Meinungen gegolten, und war nebst Scharnhorst und Gneisenau einer der Begründer des neuen preußischen Heerwesens gewesen. Ernst Moritz Arndt, Professor an der Universität Bonn, war seit 1820, wegen angeblicher Theilnahme an den sogenannten demagogischen Umtrieben, von seinem Amte suspendirt geblieben. Er wurde jetzt, unter ehrenvoller Anerkennung seiner Verdienste, seinem Berufe wieder zurückgegeben. Ludwig Jahn, der bekannte Turnmeister, hatte viele Jahre lang die kleine Stadt Freiburg an der Unstrut, die ihm nach überstandener Haft zum Aufenthalt angewiesen, nicht verlassen dürfen. Diese Beschränkung ward aufgehoben. Am 10. August (1840) kündigte ein königlicher Erlaß eine vollständige Amnestie für alle politischen Verbrechen und Vergehen der letzten Jahre an, wodurch eine Menge von Personen ihren Familien und den früher von ihnen eingenommenen Stellungen zurückgegeben wurde. Der 1839 nach der Festung Minden abgeführte Erzbischof von Köln, Droste von Vischering, erhielt die Erlaubniß, seinen Aufenthalt an jedem beliebigen Orte außerhalb seiner Diöcese nehmen zu dürfen. Der gleicherweise noch in Haft befindliche Erzbischof von Posen und Gnesen, Martin von Dunin, ward nicht nur entlassen, sondern auch seinem Sprengel zurückgegeben, was mit seinem rheinischen Kollegen ebenfalls geschehen sein würde, wenn derselbe sich weniger ablehnend gezeigt hätte.

Nach den ersten Gunst- und Freudenbezeugungen, wie sie bei jedem Regierungswechsel üblich sind, begab sich Friedrich Wilhelm IV. nach Königsberg, um dort, wo der Gründer des preußischen Königshauses sich die Krone aufgesetzt hatte, die Huldigung der Stände Ost- und Westpreußen's, zu der auch die Stände des Großherzogthums Posen entboten waren, entgegenzunehmen. Es war ein alter auch diesmal beobachteter Brauch, daß sich bei solchen Gelegenheiten ein Landtag ver-

sammelte, um von dem neuen Regenten die der Provinz zustehenden Rechte bestätigen zu lassen. In dieser Versammlung wurde der Antrag gestellt und mit 90 gegen 5 Stimmen angenommen, den König, nicht um Bestätigung der besonderen Privilegien, sondern um die Fortdauer der 1823 eingeführten Provinzialstände und um Einführung einer allgemeinen Landesvertretung zu bitten. In einer am 7. September (1840) eingereichten Denkschrift ward die Verordnung Friedrich Wilhelm III. vom 22. Mai 1815 in Erinnerung gebracht, in welcher die Errichtung von Reichsständen versprochen worden, zu welchen die Provinzialstände als Vorbereitung dienen sollten. In der, auf diese Eingabe des Landtages erfolgten, königlichen Erwiderung wurde zwar die Erhaltung der Provinzialstände, aber nicht die Einführung einer reichsständischen Verfassung zugesichert. Der König erklärte, daß die Gründung einer allgemeinen Landesvertretung von seinem Vater als mit dem Glücke seines Volkes unverträglich erachtet worden, und gab zu verstehen, daß er derselben Ueberzeugung sei. Es ward der deutsche Charakter und die geschichtliche Ueberlieferung des Instituts der Provinzialstände hervorgehoben, und am Schlusse dessen sorgfältige Pflege angelobt.

Diese Auffassung der staatlichen Bedürfnisse des preußischen Volkes wurde zwar schon damals von manchen für bedenklich erachtet, von der Menge aber nicht alsbald begriffen. Die Huldigung ging unter lebhafter Theilnahme der Bevölkerung vorüber, wozu die persönliche Ansprache des Königs viel beitrug, welcher, in gewählten und dabei warmen und kräftigen Ausdrücken, eine gerechte und milde, alle Klassen in gleicher Liebe umfassende, Regierung versprach. Nachdem die durch eine solche Feierlichkeit herbeigeführte Aufregung der Gefühle vorüber war, fing die freisinnige Partei, an deren Spitze die bedeutendsten Männer der Provinz standen, wiederum über die Verordnung vom 22. Mai 1815 zu verhandeln an, wollte in derselben die ausdrückliche Verheißung einer reichsständischen Verfassung erkennen, und glaubte, oder stellte sich so, als glaubte sie, daß der gegenwärtige Träger der Krone dieselbe Ansicht hege, und nur über den Zeitpunkt ihrer Verwirklichung noch unentschieden wäre. Als aber der König in einer Kabinetsordre vom 4. Oktober unumwunden erklärte, daß er dem in der Denkschrift vom 7. September ausgesprochenen Verlangen nach Einführung einer allgemeinen Landesvertretung seine Zustimmung versagen müsse, so konnte über seine Gesinnungen und Absichten in dieser Beziehung länger kein Zweifel obwalten. Von da an begann, nicht blos wie früher in einzelnen Kreisen, sondern allmälig im Volke selbst, sich eine Gährung zu regen, welche

später, von außerordentlichen Umständen begünstigt, zu einem Ausbruch kam, der einen Augenblick lang alles Bestehende in Frage stellte.

Bei der in Berlin am 15. Oktober (1840) erfolgten Huldigung der übrigen sechs Provinzen trat die zwischen Friedrich Wilhelm IV. und den Anhängern des konstitutionellen Princips sich regende Meinungsverschiedenheit ebenfalls hervor. Der König äußerte unter Anderem, in der bei dieser Gelegenheit gehaltenen Rede, daß Preußen so bleiben müsse, wie es ist, wenn es nicht untergehen soll. Da Preußen, seitdem es unter diesem Namen in der Geschichte besteht, eine unumschränkte Monarchie gewesen, zu welcher das Königthum den Geist und das Volk den Stoff lieferte, so war es nicht schwer zu begreifen, was unter dieser Fortsetzung der bisherigen Einrichtungen gemeint war. Die innerste Gesinnung der Zeit hatte sich aber ein für allemal gegen den Absolutismus erklärt, unter welchen Formen sich auch derselbe verhüllen, welche Gründe er zu seiner Berechtigung anführen mochte, und es war nicht möglich, daß besonders ein neu gebildeter, und von der allgemeinen europäischen Entwickelung schon längst ergriffener, Staat wie der preußische, sich den Anforderungen der Gegenwart für immer entziehen könne. Bei dieser Feierlichkeit hatten es die Vertreter der städtischen und ländlichen Gemeinden als eine Zurücksetzung angesehen, daß ihnen der Eid der Treue unter freiem Himmel, den Abgeordneten der Ritterschaft aber im Innern des königlichen Schlosses abgenommen worden war, ein Unterschied in der Behandlung, welcher ihnen in früheren Zeiten wahrscheinlich nicht aufgefallen wäre.

Der sich gegen die Fortdauer einer unumschränkten Regierungsform erhebende Widerspruch fand in zwei Broschüren einen Ausdruck, welche da, wo das Verlangen nach konstitutionellen Garantien sich zum erstenmal lebhaft ausgesprochen hatte, in Königsberg, im Anfange des Jahres 1841 erschienen. Die erste dieser Flugschriften, welche den Titel: „Woher und Wohin?“ führte, hatte einen freisinnigen Staatsmann aus der Stein-Hardenbergschen Schule, den Oberpräsidenten der Provinz Preußen, von Schön, zum Verfasser, und soll ursprünglich nur zur Mittheilung an den König, die Prinzen und die höchsten Beamten bestimmt gewesen sein. Es wurde darin in gemäßigter Ausdrucksweise die Ansicht aufgestellt, daß die von dem preußischen Staate seit Friedrich dem Großen genommene Richtung und der erreichte Standpunkt der Gesittung eine Reichsverfassung erheischten, und daß der geeignete Moment zur Gründung einer solchen hereingebrochen sei. Die Zeit, wo das Volk für eine willenlose, von den Machthabern beliebig zu leitende,

Menge angesehen werden konnte, wäre vorüber und ließe sich nicht mehr zurückrufen. Der in einer gewissen Epoche sich klar ankündigende Geist räche sich an denen, von welchen derselbe absichtlich verkannt wird. Die zweite dieser Flugschriften: „Vier Fragen" betitelt, rührte von einem zu dem Oberpräsidenten von Schön in nahen Beziehungen stehenden Manne, dem Doktor der Medicin Jakobi, her. Was von Schön in seiner Broschüre als eine Nachgiebigkeit gegen eine politische Nothwendigkeit dargestellt hatte, wurde von Jakobi als ein Recht aufgefaßt, welches sich das Volk durch seine Kraft und Ausdauer während des Befreiungskrieges erworben, ein Recht, das Friedrich Wilhelm III. in der Verordnung vom 22. Mai 1815 ausdrücklich anerkannt habe. Es sei endlich Zeit, die damals gegebene Verheißung zu erfüllen. Diese Schrift war ein gesteigerter Ausdruck der früheren, und in einem scharfen, einschneidenden Tone abgefaßt. Die in diesen beiden Broschüren ausgesprochenen Ideen wurden, da sie die empfänglichste Seite der Zeit berührten, mit außerordentlichem Beifall aufgenommen.

Das erste Zeichen der beginnenden Bewegung war die größere Aufmerksamkeit, welche die Provinzialstände auf sich zogen. Früher waren dieselben, außer im Kreise der zunächst Betheiligten, ganz unbeachtet geblieben. Man hatte dieselben bisher nur als eine Succursale der Verwaltung angesehen, und ihnen keine selbstständige Bedeutung beigelegt. Die Wahlen zu ihnen wurden jetzt eine Sache des Parteigeistes, und es ging ihnen, was sonst unerhört gewesen, Petitionen und Adressen zu, in welchen sie zur Erringung gesetzlicher Freiheit, Aufhebung der Censur u. s. w. aufgefordert wurden.

Indessen übte die sich in einem Theile der Bevölkerung kund gebende Aufregung nicht sogleich einen Einfluß auf die ständischen Versammlungen in den einzelnen Provinzen aus, die der Mehrzahl nach noch aus denselben Mitgliedern wie unter der vorigen Regierung zusammengesetzt waren. Der schlesische Landtag wies, mit 75 gegen 8 Stimmen, eine von der Stadt Breslau eingereichte Petition um Verleihung einer reichsständischen Verfassung, als „ungeeignet und nicht zeitgemäß" zurück. Aehnliches geschah in Ostpreußen, und selbst auf dem rheinischen Landtage ging es in dieser Beziehung sehr gemessen und ruhig zu. Nur die Posener zeigten sich unzufrieden und ungeduldig, wurden dazu aber weniger von Drang nach Freiheit als von nationaler Antipathie veranlaßt. Der König hegte solche Vorliebe für das Institut der Provinzialstände, und erwartete von ihnen so viel, daß er dieselben fortan alle zwei Jahre einberufen zu wollen erklärte, während dies früher

unbestimmt gewesen war. Er ordnete ferner die Bildung von Ausschüssen an, welche einmal die Bestimmung hatten, die Geschäftsausführung der Landtage zu erleichtern, dann aber auch zu einer größeren Versammlung vereinigt werden sollten, um ihren Rath über allgemeine Landesangelegenheiten zu vernehmen.

Die Ausübung der Censurvorschriften hatte schon seit längerer Zeit, überhaupt in dem gebildeten Publikum, besonders aber unter Schriftstellern und Buchhändlern, Unzufriedenheit und Mißfallen erregt. Im Januar 1842 wurde eine königliche Erklärung, die Censur betreffend, bekannt gemacht, welche das Gesetz von 1819 zwar nicht aufhob, ihm aber in der Anwendung eine mildere Deutung verlieh. Eine Kabinetsordre vom 4. Oktober 1842 schaffte die Censur bei Schriften über zwanzig Bogen, auf deren Titel Verfasser und Verleger genannt waren, gänzlich ab. Friedrich Wilhelm IV. war bei seiner lebhaften Natur kein Feind der Oeffentlichkeit und Erörterung, kein Freund stummen Gehorsams, sondern ging vielmehr gern auf Erklärungen und Untersuchungen aller Art ein. Im Vertrauen auf seine Macht und Einsicht hoffte er zuletzt immer Recht zu behalten. Wegen des Verhältnisses zum deutschen Bunde kam es aber zu keinem die Censur beseitigenden Preßgesetze, obgleich der König persönlich jedem Geisteszwange abhold war. Es wurde eine aus Gelehrten und Richtern gebildete Behörde, Obercensurkollegium genannt, errichtet (Februar 1843), welche die Beschwerden der Schriftsteller, Zeitungsredaktionen und Verleger untersuchen und entscheiden sollte, und der Presse thatsächlich einen freieren Spielraum als bisher gewährte.

Friedrich Wilhelm IV. hatte, bei seiner regsamen Natur nie die allgemeinen deutschen Verhältnisse aus den Augen verloren. Obgleich mit fremder Bildung vertraut, war er von volksthümlichen Gesinnungen durchdrungen, fühlte sich ganz als Deutscher, und gehörte mit seinen Vorzügen wie mit seinen Mängeln ausschließend der deutschen Natur an. Die Erinnerungen seiner Jugend, die Napoleonische Herrschaft und die Befreiungskriege waren ihm, der tiefer Eindrücke fähig war, immer gegenwärtig geblieben. Er würde, wenn er die erforderliche Macht und Thatkraft besessen hätte, Deutschland gern seinen alten Glanz wiederverschafft haben. Ueber den Willen hierzu kann kein Zweifel obwalten. Nur wurde von ihm, bei seinem in geschichtlicher Beziehung mehr der Vergangenheit als Gegenwart zugewandten Sinne, Deutschland anders aufgefaßt, als es wirklich war. Er wollte oder konnte nicht die tiefe Veränderung, welche in dem Wesen der Nation vorgegangen war, aner-

kennen, die sich, in ihrer Entwickelung lange zurückgeblieben, als endlich von ihr eine neue Bahn betreten worden, im Vergleiche zu dem was sie früher gewesen, vielleicht unter allen Völkern am meisten verwandelt hat. Er begriff jedoch, daß ein festerer nationaler Verband unter den einzelnen Staaten, mehr Popularität für die Regierungen im Verhältnisse zu ihren Unterthanen und eine Belebung der deutschen Bundesversammlung nothwendig geworden waren, wenn nicht Deutschland über lang oder kurz aus einander fallen, und als ein Ganzes aufhören sollte. Selbst Oesterreich würde, obgleich es seinen Schwerpunkt außerhalb der deutschen Zustände hat, ohne den Anschluß an dieselben seine Bedeutung in Europa verlieren, Preußen hängt aber so innig mit Deutschland zusammen, daß es ohne dasselbe gar nicht gedacht werden kann.

Von dieser Ueberzeugung geleitet, hatte sich Friedrich Wilhelm IV. bald im Anfange seiner Regierung mit dem Fürsten von Metternich, bei welchem er irriger Weise eine volksthümliche Gesinnung voraussetzte, über eine Verbesserung der deutschen Bundesangelegenheiten persönlich verständigen wollen (August 1841). Von dem österreichischen Staatskanzler, welcher, in Bezug auf Deutschland, kein anderes System, als das bisher von ihm beobachtete, kannte, nämlich Unterdrückung der Freiheit und Oeffentlichkeit durch Censur, Militair- und Polizeigewalt, wurden die vorhandenen Uebelstände, die Zersplitterung aller Kräfte, die Uneinigkeit und Eifersucht zwischen den einzelnen Staaten, die Lähmung des Nationalgeistes, mit Wohlgefallen betrachtet, weil nur so Oesterreich's Uebergewicht erhalten werden konnte. Wenn es von Metternich abgehangen hätte, so würde selbst der Zollverein, der einzige ersprießliche Verband, welcher den größten Theil des deutschen Volkes umschlang, weil er ein Anfang zur Einheit war, aufgelöst worden sein. Er stellte sich jedoch, als werde des Königs Meinung über die Nothwendigkeit einer Belebung der deutschen Bundesverhältnisse von ihm getheilt, und als sei Oesterreich hierbei mitzuwirken bereit. Es kam aber weiter nichts als eine Verbesserung der Kriegseinrichtungen des deutschen Bundes, die sehr verfallen waren, zu Stande. Denn die Bundesversammlung hatte, über dem Streben, jede freie Regung im Innern zu ersticken, die Vertheidigungsmaßregeln nach Außen hin vernachlässigt. Die, wegen der orientalischen Frage und in Folge des Vierbundvertrags, zwischen Frankreich und den übrigen Großmächten, eingetretene Spannung hatte auf die schwachen Seiten des deutschen Bundesheerwesens aufmerksam gemacht. Da Oesterreich und Preußen, im Falle Ludwig Philipp I. nicht noch zur rechten Zeit nachgab, auf einen Kampf gefaßt

sein mußten, so wurden die nöthigen militairischen Reformen bei dem Bundestage bald durchgesetzt. In Bezug auf die innere Gestaltung Deutschland's ward alles beim Alten gelassen. Von manchen Regierungen wurden den patriotischen Absichten Preußen's ehrgeizige Beweggründe untergelegt.

Es wurden übrigens von Friedrich Wilhelm IV., ungeachtet er die Schwächung und das Sinken Deutschland's und die damit verbundene Gefahr richtig erkannt hatte, nicht die zur Abstellung eines so großen Uebels geeigneten Mittel gewählt. Da er nicht gebietend in die deutschen Verhältnisse eingreifen konnte, so hätte er, wenn er einen wirklichen Einfluß ausüben wollte, diesen nur durch die Macht des von ihm gegebenen Beispiels erlangen können. Wenn in Preußen eine nationale Entwickelung von oben her begünstigt, und eine wahrhafte Repräsentativverfassung mit den dazu gehörigen Institutionen eingeführt worden wäre, so hätte Friedrich Wilhelm IV. die deutschen Völker für sich gewonnen, und eine moralische Suprematie erlangt, welche, ungeachtet des Widerstrebens einzelner Fürsten, zu einer staatlichen Oberleitung geführt haben würde. Auf diese Art würde Preußen an die Spitze einer politischen, wie schon vorher an die einer industriellen, Einigung Deutschland's getreten sein. Es wäre damals, wo in Deutschland noch keine gewaltsamen Bewegungen stattgefunden hatten, sondern nur Meinungen und Wünsche ausgesprochen worden, die Gründung freisinniger und volksthümlicher Einrichtungen, ohne einen gänzlichen Umsturz herbeizuführen, möglich gewesen. Aber Preußen mußte dabei vorangehen. Oesterreich, welches im Wesentlichen eine außerdeutsche Macht ist, vermochte dies nicht, und andere deutsche Staaten wären, selbst wenn sie es gewollt, zu einem solchen Unternehmen zu schwach gewesen. Da aber Friedrich Wilhelm IV. den Geist der Zeit verkannte, und, wie die reaktionaire Partei, das konstitutionelle Princip mit dem revolutionairen zusammenwarf, so arbeitete er unwillkührlich seinen eigenen Absichten entgegen, die damals und auch noch später offenbar auf eine Regeneration Deutschland's hinausgingen. Einzelne Verbesserungen, Censurerleichterungen und dergleichen mehr reichten nicht hin, um das deutsche Volk Preußen zuzuführen. Dazu hätte er stärkerer Anziehungsmittel bedurft.

Die Thronbesteigung Friedrich Wilhelm IV. war nicht nur in Preußen, sondern auch im ganzen übrigen Deutschland, welches sich, bei dem immer drückender werdenden Stillstande, nach einer bewegenden Kraft für sich umsah, mit großer Hoffnung begrüßt worden. Die Eifersucht so mancher Fürsten auf Preußen ward von den Völkern nicht ge-

theilt, welche, ungeachtet aller erfahrenen Täuschungen, nie die Ueberzeugung aufgegeben hatten, daß die Zukunft Deutschland's, als Gesammtheit, von der Sellung Preußen's und dem Verhalten des brandenburgischen Regentenstammes abhängt. Obschon es dem Recht nach überall in Deutschland Ständeversammlungen mit Steuerbewilligungsrecht und Antheil an der Gesetzgebung geben sollte, so waren dieselben gleichwohl durch eine lange Reihe von, unter Metternich's Leitung erlassenen freiheitsfeindlichen, Bundestagsbeschlüssen (20. September 1819 — 8. Junius 1820 — 28. Junius und 5. Julius 1832 — 30. Oktober und 12. November 1834 — 25. Junius 1835) nicht nur um alle politische Bedeutung gebracht, sondern ihnen großentheils selbst die zu ihrer speciellen Wirksamkeit nöthigen Attribute entzogen worden.

Dem bayerischen Landtage von 1840 wurde von der Regierung eröffnet, daß die Einnahmen der beiden letzten Jahre die Ausgaben um mehre Millionen überstiegen hätten, aber kein Nachweis über die Bestimmung oder Verwendung dieses Mehrertrages geliefert, was eine offenbare Verletzung der Verfassung war. Die liberalen Mitglieder der würtembergischen Wahlkammer waren sämmtlich ausgeschieden, da sie alle ihre Anträge verworfen sahen. In Baden machte sich die Reaktion, von dem ehemaligen Reichsadel und österreichischen Einflüssen unterstützt, besonders geltend. Rotteck's Tod (1840) ließ eine fühlbare Lücke zurück, die durch Niemand nach ihm ausgefüllt worden ist. Es war dies ein Verlust für ganz Deutschland. Es hatte Rotteck nur ein weiteres und ergiebigeres Feld der Thätigkeit gefehlt, um den ersten parlamentarischen Notabilitäten Frankreich's und England's an die Seite gesetzt zu werden. Er hat, wenn man die ihm entgegenstehenden Hindernisse aller Art in Betracht zieht, viel geleistet, und sein Name kann vom deutschen Volke ohne Undank nicht vergessen werden. — In Hannover besaß die freisinnige Partei die Mehrheit in der zweiten Kammer (1841), und arbeitete auf Wiederherstellung des von dem Könige Ernst August widerrechtlich aufgehobenen Staatsgrundgesetzes von 1833 hin. Da ihre Bemühungen vergeblich waren, so zog sie sich lieber ganz zurück, als daß sie einem, ihrer Meinung nach, ungesetzlichen Zustande, durch ihre Anwesenheit, eine scheinbare Anerkennung gewährt hätte.

Unter solchen Umständen war es natürlich, daß alle diejenigen, welche nicht das Vertrauen auf eine bessere Zukunft für Deutschland, auf eine Kräftigung des nationalen Verbandes und Belebung des Volksgeistes ganz aufgegeben hatten, ihre Blicke auf Preußen und dessen König richteten, bei welchem man den Willen und die Einsicht für Erfül-

lung dieser Hoffnungen voraussetze. Von Oesterreich konnte das deutsche Volk, wenn dies mit dem Vortheile des Kaiserstaates übereinstimmte, wohl gegen das Ausland vertheidigt, aber niemals im Innern gefördert werden, da das österreichische System seit lange für das Sinnbild des Stillstandes in Europa galt. Preußen war aber nicht nur während des Befreiungskrieges mit seinem Beispiel vorangegangen, sondern hatte auch neuerdings durch die Gründung des Zollvereins einen mächtigen Schritt zu einer inneren Einigung Deutschland's gethan. Dieser Staat war seinem bisherigen Entwickelungsgange nach zum Fortschritt bestimmt, und hatte noch lange nicht das ihm von der Natur der Dinge vorgesteckte Ziel erreicht. Da eine Erweiterung seines Gebietes, wie unter Friedrich dem Großen durch die Eroberung Schlesien's, und später durch die Theilungen Polen's, bei der gegenwärtigen Lage Europa's unmöglich geworden, so konnte er nur durch eine Vermehrung seines moralischen Einflusses auf das übrige Deutschland eine höhere Machtstellung erringen. Zu diesem Zweck gab es aber kein anderes Mittel, als die Völker, durch Anerkennung und Verwirklichung der die ganze Zeit bewegenden Idee der nationalen Einheit und politischen Freiheit, für Preußen zu gewinnen. Der Widerspruch einzelner deutscher Fürsten war in solchem Falle nicht zu fürchten, da dieselben von ihren Unterthanen zum Anschluß an einen großen sich aufthuenden Mittelpunkt fortgezogen worden wären.

Friedrich Wilhelm IV. schien zu solchen Erwartungen zu berechtigen, als er am 4. September 1842, bei Gelegenheit der feierlichen Wiederaufnahme des seit drei Jahrhunderten unterbrochenen Kölner Dombaues, in erhebenden und glänzenden Worten, von dem Ruhme und der Unabhängigkeit Deutschland's, und von der Einigkeit und Verbrüderung sprach, welche fortan die verschiedenen Konfessionen und die einzelnen Stämme des großen gemeinsamen Vaterlandes unter einander verbinden sollte. Mehre hohe fremde Gäste, welche sich zu dieser Festlichkeit eingefunden hatten, wie der König von Würtemberg und der Erzherzog Johann von Oesterreich, ließen sich in ähnlichem Sinne vernehmen. Der Weiterbau des Kölner Domes, mit Hülfe von in allen deutschen Staaten gestifteten Vereinen und geleisteten Beiträgen, wurde als ein Vorbild für Deutschland's Einheit bezeichnet. Indessen mußte eine solche symbolische Handlung, so sehr sie auch dem Gefühl und der Einbildungskraft gefallen mochte, bei näherer Prüfung von aller realen Bedeutung entblößt erscheinen. Damit, daß religiöse und künstlerische Sympathien sich zu der Vollendung eines großen im Mittelalter begon-

nenen Bauwerkes verbanden, war nichts für eine nationale und politische Wiedergeburt Deutschland's gethan, welche nicht aus dem Geiste der Vergangenheit, sondern dem der Gegenwart, hervorgehen mußte, und nur durch Volksthum und Freiheit begünstigende Einrichtungen gefördert werden konnte. Dieses Fest in Köln nahm, wie alles, was damals von Friedrich Wilhelm IV. ausging, oder wobei er persönlich mitwirkte, die Aufmerksamkeit von ganz Deutschland in Anspruch. Man fühlte, daß Preußen eine neue Bahn einzuschlagen anfing, ohne sich jedoch von dem Ziele, an welches dieselbe führen würde, genaue Rechenschaft geben zu können. Für den Augenblick genügte es, das Eis der langen Unbeweglichkeit und Erstarrung gebrochen, und an dessen Stelle eine lebendige, wenn auch in ihrer Richtung ungewisse, Strömung zu sehen.

Im Oktober 1842 traten die ein Jahr vorher bei Eröffnung der Provinziallandtage angekündigten ständischen Ausschüsse in Berlin zusammen. Ihre Bestimmung war über Regierungsvorlagen, welche allgemeine Staatsangelegenheiten betrafen, ein Gutachten abzugeben, wie von den gewöhnlichen Landtagen in Bezug auf die Interessen der einzelnen Provinzen geschah. Wie geringe Bedeutung aber diesem Institut, ungeachtet der entgegengesetzten Versicherungen des Königs, von dem Ministerium beigelegt wurde, wie dieses ganze Ständewesen nur ein Spiel war, durch welches die Regierung sich das Ansehen gab, die Stimme des Volkes vernehmen zu wollen, ohne sich jemals durch dieselbe für gebunden zu achten, kann schon aus den Verhandlungen der ersten Vereinigten Ausschüsse entnommen werden. Eine königliche Kabinetsordre vom 19. August (1842) hatte als Gegenstände der Berathung bezeichnet: die näheren Bestimmungen über den im vorigen Jahre den Provinzialständen versprochenen und mit dem 1. Januar 1843 beginnenden Steuererlaß — die Herstellung einer umfassenden Eisenbahnverbindung zwischen verschiedenen Provinzen unter Beihülfe aus Staatsmitteln — und ein Gesetzentwurf über die Benutzung von Flüssen, soweit sie das Eigenthum von Einzelnen berühren. — Wenn von der Regierung schon ein Beschluß über diese Fragen gefaßt worden war, so mußte die Berufung der ständischen Ausschlüsse als vollkommen überflüssig erscheinen. Fand aber das Gegentheil statt, so hätte man deren Berathungen freien Lauf lassen müssen. Statt dessen erklärte der Finanzminister von vorn herein, daß der König über den betreffenden Steuererlaß bereits durch eine Herabsetzung der Salzpreise entschieden habe, eine Maßregel, welche außerdem von Sachkundigen für unzweckmäßig gehalten

wurde. In Bezug auf die projektirten Eisenbahnen wurde die Betheiligung des Staates von dem Minister unwiderruflich abgelehnt. Es blieb demnach nur die Frage über die Flußschifffahrt übrig, zu deren Erledigung es nicht der Vereinigten Ausschüsse bedurft hätte.

Damit kein möglicher Zweifel über die Bedeutung dieser ständischen Versammlungen entstehen könnte, erklärte Friedrich Wilhelm IV. den Mitgliedern der Vereinigten Ausschüsse (11. November 1842), nach dem Schlusse ihrer Sitzungen, daß er in ihnen nur Vertreter ihrer eigenen Rechte und der Rechte der Stände, von welchen sie abgeordnet worden, aber keine Repräsentanten „oberflächlicher Meinungen und der Tageslehren" sehe. Unter letzteren ward von dem Könige der fühlbar werdende Drang nach Einführung einer konstitutionellen Staatsform und der damit verbundenen Garantien verstanden. Es bedurfte nicht erst dieser Ansprache, um die Versammlung, nach den eben gemachten Erfahrungen, von ihrer eigenen Nullität zu überzeugen.

Der Widerspruch zwischen dem Geiste der Zeit und den persönlichen Ueberzeugungen Friedrich Wilhelm IV. brach zum erstenmal entschieden auf den Provinziallandtagen von 1843 hervor. In Posen, wo die polnische Partei unter den Vertretern des Adels und der Landleute die Stimmenmehrheit besaß, gab sich die heftigste nationale Opposition in Forderungen kund, deren Verwerfung von selbst vorausgesehen werden konnte, und die nur in der Absicht, die innere Trennung von der preußischen Regierung recht scharf hervorzuheben, gemacht wurden. In Ostpreußen verlangte man eine Erweiterung der Befugnisse der Vereinigten Ausschüsse, und das Recht für dieselben selbstständige Anträge stellen zu dürfen. Auch wurden daselbst Beschwerden über Beschränkung der Gewissens- und Lehrfreiheit, über hierarchische Anmaßungen unter einem Theile der protestantischen Geistlichkeit, und Verbreitung einer von oben her begünstigten pietistischen Richtung erhoben. Der rheinische Landtag stellte an die Regierung die Forderung, das Institut der Vereinigten Ausschüsse in Reichsstände mit den Befugnissen zu verwandeln, welche diesen durch die königliche Verordnung vom 22. Mai 1815 zuerkannt worden waren. Die Regierung hatte den Landtagen den Entwurf zu einem neuen Strafgesetzbuch vorlegen lassen, welcher besonders von den Posenern und den Rheinländern bekämpft wurde. In den am 30. December erschienenen Landtagsabschieden waren alle mit dem herrschenden System nicht übereinstimmenden Anträge der Provinzialstände verworfen worden. Zu dem Meinungsstreite über staatliche Verhältnisse traten noch die kirchlichen Gegensätze hinzu, um eine Bewegung, welche zuletzt

in eine unauflösbare Verwirrung auszubrechen drohte, zu vermehren. Auf dem Boden des Protestantismus hatten sich von jeher zwei Parteien, die orthodoxe und rationalistische, gegenübergestanden, von welchen erstere sich streng an den Wortsinn der biblischen Wahrheiten hielt, letztere dagegen eine freiere Auslegung derselben, als ein Recht der menschlichen Vernunft, in Anspruch nahm. Da es in dieser Kirche keinen obersten Richter in Glaubenssachen und keine allgemein anerkannte Regel giebt, so hatten, je nach dem Geiste und den Einflüssen der Zeit, bald die Orthodoxen, bald die Rationalisten, in der theologischen Litteratur, der religiösen Unterweisung, und dem konfessionellen Leben ein Uebergewicht ausgeübt, ohne jedoch jemals die eine dieser Auffassungsweisen des Christenthums zu einer, die andere ganz ausschließenden, Geltung bringen zu können. Von Friedrich Wilhelm II. war durch das Religionsedikt von 1788 die orthodoxe Partei begünstigt, aber, bei der übeln Wahl der Personen, welche er zur Ausführung seiner Absichten heranzog, und bei dem äußeren Zwange, welchen er an die Stelle der freien Ueberzeugung zu setzen suchte, das ihm vorschwebende Ziel, eine Belebung des sinkenden religiösen Gefühls, nicht erreicht worden. Friedrich Wilhelm III. hatte die Verordnung seines Vorgängers zurückgenommen, und es war von ihm, obgleich er für seine Person einer strengeren Auslegung des evangelischen Lehrbegriffs anhing, während des ersten unruhigen und sorgenvollen Theiles seiner Regierung, selten in die kirchlichen Verhältnisse eingegriffen worden.

Nach wiederhergestelltem Frieden hatte Friedrich Wilhelm III. an den konfessionellen Zuständen allerdings einen näheren Antheil als früher genommen, wie die von ihm ausgegangene Vereinigung zwischen Lutheranern und Reformirten *), die Einführung einer Agende und dergleichen mehr beweist, und er hatte seine Vorliebe für die orthodoxe Partei häufig durchblicken lassen. Indessen waren von ihm auf der anderen Seite der Lehrfreiheit keine Hindernisse entgegengesetzt worden, und es hatte sich in seiner unmittelbaren Nähe, in Berlin, eine philosophische Schule erhoben, welche den äußersten Gegensatz zu allem positiven Christenthum bildete. Dieser König scheint den weisen Grundsatz befolgt zu haben, einzelne Bewegungen des Geistes, welche, wenn auch an und für sich bedenklich, jedoch nicht unmittelbar das allgemeine Wohl bedrohen, sich selbst und dem läuternden und heilenden Einflusse der Zeit zu überlassen. Der Minister von Altenstein, welcher unter Friedrich Wilhelm III.

*) Siehe Bd. XVII. S. 89.

lange Jahre hindurch dem Kultus- und Unterrichtswesen vorstand, hatte viel für die Vermehrung allgemeiner Bildung in Preußen gethan, aber keine exklusive Tendenz begünstigt. Es war von ihm auf jeder Seite dem Uebermaß gesteuert, aber sonst niemals Partei genommen worden.

Friedrich Wilhelm IV. war, obgleich in seinem persönlichen Verhalten eben so mild und wohlwollend wie sein Vater, in Bezug auf Theorien und Doktrinen, ausschließender als dieser gesinnt, und glaubte daß Wahrheit und Recht nur in gewissen Formen enthalten, und andere davon ganz entblößt seien. Sein Kultusminister, Eichhorn, schlug demgemäß eine andere als die von Altenstein befolgte Bahn ein. Derselbe hatte früher für einen Freund des Fortschritts gegolten, und sich namentlich bei Gründung und Ausbreitung des Zollvereins großes Verdienst erworben. Aber Zeit und Umstände schienen ihn ganz verändert zu haben. Er schloß sich fortan, bei Leitung des ihm anvertrauten Geschäftskreises, der religiösen, und, in vorkommenden Fällen, auch der politischen Reaktion an. Die dann und wann irrthümlich aufgefaßte, im Wesentlichen aber wahre und große Idee der Humanität, mit dem Christenthum nicht unvereinbar aber einer engherzigen Auffassung desselben widerstrebend, welche seit der Restauration der Wissenschaften und Künste der vornehmste Hebel der modernen Civilisation geworden, sollte unter Eichhorn's Ministerium einem einseitigen kirchlichen System möglichst untergeordnet werden. Diese Richtung machte sich in der protestantischen Kirche durch Begünstigung einer übertriebenen, die freie Forschung und die Gewissensfreiheit beschränkenden Strenggläubigkeit, und auf allen Stufen des öffentlichen Unterrichts geltend. Es war darüber schon auf dem ostpreußischen Landtage von 1843 geklagt worden. Bei Gelegenheit der dritten Säkularfeier (1844) der Königsberger Universität gab sich die Unzufriedenheit über die Eichhornsche Verwaltung in den Reden einiger Professoren kund, was aber von dem bei dieser Festlichkeit anwesenden Könige, als ein mittelbarer Angriff auf ihn selbst, mit Unwillen zurückgewiesen wurde.

Den schroffsten Gegensatz zu der Jubelfeier einer protestantischen Universität, wie Königsberg, wo der größte Denker der neueren Zeit gelebt und gewirkt hatte, bildete eine Handlung mittelalterthümlicher Andacht in Trier, die, innerhalb der katholischen Kirche in Preußen, eine Spaltung hervorrief, welche zuletzt ohne bestimmtes Ergebniß bleiben sollte, eine Zeit lang aber, je nach dem besonderen Standpunkt, große Erwartungen oder Befürchtungen erregte. Im August 1844 wurde in der Hauptkirche in Trier eine Reliquie „der heilige Rock“ der Verehrung

der Gläubigen ausgestellt. Es war dies ein Gewand, von welchem nach einer schon im Mittelalter vorhandenen Sage behauptet wurde, es sei von dem Heiland während der letzten Jahre seiner irdischen Laufbahn getragen worden. Diese Festlichkeit würde, ungeachtet des Zuströmens von einer halben Million Menschen, an und für sich keine ungewöhnliche Aufmerksamkeit erregt haben, da von Zeit zu Zeit Aehnliches in allen katholischen Ländern geschieht. Aber die Unruhe und Erregbarkeit, welche damals in den Gemüthern lag, kam bei dieser Gelegenheit zum Ausbruch.

Ein junger katholischer Geistlicher in Oberschlesien, Namens Johannes Ronge, erließ, von der Unzufriedenheit, welche der Vorgang in Trier nicht nur unter Protestanten, sondern auch unter aufgeklärten Katholiken erregt hatte, ermuntert, ein Sendschreiben an den Bischof Arnoldi von Trier, in welchem er die Ausstellung des heiligen Rockes mit den Tetzelschen Ablaßbriefen im sechszehnten Jahrhundert verglich, und sich im Namen des Katholicismus selbst, allerdings ohne die geringste Berechtigung zu einem solchen Auftreten, da er nur eine untergeordnete Stellung in seiner Kirche einnahm, gegen diese Handlung und die Reliquienverehrung überhaupt erklärte. Ronge war weder beredt noch gelehrt, und protestantische Theologen hatten diesen Gegenstand lange vor ihm unendlich gründlicher und scharfsinniger behandelt. Der gemeinfaßliche Ton dieser Schrift, und der Umstand, daß ihr Verfasser ein katholischer Priester war, mehr als dies aber die Stimmung der Zeit, die jede Veranlassung zu Streit und Widerstand zu benutzen bereit war, verschaffte einem an und für sich sehr mittelmäßigen Werke, wie der sogenannte Rongesche „Absagebrief", eine außerordentliche Verbreitung, und regte innerhalb des katholischen Klerus selbst zur Nachahmung dieses Beispieles an.

Der katholische Pfarrer Czerski zu Schneidemühl im Großherzogthum Posen sagte sich mit einem Theile seiner Gemeinde von der römisch-katholischen Kirche los, und setzte, in Verbindung mit Gleichgesinnten, ein besonderes Glaubensbekenntniß auf, das apostolische oder christkatholische genannt, durch welches das Christenthum auf seine ursprüngliche Reinheit zurückgeführt werden sollte. Im Anfange December (1844) war das neue Symbol in Schneidemühl angenommen worden, und schon im Januar des folgenden Jahres trat eine ähnliche Bewegung in Breslau ein, deren Anhänger sich Deutsch-Katholiken nannten, ein Name, der bald dieser ganzen Richtung beigelegt wurde. Hier stellte sich Ronge an die Spitze, der auf die Vorgänge in Schneidemühl

keinen unmittelbaren Einfluß ausgeübt hatte. Die neue Religionsgesellschaft verbreitete sich rasch, da ihr von den meisten Regierungen keine Hindernisse in den Weg gelegt wurden, und hielt durch ihre Vertreter in Leipzig ein sogenanntes Concilium ab, auf welchem ihre Lehren und Gebräuche festgesetzt wurden, aus welchen aber nicht nur jede Spur von Katholicismus verschwunden, sondern überhaupt wenig vom Christenthum übrig geblieben war. Verständige, hier und da selbst bedeutende, Männer wollten in dieser Sekte eine neue Form der christlichen Wahrheit erkennen, und ihr eine große Zukunft beilegen. Es war dies eine der Täuschungen der Zeit. Es giebt außerhalb des Katholicismus und Protestantismus keine selbstständige religiöse Gestaltung mehr, die auf Dauer und Kraft rechnen könnte. Die Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft werden noch große Veränderungen erfahren, aber der Lauf der religiösen Ideen scheint vollendet zu sein, und was sich von den beiden großen Strömen, die aus dem Quell des Christenthums entstanden sind, abtrennt, wird bald in sich vergehen. Der Katholicismus ist seit dem Tridentinischen Concilium bis in seine einzelnsten Theile hin abgeschlossen, und auf den Protestantismus können theologisch-philosophische Systeme von Einfluß sein, dieselben werden aber keine eigenthümliche Form kirchlichen Lebens mehr hervorbringen. Der Deutsch-Katholicismus war aus einer oberflächlichen Aufregung entstanden, zerrann nach wenigen Jahren, und seine Bestandtheile kehrten wieder dahin zurück, von wo sie ausgeflossen waren.

Diese Sekte würde wahrscheinlich gar nicht aufgetaucht sein, wenn ihr Erscheinen nicht von einer widerspruchsvollen Bewegung in der evangelischen Kirche Preußen's begünstigt worden wäre. Denn auch viele Protestanten hatten sich dem Deutsch-Katholicismus angeschlossen. Friedrich Wilhelm IV. suchte die Union, das Werk seines Vaters, zu erhalten, und in dieselbe mehr Leben, als sie bisher gehabt, zu bringen. Die protestantische Geistlichkeit der sechs östlichen Provinzen war, um über die Mängel der kirchlichen Zustände und deren Abstellung zu berathen, schon 1843 zu Kreissynoden einberufen worden. Eine strenggläubige, mitunter frömmelnde Richtung hatte sich auf diesen Versammlungen geltend gemacht, aber auch viele Gegner in ihrer eigenen Mitte gefunden. Auf die Kreissynoden waren 1844 Provinzialsynoden gefolgt. Daselbst wurden von der orthodoxen Partei Anträge auf Ueberwachung des Lehrbegriffs, und Beaufsichtigung der Layen durch die Geistlichen gestellt, welche allerdings nicht zur Anwendung kamen, aber für bedenkliche Versuche gelten konnten, ein der Entstehung und dem Wesen des

Protestantismus fremdes Zwangrecht der kirchlichen Behörden über die weltlichen Gemeindeglieder einführen zu wollen.

Im Gegensatze zu den Bestrebungen der politischen und religiösen Reaktion, nahm auf der andern Seite der Drang nach vollkommener Unabhängigkeit, nach Niederreißung selbst der von dem Zusammenleben im Staate unzertrennlichen Schranken zu. Der im deutschen Geist so lange vorherrschend gewesene Hang zu einer rein innerlichen Thätigkeit, zu Spekulation und Theorie, schien verschwunden, und an dessen Stelle ein lebhafter Trieb, seine Ueberzeugungen äußerlich geltend zu machen, und zur Anwendung zu bringen, getreten zu sein. Dieser Uebergang von einer ideellen zu einer praktischen Richtung war allerdings häufig von einer großen Unkenntniß der Welt und des Lebens, von einer auffallenden Ungeschicklichkeit in der Behandlung der Wirklichkeit begleitet', aber eine Umgestaltung im Charakter der Nation, und das Einschlagen einer neuen Bahn ließ sich nicht verkennen. Der Menge war damals noch der Gedanke an einen Angriff auf das Bestehende fremd. Sie fühlte den auf ihr lastenden Druck, aber ohne ein bestimmtes Mittel zu dessen Abschüttelung zu suchen, ohne ein klares Ziel vor Augen zu haben. Die vorhandene Aufregung trug etwas Dumpfes und Verworrenes an sich. Von selbst würde keine große Erschütterung erfolgt sein. Aber ein Anstoß von Außen, bei dem leidenschaftlichen Parteikampfe und der zunehmenden Gährung in Frankreich, über lang oder kurz unvermeidlich, mußte die innere Unzufriedenheit in Deutschland zum Ausbruch bringen. Da die deutschen Regierungen seit so langer Zeit im ausschließenden Besitze der Leitung des Volksgeistes gewesen, so hätte bei ihnen auch ein Verständniß desselben vorausgesetzt werden können. Aber die veränderte Richtung der Nation entging ihnen, oder ward von ihnen, da sie davon eine Beschränkung ihrer Macht befürchteten, nicht anerkannt. Sie arbeiteten deshalb den neu erwachten Bedürfnissen entweder geradezu entgegen, oder wo, wie in Preußen, an eine Befriedigung derselben gedacht wurde, geschah dies in einem dem Geist der Zeit widerstrebenden Sinne, und brachte das Gegentheil von dem, was bezweckt wurde, hervor.

Die religiöse Agitation in Preußen, welche auf dem Gebiete des römischen Katholicismus begonnen, und den sogenannten Deutsch-Katholicismus zur Folge gehabt hatte, setzte sich innerhalb des Protestantismus fort, wo sie einen freieren Spielraum fand. Da der römische Katholicismus, in kirchlichen Dingen, keine individuelle Richtung, keine Unabhängigkeit des Denkens und Meinens duldet, sondern unbedingte Unterwerfung unter seine Lehren verlangt, so läßt sich leicht erkennen

was zu ihm gehört, oder was ihm fremd ist. Er geht nie auf eine Vermittlung ein, und stößt was ihm nicht durchaus entspricht vollkommen aus. Es macht dies seine innere Schwäche und äußere Stärke aus. Er steht wie ein Gebäude von unermeßlicher Ausdehnung da, welches aber nur einen einzigen Eingang besitzt, stark befestigt und von einem tiefen Graben umgeben ist. Alle Versuche, dem Protestantismus dieselbe scharfe Umgrenzung zu geben, in ihm dieselbe Einheit herzustellen, sind entweder vergeblich gewesen, oder haben da, wo sie von einem vorübergehenden Erfolge gekrönt wurden, dem sittlichen Leben Nachtheile gebracht. Der römische Katholicismus beruht auf der Voraussetzung, daß die göttliche Idee von einem auserwählten Stande, dem die Menge zu Unterwerfung und Vertrauen verpflichtet ist, sichtbar und persönlich vertreten werde. Der Protestantismus ist dagegen auf die religiöse Gleichberechtigung seiner Anhänger, und deren freiwillige Uebereinstimmung mit seinem Bekenntniß gegründet, weshalb in ihm Niemand den Anspruch auf Unfehlbarkeit erheben kann. Keine staatliche oder kirchliche Gemeinschaft kann das Princip, auf welches sie errichtet, und das mit ihrem Wesen eines geworden, antasten oder verrücken lassen, ohne mit sich in Widerspruch zu gerathen und sich dem Untergange auszusetzen. Der Protestantismus hätte keine Berechtigung zum Dasein, wenn er irgend einem seiner Glieder ein oberstes Schiedsamt in Glaubenssachen beilegen wollte.

Die Orthodoxen und Pietisten verkannten die Natur des Protestantismus, indem sie ihre Auffassung der christlichen Wahrheit als die allein wahre und gültige hinstellten, und die Rationalisten als eine Art von Ketzern ansahen. Der Rationalismus leugnet nicht die Bedeutung und Wirksamkeit des Christenthums, sondern weicht von der Orthodoxie nur in der Auffassung der übersinnlichen Seiten desselben ab. Der sittliche Einfluß der Religion kann, ungeachtet der verschiedenartigen Behandlung der Dogmen und Mysterien, derselbe sein. Von diesen kirchlichen Streitigkeiten, welche seit lange nicht mehr mit der Lebhaftigkeit, wie von der Thronbesteigung Friedrich Wilhelm IV. an, geführt worden, ward die Unruhe und Verwirrung, welche ohnedies reichlich auf dem politischen Boden der Zeit wucherte, auch auf das kirchliche Gebiet übergetragen, und ohne daß hier eine Entscheidung und Lösung gefunden werden konnte. Auf Seite der Strenggläubigen zeichnete sich der Professor der Theologie Hengstenberg in Berlin durch seine, im zelotischen Tone gehaltene, Evangelische Kirchenzeitung aus. Unter den Lichtfreunden, wie sich damals die Anhänger des Rationalismus und Mitglieder

der von dem officiellen Lehrbegriff abweichenden freien Gemeinden nannten, thaten sich besonders die Pfarrer Uhlich und Wislizenus im Herzogthum Sachsen hervor, deren mittelmäßige Darstellungsgabe ihren Meinungen unter der Menge, welche sich auf einer ähnlichen Stufe der Befähigung befand, um so leichteren Eingang verschaffte. Unter diesem kirchlichen Sektenwesen lag übrigens der politische Parteigeist verborgen. Die Orthodoxen und Pietisten hingen dem Absolutismus an, während sich die Rationalisten zum Konstitutionalismus oder der Demokratie bekannten.

Die Aufmerksamkeit auf die politische und religiöse Bewegung wurde einen Augenblick lang von einer großen Gewerbeausstellung in Berlin (1844) unterbrochen, die erste von allgemeiner Bedeutung, welche in Deutschland statt fand, und die Theilnahme von ganz Europa auf sich zog. Bei dieser Gelegenheit trat der große Fortschritt des deutschen Kunstfleißes seit Gründung des von Preußen ausgegangenen Zollvereines unzweifelhaft hervor, und wurde der Gedanke an eine ähnliche Einigung Deutschland's in Bezug auf Volksvertretung, Gesetzgebung und andere staatliche Verhältnisse belebt. Aber diese glänzende Schaustellung sollte auch von einer der Schattenseiten des modernen Industrialismus begleitet sein, die bei demselben, so lange er nicht eine organische Gestaltung bekommen haben wird, unvermeidlich sind. Im schlesischen Gebirge brachen unter den dort zahlreichen, durch die in der Arbeit selbst und in der Richtung des Verkehrs eingetretenen Veränderungen, verarmten Linnen- und Baumwollenwebern Unruhen aus, die nur durch Anwendung der bewaffneten Macht, und nicht ohne Blutvergießen, gestillt werden konnten.

Einige Zeit nachher rief ein in der preußischen und überhaupt in der deutschen Geschichte bisher unerhörtes Ereigniß eine allgemeine Bestürzung hervor. Friedrich Wilhelm IV. war im Begriff (26. Julius 1844) mit seiner Gemahlin eine Reise nach Schlesien anzutreten, und saß bereits im Reisewagen, als aus unmittelbarer Nähe zwei Schüsse auf ihn abgefeuert wurden. Der König war glücklicher Weise unversehrt geblieben. Der Meuchelmörder, Namens Tschech, früher Bürgermeister, und von der vorgesetzten Behörde, wegen Vernachlässigung, seines Amtes entlassen, hatte sich an den König um Verbesserung seiner Lage gewandt, und an dessen Person, für den ihm gewordenen abweisenden Bescheid, Rache nehmen wollen. Friedrich Wilhelm IV. hatte, ungeachtet der großen Gefahr, wie bei ähnlichen Gelegenheiten Ludwig Philipp I., die kaltblütigste Festigkeit gezeigt. Tschech, der gegen jede Anwandelung von

Reue über sein Verbrechen verschlossen blieb, wurde mit dem Tode bestraft.

Auf den 1845 einberufenen Provinziallandtagen machte sich die Richtung der Zeit weniger geltend, als es die in einem großen Theile der Bevölkerung zunehmende Unzufriedenheit mit den inneren Einrichtungen hätte voraussetzen lassen. Es lag dies in der Zusammensetzung dieser Versammlungen, auf welchen alles von den bevorzugten Klassen entschieden wurde, die mit der bestehenden Ordnung der Dinge zufrieden, jeden Gedanken an eine Veränderung derselben als eine Drohung für sich ansahen. Die Provinzialstände waren deshalb weit davon entfernt, eine Volksvertretung, selbst nur im gemäßigten Sinne des Wortes, zu sein, und drückten nicht einmal die Stimmung der Landestheile aus, zu welchen sie unmittelbar gehörten. Es gingen zwar zahlreiche Petitionen bei ihnen ein, welche auf Einführung von Reichsständen, Preßfreiheit, und auf Abänderung eines den größeren Grundbesitz übermäßig begünstigenden Wahlgesetzes drangen, die aber entweder ganz zurückgewiesen wurden, oder nur geringe Berücksichtigung fanden.

Die brandenburgischen und pommerschen Stände gaben, wie gewöhnlich, eine vollkommene Uebereinstimmung mit den Ansichten der Regierung zu erkennen. Auf dem schlesischen Landtage wurde das Verlangen nach einer Erweiterung der Befugnisse für die ständischen Ausschüsse, wenn auch mit geringer Stimmenmehrheit, aber doch verworfen. Die sächsischen und westphälischen Stände lehnten den Antrag auf ein, an den König zu stellendes, Gesuch um Verleihung von Reichsständen ab. Die Abgeordneten der Provinz Preußen erkannten zwar die Zeitgemäßheit und das im Volke vorhandene Bedürfniß nach einer mit den nöthigen Gewährleistungen versehenen Verfassung an, erklärten aber dem Ermessen des Monarchen nicht vorgreifen zu wollen. Selbst auf dem rheinischen Landtage hatten die Anhänger des Bestehenden die Mehrheit für sich, obgleich dort allerdings vielfältig die Meinung ausgesprochen wurde, daß die Einführung von Provinzialständen keine genügende Erfüllung des Versprechens vom 22. Mai 1815 gewesen sei.

Was von legaler Opposition in den Kammern und Ständeversammlungen der übrigen deutschen Staaten noch vorhanden war, trat von der bisherigen Erfolglosigkeit ihrer Bestrebungen ermüdet, um diese Zeit nicht hervor, und schien den Kampf gegen die Reaktion ganz aufgegeben zu haben. Alle Augen waren damals auf Preußen gerichtet, als müßten dort die Würfel der Entscheidung fallen. Aber während die officiellen Vertreter des Volkes verstummten, nahm in diesem selbst

eine dem Bestehenden entgegengesetzte Gesinnung in auffallender Weise zu. Die Masse in Deutschland, alles öffentlichen Lebens seit so langer Zeit entwöhnt, und mit der Führung eines gesetzlichen Widerstandes ganz unbekannt, irrte sich nicht nur häufig in Bezug auf die Gegenstände ihrer Abneigung, sondern vergriff sich auch bei Gelegenheit gänzlich in den Mitteln, welche zu einer Abstellung der herrschenden Uebelstände führen sollten. Ein bald unterdrückter, aber blutiger Tumult in Leipzig legte einen Beweis sowohl von der Erbitterung als Urtheilslosigkeit der Menge ab.

Im Königreich Sachsen hatte lange zwischen Fürsten und Unterthanen die vollkommenste Eintracht geherrscht. Dieses Verhältniß war selbst nicht durch den Uebertritt des Regentenhauses zum Katholicismus erschüttert worden. Die Unruhen in Leipzig und Dresden im September 1830 bewiesen allerdings, daß dieses Band etwas lockerer geworden war. Indessen hatte es damals das Ansehen gehabt, als ob die Nachgiebigkeit des sächsischen Hofes und die Einführung einer zeitgemäßen, zwischen König und Ständen vereinbarten, Verfassung alle Ursachen zu weiterer Unzufriedenheit beseitigen werde. Diese Hoffnung war nicht in Erfüllung gegangen. Die Regierung verletzte die Verfassung von 1831 nicht, baute sie aber auch nicht weiter aus, und es trat in Sachsen, wie im übrigen Deutschland, nach der ersten Bewegung ein Stillstand und bald ein Rückschritt ein. Die Willkühr der Censur und Polizei bestand nach wie vor fort, und in der Verwaltung wurden keine weiteren Verbesserungen vorgenommen. Allmälig gab sich auch eine früher nicht gefühlte Entfremdung gegen das Regentenhaus, wegen der Verschiedenheit des Glaubens, und der Verdacht kund, daß im Geheimen der Katholicismus begünstigt, und wenigstens unter den höheren Ständen verbreitet werde. Auf der anderen Seite regte sich die orthodox=protestantische und pietistische Partei, wie in Preußen, auch in Sachsen, und katholische und protestantische Strenggläubigkeit schien sich dort gegen die Forderungen der Zeit verbunden zu haben.

Der König Friedrich August von Sachsen war für seine Person beliebt geblieben, aber sein Bruder und muthmaßlicher Nachfolger, Prinz Johann, stand, ungeachtet seiner ausgezeichneten litterarischen Bildung, im Rufe, sich zu den Grundsätzen der religiösen und politischen Reaktion zu bekennen. Diese Meinung war von den Unzufriedenen auf öffentlichen und geheimen Wegen verbreitet, und zuletzt fast allgemein angenommen worden. Er ward für einen Ultramontanen und Absolutisten gehalten, obgleich keine bestimmte Veranlassung zu diesem Verdacht vor-

lag. Unter dem Einfluß einer solchen Stimmung geschah es, daß Prinz Johann, in seiner Eigenschaft als Oberkommandant der sächsischen Kommunalgarden, in Leipzig eintraf. Bei der am 12. August 1845 abgehaltenen Musterung von der bewaffneten Bürgerschaft mit auffallendem Kaltsinn empfangen, ward er nach deren Beendigung mit beleidigendem Geschrei verfolgt, und zuletzt von einem tobenden Volkshaufen in seiner eigenen Wohnung bedroht. Das herbeigeeilte Militair glaubte ihn nur dadurch schützen zu können, daß es auf die Menge feuerte, von der sieben Personen getödtet und eine noch größere Menge verwundet wurden. Der Umstand, daß die Gefallenen und Verletzten fast alle an dem Tumult selbst unbetheiligte Zuschauer gewesen, und zum Theil in weiter Entfernung getroffen worden, ließ diesen Auftritt als besonders schmerzlich erscheinen. Prinz Johann reiste am anderen Morgen, von berittenen Kommunalgarden begleitet, mit einer Eile ab, die einer Flucht ähnlich sah. Diese Bewegung in Leipzig, ohne einen politischen Zweck, blos als ein Ausdruck des Unwillens gegen den angeblichen Vertreter freiheitsfeindlicher Ideen hervorgebrochen, wurde ohne Mühe erdrückt, ließ aber in der Bevölkerung einen Stachel zurück, der einige Jahre nachher fühlbar werden sollte. Eine kräftigere Haltung der gebildeten Klassen, woran es aber in Sachsen wie in ganz Deutschland fehlte, hätte diesen und späteren Unordnungen vorbeugen können. Anstatt die von der Verfassung gebotenen Mittel zur Abstellung rechtmäßiger Beschwerden zu benutzen, ließen die Kammern und die städtischen Vertretungen die von oben her geübte Willkühr ohne Einspruch walten, und sahen der in der Tiefe sich verbreitenden Gährung gleichgültig zu. Auf diese Art mußte sich ein Zustand vorbereiten, in welchem Freiheit und Ordnung gleich unmöglich wurden, und nur die Wahl zwischen den beiden Extremen — Revolution und Reaktion — übrig blieb.

In Preußen dauerten die Bestrebungen der Regierung nach einer festeren Einheit in dem protestantischen Kirchenwesen, und die Klagen der Rationalisten, der Lichtfreunde und freien Gemeinden, über angebliche oder wirklich erfahrene Bedrückungen fort. Der Berliner Magistrat reichte eine Eingabe an den König, Beschwerden über Mangel an Gewissensfreiheit und Rückschritt in religiösen Dingen enthaltend, ein, ein Beispiel, das von den Magistraten von Königsberg und Breslau nachgeahmt wurde. Diese und ähnliche Schritte führten nur fruchtlose Erörterungen und verletzende Abweisungen herbei, da der König sich persönlich der Partei der Strenggläubigen zuneigte. Eine evangelische Kirchenkonferenz, von fast allen protestantischen Staaten Deutsch=

land's beschickt (Januar 1846), und bald nachher eine preußische Generalsynode, beide in Berlin abgehalten, legten beachtungswerthe Grundsätze dar, zeigten sich gemäßigt und versöhnlich, vermochten aber nicht die Grenzen bei den kirchlichen Bewegungen innerhalb des Protestantismus auf eine genügende Art anzugeben, indem auf der einen Seite das Bedürfniß einer religiösen Uebereinstimmung, die Aufstellung eines allgemein verbindlichen Symbols gefühlt wurde, auf der anderen Seite die Freiheit der Meinung und Prüfung, und die damit verbundene Verschiedenheit in Begriff und Anschauung, nicht ausgeschlossen werden konnte.

Die polnische Opposition auf den Landtagen des Großherzogthums Posen hatte sich, besonders seit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelm IV., bemerkbar gemacht. Die dadurch auf das Treiben der Polen vermehrte Aufmerksamkeit der preußischen Sicherheitsbehörden führte auf die Entdeckung einer Verschwörung, welche am 21. Februar (1846) in der Provinz ausbrechen sollte. Es wurden eine Menge von Verhaftungen vorgenommen, unter anderen die eines Officiers der ehemaligen polnischen Armee, Mieroslawski, der in den nachfolgenden Jahren häufig genannt worden ist, und das ohnedies hoffnungslose Unternehmen wurde schon im ersten Entstehen erstickt.

Die Verschwörung war jedoch nicht blos auf das Großherzogthum Posen beschränkt gewesen. Zu derselben Zeit sollte ein Aufstand in Galizien ausbrechen, und durch Parteigänger in das Königreich Polen und die polnisch=russischen Provinzen getragen werden, der kleine Freistaat Krakau, der einzige Ueberrest des alten Polens, welcher einen Schatten von Unabhängigkeit bewahrt hatte, war der Sammelplatz aller derer, welche von dem Gedanken an eine Wiederherstellung ihres verlorenen Vaterlandes erfüllt waren. An ihrem Volksthum zu hängen und an dessen einstige Erneuerung zu glauben, hätte an den Polen ohne Ungerechtigkeit nicht getadelt werden können. Aber jeder gewaltsame Versuch zur Erreichung dieses Zieles war, bei der damaligen Lage Europa's eine unnütze Verwegenheit, nur dazu geeignet, Einzelne in das Unglück zu stürzen, und den Zustand des Ganzen zu verschlimmern.

Dessen ungeachtet wurde von einer vermeintlich patriotischen Partei, die aber in diesem Falle die entgegengesetzte Bezeichnung verdient hätte, die bisher im Freistaat Krakau bestandene Ordnung der Dinge gestürzt, eine provisorische Regierung niedergesetzt, eine allgemeine Bewaffnung angeordnet, und das übrige Polen zum Anschluß aufgefordert. Ein junger Arzt Namens Tyssowski stand an der Spitze, und hatte, wie

Clopicki 1830, den Titel eines Diktators angenommen. Aber die gegenwärtige Schilderhebung konnte nur für ein trauriges Zerrbild des, funfzehn Jahre vorher, von den Polen unternommenen heroischen Befreiungskampfes gelten. Auf die Nachricht von den Vorgängen in Krakau rückten österreichische und russische Truppen, zu denen auch bald preußische stießen, gegen die Stadt, die von ihnen, ohne den geringsten Versuch des Widerstandes, am 3. März besetzt wurde. Die improvisirten Machthaber waren entflohen.

Zu derselben Zeit hatte sich in Galizien unter einem Theile des Adels eine aufrührische Bewegung erhoben, die aber den Untergang nicht nur der Anstifter, sondern auch vieler ihrer unbetheiligten Standesgenossen nach sich zog. Die österreichischen Beamten in diesem Theile Galiziens, die sich persönlich bedroht sahen, glaubten dem Aufstande nur dadurch begegnen zu können, daß sie die Adeligen bei dem Landvolke der Unterdrückung anklagten, und die kaiserliche Regierung als dessen Schirm darstellten. Die Bauern wandten sich hierauf gegen die Grundherren und deren Familien, gegen welche, selbst gegen die Frauen darunter, von der wilden Menge, die von dem beginnenden Blutbade wie berauscht zu sein schien, die furchtbarsten Gräuel verübt wurden.

Oesterreich, Preußen und Rußland glaubten den sich in einem Theile des alten Polens unaufhörlich erneuernden Verschwörungen und Unruhen nur durch die Aufhebung der Selbstständigkeit des Freistaates Krakau ein Ende machen zu können. Am 6. November (1846) schlossen die drei Mächte, welche sich einst in das alte Polen getheilt hatten, einen Vertrag ab, vermöge dessen Krakau und sein Gebiet dem österreichischen Kaiserstaate, zu welchem es schon einmal, von 1795 bis 1809, gehört hatte, einverleibt wurden. Krakau's Unabhängigkeit war zwar auf dem Wiener Kongreß ausgesprochen worden, aber das eigenthümliche Verhältniß zu den drei benachbarten Mächten, welche ein Schutzrecht über den kleinen Freistaat besaßen, und unter gewissen Umständen sich in dessen innere Verhältnisse einzumischen befugt waren, gab den Vorwand zu dessen gänzlicher Unterdrückung ab. Die Polen hätten, bei mehr Mäßigung und Klugheit, in Krakau eine Pflanzschule zur Erhaltung ihrer Nationalität, Sprache und Bildung anlegen können. Diese Stadt aber zu einem Herde revolutionairer Umtriebe zu machen, hieß die drei großen Nachbarstaaten zu dem von ihnen gethanen Schritte herausfordern.

In Deutschland herrschte in der Politik damals eine Stille, wie sie zuweilen großen Erschütterungen voranzugehen pflegt. In Preußen

allein hatte der Regierungsantritt Friedrich Wilhelm IV. eine Bewegung hervorgerufen, die, ungeachtet aller ihr entgegengesetzten Hindernisse, nicht mehr ganz aufgehalten werden konnte. Die Meinung war allgemein verbreitet, daß unter diesem Könige, mit oder ohne seinen Willen, eine neue Entwickelung im öffentlichen Leben beginnen würde. Der Zauber, welchen das Walten des unumschränkten Königthums, unter Friedrich Wilhelm III., so lange über das preußische Volk ausgeübt hatte, schien unter seinem Nachfolger verschwunden, und der bisher schlummernde Geist der Freiheit, das Widerstreben gegen jede unbedingte Willensmacht, mit einemmal erwacht zu sein. Alle Welt war auf die Entschließungen des Königs gespannt. Die Einen fürchteten, die Anderen hofften, daß er dem Geiste der Zeit nachgeben, und die von seinem Vater gemachten Verheißungen erfüllen werde. Ein Theil der Reaktion, besonders außerhalb Preußen's, war mit Friedrich Wilhelm IV. unzufrieden, und beschuldigte ihn, durch sein lebhaftes Walten vom ersten Augenblick seiner Thronbesteigung an, seine häufigen Erörterungen, das Entfalten seiner Ideen, den Oppositionsgeist hervorgerufen zu haben. Eine mehr unpersönliche Regierungsweise, wie die seines Vaters, würde, so meinte man, weniger Gelegenheit zur Darlegung entgegengesetzter Meinungen gegeben haben. Ein solches Verhalten wäre aber dem geistreichen und immer angeregten Wesen Friedrich Wilhelm IV. unmöglich gewesen. Von der Fortschrittspartei wurde dagegen unaufhörlich an die Verordnungen Friedrich Wilhelm III. vom 22. Mai 1815 und 17. Januar 1820 erinnert, und deren für die Krone fortbestehende Verbindlichkeit behauptet.

Mitten unter dieser Erwartung und Spannung erschien (3. Februar 1847) ein königliches Patent, in welchem die Errichtung und Einberufung eines Vereinigten Landtages, auf die Grundlage der bisherigen Provinzialstände gebaut, angekündigt wurde. In den das Patent begleitenden Verordnungen waren die näheren Bestimmungen über die Zusammensetzung, die Geschäftsordnung und den Wirkungskreis des Vereinigten Landtages enthalten.

Der Vereinigte Landtag war in zwei Kurien getheilt. Die erste bestand aus den volljährigen Prinzen des königlichen Hauses, den Mediatisirten, den Standesherren, und allen mit Virilstimmen versehenen oder an Kollektivstimmen betheiligen Stiftern und Körperschaften, welche auf den Provinziallandtagen zu erscheinen berechtigt waren. Die zweite Kurie war aus den Abgeordneten der Ritterschaften, der Städte und Landgemeinden, nach demselben Zahlenverhältniß wie auf den Provin-

zialllandtagen, gebildet. Der Vereinigte Landtag war im Wesentlichen nichts als eine Zusammenstellung der bisherigen Provinzialständeversammlungen, und es hatte zu einer solchen Erweiterung des Bestehenden keines besonderen schöpferischen Geistes bedurft. Nur die Errichtung einer ersten Kurie oder Kammer konnte für neu gelten. Dieser Stand sollte auf dem Vereinigten Landtage in den meisten Fällen für sich allein berathen, und nur, bei Vorlagen, neue Staatsanleihen oder Veränderungen im Steuerwesen betreffend, mit der zweiten Kurie zusammentreten. Die Beschlüsse sollten nach Stimmenmehrheit gefaßt, Beschwerden und Gesuche aber nur dann an den König gebracht werden, wenn sich in jeder der beiden Kurien wenigstens zwei Drittheile der Stimmen dafür erklärt hatten.

Die Mitwirkung und Zustimmung des Vereinigten Landtages sollte nur bei Einführung neuer oder Erhöhung der bestehenden Steuern und Abschließung von Staatsanleihen erforderlich sein. In Bezug auf die Gesetzgebung blieb diese Versammlung, wie die Provinzialstände, auf einen Beirath oder eine Begutachtung der von der Regierung gemachten Vorlagen beschränkt. Es wurde jedoch den Kurien ein Petitionsrecht über innere nicht blos provinzielle Angelegenheiten übertragen. Die im Jahre 1842 errichteten Vereinigten ständischen Ausschüsse sollten künftig wenigstens alle vier Jahre einberufen werden, und alle Befugnisse des Vereinigten Landtages, mit Ausnahme des Rechtes der Zustimmung zu Anleihen oder Steuererhöhungen, und des Petitionsrechtes bei Verfassungsangelegenheiten, geltend machen können. Es ward außerdem eine aus den Provinzialständen zu wählende Deputation zur Beaufsichtigung der Verwaltung des Staatsschuldenwesens angeordnet.

Von der Verordnung Friedrich Wilhelm III. vom 22. Mai 1815 bis zur Einführung von Provinzialständen waren acht Jahre, von dem Provinzialständegesetz bis zu dem Patent vom 3. Februar 1847 vierundzwanzig Jahre vorüber gegangen. Man muß gestehen, daß wenn in manchen Staaten die Verfassungsfragen etwas zu rasch gelöst, dieselben in Preußen etwas zu langsam betrieben worden.

Das Patent vom 3. Febr. erregte keine Befriedigung, und stimmte weder mit den älteren noch neueren Zuständen überein. Für Preußen, wie es bisher gewesen, einzig auf dem stehenden Heere und dem Beamtenthum ruhend, gewährte das Patent zu viel, indem eine, wenn auch nur in einem einzigen Punkte, dem Steuerwesen, der königlichen Allgewalt Grenzen setzende Versammlung, wie der Vereinigte Landtag, einen Riß in das nach den Ideen der Autokratie errichtete Gebäude brachte,

zu dessen Ausfüllung eine solche Versammlung zu schwach war. Es war etwas Altes fortgenommen worden, ohne durch etwas Neues angemessen ersetzt zu werden. Dagegen konnte eine Verjüngung und Erhebung Preußen's nicht von Einrichtungen erwartet werden, die eine so mangelhafte und veraltete Grundlage, wie das Ständewesen, hatten, und alles wahrhaft volksthümlichen Charakters entbehrten. Man vermißte in den das Patent vom 3. Febr. begleitenden Verordnungen alle Gewährleistungen der persönlichen Freiheit und gesetzlichen Gleichberechtigung, alle Bestimmungen, durch welche sich überhaupt ein staatlicher Fortschritt in neuerer Zeit kund giebt. An die Stelle der Nation sollte eine sogenannte ständische Gliederung treten, als ob diese nicht in allen wesentlichen Zügen von dem Absolutismus, unter welchem Preußen sich entwickelt, und der bisher die Natur dieses Staates ausgemacht hatte, längst zerstört worden wäre. Denn Stände, im mittelalterlichen Sinne des Wortes, als selbstständige Theile des Ganzen, sind mit der Autokratie unverträglich, die innerhalb ihres Bereiches keine Unabhängigkeit duldet. Sollten die politischen Institutionen Preußen's dem Geiste der Zeit fremd bleiben, so wäre es angemessener gewesen, die unumschränkte Monarchie, die einmal bestand, und früher Großes geleistet hatte, in ihrer vollkommenen Reinheit zu erhalten, als ein längst abgeblühtes Ständewesen künstlich wieder beleben zu wollen.

Die ungünstige Aufnahme des Patents vom 3. Februar von Seiten der großen Mehrheit der aufgeklärten Klassen fand ihren Ausdruck in einer von einem Breslauer Juristen, Heinrich Simon, verfaßten Flugschrift: „Annehmen oder Ablehnen?" in welcher die Errichtung eines Vereinigten Landtages als keine genügende Erfüllung des Versprechens vom 22. Mai 1815, und als zu dem Gesetz vom 17. Januar 1820 in Widerspruch stehend, dargestellt wurde. Die verwundbaren Seiten des königlichen Patents waren in dieser Schrift scharf hervorgehoben, aber nicht klar und entschieden nachgewiesen worden, auf welche Weise Anderes und Besseres in dessen Stelle gesetzt werden könnte. Die freisinnige Partei wünschte die Einführung eines wahrhaften Repräsentativsystems, statt der Nachahmung mittelalterlichen Ständethums, aber ohne hierüber zu einer festen Form in ihren Anschauungen gelangt zu sein, ein Mangel, der damals ihrer ganzen Haltung etwas Unbestimmtes und Unsicheres gab, und sich auch später noch fühlbar machen sollte.

Der Vereinigte Landtag wurde am 11. April (1847) von Friedrich Wilhelm IV. mit einer Rede eröffnet, länger und ausführlicher, als sie wahrscheinlich jemals von einem Fürsten bei einer ähnlichen Gelegen-

heit gehalten worden ist, und in welcher derselbe seine Grundsätze über Staat, Regierung, Volksvertretung unumwunden niederlegte. Diese Rede war reich an schönen Einzelheiten in Inhalt und Form, und, was letztere betrifft, durchgängig ausgezeichnet. Aber es trat in ihr auch mancher innere Widerspruch, und besonders der durchgängige Gegensatz hervor, welcher zwischen den persönlichen Ueberzeugungen dieses Königs und dem Geiste und den Forderungen der Zeit bestand.

Friedrich Wilhelm IV. erklärte sich vor Allem gegen die Auffassung, in dem Vereinigten Landtage eine eigentliche Nationalvertretung sehen zu wollen. Die Mitglieder dieser Versammlung waren nach ihm, vor Allem und wesentlich, Vertreter und Wahrer der eigenen Rechte, der Rechte der Stände, deren Vertrauen sie entsendet hatte. Die Stände hätten nicht Principien, welche der König Zeit- und Schulmeinungen nannte, sondern die Interessen ihrer Kommittenten zu repräsentiren. Er sprach von seiner Machtvollkommenheit, und daß die Krone in Preußen nach eigener freier Bestimmung, und nicht nach dem Willen von Majoritäten regieren müsse. Er würde die Stände nicht einberufen haben, wenn er bei ihnen im entferntesten ein Gelüst nach der Rolle sogenannter Volksrepräsentanten vorausgesetzt hätte. Er verwarf das Verlangen nach einer, die Rechte des Regenten und der Unterthanen bestimmt abgrenzenden, urkundlich verbrieften und besiegelten Konstitution, weil dadurch das gegenseitige Vertrauen untergraben werden müßte. Er versicherte, daß ihn keine Macht der Erde zwingen sollte, das natürliche und unmittelbare Verhältniß zwischen ihm und seinem Volke sich in ein konventionelles und konstitutionelles verwandeln zu lassen. Er wies auf England hin, dessen Verfassung ein Werk der Weisheit von Jahrhunderten, und nicht in einem Stück Papier enthalten sei. Er äußerte sich mit tiefem Unwillen über die Angriffe der Tagespresse auf sein Regierungssystem, und verhieß, in allen Dingen die Vorschriften des Christenthums zur Richtschnur bei seinen Handlungen zu nehmen.

Diese Rede entsprach den gehegten Erwartungen nicht. Wenn Manches unter den in ihr niedergelegten Gedanken vollkommene Zustimmung, und deren warmer und lebendiger Ausdruck Bewunderung erregen konnte, so mußte dagegen vieles Andere zu Tadel und Widerspruch auffordern. Wenn der Vereinigte Landtag nur einzelne Stände und nicht die Nation repräsentirte, so wäre gar kein Grund zu seiner Berufung vorhanden gewesen, wenigstens hätten die Mitglieder der zweiten Kurie, welche drei Stände enthielt, nicht gemeinsam berathen sollen. Welche Bedeutung man auch den organischen Gliedern des ge-

sellschaftlichen Körpers, Stände genannt, beilegen will, so muß der Staat und das ihn ausmachende Volk, und demnach auch dessen Vertretung, wo es eine solche giebt, in allen wesentlichen Beziehungen als ein Ganzes aufgefaßt werden. — Das unbedingte Besteuerungsrecht der Krone war durch das Patent vom 3. Februar aufgehoben worden, es konnte also von einer königlichen Machtvollkommenheit nicht mehr die Rede sein. — Die Hinweisung auf England mußte also verfehlt erscheinen, da das Königthum dort keine persönliche, von Parlament und Nation unabhängige Gewalt besitzt, und die Gesetze daselbst im buchstäblichsten Sinne vollzogen werden. Die Magna Charta, die Bill of Rights u. s. w. sind verbriefte und besiegelte Urkunden, oder was Friedrich Wilhelm IV. ein „geschriebenes Blatt" nannte, gewesen, und haben allerdings „wie eine zweite Vorsehung" über England gewaltet. Das Patent vom 3. Februar war ebenfalls ein solches Blatt, man wüßte wenigstens nicht, wozu man es sonst rechnen sollte. — Der Vereinigte Landtag, namentlich die zweite Kurie, war keinesweges den altdeutschen Ständeversammlungen ähnlich gestaltet, welche der König als Muster aufstellte. — Das gegenseitige Vertrauen kann nicht das einzige Band zwischen Volk und Regierung sein, und nie das Recht ersetzen, welches die Grundlage eines freien Staatslebens ausmacht. — Die Versicherung des Königs, nie in eine andere Ordnung der Dinge in Preußen, als die damals herrschende, einwilligen zu wollen, griff offenbar der Zukunft vor, die in keines Sterblichen Hand liegt. — Der durch den Vortrag Friedrich Wilhelm IV. gehende Grundton mußte, wenn man Alles was in Europa seit sechszig Jahren vorgegangen, und die klar ausgesprochene Richtung der Zeit in Betracht zog, überraschen und befremden, und den Eindruck einer aus ferner Vergangenheit kommenden Stimme hervorbringen.

Friedrich Wilhelm IV. befand sich nach seiner Thronbesteigung in der seltenen Lage, als ein Regenerator seines Landes, in einem viel umfassenderen Sinne als es sein Vater gewesen, auftreten zu können. Es war in Preußen augenscheinlich so Vieles veraltet und unbrauchbar geworden, daß eine Ersetzung desselben durch Zeitgemäßeres für unvermeidlich gelten konnte. Das preußische Volk war ungeachtet des Bundes mit dem despotischen Osten, von dem Geiste des liberalen Westens durchdrungen. Die Einführung des Repräsentativsystems in Preußen, welches darauf längst vorbereitet war, würde den bisherigen Ungewißheiten und Schwankungen ein Ende gemacht, und einen eben so festen als freien Zustand hervorgebracht haben. Die mit den parlamentari=

schen Formen möglicher Weise verbundenen Mißbräuche würden nirgends weniger, als unter dem preußischen Volke, zum Vorschein gekommen sein. Die Krone hätte daselbst immer ein hinreichendes Uebergewicht besessen, und ohne Gefahr für sich den Konstitutionalismus ertragen können. Aber das Streben etwas dem Wesen der Zeit ganz Entgegengesetztes, wie in dem Patent vom 3. Februar und der Rede Friedrich Wilhelm IV. geschah, aufstellen zu wollen, mußte eine gewaltsame Unterbrechung in dem natürlichen Entwickelungsgange Preußen's herbeiführen, und der inneren Unruhe und Gährung neue Nahrung geben.

Die Verstimmung und Unzufriedenheit über die in der Eröffnungsrede am 11. April ausgesprochenen Grundsätze war so groß, daß die Abgeordneten der Provinz Preußen, welche meist zu der liberalen Opposition gehörten, Berlin alsbald wieder verlassen wollten, indem von ihnen alle weiteren Verhandlungen, bei dem so bestimmt hervorgetretenen Widerstreben des Königs gegen Gewährung moderner Institutionen, für zwecklos und als zu keinem Ziel führend erachtet wurden. Ihre rheinischen Gesinnungsgenossen waren aber der Meinung, auf der Grundlage der dem Vereinigten Landtage eingeräumten Rechte einen festen Boden gewinnen, und von da aus zur Erreichung eines wahrhaften Verfassungslebens wirken zu müssen. Sie glaubten, daß der entschieden ausgesprochene Wille der großen Mehrheit der Versammlung, welche von konstitutionellen Principien erfüllt war, eine Aenderung in dem von dem Könige angenommenen Regierungssystem hervorbringen könne, und daß unter allen Umständen eine Darlegung freisinniger Ueberzeugungen auf das Volk nicht ohne Einfluß bleiben würde. Zur liberalen Partei gehörige Abgeordnete aus allen Provinzen der Monarchie traten der Auffassungsweise der Rheinländer bei.

Es wurde von beiden vereinigten Kurien, obgleich dieselben eigentlich nur bei Finanzfragen zu einer einzigen Versammlung zusammentreten sollten, eine Adresse an den König, als Antwort auf die von ihm gehaltene Rede, beschlossen, welche eine Danksagung für die vom Throne ausgehende Entfaltung des öffentlichen Lebens enthielt, in welcher aber auch „ehrerbietige Bedenken“ wie es hieß, gegen mehrere Punkte des Patents vom 3. Februar und gegen die dasselbe begleitenden Verordnungen ausgesprochen waren. Es wurde in dieser Adresse behauptet, daß der Vereinigte Landtag alle Rechte besitze, welche in der königlichen Erklärung vom 22. Mai 1815 und dem Gesetz vom 17. Januar 1820 einer reichsständischen Versammlung, namentlich in Bezug auf Anleihen

und Steuerwesen, zuerkannt worden wären. Dazu stände aber die Errichtung einer aus den Provinzialständen zu wählenden Deputation, welcher das Patent vom 3. Februar die Aufsicht über das Staatsschuldenwesen beigelegt habe, in Widerspruch. Eine solche Funktion könne nur von dem Vereinigten Landtage ausgeübt werden. Es wurde außerdem zu verstehen gegeben, daß in dem Patent vom 3. Februar die Stellung des Vereinigten Landtages, als einer reichsständigen Versammlung, nicht gebührend gewürdigt sei, und es wurde eine Wahrung der ständischen Rechte „als Erwerbung der vom preußischen Volke während der Befreiungskriege bewiesenen Kampfestreue" feierlichst ausgesprochen.

Die Angriffe auf einzelne Punkte des Patents hätten keine große Bedeutung gehabt, wenn nicht die Unzufriedenheit mit der ganzen Gesetzgebung vom 3. Februar, und die Absicht dieselbe möglichst zu beseitigen, hervorgetreten wäre. Selbst solche Mitglieder des Vereinigten Landtages, welche vermöge ihrer Ueberzeugung oder Stellung von jeder systematischen Opposition gegen die Regierung entfernt waren, konnten sich der Aeußerung nicht enthalten, daß es eine Unwahrheit sein würde, wenn man dem Könige sagte, das Volk sei von dem, was er gewährt habe, zufrieden gestellt. Die Grundverschiedenheit zwischen den staatlichen Anschauungen Friedrich Wilhelm IV. und der großen Mehrheit des Vereinigten Landtages ging noch mehr aus den Berathungen über die Adresse als aus dieser selbst hervor, in welcher die Rücksicht auf die königliche Person nicht dieselbe Freiheit der Aeußerung, wie in der Versammlung, gestattete. Aber die von Beckerath, Hansemann, Camphausen, Alfred von Auerswald, Vincke aufgestellten Grundsätze, ihr Tadel des Bestehenden, ihre Hoffnungen für die Zukunft kamen weit herum, und wurden überall mit Beifall wiederholt. Der den Absichten des Königs im Wesentlichen ganz entgegengesetzte Adreßentwurf des ostpreußischen Abgeordneten von Auerswald wurde mit 487 gegen 107 Stimmen angenommen. Selbst die anwesenden Mitglieder des königlichen Hauses hatten sich, mit alleiniger Ausnahme des Prinzen von Preußen, für die Adresse in dieser Abfassung erklärt.

Der König, welcher auf Dank und Zustimmung gerechnet hatte, ward von dem Widerspruche, auf den er stieß, empfindlich berührt, hielt aber eine Vertagung oder Beseitigung der eben erst von ihm in das Leben gerufenen Versammlung nicht für angemessen, besonders da derselben von dem Ministerium wichtige, den materiellen Fortschritt betreffende Vorlagen überwiesen werden sollten. Er erklärte auf die ihm übergebene Adresse, daß er dem Vereinigten Landtage keine anderen Befugnisse zu=

zuerkennen vermöge, als diejenigen, welche ihm in dem Patent vom 3. Februar beigelegt worden, daß er aber diese Gesetzgebung, obgleich in ihren Grundlagen unverletzbar, nicht in ihren einzelnen Theilen für abgeschlossen halte, und deshalb Anträge auf ihre weitere Entwickelung entgegen zu nehmen und zu prüfen geneigt wäre. Zugleich versprach der König den Vereinigten Landtag fortan alle vier Jahre, selbst ohne außerordentliche Veranlassungen, wie Abschließung von Anleihen oder Steuererhöhung, einberufen zu wollen, was, da früher hierüber nichts festgesetzt gewesen, für ein Zugeständniß gelten konnte.

Obgleich während dieser Verhandlungen der Drang nach einer Veränderung in den bestehenden Einrichtungen lebhaft hervortrat, so that sich dies doch nur in allgemeiner Weise, als Verweigerung und Verwerfung des Ueberlieferten, ohne die Mittel zu einer Umgestaltung desselben nachzuweisen, kund. Die Opposition sprach viel von Recht, Freiheit, Verfassung, aber ohne anzugeben, wie die von ihr aufgestellten Forderungen, in Bezug auf die preußischen Zustände, geltend gemacht werden könnten. Es wurde dadurch in einem Theile der Bevölkerung die Unzufriedenheit mit der Gegenwart vermehrt, ohne eine bestimmte Aussicht auf die Zukunft zu eröffnen. Eine politische Versammlung, welche in eine Zeit des Ueberganges und des Kampfes zwischen Altem und Neuem fällt, muß, wenn sie einen Anhaltspunkt gewinnen will, ein für alle Augen erkennbares Ziel verfolgen. Es lag etwas Widerspruchsvolles in der Erklärung der Opposition auf dem Vereinigten Landtage ständische Rechte „wahren" zu wollen, welche nur auf Verheißungen beruhten, und bisher noch nie wirklich ausgeübt worden waren. Das Verlangen nach Einführung einer reichsständischen Verfassung, ohne genaue Bezeichnung, worin dieselbe eigentlich bestehen sollte, war geeignet, die innere Spannung im Volke zu unterhalten, ohne dasselbe über die entgegenstehenden Hindernisse aufzuklären. Der Vereinigte Landtag konnte sich bei seinem Ringen nach freisinnigen Einrichtungen nicht, wie dies sonst bisweilen in der Geschichte der Fall gewesen, auf die Vergangenheit stützen, denn diese bot in Preußen nur die Erscheinung einer unumschränkten Regierungsgewalt dar, und er besaß nicht die Kraft, dem öffentlichen Leben eine neue Bahn zu erschließen.

Die Unzufriedenheit und der Widerstand gegen das herrschende System nahm während der Berathungen über die, dem Vereinigten Landtage von dem Ministerium gemachten, Vorlagen zu. Einige und zwar die wichtigsten dieser Gesetzesentwürfe wurden, obgleich ihre äußere Nützlichkeit unverkennbar war, von der Opposition aus politischen Gründen,

weil ihr der ganze bestehende Rechtsboden zweifelhaft erschien, verworfen. Die Regierung hatte die Errichtung von Kreditanstalten, Landrentenbanken genannt, vorgeschlagen, für welche der Staat, zu ihrer größeren Sicherheit, die Garantie übernehmen sollte. Der Zweck war den bäuerlichen Eigenthümern die Mittel zu verschaffen, um die an die früheren Grundherren zu zahlenden Geldentschädigungen aufzubringen, und dadurch vollkommen freie Besitzer zu werden. Durch diese Maßregel wäre die unter Stein und Hardenberg begonnene Neugestaltung des ländlichen Eigenthums vollendet worden. Eine von dem Staate zu übernehmende eventuelle Garantie sollte die Gründung dieser Anstalten erleichtern und die Kapitalisten herbeiziehen, konnte aber kein Bedenken erregen, da das gesammte bäuerliche Grundeigenthum als erste Bürgschaft dalag, und eine solche Entwerthung desselben auf dem Geldmarkte, daß der Staat als zweite Bürgschaft hätte eintreten müssen, unter die unwahrscheinlichen und fast unmöglichen Dinge gehörte. Die Opposition, deren Wortführer bei dieser Gelegenheit der Abgeordnete von Vincke war, stellte die Ansicht auf, daß der Vereinigte Landtag, da ihm nicht alle die ihm gebührenden Befugnisse einer reichsständischen Versammlung zuerkannt worden, sich nicht in der Lage befinde, irgend eine Garantie, also auch nicht die für die Landrentenbanken, so nützlich diese auch sein möchten, auszusprechen. So lange an dem Grundsatze der königlichen Machtvollkommenheit dergestalt festgehalten werde, daß ein Monarch die von seinem Vorgänger für unwiderruflich erklärten Gesetze, wie dies mit der Verordnung vom 17. Januar 1820 durch das Patent vom 3. Februar geschehen sei, aufheben oder wesentlich abändern könne, ermangelten die öffentlichen Verhältnisse einer rechtlichen Grundlage und könne keine in die Zukunft reichende Gewährleistung übernommen werden. Der Antrag auf Zustimmung des Vereinigten Landtages, zu der Uebernahme der Staatsgarantie für die Landrentenbanken, wurde mit 448 gegen 101 Stimme verworfen.

Es waren bei der zweiten Kurie zahlreiche Petitionen eingelaufen, welche mehr oder weniger tief eingreifende Veränderungen in der Gesetzgebung vom 3. Februar verlangten. Die Kurie beschloß, auf den Bericht ihrer Kommission, mit großer Stimmenmehrheit, den König um eine periodische Einberufung des Vereinigten Landtages alle zwei, statt vier Jahre, wie vorher bestimmt gewesen, zu bitten. Auch wurde der Antrag gestellt, die Wahlen zu den ständischen Ausschüssen und der Staatsschuldendeputation für jetzt auszusetzen. Man hoffte, dieselben ganz eingehen und ihre Befugnisse dem Vereinigten Landtage übertra-

gen zu sehen. Die Opposition hob die verwirrende Mannigfaltigkeit der ständischen Behörden hervor: Provinzialständeversammlungen — der Vereinigte Landtag als Ganzes — die beiden Kurien mit gewöhnlich von einander getrennten Versammlungen — die ständischen Ausschüsse — die Staatsschuldendeputation — und wünschte die ständischen Institutionen vereinfacht zu sehen.

Die Regierung beabsichtigte die Anlegung einer Eisenbahn zwischen Berlin und Königsberg, um den gesunkenen Wohlstande der Provinz Preußen wieder aufzuhelfen. Eine Anleihe von 30 Millionen Thalern sollte zu diesem Zweck eröffnet werden. Die zweite Kurie trat der Meinung des Abgeordneten von Vincke bei, welcher erklärte, daß die Stände, so lange sie der nothwendigsten Grundlagen für die Erhaltung ihrer Rechte entbehrteu, kein Darlehn bewilligen könnten, und wies den Antrag mit 360 gegen 179 Stimmen ab. Die Opposition trat immer wieder mit dem Grundsatze hervor, daß der Vereinigte Landtag die reichsständische Versammlung sei, auf welche in den Verordnungen vom 22. Mai 1815 und 17. Januar 1820 hingewiesen worden, und demnach ältere Befugnisse als die im Patent vom 3. Februar 1847 enthaltenen besitze, während der König an den von ihm geschaffenen Einrichtungen festhielt.

In der ersten Kurie war die liberale Partei nicht zahlreich vertreten, und es würden von dort aus, hätte diese Versammlung ganz allein dagestanden, keine der Regierung entgegengesetzten Anträge ausgegangen sein. Aber der Eindruck, den die mit großer Stimmenmehrheit von der zweiten Kurie gefaßten Beschlüsse machten, wirkte so bedeutend, daß auch von der ersten Kurie um ein periodisches Zusammentreten des Vereinigten Landtages und um Beseitigung der Ausschüsse bei dem Könige nachgesucht wurde. Nur die Berufung auf die frühere Gesetzgebung blieb fort, und es ward von der ersten Kurie als eine Gunst erbeten, was von der zweiten Kurie als ein Recht gefordert wurde.

Am 24. Junius (1847) gingen dem Vereinigten Landtage drei königliche Botschaften zu, in welchen die Nothwendigkeit der ständischen Zustimmung zu Staatsanleihen und Steuererhöhungen nochmals ausdrücklich anerkannt, und jeder darüber besonders in der zweiten Kurie entstandene Verdacht beseitigt, dagegen die Aufhebung der Vereinigten Ausschüsse und der Staatsschuldendeputation abgelehnt, und zu deren Wahl aufgefordert wurde. Nach heftigen Erörterungen in der zweiten Kurie ward dem Willen des Königs genüge geleistet. Nur 56 Abgeordnete verweigerten die Theilnahme an den Wahlen, und 156 Abgeordnete

wählten unter dem Vorbehalt, daß sie damit keineswegs die, in dem königlichen Patent den Ausschüssen und der Deputation beigelegten, Rechte anzuerkennen gesonnen wären. Am 26. Junius wurde der Vereinigte Landtag durch den königlichen Kommissarius von Bodelschwingh mit einer Rede geschlossen, in welcher sich zwar die Unzufriedenheit der Regierung mit der Haltung der Opposition aussprach, die aber im Ganzen den Ton der Befriedigung und Hoffnung athmete. Von den für den Augenblick davon getragenen Erfolgen sicher gemacht, ward in den maßgebenden Kreisen keine Ahnung von den nahe bevorstehenden Erschütterungen empfunden.

Die Thronbesteigung Friedrich Wilhelm IV. wäre, wie selten der Regierungsantritt eines Fürsten, der geeignete Moment zu einer Regeneration Preußen's gewesen, die, bei der im übrigen Deutschland herrschenden Stimmung, auch für dieses von großer Bedeutung geworden sein würde. Die lange väterliche Regierung Friedrich Wilhelm III., die von ihm in einer gewissen Epoche derselben eingeführten Verbesserungen, die Anhänglichkeit des Volkes an seine Person hatten den, nach dem Sturze Napoleon's, aufgegangenen Trieb zu einer freieren und zeitgemäßeren Gestaltung des öffentlichen Lebens zurückhalten, aber nicht unterdrücken können. Die Nation hatte ihre Forderungen vertagt, aber nicht aufgegeben. Dies ward von dem Nachfolger Friedrich Wilhelm III. nicht begriffen. Obgleich an der Spitze eines neuen Staates stehend, der weniger als die meisten anderen von religiösen oder politischen Traditionen erfüllt war, so wollte Friedrich Wilhelm IV. dennoch die Vergangenheit scheinbar beleben, und ein von ihr befreites Volk wieder unter deren Einfluß zurückführen. Dieser König fühlte, daß der bisherige Militair= und Administrativstaat nicht mehr genüge, und daß Preußen einer nationalen Grundlage bedürfe. Aber anstatt das Repräsentativsystem, wie es in dem besten Theile von Europa, in England, Frankreich, den Niederlanden, Belgien, und in seinen Anfängen auch in Spanien, Portugal und einigen deutschen Ländern bestand, auf Preußen überzutragen, glaubte er den Mangel an volksthümlichen Institutionen durch ein dem Lehnsstaate nachgeahmtes Ständewesen, dem es in der Gegenwart an aller Wahrheit und Wirklichkeit gebrach, ersetzen zu können.

Friedrich Wilhelm IV. hatte den kostbaren Augenblick seiner Thronbesteigung, wo Alles voll Vertrauen und Erwartung auf ihn blickte, ohne die Wünsche des Volkes zu befriedigen, vorübergehen lassen. Nach einer siebenjährigen Frist, in welcher die öffentliche Meinung sich immer

entschiedener für die Einführung parlamentarischer Formen und konstitutioneller Garantien erklärt hatte, wurde in dem Patent vom 3. Februar die in den Verordnungen vom 22. Mai 1815 und 17. Januar 1820 in Aussicht gestellte Reichsverfassung abermals versagt, und nichts als eine Erweiterung der, ohnedies schon bald nach ihrer Einführung für ungenügend und zeitwidrig erachteten Provinzialstände gewährt. Von dem Vereinigten Landtage an, der, obgleich er eigentlich nichts erreicht oder erledigt hatte, immer eine merkwürdige Erscheinung in der preußischen Geschichte bleiben wird, ward von der Nation die Unmöglichkeit begriffen, auf dem Wege sogenannter ständischer Entwickelung, die ein Rückschritt war, und an kein erreichbares Ziel führte, weiter zu kommen. Die innere Unzufriedenheit und Gährung griff rasch um sich, und der, zwischen den Absichten der Regierung und den Ueberzeugungen des Volkes, bestehende Widerspruch drohte zu einem unheilbaren Bruch zu führen. Der Absolutismus, welcher früher in Preußen Alles in Allem gewesen, aber durch die Berufung des Vereinigten Landtages bewiesen hatte, daß er sich nicht mehr vollkommen selbst genügte, begann in der Meinung immer mehr zu sinken, und das Verlangen nach einem Eintritt in die Reihe der freien Nationen sich immer vernehmlicher zu regen. Aber alle Anzeichen der Art wurden übersehen oder willkührlich gedeutet. Der Genius des Jahrhunderts trat, wie die Sibylle an den letzten Tarquinius, an Friedrich Wilhelm IV. heran, der den von ihm für die Erschließung der Räthsel der Zeit geforderten Preis zu hoch fand.

---

34. Frankreich von der Lösung der orientalischen Frage bis zu der Februarrevolution. — Ministerium Soult-Guizot. — Napoleon's Ueberreste nach Paris gebracht. — Verbreitung socialistischer und kommunistischer Ideen unter den arbeitenden Klassen. — Plötzlicher Tod des Herzogs von Orleans. — Regentschaftsgesetz. — Anregung einer Wahlreform. — Guizot Ministerpräsident. — Spaltung in der Majorität der Deputirtenkammer. — Reformbankette. — Innere Gährung. — Volksaufstand in Paris. — Ludwig Philipp's Abdankung. — Flucht der königlichen Familie. — Sturz der Juliusmonarchie.

Nach Besiegung der Volksaufstände, und Unterdrückung der geheimen Gesellschaften, nach Beschränkung der Preßfreiheit und des Ver-

einsrechtes, schien die Juliusmonarchie, einer kompakten Majorität in der Deputirtenkammer, des Gehorsams der stehenden Armee, und der Anhänglichkeit der Pariser Nationalgarde gewiß, im Innern unerschütterlich fest gegründet zu sein. Die einzige drohende Verwickelung, welche aus dem Vierbundvertrage und der von Frankreich in der orientalischen Frage angenommenen Haltung hätte entstehen können, war durch Thiers Rücktritt beseitigt worden, und kein Grund zu einem Zerwürfnisse mit dem Auslande mehr vorhanden. Am 29. Oktober (1841) ward ein neues Ministerium ernannt, in welchem der Marschall Soult den Vorsitz und das Kriegsdepartement, Guizot das Auswärtige, Graf Duchatel das Innere übernahmen. Die übrigen Minister, Teste, Villemain, Cunin-Gridaine, Humann und Admiral Duperré beschränkten sich auf ihre besonderen Verrichtungen, übten auf den allgemeinen Gang der inneren und äußeren Politik keinen Einfluß aus, und wurden in der Folge zum Theil durch andere Namen ersetzt. Nur Guizot und Duchatel harrten, mit dem Könige Ludwig Philipp vollkommen einverstanden, bis an das Ende bei ihm aus. Guizot erließ gleich nach Antritt seines Amtes eine Note an die fremden Höfe, in welcher er die Erhaltung des Friedens in Europa als die Aufgabe des neuen Kabinets bezeichnete. Oesterreich, über Rußland's Stellung im Orient, und über den sich in Italien regenden Geist der Unruhe besorgt, hätte damals bei einem großen Kriege am meisten auf das Spiel zu setzen gehabt. Es nahm deshalb Guizot's Eröffnungen besonders beifällig auf, und erklärte, aus Rücksicht auf Frankreich, sich jeder ferneren Betheiligung an Maßregeln gegen den Vicekönig von Egypten enthalten zu wollen. England und Rußland hatten ihren Zweck erreicht, indem ersteres eine Schwächung der Türkei durch Abtretung von Syrien und der Insel Kandia an Mehemed Ali, und letzteres, indem es eine, seine weiteren Pläne auf den Orient störende, Machtentwickelung, wie die Gründung eines eigenen egyptisch-syrisch-arabischen Reiches, beseitigt sah. England und Rußland traten deshalb eben so wie Oestreich wiederum mit Frankreich in Verbindung, und die letzten Spuren der früheren Uneinigkeit wurden durch den von den fünf Großmächten unterzeichneten Vertrag vom 13. Julius (1841) beseitigt, welcher der Pforte das Recht zuerkannte, in Friedenszeiten den Bosphorus und die Dardanellen für die Kriegsschiffe aller Nationen zu schließen. Es schien für Frankreich die innere und äußere Ruhe auf lange Zeit hinaus gesichert zu sein.

Ludwig Philipp I. sprach bei Eröffnung der Kammern (November 1840) friedliche und versöhnende Worte, denen von der Pairskammer

unbedingt beigepflichtet wurde. Aber in der Deputirtenkammer erhob sich zwischen Thiers und Guizot ein heftiger Kampf, indem ersterer die von ihm in der orientalischen Frage befolgte Politik vertheidigen wollte, letzterer aber, um seine Ernennung zu rechtfertigen, die von seinem Vorgänger begangenen Fehlgriffe nachzuweisen suchte. Die Deputirtenkammer war, mit Ausnahme der allerdings zahlreichen rein aus Beamten bestehenden Fraktion derselben, dem neuen Ministerium, und besonders Guizot, abhold, und von der Linken ward derselbe gleich in den ersten Sitzungen mit der größten Leidenschaftlichkeit angegriffen. Das Einzige, was das Widerstreben der Deputirtenkammer gegen Guizot einigermaßen zügelte, war die Furcht vor einem allgemeinen Kriege, der unter Thiers ziemlich nahe heran getreten war. Aber die oppositionelle Presse überließ sich den heftigsten Ausfällen gegen das Ministerium, welches von ihr „das Ministerium des Auslandes" genannt wurde, und besonders gegen Guizot, den sie, da er sich während der hundert Tage zu Ludwig XVIII. nach Gent begeben hatte, für einen Verräther an Frankreich erklärte. Der Ausdruck: „ministère de l'étranger" und „transfuge de Gand" wurde in den Tagesblättern eine stehende Redensart, und machte Guizot in den Augen der leichtgläubigen und unwissenden Menge noch unbeliebter, als er es, durch seine Persönlichkeit und Politik, bei einem Theile der Bevölkerung ohnedies schon war. Noch übler als diese Schmähungen wirkte der sich, gleich im Anfange dieser Epoche, zwischen Thiers und Guizot, in Bezug auf Charakter und Principien, aussprechende Antagonismus, welcher später die traurigsten Folgen nach sich ziehen sollte. Beide hatten früher durch ihr gemeinsames Wirken, unter allen parlamentarischen Notabilitäten am meisten zur Befestigung des Juliusthrones beigetragen. Ihre Uebereinstimmung hätte eine seltene Totalität von theoretisch-tiefer Auffassung und praktisch-scharfsinniger Gewandtheit bei Behandlung der öffentlichen Angelegenheiten dargestellt. Ihre Uneinigkeit mußte, da beide in der Deputirtenkammer und in den officiellen Kreisen großen Anhang besaßen, der Sache, der im Grunde beide, nur unter verschiedenen Formen, dienen wollten, nachtheilig werden. Thiers konnte seinem ehemaligen Verbündeten nicht die ihm vom Könige bewiesene Bevorzugung und das entgegenkommende Vertrauen der fremden Höfe verzeihen, und Guizot ließ sich, durch den Widerspruch gegen Thiers Meinungen, zu manchen Uebertreibungen in der Anwendung seiner konservativen Grundsätze verleiten.

Thiers hatte, wiewohl seinen politischen Ueberzeugungen nach ein

Gegner des Despotismus, in welcher Form, ob als Willkühr oer Massen oder eines Einzigen, er sich auch zeigen mag, von jeher eine lebhafte Begeisterung für die von den Franzosen, unter der Republik und dem Kaiserreich, vollbrachten Kriegsthaten gehegt. Von ihm, als Minister der öffentlichen Arbeiten, war die Errichtung des großen Triumphbogens am nördlichen Eingange der Champs Elysées, zur Verherrlichung der von den französischen Armeen seit 1792 bis 1815 erfochtenen Siege bestimmt, angeordnet worden. Ludwig Philipp war ebenfalls von den glorreichen Erinnerungen seiner Nation erfüllt. Er hatte Napoleon's Standbild auf der Vendomesäule wieder herstellt, außerdem aber in dem Schlosse von Versailles ein historisches Museum gegründet, welches alle wichtigen Ereignisse und merkwürdigen Persönlichkeiten der französischen Geschichte, von der Schlacht bei Zülpich gegen die Alemannen unter Chlodwig (496 n. Chr.) bis auf die neueste Zeit in unzähligen Gemälden und Skulpturwerken darstellt.

Von dem Ministerium, welchem Thiers vorstand (1. März bis 28. Oktober 1840) war, um die öffentliche Meinung zu gewinnen, die Abholung der irdischen Ueberreste Napoleon's von St. Helena beschlossen, und unter Leitung des dritten Sohnes Ludwig Philipp's, des Prinzen von Joinville, der sich dem Seewesen gewidmet hatte, vollzogen worden. Die Fregatte „la belle Poule“ landete nach glücklich zurückgelegter Hin= und Herfahrt mit ihrer kostbaren Ladung in Cherbourg, und am 15. December (1840) wurde Napoleon's Leiche, von einem prachtvollen Sarkophag umschlossen, und von einem hohen glänzenden Triumphwagen getragen, durch die Champs Elysées nach dem Dome der Invaliden gebracht, um daselbst unter einem später zu errichtenden Denkmale beigesetzt zu werden. Unzählige Massen waren, ungeachtet der eisigen Kälte dieses Tages, zu dieser erhebenden Feierlichkeit herbeigeeilt, und viele Tausende von Linientruppen und Nationalgarden bildeten das Spalier, durch welches der Zug sich bewegte. Das Bild des Helden ward durch den Anblick der zahlreich erschienenen alten Krieger, welche bei dieser Gelegenheit die Uniformen jener Epoche wieder angelegt hatten, wie durch einen Zauber erneuert.

Es hatten sich jedoch manche beachtenswerthe Stimmen gegen die Abholung der Ueberreste Napoleon's, theils aus politischen, theils aus ästhetischen Gründen erhoben. Man fürchtete dadurch die Erinnerung an den Eroberer, die offenbar den vorhandenen Zuständen, so lange diese nicht tiefer mit dem Geiste der Nation verwachsen waren, feindlich gegenüber stand, in der Einbildungskraft der Menge zu beleben, und

die bonapartistische Partei zu neuen Hoffnungen zu ermuntern. Hatte nicht der Neffe des großen Mannes, auf die Expedition des Prinzen von Joinville anspielend, bei seiner Landung in Boulogne erklärt, daß nur ein regenerirtes Frankreich würdig wäre, die Asche des Kaisers in Empfang zu nehmen? — Andere meinten, daß Napoleon's Leiche da hätte bleiben sollen, wo seine letzten Jahre verflossen waren, weil kein Denkmal der Kunst das Schicksal des außerordentlichen Mannes so treffend, wie seine Grabesstätte auf dem erloschenen Vulkan von St. Helena, bezeichnen könne. Der neue Prometheus hätte für immer auf dem Felsen gelassen werden sollen, an welchen er von der Furcht und dem Haß seiner Feinde geschmiedet worden, und wo Gram und Stolz, wie der Geyer an den Eingeweiden des Titaniden, an seinem Leben genagt hatten. Das Denkmal Alexander des Großen in der egyptischen Hauptstadt, eines der Wunder der alten Welt, sei von der Zeit bis auf die letzte Spur zerstört worden. Das Grab Napoleon's auf St. Helena hätte nur von einer Erschütterung des Erdballes zertrümmert werden können. Durch keine Pracht und keine Kunst würde der Eindruck ersetzt werden, den die geheimnißvolle Ferne der letzten Ruhestätte Napoleon's auf die Phantasie der Menschen ausübe.

Es giebt am Ende der Erde einen Ort, sagt Tacitus, wo man das Geräusch hört, welches die Sonne verursacht, wenn sie sich Abends in das Meer senkt. Diese Sonne und dieser Ort waren für Frankreich Napoleon und St. Helena, und es kann für keinen glücklichen Gedanken gelten, die entseelte Hülle des Heroen dem Himmel und dem Meere, auf denen seine letzten Blicke verweilten, und die von dem Schicksal mit seinem Dasein so eng verbunden worden, entführt zu haben.

Man hatte geglaubt, daß die Erinnerung an den wunderbaren Auf- und Niedergang Napoleon's, durch den Sarkophag, der seine Ueberreste enthielt, vergegenwärtigt, den Gemüthern eine ernste und gesammelte Stimmung mittheilen würde. Aber selbst der Gedanke an jenes große Dasein, in welchem sich der Wechsel alles Irdischen mehr als in dem Geschick irgend eines anderen Sterblichen abspiegelt, konnte die Pariser Bevölkerung nicht über die Widersprüche und Streitigkeiten des Augenblicks erheben. Unter den Ruf: „Es lebe der Kaiser!" — mischte sich der Ruf: „Nieder mit den Ministern! Nieder mit Guizot! Es lebe Thiers!" — Diese Feierlichkeit brachte nicht die gewünschte Wirkung, eine der großen Epochen der französischen Geschichte zurückzurufen, und das Nationalbewußtsein an ihr zu stärken, hervor, sondern hatte nur die Folge, daß ein Gefahr drohender Vergleich zwischen der

Vergangenheit und Gegenwart herbeigeführt, und letzterer von ersterer in Schatten gestellt wurde.

Thiers Vorbereitungen zum Kriege hatten eine Mehrausgabe von 185 Mill. Fr. verursacht, zu welchen noch die zur Vollendung der Befestigung von Paris nöthigen 140 Mill. Fr. kamen. Es waren dies Extraausgaben, welche in dem gewöhnlichen Budget nicht vorhergesehen worden. Von einer Herabsetzung der Zinsen für die Staatsschuld wollte Ludwig Philipp nicht hören, weil er sich dadurch die besonders in Paris zahlreiche und bedeutende Klasse der Rentner zu entfremden fürchtete. Die Steuern zu erhöhen schien fast unmöglich, und die öffentliche Schuld durch eine Anleihe zu vermehren, bedenklich zu sein.

Es war seit langer Zeit in Frankreich keine Volkszählung mehr angestellt worden. Man wußte, daß bei der Unvollständigkeit der Bevölkerungslisten sich in allen Theilen des Landes sehr viele Leute der Personensteuer entzogen. Der Finanzminister Humann ordnete deshalb eine Volkszählung an, nach welcher neue Listen für die Personalabgaben angefertigt werden sollten. Humann erwartete davon eine ansehnliche Vermehrung der Staatseinnahme. Diese Maßregel brachte eine sehr üble Wirkung hervor. Derjenige Theil der Bevölkerung, welcher bisher der Personensteuer entgangen war (wandernde Handwerker, Fabrikarbeiter, Tagelöhner u. s. w.) konnte von seinem geringen Gewinn nichts abgeben, und hatte, wegen seiner Armuth, bei inneren Unruhen nichts zu verlieren. Von dieser Klasse ward die Eintreibung einer alten Steuer wie die Auflegung einer neuen angesehen. An vielen Orten in Frankreich fielen Unordnungen und Gewaltthätigkeiten vor. Die mit der Anfertigung der Listen beauftragten Beamten wurden gemißhandelt, verjagt, und die Steuerregister verbrannt. Selbst viele Personen aus dem Mittelstande schlugen sich auf Seite des Volkes, indem sie die Forderung der Regierung für ungerecht und hart erklärten. In Clermont-Ferrand (der Hauptstadt der alten Auvergne) kam es zu einem Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht, der nicht ohne Blutvergießen ablief. Es wäre, von moralischen Beweggründen ganz abgesehen, politisch klüger gewesen, eher die Staatsgläubiger durch eine Herabsetzung des Zinsfußes zu verletzen, als die unteren Klassen durch die Einforderung einer Steuer, welche sie bisher nicht gezahlt hatten, in Harnisch zu jagen. Jene würden ihrer Unzufriedenheit nur in Worten Luft gemacht haben, während von diesen ein thätiger Widerstand vorausgesehen werden konnte. Die unter einem Theile der Bevölkerung verbreitete innere Unruhe und Gährung brach diesmal in Paris, nicht in einem Volksaufstande,

aber in einem neuen Mordanfalle auf ein Mitglied der königlichen Familie hervor.

Der Herzog von Aumale, vierter Sohn des Königs Ludwig Philipp, war, nachdem er sich in Algerien im Kriege gegen die Araber ausgezeichnet hatte, nach Frankreich zurückgekehrt. Am 13. September (1841) hielt derselbe an der Spitze des von ihm befehligten Regiments seinen Einzug in Paris. Die Prinzen, seine Brüder, viele Generale und Officiere waren ihm entgegen gegangen, und schlossen sich dem Zuge an, als in der Vorstadt St. Antoine, in der Nähe der Straße Charonne, aufrührisches Geschrei: „Nieder mit Ludwig Philipp! Nieder mit Guizot!“ erscholl, und aus einer Volksgruppe ein Schuß auf den Herzog von Aumale abgefeuert wurde, welcher ohne eine Bewegung seines Pferdes von demselben getroffen worden wäre. Der Thäter wurde sogleich festgenommen, hieß Quenisset, hatte in dem Regiment des Herzoges gedient, und war wegen eines groben Vergehens gegen die Kriegszucht zur Kettenstrafe verurtheilt worden. Quenisset hatte sich der Vollziehung des über ihn gefällten Urtheiles durch die Flucht zu entziehen gewußt, war nach Paris gekommen, und dort mit Mitgliedern geheimer Gesellschaften, welche bis in die niedrigsten Klassen hinabreichten, bekannt geworden.

Der Wunsch an dem Prinzen, welchem Quenisset seine Verurtheilung zuschrieb, Rache zu nehmen, mehr aber noch die verbrecherischen Rathschläge seiner Genossen, welche ihm gänzliche Straflosigkeit, und einen bald zu erwartenden großen Volksaufstand vorspiegelten, hatten ihn zu der That veranlaßt. Er wurde am 24. December mit zwei Mitschuldigen zum Tode, und die übrigen zu mehr oder weniger langjähriger Zwangsarbeit und Gefängnißstrafe verurtheilt. Ludwig Philipp begnadigte Quenisset, der nach Nordamerika deportirt wurde, wo er einige Jahre nachher ein gewaltsames Ende fand. Ein Journalist Namens Dupoty wurde wegen „moralischer Komplicität“ zur Verantwortung gezogen und mit einer zweijährigen Haft belegt, weil, nach der Aussage mehrer Angeklagten, dieselben vornehmlich durch die Lesung des von Dupoty herausgegebenen „Journal du Peuple“ zum Haß und zur Verachtung gegen den König, sein Haus und die bestehenden Staatseinrichtungen verführt worden wären. Der Grundsatz, eine gesetzliche Schuld da anzunehmen, wo möglicher Weise eine geistige Anreizung, aber keine äußere Theilnahme an einem Verbrechen stattgefunden hatte, wurde von der oppositionellen Presse mit der größten Leidenschaftlichkeit bekämpft, und brachte im Publikum, wegen des Mißbrauches, welcher

mit dem Begriff einer moralischen Komplicität getrieben werden kann, eine üble Wirkung hervor.

Der von dem Pairshofe gegen Quenisset und seine Genossen geführte Proceß ließ einen Blick in den Abgrund werfen, welcher sich vor Frankreich aufthat, wenn dem in den unteren Volksklassen sich regenden Drange nach Umwälzung und Zerstörung der staatlichen und gesellschaftlichen Zustände nicht ein Damm entgegen gesetzt wurde. Der Saint-Simonismus hatte, als eine organisirte, mit Vorständen, bestimmten Verpflichtungen ihrer Mitglieder, und Geldmitteln versehene Genossenschaft, nach der Verurtheilung seines Oberhauptes Enfantin (1832) aufgehört. Die in ihm niedergelegten Grundsätze waren aber nicht verschwunden, sondern hatten in gleichzeitigen und verwandten Systemen einen noch gesteigerten Ausdruck gefunden. Auf der von dem Grafen von Saint-Simon gelegten Grundlage weiter bauend, hatte der Handlungsgehülfe Fourrier ein Gebäude errichtet, in welchem die letzten Spuren der von seinem Vorgänger noch beibehaltenen, an das Bestehende erinnernden, Vorstellungen und Einrichtungen verschwunden waren. Cabet, ein ehemaliges Mitglied der Deputirtenkammer, wegen Theilnahme an dem Aufstande im April 1834 verurtheilt, nach England entflohen, dann aber begnadigt und nach Frankreich zurückgekehrt, fand Fourrier's Ideen zu dunkel und verwickelt, und stellte in einem Werke: „Reise in Icarien" betitelt, den Grundsatz des Kommunismus, gemeinsamen Eigenthums und gleichen Antheiles an den Früchten, auf. Dieses System stand auf der Leiter der menschlichen Verirrungen noch um einige Sprossen höher als der Saint-Simonismus und der Fourrierismus da. Die Reise in Icarien ward gewissermaßen der Katechismus vieler Handwerker, Fabrikarbeiter und Tagelöhner, die Saint-Simon's und Fourrier's Darstellungsweise nicht verstanden hätten. Denn Cabet's Meinungen waren noch radikaler und darum einfacher und zugänglicher. Alle diese Koryphäen des Radikalismus wurden von dem Schriftsetzer Proudhon überboten, der in einer, wenn man die absurden Prämissen zugiebt, mit großer Konsequenz gedachten und abgefaßten Schrift die Ansicht aufstellte, daß das Eigenthum ein Diebstahl sei, indem Alles Allen gehöre. Auch sei jede Art von Autorität eine Tyrannei, indem weder ein Einzelner, noch eine Majorität, noch überhaupt irgend Jemand eine Recht habe, anderen die Regeln ihres Verhaltens vorzuschreiben.

Der Journalist Louis Blanc ging dem Anschein nach in seinen Neuerungsversuchen weniger weit, insofern er in einer Schrift über die

Einrichtung der Arbeit (L'organisation du travail) nicht die Aufhebung persönlichen und erblichen Besitzes, sondern nur die Errichtung von Nationalwerkstätten empfahl, in welchen alle Arbeiter angemessene Beschäftigung und genügenden Lohn finden sollten. Diese Anstalten waren aber nicht als Mittel zur Abhülfe einer augenblicklichen Noth, oder zur Verfolgung wohlthätiger Zwecke aufgefaßt, sondern sollten ein legales und permanentes Dasein besitzen. Auf diese Art hätte aber allmälig alle Arbeit an die Nationalwerkstätten übergehen, und eine Arbeiterrepublik entstehen müssen, in welcher zuletzt Eigenthum und Familie ebenfalls aufgehört haben würden. Unter allen in jener Zeit entstandenen Utopien ist allein die Idee von Nationalwerkstätten einen Augenblick lang in das Leben gerufen worden, hat sich aber in der Anwendung als eben so verderblich und unmöglich, wie der Saint-Simonismus, der Fourrierismus und Kommunismus erwiesen.

Die Stellung des Ministeriums zu der Deputirtenkammer war unsicher geblieben. Obgleich die Majorität alle Anträge, selbst den auf eine neue Steuervertheilung, wodurch die oben erwähnten Unruhen in Clermont-Ferrand und anderen Gegenden hervorgerufen worden, angenommen hatte, so war dies doch weniger aus Anhänglichkeit an die Juliusmonarchie, als aus der Besorgniß geschehen, daß die im Volke fühlbare Gährung durch eine Spaltung in den obersten officiellen Sphären vermehrt werden würde. Das Ministerium hatte sich bisher nur durch Zugeständnisse an die Majorität, und Begünstigung ihrer Klientel unter den Beamten, den Wahlkollegien u. s. w., erhalten können. Die Regierung wünschte ein möglichst nahes und befreundetes Verhältniß zu England, aber die im Volke, besonders seit dem Vierbundvertrage, rege Eifersucht und Abneigung gegen den großen Inselstaat blieb auf die Deputirtenkammer nicht ohne Einfluß. In der Pariser Tagespresse wurden die Klagen französischer Handelskapitaine über das, von englischen Kreuzern an der afrikanischen Küste, zu streng ausgeübte Durchsuchungsrecht beifällig wiederholt und vergrößert, und von dem Publikum mit Entrüstung aufgenommen. Eine von England gewünschte Erweiterung des Vertrages, die Verhinderung des Sklavenhandels betreffend, mußte von dem Ministerium, wider seinen Willen, abgelehnt werden. Die Deputirtenkammer, deren Mandat ohnedies nur noch für ein Jahr gültig war, wurde aufgelöst, und die neuen Wahlen schienen dem Ministerium eine kompaktere Majorität als bisher zu versprechen.

Ludwig Philipp I. war seit seiner Thronbesteigung in allen Unternehmungen vom Glück begünstigt worden, und hatte alle ihm entgegen-

stehenden Hindernisse durch Klugheit und Beharrlichkeit zu überwinden verstanden. Der Friede mit dem Auslande, mehrmals bedroht, war erhalten, der Widerstand der Republikaner und Legitimisten besiegt, und die äußere Ordnung, nach jeder Verletzung derselben, mit Nachdruck wiederhergestellt worden. Aber der greise König, dessen Haupt so vielen Mordanfällen entgangen war, zu dessen Füßen sich die drohendsten Volksaufstände zuletzt immer machtlos gebrochen hatten, und der sich endlich am Ziel seiner Hoffnungen, seinem Nachfolger einen befestigten Thron und ein beruhigtes Land zu hinterlassen, glauben konnte, sollte jetzt von einem eben so unerwarteten als furchtbaren Schlage getroffen werden.

Der Herzog von Orleans hatte sich am 13. Julius (1842) nach dem Sommersitze seines Vaters, des Königs, dem Schlosse Neuilly, begeben, um sich von seiner Familie für eine Zeit lang zu verabschieden, da er im Begriff stand, nach St. Omer abzugehen, um über die dort in einem Uebungslager zusammengezogenen Truppen Musterung zu halten. Die starken, jungen Pferde seines leichten Wagens wurden plötzlich scheu, rissen denselben hin und her, und der Kutscher konnte sie nicht mehr lenken. Der Prinz, welcher sich von jeher durch seine körperliche Gewandtheit ausgezeichnet hatte, glaubte ohne Gefahr aus dem Wagen springen zu können, glitt aber aus, und wurde mit solcher Gewalt gegen das Steinpflaster geschleudert, daß er besinnungslos liegen blieb. Man brachte ihn in das zunächst liegende Haus eines Gewürzkrämers, und es eilten alsbald Aerzte zu seiner Rettung herbei. Aber alle angewandten Mittel blieben vergebens. Die königliche Familie, welche sein Sterbelager umgab, ward von ihm nicht mehr erkannt. Er wurde bis zu seinem Ende von einem todesähnlichen Schlummer gefesselt, schlug nicht die Augen auf, und stieß keinen Laut aus. Gegen sechs Uhr Abends verschied Ferdinand Philipp von Orleans, im Alter von zweiunddreißig Jahren, mit Hinterlassung einer Wittwe, Helene, geborenen Prinzessin von Mecklenburg-Schwerin, und zweier Söhne, des Grafen von Paris, der vier Jahre, und des Herzoges von Chartres, der kaum zwei Jahre alt war. Das ärmliche Haus des Gewürzkrämers, in welchem der Prinz starb, ward von dem Könige angekauft, niedergerissen, und an seine Stelle eine dem heiligen Ferdinand gewidmete Kapelle errichtet.

Der Schmerz der königlichen Familie über diesen großen Verlust war grenzenlos, und wurde von ganz Frankreich, die extremen Parteien, Republikaner und Legitimisten, ausgenommen, und selbst von den nordischen, dem Regierungssystem Ludwig Philipp's sonst abgeneigten, Hö-

fen getheilt. Der Verstorbene hatte sich durch keine außerordentlichen Geistesgaben hervorgethan, aber bei jeder Gelegenheit ein gesundes natürliches Urtheil, einen festen Willen, und Vorliebe und Verständniß für freisinnige Staatseinrichtungen bewiesen. Er war mit Personen aus allen gebildeten Kreisen der Gesellschaft in Berührung getreten, und mit der Stimmung, den Wünschen und Bedürfnissen der Nation vertraut. Mit der den höheren Klassen des französischen Volkes eigenen Anmuth in Sitte und Betragen verband der Herzog von Orleans eine, in so hoher Stellung seltene, Offenheit und Geradheit der Gesinnung, die ihm viele Freunde erwarb. Sein vortheilhaftes Aeußere und der Muth, welchen er bei den Kämpfen gegen die Araber gezeigt, hatte ihm die Liebe des Heeres erworben. Aus dem von ihm mehre Jahre vor seinem Tode verfaßten und später bekannt gemachten Testament geht hervor, daß er unter seinem leichten heiteren Betragen einen ernsten und beobachtenden Geist verbarg, und namentlich die schwierige Lage seiner Familie, und die im französischen Volke im Stillen zunehmende Aufregung nicht übersah. Sein Blick war, obgleich die Gegenwart ihm so viel Glück bot, auf die Zukunft gerichtet, und er ließ sich von der, sein Haus umgebenden, Fülle von Macht und Glanz keineswegs über die im Hintergrunde lauernden Gefahren täuschen.

Der Tod des Herzoges von Orleans ließ aber nicht nur eine unersetzliche Lücke in seiner Familie zurück, sondern griff auch tief in die öffentlichen Verhältnisse ein. Ludwig Philipp I. stand bereits dem neunundsechszigsten Lebensjahre nahe, und der gegenwärtige Thronerbe, Graf von Paris, war erst vier Jahre alt. Eine lange Minderjährigkeit des jungen Königs konnte als wahrscheinlich vorausgesehen werden, und diese Epochen der französischen Geschichte waren, selbst unter viel günstigeren Umständen, als jetzt obwalteten, häufig von inneren Unruhen erfüllt gewesen. Nach einem alten Herkommen übte gewöhnlich die Mutter des minorennen Monarchen bis zu dessen Volljährigkeit die Regierungsrechte aus, obgleich hierin nie ein fester Grundsatz beobachtet worden war. Selbst die ausdrücklichen letzten Willenserklärungen der Könige, in Bezug auf die Regentschaft während der Minderjährigkeit ihrer Nachfolger, waren mehr wie einmal umgestoßen worden.

Am 26. Julius (1842) wurden die Kammern zu einer außerordentlichen Session einberufen, und ihnen ein Gesetzentwurf über die Regentschaft während der Minderjährigkeit des Grafen von Paris vorgelegt, nach welchem der Herzog von Nemours, jetzt der älteste unter den Söhnen Ludwig Philipp I., in diesem Falle mit der Ausübung der

obersten Gewalt beauftragt wurde. Es ward als Ursache der Ausschließung der verwittweten Herzogin von Orleans von der Regentschaft ihr Geschlecht und ihre Religion angegeben. Da es nöthig werden könne, den Thron des Grafen von Paris mit dem Degen in der Hand zu vertheidigen, so müsse ein kriegserfahrener Prinz an die Spitze des Landes gestellt werden. Die vielfachen Berührungen der französischen Regierung mit dem päbstlichen Stuhl machten das Bekenntniß des Katholicismus für den Lenker des Staatsruders unerläßlich. Der Protestantismus der Herzogin von Orleans würde sie an der Ausübung mancher der Krone zustehenden Rechte, wie die Ernennung der Erzbischöfe und Bischöfe, hindern. Der Grund, aus welchem früher die Uebertragung der Regentschaft an die Mutter des minorennen Königs gerechtfertigt wurde, daß ihr nämlich am meisten an der Erhaltung des Lebens und der Rechte ihres Sohnes gelegen sein müsse, falle in Frankreich und in der orleansschen Dynastie fort, indem Palastrevolutionen da unmöglich wären, wo nichts gegen den Willen der Nation unternommen werden dürfe, und wo die Mitglieder des regierenden Hauses durch gegenseitige Zuneigung auf das engste unter einander verbunden seien. Das Regentschaftsgesetz wurde mit großer Stimmenmehrheit (310 gegen 94) angenommen. Einige dreißig Legitimisten und Republikaner hatten sich der Abstimmung enthalten.

Den lebhaftesten Widerstand gegen die Ernennung des Herzoges von Nemours zum Regenten hatte de Lamartine erhoben, der darin eine Verletzung des natürlichen Rechtes der Mütter über dem Geschick ihrer Kinder zu wachen, und die Gründung eines neuen Erbrechtes, weil der künftige Regent der älteste Oheim des Thronfolgers war, erkennen wollte. Die Regentschaft habe in Frankreich immer den Müttern der minorennen Könige gehört, und sei nur ausnahmsweise, wenn der junge Monarch keine Mutter mehr gehabt, von den männlichen Mitgliedern der königlichen Familie ausgeübt worden. Diese Einwürfe konnten keine Prüfung aushalten, und wurden von der Geschichte, den Umständen und dem Geiste der Zeit von selbst widerlegt. Es hatten in Bezug auf die Verleihung der Regentschaft nie allgemein anerkannte gesetzliche Bestimmungen bestanden. Es war über dieselbe früher immer durch das Testament eines Königs, oder die am Hofe einflußreichste Partei, mit Zuziehung des Pariser Parlaments, entschieden worden. Der Herzog von Nemours würde die ihm in Aussicht gestellte Gewalt eben so wenig zum Nachtheil seines Neffen, wie dessen eigene Mutter angewandt haben. Aber Lamartine und seine Genossen in der Kammer zogen

die Herzogin von Orleans nur deshalb dem Herzoge von Nemours vor, weil sie unter ihr, als einer Frau, einer Fremden und Protestantin, ohne Anhalt und Wurzel im Lande, mehr Einfluß ausüben, und die öffentlichen Zustände nach ihren Absichten und Wünschen umgestalten zu können hofften. Der Herzog von Nemours galt dagegen für selbstständig und ablehnend, sogar für etwas stolz und eigenwillig, obgleich er später in einem entscheidenden Augenblick, keine besondere Stärke des Willens und der Einsicht an den Tag gelegt hat.

Die Kammern waren nach Annahme des Regentschaftsgesetzes vertagt, und am 9. Januar (1843) wieder eröffnet worden. Es wurde in dieser Session über keine Fragen von allgemeiner Bedeutung, sondern nur über administrative und lokale Interessen verhandelt. Das einzige, wegen seiner Folgen für die Zukunft, politisch wichtige Ereigniß war die oppositionelle Haltung, welche Lamartine gegen die Regierung anzunehmen anfing, die in der Bekämpfung des Regentschaftsgesetzes zum erstenmal hervorbrach, im Verlaufe der nächsten Jahre sich noch steigern, und zum Sturz der Juliusmonarchie beitragen sollte.

Lamartine war, von dem Beispiel seiner Familie, welche unter der Schreckensherrschaft 1794 viel gelitten hatte, veranlaßt, ein eifriger Anhänger der Restauration gewesen. Der von Karl X. versuchte Verfassungsbruch, eine Reise nach dem Orient, und der Einfluß der Zeit hatten seine Gesinnungen verändert, und ihn auf die Seite der liberalen Partei gezogen. Eine immer weiter fortschreitende Umwandelung, von äußeren Anreizungsmitteln vermehrt, führte ihn zuletzt in die Arme der Republik, obgleich dieselbe seiner persönlichen Natur durchaus fremd war. Lamartine's Meinungen waren nie fest begründet gewesen. In seinen, in Bezug auf die Vollendung des Ausdruckes, unvergleichlichen lyrischen Poesien wehte ein pantheistischer Hauch, lag etwas Unbegrenztes und Unbestimmtes, das, ungeachtet der vielen einzelnen Schönheiten, keinen klaren Eindruck zurückließ. Die Seele des Lesers wurde von Lamartine's Gedanken und Bildern, wie von einer aus der Ferne gehörten Musik, von dem Boden der Wirklichkeit abgezogen, und in die Höhe des Aethers oder die Tiefe des Meeres geführt. Seine Beredtsamkeit nahm, als er in das öffentliche Leben trat, einen ähnlichen Charakter an. So wie sich in seinen Gedichten eine große Erhebung des Gefühls, ohne bestimmten Inhalt, vernehmen ließ, eben so regten seine Reden das Verlangen nach einer Veredelung der gesellschaftlichen Zustände an, ohne aber die Mittel anzugeben, durch welche dieses Ziel erreicht werden könnte, und ohne die rechte Bahn dazu von den Irrwegen zu unterschei-

den. Lamartine kann insofern mit Chateaubriand verglichen werden, als beide in der Litteratur und Politik ihres Landes eine hervorragende Rolle gespielt haben, nur mit dem Unterschiede, daß Chateaubriand, ungeachtet der in seinem Innern vorhandenen Widersprüche, eine viel selbstständigere und praktischere Natur war, und ihm eine größere Summe von Erfahrungen und Kenntnissen als Lamartine zu Gebot stand. In einer ruhigeren Epoche und unter einem weniger veränderlichen Volke würde Lamartine, als Staatsmann, keinen Einfluß ausgeübt haben. Aber die schwankende Lage der Dinge entsprach seinem eigenen Wesen, und beide übten eine Wechselwirkung auf einander aus. Lamartine stellte ein, mehr blendendes als wahres, politisches und sociales, Ideal auf, durch welches die ohnedies schon vorhandene Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen noch vermehrt wurde, ohne daß dadurch etwas Besseres erreicht worden wäre. Seine Opposition gegen die Juliusmonarchie brachte eine ähnliche Wirkung, wie Chateaubriand's Haltung in den letzten Jahren der Restauration, hervor. Beide konnten das Rollen des Felsens, dem sie den ersten Anstoß gegeben hatten, nicht mehr aufhalten, und er fiel über die von ihnen gewollte Grenze hinaus. Eine Zerstörung trat da ein, wo sie nur eine Umgestaltung erstrebt hatten.

Die legitimistische Partei hatte seit langer Zeit kein Lebenszeichen mehr von sich gegeben, außer daß ihre Meinungen in einigen Tagesblättern vertheidigt, und die Erinnerungen an die alte Monarchie, an das traurige Schicksal Ludwig XVI., die Weisheit Ludwig XVIII., und die Güte Karl X. hervorgehoben wurden. Der Tod des Herzoges von Orleans, und die fühlbar werdende Unpopularität des von Ludwig Philipp befolgten Regierungssystems veranlaßten diese Partei, der Nation ihr Dasein zurückzurufen. Der Enkelsohn Karl X., der frühere Herzog von Bordeaux, welcher sich, seit dem Ableben seines Oheims, des letzten Dauphins und Herzoges von Angouleme, Graf von Chambord nannte, kam gegen Ende Novembers (1843) nach London, und ein großer Theil seiner Anhänger, meist aus den Ueberresten des alten Adels bestehend, setzte nach England über, um dem Sohne des unglücklichen Herzoges von Berry seine Huldigungen darzubringen. Selbst Chateaubriand, sonst aller anderen Illusionen ledig, gehörte zu diesen Pilgern, die jetzt nach London, wie einst ihre Väter nach Koblenz, zogen. Aber es entstand aus dieser Schaustellung der legitimistischen Kräfte kein Krieg wie 1792, und es ward dadurch weder in Frankreich noch in Europa das Geringste verändert. Die Legitimität könnte in Frankreich

nicht durch eine Partei, am wenigsten durch den Adel, sondern nur durch das Volk selbst wieder hergestellt werden. Die Anhänger der Juliusmonarchie in der Deputirtenkammer suchten, ungerechter und unkluger Weise, die Ergebenheit und Ehrfurcht für den letzten Sprößling der älteren Linie als einen an Frankreich begangenen Verrath darzustellen, und wußten einen, in diesem Sinne abgefaßten, Paragraphen in der Antwortsadresse auf die Thronrede durchzubringen.

Die Majorität in der Deputirtenkammer war aus den Wahlen von 1843 mit vermehrter Stärke hervorgegangen. Obwohl das Ministerium, vornehmlich von Guizot's zugleich kräftiger und gründlicher Beredtsamkeit unterstützt, bei allen wichtigeren Fragen die Mehrheit der Stimmen auf seine Seite zog, so war die Opposition doch immer zahlreich genug, um den Sieg zu erschweren, und besaß eine Anzahl von Namen, die selbst dem unterliegenden Widerstand eine moralische Bedeutung verschaffen konnten. Thiers stand immer bereit da, um jede von dem Ministerium in den inneren und auswärtigen Verhältnissen gegebene Blöße zu benutzen, oder auch eine solche da suchen zu wollen, wo sie gar nicht vorhanden war. Wenn auch seine Gründe widerlegt wurden, so ließen seine Worte fast immer einen Eindruck zurück. Odilon Barrot trat als der Herold der Idee von 1789, als der eifersüchtige Bewahrer des heiligen Feuers der nationalen Ehre auf, und warf der Regierung Unterdrückung im Innern und Ohnmacht gegen das Ausland vor. Lamartine klagte bei jeder Gelegenheit die Juliusmonarchie an, die Bedürfnisse und Hoffnungen, durch welche sie in das Dasein gerufen worden, unerfüllt gelassen zu haben. Er sprach von einer weisen und wachsenden Demokratie, von einer Wiedergeburt des Volkes, als befände sich dasselbe gegenwärtig in einem Zustande der Auflösung oder Versunkenheit, von einer Regierung der Arbeit, als wenn jetzt die Trägheit am Ruder säße. Die Menge ward von seinen Meinungen, je unbestimmter sie waren, um so mehr angezogen. Wenn Thiers, im Ganzen, in seinen Betrachtungen und Forderungen nicht über die Gegenwart hinausging, Odilon Barrot sich an die Vergangenheit von 1789 anschloß, so griff Lamartine dagegen in die Zukunft hinein, und stellte sich als deren Apostel dar.

Eine Menge von Wortführern in der Litteratur und der Tagespresse ließ sich in ähnlichem Sinne vernehmen, und übte auf die öffentliche Stimmung einen noch allgemeineren Einfluß als die officielle Opposition in der Deputirtenkammer aus. Lamartine verbreitete durch seine „Geschichte der Girondisten“ einen verschönernden Schein über die

Republik von 1792, und fachte, durch den Zauber seiner Darstellung, die ohnedies nie ganz erloschenen Erinnerungen an die erste Revolution wieder zu einer hellen Flamme an. Die Opposition bereitete durch ihre feindselige Haltung eine Umwälzung in den Meinungen vor, die unter Franzosen über lang oder kurz eine solche in den Thatsachen nach sich ziehen mußte. Die Juliusmonarchie war außer Stande, sich mit Erfolg zu vertheidigen. Auf das sogenannte: „pays légal" d. h. einige hundert tausend Wähler gestützt, wurde ihr die Masse des Volkes immer mehr entfremdet. Der persönliche Charakter Ludwig Philipp's, die Art wie er auf den Thron gestiegen, die Angriffe, welchen er von mehren Seiten zugleich ausgesetzt war, machten es ihm unmöglich, in irgend Etwas die Initiative zu ergreifen, und einer neuen Revolution durch eine große Reform zuvorzukommen. Vergebens legte Guizot in dem Kampfe gegen die Opposition eine seltene Vereinigung von Ausdauer, Kraft und Mäßigung dar, und wußte durch die Klarheit, den Nachdruck und die Gediegenheit seiner Beweisführung die Majorität, oft gegen deren Willen, mit sich fortzureißen. Er trug glänzende parlamentarische Siege, aber keine in der öffentlichen Meinung, worauf es angekommen wäre, davon. Er war, obgleich er, vermöge seiner großen historischen Studien, einen weiteren und tieferen Blick in das Leben der Völker als Ludwig Philipp besaß, wie dieser in dem Irrthum befangen, in allen Fällen mit den gewöhnlichen Mitteln einer konstitutionellen Regierung, der Majorität in den Kammern, der Ordnung in der Verwaltung, und dem Gehorsam des Heeres, ausreichen zu können. Es ward von ihm auf die innere Stimmung der Massen, welche außerhalb jener officiellen Vertretung des Landes standen, nicht die von den Umständen gebotene Rücksicht genommen. Guizot war unvergleichlich darin, das Bestehende mit Scharfsinn zu vertheidigen, seine Berechtigung nachzuweisen, die Blößen und Widersprüche in den Ansichten der Gegner zu enthüllen, aber er ging in seiner Auffassungsweise, wie sein Gebieter, der König, nicht leicht über die Bedürfnisse des Augenblickes hinaus, und sein ganzes Wesen war, wie das Ludwig Philipp's, von dem Feuer entblößt, das Andere nicht nur zu erhellen, sondern auch zu erwärmen vermag. Seine mehr theoretische als praktische Natur vermochte es nicht, in einer außerordentlichen Lage, und in einer solchen befand sich die Nation während der zweiten Hälfte der Regierung Ludwig Philipp's, dieser Lage angemessene Entschlüsse zu fassen. Guizot stellte sich, während seines letzten Ministeriums, Frankreich noch immer so wie in der ersten Zeit nach der Juliusrevolution vor, wo das Volk, von seinem Siege über die alte

Monarchie selbst überrascht, durch einige formelle Veränderungen in der Verfassung befriedigt werden konnte. Er übersah, daß die Begriffe und Forderungen sich seitdem gesteigert hatten, und die Stimmung der Nation eine andere geworden war. Die Opposition benutzte die in den Massen sich regende Unruhe und Gährung, um dem Ministerium bei jeder Gelegenheit, oft mit gänzlicher Hintenansetzung von Recht und Wahrheit, entgegenzuarbeiten, und es in der öffentlichen Meinung zu Grunde zu richten. Diese Angriffe, die vornehmlich gegen Guizot, den einzigen eigentlichen Staatsmann unter seinen Kollegen, gerichtet waren, mußten zuletzt einen Höheren, den König selbst, treffen, da man wohl wußte, daß Ludwig Philipp und Guizot in ihren politischen Anschauungen, im Wesentlichen, vollkommen übereinstimmten.

Um dem Nationalstolze zu genügen, und die französische Flagge in Gegenden zu zeigen, wo sie bisher noch selten gesehen worden, hatte Ludwig Philipp, bald nach Beendigung des Kriegslärms von 1840, ein Geschwader unter dem Befehl des Admirals Dupetit-Thouars nach dem stillen Ocean geschickt. Im Mai 1842 wurden die Marquesas-Inseln, von menschenfressenden Wilden bewohnt, und nur dann und wann von nordamerikanischen Wallfischfängern besucht, von den Franzosen, nachdem sich einer der Häuptlinge ihnen unterworfen hatte, in Besitz genommen. Dupetit-Thouars errichtete auf einer dieser Inseln, Tahuata oder St. Christina genannt, ein Fort, und ließ, bevor er weiter segelte, daselbst eine Besatzung zurück. Das französische Geschwader wandte hierauf seinen Lauf nach den Gesellschaftsinseln, und als es vor dem größten dieser Eilande, Otaheite, erschien, ward die daselbst regierende halbwilde Königin Pomare so eingeschüchtert, daß sie sich unter Frankreich's Schutz stellte, und, obwohl mit Vorbehalt ihrer Regierungsrechte, die französische Oberhoheit anerkannte. Pomare empfand jedoch bald Reue über den von ihr gethanen Schritt, und wollte denselben zurücknehmen. Da sie den mit Dupetit-Thouars abgeschlossenen Vertrag in einigen Punkten verletzte, so wurde sie von dem Admiral ohne Weiteres ihrer Würde entsetzt, und die Insel unmittelbar unter französische Botmäßigkeit gestellt. Die Königin von Otaheite flüchtete an Bord eines englischen Kriegsschiffes, und es brachen unter ihren Unterthanen alsbald Zeichen der Gährung aus, die später zu blutigen Streitigkeiten mit der französischen Besatzung führten. Sobald die französische Regierung von diesen Vorgängen Nachricht erhalten hatte, befahl sie die Wiedereinsetzung der Königin Pomare, die, da sie von Frankreich und England anerkannt war, unter dem Schutze des Völkerrechts stand. Auf Otaheite lebte

damals ein englischer Missionair Namens Pritchard, welcher zugleich die Stellung eines Konsuls seiner Nation einnahm. Derselbe hatte von Anfang an widerstrebende Gesinnungen gegen die Franzosen gezeigt, und, durch die Einstellung seiner Amtsverrichtungen und die Abnahme der englischen Flagge von seinem Hause, gegen die französische Besitznahme der Insel Gewahrsam eingelegt. Als die Eingebornen einen Angriff auf die französische Besatzung versuchten (April 1844), wollte der Befehlshaber derselben d'Aubigné darin den Einfluß des englischen Konsuls erkennen. Pritchard ward verhaftet und mit Gewalt auf ein englisches Handelsschiff gebracht. Als der Befehl der französischen Regierung zur Wiedereinsetzung der Königin Pomare ankam, war der englische Konsul schon auf der Rückreise nach seinem Vaterlande begriffen. Daselbst angekommen, ward die ihm widerfahrene Behandlung von der englischen Regierung und der zahlreichen kirchlichen Partei, die ihn als Missionair ausgesandt hatte, gleich übel empfunden. Das Parlament und die Presse klangen von Beschwerden über den Ehrgeiz der französischen Regierung und die Willkühr des Admirals Dupetit-Thouars und des Kommandanten d'Aubigné wider. Pritchard hatte als Konsul zugleich Handel getrieben, und durch seine plötzliche Vertreibung aus Otaheite in seinen Geschäften einige Einbuße erlitten. Von dem englischen Kabinet wurde, außer der Wiedereinsetzung der Königin Pomare, was schon geschehen war, für Pritchard eine Entschädigung von 25,000 Fr. verlangt. England war bei diesem Streit offenbar in seinem Recht. Aber die Opposition in der französischen Deputirtenkammer widersetzte sich der Forderung des englischen Konsuls auf das äußerste, und wollte darin eine Verletzung der Ehre Frankreich's sehen. Als Guizot mit Hülfe der Majorität durchdrang, und die 25,000 Fr. bewilligt wurden, erhob sich in einem großen Theile der Bevölkerung ein Schrei des Unwillens, und es wurden die Mitglieder der ministeriellen Partei mit dem Namen: Pritchardisten belegt, und in Zeitungsartikeln und Zerrbildern verächtlich und lächerlich gemacht. Wie mißtrauisch und gegen die Regierung leidenschaftlich erregt die öffentliche Meinung war, dafür legte dieser an und für sich unbedeutende Vorfall einen, für die Zukunft Besorgnisse erregenden, Beweis ab.

In derselben Sitzung (1844) ward von Thiers die Jesuitenfrage in Anregung gebracht. Dieser Orden, dessen Mitglieder zwar in Frankreich geduldet wurden, aber selbst nach einer von Karl X. unter dem Ministerium Martignac erlassenen Ordonnanz keinen Unterricht ertheilen, und nicht in bestimmten Häusern zusammenleben durften, hatte sich

neuerdings wieder in Paris festgesetzt, und mehre Anstalten gegründet. Thiers hoffte durch seinen Antrag auf eine Untersuchung dieses Gegenstandes das Ministerium in Verlegenheit zu setzen, indem dasselbe, wenn es die Jesuiten in Schutz nahm, die zahlreiche diesem Orden feindliche Partei gegen sich aufbringen, im entgegengesetzten Falle aber sich mit dem katholischen Klerus, und insbesondere mit den Bischöfen, überwerfen mußte. Guizot, der ohne in seinen Ueberzeugungen als Protestant zu schwanken, und ohne dem Rechte der Krone etwas zu vergeben, bei seinen Unterhandlungen mit dem päbstlichen Stuhle große Einsicht und Mäßigung bewies, entging der ihm von Thiers gelegten Falle, indem er es in Rom dahin brachte, daß die Jesuiten, ohne eine Dazwischenkunft der französischen Regierung, zur Auflösung ihrer Kongregation veranlaßt wurden.

Die unter Thiers Ministerium (1840) angeordnete Befestigung von Paris war mit so großem Eifer betrieben worden, daß dieselbe jetzt (1845) nur noch der Ausrüstung mit schwerem Geschütz bedurfte, um in vollkommen vertheidigungsfähigem Zustande zu sein. Von dem Ministerium wurden zu diesem Zweck 18 Millionen Fr. verlangt. Lamartine, der, seit seiner Bekämpfung des Regentschaftsgesetzes, in seiner Opposition immer weiter gegangen war, erklärte sich in einer Rede (7. Mai 1845) gegen die Armirung der Fortifikationen, und behauptete, daß dieselben nicht zum Schutze gegen einen auswärtigen Feind, sondern zur Unterdrückung der Hauptstadt und der Freiheit errichtet worden seien. Er warf der Julismonarchie den Abfall von den Ideen von 1789 und 1830, und die von ihr angeblich begangenen Ungerechtigkeiten, von der Entlassung de la Fayette's und Lafitte's bis zu der Bedrohung der Hauptstadt durch die Befestigungswerke, in noch stärkeren Ausdrücken als früher vor. Er suchte das ganze Regierungssystem Ludwig Philipp's als einen Bruch des, bei seiner Thronbesteigung mit der Nation eingegangenen, Vertrages hinzustellen. Dessen ungeachtet wurden die von dem Ministerium verlangten 18 Mill. Fr. mit großer Stimmenmehrheit bewilligt. Lamartine zog sich noch vor Beendigung der Session nach seinem bei Macon im alten Burgund gelegenen Landsitz zurück, und gründete in dieser Stadt ein Journal: „le Bien publique“ genannt, in welchem er die Regierung Ludwig Philipp's mit unermüdlichem Eifer angriff, und namentlich die Einführung des allgemeinen Stimmrechts empfahl. Lamartine wußte den populairen aber oft ganz irrigen Ideen, die er vortrug, durch seinen Styl, nicht nur einen blendenden Schein, sondern zuweilen selbst einen gewissen Charakter von Größe zu verleihen.

Denn er besaß im höchsten Grade die Gabe aus allem alles machen zu können. Auf seine Veranlassung wurde im December (1845) in Paris ein Journalistenkongreß abgehalten, auf welchem die Redaktoren einiger dreißig Tagesblätter sich anheischig machten, aus allen Kräften eine Wahlreform zu betreiben. Diese und ähnliche Kundgebungen blieben ohne Einfluß auf die Kammern, in welchen die Majorität zur Unterstützung des Ministeriums bereit war, regten aber die öffentliche Meinung auf, welche sich immer mehr von der Juliusmonarchie entfernte und sich, obwohl ohne klar erkanntes Ziel, zu einer großen Veränderung in den bestehenden Einrichtungen hingezogen fühlte.

Während der Session von 1846 trat in der Stellung der Parteien in der Deputirtenkammer eine Veränderung ein, deren folgenschwere Bedeutung erst am Ende dieser Epoche ganz begriffen wurde. Ledru-Rollin, ein Advokat von Talent, aber noch größeren Ansprüchen, hatte sich, obgleich er schon seit 1842 in der Deputirtenkammer saß, bisher wenig bekannt gemacht. Er beschloß jetzt, um eine Rolle zu spielen, die Fahne des Radikalismus aufzustecken, und wußte eine Anzahl Gleichgesinnter um sich zu versammeln. Lamartine's Angriffe auf die Juliusmonarchie wurden von ihm noch überboten. Außerdem war er ein entschiedener Gegner aller Meinungen, welche nicht auf eine gänzliche Veränderung des Bestehenden gerichtet waren. Tiersparti, dynastische Opposition, Doktrinarismus wurden von ihm für gleich ohnmächtig und überflüssig gehalten, und Guizot, Thiers, Odilon Barrot auf dieselbe Linie gestellt. Ledru-Rollin wollte an die Stelle der konstitutionellen Monarchie, deren folgerechte Durchführung die Opposition verlangte, über welche sie aber nicht hinausging, eine reine Demokratie, unter der Form der Republik, gesetzt sehen. Er sprach sich hierüber nicht vollkommen klar aus, da die parlamentarischen Gebräuche dies unmöglich machten, aber was er verschweigen mußte, wurde von der mit seiner Partei verbundenen Tagespresse erklärt und ergänzt. Diese Idee machte in der Kammer kein Glück, ward aber von den geheimen Gesellschaften, einem großen Theile der Jugend, und den Unzufriedenen aller Klassen um so günstiger aufgenommen. Thiers fand sich, Ledru-Rollin gegenüber, zu der Erklärung bewogen, daß er nach wie vor ein Anhänger der konstitutionellen Monarchie, aber mit deren gegenwärtiger Gestaltung nicht zufrieden sei. Bisher hatte er zwar dann und wann, bei untergeordneten Gegenständen, dem Ministerium Verlegenheiten zu bereiten gesucht, bei allen wichtigen Fragen aber, wie das Regentschaftsgesetz, die Armirung der Fortifikationen u. s. w. nicht nur für dasselbe gestimmt,

sondern die Anträge der Regierung sogar mit vielem Eifer vertheidigt. Seine jetzt obwohl nur flüchtig hingeworfene Aeußerung, daß er sich vo[n] dem herrschenden System getrennt fühle, brachte einen großen Eindru[ck] hervor, und besaß eine Tragweite, welche er ihr ursprünglich selbst nic[ht] beilegen mochte.

Thiers, welcher nicht die blinde Neuerungssucht eines Demagogen, wie Ledru=Rollin, sondern den Ehrgeiz eines seine Kraft fühlenden Politikers besaß, konnte Ludwig Philipp die von demselben Guizot erwiesene Bevorzugung nicht verzeihen. Er glaubte mehr als letzterer zum Entstehen und zur Befestigung der Juliusmonarchie beigetragen zu haben, und die Wünsche und Bedürfnisse des französischen Volkes besser als sein Nebenbuhler zu verstehen. Da er jedoch sah, daß der König sich immer mehr von ihm entfernte, und Guizot immer näher an sich heranzog, so glaubte er eine nachhaltige Opposition gegen das Ministerium organisiren zu müssen, um Ludwig Philipp zu einem Eingehen auf seine Ideen, und zu einer Annahme seiner Person, als deren Vollstrecker, zu zwingen. Er verband sich zu diesem Zweck mit Odilon Barrot, dem Führer der dynastischen Linken, um Ledru=Rollin und dessen Partei in der Kammer und der Presse zu bekämpfen, aber um zugleich das Ministerium zu stürzen, und an Guizot's Stelle zu treten. Odilon Barrot hätte sich unter anderen Umständen wohl nicht zum Werkzeuge für Thiers Ehrgeiz hingegeben, aber er wollte im Bunde mit ihm dem Radikalismus entgegentreten, und durch angemessene Reformen einer neuen Revolution vorbeugen. Thiers und Odilon Barrot vereinigten sich demnach, nicht zur Einführung des allgemeinen Stimmrechts, sondern zu einer Veränderung des Wahlgesetzes, nach welchem alle von den Ministern unbedingt abhängigen Beamten von der Deputirtenkammer ausgeschlossen, und derselben dadurch mehr Selbstständigkeit der Regierung gegenüber, und mehr Ansehen und Vertrauen beim Volke zugewandt werden sollte. Thiers hoffte von dem Erfolge dieses Planes eine Auflösung der ministeriellen Majorität, den Rücktritt Guizot's, und die Nothwendigkeit für den König, sich an ihn zur Bildung eines neuen Ministeriums zu wenden. Thiers glaubte, da er für einen eben so fähigen Staatsmann als Guizot galt, und außerhalb der Kammer mehr Anhang und Einfluß als dieser besaß, mit seinen Absichten durchdringen zu können. Er dachte aber nicht entfernt an den Sturz der Juliusmonarchie, mit welcher das parlamentarische System und Thiers eigene Bedeutung verschwinden mußte, sondern er wollte sich nur selbst an die Spitze bringen, und die im Volke vorhandene Unzufriedenheit durch

einige Zugeständnisse beschwichtigen. Er traute sich, mit der Leitung der Verwaltung beauftragt, die Kraft und Geschicklichkeit zu, neuen Stürmen vorbeugen oder ihnen widerstehen zu können. Aber Ludwig Philipp's hartnäckiger Widerstand gegen eine Veränderung des Wahlgesetzes, die von den geheimen Gesellschaften und der radikalen Presse unterhaltene Aufregung, und die im Volke zunehmende innere Unruhe sollten eine Erschütterung hervorbringen, welche Thiers keineswegs beabsichtigt, zu welcher er aber wider Willen durch die Forderung einer Parlamentsreform, und die Auflösung der ministeriellen Majorität beigetragen hat.

Thiers suchte in einer glänzenden Rede (17. März 1846) den von seinem Freunde und früheren Kollegen im Ministerium, Karl von Remusat, gestellten Antrag auf eine Ausschließung gewisser Beamtenklassen zu vertheidigen. Er berief sich hierbei, wie dies sonst besonders Guizot häufig that, auf England unter Wilhelm III., wo durch eine eigene Parlamentsakte alle Personen, welche Gehälter oder Pensionen von der Civilliste bezogen, oder bei der Erhebung der indirekten Steuern und Zölle mitwirkten, von dem Unterhause ausgeschlossen worden waren. Ungeachtet des Aufwandes von Geist und Scharfsinn, mit welchem Thiers seine Ansichten entwickelte, wurde der Antrag mit 232 gegen 184 Stimmen zurückgewiesen. Indessen hatten Thiers Gründe selbst auf viele unter seinen Gegnern Eindruck gemacht, und wurden im Publikum überall mit Beifall wiederholt. Die Kammer wurde, nachdem dieselbe alle Gesetzentwürfe der Regierung über Kanalbauten, über Verbesserungen im Postwesen, Beaufsichtigung des Weinhandels u. s. w. angenommen hatte, aufgelöst, und die neuen Wahlen führten dem Ministerium eine noch größere Stimmenmehrheit als vorher zu. Bei der Antwortsadresse auf die Thronrede (17. August 1846) enthielt sich die Opposition der Abstimmung, um, da sie eine gänzliche Niederlage voraussehen konnte, durch ihre Theilnahmlosigkeit ihren Widerspruch gegen die Regierung zu erhärten. Da aber nichts ohne den ausdrücklichen Willen des Königs geschah, welcher den Ministersitzungen vorstand, und die oberste Leitung der Geschäfte persönlich ausübte, so war die feindselige Haltung der Opposition im Grunde mehr gegen ihn selbst als gegen seine Minister gerichtet.

Bei der Wiedereröffnung der Kammern (11. Januar 1847) hatte Ludwig Philipp die Genugthuung, denselben die Vermählung seines jüngsten Sohnes, des Herzoges von Montpensier, mit der Schwester der Königin von Spanien, der Infantin Luise Ferdinande, mittheilen

zu können. Der König der Franzosen hatte bei den, mit England, wegen der Verheirathung der Königin Isabelle, gepflogenen Unterhandlungen den Grundsatz aufgestellt, daß die Wahl nur auf einen Nachkommen Philipp V. fallen dürfe, und dadurch auch seine eigenen Söhne ausgeschlossen. Es hatte sich indessen dabei immer nur um einen Gemahl für die Königin Isabelle, aber nicht um einen solchen für ihre Schwester gehandelt. England war von der Ueberzeugung ausgegangen, daß Ludwig Philipp, wenn auch ohne ausdrückliche Erklärung, jedem Einflusse auf Spanien durch eine Familienverbindung entsagt habe. Als dessen ungeachtet plötzlich die Verbindung zwischen dem Herzoge von Montpensier und der Infantin Luise Ferdinande abgeschlossen wurde, beschuldigte das englische Kabinet, obgleich ungerechter Weise, den König der Franzosen des Bruches gegebener Versprechungen, und der damalige Minister des Auswärtigen, Lord Palmerston, ließ seinem Unwillen freien Lauf, ohne jedoch etwas ausrichten zu können. Das gespannte Verhältniß zu England, welches schon einmal, 1840, da gewesen, und sich jetzt wiederholte, ermuthigte die Gegner Ludwig Philipp's im Innern, und gab ihnen die Hoffnung, daß demselben auch von außen her Schwierigkeiten bereitet werden würden.

Die Opposition in der Deputirtenkammer war so wenig zahlreich, daß sie auf gesetzlichem Wege gegen die Regierung nichts durchzusetzen vermochte. Sie beschloß deshalb sich an das Volk selbst zu wenden. Zu dem Ende war ein, bei Gelegenheit der letzten Wahlen, zu deren Leitung im oppositionellen Sinne, gebildeter Ausschuß anstatt, wie sonst, nach vollzogenen Wahlen aufgelöst zu werden, bestehen geblieben. An seiner Spitze befanden sich Duvergier de Hauranne und Leon de Malville, zwei vertraute Freunde Thiers, welcher, obgleich im Stillen und Geheimen, die Angriffsmaßregeln gegen das Ministerium leitete.

Von diesem Ausschusse war der Entwurf zu einer Wahlreform ausgegangen. Das allgemeine Stimmrecht, nach dessen Einführung die radikale Partei strebte, war zwar ausgeschlossen, aber außer der Aufnahme der sogenannten Kapacitäten in die Wahlkollegien, sollte der Steuersatz der Wahlbefähigung von 200 auf 100 Fr. ermäßigt, und die Zahl der Abgeordneten von 459 auf 538 gebracht, demnach um 79 vermehrt werden. Man hoffte dadurch die bisherige Majorität, auf welche sich das Ministerium stützte, aufzulösen. Dieser Antrag wurde von Duvergier de Hauranne bald nach Eröffnung der Session von 1847 gestellt, aber am 26. März mit 252 gegen 154 Stimmen verworfen. Aber Thiers und seine Freunde hatten von Hause aus nicht auf einen

Sieg in der Deputirtenkammer gerechnet, sondern wollten nur durch die Darlegung ihres Reformplanes die Aufmerksamkeit des Publikums auf diesen Gegenstand lenken. Ihre Absicht war vielmehr, in ganz Frankreich eine großartige Agitation hervorzubringen, durch welche die Regierung zur Nachgiebigkeit gezwungen werden sollte.

Zu dem Ende ward in Chateaurouge, einem Lustorte bei Paris, ein Festmahl veranstaltet, zu welchem sämmtliche Mitglieder der Opposition eingeladen waren, und an welchem mehr als 1200 Personen Theil nahmen (9. Julius 1847). Der Zweck der Versammlung war die Unterzeichnung einer Petition für Veränderung des Wahlgesetzes, in welcher die von Duvergier de Hauranne in der Deputirtenkammer in Antrag gebrachten Bestimmungen wiederholt wurden. Aehnliches sollte dann in allen größeren Städten des Landes geschehen, wo überall Wahlausschüsse, nach dem Muster des in der Hauptstadt befindlichen, gestiftet wurden. Bei dem Festmahle in Chateaurouge wurde, um dem radikalen Theile der Opposition zu gefallen, kein Trinkspruch auf den König, wie es sonst in solchen Fällen Sitte ist, ausgebracht. Man that als sei er gar nicht mehr vorhanden. Es wurde dagegen der Revolutionen von 1789 und 1830 mit Begeisterung gedacht, die Volkssouverainetät als Princip des Staatslebens aufgestellt, und auf das Elend der arbeitenden Klassen, und die Nothwendigkeit einer Verbesserung ihrer Lage hingewiesen. Dies hieß Oel in das Feuer gießen. Denn unter den Handwerksgehülfen und Fabrikarbeitern, deren es allein in Paris und der nächsten Umgegend einige Hunderttausende gab, regte sich ohnedies eine so starke Unzufriedenheit, daß bei der ersten besten Veranlassung ein Ausbruch derselben zu befürchten stand.

Nach dem Schlusse der Kammersitzungen, welcher am 9. August (1847) erfolgte, ward, als die Deputirten in ihre Departements zurückkehrten, das von Paris gegebene Beispiel in allen Theilen des Landes nachgeahmt. Ueberall wurden Reformbankette, unter Vorsitz von Mitgliedern der Opposition abgehalten, und in den dabei gehaltenen Reden das herrschende System auf das äußerste angegriffen, des Rückschrittes im Innern, der Schwäche gegen das Ausland, und einer durchgängigen moralischen Fäulniß beschuldigt. Nur Thiers, von welchem diese ganze Agitation im Grunde ausgegangen, hielt sich äußerlich zurück, und nahm an diesen Demonstrationen keinen persönlichen Antheil. Unter solchen Umständen hätte von der Regierung der strengste Ernst und die größte Wachsamkeit bewiesen werden sollen. Die vielen bei diesen Gelegenheiten vorkommenden Ungesetzlichkeiten hätten gerichtlich geahndet

werden müssen. Statt dessen sah sie der um sich greifenden Bewegung ruhig zu, und gab sich einem blinden Vertrauen auf die ihr zu Gebot stehende Stimmenmehrheit in den Kammern und auf den ungestörten Gang der Verwaltung hin, ohne zu bedenken, daß diese Stützen von dem Sturm, wenn er sich einmal vollständig erhoben haben würde, gebrochen werden könnten.

Es gab sich damals in einem Theile der Bevölkerung nicht nur ein der Regierung feindlicher Geist, sondern überhaupt Mißtrauen und Geringschätzung gegen die höheren Kreise der Gesellschaft kund. Die Grundsätze des Socialismus und Kommunismus, mit dem politischen Parteigeiste verbunden, brachten eine Art von fieberhafter Aufregung hervor. Mitten in diese Stimmung fiel ein Proceß (Julius 1847), welcher ihr neue Nahrung gab. Zwei ehemalige Minister Ludwig Philipp's, General Cubières, eine Zeit lang Kriegsminister, und Teste, damals Rath am Kassationshofe und vorher Minister der öffentlichen Arbeiten, wurden der Bestechlichkeit während ihrer Amtsführung überführt, zu einer Geldbuße, zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte, und Teste außerdem noch zu einer dreijährigen Haft verurtheilt. Cubières war von der Juliusmonarchie besonders ausgezeichnet, und mit dem Oberbefehl über die französischen Truppen in Ankona (1832) betraut gewesen, und Teste hatte sich früher in der Deputirtenkammer als einen der eifrigsten Anhänger Ludwig Philipp's erwiesen.

Noch übler als dieser an und für sich schon auffallende Vorgang wirkte auf die Volksmeinung die Ermordung der Tochter des Marschalls Sebastiani, durch ihren eigenen Gemahl, den Herzog von Praslin, welcher sich der Verurtheilung durch Gift entzog. Dieser letztere Fall brachte mit Recht einen unermeßlichen Eindruck hervor, wurde aber von der Menge nicht als eine einzeln dastehende abscheuliche Verirrung der menschlichen Natur, sondern als ein Beweis für die Schlechtigkeit der vornehmen Klasse aufgefaßt, und der Haß und Neid gegen sie damit gerechtfertigt. Legitimistische und radikale Blätter gaben zu verstehen, daß diese Entartung aus dem herrschenden System erklärt werden müsse. Sie übersahen, daß Aehnliches in allen Zeiten und unter allen Völkern vorgekommen ist. Die Verurtheilung zweier ehemaligen Minister und Pairs von Frankreich, wie Cubières und Teste, durch ihre eigenen Kollegen, hätte wenigstens die unparteiische Handhabung der Gesetze unter Ludwig Philipp beweisen können. Aber der irre geleitete Sinn des Volkes war nur für die Schattenseiten der Juliusmonarchie empfänglich, und blieb gegen deren Lichtpunkte verschlossen.

Der hochbejahrte Marschall Soult, Herzog von Dalmatien, der bisher dem Namen nach an der Spitze des Ministeriums gestanden, aber nur in das Militairwesen thätig eingegriffen hatte, erhielt endlich nach wiederholten Gesuchen seine Entlassung, und wurde durch Guizot ersetzt, den eine königliche Ordonnanz vom 19. September (1847) zum Ministerpräsidenten mit Beibehaltung des Ministeriums des Auswärtigen ernannte. Auf Guizot waren jetzt alle Blicke noch mehr als früher gerichtet, und er wurde von den Anhängern der Julimonarchie als deren vornehmste Stütze angesehen. Der moralische Einfluß, welchen ihm ein fleckenloses Leben und ein hoher Ruf als Schriftsteller verschafften, die unleugbare Geschicklichkeit, welche er bei mehren schwierigen Unterhandlungen mit dem Auslande bewiesen hatte, seine gründliche, von der eigenen Ueberzeugung ausgehende, und auf diese bei anderen hinwirkende Beredtsamkeit, ließen ihn, als für die Leitung der Kammern, und die Erhaltung des konstitutionellen Systems, besonders geeignet erscheinen. Aber die Juliusmonarchie hatte nicht den Widerstand der Majorität in der Deputirtenkammer, wie dies in den letzten Zeiten der Restauration der Fall gewesen, sondern die Stimmung der Massen, von einer radikalen Presse und einer ehrgeizigen Opposition in Bewegung gesetzt, zu fürchten. Diese Gefahr ward von Guizot, ungeachtet seines sonstigen Scharfsinnes, nicht hoch genug angeschlagen. Er verließ sich in dieser Beziehung auf seinen Kollegen, den Minister des Innern Grafen Duchatel, welcher, durch die Berichte der Präfekten über den Einfluß der Regierung in den Wahlkollegien, zufrieden gestellt, an keine Unterbrechung der inneren Ruhe glauben wollte. So große Thätigkeit Guizot auch entwickelte, er mußte sich im Ganzen auf das Departement des Auswärtigen, und die Vertheidigung des Ministeriums in den Kammern beschränken. Der im Volke herrschende Geist der Unruhe und Unzufriedenheit entging ihm, oder ward von ihm für eine vorüber gehende flüchtige Aufregung gehalten. Durch die vielen, von der Juliusmonarchie über alle ihr widerstrebenden Parteien, davon getragenen Siege der Zukunft gewiß geworden, ward von ihm eine neue Revolution nicht für möglich erachtet. Er konnte, und von seinem Standpunkt aus mit Recht, keinen Grund zu einer Umwälzung des Bestehenden finden. Napoleon I. war an seiner Eroberungslust, Karl X. an einem Verfassungsbruche zu Grunde gegangen. Von Ludwig Philipp I. war der Buchstabe der parlamentarischen Institutionen streng beobachtet, und der Friede mit dem Auslande erhalten worden. Die Juliusmonarchie hatte demnach in

Guizot's Augen von keiner Seite her einen ihr Dasein gefährdenden Angriff zu fürchten.

Der größte Uebelstand bei der Ernennung Guizot's zum ersten Minister einer, in der Meinung, schon wankenden, Krone war die Unpopularität, welche, ungeachtet aller Vorzüge des Charakters und Talents, seinen Namen umgab. Seine großartige philosophisch-historische Anschauungsweise, welche er auf die Behandlung der Staatsgeschäfte übertrug, der streng-logische Zusammenhang seiner Reden, ohne Haschen nach Effekt, war der Menge unzugänglich geblieben. Die radikale Partei hatte es durch ihre wiederholten Angriffe in der Deputirtenkammer und der Presse zuletzt dahin gebracht, Guizot dem Volke in einem ganz falschen Licht erscheinen zu lassen. Anstatt ihn für den zu nehmen, der er wirklich war, für den größten Kenner und den aufrichtigsten Vollzieher der Principien, auf welche die konstitutionelle Monarchie gegründet ist, wollte man in ihm einen heimlichen Absolutisten und Aristokraten sehen. Guizot war tiefer als irgend einer seiner französischen Zeitgenossen von der Idee des Repräsentativstaates durchdrungen, die Niemandem, weder Einem, noch Mehren, noch Allen, eine unumschränkte Macht zuerkennt, sondern die Herrschaft der Besten und Fähigsten will, und die Darstellung der Wahrheit und Gerechtigkeit als das Ziel des Völkerlebens betrachtet.

Thiers, der Nebenbuhler Guizot's und beim Publikum viel beliebter als dieser, suchte in seinen Reden und Schriften mehr zu blenden und zu bestechen als zu überzeugen, und hatte als Minister bei mehren Gelegenheiten die konstitutionellen Formen ohne Bedenken verletzt, wenn das zu erreichende Ziel es so mit sich brachte. Aber Thiers trug einen lebhaften Patriotismus zur Schau, ein Mittel der Popularität, welches von Guizot verschmäht wurde. Thiers sprach bei jeder Gelegenheit seine Bewunderung für die Revolution und Napoleon aus, was von Guizot nur mit großen Einschränkungen geschah. Thiers bewegliche und widerspruchsvolle Natur flößte, obgleich er, alles zu allem gehalten, weniger freisinnig als Guizot war, mehr Sympathie ein, während Guizot, bei seiner strengen Folgerichtigkeit und Abgeschlossenheit, eher abstieß als anzog. Mehr als alles aber schadete Guizot in der Meinung der urtheilslosen unwissenden Menge die, von seinen Gegnern unaufhörlich wiederholten, Anspielungen auf seine Entfernung aus Frankreich während Napoleon's zweiter Herrschaft, und die Anhänglichkeit, welche er für die Restauration, so lange sie nicht den mit der Nation eingegange-

nen Vertrag brach, gehegt, und die Dienste, welche er ihr erwiesen hatte. Es wäre, die Lage der Dinge während der letzten Zeit vor der Februarrevolution in Betracht gezogen, für die Julimonarchie besser gewesen, lieber Guizot's große Talente ganz zu entbehren, als ihn voranstellen zu wollen, dessen Name in einem Augenblick, wo die Massen sich zu regen anfingen, eher zur Anziehung als Ableitung des drohenden Ungewitters geeignet war.

Unterdessen ging die Zeit, welche dem greisen Haupte Ludwig Philipp's zur Erfüllung seines Geschickes noch vergönnt war, rasch ihrem Ziel entgegen. Am 28. December (1847) wurden von ihm zum letztenmal die Kammern eröffnet. In der Thronrede wurde die von der Opposition und den Reformbanketten herbeigeführte Aufregung als das Ergebniß „feindlicher oder blinder Leidenschaften" bezeichnet, und kein Zugeständniß in Bezug auf das Wahlgesetz in Aussicht gestellt. Bei den Verhandlungen über die Adresse gab sich in der Deputirtenkammer eine Gereiztheit und Erbitterung gegen das Ministerium und besonders gegen Guizot zu erkennen, trat in der Sprache der oppositionellen Presse eine Gehässigkeit und Zügellosigkeit hervor, welche an die schlimmsten Zeiten der ersten Revolution erinnern konnte. Während dieser Debatten, welche diesmal drei volle Wochen dauerten, wurde die Juliusmonarchie moralisch so erschüttert, daß es später zu ihrem materiellen Umsturze nur eines Handstreiches bedurfte.

Alle wirklichen oder angeblichen Mißgriffe, welche die Juliusmonarchie von Anfang an begangen haben mochte, wurden von neuem in einer vergrößernden und ausschweifenden Weise erwähnt. Es ward ihr Unvolksthümlichkeit, Willkühr, Heuchelei zur Last gelegt. Obgleich bei allen diesen Anschuldigungen, selbst von Seite der Radikalen, der Name des Königs unerwähnt blieb, so mußten doch solche Angriffe, auf ein schon seit achtzehn Jahren bestehendes System, den obersten Repräsentanten desselben vorzugsweise treffen. Am allerwenigsten in Frankreich war die Menge zur Auffassung parlamentarischer Fiktionen, zu einer Unterscheidung zwischen der Person und dem Amte des Königs, zu einer Sonderung zwischen ihm und seiner Regierung geneigt.

Da jeder politische Kampf sich an einen bestimmten Gegenstand anknüpfen muß, und nicht auf die Darlegung allgemeiner Grundsätze, deren Vertheidigung oder Bestreitung, beschränkt bleiben kann, so war es jetzt die Abhaltung der Reformbankette, was die Opposition in Bewegung setzte. In den Departements hatten die Behörden diesen Zusammenkünften keine Hindernisse entgegengesetzt. Als man aber im

zwölften Pariser Stadtbezirk Veranstaltungen zu einem politischen Festmahl traf, ward von dem Polizeipräfekten, mit Bezugnahme auf die bestehende Gesetzgebung, ein Verbot dagegen erlassen. Die Opposition suchte die in den Departements stattgefundenen Bankette als die unschuldigste Sache von der Welt, als einen Austausch gefahrloser Meinungen hinzustellen, wogegen der Justizminister Hebert Bruchstücke aus den bei solchen Veranlassungen gehaltenen Reden mittheilte, aus denen offenbar die Absicht der Anstiftung von Unruhen hervorging. Lamartine behauptete, daß es in freien Ländern eine über der Regierung und den Kammern stehende schiedsrichterliche Gewalt giebt, welche das Volk ist, und daß das Recht sich zu versammeln, um gemeinsam seine Ansichten kund zu geben, die eigentliche Grundlage des konstitutionellen Staatslebens ausmacht. Er erinnerte an den 20. Junius 1789, und den Versailler Ballspielsaal, wo ein ähnliches Verbot, wie jetzt wegen der Bankette, die Revolution zum Ausbruch brachte. Obgleich zwischen dem, zu einer Nationalversammlung gewordenen, Tiersetat der Reichsstände, und den Privatpersonen, welche den Festmahlen beiwohnten, nicht die entfernteste Aehnlichkeit bestand, so wurde Lamartine's Anspielung von der Opposition mit großem Beifall aufgenommen, und ging auch für die Menge, außerhalb der Kammer, nicht verloren. Ledru-Rollin griff die Charte constitutionelle von 1830 an, und meinte, daß sie aus keiner reiflichen Erwägung hervorgegangen sei. Die gesammte Linke erhob sich von ihren Sitzen, und rief, auf die Minister mit den Fingern zeigend: „Polignac und Peyronnet waren konstitutioneller als Sie!“ —

Unglücklicher Weise entstand in der Majorität eine Spaltung, indem eine Anzahl konservativer Deputirten sich für eine Veränderung des Wahlgesetzes aussprach. Sie glaubte, daß eine solche über lang oder kurz doch eintreten müsse, und daß jetzt der rechte Augenblick dazu erschienen wäre. Thiers ergriff diese Gelegenheit, um noch einmal zu erklären, daß er keinesweges eine zu große Ausdehnung des Wahlrechts, sondern nur die Entfernung der übergroßen Anzahl absetzbarer Beamten aus der Deputirtenkammer wolle, welche durch ihre Abhängigkeit von der Regierung einen Schatten auf die Volksvertretung würfen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag auf Wahlreform mit 222 gegen 189 Stimmen abgelehnt, und der ministerielle Entwurf der Adresse mit großer Stimmenmehrheit angenommen (13. Februar 1848). Die Opposition hatte sich der Abstimmung enthalten, und erließ in den Blättern ihrer Partei eine Bekanntmachung, in welcher sie das Versammlungs-

recht für einen Bestandtheil der Verfassung erklärte, dessen Aufrechthaltung durch alle gesetzlichen Mittel zu verfolgen versprach, und die Begehung eines Reformbankettes in Paris in Aussicht stellte. Mit diesem Manifest hatte die Opposition der Regierung, von welcher eine Kundgebung der Art in der Hauptstadt ausdrücklich verboten worden, den Fehdehandschuh hingeworfen. Die Frage, ob einige hundert Personen sich zu einem Festmahl vereinigen würden oder nicht, wurde die mittelbare Veranlassung zu einer Bewegung, die in ihren Folgen Frankreich und einen großen Theil Europa's erschütterte. Freilich war diese Frage nur eine Form, in welcher sich die in der Zeit liegenden Gegensätze für den Augenblick aussprachen, und es würde, in Ermangelung des Streites über das Versammlungsrecht, nicht an anderen Gelegenheiten zum Ausbruch der schon seit so lange bestehenden Gährung gefehlt haben.

Die Opposition wollte durch Begehung eines politischen Festmahles der hauptstädtischen Bevölkerung Gelegenheit zu einer öffentlichen Darlegung ihrer Gesinnungen geben. Dieselbe erwartete, daß der Wiederhall der, bei dieser Gelegenheit, gehaltenen Reden unter den Massen, das Ministerium zum Rücktritt nöthigen, und die gewünschte Veränderung im Wahlgesetz herbeiführen werde. Denn an etwas anderes, an eine gänzliche Umwälzung, an den Sturz der Monarchie und der Dynastie, dachte, mit äußerst seltenen Ausnahmen, Niemand in der Opposition, und selbst die entschiedensten Gegner der Orleans, die Republikaner, glaubten die Erfüllung ihrer Hoffnungen nicht so nahe gerückt. Gleichwohl handelte die Linke so, als hätte sie eine neue Revolution bezweckt. Gegner des Ministeriums, aber Anhänger des konstitutionellen Königthums und Freunde der jüngeren Linie der Bourbonen, wie Odilon Barrot, Duvergier de Hauranne u. s. w. schlossen sich Republikanern wie Dupont de L'Eure, und Demagogen, wie Ledru-Rollin, an. Zu dem mit den Anordnungen zum Bankett beauftragten Ausschusse wurden die Redaktoren, nicht blos der dynastisch- und parlamentarisch-oppositionellen, sondern auch der revolutionair-radikalen Journale zugezogen. Die Linke erging sich in der Tagespresse in den heftigsten und übertriebensten Anschuldigungen gegen das Ministerium oder die Juliusmonarchie, was in diesem Falle ganz dasselbe war, gab ihren Vorbereitungen zu dem Festmahl die Oeffentlichkeit einer Staatshandlung, veranlaßte in der Deputirtenkammer die leidenschaftlichsten Erörterungen über das Versammlungsrecht, und rief die Nationalgarde auf, sich, allerdings ohne Waffen, aber in ihrer Uniform, unter dem Vorwande, die Ordnung aufrecht zu erhalten, auf dem nach dem Bankettlokale führenden

Wege aufzustellen. Alle, welche nicht einen gänzlichen Umsturz des Bestehenden wollten, hätten in diesem Augenblick, wo das Volk, an den Folgen von Mißerndten und Ueberschwemmungen leidend, ohnedies unzufrieden war, jede aufregende Kundgebung vermeiden sollen. Statt dessen erließ der von der Opposition ernannte Ausschuß Bekanntmachungen, welche darauf berechnet waren, die Menge zu erregen, und nöthigte den Minister des Innern Duchatel, den Generalkommandanten der Nationalgarde Jacqueminot, und den Polizeipräfekten Delessert zu der Erklärung, die Anordnungen des Ausschusses nöthigenfalls mit Gewalt hindern zu wollen. Als endlich die Opposition, nach so langen Verhandlungen und Vorbereitungen, das Reformbankett aufgab, war es zu spät, um den Eindruck des Geschehenen im Volke auslöschen zu können.

Von Ludwig Philipp und seinen Ministern, besonders Guizot, wurde jeder Antrag auf eine Abänderung im Wahlgesetz mit einer, unter den vorhandenen Umständen, schwer zu begreifenden Hartnäckigkeit verworfen. Anstatt durch theilweise Zugeständnisse an das was, mit Recht oder Unrecht, aber im Augenblick einmal für die öffentliche Meinung galt, die schwankenden Massen zu gewinnen, und dadurch den entschiedenen Gegnern jeden Vorwand zu einem Angriff zu entziehen, glaubten der König und sein erster Minister die Juliusmonarchie nur, durch ein folgerechtes Beharren auf der einmal eingeschlagenen Bahn, erhalten zu können. Aber Beide waren mit der, in der Stimmung der hauptstädtischen Bevölkerung und selbst eines großen Theiles der Nation, eingetretenen Veränderung unbekannt geblieben. Ludwig Philipp war von den bisher davon getragenen Erfolgen in eine falsche Sicherheit gewiegt worden, und der Schmerz über den plötzlichen Tod seines ältesten Sohnes hatte die frühere Spannkraft und Rührigkeit seines Geistes gebrochen. Er war innerhalb weniger Jahre auffallend schnell gealtert. Mit Guizot war keine ähnliche Veränderung vorgegangen, und er im vollen Besitz seiner Kraft geblieben. Aber er verließ sich zu sehr auf die in Frankreich nur locker befestigten parlamentarischen Institutionen, und übersah, daß die Majorität in der Deputirtenkammer nicht eine solche in der Nation selbst war. Beide, der König und sein Minister, begriffen nicht, daß das französische Volk nur durch einen entscheidenden Einfluß auf die allgemeine Weltlage, oder, wenn es hierzu durchaus an Gelegenheit fehlte, durch großartige Verbesserungen im Innern befriedigt werden konnte. Die bloße Beobachtung konstitutioneller Formen, ohne Glanz und Schwung, ohne ein bestimmtes inneres oder äußeres Ziel ließ in der Nation, welche seit 1789 gewohnt ist, in dieser oder jener

Weise, eine hervorragende Rolle zu spielen, ein Gefühl der Leerheit und des Unbehagens zurück. Selbst große Unfälle werden von diesem Volke eher als ein geräuschloses Glück hingenommen. Die Franzosen glauben, daß sie der geistige Hebel der Gegenwart sind, und wollen deshalb in beständiger Bewegung gehalten werden. Ein bürgerliches Behagen, wie es die Juliusmonarchie gewährte, wird von dem stolzen Geiste dieser Nation gering geachtet, welche, um befriedigt zu sein, begeisternder Anregungen im Innern, oder ruhmvollen Eingreifens nach außen hin bedarf. Die mit dem Alter Ludwig Philipp's zunehmende Starrheit und Thatenlosigkeit des herrschenden Systems, besonders seit der Lösung der orientalischen Frage fühlbar geworden, erregte bei den Einen Gleichgültigkeit, bei den Anderen Abneigung, entzog der Juliusmonarchie ihre natürlichen Vertheidiger, und setzte sie zuletzt den Angriffen ihrer Gegner ohne Mittel zum Widerstande aus.

Die Opposition hatte, um sich gewissermaßen für das endliche Aufgeben des von ihr lange mit so großem Eifer betriebenen Festmahles schadlos zu halten, dem Präsidenten der Deputirtenkammer einen von vier und funfzig Abgeordneten unterzeichneten Anklageakt gegen das Ministerium zugestellt, in welchem dasselbe der Willkühr und Bestechung im Innern, der Schwäche und Haltungslosigkeit gegen das Ausland, und des Verrathes an den Grundsätzen von 1789 und 1830 beschuldigt wurde. Diese Anklage, so allgemein gehalten, und von jedem bestimmten Nachweise entblößt, konnte dem Ministerium nicht gefährlich werden, war aber darauf berechnet, die Gährung im Volke zu vermehren, und den Neidern und Nebenbuhlern Guizot's zu schmeicheln. Thiers, der, ohne äußerlich hervorzutreten, durch seine Anhänger die Opposition leitete, und im geheimen die Seele aller Angriffe auf das Ministerium war, ahnte nicht, daß der Sturm, wenn er sich einmal erhoben, nicht allein Guizot, sondern auch den Thron Ludwig Philipp's und die ganze Ordnung der Dinge, zu welcher Thiers selbst gehörte, zertrümmern würde.

Es hatten sich schon am 21. Februar (1848) große, aber unbewaffnete Volkshaufen in verschiedenen Theilen der Stadt gezeigt, sich aber auf den Ruf: „Es lebe die Reform! Nieder mit Guizot!" und das Absingen der Marseillaise beschränkt. Die geheimen Gesellschaften, welche, wenn auch in geringerer Anzahl als früher, aber immer fortbestanden, und der polizeilichen Ueberwachung eine um so größere Behutsamkeit entgegensetzten, waren mit Waffen versehen, und zu einer entscheidenden Theilnahme an den bevorstehenden Ereignissen bereit, wollten sich aber

nicht sogleich an die Spitze stellen, sondern erst abwarten, wie weit das Volk von selbst vorgehen würde. In den Bureaux der radikalen „Réforme" und des demokratischen „National" fanden die Zusammenkünfte der Demagogen statt, welche dem Fortschritt der Bewegung begierig zusahen, und das Feuer mit aller Macht anschürten. Charles Lagrange, welcher den Lyoner Aufstand (1834) geleitet hatte, war in Paris, stand in täglicher Berührung mit den Leitern der geheimen Gesellschaften, und bereitete sich im Stillen auf einen verwegenen Handstreich vor. Es war am 22. und 23. Februar auf vielen einzelnen Punkten der Hauptstadt zum Kampfe zwischen den Truppen und den Mitgliedern der geheimen Gesellschaften gekommen, aber nichts deutete auf einen allgemeinen Aufstand des Volkes und einen gänzlichen Umsturz des Bestehenden hin. Die Insurrektionen vom 6. Junius 1832 in Paris, und vom 9. April 1834 in Lyon waren mit mehr Heftigkeit ausgebrochen, und zuletzt doch besiegt worden. Die einzige wirkliche Gefahr für die Juliusmonarchie lag in der zweideutigen Haltung der Nationalgarde, welche sich zwar auf ihren Sammelplätzen einfand, aber die Linie und die Municipalgarde gegen die Aufständischen nicht unterstützte, diese vielmehr überall ungehindert umherziehen ließ, in den Ruf: „Es lebe die Reform! Nieder mit Guizot!" einstimmte, und von der ein Theil sogar eine Petition an die Deputirtenkammer einreichte, worin die Entlassung des Ministeriums und Versetzung desselben in Anklagestand verlangt wurde.

Das Verhalten der Nationalgarde, an deren unbedingte Treue der König bisher geglaubt hatte, schreckte ihn aus seiner nur zu unbegründeten Sicherheit auf. Er entschloß sich zur Entlassung Guizot's und seiner Kollegen, und wollte den Grafen Molé mit Mitgliedern des linken Centrums, wie Dufaure, Passy u. s. w., an die Stelle der Doktrinaire setzen. Diese Veränderung wurde am Nachmittag des 23. Februar in Paris bekannt, und mit der lebhaftesten Freude begrüßt. Als die Dunkelheit hereingebrochen, ward ein großer Theil der Stadt freiwillig erleuchtet. Volk und Truppen hatten aufgehört auf einander zu feuern, und die Wiederherstellung der Ordnung schien gesichert zu sein. Nur in den engen Straßen, welche um die Kirche St. Merry herumliegen, wurden die Barrikaden, sonst überall verlassen, von ihren Vertheidigern nach wie vor besetzt gehalten. Dort hatte Lagrange seine Schaaren zusammengehalten, um zu sehen, ob der erlöschende Kampf sich nicht von neuem entzünden lasse.

Es war ein großer Mißgriff Ludwig Philipp's gewesen, Molé zum Nachfolger Guizot's zu ernennen. Es ging dadurch eine kostbare Zeit

verloren, ohne daß ein Zweck erreicht wurde. Im ersten Augenblick war, bei Guizot's Unpopularität, dieser Wechsel mit Beifall aufgenommen worden. Aber die geheimen Leiter des Aufstandes wußten das Volk sehr bald zu überreden, daß es einer schärferen Trennung von dem bisherigen System bedürfe, um nicht in die frühere Bahn zurückgeführt zu werden. Die radikalen Blätter hatten in der letzten Zeit dahin gewirkt, alle, welche der Juliusmonarchie gedient hatten, der Menge in einem gehässigen Licht erscheinen zu lassen. Selbst Thiers, obwohl Guizot's Gegner, war von dem Verdammungsurtheil nicht ausgenommen worden. Fühlte sich Ludwig Philipp zu schwach, um Guizot aufrecht zu erhalten, so mußte er unmittelbar Odilon Barrot an dessen Stelle setzen, welcher bei dem Volke beliebt war, und in dessen Augen das Verdienst hatte, in der Kammer immer die Freiheit vertheidigt zu haben. Außerdem konnte der König von Odilon Barrot's persönlicher Anhänglichkeit eben so wie von der Molé's überzeugt sein. Odilon Barrot wollte, obgleich er Guizot's System bekämpfte, die Juliusmonarchie, ohne welche er kein Heil für Frankreich sah, erhalten wissen. Die augenblickliche Ernennung Odilon Barrot's nach Guizot's Entlassung hätte wahrscheinlich die Orleans auf dem Throne erhalten, wenigstens ihren Sturz hinausgeschoben. Aber Ludwig Philipp's zögernde Politik, welche ihm früher oft nützlich gewesen, sollte jetzt seinen Untergang verursachen. Die Gewalt der Ereignisse ward von ihm erst begriffen, als er sie nicht mehr aufzuhalten vermochte.

Die Oppositionsblätter (Constitutionnel, Siècle, Presse) hatten das Ministerium, die radikalen Blätter (National, Réforme), vieler anderen weniger bekannten Parteiorgane, und überhaupt eines Theiles der Litteratur nicht zu erwähnen, die Monarchie in der Meinung der Menge zu Grunde gerichtet. Die Tagesblätter, welche die Farbe Ludwig Philipp's trugen, wie vornehmlich das Journal des Débats, waren zwar mit großem Talent redigirt, übten aber auf das Volk keinen Einfluß aus, setzten ein blindes Vertrauen in die Hülfsquellen der Juliusmonarchie, verkannten deren Mängel, und ließen sich in ihrer Vertheidigung handgreifliche Uebertreibungen zu Schulden kommen. Wenige Wochen vor dem Sturze des Thrones hieß es in einem gegen die Opposition gerichteten Artikel des Débats: „Was eure Drohungen mit einer neuen Revolution betrifft, so erscheinen sie uns nur lächerlich (quant à vos menaces d'une nouvelle révolution, nous n'en faisons que rire).“ Wenige Tage nach dem 24. Februar war das Blatt zu folgendem Eingeständniß genöthigt: „Es gab verborgene Kräfte, deren Dasein wir nicht geahnt

hatten (il y avait des forces latentes, dont nous n'avons pas soupçonné l'existence)." — Wenn Personen, deren Beruf es war, den Stand der öffentlichen Meinung zu beobachten, die Lage der Dinge so verkehrt ansahen, so kann man sich vorstellen, in welchem Irrthum sich Ludwig Philipp selbst befinden mochte, der nicht dieselbe Gelegenheit besaß, die Stimmung des Volkes zu durchdringen, und welchen Täuschungen sich seine Umgebungen überließen, welche, wie gewöhnlich in solchen Fällen, von dem Schein von Würde und Hoheit, welcher einen Thron bis zum letzten Augenblick zu umgeben pflegt, geblendet waren. Der Gedanke an das Geschick der älteren Linie der Bourbonen hätte indessen Ludwig Philipp an die Gefahren, von denen er selbst bedroht war, und an die vulkanische Natur des Bodens, auf welchem er stand, erinnern können. Die obersten Machthaber sind aber, von Schmeicheleien und Huldigungen verwöhnt, und von dem Gefühl ihrer Größe befangen, oft nicht nur zu einer Verkennung der Lehren der Geschichte, sondern selbst zu einem Vergessen ihrer eigenen Erfahrungen geneigt.

Im National und in der Réforme war Ludwig Philipp's ganze Regierung schon seit langer Zeit als eine Reihe von an der Nation begangenen Verräthereien dargestellt, und, wenn auch in etwas dunkeln Worten, die den Urhebern noch einen Rückzug erlaubten, von den Lesern aber vollkommen verstanden wurden, zu dem Umsturz des Juliusthrones aufgefordert worden. Als am 21. Februar die ersten Unordnungen vorfielen, gaben die demagogischen Blätter dem Volke zu verstehen, daß die Bewegung noch zu unentschieden und schwankend wäre, und daß mehr Nachdruck gezeigt werden müsse. Als am 23. Februar nach Molé's Ernennung die Ruhe wiederhergestellt zu sein schien, wurde die Menge von den Bureaux des National und der Réforme aus aufgereizt. Dessen ungeachtet ward Ludwig Philipp selbst nie genannt, keine Beleidigung oder Verwünschung an seinen Namen geknüpft, und immer nur Guizot geschmäht. Dieses Verhalten war von den Leitern des Aufstandes vorgeschrieben worden, weil die erklärte Absicht nach einem Umsturz des Thrones die Nationalgarde wahrscheinlich zu einer Vertheidigung desselben veranlaßt haben würde. Man wollte den König zur Flucht zwingen und dann erst die Monarchie zertrümmern.

Die in Folge von Guizot's Rücktritt festlich erleuchteten Boulevards waren, wie bei allen öffentlichen Veranlassungen in Paris, von einer großen hin und her wogenden Menge erfüllt. Das Volk wäre von selbst zu keiner Fortsetzung des Kampfes geneigt gewesen, aber irgend ein außerordentlicher Vorfall konnte die stillstehende Bewegung von neuem

zum Ausbruch bringen. Lagrange war mit einem Haufen zum äußersten entschlossener, und auf das äußerste gefaßter, Genossen von dem Stadtviertel St. Martin nach dem Platz Vendome gezogen. Dort wohnte der den Demagogen besonders verhaßte Justizminister Hebert, vor dessen Wohnung aufrührisches Geschrei erhoben, und die Fenster durch Steinwürfe zertrümmert wurden. Eine rothe Fahne und eine Anzahl Fackeln wurde der wilden Schaar vorangetragen. Der Anblick dieser verwegenen Gesellen, deren Gesichter von dem Pulverrauch des auf den Barrikaden vorher bestandenen Gefechtes geschwärzt waren, und welche vollständig bewaffnet geblieben, brachte auf die Begegnenden einen entflammenden Eindruck hervor. Von einer Menge Volkes, darunter auch Frauen und Knaben, begleitet, zogen die Aufständischen nach dem Boulevard des Capucines, wo das Ministerium des Auswärtigen lag, und Guizot's Anwesenheit vermuthet wurde. Daselbst war aber ein Bataillon Fußvolk im Viereck aufgestellt, welches dem Haufen den Weg verlegte. Der Oberstlieutenant hielt zu Pferde einige Schritte vor der Front, als sich der Mann, welcher die rothe Fahne trug, und einige der Fackelträger dem kommandirenden Officier näherten, und vor dessen Pferde die Fahne und die Fackeln hin und her schwenkten. Das Pferd bäumte sich, und ein Schuß von unbekannter Hand zerschmetterte ihm ein Bein. Das Viereck öffnete sich, und nahm den zurückgedrängten Oberstlieutenant auf, gab aber zugleich eine Salve auf das Volk, von welchem eine ansehnliche, obwohl nie genau angegebene, Menge todt oder verwundet niedersank.

Man hat behauptet, daß Lagrange, um jeden Preis zu einer Erneuerung des Kampfes entschlossen, auf das Pferd des Officiers geschossen, sich, die Erwiederung der Soldaten voraussehend, im Augenblick des Abfeuerns auf den Boden geworfen habe, und so unversehrt geblieben sei. Da dies Alles am späten Abend mitten unter einer großen Bewegung geschah, so ist über den einzelnen Verlauf nie etwas Bestimmtes ermittelt worden. Die Gehässigkeit dieser Handlung, welche so vielen Menschen das Leben kostete, hat dem Thäter, wer es auch gewesen sein mag, nicht hervorzutreten erlaubt.

Die Menge war, mit Hinterlassung ihrer Todten und Verwundeten, nach allen Seiten hin, unter Ausdrücken des Schreckens und der Wuth, auseinander gestoben. Die Kunde von dem Ereigniß vor dem Ministerium des Auswärtigen wurde von den Fliehenden mit Blitzesschnelle verbreitet. Ueberall ertönte der Ruf: „Wir sind verrathen! Man ermordet das Volk! Zu den Waffen! Zu den Waffen!“ Eine halbe Stunde nachher kam Lagrange mit seinen Genossen zurück. Diese

führten einen großen vierrädrigen Karren mit sich, auf welchen die noch nicht fortgeschafften Leichen geworfen, und bei Fackelbeleuchtung dem wieder herbei geströmten Volke gezeigt wurden. Ein Theil der Aufständischen trennte sich von dem Hauptzuge ab, begab sich in die entfernteren Stadttheile, und forderte die Menge zum Anschluß auf. Um Mitternacht wurden die Sturmglocken der Kirche St. Germain des Prés vernommen, deren drohender Klang an die Nacht vom 9. zum 10. August 1792 und die Revolution von 1830 erinnerte.

Ludwig Philipp erschrak, als er von diesen Vorgängen Nachricht erhielt. In einer noch von Guizot gegengezeichneten Ordonnanz wurde der Marschall Bugeaud, in die Stelle der den Umständen nicht gewachsenen Generale Jacqueminot und Tiburtius Sebastiani, zum Oberbefehlshaber der Pariser Nationalgarde und der Truppen der ersten Militairdivision ernannt. Zu derselben Zeit wurde Thiers, anstatt Molé's, welcher mit der Annahme gezögert und jetzt nicht mehr für geeignet galt, mit dem Vorsitz und der Bildung eines Ministeriums beauftragt. Bugeaud entwarf mit gewohnter Kraft und Sicherheit den Angriffsplan auf den sich jetzt rasch verbreitenden Aufstand, und die zahllosen Barrikaden, die sich auf allen von den Truppen zu berührenden Punkten erhoben. Diese Bollwerke wurden von den geheimen Leitern des Aufruhrs mit Geschicklichkeit und Umsicht angelegt. Um drei Uhr des Morgens hatte Thiers die Vorbereitungen zu einem neuen Ministerium getroffen, in welches auch Odilon Barrot eintreten sollte. Wie die Dinge jetzt standen, hing jedoch Alles weniger von den Ministern und ihren Berathungen, als von Bugeaud und seinen Truppen ab.

Bugeaud, der, von Austerlitz bis Waterloo, unaufhörlich gegen Russen, Oesterreicher, Preußen, Spanier und Engländer im Felde gelegen, später mehre Volksaufstände in Paris überwältigt, und zuletzt Araber, Kabylen und Marokkaner gebändigt hatte, war nicht nur ein kühner Soldat, sondern konnte auch für einen General erster Klasse gelten. Es waren schon längst von ihm alle Mittel einen bewaffneten Aufruhr zu bezwingen, die Barrikaden auf die schnellste Art, vermöge einer besonders darauf berechneten Angriffsweise, einzunehmen, und alle Schwierigkeiten des Bodens in Betracht gezogen worden. Eine genaue und kräftige Befolgung seiner Anordnungen hätte wahrscheinlich zum Ziele geführt, und den Aufstand gedämpft. Dann wäre es für Ludwig Philipp Zeit gewesen, in Verbindung mit einem neuen Ministerium und einer neuen Kammer, die von den Verhältnissen gebotenen Reformen einzuführen.

Aber Bugeaud's Anordnungen wurden von seinen Untergebenen mangelhaft, zum Theil gar nicht ausgeführt. Dazu kam, daß die Soldaten aus übertriebener Besorgniß, selbst als die Volksbewegung noch ganz gering war, zu einem ihre Kräfte erschöpfenden Dienst mehre Nächte hindurch gezwungen gewesen, und jetzt ohne hinreichende Lebensmittel, selbst ohne genügenden Schießbedarf, gelassen waren. Das Land war thatsächlich ohne Regierung, denn Guizot hatte sich zurückgezogen, und Thiers erst den Anfang zur Bildung eines Ministeriums gemacht. Ludwig Philipp war körperlich und geistig geschwächt, und doch hing alles von ihm ab. Anstatt sich, wie im Junius 1832, an die Spitze der Truppen zu stellen, oder sich wenigstens in die Nähe des Kampfplatzes zu begeben, blieb er in seinem Pallast. Seine beiden anwesenden Söhne, die Herzöge von Nemours und Montpensier, kamen ebenfalls nicht zum Vorschein. Es war in den maßgebenden Kreisen, wie beim Sturze Karl X., eine gänzliche Lähmung, durch das drückende Gefühl der Unpopularität veranlaßt, eingetreten, dem das Schwankende, Zögernde, Widersprechende in den getroffenen Maßregeln beizulegen ist. Die Umgebungen des Königs, lange über die Stimmung des Volkes in Irrthum geblieben, hatten, als die Gefahr näher trat, alle Besinnung verloren. Aber selbst viele Militairs erfüllten ihre Schuldigkeit nicht. Sonst tapfere und erfahrene Generale, wie Bedeau, ließen sich, anstatt das Volk zur Unterwerfung zu zwingen, mit den Leitern des Aufstandes in Unterhandlungen ein, schlossen mit ihnen eine Waffenruhe ab, ließen sich sogar ihr Geschütz abnehmen. Einige abgesonderte Korps lieferten, ohne Befehle gelassen, von Barrikaden eingeschlossen, an Hunger und Durst leidend, dem Volke ihre Waffen aus. Bugeaud hätte, ungeachtet aller Hindernisse, mit den unmittelbar unter ihm stehenden Truppen, wahrscheinlich dennoch seinen Zweck erreicht, denn die Aufständischen traten, wo er sich zeigte, scheu vor ihm zurück, und die Nationalgarde folgte seinem Ruf, als ihm im entscheidenden Augenblicke, indem er sich eben zum Angriff anschickte, die Nachricht zukam, daß der König ihm den Oberbefehl entzogen habe.

Thiers und seine Freunde hatten Bugeaud's Ernennung von Anfang an nicht gebilligt, da derselbe seit dem, ihm irriger Weise Schuld gegebenen, Gemetzel in der Straße Transnonain (April 1834), bei den unteren Klassen der hauptstädtischen Bevölkerung in dem Rufe der Härte und Willkühr stand. Es kam aber in diesem Augenblicke bei einem General in Bugeaud's Stellung nicht auf seine Popularität, sondern auf seine Entschlossenheit an. Thiers hatte deshalb seine Meinung

gegen den König zurückgehalten. Es herrschte aber am Morgen des 24. Februar in den Tuileries eine solche Verwirrung, daß fast Jeder, welcher wollte, in die Nähe der königlichen Familie gelangen konnte. Ein Advokat mosaischen Glaubens und Mitglied der Linken, Cremieux, der an den Reformbanketten lebhaften Antheil genommen hatte, erschien jetzt plötzlich, und stellte dem Könige die Unzweckmäßigkeit der Ernennung Bugeaud's, der ein Hinderniß zur Wiederherstellung der Ruhe sei, vor. Ludwig Philipp war so rath- und hülflos, daß er auf Cremieux Vorschlag dem Marschall Bugeaud den Oberbefehl abnahm, und denselben dem Marschall Gerard übertrug, bald darauf aber auch diesen Entschluß änderte, und auf desselben Cremieux Veranlassung den General Lamoriciere damit bekleidete.

Thiers geringe Beliebtheit beim Volke ward erst jetzt begriffen, und Odilon Barrot zum Ministerpräsidenten ernannt, was vierundzwanzig Stunden früher geschehen den beginnenden Aufstand unterdrückt haben würde. Thiers, welcher im Schlosse anwesend blieb, rieth jetzt dem Könige sich mit seiner Familie nach St. Cloud zu begeben, und dort, von den Forts beschützt, den weiteren Verlauf der Ereignisse ruhig abzuwarten. Ohne Zweifel wäre dies besser gewesen als in den Tuileries zu bleiben, wo er, von den immer näher rückenden Wogen des Aufruhrs bedroht, nur zwischen Flucht oder Gefangenschaft zu wählen hatte. Wenn Ludwig Philipp den Sitz seiner Regierung in St. Cloud aufschlug, wohin der Weg am Vormittag des 24. Februar noch offen war, und kein Hinderniß entgegenstand, so würde ihm die große Mehrheit der Kammern und der politischen und militairischen Notabilitäten dahin gefolgt sein, und die revolutionaire Partei sich auf die Forderung seiner Abdankung beschränkt, und vielleicht nicht einmal diese erreicht haben. Die Monarchie und die Dynastie wären, im Falle der König sich mit den Ministern und den auf dem Karousselplatz aufgestellten Truppen nach St. Cloud zurückzog, höchst wahrscheinlich gerettet, und Frankreich das traurige Schauspiel einer ohnmächtigen und anarchischen Republik, welche mit einem Staatsstreich endigen sollte, erspart worden sein. Aber Ludwig Philipp glaubte in dem Augenblicke, wo ihm Thiers diesen Rath ertheilte, daß Paris für ihn noch nicht verloren sei, und scheute St. Cloud, weil dort Karl X. am 2. August 1830 seine Thronentsagung unterzeichnet hatte.

Odilon Barrot hatte, im Vertrauen auf seine Popularität, einen Umzug in Paris gehalten, um das Volk zur Niederlegung der Waffen zu vermögen, aber nichts ausgerichtet. Es war unkluger Weise eine

Proklamation von Barrot und Thiers gemeinsam unterzeichnet worden, obgleich letzterer der Menge ein entschiedenes Mißtrauen einflößte, was jetzt auch auf ersteren überging. Der König stieg zu Pferde, um über die im Hofe der Tuileries anwesenden Linientruppen und Nationalgarden Musterung zu halten. Seine Gegenwart brachte aber in diesem Augenblick keine Wirkung hervor. Seine Verwerfung der Reform hatte ihm die Nationalgarde, seine Friedensliebe das stehende Heer entfremdet. Die Maßregeln gegen den Aufstand waren zu spät, ohne Einheit und Nachdruck, unternommen worden, und hatten, nachdem Bugeaud den Oberbefehl niedergelegt, alle Aussicht auf Erfolg verloren. Der König zog sich nach beendigter Revue, in gedrückter Stimmung, in seine Gemächer zurück.

Wie vorher Cremieux, so drängte sich jetzt ein anderer unberufener Rathgeber an Ludwig Philipp heran. Es war dies Emil de Girardin, der Herausgeber des Journals „La Presse", welcher dem Könige zur Abdankung rieth, weil sich das Volk mit einer Ministerveränderung nicht mehr zufrieden stellen lasse. „Wenn Euer Majestät nicht auf der Stelle entsagen", rief Girardin, „so giebt es in einer oder zwei Stunden in Frankreich kein Königthum mehr!" Er schlug außerdem: Auflösung der Kammern, Ertheilung einer allgemeinen Amnestie, und Ernennung der Herzogin von Orleans zur Regentin während der Minderjährigkeit ihres Sohnes vor. Von dem Herzoge von Montpensier, allerdings noch sehr jung und unerfahren, aber doch schon vermählt, welcher sich bei dieser Gelegenheit äußerst schwach benahm, ward Girardin's Antrag unterstützt. Sein älterer ebenfalls anwesender Bruder, der Herzog von Nemours, wußte weder zu rathen noch zu handeln, und legte, ungeachtet der von ihm bei der Erstürmung von Constantine und andern Gelegenheiten bewiesenen Tapferkeit, keine Thatkraft und Umsicht dar. Die Königin war der Abdankung entgegen, und wurde hierin von dem eben herbeigeeilten Marschall Bugeaud unterstützt, welcher dem Könige vorstellte, daß alles verloren wäre, wenn er die Gewalt aus den Händen gäbe. Man hörte im Schlosse das Gewehrfeuer von dem nahe gelegenen Chateau d'Eau her, wo die Aufständischen und die Truppen in einem heftigen Kampfe begriffen waren. Bugeaud rief: „Erst wollen wir uns noch schlagen, und dann weiter sehen! Aber danken Euer Majestät um Gottes willen nicht ab!" — Ludwig Philipp schwankte, und setzte die Feder mehrmals an und ab. Endlich gewann in ihm die Meinung die Oberhand, daß er durch seine Entsagung das Volk beruhigen und seine Dynastie retten könnte. Er unterzeichnete das verhängnißvolle Doku=

ment, welches ihn und seine Familie vollkommen wehrlos machte. Die Kunde von der Abdankung des Königs verbreitete sich rasch, brachte aber auf die Menge nicht den gewünschten Eindruck hervor. Die Thronentsagung hatte einen organisirten Widerstand gegen die Aufständischen unmöglich gemacht. Es gab keine Regierung mehr. Der Nachfolger Ludwig Philipp's war ein Kind von elf Jahren, und es stand nicht einmal fest, wer die Regentschaft, ob seine Mutter, wie es eine zahlreiche Partei von dem Tode des Herzoges von Orleans an gewünscht hatte, oder sein Oheim, der Herzog von Nemours, führen sollte, der von den Kammern dazu bestimmt worden war. Aber diese Frage sollte von der Macht der Ereignisse beseitigt werden. Innerhalb vierunddreißig Jahren waren drei französische Souveraine zur Niederlegung der Krone gezwungen worden.

Die vor den Tuileries aufgestellten Linientruppen hatten, da sie, bei der allgemeinen Rathlosigkeit und Verwirrung, von Niemand Befehle erhielten, den Karousselplatz geräumt, und sich in den Schloßhof zurückgezogen. Von der Nationalgarde konnte, bei solcher Zuchtlosigkeit und Auflösung, keine wirksame Hülfe erwartet werden, das Schloß lag demnach so gut wie unvertheidigt da. Im Augenblick, wo das Getöse der heranziehenden Volksmassen von den Bewohnern der Tuileries immer deutlicher vernommen wurde, erschien abermals Cremieux, und rieth dem Könige zu schleuniger Flucht, indem es sonst dazu bald zu spät sein würde. Da aber das Volk auf die Livrée des Königs schoß, und aus dem königlichen Wagenhause kein Fuhrwerk herbeigeschafft werden konnte, so mußte man sich mit zwei Lohnkutschen begnügen, welche die königliche Familie auf dem Konkordienplatze erwarteten. Es war für Ludwig Philipp allerdings Gefahr im Verzuge vorhanden, aber Cremieux drang nicht aus Theilnahme für den König auf eine beschleunigte Abreise, sondern um das letzte Hinderniß für Einführung einer neuen Ordnung der Dinge, in welcher er selbst eine hervorragende Rolle zu spielen dachte, zu entfernen. Er stellte sich, als glaube er an die Erhaltung der Monarchie, und sagte, gegen den König gewandt: „Sire! Es ist doch ausgemacht, daß die Frau Herzogin von Orleans die Regentschaft übernimmt?“ — „Nein!“ antwortete Ludwig Philipp. „Das Gesetz hat die Regentschaft dem Herzoge von Nemours zuerkannt, und ich habe nicht die Macht ein Gesetz zu ändern!“

Die Königin hatte allein in ihrer Familie der Abdankung widerstrebt, und ihren Gemahl sogar aufgefordert, dem Aufruhr persönlich entgegenzutreten. Als sie jetzt, wo Alles zur Abreise in Bereitschaft

stand, den König in bürgerlicher Kleidung, ohne irgend ein äußeres Zeichen seiner Würde, aus seinem Ankleidezimmer zurückkehren sah, stellte sich ihr die eingetretene Veränderung in ihrer ganzen Stärke dar. Obgleich die Königin sich nie im Einzelnen um die Staatsangelegenheiten bekümmert hatte, so war ihr, hierin scharfsinniger als viele andere, doch nicht entgangen, daß die Gährung im Volke erst seit dem Antrage auf eine Veränderung im Wahlgesetz, und seit den darauf folgenden Reformbanketten, einen so drohenden Charakter angenommen hatte, und daß hierzu von Thiers durch seine Reden, seine geheimen Umtriebe und Aufreizungen am meisten beigetragen worden war. Thiers war bisher in Ludwig Philipp's Nähe geblieben, als ihn die Königin plötzlich mit den Worten anredete: „Das ist Ihr Werk, mein Herr! Sie haben es so weit gebracht! Sie verdienten nicht einen so guten König zu haben!" — Thiers schied jetzt schweigend aus dem Schlosse, um es nie wieder zu betreten.

Ludwig Philipp begab sich mit seiner Gemahlin am Arm, von dem Herzoge von Montpensier, der Prinzessin Clementine und der Herzogin von Nemours mit ihren Kindern begleitet, nach den beiden auf dem Place de la Concorde bereit stehenden Wagen, die ihn über St. Cloud und Versailles nach seinem Schlosse Dreux brachten.

Der König hatte die Herzogin von Orleans mit ihren beiden Söhnen, dem Grafen von Paris und dem Herzoge von Chartres, in den Tuileries zurückgelassen. Denn er glaubte seine Schwiegertochter und seine Enkelsöhne, bei der vor dem Schlosse aufgestellten noch immer starken Truppenmacht, keiner persönlichen Gefahr ausgesetzt, und hoffte, daß die Kammern den Grafen von Paris als König anerkennen, und der Ehrgeiz der Parteien und die Aufregung im Volke, von seiner Thronentsagung und den damit verbundenen Veränderungen, befriedigt werden würden. Gleich nach der Entfernung Ludwig Philipp's erschien Dupin der Aeltere, früher der Freund und vertraute Rathgeber des orleansschen Hauses, und, obgleich dieses Verhältniß etwas lockerer geworden, demselben noch immer nahe stehend, und bat die Herzogin, sich mit ihren Kindern in seiner Begleitung nach der Deputirtenkammer, wo er selbst, da er lange ihr Präsident gewesen, noch vielen Einfluß besaß, zu begeben. Von dem hinzutretenden Herzoge von Nemours, welcher ebenfalls im Schlosse zurückgeblieben, ward Dupin's Aufforderung an die Herzogin wiederholt. Die große Mehrheit in beiden Kammern war zur Proklamirung des Grafen von Paris als Ludwig Philipp II., und der Anerkennung des Herzoges von Nemours als Regenten geneigt. Es hät-

ten aber, um dies zur Ausführung zu bringen, die Tuileries gegen die Aufständischen vertheidigt werden müssen, damit diese nicht zum Pallast Bourbon, wo die Deputirtenkammer saß, vordringen, und der Nationalrepräsentation Gewalt anthun konnten. Denn von der im Pallast Luxemburg versammelten Pairskammer konnte die Entscheidung nicht ausgehen. Ihre Zustimmung allein hätte nicht ausgereicht. Anstatt aber die Tuileries auf das äußerste zu halten, und dadurch den Pallast Bourbon zu schützen, war der Herzog von Nemours so unbesonnen, der Aufforderung eines der Leiter des Aufstandes, eines jungen Arztes, Namens Auber=Roche, Gehör zu geben, welcher, unter dem Vorwande Blutvergießen zu vermeiden, das Zurückziehen der Linientruppen aus der Nähe des Schlosses verlangte. Sobald dies geschehen, blieben die Tuileries nur noch von der Nationalgarde besetzt, welche, wie hätte vorausgesehen werden können, gegen das heranstürmende Volk keinen Widerstand leistete.

In der Deputirtenkammer waren ungefähr 300 Mitglieder anwesend, als das Erscheinen der Herzogin von Orleans, von ihren beiden Söhnen, ihrem Schwager, Dupin dem Aelteren, und einigen höheren Officieren begleitet, angemeldet wurde. Sauzet hatte den Präsidentenstuhl eingenommen. Die Ministerbank war leer. Odilon Barrot und Thiers hatten noch kein Ministerium zu Stande bringen können. Nach Odilon Barrot wurde vergeblich gesucht und gefragt. Thiers war einen Augenblick lang erschienen, aber bald wieder verschwunden. Seine verstörten Züge drückten seine innere Bewegung aus. Auf die an ihn gerichteten Fragen konnte er nur die Worte hervorbringen, indem er den Hut hoch über den Kopf emporhielt: „Die Fluth steigt, steigt, steigt!“— Der König hatte entsagt, sein Nachfolger und der Regent waren noch nicht proklamirt, das Ministerium nicht gebildet. Es war demnach keine oberste Leitung vorhanden, Niemand da, der zu befehlen gehabt hätte. Eine wahrhafte Volksvertretung hätte sich für permanent erklärt, und einem Ausschusse aus ihrer Mitte bis auf Weiteres die Regierung übertragen. Dazu fehlte es aber den Deputirten an Kraft und Einigkeit. Unter solchen Umständen mußte die blinde Gewalt entscheiden.

Als die Herzogin von Orleans in der Deputirtenkammer erschien, wurde sie von der großen Mehrheit der Versammlung mit außerordentlichem Beifall begrüßt, und ihr und ihrer Familie ein Sitz vor der Rednerbühne eingeräumt. Dupin der Aeltere nahm jetzt das Wort. Er sagte, nach einer kurzen Einleitung, daß durch die Abdankung Ludwig Philipp's der Graf von Paris, unter der Regentschaft der Herzogin von

Orleans, König geworden sei. Alsbald ließ die konservative Majorität den mehrmals wiederholten Ruf: „Es lebe der Graf von Paris! Es lebe Ludwig Philipp II.! Es lebe die Regentin!" erschallen. Aber Dupin war sehr unglücklich berathen, als er der Regentschaft der Herzogin von Orleans erwähnte, und bot dadurch der demokratischen und legitimistischen Partei in der Kammer die erste Gelegenheit zum Widerspruche dar. Gegen die Proklamirung des Grafen von Paris als Ludwig Philipp II. konnte sich, so lange noch ein Schein von Recht und Gesetz bestehen blieb, Niemand erheben, da die Erbfolge von der Verfassung festgestellt war. Aber Jedermann wußte auch, daß die Regentschaft durch ein von beiden Kammern 1842 bestätigtes Gesetz dem Herzoge von Nemours gehörte, und hierin seitdem keine Veränderung vorgenommen worden war. Als Sauzet, mit Dupin einverstanden, die Kammer zu einer endgültigen Entscheidung in Betreff der Regentschaft der Herzogin von Orleans drängen wollte, erhoben sich von den Bänken der äußersten Linken und der Legitimisten heftige Einreden, in welche die Zuschauerbühnen einstimmten. Bei dem Mangel an Aufsicht und Ordnung hatte die wachhabende Nationalgarde den Eingang zu dem Pallast Bourbon nicht gesperrt, und viele zur Kammer nicht gehörige Personen, darunter Mitglieder der geheimen Gesellschaften, in den Saal dringen lassen. Ein wilder Lärm erhob sich, welcher Dupin und Sauzet den Muth zur Durchführung ihrer Absichten nahm. Der Antrag der Opposition, die Sitzung zu unterbrechen, weil die Kammer nicht in der Gegenwart des neuen Königs und der Regentin berathen könne, ward angenommen. Sauzet verließ den Präsidentenstuhl. Das zunehmende Toben in den von bewaffneten Volkshaufen sich füllenden Gängen, welche zum Sitzungssaale führten, der Wiederhall des in der Nähe zwischen den Aufständischen und der Municipalgarde stattfindenden Kampfes fing die Majorität, welche bisher entschieden für die Proklamirung Ludwig Philipp II. und der Regentin gewesen war, einzuschüchtern an.

Die radikale Partei in der Kammer, welche bis dahin die Entfernung Ludwig Philipp's und die Annahme eines anderen Regierungssystems, aber keineswegs den Umsturz des Thrones angestrebt hatte, trat jetzt, bei der Nachricht von der Einnahme der Tuileries durch das Volk, und dem Steigen der revolutionairen Bewegung, mit höheren Ansprüchen auf. Die Sitzung war, da die Umstände zu einer Entscheidung drängten, ungeachtet der Anwesenheit der fürstlichen Personen,

wieder aufgenommen worden. Ein Mitglied der äußersten Linken, der Advokat Marie, schlug, die Frage über die Regentschaft umgehend, die Einsetzung einer provisorischen Regierung vor. Dieser Antrag wurde von den extremen Parteien, den Legitimisten und Demokraten, und den Zuschauerbühnen mit großem Beifall angenommen. Es war dies der erste Schritt zu weiteren Angriffen auf die bestehenden Einrichtungen. Die Einsetzung einer provisorischen Regierung mußte die Aufhebung des Königthums nach sich ziehen. Von der konservativen Majorität ward kein kräftiger Einspruch erhoben. Von Cremieux, der während dieser ganzen Zeit die Rolle eines Heuchlers und Ränkeschmiedes spielte, ward ebenfalls für die Errichtung einer provisorischen Regierung gesprochen, obgleich er erst einige Stunden vorher dem Könige Ludwig Philipp die Uebertragung der Regentschaft an die Herzogin von Orleans vorgeschlagen hatte, von demselben aber, wie oben erwähnt, abgewiesen worden war. Der legitimistische Abgeordnete, Abbé de Genoude, Redakteur der Gazette de France, trug auf eine Berufung an die Nation an, welche in Urversammlungen über die einzuführende Regierungsform entscheiden sollte. Alles Unglück, meinte er, komme davon her, daß dies nicht 1830 geschehen sei. Dies hieß die Rechtmäßigkeit der Juliusmonarchie mit klaren Worten verwerfen.

Odilon Barrot war endlich in der Kammer erschienen, und sprach sich, ungeachtet einiger Zugeständnisse an die Meinung des Augenblickes, im wesentlichen entschieden für die Proklamirung Ludwig Philipp II. und die Regentschaft der Herzogin von Orleans aus. Bei den Worten des Redners: „Die Juliuskrone ruht auf dem Haupte eines Kindes und einer Frau...." gab sich in den Reihen der Majorität ein stürmischer Beifall zu erkennen. Er machte darauf aufmerksam, wie gefährlich es für die Freiheit und selbst die Größe Frankreichs wäre, das in Zweifel ziehen zu wollen, was durch die Juliusrevolution festgestellt worden sei. Es könne aus dem ohnedies erschütterten Boden die Flamme des Bürgerkrieges hervorbrechen, und Frankreich dem Auslande gegenüber schwächen. Dies war von Seiten Odilon Barrot's edelmüthig, da er der Juliusmonarchie nichts verdankte, während Thiers, dem dieselbe so viele Gelegenheit sich auszuzeichnen verschafft hatte, im entscheidenden Moment gar nicht zum Vorschein kam. Nach Odilon Barrot erhob sich der legitimistische Abgeordnete Marquis de la Rochejacquelein, der sich, wie damals alle Mitglieder seiner Partei, mehr zu der Demokratie als der Juliusmonarchie hinneigte, und äußerte, was auf den Bänken

der Konservativen großen Unwillen erregte, daß die Kammer weder das Recht noch die Macht habe, über Frankreich's Schicksal zu entscheiden, und daß ein Beschluß der Art nur vom Volke ausgehen könne.

Das Palais royal und die Tuileries waren unterdessen von den Aufständischen eingenommen und verwüstet worden. Im Palais royal befand sich das Archiv des Hauses Orleans, eine kostbare Bibliothek und eine werthvolle Gemäldesammlung. Es wurde alles zu den Fenstern hinausgeworfen, und von der unten stehenden Menge zu einem Freudenfeuer gebraucht. Hierauf begaben sich die bewaffneten Banden, unter Lagrange's Anführung, nach den Tuileries, welche von den Linientruppen schon früher und zuletzt auch von der Nationalgarde verlassen waren. Alles was dort an die königliche Familie erinnerte, ihre Portraits, Büsten, der mit der Krone oder dem Namenszuge Ludwig Philipp's versehene Hausrath, Sessel, Spiegel u. s. w. wurden in Stücke geschlagen. Man schleppte den Thronsessel nach dem Platz der Bastille, und verbrannte ihn am Fuß der Juliussäule. Die eigentlichen Kostbarkeiten, wie Juwelen, Gold, Silbergeräthe, wovon die königliche Familie bei ihrer unvorbereiteten Flucht nichts mitgenommen hatte, blieben jedoch unberührt, und einige Leute, die sich davon etwas angeeignet hatten, wurden alsbald erschossen. Lagrange hatte im Thronsaale der Menge die Abdankungsurkunde Ludwig Philipp's vorgelesen, und am Schlusse erklärt, daß man nicht eher ruhen dürfe, als bis die Republik ausgerufen worden sei.

Ein Theil der bewaffneten Banden, welche das Chateau d'Eau erstürmt und angezündet, und das Palais royal und die Tuileries eingenommen und verheert hatten, wollte sich jetzt auf den Pallast Bourbon werfen. Auf dem Konkordienplatze stand, durch die früher im Hof der Tuileries befindlich gewesenen Bataillone verstärkt, der General Bedeau mit 8000 Mann Linientruppen und zwölf Kanonen, welche den Zug der Aufständischen, deren Absichten nicht zweifelhaft waren, sehr wohl hätten aufhalten können. Bedeau, der wie alle Generale, mit Ausnahme des Marschalls Bugeaud, sich an diesem Tage unentschlossen zeigte, und nichts auf sich selbst nehmen wollte, schickte einen seiner Adjutanten nach der Kammer, um bei Odilon Barrot, der den Namen nach Ministerpräsident war, anfragen zu lassen, ob er Maßregeln zur Sicherheit der Deputirten und der sich in ihrer Mitte befindenden Mitglieder der königlichen Familie treffen solle. Der Adjutant, welcher nicht bis zu Odilon Barrot gelangen konnte, bat einen der Abgeordneten, den ehemaligen Oberstlieutenant Courtais, den Auftrag auszurichten. Courtais, wel-

cher zur republikanischen Partei gehörte, that als verhandle er mit Odilon Barrot über diesen Gegenstand, obgleich er denselben nicht einmal berührte, ließ aber Bedeau bedeuten, daß die Kammer nicht bedroht wäre, und keines Schutzes bedürfe. Auf diese Art vereinigten sich alle Umstände, um den Demagogen zum Siege zu verhelfen. Erst die Räumung der Tuileries, ohne welche die Aufständischen nicht in die Nähe des Pallastes Bourbon hätten gelangen können, und dann die Unthätigkeit der von Bedeau befehligten Truppen.

Die Spitzen der Banden, welche von den Tuileries herkamen, drangen jetzt, indem sie die Mauer des Gartens überstiegen, in das Innere des Pallastes Bourbon und den Sitzungssaal selbst ein. Es waren dies Nationalgardisten, Arbeiter, Studirende, mit Flinten, Pistolen, Piken und Eisenstangen bewaffnet. Die Herzogin von Orleans zog sich bei dem Eintritt der wilden Menge, mit ihrer Begleitung durch den der Rednerbühne gegenüber gelegenen Haupteingang, von der Mehrzahl unbemerkt, zurück. Die Deputirten flüchteten nach den oberen Sitzreihen hinauf. Aus der Mitte des Saales, der von Bewaffneten eingenommen war, von den Zuschauerbühnen, und von den in das Innere führenden Gängen her erscholl es unaufhörlich: „Keine Regentschaft! Keinen König mehr! Keine Bourbonen! Auf der Stelle eine provisorische Regierung!"

Es gab jetzt weder Majorität noch Minorität mehr. Alle gesetzliche Gewalt hatte aufgehört. Einige durch ihre Opposition bei dem Volke besonders beliebt gewordene Deputirte, wie Ledru-Rollin, Lamartine u. s. w. konnten sich allein noch Gehör verschaffen. Kein Einziger von ihnen hatte sich am Morgen, in der Absicht um an einer ganz neuen Ordnung der Dinge zu arbeiten, nach dem Pallast Bourbon begeben. Selbst durch die Abdankung und Flucht des Königs war Niemand, als einige der Leiter des Aufstandes, auf den Gedanken an den Umsturz der Monarchie gebracht worden. Die Mitglieder der äußersten Linken waren in ihren Wünschen nicht über die Einführung eines ihrer Meinung nach liberalen Regierungssystems hinaus gegangen. Als aber die Tuileries eingenommen, die Menge in den Sitzungssaal gedrungen, die Herzogin von Orleans mit ihren Kindern verschwunden war, die Nationalgarde sich zum Theil auf Seite des Aufruhrs geschlagen hatte, als die Nachricht ankam, daß in mehren Kasernen der Soldat dem Volke seine Waffen ohne Widerstand ablieferte, glaubten die Führer der äußersten Linken, daß der Augenblick gekommen sei, durch Einsetzung einer provisorischen Regierung der Republik das Thor zu öffnen. Noch aber

wurde der Name: Republik — vermieden, und nur vom Nationalwillen, und von aus der Volksgewalt hervorgegangenen Institutionen gesprochen.

Ledru-Rollin schien anfänglich in der zu diesem Zweck gehaltenen Rede nur die Verleihung der Regentschaft an die Herzogin von Orleans durch die Kammer, zu bekämpfen, und die Ernennung zu dieser Stelle von der Wahl der Nation abhängig machen zu wollen. Er gab aber seine wahren Absichten deutlicher zu erkennen, als er auf die Wirkungslosigkeit der Abdankung Napoleon's zu Gunsten seines Sohnes, und Karl's des Zehnten zu Gunsten seines Enkelsohnes anspielte, und durchblicken ließ, daß Ludwig Philipp und der Graf von Paris dasselbe Schicksal haben würden. Von dem Beifall, welchen sein Vortrag bei der Linken, auf den Zuschauerbühnen und unter der in den Sitzungssaal eingedrungenen bewaffneten Menge fand, ermuthigt, forderte er am Schlusse die Errichtung einer provisorischen Regierung und die Einberufung eines Konvents, welcher die Rechte des Volkes wahrnehmen sollte.

Zuletzt sprach Lamartine in der von ihm seit seinem Uebergange zur Opposition angenommenen Weise, schmeichelte der Menge, hob ihre Thatkraft und ihre Vaterlandsliebe hervor, und erklärte, daß es Zeit sei, die von ihr so lange vergeblich gehegten Hoffnungen zu verwirklichen. Der Selbstsucht und Bevorzugung der Einen, der Unterdrückung und Erniedrigung der Anderen müsse ein Ende gemacht werden. Plötzlich erhebt sich an den Eingängen zum Pallast Bourbon ein furchtbarer Tumult. Man hört Gewehrschüsse, in unmittelbarer Nähe abgefeuert. Eine neue Bande, welche von den Tuileries herkam, und deren Zug über den Konkordienplatz von den dort noch immer befindlichen Linientruppen nicht aufgehalten worden war, drang in den Sitzungssaal ein.

Dieser Haufe hatte ein noch wilderes Ansehen, als diejenigen, welche ihm vorangegangen waren. Viele darunter waren von dem Genusse der in den Schloßkellern geplünderten Weinvorräthe in den Zustand der Trunkenheit versetzt worden. Die Gesichter von Pulver geschwärzt, die Kleider von Blut befleckt, zogen sie unter dem Gesange der Marseillaise ein. Auf den Spitzen der Bayonnette wurden die den getödteten Militairs abgenommenen Kopfbedeckungen getragen. „Es lebe die Republik! Nieder mit der Kammer! Keine Deputirten mehr!" erscholl es von allen Seiten. Ein Mensch legte sein Gewehr auf Lamartine an, welcher sich noch auf der Rednerbühne befand. Die Deputirten, welche bis dahin noch ausgehalten hatten, ergriffen jetzt, mit Ausnahme der

Mitglieder der äußersten Linken, und einiger Legitimisten, wie de la Rochejacquelein, die Flucht. Der Präsident der Deputirtenkammer, Sauzet, zog sich ebenfalls zurück, und die Volksvertretung hatte damit den letzten Schein von Gesetzlichkeit verloren.

Die rohe Menge saß jetzt nicht nur, wie dies einige Male in der ersten Revolution geschehen, auf denselben Bänken zwischen den Repräsentanten der Nation, sondern nahm, nachdem die meisten derselben entflohen waren, fast allein den Sitzungssaal ein, und maßte sich die Rechte einer gesetzgebenden Körperschaft an. Lamartine war es vornehmlich, welcher durch seine wiederholten Ansprachen die augenblickliche Ernennung einer provisorischen Regierung durchsetzte. Denn es wäre sonst, bei dem wüsten Lärmen und Toben, vielleicht der Abend ohne Entscheidung herangebrochen. Der Ehrgeiz, um jeden Preis einen Antheil an der öffentlichen Gewalt zu bekommen, und dieselbe dem ihm vorschwebenden Ideal von Volkswohl gemäß anzuwenden, hatte Lamartine's von Natur edeln Sinn bei dieser Gelegenheit auf beklagenswerthe Abwege geführt. In tumultuarischer Weise, wie sonst nicht leicht vorgekommen, unaufhörlich von dem Ausruf: „Es lebe die Republik!" unterbrochen, wurden die Mitglieder der provisorischen Regierung ernannt. Sie bestand aus: Dupont de l'Eure, seit de la Fayette's Tode der Patriarch des französischen Liberalismus, Lamartine, Ledru-Rollin, Marie, Cremieux, dem berühmten Astronomen Arago und Garnier-Pagès, der sich durch einige Schriften über staatswirthschaftliche Gegenstände bekannt gemacht hatte.

Die neuen Gewalthaber begaben sich unter dem Zurufe des Volkes nach dem Hotel de Ville, wo seit 1789 alle Umwälzungen ihre Weihe erhalten hatten, und die anwesend gebliebenen Stenographen des Moniteur stellten die Ereignisse des Tages im Geiste der an das Ruder gekommenen Partei dar. Die Pairskammer hatte am Nachmittage die Ankunft der Herzogin von Orleans erwartet, und war zur Anerkennung des Grafen von Paris als König bereit gewesen. Schon war die Deputation, welche sie im Luxemburg empfangen sollte, ernannt, und die für sie und ihre Familie nöthigen Sessel in Bereitschaft gesetzt worden. Da Niemand kam, so waren die Pairs gegen Abend aus einander gegangen.

Ludwig Philipp begab sich, als er in seinem Schlosse zu Dreux Nachricht von der Einführung der Republik erhielt, von seiner übrigen Familie getrennt, mit der Königin unter einer Verkleidung nach der Küste, wo er, nach manchen Hindernissen und Gefahren, Gelegenheit

fand sich nach England einzuschiffen. Die Herzogin von Orleans hatte sich, als das Volk in den Sitzungssaal der Deputirten eindrang, nach dem Hotel der Invaliden geflüchtet, wo sie von dem Gouverneur mit ehrerbietiger Besorgniß für ihre weitere Sicherheit empfangen wurde. Von da begab sie sich zu einer dem königlichen Hause befreundeten Familie, und erreichte, in Begleitung des Marquis von Mornay, mit ihren Kindern die belgische Grenze. Den Herzögen von Nemours und Montpensier gelang es, sich mit ihren Angehörigen nach England einzuschiffen. Der Prinz von Joinville und der Herzog von Aumale befanden sich zur Zeit der Februarrevolution in Algier. Letzterer war zum General-Gouverneur dieser Kolonie ernannt worden. Als die Nachricht von der Errichtung der Republik ankam, zogen sich beide Prinzen, unter lebhaften Betheuerungen ihrer unwandelbaren Anhänglichkeit an Frankreich, über Gibraltar nach England zurück. Anfangs Mai waren sämmtliche Mitglieder des Hauses Orleans auf englischem Boden versammelt.

Neueste Geschichte.

Vierter Zeitraum.

Die neuesten Begebenheiten seit der Februar-Revolution.

1. Frankreich von der Februar-Revolution bis zur Wahl Louis Napoleon's zum Präsidenten der Republik.

Aus der Deputirtenkammer war am 24. Februar, ohne Ermächtigung von Seiten der berechtigten Staatsgewalten, ohne Anwendung gesetzlicher Formen, durch den Willen und Zuruf einer wilden Menge, eine provisorische Regierung hervorgegangen, deren Mitglieder an eine solche Stellung für sich vorher im Ernst nie gedacht haben konnten. Aber das Schwierigste war nicht ihre Ernennung, sondern ihr unter der allgemeinen Aufregung Anerkennung und Gehorsam zu verschaffen. Als die neuen Machthaber von dichtgedrängten Schaaren Bewaffneter umgeben nach dem Stadthaus (Hôtel de Ville) zogen, fanden sie auf dem Greveplatz so ungeheuere Volksmassen, daß sie nur mit äußerster Mühe in dasselbe eintreten konnten. Auf dem Platze waren aus Besorgniß vor einem möglichen Angriff vier Kanonen aufgefahren, hohe Barrikaden schlossen die Eingänge zu den benachbarten Straßen, todte Pferde lagen auf dem Pflaster umher, und Tragbahren mit gefallenen oder verwundeten Kämpfern zogen unaufhörlich über ihn hin. Im Stadthause selbst sah es noch wüster aus. Alle Treppen, Gänge, Gemächer waren von den Kellern bis zum Dach von Bewaffneten zum Erdrücken voll, die sich nach beendigtem Kampf dahin als dem allbekannten Mittelpunkt des städtischen Lebens gewandt hatten. Von Leidenschaft erhitzt, von Pulverrauch geschwärzt, von Blutspuren bedeckt, wogten sie auf und ab, und machten der stürmischen Bewegung ihres Innern durch den unaufhörlich ertönenden Ruf: Es lebe die Republik! und durch das Abfeuern ihrer Gewehre Luft, die in den weiten Räumen des Gebäudes wiederklangen, und ihm das Ansehen einer mit Sturm genommenen Citadelle gaben.

Selbst die inneren Höfe waren von einer ab= und zuströmenden Menge, aber auch von schichtenweis erhöhten Leichnamen angefüllt, deren immer mehr herbeigebracht wurden, ein Anblick, der das Rachegefühl der Ueberlebenden noch stärker anzufachen schien. Alles drängte und tobte wie rasend durcheinander, und gab seinen Haß gegen das Königthum, seine Begeisterung für die Republik in den entflammtesten Ausdrücken zu erkennen. Die Mitglieder der provisorischen Regierung, schon früher auf ihrem Wege durch die wogenden Volksmassen von einander getrennt, wußten nicht, als sie endlich mit Mühe in dem Stadthaus zusammentrafen, wo sie sich in demselben niederlassen sollten, da alle Räume überfüllt waren, als ihnen endlich von einem Beamten der Polizeipräfektur ein kleines Zimmer angewiesen wurde, in welchem sie festen Fuß fassen, und, wenn auch unter zahllosen Störungen ihre Arbeiten beginnen konnten. Die größte Schwierigkeit für die in der Deputirtenkammer improvisirten Machthaber lag indessen weniger in der im Volke herrschenden Gährung, das sehr bald das Bedürfniß einer Leitung, wenn auch einer Leitung nach seinem Sinne fühlte, als vielmehr in dem Auftreten nebenbuhlerischer Gesinnungsgenossen, die ebenfalls populair waren, und einen Antheil an der öffentlichen Gewalt als Lohn für ihre Mitwirkung bei der Revolution beanspruchten. Als Lamartine und seine Kollegen im Stadthaus ankamen, fanden sie daselbst eine Anzahl von Personen vor, die durch ihre Meinungen im Volk beliebt waren, Journalisten wie: Armand Marrast, Floccon, Louis Blanc; Mitglieder der geheimen Gesellschaften und Demagogen von Profession wie: Caussidière, Sobrier, Lagrange, die nicht geneigt waren, vor ihnen ohne weiteres zurückzutreten. Indessen nahmen Männer wie: Dupont de l'Eure, Arago, Lamartine in der Schätzung der Menge offenbar den ersten Platz ein, und die rivalisirenden demagogischen Größen mußten damit zufrieden sein, der neuen Regierung, wenn auch anfangs in untergeordneter Stellung, beigesellt zu werden. Die erste Klippe, an der noch alles hätte scheitern können, ein innerer Kampf in der zur Herrschaft gekommenen Partei, war demnach glücklich umschifft worden. Es fand eine Fusion von Personen und Meinungen sehr verschiedener Art statt, deren üble Folgen später hervortreten sollten, die aber wenigstens für den Augenblick ein Glück war, da ohne sie der Uebergang zu einer neuen Ordnung der Dinge noch schwieriger gewesen wäre.

Ungeachtet des furchtbaren Tumults, den nach den Mittheilungen von Augenzeugen keine Schilderung zu übertreiben vermöchte, und der zuweilen jede Organisation unmöglich zu machen schien, gelang es der

provisorischen Regierung festen Fuß zu fassen, und die Geschäfte unter ihre Mitglieder zu vertheilen. Als die Nachricht von dem was in der Deputirtenkammer geschehen sich in Paris verbreitete, begab sich eine Anzahl politischer und administrativer Notabilitäten nach dem Stadthaus, um die neuen Machthaber in ihren Arbeiten zu unterstützen. Die Maires der verschiedenen Stadttheile, Präfekturräthe und Polizeikommissarien stellten sich der provisorischen Regierung zur Verfügung, halfen ihr Ansehen unter dem Volk verbreiten, und wurden ihr mit ihren Lokalkenntnissen nützlich. Aus der Jugend der gebildeten Klassen erschienen Eleven der polytechnischen Schule, die mehr jungen Militairs als Studirenden ähnlich sind, und noch von der Vertheidigung von Paris (30. März 1814) und von der Juliusrevolution her beim Volke beliebt waren; auch fanden sich Studenten der Rechte und Medicin ein, und bildeten mit den Polytechnikern vereint, eine Art von Schutzwache um die provisorische Regierung, die den Zugang zu dem Sitzungslokal vertheidigte, Aufträge erhielt und ausführte, und die Menge durch gewinnende Ansprachen und Vorstellungen zu beschwichtigen suchte. Es ward jetzt, im Vergleich zu dem was vorhergegangen und bald folgen sollte, etwas Ordnung in das Chaos gebracht, wenigstens so viel als nöthig war, um die nächsten Ergebnisse der Bewegung festzustellen, und dieselbe dadurch einigermaßen zu beschränken.

Das Erste, was die neuen Machthaber thaten, war der Erlaß einer Proklamation an das französische Volk, in der sie die Einsetzung einer provisorischen Regierung ankündigten, die aus dem Drange der Umstände hervorgegangen sei, und die Revolution organisiren und befestigen werde. Außer den schon oben genannten sieben Mitgliedern derselben wurden Armand Marrast, Louis Blanc, Flocon und Albert als ihr zugetheilte Sekretaire aufgeführt, und zugleich erklärt, daß die provisorische Regierung zwar die Republik wolle, als die mit den Grundsätzen der Freiheit, Gleichheit und Verbrüderung übereinstimmendste Staatsform, deren endgültige Feststellung aber von der Genehmigung der Nation abhängig mache, die darüber so rasch wie möglich befragt werden solle. Hierauf ging die provisorische Regierung an die Vertheilung der bedeutendsten Staatsämter. Dupont de l'Eure wurde Conseilpräsident ohne Portefeuille; Lamartine Minister der auswärtigen Angelegenheiten; Ledru-Rollin Minister des Innern; Arago Marineminister; Marie Minister der öffentlichen Arbeiten; General Bedeau*) Kriegsminister;

*) Da er ablehnte, wurde der General Subervic an seine Stelle gesetzt.

Goudchaux Finanzminister; Carnot, der Sohn des berühmten Konventsmitgliedes, Minister des öffentlichen Unterrichts; Bethmont Handelsminister; der General Cavaignac wurde zum Generalgouverneur von Algerien, und Garnier-Pagès zum Maire von Paris ernannt. Caussidière und Sobrier wurden an die Spitze der Pariser Polizei gestellt. Den Oberbefehl über die Nationalgarde im Departement der Seine erhielt der ehemalige Oberstlieutenant und Deputirte Courtais. Der Pairskammer wurde verboten sich wieder zu versammeln, was einer Aufhebung dieses Instituts, das übrigens nie tief in das französische Leben eingedrungen gewesen, gleich kam, und die Deputirtenkammer ward für aufgelöst erklärt. Alle Civil- und Militairautoritäten, deren Stellen nicht ausdrücklich anders besetzt wurden, sollten vorläufig in denselben erhalten bleiben. Die provisorische Regierung erließ hierauf eine Ansprache an das Heer, in welcher es von seinem dem Königthum geleisteten Eid im Namen der Nation entbunden, zur Eintracht mit den Bürgern, und zum Vergessen des Geschehenen aufgefordert wurde. Diese ersten Anordnungen der neuen Machthaber brachten in Paris einige Beruhigung hervor. Der besitzende Theil der Bevölkerung sah darin die nothwendigsten Grundlagen zur Wiederherstellung der Ordnung, und die gemäßigten Anhänger der Revolution fanden sich durch den Sieg ihrer Partei befriedigt. Aber in der Masse der niederen Klasse gährte es nach wie vor fort, und wenn auch der Ausbruch überspannter Ideen und zügelloser Leidenschaften dann und wann zurückgedrängt wurde, so blieb doch der zündbare Stoff bestehen, den damals keine menschliche Gewalt vollkommen zu beseitigen oder zu löschen im Stande gewesen wäre.

Am Abend des 23. Februar war Paris wegen Entlassung des Ministeriums Guizot erleuchtet gewesen, am Abend des 24. geschah dasselbe aus Freude, wie es hieß, über die Proklamirung der Republik, in Wahrheit aber weil der Pariser Bürgerstand von den Maßregeln der provisorischen Regierung Sicherheit gegen Unterdrückung, Plünderung und weiteres Blutvergießen erwartete. Denn die Republik begegnete nur den Wünschen eines Theils der aufgeregten Jugend, die in dieser Staatsform ihr politisches Ideal verwirklicht sah, und fand bei den untern Klassen nur darum eine so beifällige Aufnahme, weil sie von ihr eine Abhülfe ihres materiellen Nothstandes erwarteten. An und für sich lag sie nicht, wie bei der nordamerikanischen Revolution, in von der Natur und Geschichte vorbereiteten Zuständen, und dem Charakter der Bevölkerung. Die Begeisterung für sie war ein Rausch, der mit den Umständen, die sie herbeigeführt hatten, wieder verfliegen sollte.

Während die Hauptstraßen der Stadt am Abend des 24. Februar von einem Lichtmeer funkelten, und die Bevölkerung über die Beendigung des Kampfes erfreut, wie an einem Festtag auf und nieder wogte, saßen Lamartine und seine Kollegen in einem engen zum Ersticken vollen Zimmer, nachdem die dringendsten Geschäfte, wie die Proklamationen an Volk und Heer und die Besatzung der obersten Stellen, erledigt waren, mit Ausfertigung der einzelnen Dekrete beschäftigt, die an die Civil- und Militairautoritäten in den Departements über die Einführung der neuen Ordnung der Dinge erlassen wurden. Sie wurden bei dieser Arbeit von einer Anzahl tüchtiger Männer unterstützt, die, oft ohne amtliche Stellung, ihnen freiwillig mit Rath und That zur Seite standen, aber auch unaufhörlich von der wilden Menge unterbrochen, die mit Gewalt in den Ort ihrer Sitzungen eindrang, bald dieses bald jenes an den von ihnen getroffenen Anordnungen tadelte und von ihnen Erklärungen über ihre ferneren Plane forderte, und dies alles in der stürmischen, drohenden Weise, die Leuten natürlich war, die eben erst ihr Leben für ihre Sache auf das Spiel gesetzt hatten, und sich als Sieger und Herren des Schlachtfeldes ansahen. Die Treppen, Gänge und Fußböden im Hôtel de Ville zitterten unter der Last der ungeheuren bewaffneten Menge, die sich auf ihnen hin und her drängte. Die vielen menschlichen Leichname und todten Pferde, die in und vor dem Gebäude lagen und zum Theil absichtlich dahin gebracht waren, verbreiteten einen unerträglichen Geruch. Die Gegner der provisorischen Regierung hatten gehofft, dieselbe dadurch vertreiben oder wenigstens in ihren Arbeiten hindern zu können. Sie hielt jedoch unerschütterlich aus. Aber die Thüren, die zu ihrem Zufluchtsort führten, wurden mehrmals mit Gewalt geöffnet, und Lamartine sah sich am Abend zu wiederholten Malen genöthigt auf den Platz herabzusteigen, und das dort versammelte Volk unter Betheurung seiner Anhänglichkeit an die Republik und Versprechungen für die Zukunft zu beruhigen und von der Begehung weiterer Unordnungen abzuhalten. Erst in später Nacht verlief sich die Menge, die seit vierundzwanzig Stunden unaufhörlich in Bewegung gewesen war. Die provisorische Regierung soll, von ihrer Ankunft im Stadthause bis gegen Morgen, wo ihren Mitgliedern vor Ermüdung die Augen zufielen und ihren Händen die Feder entsank, gegen siebenzig Proklamationen, Dekrete und Instruktionen erlassen haben.

Die meisten Mitglieder der provisorischen Regierung hatten seit längerer oder kürzerer Zeit republikanische Gesinnungen gehegt, waren aber vor dem 24. Februar von der Hoffnung weit entfernt gewesen, sie

schon damals verwirklicht zu sehen. Theils Begeisterung für das Ziel ihrer Wünsche, theils der Ehrgeiz auf der Bahn dazu eine Rolle zu spielen hatte sie, als die Nachricht von der Flucht des Königs in die Deputirtenkammer gelangte und ein wilder Volkshaufe in sie einbrach, bewogen, die unerwartete Gelegenheit zu benutzen und sich kopfüber in die Bewegung zu stürzen. Als sie aber einmal von ihren Wogen umgeben waren, muß man zugestehen, daß sie in der ersten Zeit, wo sie noch von einem frischen Muth belebt waren, das Steuerruder mit Kraft und Geschicklichkeit führten, und die schwierige Stellung, in die sie plötzlich hineingerathen waren, so auszufüllen verstanden, als wären sie, was bei keinem von ihnen der Fall gewesen, unter Volksstürmen und politischen Erdbeben groß geworden. Namentlich bewies der an die edelsten Umgangsformen gewöhnte, schwärmerische und feinsinnige Dichter Lamartine in jenen Tagen, sowohl in den allgemeinen Anordnungen, die er traf, als auch in dem persönlichen Verkehr mit dem Volk einen Muth, eine Geistesgegenwart und Ausdauer, einen Schwung und Strom der Rede, der der herrlichsten Sache würdig gewesen wäre. Ohne Zweifel war Lamartine aufrichtig, als er sich auf Seite der Gegner der Juliusmonarchie schlug, und im entscheidenden Augenblick durch seine Haltung in der Deputirtenkammer die Katastrophe beschleunigen half, aber wie grausam hat er, der jetzt (1862) noch lebt, sich in seinen begeisterten Hoffnungen durch die nachfolgenden Ereignisse getäuscht gesehen!

Die Nacht hatte der Bewegung einen erzwungenen Stillstand auferlegt, aber das Chaos von Leidenschaften, das in der Brust der erregten Menge stürmte, war so mächtig, daß es sie nicht ruhen und rasten ließ, und schon am frühen Morgen des 25. Februar sich große Volksmassen auf den Straßen und Plätzen sammelten und in geschlossenen Reihen nach dem Stadthause zogen. Die Ereignisse des 24. Februar hatten sich am Abend und während der Nacht in der Umgegend von Paris verbreitet, und ein gewaltiger Zuzug von Fabrikarbeitern aus den nahe liegenden Dörfern und Mitgliedern der geheimen Gesellschaften aus den benachbarten Städten hatte sich nach Paris begeben, von Neugierigen und Müssiggängern aus allen Klassen verstärkt. Schon um neun Uhr Morgens war das Hôtel de Ville von 25—30,000 Bayonetten umstarrt. Die Revolution schien jetzt einen noch drohenderen Charakter als am Tage vorher annehmen zu wollen. Es handelte sich nicht mehr wie am 24. Februar um den Sturz eines schon längst wankenden Throns, sondern es war jetzt eine Steigerung der demokratischen Bewegung zu fürchten, welche, die gemäßigte Republik überfluthend, in

den Socialismus und Kommunismus umzuschlagen drohte. Aus den Massen, die auf dem Greveplatz ankamen, ragten rothe Fahnen empor, und an den Hüten und Kleidern der Männer waren rothe Bänder angebracht. Ein Volkshaufe drang tobend, indem er die aufgestellten Wachen zurückdrängte, in das Berathungslokal. Ein Fabrikarbeiter sprach in kurzen abgebrochenen Sätzen mit donnernder Stimme die Forderung der draußen harrenden Menge aus, wobei er von Zeit zu Zeit mit dem Kolben seines geladenen Gewehrs auf den Boden schlug, daß die Wände des Zimmers davon erdröhnten. Er verlangte Einführung der Gütergemeinschaft, Errichtung einer Proletarierregierung, und Annahme der rothen statt der bisherigen dreifarbigen Fahne und Kokarde. Während er sprach tönte vom Platze her der Ruf: Es lebe die demokratische und socialistische Republik! Von den Regierungsmitgliedern waren nur drei: Lamartine, Marie und Garnier=Pagès anwesend, die übrigen waren in ihren Ministerien beschäftigt. Alle drei sprachen, von ihrer Umgebung unterstützt, mit Nachdruck und Würde gegen jene wahnsinnigen Forderungen, aber Lamartine war es, der an diesem Tage sich selbst übertraf und eine Unerschrockenheit und Gewandtheit bei Behandlung der irre geleiteten Menge, eine unerschöpfliche Kraft der Abwehr gegen den moralischen und physischen Druck derselben an den Tag legte, die manche seiner Schwächen aufwiegen können, und bei einer Schilderung jener Zeit hervorgehoben zu werden verdienen. Selbst entschiedene Demagogen, wie Lagrange und Louis Blanc, sprachen gegen die erwähnten Forderungen und suchten das Volk von deren Unmöglichkeit zu überzeugen. Aber Lamartine that das meiste, und es gelang ihm, die Deputation der auf dem Platze harrenden Arbeiter zum Verlassen des Sitzungslokals zu bewegen und sie einigermaßen zu begütigen. Aber um zwei Uhr Nachmittags zog ein frischer Volkshaufe von 4—5000 Köpfen heran, der noch erregter und zu Gewaltsamkeiten geneigter schien. Auch diese Neuangekommenen traten mit rothen Fahnen auf. Die vier vor dem Stadthause aufgestellten Kanonen wurden von ihnen mit Kartätschen geladen und gegen den Eingang gerichtet. Eine Anzahl von ihnen drang in das Innere des Stadthauses, und bestand mit Leidenschaft auf Annahme der rothen Kokarde und Errichtung einer aus den Proletariern genommenen Regierung. Da trat Lamartine der zügellosen Menge entgegen, und sprach mit einer Geistesgegenwart und Ueberzeugungskraft, deren Wirkung sich zuletzt Niemand entziehen konnte. Es handelte sich diesmal noch mehr als vorher um die Abschaffung der dreifarbigen und die Annahme der rothen Fahne, auf welche von den Meuterern beson=

derer Werth gelegt wurde, weil ihnen dieses Symbol von ihren Ideen unzertrennlich erschien. Aber eben deshalb glaubte Lamartine diesem Ansinnen auf das äußerste widerstehen zu müssen. Wer den Einfluß äußerer Zeichen auf die Stimmung des Franzosen, besonders unter Umständen wie damals, kennt, weiß auch, daß es sich dabei nicht um eine bloße Veränderung der Farbe, sondern des Systems handelte. Denn auf die Annahme der rothen Fahne würde wahrscheinlich für eine Zeit lang eine neue Schreckensherrschaft, der Bürgerkrieg im Innern und der Kampf gegen das Ausland gefolgt sein. „Ich und meine Kollegen,“ rief Lamartine zu wiederholten malen, „wollen lieber sterben als uns durch eine feige Nachgiebigkeit gegen unheilbringende Maßregeln entehren!“ Dies war aber keine rhetorische Figur, denn mehrmals hatte im Lauf dieses Tages Lamartine's Leben in Gefahr geschwebt, es waren Gewehre auf ihn angelegt und ihm sogar einmal eine Pistole auf die Brust gesetzt worden. Aber man schritt, ungeachtet aller Drohungen, nicht zum äußersten, denn die Sitten selbst der niedrigsten Klassen hatten sich im Vergleich zu der Zeit, wo das Konventsmitglied Feraud*) im Sitzungssaal ermordet und sein Haupt, auf eine Lanze gesteckt, dem Präsidenten Boissy d'Angles vorgehalten wurde, sehr gemildert. Das mächtigste Argument, welches Lamartine der Annahme der rothen Fahne entgegensetzte, wenn alle anderen Gründe vergeblich gewesen, war charakteristisch für die Zeit und das Volk, an welches es gerichtet wurde. „Eure rothe Fahne,“ sagte Lamartine, „hat keinen anderen Umzug als auf dem Marsfeld gemacht, wo sie sich mit dem Blut**) des Volks tränkte. Die dreifarbige Fahne dagegen ist von der französischen Tapferkeit durch ganz Europa getragen, und siegreich auf den Wällen von Lissabon, Neapel und Moskau aufgepflanzt worden! Mit ihrem Verschwinden würde die Hälfte von Frankreich's Ruhm in das Dunkel der Vergessenheit versinken!“ — Diese Berufung auf die Nationalehre verfehlte nicht ihre Wirkung auf die wilden Gemüther. Denn das Herz des Franzosen, besonders in den unteren Klassen, schlägt, selbst wenn es für alle anderen Eindrücke erstorben wäre, noch immer warm und voll bei der Erinnerung an die Größe des Vaterlands. Leute, die vorher allen Vernunftgründen unzugänglich gewesen, die mit der Anwendung ihrer Waffen gedroht hatten, wenn die Fahne ihrer Wahl von der Regierung nicht

*) Am 1. Prairial des Jahres III; 20. Mai 1795.

**) Am 17. Julius 1791, bei Anwendung des Martialgesetzes gegen aufrührische Bewegungen.

angenommen würde, von denen der Ruf: „Nieder mit Lamartine! Tod dem Verräther!" vernommen worden, wurden auf diese Art umgestimmt, und zogen sich mit einem Lebehoch auf den kühnen Redner und die provisorische Regierung zurück. Wer mit der französischen Weise zu empfinden und zu sprechen nicht vertraut ist, kann an den von Lamartine bei dieser und anderen Gelegenheiten gehaltenen Ansprachen eine zu weit gehende Ueberschwänglichkeit tadeln, der Kenner dieser Zustände wird dagegen dem hohen Ton, den Lamartine in diesen drangvollen Tagen bei der Behandlung des Volkes anzuschlagen wußte, seinen Beifall nicht versagen. Die Menge fühlte sich geschmeichelt und gehoben, wenn ein Mann von diesem Adel der Gesinnung und diesem Zauber des Talents sich an sie richtete, und bei ihr ein Verständniß für diese Eigenschaften vorauszusetzen schien. Die Wirkung war allerdings keine tief eindringende, ging aber auch nicht spurlos vorüber, und verhinderte wenigstens für den Augenblick noch größere Uebel.

Lamartine verstand aber nicht allein schön und kräftig zu sprechen, obwohl schon seine bloßen Worte unter solchen Umständen zu Thaten wurden, er wußte auch klug gewählte Maßregeln zu treffen, die sehr geschickt für die Bedürfnisse des Augenblicks berechnet waren. Von den Gefahren erschreckt, die für die öffentliche Sicherheit aus der großen Anzahl junger Leute entstehen konnten, die ihre Werkstätten und Fabriken verlassen und zu den Waffen gegriffen hatten, wenn sie sich selbst überlassen blieben, fiel Lamartine auf den Gedanken, ihrer so viele als möglich in ein Korps unter dem Namen Mobilgarde zu vereinigen, das eine Zeit lang die Linientruppen, die bei der zwischen dem Volk und dem Heer bestehenden Spannung aus Paris entfernt oder in Folge der letzten Ereignisse etwas demoralisirt waren, ersetzen und zur Erhaltung der Ruhe mitwirken sollte. Es ward sogleich an die Ausführung dieses Plans gegangen. Ueber zwanzigtausend junge Leute zwischen funfzehn und zwanzig Jahren traten in dieses Korps ein, zu dem sie ein verhältnißmäßig hoher Sold, das Recht ihre Officiere zu wählen und eine ausgezeichnete Uniform hinzog. Diese Einrichtung entsprach einem doppelten Zweck. Das unruhigste und verwegenste Element der Pariser Bevölkerung, das junge Proletariat, wurde militairisch organisirt und dadurch nicht allein von der Begehung von Unordnungen abgehalten, sondern auch in eine Stütze der Regierung verwandelt, die auf die Mobilgarde mit mehr Sicherheit als auf die Nationalgarde zählen konnte, indem letztere jetzt die ganze waffenfähige Bevölkerung, also auch Mitglieder der geheimen Gesellschaften und Klubs und Anhänger des So=

cialismus und Kommunismus enthielt. Mit dem militairischen Instinkt, der die französische und besonders die Pariser Jugend auszeichnet, wählten die in die Mobilgarde eingetretenen Fabrikarbeiter und Handwerksgehülfen lauter tüchtige Leute zu Officieren und fast nur aus den gebildeten Klassen, ließen sich die Waffenübungen angelegen sein, und zogen später bei einem furchtbaren Kampfe die Bewunderung der Bevölkerung und die Achtung der alten Soldaten auf sich.

Unterdessen gährte es in den Massen immer fort. Die Revolution von 1848 unterschied sich von der von 1789 vornehmlich dadurch, daß sie nicht wie diese rein politischer, sondern vornehmlich socialer Natur war. Es handelte sich diesmal nicht darum, absolutistisch-feudale Institutionen zu stürzen, privilegirten Klassen ihre Vorrechte zu entreißen, gewisse allgemeine Grundsätze über Menschenwürde und gesetzliche Gleichheit zur Anwendung zu bringen; dies Alles war längst errungen; die Aufgabe war jetzt das Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit zu regeln, und die gesellschaftlichen Unterschiede mit dem in den Massen erwachten Drange nach größerer persönlicher Unabhängigkeit und leichterer Befriedigung ihrer Bedürfnisse in Einklang zu setzen. Die hieraus entstehenden socialen Fragen waren schwieriger als die politischen der ersten Revolution zu behandeln, da die Anwendung der sinnlichen Gewalt bei ersteren zu keinem Ziel führte, selbst die Aufstellung gesetzlicher Bestimmungen nicht ausreichte, und sie nur auf dem sittlichen Wege gegenseitiger Mäßigung und Nachgiebigkeit gelöst werden konnten. Einer solchen Lösung dieser Fragen standen bei ihrer langen Vernachlässigung von Seiten des Staats, der leidenschaftlichen Erregbarkeit des Augenblicks und der in allen Klassen herrschenden Selbstsucht, jetzt mehr Hindernisse als je entgegen. Die einen wollten von ihren Rechten, die anderen von ihren Ansprüchen nichts aufgeben; es fehlte an der vermittelnden Macht, welche die Entscheidung des großen Problems mit der Zustimmung aller auf sich genommen hätte. Die unter solchen Umständen angestellten Versuche konnten nur Halbheiten oder Fehlgriffe zu Tage fördern.

Die provisorische Regierung erließ in den nächsten Tagen nach der Revolution eine Menge Dekrete, von denen einige auf Erleichterung der nothleidenden Menge berechnet waren, andere aber nur ihren Vorurtheilen schmeichelten, wie die Abschaffung der Adelstitel und die Umwandlung des Pallastes der Tuileries in ein sogenanntes Civilinvalidenhaus für arme, bejahrte oder verstümmelte Arbeiter. Es wurde allen Bürgern das Recht zuerkannt, Vereine nach Belieben zu stiften, um bil-

ligen Vortheil von ihren Arbeiten zu ziehen, und die unmittelbare Errichtung von Staatswerkstätten angeordnet. Am 26. Februar erschien das Dekret, welches unter dem Namen: „Commission du Gouvernement pour les Travailleurs," einen permanenten Ausschuß mit dem ausdrücklichen Auftrag einsetzte, das Loos der Arbeiter zu verbessern. Am 27. Februar wußte Louis Blanc die Errichtung eines eigenen Ministeriums für sich durchzusetzen, welches den Namen „Ministerium des Fortschritts" erhielt, und im Pallast Luxemburg, im Lokal der ehemaligen Pairskammer, seine Sitzungen hielt. Es wurden damit allerdings die Ideen des Socialismus noch nicht als eine herrschende Macht anerkannt, sondern nur gezeigt, daß man sich mit den Interessen der Massen ernstlich beschäftigen wollte. Da aber im Grunde dabei nichts Wesentliches erreicht wurde und auf diesem Wege auch nicht erreicht werden konnte, so wirkte dieses Arbeiterparlament nur schädlich, indem es unter der Leitung eines kühnen und gewandten Sophisten einen Herd der Aufregung bildete, und die ohne dies übertriebenen Erwartungen der Menge noch vermehrte, die, als sie dadurch nichts gewann, von dem Schmerz über die erfahrene Täuschung um so mehr erbittert wurde. Anfangs März wurden von Marie, dem Minister der öffentlichen Arbeiten, die Nationalwerkstätten (ateliers nationaux) eröffnet. Dieselben waren so wie sie geleitet wurden, mehr eine öffentliche Unterstützungsanstalt für die Menge von Leuten, welche durch die Februarrevolution brodlos geworden, als daß in ihnen etwas des Lohnes würdiges geleistet worden wäre. Die Arbeiten bestanden meist in Erdumschaufeln, Dammaufwerfen, Pflasterausbessern, Abputzen von Brückengeländern und Laternenpfählen, die entweder ganz zwecklos waren oder nützlicheren Dingen hätten nachgesetzt werden sollen. Die Regierung hätte diese Anstalten für die Hauptstadt unschädlich und für das Land vortheilhaft machen können, wenn sie die kräftigsten unter diesen Arbeitern fern von Paris, in den Departements zu großen Unternehmungen, wie dem Austrocknen von Sümpfen, der Urbarmachung von Heiden, der Rektificirung von Flußbetten angewandt hätte, wozu der Süden und Westen Frankreich's so viele Gelegenheit boten. Es hätte dadurch ein dauernder Nutzen geschafft und Paris von vielen schädlichen Elementen gereinigt werden können. Statt dessen beschränkten sich die Nationalwerkstätten auf Paris und einige andere große Städte. Die Arbeiter waren militairisch organisirt, in Brigaden und Kompagnien eingetheilt, an deren Spitze Führer und Aufseher standen, die am Morgen unter Vortragung besonderer Fahnen an der Spitze ihrer Leute von den Sammelplätzen aus zur

Arbeit gingen und Abends eben so wieder heimkehrten. Aber die meiste Zeit verging mit Hin= und Herziehen, Gespräch und Kartenspiel. Anfangs waren ungefähr 25,000 Personen in den Nationalwerkstätten beschäftigt, meist solche, die schon in Paris wohnten. Aber die geringe Arbeit und der verhältnißmäßig gute Lohn lockte bald eine Menge von Müssiggängern aus der ganzen Umgegend herbei, so daß die Nationalwerkstätten zuletzt von mehr als 100,000 Arbeitern bevölkert waren, die aber so viel wie nichts thaten, und ein für die Demagogen und die Klubs immer bereites Heer bildeten.

Ungeachtet der Abschüttelung so mancher früher vorhanden gewesenen Zügel nahm die Zahl der eigentlichen Verbrechen, wie Mord, Einbruch, Diebstahl, in der ersten Zeit nach der Revolution in Paris nicht zu, da es eine ungeheuere Menge Bewaffneter gab, Nationalgarde, Mobilgarde, republikanische Garde, Montagnards, die um sich etwas zu thun zu machen, besonders des Nachts unaufhörlich hin- und herzogen, alle verdächtigen Personen aufgriffen, und auf frischer That ertappte Verbrecher sogleich aus eigener Macht erschossen. Dergleichen nicht seltene Beispiele von Willkühr und Strenge jagten den Uebelthätern von Profession einen großen Schrecken ein, die ihren gewöhnlichen Lebenslauf unterbrechen mußten, bis ihnen die Wiederherstellung der regelmäßigen Justiz ein weniger gefährliches Auftreten verstattete. Wie sehr aber die Bande der Autorität in Allem gelockert waren, was auf irgend eine Weise mit der Revolution zusammenhing, kann aus folgendem Vorfall erkannt werden. Von den Volkshaufen, die am 24. Februar die Tuileries eingenommen hatten, war eine Anzahl unter dem Vorwande, diesen Pallast gegen Beschädigung schützen zu wollen, daselbst zurückgeblieben, und richtete sich in den königlichen Gemächern, besonders in den reichlich versehenen Vorrathskammern und Kellern heiter und bequem ein. Nach einigen Tagen ließen diese Leute, um sich die Langeweile zu vertreiben, Frauenzimmer ihres Schlages kommen, mit denen sie Bachanale der ausgelassensten Art feierten, so daß die Tuileries von einem immerwährenden Jubel wiederklangen. Vergebens suchte die Mairie diesem anstößigen Schauspiel ein Ende zu machen, indem sie die Eindringlinge erst in Güte und dann unter Drohungen zur Räumung des Pallastes aufforderte. Diese blieben gegen alle Vorstellungen taub. Gewalt wollte man gegen die Männer des 24. Februar nicht anwenden, die sich auf ihre Verdienste um die Revolution beriefen. Man mußte mit ihnen einen Vergleich eingehen, vermöge dessen sie sich endlich gegen Sicherung ihres Lebensunterhalts für die nächste Zeit, zum Ab=

zug entschlossen. In Paris wurde nach beendigtem Kampf vom Volk selbst einzelnen Unordnungen gesteuert, aber in der Umgegend fielen, bis die Polizei wieder einigermaßen organisirt war, große Frevel vor. Das Schloß Neuilly bei Paris, eine Privatbesitzung der Orleans, wurde von einer räuberischen Bande geplündert und in Brand gesteckt, wobei außer anderen Kostbarkeiten werthvolle Gemälde und seltene Bücher zu Grunde gingen. Dasselbe geschah mit dem Landhause der Familie Rothschild in Suresnes, obgleich der große Banquier dieses Namens eine bedeutende Summe für die Familien der am 24. Februar Gebliebenen und Verwundeten gespendet hatte. Auch wurden einige Brücken und Eisenbahnen in der Nähe von Paris beschädigt. Dieser Zerstörungslust wurde jedoch bald Einhalt gethan.

Die provisorische Regierung und ihre Befehle wurden in ganz Frankreich und den Kolonien mit der größten Willfährigkeit anerkannt. Fast alle höheren Civil- und Militairautoritäten waren unter der Juliusmonarchie eingesetzt worden. Gleichwohl zeigte sich nirgends eine Spur von Widerstand gegen die Erklärung der Republik und die Diktatur, die sich im Pariser Stadthause erhoben hatte. Die in Paris anwesenden Generale begaben sich, den Marschall Bugeaud an der Spitze, schon am anderen Tage nach der Flucht Ludwig Philipp's, nach dem Hôtel de Ville, erkannten die Republik an und boten der provisorischen Regierung ihre Degen an. Eben so entgegenkommend war der Erzbischof von Paris, der im Namen der Geistlichkeit der provisorischen Regierung seine Zustimmung und Mitwirkung aussprach. Es ward fortan in den Kirchen für die Republik wie vorher für den König gebetet. Aehnliches geschah in den Departements. Sobald die Präfekten, die kommandirenden Generale, die Maires die Befehle aus dem Pariser Stadthause empfangen hatten, versammelten sie ihre Untergebenen, machten ihnen dieselben bekannt, empfahlen ihnen deren Beachtung und endigten mit einem Lebehoch auf die Republik und die provisorische Regierung, in das gewöhnlich die ganze Bevölkerung einstimmte. In Algerien lag ein zahlreiches Heer, an dessen Spitze sich der Herzog von Aumale in den Kämpfen gegen die Araber persönlich hervorgethan hatte; der Prinz von Joinville war auf der Flotte beliebt. Aber es zeigte sich auch nicht die leiseste Spur von Widerstand gegen die Vorgänge in Paris, die wie ein Ausspruch des Schicksals aufgenommen wurden. Während in den ersten Tagen nach der Revolution die in einem Winkel des Pariser Stadthauses zusammengedrängten Mitglieder der provisorischen Regierung sich nur mit großer Mühe behaupten konnten, wurden ihre Befehle

an den äußersten Enden Frankreich's, kaum durch den Telegraphen mitgetheilt, auch sogleich in Ausübung gesetzt. Es war dies eine Folge der starken Centralisirung, der Gewohnheit dem Beispiel von Paris zu folgen, und auch des Nationalgefühls und der Vaterlandsliebe, denen bei der Möglichkeit eines Krieges mit dem Ausland innere Spaltungen als das größte aller Uebel erschienen.

Die provisorische Regierung beschloß, um die neue Ordnung der Dinge der Welt in einem glänzenden Licht zu zeigen, und zugleich die ihr zu Gebot stehenden Kräfte zu mustern, die Einsetzung der Republik feierlich zu begehen. Die Mitglieder der provisorischen Regierung begaben sich am 27. Februar Nachmittags um zwei Uhr, von dem Hôtel de Ville zu Fuß, in bürgerlicher Kleidung, nur durch eine Schärpe mit den Nationalfarben ausgezeichnet, durch ein Spalier von Nationalgarden schreitend, nach dem Platz der Bastille, wo eine unzählige Volksmenge sie erwartete. Sie wurden von den in Paris anwesenden Generalen und hohen Beamten begleitet, und alle, besonders aber Lamartine, von den Zuschauern mit freudigem Zuruf begrüßt. Sie machten am Fuß der Juliussäule Halt. Hierauf ward das Dekret der provisorischen Regierung, welches die Republik einsetzte, verlesen und mit donnerndem Jubel begrüßt. Dupont de l'Eure, Arago und Cremieux beantworteten die von Deputationen der verschiedenen Behörden gehaltenen Ansprachen und ergingen sich in patriotischen Herzensergießungen. Zuletzt zogen 100,000 Mann Nationalgarde mit klingendem Spiel und dem Gesang der Marsellaise an der provisorischen Regierung vorüber. Das Defiliren dauerte vier Stunden lang.

Die Februarrevolution unterschied sich von ihrer unmittelbaren Vorgängerin, der Juliusrevolution, außer ihrem raschen Verlauf, der Abschaffung des Königthums und den vorwiegend socialistischen Tendenzen, auch durch die vollkommene Abwesenheit aller feindlichen Kundgebungen gegen Adel und Geistlichkeit, welche 1830 bei dem Sturze der älteren Linie der Bourbonen an vielen Orten Beleidigungen und Verfolgungen ausgesetzt gewesen waren. Die Minister Karl X. waren während ihres Processes von dem Volke mit dem Tode bedroht und nur mit Aufbietung großer Truppenmassen gerettet worden. In dieser Beziehung gab sich nach dem 24. Februar 1848 eine vollkommene andere Gesinnung kund. So wußte z. B. die provisorische Regierung, wo sich Guizot, der letzte Ministerpräsident unter Ludwig Philipp, während der ersten Tage nach der Revolution, ehe er Frankreich verlassen konnte, in Paris verborgen hielt, ließ ihn aber nicht nur unangefochten, sondern

trug auch Sorge, daß das von ihm in seiner früheren Amtswohnung zurückgelassene Privateigenthum seiner Familie zurückgestellt wurde. Lamartine erließ im Stillen Befehle an die Behörden, um den König auf seiner Flucht vor Gefahren zu schützen, und sorgte dafür, daß eine große Summe Geld für ihn angewiesen wurde, um sein und seiner Familie Unterhalt während der ersten schwierigen Zeit im Ausland zu sichern, deren Ludwig Philipp aber nicht bedurfte. — Die Legitimisten vernahmen den Sturz der jüngeren Linie der Bourbonen mit Befriedigung, da sie es Ludwig Philipp nie vergeben hatten, in die Stelle Karl X. getreten zu sein. Die Republik schien ihren Gefühlen weniger als die Juliusmonarchie zu widerstreben. Einer der bekanntesten unter ihnen, der Marquis de la Rochejacquelein, hatte sich am 24. Februar, in der Sitzung der Deputirtenkammer gegen die Anerkennung des Grafen von Paris und für die Berufung an das Volk ausgesprochen. Die jüngeren Mitglieder dieser Partei, die unter Ludwig Philipp sich von dem öffentlichen Leben ganz fern gehalten, glaubten, daß jetzt die Zeit für sie gekommen sei wieder hervorzutreten. Manche von ihnen trugen republikanische Gesinnungen zur Schau. — Geistlichkeit und Volk schienen jetzt aufrichtig Hand in Hand zu gehen. An Scenen, wie die Plünderung*) und Zerstörung des erzbischöflichen Pallastes in Paris, dachten selbst die exaltirtesten Klubisten nicht. Ein Theil des französischen Klerus steckte das Panier der Demokratie auf, sprach und schrieb für die Republik, und wollte in ihr den vorzugsweise christlichen Staat erkennen. Während am 24. Februar bei der Einnahme der Tuileries die mit den Zeichen des Königthums versehenen Geräthschaften zerschlagen oder verbrannt wurden, ward ein kostbares Krucifix, das in einem der Säle hing, um es vor Beschädigung zu schützen, in feierlichem Zuge nach der benachbarten Kirche St. Roch gebracht, wobei alle Anwesenden die Häupter entblößten, und der Ruf: „Es lebe Christus! unser aller Herr!" erscholl. Bei der Errichtung der Freiheitsbäume wurde in der Regel ein Geistlicher geholt, der sie mit Weihwasser besprengte und ein Gebet sprach.

Die provisorische Regierung hob auf Lamartine's Antrag die Todesstrafe für politische Verbrechen auf und hätte sie gern ganz abgeschafft. Selbst der Haß gegen das Militair, ja sogar gegen die frühere Polizei verschwand im Volke auffallend schnell. Ein gewisser Geist der Milde und Versöhnlichkeit schien wirklich in der Masse eine Zeit lang vorhanden zu sein, und gute Früchte zu versprechen. Aber diese günstige

*) Am 14. Februar 1831.

Stimmung hielt gegen die dämonische Macht nicht Stand, welche die socialistischen Utopien auf die Gesinnungen und die Einbildungskraft der Massen ausübten. Diese hofften anfänglich ihr Ziel auf friedlichem Wege erreichen zu können. Als dies nicht gelang, brach der Drang nach Umsturz des Bestehenden mit um so größerer Leidenschaft hervor. Indessen ist es nichts desto weniger wahr, daß bei allen von der Februarrevolution verursachten Kollisionen Blut fast nur im offenen Kampfe, wie zwischen feindlichen Heeren, aber nicht auf der Guillotine, in den Gefängnissen oder bei Metzeleien gegen Wehrlose, wie so oft in der ersten Revolution geschehen, geflossen ist.

Nachdem die durch das Verschwinden der bisherigen Staatsgewalten nothwendig gewordenen Anordnungen für das Innere getroffen, richtete die provisorische Regierung ihre Aufmerksamkeit auf die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten, die ein Land wie Frankreich nicht lange außer Acht lassen kann. Wenn Lamartine, vermöge seiner Beredtsamkeit und Thätigkeit, schon auf die inneren Zustände, die er nicht allein zu behandeln hatte, einen entscheidenden Einfluß ausübte, so fand dies noch weit mehr in Bezug auf das Ausland statt, da die Verhältnisse zu demselben unter seiner unmittelbaren Leitung standen. Er ging dabei von dem Gedanken aus, daß der Sturz der Juliusmonarchie Frankreich den fremden Mächten gegenüber unabhängiger als früher gemacht habe, indem die dynastischen Rücksichten, die für Ludwig Philipp nicht selten maßgebend gewesen, unter der Republik von selbst fortfallen würden. Da die demokratischen Ideen, die jetzt in Frankreich zur Herrschaft gekommen, im Ausland einen für sie seit lange bearbeiteten Boden vorfanden, und die Republik von 1848 dem übrigen Europa nicht so fremdartig wie die von 1792 erscheinen konnte, so fürchtete Lamartine keinen allgemeinen Bund gegen Frankreich, keinen Angriff auf dasselbe, vorausgesetzt, daß es in seiner Haltung gegen das Ausland keine Eroberungsgelüste, wie die erste Republik und das Kaiserreich, an den Tag legte. Die französische Republik sollte, nach Lamartine's Meinung, nur durch das von ihr gegebene Beispiel der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auf die Völker wirken, und sie moralisch zu sich hinüberziehen, ihnen aber keinesweges die französischen Ideen und Formen mit Gewalt aufdringen wollen. Da Lamartine aber zugleich die Möglichkeit neuer Verwickelungen, besonders in Italien, voraussah, so glaubte er seine Politik nicht durch eine unbedingte Anerkennung der Verträge von 1815 binden zu dürfen, obgleich er die von dem Wiener Kongreß geschaffenen Territorialeintheilungen anerkannte, und geneigt war, sie

als Grundlage bei den Unterhandlungen mit den fremden Mächten anzusehen. Er erklärte, daß die französische Republik in ihren Beziehungen zu unterdrückten oder leidenden Nationalitäten, wenn diese nach Befreiung oder Erleichterung streben sollten, ihre Entschließungen sich vorbehalte. Im Ganzen werde aber die Regierung der Republik die Grundsätze des Friedens und der Gesittung, die beide von einander unzertrennlich und zur Verbreitung über ganz Europa bestimmt seien, zur Richtschnur ihres Verhaltens nehmen. In diesem Sinne erließ Lamartine ein Rundschreiben an die diplomatischen Agenten Frankreich's bei den auswärtigen Mächten, das am 7. März im Moniteur erschien. Dieses Schriftstück, in der officiellen Sprache „Manifest an Europa" genannt, wich allerdings bedeutend von der gewöhnlichen Form solcher Dokumente ab, denn ein gewisser Dithyrambenton war einmal von allem, was Lamartine schrieb, unzertrennlich, lag aber auch in dem damals herrschenden Geist. Es war indessen im Wesentlichen sehr geschickt abgefaßt, indem es sowohl auf Frankreich's aufrichtige Neigung für Erhaltung des Friedens als auch auf die Gefahren nachdrücklich hinwies, die aus einem Angriff auf dasselbe für den Angreifer selbst entstehen könnten. Die Völker fanden sich von der in Lamartine's Manifest ausgesprochenen Achtung vor ihrer Nationalität zufrieden gestellt, und traten, über diesen Punkt beruhigt, gern auf Seite der darin ausgesprochenen humanitairen und liberalen Principien, und die Regierungen nahmen die Erklärung des Ministers der Republik als Basis einer vorläufigen Politik und Geschäftsverbindung ohne Schwierigkeit an. Die Vertreter der auswärtigen Mächte wurden angewiesen, einstweilen Paris nicht zu verlassen, und bis auf weiteres in regelmäßigem Verkehr mit der französischen Regierung zu bleiben.

Lamartine hielt sein Wort, dem Ausland keine Veranlassung zur Unzufriedenheit zu geben, indem er die politischen Flüchtlinge, die nach der Februarrevolution aus allen Gegenden nach Paris zusammengeströmt waren, und deren Zahl an 15,000 betrug, überwachen und an feindlichen Unternehmungen gegen ihre Regierungen, so weit es ihm möglich war, hindern ließ. Die unruhigsten unter ihnen waren die Polen, die durch das Unglück ihres Vaterlands großes Mitgefühl erregten, und in den Pariser Klubs und der Masse der Bevölkerung zahlreichen Anhang besaßen. Die französischen Demagogen nahmen gern die Sache der Polen zum Vorwand ihrer Anschläge gegen die eigene Regierung und benutzten sie zu Drohungen gegen das Ausland. Lamartine, der nicht geneigt war, um der polnischen Flüchtlinge willen sich mit Ruß-

land, Oesterreich und Preußen zu überwerfen, wie von ihm verlangt wurde, erklärte ihnen unter lebhaften Versicherungen seiner und Frankreich's Theilnahme für ihr Schicksal, daß die Beziehungen der Republik zu den fremden Mächten derselben ein einseitiges Einschreiten zu Gunsten dieser oder jener Nationalität oder nationalen Partei nicht gestatteten, und empfahl ihnen Geduld und Hoffnung, ohne sich durch Verheißungen irgend einer Art binden zu lassen. Unzufriedene Irländer, die in Paris lebten, hegten die thörichte Erwartung, ihr Vaterland mit Frankreich's Hülfe von der englischen Herrschaft befreit zu sehen. Lamartine, dem sie diesen Wunsch öffentlich zu erkennen gaben, wußte sie mit einigen anerkennenden Worten über die Eigenschaften ihrer Nation abzufinden, lehnte aber jede Einmischung Frankreich's in ihre Angelegenheiten entschieden ab. Lamartine's Verhalten in diesen und ähnlichen Fällen erwarb ihm das Vertrauen der fremden Regierungen, die den Erklärungen des einflußreichsten Ministers der Republik an die politischen Flüchtlinge nicht ohne Spannung und Besorgniß entgegengesehen hatten.

Ungeachtet des Austausches friedlicher Versicherungen zwischen Frankreich und den Nachbarstaaten versäumte die provisorische Regierung die nöthigen Maßregeln nicht, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Lamartine war auf geheimen Wegen von der Unzufriedenheit unterrichtet worden, mit welcher der spanische Hof, zum Theil wegen seiner verwandtschaftlichen Beziehungen zu den Orleans, den Sturz derselben betrachtete. Auf seinen Antrag wurde die Aufstellung eines Observationskorps von 15—20,000 Mann am Fuß der Pyrenäen beschlossen. Die Gährung in Italien ließ die Zusammenziehung eines Heeres von 60,000 Mann zum Schutz der Alpengränze nothwendig erscheinen. 100,000 Mann sollten am Rhein aufgestellt werden, um die deutschen Mächte zu beobachten, und einer Armee von 30,000 Mann die Hand reichen, welche im Norden errichtet wurde, um diese verwundbarste Gränze zu decken.

Aber es waren dies nur Vorsichtsmaßregeln. Die provisorische Regierung überzeugte sich sehr bald, daß sie einen Angriff von Seiten des Auslandes nicht zu besorgen habe, indem es nicht lange währte, daß die deutschen und italienischen Mächte vollauf bei sich zu thun bekamen. Die Schwierigkeiten und Gefahren lagen in den inneren Zuständen Frankreich's, die jetzt auf längere Zeit hinaus die Aufmerksamkeit der provisorischen Regierung ausschließend in Anspruch nahmen.

Wie gewöhnlich nach großen Erschütterungen blieb es in Paris, seit dem die Versuche zur Einführung der „rothen Republik" abgeschla-

gen und die Volkswünsche durch Einführung der Nationalwerkstätten befriedigt worden, eine Zeit lang insoweit ruhig, als es zu keinem gewaltsamen Zusammenstoß zwischen den verschiedenen Klassen der Gesellschaft und ihren entgegengesetzten Interessen kam, und kein Blut floß. Die provisorische Regierung versprach nach allen Seiten hin Abhülfe und Verbesserungen, und die Menge stellte sich als glaubte sie an diese Verheißungen und wolle deren Erfüllung gelassen abwarten. Aber die Einstimmigkeit war nur scheinbar, und hatte nur darin ihren Grund, daß die neuen Machthaber kein bestimmtes Princip herauskehrten, sich auf nichts tief einließen, ganz weder für noch gegen etwas waren, sondern sich bald nach der einen, bald nach der anderen Seite hinwandten. Ein solches Schaukelsystem kann nach großen Bewegungen, die in der Menge eine gewisse Erschöpfung zurücklassen, von momentanem Erfolg sein, aber es hält zumal bei einem so elastischen Volke wie das französische nicht lange vor. Die Parteien lassen eine solche Regierung, die nur vermitteln will, die nichts weder absolut affirmirt noch negirt, eine Zeit lang gelten, bis sie sich stark genug fühlen sie über den Haufen zu werfen. Die provisorische Regierung stellte keine feste Meinung, kein bestimmtes System dar, wie einst in der ersten Revolution, in gutem oder übelem Sinne, die verfassunggebende Versammlung und der Konvent gethan, sondern war eine Musterkarte der verschiedenartigsten Ideen, Principen und Theorien, eine inkarnirte Konfusion, deren immerwährendes Schweben und Schwanken keine Befriedigung und Versöhnung hervorbringen konnte, sondern die Verwirrung und Gährung vermehren mußte.

Unter den Mitgliedern der provisorischen Regierung war Lamartine allein ein Redner im höheren Sinn des Worts, die übrigen besaßen nur eine gewisse glänzende Advokatenroutine, wie Ledru=Rollin, Cremieux, oder waren demagogische Phrasenmacher, wie Louis Blanc, andere beschränkten sich auf ihre besondere Amtsbeschäftigung, wie Goudchaux, der in seiner Verzweiflung über die Leerheit des Staatsschatzes das Finanzministerium an Garnier=Pagès abgab, wie Carnot und Bethmont, die nicht viel aus ihren Specialitäten heraustraten. In diesem Kreise war Lamartine der einzige Mann von weitem und umfassendem Blick, der, ungeachtet seines Lyrismus und seiner pomphaften Redeweise, wohl wußte, worauf es ankam, die Gefahren der Zukunft nicht verkannte, und alles was von ihm abhing that, um die Bewegung, in die er sich geworfen, zum Stillstand zu bringen, und den verwüstenden Strom in befruchtende Kanäle abzuleiten. Aber er hatte sich zu sehr gewöhnt nach Popularität zu haschen, um, einzelne außerordentliche

Fälle ausgenommen, gegen das Volk vollkommen wahr, und fest auftreten zu können. Der Reichthum und die Biegsamkeit seiner Natur, seine Kenntniß der Geschichte, seine auf Reisen und in mannigfaltigem Weltverkehr erworbene Anschauung von dem Leben der Staaten und Völker gab ihm bei dem was er sagte und schrieb die geeignetsten Gedanken und Ausdrücke an die Hand. Aber er zeichnete sich nur auf dem Gebiet der Ideen aus, es fehlte ihm an der Kraft zur Ausführung und er vermochte es nicht die Menge auf die Dauer an sich zu fesseln, was oft viel weniger geistig begabten aber willensstärkeren Männern gelungen ist. Er hing an der Republik wie an einem Ideal, ungeachtet der widerwärtigen Umgebung, in der sie erschien, setzte aber, wie aus seinen späteren Aeußerungen hervorgeht, schon damals kein unbedingtes Vertrauen in ihren Fortbestand, was allein hätte hinreichen können, seinen Einfluß auf sie zu schwächen. Ein Mann wie Arago wäre durch sein Alter, seinen großen Ruf, seine Erfahrung am geeignetsten gewesen, Lamartine zu unterstützen, und wo es nöthig gewesen wäre aufzuklären, aber Arago, so bedeutend als Gelehrter, besaß in staatlichen Dingen noch weniger schöpferischen Geist als Lamartine. Arago hatte von Jugend an, unter dem Kaiserreich, der Restauration, der Juliusmonarchie, zur Opposition gehört. Wie konnte jemand, der im politischen Leben sich immer auf dem Standpunkt der Negation gehalten hatte, in späteren Jahren zu positiven Ideen übergehen? In Arago's Augen war die Republik, so wie sie plötzlich am 24. Februar aufgetaucht war, nichts als ein Triumph der demokratischen über die monarchischen Grundsätze, sie flößte ihm keine neuen Gedanken ein. Ledru-Rollin, der das unter den damaligen Verhältnissen besonders wichtige Ministerium des Innern bekleidete, hatte in der Deputirtenkammer sich nur deshalb zu republikanischen Principen bekannt, um hervortreten zu können, was auf dem gewöhnlichen Wege nicht wohl möglich gewesen wäre, da seine politische Beredtsamkeit nicht über die Wiederholung gewisser Gemeinplätze aus der ersten Revolution hinausging. So lange es sich nur um kühne Phrasen und kecke Ausfälle auf die Juliusmonarchie handelte, hatte Ledru-Rollin bei seinen Gesinnungsgenossen eine bedeutende Meinung von sich erregt. Als er aber durch eine Revolution, die ihn selbst überrascht hatte, plötzlich zu einer der ersten Stellen gekommen war, gab sich die Unanwendbarkeit seiner Ideen, die Unfruchtbarkeit seines Geistes in überraschender Weise kund. Er hatte terroristische Anwandelungen und schickte außerordentliche Kommissarien, meist aus der demagogischen Presse und den Pariser Klubs genommen, mit fast unumschränkter Ge-

walt in die Provinzen, um den öffentlichen Geist zu erregen, die Legitimisten und Orleanisten zu überwachen, und alle nicht republikanisch gesinnten Behörden nöthigenfalls abzusetzen. Diese Kommissarien, in der Regel Personen ohne vorher gegründetes Ansehen, zuweilen selbst übel berüchtigt, verfuhren mitunter ziemlich willkührlich, riefen aber, da ihnen nicht, wie ihren Vorgängern zu Robespierre's und Danton's Zeit Guillotine und Revolutionsarmee zu Gebot standen, in der Bevölkerung mehr Unzufriedenheit als Schrecken hervor. Schickte Ledru-Rollin ihnen Instruktionen von demagogischer Färbung zu, so wußte sie Lamartine, dessen geistige Ueberlegenheit er, wenn auch ungern anerkannte, zur Zurücknahme derselben oder zu einer Erläuterung im gemäßigten Sinne, und zur Abberufung der exaltirtesten unter den Kommissarien zu vermögen. Bei allen entscheidenden Gelegenheiten ordnete er sich Lamartine's Ansichten unter, wußte aber nebenher zu verstehen zu geben, daß dies nicht eigentlich seine eigene Meinung sei, daß er den Umständen ein Opfer bringe, und vielleicht zu einer anderen Zeit anders handeln werde. Obgleich Ledru-Rollin, der von den Spöttern, wegen seines Hanges zu Luxus und Eleganz, der Marquis unter den Jakobinern genannt wurde, nichts wirklich Gefährliches unternahm, so wurde er von den gemäßigten Republikanern und Royalisten desselben doch für fähig erachtet und seine zweideutige Haltung warf auf die ganze provisorische Regierung ein übles Licht. Louis Blanc, der im Luxemburg mit den Abgeordneten der Pariser Handwerker und Fabrikarbeiter über die „Organisation der Arbeit" berieth, ohne aber der Lösung dieser Frage einen Schritt näher zu kommen, nahm zugleich an den wichtigeren Regierungshandlungen Theil. Eine unternehmendere und thatkräftigere Natur als Ledru-Rollin, ein viel entschiedenerer Revolutionair und Umsturzmann als dieser, mußte auch er in der Regel dem Uebergewicht Lamartine's nachgeben, entschädigte sich aber dafür durch seine geheimen Verbindungen mit den exaltirtesten Demagogen in den Klubs, die auf seinen Einfluß und Beistand bei vorkommenden Fällen rechnen zu können glaubten. Armand Marrast, anfänglich Maire von Paris, später Präsident der Nationalversammlung, war ein gemäßigter Republikaner, der glänzendste Publicist in seiner Partei, der aber nur durch Journalartikel wirken konnte, und kein organisatorisches Talent besaß. Er war außerdem ein geistreicher Lebemann, der sich auf einen feinen Fuß einzurichten wußte, was ihm bei seiner eigenen Partei Tadel und Verläumdung zuzog. Die beiden Chefs der Pariser Polizei, Caussidière und Sobrier, denen eine bedeutende bewaffnete Macht zu Gebot stand, gehorchten der Regierung zwar schein=

bar, waren aber, wie diese selbst wußte, geneigt bei gelegener Zeit zu ihrem Sturze mitzuwirken. Unter diesen verschiedenen Charakteren und von einander abweichenden Ideen, die in der provisorischen Regierung zufällig zusammengekommen waren, bildete Lamartine das einzige moralische Band, ohne welches das Ganze auseinander gefallen wäre. Da die Gesellschaft in den ersten Monaten nach der Februarrevolution aus ihren Gleisen herausgetreten war, und Alles sich fessellos und willkürlich nach den Eingebungen des Augenblicks bewegte, so war die Rede die einzige wirkliche öffentliche Macht geworden, und deshalb mußte ein Mann wie Lamartine, der sie mit der größten Meisterschaft übte, unter solchen Zuständen an der Spitze stehen. So lange es sich darum handelte, die aufgeregten Massen mit schwungvollen Worten und blendenden Bildern zu beschwichtigen, that diese Rednergabe Wunder, als es aber nöthig geworden, der von Neuem überfluthenden Bewegung eine bestimmte Richtung anzuweisen, und ihr ein festes Ziel zu setzen, gab sich ihre gänzliche Unzulänglichkeit kund.

Die größte Gefahr für das französische Volk lag übrigens nicht in der, wenn auch schwachen, aber im Ganzen nicht verderblichen Leitung, die es von Seiten der provisorischen Regierung erhielt, die unter anderen Umständen eben so lange wie einst das Direktorium hätte bestehen können, das meist aus weniger ausgezeichneten Köpfen, als die Staatsmänner von 1848 waren, zusammengesetzt gewesen, sondern in den Klubs und der demagogischen Presse, indem erstere die unteren Klassen durch ihre Deklamationen mit einer zunehmenden Exaltation erfüllten, und letztere durch die Entwickelung ihrer politischen Utopien, durch sophistische Kritik des Bestehenden oder offene Angriffe auf dasselbe die Grundfesten der Gesellschaft erschütterte. Da es nach der Februarrevolution keiner polizeilichen Erlaubniß zur Eröffnung eines politischen Vereins und keiner Kaution zur Gründung eines Journals bedurfte, so tauchten sie plötzlich in übergroßer Menge auf, und erfüllten das ganze Leben mit einem betäubenden Getöse, von dem die Stimme der Vernunft und Wahrheit eine Zeit lang ganz zum Schweigen gebracht wurde.

Raspail, ein geschickter Chemiker und bei den niederen Klassen durch seine Menschenfreundlichkeit beliebter Arzt, aber sonst überspannter Kopf, stiftete die: „Société fraternelle centrale“; Cabet, ein ehemaliger Gerichtsprokurator, Gründer einer kommunistischen Sekte, der seine Stellung, sein Vermögen, seine Ruhe seinen socialistischen Träumereien geopfert hatte, stand an der Spitze des „Club icarien“; Barbès,

im Privatleben ein Ehrenmann, aber ein unverbesserlicher Demagoge, leitete den „Club de la révolution“; Blanqui, ein rastloser Wühler, der nur für geheime Gesellschaften und dunkle Zwecke lebte, neben seinem Fanatismus auch treulos und verrätherisch, selbst gegen Gesinnungsgenossen, war das Haupt der „Société républicaine centrale“. Diese genannten Klubs waren die einzigen, in denen es sich um politische, wenn auch abentheuerliche Zwecke handelte, und an deren Spitze revolutionaire Notabilitäten standen. Es gab aber deren viele andere, mit unbekannten Führern und aus Personen der niedrigsten Klassen zusammengesetzt, die auf die Massen den ansteckendsten Einfluß ausübten, und die hirnverbranntesten Meinungen in den ausschweifendsten Ausdrücken zu Tage förderten. Manche Klubs gaben eigene Journale heraus, die meisten beschränkten sich auf mündliche Diskussionen. Übrigens trat in den Klubs von 1848 fast keine Spur von der strömenden Beredtsamkeit, der scharfen Logik, der berechnenden Politik hervor, woran es in der ersten Revolution, neben allen Uebertreibungen und Ausschweifungen, in ähnlichen Vereinen nicht gefehlt hatte. Die Klubs von 1848 lebten nur von den Reminiscenzen von 1792, und bewiesen dadurch, daß sie, selbst vom revolutionairen Standpunkte aus beurtheilt, eine selbstständige Berechtigung nicht besaßen. Sie waren nur geeignet, einen Beweis mehr dafür zu geben, daß auf dem von der Februarrevolution betretenen Wege dauernde Verbesserungen, wahrhaft sociale Reformen, nicht zu erreichen waren. Sie haben nur dazu beigetragen, den großen heranbrechenden Sturm zu beschleunigen und dann in ihm selbst zu verschwinden.

Einen noch allgemeineren Einfluß als die Klubs, die immer nur einen Theil der Bevölkerung enthalten konnten, übten die Tagesblätter aus. Zu den schon vor dem 24. Februar bestandenen, von denen die legitimistischen und orleanistischen ihre wahre Tendenz jetzt etwas verbergen mußten, trat eine große Menge neuer Journale hinzu, von denen aber viele eben so schnell wieder verschwanden als sie entstanden waren, und keine besondere Erwähnung verdienen. Alle Schattirungen der revolutionairen Partei, von Lamartine's humanitairen bis zu Cabet's kommunistischen und Blanqui's terroristischen Ideen waren in der Tagespresse vertreten. Wie es Klubs gab, die sich: „Les vautours, les voraces“ nannten, so gab es auch Blätter, die unter dem Titel: „La guillotine, le pilori“ erschienen und dieser Namen würdig waren. Aber selbst abgesehen von diesen extremen Richtungen, fanden sich in der Gesammtheit der revolutionairen Partei sehr verschiedene Meinungen vor, und

war in den herrschenden Kreisen derselben Alles von Neid, Mißtrauen und selbst Haß gegen einander erfüllt.

Wenn es sich nur um einen Wechsel in der Staatsform, in der Besetzung der obersten Stellen, um Principien und Theorien gehandelt hätte, so würden die Massen in Frankreich, die seit sechzig Jahren an so viele Veränderungen der Art gewöhnt worden, die Republik, wenn auch nicht geliebt, aber doch ohne Widerwillen eine Zeit lang ertragen haben. Aber die Begleiterin jeder plötzlichen und allgemeinen Veränderung in den öffentlichen Zuständen, die Unordnung und Ebbe in den Finanzen, ließ auch diesmal nicht auf sich warten. Zu den früheren Ausgaben, welche dieselben geblieben, trat die durch die Revolution herbeigeführte Stockung in Handel und Gewerbe, der Mangel an Absatz und Bestellung, die Unterhaltung der Nationalwerkstätten, die Bildung neuer Truppenkorps, die Bewaffnung der Massen aus Staatsmitteln, und die vermehrte Anzahl von Armen und Nothleidenden, welche den Gemeinden zur Last fiel. Es fehlte an Kredit und Geld. Die Revolution von 1848 konnte die ihr fehlenden Mittel nicht mit der Einziehung von korporativem Eigenthum ersetzen, wie 1789 mit der Säkularisirung der geistlichen Güter geschehen war. Eine erzwungene Anleihe und die Kreirung von Papiergeld ließ sich nicht mit den von der provisorischen Regierung angekündigten Grundsätzen vereinigen. Da mehre Finanzoperationen, wie eine freiwillige Anleihe, Verkauf der Krondiamanten und eines Theils der Staatsforsten, nicht gelungen waren oder nicht ausgereicht hatten, so mußte zu einer Erhöhung der direkten Steuern um 45 Centimen auf den Franc gegriffen werden, die nur diesmal eintreten, aber sogleich erhoben werden sollte. Dieser von einer eisernen Nothwendigkeit gebotene Schritt wurde besonders vom Landvolk übel empfunden, das durch keine andere Maßregel so sehr gegen die Republik eingenommen worden ist.

Die Anordnungen der provisorischen Regierung wurden zwar von den Behörden, so weit es die in allen Verhältnissen herrschende Verwirrung erlaubte, der Form nach vollzogen, aber von den Parteien in der Hauptstadt beständig bestritten, und ihrer Ausführung alle möglichen Hindernisse in den Weg gelegt. Ihre einzige Stütze bestand, ehe sie es wagte, eine Anzahl Linientruppen nach Paris zurückzurufen, in der Nationalgarde, oder vielmehr in den besseren Elementen derselben, und in dem Theil der Mobilgarde, der in seiner Ausrüstung am weitesten vorgeschritten war. Sie konnte sich nicht einmal auf die unter Caussidière und Sobrier stehende Polizeimannschaft verlassen, die sehr leicht zu

einem Handstreich gegen sie zu bewegen gewesen wäre. Lamartine, der wußte, daß er Ledru-Rollin nicht ganz trauen konnte, und dieser, dem nicht unbekannt war, in welcher Weise man von ihm in manchen Klubs sprach, waren beständig auf ihrer Hut, hatten jeder seine eigenen geheimen Späher, und ließen ihre Hôtels die Nacht über von einer Anzahl wohlbezahlter und handfester Leute bewachen. Cabet, Raspail und Blanqui bildeten in Paris eine Art von Triumvirat, und geboten über mehr Arme als die Regierung, denn ihrem Rufe waren die Arbeiter in den Nationalwerkstätten und das Proletariat in den Vorstädten in jedem Augenblick zu folgen bereit. Die Regierung war nur insofern stärker, als sie über die öffentlichen Gelder gebot, und in ihre Maßregeln mehr Einheit als die Leiter der Klubs bringen konnte, obgleich ihre inneren Spaltungen sie um einen Theil dieser Vortheile brachten. Lamartine's Streben, den Frieden mit dem Ausland zu erhalten, im Innern die Ordnung wieder herzustellen, und die Wahlen zur Nationalversammlung möglichst rasch vollzogen zu sehen, hatte ihn den Demagogen verhaßt gemacht. Seine Gegner wagten es nicht, ihm nach dem Leben zu stehen, sie hätten dadurch die Masse der Gebildeten in ganz Frankreich gegen sich in Harnisch gebracht, aber ihn aus der Regierung zu verdrängen und ihre Absichten dann ungestörter zu verfolgen, schien ihnen bei der Aufregung des Volkes ein Leichtes zu sein. Am 17. März zogen über 100,000 Klubisten und Proletarier unter Cabet, Raspail, Blanqui, Barbès u. s. w. nach dem Stadthaus unter dem Ruf: „Es lebe Ledru-Rollin!" — was so viel heißen wollte, als Lamartine solle mit den gemäßigteren unter seinen Kollegen aus der provisorischen Regierung treten, und Ledru-Rollin mit den entschiedenen Republikanern die Leitung des Staats übernehmen. Aber diese Kundgebung mißlang, indem Lamartine mit seiner gewöhnlichen Unerschrockenheit Stand hielt, wobei er selbst von denjenigen unter seinen Kollegen, welche ihm im Geheimen entgegenarbeiteten, nothgedrungen unterstützt wurde, und die Demagogen nicht den Muth hatten, Gewalt zu brauchen und allenfalls, wenn nichts anderes half, Blut zu vergießen. Am 16. April ward ein ähnlicher Versuch, die provisorische Regierung zu stürzen, obwohl mit ungleich geringeren Mitteln (20—30,000 Bayonette) unternommen. Aber die Regierung war auf ihn vorbereitet, die Nationalgarde trat rasch und in so großer Anzahl zusammen, daß die Meuterer froh sein mußten, als sie ihnen einen ungefährdeten Rückzug durch ihre Reihen erlaubte, wobei sie jedoch manche Demüthigungen zu erdulden hatten, die ihre an diesem Tage bewiesene Schwäche noch offenkundiger machten.

Die Kundgebung vom 16. April hatte, außer der beabsichtigten Veränderung in der Regierung, auch den Zweck gehabt, die Wahlen zur Nationalversammlung hinauszuschieben und deren Zusammentritt zu verzögern. Die Demagogen wußten sehr wohl, daß sie nicht auf die Mehrheit in der Nation zählen konnten, und fürchteten, daß aus den Wahlen eine nach ihrer Meinung reaktionaire Volksvertretung hervorgehen könnte. Sie wollten deshalb die provisorische Regierung stürzen, einen Wohlfahrtsausschuß im Sinn von 1793 an ihre Stelle setzen, eine neue Schreckensherrschaft einführen, und unter deren Einfluß eine ultrademokratische Nationalversammlung zusammenbringen. Aber es fehlte den Demagogen von 1848, so schlimm ihre Absichten waren, zu deren Ausführung an dem koncentrirten Fanatismus, an der Gleichgültigkeit gegen die Wahl der Mittel, an der revolutionairen Taktik, die ihre Vorgänger zur Zeit der ersten Revolution so furchtbar gemacht hatte.

Die gemäßigten Mitglieder der provisorischen Regierung, Lamartine an der Spitze, suchten, ungeachtet aller von den Demagogen erhobenen Schwierigkeiten, die Einberufung der Nationalversammlung zu beschleunigen, und hatten ihre ganze Hoffnung auf deren Zusammentritt gestellt. Ein am 5. März erlassenes Dekret der provisorischen Regierung hatte die Wahlen auf den 9. April angesetzt und festgestellt, daß das Stimmenrecht direkt und allgemein ausgeübt und jeder im Besitz der bürgerlichen Rechte befindliche einundzwanzig Jahre alte Franzose Wähler und jeder fünfundzwanzig Jahre alte wählbar sein sollte. Auf 40,000 Einwohner sollte ein Abgeordneter kommen. Nach diesem Anschlage lieferten die 86 Departements 885, Algerien und die Kolonien 15, zusammen 900 Repräsentanten. Wegen der nöthigen Vorbereitungen hatten die Wahlen auf den 27. und 28. April verschoben werden müssen, und die Eröffnung der Nationalversammlung war auf den 4. Mai angesetzt worden. Je näher die Wahlen heranrückten, desto entflammter wurde die Stimmung der extremen Partei. Schon der Name: Nationalversammlung — war ihr zuwider, sie ahnte, daß sie in derselben in der Minderheit sein würde, und wollte, aber erst später, nachdem sie an das Ruder gekommen sein würde, einen Konvent einberufen. Ihre Führer drohten die provisorische Regierung zu sprengen, ehe noch die Nationalversammlung zusammengetreten sein würde, oder wollten wenigstens, wenn sie ihre Eröffnung nicht hindern könnten, dieselbe nur unter dem lähmenden Druck von 100,000 bewaffneten Proletariern berathen lassen. Alle diese Entwürfe und Drohungen waren vergeblich.

Die provisorische Regierung blieb fest und die jetzt regelmäßig organisirte Nationalgarde stand auf ihrer Seite. Am Ostersonntag und Ostermontag ging der Wahlakt in ganz Frankreich in größter Ordnung und angemessener Feierlichkeit vor sich. Von den 400,000 Wählern des Seinedepartements erhielten die Kandidaten der Klubs nur 15—20,000 Stimmen, ein Beweis von ihrer Unpopularität, den sie so schlagend nicht erwartet hatten. Die meisten Stimmen (259,800) fielen in Paris auf Lamartine. Er wurde außerdem noch in neun Departements gewählt und hatte im Ganzen 2,300,000 Stimmen erhalten. Unter den zur Nationalversammlung Gewählten befanden sich Legitimisten und Orleanisten, wie: Berryer, General Oudinot, de la Rochejacquelein, Odilon Barrot, Duvergier de Hauranne; in der republikanischen Partei ragten Lammenais und Beranger hervor. Die Klubs und Socialisten hatten einige ihrer Führer durchgebracht, aber in geringerer Anzahl als sie gehofft und andere gefürchtet hatten. Es waren zwei Bonaparte, ein Murat, zwei Lafayette gewählt worden; aber die größte Anzahl der Abgeordneten bestand aus unbekannten Neulingen

Am 4. Mai fand die von dem gemäßigten Theile der Bevölkerung als Anfang einer friedlicheren Aera herbeigesehnte Eröffnung der Nationalversammlung statt. Eine ungeheuere Volksmenge erwartete die Mitglieder der provisorischen Regierung, die paarweise von dem Hôtel des Justizministeriums auf dem Vandomeplatz, durch ein Spalier von Nationalgarden und Linientruppen nach dem Pallast Bourbon zogen. Als sie in den Sitzungssaal eintraten, wurden sie mit einem rauschenden Lebehoch auf die Republik empfangen. Es legte dann jeder einzelne von ihnen einen Bericht über seine Amtsführung ab, wobei besonders Lamartine mit Beifallsbezeugungen überhäuft wurde. Um fünf Uhr Nachmittags erschienen sie in Begleitung vieler Abgeordneten auf dem großen Treppenabsatz bei der Concordienbrücke, und erklärten, daß die Nationalversammlung die Republik einstimmig angenommen habe. Die provisorische Regierung danke dann ab, und an ihre Stelle trat eine Exekutivkommission von fünf Mitgliedern: Arago, Garnier-Pagès, Marie, Lamartine und Ledru-Rollin, die interimistisch fortregieren und die Minister ernennen sollte. Es stellte sich heraus, daß Lamartine in der Versammlung weniger populair als unter den Wählern war, indem er, was die Stimmenzahl betrifft, nur der vierte auf der Liste war. Unter den neuen Ministern verdienen nur Bastide, der das Auswärtige, und General Cavaignac, der das Kriegsdepartement erhielt, genannt zu werden. Letzterer, der noch in Algerien abwesend war, wurde vorläufig

durch den Oberst Charras ersetzt. Nachdem die Feierlichkeiten der Installirung vorüber waren, nahm das Volk an der Nationalversammlung und ihren Verhandlungen viel weniger Antheil als an den früheren Kammern, obgleich diese nur eine getheilte Gewalt besessen hatten. Die Menge ahnte dunkel, daß die Zukunft Frankreich's nicht von dieser Versammlung entschieden werden würde.

Die vielköpfige Nationalversammlung (900 Mitglieder) mit ihren Parteispaltungen, die bald sichtbar wurden, flößte den Klubisten und übrigen Demagogen noch weniger Rücksicht als die provisorische Regierung ein, die eine größere Einheit der Gewalt dargestellt hatte. Die extreme Partei, welche am 17. März und 16. April, in demüthigender Weise, ohne einen Kampf gewagt zu haben, unterlegen war, hielt jetzt den Moment für geeignet, die empfangene Scharte auszuwetzen. In der Nationalversammlung war, bald nachdem sie sich konstituirt hatte, viel von Polen und Italien, besonderes von ersterem, die Rede gewesen, und es war für den 15. Mai eine Interpellation an das Ministerium über die von Frankreich in der polnischen Frage zu beobachtende Politik angesetzt worden. Diesen Tag hatten die Häupter der Demagogen zu einer großen Manifestation, angeblich im Interesse Polen's, in Wahrheit aber zum Sturze der Regierung und Sprengung der Nationalversammlung bestimmt. Alles war dazu von den einflußreichsten Führern der Klubs, Barbès, Sobrier u. s. w. vorbereitet worden. Louis Blanc und Albert, die jetzt nicht mehr zur Regierung gehörten, hatten versprochen, sich der Bewegung anzuschließen. Auch der Generalkommandant der Pariser Nationalgarde, Courtais, scheint im Geheimen in das Komplot eingeweiht gewesen zu sein. Gegen Mittag zog eine Kolonne von 15—20,000 Mann, die sich auf dem Bastilleplatze gesammelt hatte, die Klubs und Arbeitervereine durch besondere Fahnen ausgezeichnet, nach dem Pallast Bourbon, schob die aufgestellten Posten der Nationalgarde, der Mobilgarde und der Linientruppen bei Seite, und drang unter dem Ruf: „Es lebe Polen!" in die Höfe, Gärten und zuletzt in den Sitzungssaal der Nationalversammlung ein. Dieser Kolonne folgten bald mehre andere, an deren Spitze sich Raspail, Blanqui, Hubert, ein Gerber, Flotte*), ein Koch, befanden, so daß die in und um den Pallast Bourbon versammelte Volksmasse sich auf 100,000 Köpfe belaufen haben

*) Nicht zu verwechseln mit de Flotte, einem ehemaligen Marineofficier, der später Mitglied der Assemblée législative wurde, und auf Garibaldi's Zuge in Kalabrien fiel.

soll. Barbès bestieg die Rednerbühne, erklärte die Sache Polen's für die Frankreich's, und schlug, um zu diesem Zweck Krieg führen zu können, eine außerordentliche Steuer von 1000 Millionen Fr. auf die größeren Grundbesitzer und Kapitalisten vor. Louis Blanc that sich ebenfalls durch leidenschaftliche Ansprachen an die Meuterer hervor. Ihm folgte Hubert, der im Namen des Volks die Nationalversammlung für aufgelös't erklärte. Von den Abgeordneten mischten sich manche unter die eingedrungene Menge, andere verließen den Saal, die meisten harrten jedoch auf ihren Sitzen aus, obgleich von Verwirrung und Schrecken im ersten Augenblick wie gelähmt. Nachdem die Auflösung der Nationalversammlung ausgesprochen, begab sich Barbès mit seinem Anhange nach dem Stadthaus, um dort eine neue revolutionaire Regierung einzusetzen. Er wurde von Caussidière's Polizeisoldaten ohne Schwierigkeit eingelassen, und begann über die Besetzung der obersten Regierungsstellen und den Erlaß einer Proklamation an das Volk mit seinen Freunden zu berathen. Unterdessen war aber in dem Pallast Bourbon eine plötzliche Veränderung wie durch einen Zauberschlag eingetreten. Es war mehren Repräsentanten gelungen, sich aus dem Sitzungssaal nach dem Quartier des Generalstabes der Nationalgarde zu begeben, und das Einschreiten derselben zu bewirken. Andere hatten durch vertraute Sendlinge die Kommandeurs der Linientruppen zur Hülfsleistung auffordern lassen. Bald wurde in den Hauptstraßen, auf den Plätzen und Boulevards der Generalmarsch geschlagen. Ein Bataillon Mobilgarde, das in einem Hofe des Pallastes Bourbon durch List der Meuterer eingeschlossen gewesen, zerbrach endlich die Thüren und Gitter, und drang mit aufgepflanztem Bayonett in den Sitzungssaal ein. Die wilde Menge, die keinen so plötzlichen Angriff erwartet hatte, stürzte durch alle Ausgänge in das Freie hinaus. Die von mehren Seiten herbeiziehenden Nationalgarden und Linientruppen zerstreuten die auf dem Concordienplatz und auf dem Quai aufgestellten Massen, die, ohne Führung gelassen, keinen Widerstand wagten. Eine Abtheilung Nationalgarde zog nach dem Stadthaus und nahm Barbès mit seinem Anhange (72 Personen) ohne Weiteres gefangen. Im Laufe des Tages und während der nächsten Nacht wurden die bekanntesten unter den Anstiftern des Aufstandes verhaftet und vorläufig nach Vincennes abgeführt. Als der Sitzungssaal von den Meuterern geräumt war, stiegen Lamartine und Ledru-Rollin zu Pferde und begaben sich nach dem Stadthaus, um dort Maßregeln gegen eine Erneuerung des Aufstandes zu treffen. Artillerie und Reiterei wurde herbeigerufen. Der General Bedeau erhielt den

Oberbefehl über die gesammte in Paris anwesende bewaffnete Macht. Aber die Aufständischen waren wie verschwunden. Keine einzige Barrikade wurde errichtet. Die Regierung benutzte die Gelegenheit, um die Montagnards und die Garde republicaine aufzulösen. Caussidière, der sich an den letzten Vorgängen, wenn auch nur im Stillen betheiligt hatte, legte seine Stelle als Polizeichef und Volksvertreter nieder, verlor aber nicht allen Anhang in der Bevölkerung und setzte seine geheimen Verbindungen mit einigen Mitgliedern der Regierung fort. Die Leiter des Aufstandes vom 15. Mai: Barbès, Albert, Hubert wurden später von dem zur Aburtheilung politischer Verbrechen eingesetzten Hohen Gerichtshof in Bourges zur Deportation, Blanqui zu siebenjährigem Gefängniß, viele andere zu geringeren Strafen verurtheilt. Louis Blanc blieb eine Zeit lang unangefochten, und entzog sich später der Verhaftung durch die Flucht.

Um diese Zeit trat zu den vorhandenen Gährungsstoffen ein neuer hinzu. Man hörte jetzt häufig aus den Volksgruppen den Ruf ertönen: „Es lebe der Kaiser!" Es war dies nicht eine Erinnerung an den großen Todten von St. Helena, sondern an seinen Neffen, Louis Napoleon Bonaparte, den Sohn des ehemaligen Königs von Holland, der vermöge der in seiner Familie 1804 festgesetzten Erbfolge sich zur Herrschaft über Frankreich berufen glaubte, und in Straßburg und Boulogne den verfehlten Versuch gemacht hatte, diesen Anspruch zu verwirklichen. Er war bald nach der Februarrevolution aus London nach Paris gekommen, und hatte die provisorische Regierung von seiner Ankunft benachrichtigt. Da diese seine Anwesenheit mißbilligte, so reiste er wieder nach London zurück, richtete aber ein Schreiben an sie, in welchem er erklärte, man möge in dem Opfer, das er durch diese Entfernung bringe, die Reinheit seiner Absichten und die Aufrichtigkeit seines Patriotismus erkennen. Dieses Schreiben erschien in den Tagesblättern, und die öffentliche Aufmerksamkeit ward wieder auf den Neffen des Kaisers gelenkt, dessen Schriften und die darin behandelten politischen und socialen Fragen schon vorher bei einem Theil des Publikums Beifall gefunden hatten. Die Mitglieder der provisorischen Regierung erschraken über die plötzlich wieder auflebende Bedeutung des Napoleonischen Namens, und waren froh, als der Prinz Paris verlassen hatte. Aber am 4. Juni, bei Gelegenheit der durch frühere Doppelwahlen veranlaßten Neuwahlen, wurde Louis Napoleon in vier Departements, Seine, Yonne, Sarthe und Charente inférieure in die Nationalversammlung gewählt. Die Exekutivkommission wollte durch Lamartine's Mund das 1832 gegen

die Napoleoniden erlassene Verbannungsdekret gegen den Sohn des ehemaligen Königs von Holland ausnahmsweise aufrecht erhalten wissen. Aber zwei seiner Vettern, Napoleon, Sohn Jerome's, und Peter, Sohn Lucian's, saßen schon in der Versammlung. Diese erhoben nachdrücklich ihre Stimmen zu Gunsten ihres Verwandten, und suchten ihn gegen den Vorwurf des Ehrgeizes zu vertheidigen, indem sie auf seine Rückkehr nach London hinwiesen. Lamartine's Antrag fiel durch, aber Louis Napoleon hielt seine Zeit für noch nicht gekommen und verzichtete auf seinen Sitz in der Nationalversammlung. Sei es tiefe Berechnung oder glücklicher Instinkt, er handelte in seinem Interesse, indem er im Auslande blieb, und unterdessen die Schwäche der Exekutivkommission, die Uneinigkeit in der Nationalversammlung, und die zunehmende Unzufriedenheit des Volks mit den bestehenden Verhältnissen für sich wirken ließ.

Ungeachtet der Aufstand vom 15. Mai gescheitert war, so hatte sich die öffentliche Stimmung doch keineswegs beruhigt. Es fielen in Paris fast täglich tumultuarische Zusammenrottungen vor. Einmal war sogar die Nationalversammlung wieder bedroht gewesen (12. Juni). Der Regierung kamen geheime Anzeigen zu, daß die Demagogen an einer neuen großen Schilderhebung arbeiteten, die diesmal, ihren Aeußerungen nach, mit größeren Mitteln als früher unternommen, ihr Ziel, die Errichtung der socialistischen Republik, nicht verfehlen werde. Die Exekutivkommission war schon mehrmals in der Nationalversammlung aufgefordert worden, dem Unwesen der Nationalwerkstätten ein Ende zu machen, welche so viel wie ein starkes Kriegsheer kosteten, und die bei der in ihnen herrschenden Gesinnung wie ein drohendes Ungewitter über Frankreich schwebten. Die gebildeten und besitzenden Klassen in Paris waren der sich immer erneuernden Besorgnisse vor einem Volksaufstande müde geworden, und verlangten, daß dieser Gefahr zuvorgekommen werde. Die Regierung beschloß, um mit der Aufhebung der Nationalwerkstätten einen Anfang zu machen, 7000 Arbeiter aus denselben zu entfernen, und den übrigen, die nicht zur Nationalgarde gehörten, die Waffen abzunehmen. Die Arbeiter hatten diese Maßregel aus den in der Nationalversammlung vorangegangenen Berathungen voraussehen können, und beschlossen, ihr mit Aufbietung aller Kräfte zu widerstehen. Ehe sie jedoch zu den Waffen griffen, sandten sie eine Deputation an den früheren Minister der öffentlichen Arbeiten, Marie, um eine Zurücknahme des Beschlusses über die Nationalwerkstätten zu erlangen, von dem sie aber abgewiesen, und zur Unterwerfung unter die Anordnungen der Regierung aufgefordert wurden. In der Nacht vom 22. zum 23.

Juni wurden von den Anführern der bewaffneten Arbeiter, die zugleich die Aufseher in den Nationalwerkstätten waren, die Vorbereitungen für den folgenden Tag getroffen. Am 23. Juni Morgens um sieben Uhr brach der Kampf an der Porte St. Denis aus. Um acht Uhr schlug der Generalmarsch in allen Straßen und rief die Linientruppen, die Mobilgarde und die Nationalgarde zusammen, welche letztere aber am ersten Tage nur in geringer Zahl herbeikam. Vielen Familienvätern und friedlichen Bürgern graute vor dem bevorstehenden Kampfe, dessen Heftigkeit sich bei der unter den Arbeitern herrschenden Stimmung voraussehen ließ. Wie in der Nacht vom 23. zum 24. Februar, so waren auch in der vom 22. zum 23. Juni auf allen Punkten, die nicht von den Truppen besetzt waren, Barrikaden und zwar mit mehr Stärke und Kunst als früher errichtet worden. Die Truppen unter dem General Lamoriciere fanden in dem Faubourg St. Denis, St. Martin und in der Rue du Temple einen hartnäckigen Widerstand, den sie, obgleich unter großem Verlust auf ihrer Seite, zuletzt überwältigten. Um dieselbe Zeit schlug man sich auf dem linken Ufer der Seine, besonders in der Nähe des Pantheon und in dem Quartier St. Jacques, und der Kampf wogte bis in den Marais hinüber. Im Ganzen genommen waren die Truppen an diesem ersten Tag nicht glücklich gewesen. Wenn sie auf dem rechten Ufer der Seine einige Fortschritte gemacht, so waren sie dagegen auf dem linken aus mehren Stellungen verdrängt worden, die sie am Morgen inne gehabt hatten. Die ganze Nacht über heulten die Sturmglocken, welche die Aufständischen zu den von ihren Führern vorher angegebenen Sammelplätzen riefen. In der Nationalversammlung und unter den Mitgliedern der Regierung gab sich keine Muthlosigkeit, aber eine trübe Stimmung kund, die zwar zu den größten Opfern entschlossen war, deren Nothwendigkeit aber bedauerte.

Die Nationalversammlung hatte dem General Cavaignac den Oberbefehl über die gesammte bewaffnete Macht in Paris und den Departements übergeben, welche die erste Militairdivision ausmachen, und ihn für die Dauer des Kampfes mit einer diktatorischen Gewalt bekleidet. Die Exekutivkommission trat ab. Die Nationalgarde eilte am Morgen des 24. Juni, von dem Widerstande der Arbeiter erbittert und für ihr Eigenthum und ihre Familien fürchtend, in großen Massen herbei, und Cavaignac schickte nach allen Seiten Befehle an die Besatzungen der benachbarten Städte nach Paris zu eilen, die sich auch sogleich in Bewegung setzten. Aber die Aufständischen hatten sich während der Nacht sehr verstärkt, so daß ihre Zahl am 24. Juni auf 40,000 Mann

geschätzt wurde, unter ihnen viele ehemalige Soldaten, alle mit dem Gebrauch des Feuergewehrs vertraut und reichlich mit Schießbedarf versehen. Unter unerhörten Anstrengungen und nur durch Anwendung der Artillerie, woran es den Arbeitern gänzlich fehlte, war es dem General Cavaignac gelungen, das Pantheon und dessen Umgebung den Aufständischen zu entreißen, sie an der Besetzung des Hôtel de Ville zu hindern, und am anderen Ende der Stadt, im Faubourg Poissoniere, die dort errichteten Barrikaden zu erstürmen. Am 25. Juni wurde der Aufstand endlich in die inneren Theile des alten Paris und die Faubourgs St. Antoine und St. Marceau zusammengedrängt, wo er am schwersten zu bezwingen war.

Mitten in der Entfesselung der wildesten Leidenschaften und dem blutigen Wogen eines Vernichtungskampfs, stellte ein Mann des Friedens ein erhabenes Beispiel von Menschenliebe und Selbstaufopferung auf, zu dem der höchste sittliche Muth gehörte, da es aus den reinsten Quellen entsprang. Der Erzbischof von Paris, Dionysius August Affre, begab sich, von einem muthigen Geistlichen und einem treuen Diener begleitet, gegen Abend nach einem Punkt, wo Angriff und Widerstand am verzweifeltsten waren. Dort, an der Ecke der Straßen St. Antoine und Charenton, erhob sich eine citadellenartige Barrikade, um deren Besitz schon seit mehren Stunden gekämpft wurde. Der Erzbischof wurde von den Aufständischen, die er zur Niederlegung der Waffen ermahnte, mit der größten Achtung behandelt, und auf sein Verlangen der Kampf auf beiden Seiten unterbrochen. Aber ein Signal mit der Trommel, welches dem Blutvergießen Einhalt thun sollte, ward von einer entfernter stehenden Abtheilung der Truppen für ein Zeichen zum Angriff gehalten. Das Gefecht begann von Neuem, und eine Kugel, man weiß nicht von welcher Seite, traf den Erzbischof und verwundete ihn so schwer, daß er am andern Tage verschied. Bis zum letzten Augenblick hatte er für die Wiederherstellung der Eintracht seine Gebete zum Himmel emporgeschickt, und seine eignen Leiden mit großer Standhaftigkeit ertragen. Sein christlich-heroisches Ende wurde von allen Parteien aufrichtig beklagt.

Am 26. Juni wurden die Aufständischen in ihren letzten Bollwerken, dem Faubourg du Temple und dem Faubourg St. Antoine mit zahlreicher Artillerie angegriffen. Die Vertheidigung dauerte, obgleich kein Erfolg mehr möglich war, eine Zeit mit derselben Hartnäckigkeit wie am vorhergehenden Tage fort. Aber die festesten Barrikaden wurden zuletzt von dem aus Vincennes herbeigebrachten schweren Geschütz demolirt und dann mit dem Bayonett erstürmt. Um sechs Uhr

Abends schwieg endlich das Geschütz- und Gewehrfeuer und die Aufständischen, die nicht umzingelt oder verwundet waren, warfen die Waffen fort und verliefen sich nach allen Seiten. Aber die ganze Umgegend von Paris war von Truppen angefüllt, und die meisten Flüchtigen wurden ergriffen.

Es hatte in Frankreich seit 1789 viele Aufstände gegeben, es waren neuerdings in Deutschland und Italien blutige Unruhen vorgefallen, aber von dem allen könnte nichts mit dem Kampfe verglichen werden, der vom 23. bis 26. Juni in den Mauern von Paris geliefert wurde. Anderswo hatte es sich um die Vertheidigung oder den Sturz dieser oder jener Regierungsform und Staatsgewalt gehandelt, der Gegenstand des Konflikts war mehr oder weniger rein politischer Natur gewesen. In der viertägigen Barrikadenschlacht war aber die bürgerliche Ordnung selbst, wie sie sich seit Jahrhunderten aus rohen Naturzuständen heraus entwickelt hatte, die gesammte moderne Gesittung und höhere Bildung in Frage gestellt und mit der Rückkehr in das Chaos bedroht gewesen. Obgleich ihre Grundlagen zu tief mit dem Dasein der Völker verbunden sind, als daß irgend eine materielle Gewalt sie ganz zu zerstören vermöchte, so wäre doch selbst eine theilweise Unterbrechung ihres Bestehens, besonders in einem der Mittelpunkte der europäischen Kultur, ein schwer zu überwindendes Unglück gewesen. Diese Gefahr ward nicht nur von den Führern, sondern von der Masse der Nationalgarde, der Mobilgarde und der Linientruppen gefühlt, und darum der Angriff auf das Bestehende mit so leidenschaftlicher Erbitterung zurückgewiesen.

Ein großer Theil von Paris bot nach diesen Schreckenstagen einen in seinen Mauern noch nie gesehenen Anblick dar. Viele Häuser waren in Brand geschossen und eingestürzt, ganze Straßen von den Kugeln stark beschädigt worden. Die meisten Fensterscheiben waren zerschlagen, die Wände von Pulverrauch geschwärzt. In den engen Straßen wußte man nicht, wo man den Fuß hinsetzen sollte, ohne im Blut auszugleiten. Die Zahl der Todten und Verwundeten war so groß, daß die gewöhnlichen Leichenkammern und Hospitäler nicht ausreichten, und viele Kirchen und andere öffentliche Gebäude dazu verwandt werden mußten.

Die Opfer, welche dieser furchtbare Ausbruch einer lange verhaltenen inneren Gährung gekostet hat, sind mit vollkommener Genauigkeit nie angegeben worden. Von funfzehn Generalen, die Kommandos hatten, blieben zwei auf der Stelle: Negrier beim Angriff auf eine Barrikade, und Brea, der verrätherischer Weise von einer Abtheilung Aufständischen zu einer Unterredung gelockt und mit zwei ihn beglei-

tenden Officieren ermordet wurde; die Generale François, Reynaud, Bourgon, Duvivier starben an ihren Wunden; Bedeau, Damesme, Korte, Lafontaine, Foucher wurden verwundet. Nur Cavaignac, Perrot und Lamoricière blieben unversehrt. Letzterem, der eben so große Umsicht als Thatkraft entwickelt hatte, wurden zwei Pferde unter dem Leibe erschossen. Mehre Volksrepräsentanten hatten sich an der Bekämpfung des Aufstandes betheiligt. Zwei derselben, Bixio und Charbonnel, fielen, einige andere wurden verwundet. Man giebt den Gesammtverlust in diesen Tagen gewöhnlich auf 2—3000 Todte an. Sehr viele Leichen sind aber während des Kampfes in die Seine geworfen worden und man hat sie an den Orten, wo sie an das Ufer getrieben wurden, ohne weitere Anzeige zu machen, begraben. Von den Aufständischen wurden an 14,000 gefangen, denn auf allen Landstraßen waren Kavallerieposten aufgestellt, welche alle Flüchtigen oder der Flucht Verdächtigen in Empfang nahmen und an die Behörden ablieferten. Sowohl sie als die verwundeten und sterbenden unter den Aufständischen, welche in den Hospitälern lagen, waren von der Niederlage ihrer Partei mehr überrascht als gebeugt, denn sie hatten auf den Sieg gerechnet, und die meisten unter ihnen blieben fest bei der Meinung, eine gute und gerechte Sache vertheidigt zu haben, und sahen sich als Märtyrer an. Es wurden keine Todesurtheile vollzogen, obgleich manche unter den Aufständischen überführt wurden, Gefangene niedergemacht und andere Grausamkeiten begangen zu haben. Nur die später entdeckten Mörder des General Brea und der beiden ihn begleitenden Officiere sind unter der Präsidentschaft Louis Napoleon's hingerichtet worden. Auffallend bleibt es, daß die Socialisten im übrigen Frankreich sich nicht in Masse, wie ihre Gesinnungsgenossen in Paris, erhoben, da es überall Klubs und geheime Gesellschaften gab. Es scheint aber zwischen ihnen kein Zusammenhang und gemeinsamer Plan statt gefunden zu haben. Die Fabrikarbeiter in Rouen waren schon am 29. April losgebrochen, aber von der Nationalgarde zu Paaren getrieben worden. In Marseille erhoben sie sich am 22. Juni, wurden aber nach einem blutigen Kampfe besiegt.

Die Exekutivkommission war im Sturme der Barrikadenschlacht verschwunden. Nach errungenem Siege gab der General Cavaignac die ihm ertheilte Vollmacht an die Nationalversammlung zurück, die sie ihm aber von Neuem übertrug, und ihm überließ, seine Kollegen in der Regierung nach eigenem Ermessen zu wählen. Außerdem erklärte die Nationalversammlung, daß Cavaignac sich um das Vaterland wohl verdient gemacht habe. Lamoricière wurde Kriegsminister, Changarnier erhielt

den Oberbefehl über die Pariser Nationalgarde, dem General Bedeau, der noch an seiner Wunde krank lag, wurde das Ministerium des Auswärtigen übertragen, er aber in demselben erst provisorisch, dann definitiv durch Bastide, einen der Redakteure des National, ersetzt. Obgleich die äußere Ruhe wieder hergestellt war, dauerte der Belagerungszustand fort, elf der revolutionairsten Tagesblätter mußten eingehen, alles, was nicht zur Nationalgarde gehörte, wurde zur Ablieferung der Waffen gezwungen, und die Regierung errichtete mehre Lager in der Nähe von Paris, so daß sie in jedem Augenblick über 50,000 Mann Truppen verfügen konnte. Die Nationalversammlung nahm, ungeachtet des heftigen Widerstandes der äußersten Linken, drei Gesetzentwürfe an, welche für jedes politische Tagesblatt eine Kaution von 24,000 Fr., Strafen für Preßvergehen und die Beaufsichtigung der Klubs anordneten. Die Nationalversammlung hatte aus ihrer Mitte eine Kommission gewählt, welche beauftragt wurde, die sowohl an die Vorbereitung als an die Ausführung der Juniereignisse sich knüpfenden Thatsachen aufzuhellen und herauszustellen. Der Bericht der Untersuchungskommission verursachte, obgleich er nichts als die Wahrheit und diese noch in gemildeter Form enthielt, auf der äußersten Linken, die jetzt wieder wie im Konvent der Berg genannt wurde, eine Aufregung, die durch das Bewußtsein der moralischen Mitschuld noch vermehrt wurde. Besonders hatte die Darstellung des übeln Einflusses und des ungesetzlichen Verfahrens der nach der Februarrevolution in die Departements gesandten Kommissarien die Demagogen in Harnisch gebracht. Man war nicht ohne Besorgniß vor neuen unruhigen Auftritten, die allerdings von der bewaffneten Macht bald unterdrückt worden wären, aber vielleicht wieder viel Blut gekostet haben würden. Die gemäßigte Partei vermied deshalb in dem weiteren Verlauf der Verhandlungen jede Bitterkeit und Leidenschaftlichkeit, zumal die Angeschuldigten nicht von der Nationalversammlung, sondern von dem Hohen Gerichtshof in Bourges gerichtet werden sollten.

Nach diesen großentheils persönlichen Debatten kam es zur Berathung über den Verfassungsentwurf, an welchem von der in der Nationalversammlung dazu niedergesetzten Kommission, ungeachtet aller äußeren Störungen, unaufhörlich fortgearbeitet worden war. Derselbe wurde, nachdem ihn die einzelnen Abtheilungen geprüft und mehrmals abgeändert hatten, jetzt vor das Plenum gebracht. Einer der Paragraphen des Entwurfes, der am meisten angefochten wurde, war das Recht des Einzelnen auf Arbeit und die Beschaffung derselben von

Seiten des Staats, ein Recht, dessen Anerkennung schon Lamartine unmittelbar nach der Februarrevolution verweigert hatte, und das jetzt wieder hervorgesucht worden war. Dieser Paragraph wurde durch die vereinten Bemühungen von Tocqueville, Duvergier de Hauranne, Thiers*) und Dufaure, die drei Sitzungen hindurch gegen denselben sprachen, in der öffentlichen Meinung zu Grunde gerichtet, und von der Versammlung mit großer Stimmenmehrheit verworfen. Die Todesstrafe wurde nur bei politischen Verbrechen abgeschafft, blieb aber sonst in der Kriminaljustiz stehen. Das Zweikammersystem erlag, ungeachtet der Anstrengungen, die Odilon Barrot, Remusat, Tocqueville und Thiers für dasselbe machten. Die Proportionalsteuer wurde der Progressivsteuer vorgezogen, für welche letztere die Linke mit großem Eifer stritt. Die Unterrichtsfrage blieb unerledigt, so viele Mühe sich auch Montalembert und Falloux gaben, die klerikalen Ideen in ihr geltend zu machen. Obgleich manche dieser Sitzungen, abgesehen von den bedeutenden Gegenständen, um die es sich handelte, auch von Beredtsamkeit und Parteieifer belebt wurden, so flößten sie dem Publikum keine ächte Theilnahme mehr ein. Der Mißbrauch mit der Sache hatte unglücklicher aber nothwendiger Weise diese selbst vernichtet. Das Interesse an den parlamentarischen Verhandlungen war in Frankreich auf lange Zeit hin geschwächt worden. Die Demagogen hofften auf eine neue Schilderhebung der Massen und eine Beseitigung der Nationalversammlung, die von ihnen seit dem 15. Mai auf das äußerste angefeindet wurde, und der friedliche Theil des Volks sah der Zukunft mit Besorgniß entgegen, und suchte nach einer schützenden Macht für sich, als welche ihm weder die Nationalversammlung noch die Regierung erschienen. Cavaignac, dessen kräftiger Wille und aufrichtige Gesinnung nicht bezweifelt wurde, war doch zu wenig Staatsmann, begriff die Lage der Dinge nicht ganz, und galt für einen zu ausschließenden Republikaner, um volles Vertrauen in ihn zu setzen. Denn die Republik, welche mit Ausnahme der ersten Begeisterung nach dem 24. Februar, von Anfang an wenig überzeugte Anhänger gezählt hatte, war jetzt in der Meinung der besitzenden Klassen völlig todt. Man sah in ihr nur eine hohle Form, die bei der ersten feindlichen Berührung von selbst zusammenstürzen würde.

Das Verfassungswerk wurde endlich am 4. November zum Ab-

---

*) Thiers war, in Folge einer Ersatzwahl im Junius, in die Nationalversammlung getreten.

schluß gebracht und mit 739 Stimmen gegen 30 angenommen. Es war das elfte der Art seit der Konstitution von 1791. Frankreich wurde darin für eine untheilbare demokratische Republik erklärt, die unveräußerliche und unverjährbare Souverainetät des Volks ausgesprochen, und drei von ihm ausgehende Gewalten: die gesetzgebende, die richterliche und die vollziehende festgesetzt. Die gesetzgebende Macht sollte von einer Nationalversammlung, die vollziehende von einem Präsidenten, beide unmittelbar vom Volk durch allgemeines Stimmrecht gewählt, ausgeübt werden. Am 5. November ward die Verfassung auf den Hauptplätzen der Stadt mit äußerem Pomp verkündigt, von der Bevölkerung aber mit mehr Gleichgültigkeit als zur Zeit der parlamentarischen Regierung viel weniger wichtige Ereignisse aufgenommen. Die Mehrheit des Volks war durch die häufigen Erschütterungen gegen alle politischen Systeme gleichgültig geworden, und wollte nur Ruhe und Sicherheit, unter welchen Ideen und Formen es auch immer sei.

Die Verfassung wurde, seitdem sie bekannt gemacht worden, wenig in Betracht gezogen. Die allgemeine Aufmerksamkeit war einzig auf die Präsidentenwahl gerichtet. Es gab nur wenige Kandidaten für die erste Stelle in der Republik, die Aussicht auf Erfolg gehabt hätten. Denn es war, ungeachtet es nicht an militairischen und parlamentarischen Notabilitäten fehlte, Niemand vorhanden, der in der öffentlichen Meinung eine unbestrittene, alles überragende Stellung eingenommen hätte. Die Staatsmänner, Kammermitglieder, Redner, die sich in den letzten Decennien hervorgethan hatten, waren weniger Männer des Landes als einer Partei, und wurden in dieser Eigenschaft von den anderen Parteien ausgeschlossen. Bei den Generalen ersten Ranges fand dies weniger statt, aber keiner unter ihnen konnte durch das, was er gethan, eine unbedingte Anerkennung für sich in Anspruch nehmen. Die Franzosen waren durch Napoleon gewöhnt worden, an militairisches Verdienst einen ungewöhnlich großen Maßstab anzulegen. Was wollten die Siege, welche die in Afrika befehligenden Generale über Araber und Marokkaner davon getragen hatten, im Vergleich zu den Siegen unter dem Kaiserreich und selbst der ersten Republik bedeuten? Cavaignac hatte während seiner Diktatur Muth, Verstand und Redlichkeit, aber kein besonderes politisches und organisatorisches Talent bewiesen. Da Niemand das Gewicht außerordentlicher Thaten in die Wagschale der Wahl werfen konnte, so sah sich die Nation bei der Besetzung der ersten Würde im Staat auf die Träger großer Namen gewiesen. Aber solcher durch ihren Glanz alles verdunkelnder Namen gab es in Frankreich nur zwei,

einen sehr alten: Bourbon, der eine fast tausendjährige Geschichte besaß, mit dem aber das französische Volk seit sechzig Jahren viermal gebrochen hatte, und einen, von dem allerdings erst die zweite Generation vorhanden war, Bonaparte, dessen Gründer aber durch seinen Herrschergeist, seine Reformen im Innern und seine Siege über das Ausland in den Augen der Massen die Vergangenheit wie ausgelöscht und sich an deren Stelle gesetzt hatte. Daß der nächste Erbe dieses Namens, wenn es auf eine Wahl ankam, bei der die Menge entschied, allen anderen Bewerbern vorgezogen werden würde, konnte nur der Parteisucht und Unbekanntschaft mit der öffentlichen Meinung zweifelhaft erscheinen.

Louis Napoleon war, wie eben erwähnt worden, im Anfang Juni in vier Departements zum Abgeordneten gewählt worden, hatte aber, da seine Wahl zu unruhigen Auftritten in Paris und leidenschaftlichen Diskussionen in der Nationalversammlung Veranlassung gab, abgelehnt und war in London geblieben, nicht ohne diesen Entschluß und seine Beweggründe dem Präsidenten der Versammlung in einem in der Presse veröffentlichten Schreiben kund zu thun. Eine Stelle in diesem Schreiben: „Wenn mir das Volk Pflichten auflegen sollte, so werde ich dieselben zu erfüllen wissen" — hatte in ganz Frankreich großes Aufsehen erregt. Unterdessen waren in Paris und mehren Departements abermals Neuwahlen vorgenommen worden (17. September 1848). Louis Napoleon hatte allein in Paris 110,752 Stimmen erhalten, und war außerdem noch in vier anderen Departements gewählt worden. Die Popularität seines Namens war seit den Juniereignissen sehr gestiegen. Alles Andere schien abgenutzt, veraltet und vergessen zu sein. Lamartine war in den Hintergrund getreten, Barbès, Blanqui im Gefängniß, Louis Blanc entflohen, Ledru-Rollin hatte sich verhaßt und selbst geringschätzig gemacht. Cavaignac war nur unter den Soldaten und in einem Theile der Bourgeoisie beliebt.

Unter solchen Umständen geschah es, daß Louis Napoleon sich nach Paris begab, und am 26. September zum erstenmal in der Nationalversammlung erschien. Seine Wahl zum Abgeordneten ward für regelmäßig befunden. Sein Aeußeres brachte auf die Versammlung keinen bedeutenden, aber auch keinen ungünstigen Eindruck hervor. Seine Züge erinnerten wenig an die seines großen Oheims, er trat sehr anspruchslos auf und hielt eine kurze Rede, in der er seine Vaterlandsliebe lebhaft betonte, und sich für Wiederherstellung der Ordnung mit Beibehaltung der Republik und der demokratischen Institutionen aussprach. Diese Rede gefiel beiden Parteien. Die Erklärung zu Gunsten der Ordnung

gewann die rechte, die Anspielung auf die Republik beruhigte die linke Seite der Versammlung. Am 5. Oktober begann die Berathung über die Präsidentenwahl. Am 6. entschied Lamartine's glänzende Rede die Frage im Sinn der direkten Wahl durch das Volk. Vergebens machten die entschiedenen Republikaner einen Versuch, Louis Napoleon's Wahl unmöglich zu machen, indem sie durch den Deputirten Thouret ein Amendement einbringen ließen, nach welchem jedes Mitglied der Familien, die über Frankreich regiert hatten, von der Präsidentenstelle ausgeschlossen sein sollte. Thouret mußte, da er nicht die nöthige Unterstützung fand, sein Amendement zurücknehmen.

Das Landvolk war überall in Frankreich, mit Ausnahme einiger Gegenden im Süden und Westen, entschlossen für Louis Napoleon zu stimmen. Das Bild des Kaisers hing in jeder Hütte, und die Erinnerung an ihn lebte in den Bewohnern wie eine Familientradition; der Vater oder Großvater hatte unter ihm gefochten, die Erzählungen von seinen Thaten und seinem tragischen Ende waren die erste Nahrung für die Einbildungskraft des gegenwärtigen Geschlechts gewesen, dem allerdings kein größerer Gegenstand hätte geboten werden können. Zu dem militairischen Ruhm, der mit dem Namen Napoleon verbunden war und in den Augen des Volks alles Andere überwog, trat für die gebildeten Klassen das Verdienst hinzu, in Frankreich eine so feste und großartige Staatseinrichtung eingeführt zu haben, daß sie in Verwaltung, Justiz, Steuerwesen, Kultus und Unterricht, ungeachtet aller politischen Stürme, im Wesentlichen dieselbe geblieben war. Die Menge warf sich nicht die Frage auf, ob der Neffe dem Oheim an Einsicht und Thatkraft ähnlich sei, es wurde dies als selbstverständlich vorausgesetzt und mit dem Namen verbunden gedacht. Mit dieser Stimmung der Massen wohl bekannt, sagte Louis Napoleon am 26. Oktober in der Nationalversammlung: Frankreich sehe in seinem Namen eine Bürgschaft für die Sicherheit der Gesellschaft, und er werde sich die Achtung dieses hochherzigen Volkes zu erwerben wissen. Er erließ ein Wahlmanifest, worin er Ordnung nach Innen, Friede nach Außen, Herabsetzung der Steuern versprach und erklärte, er werde, wenn er an die Spitze des Staats gestellt würde, das Ministerium aus den Besten und Fähigsten zusammensetzen, zu welcher Partei sie auch gehören möchten. Louis Napoleon fand aber nicht nur bei den Massen, sondern auch bei den politischen Parteien für seine Wahl Beistand. Viele Notabilitäten aus der Zeit der Restauration und der Juliusmonarchie, Legitimisten und Orleanisten, arbeiteten für ihn, und bildeten Vereine, um seine Wahl in Paris

und den Departements zu begünstigen. Sie wollten seinen Namen benutzen, um durch ihn die Republik zu stürzen, und hofften ihn dann selbst leicht beseitigen und einen Thronkandidaten ihrer Wahl an seine Stelle setzen zu können. Denn sie hielten ihn für schwach und unfähig und glaubten, daß er, in den Besitz der obersten Gewalt gesetzt, bald Mißgriffe begehen und die Volksgunst, die ihn allein emporgetragen, verlieren werde. Nie hat man sich über einen Charakter mehr getäuscht als über den „des Helden von Straßburg und Boulogne", und dies ist besonders von Seiten der Politiker vom Fach, und nicht blos in Frankreich, sondern auch fast überall im Ausland geschehen. Aber man muß auch gestehen, daß Niemand sich selbst so unähnlich gewesen ist, als Louis Napoleon vor und nach der Zeit seiner Wahl.

Am 10. December fand die Präsidentenwahl statt, aber es war im Grunde keine Wahl mehr, sondern, wenigstens auf dem Lande, ein begeisterter Zuruf des Volks, das von dem Namen Napoleon wie berauscht erschien. Von 7,324,672 Stimmen erhielt der Neffe des Kaisers: 5,434,226; Cavaignac: 1,448,107; die übrigen hatten sich auf Ledru=Rollin, Raspail, Lamartine und Changarnier zersplittert. Am 20. December wurde das Ergebniß der Wahlen in der Nationalversammlung bekannt gemacht. Cavaignac und nach ihm alle Minister legten ihre Aemter nieder. Armand Marrast, der Präsident der Nationalversammlung war, proklamirte hierauf den Bürger Louis Napoleon Bonaparte zum Präsidenten der französischen Republik, der, nachdem er die Verfassung beschworen hatte, eine kurze klug berechnete Rede hielt, in der er hervorhob, daß er nicht der Mann einer Partei, sondern der des Landes sein werde, und daß, wenn es ihm nicht beschieden sei, Großes zu thun, er wenigstens Gutes vollbringen wolle. Nach diesen mit Beifall aufgenommenen Worten begab sich der neue Präsident, der in bürgerlicher Kleidung, aber mit dem Stern und Band der Ehrenlegion erschienen war, zu dem General Cavaignac, der wieder seinen Sitz als Abgeordneter eingenommen hatte, drückte ihm die Hand, und erklärte, daß er stolz darauf sei, einem so würdigen Manne in der Ausübung der vollziehenden Gewalt zu folgen. Cavaignac nahm diese Anerkennung seiner Verdienste kalt und ohne sich von seinem Platz zu erheben entgegen. Louis Napoleon verließ hierauf die Nationalversammlung in Begleitung der Bureaumitglieder, die beauftragt waren, ihn mit allen seiner Würde gebührenden Ehrenbezeugungen in den Pallast Elysée-National, der zur Residenz des Präsidenten der Republik bestimmt war, einzuführen. Dort wurde er von seinen in Paris anwesenden Verwand-

ten und vielen Anhängern seiner Familie empfangen, die bald anfingen, ihn wie einen Souverain zu behandeln. Es war ein verhängnißvoller Moment für Frankreich, und, wie sich später gezeigt hat, für Europa, als das Gestirn der Napoleoniden, nachdem es ein ganzes Menschenalter über unsichtbar gewesen, vor den erstaunten Augen der Welt plötzlich wieder aufging, obgleich die volle Bedeutung dieses Ereignisses damals nur dunkel geahnt werden konnte.

---

2. Deutschland im Jahre 1848.

Der erste Anstoß zu einem neuen großen Wendepunkt in der Geschichte unserer Zeit war, wie am 14. Juli 1789 durch die Einnahme der Bastille, am 24. Februar 1848 durch die Einführung der Republik wieder von Paris ausgegangen, wo seit siebenzig Jahren ein Vulkan sich erhoben hat, der zuweilen erloschen scheint, plötzlich aber sich wieder entzündet, und bei jedem neuen Ausbruch die in ihm entstandene Erschütterung immer weiter in die Ferne verbreitet. Der geistige Einfluß der Revolution von 1789 hatte sich bald fühlbar gemacht, weil sie in den Ideen schon seit lange vorbereitet gewesen, aber in die äußere Gestaltung der Welt griff sie erst durch ihre siegreichen Kriege ein, zu denen sie durch die Angriffe des Auslandes herausgefordert wurde, in deren Verlauf sie aber später weder Maß noch Ziel kannte. Der Unterschied zwischen Frankreich und dem übrigen Europa war damals noch zu groß, als daß letzteres sich hätte veranlaßt fühlen können, dieselbe oder auch nur eine ähnliche Bahn zu betreten. Ganz anders verhielt es sich mit der Revolution von 1848. Sie wurde weder vom Auslande bedroht, noch griff sie dasselbe an, sondern ihr bloßes Beispiel reichte hin, einen großen Theil Europa's in Flammen zu setzen. Ihre Wirkung war viel rascher und viel weiter reichend als das erstemal, weil zwischen den Franzosen und den anderen Völkern, ungeachtet aller natürlichen Verschiedenheit, nicht mehr dieselben moralischen Schranken wie früher bestanden. Seit dem Wiener Kongreß hatte sich in vielen Ländern ein immer tiefer gehender Widerwille gegen das reaktionaire System, dem sie unterworfen wurden, verbreitet, wozu später noch die socialistischen Ideen hinzutraten, die, ebenfalls von Frankreich ausgehend, nur dadurch so schnell um sich griffen, weil sie überall dieselbe Unzufriedenheit mit

dem Bestehenden vorfanden. Es wäre aber ein Irrthum und eine Uebertreibung, wenn man das, was in den Jahren 1848 und 1849 in Deutschland, Oesterreich, Preußen, Italien und Ungarn geschah, einzig als eine Folge der Februarrevolution ansehen wollte. Es ward in Paris nur das äußere Zeichen zum Ausbruch der in jenen Ländern längst vorhandenen Gährung gegeben, die ohne den 24. Februar 1848 wahrscheinlich noch länger an sich gehalten hätte, aber auf diese oder jene Art, wenn auch später, unfehlbar hervorgetreten sein würde. Namentlich im Großherzogthum Baden, dem in politischer Beziehung beweglichsten Theile Deutschland's, gab es schon vor 1848 eine radikale Partei, in der sich ähnliche Gesinnungen und Bestrebungen regten, wie später in Frankreich nach dem 24. Februar zum Durchbruch kamen. Der Advokat Hecker und der Journalist von Struve, welcher letztere den in Mannheim in revolutionairem Geist geschriebenen „Zuschauer" herausgab, hielten im September 1847 in Offenburg eine Versammlung von Gleichgesinnten, in der schon von Selbstregierung des Volks, allgemeiner Bewaffnung, progressiver Einkommensteuer und Garantie der Arbeit von Seiten des Staates, dem Inhalt nach ungefähr eben so wie später in den Pariser Klubs und in dem sogenannten Arbeiterparlament, wenn auch in etwas gemäßigterer Form, die Rede war. Auf einer Zusammenkunft von liberalen Notabilitäten aus der Opposition verschiedener Kammern, die der badische Abgeordnete von Itzstein im Oktober nach Heppenheim berufen hatte, war lebhaft über eine Vertretung des deutschen Volkes am Bundestag verhandelt worden. Am 12. Februar 1848, also vierzehn Tage vor der Februarrevolution, hatte Bassermann aus Mannheim in der badischen Abgeordnetenkammer eine Volksvertretung am Bundestag mit der Bemerkung beantragt, daß es die dringendste Aufgabe der Fürsten sein müsse, die Abneigung der Nation gegen ihre oberste Behörde, den Bundestag, in Vertrauen zu demselben zu verwandeln, weil sonst die Kluft immer größer werden würde. Bei dieser Gelegenheit waren von ihm die prophetischen Worte ausgesprochen worden: „An der Seine und an der Donau neigen sich die Tage!" was, besonders der letztere Theil der Aeußerung, neu und überraschend erscheinen mußte.

Bei dieser inneren Vorbereitung und verwandten Stimmung brachte die Kunde von dem, was in Paris am 24. Februar vorgegangen, in ganz Deutschland eine ungeheure, seit den Tagen der Reformation daselbst nicht mehr gesehene Aufregung hervor. Die deutschen Regierungen, welche die Februarrevolution eben so wenig wie die Julisrevolu-

tion vorausgesehen hatten, waren im ersten Augenblick wie betäubt, und ahnten die Folgen dieses Schlages, ohne zu wissen wie sie denselben begegnen sollten. Die beiden deutschen Großmächte näherten sich einander, und der König Friedrich Wilhelm IV. schickte einen seiner Vertrauten, den General von Radowitz, nach Wien, um die von dem österreichischen Kabinet früher immer abgewiesenen Vorschläge zu einer Bundesreform zu erneuern, auf die Metternich diesmal eingehen zu müssen glaubte. Es wurde am 10. März eine Erklärung Oesterreich's und Preußen's veröffentlicht, nach welcher am 15. März in Dresden ein Fürstenkongreß zur Berathung über die deutschen Angelegenheiten zusammentreten sollte. Durch ein so einseitiges Mittel glaubte man den tiefen Schäden in den deutschen Zuständen abhelfen zu können. Diese diplomatische Zusammenkunft wurde von den Ereignissen verhindert. Man kann wohl ohnedies überzeugt sein, daß auf ihr nichts Heilsames zu Stande gekommen sein würde.

Unterdessen war die freisinnige Partei, für die sich jetzt die große Mehrheit der Bevölkerung mit unaufhaltsamem Ungestüm erklärte, um so thätiger gewesen, und hatten sich die Ereignisse mit einer sonst in Deutschland unerhörten Eile überstürzt. Gleich nach der ersten Nachricht von dem Siege des Pariser Volks wurde am 27. Februar bei Mannheim auf freiem Felde eine große Versammlung unter Itzstein's Vorsitz gehalten, wo die Forderung eines deutschen Parlaments, der Preßfreiheit, der Volksbewaffnung, der Schwurgerichte in eine Adresse zusammengefaßt wurde, die dem Großherzog von Baden überbracht werden sollte. Struve, der in seinen Ansichten weit über Itzstein hinausging, und bei dieser Gelegenheit im socialistischen Sinne von einem gleichen Recht aller Stände auf Wohlstand, Bildung und Freiheit sprach, veranstaltete einen Massenzug nach Karlsruhe, wo das Ministerium in alle Forderungen, mit Ausnahme eines deutschen Parlaments, dessen Gewährung außer seiner Macht lag, einwilligte, und die Censurfreiheit nach dem Preßgesetz vom 28. December 1831 wieder herstellte. An demselben Tage wurde in Württemberg die durch die Verordnung vom 1. Oktober 1819 eingeführte Censur aufgehoben. Am 28. Februar stellte Heinrich von Gagern in der zweiten Kammer des Großherzogthums Hessen den Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlaments unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig ein oberstes Haupt der deutschen Nation gewählt werden würde. In Wiesbaden wurden in einer Volksversammlung am 2. März folgende Forderungen des nassauischen Volkes zu sofortiger Erfüllung aufgestellt: allgemeine Bewaffnung mit

freier Wahl der Führer; unbedingte Preßfreiheit; Einberufung eines deutschen Parlaments; Vereidigung des Militairs auf die Verfassung; Recht der freien Vereinigung; öffentliches und mündliches Verfahren mit Schwurgerichten u. s. w. Der Minister von Dungern bewilligte, da der Herzog von Nassau abwesend war, die Volksbewaffnung und Preßfreiheit aus eigener Macht, die Herzogin-Mutter sprach sich für die Gewährung aller Punkte aus, und der Herzog bestätigte nach seiner Rückkehr nach Wiesbaden sämmtliche in seinem Namen gemachten Zugeständnisse. Vorzüglich war es die Preßfreiheit, welche in allen politischen Versammlungen vorangestellt wurde, was der öffentlichen Meinung jener Zeit zur Ehre gereicht, und zugleich erkennen läßt, woran es bisher am meisten gefehlt hatte. Der Bundestag fand sich deshalb bereits am 3. März zu der Erklärung bewogen, daß es jedem deutschen Staat frei stehe, die Censur aufzuheben. Der Kurfürst von Hessen, dem schon die von seinem Vater mit den Ständen im Jahr 1831 vereinbarte Verfassung mißfiel, wollte vollends von einer Verbesserung und Erweiterung derselben nichts wissen, wozu er von den Deputationen, die aus allen Theilen seines Landes seit dem 3. März in Kassel eintrafen, aufgefordert wurde. Mit gewohnter Hartnäckigkeit blieb er bei seiner Weigerung, gab sich das Ansehen, die Volkswünsche zu verachten und ließ Truppen gegen Hanau vorrücken, wo sich eine „Volkskommission" gebildet hatte, die mit bewaffnetem Widerstand drohte. Da aber der Kurfürst alles um sich her schwanken sah, gab er endlich nach und willigte in alle Forderungen (11. März), welche dieselben wie in Karlsruhe waren, denn das Programm der badischen Freisinnigen leuchtete bei allen diesen Bewegungen voran. Aehnliches geschah in Sigmaringen, in Frankfurt a. M., in München, und zu derselben Zeit am entgegengesetzten Ende Deutschland's, in Oldenburg, Hamburg und Bremen. Die Anhänger der vormärzlichen Zustände haben aus dieser Gleichzeitigkeit der Erhebung und ihrem ähnlichen Verlauf auf weit von einander entfernten Punkten, auf ein unter den Freisinnigen vorangegangenes Einverständniß, gewissermaßen auf eine Verschwörung gegen das Bestehende, schließen wollen. Nichts ist unbegründeter als diese Voraussetzung. Bei dem Unterdrückungssystem, das in Deutschland seit Jahren von oben her geübt worden, bei dem zwar erfolglosen, aber nie ganz verstummten Widerspruch, der sich in den Kammern der konstitutionellen deutschen Staaten und in der Presse dagegen erhoben hatte, war es kein Wunder, daß die öffentliche Meinung von dem Wiederhall des in dem großen Nachbarlande gefallenen Donnerschlags im Innersten ergriffen wurde,

und ihn krampfhaft in sich nachempfand. Da den Deutschen, wenn auch der moralische und materielle Druck in den verschiedenen Staaten nicht derselbe war, die zu einem freien nationalen Leben nothwendigen Rechte und Einrichtungen fast überall gleichmäßig fehlten, so war es natürlich, daß der Drang nach deren Erringung sich in allen Gegenden auf sehr ähnliche Weise zu erkennen gab.

Zu diesen im wesentlichen politischen Bewegungen, die, wenn auch Einzelheiten in ihrem Verlauf Veranlassung zum Tadel geben können, ihrem Ursprung und Ziel nach durchaus gerechtfertigt erscheinen müssen, gesellten sich socialistische Verirrungen, deren Ausbrüche in die Reihe der gewöhnlichen Verbrechen gehörten. Im Odenwald erhob sich damals das Landvolk gegen die Grundherrschaften. Eine Menge Schlösser wurden überfallen, und die Archive mit den Kontrakten, dem Verzeichniß der Leistungen, der Zinsen u. s. w. vernichtet. Der Adel floh erschreckt in die Städte. Doch fiel, da hier die Menge nicht so erregt und wild wie 1789 in Frankreich war, kein Mord vor, und die Ruhe ward von dem herbeieilenden Militair bald wieder hergestellt.

Die an vielen Stellen plötzlich eintretenden Ausbrüche, die unter sich in keinem äußeren Zusammenhang standen, würden, wenn sie auch das Vorhandensein eines weit verbreiteten Brennstoffs verriethen, keine großen Folgen nach sich gezogen haben, und wahrscheinlich bald in sich erloschen sein, wenn nicht eine leitende Hand sich ihrer bemächtigt und ihnen eine bestimmte Richtung gegeben hätte. Die altliberale oder konstitutionelle Partei im südwestlichen Deutschland verstand es gleich anfangs sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, und in die Forderungen des Volks an die Regierungen dadurch Maß und Uebereinstimmung zu bringen, daß sie ihr vornehmstes Streben auf Reform des deutschen Bundes richtete. Auf eine von Mannheim ausgegangene Einladung versammelten sich einundfunfzig Männer, meist aus Führern der bisherigen Kammeroppositionen bestehend, am 5. März in Heidelberg, um sich über „die dringendsten Maßregeln für das Vaterland" zu besprechen. Die bekanntesten unter ihnen waren: Welcker, Bassermann, Gervinus, von Itzstein, Matthy, Hecker, von Struve, Peter, von Soiron aus Baden; Römer aus Württemberg; Heinrich von Gagern aus Darmstadt; Kirchgeßner aus Bayern; Hansemann aus Preußen; welche einen Aufruf an die deutsche Nation erließen, worin sie eine nach Volkszahl zu wählende Nationalvertretung für dringend nothwendig erklärten, vor einer Einmischung in die Angelegenheiten Frankreich's und einem Bündnisse mit Rußland warnten, und eine Kommission von

sieben Personen ernannten, die Vorschläge hinsichtlich der Wahl und Einberufung einer Nationalvertretung machen und zu einer Versammlung von vaterländisch gesinnten Notabilitäten, d. h. zu einem Vorparlament einladen sollten, welches die Nationalvertretung vorbereiten würde. Zu den Sieben gehörten: Gagern, Itzstein, Welcker und Römer. Es war dies ein in Deutschland bisher unerhörter, aber von den Umständen gebotener und deshalb rechtmäßiger Versuch einer Anzahl patriotisch gesinnter und meist auch durch Talent ausgezeichneter Männer sich an die Spitze Deutschland's zu stellen, und die Forderungen der Nation zur Anerkennung zu bringen, da von den deutschen Fürsten nach einer vieljährigen Erfahrung keine Initiative bei einer Reform der deutschen Zustände zu erwarten war.

Die Regierungen hielten es für das Angemessenste, die Führer der Bewegung an sich zu ziehen, und die früher zurückgestoßenen, zuweilen selbst verfolgten Liberalen in die Ministerien zu berufen, um mit Hülfe der Konstitutionellen sich der Demokraten erwehren zu können. Die bisherigen Leiter der Bewegung in der zweiten württembergischen Kammer: Römer, Pfitzer, Duvernoy, wurden an die Spitze der Verwaltung ihres Landes gestellt. Dasselbe geschah im Großherzogthum Hessen mit Heinrich von Gagern und seinen politischen Freunden. Welcker wurde als badischer, Jordan als kurhessischer Gesandter nach Frankfurt geschickt. Welcker war früher wegen seiner freisinnigen Richtung seiner Professur enthoben, Jordan sogar in langer Haft gehalten worden. Selbst der in der Ausübung der Willkühr und der Unterdrückung der Freiheit ergraute Bundestag glaubte plötzlich eine zeitgemäße Haltung annehmen und sich zu Concessionen herbeilassen zu müssen, um sich das Ansehen einer Bestätigung dessen was vorging zu geben, und das Heft nicht ganz aus den Händen zu lassen. Am 9. März erklärte die Bundesversammlung den alten deutschen Reichsadler mit der Umschrift: „Deutscher Bund“, und die Farben des ehemaligen deutschen Reichspaniers, schwarz, roth, gold, zu Wappen und Farben des deutschen Bundes. Am folgenden Tage beschloß sie, sämmtliche Bundesregierungen zu alsbaldiger Abordnung von Männern des allgemeinen Vertrauens einzuladen, welche bei Revision der Bundesverfassung auf, wie es hieß, wahrhaft nationaler und zeitgemäßer Grundlage mitwirken sollten.

So rasch und entschieden auch die Bewegung sich über einen großen Theil Deutschland's verbreitet hatte, sie würde kein Ganzes geworden sein und keine allgemeine Bedeutung erlangt haben, wenn sie nicht die beiden deutschen Großstaaten, Oesterreich und Preußen, in ihre Wirbel

hineingezogen hätte. In Folge der Julirevolution waren 1830 in Braunschweig, Dresden und Kassel ernste Unruhen ausgebrochen, die Opposition war in einigen deutschen Ständeversammlungen mit mehr Nachdruck als früher aufgetreten, aber es hatte dies alles zuletzt mit unwirksamen Beschwerden und Rechtsverwahrungen geendigt, und nur Gelegenheit zu noch drückenderen Maßregeln von Seiten der Bundesversammlung gegeben, weil jene Bewegungen auf sich selbst beschränkt blieben, indem Oesterreich und Preußen von dem im übrigen Deutschland sich regenden Geiste damals nicht ergriffen wurden. Das österreichische Regierungssystem hatte seit langer Zeit aus allen Kräften danach gestrebt, in den ihm unterworfenen Völkern jeden freien Aufschwung, jede geistige Erhebung niederzuhalten, namentlich alle aus der Fremde, wozu das gesammte nicht österreichische Deutschland gerechnet wurde, kommenden Einflüsse abzuhalten, und das ganze Leben in einen von oben her geleiteten Mechanismus zu verwandeln. Aber es war dies nur zum Theil, nur scheinbar und nur auf der Oberfläche des Volkslebens gelungen. Es giebt geistige in der Zeit liegende Strömungen, die aller gegen sie aufgerichteten Schranken spotten, sich auf unsichtbaren Pfaden den verbotenen Eingang verschaffen, und unvermerkt und allmählig in die Gemüther dringen. Aeußerlich schien alles sich nach dem von der Regierung vorgezeichneten Maße zu bewegen, und das angestrebte Ideal der moralischen und politischen Unbeweglichkeit so viel als möglich erreicht zu sein. Kirche, Schule, Verwaltung, Polizei, Militairwesen, alle Einrichtungen waren vor allem darauf berechnet, das Gefühl der Abhängigkeit und des Stillstandes in der Bevölkerung zu erhalten. Aber es gab eine deutsche Litteratur und Wissenschaft, die, wenn auch den Oesterreichern noch so spärlich zugemessen, doch nicht ganz von ihnen abgehalten werden konnte, und die, obgleich unvermögend durch sich allein die politische Freiheit zu erringen, doch immer eine gewisse geistige Selbstständigkeit verlieh; es gab ein liberales Ausland, mit dem man die Berührung nicht durchaus verhindern konnte, und dessen selbst nur ganz vereinzelte Blitze in den Gemüthern von Zeit zu Zeit den schlummernden Funken verwandter Gesinnung, wenn auch geräuschlos, erweckten; es gab in der Hauptstadt Oesterreich's eine wenn auch oberflächliche aber lebendige Geselligkeit, eine unaufhörliche gegenseitige Berührung verschiedener Nationalitäten, Sprachen und Sitten, die keine vollkommene Erstarrung des Volksgeistes zuließen. Die Scham über die politische Nullität, zu der die gebildeten Klassen von dem herrschenden System verurtheilt waren, der Zorn unter den Massen über die herabwür=

digende Behandlung, der sie in vielen Fällen von Seiten der Polizei und Verwaltung ausgesetzt waren, hatte schon seit langer Zeit im Stillen um sich gegriffen, ohne daß die Regierenden dessen gewahr geworden wären. Die Gesetze und Einrichtungen des patriarchalisch=absolutistischen Regiments waren dieselben geblieben, aber sie hatten ihre frühere Spannkraft verloren, schienen abgenutzt und verbraucht zu sein. Unter denen, welche dieses rostende Räderwerk im Gange zu erhalten hatten, fühlten sich manche von dem einförmigen seelenlosen Getriebe ermüdet und wandten sich zweifelnd von ihm ab, andere wiegte die lange Gewohnheit unbedingten Gebietens und Gehorchens in träge Sicherheit ein. So traf der in Paris sich erhebende und über Deutschland brausende Sturm in Oesterreich bei den einen auf eine entzündliche, bei den andern auf eine abgestumpfte Stimmung, riß die einen auf seinen Flügeln mit sich fort und warf die anderen im ersten Anlauf nieder.

Eine näher liegende Einwirkung als aus Frankreich und dem südwestlichen Deutschland kam für die österreichische Hauptstadt von dem östlichen Nachbarlande, Ungarn, her, wo in den letzten Jahren eine kräftige Opposition unter den privilegirten Klassen selbst, sich gegen die Eingriffe des österreichischen Absolutismus erhoben hatte, und unter der Leitung eines der kühnsten, beredtesten und gewandtesten Agitatoren stand, die das Zeitalter der Revolution hervorgebracht hat. Ludwig Kossuth faßte in einer am 3. März im Reichstag zu Pesth gehaltenen, von Leidenschaft, Glanz und Schwung überströmenden Rede die Vergangenheit und Zukunft Oesterreich's zusammen, und sprach über „den erstickenden Dampf des tödtlichen Windes, der aus den Bleikammern des Wiener Regierungssystems, alles niederdrückend, lähmend, vergiftend wehe", ein Verdammungsurtheil aus, dem alle beistimmten, deren Urtheil nicht von Eigennutz oder Beschränktheit getrübt war. Diese Rede war ein Ereigniß. Sie wurde in unzähligen, da die Censur noch bestand, zum Theil handschriftlichen Kopien außerhalb Ungarn's verbreitet. Eine Adresse an den Kaiser Ferdinand, die Kossuth sogleich durchsetzte, in der eine nationale, von jedem fremden Einfluß freie Regierung für Ungarn verlangt wurde, war ein Fingerzeig für das, was in den übrigen Provinzen, namentlich in der Hauptstadt selbst, erstrebt werden sollte.

Am 8. März schlug Arthaber, einer der ersten Industriellen Wien's, in einer Sitzung des niederösterreichischen Gewerbevereins, in Gegenwart des Erzherzoges Franz Karl und des Ministers Kolowrat eine einstimmig angenommene Petition an den Kaiser vor, in welcher

freisinnige Reformen in der Verwaltung verlangt und tadelnde Blicke auf das herrschende System geworfen wurden. Der Erzherzog sagte die Uebergabe und die Befürwortung der Petition an seinen kaiserlichen Bruder zu. In Prag wurde am 11. März eine von 600 notabeln Einwohnern besuchte Versammlung im Wenzelsbad, einem Gasthofe, gehalten, in der sich zwar national-czechische Tendenzen geltend machten, wo aber auch von Aufhebung der Feudallasten, selbstständiger Gemeindeverwaltung, Preßfreiheit u. s. w. die Rede war, was den am Hofe und in den Ministerien bisher maßgebend gewesenen Gesinnungen auf das äußerste entgegengesetzt war. Der entscheidende Wurf mußte jedoch in Wien fallen, das nicht nur der Sitz der Regierung, sondern zugleich der Kulminationspunkt der österreichischen Kultur war, und auch auf die fremden dem Kaiserhause unterworfenen Nationalitäten eine große Anziehungskraft ausübte. Ein früher im österreichischen Volksleben unbekanntes Element, die Universitätsjugend, hatte sich in Wien erhoben, und sollte zu einem der Hebel der ausbrechenden Bewegung werden. Diese Klasse der Jugend, die bisher selten über die besondern Zustände, in denen sie lebte, hinausgeblickt und gedacht hatte, war jetzt von den neuen Gedanken, welche die Welt erfüllten, auf das lebendigste ergriffen worden. Durch das von dem Gewerbeverein gegebene Beispiel ermuntert, beschloß zunächst nur eine kleine Anzahl Studirender eine Petition an den Kaiser zu entwerfen, in der die gewöhnlichen Forderungen der Gegenwart, besonderes Preß-, Lehr- und Lernfreiheit, ausgesprochen waren. Der Entwurf wurde bald bekannt, die Petition in dem angegebenen Sinne redigirt und mit zahlreichen Unterschriften bedeckt. Bei einer Audienz, welche die Professoren Hye und Endlicher bei dem Erzherzog Ludwig hatten, den der Kaiser Franz seinem Nachfolger als eine Art von Mentor zurückgelassen hatte, wurde Fürst Metternich von Endlicher als ein Hinderniß für das Glück Oesterreich's bezeichnet, und auf seine Entfernung angespielt. Eine vor kurzem noch unmögliche Thatsache, die man kaum zu träumen gewagt hätte! Aber noch mehr als dies geschah. Am Abend des 12. März ward die Petition der Studirenden dem Kaiser von den genannten beiden Professoren in der Hofburg überreicht, und wenn auch nicht Gewährung der darin ausgesprochenen Wünsche, doch Erwägung derselben zugesagt.

Eben so neu als die plötzliche Bedeutung zu der die akademische Jugend gelangte, war die Gährung von der die zahlreichen Fabrikarbeiter in den Wiener Vorstädten ergriffen wurden, die sich sonst nie an einer außer ihrem nächsten Kreise liegenden Angelegenheit betheiligt

hatten. Die, seit der Kunde von dem was in Paris und im südwestlichen Deutschland geschehen, täglich zunehmende Spannung und Unruhe drängte alles zur Theilnahme am öffentlichen Leben hin. Die Menge wußte nicht was vorgehen würde, aber die Erwartung eines großen Umschwungs hatte sich der Gemüther bemächtigt.

Der niederösterreichische Landtag, dessen Eröffnung diesmal, gegen die sonstige Gewohnheit, mit Spannung entgegengesehen wurde, hatte eine Adresse an den Kaiser entworfen, in welcher auf die gefährliche Lage des Staates, die Mißbräuche in der Verwaltung, die Unzufriedenheit in den Provinzen aufmerksam gemacht, und auf Abhülfe durch Erweiterung des ständischen Instituts und Gewährung der Preßfreiheit gedrungen wurde. Am 13. März ward der Landtag eröffnet, zugleich aber fand verabredetermaßen eine große Versammlung von Studirenden in der Universität (Aula) statt, um zu wissen, wie der Kaiser die ihm gestern von den Professoren Hye und Endlicher übergebene Petition aufgenommen habe. Plötzlich ertönte aus dieser erregten Menge der Ruf: „Zum Landhaus" (Ständehaus)! Der Zug ward sogleich angetreten, und von dicht gedrängten Schaaren begleitet, welche auf den Plätzen und Straßen der Dinge, die da kommen sollten, harrten. Zwei später oft genannte Volksführer, ein im städtischen Hospital angestellter Arzt, Namens Fischhof, und ein Doktor Goldmark, die bei dieser Gelegenheit zum erstenmal hervortraten, stellten sich an die Spitze der Menge und hielten Ansprachen an dieselbe, in denen die Forderung einer Konstitution besonders betont wurde. Das Volk drang in den Ständesaal ein. Unter den Landtagsmitgliedern war ein Theil mit dem in den obersten Regierungssphären herrschenden Geiste unzufrieden, ein anderer ward von der beginnenden Bewegung eingeschüchtert, und ihr Präsident, Graf Montecucoli, suchte die Menge zu gewinnen, indem er Fischhof aufforderte, aus ihr zwölf Männer wählen zu lassen, welche als Zeugen und Vertreter des Volks den Berathungen des Landtages beiwohnen sollten. Mehrere Mitglieder der Versammlung begaben sich, von Studirenden begleitet, nach der Hofburg, um dem Kaiser die Wünsche des Volks vorzutragen, und um deren Gewährung zu bitten. Die Sitzung ward unterbrochen. Die meisten Landtagsabgeordneten hatten sich in die Seitenzimmer begeben. Es wurde jetzt in dem fast leer gewordenen Ständesaal ein Comité aus Bürgern und Studirenden errichtet, und um ein militairisches Einschreiten gegen die Bewegung zu verhindern, von dem Magistrat die augenblickliche Mobilmachung eines Theiles der städtischen Miliz verlangt. Das Volk, einmal in Aufregung gesetzt, ver-

mehrte sich als wüchse es aus dem Boden heraus, und wurde immer lauter und ungeduldiger. Nach dem von Fischhof und Goldmark gegebenen Beispiel erhoben sich Redner aus seiner Mitte, die ihrem Tadel über das Bestehende keinen Zügel anlegten, und um jeden Preis zur Erringung besserer Zustände aufforderten. Diese Menge war keineswegs blutdürstig und grausam, und wollte im Grunde nur, wenn auch in tumultuarischer Form, was die Vertreter des deutschen Konstitutionalismus in Mannheim, Heidelberg und an vielen anderen Orten bereits ausgesprochen hatten. Der lange Druck hatte die große Mehrheit der Wiener Bevölkerung ungeduldig nach einer Befreiung, aber nicht rachsüchtig wegen der erlittenen Unbilden gemacht. Erst allmälig veränderte sich diese versöhnliche Stimmung durch die mehrmonatliche Unentschiedenheit der inneren Zustände, die zweideutige Haltung des Hofes und der Aristokratie, und das Hinzutreten schädlicher, dem ursprünglichen Wiener Wesen fremder Elemente.

Ein Theil der Besatzung war schon am Morgen, als die ersten Zeichen einer unruhigen Stimmung im Volk hervorbrachen, aus den Kasernen und den Vorstädten nach der innern Stadt gerückt. Es wurden Kanonen aufgefahren, und alle Straßen, die zur Hofburg führen, und die in der Nähe befindlichen Plätze mit Infanterie und Kavallerie besetzt. Aber es war kein Plan zur Ueberwältigung des beginnenden Aufstandes vorhanden. Man fühlte am Hofe, so wenig man die moralische Unwürdigkeit des bisher befolgten Systems begreifen mochte, endlich doch, daß dasselbe ein politischer Fehler gewesen, und eine gefährliche Situation herbeigeführt habe. Einen Theil der unruhigen Masse niederschießen zu lassen, um die übrigen in Furcht zu setzen, wozu man in anderen Zeiten wohl ohne Bedenken gegriffen hätte, wurde bei der Lage, in der sich Oesterreich, Deutschland und halb Europa befanden, nicht für rathsam gehalten, weil es für die Regierenden über kurz oder lang die übelsten Folgen nach sich ziehen konnte. Es kam aber doch zu einem Zusammenstoß. Das Militair zog dem von der Menge angegriffenen Landhause zu Hülfe, wo dieselbe, darüber erbittert, daß der Hof mit der Gewährung der gestellten Forderungen zögerte, alles von oben bis unten zerschlagen und verwüstet hatte. Die Trümmer der Geräthschaften wurden aus den Fenstern auf die anrückenden Truppen geschleudert, wobei der persönlich unbeliebte Erzherzog Albrecht, der an der Spitze der bewaffneten Macht stand, nicht geschont wurde. Eine Abtheilung Infanterie gab jetzt Feuer, wodurch eine Anzahl Personen getödtet und verwundet wurde. Die Menge stob auseinander, sammelte sich aber wieder, und griff das

Militair von neuem, aber in für dasselbe wenig gefahrvoller Weise, meist nur mit Steinen und Ziegelstücken, an. Unterdessen begab sich Deputation auf Deputation von dem Landtage und der Universität zu den Erzherzögen Franz Karl und Ludwig, um Vorschläge zur Wiederherstellung der Ruhe zu machen, und in den höchsten Kreisen berieth man ohne Unterlaß über die gegen das Volk zu nehmenden Maßregeln, ohne zu einer Entscheidung gelangen zu können. Fürst Metternich, gegen den, oder wenigstens sein System, diese ganze Bewegung gerichtet war, verhielt sich unter so gefahrdrohenden Umständen ganz unthätig. Seit lange an kampflose, oft unverdiente Erfolge gewöhnt, hatte er sich bei den ersten Zeichen von Widerstand wie gelähmt gefühlt. Er legte seine Stelle nieder, entfernte sich heimlich von Wien, und kam ungefährdet in England an. Metternich hatte sich übrigens schon seit lange überlebt, und war in den letzten Jahren nur noch der Schatten seines früheren Selbst gewesen. Der Erzherzog Albrecht und Fürst Windischgrätz erboten sich dem Aufstand mit Waffengewalt ein Ende zu machen, aber der Kaiser und ein Theil der kaiserlichen Familie waren zur Nachgiebigkeit geneigt. Die Bürgergarde trat jetzt zahlreich hervor, die im städtischen Zeughaus vorhandenen Waffen wurden unter das Volk ausgetheilt, das, nachdem es sich an den Anblick der Gefahr und des Bluts gewöhnt hatte, von Schrecken zu Zorn überging, und eine herausfordernde Stellung gegen die Truppen annahm. In den Vorstädten und den nächstliegenden Dörfern begann ein zahlreicher Zuzug nach der inneren Stadt. Die Hofburg, die Kunstschätze, die öffentlichen Gebäude Wien's wären, wenn es zu einem allgemeinen Kampfe kam, möglicher Weise der Zerstörung ausgesetzt gewesen. Der Kaiser Ferdinand, der damals noch an seiner Haupt- und Residenzstadt hing und in derselben persönlich beliebt war, wollte kein weiteres Blutvergießen, und willigte endlich, wie es schien, mit zufriedner Miene, in die vorher zurückgewiesene Volksbewaffnung und Preßfreiheit ein, und versprach auch die Verleihung einer zeitgemäßen Verfassung für den österreichischen Staat, mit Ausnahme Ungarns und seiner Nebenländer, wo in dieser Beziehung nicht erst alles, wie in den deutschen, slavischen und italienischen Provinzen zu gründen, sondern das Vorhandene nur zu verbessern und zu erweitern war.

Es waren am 13. März in Wien kaum funfzig Personen auf den verschiedenen Punkten getödtet oder verwundet worden, was bei den großen Massen, die einander zuweilen auf engen Räumen gegenüberstanden, auffallen muß, und auf beiden Seiten keine besondere persön=

liche Erbitterung verräth. Die aufgeregte Menge hatte nur das Landhaus und die Villa des Fürsten Metternich verwüstet, ohne jedoch von den dort gefundenen Geräthschaften etwas für sich zu behalten. Dagegen hatte der Pöbel in den Vorstädten in Verbindung mit entsprungenen Sträflingen mehre einsam liegende Wohnungen geplündert, Zollhäuser in Brand gesteckt und auch an Beamten dieser Kategorie Gewaltthätigkeiten verübt, denen aber von den bewaffneten Bürgern und Studirenden bald ein Ziel gesetzt wurde. Eine nicht unbedeutende Anzahl unter diesem verbrecherischen Gesindel wurde ergriffen und in die Gefängnisse der inneren Stadt abgeliefert. Am 15. März machte der Kaiser Ferdinand, von seinem Bruder und dessen Sohn, dem jetzigen Kaiser Franz Joseph, begleitet, in offenem Wagen eine Spazierfahrt durch die Stadt, wo er von dem Volke mit Bezeugungen der wärmsten Anhänglichkeit empfangen wurde, deren er, ungeachtet seiner Schwäche als Regent, wegen seiner wohlwollenden Gesinnung als Mensch würdig war. Das Patent mit den gemachten Zugeständnissen und Verheißungen war unterdessen gedruckt worden, und wurde von einem kaiserlichen Herold vor der Hofburg verlesen, und dann in unzähligen Exemplaren unter das Volk vertheilt. Am Abend desselben Tages kam eine Deputation des ungarischen Reichstages in Wien an, um dem Kaiser die Forderungen der ungarischen Nation in Form einer Adresse vorzulegen. Kossuth, dessen Name seit seiner am 3. März in Pesth gehaltenen Rede, in Wien in jedermanns Munde war, wurde daselbst mit einer selbst in Ungarn nie übertroffenen Begeisterung empfangen. Er hielt bei Fackellicht unter rauschender Musik einen triumphalischen Einzug, bei dem das kaiserliche Patent, mit Blumen bekränzt, auf der Spitze eines Bayonetts feierlich vorgetragen wurde. Kossuth sprach zweimal zu dem Volk über die Ereignisse des Tages. Seine außerordentliche Rednergabe durchbrach die Schranken einer ihm ungewohnten Sprache, und brachte in Wien denselben Eindruck wie in Pesth hervor. Die Nationalgarde, wie von jetzt an die Bürgerwehr genannt wurde, das bewaffnete Studentenkorps und eine unzählige Menge brachten als Schlußfest des Tages dem auf dem Balkon der Hofburg erscheinenden Kaiser eine begeisterte Huldigung dar, von der Ferdinand sichtbar ergriffen und in seinen volksfreundlichen Absichten bestärkt wurde. Der Jubel war unermeßlich und diesmal aufrichtig gemeint.

Die Ereignisse von 13. bis 15. März in Wien sind von einer über die Bedeutung des Augenblicks und der nächsten Zeit weit hinausgehenden Tragweite gewesen. Die in jenen Tagen errungene Freiheit

konnte durch den mit ihr getriebenen Mißbrauch und die äußere Gewalt ihrer Gegner wieder verloren werden, aber ihr auch nur kurzer Besitz unmöglich spurlos vorübergehen. Der Absolutismus hatte in Wien, seinem stärksten Bollwerk, eine Wunde bekommen, für die er später Rache nehmen konnte, die aber gleichwohl für ihn tödtlich wurde. Der Wahn von der Allmacht und Unfehlbarkeit der Einen und der unbedingten Unterwürfigkeit und unerschöpflichen Geduld der Anderen, war auf dem klassischen Boden dieser Meinung und der mit ihr mit verbundenen Einrichtungen, wenn er auch für Zwischenzeiten sich wieder erheben sollte, auf die Dauer unhaltbar geworden.

In Preußen war eben so viel Gährungsstoff wie in Oesterreich, wenn auch von theilweise anderer Beschaffenheit und anderem Ursprung, vorhanden. Von der preußischen Regierung war die geistige Entwickelung ihrer Unterthanen nie aufgehalten worden, eher könnte man sagen, daß sie dieselbe in einzelnen Richtungen überzeitigt, und sie zuweilen sich zu sehr in das Weite und Unbestimmte hatte verirren lassen. Aber während sie durch die eifrige Pflege des öffentlichen Unterrichts die intellektuelle Bildung der Nation förderte, hatte sie es versäumt politische Institutionen zu schaffen, in denen jene Fülle von Ideen und Kenntnissen, welche von den gelehrten Anstalten ausging, im wirklichen Leben ein Feld freier Thätigkeit gefunden hätte. Es war allmälig im preußischen Volk ein in dieser Weise sonst selten dagewesener Widerspruch zwischen den staatlichen Einrichtungen und dem geistigen Dasein der Einzelnen entstanden. Preußen war durch die ideellen Schätze, in deren Besitz sich seine Bevölkerung befand, eines der am weitesten fortgeschrittenen Länder der Welt, während seine politischen Zustände tief unter dieser geistigen Höhe standen. Allerdings boten auch die öffentlichen Einrichtungen manche ausgezeichnete Erscheinungen dar. Die Verwaltung, namentlich der Finanzen, die Militairorganisation, die Sorge für die inneren Kommunikationen und die Landeskultur wurden selbst vom Ausland als musterhaft angesehen. Aber es betraf dies nur die formelle Seite der staatlichen Zustände, das innere Heiligthum des Volkslebens entbehrte der Wärme und Bewegung, weil es ohne Freiheit geblieben. Man kann schon daraus, daß Preußen, obgleich der größte reindeutsche Staat, sich mit mittelalterlichen Provinzialständen begnügen mußte, während Mittel- und Kleinstaaten, wie Bayern, Baden, Weimar, konstitutionelle Staatsverfassungen besaßen, erkennen, daß es an zeitgemäßer politischer Entwickelung, anstatt Deutschland voranzugehen, hinter einem Theile desselben zurückgeblieben war. Dieser Mangel hatte

durch einen rein intellektuellen Fortschritt und die Ausbildung einzelner Verwaltungszweige nicht ersetzt werden können.

Der Widerspruch zwischen dem Geiste des preußischen Volkes und den Grundsätzen, nach denen es regiert wurde, der früher nur in den ständischen Versammlungen, in der Presse und überhaupt unter den gebildeten Klassen hervorgetreten war, brach durch den von der Februarrevolution gegebenen Anstoß zuletzt auch unter den Massen aus. Eine innere Unruhe und Unzufriedenheit mit dem Bestehenden war schon seit Jahren vorhanden, schien aber mehr in den Provinzen als in der Hauptstadt verbreitet zu sein, als plötzlich in letzterer von geringfügigen Anfängen aus sich eine Gährung entwickelte, die einen Augenblick lang alles mit sich fortzureißen drohte.

Bisher war die Kunde von der Umwälzung in Frankreich und der Aufregung im südwestlichen Deutschland für die Berliner Bevölkerung nur ein Gegenstand lebhafter Neugierde, aber ohne Anwendung auf die eigenen Zustände gewesen, als am 6. März eine Versammlung von Personen, die den litterarischen Kreisen angehörten, mit Handelsgehülfen und Arbeitern vermischt, auf einem Platz vor den Zelten, einem Vergnügungsort im Thiergarten, abgehalten, und daselbst über die Forderungen des Volkes berathen wurde, die in Form einer Petition an den König ausgesprochen werden sollten. Am folgenden Tage wurde diese Zusammenkunft, aber unter viel größerer Betheiligung des Publikums wiederholt. Man setzte eine Adresse auf, die eine Kopie dessen enthielt, was im Großherzogthum Baden geschehen war. Die Polizei verhinderte die Absendung einer Deputation nach dem königlichen Schlosse, ließ aber zu, daß dieses Schriftstück an öffentlichen Orten zur Sammlung von Unterschriften aufgelegt wurde. Am 9. März fand an demselben Ort eine noch zahlreicher besuchte Versammlung statt. Der König hatte von der Annahme einer Petition nichts wissen wollen, und ein lebhaftes Mißfallen über diese Kundgebungen geäußert. Am 13. März kam wieder eine große Menge Menschen zur Besprechung über die Ereignisse des Tages vor den Zelten zusammen. Von eigentlichen revolutionairen Anträgen, von Drohungen oder Beleidigungen gegen die Regierenden war dabei nicht die Rede gewesen. In der letzten Zusammenkunft war vornehmlich über einen so harmlosen Gegenstand, wie die Gründung einer deutschen Flotte, verhandelt worden. Beim Nachhausegehen fanden die tausende von Theilnehmern an dieser Versammlung, unter den Linden, in der Nähe des Schlosses und den benachbarten Straßen, Truppen aufgestellt und sogar Kanonen aufgefahren. Es kam zwischen

einzelnen Volkshaufen und den Infanterie- und Kavalleriepatrouillen hier und da zu einem Zusammenstoß, wobei einzelne Personen starke Verwundungen erhielten. In der Grünstraße wurde schon der Versuch gemacht, eine Barrikade zu bauen. In der Jägerstraße wollte die Menge einen Waffenladen erbrechen, zog aber unverrichteter Sache ab. Die Stimmung zwischen Volk und Soldaten kündigte sich von diesem Augenblick als bedrohlich für die Zukunft an. Während das Volk sich früher durch die Vorrechte oder den Uebermuth des Militairstandes blos persönlich verletzt gefühlt hatte, begann es jetzt denselben auch grundsätzlich als ein Werkzeug des Absolutismus anzufeinden. Am 14. März empfing der König die Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten der Hauptstadt, welche ihm eine Adresse zur Darlegung der Zustände und Erwartungen des Landes überreichte. Friedrich Wilhelm IV. verwies alle Entscheidung auf den Vereinigten Landtag, der zum 27. April einberufen war, konnte sich aber dennoch nicht enthalten, auf die „gute alte deutsche Ordnung, die ständische Gliederung" anzuspielen, was für eine Reminiscenz aus der königlichen Rede bei Eröffnung des ersten Vereinigten Landtags gelten konnte. Aber die Zeiten hatten sich seitdem sehr geändert. Vielleicht hätte die beginnende Bewegung noch einen friedlichen Verlauf genommen, und mit einem Weiterbau des Vereinigten Landtags geendigt, wenn nicht abermals Mißhandlungen des Volkes von Seiten des Militairs, und diesmal in noch größerem Maß als früher vorgefallen wären, welche die Erbitterung der Menge steigerten und Rachegedanken in ihr hervorriefen. Es wurden einige Personen getödtet und eine nicht unbeträchtliche Anzahl ward verwundet. Am 15. März wiederholten sich ähnliche Scenen. Das Militair machte an diesem Tage zum erstenmal von der Schußwaffe Gebrauch, während das Volk sich mit Steinwürfen und allerlei zusammengerafften Geräthschaften zur Wehre zu setzen suchte. Seine Reizbarkeit wurde noch durch die Nachricht von der am 13. März statt gehabten Erhebung Wiens vermehrt, die wie ein Blitzstrahl wirkte. Mit Hinweisung auf die dortigen Ereignisse ward jetzt unter der Menge das Verhalten des Königs, seine Stellung zum Volk, und das nicht länger zu umgehende Recht desselben lebhaft besprochen. Am 16. März wurde von dem zahlreich ausgerückten Militair auf die unruhigen, aber nicht angreifenden Massen, die besonders auf dem Platze zwischen dem Zeughause und dem Opernhause dicht zusammengedrängt standen, Feuer gegeben, wobei zwei Menschen getödtet und drei andere schwer verwundet wurden. Die Menge flog, die einen mit Angstgeschrei, die andern mit Aeußerungen des Zorns,

auseinander. Die Wahrscheinlichkeit eines größeren Zusammenstoßes stellte sich jetzt vielen Gemüthern dar. Am 17. März trat eine im Vergleich zu der Erregtheit der vorhergehenden Tage auffallende äußere Ruhe und Stille ein, als wolle man seine Kräfte zu der sich nähernden Entscheidung aufsparen. An diesem Tage traf eine Deputation aus Köln, den Oberbürgermeister von Wittgenstein an der Spitze, in Berlin ein, von der die drohende Lage der Rheinprovinz dem Könige dargelegt und nicht undeutlich zu verstehen gegeben wurde, daß, ohne eine Umgestaltung des preußischen Staatslebens im Sinne der Freiheit, im Großherzogthum Niederrhein sich Gedanken der Losreißung von Preußen regen könnten. Friedrich Wilhelm IV. erwiederte, daß die ihm vorgetragenen Wünsche mit seinen eigenen Ansichten übereinstimmten, und daß die Einführung der nothwendig gewordenen Reformen nicht länger verzögert werden solle.

Am 18. März, einem Sonnabend, gab sich in der Berliner Bevölkerung eine große Bewegung kund, die aber einen friedlicheren Charakter als die Tage vorher zu haben schien. In verschiedenen Theilen der Stadt wurden am Morgen Bürgerversammlungen gehalten, und ward über einen großen Zug nach dem Schlosse berathen, der dem Könige die Forderungen des Volkes unmittelbar vorlegen sollte. Diese bestanden vornehmlich in Entlassung des bisherigen Ministeriums, Einführung einer freisinnigen Verfassung und Bürgerbewaffnung. Eine Deputation, welche eine Adresse dieses Inhalts dem Könige überreicht hatte, war mit Geneigtheit empfangen worden, und brachte die Aussicht auf nahe Erfüllung der ausgesprochenen Wünsche zurück. Das Wetter war an jenem Tage von einer für die Jahreszeit seltenen Heiterkeit und Milde, und die Volksmenge nahm auf dem Schloßplatz und in den benachbarten Straßen von Stunde zu Stunde zu. Gegen zwei Uhr hieß es, daß die von dem Könige der Kölner und Berliner Deputation gemachten Zusagen, in zwei Patenten zusammengefaßt, so eben gedruckt seien, und in einem Extrablatt der Allgemeinen Preußischen Zeitung ausgegeben werden würden. Die beiden Patente enthielten: Aufhebung der Censur, beschleunigte Einberufung des Vereinigten Landtages zum 2. statt 27. April, und Umgestaltung des deutschen Staatenbundes in einen Bundesstaat, die, wie es hieß, eine konstitutionelle Verfassung aller deutschen Länder nothwendig erheische. Es war also auf diese Art schon vor dem Ausbruch der Katastrophe von dem König alles um das es sich handelte, und was man in den beiden letzten Wochen laut und öffentlich als höchsten Ausdruck der Volkswünsche bezeichnet hatte, be=

willigt worden. Das Blatt, welches die beiden Patente enthielt, wurde mit allgemeiner Befriedigung gelesen. Ein frohes Gefühl ging durch die Massen, die sich nach dem Schloßplatz begaben, um dem Könige ihre Dankbarkeit durch ein Lebehoch auszudrücken. Friedrich Wilhelm IV. erschien zweimal auf dem Balkon des Schlosses, und wurde von einem tausendstimmigen Jubel begrüßt. Da regte sich plötzlich mitten unter den Freudensbezeugungen in dem Volke die Erinnerung an die von dem Militair in der letzten Zeit erlittenen Unbilden, an die Todten und Verwundeten, die es am 15. und 16. März gehabt hatte. Es hieß: „Militair fort! Militair zurück! Der König vertraue sich seinen Bürgern an!“ Denn die Eingänge zu dem Schloß waren mit Infanterie besetzt, und auf dem Platz vor demselben Dragoner aufgestellt. Der König, dem dieses Verlangen der Menge mitgetheilt wurde, wies es mit der Bemerkung zurück, daß man ihm einen unehrenhaften Rückzug der Truppen nicht zumuthen könne. Die Weigerung, das Militair zu entfernen, verbreitete sich mit Blitzesschnelle unter den Massen. Man glaubte von den Soldaten einen unerwarteten Angriff wie am 15. und 16. befürchten zu können. Der Ruf: „Militair fort!“ nahm, mit Drohungen und Verwünschungen gemischt, von Neuem überhand. Da ließ der Kommandeur des Garde-Dragonerregiments seine Mannschaft mit gezogener Waffe gegen das Volk vorrücken. Zu gleicher Zeit drang aus dem Portal des Schlosses ein Bataillon des Kaiser Franz-Regiments nach der Mitte des Schloßplatzes vor, worauf es, mit gefälltem Bayonett nach der langen Brücke abschwenkend, die Menge unter dem Wirbeln der Trommeln vor sich hertrieb. In diesem Augenblick fielen in den Reihen der Soldaten zwei Schüsse, die aber Niemand verwundeten, und wahrscheinlich durch irgend ein Versehen von selbst losgegangen waren. Eine keineswegs beglaubigte, aber hartnäckig festgehaltene Meinung wollte in diesen beiden Schüssen ein verabredetes Zeichen sehen, und die Exaltirten in den beiden einander gegenüberstehenden Parteien haben die Schuld desselben und seine Folgen sich gegenseitig zugeschrieben, ohne aber diesen Vorwurf irgend wie begründen zu können. Es war dies indessen der entscheidende Moment, wie er auch herbeigeführt gewesen ist. Die feindselige Haltung der Truppen und besonders die beiden Schüsse riefen Wuth und Entsetzen hervor. Die Menge überredete sich, die beiden Schüsse seien das Signal zu einer Niedermetzelung des Volks, und die königlichen Verheißungen nur eine Lockspeise gewesen, um dasselbe ins Verderben zu stürzen. Unter dem Ruf: „Wir sind verrathen! Zu den Waffen! Zu den Waffen!“ flog die Menge nach allen Richtungen

auseinander. Es ward sogleich der Bau von Barrikaden angefangen, wozu Wagen, Karren, Tonnen, Rinnsteinbrücken, Pflastersteine u. s. w. genommen wurden. Bald waren überall, selbst in den entfernteren Theilen der Stadt, Barrikaden errichtet. Auf den meisten von ihnen wehte die schwarz=roth=goldene oder deutsche Fahne, welche für das Symbol der Freiheit galt, während die preußischen, schwarz=weißen Farben als das Sinnbild des alten Militair= und Polizeistaates angesehen wurden. Die Barrikaden waren im Durchschnitt mit Geschicklichkeit angelegt, und hätten mit Erfolg gegen ein Militair vertheidigt werden können, das in dieser Art von Angriff ganz unerfahren war. Aber es fehlte dem Berliner Volk an Waffen und besonders an Schußwaffen, die in der Regel in Ländern, wo es eine Nationalgarde giebt, oder wo die Jagd frei ist, in Ueberfluß vorhanden sind. Der einzige gut bewaffnete Theil waren die Mitglieder der Schützengilde, von der sich ein Theil dem Volke anschloß. Diesem Mangel an Waffen konnte von der Leidenschaft und Unerschrockenheit der Kämpfer unmöglich ganz abgeholfen werden. Auch fand, was allein geeignet wäre das Gerücht von einem förmlich gegen die Regierung eingeleiteten Komplot zu widerlegen, zwischen den Vertheidigern der Barrikaden in den verschiedenen Stadttheilen, keine Verbindung, kein gemeinsamer Plan statt, wie dies bei Bewegungen der Art in Paris fast immer der Fall gewesen ist. Bald nach drei Uhr begann der Angriff der Truppen gegen eine an der Ecke der Oberwall= und Jägerstraße errichtete Barrikade, gegen fünf Uhr wurden die ersten Kartätschenschüsse gehört, welche von der Churfürstenbrücke aus die Königsstraße bestrichen, in der bis zum Alexanderplatz sich viele Barrikaden erhoben. Gegen sieben Uhr Abends war der größte Theil der Königsstraße von den Truppen genommen, die, wie dies in Bürgerkriegen und bei Straßenkämpfen leider häufig ist, beim Eindringen in die Häuser, aus deren Fenstern geschossen, oder von deren Dächern mit Steinen geworfen worden, keinen Unterschied zwischen Bewaffneten und Unbewaffneten machten, und auch Wehrlose oder Unbetheiligte als Feinde behandelten. Als es dunkel geworden, begann ein schauerliches Sturmläuten, das von Leuten aus dem Volk, welche die Kirchthürme erstiegen hatten, bis zu Tagesanbruch unterhalten wurde. Die Nacht war klar und windstill, vom Monde taghell beleuchtet. Die Artillerieschuppen vor dem oranienburger Thor und die Eisengießerei waren in Brand gesteckt worden, und die Feuerlohe wälzte sich in langen Streifen über die Stadt hinweg am Himmel hin. Das Militair machte viele Gefangene, die zunächst in den Schloßkeller eingesperrt,

und dann nach Spandau gebracht wurden. Unter ihnen gab es nicht wenige, die sich an dem Kampfe gar nicht betheiligt hatten, aber wie die übrigen mit Schimpfreden, Stößen und Schlägen gemißhandelt wurden. Mehre Versuche wurden bei dem Könige gemacht, um ihn zur Entfernung der Truppen zu bewegen, aber er verlangte, daß vorher die Barrikaden von dem Volke fortgeräumt würden. Er erließ während der Nacht eine Proklamation an die Bevölkerung, die am Morgen veröffentlicht wurde, in der er in seinem und der Königin Namen in den beweglichsten Ausdrücken die Menge beschwor von dem Kampfe abzulassen, und Erfüllung aller rechtmäßigen Wünsche versprach. Das mit Munition und Geschütz reichlich versehene Militair befand sich gegen die unbewaffnete oder höchstens halb bewaffneten Menge während des Kampfes überall im Vortheil, und man muß sich wundern, daß dies nicht noch vollständiger der Fall gewesen, aber es fühlte sich am Morgen des 19. März von einem seit acht Tagen anhaltenden, beschwerlichen Dienst und den Anstrengungen der letzten Nacht erschöpft, und das Volk konnte auf Zuzug rechnen, und schien weder ermattet noch entmuthigt zu sein. Dieser Umstand ist wahrscheinlich nicht ohne Einfluß auf den um neun Uhr aus dem Schloß einlaufenden Befehl gewesen, die Truppen in die Kasernen zurückzuführen. Einige Stunden später ward die Stadt von ihnen geräumt. Am Nachmittag erschien die königliche Verordnung, welche die Entlassung der Minister bekannt machte, den Grafen Arnim-Boytzenburg zum Vorsitzenden eines neuen Ministeriums ernannte, und in dasselbe den Grafen Schwerin und den bisherigen Gesandten in Paris, Heinrich von Arnim, berief. Die neu errichtete Bürgerwehr ward mit Waffen aus dem königlichen Zeughaus versehen. Dies brachte eine beruhigende Wirkung hervor. Man suchte das Vorgefallene zu vergessen und gab sich neuen Hoffnungen hin. Die Barrikaden wurden abgetragen. Die Führer der Volkspartei sprachen den König von aller Schuld an dem blutigen Zusammenstoß frei, und suchten denselben dem Prinzen von Preußen aufzubürden, der den Befehl zum Einschreiten gegen das Volk gegeben haben sollte. Für diese Behauptung fehlt es an jedem Beweise, dagegen unterliegt es keinem Zweifel, daß der Prinz mit dem König in Bezug auf die schon vor dem Eintreten der Katastrophe gemachten Zugeständnisse einverstanden gewesen ist. Die plötzliche Abreise des Prinzen von Preußen nach London gab den gegen ihn ausgestreuten Gerüchten neue Nahrung.

Während des Kampfes waren von dem Volke zweihundertundsechzehn, von dem Militair nur achtzehn Mann gefallen, ein Mißver-

hältniß, das auffallend erscheinen muß, aber gleichwohl statt gefunden hat, und aus der mangelhaften Bewaffnung der Barrikadenkämpfer erklärt werden kann. Auf beiden Seiten gab es außerdem eine Anzahl mehr oder weniger schwer Verwundeten, die in den Hospitälern lagen. Die Leichen derer, die auf Seiten des Volkes gefallen, wurden, theils auf Bahren, theils auf offenen Wagen, die Häupter mit Blumen und grünen Zweigen geschmückt, nach dem Schloßhof gebracht, und dort zur Schau ausgestellt, bis der König und die Königin, die beide von dem Anblick tief ergriffen wurden, auf der inneren Gallerie des Schloßhofes erschienen, wo in ihrer Gegenwart der Choral: „Jesus, meine Zuversicht!" angestimmt wurde. Am 20. März wurden die in Folge eines im Großherzogthum Posen versuchten Aufstandes seit 1846 in Berlin gefangen gehaltenen Polen auf freien Fuß gesetzt. Mieroslawski, der an ihrer Spitze gestanden, zog unter dem Jubel der Zuschauer mit den Seinigen durch einen Theil der Stadt am königlichen Schloß vorbei, auf dessen Balkon sich der König mit einigen seiner neuen Minister befand. Friedrich Wilhelm IV. gab mehrmals durch lebhafte Zeichen seine Zufriedenheit über die Befreiung der Polen zu erkennen. Mieroslawski sprach, auf einem Wagen stehend, eine schwarz=roth=goldene Fahne in der Hand, während des Zuges zu wiederholten Malen zu der ihn umgebenden Menge von der Verbrüderung des deutschen und polnischen Volkes, und der Wiederherstellung Polen's als einer Vormauer gegen Rußland, eine Idee, die damals viele Anhänger zählte. Von den befreieten Polen wurde eine Dankadresse an die Berliner gerichtet. Am 21. März erschien schon am Morgen in der Deckerschen Geheimen Oberhofbuchdruckerei ein Plakat: „An die deutsche Nation" überschrieben, in welchem erklärt wurde, daß Preußen's Friedrich Wilhelm IV. sich zur Wiedergeburt und zur Rettung Deutschland's an die Spitze des Gesammtvaterlandes stellen werde. Gegen Mittag hielt der König, von den in Berlin anwesenden Prinzen und mehren Ministern und Generalen begleitet, von seinem Schloß aus einen Umritt, wobei er und sein Gefolge schwarz=roth=goldene Schleifen am Arm trugen und eine Fahne mit den deutschen Reichsfarben den Zug eröffnete. An der Universität hielt der König still und sagte zu den Professoren, den Studirenden und dem versammelten Volk, daß er zwar Farben trage, die nicht die seinigen wären, daß er aber damit nicht fremde Rechte an sich reißen, sondern nur Deutschland's Freiheit, Ordnung und Einigkeit wiederherstellen wolle. Schon mehrmals sei es vorgekommen, daß, wenn Deutschland von innerer Zerrüttung bedroht gewesen, ein mächtiger Fürst oder

Herzog sich an die Spitze der Nation gestellt habe, um die einbrechenden Gefahren von ihr abzuwenden. Als in der Nähe des Königs der Ruf erscholl: „Es lebe der Kaiser von Deutschland!" wies der König diese Huldigung mit Unwillen zurück. Am Abend desselben Tages erließ der König noch den Aufruf: „An mein Volk und an die deutsche Nation!", in welchem das später so verschiedenartig ausgelegte Wort: „Preußen geht fortan in Deutschland auf" — vorkam. Es wurde darin auch auf eine deutsche Ständeversammlung hingewiesen, in welcher die deutschen Fürsten mit Vertretern des deutschen Volkes über die Wiedergeburt des Gesammtvaterlandes berathen sollten. In einer Proklamation gewährte der König die Forderungen, welche von Beginn der deutschen Bewegung an in Baden aufgestellt worden waren. Auch versprach er das stehende Heer auf die Verfassung vereidigen zu lassen. Am 22. März fand die Beerdigung der am 18. und 19. März auf Seite des Volks Gefallenen auf dem Friedrichshain, einem zu einer Gartenanlage umgeschaffenen Hügel, statt, der vor dem Landsberger Thor liegt. Alle Klassen der Bevölkerung betheiligten sich an dieser Todtenfeier, die in würdiger und erhebender Weise vollzogen wurde. Als der an 20,000 Köpfe starke Zug an dem Schloß vorbei kam, stand der König auf dem Balkon, und hielt sein Haupt so lang entblößt, bis die Särge mit den Todten vorüber waren. Mit dieser Feierlichkeit schlossen die großen aufregenden Scenen jener Tage, die, wie man auch über ihre Nothwendigkeit oder Rechtmäßigkeit urtheilen mag, immer einen Wendepunkt in der inneren Geschichte Preußen's bezeichnen werden.

Die meisten deutschen Regierungen hatten sich schon vor den Katastrophen in Wien und Berlin zur Erfüllung der Volkswünsche bereit erklärt. Nur Sachsen und Hannover wollten weder auf Abschaffung der Censur noch auf Vertretung des deutschen Volkes am Bundestag eingehen. Erst Metternich's Sturz bewog den König Friedrich August zur Nachgiebigkeit. Er ernannte ein lieberales Ministerium, in dem der später oft genannte Professor v. d. Pfordten hervortrat. Auch der König Ernst August von Hannover ward endlich durch die Vorgänge in Berlin umgestimmt. Er ließ durch den freisinnigen Bürgermeister von Osnabrück, Stüve, ein neues Ministerium bilden. Sowohl in Sachsen als Hanover wurde das Programm der badischen Liberalen zur Geltung gebracht. In Bayern hatte sich König Ludwig allmälig von absolutistischen und ultramontanen Einflüssen zu einer Regierungsweise verleiten lassen, die ihn um die Gunst und das Vertrauen seines Volkes brachte, die er früher besessen und verdient hatte Im Gegensatz zu

seiner streng kirchlichen Richtung ließ sich dieser sonst treffliche Fürst in schon vorgerücktem Lebensalter, von den Reizen einer spanischen Abentheuerin, der schönen Tänzerin Lola Montes, so blenden, daß er derselben erlaubte, sich sogar in öffentliche Angelegenheiten einzumischen, was allgemeinen Unwillen in München hervorrief. Das Volk stand noch unter dem Eindruck dieses zwar gelös'ten aber nicht vergessenen Verhältnisses, als die Wirkungen der Februarrevolution über Deutschland hereinbrachen. Auch in Bayern war überall Unzufriedenheit mit dem bisherigen System vorhanden. Am 2. März wurde in München eine mit 10,000 Unterschriften bedeckte Adresse an den König gerichtet, in welcher die in Baden gewährten Freiheiten auch für Bayern verlangt wurden. An demselben Tage stürmte das Volk die Wohnung des Ministers Berks, und zwang ihn die Flucht zu ergreifen. Als die königliche Gewährung der gestellten Forderungen auf sich warten ließ, drang die Menge am 6. März in das Zeughaus ein und bewaffnete sich. Auch in diese politische Bewegungen mischte sich seltsamer Weise der Haß gegen die schöne Lola Montes, von der das Volk glaubte, daß sie heimlich nach München zurück gekehrt sei, um ihren Einfluß auf den König wiederzuerlangen. Das Polizeigebäude, in welchem sie versteckt sein sollte, wurde von der Menge verwüstet. König Ludwig hatte schon vorher alles zugestanden was gewünscht worden, wollte aber nicht selbst nach einem anderen System als bisher regieren. Er entsagte deshalb am 20. März dem Thron, den sein ältester Sohn unter dem Namen Maximilian II. bestieg, der die Vertretung des deutschen Volkes am Bundestage und alle anderen Zusagen von neuem ausdrücklich bestätigte.

Der Umritt Friedrich Wilhelm IV. am 21. März hatte in einem großen Theile Deutschland's einen übeln Eindruck hervorgebracht. Er ward als ein vorbereitender Schritt, um die Herrschaft über Deutschland zu gewinnen, verdächtig gemacht, und in Wien, München und Stuttgart, von der sich noch geheim haltenden Partei der Reaktion und der jetzt offen hervortretenden der Demokratie sogar mit Hohn aufgenommen. Denn beide waren, obgleich aus verschiedenen Gründen, der Idee einer preußischen Führerschaft in Deutschland entgegen, und vereinigten sich in diesem Falle gegen die Konstitutionellen, von denen sie wußten, daß sie sich bei ihren Bestrebungen um die Reform des deutschen Bundes auf Preußen zu stützen dachten. Jene Anschuldigung war sowohl dem bekannten Charakter Friedrich Wilhelm IV. als seiner ausdrücklichen öffentlichen Erklärung entgegen, wurde aber vom Parteigeist für wahr gehalten, und geschäftig ausgebreitet. Die Katastrophe vom

18. März ward besonders dadurch zu einem Unglück für Preußen, weil sie das Volk in Parteien spaltete, deren extremste Spitzen, die Verwirklichung ihrer Grundsätze über das Dasein des Staates stellend, das Ansehen der preußischen Regierung im übrigen Deutschland schwächten. Wäre es möglich gewesen, daß Krone und Volk in Preußen, ohne gewaltsame Störung der inneren Eintracht, in die neue Aera hinübertraten, so würde bei der Ohnmacht und Auflösung, in der sich Oesterreich befand, Preußen, nicht durch eine Verletzung der Rechte anderer, sondern durch die Nothwendigkeit der Dinge, sowohl von den Fürsten als Völkern mit der Führerschaft in Deutschland beauftragt worden sein. Aber so gut sollte es Deutschland und Preußen nicht werden.

In Preußen zeigte sich die öffentliche Meinung mit dem Ministerium Arnim-Boytzenburg unzufrieden, das außerdem unvollständig war. Um der Regierung in dem Vereinigten Landtag die Majorität zu sichern, mußten einige Führer der ehemaligen Opposition ihr beigegeben werden. Auch glaubte man auf die Stimmung der Rheinlande Rücksicht nehmen zu müssen, da dort die Abneigung gegen das vormärzliche Regiment sich besonders lebhaft geäußert hatte. Graf Arnim-Boytzenburg, der durch Grundsätze und Gewohnheit der alten Bureaukratie angehörte, trat demnach zurück, und am 29. März wurde der Präsident der Kölnischen Handelskammer, Camphausen, mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, in welchem er den Vorsitz übernahm, und in das Hansemann aus Aachen für die Finanzen, Alfred von Auerswald für das Innere, General von Reyher für das Kriegsdepartement eintraten. Graf Schwerin und Heinrich von Arnim blieben in ihren bisherigen Stellungen. Das Erste, was Camphausen that, war den König außerhalb des Parteikampfes zu stellen, indem er von ihm erwirkte, daß alle Petitionen in Verfassungsangelegenheiten dem Ministerium zur Entscheidung überwiesen wurden, und indem er erklärte, daß letzteres die Verantwortlichkeit für alle königlichen Entschließungen auf sich nehmen werde. Eine königliche Kabinetsordre vom 22. März hatte bestimmt, daß die neue Verfassung nicht von dem Vereinigten Landtag, sondern von einer aus einem neuen Wahlgesetz hervorgehenden Versammlung berathen werden sollte. Man mußte also zunächst an die Abfassung eines solchen Wahlgesetzes gehen. Nach Beseitigung verschiedener Entwürfe wurde beschlossen, eine einzige Versammlung zu berufen, und sie aus allgemeinem Stimmrecht hervorgehen zu lassen. Auf dem Vereinigten Landtag, der am 2. April zusammentrat und nur acht Tage versammelt blieb, drang das Ministerium, ungeachtet des von der feudalen

Opposition geleisteten Widerstandes, mit allen seinen Anträgen durch. Die Hast, mit der der Vereinigte Landtag verfuhr, die Widersprüche, in die er verfiel, oder die er zuließ, die Zweideutigkeit einiger seiner Beschlüsse, sind nicht ohne übeln Einfluß auf die späteren Ereignisse geblieben. Die öffentliche Aufmerksamkeit in Preußen richtete sich jetzt vornehmlich auf die Wahlen zu der Nationalversammlung, welche mit der Krone die neue Verfassung vereinbaren sollte.

Inzwischen war, vermöge der von der Heidelberger Kommission der Sieben getroffenen Anordnungen, ein Vorparlament in Frankfurt a. M. zusammengetreten. Es sollte nach den noch vor den Katastrophen in Wien und Berlin gegebenen Bestimmungen, nur aus frühern oder gegenwärtigen Ständemitgliedern und Theilnehmern an gesetzgebenden Versammlungen der verschiedenen deutschen Staaten bestehen. Aber am 22. März wurde von Frankfurt aus eine Aufforderung an die Stadtverordneten in Preußen gerichtet, aus ihrer Mitte Vertreter zu dem Vorparlament zu wählen, weil durch den zum 2. April berufenen preußischen Landtag die preußischen Ständemitglieder am Erscheinen in Frankfurt verhindert sein würden. Es hatten aber auch Städte anderer deutschen Länder und selbst bloße Volksvereine Vertreter gesandt, die abzuweisen nicht für angemessen gehalten wurde. Außerdem hatten die Siebener erklärt, daß auch eine Anzahl anderer durch das Vertrauen des deutschen Volkes ausgezeichneter Männer, die bisher nicht Ständemitglieder gewesen, besondere Einladungen erhalten würden. Es war für die Siebener unmöglich gewesen in voraus zu wissen, von welcher Art sowohl in Bezug auf die Anzahl als die Parteistellung die Versammlung sein werde, die sie ausgeschrieben hatten. Wie ungleich die Staaten vertreten waren, kann daraus entnommen werden, daß aus Oesterreich nur zwei, aus Preußen hundertundeinundvierzig, aus Hessen-Darmstadt vierundachtzig, aus Hannover neun Mitglieder erschienen. Bei diesen Verhältnißzahlen und der Unvorbereitheit zu gründlichen Berathungen ward für nothwendig erachtet, mit Beschlüssen nur soweit vorzugehen, um die Versammlung nicht alles wirklichen Ergebnisses ermangeln zu lassen. Das Vorparlament sollte vor allem die nöthigen Bestimmungen über die Zusammensetzung einer konstituirenden Versammlung und ihr unzweifelhaftes und baldiges Zusammentreten treffen.

Das Vorparlament wurde am 31. März in der Paulskirche in Frankfurt a. M., einer im antiken Styl gebauten Rotunde, unter dem Vorsitze des Heidelberger Professors der Rechte, Mittermaier, eröffnet. Die Mehrheit der Versammlung war konstitutionell-monarchisch ge-

sinnt, allerdings so, daß sie das Bedürfniß der Freiheit lebhafter als das der Monarchie fühlte, aber beide in Deutschland mit einander verbinden zu können hoffte. Dem setzte sich eine nicht zahlreiche aber leidenschaftlich erregte Partei entgegen, an deren Spitze Hecker und Struve standen, welche sich für die föderalistische Verfassung der nordamerikanischen Freistaaten, also Aufhebung der erblichen Monarchie, und deren Ersatz durch freigewählte Parlamente mit einem zeitweiligen Präsidenten, erklärte. Sie trug auf Ernennung eines Vollziehungsausschusses an, der bis zur Eröffnung der konstituirenden Versammlung zusammenbleiben, die erforderlichen Gesetzesvorlagen entwerfen und das große Werk der Wiederherstellung Deutschland's vorbereiten sollte. Die Anträge der republikanischen Partei wurden nach stürmischen Debatten abgewiesen, bei denen sich unversöhnliche Meinungsverschiedenheiten, die Zukunft bedrohend, schon damals ankündigten. Dagegen ward mit großer Einmüthigkeit beschlossen, Schleswig, als mit Holstein national und staatsrechtlich unauflösbar verbunden, und Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund aufzunehmen, und durch Abgeordnete in der Nationalversammlung vertreten zu lassen. Die Theilung Polen's wurde für ein schmachvolles Unrecht erklärt, die Frage über die Stellung des Großherzogthums Posen aber offen gelassen. Was den Maßstab der Bevölkerung bei den Wahlen zu der konstituirenden Versammlung betraf, so sollte auf je 50,000 Seelen ein Abgeordneter kommen. Die direkte Wahl der Abgeordneten ward im Princip anerkannt, dabei aber den einzelnen Staaten die Freiheit gelassen, in diesem Punkt nach Bedürfniß zu handeln. Im Uebrigen sollte die Wahl von Census, Glaubensbekenntniß und Standesverhältniß unabhängig sein. Die von Hecker und Raveaux beantragte Permanenz des Vorparlaments ward auch von sonst sehr demokratisch gesinnten Mitgliedern verworfen. Dagegen wurde ohne Widerrede beschlossen, an die Stelle des bisherigen Bundestages ein einheitliches Bundesoberhaupt zu ernennen, und demselben eine Reichsversammlung, bestehend aus einem Senat und einem Volkshause, zur Seite zu setzen. Zugleich wurden dem deutschen Volk alle die Rechte zuerkannt, welche zuerst in Baden gefordert und bereits von allen Bundesregierungen bewilligt worden waren. Unter allen Beschlüssen, die damals gefaßt wurden, war aber der wichtigste, daß die zu wählende deutsche Nationalversammlung die künftige Reichsverfassung, allein, ohne Zustimmung der einzelnen Regierungen, festsetzen sollte. Diese Ueberschätzung der populairen und demokratischen Kräfte und zu geringe Berücksichtigung der entgegenstehenden Hindernisse hatte später

das Mißlingen des ganzen Werkes zur Folge. Man dachte nicht daran, indem man den Grundsatz der Volkssouverainetät aussprach, für dessen Behauptung eine bestimmte materielle Macht zu schaffen, und würde, wenn dieser Gedanke sich auch dargestellt hätte, nicht gewußt haben, wo eine solche hernehmen. Das Vorparlament, welches sich schon nach vier Sitzungen auflöste, wählte einen Funfzigerausschuß, der die Aufgabe hatte, den Bundestag bei Wahrung der nationalen Interessen, und bei der Verwaltung der Bundesangelegenheiten bis zum Zusammtritt der konstituirenden Versammlung selbstständig zu berathen, bei eintretenden Gefahren des Vaterlandes das Vorparlament sofort wieder einzuberufen, und bei den Regierungen dahin zu wirken, daß die allgemeine Volksbewaffnung in allen deutschen Ländern ins Leben gerufen werde.

Es ist oben erwähnt worden, daß der Bundestag bei der großen Gährung, die im Anfang des Märzmonats im südwestlichen Deutschland ausbrach, den Volkswünschen in einigen Dingen entgegengekommen war, und, unter anderem, die Bundesregierungen zur Absendung von Vertrauensmännern, je einen für jede der 17 Stimmen des engeren Rathes der Bundesversammlung, behufs der Revision der Bundesverfassung, aufgefordert hatte. Unter diesen Vertrauensmännern, gewöhnlich die Siebzehner genannt, müssen besonders Schmerling, Dahlmann, Gagern, Uhland, Gervinus, Droysen, Bassermann und Jordan erwähnt werden. Sie hielten ihre erste Sitzung in Gemeinschaft mit dem Bundestag am 30. März, erst am 3. April, nach Beendigung der Verhandlungen des Vorparlaments, traten sie zu ihrer ersten besonderen Berathung zusammen. Der Bundestag suchte sich ein Scheinleben, einen Schatten von Kompetenz und Autorität zu bewahren, indem er am 2. April alle seit den Karlsbader Beschlüssen erlassenen Ausnahmsgesetze aufhob, am 4. April Preußen zum Einschreiten in dem zwischen Holstein und Dänemark entbrannten Streite aufrief, und allgemeine Wahlen zum deutschen Parlament verfügte, wobei er das Vereinbarungsprincip zwischen der konstituirenden Nationalversammlung und den Fürsten aussprach, und feststellte, daß auf je 70,000 Seelen ein Abgeordneter kommen sollte. Er mußte aber der populairen Macht, die plötzlich an seiner Seite emporgestiegen war, sich unterordnen, und konnte seinen Untergang, wenn der Strom der herrschenden Ideen nicht eine andere Richtung annahm, nur aufhalten aber nicht abwenden. Der Funfzigerausschuß hat, obgleich im Einzelnen sehr thätig, keine Zeit und Gelegenheit zu großen Entschließungen gehabt. Seine Aufmerksamkeit war vornehmlich auf die Abwehr gegen Anarchie und Reaktion gerichtet, und

er hat das Verdienst gehabt, das Zusammentreten der konstituirenden Versammlung, ungeachtet der vielen Schwierigkeiten, ohne große Erschütterung herbeigeführt zu haben. Der Funfzigerausschuß hat, obgleich weniger von Leidenschaften bewegt als das Vorparlament, ebenfalls keine Voraussicht in die Zukunft bewiesen und dieselbe zu sehr im Interesse seiner Ideen ausgelegt. Die moralische Seite an ihm ist besser als die politische gewesen.

Unterdessen war das südwestliche Deutschland nahe daran gewesen, einer vollständigen staatlichen Auflösung zu verfallen. Die republikanische Partei wollte, weil sie auf dem Wege der freien Berathung und Beschlußnahme mit ihren Grundsätzen nicht durchdringen konnte, durch Aufwiegelung der Massen ihre Zwecke erreichen. Hecker und Struve zogen mit einigen ihrer Anhänger eine Zeit lang in Baden hin und her, hielten Volksversammlungen, bei denen die Republik ausgerufen wurde, waren aber nicht im Stande, eine bewaffnete Macht aufzubringen, die geeignet gewesen wäre, einen tüchtigen Kern für ein Volksheer zu bilden, um im Nothfall den Angriffen der süddeutschen Regierungen zu widerstehen. Ihr ganzes Auftreten hatte etwas Abentheuerliches und Unförmliches, das mehr an das Treiben mittelalterlicher Jacquerien als an den Verlauf moderner Revolutionen erinnert. Ein Bruder Heinrichs von Gagern, der General Friedrich von Gagern, der früher in niederländischen Diensten gewesen, ward an die Spitze eines hessendarmstädtischen Korps gestellt, um die Ruhe mit Gewalt wiederherzustellen. Auf die badischen Truppen glaubte man schon damals sich nicht ganz verlassen zu können. Am 20. April stieß Gagern bei Kandern auf Hecker und dessen Freischaaren. Gagern suchte dieselben in persönlicher Ansprache zur Niederlegung der Waffen und Unterwerfung unter die Gesetze zu bewegen. Aber seine Worte brachten keinen Eindruck hervor. Als er im Begriff war zu seinen Truppen zurückzukehren, ward von den Freischaaren auf ihn verrätherischer Weise geschossen, und er sank von drei Kugeln durchbohrt entseelt nieder. So traurig endigte ein Mann von ausgezeichnetem Charakter und Talent, auf den die konstitutionelle Partei große Hoffnungen gebaut hatte, da er neben seiner Loyalität auch freisinnig war. Seine Soldaten rächten den Tod ihres Führers, indem sie auf die Freischaaren eindrangen, die in großer Eile entflohen, aber doch eine Anzahl Todter zurückließen. Hecker entkam, Struve ward bei Säckingen von den bis zum Rhein vorgerückten Würtembergern gefangen, die ihn aber bald wieder frei ließen. Die Bayern besetzten Konstanz und machten dort der republikanischen Bewegung ein Ende. Erst als

Hecker und Struve mit ihrem Unternehmen gescheitert waren, langte Herwegh mit einer deutschen Freischaar aus Frankreich an, wurde aber bei dem Dorfe Dossenbach von einer kleinen Abtheilung würtembergischer Infanterie, fast ohne Widerstand zu leisten, in die Flucht getrieben. Selbst in diesem erregtesten Theile Deutschland's hatte die republikanische Partei durch ihre verunglückten Schilderhebungen nur ihre Ohnmacht und die Unanwendbarkeit ihrer Ideen kund gethan.

Während im Badischen die Kopflosigkeit der revolutionairen Führer und die Zuchtlosigkeit ihrer Schaaren dem deutschen Charakter nicht zur Ehre gereichten, hatte in einem anderen Theile Deutschland's ein edlerer und für den deutschen Namen rühmlicher Kampf begonnen. Am 28. Januar (1848) war von dem eben erst auf den Thron gestiegenen König Friedrich VII. von Dänemark eine Verfassung für alle der dänischen Krone unterworfenen Gebietstheile erlassen worden. In Kopenhagen glaubte man durch liberale Zugeständnisse Holstein und Schleswig für die größere Abhängigkeit von Dänemark entschädigen zu können. Aber diese beiden Länder zogen ihre deutsche Nationalität der politischen Freiheit, die ihnen Dänemark bot, vor, deren sie übrigens in dem fremdartigen Bunde doch niemals vollkommen theilhaftig geworden wären. Am 17. Februar protestirten die Stände der beiden deutschen Herzogthümer gegen die Gesammtstaatsverfassung. Am 18. März traten sie in Rendsburg aus eigener Macht zu einer einzigen Versammlung zusammen und verlangten, Schleswig solle mit Holstein in den deutschen Bund aufgenommen werden. Dieser Schritt der Herzogthümer brachte in Kopenhagen eine große Aufregung hervor, und veranlaßte die Einsetzung eines neuen Ministeriums, das im rein dänischen Sinne und Interesse regieren zu wollen erklärte. Am 24. März setzte die Landesvertretung von Schleswig-Holstein eine provisorische Regierung ein, an deren Spitze der Herzog von Augustenburg, Graf Reventlow und der Rechtsanwalt Beseler traten. Der Herzog von Augustenburg, der sich durch den „Offenen Brief" um sein Erbrecht in den Herzogthümern gebracht sah, wandte sich nach Berlin, wo ihm Schutz und Hülfe zugesagt und die Vereinigung Holstein's und Schleswig's anerkannt wurde. Der Bundestag stimmte zu, und nahm Madai als Bundestagsgesandten für Schleswig-Holstein in seine Mitte auf. Die Dänen begannen sogleich den Krieg, und brachten den abgefallenen Truppen aus den Herzogthümern bei Bau eine empfindliche Niederlage bei. Aber die Preußen, welche auf Verlangen des Bundestages in Holstein eingerückt waren, zerstörten unter General Wrangel am 23. April das Danewirk,

und am folgenden Tage wurden die Dänen bei Oeversen von den hannöverschen Bundestruppen unter General Holkett geschlagen. Am 18. Mai rückte Wrangel in Jütland ein, und schrieb eine Kriegssteuer von 3 Mill. Thaler aus. Er wollte diese Provinz so lange militairisch besetzt halten, bis die Dänen, die auf ihren Inseln beim Mangel einer deutschen Kriegsflotte unangreifbar waren, den deutschen Handel für die ihm zugefügten Verluste entschädigt haben würden.

Um dieselbe Zeit ward von preußischen Truppen der Aufstand der Polen im Großherzogthum Posen überwältigt. Die Führer der polnischen Nationalpartei wollten den Augenblick benutzen, wo Preußen und Oesterreich im Innern gelähmt zu sein schienen, um die Theile des alten Polen's, welche sich im Besitz dieser Mächte befanden, ihnen zu entreißen, und daselbst den Anfang zur Wiederherstellung des Ganzen zu machen. In Posen hatte sich ein polnisches Nationalcomité gebildet, und auch in Krakau wurde im Geheimen an der Losreißung von Oesterreich gearbeitet. Die preußische Regierung that zu Gunsten ihrer polnischen Unterthanen das äußerste was möglich war, indem sie den östlichen Theil des Großherzogthums, wo die polnische Nationalität überwiegend ist, von dem westlichen, wo das Gegentheil statt findet, abtrennen, jenem eine nationale Verwaltung, sogar eine besondere militairische Organisation verleihen wollte, und sich nur die Rechte der Oberhoheit vorbehielt. Aber die Polen verlangten das ganze Großherzogthum für sich. Selbst die kosmopolitischsten deutschen Demokraten in Frankfurt, wie Struve, hatten dies Ansinnen verworfen, weil es ungerecht und unsittlich sei, die zahlreiche deutsche Bevölkerung in diesem Theil des alten Polen's der Willkühr der Polen Preis zu geben, um diesen die Wiederherstellung ihres früheren Reiches zu erleichtern. Es kam zwischen den polnischen Adeligen, die sich an die Spitze ihrer bewaffneten Bauern gestellt hatten und den preußischen Truppen zu mehren Gefechten, unter denen das bei Xions am 29., bei Mieloslaw am 30. April, die bedeutendsten waren, in welchen erstere gänzlich geschlagen wurden, worauf die Polen am 9. Mai zu Bardo kapituliren mußten, und der Aufstand zu Ende ging. Mieroslawski, der am 20. März in Berlin aus dem Gefängniß entlassen worden, hatte auch bei dieser Bewegung an der Spitze gestanden. In Krakau wurde am 26. Mai in einem blutigen Straßenkampf der letzte Aufstandsversuch der Polen überwältigt. Diese inneren Unruhen im preußischen und österreichischen Polen des Jahres 1848 sind nur ein hohles und trauriges Nachspiel zu der letzten heroischen Erhebung Polen's gegen Rußland gewesen.

Alle Augen richteten sich jetzt auf das was als das Ziel und der Gewinn der ganzen deutschen Bewegung angesehen wurde, die Eröffnung der verfassunggebenden Versammlung in Frankfurt a. M., die schon vor den Märzereignissen von wohlgesinnten und denkenden Männern als Deutschland's Rettungsanker herbeigesehnt worden war. Während der Wahlen hatte sich in allen deutschen Ländern, mit Ausnahme Böhmen's, wo die Opposition der Czechen einen Mißklang hervorrief, eine rein nationale Begeisterung, ohne Parteizwecke und Sonderinteressen, wie sonst bei keiner anderen Gelegenheit kund gegeben. Selbst in Gegenden, wo bisher kein Zeichen von volksthümlichem Bewußtsein hervorgetreten war, legte die Bevölkerung, auch wenn sie wie in manchen Theilen Oesterreich's von slavischen Elementen durchkreuzt wurde, eine große Liebe für Deutschland dar. Die schwarz=roth=goldnen Fahnen wehten damals auf den Kirchthürmen der einsamsten Weiler in den steirischen und tyroler Alpen. Uralte Erinnerungen an Deutschland's frühere Größe stiegen aus den fernsten Tiefen der Vergangenheit wie unterirdische Stimmen auf, und wurden selbst von der unwissenden und unvorbereiteten Menge, wenn auch nicht vollkommen verstanden, aber doch instinktartig gefühlt. Dieser schöne Moment hätte verdient um des allgemeinen Heils willen sorgfältig gehegt und zu einer dauernden öffentlichen Meinung erhöht zu werden. Aus Mangel an der gehörigen Einwirkung von oben her ging er, wie so vieles, was damals geschah, ohne Folgen nutzlos vorüber.

Am 18. Mai Nachmittags um drei Uhr traten gegen 330 Abgeordnete der deutschen Nation zu Frankfurt a. M. im Kaisersaale des Römers (Rathhaus) zusammen, und begaben sich von da, nachdem sie einen Alterspräsidenten, dessen Stellvertreter und die Schriftführer eingesetzt hatten, in feierlichem Zuge, mit entblößtem Haupt, nach der Paulskirche, wo sie sich unter einem dreimaligen Lebehoch für konstituirt erklärten. Am folgenden Tage wurde Heinrich von Gagern, der seine Stelle als hessen=darmstädtischer Minister niedergelegt hatte, mit 305 Stimmen zum provisorischen Präsidenten der Versammlung gewählt. Derselbe war durch Persönlichkeit, Ruf, Charakter und Talent zu dieser Stelle wie gemacht, hat die in ihn gesetzten Erwartungen aus eigner Schuld nie getäuscht, und würde unter weniger hemmenden Verhältnissen Bedeutendes geleistet haben. Die große Mehrheit der Versammlung gehörte, wie ihr Präsident, der konstitutionellen Partei an, nur ein verhältnißmäßig kleiner Theil war von demokratischen Ideen erfüllt. Nie hat es in einer anderen politischen Versammlung so viele Mitglieder

gegeben, die mit Theorien, Systemen, mit den Lehren der Geschichte, mit wissenschaftlichen und litterarischen Gegenständen aller Art in dem Grade vertraut gewesen wären, wie in diesem Parlament statt fand. Denn der Stand der deutschen Gelehrten, Schriftsteller und höheren Beamten war in ihm zahlreich vertreten. Aber es giebt Einsichten und Erfahrungen, die sich nicht aus Büchern und dem gewöhnlichen Geschäftsgange erwerben lassen. Die in der Versammlung vorhandenen Professoren und Juristen begriffen großentheils nicht, daß es, um die Einheit in einem seit Jahrhunderten in viele Staaten getheilten Volke, wie das deutsche, wiederherzustellen, anderer Mittel bedarf, als um die Freiheit in einem Volke zu gewinnen, das schon ein Ganzes ausmacht, einen gemeinsamen Schwerpunkt besitzt, und im Wesentlichen denselben Impulsen zu folgen gewohnt ist. Deutschland war in seiner politisch-nationalen Entwickelung in der Zersplitterung des Mittelalters stehen geblieben, und in dieser Beziehung fast von allen anderen Nationen überholt worden. Einen solchen Zustand auf einmal aufheben zu wollen, gehörte unter die Unmöglichkeiten. Es hätte dazu entweder eines alles umgestaltenden Eingreifens von oben, eines Eroberers, bedurft, der sich mit Gewalt an die Stelle der anderen Fürsten gesetzt hätte, oder einer solchen Erschütterung von unten her, die alles Bestehende umgestürzt, und den Boden zu einer neuen Schöpfung frei gemacht hätte. Von einem Eroberer im Innern war keine Spur vorhanden, und die Gährung im Volke nicht stark und tief genug, um alle alten Gewohnheiten und Bande zu zerreißen, und um den Preis blutiger Kämpfe, zahlloser Opfer und des Unterganges einer ganzen Generation eine andere Zeit heraufzuführen. Dies wollten aber nur wenige, und selbst die, welche eine vollkommene Zerstörung des Alten wollten, hätten nicht die Mittel und Wege anzugeben vermocht, auf welchen dies bewerkstelligt werden könne. Unter solchen Umständen hätte eine Versammlung, welche die Leitung Deutschland's in die Hand nahm, sich auf die möglichen und erreichbaren Verbesserungen in den deutschen Zuständen beschränken, und hierüber sich mit den erschütterten aber immer noch bestehenden Gewalten der deutschen Fürsten in Einverständniß setzen sollen. Diese waren fast alle durch die Erfahrungen der letzten Zeit von den Mängeln in den bisherigen Einrichtungen überzeugt worden, und würden unter dieser Bedingung einer Umgestaltung der deutschen Zustände nicht entgegen gewesen sein. Die meisten Mitglieder der konstituirenden Versammlung wären als Einzelne zu einem solchen Einhalten in den Grenzen des Möglichen auch geneigt gewesen, ließen aber als Ganzes, aus

doktrinairem Stolz und Theoriesucht, sich zu dem Fehlgriff verleiten, die von dem Vorparlament angenommene Idee der Volkssouverainetät sich anzueignen und das Vereinbarungsprincip abzuweisen. Dadurch erregte die konstituirende Versammlnng erst die Besorgnisse und dann den Widerstand der Fürsten, von denen unmöglich angenommen werden konnte, daß sie sich von der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten, die ihnen früher allein zugestanden hatte, jetzt ganz ausschließen lassen würden. Der Weg der Vereinbarung wäre allerdings ein langer, mühsamer gewesen, würde aber, beharrlich festgehalten, wahrscheinlich zu einem Ziel geführt haben, es würde auf ihm eine wenigstens im Vergleich zu den bisherigen Zuständen größere Einheit und Freiheit des deutschen Volkes erreicht worden sein. Die Absicht des Parlaments, die künftige Verfassung Deutschland's aus eigener Macht feststellen zu wollen, ohne die Mittel zu besitzen, diesen Anspruch durchsetzen zu können, führte erst zu einer chaotischen Verwirrung in den meisten Einzelstaaten und endlich zu dem Untergang der Versammlung selbst, die sich diese Macht beigelegt hatte, und die, als sie verschwand, nur ohnmächtige Zuckungen und den Schmerz erfahrener Täuschungen und verfehlter Bestrebungen zurückließ.

Es erhob sich jetzt in der Nationalversammlung eine wichtige ihr Verhältniß zu den Einzelstaaten betreffende Frage, die im Schooße der demokratischen Partei selbst eine entgegengesetzte Auffassung fand. Raveaux stellte den Antrag, es sollten gleichzeitig neben dem allgemeinen Parlament in Frankfurt auch die Landesvertretungen in den einzelnen Bundesstaaten zusammentreten. Man setzte voraus, daß diese, von nationaler Begeisterung gehoben, den sich regenden Partikularinteressen der einzelnen Staaten entgegentreten würden. Robert Blum bekämpfte diesen Antrag, indem er nachzuweisen suchte, daß die Landesvertretungen sich dem Parlament nicht vollständig unterordnen, vielmehr Eifersucht gegen dasselbe empfinden, und, selbst ohne bestimmte Absicht, durch ihr bloßes Dasein, dazu beitragen würden, die Sonderinteressen zu fördern, deren Ueberhebung sie nach Raveaux's Meinung verhindern sollten. Die Nationalversammlung entschied, daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von ihr zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmten, nur nach Maßgabe des letzteren als gültig zu betrachten seien. Robert Blum hatte vom Standpunkt der staatlichen Einigung Deutschland's offenbar Recht. Aber wo hätte das Parlament die Macht hergenommen, wenn sie Robert Blum's Auffassung beigepflichtet wäre, dem Verbot die einzelnen

Landesversammlungen einzuberufen, Nachdruck zu geben? Von dieser Zeit an begannen die Parteistellungen in der Nationalversammlung sich schärfer zu sondern, obgleich sie sich noch nicht wie später unversöhnlich gegenübertraten.

Nachdem eine hinlängliche Anzahl von Wahlprüfungen in den betreffenden Abtheilungen erledigt worden, konnte zur Ernennung eines regelmäßigen Vorstandes, da der bisherige nur provisorisch gewesen, geschritten werden. Mit 499 gegen 19 Stimmen wurde Heinrich von Gagern zum Präsidenten gewählt (31. Mai). Zu seinen Stellvertretern wurden von Soiron und Baron von Andrian, letzterer einer der Vorläufer der österreichischen Erhebung, ernannt. Die drei Präsidenten wurden jedesmal auf vier Wochen, die Schriftführer für die ganze Dauer der Versammlung gewählt. Letztere konnten jedoch nach drei Monaten zurücktreten.

Schon vor den Märzereignissen war in Deutschland häufig von Gründung einer deutschen Flotte die Rede gewesen. Jetzt mußte das Verhältniß zu Dänemark diesem Gedanken einen neuen Aufschwung geben. Der Marineausschuß beantragte durch den Abgeordneten General von Radowitz eine Anweisung auf 6 Mill. Thaler zu diesem Zweck, was, aus Mißtrauen über die Art wie bisher die Bundesangelegenheiten gehandhabt worden, nur unter Vorbehalt der Verwendung durch die künftige Centralgewalt bewilligt wurde.

Die Bildung einer provisorischen Centralgewalt war seit der Errichtung eines regelmäßigen Vorstandes für die dringlichste aller Fragen erkannt worden. Als man jetzt an ihre Lösung ging, gaben sich die verschiedenartigsten Auffassungen derselben kund. Abgesehen von den Anträgen des Ausschusses wurden deren sechzehn von einzelnen Abgeordneten gestellt, und nicht weniger als 223 Redner, fast die Hälfte der Versammlung, hatten sich im voraus für die Verhandlung einschreiben lassen. Nach achttägigen Debatten wurde der Erzherzog Johann von Oesterreich, einer der ausgezeichnetsten und populairsten deutschen Fürsten, aber schon sechsundsechzig Jahre alt und an eine selbstständige Leitung von Regierungsgeschäften nicht gewöhnt, zum Reichsverweser gewählt (29. Juni). Kanonendonner und Glockengeläute verkündigten der Bevölkerung dieses Ereigniß, durch welches in der deutschen Angelegenheit ein fester Boden gewonnen zu sein schien. Eine Deputation von sieben Mitgliedern der Versammlung sollte dem Erzherzoge die amtliche Kunde von seiner Wahl nach Wien überbringen. Obgleich das Parlament den Reichsverweser der Form nach aus eigener

Macht ernannt hatte, so waren doch vorher geheime Unterhandlungen mit den größeren Höfen gepflogen und deren Zustimmung eingeholt worden. Der Reichsverweser sollte übrigens nur den Uebergang zu dem künftigen Kaiser vermitteln, zu welcher Würde von der Mehrheit der Konstitutionellen im Stillen der König von Preußen ausersehen war, gegen welchen aber damals noch zu viele Vorurtheile, besonders in Süddeutschland und unter den Katholiken, bestanden, um mit der Absicht seiner Erhebung schon offen hervortreten zu können. Gagern, Dahlmann und ihr zahlreicher Anhang hofften diese Hindernisse im Lauf der Zeit wegräumen zu können. Am 11. Juli hielt der Reichsverweser unter allgemeinem Jubel seinen Einzug in Frankfurt, und bildete am folgenden Tage ein Ministerium, in welchem der bisherige österreichische Präsidialgesandte Ritter von Schmerling das Ministerium des Auswärtigen, der preußische General von Peucker das des Krieges, und der Hamburg'sche Advokat Heckscher das Justizministerium erhielten. Die Minister des Reichsverwesers sollten für alle Regierungshandlungen der Nationalversammlung verantwortlich sein, er selbst aber war für unverantwortlich erklärt worden. Der Bundestag, der, ungeachtet der Gleichgültigkeit der einen und der Abneigung der anderen gegen ihn, selbst noch in der letzten Zeit hier und da ein Lebenszeichen von sich gegeben hatte, legte jetzt seine Gewalt in die Hände des Reichsverwesers nieder, und schien für immer beseitigt zu sein.

Die Nationalversammlung bedurfte, da sie ein Konvent weder sein wollte noch konnte, einer Exekutive. Aber die provisorische Centralgewalt hat, ungeachtet alles guten Willens, den man bei ihr voraussetzen kann, der Sache der Wiederherstellung Deutschland's weder im Innern noch nach Außen hin Dienste geleistet, die den in sie gesetzten Erwartungen auch nur einigermaßen entsprechend gewesen wären. Ein bejahrter Prinz, einem Staate angehörig, der gerade aus allen Fugen zu gehen schien, an die Spitze eines Reichs gestellt, das noch geschaffen werden sollte, ohne Schatz, ohne Heer, mochte den deutschen Fürsten in seiner Ohnmacht bequem sein, war aber außer Stande, etwas der Nation, die ihn zu ihrer Leitung berufen hatte, würdiges zu leisten. Im Herzogthum Limburg ließ die niederländische Regierung die schwarz-roth-goldenen Fahnen abreißen, obgleich dieses Land zum deutschen Bunde gehörte; Dänemark nahm von dem Reichsverweser keine Kenntniß und unterhandelte nur mit Preußen. In London und Paris wurden die deutschen Reichsgesandten, Baron von Andrian und Friedrich von Raumer, nur in officiöser Weise empfangen und mit leeren Höflich-

zeiten abgefunden. Aber auch in Deutschland selbst gab sich die Schwäche der Reichsgewalt schon wenige Wochen nach ihrer Einsetzung kund. Von dem Reichskriegsministerium war an sämmtliche Bundestruppen der Befehl ergangen, dem Reichsverweser am 6. August durch Abhaltung einer Parade und Ausbringung eines dreimaligen Lebehochs zu huldigen. Nur in den kleineren Staaten kam man dieser Weisung nach. In Oesterreich, mit Ausnahme Wien's, in Preußen und Hannover geschah gar nichts; in Bayern kam man dem Befehl des Reichskriegsministers nach, aber unter beschränkenden Klauseln, die dem Akt alle Bedeutung nahmen. In einem Manifest vom 30. August erklärte der Reichsverweser, er wolle sich „so weit thunlich" mit den Landesregierungen in Einvernehmen setzen, und rechne vertrauensvoll auf ihre Mitwirkung. Aber wie dann, wenn sie sich dazu nicht bereitwillig finden ließen? Die einzige wirkliche materielle Macht, der Heeresbefehl, war ausschließlich in ihrer Hand geblieben. Der Reichsverweser war in Deutschland noch viel ohnmächtiger als die letzten deutschen Kaiser, da er über gar nichts Eigenes zu gebieten hatte.

Schon das Vorparlament hatte in seinen Berathungen gewisse Rechte des Volkes als nothwendige Forderungen der Zeit aufgestellt. Die Nationalversammlung erweiterte diese Bestimmungen, die als „Grundrechte" der künftigen Verfassung zur Basis dienen und den großen Freibrief der deutschen Nation bilden sollten. Sie waren den Ideen nachgebildet, die über Recht und Freiheit im Staat, in England und Frankreich zur Geltung gekommen waren. Dort war dies aber durch eine „ganze" Revolution, durch den entschiedenen Sieg der liberalen Principien errungen worden, während in Deutschland, wie schon damals hellsehenden Köpfen nicht verborgen blieb, nur eine „halbe" Revolution statt gefunden hatte, d. h. der größte und mächtigste Theil der alten Zustände, die Dynastien mit ihrem weit verzweigten Anhange, unversehrt stehen geblieben war. Auch lag etwas Unangemessenes und selbst Verkehrtes darin, Rechte und Gesetze für ein Reich geben zu wollen, das noch gar nicht vorhanden war, da diese nur in einem solchen eine bestimmte Bedeutung haben können. Mit den Grundrechten des Volkes hätte eine deutsche Verfassung nicht beginnen sollen. Wenigstens hätte man sich dabei kürzer fassen, nur wenige allgemeine Normen feststellen und alsbald an die Verfassung selbst gehen sollen, durch welche diese Grundrechte erst Leben und Anwendung erhalten konnten. Statt dessen verschwendete man eine kostbare Zeit mit der Abfassung von einzelnen Bestimmungen, die, so lange es in der Wirklichkeit noch kein deutsches

Reich gab, in der Luft zu schweben schienen. Ueber die zwei ersten Worte in den Grundrechten: „Jeder Deutsche“ — hatte man sich erst nach stundenlangem Streiten vereinigen können. Die eigenthümliche Krankheit des deutschen Geistes, die aus seinem rein theoretischen Bildungsgange entstanden ist, das Sichverlieren in unfruchtbaren Einzelheiten, unter dem Vorwande der Gründlichkeit, wobei aber oft die Punkte, auf die es eigentlich ankommt, übersehen werden, der pedantische kleinliche Eigensinn, die unpraktische Wortklauberei, der Hang zu endloser Wiederholung, ließ bei dieser Gelegenheit einen mehr breiten als tiefen Strom von doktrinairen Reden hervortreten, welche zuweilen selbst das Allbekannte und Unzweifelhafte dunkel und ungewiß erscheinen ließen, und die angestrengteste Aufmerksamkeit erschöpfen konnten.

Unter den auswärtigen Verhältnissen, die in der Nationalversammlung zur Sprache kamen, hat nur die Stellung Deutschland's zu Dänemark wegen der deutschen Herzogthümer eine praktische Bedeutung gehabt. Nachdem der General Wrangel, wie oben erwähnt worden, in Jütland eingedrungen war, bekam er von Berlin aus den Befehl zum Rückzug (24. Mai), der dem Einflusse fremder Mächte auf das preußische Kabinet, namentlich Rußlands, beigemessen wurde, was im übrigen Deutschland großen Unwillen erregte. Die Dänen, zuversichtlich geworden, warfen sich auf die Hannoveraner bei Hollbühl (5. Juni), wurden aber am folgenden Tage bei Düppel von den Preußen geschlagen. Ihre Schiffe blokirten unterdessen alle deutschen Häfen und fügten dem Handel großen Schaden zu. Der Krieg wurde von da an von den Preußen so lässig geführt, daß es aussah als ob sie sich von demselben ganz zurückziehen wollten. Das Reichsministerium beschloß deshalb ein Bundesheer aufzustellen, um den Kampf im Nothfall auch ohne preußische Hülfe fortsetzen zu können. In den süddeutschen Staaten schien ein vermehrter Eifer für die deutsche Sache zu erwachen. Der tapfere bayerische Oberst von der Thann führte eine eigene Freischaar gegen die Dänen, und die würtembergischen und badischen Kontingente setzten sich nach dem Norden zu in Bewegung. Da aber unterdessen in den maßgebenden Kreisen die Ueberzeugung von der Unentbehrlichkeit Preußen's mehr als früher Raum gewonnen hatte, so bevollmächtigte der Reichsverweser die preußische Regierung im Namen des Reiches zu Unterhandlungen über einen Waffenstillstand mit Dänemark, der zu Malmoe in Schweden, unter schwedischer Vermittlung geschlossen wurde (26. August). Dänemark gestand eine gemeinschaftliche Regierung für Schleswig und Holstein zu, deren Mitglieder zur Hälfte von Dänemark, zur

Hälfte vom deutschen Bunde ernannt werden sollte, verlangte aber, daß alle Akte der provisorischen Regierung für ungültig erklärt würden, und daß die schleswigschen Truppen, von den holsteinischen getrennt, in Schleswig stehen blieben, während die holsteinischen in ihr Land zurückkehrten. Die Kriegsgefangenen und genommenen Schiffe sollten zurückgegeben werden. Beide Theile sollten übrigens durch die Bedingungen des Waffenstillstandes bei dem künftigen endgültigen Friedensschlusse nicht gebunden sein. Der Waffenstillstand von Malmoe rief in der Nationalversammlung einen Sturm von Unwillen und Entrüstung hervor. Dahlmann, der mehr als irgend einer für die Rechte der Herzogthümer durch Wort und Schrift gewirkt hatte, erklärte Deutschland's Ehre durch diesen Vertrag für verletzt, der in der Sitzung der Nationalversammlung vom 5. September verworfen wurde. Sämmtliche Reichsminister reichten ihre Entlassung ein. Dahlmann wurde von dem Reichsverweser mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt, was aber weder ihm noch dem bayerischen Abgeordneten von Hermann gelang. Da aber ohne Preußen eine Fortsetzung des Krieges unmöglich erschien, so wurde am 16. September der Waffenstillstand von Malmoe von der Mehrheit der Nationalversammlung angenommen.

Die Unzufriedenheit, welche der Waffenstillstand mit den Dänen in ganz Deutschland selbst unter den Gemäßigten hervorrief, die Besorgniß, daß er nur das Vorspiel zu einem Aufgeben der Herzogthümer sei, erregte im höchsten Grade die Exaltation der Demokraten, die ohnedies nie geruht hatten, und begierig jede Gelegenheit zur Darlegung ihrer leidenschaftlichen Gesinnungen ergriffen. Am stärksten war für den Augenblick die Gährung in Frankfurt und dessen Nähe, wo die Opposition in der Nationalversammlung mit ihren Gesinnungsgenossen außerhalb derselben in unmittelbarer Verbindung stand, und dieselben sich gegenseitig entflammten. Am 17. September wurde auf der Pfingstweide, einem großen Anger im Nordwesten der Stadt, eine Volksversammlung, aus wenigstens 20,000 Köpfen bestehend, abgehalten, wo die Abgeordneten Schlöffel, Simon aus Trier, Zitz aus Mainz Worte sprachen, die eine Aufforderung zum offenen Kampfe enthielten. Zitz sagte: „jetzt wollen wir Fraktur schreiben!“ Die 258 Abgeordneten, welche den Malmöver Waffenstillstand angenommen hatten, wurden von der versammelten Menge für Verräther am deutschen Volke erklärt. Die geheime Absicht der Führer war, wenn die vorbereitete Bewegung gelingen sollte, die Nationalversammlung sprengen und die Republik ausrufen zu lassen, äußerlich aber stellten sie sich als wollten sie nur die

Zurücknahme des Beschlusses wegen des Waffenstillstandes mit den Dänen im Wege einer großen Petition durchsetzen. Das Reichsministerium war von dem Vorhaben der Demokraten unterrichtet, und hatte einige Bataillone Oesterreicher und Preußen aus dem benachbarten Mainz herbeigerufen. Als die auf der Pfingstweide vorbereitete Petition, wegen Zurücknahme der gefaßten Beschlüsse, der Nationalversammlung übergeben werden sollte, fand die Menge die Umgebungen der Paulskirche von Truppen besetzt. Es kam zu einem Zusammenstoß, der aber ohne viele Opfer an Menschenleben entschieden wurde. Das Volk hatte Barrikaden gebaut, die von den Truppen mit einem Verlust von nur acht Mann genommen wurden. Von größerer Bedeutung aber wurde dieser Kampf durch den tragischen Tod zweier preußischen Mitglieder der Nationalversammlung, des Fürsten Lichnowsky und des Generals von Auerswald, der ein grelles Licht auf die damals in den niederen Schichten der revolutionairen Partei herrschende Stimmung wirft. Beide hatten, so hieß es, den zur Bekämpfung des Aufstandes herbeiziehenden Bundestruppen entgegenreiten wollen, waren aber vor der Stadt von einer blutdürstigen Rotte angefallen und niedergemacht worden. Auerswald blieb auf der Stelle todt, während Lichnowsky erst in der folgenden Nacht verschied. Auch der Reichsminister Heckscher, der früher sehr populair gewesen, und der greise Turnvater Jahn hatten in großer Gefahr geschwebt. Der Reichsverweser, der bis dahin wenig Thatkraft gezeigt hatte, raffte sich jetzt zusammen, erklärte die Stadt in Belagerungszustand, hob die Vereine auf, und nahm strenge Maßregeln zur Wiederherstellung der Ruhe. Der Aufstand vom 17. September in Frankfurt, das damals gewissermaßen für die politische Hauptstadt Deutschland's gelten konnte, ist ein Ereigniß von größerer Tragweite gewesen, als der äußere Verlauf desselben für den Augenblick anzudeuten schien. Die Massen hatten sich gegen die Nationalversammlung erklärt, die nur durch militairische Hülfe vor gewaltsamer Auflösung gerettet worden war. Das Parlament durfte nicht mehr auf das Volk rechnen, und die Soldaten, die es geschützt hatten, konnten, nachdem das Volk von ihnen besiegt worden, sich bei einem Streit zwischen den Regierungen und der Nationalversammlung auch gegen diese verwenden lassen. Die Lage der Dinge war eine entschieden andere als bei der Eröffnung des Parlaments geworden.

Wenige Tage nach dem deutschen Parlament war in Berlin die zur „Vereinbarung der Verfassung berufene" preußische Nationalversammlung, wie es im officiellen Styl hieß, von Friedrich Wilhelm IV.

eröffnet worden (22. Mai). In ihr befanden sich 100 Justiz=, 50 Verwaltungs=, 28 Gemeinde=Beamte, 50 Geistliche, 27 Lehrer, 68 bäuerliche Grundbesitzer, 28 Handwerker. Aus den Mitgliedern der früheren Ritterschaft waren nur wenige gewählt worden. Dieser Stand, der sich noch vor einem Jahr geweigert hatte, den Stadt= und Landgemeinden einige Abgeordnete mehr zu bewilligen, sah sich von der Theilnahme an der Neugestaltung des politischen Lebens in seinem Vaterlande thatsächlich fast ausgeschlossen. Die Berliner Versammlung besaß weniger berühmte Namen und allgemein anerkannte Kapacitäten als die Frankfurter, was jedoch nicht nothwendig ein Hinderniß zur Lösung ihrer Aufgabe gewesen wäre. Aber auch in ihr regten sich, und zwar noch früher als in Frankfurt, die zersetzenden und zerstörenden Elemente, die in jener anfangs so hoffnungsvollen, später so traurigen Epoche hervorgetreten sind. Die in Preußen wie in ganz Deutschland so lange unnatürlich zurückgedrängte Entwickelung der staatlichen Zustände rächte sich, als die Schranken endlich gefallen waren, durch die Maßlosigkeit in den Forderungen, den Haß gegen das Bestehende, die zügellose Parteiwuth, das gegenseitige Mißtrauen, die wie Eiterbeulen an allen Stellen des gesellschaftlichen Körpers hervorbrachen, und später gewaltsame Operationen, aber keine innere Heilung herbeiführten.

Die preußische Nationalversammlung nahm, allerdings großentheils durch die Ungunst der ihrem Zusammentreten vorangegangenen und dasselbe begleitenden Umstände, eine Richtung und Haltung an, die es ihr unmöglich machte, die Gefahren, die sie selbst enthielt, oder von denen sie umgeben war, zu vermeiden. Es war in ihr eine Partei vorhanden, welche von der Vereinbarung der Verfassung mit der Krone nichts wissen wollte, sondern das Königthum gewissermaßen wie suspendirt ansah, und ohne dasselbe eine Verfassung zu berathen dachte, die es nach ihrer Vollendung unbedingt anerkennen sollte, und eine andere Partei, die, von der im Monat März ausgebrochenen Bewegung anfänglich wie betäubt und zu sehr weit gehenden Koncessionen bereit, allmälig wieder Muth gefaßt hatte und die Hoffnung hegte, die früheren Zustände, im Wesentlichen, wenn auch unter etwas veränderten Formen, wiederherstellen zu können. Die aufrichtigen, gemäßigten und aufgeklärten Freunde einer wahrhaften konstitutionellen Monarchie waren in der Minderzahl, spalteten sich und arbeiteten einander häufig sogar entgegen. Die meisten wollten über das vorgesetzte Ziel hinausgehen oder hinter demselben zurückbleiben. Von oben her fand so gut wie gar keine Leitung statt. Der König trat in einem Lande, das so lange eine abso=

lute Monarchie gewesen, und dessen Bevölkerung noch immer monarchisch gesinnt war, zu wenig hervor, und die Minister, welche die Verantwortlichkeit für alle von oben her kommenden Entscheidungen auf sich genommen hatten, konnten sich weder auf den Träger der Krone noch auf einen zahlreichen und festen Anhang in der Versammlung stützen. Die anarchische Partei, die Straßendemagogie, der Hang zu Excessen waren in Berlin als einer großen Stadt und in der eine gewaltsame Unterbrechung der herkömmlichen Verhältnisse statt gefunden hatte, weit verbreiteter als in Frankfurt und es wurden ihnen von oben her weniger Zügel angelegt. Während auf der einen Seite die Neigung zu gesetzwidrigen Ausschreitungen und Uebertretungen mehre Monate lang immer allgemeiner wurde, und die Märzbewegung sich in lauter einzelne Tumulte oft der niedrigsten Art aufzulösen schien, ließ anderseits das dem Namen nach konstitutionelle Ministerium das ganze Personal des alten absolutistischen Regiments bestehen, mit dessen Hülfe die Reaktion bei der ersten günstigen Gelegenheit die zerrissenen Fäden ihrer Zusammenhörigkeit mit den früheren Zuständen wieder anknüpfen konnte.

Wie sehr es sowohl der Regierung als der Nationalversammlung an politischem Geist und Takt fehlte, gab sich besonders bei der Rückkehr des Prinzen von Preußen kund. Da derselbe sich freiwillig entfernt hatte und sogar während seiner Abwesenheit zum Abgeordneten gewählt worden war, so verstand es sich von selbst, daß er zu jeder Zeit wiederkommen und seinen Sitz in der Versammlung einnehmen konnte. Gleichwohl machte das Ministerium seine Rückkehr zu einer öffentlichen Angelegenheit, indem es dieselbe in einem Bericht an den König befürwortete und dessen Genehmigung dazu einholte, so als ob gesetzliche Hindernisse vorhanden gewesen wären. Auch schien die Regierung eine Art von Garantie für die konstitutionelle Gesinnung des Prinzen übernehmen zu wollen. Dadurch wurden die Demagogen veranlaßt alle früher ausgestreuten Verläumdungen gegen den Prinzen zu wiederholen, und sich gegen seine Rückkehr in das Vaterland in Petitionen und Straßenaufläufen zu erklären. Als der Prinz von Preußen in der Nationalversammlung erschien, vergaß man bei seinem Empfange absichtlich, daß der Deputirte zugleich der präsumtive Thronfolger war. Als am 8. Juni der Antrag des Abgeordneten Behrends, daß die Kämpfer des 18. März sich um das Vaterland wohlverdient gemacht hätten, nicht allgemeine Zustimmung fand, wurden beim Nachhausegehen der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Heinrich von Arnim, und der Abgeordnete Prediger Sydow, von der rohen Menge beleidigt, und mußten, um wei-

teren Mißhandlungen zu entgehen, sich in das Universitätsgebäude flüchten. Am 15. Juni stürmte der Pöbel das Berliner Zeughaus, plünderte, zerstörte, und wurde erst verhindert als der Schaden und die Schande schon vollbracht waren. Der vermöge des Princips der Volksbewaffnung in Berlin errichteten Bürgerwehr fehlte es nicht an tüchtigen Elementen, aber sie wurde wie absichtlich ohne angemessene Führung gelassen, und dagegen eine überzahlreiche Polizeimannschaft errichtet, die, wenn man der Bürgerwehr eine bessere Organisation gegeben hätte, überflüssig gewesen wäre. Camphausen, der als Minister die früher in ihn gesetzten Hoffnungen nicht gerechtfertigt hatte, trat am 20. Juni zurück, und Hansemann bildete ein neues Ministerium, in welches Rudolph von Auerswald, der Graf von Schwerin, Rodbertus und Milde eintraten. Dasselbe war von Anfang an in sich uneinig, und schien keinen bestimmten Plan und Zweck zu verfolgen. Rodbertus trat bald wieder aus, da seine Absicht, die preußische Politik der deutschen Einheitsidee unterzuordnen, bei seinen Kollegen keinen Anklang fand. Friedrich Wilhelm IV., der in der ersten Zeit nach den Märzereignissen, wie mehre seiner öffentlich gethanen Aeußerungen annehmen lassen, sich mit den eingetretenen Veränderungen und dem Aufhören der absoluten Gewalt ausgesöhnt haben würde, wenn er einen sicheren Grund zum Bau eines neuen Systems gefunden hätte, schien an dem Gelingen des begonnenen Werkes auf dem eingeschlagenen Wege zu verzweifeln, und neigte sich wieder den vormärzlichen Anschauungen und Einflüssen zu.

Der Nationalversammlung war von dem Ministerium ein Verfassungsentwurf vorgelegt worden, der, was den in ihm vorherrschenden Geist betrifft, nicht ganz zeitgemäß und in der Form lückenhaft war. Aber anstatt ihn zu verbessern und zu vervollständigen, denn er enthielt auch vieles Brauchbare, ward er vollkommen bei Seite geschoben, und die Nationalversammlung ging, aber sehr langsam, an die Ausarbeitung eines ganz neuen Entwurfes. Zwischen dem Ministerium und der Volksvertretung fand nicht die nöthige innere und äußere Berührung statt. Der Verband war locker und schien zuweilen wie gar nicht vorhanden zu sein. Die Regierung hatte für die Nationalversammlung beim Anfange der Session nicht hinreichende Vorlagen in Bereitschaft gesetzt, und die Abgeordneten würden im Anfange wenig zu thun gehabt haben, wenn sie nicht die Zeit mit Interpellationen an die Minister ausgefüllt hätten, die aber für die betreffenden Gegenstände selten förderlich waren. Später kam mehr Leben in die Arbeiten der Ausschüsse, die ausgezeichneteren Fachmänner, an denen es der Versammlung nicht fehlte, er-

mannten sich, und es ward ein reichhaltiges, legislatives Material gesammelt, das aber, nachdem später die Rückschrittspartei die Oberhand gewonnen hatte, so gut wie unbenutzt geblieben ist. Aber die Gährung in den Massen, die Schwäche der Minister, das Schwankende des ganzen Zustandes, die trübe Aussicht in die Zukunft verhinderten, daß die gesetzgeberischen Arbeiten selbst von denen mit Freudigkeit und Ruhe in Angriff genommen wurden, die dazu geneigt und befähigt waren. Reibungen zwischen Volk und Militair wurden so häufig und nahmen hier und da einen so drohenden Charakter an, daß am 9. August in der Nationalversammlung der Antrag gestellt und angenommen wurde, der Kriegsminister möge sich in einem Erlaß an die Armee dahin aussprechen, daß die Officiere allen reactionairen Bestrebungen fern bleiben, und daß diejenigen unter ihnen, mit deren politischen Ueberzeugungen dies nicht vereinbar sei, den Dienst verlassen sollten. Da dieser Beschluß unausgeführt geblieben, so ward er am 7. September mit großer Stimmenmehrheit erneuert, worauf das Ministerium zurücktrat, und der König ein neues Kabinet einsetzte, in welchem der General Pfuel den Vorsitz mit dem Kriegsministerium, Graf Dönhoff und Oberpräsident Eichmann, Männer der alten Diplomatie und Bureaukratie, die auswärtigen Angelegenheiten und das Innere übernahmen. In der Hauptstadt wie in den Provinzen dauerten die Tumulte und Unordnungen aller Art ununterbrochen fort, welche der Reaktion mehr als alles Andere in die Hände arbeiteten, die in sich selbst schwerlich die Kraft gefunden hätte, ihr Haupt wieder emporzurichten. Am 16. Oktober fand in Berlin ein blutiger Zusammenstoß zwischen Bürgerwehr und Arbeitern statt; in denselben Tagen brachen auf weit von einander gelegenen Punkten, in Elbing, Greifswalde und Liegnitz, meuterische Bewegungen aus. Am 26. Oktober trat in Berlin ein sogenannter Demokratenkongreß zusammen, der aber die Ideen, denen er zu dienen beabsichtigte, nur herabsetzen konnte. Die niederen Schichten der Berliner Bevölkerung zeigten sich jetzt auch gegen die Majorität der Nationalversammlung mißtrauisch und feindselig, und gingen selbst zu persönlichen Beleidigungen gegen die Mitglieder der rechten Seite über. Das Ministerium that nichts, um diesen Ausschreitungen ernstlich entgegenzutreten. Mehre Monate lang, während so viele Unordnungen vorfielen, war weder die Garnison der Hauptstadt angemessen verstärkt, noch die Bürgerwehr besser organisirt worden. Die Reaktion, die nur auf den geeigneten Augenblick wartete, um sich des Staatsruders bemächtigen zu können, glaubte ihn gefunden zu haben, als am 31. Oktober der Berliner Pöbel das Schau=

spielhaus, wo damals die Nationalversammlung ihre Sitzungen hielt, umstellte, die ihm mißliebigen Mitglieder derselben beim Ein- und Ausgehen beleidigte, während der Abendsitzung mehre Thüren vernagelte, und Stricke zum Vorschein brachte, als Symbole dessen, was ein Theil der Versammlung nach seiner Meinung verdient hätte. Es wäre leicht gewesen, solchen Ausbrüchen der Rohheit zuvorzukommen, man wollte es aber nicht, um sie nachher im reaktionairen Sinne ausbeuten zu können.

Das Ministerium Pfuel war von Freunden und Gegnern von Anfang an nur als ein Uebergangsministerium angesehen worden. Daß der Zustand, so wie er damals war, nicht fortdauern konnte, ward allgemein gefühlt. Pfuel reichte mit seinen Kollegen seine Entlassung ein, und am 1. November wurde der General Graf von Brandenburg, ein natürlicher Sohn Friedrich Wilhelm II., von dem Könige mit der Bildung eines neuen Kabinets beauftragt. Als die Nationalversammlung von diesem Schritt in Kenntniß gesetzt wurde, schickte sie ihren Präsidenten mit einer Deputation nach Potsdam, um Friedrich Wilhelm IV. eine Adresse zu überreichen, in der gegen die Ernennung des Grafen von Brandenburg protestirt und ein volksthümliches Ministerium dringend angerathen wurde. Der König ertheilte keine Antwort auf die Adresse, und schien in sehr gereizter Stimmung zu sein, die noch zunahm, als der Doktor Johannes Jakoby aus Königsberg, der Verfasser der „Vier Fragen", mit unzeitiger Freimüthigkeit die Worte fallen ließ: es sei das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen. Am 8. November machte eine Kabinetsordre den Rücktritt des Ministeriums Pfuel und die Ernennung eines neuen Kabinets bekannt, in welchem Graf Brandenburg das Präsidium mit den auswärtigen Angelegenheiten, der bisherige Ministerialdirektor von Manteuffel das Innere, der Generalmajor von Strotha das Kriegsdepartement übernahmen. An demselben Tage ging der Nationalversammlung eine königliche Botschaft zu, in welcher deren Verlegung nach Brandenburg, und Eröffnung ihrer Sitzungen daselbst für den 27. November ausgesprochen war. Als Grund dieser Veränderung wurden die Einschüchterungen und Gewaltthätigkeiten angegeben, welchen die Mitglieder der Versammlung in Berlin zu wiederholten Malen ausgesetzt gewesen. Die Mehrheit der Nationalversammlung protestirte gegen ihre Verlegung, indem sie der Krone das Recht zu dieser Maßregel bestritt. Am 10. November rückte General Wrangel mit zahlreichen Truppen in Berlin ein, ohne den geringsten Widerstand zu finden. Die Stadt wurde in Belagerungszustand erklärt, die Bürgerwehr aufgelöst und eine allgemeine Entwaffnung angeordnet.

Die rechte Seite der Nationalversammlung folgte der Weisung des Königs und begab sich nach Brandenburg, die Majorität mit dem Präsidenten von Unruh versuchte ihre Sitzungen in Berlin fortzusetzen, wurde aber aus einem Zufluchtsort nach dem anderen vertrieben, sprach aber, ehe sie gezwungen wurde, ihre Berathungen zu schließen, das Verbot aus, die Steuern an das neue Ministerium zu entrichten. Die Versammlung wurde am 27. November in Brandenburg wirklich eröffnet. Ein Theil der Opposition hatte sich ebenfalls dahin begeben, aber nur um gegen die Rechtmäßigkeit des Geschehenen zu protestiren. In der Sitzung des 1. December verließ sie im Augenblick der Abstimmung den Saal, wodurch die Wahl des Präsidiums verhindert wurde. Am 5. December löste der König die Nationalversammlung auf, gab aus eigener Macht eine Verfassung mit zwei Kammern, ließ Neuwahlen für dieselben ausschreiben und setzte ihre Eröffnung auf den 26. Februar 1849 in Berlin fest. Die preußische Nationalversammlung hat während ihrer kaum sechsmonatlichen Dauer allerdings große Mißgriffe begangen, wer aber sich die Umstände vergegenwärtigt, unter denen sie gewirkt hat, wird das Fehlschlagen der in sie gesetzten Erwartungen nicht ihr allein Schuld geben wollen.

Unterdessen war in Wien die Revolution fast durch dieselben Stadien wie in Berlin gegangen, nur daß dieselbe, obgleich weniger blutig begonnen, ein gewaltsameres Ende finden sollte. Die Regierung war seit den Märzereignissen in Wien wie in Berlin ohne Haltung und Kraft, den Führern der freisinnigen Partei schwebte kein bestimmtes Ziel ihres Strebens vor, oder sie wußten den Weg dazu nicht zu finden, und die Menge wurde nach Abschüttelung des früheren Joches von rohen Ausbrüchen der Leidenschaft hin- und hergeworfen, die es unmöglich machten, auf den Trümmern des Alten neue und bessere Zustände dauernd zu gründen. Alles lief verworren und planlos durcheinander, und oft ward, was heute mit Eifer erfaßt worden, schon am anderen Tage gleichgültig bei Seite gesetzt. Die Nothwendigkeit einer Regulirung der Presse wurde gefühlt, da eine große Menge meist schlechter Tagesblätter plötzlich aufgetaucht war, welche die öffentliche Meinung auf Abwege führten. Am 31. März ward ein provisorisches Preßgesetz erlassen, das aber von der Aula verworfen und von Prager Studenten sogar öffentlich verbrannt wurde. Im Ministerium herrschte solche Uneinigkeit, daß der Minister des Innern dieses Gesetz zurücknahm, während der Justizminister dasselbe zur Beachtung an die Gerichtshöfe versandte. Am 25. April wurde die neue, vom Kaiser in den Märztagen versprochene Verfassung

verkündigt, die aber keine Partei befriedigte und ein todter Buchstabe blieb. Die Regierung hatte nicht umhin können, die Stellung Oesterreich's zu Italien und Deutschland in Betracht zu ziehen, wo neuerdings so große Veränderungen eingetreten waren. Sie zeigte sich zur Abtretung der Lombardei an Sardinien geneigt, und arbeitete in Frankfurt und an den deutschen Höfen dem preußischen Einfluß entgegen. Aber es waren die Ereignisse, nicht die Plane derer, welche in Wien dem Namen nach an der Spitze standen, welche diese Fragen entschieden.

Das neue österreichische Ministerium war von Anfang an in Auflösung begriffen. Graf Kolowrat, der früher im Vergleich zu Metternich für freisinnig und für dessen politischen Gegner gegolten hatte, obgleich er viele Jahre mit ihm an demselben Ministertisch gesessen, war an seine Stelle getreten, fühlte sich aber der ihm jetzt zugefallenen Aufgabe so wenig gewachsen, daß er schon in den ersten Tagen des Aprils zurücktrat. Dasselbe geschah von Seiten des Finanzministers von Kübeck, der den Minister von Krauß zum Nachfolger bekam, welcher, merkwürdig genug, in allen Phasen der Revolution, bald etwas schneller bald etwas langsamer gehend, bis zum Schlußakt aushielt. Am Ende des Aprilmonats gab auch General Zannini das Kriegsportefeuille auf, das der Graf Latour übernahm, der bis zu seinem tragischen Ende in dieser Stellung blieb. Das Ministerium des Innern bekleidete von Pillersdorff, der, bis zu den Märzereignissen für eine bedeutende Kapacität geltend, während der revolutionairen Bewegungen sich unentschlossen und rathlos zeigte, aber weil er es mit keiner Partei ganz hielt und mit keiner ganz verdarb, eine Zeit lang unentbehrlich schien. Der fähigste und geistreichste unter den damaligen österreichischen Staatsmännern, der als Diplomat und politische Schriftsteller ausgezeichnete Graf Ficquelmont, der in diesem Ministerium die auswärtigen Angelegenheiten leitete, wurde, nicht durch einen Volksaufstand, sondern durch eine im größten Styl ausgeführte Katzenmusik gestürzt, ein Vorfall, der die ganze Situation nicht übel zeichnete. Dasselbe Mittel der Einschüchterung wurde gegen den Erzbischof von Wien, den Fürsten von Lichtenstein, den päbstlichen Nuntius und andere bedeutende Personen angewandt. Während des Aprilmonats wäre so etwas, da die Begeisterung der Märztage noch einigermaßen nachwirkte, nicht möglich gewesen. Aber die Unentschiedenheit und Thatlosigkeit der Regierung und das furchtsame Sichzurückziehen der besseren Elemente der Bevölkerung ließen die Demagogen, die unreife Jugend und den Pöbel immer mehr in den Vordergrund treten. Von Anfang Mai an wurde die Geschichte der Wiener Revolution eine

Geschichte von Straßenaufläufen, Barrikadenbauten und Komplotten, über denen Zeit, Kraft und Sinn zu einer Neugestaltung Oesterreich's verloren ging.

Während in den Märztagen die Gewährung der Preßfreiheit und das bloße Versprechen einer Verfassung in Wien so lebhafte Bezeugungen der Freude und des Dankes gegen den Kaiser hervorgerufen hatte, war man jetzt mit der am 25. April bekannt gemachten Verfassung, schon weil sie eine von oben her gegebene war, eine erste Kammer, Census und indirekte Wahlen bestimmte, im höchsten Grade unzufrieden. Ein Centralcomité, aus Abgeordneten der Nationalgarde und der akademischen Legion bestehend, stellte sich an die Spitze der aus der Revolution hervorgegangenen Volkswehr, und forderte von der Regierung die Beseitigung der octroyirten Verfassung und die Einberufung einer konstituirenden Versammlung, um ein neues Grundgesetz zu entwerfen. Die Minister dachten anfänglich diesem Ansinnen zu widerstehen und ließen Militair und Kanonen in Bereitschaft setzen. Da rückte am 15. Mai Abends acht Uhr die akademische Legion, Gewehr im Arm, nach dem Gebäude des Hofkriegsraths, wo das Ministerium berieth und noch nicht zur Gewährung aller aufgestellten Forderungen bereit schien. Die Stadt ward erleuchtet, Barrikaden erhoben sich, Gerüchte von einer allgemeinen Volkserhebung wurden absichtlich verbreitet und geglaubt, obgleich nichts der Art zu befürchten stand. Der Hof gerieth in Bestürzung, und nach Mitternacht wurde die Aprilverfassung für aufgehoben erklärt, und eine aus fast allgemeinem Wahlrecht hervorzugehende konstituirende Reichsversammlung bewilligt. Der Kaiser, der sich für seine bisherige Nachgiebigkeit so übel belohnt sah, und von den häufigen Tumulten in seiner Nähe erschreckt war, beschloß Wien im Stillen zu verlassen, was schon am 17. Mai ausgeführt wurde, indem die kaiserliche Familie, anstatt von ihrer gewöhnlichen Spazierfahrt nach Schönbrunn in die Hauptstadt zurückzukehren, den Weg nach Innsbruck einschlug, wo sie mit unermeßlichem Jubel empfangen wurde. Die Wiener erschraken über die Entfernung des Hofes und die Minister fühlten eine Anwandlung von Entschlossenheit. Das Centralcomité wurde aufgelößt, einige der bekanntesten Aufwiegler mußten sich verbergen und man war nahe daran, die Aula selbst zu sprengen. Zahlreiche Deputationen wurden an den Hof nach Innsbruck gesandt, um ihn zur Rückkehr einzuladen. Aber das Ministerium wußte diese ihm günstige Stimmung nicht zu benutzen, die bald in das Gegentheil umschlug. Es wurde ein Sicherheitsausschuß eingesetzt, es erhoben sich wieder Barri-

kaden, die Demagogen drohten mit einer neuen Schilderhebung, und die Regierung gab nach, und schien jeder unabhängigen Willensäußerung entsagen zu wollen.

Das früher so feste und starke Oesterreich, das der Expansionskraft der französischen Revolution und dem militairischen Genie Napoleon's einen so beharrlichen Widerstand entgegengesetzt hatte, weil damals die einzelnen Bestandtheile des Reichs in der gemeinsamen Gefahr unter einander eng verbunden gewesen, drohte jetzt wie eine abgenutzte Maschine auseinander zu fallen. Die Lombardei und Venedig hatten sich von dem Gesammtstaat bereits losgesagt und in Ungarn herrschte eine Stimmung, die Aehnliches erwarten ließ. Der alte gegenseitige Haß der verschiedenen Nationalitäten, die den Kaiserstaat bilden, das Streben derselben, sich vom Mittelpunkt ganz oder wenigstens zum Theil unabhängig zu machen, sich die eine auf Kosten der anderen zu erheben, erwachte auch da, wo sich seit lange keine Zeichen dieser Gesinnung kund gegeben hatten. Unter den Czechen in Böhmen regte sich die Erinnerung an die frühere Macht und Unabhängigkeit ihres Landes, und sie begannen ihre deutschen Landesgenossen als Fremde und selbst als Feinde anzusehen. Der geistige Vorkämpfer ihrer Nationalität, Palacky, hatte die Zugehörigkeit Böhmen's zu Deutschland bestritten, und die Czechen von den Wahlen zu der Nationalversammlung in Frankfurt abgehalten. Die Czechen verlangten die Einverleibung Mähren's und des österreichischen Schlesien's mit ihrem Lande als Anerkennung eines alten Rechts. Ihre Wortführer stellten, die Kopfzahl der zum Kaiserreich gehörigen Bevölkerungen allein in Betracht ziehend, die Ansicht auf, daß Oesterreich mehr slavisch als deutsch sei, und träumten von einer Föderation aller oder wenigstens der österreichischen Slaven. Sie hatten gehofft, der Kaiser werde, als er sich von Wien entfernte, sich in ihre Mitte, statt nach Innsbruck begaben. Um ihre Bestrebungen zu concentriren, hatten die Leiter der czechischen Bewegung einen Slavenkongreß nach Prag ausgeschrieben, der am 2. Juni unter Palacky's Vorsitz eröffnet wurde. Alle slavischen Stämme waren dabei vertreten, die Russen durch den später bekannt gewordenen politischen Flüchtling Michael Bakunin. Aber diese Zusammenkunft war eher geeignet, die Verschiedenheit als die Einheit der slavischen Stämme darzuthun. Denn die Nord- und Südslaven verstanden sich nur sehr unvollkommen, und waren genöthigt, bei ihren Erörterungen sich häufig der deutschen Sprache zu bedienen, ein widerwilliges Eingeständniß, daß im österreichischen Kaiserstaat die deutsche Nationalität das allgemeine Verbindungsmittel und Kulturelement

ist, dem selbst die Gegner der deutschen Suprematie sich nicht entziehen können. Uebrigens wurden auf diesem Slavenkongreß zwar viele Fragen angeregt, aber keine einzige gründlich beleuchtet, geschweige denn entschieden, und er verschwand ohne eine Spur seines Daseins zurückzulassen. Die Abneigung gegen das deutsche Wien und das Mißtrauen gegen das den deutschen Tendenzen huldigende Ministerium veranlaßte die Czechen in Prag eine provisorische Regierung einzusetzen, im Grunde nur, um ihre nationalen Zwecke zu verfolgen, aber dem Vorgeben nach, um dem Kaiser im Gegensatz zu dem aufrührischen Wien eine ungefärbte Treue zu bewahren. Einer ihrer Wortführer, der später oft genannt worden ist, Rieger, setzte eine Konstitution für Böhmen auf, die aber vom Hofe in Innsbruck abgelehnt wurde. Die Czechen glaubten jetzt ihre Absichten leichter durchsetzen zu können, wenn sie den Fürsten Windischgrätz, der die kaiserlichen Truppen in Prag befehligte, von dort entfernten. Sie beschlossen in einer Volksversammlung im Wenzelsbad, die Versetzung dieses Generals beim Kaiser zu beantragen. Es kam zuletzt zu einem Zusammenstoß zwischen den kaiserlichen Truppen und der czechischen Partei, die aber von Windischgrätz mit einigen Kanonenschüssen zur Unterwerfung gebracht wurde (17. Juni). Es war dies seit den Märztagen der erste Sieg des Militairs über einen bewaffneten Volksaufstand, und der Vorläufer dessen, was später auf einem größeren Schauplatz geschehen sollte.

Nach dem 15. Mai war in Wien eine gewisse Ruhe eingetreten. Die demokratische Partei wünschte die Rückkehr des Kaisers, um ihre Maßregeln von ihm sanctioniren zu lassen, und sie vermied deshalb alles, was dem Hofe Grund zu einer längeren Entfernung geben konnte. Der Kaiser hatte seinen Oheim, den Erzherzog Johann, zu seinem Stellvertreter in Wien ernannt, der sich aber bald nach Frankfurt begeben mußte, um sich an die Spitze der deutschen Centralgewalt zu stellen. Er übte übrigens anwesend oder abwesend, keine Macht aus, die Entscheidung lag nach wie vor in der Aula und dem Sicherheitsausschuß. Als der Erzherzog am 17. Juli wieder in Wien erschien, fand eine Veränderung im Ministerium statt. Pillersdorff legte das Ministerium des Innern nieder, das der durch seine Opposition auf den früheren Landtagen bekannte Baron von Doblhoff übernahm; Wessenberg, der Oesterreich unter Metternich schon auf dem Wiener Kongreß vertreten hatte, ein Bruder des berühmten Bisthumsverwesers von Konstanz, übernahm das Auswärtige; der damals noch freisinnige Advokat Alexander Bach erhielt das Departement der Justiz; der Journalist von Schwarzer wurde

Arbeits=, der Fabrikenbesitzer Hornbostl Handelsminister. Latour und Krauß blieben in ihren Stellen. Dieses Ministerium, fast aus allen den gebildeten Klassen angehörigen Berufszweigen hervorgegangen, war aber gleichwohl ohne Einheit und Kraft.

Es waren inzwischen die Wahlen zu der am 15. Mai gewährten konstituirenden Nationalversammlung vollzogen worden. Die Eröffnung derselben durch den Erzherzog Johann im Namen des Kaisers fand am 22. Juli unter lebhafter Betheiligung des Publikums statt. Die Versammlung bestand aus 383 Mitgliedern, und war wohl eigenthümlicher zusammengesetzt als je in einem großen Staat und einer glänzenden Hauptstadt der Fall gewesen ist. Es befanden sich in ihr 92 Bauern, von denen 32, die Gallizien angehörten, in Röcke von roher Leinwand oder in Schafpelze gekleidet waren, und wenig oder gar kein deutsch verstanden. Das Ministerium, ohne äußere Stütze und innere Uebereinstimmung, konnte im Reichstage keine feste Partei für sich bilden, und übte auf denselben keinen Einfluß aus. Es hatte sein Verbleiben im Amt von der Rückkehr des Kaisers abhängig gemacht, der am 12. August seinen Einzug in Wien hielt und dann seine Residenz in Schönbrunn aufschlug. Er ward diesmal lau, hier und da selbst mit Hohn, empfangen, die frühere Liebe des Volks für seine Person schien ganz erkaltet zu sein. Die Abneigung gegen seine Umgebungen hatte sich zuletzt auch gegen ihn, obwohl unverdienter Weise, gerichtet. Wie wenig moralischen Einfluß die Anwesenheit des Kaisers auf die Masse der Bevölkerung ausübte, kann schon daraus entnommen werden, daß es am 21. August zwischen der Nationalgarde und dem Proletariat zum offenen Kampf kam, weil das Ministerium den Lohn für die öffentlichen, von staatswegen angeordneten Arbeiten herabgesetzt hatte. Die Proletarier wurden mit Hinterlassung einiger Todten und vieler Verwundeten besiegt. In Folge dessen ward der Sicherheitsausschuß aufgelöst, der sich vornehmlich auf die Arbeiter gestützt hatte. Mitten in diese traurigen Wirren und die im Ganzen unerquicklichen Berathungen des Reichstages fiel ein heilsames und folgenreiches Ereigniß. Am 9. September bestätigte der Kaiser die von der Versammlung beschlossene Aufhebung des ländlichen Unterthanenverbandes und Entlastung des bäuerlichen Besitzes.

Die Vorgänge in Ungarn hatten von Beginn der Bewegung an auf Wien einen großen Einfluß ausgeübt. Das Beispiel der magyarischen Opposition, die begeisternden Reden Kossuth's, die Beschlüsse des ungarischen Reichstags entflammten die Gleichgesinnten in Wien, und flößten ihnen Hoffnung auf ähnliche Erfolge ein. Auch hatte Kossuth

Agenten in Wien, Deutsche, Ungarn, Polen, durch die er auf die Tagespresse und die öffentliche Meinung einen bedeutenden Einfluß ausübte. Namentlich unterhielt er eine geheime, aber sehr thätige Verbindung mit den Demagogen in den Vereinen und Ausschüssen. Er verstand es mit Hülfe seiner geheimen Verbündeten und rechtzeitiger Geldspenden Stürme zu erregen und zu beschwichtigen, je nach den Erfordernissen seiner Politik. Am 6. September kam eine aus 120 Mitgliedern bestehende ungarische Deputation in Wien an, um den Kaiser nach Pesth einzuladen, was aber von demselben abgelehnt wurde. Vierzehn Tage später sandte Kossuth zwölf Mitglieder des Reichstages nach der österreichischen Hauptstadt, diesmal aber um, nicht mit dem Kaiser, sondern der Nationalversammlung zu unterhandeln, in der Absicht, diese zu einer Vermittelung zwischen Ungarn und dem Hofe zu bewegen. Die Versammlung wagte es aber nicht, obwohl sie fühlte, daß ihre Sache mit der Ungarn's in mehr als einer Beziehung zusammenhing, die Deputation zu empfangen, die unverrichteter Sache nach Pesth zurückkehrte.

Der längst vorhergesehene Bruch zwischen den Ungarn und dem kaiserlichen Hofe war endlich eingetreten, und ein Theil der Wiener Besatzung sollte am 6. Oktober nach der ungarischen Grenze vorrücken. Ein Grenadierbataillon verweigerte den Gehorsam, und wurde, als es von herbeigerufener Kavallerie zum Abmarsch gezwungen werden sollte, bei seinem Widerstande von Nationalgarden, Studirenden und Arbeitern unterstützt. Es erhob sich an der Taborbrücke ein Gefecht, in welchem zwei höhere österreichische Officiere, General Bredy und Oberstlieutenant Klein getödtet und einige Kanonen vom Volk genommen wurden. Auch die Nationalgarde gerieth aneinander, indem ein Theil, der sich auf die Seite des Kaisers neigte, das Sturmläuten auf dem St. Stephansthurm verhindern wollte, während ein anderer dies durchsetzte, so daß in der Kirche selbst Blut floß. Alles gerieth in die wildeste Aufregung und das Militair wurde auch in anderen Stadttheilen angegriffen. Da kam der Reichstag unter Strohbach's Vorsitz mit den im Kriegsministerium versammelten Ministern dahin überein, daß die 10,000 Mann starken Truppen unter Graf Auersperg die Stadt verließen, der Reichstag sich aber verpflichtete, die Minister zu schützen. Schon seit längerer Zeit war der Kriegsminister Graf Latour der exaltirten Partei besonders verhaßt, und man hatte bereits im September von den Demagogen Todesdrohungen gegen ihn ausstoßen hören. Man wußte, daß Radetzky, vornehmlich durch die von Latour ihm nach Italien zugesandten Verstärkungen, in den Stand gesetzt worden war, wie-

der die Offensive gegen die Sardinier zu ergreifen, was ihn zuletzt zum Siege geführt hatte. Auch war es bekannt geworden, daß Latour während der zweideutigen Rolle, die der Hof eine Zeit lang zwischen dem ungarischen Ministerium und dem General Jellachich, Banus von Kroatien, spielte, letzteren im Geheimen mit Geld und Kriegsvorrath unterstützt hatte. Die demokratische Partei in Wien hielt ihr eigenes Schicksal von dem Ausgange der Dinge in Italien und Ungarn für unzertrennlich. Daher der Grimm gegen den, der zur Niederlage der Sardinier und der Verstärkung der Kroaten beigetragen hatte. Das Volk war am 6. Oktober durch den mit dem Militair geführten Kampf blutdürstig geworden. Eine wilde Rotte drang in das Gebäude des Kriegsministeriums ein. Die übrigen Minister waren entflohen; Bach, auf dessen Untergang es ebenfalls abgesehen war, hatte sich in einer Verkleidung gerettet. Latour ward aufgefunden, und obgleich ihn einige Reichstagsmitglieder und mehre Nationalgardisten zu schützen suchten, mit Hammerschlägen und Messerstichen ermordet, der Leichnam an einen Laternenpfahl gehängt und verstümmelt. Mit dieser Gräuelthat grub sich die Volksbewegung in Wien ihr eigenes Grab.

Am folgenden Tage war die kaiserliche Familie aus Schönbrunn verschwunden; der Kaiser hatte, von einer starken Truppenabtheilung begleitet, den Weg nach Olmütz eingeschlagen, wo er am 14. Oktober ankam. Graf Auersperg bezog mit den Truppen, die vorher in Wien gestanden hatten, ein Lager bei Schönbrunn und zog von allen Seiten Verstärkungen an sich. Jellachich rückte von Raab aus gegen die Hauptstadt vor, während Windischgrätz von Prag her sich in Bewegung setzte. Wien war jetzt von der übrigen Monarchie wie abgeschnitten, und sah sich, um dem hereinbrechenden Sturm zu widerstehen, auf seine alleinigen Hülfsmittel gewiesen. Ein Versuch, das Landvolk für die Sache zu gewinnen, schlug fehl. Die Bauern fühlten sich von der Aufhebung des Unterthanenverbandes befriedigt, und wollten an der Bewegung keinen weiteren Antheil nehmen. Von Ungarn war keine Unterstützung zu erwarten, da Kossuth hierzu eine Aufforderung von Seiten der Nationalversammlung verlangte, die es nicht über sich nehmen wollte, offen mit dem Kaiser zu brechen.

Jetzt nahte die letzte Katastrophe mit schnellen Schritten heran. Am 16. Oktober wurde Windischgrätz zum Oberbefehlshaber aller kaiserlichen Truppen, mit Ausnahme derer, welche unter Radetzky in Italien standen, ernannt. Am 20. erklärte er Wien in Belagerungszustand. Die Nationalversammlung hielt nach wie vor Sitzungen, aber ihre

Reihen waren sehr gelichtet, indem die Rechte und die meisten Böhmen die Hauptstadt nach dem 6. Oktober verlassen hatten. Auch manche der früher einflußreichsten Volksredner und Aufwiegler waren unsichtbar geworden. Dagegen hielten die meisten der in den letzten Wochen nach Wien geströmten Liberalen, unter ihnen zwei Mitglieder des deutschen Parlaments, Robert Blum und Julius Fröbel, unerschrocken aus, und boten dem einbrechenden Ungewitter Trotz. Der Reichsverweser machte einen Versuch, zwischen dem Hofe und der Hauptstadt zu vermitteln, indem er zwei Abgesandte aus Frankfurt, Welcker und den oldenburgischen Oberst Mosle nach Olmütz und an Windischgrätz schickte, deren Vorstellungen aber kein Gehör fanden. Am 22. Oktober berief der Kaiser den Reichstag von Wien nach Kremsier, der aber diese Einladung ablehnte, und alle von Windischgrätz getroffenen Maßregeln für ungesetzlich erklärte.

Am 23. Oktober war Wien von 80,000 Mann unter Windischgrätz, Jellachich und Auersperg umstellt. In der Stadt soll es eben so viele Bewaffnete gegeben haben, denen es aber an einer einheitlichen Leitung fehlte, wovon bei einem Massenkampfe alles abhängt. Auch wäre eine lange Vertheidigung der Hauptstadt, da das Land umher ruhig blieb, selbst bei der besten Führung, unmöglich gewesen. Denn jede Revolution, die sich nicht ausbreiten kann, muß in sich selbst zusammenstürzen, und die Bewegung in Wien würde, auch ohne äußeren Angriff, da sie isolirt blieb, in kurzer Zeit still gestanden und auseinander gefallen sein. Doch wehrten die Wiener sich eine Zeit lang muthig und machten den Truppen jeden Fuß breit streitig. An der Spitze der Vertheidigung stand Messenhauser, ein ehemaliger österreichischer Officier und Schriftsteller, der persönlich unerschrocken, aber ohne militairisches Talent war, und sich in einer leeren Rhetorik, in der Abfassung von Reden und Proklamationen übermäßig gefiel. Die aktivste Rolle bei dem Kampfe war dem kühnen General Bem*) übertragen, der die äußeren Linien gegen den Andrang des Feindes behaupten sollte. Ein anderer Pole, der Oberst Jelowicki, war über die Artillerie gesetzt. Die Barrikaden waren methodisch angelegt worden, doch boten die Vertheidigungswerke gegen regulaire Truppen immer nur einen sehr ungenügenden Schutz dar. Ungeachtet der hartnäckigen Vertheidigung drangen die Kaiserlichen mit Hülfe ihrer zahlreichen Artillerie am 29. Oktober bis zu dem Glacis vor, welches die innere Stadt von den Vorstädten

*) Siehe Bd. XVII. S. 400.

trennt. Messenhauser erklärte am Abend, daß die Munition ausgegangen und eine weitere Vertheidigung unmöglich sei. Am anderen Tage forderte er die Nationalgarde und die übrigen Korps zur Niederlegung der Waffen auf. Es war dies nicht Kleinmuth, denn er wollte dadurch nicht sich selbst retten, sondern Ueberzeugung von der Vergeblichkeit des Widerstandes und Scheu vor längerem Blutvergießen. Die große Mehrheit der Bevölkerung war schon zur Beendigung des Kampfes und Unterwerfung unter die von Windischgrätz gestellten Bedingungen geneigt, als am Nachmittage vom Stephansthurme aus die Annäherung einer magyarischen Armee bemerkt wurde, die unter General Moga die Grenze überschritten hatte. Sogleich griff ein Theil der Wiener wieder zu den Waffen. Aber Moga hatte entweder nicht den Auftrag, der bedrängten Stadt zu Hülfe zu kommen, oder zweifelte an einem glücklichen Ausgang, denn er trat nach einer kurzen Kanonade den Rückzug an. Jetzt erhob in der unglücklichen Stadt die Anarchie das Haupt, und ein Theil des bewaffneten Proletariats begann zu plündern. Am 31. Oktober schossen die Kaiserlichen das Burgthor zusammen, nahmen die letzten Barrikaden und drangen unaufhaltsam in das Innere der Stadt vor. Aller Widerstand hörte auf. Am 1. November hatte Wien ein vollkommen verändertes Ansehen angenommen. Die Nationalgarde, die Freikorps, die akademische Legion waren verschwunden. Das Lokal des Reichstags ward geschlossen, und der Reichstag mußte jetzt sich der Uebersiedelung nach Kremsier fügen. Nach beendigtem Kampfe begann aber eine Blutarbeit von anderer Art, nämlich die Hinrichtung derer unter den Besiegten, die besonders schuldig waren, oder den Siegern als solche erschienen. In erster Reihe unter diesen stand Robert Blum, der, wie Fröbel, an der Vertheidigung Wien's persönlichen Antheil genommen, und, sich zu sehr auf seine Eigenschaft als Mitglied des deutschen Parlaments verlassend, es verabsäumt hatte, sich zur rechten Zeit in Sicherheit zu setzen und nach Windischgrätz Einzuge in Wien geblieben war. Blum und Fröbel wurden verhaftet, Fröbel, obgleich er sich ganz in demselben Falle befand, entlassen, Blum aber am 9. November in der Brigittenau erschossen. Messenhauser, der sich freiwillig stellte, erlitt denselben Tod, obgleich er in seiner Eigenschaft als Oberkommandant von dem Ministerium anerkannt worden war. Der Finanzminister Krauß hatte zu den Kosten der Vertheidigung aus dem Staatsschatz beigesteuert, ohne daß er später von Seiten des Hofes darüber zur Verantwortung gezogen worden wäre. Einige unter den Ministern haben damals ohne Zweifel eine Doppelrolle gespielt, und

sind im Geheimen mit dem Hofe verbunden gewesen, während sie scheinbar mit der Nationalversammlung und dem Gemeinderath gingen. In den nächsten Wochen nach der Einnahme wurden in bunter Reihe Schriftsteller, Führer von Freikorps, Nationalgarden und desertirte Soldaten, Einheimische und Fremde, hingerichtet. Für dasselbe Vergehen traf den einen der Tod, den anderen völlige Begnadigung; derselbe Grund, der für den einen eine Milderung der Strafe herbeiführte, diente bei dem anderen zu einer Verschärfung derselben; in den meisten Fällen entschieden persönliche Gründe oder der Zufall. Der schrankenloseste Militairdespotismus ward in Wien eingeführt und lange Zeit über aufrecht erhalten. Eine dumpfe Verzweiflung bemächtigte sich der heitersten Stadt Deutschland's. Aber in dieser Epoche und unter den Eindrücken, die sie zurückließ, verschwand das patriarchische Verhältniß zwischen den Regierendeu und den Regierten, das ein Ausdruck der Unmündigkeit und Unfreiheit der letzteren gewesen war, und an die Stelle des gedankenlos sinnlichen Lebens, das dort seinen Hauptsitz in Europa gehabt hatte, trat in dem österreichischen Volke das Streben nach Selbstbestimmung, Freiheit und Recht, das ohne jene unglückliche Katastrophe noch lange geschlummert haben würde.

---

3. Italien von dem Aufstande in Sicilien im Jahre 1848 bis zu der Rückkehr Pius IX. nach Rom im April 1850.

Nachdem die Erhebung des italienischen Liberalismus in einem Theile des Kirchenstaates, in Modena und Parma durch österreichische Waffengewalt besiegt worden (1831), schien für Italien jede Hoffnung auf Befreiung von dem politischen und moralischen Druck, unter dem es seufzte, jede Aussicht auf eine bessere Zukunft in eine weite trostlose Ferne hinausgerückt zu sein. Das von dem römischen Hofe den Großmächten gegebene Versprechen, Verbesserungen in der Verwaltung und Rechtspflege einzuführen, blieb unerfüllt. Im Königreich Neapel waren die nach der Unterdrückung der Revolution von 1821 eingeführten Ausnahmsgesetze auch bei wiederhergestellter äußerer Ruhe nicht beseitigt worden, und wurden, im allgemeinen schon hart genug, in den einzelnen Fällen mit äußerster Willkühr gehandhabt. In der Regierung Toskana's verläugnete sich nicht die erbliche Milde des lothringschen

Fürstenhauses, aber der politische Stillstand, der ganz Italien auferlegt war, machte sich auch dort geltend. In dem Lombardo-Venetianischen hatten bei der großen Militairmacht, die Oesterreich daselbst hielt, keine offenen Ausbrüche der Unzufriedenheit statt gefunden, gleichwohl nahm der geistige Druck, die polizeiliche Ueberwachung mit jedem Jahr zu, und schien es darauf angelegt zu haben, die Bevölkerung durch Fesselung jeder freien Regung, auf dem Gebiet der Litteratur wie auf dem der Politik, an den Zustand einer dumpfen Bewußtlosigkeit gewöhnen zu wollen. Dagegen wehrte sich der ungeachtet seiner beweglichen Oberfläche feste und ausdauernde italienische Volksgeist mit den einzigen Waffen, die ihm zu Gebot standen, indem er den leidenschaftlichen Haß gegen die fremde Herrschaft in sich nicht erlöschen ließ, und durch Verschwörungen und geheime Gesellschaften den Gedanken an Widerstand wach erhielt. Viele ausgezeichnete Italiener hatten in Folge der Ereignisse von 1821 und 1831 in das Ausland fliehen müssen, oder sich freiwillig dahin gewandt. Dieselben bildeten in Frankreich, England, Belgien, der Schweiz, politische Kreise, die mit den Gesinnungsgenossen in der Heimath in enge Verbindung traten, und durch Wort und Schrift das Feuer der Unzufriedenheit geschäftig anschürten. Unter ihnen that sich bald ein junger Genueser, Joseph Mazzini, hervor, der London zum Mittelpunkt seiner Wirksamkeit machte, und von dort durch Stiftung eines Geheimbundes, das junge Italien genannt, allmälig eine zahlreiche Partei in ganz Italien an sich zu fesseln wußte, deren Mitglieder sich auf seinen Wink, wie das Schicksal der Brüder Bandiera und vieler anderen weniger bekannten beweist, jeden Augenblick in die verzweifeltsten Unternehmungen zu stürzen bereit waren.

Alle Regungen des italienischen Liberalismus würden es jedoch nicht weiter als zu dunkeln Verschwörungen und vereinzelten Aufstandsversuchen gebracht haben, hätte es nicht in Italien einen Staat wie Sardinien gegeben, dem es gelungen war, sich von dem Einflusse Oesterreich's freier als die übrigen Regierungen der Halbinsel zu halten. Das Haus Savoyen und die sardinische Armee konnten der nationalen Partei eine materielle Stütze bieten, ohne welche jede gegen den inneren und äußeren Druck gerichtete Bewegung sogleich besiegt werden mußte. Dort war vorhanden was sonst überall in Italien fehlte: ein Herrscherhaus, das, wenn auch ursprünglich fremd, seit vierhundert Jahren italienisch geworden war, ein tapferes Heer, eine erbliche Eifersucht auf Oesterreich, und die Neigung sich auf Kosten desselben zu vergrößern. Allerdings war Sardinien auf sich allein gewiesen zu einem Kampfe mit

dem mächtigen Oesterreich zu schwach, es konnte aber bei einer nationalen Erhebung den Kern derselben bilden, und, von seiner Lage begünstigt, sich mit Frankreich verbünden, wie dies in früheren Zeiten schon mehrmals der Fall gewesen war. Die beiden letzten Könige aus der älteren Linie des savoyischen Hauses theilten mit Oesterreich den Haß gegen die liberalen Ideen, waren aber deshalb nicht wie die übrigen italienischen Fürsten geneigt, sich unter den Schutz dieser Macht zu stellen, und behielten vor allem die Unabhängigkeit ihres Landes im Auge. Es erhellt aus diplomatischen Schriftstücken und Korrespondenzen, die lange geheim geblieben, und erst in der letzten Zeit ans Licht getreten, daß selbst für reaktionair geltende sardinische Staatsmänner vor dem Einfluß Oesterreich's warnten, und sogar die Annäherung an die revolutionaire Partei anriethen, wenn dies zur Sicherung der europäischen Stellung Sardinien's und seiner Selbstständigkeit gegen Oesterreich nöthig werden sollte. Es war diese Auffassung der Verhältnisse allerdings mehr aus dynastischen als patriotischen Beweggründen entstanden, aber es schien weit blickenden Geistern schon wenige Jahre nach dem Sturze Napoleon's nicht unwahrscheinlich, daß eine Zeit kommen könnte, wo die besonderen sardinischen Interessen mit den allgemeinen italienischen zusammenfallen würden. Karl Albert, der erste König aus der jüngeren Linie der Carignan, hatte als Kronerbe die Revolution von 1821 im Stich gelassen, und war nach seiner Thronbesteigung gegen revolutionaire Umtriebe schonungslos eingeschritten, hatte aber immer an der traditionellen Politik seines Hauses gegen Oesterreich festgehalten, und nie den Gedanken an die Möglichkeit eines nationalen Aufschwunges Italien's und dessen Unterstützung von Seite Sardinien's aufgegeben, sobald die Lage Europa's dazu eine Aussicht bieten würde. Karl Albert suchte vor allem sein Heer so schlagfertig als möglich zu machen, stellte dann, als die revolutionaire Gährung im Innern erloschen schien, viele Mißbräuche in den öffentlichen Einrichtungen ab, schloß im November 1847 mit Rom und Toscana einen Zollvertrag, und trat, ohne seinem Volke eine eigentliche Verfassung zu verleihen, als ein Reformator auf. Die liberale Partei in Italien glaubte, daß er bei günstiger Gelegenheit noch mehr thun werde, und diese Erwartung bestärkte ihn in seinen Absichten. Aber auch Erscheinungen von mehr ideeller Natur kamen hinzu, um die Aufmerksamkeit Italien's und selbst des Auslandes auf Piemont zu lenken. Silvio Pellico, der berühmteste unter denen, welche für die nationale Idee in den österreichischen Kerkern gelitten, war ein Piemontese; der Philosoph Gioberti und der Historiker Cäsar

Balbo, die durch ihre Schriften ganz Italien begeisterten, gehörten Piemont an. Ausgezeichnete Talente auf dem Gebiet der Wissenschaft und Litteratur, die in den übrigen Staaten der Halbinsel nicht gelitten wurden, fanden in Turin eine Zuflucht. Da die Litteratur auf ein so geistvolles Volk wie das italienische immer einen großen Einfluß ausgeübt hat, so war es kein geringer Vortheil für Piemont, daß es der Sitz einer neuen litterarischen Schule wurde, die zugleich mit den nationalen Bestrebungen in Verbindung stand, ja sie recht eigentlich zu ihrem Inhalt machte.

Der erste Anstoß zu der großen Bewegung, von der Italien wenige Jahre nachher ergriffen wurde, sollte aber von einer Seite ausgehen, von der man es am wenigsten erwartet hatte. Der kirchlich und politisch starre, den Jesuiten und Oesterreich ergebene Pabst Gregor XVI. war am 1. Juni 1846 gestorben, und hatte zu seinem Nachfolger den Kardinal Mastai-Ferretti, der den Namen Pius IX. annahm. Der neue Pabst schlug eine von seinem Vorgänger ganz verschiedene Richtung ein. Er erließ eine Amnestie für alle politischen Vergehen, rief die Verbannten zurück, gab ihnen ihre eingezogenen Güter zurück, gewährte der Presse mehr Spielraum, bereitete nützliche Veränderungen in der Verwaltung vor, legte Empfänglichkeit für freisinnige und volksthümliche Einrichtungen an den Tag, und rief dadurch in Italien eine Theilnahme für sich hervor, von der bald ganz Europa ergriffen wurde. Diese seit sehr langer Zeit an einem Pabst nicht mehr gesehene Gesinnung brachte die nationale Partei auf den Gedanken, Pius IX. an die Spitze eines italienischen Staatenbundes zu stellen, um auf diese Art Oesterreich den bisher von ihm ausgeübten Einfluß zu entreißen. Da dies aber nicht ohne einen harten Kampf geschehen konnte, für den sich weder die kirchliche Stellung noch die militairische Schwäche des Beherrschers des Kirchenstaates eignete, so richteten sich die Blicke der italienischen Liberalen, nachdem die erste Begeisterung über Pius IX. glückliche Anfänge einer nüchternen Erwägung der Verhältnisse Platz gemacht hatte, wieder nach Turin, wo allein neben dem Willen auch die Macht vorhanden war, für die Befreiung Italien's von der fremden Herrschaft mit den Waffen einzutreten.

Den größten Druck, mehr noch als selbst im Kirchenstaat unter Gregor XVI., übte die neapolitanische Regierung und dies besonders in Sicilien aus, wo der weniger italienisch als lokal sicilianische Patriotismus die herrschenden Uebelstände am ungeduldigsten ertrug. Sicilien hatte unter Ferdinand II. alle seine früheren Rechte verloren und war

zu einer bloßen Provinz von Neapel herabgesetzt worden. Es herrschte schon seit einiger Zeit eine Gährung auf der Insel, die am 12. Januar in Palermo in einen offenen Aufstand ausbrach. Die Stadt wurde bombardirt, blieb aber standhaft, erhielt Zuzug vom Lande her, und zwang endlich die Besatzung sich nach Neapel einzuschiffen. Der glückliche Erfolg der sicilianischen Erhebung wirkte auf Neapel zurück, wo der König am 29. Januar eine Verfassung nach französischem Muster versprach, die am 10. Februar bekannt gemacht wurde, und ein liberales Ministerium ernannte. Diese Verfassung ward aber von Sicilien, das von der Erinnerung an seine frühere Selbstständigkeit nicht lassen wollte, abgelehnt, was später zu einem brudermörderischen Kriege zwischen den beiden Völkern führte, in Folge dessen beide unter das alte Joch zurückfielen. Die Ereignisse in Sicilien und Neapel machten in Turin großen Eindruck, wo der König am 8. Februar als Ergänzung der bisherigen Reformen eine Verfassung gab, das Statut genannt, die alle wesentlichen Forderungen des modernen Freiheitsbegriffs erfüllte. Am 17. Februar betrat der Großherzog Leopold II. von Toskana dieselbe Bahn. Auch Rom wurde jetzt von der gesteigerten Bewegung ergriffen. Pius IX. hatte sich schon dazu verstanden, auch Layen in das Ministerium eintreten zu lassen, als Bologna mit der Bitte um eine Verfassung voranging, über die von einer Kommission von Kardinälen und Prälaten berathen wurde, als die Kunde von der Februarrevolution nach Rom gelangte. Am 14. März erließ der Pabst das „Fundamentalstatut für die weltliche Regierung des Kirchenstaates", das sich nur dadurch von anderen Verfassungswerken unterschied, daß neben den zwei Kammern das Kardinalskollegium als ein geheimer Staatsrath des Pabstes, und zwar unverantwortlich, bestehen blieb. Die inneren Widersprüche, an denen diese römische Konstitution litt, die zwei so unvereinbare Gegensätze, wie Theokratie und Konstitutionalismus, unter demselben Dach friedlich zusammenbringen wollte, hätten nur durch die größte gegenseitige Mäßigung und Versöhnlichkeit gelöst werden können. Daran war aber bei dem Charakter des Volks und dem Geist der Epoche nicht zu denken.

Der entscheidende Schlag für Italien konnte jedoch nicht in Turin, Florenz oder Neapel, sondern mußte in Mailand fallen, der berühmtesten Stadt Norditalien's, wo Despotismus und Fremdherrschaft sich vereinigten, um den Haß aller Klassen der Bevölkerung gegen sich zu entflammen. Schon von Anfang Januar an war es zwischen dem

österreichischen Militair und der einheimischen Jugend zu nicht selten blutigen Streitigkeiten gekommen. Als die Kunde von der Wiener Revolution in Mailand einlief, brach daselbst ein Aufstand aus (18. März), an dem sich Alles, Hohe und Niedere, Geistliche und Weltliche, mittelbar oder unmittelbar betheiligten, in Folge dessen der Feldmarschall Graf Radetzky nach viertägigen Kämpfen die Stadt verließ, die in der Lombardei zerstreut liegenden österreichischen Besatzungen so schnell als möglich an sich zog, und zwischen Mantua, Peschiera und Verona eine von allen Seiten gedeckte Stellung nahm. Radetzky würde Mailand länger gehalten haben, oder wenigstens in dessen Nähe stehen geblieben sein, wenn er nicht vernommen hätte, daß ein sardinisches Heer gegen die lombardische Hauptstadt heranzog. Karl Albert überschritt die österreichische Grenze ohne Kriegserklärung, blos mit einer Proklamation an seine Armee, indem er sich zum Befreier Italien's erklärte. Fast zu derselben Zeit ging durch die Schwäche und Kopflosigkeit der österreichischen Generale Palffy und Zichy Venedig für Oesterreich verloren, wo der bei der Bevölkerung sehr beliebte Advokat Daniel Manin die Republik ausrief und sich an deren Spitze stellte. Nach einundfunfzigjährigem Schweigen war wieder in der Lagunenstadt von dem heiligen Markus als dem Symbol der nationalen Unabhängigkeit die Rede. Radetzky befand sich im Anfange der Bewegung in einer übeln Lage, indem er sich mitten in einer aufgestandenen Provinz von einem feindlichen Heer bedroht sah, und bei den anarchischen Zuständen in Wien eine Zeit lang ohne Verhaltungsbefehle, ohne Geld und Verstärkung blieb. Zu Radetzky's Glück war Karl Albert zwar persönlich tapfer, aber kein Heerführer, und auf ausgezeichnetes militairisches Verdienst unter seinen Generalen eifersüchtig, so daß er grade den Befähigsten am ungernsten Gelegenheit sich hervorzuthun gab. Wäre der König von Sardinien mit seiner ganzen anfänglich überlegenen Macht schnell über Radetzky hergefallen, so würde er ihn wahrscheinlich zur Räumung des Landes gezwungen haben. Aber er hoffte die Lombardei durch Unterhandlungen zu gewinnen, und seine Streitkräfte für weitere Unternehmungen unversehrt zu erhalten. Er wurde von den Lombarden wenig unterstützt, die höchstens 8000 einigermaßen schlagfertige Freiwillige zusammenbrachten, und fühlte sich von der unter dem Einfluß Mazzini's in Mittelitalien um sich greifenden republikanischen Agitation bedroht. Er ordnete deshalb keine allgemeine Volksbewaffnung an, weil sie sich möglicher Weise gegen ihn richten konnte. Unthätig standen sich die

österreichischen und sardinischen Truppen an der Etsch eine Zeit lang gegenüber, indem Radetzky Verstärkungen erwartete, und Karl Albert, ungewissen Sinnes, zu keinem Entschluß kommen konnte.

In Sicilien hatte sich eine provisorische Regierung gebildet, das sicilianische Parlament war nach der Verfassung von 1812 einberufen und von Ferdinand II. anerkannt worden. Die Pariser Februarrevolution hatte zu diesem Entschluß des Königs von Neapel beigetragen. Die Leiter der sicilianischen Bewegung gingen aber jetzt weiter, und räumten zwischen Neapel und Sicilien nur eine Personalunion ein, dergestalt, daß Sicilien nicht nur ein eigenes Ministerium, sondern auch ein besonderes Heer und besondere Finanzen besitzen sollte. Das Verhältniß Schweden's zu Norwegen leuchtete den sicilianischen Patrioten als Muster vor. Diese Forderung ward von Ferdinand II. verworfen, und die englische Vermittelung unter Lord Minto war nicht im Stande, den Kampf zwischen Neapel und Sicilien zu verhindern. Die Nachricht von der Wiener Revolution brachte in Rom eine große Aufregung hervor. Das österreichische Wappen wurde von dem Gesandtschaftspalais abgerissen, und Pius IX. mußte genehmigen, daß ein päbstliches Truppenkorps und eine Schaar Freiwilliger, zusammen 17,000 Mann stark, unter dem General Durando und dem Oberst Ferrari nach dem Norden gegen die Oesterreicher zogen. Ein Korps von 7000 Toskanern unter General Laugier schloß sich der sardinischen Armee an. Am 7. April wurde Ferdinand II. gezwungen, Krieg an Oesterreich zu erklären, und 13,000 Neapolitaner unter dem greisen Freiheitskämpfer Wilhelm Pepe, setzten sich nach Norditalien gegen die Oesterreicher in Bewegung.

Unterdessen hatte Radetzky seine Truppen mit der Kraft und Zuversicht erfüllt, die ihn selbst belebte, und war auch durch Latour's Sorgfalt mit frischer Mannschaft aus dem Innern Oesterreich's verstärkt worden. Karl Albert hatte die beste Gelegenheit, den Feind zu schlagen, versäumt. Als er endlich am 9. Mai einen allgemeinen Angriff auf die österreichischen Linien bei Santa Lucia unternahm, scheiterte derselbe an dem unerschütterlichen Widerstande und der vortheilhaften Stellung der Oesterreicher. Am 29. Mai wurde die toskanische Division unter Laugier fast ganz aufgerieben, wobei die Freischaar der Pisaner Studenten, unter ihnen der Professor Pilla, nach tapferer Gegenwehr einen ruhmvollen Untergang fand. Dagegen siegten die Sardinier am 30. Mai bei Goito, wo der Fürst Felix Schwarzenberg, vorher österreichischer Gesandter in Neapel, sich persönlich hervorthat und verwundet wurde. An der Spitze eines ausgesuchten Korps von Frei=

willigen, die Alpenjäger genannt, that sich Joseph Garibaldi*) hervor, der den Oesterreichern am Fuß der Alpen jeden Schritt streitig machte, sie im Rücken unaufhörlich beunruhigte, ihre vereinzelten Abtheilungen unerwartet überfiel, und wenn größere Massen erschienen, eben so plötzlich verschwunden war. Garibaldi legte damals durch seine kühnen Märsche, seine persönliche Tapferkeit, und die begeisternde Einwirkung auf seine Umgebungen den ersten Grund zu dem großen Namen, den er später erlangen sollte. Der österreichische Hof, der sich zur Zeit in Innsbruck befand, war vornehmlich auf Veranlassung des englischen Gesandten, Lord Ponsonby, zu Unterhandlungen mit Karl Albert und der Abtretung der Lombardei geneigt, und befahl Radetzky bei den Sardiniern auf einen Waffenstillstand anzutragen. Der tapfere Feldmarschall, dessen Hoffnung auf endlichen Sieg durch die nachdrucklose Kriegsführung des Feindes und den Mangel an Einheit in der italienischen Revolution erhöht wurde, schickte Schwarzenberg nach Innsbruck, um zur ununterbrochenen Fortsetzung des Kampfes zu rathen und drang mit seiner Meinung durch. Das Kriegsglück wechselte noch dann und wann, obgleich es im Ganzen sich immer mehr auf Seite der Oesterreicher neigte. Peschiera mußte sich an die Sardinier ergeben, aber Durando ward gezwungen, Vicenza zu räumen. Am 25. Juli stieß Radetzky bei Custozza auf die Sardinier, die nach tapferem Widerstand unterlagen. Gleichzeitig war der General Haynau mit der österreichischen Reserve von Verona aufgebrochen und griff die Sardinier bei Sommacampagna an, wo der zweite Sohn Karl Albert's, der Herzog von Genua, sich durch seine Unerschrockenheit im dichtesten Kugelregen auszeichnete, aber zuletzt geschlagen wurde. Am 27. Juli wollte Karl Albert bei Volta Stand halten, ward aber auch hier zum Rückzug gezwungen. Die sardinischen Truppen fochten, besonders in der letzten Zeit, mit verzweifelter Tapferkeit, und brachten den Oesterreichern bei mehren Gelegenheiten große Verluste bei, aber es war kein Zusammenhang in ihren Bewegungen, keine Rechtzeitigkeit in den Angriffen, wodurch sie zuletzt immer in Nachtheil geriethen. Karl Albert war unfähig, das Ganze zu leiten, mischte sich aber doch in alles, und wollte die Ent-

---

*) Geboren 1807 in Nizza und zum Seemann erzogen, mußte 1834, in eine Militairverschwörung verwickelt, sein Vaterland verlassen, und ging nach Südamerika, wo er sich in den dortigen Kriegen, namentlich im Dienst der Republik Uruguay, an der Spitze einer italienischen Legion auszeichnete. Im April 1848 landete er mit einer Anzahl von Freunden und Gesinnungsgenossen in Nizza, um an dem Kampf gegen Oesterreich Theil zu nehmen.

scheidung keinem anderen überlassen. Er setzte seine Person im Gefecht oft so rücksichtslos aus, daß es aussah, als wolle er lieber sterben als siegen. Radetzky war den weichenden Sardiniern mit reißender Schnelligkeit nachgerückt, überwältigte den letzten Widerstand, den sie am 5. August versuchten, und zog am folgenden Tage in Mailand ein, das von den Vornehmen und Reichen schon verlassen war, denen jetzt auch ganze Massen niederen Volkes folgten. Karl Albert hatte bei all' seinem Heldenmuth durch seine von Anfang an planlose und zuletzt unglückliche Kriegsführung, sich den Verdacht des Verrathes zugezogen, und sein Leben war während der letzten Nacht, die er in Mailand zubrachte, von der Partei der exaltirten Demokraten bedroht gewesen. Am 9. August wurde von österreichischen und sardinischen Bevollmächtigten ein Waffenstillstand auf sechs Wochen geschlossen, der nach Ablauf dieser Frist entweder mit gemeinsamer Uebereinstimmung verlängert, oder acht Tage vor Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gekündigt werden sollte. Modena und Parma sollten von den sardinischen Truppen geräumt und die sardinische Flotte aus den venetianischen Gewässern zurückgezogen werden. Die Lombardei war jetzt von den Oesterreichern wieder erobert, und in Venedig, wo Karl Albert am 4. Juli zum König ausgerufen worden, stellte Manin, nachdem ihm Kunde von dem Waffenstillstand zugekommen, die Republik wieder her.

Die Erfolge der österreichischen Waffen in Oberitalien übten auf das Schicksal Mittel- und Süditalien's einen alsbald fühlbaren und zuletzt entscheidenden Einfluß aus. Die Wahlen für das neapolitanische Parlament waren im April ohne Störung, aber auch ohne lebendige Theilnahme des Volks vollzogen worden. Geistlichkeit und Adel waren dem konstitutionellen System entgegen, das die bisherigen Vortheile ihrer Stellung zu schmälern drohte. Die unteren Klassen, in den Städten an Müssiggang und Zügellosigkeit gewöhnt, auf dem Lande in Aberglauben und Unwissenheit versunken, widerstrebten jeder politischen Reform, die ihnen von den Priestern als eine Gefahr für die Religion dargestellt wurde. Einen gebildeten und freisinnigen Mittelstand gab es nur in Neapel und einigen anderen größeren Städten. Derselbe war begierig nach neuen Ideen und innerlich empört über das auf ihm seit so langer Zeit lastende Joch, aber ohne politische Reife, ohne Kraft des Charakters, im höchsten Grade beweglich und den verderblichsten Rathschlägen zugänglich, wenn sie seinen Leidenschaften schmeichelten. Die von Ferdinand II. am 10. Februar bekannt gemachte Verfassung war von den mittleren Klassen der hauptstädtischen Bevölkerung mit Begei-

sierung aufgenommen worden. Besonders die Jugend wollte in der neuen Konstitution ein Heilmittel für alle staatlichen Uebelstände erkennen, und sah deren Abstellung mit Ungeduld entgegen. Es gab in Neapel wie überall in Italien, außer der konstitutionellen, eine nicht zahlreiche, aber rührige republikanische Partei, die der Druck des Despotismus von selbst ins Leben gerufen hatte, der die gemachten Zugeständnisse nicht genügten, und welche dieselben zum Umsturz der Monarchie anzuwenden dachte. Es war außerdem in Neapel eine Menge politischer Abentheurer und Glücksjäger, einheimische wie fremde, vorhanden, die hofften aus einer gewaltsamen Veränderung Vortheil ziehen zu können, und, auf die Pariser Februarrevolution hinweisend, die leichtgläubige Jugend zu überreden suchten, daß die Einführung der Republik auch in Neapel leicht sein würde. Der Reaktion, die das Ohr des Königs besaß, entgingen diese Umtriebe nicht. Sie machte Ferdinand II. auf die Gefahren aufmerksam, von denen sein Thron bedroht sei, und stellte ihm vor, wie gering die Anzahl der entschiedenen Anhänger der Verfassung sei. Die Armee war gegen die neue Ordnung der Dinge eingenommen worden, die nur in der Nationlgarde eine bewaffnete Stütze besaß. Ferdinand II. hatte am 6. April ein Ministerium unter dem Vorsitz des Historikers Troja eingesetzt und das Programm desselben angenommen, nach welchem es dem neapolitanischen Parlament frei stehen sollte, die Verfassung vom 10. Februar zu modificiren und zu reformiren. Ferdinand wollte dies Recht nicht mehr anerkennen, ein Theil der Deputirtenkammer ihm aber nur unter diesem Vorbehalt den Eid der Treue leisten. Es kam am 14. Mai zwischen den beiden Parteien, die sich in der Hauptstadt gegenüberstanden, den Reaktionairen und den Demokraten, zu einem Tumult, bei dem gegenseitig Drohungen ausgestoßen und Barrikaden gebaut wurden. Aber am 15. Mai, dem Tage, an welchem die Kammern eröffnet werden sollten, brach ein offner Kampf aus, in welchem der König vornehmlich durch die Tapferkeit der in seinem Dienst stehenden Schweizer die Oberhand behielt. Die Lazzaronen schlugen sich, wie immer bei ähnlichen Gelegenheiten, auf Seite des Stärkeren. Die Soldaten mordeten, der Pöbel plünderte und es wurden viele Gräuel auch an Wehrlosen verübt. Die demokratische Partei hatte alles, was sie seit dem Januar gewonnen, auf einen Wurf gesetzt und ihr Spiel verloren. Der König ließ die Nationalgarde entwaffnen, von der kaum der zehnte Theil sich auf den Barrikaden gezeigt hatte. Unter dem Einfluß des Schreckens stehend, von dem im Frühjahr 1848 so viele Machthaber erfüllt gewesen, hatte er sich zur Beob-

achtung der Verfassung geneigt gezeigt, aber zum Kampfe herausgefordert und Sieger geblieben, hielt er sich an seine Versprechungen nicht mehr gebunden, und begann von jetzt an mit noch mehr Härte und Willkühr als vorher zu regieren. Der 15. Mai führte über Neapel neues Elend herauf und gab der italienischen Unabhängigkeit einen harten Stoß. Das neapolitanische Hülfskorps, das unter Wilhelm Pepe nach Norditalien gezogen, erhielt den Befehl zu schleuniger Rückkehr nach der Heimath. Pepe verweigerte den Gehorsam, und wandte sich mit 1500 Mann nach Venedig, bei dessen Vertheidigung er sich auszeichnete. Beinahe 12,000 wohleingeübte neapolitanische Soldaten fehlten dem König Albert auf den Schlachtfeldern der Lombardei, die jedenfalls einiges Gewicht in die Wagschale der Entscheidung hätten werfen können.

In Rom nahm die herrschende Partei keine Rücksicht auf die eigenthümliche Stellung des Pabstes, die ihm nicht erlaubte die theokratischen Institutionen den konstitutionellen Principien vollkommen unterzuordnen. Anstatt hierin einen Mittelweg einzuschlagen, der es Pius IX. möglich gemacht hätte, der nationalen Bewegung sich anzuschließen, ohne seine kirchlichen Pflichten zu verletzen, schien man ihm unkluger Weise den Widerspruch in seiner Lage recht fühlbar machen und ihn mit Gewalt in das entgegengesetzte Lager treiben zu wollen. Nachdem Pius IX. sich lange vergeblich nach einem geschickten und zuverlässigen Manne umgesehen hatte, dem er die Leitung der weltlichen Angelegenheiten seines Landes übertragen konnte, glaubte er einen solchen an dem bis zum 24. Februar in Rom beglaubigt gewesenen französischen Botschafter, Pellegrino Rossi, 1846 von Ludwig Philipp zum Grafen ernannt, gefunden zu haben. Rossi, der 1815 seiner politischen Meinungen wegen Italien verlassen mußte, und lange Jahre in Genf als Professor, Rechtsanwalt und Schriftsteller gelebt hatte, ist einer der ausgezeichnetsten Italiener der neuesten Zeit gewesen. Durch mehre einflußreiche Freunde, wie Guizot und den Herzog von Broglie, nach Paris auf einen Lehrstuhl für konstitutionelles Recht berufen, erwarb er sich auch dort so großen Ruf, daß er Mitglied des Instituts, Pair von Frankreich und zuletzt Gesandter am päbstlichen Hofe wurde. Er war nach der Februarrevolution in Rom geblieben, und fand jetzt Gelegenheit seine seltenen Talente der Sache seines angestammten Vaterlandes zu widmen. Rossi's Idee war das konstitutionelle System im Kirchenstaat mit Berücksichtigung des besonderen geistlichen Charakters seines Souverains einzuführen, einen italienischen Staatenbund zu gründen, und den Pabst an dessen Spitze zu stellen. Kaum war er seit einigen Wochen Minister

Pius IX., so machte sich seine belebende Thätigkeit in allen Richtungen geltend. Er ergriff die Zügel mit fester Hand und wollte vor allem Ruhe und Ordnung, um eine Grundlage für Verwirklichung seiner weiteren Plane zu gewinnen. Dies zog ihm aber den tödtlichen Haß der anarchischen Partei in Rom zu, die alles in Verwirrung zu setzen dachte, um aus dem Chaos eine vermeintlich neue Schöpfung hervorgehen zu lassen. Rossi wurde am 15. November, als er sich, ungeachtet der ihm zugegangenen Warnungen, unerschrocken in eine Sitzung der Deputirten begeben wollte, auf der Treppe, die dahin führte, von einem Dolchstich getroffen und blieb auf der Stelle todt. Pius IX., seiner kräftigsten Stütze beraubt, von persönlichen Gefahren, von Aufruhr und Mord bedroht, verließ heimlich Rom (25. November) und begab sich nach Gaeta, wo der König von Neapel ihm eine ehrenvolle Zuflucht gewährte. Der Großherzog von Toskana wäre bei der größeren Einfachheit seiner Stellung noch geneigter als der Pabst zur Anerkennung des konstitutionellen Systems gewesen, aber auch ihm ward es unmöglich gemacht. Nachdem die toskanischen Demagogen so freisinnige Staatsmänner wie Ridolfi und seine Kollegen, die aber nur das Erreichbare und Mögliche anstrebten, gestürzt hatten, mußte sich Leopold II. das Ministerium Guerazzi aufdringen lassen, das offen auf die Republik lossteuerte. In Rom war nach der Flucht Pius IX. Mazzini und sein Anhang zur Herrschaft gekommen, zu dem auch Fürst Karl von Canino, ein Sohn Lucian Bonaparte's und Neffe Napoleon I. gehörte. Es wurde nach Rom eine verfassunggebende Versammlung berufen, die am 5. Februar (1849) die weltliche Macht des Pabstthums für aufgehoben erklärte und die republikanische Staatsform einführte. Der Rückschlag auf Toskana war für den Augenblick unwiderstehlich. Der Großherzog verließ sein Land (21. Februar 1849), wo die Republik proklamirt und Guerazzi an deren Spitze gestellt wurde. In Gaeta traf Leopold II. mit Pius IX. zusammen, die jetzt beide für eine Zeit lang Schützlinge des Königs von Neapel wurden.

Ferdinand II. hatte den Beschluß des sicilianischen Parlaments, daß zwischen Neapel und Sicilien künftig nur eine Personalunion bestehen sollte, verworfen, und war darin von der großen Mehrheit des neapolitanischen Volks, das sich zu Sicilien wie England zu Irland, aber mit noch weniger Fug und Recht, stellte, bestärkt worden. Da wurde am 13. April (1848) der König von Neapel von beiden sicilianischen Kammern einstimmig der sicilianischen Krone für verlustig erklärt, und die Wahl eines anderen italienischen Fürsten auf den erledig-

ten Thron in Aussicht gestellt. Dieser Beschluß wurde auf der ganzen Insel mit Begeisterung wiederholt. Verschiedene Kandidaten wurden in Ferdinand II. Stelle vorgeschlagen, bis am 11. Juli der Herzog von Genua, zweiter Sohn Karl Albert's, von dem Parlament zum König von Sicilien gewählt wurde. England hatte bei der sicilianischen Bewegung von Anfang an seine Hand im Spiel gehabt. Es wollte die Trennung Sicilien's von Neapel, um seinen auf der Insel bis 1815 ausgeübten Einfluß wieder zu gewinnen. Aus demselben Grunde war aber Frankreich der Trennung entgegen, indem es besorgte, daß Sicilien für England ein anderes Portugal werden könnte. Der zwar noch nicht sehr zahlreichen, aber überall auf der Halbinsel vorhandenen Partei, die ganz Italien zu einem Reich vereinigt wissen wollte, war der Beschluß des sicilianischen Parlaments ebenfalls nicht genehm. Karl Albert nahm die Deputation, welche ihn von dem Beschluß des sicilianischen Parlaments in Betreff seines Sohnes in Kenntniß setzte, mit großer Zurückhaltung auf.

Am 1. Juli wurden die neapolitanischen Kammern eröffnet, indem Ferdinand II. sich noch nicht für stark genug hielt, um sie ganz umgehen zu können. Als aber während ihres Zusammenseins die von Radetzky in Norditalien erfochtenen Siege bekannt wurden, legte er seiner Abneigung gegen die parlamentarischen Institutionen weiter keinen Zwang an. Feindselige Kundgebungen des Militairs und des Pöbels gegen die freisinnigen Mitglieder des Parlaments wurden von oben her geduldet, und, wie man glaubte, sogar veranlaßt. Die Kammern wurden hierauf vom 5. September bis zum 3. November vertagt, ohne daß ihnen das Ministerium, welches zum Theil aus abtrünnigen Liberalen bestand, Gelegenheit zu einer heilsamen Thätigkeit gegeben hatte, für die es weder an Neigung noch an Talent fehlte. Es waren ihnen keine Vorlagen gemacht worden, um sie vor der öffentlichen Meinung als unnütz erscheinen zu lassen. An der Expedition zur Wiedereroberung Sicilien's war unterdessen mit großem Eifer gearbeitet worden. Durch Unterjochung dieser Insel sollte die Willkührherrschaft in Neapel befestigt werden. Am 6. September landete ein Korps von 8000 Neapolitanern bei Messina unter dem General Filangieri, Fürsten von Satriano, das von einer Flotte herübergeführt worden, unter der sich sechs Dampffregatten befanden, was den Neapolitanern, die auf diese Art jeden Punkt der Küste unerwartet angreifen konnten, eine große Ueberlegenheit gab. Filangieri war der Sohn des berühmten Publicisten dieses Namens, der kurz vor Ausbruch der französischen Revolution in Neapel gestorben

war. Er hatte seine militairische Ausbildung unter Murat und den Franzosen erhalten, und Napoleon's Feldzug in Rußland beigewohnt. Filangieri war ohne politische Grundsätze, und geneigt, sich jedesmal der stärkeren Macht anzuschließen, die jetzt offenbar bei Ferdinand II. war. Die französischen und englischen Kriegsschiffe, die vor Messina lagen, nahmen Flüchtlinge auf, verhielten sich aber sonst neutral. Messina wurde von der Flotte und der Citadelle, welche letztere im Besitz der Neapolitaner geblieben war, Tag und Nacht bombardirt, und nachdem der schönste Theil der Stadt zu einem Schutthaufen gemacht, erstürmt und geplündert. Die Bevölkerung hatte sich bis auf das äußerste vertheidigt. Durch Vermittelung des französischen und englischen Admirals ward, vornehmlich um Palermo vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren, zwischen Filangieri und den Sicilianern ein Waffenstillstand geschlossen. Die Sicilianer waren, wenn auch in ihrem Hasse gegen den König von Neapel und sein Regierungssystem einig, sonst in Parteien gespalten, sie hatten im Vertrauen auf fremde Hülfe verabsäumt ein regelmäßiges Heer zu bilden, und die Freikorps und Nationalgarden waren ungeachtet ihres persönlichen Muthes zu einem langdauernden Widerstande nicht geeignet. Sicilien besaß außerdem kein einziges Kriegsschiff. Das sicilianische Ministerium hatte den Polen Mieroslawski, der bei dem Aufstand im Großherzogthum Posen thätig gewesen, aus Frankreich berufen und ihm den militairischen Oberbefehl auf der Insel übergeben. Am 29. März war der Waffenstillstand abgelaufen. Zunächst wurde Taormina von den Neapolitanern genommen und verbrannt. Dann bombardirte die neapolitanische Flotte Catania, während Filangieri es von der Landseite angriff. Mieroslawski, der hier, wie überall wo er persönlich zugegen war, sich unerschrocken aussetzte, wurde verwundet und mußte besinnungslos fortgetragen werden. Die neapolitanischen Angriffskolonnen wurden von den Sicilianern geworfen, als die Schweizer anrückten und die Stadt nach einem verzweifelten Widerstand erstürmten (6. April 1849). Jetzt verloren auch die Machthaber in Palermo den Muth, und waren bereit auf die von Filangieri im Namen Ferdinand II. gemachten Vorschläge einzugehen, welche, die Lage der Dinge in Betracht gezogen, ziemlich gemäßigt waren. Aber einzelne Freikorps und ein Theil der unteren Volksklassen wollten von keiner Kapitulation hören, und glaubten, daß die Neapolitaner die eingegangenen Bedingungen nach Einnahme der Stadt nicht halten würden. Aber Filangieri überwältigte mit seiner Artillerie zuletzt jeden Widerstand und zog am 17. Mai in Palermo ein. Der Krieg war von

Seiten der Neapolitaner mit großer Unmenschlichkeit geführt worden. Viele Frauen und Kinder waren der Wuth der Soldaten erlegen, die ihren Marsch überall durch die Niederbrennung der Ortschaften bezeichneten. Filangieri wurde zum Herzog von Taormina und Statthalter der Insel ernannt. Er ordnete eine allgemeine Entwaffnung an und ließ die geringste Uebertretung der Art mit dem Tode bestrafen. Die Stille des Kirchhofes breitete sich über Sicilien aus.

Die Oesterreicher benutzten die Niederlage der Sardinier und den Waffenstillstand zur Ausbreitung ihrer Macht in Mittelitalien und zur Wiedereinsetzung der vertriebenen Fürsten. Die Herzöge von Modena und Parma kehrten in ihre Staaten zurück. Karl Albert, der die empfangene Scharte auswetzen und die von ihm so lange genährte Hoffnung, sich zum Herrn von Oberitalien zu machen, nicht aufgeben wollte, kündigte am 16. März (1849) den Waffenstillstand auf. Radetzky ging ungeachtet seines hohen Alters mit jugendlichem Feuer in den Krieg. Er war von erprobten Generalen umgeben, seine Soldaten setzten ein Vertrauen auf ihn, wie seit den Zeiten des Erzherzogs Karl kein österreichischer Feldherr mehr erregt hatte. Er besaß ein vortreffliches Material, eine zahlreiche Artillerie, die in dem Kriege auf diesem Boden, wo die Kavallerie wenig Gelegenheit zu Thaten findet, von besonderer Wirkung war. Auf sardinischer Seite stand es nicht so gut. Karl Albert war selbst kein Feldherr, und besaß zwar viele tapfere Officiere, aber niemand, dem er wenigstens zutraute, ein ganzes Heer führen zu können. Es war deshalb von ihm der Oberbefehl über seine Truppen einem Polen, Chrzanowski, übergeben worden, der sich bei der letzten Erhebung der Polen gegen die Russen durch strategisches Talent, aber nur in untergeordneter Stellung, hervorgethan hatte. Das Kommando über eine starke Division des sardinischen Heeres erhielt Romarino, ein militairischer Abentheurer, der früher unter Napoleon und 1831 unter den Polen gedient hatte. In Sardinien wurde der Krieg von einem großen Theil der Bevölkerung nicht gebilligt. Geistlichkeit und Adel waren dagegen, selbst in der Armee war keine Begeisterung für ihn vorhanden. Man glaubte im Fall des Gelingens nur den Mazzinisten und Republikanern in die Hände zu arbeiten. Mit der Verpflegung des Heeres war es schlecht bestellt. Es fehlte an Geld. Zwei große Kriege im Laufe eines Jahres zu führen, überstieg die Kräfte des Landes. Chrzanowski ließ sich von Radetzki über dessen Plane täuschen, Romarino führte die ihm gegebenen Befehle gar nicht aus; ersterer bewies wenig Berechnung und Voraussicht, letzterer scheint ein Verräther gewesen zu sein. So

kam es, daß die Sardinier bei Mortara am 21. März geworfen und am 23. bei Novara gänzlich geschlagen wurden. Sie hatten selbst nach dem Zeugniß des Feindes mit großer Tapferkeit gefochten, waren aber schlecht geführt worden. Karl Albert legte noch in der Nacht nach der Schlacht die Krone nieder und erklärte seinen ältesten Sohn, den bisherigen Herzog von Savoyen, unter dem Namen Viktor Emanuel zum König von Sardinien. Er hatte bei Novara, als der Sieg sich offenbar auf Seite der Oesterreicher neigte, den Tod gesucht, und schien verwundert zu sein, daß ihn die Kugeln verschonten. Sein Herz war von dem Fehlschlagen seiner Hoffnungen gebrochen, und sein Stolz erlaubte ihm nicht, den nothwendig gewordenen Frieden bei einem Gegner zu suchen, den er zweimal herausgefordert hatte. Er sagte seiner Gemahlin schriftlich ein ewiges Lebewohl, und begab sich, nur von zwei Dienern begleitet, durch Frankreich und Spanien nach Portugal, wo er in Oporto am 26. Juli 1849 wiederholten Schlaganfällen, im einundfunfzigsten Lebensjahre, erlag. Karl Albert besaß keine hervorragenden Talente, aber sein Charakter war nicht von gewöhnlicher Art. Indem er in einem entscheidenden Moment das Geschick Italien's mit dem seines Hauses und Landes verband, hat er seinem Dasein eine Bedeutung gegeben, die weit über dessen äußere Grenzen hinausreicht und von der Geschichte nie vergessen werden kann.

Am 24. März hatte der neue König mit Radetzky eine Zusammenkunft in einem Gehöfe nördlich von Novara, in der ein Waffenstillstand verabredet wurde, der die Einleitung zum Frieden bilden sollte. Viktor Emanuel versprach die aus lombardischen, ungarischen und polnischen Unterthanen des Kaisers Franz Joseph gebildeten Korps aufzulösen, denen andererseits eine Amnestie bewilligt wurde. Das sardinische Heer ward auf den Friedensfuß gebracht, während 17,000 Oesterreicher das piemontesische Gebiet zwischen Sessia und Po, und 3000 Oesterreicher mit eben so vielen Sardiniern Stadt und Festung Alessandria besetzten. Die Friedensunterhandlungen, die in Mailand geführt wurden, waren von großen Schwierigkeiten umgeben, und mehrmals nahe daran, abgebrochen zu werden. Oesterreich mußte aus Rücksicht auf Frankreich und England seine anfangs hochgespannten Ansprüche aufgeben und sich mit einer Kriegskontribution von 75 Mill. Franken begnügen. Die sardinischen Kammern erkannten diesen Frieden nur durch Stillschweigen an.

Die Schlacht von Novara hatte zu Brescia ein blutiges Nachspiel gehabt. Die Bevölkerung, von lange verhaltener Wuth gegen die fremde Herrschaft erfüllt, von der falschen Nachricht verführt, die Sardinier

hätten bei Novara gesiegt, fiel über die österreichische Besatzung her, und schlug die Angriffe des Generals Nugent ab, der selbst schwer verwundet wurde. Da kam der General Haynau mit 4000 Mann frischen Truppen und einer zahlreichen Artillerie herbei, und bombardirte die Stadt von außen, während sie zugleich von innen von dem Kastell aus, das im Besitz der Oesterreicher geblieben, beschossen wurde. Brescia konnte erst nach einem furchtbaren Straßenkampf, an dem selbst Frauen sich betheiligten, überwältigt werden (1. April). Gegen 300 Häuser waren in Feuer aufgegangen oder von den Bomben zerstört worden. Die Gefangenen wurden von Haynau mit einer Grausamkeit behandelt, die man vergebens zu beschönigen gesucht hat.

Die anarchische Partei, die unaufhörlich an der Revolutionirung der Volksmassen arbeitete, ohne Rücksicht darauf, daß durch dieses wüste Treiben die Regeneration Italien's unmöglich gemacht wurde, hatte nach der Schlacht von Novara in Genua einen Aufstand gegen die sardinische Regierung erregt, der von dem General Lamarmora mit Waffengewalt gedämpft werden mußte (5. April 1849). In Florenz wurde dagegen der Willkührherrschaft der Demagogen von dem bessern Theile der Bevölkerung selbst, ohne Hülfe von außen, ein Ende gemacht. Am 11. April erhoben sich die Florentiner gegen Guerazzi und die von ihm eingesetzte Regierung, jagten sie in die Flucht und beschlossen die Rückberufung des Großherzogs. In Livorno behaupteten sich die Anarchisten, von der Lage der Stadt begünstigt, noch einige Wochen lang, bis die Stadt am 11. Mai von österreichischen Truppen unter General d'Aspre nach einem hartnäckigen Widerstande besetzt wurde. Am 16. Mai zwang der österreichische General Wimpfen Bologna, wo eine Zeit lang die wildeste Unordnung geherrscht hatte, durch ein Bombardement zur Uebergabe, und setzte sich am 18. Juni in Ankona fest. Leopold II. kehrte am 29. Juli in seine Staaten zurück, wo er die von ihm gegebene Verfassung erst nur außer Wirksamkeit setzte, dann aber förmlich aufhob, während Ferdinand II. zwar seit dem März 1849 die Kammern nicht mehr einberief, die Konstitution selbst aber nicht ausdrücklich abschaffte.

Am 22. August 1849 fiel Venedig nach einem langen und muthigen Widerstand wieder unter die österreichische Herrschaft zurück. Allen, welche sich bei der Revolution betheiligt hatten, war vermöge der mit den Oesterreichern abgeschlossenen Kapitulation vergönnt, sich nach dem Ausland zu begeben. Der greise Pepe, der sechsundzwanzig Jahre verbannt gewesen, mußte wieder den Weg des Exils betreten und sollte sein Vaterland nicht mehr wiedersehen. Manin, der die Seele der ephe-

meren Republik und daselbst im höchsten Grade populair gewesen, begab sich nach Paris, wo die während der Ausübung der Macht von ihm bewiesene Uneigennützigkeit ihn zwang von seiner Arbeit zu leben. Er starb daselbst im Besitz der allgemeinen Achtung. Manin sprach in seiner letzten Zeit gegen seine Freunde wiederholt die Ueberzeugung aus, daß Italien nur durch die savoyische Dynastie von der Fremdherrschaft befreit und in sich geeinigt werden könne.

Die Lage des Pabstes und des Kirchenstaates hatte unterdessen die ernste Aufmerksamkeit der Mächte auf sich gezogen. Louis Napoleon, der durch die Abstimmung vom 10. December an die Spitze der französischen Republik getreten, wollte die Geistlichkeit seines Landes, deren Unterstützung er zur Verfolgung weiterer Plane bedurfte, auf seine Seite ziehen, indem er die Waffen Frankreich's zur Wiederherstellung der weltlichen Macht des Pabstes anwandte. Der Widerspruch, in den er die französische Republik dadurch verwickelte, daß dieselbe den Untergang einer anderen Republik, die ihr keinen Grund zum Angriff auf sie gegeben hatte, verursachen sollte, blieb von ihm unbeachtet, da er überhaupt entschlossen war, jeden zu friedlicher Lösung nicht geeigneten Knoten mit dem Schwerdt zu durchhauen. Sophistische Verdrehungen der wahren Sachlage, und Verheißungen auf angebliche vom Pabst im Geist der Zeit zu gewährende Reformen sollten die Gewaltthat beschönigen und ihre wahre Gestalt verhüllen. Die politische Welt in Frankreich wurde für einen Angriff auf die römische Republik dadurch gewonnen, daß man ihr vorstellte, es sei dies das einzige Mittel, um dem Einfluß Oesterreich's in Mittelitalien zu beschränken. Spanien und Neapel schlossen sich dem Unternehmen an, das von dem frommen, obwohl nichts weniger als sittenstrengen spanischen Hofe als ein neuer Kreuzzug aufgefaßt wurde, und Ferdinand II. glaubte die Republik in Rom aus Rücksicht auf seine eigene Sicherheit nicht dulden zu dürfen. Ein französisches Truppenkorps unter dem legitimistisch gesinnten General Oudinot landete in Civitavechia (29. April 1849) und setzte sich gegen Rom in Bewegung. Die Reaktion hatte eine Erhebung des römischen Volks zu Gunsten Pius IX. hoffen lassen. Aber die Römer waren in diesem Augenblick nichts weniger als päbstlich gesinnt, und beschlossen den Angriff der Franzosen zurückzuweisen. Außerdem hatte sich eine Menge tapferer Italiener, besonders aus der Lombardei und der Romagna, selbst einige französische Republikaner, Schweizer und Polen der Vertheidigung zugesellt. Oudinot, der sich zu unvorsichtig der Stadt genähert, erlitt eine empfindliche Niederlage, und zog sich nach Civita=

vechia zurück, um Verstärkung abzuwarten. Man hatte die französischen Soldaten überredet, daß die Römer nicht einmal ihren Anblick ertragen würden, und sie selbst und ganz Europa wurden deshalb von dem tapferen Verhalten der Vertheidiger nicht wenig überrascht. Am 3. Juni griff Oudinot von neuem Rom und diesmal mit großer Uebermacht an. Den 35,000 französischen Soldaten standen nur 19,000 Italiener, meist Freiwillige und Nationalgarden, gegenüber, die aber in den Kämpfen Mann gegen Mann den Franzosen an Tapferkeit nichts nachgaben. Garibaldi, der hier wie einige Monate früher, in dem Kriege gegen die Oesterreicher, an der Spitze einer ausgesuchten Freischaar erschienen war, riß durch seinen stürmischen Muth seine Anhänger zu den kühnsten Thaten mit sich fort. Er nahm immer die schwierigste Arbeit auf sich, war bei jedem Gefecht in der ersten Reihe zu sehen, und seine Todesverachtung wurde von Freund und Feind bewundert. Manche durch Namen und Bildung in ganz Italien bekannte Männer fielen bei der Porta San Pancrazio und bei der Vertheidigung der auf dem alten Janiculus liegenden Villen Corsini und Pamfili. Der klassische Boden und der Heroismus bei einem hoffnungslosen Kampfe haben diesen Ereignissen einen besonderen Reiz verliehen, deren Andenken in Rom wie ein nationales Heiligthum bewahrt wird. Es kam damals nicht darauf an zu siegen, was unmöglich geworden, sondern der Welt zu zeigen, daß die Italiener, und unter ihnen nicht blos Soldaten von Beruf, sondern auch Männer aus allen Ständen für ihre Ueberzeugung zu sterben wußten. Endlich siegte die Ueberlegenheit der französischen Artillerie, es war Bresche geschossen und alles zum Sturm in Bereitschaft gesetzt worden. Selbst die kühnsten unter den Vertheidigern fanden einen längeren Widerstand zwecklos. Der Municipalrath schloß mit Oudinot die Kapitulation ab. Alle welche in der republikanischen Bewegung eine hervorragende Rolle gespielt hatten, verließen Rom. Während die Franzosen in die schweigende Stadt einrückten (4. Juli), zog Garibaldi mit 4000 Freiwilligen zum entgegengesetzten Thor hinaus. Er wollte Venedig zu Hülfe eilen, wurde aber von der überlegenen Macht der Oesterreicher gezwungen, sein Korps aufzulösen. Bei Ravenna starb seine Frau, eine geborne Brasilianerin, die seine Entbehrungen und Gefahren bis zum letzten Augenblick getheilt hatte, an Entkräftung. Garibaldi begab sich über Genua nach Südamerika, wo er wieder Schiffskapitain wurde, was er schon einmal früher gewesen, aber nie die Hoffnung auf Italien's Befreiung verlor. Die Spanier hatten bei der Belagerung Rom's fast gar nichts gethan, und die Neapolita-

ner waren von den Freischaaren Garibaldi's bei jeder Gelegenheit geschlagen worden. Rom mußte sich wieder unter die geistliche Herrschaft beugen. Am 4. April 1850 kehrte Pius IX. in seine Hauptstadt zurück, in der er aber einen ganz veränderten Geist antraf, und wo er sich fortan nur unter dem Schutz der französischen Bayonette behaupten konnte, eine für den weltlichen Souverain wie für das Oberhaupt der katholischen Kirche eben so demüthigende als gefährliche Lage.

---

4. Ungarn's Erhebung gegen Oesterreich vom März 1848 bis zum August 1849.

In Ungarn war schon seit längerer Zeit eine innere Gährung vorhanden, die nur eines äußeren Anstoßes bedurfte, um gewaltsam hervorzubrechen. Es hatte daselbst, bei der freien Verfassung, deren das Land sich erfreute, und seinem eigenthümlichen Verhältniß zu der österreichischen Monarchie, von der es einen Theil ausmachte, ohne in ihr ganz aufzugehen, nie an einer Opposition gegen die Wiener Regierung gefehlt, dieselbe war aber jetzt viel nachhaltiger, lebendiger und allgemeiner geworden. Früher hatte es sich von Seiten der Ungarn einzig um die Erhaltung der alten Konstitution des Landes gehandelt, die von dem österreichischen Absolutismus wohl hier und da verletzt, seit Joseph II. aber als ein Ganzes nie mehr bedroht gewesen war. Ungeachtet der häufigen Streitigkeiten auf den Reichstagen über den Betrag der Steuern, die Zahl der Rekruten, die Ausdehnung der königlichen und ständischen Befugnisse, war die Regierung mit ihren Forderungen zuletzt in der Regel durchgedrungen, indem sie sich allerdings hütete, dieselben zu hoch zu spannen. Beide Theile hatten nie gewisse Grenzen überschritten. Das monarchische Stabilitätsprincip Oesterreich's und das aristokratische Ungarn's hielten sich das Gleichgewicht, und es schien nicht wahrscheinlich, daß aus ihnen jemals ein unvereinbarer Gegensatz entstehen könnte. In diesem Verhältniß Ungarn's zu Oesterreich hatte schon in den letzten Jahren der Regierung des Kaisers Franz eine stille aber tiefgehende Veränderung angefangen. Der Geist der Zeit und der Einfluß der liberalen Ideen war allmälig auch in Ungarn zur Geltung gekommen. Die nationale Partei hatte damit begonnen, den arg danieder liegenden materiellen Zustand durch großartige Unternehmungen, Errich-

tung von Banken und Fabriken, Einführung neuer Methoden beim Landbau, Anlegung von Brücken und Straßen zu heben, und war dann in ihrem Streben zu einer Verbesserung in der Lage des Landvolks, zu einer Erleichterung seiner Lasten und Dienste übergegangen. Allmälig schritt man aber weiter, unterwarf das Bestehende einer schärferen Prüfung, und wollte alle die Grundsätze der Konstitution in das praktische Leben einführen, mit deren theoretischer Anerkennung man sich früher begnügt hatte. Die nationale Partei der specifisch magyarisch Gesinnten, im Gegensatz zu den Anhängern des österreichischen Gesammtstaates, beabsichtigte die Stellung ihres Landes, seine von Oesterreich verschiedene Natur, seine besonderen Rechte und Einrichtungen bestimmter als bisher auszusprechen, und arbeitete, nicht auf eine gänzliche Trennung, aber auf eine größere Unabhängigkeit von Oesterreich hin. In diesem Sinne hatte die Opposition auf den beiden letzten Reichstagen gewirkt, und es war zwischen ihr und der Regierung bei mehren Gelegenheiten zu lebhaften parlamentarischen Kämpfen gekommen. Die Seele der nationalen Partei war Ludwig Kossuth, der, obgleich von adeliger Herkunft, aber unbemittelt und ohne Verbindungen, sich einzig durch sein großes Talent, die Leichtigkeit, mit der er die verwickeltsten Geschäfte zu behandeln verstand und seine genaue Kenntniß der ungarischen Zustände emporgebracht hatte. Er hatte seine öffentliche Laufbahn als Journalist angefangen, war wegen eines Preßvergehens zu vierjährigem Gefängniß verurtheilt gewesen, und endlich 1846 in den Reichstag gewählt worden. Was diesen Mann anziehend, aber zugleich gefährlich machte, war eine ungewöhnliche Gabe der Beredtsamkeit, die ihn allen, welche ihm nicht grundsätzlich durchaus entgegen waren, unwiderstehlich erscheinen ließ. Aber Kossuth besaß mehr Gefühl als Urtheil und war den Illusionen der Phantasie unterworfen, die ihm die Dinge nicht immer in ihrem wahren Licht zeigten. Obgleich im Besitz einer allgemeinen europäischen Bildung und mit mehren fremden Sprachen vertraut, war er doch wieder ganz Magyare, stolz auf seine Nation bis zur Geringschätzung anderer, feurig, beweglich, und neben großer praktischer Geschicklichkeit im Einzelnen, bei der Auffassung des Ganzen von vorgefaßten Meinungen bis zur Verkennung der wirklichen Sachlage beherrscht. Kossuth war, über die Verfolgungen, welche er von den Anhängern Oesterreich's erfahren, erbittert, von seinem Patriotismus zur Einführung umfassender Reformen getrieben, und von Ungeduld über deren Verzögerung erfüllt, allmälig ein leidenschaftlicher Gegner alles Oesterreichischen geworden, eine Gesinnung, die er durch Wort und Schrift in

weiteren Kreisen zu verbreiten wußte, und für die er eben so eifrige Anhänger, als er selbst war, gewann. Kossuth war, obgleich er nie ein höheres Amt bekleidet hatte, keinen ererbten Rang und kein Vermögen besaß, der populairste und wie sich bald zeigen sollte, der mächtigste Mann in seinem Lande geworden.

Bei der in Ungarn herrschenden Stimmung mußte schon die Februarrevolution, und noch mehr was in den Märztagen in Wien geschah, einen außerordentlichen Eindruck hervorbringen. Die Opposition nahm im Reichstage eine entschiedenere Haltung als je an, und sprach, Kossuth an der Spitze, in den stärksten Ausdrücken ein Verdammungsurtheil über das ganze österreichische Regierungssystem aus. Auf seinen Antrag ging im Reichstage eine Adresse an den Kaiser, als König von Ungarn, durch, in der als wesentliche Garantie für alle Reformen die Einsetzung einer nationalen, von jedem fremden Einflusse freien ungarischen Regierung, und die Umgestaltung des bisherigen Kollegialministeriums, das in Wien seinen Sitz hatte, in ein verantwortliches nur für Ungarn bestimmtes Ministerium verlangt wurde, das in Pesth residiren sollte. Am 16. März überreichte eine Deputation des Reichstages die betreffende Adresse dem Kaiser, der dieselbe annahm und selbst nach Presburg kam, wo er in einer am 11. April (1848) zum erstenmal in magyarischer Sprache gehaltenen Rede die Beschlüsse des Reichstages feierlich sanktionirte. Das ungarische Ministerium, in welchem Graf Ludwig Batthyani den Vorsitz und Kossuth die Finanzen übernahm, trat alsbald ins Leben. In den Augen der nationalungarischen Partei war diese Veränderung in der bisherigen Regierungsweise nur eine Konsequenz der Selbstständigkeit Ungarn's, die in der pragmatischen Sanktion, in dem Krönungseide der Könige und den Fundamentalgesetzen des Landes ihre Berechtigung hatte. Die Magyaren glaubten damit nicht die konstitutionelle Prärogative des Souverains, sondern nur die Eingriffe der österreichischen Minister in die ungarische Verfassung zu beschränken. Am Hofe sah man aber in der Errichtung eines nationalen und selbstständigen Ministeriums für Ungarn nicht nur den ersten Schritt zu einer gänzlichen Trennung dieses Landes von Oesterreich, sondern glaubte das Bestehen der Monarchie überhaupt gefährdet, indem Böhmen, Gallizien, das österreichische Italien dasselbe fordern und der Gesammtstaat auseinander fallen würde. An die Fortdauer desselben knüpften sich aber zu viele und große Interessen, als daß eine Lösung dieses Verbandes ohne furchtbare Zuckungen im Innern und blutige Kämpfe nach außen möglich gewesen wäre. Kossuth und das neue

ungarische Ministerium begingen außerdem noch die Unklugheit, in der zugleich eine große Ungerechtigkeit lag, jetzt wo Ungarn seine eigenen Finanzen haben sollte, einen Antheil an der österreichischen Staatsschuld abzulehnen, unter dem Vorwande, daß dieselbe ohne Genehmigung des ungarischen Reichstages und für Ungarn fremde Zwecke kontrahirt worden sei. Diese Maßregel, welche das ungarische Ministerium zurücknehmen wollte, als es zu spät dazu geworden, rief überall in Oesterreich, besonders aber in Wien, eine große Entrüstung hervor, da ihre Durchführung den Ruin vieler Familien verursachen mußte. Dieser Reichstag, der letzte, welcher in Presburg seine Sitzungen hielt, denn künftig sollte derselbe in Pesth zusammentreten, nahm noch eine Menge Anträge des Ministeriums an, durch welche das mittelalterliche ständische Ungarn in einen wahrhaft modernen Staat mit parlamentarischen Institutionen verwandelt werden sollte. Am 5. Juli wurde der aus einem neuen Wahlgesetz hervorgegangene Reichstag in Pesth von dem Palatin Erzherzog Stephan im Namen des Königs eröffnet.

Die abgeschlossene nationale Gestaltung, welche Ungarn angenommen hatte, erregte die Eifersucht und das Mißtrauen der Südslaven, Serben und Kroaten, welche die Herrschaft des ungarischen Ministeriums und den Reichstag in seiner neuen Form nicht anerkennen wollten. Die Magyaren waren von jeher zu stolz gewesen, um die Slaven an sich zu ziehen und sich gleich zu stellen. Auch jetzt, wo ein Konflikt mit Oesterreich dem etwas vorausschauenden Blick nicht mehr als eine Unmöglichkeit erscheinen konnte, vermochte es Kossuth nicht, sich von dem nationalen Vorurtheil der Suprematie des magyarischen Stammes über die ungarischen Nebenländer zu befreien und wies die Forderung derselben nach politischer Gleichstellung ab. Die Serben hielten hierauf eine große Nationalversammlung, konstituirten sich als ein selbstständiges Volk, und erwählten den in sittlicher Beziehung sehr verrufenen, aber unternehmenden Erzbischof von Karlowitz, Rajachich, zu ihrem Patriarchen, und Stamirowich zum Befehlshaber ihrer bewaffneten Macht. Der österreichische Hof erkannte mit scharfem Blick die Vortheile, welche für ihn aus der Opposition der Südslaven gegen die Magyaren hervorgehen konnten, und ernannte den Baron Jellachich, den Sohn eines österreichischen Generals, zum Ban oder Statthalter von Kroatien, wo die neue Stellung, welche Ungarn jetzt einnahm, und die Beschlüsse seines Ministeriums und Reichstags ebenfalls verworfen wurden. Jellachich war, ohne ungewöhnliche Talente zu besitzen, ein unternehmender und verschlagener Mann, stand hoch im Vertrauen der kaiserlichen Fa-

milie, von der er seit früher Jugend mit Wohlthaten überhäuft worden, und hing an der Idee eines „einigen" Oesterreich's, weil nur so Kroatien seine Selbstständigkeit den Magyaren gegenüber behaupten konnte. Jellachich wurde vom Hofe im Geheimen zum Widerstande gegen die Ungarn ermuntert, obgleich man ihn, so lange es zu einem offenen Bruch mit Ungarn noch nicht Zeit schien, zum Gehorsam gegen das ungarische Ministerium aufforderte, ihn bei Gelegenheit verläugnete und sogar entsetzte, dann aber als der rechte Augenblick gekommen, um so höher erhob. Kossuth, der Ungarn von Serben und Kroaten bedroht sah, den Einfluß des Hofes auf die Haltung der Südslaven ahnte, und sein Land auf alle Fälle sicher stellen wollte, hatte beim ungarischen Reichstag eine Aushebung von 200,000 Mann Nationaltruppen, Honveds genannt, und die Kreirung eines Papiergeldes im Betrage von 42 Mill. Gulden durchgesetzt. Während Ungarn und Serben sich im Banat mit der größten Erbitterung bekämpften, war Jellachich in Ungarn eingefallen, wurde aber von dem General Moga bei Velencze geschlagen (29. September) und sah sich zugleich auf allen Seiten vom magyarischen Landsturm bedroht. Seine Aufforderung an die Festung Komorn zur Uebergabe blieb vergeblich, und er mußte, da ihn ein starkes Korps regulairer ungarischer Truppen unter Casimir Batthyani und Anton Perczel im Rücken bedrohte, sich der österreichischen Gränze nähern, wo er von Moga verfolgt, in sehr geschwächtem Zustande ankam.

Die Vorstellungen der Ungarn am Hofe gegen Jellachich's Unternehmen waren von Anfang an vergeblich gewesen, und Kossuth hatte sich endlich zu einem entscheidenden Schritt entschlossen, und einen Landesvertheidigungsausschuß errichtet, an dessen Spitze er sich stellte. Der Erzherzog-Palatin legte, da seine Vermittelungsversuche vergeblich gewesen, seine Würde nieder und entfernte sich heimlich aus Ungarn. Da ernannte der Kaiser, während sich Magyaren und Kroaten gegenüberstanden, den General Grafen Lamberg zu seinem Statthalter in Ungarn, dem alle Civil- und Militairautoritäten untergeben sein sollten. Dies war eine offenbare Verletzung nicht nur der dem letzten Reichstag in Preßburg gemachten Zusagen, sondern auch der alten vormärzlichen Konstitution, nach welcher der König zu einer solchen Ernennung nicht berechtigt gewesen. Lamberg wurde, als er seine neue Gewalt in Pesth antreten wollte, auf der Donaubrücke von einer wüthenden Rotte ermordet (27. September). Der Reichstag sprach seinen Abscheu über das begangene Verbrechen aus und ordnete eine strenge Untersuchung an,

der aber unter den damaligen Umständen keine Folge gegeben werden konnte. Der Kaiser erließ hierauf ein Manifest (3. Oktober), in welchem er den Reichstag auflöste, und den Ban Jellachich zu seinem Stellvertreter in Ungarn mit unumschränkter Vollmacht ernannte. Indem der Kaiser den Ban von Kroatien, den er selbst schon einmal entsetzt, den der Reichsrath in seinen Proklamationen für einen Aufrührer erklärt hatte, mit der Diktatur über Ungarn bekleidete, erschwerte er in den Augen der Ungarn die Verletzung ihrer Gesetze noch durch eine Handlung beleidigenden Hohns, die den beginnenden Bruch unheilbar machte. Der Reichstag protestirte gegen das kaiserliche Manifest, erklärte es unter Berufung auf die ungarische Konstitution für ungesetzlich und nichtig, und befahl, Jellachich im Ergreifungsfalle als Hochverräther zu behandeln.

Unterdessen war der Thronwechsel in Oesterreich eingetreten und Franz Joseph hatte die Stelle seines kaiserlichen Oheims eingenommen. Fürst Windischgrätz, der in seiner Jugend bei mehren Gelegenheiten sich als tüchtiger Kavallerieofficier gezeigt, aber nie Beweise von höherem militairischen Talent abgelegt hatte, wurde mit der Unterwerfung Ungarn's beauftragt. Derselbe galt, seitdem er Prag und Wien bezwungen, für einen Mann, der besonders zur Besiegung von Rebellen geeignet sei, wie jetzt die ungarische Nationalpartei am österreichischen Hofe genannt zu werden anfing. Der ungarische Reichstag erkannte nämlich die Abdankung Ferdinand's und die Thronbesteigung seines Neffen in Betreff Ungarn's gar nicht an, fuhr fort in des abgetretenen Monarchen Namen, als König von Ungarn Ferdinand V. genannt, zu handeln, und behauptete in seinem Recht zu sein, wenn er die ungarische Krone dem vorenthielt, der mit Verletzung der Gesetze des Landes sich ihrer bemächtigen wollte. Das ungarische Ministerium und besonders Kossuth, der immer mehr in alle Verhältnisse einzugreifen anfing, hatten die Vorbereitungen zum Kriege mit großem Eifer betrieben, und die Nation war ihnen mit dem den Magyaren eigenthümlichen Feuer entgegengekommen. Aber es war alles zu schaffen gewesen, denn es hatte früher wohl ungarische Regimenter, aber keine ungarische Armee gegeben. Während Windischgrätz's Armee meist aus altgedienten Truppen bestand, die vollkommen disciplinirt waren, mußten die neu ausgehobenen magyarischen Truppen erst eingeübt und an den Kriegsdienst gewöhnt werden. Auch schien es vortheilhaft, den Feind in das Innere Ungarn's zu locken, um ihn dort mit mehr Aussicht auf Erfolg bekämpfen zu können. Kossuth beschloß deshalb, Pesth aufzugeben, und sich mit dem Reichstag

und allen Behörden nach Debreczin, in den Mittelpunkt des alten Magyarenlandes zurückzuziehen, und von dort aus den Krieg mit dem größten Nachdruck zu führen. Zu gleicher Zeit ward noch ein Versuch zu Unterhandlungen mit Windischgrätz gemacht. Derselbe ließ aber die magyarische Deputation, an deren Spitze Graf Ludwig Batthyani stand, die ihm Friedensanerbietungen machen wollte, gar nicht vor sich, verlangte, wie von den Wienern, auch von den Ungarn unbedingte Unterwerfung, wobei er vergaß, daß er es diesmal nicht mit einer einzigen Stadt, sondern mit einem ganzen Lande zu thun hatte, und berief sich unaufhörlich auf die pragmatische Sanktion, während gerade nach dieser die Ungarn wenigstens zum Theil im Recht gegen die österreichische Regierung waren. Am 5. Januar zog Windischgrätz in Pesth ein, das von einem großen Theil seiner Einwohner verlassen war. Anfänglich waren die kaiserlichen Streitkräfte im Ganzen im Vortheil. Der General Graf Schlick, der ein Armeekorps unter Windischgrätz befehligte, schlug bei Kaschau den General und Kriegsminister Meszaros, und die Serben wiesen die Angriffe des Obersten Kiß auf die Römerschanzen zurück. Im Westen und Süden war der Operationsplan der Oesterreicher mit Erfolg ausgeführt worden. Aber der österreichische General Puchner, der von Siebenbürgen aus, im Einklang mit den Bewegungen der Hauptarmee, gegen Arad hin in die Maroschgegenden eindringen und den Magyaren in den Rücken fallen sollte, wurde durch das kühne Vorgehen des Generals Bem, der nach der Einnahme Wien's in ungarische Dienste getreten, an der Ausführung der ihm gewordenen Befehle gehindert. Bem, der anfänglich über eine, im Verhältniß zu seiner Aufgabe nur kleine Macht gebot, war durch Kossuth's Zuthun ansehnlich verstärkt worden. Zu seinem Korps gehörte, außer den Honvedbataillonen, alles was von der akademischen Legion nach der Einnahme Wien's übrig geblieben, eine Abtheilung der polnischen Legion, denn viele ehemalige polnische Officiere und Freiwillige aus allen Ständen waren zu den Magyaren gestoßen, und Szekler Husaren, deren Landsleute sich bei der Nachricht, daß Bem in Siebenbürgen eingedrungen, in Masse für die Ungarn erhoben. Bem, der im höchsten Grade thätig und unternehmend war, schlug die Oesterreicher auf vielen Punkten, in einer Reihe von Gefechten, namentlich bei Kahicla, Bistritz, Klausenburg, während der ersten Hälfte Januars, und bewirkte, daß Puchner keinen Antheil an den allgemeinen Operationen nehmen konnte, und in Siebenbürgen fest gehalten wurde. Das Theiß- und Marschthal und der Rücken der ungarischen Armee war somit gesichert. Außer Bem war jetzt auch ein

anderer Pole, der General Dembinski, durch seine Thaten im letzten Kriege der Polen gegen die Russen bekannt, von Paris nach Debreczin gekommen und hatte von Kossuth ein Kommando erhalten. Die Anwesenheit dieser beiden polnischen Generale, vieler tapferen Officiere und eines ganzen Truppenkorps dieser Nation ist den Ungarn, ungeachtet der auf dem Schlachtfeld geleisteten Dienste, zuletzt verderblich geworden, indem ihr Kampf dadurch einen mehr revolutionairen als nationalen Charakter erhielt, welchen letzteren er zu seinem Glück hätte bewahren sollen, und der ihm ursprünglich auch eigen gewesen war.

Die Ungarn besaßen eine Anzahl ausgezeichneter Generale, hierin den Sardiniern, so wie deren Armee 1848 und 1849 beschaffen war, sehr überlegen: Klapka, Vetter, die beiden Perczel, Kiß, Damjanich, unter denen besonders Arthur Görgei, der jüngste unter ihnen, sich bald am meisten bemerkbar machte. Görgei war von der Natur zum Feldherrn bestimmt, denn früher in österreichischem Dienst nur Lieutenant und ohne je einen Krieg gesehen zu haben, zeichnete er sich durch strategischen Blick, tiefe Berechnung, unerschöpfliche Thatkraft, kaltblütigen Muth gleich im Anfange des Kampfes so aus, daß er nach wenigen Monaten den Oberbefehl über ein ganzes Heer erhielt, und den Kriegsplan der Oesterreicher vereitelte. Aber sein Ehrgeiz, das Sträuben gegen jede Unterordnung, die Beneidung fremden Verdienstes, Selbstsucht und Härte brachen schon im Beginn seiner Laufbahn hervor. Er hatte den jungen Grafen Eugen Zichy, zu einer der ersten Familien des Landes gehörig, weil er mit Jellachich in geheimer Verbindung stand und dessen Proklamationen in Ungarn verbreiten half, mit dem Strange hinrichten lassen, ohne zu bedenken, daß in revolutionairen Zeiten und in Bürgerkriegen die Rechtsbegriffe getrübt sind, und Pflicht und Gesetz von den kämpfenden Parteien verschiedenartig aufgefaßt werden. Görgei zog im strengsten Winter unter immerwährenden Gefechten durch die Karpathen, vereinigte sich mit Klapka an der oberen Theiß, und zwang Schlick unter großen Verlusten alle früher von ihm eingenommenen Positionen zu räumen und die obere Theiß dem Feinde zu überlassen. Die Ungarn concentrirten, nachdem Görgei's geschickte Manöver die Straße von Kaschau frei gemacht hatten, daselbst 36,000 Mann mit 60 Kanonen, über die Dembinski den Oberbefehl erhielt, der aber bei Kapolna (26. Februar 1849) von den Oesterreichern geschlagen wurde und darauf das Kommando niederlegte. Man behauptet, Görgei habe, aus Eifersucht gegen Dembinski, die Befehle desselben in dieser Schlacht nicht pünktlich ausgeführt, und es sei dann von ihm unter den

magyarischen Befehlshabern ein förmliches Komplot gegen den polnischen General angestiftet worden, was Kossuth's Ansehen in der Armee, von dem Dembinski berufen worden, erschüttern mußte.

In Siebenbürgen war Bem dicht bei Herrmannsstadt, am 21. Januar, von dem an Zahl ihm sehr überlegenen Puchner geschlagen worden, hatte aber von allen Seiten Verstärkungen an sich gezogen und sich so furchtbar gemacht, daß der österreichische General die in der Wallachei stehenden Russen zu Hülfe rufen mußte, die 10,000 Mann stark in den ersten Tagen Februars in Kronstadt und Herrmannsstadt einrückten. Bem vereinigte sich hierauf mit den den Magyaren stammverwandten und ihrer Sache zugethanen Szeklern, warf die Oesterreicher und Russen aus Herrmannsstadt heraus, und zwang einen Theil von ihnen mit dem General Puchner nach der Wallachei zu fliehen. Ganz Siebenbürgen war jetzt, mit Ausnahme der kleinen Festung Karlsburg, im Besitz der Ungarn. Im März wurden die Serben von Moritz Perczel in drei blutigen Gefechten, bei Zombor, Sirig und Horgos geschlagen, die Römerschanzen erstürmt und Peterwardein entsetzt. Unterdessen hatten die kaiserlichen Truppen auf anderen Stellen Ungarn's noch empfindlichere Verluste erlitten. Bei Szolnok wurde die Brigade Karger von Damjanich fast aufgerieben (5. März), Komorn, der strategisch wichtigste Punkt in Ungarn, das die Oesterreicher belagerten, wurde von Görgei entsetzt, der jetzt das Kommando über die obere Theißarmee übernommen hatte. Bei Miskolz wurden die österreichischen Brigaden Schulzig und Jablonowski geschlagen, und ward in allen von den Oesterreichern befreiten Gegenden der Landsturm organisirt. Die vielen für die Oesterreicher unglücklich ausgefallenen Gefechte zwangen Windischgrätz zum Rückzug bis nach Pesth, und zu diesen Erfolgen der Magyaren hatte Görgei durch eine seltene Mischung von Kühnheit und Umsicht das meiste beigetragen. Sein Name war nach Kossuth der populairste im ganzen Lande, und in der Armee galt er alles und fast allein. In der Nacht vom 23. zum 24. April verließen die Oesterreicher in aller Stille Pesth, wo die Ungarn von der Bevölkerung mit unendlichem Jubel empfangen wurden. Windischgrätz, der sich seiner Aufgabe keineswegs gewachsen gezeigt hatte, legte den Oberbefehl nieder, den der dazu ebenfalls wenig geeignete General Welden erhielt. Welden ließ in der Festung Ofen eine starke Besatzung unter dem tapferen General Henzi mit dem Befehl zurück, sich bis auf das äußerste zu vertheidigen. Der Ban Jellachich zog sich mit den Ueberresten seines Heeres nach Kroatien zurück.

In Wien war am 4. März (1849) eine Verfassung für den Ge-

sammtstaat bekannt gemacht worden, welche die besonderen Rechte und Einrichtungen der einzelnen Kronländer und soweit auch die uralte mit dem ganzen Leben der Nation verwachsene ungarische Konstitution aufhob. Kossuth antwortete hierauf mit der Thronentsetzung des Hauses Habsburg=Lothringen, das des Verrathes, Meineides und offenbarer Feindseligkeiten gegen Ungarn beschuldigt, seiner Rechte auf die ungarische Krone verlustig erklärt und für immer aus dem Lande verbannt wurde (14. April). Ungarn sollte von jetzt an als selbstständiger Staat in die europäische Völkerfamilie eintreten. Kossuth's Antrag wurde von beiden Häusern des Reichstages einstimmig angenommen. An demselben Tage ernannte ihn der Reichstag zum Haupt der ungarischen Regierung unter dem Titel: Gouverneur von Ungarn, und ermächtigte ihn zu der Bildung eines verantwortlichen Ministeriums. Die Entscheidung über eine definitive Staatsform für Ungarn ward dem Reichstag vorbehalten. Dieser Beschluß mußte für Ungarn neue Gefahren heraufführen. Seine Erhebung gegen Oesterreich hörte von da an auf, ein nationaler Kampf für Unabhängigkeit und altes Recht zu sein, und wurde ein europäischer Principienkrieg, der für alle Nachbarstaaten die Frage: ob Monarchie oder Republik? — enthielt. Oesterreich, Ungarn's und der Gebiete beraubt, welche die Magyaren zu ihrem Staat rechnen, wäre eine Macht zweiten Ranges geworden, und hätte, wenn diese Trennung auch in anderen Kronländern Nachahmung fand, ganz aufhören müssen. Um eine solche Umgestaltung im europäischen Staatensystem durchzusetzen, wären die Magyaren, auf sich selbst gewiesen, unter allen Umständen zu schwach gewesen, und hätten bei der damaligen Weltlage auf Unterstützung vom Auslande her nicht hoffen können. Auch veranlaßte der Beschluß vom 14. April in der Aristokratie und der Armee eine Spaltung, die zu Ungarn's Verderben beitragen sollte. Die alte Konstitution und den König Ferdinand V. wider die österreichische Octroyirung und den Kaiser Franz Joseph zu vertheidigen, galt auch in den Augen vieler monarchisch gesinnten Adeligen und Officieren für rechtmäßig, und sie waren geneigt diejenigen, welche dabei zu Grunde gingen, als Märtyrer einer heiligen Sache anzusehen. Aber die Dynastie zu entsetzen und das Königthum, wenn auch nur für einige Zeit abzuschaffen, erschien ihnen als ein Aufgeben aller nationalen Traditionen, und als eine That der Revolution, die weder vor der Politik noch der Moral bestehen könne.

Kossuth und sein Anhang hätten jetzt wenigstens alles Mögliche thun sollen, um ihrem Beschluß Nachdruck zu geben. Die östereichische

Armee war geschwächt und entmuthigt als sie Pesth aufgeben mußte, und die Magyaren beseelte dagegen das Feuer und die Zuversicht des Siegers. Die ungarische Hauptmacht stand unter Generalen wie Görgei, Klapka, Vetter, Damjanich, 60 bis 70,000 Mann stark, auf beiden Ufern der Donau von Pesth bis Komorn, und konnte in kurzer Zeit concentrirt werden. Sie mußte ohne Verzug den weichenden Oesterreichern nachsetzen und auf Wien losgehen. Radetzky konnte in Italien keine Truppen entbehren und fremde Hülfe war noch fern. Ein ehrenvoller Vergleich wäre nur durch eine kühne Benutzung der Umstände möglich gewesen, und hätte von den Ungarn nur in Wien erlangt werden können. Statt dessen erhielt Görgei den Befehl, Ofen, das strategisch eine nur untergeordnete Wichtigkeit besaß, und das mit einem verhältnißmäßig kleinen Korps cernirt werden konnte, um jeden Preis zu nehmen. Denn die Magyaren, Volk und Armee, hielten es für schimpflich, einen durch Sage und Geschichte in ihren Augen geheiligten Ort, wie Ofen, länger in den Händen des Feindes zu lassen. Dieser momentanen Erregung des Gefühls ward jede ernstere Rücksicht untergeordnet. Ein anderer verhängnißvoller Umstand war es, daß Kossuth und seine Umgebung an keinen so kräftigen und langen Widerstand der von Welden zurückgelassenen Besatzung geglaubt hatten, und als der Angriff einmal angefangen worden, von ihm nicht mehr abstehen wollten. Die Belagerung Ofen's erforderte ein ganzes Armeekorps, was während dieser Zeit jede andere Operation unmöglich machte, und dauerte bis zum 21. Mai, an welchem Tage der Platz von Görgei mit Sturm genommen wurde. Der unerschrockene Henzi starb an seinen Wunden. Die Ungarn wollten sich jetzt von den Anstrengungen des langen Feldzuges erholen und feierten in Pesth ihre Siege. Stadt und Umgegend schienen in ein Lustlager verwandelt zu sein. Ueberall hörte man Musik und Gesang. Kossuth hielt in Pesth einen triumphartigen Einzug, und der Reichstag kehrte von Debreczin dahin zurück. Kossuth selbst gab sich dem Eindrucke des Augenblicks hin und hielt Ungarn für gerettet.

Die Oesterreicher hatten, während die besten ungarischen Truppen und ihr erster General Ofen belagerten, angefangen, sich von ihren Niederlagen zu erholen und von allen Seiten Verstärkungen an sich zu ziehen. Indessen würden sie, auf ihre eigene Macht beschränkt, Ungarn nicht so bald bezwungen haben, und der Krieg hätte in diesem Fall ins Unbestimmte hinaus dauern können. Aber der österreichische Hof hatte die Stimme des Stolzes in sich zum Schweigen gebracht und Rußland's Hülfe nachgesucht. Der Ehrgeiz, als der Verfechter des Absolutismus

in Europa dazustehen, die Besorgniß, daß Polen von der ungarischen Bewegung mit ergriffen werden könnte, und die Absicht, die österreichische Politik von sich abhängig zu machen, bewirkten, daß der Kaiser Nikolaus auf das Gesuch des österreichischen Kabinets so eifrig einging, als wenn es sich um eine rein russische Angelegenheit gehandelt hätte. Am 2. Mai ward der betreffende Antrag zwischen Rußland und Oesterreich unterzeichnet. Am 21. Mai kamen die beiden Kaiser in Warschau zusammen, wo die letzten Bestimmungen über die russische Intervention und den gemeinsamen Operationsplan getroffen wurden. Die Ungarn hätten bei kalter Ueberlegung diese Wendung der Dinge von selbst, auch ohne die ihnen seit Anfang Mai zugekommenen Nachrichten, voraussehen können, da für Rußland mehr als ein Grund zur Unterstützung Oesterreich's vorhanden war. Aber sie hatten darüber wie überhaupt über ihre Lage sich optimistischen Illusionen überlassen, zu denen der Nationalcharakter und Kossuth's besondere Natur ohnedies hinneigten. Als dieses tapfere Volk sich endlich die Wahrheit nicht länger verhehlen konnte, wurde es nicht von Zaghaftigkeit, sondern von Zorn über die in seinen Augen unbefugte Einmischung Rußland's ergriffen, und machte die außerordentlichsten Anstrengungen, um diesem neuen Gegner widerstehen zu können. Aber außer der erdrückenden Uebermacht, mit der es die Ungarn jetzt zu thun bekamen, stellte sich auch innere Uneinigkeit und Zwiespalt, die gewöhnlichen Begleiterinnen des Unglücks, unter ihnen ein.

Der Todeskampf des magyarischen Volks, denn ein solcher war dieser Krieg als Rußland an ihm Theil nahm, begann in der Mitte Juni's. Der Sieg war seitdem unmöglich geworden, und es kam nur noch darauf an, mit mehr oder weniger Ruhm zu fallen. Alle ungarischen Streitkräfte betrugen nach Kossuth's eigener Berechnung, der seine Hülfsquellen eher zu hoch als zu niedrig anzuschlagen pflegte, höchstens 170,000 Mann, die aber zu sehr vertheilt und über einen zu weiten Raum verbreitet waren, um sich gegenseitig so unterstützen zu können, wie es zum Widerstand gegen einen, auf jedem einzelnen Punkt übermächtigen Feind nöthig gewesen wäre. Die 170,000 Ungarn, von denen einige 20,000 Mann Festungsbesatzungen abgezogen werden müssen, die im offenen Felde nicht verwendet werden konnten, sollten es mit 85,000 Oesterreichern aufnehmen, die von dem äußerst unternehmenden Haynau geführt wurden; mit 25,000 Kroaten und Serben unter Jellachich; der österreichisch-russisch-siebenbürgischen Armee von 46,000 Mann, und dem russischen Hülfsheer von 90,000 Mann unter Paskiewitsch. Oesterreicher und Russen besaßen außerdem, besonders letztere,

zahlreiche Reserven, und konnten ihre Verluste leicht ersetzen, während die Magyaren in ihren Mitteln beschränkt waren und schon alles aufgeboten hatten, was aufzubieten möglich war. Der Kampf begann in Siebenbürgen, wo Bem, vielleicht der genialste Kriegsmann, den Polen hervorgebracht, Außerordentliches gegen die überlegene Macht der Russen und Oesterreicher leistete, mit Blitzesschnelle bald auf diesem bald auf einem anderen Punkte erschien und dem Feinde keinen Augenblick Ruhe ließ, aber nachdem er bei Herrmannsstadt durch den dreifach stärkeren Lüders eine Niederlage erlitten, von Kossuth nach Ungarn gerufen wurde, wo seine Gegenwart noch nöthiger erschien. Nach seinem Abgang wurde der Krieg in Siebenbürgen nur matt fortgesetzt. Im Süden Ungarn's verlor der tapfere, aber übereilte Moritz Perczel bei Kaacz ein Gefecht gegen die Kroaten und Serben, in Folge dessen er das Kommando niederlegen mußte, und den General Vetter zum Nachfolger erhielt, der die Festung Arad einnahm, und den Ban Jellachich bei Hegyesch überfiel und gänzlich schlug (11. Juli). Görgey wollte mit 45,000 Mann das Centrum der viel stärkeren österreichischen Hauptarmee unter Haynau durchbrechen, um die verschiedenen Korps derselben, bevor Paskiewitsch herbeigezogen, einzeln aufreiben zu können, wurde aber erst bei Zsigard und dann bei Komorn geschlagen und verwundet. Klapka übernahm an seiner Statt den Oberbefehl, und wagte eine neue Schlacht bei Komorn, aber wieder vergebens (11. Juli). Die kühnen Angriffe der Magyaren scheiterten an der Uebermacht der Oesterreicher, und den geschickten Dispositionen Haynau's. Gegen Paskiewitsch operirte anfangs Dembinski mit nur 18,000 Mann, welche sich vor der fünffachen Ueberlegenheit der Russen zurückziehen mußten. Görgei, der unermüdlich war, kam Dembinski zu Hülfe, schlug die Russen unter Rüdiger bei Waitzen, mußte aber bei Paskiewitsch Ankunft sich in die Gebirge werfen, wo es ihm durch meisterhafte Manöver gelang, drei russischen Armeekorps zu entgehen, die ihn einschließen wollten. Kossuth hatte sich mit dem Reichstag von Pesth nach Szegedin zurückgezogen, wohin jetzt Haynau seinen Marsch richtete. Dembinski sollte ihn aufhalten, wurde aber erst bei Szöreck (5. August) und dann bei Temeswar (9. August) so geschlagen, daß seine Armee sich fast auflöste. Unter den ungarischen Befehlshabern hatte es seit Anfang dieses zweiten Feldzugs an der nöthigen Uebereinstimmung gefehlt, es war von ihnen nach keinem gemeinsamen Plan gehandelt worden, und die Soldaten wurden endlich des erfolglosen Hin- und Herziehens müde. Kossuth war eine bedeutende, in ihrer Art seltene Natur, aber in diesem Kriegs=

sturm besaß er, da er kein Militair war, nicht Ansehen genug, um der gegenseitigen Eifersucht und dem Hange zur Willkühr, die unter den Generalen häufig waren, einen starken Zügel anzulegen. Es fehlte ihm an der, besonders dem Leiter einer Revolution unentbehrlichen Kraft des Charakters, der bei dem Ringen nach einem großen Ziel keine Rücksichten auf die Personen nehmen darf. Kossuth war mehr geeignet, die Massen zu begeistern als die Einzelnen sich unterzuordnen. Seinem wahrhaft freisinnigen Wesen widerstrebte der despotische Zwang, ohne dessen Anwendung revolutionaire Bewegungen der nöthigen Einheit entbehren und einem organisirten Angriff erliegen müssen. Nach der Schlacht bei Temeswar trat im ungarischen Lager eine gänzliche Lähmung und Verwirrung ein. Endlich brachte Görgei die Sache zur Entscheidung. Er verzweifelte längst an der Möglichkeit des Erfolges und soll schon als er den Befehl erhielt, Ofen zu belagern, anstatt die Oesterreicher zu verfolgen, in die Worte ausgebrochen sein: „Jetzt ist Ungarn verloren!" obgleich er damals nichts that, um seine Regierung über die Verderblichkeit dieses Schrittes aufzuklären. Görgei wollte jetzt der hereinbrechenden Anarchie ein Ende machen, wählte aber dazu ein Mittel, das seines Rufes, seiner Thaten, seiner ganzen Vergangenheit unwürdig war, und ihn mit dem Brandmal des Verrathes an seinem Lande bezeichnet hat. Bei der Rathlosigkeit, die nach Dembinski's Niederlage im ungarischen Ministerium und Reichstage herrschte, wurde es Görgei leicht, Kossuth zur Niederlegung der höchsten Gewalt zu vermögen und dieselbe sich übertragen zu lassen. Er hatte schon seit einiger Zeit im Geheimen mit Paskiewitsch Unterhandlungen über eine Kapitulation seiner Truppen eingeleitet, unter dem Vorwand, dem jetzt zwecklos gewordenen Blutvergießen ein Ende zu machen. Er scheint dabei keine andere Bedingung gestellt zu haben, als daß die Uebergabe vor den Russen, aber nicht vor den Oesterreichern geschehe, und hat, nach dem Erfolge zu urtheilen, nur für sich selbst Schonung des Lebens erlangt. Er nahm eine Stellung innerhalb der feindlichen Linien, und streckte dann mit seiner noch 23,000 Mann starken Armee am 13. August bei Vilagos vor dem russischen General Rüdiger die Waffen. Daß Görgei seinen Plan ungehindert ausführen konnte, wird nur durch das blinde Vertrauen, das seine Truppen in ihn setzten, und durch das Gefühl der Hülflosigkeit erklärbar, das sich ihrer in der letzten Zeit bemächtigt hatte, und das er für seinen Zweck zu benutzen verstand. Denn je größer die Anstrengungen vorher gewesen, um so tiefer ist gewöhnlich die Muthlosigkeit, wenn dieselben sich zuletzt als vergeblich erweisen. Alle ungari=

schen Korps lösten sich jetzt auf, die Festungen ergaben sich auf Gnade und Ungnade. Nur die Besatzung von Komorn, wo Klapka kommandirte, erhielt eine ehrenvolle Kapitulation. Kossuth rettete sich mit Bem, Dembinski, Meszaros, Moritz Perczel, mit Polen und Italienern, auf türkisches Gebiet. Bei Vilagos war aber nicht nur das Görgei'sche Korps, sondern auch viele andere Personen, die in der Revolution hervorgetreten, Minister, Reichstagsmitglieder, hohe Beamte in die Hände der Russen gefallen, und wurden von diesen, nachdem man sie eine Zeit lang im russischen Lager freundlich behandelt hatte, an die Oesterreicher ausgeliefert. Haynau begann damit, in Pesth und Arad Kriegsgerichte einzusetzen, von denen viele in diesem Kampf berühmt gewordene Personen zum Tode durch die Kugel oder den Strang verurtheilt wurden. Auf diese Art endigten, um hier nur die bekanntesten Namen zu nennen: Graf Ludwig Batthyani, früher ungarischer Premierminister, den der Kaiser selbst dazu ernannt hatte; Pereny, Präsident des ungarischen Oberhauses; der Minister Czani; die Generale Kiß, Lazar, Desöffy, Graf Vecsay, Graf Leiningen, ein Stammverwandter der deutschen Fürsten dieses Namens; Aulich, Pöltenberg; Nagy Sandor und Damjanich. Zugleich wurden die Besitzungen der Hingerichteten und Flüchtigen, von denen viele reich, manche sehr reich waren, eingezogen. Es ist überflüssig über dieses Verfahren des Siegers etwas hinzuzufügen, da die ganze civilisirte Welt längst darüber den Stab gebrochen hat.

Görgei, der, wie Kossuth im Anfange, so am Ende in der Tragödie der ungarischen Revolution die Hauptrolle gespielt hat, mußte verschont werden, da er unter russischem Schutz stand, und Klagenfurt wurde ihm zum Aufenthaltsort angewiesen. Sein Verhalten in dieser letzten Zeit hat etwas Räthselhaftes, das erst von der Zukunft vollkommen aufgeklärt werden kann. Man begreift nicht, daß er, sonst ein so tapferer Soldat, es vorzog sich zu ergeben, anstatt in einer Schlacht ruhmvoll unterzugehen, oder sein Heer über die türkische Grenze zu führen, und daß er sich in die Hände derer überlieferte, denen er so lange Trotz geboten hatte; man begreift nicht, wie er es über sich gewinnen konnte, seinen Namen, nachdem er ihn auf dem Schlachtfeld verherrlicht hatte, mit einem unauslöschlichen Makel zu beflecken. Seine Denkwürdigkeiten, in rein militairischen Dingen im Ganzen so klar und bestimmt, geben über die Beweggründe zu seiner letzten Handlung keinen genügenden Aufschluß, und sind in dieser Beziehung lückenhaft und dunkel.

Von den türkischen Behörden wurden die ungarischen Flüchtlinge

gastlich aufgenommen und erst in Widdin und dann in Schumla untergebracht. Rußland und Oesterreich verlangten vom Sultan die Auslieferung der bedeutendsten unter ihnen, was derselbe aber edelmüthig abwies und in seiner Weigerung von England und Frankreich unterstützt wurde. Einige von ihnen, wie Bem, traten zum Islam über, um dadurch zu Gunsten ihrer politischen Meinungen auf die Pforte mehr Einfluß ausüben zu können. Kossuth ging später nach England und den Vereinigten Staaten, ward in London und Newyork mit Begeisterung aufgenommen, und suchte überall durch Wort und Schrift für sein unglückliches Vaterland zu wirken.

Ueber ganz Ungarn ward der schrankenloseste Militairdespotismus verhängt. Hinrichtungen, Einkerkerungen, Vermögenseinziehungen waren an der Tagesordnung. Ueber 100,000 seiner tapferen Söhne waren im Kampfe gefallen, 50,000 wurden der österreichischen Armee einverleibt. Jahre lang blieb das Land wie von dumpfer Betäubung gefesselt. Es ward nicht nur die alte Verfassung aufgehoben, sondern auch die Integrität des Reichs durch die Abtretung Siebenbürgen's, Kroatien's und der Woiwodina verletzt. Für den Augenblick war an keinen weiteren Widerstand zu denken, und das unglückliche Volk trug mit verborgenem Grimm im Herzen das ihm auferlegte Joch, verlor aber nicht die Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

---

5. Frankreich von der Wahl Louis Napoleon's zum Präsidenten der Republik bis zur Errichtung des Kaiserthrons.

Louis Napoleon sah sich, als er durch die Abstimmung vom 10. December (1848) an die Spitze von Frankreich gestellt worden, an das Ziel lange genährter Wünsche gebracht, befand sich aber zugleich in einer Lage, deren Ungewißheiten und Gefahren einen weniger ehrgeizigen und kühnen Charakter hätten bedenklich machen können. Er war, seit seinem achten Jahr aus Frankreich verbannt, persönlich neu in dem Lande, in welchem er jetzt die erste Stelle einnahm, und mußte sich, ehe er einigermaßen mit Personen und Dingen vertraut geworden, in vielen Beziehungen auf andere verlassen. Er hatte zwar durch seine Wahl zum Präsidenten einen großen Beweis von der Macht bekommen, welche die Erinnerung an das Kaiserreich im Volke ausübte, aber er konnte dies,

eine so hohe Meinung er auch von sich haben mochte, nicht auf seine Person beziehen, da er bisher nie Gelegenheit gehabt hatte etwas Bedeutendes zu leisten. Die Erbschaft von Ruhm und Größe, die sein Oheim seiner Familie zurückgelassen, mußte neben allem Glanze auch etwas Drückendes für den weniger begabten Nachfolger haben, und zu nachtheiligen Vergleichungen für denselben auffordern. Louis Napoleon war zwar durch eine ungeheuere Stimmenmehrheit in den Besitz des Präsidentenstuhls gesetzt worden, aber nur für wenige Jahre, und es stand ihm, wenn er ihn über die gesetzliche Frist hinaus behaupten wollte, ein neuer Kampf bevor, oder er mußte in das Dunkel des Privatstandes und vielleicht in die Verbannung zurückkehren, da ein Bonaparte schwerlich als ein einfacher Bürger in Frankreich lange geduldet worden wäre. Er besaß, ungeachtet der Popularität seines Namens, keine organisirte Partei als er seine neue Stellung antrat. Die höheren Klassen, alle welche seit vierzig Jahren in der Politik und Litteratur, als Staatsmänner, Redner, Schriftsteller hervorgetreten, waren nichts weniger als bonapartistisch gesinnt. Louis Napoleon konnte im Anfange seiner Laufbahn der Armee nicht gewiß sein, da Cavaignac aus deren Reihen bei der Präsidentenwahl eine große Menge Stimmen erhalten hatte, und die ausgezeichneteren Generale von dem Helden von Straßburg und Boulogne keine hohe Meinung hegten. Auch in der Nationalversammlung, ohne die Louis Napoleon wenigstens im Anfange nichts vermochte, besaß er zwar Anhänger, die indessen damals kaum hervorzutreten wagten, aber keine eigentliche Partei, und doch mußte er seine Minister aus einer Majorität nehmen, die ihn nur als das Geschöpf der Volkslaune und eine vorübergehende Nothwendigkeit ansah, und ihn für ihre besonderen Absichten zu benutzen und dann zu beseitigen dachte. Dieser Lage, deren gefährliche Seiten einem so scharfen Verstande, wie Louis Napoleon besitzt, nicht entgehen konnten, setzte derselbe ein unerschütterliches Vertrauen auf die Bedeutung seines Namens für Frankreich entgegen, dem, nachdem es von der Restauration, der Julius-monarchie und der Republik, was schon vor Ablauf des ersten Jahres dieser letzteren unzweifelhaft erschien, nicht befriedigt worden, nach seiner Ansicht, keine andere Wahl als zwischen ihm und der Anarchie übrig geblieben sei. Als Präsident der Republik mit dem Oberbefehl über die Armee bekleidet, hoffte er die Führer, deren Stellung von ihm abhing, für sich zu gewinnen, und die Soldaten durch die Erinnerung an jene Tage des Ruhms unter dem ersten Bonaparte und durch Sorge für ihr Wohl an sich zu fesseln. Er kannte die Furcht der

besitzenden Klassen, die in Frankreich bei der großen Theilung des Eigenthums so zahlreich sind, vor dem Socialismus und ihr Bedürfniß der Ruhe und Sicherheit, und stellte sich deshalb vor allen Dingen als einen Vertheidiger der Ordnung und des innern Friedens hin. Es war ihm nicht entgangen, daß die Nation durch den mit dem parlamentarischen System getriebenen Mißbrauch gegen dasselbe gleichgültig geworden, und daß er deshalb nicht den Geist der Freiheit zu fürchten habe, daß ihn vielmehr die große Mehrheit der Bevölkerung bei Bekämpfung desselben unterstützen würde. Nach Herstellung einer festen Ordnung im Innern wollte er den gesunkenen Einfluß Frankreich's auf das Ausland wieder herstellen und als ein Erneuerer der nationalen Größe auftreten. Da er wohl einsah, daß er die politischen Notabilitäten, die in den letzten dreißig Jahren eine Rolle gespielt hatten, nicht zu sich hinüberziehen könne, so gedachte er sie entbehrlich zu machen, indem er die bis dahin in zweiter Linie gestandenen Talente hervorzog und erhob, die nicht anstehen würden, sich zu Werkzeugen für ihn herzugeben. Bei der Popularität, die ihm sein Name gab, glaubte er unter allen Umständen auf die Massen zählen zu können. So viel aber stand in ihm fest, von der errungenen Höhe nicht mehr herabzusteigen, sich mit Aufbietung aller Kräfte auf ihr zu erhalten, und sie nur mit dem Leben selbst aufzugeben. Der erste Napoleon hatte die Macht einbüßen können, ohne dadurch vernichtet zu werden, denn er besaß etwas, das einmal erworben, nicht verloren werden kann, den persönlichen Ruhm. Sein Neffe hing vor allem an der Macht, ohne die er keine Bedeutung gehabt hätte. Er glaubte, daß sein großer Oheim nur durch das Uebermaß seiner kriegerischen Unternehmungen zu Grunde gegangen, übrigens aber in seinem Regierungssystem die Wünsche und Bedürfnisse des französischen Volkes ausgedrückt habe und war der Ueberzeugung, daß, nachdem alle andern Staatsformen sich abgenutzt hätten, die Zeit zur Erneuerung der Napoleonischen Aera gekommen und die Erfüllung dieser Aufgabe ihm beschieden sei. Daß diese Ideen nicht erst in ihm entstanden sind, als er zu dem Besitz der Macht gekommen, sondern daß er sie schon vorher gehegt, geht aus seinen früher erschienenen Schriften hervor, in welchen diese Anschauungsweise immer durchblickt. Er hütete sich aber ihnen schon im Anfange seiner neuen Stellung eine praktische Anwendung geben zu wollen. Das Mißlingen seiner Plane in Straßburg und Boulogne und die mehrjährige Gefangenschaft in Ham, hatten ihm eine Vorsicht und Erwägung der Umstände eingeflößt, die ihn jetzt auf jedem Schritte begleitete, ihn genau lehrte, was in einem gegebenen Moment

zu erreichen möglich sei und was aufgeschoben werden müsse, wo Gewalt oder List anzuwenden sei, wo abgewartet oder rasch zugegriffen werden müsse. Wenn er nicht das Genie seines Oheims besaß, so war er auch von den Mängeln frei, die den Sturz desselben verursacht hatten. Die Zeit war eine andere als die des großen Kaisers, und im Vergleich zu dieser viel kleiner geworden. Es bedurfte keiner so außerordentlichen Eigenschaften mehr, um sie beherrschen, die vielleicht sogar hinderlich gewesen wären. Der Name, der Schatten des Oheims reichte für den Neffen hin, um bei scharfer Berechnung und kluger Benutzung der Umstände an das Ziel zu gelangen.

Da der Präsident der Republik einen bestimmten und zahlreichen Anhang in der Nationalversammlung nicht besaß, so nahm er sein erstes Ministerium aus den Reihen der Majorität; Legitimismus und Orleanismus waren in ihm vertreten, aber nicht der Bonapartismus, weil dieser noch keine gesonderte Parteistellung angenommen hatte. Dieses Ministerium bestand meist aus schon unter Ludwig Philipp bekannt gewordenen parlamentarischen Namen, wie: Odilon Barrot, Leon de Malleville, Passy, Falloux u. s. w. Der General Bugeaud erhielt das Oberkommando über die Alpenarmee, die, wegen der unruhigen Zustände in Oberitalien, an den Grenzen von Savoyen und Piemont zusammengezogen wurde; der General Changarnier wurde an die Spitze aller Linientruppen, die sich im Bereich der ersten Militairdivision befanden und der hauptstädtischen Nationalgarden gestellt, was für den Augenblick eine große Militairmacht in seine Hände legte. Die konstituirende Versammlung war, da sie viele anarchische Elemente enthielt, im Ganzen sehr unpopulair geworden. Vornehmlich um ihre Macht zu beschränken, und zu verhindern, daß sie nicht in einen Konvent ausarte und durch ihre Ausschüsse Frankreich regiere, war ein Präsident mit der Ausübung der vollziehenden Gewalt beauftragt worden. Man hatte geglaubt, daß die Nationalversammlung sich nach Abfassung der Konstitution, dem großen Akt, um deswillen sie eingesetzt worden, zurückziehen werde und war unzufrieden als dies nicht geschah. An Louis Napoleon gingen zahlreiche Glückwünschungs- und Beifallserklärungen ein, während die feindseligen Kundgebungen gegen die Nationalversammlung sich in demselben Maße vermehrten. Endlich stellte der Volksrepräsentant Rateau den Antrag auf Einberufung der legislativen Versammlung (assemblée nationale législative), was anfangs mit Unwillen abgelehnt, dann aber doch aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung, obwohl mit sehr geringer Majorität, angenommen wurde. Leon

Faucher, der sich durch seine staatswirthschaftlichen Schriften einen Namen gemacht hatte, und vom Präsidenten zum Minister des Innern ernannt worden, ließ die Klubs streng überwachen und die unter ihnen, welche für die öffentliche Sicherheit gefährlich schienen, ganz aufheben. Ein Versuch der Demagogen dieser Anordnung mit gewaffneter Hand zu widerstehen mißlang. Der Hohe Gerichtshof in Bourges hatte unterdessen die Urheber des Aufstandes vom 15. Mai (1848), wie Barbès, Blanqui, Raspail u. s. w. verurtheilt. Dadurch war wieder in alle Verhältnisse etwas Ruhe und Sicherheit gebracht worden. Der Verkehr belebte sich von Neuem, die Fabriken arbeiteten, und die Rente stieg unerwartet schnell. Viele reiche Familien, die sich seit der Februarrevolution von Paris fern gehalten hatten, kehrten dahin zurück. Der ganze gesellschaftliche Zustand nahm eine regelmäßigere Gestalt an. Am 26. Mai (1849) lößte sich die konstituirende Nationalversammlung auf und die Legislative trat an ihre Stelle. Louis Napoleon war, außer daß er häufig Musterungen über die Nationalgarden und Linientruppen gehalten hatte, während dieser ersten Monate seiner Präsidentschaft öffentlich wenig hervorgetreten. Er hatte im Stillen den Boden untersucht, auf dem er stand, das Treiben der Parteien beobachtet, gesehen was seinen Absichten förderlich oder hinderlich sein könne, aber äußerlich seine Minister walten lassen.

Am 28. Mai (1849) trat die Legislative zusammen. Die Wahlen zu ihr waren unter dem Einfluß der Abneigung gegen die vorangegangene Nationalversammlung zu Stande gekommen, und in diesem Sinne von einem, aus fünfundsiebenzig Mitgliedern der gemäßigten Partei bestehenden Centralverein, der Verein der Straße Poitiers genannt, geleitet worden. Zu ihm gehörten: Broglie, Molé, Duvergier de Hauranne, Montalembert, Thiers, Charles de Remusat u. s. w. Nur ein entschiedener Anhänger Louis Napoleon's, Persigny, befand sich unter ihnen, und allenfalls noch Fould, dessen Parteistellung aber damals noch keine erklärte war. Das Ministerium wurde theilweise umgestaltet, und ein berühmter litterarischer Name, Alexis de Tocqueville, übernahm das Departement des Auswärtigen. Es wäre überflüssig, diese häufigen Ministerveränderungen immer zu erwähnen, da sie nicht mehr dieselbe Bedeutung wie zur Zeit der parlamentarischen Monarchie besaßen. Die Haltung der Nationalversammlung und des Präsidenten war jetzt die Hauptsache geworden. Kaum die Hälfte der Mitglieder der ersten Nationalversammlung war in die zweite gewählt worden. Selbst Lamartine und Armand Marrast waren durchgefallen.

So sehr hatte sich die öffentliche Meinung verwandelt. Die Parteien waren in der legislativen schärfer als in der konstituirenden Versammlung gesondert, weil es in ersterer weniger Uebergangsstufen gab. Die Monarchisten, die sich, da der Name und die Gesetze der Republik noch immer bestanden, für gemäßigte Republikaner ausgeben mußten, standen den Demokraten und Socialisten schroff gegenüber. Die Erbitterung dieser letzteren ward noch gesteigert, als die Majorität über den Antrag der Linken, den Präsidenten und das Ministerium wegen der Expedition gegen die römische Republik, als einen Verfassungsbruch und eine Verletzung des Völkerrechts enthaltend, in Anklagestand zu versetzen, zur Tagesordnung überging. Es gab in dieser Zeit große Unzufriedenheit in den unteren Klassen in Paris, denn der Verkehr stockte wieder, und die Cholera, an der auch der Marschall Bugeaud starb, forderte viele Opfer. Die Socialisten fanden diesen Augenblick zu einer Schilderhebung geeignet. Am 13. Juni brach die Gährung aus, indem große Volkshaufen sich gegen den Pallast Bourbon, wo die Nationalversammlung tagte, in Bewegung setzten. Changarnier ließ die Aufständischen angreifen und mit dem Bayonett auseinander treiben. Ledru-Rollin, der in der letzten Zeit durch mehre Reden die Gemüther entflammt hatte, begab sich mit seinem Anhange und einer Abtheilung Artillerie der Nationalgarde nach dem Konservatorium der Künste und Handwerke, und wollte dort eine Art von Konvent bilden und das Volk zu den Waffen rufen. Man ließ ihm aber hierzu keine Zeit. Er ward mit seinen Genossen überrascht und zur Flucht gezwungen. Paris wurde in Belagerungszustand erklärt und die Artillerie der Nationalgarde aufgelöst. Diejenigen, welche sich mit Ledru-Rollin an dem Aufstande betheiligt und sich nicht in das Ausland gerettet hatten, wurden verhaftet, vor den Hohen Gerichtshof*) in Versailles gestellt und zu verschiedenen Strafen verurtheilt. Ledru-Rollin war nach England geflüchtet. Der General Magnan hatte um dieselbe Zeit einen socialistischen Aufstand in Lyon nicht ohne Blutvergießen überwältigt. Hierauf vertagte sich die Nationalversammlung vom 11. August bis 10. Oktober (1849). Während dieser Ferien wurde sie, der Verfassung gemäß, von einer Permanenzkommission vertreten, die aus Mitgliedern aller Parteien zusammengesetzt war, aber nichts Erhebliches unternahm. Nach der Wiedereröffnung der Versammlung richtete der Präsident eine Botschaft an sie über

*) Eine Fortsetzung der vorher in Bourges bestandenen Behörde desselben Namens.

den Zustand der Republik, in der er einen etwas höheren Ton annahm, auf die Größe seines Namens hinwies und erklärte, daß derselbe ein ganzes Regierungsprogramm enthalte, und Ordnung, Religion, Wohlfahrt im Innern und Nationalwürde dem Auslande gegenüber bedeute. Auch beklagte er sich ziemlich deutlich über die Uneinigkeiten in der Nationalversammlung, und die geringe Unterstützung, die er von ihr erhalte. Damit war zugleich die Einsetzung eines neuen Ministeriums verbunden, das zwar aus den Reihen der Majorität genommen war, aber doch dem Präsidenten etwas näher als das vorangegangene stand. Eine leise Verstimmung bemächtigte sich der Versammlung über die Botschaft und den Ministerwechsel, die zwar noch zu keinem Widerstand führte, aber das gute Einvernehmen der ersten Zeit nicht mehr aufkommen ließ.

In Paris sprach man damals viel von einer Aussöhnung zwischen der älteren und jüngeren Linie des französischen Königshauses, für die besonders zwei ehemalige Minister Ludwig Philipp's, Guizot und Salvandy, wirkten, die aber nicht zu Stande kam, da der verbannte Enkelsohn Karl X., der Graf von Chambord, sich nicht sehr entgegenkommend bewies, und die Herzogin von Orleans, um die Rechte ihrer Söhne unverletzt zu bewahren, eine Anerkennung des unbedingten Legitimitätsprincips ablehnte.

Die Ungewißheit über die Zukunft, die Widersprüche, die in der gegenseitigen Stellung der beiden obersten Gewalten lagen, dauerten fort und machten sich bei jeder Gelegenheit fühlbar. Noch hielt der Präsident sich klüglich im Hintergrund und ließ seine Minister hervortreten, aber einzelne Aeußerungen und Handlungen bewiesen, daß er sich nicht immer mit dieser scheinbar unthätigen Rolle begnügen werde. Zwar nahm der Verfassung nach die Nationalversammlung den ersten Platz in der Republik ein, und Louis Napoleon war, wie seine Gegner mit Recht behaupteten, nicht das Oberhaupt des Staates, sondern nur der verantwortliche Leiter der vollziehenden Gewalt. Aber der Umstand, daß er, so wie die Nationalversammlung, aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen und Millionen Stimmen erhalten, bewirkte, daß er sich ebenfalls für den Vertreter der Nation und mit derselben Macht bekleidet ansah. Da er außerdem noch ein Napoleonide war, den Oberbefehl über die Land= und Seemacht und die Ernennung zu allen Beamtenstellen besaß, so war er offenbar stärker als die Nationalversammlung, und das Volk fühlte dies und blickte auf ihn mehr, als auf die

750 Repräsentanten, die im Pallast Bourbon tagten. Louis Napoleon, der, wie die Folgezeit nur zu sehr bewiesen hat, ehrgeiziger als irgend Jemand in der Nationalversammlung war, nahm jedoch den Schein an, als wolle er die Volksrechte schützen, und als gäbe er den Eingriffen in dieselben nur ungern nach. Die Majorität, welche, obgleich unter republikanischen Formen berathend, antirepublikanisch gesinnt war, sah den Präsidenten nur als Mittel zur Erhaltung einer leidlichen Ordnung an, nach deren Befestigung sie ihn zu beseitigen und das Königthum wieder herzustellen dachte. Zugleich fürchtete sie immer den Ausbruch neuer Unruhen und Aufstände, und suchte ihnen zuvorzukommen, indem sie die Militairmacht vermehrte, und die von der Verfassung dem Volke verliehenen Rechte schmälerte. Sie erhöhte dadurch die Stellung des Präsidenten, unter dem die Armee stand, bereitete die Menge auf eine widerstandslose Unterwerfung unter die äußere Gewalt vor, und entfremdete sich die Massen, die in der Majorität nicht ihre Vertreter, sondern einen Verein von Legitimisten, Orleanisten und Klerikalen sah, der nur auf den Augenblick wartete, um die Republik stürzen zu können. Die Majorität setzte eine Beschränkung des Wahlrechts durch, zu dessen Ausübung nicht, wie bisher, ein sechsmonatlicher, sondern ein dreijähriger Aufenthalt in der Gemeinde gehören sollte, was an drei Millionen Wähler, welche diese Bedingung nicht erfüllen konnten, von dem Stimmrecht ausschloß. Außerdem wurde die Tagespresse unter eine strengere Aufsicht gestellt, und ihrer Wirksamkeit ein großer Stoß versetzt, indem auf Antrag zweier legitimistischen Volksrepräsentanten, des Marquis von Tinguy und des Herrn de la Boulie, die Unterzeichnung aller Journalartikel von politischem Charakter, mit dem Namen des Verfassers gesetzlich angeordnet wurde. Obgleich diese und ähnliche Bestimmungen dem Präsidenten nur willkommen sein konnten, indem sie den Geist der Freiheit unterdrücken halfen, so benutzte er sie dennoch zu Angriffen auf die Nationalversammlung, und erklärte bei einem Bankett in Dijon, dieselbe unterstütze seine Regierung nur, wenn es auf Repressivmaßregeln ankomme, nicht aber da, wo es sich um Verbesserungen in der Lage der Massen handle. Das Land wurde, mit Ausnahme von Paris und der ersten Militairdivision in drei große Militairkommandos eingetheilt, um im Augenblick der Gefahr rasch einschreiten zu können. Da Frankreich damals nirgends Krieg führte, sondern nur in Rom und Civitavecchia Besatzungen hielt, so schien die ganze ungeheuere Armee einzig zur Bewachung des Volks da zu sein. Auf diese Art trat aber das parlamentarische Element immer mehr hinter dem militairischen zurück, und Louis

Napoleon breitete seinen Einfluß eben so sehr aus, als der der Nationalversammlung sich verringerte.

Die beiden Fraktionen des Royalismus, die Legitimisten und Orleanisten, glaubten daß es Zeit sei, ein Zeichen ihres Daseins vor der Welt zu geben. Die Legitimisten versammelten sich, um den nach Wiesbaden gekommenen Grafen Chambord (August 1850), der bei der Uneinigkeit zwischen dem Präsidenten und der Nationalversammlung und der Ungewißheit, in der Alles in Frankreich lag, neue Hoffnungen für sich und das von ihm vertretene Princip hegte. Aber obgleich es schon klar am Tage lag, daß die Republik in Frankreich nicht von Dauer sein werde, so war es doch nicht der Royalismus, der von der Februarrevolution erben sollte. Die legitimistische Partei, ohnedies seit langer Zeit nur negirend und protestirend, ohne aktiven und positiven Einfluß auf den Gang der Ereignisse, spaltete sich um diese Zeit in zwei Lager, indem die Einen das Recht des Grafen von Chambord auf die Krone einzig von seiner Geburt herleiteten, die Anderen, dem Geist der Zeit nachgebend, eine Berufung auf das Volk, als Verstärkung und Ergänzung des ursprünglichen Rechts, für nöthig hielten. Da der Graf von Chambord ausschließend an seinem Geburtsrecht hing und jede anderweitige Vermittlung verwarf, so entfernte sich ein Theil seiner Anhänger von ihm, von denen einige der bekanntesten, wie Larochejacquelein und Pastoret, später sogar zu Louis Napoleon übergingen. Am 26. August 1850 war Ludwig Philipp in Claremont, im Alter von siebenundsiebenzig Jahren gestorben. Viele Freunde seiner Familie begaben sich nach England, um derselben ihr Beileid zu bezeigen, und zugleich den Plan zu einer Aussöhnung der beiden Zweige des französischen Königshauses, die sogenannte Fusion, zu betreiben. Der greise König hatte geglaubt, daß von den Stürmen des Jahres 1848 die Monarchie in Frankreich mit den Wurzeln aus dem Boden gerissen und für immer oder wenigstens für lange unmöglich geworden sei, und daß sie auch im übrigen Europa ihrem Verfall entgegengehe. Seine Anhänger theilten diese Meinung nicht, waren aber außer Stande etwas für die Wiederherstellung des Königthums zu thun, da ihnen jede Handhabe fehlte, mit der sie die Sache hätten angreifen können, und vermochten nicht einmal über die Bedingungen einer Fusion sich mit den Legitimisten zu verständigen. Um allen Unterhandlungen der Art fern zu bleiben, hatte sich die Herzogin von Orleans mit ihren beiden Söhnen nach Deutschland entfernt. Louis Napoleon rächte sich für die royalistischen Pilgerfahrten nach Wiesbaden und Claremont und die ohnmächtigen Restaurationsplane,

die dort berathen wurden, indem er häufiger als vorher Musterungen über die Pariser Armee abhielt, und Militairbankette veranstaltete, bei denen der Wein in Strömen floß, und wie bei den Revuen selbst nicht selten der Ruf: Es lebe der Kaiser! erklang. Die Truppen wurden auf diese Art gewöhnt in dem Präsidenten etwas mehr und anderes als den ersten Beamten der Republik zu sehen. Es hätte indessen dieser künstlichen Anreizungen nicht bedurft. Ein Bonaparte, an die Spitze der französischen Armee gestellt, mußte, wenn er nicht ganz kraftlos und beschränkt war, selbst mitten im Frieden, durch die Erinnerungen, die sich an seinen Namen knüpften, unter den Soldaten populair werden.

An Streitigkeiten zwischen den Parteien in der Nationalversammlung und zwischen dieser und den Ministern und kommandirenden Generalen fehlte es nie. Der Präsident allein zog aus dieser Uneinigkeit Vortheil. Der General Changarnier, der allerdings in der militäirischen Hierarchie eine exceptionelle Stellung einnahm, indem er zugleich über Linientruppen und Nationalgarden gesetzt war, und sich wenig an die Anordnungen des Kriegsministers kehrte, dabei aber sich große Verdienste um die Erhaltung der Ruhe in Paris erworben hatte, wurde von der Opposition wegen angeblich eigenmächtiger und verfassungswidriger Handlungen auf das heftigste angegriffen, und von dem Präsidenten, der erkannt hatte, daß er diesen General nicht in ein Werkzeug für sich verwandeln könne, aufgegeben. Changarnier mußte das Kommando über die Pariser Armee niederlegen, welches unter zwei Generale getheilt wurde. Es war dies ein schwerer Schlag für die royalistische Fraktion der Nationalversammlung, die im Nothfall auf Changarnier, der ihre Grundsätze theilte, gezählt hatte. Louis Napoleon verstand es, die ausgezeichneteren Generale, die er nicht gewinnen konnte, allmälig außer Thätigkeit zu setzen und dadurch den Truppen zu entfremden. Die Minister wechselten bei den ungewissen Majoritäten in der Nationalversammlung häufiger als je, und der Präsident sah dies nicht ungern, indem sich dadurch viele politische Notabilitäten rasch abnutzten, und die Haltlosigkeit in den öffentlichen Zuständen immer augenfälliger wurde. Louis Napoleon pflegte dann über die endlosen Parteistreitigkeiten und inneren Reibungen zu klagen, während er ihnen im Geheimen Vorschub leistete. In dieser allgemeinen Schwankung schien er als der einzige feste Punkt dazustehen. Thiers, der die Politik des Präsidenten durchschaute, aber nichts dagegen zu unternehmen vermochte, schloß eine seiner Reden mit den Worten: „Meine Herren! Das Kaiserreich ist fertig!"

Die besitzenden Klassen wurden endlich immer mehr von Ungeduld

über die aussichtslose Lage des Landes, und von Besorgnissen über die Zukunft ergriffen. Von den Generalräthen liefen Petitionen über Petitionen bei der Nationalversammlung ein, welche auf die Nothwendigkeit einer Revision der Verfassung dringend hinwiesen. In der Masse der Bevölkerung, die nicht unter dem Einfluß der Parteien stand, nahm die Ueberzeugung überhand, daß nur Louis Napoleon das Staatsruder führen könne, und daß ohne ihn das Land eine Beute der Demagogen und Anarchisten werden würde. Die Gewalt des Präsidenten lief am 3. Mai 1852 ab. Alle friedliebenden und umsichtigen Personen, selbst solche, die keineswegs aus Neigung Bonapartisten waren, wünschten, daß er in seiner Stellung verbliebe, da Niemand da war, um ihn zu ersetzen, und bei einer neuen Wahl innere Unruhen und vielleicht ein Bürgerkrieg ausbrechen konnten. Aber der Artikel 45 der Konstitution vom 4. Nov. 1848 untersagte ausdrücklich die Wiedererwählung des ausgeschiedenen Präsidenten vor Ablauf von vier Jahren, und der Artikel 111 bestimmte, daß zu einer Revision der Verfassung drei Viertheile der Stimmen in der Nationalversammlung nöthig seien. Die Nationalversammlung konnte sich endlich vor den sie von allen Seiten bestürmenden Anträgen auf eine Revision der Verfassung nicht länger verschließen und begann über diese Frage am 14. Juli 1851 zu berathen. Die Verhandlungen dauerten fünf Tage und wurden mit einem seltenen Aufwande von Geist und Beredtsamkeit geführt, brachten aber kein Resultat hervor. Da die Monarchisten und Republikaner auf ihren entgegengesetzten Standpunkten, ohne Rücksicht auf die Lage der Dinge, einseitig beharrten, so ward es unmöglich, die Dreiviertheile der Stimmen zusammenzubringen, die zur Revision der Verfassung nöthig waren. Da Louis Napoleon auf gesetzlichem Wege nicht wieder gewählt werden konnte, er aber fest entschlossen war, seine Macht freiwillig nicht aufzugeben, so war ein gewaltsamer Angriff auf das Bestehende von seiner Seite vorauszusehen. Die Nationalversammlung, obgleich dann und wann von trüben Ahnungen erfüllt, traute dem Präsidenten immer noch nicht genug Entschlossenheit zur Ausführung seiner Absichten zu, obgleich dieselben in den Augen unparteiischer Beobachter nicht mehr zweifelhaft sein konnten.

Die Nationalversammlung vertagte sich, von dem Bewußtsein, wie wenig sie der Größe ihrer Aufgabe gewachsen sei, entmuthigt, vom 10. August bis zum 4. November. Aber während sie durch die Verwerfung der Revision die Zukunft des Landes dem Bürgerkrieg und der Anarchie überließ, war dasselbe mit den Mitteln zu seiner Rettung beschäftigt. Vom 1. Juni bis zum 15. Juli waren aus allen Theilen

Frankreich's Petitionen mit beinahe anderthalb Millionen Unterschriften eingelaufen, die eine Revision der Verfassung forderten. Die Nationalversammlung nahm diese Mahnungen der öffentlichen Stimme an ihr Gewissen mit übel verhehltem Unwillen auf, und sah sie als eine unbefugte Einmischung in ihre Rechte an. Während der parlamentarischen Ferien wurde diese Angelegenheit von den versammelten Generalräthen der Departements lebhaft betrieben. Von 85 Generalräthen sprachen sich 80 für die Revision, obgleich nicht alle auf dieselbe Weise aus. Bei einigen blickte der Wunsch durch die legitime Monarchie wiederhergestellt zu sehen, andere hielten eine Revision für nothwendig, ohne die Frage über die Präsidentschaft in Betracht zu ziehen, die meisten erklärten aber, daß die Erhaltung der inneren Ruhe von der Verlängerung der Gewalt Louis Napoleon's abhänge. Während die gesetzliche Vertretung der Departements sich an das Mögliche und Nothwendige hielt, gab sich ein Theil der Presse utopistischen Phantasien hin. Von den Freunden einer Revision im monarchischen Sinne schlugen die einen für die erste Stelle in der Republik den Grafen von Chambord, die anderen den Prinzen von Joinville, den dritten Sohn Ludwig Philipp's vor. Die Fusionisten wiesen auf Changarnier hin, und die Socialisten dachten an Carnot, oder an einen Unternehmer von Bauten, Namens Nadaud, der sich in der Nationalversammlung bei einigen Gelegenheiten durch seine radikalen Meinungen bemerkbar gemacht hatte.

Der Präsident hatte kurz vor dem Wiedereintritt der Nationalversammlung ein neues Ministerium ernannt, weil ihm das frühere nicht entschieden genug auf seiner Seite zu stehen schien. Unter den neuen Ministern stand am höchsten in seinem Vertrauen der Kriegsminister General Leroi de St. Arnaud, dem er bei der Ausführung seiner Plane die wichtigste Rolle zugedacht hatte. Louis Napoleon, der bisher mit seltenem Takt sein Verhalten genau nach den Umständen eingerichtet und Kühnheit mit Umsicht verbunden hatte, beschloß jetzt, als er die Rathlosigkeit der Nationalversammlung und die Stimmung des Landes erkundet hatte, ohne weiteres seinem Ziele näher zu treten.

In der ersten Sitzung der Nationalversammlung, nach Ablauf der parlamentarischen Ferien, am 4. November, theilte der neue Minister des Innern, Thorigny, eine Botschaft des Präsidenten mit, in welcher die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts beantragt wurde, weil es die Quelle aller seit der Februarrevolution getroffenen Einrichtungen sei, und es ohne dasselbe dem Bestehenden an einem Rechtsboden fehle. Die Majorität ging auf diese Gründe nicht ein und wies den

Antrag zurück. Ein Theil der Versammlung, welcher begriff, daß diese Verwerfung zu einem vollkommenen Bruch zwischen ihr und dem Präsidenten führen müsse, verlangte für die Volksvertretung das Recht, im Nothfall zu ihrer Vertheidigung die Hülfe der bewaffneten Macht in Anspruch nehmen zu können. Aber die Bergpartei, welche sich an den Legitimisten, Orleanisten und gemäßigten Republikanern für die Niederlagen rächen wollte, die sie von ihnen bei anderen Gelegenheiten erfahren, stimmte, jede andere Rücksicht bei Seite setzend, gegen den Antrag, der durchfiel. Die Nationalversammlung stand wehrlos da. Allgemein fühlte man, daß eine Katastrophe im Anzuge sei, nur wie und wann war unbekannt. Die in der letzten Zeit systematisch gewordene Feindseligkeit zwischen der Nationalversammlung und dem Präsidenten mußte zu einem gewaltsamen Ausbruch führen. Einige kühne Männer unter den Gegnern Louis Napoleon's trugen sich mit dem Gedanken, ihn im Pallast Elysée aufheben und nach Vincennes bringen zu lassen, und ihn dann wegen Umtriebe gegen die Republik und Verletzungen der Verfassung in Anklagestand zu versetzen. Aber der Plan kam nicht zur Ausführung, da es der Partei, in der er entstanden, zuletzt an Muth fehlte, und eine für den Anschlag geeignete Truppenmacht, da die Pariser Garnison jetzt unter lauter Louis Napoleon ergebenen Generalen stand, nicht so leicht gefunden worden wäre. Auch war die Uneinigkeit in der Nationalversammlung so groß, daß sie nach dem Sturz des Präsidenten nicht gewußt hätte, wen sie an seine Stelle setzen sollte, da jede Partei ihren Kandidaten hatte und alles zu einer Personenfrage geworden war.

Louis Napoleon hatte endlich seinen Entschluß unwandelbar festgesetzt, aber nur wenige Personen in das Geheimniß seines Unternehmens gezogen. Es waren dies der Kriegsminister St. Arnaud, der Polizeipräfekt Maupas und der Volksrepräsentant Graf Morny, ein natürlicher Bruder des Präsidenten von Seiten seiner Mutter, der ehemaligen Königin von Holland, die diesen Sohn von einem Adjutanten Napoleon's, dem Grafen Flahaut, gehabt hatte. Vierzehn Tage lang hatte die Berathung in tiefster Stille gedauert. Als alles vorbereitet war, wurde der 2. December (1851), der Jahrestag der Krönung Napoleon's und der Schlacht von Austerlitz, zur Ausführung bestimmt.

Den Abend des 1. Decembers brachte Ludwig Napoleon im Elysée, von einer zahlreichen Gesellschaft umgeben, zu, mit der er sich bis gegen Mitternacht scheinbar heiter und unbefangen unterhielt. Unterdessen waren 800 Polizeiagenten und die Sicherheitsbrigaden in der Polizeipräfektur versammelt worden. Durch sie sollte der Anfang des Unter-

nehmens gemacht und alle diejenigen verhaftet werden, deren Widerstand der Präsident, wenn sie auf freiem Fuß blieben, zu fürchten gehabt hätte. Zu ihnen gehörte vor allen eine Anzahl von Generalen, die um jeden Preis von der Berührung mit den Truppen fern gehalten werden mußten. Die innere Einrichtung der Wohnungen und die Gewohnheiten aller derer, welche verhaftet werden sollten, waren vorher genau ausgekundschaftet worden, damit dabei kein Irrthum und keine Verzögerung vorkommen konnte. Am 2. December, fünf Uhr Morgens, stellten sich die vierzig Polizeikommissarien der Pariser Polizeireviere auf der Präfektur ein, die mit dem Zweck des Unternehmens bekannt gemacht wurden, und unter deren Leitung die einzelnen Agenten ihre Aufträge vollziehen sollten. Kein einziger weigerte sich, diesen ungesetzlichen Befehl auszuführen. Bald nach sechs Uhr wurden die Generale Cavaignac, Changarnier, Lamoricière, Leflô, Bedeau, der Oberst Charras, mehre Volksrepräsentanten, unter ihnen Thiers, nebst Klubs- und Barrikadenchefs meist in ihren Betten überrascht und nach verschiedenen Gefängnissen abgeführt. Eine halbe Stunde später nahm Morny, von einer Abtheilung Vincenner Jäger begleitet, von dem Ministerium des Innern Besitz, dessen bisheriger Inhaber, Thorigny, nicht für unternehmend genug gegolten hatte. Der Pallast Bourbon wurde von dem Oberst Espinasse mit dem 42. Linienregiment umstellt. Etwa sechzig Volksrepräsentanten, die, von dem was vorging benachrichtigt, nach dem Sitzungssaal geeilt waren, wurden von der bewaffneten Macht aus demselben vertrieben. Die einzelnen Maßregeln hatten wunderbar gut ineinander gegriffen, und alles war zur bestimmten Zeit und vollständig ausgeführt worden.

Während der Nacht war in der Staatsdruckerei ein Dekret Louis Napoleon's und zwei Proklamationen an das Volk und die Armee gedruckt, und noch vor Tage an den Straßenecken angeschlagen worden. Das Dekret erklärte die Auflösung der Nationalversammlung und des Staatsraths, die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts, die Einführung des Belagerungszustandes im Bereiche der ersten Militairdivision, und die Abhaltung von Wahlversammlungen zwischen dem 14. und 21. December, die über Abänderungen in der Verfassung abstimmen sollten. In der Proklamation an das Volk klagte der Präsident die Nationalversammlung an, statt Gesetze im allgemeinen Interesse zu erlassen, Waffen für den Bürgerkrieg zu schmieden, und schlug die Wiederherstellung der vom ersten Konsul am Ende des vorigen Jahrhunderts eingeführten Institutionen vor (die Konstitution vom 22. Frimaire des

Jahres IX oder dem 13. December 1799), welche schon einmal die Ruhe und Wohlfahrt Frankreich's gesichert hätten, und sich auch jetzt wieder bewähren würden. Die Grundzüge der Verfassung, welche den Wahlversammlungen vorgelegt werden sollte, waren: Ein verantwortliches Staatsoberhaupt, auf zehn Jahre ernannt und Minister, die nur von ihm abhängen; ein Staatsrath, der die Gesetze ausarbeitet, und die Verhandlungen darüber vor dem gesetzgebenden Körper führt; ein gesetzgebender Körper, aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangen, der das Budget und die Gesetze prüft und über sie abstimmt, und eine zweite Versammlung (der nachmalige Senat), gebildet aus allen Notabilitäten des Landes, eine zur Erhaltung des Gleichgewichts bestimmte Staatsgewalt, welche über die Konstitution und die öffentlichen Freiheiten wacht. Sollte die Nation diesen Einrichtungen ihre Zustimmung versagen, so werde der Präsident eine außerordentliche Versammlung einberufen, und ihr die ihm anvertraute Gewalt zurückgeben, denn er wolle nicht länger für Maßregeln verantwortlich sein, die er für verderblich halte. In der Proklamation an das Heer klagte Louis Napoleon die Nationalversammlung an, die Rechte angetastet zu haben, die ihm durch die allgemeine Abstimmung übertragen worden, und erklärte, daß er auf die Truppen rechne, um die bedrohte Volkssouverainetät wieder herzustellen. Er erinnerte die Soldaten an die Beleidigungen und Zurücksetzungen, die sie 1848 von den Demagogen und Anarchisten erfahren hätten, und berief sich darauf, daß zwischen ihnen und dem Namen, den er führe, eine Gemeinschaft des Ruhms und Unglücks bestehe, die unauflösbar sei, und auch in der Zukunft zu Frankreich's Größe fortdauern solle.

Die Menge las das Dekret und die beiden Proklamationen als es Tag geworden, mit Erstaunen, aber ohne Zorn, denn die Anerkennung der Volkssouverainetät und die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts schmeichelten ihr, und die Anschuldigungen gegen die Nationalversammlung waren ihr aus der Seele gesprochen, da dieselbe besonders in der letzten Zeit äußerst unpopulair geworden war. Außer dieser neugierigen und friedlichen Menge gab es in Paris eine republikanische und socialistische Partei, die Louis Napoleon's Absichten durchschaute, und wohl geneigt gewesen wäre, sich gegen ihn zu erheben, die aber durch die gerichtlichen Verurtheilungen während der letzten Jahre ihrer unternehmendsten Führer beraubt worden, und in diesem Augenblick auf einen Kampf nicht vorbereitet war. Gegen diese hatte man die starke Truppenmacht bestimmt, die ganz im Stillen zusammengezogen

war, und als es Tag geworden, den Pallast Bourbon, den Quai d'Orsay, den Garten der Tuileries und die benachbarten Stadttheile besetzte. Um neun Uhr wurde den Truppen das Dekret und die beiden Proklamationen des Präsidenten vorgelesen und von ihnen mit lautem Beifall aufgenommen. Um zehn Uhr trat eine Anzahl von Mitgliedern der äußersten Linken unter Cremieux Vorsitz zusammen, ward aber von der bewaffneten Macht aufgelöst. Gegen Mittag versammelten sich ungefähr 200 Repräsentanten, meist zur legitimistischen und orleanistischen Partei gehörig, in der Mairie des zehnten Arondissements, dekretirten die Absetzung des Präsidenten, und stellten zwei Legitimisten, die Generale Oudinot und Lauriston, an die Spitze der Linientruppen und Nationalgarden. Es waren dies aber Generale ohne Armee, denn mit Ausnahme einer kleinen Abtheilung Nationalgarde, die bald auseinander ging, stellte sich Niemand dieser Fraktion der Nationalversammlung zur Verfügung. Es wurden erbitterte Reden gegen den Präsidenten gehalten, die Versammlung ward aber zuletzt von den Truppen gesprengt, welche 150 Repräsentanten verhafteten, die jedoch einige Tage später ihre Freiheit wieder erhielten. Der Hohe Gerichtshof, der von der Konstitution zur Aburtheilung über politische Verbrechen eingesetzt war, hatte sich im Justizpallast versammelt, und wollte ein Verfahren gegen den Präsidenten einleiten, als er von einer Abtheilung Municipalgarde vertrieben wurde. Um ein Uhr stieg Louis Napoleon zu Pferde, begleitet von seinem Oheim, dem ehemaligen König von Westphalen, einem zahlreichen Stabe und vielen Volksrepräsentanten, die sich auf seine Seite geschlagen hatten, und wurde von den Truppen mit stürmischem Zuruf empfangen. Das zuschauende Publikum verhielt sich gleichgültig, gab weder Beifall noch Unzufriedenheit zu erkennen. In der darauf folgenden Nacht bereiteten sich Mitglieder der äußersten Linken mit ihrem Anhange in den Klubs zu einer insurrektionellen Bewegung vor. Am 3. December wurden Barrikaden gebaut, bei deren Vertheidigung der Repräsentant Baudin getödtet und sein Kollege Madier de Montjeau verwundet wurde. Die Ruhe wurde von den Truppen ohne Mühe wieder hergestellt. Aber am 4. December kam es auf den Boulevards und in den Straßen St. Denis und St. Martin zu einem kurzen, aber heftigen Kampfe, bei dem die Artillerie thätig war und auf beiden Seiten viele Opfer fielen, der aber von den Truppen siegreich beendigt wurde. Der Soldat hatte an diesem Tage mehr Blut vergossen, als nöthig gewesen wäre, und sich zuweilen gegen Wehrlose und Unschuldige grausam gezeigt. Am 6. December erschien eine Proklamation des Präsidenten,

in der er die Wiederherstellung der Ruhe anzeigte, auf die von den Wahlversammlungen zu erwartende Entscheidung über die Verfassungsanträge hinwies, die er gestellt hatte, und sich gegen die Beschuldigung des Ehrgeizes verwahrte. Den Ausspruch der Nation werde er stets ehren, aber so lange sie sich noch nicht erklärt habe, keine Mühe scheuen, um aufrührische Umtriebe zu vereiteln. Wenn er das Vertrauen des Volks nicht mehr besitze, so sei es unnöthig kostbares Blut zu vergießen, es genüge ein verneinendes Votum in die Urne zu legen. — Obgleich Louis Napoleon mit Verletzung der von ihm beschwornen Verfassung die Diktatur an sich gerissen hatte, so suchte er sich doch immer das Ansehen zu geben, als sei er nur der Bevollmächtigte der Nation, als stelle er alles ihrem obersten Schiedsgericht anheim.

Die Ereignisse vom 2. December wurden in den größeren Provinzialstädten, wie Lyon, Bordeaux, Nantes, Rouen von den höheren Klassen mit schweigendem Unmuth, von der Menge aber mit Gleichgültigkeit oder Billigung aufgenommen, riefen aber daselbst keine Unruhen hervor. Aber in einigen Gegenden im Innern des Landes, in den Umgebungen von Moulins und Nevers, im Jura, im Departement der Niederalpen und im Departement du Gard, wo die socialistische Propaganda in den niederen Klassen zahlreichen Anhang gefunden und wenig Militair stand, brachen Aufstände aus, aber nicht im Namen der gesprengten Nationalversammlung, sondern des Konvents und der Revolution von 1793, die aber bald unterdrückt wurden. Dem Präsidenten wurden diese Bewegungen nützlich, indem sie ihm Veranlassung gaben, halb Frankreich in Belagerungszustand zu erklären und Militairgerichte und außerordentliche Kommissionen einzusetzen, wodurch die allgemeine Einschüchterung und Fesselung noch vermehrt wurde.

Am 3. December ward eine berathende Kommission (commission consultative) errichtet, die den mit der Nationalversammlung aufgelösten Staatsrath ersetzen sollte, die aber keinen Einfluß ausgeübt hat und nur der Form wegen zuweilen zugezogen worden ist. Bald ging die ganze Nation mit wenigen Ausnahmen auf die ihr von Louis Napoleon vorgezeichnete Bahn ein. Gegen 7 Millionen Wähler stimmten für die Verlängerung der Gewalt des Präsidenten auf 10 Jahre, und ertheilten ihm außerdem das Recht, in den Institutionen des Landes diejenigen Veränderungen einzuführen, die er für angemessen erachten würde (20. und 21. December 1851). Am 31. December begab sich Baroche, Vicepräsident der berathenden Kommission, die mit der Prüfung der Wahlzettel beauftragt gewesen, nach dem Elysée, legte dem Präsidenten das

ihm so äußerst günstige Ergebniß der Abstimmungen vor, und hielt dabei eine jener pomphaften Reden, wie sie seit 1804 bei so vielen Gelegenheiten an die Machthaber in Frankreich gerichtet worden sind. Am 1. Januar (1852) wurde in Gegenwart Louis Napoleon's in der Kirche Notredame ein Tedeum gesungen, und fortan für ihn, wie früher für den König und dann für die Republik, von der Geistlichkeit bei dem öffentlichen Gottesdienst gebetet. Die fremden Mächte, die aus Besorgniß vor Unruhen bei einer neuen Präsidentenwahl den Staatsstreich mit Beifall aufgenommen hatten, erschienen in der Person ihrer Gesandten vor dem Neffen Napoleon's und brachten ihm ihre Glückwünsche dar. Um diejenigen unter seinen Gegnern, die ihm durch ihre Grundsätze, ihr Talent oder ihre Stellung besonders gefährlich erschienen, für sich unschädlich zu machen, erließ der Präsident ein Dekret (9. Januar), durch welches eine bedeutende Anzahl ehemaliger Volksrepräsentanten zu einer zeitweiligen oder immerwährenden Verbannung aus Frankreich verurtheilt wurde. Zu ihnen gehörten, um nur die bekanntesten zu nennen: Viktor Hugo, Edgar Quinet, Thiers, Emile de Girardin, Duvergier de Hauranne, Changarnier, Leflô, Lamoricière, Bedeau, Charras u. s. w. Cavaignac wurde von dieser Maßregel nicht getroffen und konnte seinen Aufenthalt in Paris nehmen. Manchen unter diesen Verbannten, wie namentlich Thiers und Duvergier de Hauranne, wurde einige Zeit nachher, als der Präsident sich bereits sicher fühlte, verstattet nach Frankreich zurückzukehren. Am 14. Januar wurde die neue Verfassung bekannt gemacht, die, wie schon oben erwähnt worden, nichts als eine Kopie der Konstitution von 1799 war. Die vierunddreißig Jahre der parlamentarischer Monarchie schienen wie ausgelöscht zu sein. Das Land sah sich in seiner politischen Entwickelung auf den Punkt zurückgebracht, auf dem es funfzig Jahre vorher gestanden hatte. Am 22. Januar erschien ein Dekret, durch welches die Besitzungen, welche Ludwig Philipp am Vorabend seiner Thronbesteigung seiner Familie abgetreten hatte, und die nach einem alten im vierzehnten Jahrhundert*) entstandenen Brauch mit den Staatsdomainen hätten vereinigt werden sollen, eingezogen wurden. Außerdem mußten die Mitglieder des Hauses Orleans ihre in Frankreich liegenden Besitzungen binnen Jahresfrist verkaufen. Diese Maßregel, die vielen ungerecht erschien, da Ludwig Philipp, der nicht durch Erbrecht, sondern durch eine Revolution auf den Thron gestiegen, auch nicht an die Hausgesetze der alten Monarchie gebunden gewesen

*) Unter Philipp V., der Lange genannt

war, veranlaßte mehre bedeutende Personen, die sich Louis Napoleon angeschlossen hatten, unter andern auch Montalembert, sich von ihm zurückzuziehen. Am 29. März fand die Installirung des Senats und des gesetzgebenden Körpers statt, und hörte, da die neue Konstitution in Wirksamkeit trat, die diktatorische Gewalt des Präsidenten auf.

Die Wiederherstellung des Kaiserthums war von jeher der herrschende Gedanke in Louis Napoleon's Leben gewesen. Er hatte diesen Plan unter den ungünstigsten Umständen, in der Verbannung und im Gefängniß gehegt, als er nur ein ehrgeiziger Traum zu sein schien. Wie hätte er ihn jetzt nicht verwirklichen sollen, wo er sich thatsächlich im Besitz der obersten Gewalt befand, und dem ersehnten Ziel so nahe gekommen war? Auch war alles dazu angelegt und darauf vorbereitet. Der Präsident hatte, so bald er durch den Staatsstreich in seinen Entschließungen vollkommen unabhängig geworden, die beiden einflußreichsten Stände des französischen Volkes, die Geistlichkeit und die Armee, die ihre hierarchische Organisation so mächtig macht, an sich zu fesseln gewußt. Das Pantheon wurde dem katholischen Kultus zurückgegeben und eine strengere Beobachtung der Sonn- und Feiertage angeordnet. Bei jeder Gelegenheit hob Louis Napoleon die Bedeutung der Religion und ihrer Diener hervor. Die Generale und höheren Officiere wurden durch Auszeichnungen, und, wenn sie es bedurften, durch außerordentliche Gratifikationen gewonnen, die Ehrenlegionkreuze freigebiger als je verliehen, und für die Unterofficiere und Soldaten Medaillen gestiftet, deren Besitz eine lebenslängliche, jährliche Einnahme von 100 Fr. gewährte. Auch die industriellen und arbeitenden Klassen wurden nicht vergessen. Die Bewilligungen zur Anlegung von Eisenbahnen, zur Gründung von Kreditvereinen, Leihbanken u. s. w. fesselten die Kapitalisten, Rentner und überhaupt die wohlhabenden Klassen an die Erhaltung der inneren Ordnung, die von der bestehenden Regierung unzertrennlich erschien, und die Angriffnahme großer Bauten, besonders in Paris selbst, die Verbindung des Louvre mit den Tuileries, die Anlegung ganzer Straßen und neuer Stadtviertel gaben den Handwerkern und Tagelöhnern eine Beschäftigung, die ihnen in solcher Fülle und Ausdehnung früher nie geboten worden. Auch für die untersten Schichten der Bevölkerung wurde durch Vermehrung der bestehenden Wohlthätigkeitsanstalten und Gründung neuer viel gethan, und dies alles in öffentlicher geräuschvoller Weise, die ihre Wirkung nicht verfehlen konnte.

Louis Napoleon war unter den Massen populair geworden, und konnte gewiß sein, daß, da das allgemeine Stimmrecht wieder herge-

stellt war, jeder von ihm gemachte Antrag, namentlich wenn er ihn persönlich betraf, mit Beifall aufgenommen werden würde. Vorsichtig und erwägend wie er war, sobald ihn nicht die Umstände zu einer raschen Entscheidung zwangen, wünschte er den Schein zu haben, als gebe er bei dem was der innerste Wunsch seines Herzens war, die Wiederherstellung des Kaiserthums in seiner Person, nur dem Andrange des Volkes nach. Er beschloß eine Rundreise durch Frankreich zu machen und der öffentlichen Meinung Gelegenheit zur Darlegung ihrer Wünsche zu geben. Seine kühnsten Erwartungen wurden übertroffen. In Bourges, dem ersten Aufenthaltsort (14. September) begab er sich zuerst, wie überall auf seinem Wege, nach der dortigen Hauptkirche, wo er von der Geistlichkeit wie ein anderer Konstantin der Große empfangen wurde. Auf einem Triumphbogen las man die Inschrift: „Ave, Caesar Imperator!“ und auf die Millionen von Stimmen anspielend, die er 1848 und 1851 erhalten hatte: „Vox Populi vox Dei!“ In Lyon wohnte er der Enthüllung einer Reiterstatue seines großen Oheims bei. In Avignon hatten sich 500 Geistliche zu seinem Empfange versammelt. Alles was er sprach und that war geeignet ihm die Gunst der Menge zu verschaffen. Bei schicklichen Gelegenheiten spielte er auf die Erhebung seiner Familie durch die Stimme der Nation als auf den rechtmäßigsten aller Besitztitel, als die einzig wahre Legitimität an. „Die Macht kommt von Gott, das Recht vom Volk!“ pflegte er zu sagen. In Marseille wurde die Begeisterung des Publikums für ihn noch durch die Entdeckung eines Anschlages auf sein Leben erhöht, dessen Urheber entflohen war. Selbst in Gegenden, wo die legitimistische Partei lange vorherrschend gewesen, wie in Languedoc und Gascogne, wurde ihm der glänzendste Empfang zu Theil. Ganze Gemeinden kamen aus oft ziemlich entfernten Orten, um ihn zu sehen, und brachten die Nacht im Freien zu, um den Augenblick seiner Vorbeifahrt nicht zu versäumen. In Bordeaux wurde ihm ein großes Festmahl gegeben, bei dem er zum erstenmal dem Gedanken an die Wiederherstellung des Kaiserthums offen Raum gab. Die Stimmung der Bevölkerung auf seiner weiten Reise hatte ihn in der Ueberzeugung von seiner Unentbehrlichkeit für Frankreich bestärkt. „Frankreich scheint zum Kaiserthum zurückkehren zu wollen,“ sagte er bei dem Bankett in Bordeaux. „Das Kaiserthum, meinen manche,“ setzte er hinzu, „ist der Krieg. Nein, meine Herren, es ist der Friede.“ Er versprach von dieser Veränderung in der Staatsform friedliche Erfolge: Verbesserung des Ackerbaus, Belebung des Handels, Abhülfe des Nothstandes.

Der Rückweg von Bordeaux nach Paris führte durch jene westlichen Departements, in denen einst die Vendeer das alte Königthum so heldenmüthig gegen die Republik vertheidigt hatten, und wo 1815 und selbst noch 1830 diese Gesinnung sich, wenn auch nicht mehr mit der früheren Kraft geregt hatte. Jetzt kam man auch dort dem Präsidenten, zwar nicht mit Begeisterung, aber doch willfährig entgegen. Die Geistlichen hatten überall das Volk für das nach ihrer Meinung zur Rettung Frankreich's auserkorene Werkzeug gewonnen. Sein Einzug in Paris (16. Oktober) war der feierlichste und glänzendste, dessen man sich erinnern konnte. Die ganze ungeheure Stadt war überall, wo der Zug durchging, mit Triumphbogen, Fahnen, Teppichen und Blumen auf das prächtigste geschmückt. Von allen Seiten klangen die nationalen und militairischen Melodien zahlreicher Musikchöre wieder. Zu der einheimischen Bevölkerung waren viele Tausende aus der Umgegend hinzugekommen, besonders Landleute, unter denen Louis Napoleon von Anfang an populair gewesen und es seitdem noch mehr geworden war. Unaufhörlich ertönte der Ruf: „Es lebe der Kaiser!" Ueberall sah er sich von den Sinnbildern des Kaiserthums umgeben. Der Präsident stieg nicht mehr in dem Pallast Elysée, sondern in den Tuileries ab, wo ihn seine Verwandten und zahlreiche Anhänger und Diener empfingen. Die öffentliche Stimme verlangte die Wiederherstellung des Kaiserthums als eine Folge alles dessen, was seit dem 24. Februar 1848 geschehen, als das einzig mögliche Heil für Frankreich, als die Erneuerung der glorreichsten Epoche der französischen Geschichte. Fast von allen Generalräthen, von unzähligen Kommunen liefen Petitionen an den Senat ein, welche Louis Napoleon's Erhebung zur kaiserlichen Würde beantragten. Die Maires von Sevres und Lisieux proklamirten ihn in ihren Gemeinden auf eigene Hand, wohlwissend, daß ihnen Niemand entgegen sein werde. Am 4. November versammelte sich nach erhaltenem Auftrage von Seiten des Präsidenten der Senat, um über eine Abänderung der Verfassung vom 14. Januar 1852 zu berathen. Am 7. November wurde das Senatskonsult erlassen und von 87 Senatoren unterzeichnet, das Louis Napoleon unter dem Namen Napoleon III. zum erblichen Kaiser der Franzosen ernannte und ihm das Recht verlieh, wenn er ohne männliche Nachkommen bleiben sollte, einen seiner Verwandten zu adoptiren. Die Präfekten und Maires beeilten sich jetzt alles zu den am 21. und 22. November abzuhaltenden Wahlversammlungen vorzubereiten. Denn Louis Napoleon wollte, seinem Princip treu, durch die allgemeine Abstimmung zum Thron wie vorher zum Präsidentenstuhl gelangen. Frank-

reich schien unerschöpflich in Gunstbezeugungen für den Neffen des Kaisers zu sein. 7,824,189 Wähler stimmten für das Senatskonsult, während nur 253,145 Stimmen sich dagegen erklärten. Am 2. December wurde der Präsident zum Kaiser ausgerufen. Was die fremden Mächte betrifft, so erkannten Staaten von sehr verschiedenem politischen Charakter, England, Holland, Sardinien, Schweiz einerseits und Neapel und Spanien andererseits Napoleon III. mit raschem Entgegenkommen und scheinbarer Theilnahme an, während die drei Mächte, von denen einst die heilige Allianz ausgegangen war, Bedingungen zu stellen und Erklärungen zu fordern geneigt waren, die sich jedoch zuletzt in eine einfache thatsächliche Zustimmung zu dem Unabänderlichen auflösten. Am 5. Januar (1853) erkannte Rußland, am 6. Oesterreich und Preußen das französische Kaiserthum an. Bald sollte diese große, in den inneren Zuständen Frankreich's eingetretene Veränderung sich in ganz Europa fühlbar machen.

---

6. Deutschland von dem Frankfurter Septemberaufstande bis zur Wiederherstellung des Bundestages.

Ungeachtet der Niederlage, welche die revolutionaire Partei am 18. September in Frankfurt und überall, wo sie sich damals regte, erfahren hatte, ruhte sie doch nicht und gab ihre Hoffnungen nicht auf. Da sie ihre Kräfte nirgends zu einem großen Schlage concentrirte, sondern mit geringen Mitteln vereinzelte Aufstände erregte, so wurde sie durch das Fehlschlagen derselben, so lange ihre Zeit überhaupt noch nicht abgelaufen war, nie vollkommen entmuthigt, sie machte es sich aber durch ein solches Auftreten auch unmöglich, ein bedeutendes Ziel zu erreichen. Am 21. September überschritt Struve mit einer Anzahl Freischaaren von Basel aus die badische Gränze, verstärkte sich in Lörrach mit Gleichgesinnten und rief daselbst die deutsche Republik aus. Obgleich seine Proklamationen an das Volk mit den Worten: „Wohlstand, Bildung und Freiheit für Alle" anfingen, so wurde der Theil der Bevölkerung, der nicht alsbald Partei für ihn ergriff, zuweilen hart mitgenommen, indem er Lieferungen ausschrieb, Kontributionen erhob, Verhaftungen vornahm und ganzen Gemeinden, die seiner Sache nicht geneigt schienen, außerordentliche Leistungen auflegte. Ueberall, wo er hinkam, wurden die öffentlichen Kassen von ihm in Beschlag genommen, und die

Beamten nicht selten gemißhandelt. Aber dieses Unternehmen sollte nicht besser, als sein erstes Auftreten im März und April glücken, als er im Verein mit Hecker das badische Volk aufzuwiegeln suchte. Der Zuzug blieb auch diesmal schwach, es war unmöglich, in diese revolutionairen Schaaren Ordnung und Zucht einzuführen, und so geschah es, daß Struve von dem badischen General Hoffmann bei Staufen gänzlich geschlagen (24. September) und auf der Flucht zum Gefangenen gemacht wurde. Man führte ihn und eine Anzahl seiner Genossen in die Gefängnisse zu Müllheim und Freiburg ab. Am 26. September erhob sich das Volk in Sigmaringen, von den Reden des Advokaten Wirth erregt, und vertrieb den Fürsten, der aber von bayerischen Truppen wieder eingesetzt wurde. Diese plan= und zusammenhangslosen Bewegungen wiederholten sich auf vielen Punkten ohne Kraft wie ohne dauernden Erfolg. Es waren Ausbrüche einer rohen, unverständigen Demagogie, denen kein politischer Gedanke voranleuchtete, und bei denen in der Regel die Führer eben so wenig Einsicht, als ihre Anhänger wenig Muth bewiesen. Hecker, der noch der begabteste unter diesen Demagogen war, hatte, an der deutschen Revolution verzweifelnd, sich um die Zeit, als Struve von der Schweiz her in Baden einfiel, nach Nordamerika eingeschifft. — Am 6. Oktober ging es in Zwickau und Hildburghausen, am 9. in Lübeck, am 13. im Bernburgischen sehr unruhig her. Alle diese und viele andere hier nicht erwähnte Tumulte wurden von der bewaffneten Macht ohne große Anstrengung überwältigt, und hatten nur die üble Wirkung in Vieler Augen die Ausschweifungen der Freiheit mit dieser selbst als gleichbedeutend erscheinen zu lassen.

Unter heftigen Kämpfen, die durch den Frankfurter Aufstand und die einander entgegengesetzte Stellung der Parteien zu demselben noch vermehrt wurden, waren die Berathungen über die „Grundrechte des deutschen Volkes" beendigt worden (21. Decbr.). Ihre wesentlichsten Bestimmungen waren: Die Gleichheit der Deutschen vor dem Gesetz; Schutz der persönlichen Freiheit; allgemeine Wehrpflicht; Vereinsrecht; Gleichberechtigung aller Külte; Preßfreiheit; Schwurgerichte; Abschaffung der Feudallasten, der Fideikommisse, der Todesstrafe u. s. w. Die mächtigsten unter den deutschen Staaten: Oesterreich, Preußen, Bayern, Hannover, Sachsen nahmen die Grundrechte nicht an, oder verschoben ihre Anerkennung bis zur Vollendung der Reichsverfassung. Unterdessen hatten sich in dem Deutschland, das die Nationalversammlung umgestalten wollte, Dinge zugetragen, die, als sie zusammentrat, Niemandem als möglich erschienen wären, und welche die Lösung einer ohnedies

schwierigen Aufgabe noch schwieriger machen mußten. In den ersten deutschen Städten, Wien und Berlin, herrschte der Belagerungszustand, war das Militairregiment eingeführt. Welcher Gegensatz zu den Grundrechten! Vergebens hatte man von Frankfurt aus über die Hinrichtung Robert Blum's in Wien Beschwerde geführt, vergebens einen Tadel über die Verlegung der preußischen Nationalversammlung von Berlin nach Brandenburg zu erkennen gegeben, vergebens bei der Eidgenossenschaft wegen Duldung der wiederholten Struve'schen Freischaareneinfälle Vorstellungen gemacht, man war nirgends gehört und beachtet worden.

Am 20. Oktober hatte die Berathung über die deutsche Reichsverfassung begonnen und dauerte mit geringen Unterbrechungen den ganzen Winter über fort. Die Mängel des bisherigen Staatenbundes, wo zwei Staaten, die zugleich europäische Großmächte waren, vier Königreiche und eine Menge kleiner und kleinster Staaten, jeder selbstständig und alle unter sich uneinig, in blos äußerlichem Zusammenhange unter einander standen, waren so augenfällig, hatten die Entwickelung Deutschland's als Nation so niedergehalten, daß man zu demselben um keinen Preis zurückkehren wollte. Auch viele unter denen, welche sich später wieder als eifrige Anhänger des Alten zeigen sollten, waren damals zu keiner Wiederherstellung desselben geneigt. Aber der Gedanke an ein Aufgehen der Einzelstaaten in eine Staatseinheit, der in den Märztagen sich so lebhaft geregt hatte, war seitdem nicht als irrig, sondern als unmöglich aufgegeben worden. Man erstrebte jetzt, statt eines deutschen Staats, ein deutsches Reich, in welchem die bisherigen Fürsten und Völker Raum und Fortbestand gefunden hätten. Aber die Gränzen zwischen beiden zu finden, schien, zumal keine Erfahrung der Art den Trägern dieses Gedankens zu Gebot stand, unauflösbar zu sein. Von den Kleinstaaten war bei Errichtung eines deutschen Reiches kein Widerstand zu besorgen, oder wäre derselbe leicht zu beseitigen gewesen. Sie hatten bei dem Ausbruche der revolutionairen Bewegungen nur zu sehr ihre Ohnmacht fühlen lernen, und wie ihre vermeintliche Selbstständigkeit nur ein leerer Schein war. Aber von Seiten der Mittelstaaten, die seit dem westphälischen Frieden als ganz unabhängige, sich selbst bestimmende Mächte aufzutreten gewohnt gewesen, die seit dem Rheinbunde viele ihrer ehemaligen Mitstände unter ihre Herrschaft gebracht sahen, konnte eine hartnäckige Opposition gegen jede Beschränkung ihrer Stellung erwartet werden. Und dann blieb noch die schwierigste aller Fragen auf diesem Gebiet, die über das Verhältniß der beiden Großmächte zu dem neuen deutschen Reiche übrig.

Eine Beschränkung der bisherigen Unabhängigkeit der einzelnen Fürsten und Staaten war, wenn Deutschland eine einheitliche Spitze und eine Reichsgewalt erhalten sollte, unvermeidlich. In diesem Sinne wurde die Reichsverfassung von der Nationalversammlung berathen und festgestellt. Die Reichsgewalt allein sollte die völkerrechtliche Vertretung Deutschland's ausüben; die Einzelstaaten durften keine ständigen Gesandten empfangen oder halten und keine Konsuln anstellen. Alle Verträge, die nicht rein privatrechtlichen Inhalts wären, sollten der Reichsgewalt zur Kenntnißnahme, und, insofern das Reichsinteresse dabei betheiligt, zur Bestätigung vorgelegt werden. Die Reichsgewalt sollte das Recht über Krieg und Frieden, und die Verfügung über die gesammte bewaffnete Macht Deutschland's besitzen. In den Fahneneid sollte die Verpflichtung der Treue gegen das Reichsoberhaupt und die Reichsverfassung an erster Stelle aufgenommen werden. Die Seemacht sollte ausschließlich Sache des Reichs sein, eben so die Gesetzgebung und Oberaufsicht über Flüsse, Eisenbahnen, Post-, Bank- und Münzwesen. Da das Reich nur ein einziges Zollgebiet bilden sollte, so mußte auch in dieser Beziehung der Reichsgewalt die Gesetzgebung und Leitung zustehen. Auch die Wahrung des Reichsfriedens, die Erlassung allgemeiner Gesetzbücher, die über den Gesetzen der Einzelstaaten stehen würden, sollte ihr obliegen. Die erforderlichen Geldmittel sollten durch Reichssteuern, Matricularumlagen und aus den Zolleinnahmen aufgebracht werden. Der Reichstag sollte aus einem Staatenhause und einem Volkshause bestehen. Die Mitglieder des Staatenhauses sollten zur Hälfte von den Regierungen, zur Hälfte von der Volksvertretung der Einzelstaaten ernannt werden. Das Staatenhaus sollte eine Darstellung des deutschen Sonderlebens geben und den Interessen der Einzelstaaten eine Bürgschaft gewähren, während das Volkshaus für ganz Deutschland die Stellung einnehmen würde, welche der Abgeordnetenkammer in dem Einzelstaat zukommt. Zu einem Reichstagsbeschluß sollte es der Uebereinstimmung beider Häuser bedürfen. Der Reichsgewalt sollte nur ein suspensives Veto zustehen, das aber in der Wirkung einem absoluten so ziemlich gleich gekommen wäre, denn erst nach dreimaliger Berathung und dreimaliger Annahme in drei aufeinander folgenden ordentlichen Sitzungsperioden sollte ein Beschluß, auch ohne Genehmigung des Reichsoberhauptes, Gesetzeskraft erlangen.

Diese Verfassung hätte so oder auch etwas anders sein können. Darauf kam im Grunde wenig an. In der Anwendung und Ausführung, wenn eine solche ernstlich und aufrichtig unternommen worden

wäre, würde sich im Laufe der Zeit manches monarchischer, d. h. zum Vortheil der Reichsgewalt, gestaltet haben. Das Wichtigste und Schwierigste war und blieb die Oberhauptsfrage. Dabei mußte der Gegensatz der staatlichen Interessen in der Nationalversammlung zu allgemeinem und deutlichem Bewußtsein kommen. So lange es den Kampf gegen die Revolution gegolten hatte, waren die österreichischen und preußischen Abgeordneten miteinander gegangen. Auch bei den Berathungen über die eigentliche Verfassung waren keine tiefen Meinungsverschiedenheiten hervorgebrochen. Als man aber an die Lösung der zugleich politischen, religiösen und dynastischen Frage über die Besetzung der obersten Stelle in dem zu errichtenden deutschen Reich kam, trat ein unversöhnlicher Widerspruch hervor, an dem der ganze Entwurf zu Grunde ging.

Vom Zusammentreten der Nationalversammlung an war die Oberhauptsfrage der Gegenstand der Erwägung und Bemühung aller derer gewesen, welchen Deutschland's Zukunft am Herzen lag. Zum alten deutschen Reiche mit einem Habsburger zurückkehren, war schon 1815 in Wien im Rath der Souveraine für unthunlich erachtet worden, und mußte 1848 in der Nationalversammlung noch unmöglicher erscheinen. Preußen an die Spitze Deutschland's mit Einschluß von Deutsch-Oesterreich's zu stellen, war eben so unausführbar, da Oesterreich sich ihm nicht untergeordnet haben würde. Der Plan, die oberste Stelle zwischen Oesterreich und Preußen abwechseln zu lassen, oder ein Direktorium von drei, fünf oder sieben Fürsten mit der Reichsgewalt zu bekleiden, ward ebenfalls für ungeeignet erkannt. Schon seit längerer Zeit hatte eine zahlreiche, aufgeklärte und patriotische Partei sich mit dem Gedanken getragen, Preußen die Hegemonie in Deutschland, mit Ausnahme der deutschen Provinzen Oesterreich's, zu verschaffen, und dem Könige von Preußen die oberste Leitung der deutschen Angelegenheiten zu übertragen. Das ruhmvolle Verhalten Preußen's bei der Befreiung Deutschland's im Jahre 1813, der geistige Fortschritt, der in Preußen ungeachtet des politischen Stillstandes ununterbrochen geblieben, die bedeutende militairische Macht, die überwiegend deutsche Natur des preußischen Staates im Gegensatz zu dem von fremden Elementen erfüllten Oesterreich, die deutsche Gesinnung Friedrich Wilhelm IV., hatten dieser Idee eine große Verbreitung verschafft. Sie besaß Anhänger in allen Theilen Deutschland's mit Ausnahme derer, in welchen der österreichische und katholische Einfluß vorherrschte, und wurde in der Nationalversammlung von einem Phalanx ausgezeichneter Männer vertreten, wie: Heinrich von Gagern, Dahlmann, Beseler, Moritz Arndt, Droysen, Ludwig

Jahn, Bassermann u. s. w., deren deutscher Patriotismus rein und unzweifelhaft war, und die man keiner blinden Vorliebe für Preußen beschuldigen konnte, da sie großentheils außerhalb des preußischen Staates geboren waren. Diese Partei wurde einzig von der Ueberzeugung geleitet, daß ohne Preußen's Führerschaft Deutschland wieder dem alten Bundestage oder der Anarchie verfallen müsse.

Das österreichische Ministerium, in welchem Fürst Felix Schwarzenberg und Graf Stadion die ersten Rollen spielten, hatte, nachdem der Reichstag von Wien nach Kremsier verlegt worden, ein Programm aufgestellt, in welchem sich die Absicht erkennen ließ, alle Bestandtheile des Kaiserstaates in einen einzigen Staatskörper mit derselben Verfassung und Gesetzgebung umgestalten zu wollen. Dieser hohle unfruchtbare Gedanke, der von den nationalen Unterschieden der dem österreichischen Scepter unterworfenen Völker, dem historischen Recht, von dem sonst in Oesterreich so viel die Rede war, und in Ungarn und dessen Nebenländern von uralten Freiheiten abstrahirte, war nur darauf berechnet, das Ausland durch eine scheinbare Machtvergrößerung zu blenden, konnte aber nie die Grundlage zu einer Verjüngung und Belebung des österreichischen Staates werden. Wie dem aber auch sein mochte, ganz Oesterreich konnte unmöglich in das projektirte deutsche Reich eintreten.

Gagern, der am 16. December in Schmerling's Stelle zum Reichsminister ernannt worden, legte der Versammlung sein Programm vor, in welchem er die von Paul Pfizer früher ausgesprochene und neuerdings von Bunsen, dem preußischen Gesandten in London, weiter entwickelte Idee von einem engeren deutschen Bundesstaat proklamirte, zu dem Oesterreich nicht unmittelbar gehören könnte, zu dem es aber in einer besonders zu bestimmenden Union stehen sollte. Jedermann begriff, daß es sich um ein Ausscheiden Oesterreich's aus Deutschland, und um die Hegemonie Preußen's in dem engeren Bundesstaat handelte. Von dem Augenblick an trat der Unterschied zwischen den Anhängern Oesterreich's und Preußen's in der Paulskirche schärfer als früher hervor. Es sonderten sich unter denen, welche bisher gemeinsam gegen die Revolution gekämpft hatten, zwei Parteien, die Großdeutschen und die Kleindeutschen, von einander ab. Kleindeutsche nannte man diejenigen, welche den engeren Bund unter Preußen ohne Oesterreich wollten, weil Deutschland dadurch nach der Meinung der Gegner Preußen's verringert werden würde. Der Ausdruck: Großdeutsche — erklärt sich aus sich selbst. Indessen war diese Bezeichnung, so sehr sie auch in Gebrauch kam,

und zum Feldgeschrei der Parteien wurde, keinesweges richtig. Die sogenannten Kleindeutschen hätten gern ganz Deutschland vereinigt gesehen, wenn es möglich gewesen wäre. Sie begriffen aber, daß die Hegemonie Oesterreich's, und eine andere Stelle konnte dasselbe in Deutschland, wenn es zu demselben gehörte, nicht einnehmen, die Rückkehr zu den vormärzlichen Zuständen herbeiführen müsse. In ihren Augen war ein kleineres Deutschland immer noch besser als gar keines, d. h. als ein Staatenbund, in welchem die Nation, in eine Menge von selbstständigen Fraktionen zersplittert, der Einheit sowohl als der Freiheit entbehrend, nur um ihrer Fürsten willen da zu sein schien. Unter den Großdeutschen gab es allerdings manche, die es schmerzte, die deutsch-österreichischen Lande, die alte Ostmark des deutschen Reiches, von dem Bundesstaat getrennt zu sehen. Bei vielen war es aber nicht Liebe zu einem gemeinsamen Deutschland, was ihre Parteistellung bedingte, sondern instinktartige Sympathie für die religiösen und politischen Zustände der Vergangenheit, und deshalb Abneigung gegen Preußen als einen neu emporgekommenen Staat und Haupt des Protestantismus auf dem Kontinent. Uebrigens würde durch eine Union des engeren Bundesstaates mit Oesterreich, wie es die Kleindeutschen wollten, immer eine Verbindung zwischen diesen beiden Theilen des großen Ganzen geblieben sein. Die Hauptsache in jener Zeit war die Herstellung eines deutschen Bundesstaates, die einzige Möglichkeit eines wahrhaft nationalen und politischen Verbandes unter den Deutschen, der ohne die Hegemonie Preußen's und den dadurch bedingten Ausschluß Oesterreich's nicht zu Stande kommen konnte. Die so dachten, waren deshalb noch keine specifischen Preußen und keine systematischen Gegner Oesterreich's. Sie wollten, daß Preußen in Deutschland aufgehe, und nicht etwa umgekehrt. Aber sobald Oesterreich an die Spitze Deutschland's trat, so wurde auch die Wiederherstellung des Bundestags, und die Fortdauer der Kleinstaaterei mit allem bisherigen Elend der politischen Zustände Deutschland's unvermeidlich. Die größere Liebe zu Deutschland, der Eifer für die Erneuerung seiner nationalen Bedeutung, der Blick in die Zukunft lag deshalb auf Seite der Kleindeutschen, was der Ausgang der ganzen Krisis, in der sich Deutschland damals befand, nur zu sehr bewiesen hat.

Schwarzenberg warf dem Gagern'schen Programm dem Fehdehandschuh hin, indem er erklärte (28. December), Oesterreich werde nicht dulden, daß man es vom deutschen Bunde ausschließe, oder seine deutschen Provinzen vom österreichischen Einheitsstaat trenne, um sie einem

neuen deutschen Bundesstaate einzuverleiben. Unterdessen suchte das preußische Kabinet, aus Scheu vor einer zu nahen Berührung mit der Nationalversammlung, sich mit Schwarzenberg über den Plan zu einer künftigen Gestaltung Deutschland's zu verständigen, der, wenn er von beiden Großmächten ausgegangen wäre, in Frankfurt so leicht nicht hätte abgewiesen werden können. Aber es kam keine Einigung zu Stande. Oesterreich verlangte in einer Note vom 17. Januar (1849) ein Direktorium der mächtigeren Bundesfürsten zur obersten Leitung Deutschland's, eine Eintheilung des deutschen Bundes in Kreise, und sprach sich, wahrscheinlich nur zum Schein, noch für ein Volkshaus aus. In der Paulskirche glaubte man jetzt seinem Ziel um einen bedeutenden Schritt näher treten zu müssen, indem man sich mit 258 gegen 211 Stimmen in der Oberhauptsfrage für einen regierenden Fürsten entschied (19. Januar). Preußen erließ hierauf ein Umlaufsschreiben (23. Januar), in welchem unter vielen Lobeserhebungen Oesterreich's nachgewiesen wurde, daß dasselbe sich nicht zum Eintritt in den deutschen Bundesstaat eigene, weshalb ein engerer Bund ohne dasselbe nothwendig geworden sei, daß aber dessen ungeachtet ein näheres Verhältniß zwischen diesem engeren Bunde und dem österreichischen Kaiserstaate bestehen könne. Am 25. Januar beschloß die Majorität in der Paulskirche, daß der regierende Fürst, welcher zum Oberhaupt des neuen Reiches gewählt werden würde, den erblichen Kaisertitel führen sollte. Hierauf wiederholte Oesterreich seine Erklärung vom 17. Januar, und versicherte, daß es sich dem neuen Kaiser nicht unterordnen werde (4. Februar). In Hannover, besonders aber in München, sprach man sich lebhaft gegen das preußische Erbkaiserthum aus. Fürst Schwarzenberg kam in einer Note vom 27. Februar wieder auf seine Idee von einem Direktorium zurück, der die Mittelstaaten, da damit jede einheitliche Leitung und die von ihnen so gefürchtete Unterordnung unter Preußen ausgeschlossen war, gern beistimmten.

Am 24. Februar hatte Gagern die Bevollmächtigten der Einzelstaaten versammelt und sechsundzwanzig derselben, aber nur die kleineren und kleinsten, zur Anerkennung des preußischen Erbkaiserthums gewonnen. Manche von ihnen thaten dies, weil sie einer Stütze bedurften, die, wie die Dinge lagen, eher von Preußen als Oesterreich, das in Ungarn und Italien vollauf zu thun hatte, erwartet werden konnte, die meisten aber aus Furcht vor ihren Ständen und dem Volke, das in vielen Gegenden den Gedanken eines einheitlichen deutschen Vaterlandes, wenigstens für den Augenblick, mit Feuer ergriffen hatte. Schwarzen=

berg glaubte jetzt, das vier Monate vorher erlassene Programm von Kremsier verwirklichen zu müssen, löste den Reichstag auf und octroyirte eine neue Verfassung (4. März), in welcher die Einheit und Untheilbarkeit der österreichischen Monarchie festgesetzt war. Die hervorragendsten Mitglieder der Opposition mußten sich verbergen und flüchtig werden, oder wurden verhaftet. Nach einem so gewaltsamen Verfahren ließ sich das baldige Aufgeben, selbst des letzten Scheins von Konstitutionalismus, voraussehen. Auch ist die Verfassung vom 4. März nie in Wirksamkeit getreten. Schwarzenberg wollte mit der Auflösung des Reichstags dem, wenn auch erfolglosen, aber von Zeit zu Zeit sich immer wieder regenden parlamentarischen Widerstand ein Ende machen, und mit dem in dieser Verfassung aufgestellten Grundsatz, von der Untheilbarkeit der Monarchie, dem von Frankfurt möglicher Weise sich erhebenden Anspruch begegnen, daß Deutsch-Oesterreich beim deutschen Bundesstaat bleiben sollte.

Dänemark war, beim Anblick der endlosen politischen Wirren in Deutschland, von Rußland im Geheimen ermuntert, und auf Frankreich's und England's diplomatische Unterstützung bauend, zur Wiederaufnahme des durch den Waffenstillstand von Malmoe unterbrochenen Kampfes entschlossen, und hatte demgemäß seine Maßregeln getroffen. Da es auf deutscher Seite bei der mangelhaften Organisation der Centralgewalt nicht leicht war, die zur Führung eines solchen Krieges nöthigen Mittel herbeizuschaffen, so ward Gagern's Stellung unhaltbar, wenn es ihm nicht gelang, das preußische Kabinet für seine Plane zu gewinnen. Die Agitation in den Ständeversammlungen, in der Presse, im Volke für eine neue Gestaltung Deutschland's nahm, je schwankender die Zustände wurden, um so mehr zu. Endlich trug Welker, der eine Zeit lang sich zu den Großdeutschen gehalten, weil er Deutsch-Oesterreich für den Bundesstaat nicht aufgeben wollte, zuletzt aber begriffen hatte, daß die großdeutschen Entwürfe sämmtlich zum alten Bundestage zurückführen mußten, am 12. März feierlich darauf an, den König von Preußen zum Erbkaiser der Deutschen zu wählen. Gagern und seine Freunde drängten jetzt, indem sie alle vorhandenen Schwierigkeiten zu beseitigen suchten oder dieselben übersahen, zur Kaiserwahl hin. Sie vergaßen zu sehr, daß Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone niemals allein aus den Händen der Nationalversammlung annehmen, sondern die Zustimmung der deutschen Regierungen verlangen werde. Da die Kaiserpartei ohne Preußen nichts von dem, was sie wollte, erreichen konnte, so hätte sie auch auf die Art, wie das preußi-

sche Kabinet diese Frage auffaßte, entgegenkommender eingehen sollen. Es wurde nämlich von ihr, außer dem nur suspensiven Veto des Reichsoberhaupts, im Wahlgesetz die geheime, statt der öffentlichen Abstimmung angeordnet, und, was vielleicht am übelsten gewirkt hat, entschieden, daß nachträglich an der Reichsverfassung nichts geändert werden dürfe. Durch diese übereilte Bestimmung wurde jede weitere Unterhandlung mit Preußen, wenn dasselbe ablehnte, von vorn herein abgeschnitten. Gagern und seine Freunde kannten wohl die geringe Neigung, die der König von Preußen für die ihm auf diese Art dargebotene Krone hegte, sie hofften aber, daß Preußen's alte Eifersucht auf Oesterreich, und der Andrang der öffentlichen Meinung noch im letzten Augenblick günstig für ihren Plan wirken werde. Am 28. März wurde Friedrich Wilhelm IV. mit 290 gegen 248 Stimmen zum Erbkaiser der Deutschen gewählt. Die Linke, der bei ihren republikanischen Tendenzen ein erbliches Oberhaupt für Deutschland keinesweges genehm sein konnte, hatte nur deshalb mit der Kaiserpartei gestimmt, um von ihr als Gegendienst ein ganz demokratisches Wahlgesetz zu erlangen, das dann auch anderweitig zu verwerthen gewesen wäre. An der Annahme der Kaiserwürde von Seiten Preußen's glaubte sie nicht. Sie hoffte aber, daß die revolutionairen Ideen durch die Ablehnung eine vermehrte Stärke und Bedeutung in den Massen gewinnen würden.

Die Nationalversammlung sandte eine zahlreiche Deputation nach Berlin, um den König von Preußen von der auf ihn gefallenen Wahl in Kenntniß zu setzen und ihn zur Annahme derselben einzuladen. Am 3. April ward die Deputation von Friedrich Wilhelm IV. im Berliner Schlosse empfangen. Derselbe dankte zwar für das ihm bewiesene Vertrauen, und erkannte in dem Beschlusse der Nationalversammlung die Stimme der Vertreter des deutschen Volkes an, setzte aber hinzu, daß er ohne das freie Einverständniß der deutschen Regierungen eine entsprechende Entschließung nicht fassen könne. Diese hätten erst die Verfassung zu prüfen, sie müßten untersuchen, ob die ihm übertragenen Rechte ihn in den Stand setzen würden, mit starker Hand, wie es ein solcher Beruf von ihm verlange, die Geschicke Deutschland's zu leiten. Es ließ sich aus seinen Worten erkennen, daß die Zugeständnisse der Kaiserpartei an die Linke einer der Hauptgründe gegen die Annahme der Kaiserwürde gewesen. Die Antwort des Königs war eine Ablehnung, indem er die Annahme von schwer zu erfüllenden Bedingungen abhängig machte. Indessen blieb immer noch ein Schimmer von Hoffnung übrig. Friedrich Wilhelm IV. hatte nicht gänzlich mit der Kaiser-

partei gebrochen. Er wollte den von ihr entworfenen Bundesstaat mit Ausschluß Oesterreich's verwirklichen, nur sollten diejenigen Regierungen, welche in dem neuen Bunde sich ihm unterzuordnen hätten, ihre freie Zustimmung zu erkennen geben. Die Deputation der Nationalversammlung sah nur die ablehnende Seite in der königlichen Antwort, verwarf den Grundsatz der Vereinbarung, welcher die Endgültigkeit der Reichsverfassung noch in Frage stellte, gab in diesem Sinne sogleich eine Erklärung ab, und reiste in tiefer Verstimmung und Enttäuschung nach Frankfurt zurück.

Friedrich Wilhelm IV. würde bei seiner Vorliebe für die politischen Ideen des Mittelalters die Kaiserkrone, wenn sie ihm Seinesgleichen, die übrigen deutschen Fürsten, angetragen hätten, mit Stolz und Freude angenommen haben. Vielleicht würde er auch in einer großen allgemeinen Kundgebung zu seinen Gunsten, in der Stimme des ganzen Volkes, einen Wink der Vorsehung erkannt haben. Aber von einer in seinen Augen revolutionairen Versammlung, mit einer Majorität von zweiundvierzig Stimmen auf den deutschen Kaiserthron erhoben zu werden, hatte für ihn nichts Verlockendes. Ein kühner, ehrgeiziger, thatendurstiger Fürst in der Stellung Friedrich Wilhelm IV., an der Spitze von 200,000 Kriegern, deren Zahl sich leicht hätte verdoppeln lassen, würde sich wenig an das suspensive Veto und das demokratische Wahlgesetz gestoßen, sondern rasch zugegriffen, die Macht an sich gerissen und dann die ihm lästigen Schranken durchbrochen haben. Ein solcher würde den im deutschen Volk erwachten Drang nach Einheit und nationaler Geltung benutzt, sich zum Herrn der Bewegung gemacht, und jedem inneren und äußeren Angriff Trotz geboten haben. Friedrich der Große hatte unter ungünstigen Umständen, um eines geringeren Preises willen, den Kampf mit halb Europa nicht gescheut. Aber Friedrich Wilhelm IV. war kein Feldherr, und es würde um das preußische Erbkaiserthum und den Ausschluß Oesterreich's von dem engeren Bundesstaat durchzusetzen ohne Zweifel eines gewaltigen Krieges, vielleicht mit mehren Mächten zugleich bedurft haben, indem Rußland und Frankreich, um die Erhebung Preußen's zu verhindern, sich Oesterreich's angenommen haben würden. Was aber, von allem Anderen abgesehen, Friedrich Wilhelm IV. zu einer solchen Rolle durchaus ungeeignet machte, war sein tiefer Widerwille gegen jede gewaltsame Neuerung, sie mochte von oben oder von unten her unternommen werden, die hohe Meinung, die er von den Rechten anderer Fürsten wie von seinen eigenen hegte und die Scheu vor den übeln Folgen, die das Mißlingen eines Wagnisses, wie man

ihm zumuthete, für Deutschland und Preußen hätte nach sich ziehen können. Ein Fürst wie dieser, der nicht die Politik und allgemeine Ideen, sondern das traditionelle Recht und das individuelle Gewissen zur Richtschnur seiner Handlungen nahm, wäre in einer großen nationalen Bewegung nicht an seinem Platz gewesen, und hätte durch seine Theilnahme an ihr nur sich und andere in das Verderben gestürzt.

In Preußen waren gemäß der octroyirten Verfassung vom 5. December die beiden Kammern am 26. Februar (1849) eröffnet worden. Die erste Kammer, in der fast sämmtliche Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, die vormärzlichen, pensionirten Minister und Diplomaten vereinigt waren, bot einen vorherrschend bureaukratischen Charakter dar. Die Minister aus der Zeit der Nationalversammlung: Camphausen, Hansemann, Rudolph von Auerswald, Milde, Gierke erschienen hier, und hatten ihren Sitz theils im rechten und linken Centrum, theils auf der Linken gewählt. Zwei Männer traten jetzt zum erstenmal im parlamentarischen Leben auf, die weder auf dem Vereinigten Landtage noch in den Bewegungen des Jahres 1848 sich bemerkbar gemacht hatten, der Professor Stahl und der Gerichtspräsident von Gerlach, die eine Zeit lang für die Orakel der reaktionairen Partei gelten sollten. Beide hatten das Gemisch von theokratischen, absolutistischen und feudalistischen Ideen, dem man in den Schriften des savoyischen Grafen Joseph de Maistre, des französischen Vicomte von Bonald und des Schweizers von Haller begegnet, sich zu eigen gemacht, ihnen aber durch einen Zusatz von lutherischer Orthodoxie das feste sie zusammenhaltende Band des Katholicismus entzogen, ohne den jene Systeme, von ihrem Inhalt ganz abgesehen, auch der äußeren formellen Konsequenz entbehren würden. Stahl und Gerlach hatten die auf katholischem und romanischem Boden entstandenen Ansichten über Staat und Recht zum Bedarf der preußischen Reaktion zurecht geschnitten, und ihnen einen, so zu sagen, lokalen auf die Zustände unter denen sie wirken wollten berechneten Charakter gegeben. Jene oft tiefsinnigen und umfassenden Ideen der katholischen Weltanschauung, deren bedeutendste Repräsentanten die drei oben genannten Publicisten sind, wurden von Stahl und Gerlach in der Anwendung, die sie von ihnen machten, häufig verengt und verflacht, was ihnen aber unter den gegebenen Umständen für den Augenblick um so mehr Verbreitung verschaffte. In der zweiten Kammer fehlte keine von den Notabilitäten der aufgelösten Nationalversammlung. Waldeck, Jakoby, Temme, Rodbertus waren wieder gewählt worden. Zu den Mitgliedern des ehemaligen Vereinigten Landtages gehörten die Abgeordneten: Graf

Arnim=Boitzenburg, von Kleist=Retzow, von Bismark=Schönhausen u. s. w. Aus der Paulskirche waren herbeigekommen, um auf einen bedeutenderen Platze zu wirken: Graf Schwerin, von Vincke, Heinrich Simon aus Breslau, Ludwig Simon aus Trier u. s. w. Die ablehnende Antwort des Königs an die Frankfurter Deputation brachte in der zweiten Kammer eine große Aufregung hervor. Dieselbe drängte um so mehr zur Annahme der Kaiserkrone und der Reichsverfassung hin, als am 14. April neunundzwanzig Regierungen, fast alle Staaten mit Ausnahme Oesterreich's, Preußen's und der Königreiche, erklärt hatten, daß sie mit der Wahl des Königs von Preußen zum Kaiser einverstanden seien, daß sie die Reichsverfassung, obgleich sie nicht in allen Theilen ihren Ueberzeugungen entspreche, in Betracht der mit einer längeren Verzögerung verbundenen Gefahren, annähmen, und von der deutschen Gesinnung der übrigen Regierungen ein Gleiches erwarteten. Rodbertus beantragte in der zweiten Kammer eine Mißbilligung des von der preußischen Regierung eingeschlagenen Weges der Vereinbarung, und das Festhalten an der in Frankfurt rechtmäßig beschlossenen Reichsverfassung, welcher letztere Punkt mit 175 gegen 159 Stimmen angenommen wurde. Das Ministerium fand nur mit großer Mühe Ausflüchte, um eine entschiedene Erklärung aufzuschieben. Als es sich endlich bei der verlangten Aufhebung des Belagerungszustandes abermals in der Minorität sah, löste es die Kammern auf (27. April).

Das Frankfurter Parlament fühlte sich von der ablehnenden Antwort des Königs von Preußen an seine Deputation, wie von einem tödtlichen Schlage getroffen. Denn mit Ausnahme der Linken, die eine Annahme nicht gewünscht hatte, und einiger Mitglieder der äußersten Rechten, die mit der innersten Gesinnung Friedrich Wilhelm IV. vertraut waren, hatte Niemand eine Ablehnung erwartet. Diese war allerdings, was die Form betrifft, nicht absolut und definitiv, sobald die Nationalversammlung sich zur Vereinbarung mit den deutschen Regierungen hätte herbeilassen wollen. In diesem Sinne hatte sich noch eine Note des preußischen Kabinets an die deutschen Regierungen ausgesprochen, in der erklärt wurde, der König sei entschlossen, an die Spitze eines deutschen Bundesstaats zu treten, der aus den Staaten bestehen würde, welche demselben aus freiem Willen sich anschließen möchten. Die preußischen Gesandten an den deutschen Höfen wurden angewiesen die Regierungen zur Abschickung von Bevollmächtigten nach Frankfurt aufzufordern, um sich über den Beitritt zum Bundesstaat und eine Vereinbarung mit der Nationalversammlung, so wie über das Verhältniß zu

denjenigen Staaten zu erklären, die sich von dem Bundesstaat ausschließen würden. Die Kaiserpartei wäre, ihrer ganzen Gesinnung und Stellung nach, zum Eingehen auf die von der preußischen Regierung gemachten Vorschläge geneigt gewesen, denn das Wesentliche in ihren Augen war die Gründung eines Bundesstaats, statt des bisherigen Staatenbundes, mit Preußen, dem mächtigsten rein deutschen Staat an der Spitze, weil man sonst zu dem alten Bundestag zurückkehren mußte. Aber sie hatte der Linken ihr Wort verpfändet, zu keiner Veränderung in der Reichsverfassung die Hand zu bieten, und glaubte nicht zurücktreten zu können. Beide Parteien vereinigten sich zur Erneuerung des sogenannten Dreißigerausschusses, zu gleichen Theilen aus ihnen gewählt, der für die Durchführung der Reichsverfassung Sorge tragen sollte, während die Oberhauptsfrage eine offene blieb. Die Nationalversammlung beschloß auf den Antrag des Dreißigerausschusses die Einberufung des Reichstages, die Beeidigung aller Beamten und der gesammten bewaffneten Macht auf die Reichsverfassung und einen Aufruf an das deutsche Volk. Zugleich ward von den Regierungen verlangt, daß sie ihr Recht, die Ständeversammlung aufzulösen, nur in so weit anwenden sollten, als es sich mit den Kundgebungen des Volkswillens vereinigen lasse. Denn fast alle Ständeversammlungen, in den größten wie in den kleinsten Staaten, hatten sich für die Reichsverfassung erklärt. Von den Königen hatte nur Wilhelm von Württemberg nach langem Widerstreben, von Adressen und Deputationen unaufhörlich gedrängt, die Reichsverfassung anerkannt. Hannover und Sachsen lösten ihre Ständeversammlungen, weil sie auf der Annahme der Reichsverfassung bestanden, auf. Die der Nationalversammlung entgegenstehenden Schwierigkeiten nahmen offenbar zu und ihre Hülfsmittel in demselben Maße ab, aber sie schien durch die Kühnheit ihrer Beschlüsse sich und andere über ihre wahre Lage täuschen zu wollen. Sie ertheilte ihrem Präsidenten das Recht nach seinem Ermessen zu jeder Zeit und an jedem Ort Sitzungen der Nationalversammlung anzuberaumen. Dieselbe sollte beschlußfähig sein, auch wenn nur hundertundfunfzig ihrer Mitglieder beisammen wären. Denn schon hatte die österreichische Regierung mit der Erklärung, daß die Nationalversammlung durch die Kaiserwahl und die einseitige Beschließung der Reichsverfassung ihre Befugnisse überschritten habe, ihre Landesangehörigen aus der Paulskirche abberufen, schon hatten viele Großdeutsche ihren Austritt angekündigt, und von vielen anderen ließ sich ein solcher erwarten. Zwei Tage nach jenen Beschlüssen der Nationalversammlung erklärte das Berliner Kabinet die

unwiderrufliche Ablehnung der Kaiserkrone und der Reichsverfassung (28. April), lud aber zugleich die deutschen Regierungen ein, sich unmittelbar nach Berlin zu wenden, um dort über das Verfassungswerk in Unterhandlungen zu treten. Die preußische Note enthielt die drohenden und rückhaltslosen Worte: „Die Haltung und die weiteren Beschlüsse der Nationalversammlung werden ergeben, in wie weit noch eine Verständigung mit derselben und ein Mitwirken zu dem angestrebten Ziel zu hoffen ist." — Die Nationalversammlung anwortete hierauf mit einem Beschluß, auf dessen Wirksamkeit kein Einsichtsvoller zählen konnte. Sie forderte alle Regierungen, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesammte deutsche Volk zur Durchführung der Reichsverfassung auf, berief den Reichstag auf den Monat August ein, und bestimmte, daß, wenn Preußen auf diesem Reichstag unvertreten sein sollte, der Regent des nächstmächtigen Staates, unter dem Titel eines Reichsstatthalters, in die Rechte des Reichsoberhaupts eintreten sollte (4. Mai).

Das Mißtrauen, das in einem großen Theil des deutschen Volks schon seit lange gegen die Politik seiner Regierungen herrschte, wurde jetzt durch den Widerstand, welchen die mächtigsten unter ihnen der Einführung der Reichsverfassung entgegensetzten, noch vermehrt. Die Meinung, daß die deutschen Fürsten unversöhnliche Gegner der Freiheit und dem Geist des modernen Staats- und Völkerlebens durchaus fremd seien, und die Ablehnung der Kaiserkrone von Seiten des Königs von Preußen, wodurch die letzte Hoffnung auf eine bessere Zukunft vernichtet zu sein schien, rief eine fieberhafte Stimmung hervor, die überall fühlbar wurde, aber vornehmlich in Sachsen und im südwestlichen Deutschland zu blutigen Ausbrüchen führte. Allerdings war von den deutschen Regierungen vieles versäumt und verschuldet worden, am meisten dadurch, daß sie erst im letzten Augenblick, als ihnen die Fluth der Märzbewegung über den Kopf zu steigen drohte, an eine staatliche Wiederbelebung Deutschland's gedacht hatten. Aber auch das Verhalten der Massen war nichts weniger als mustergültig, und stellte durch den Wechsel von wilder Selbsthülfe und mattherziger Rathlosigkeit ein trauriges Bild der Entartung dar. Wenn die, welche an die Möglichkeit eines einigen und freien Deutschland's glaubten, und es war dies damals die instinktartige Ueberzeugung der großen Mehrheit, ihre Forderungen einmüthig, ernst und furchtlos dargethan hätten, so würden sie auch ohne äußere Gewalt, durch die moralische Stärke einer solchen Kundgebung ihren Willen durchgesetzt haben. Statt dessen ließen sich die Massen von beschränkten Fanatikern zu maßlosen Uebertreibungen,

zu unaufhörlichen Tumulten und Ausschweifungen aller Art verleiten, die das Gefühl des Rechts in ihnen schwächten und von Neuem den Vorwand zu ihrer Unterdrückung boten. Obgleich in Deutschland, bei seinen, eines großen Volks so unwürdigen öffentlichen Zuständen, die innere Gährung überall dieselben äußeren Zeichen annahm, so bestand dennoch keine bestimmte Verbindung zwischen den Volksbewegungen in den einzelnen Gegenden. Ein nationaler Bund unter den vaterländisch Gesinnten aller Stände und aller Landestheile zu dem Zweck der Einheit und Freiheit Deutschland's errichtet, unter anderen Formen und für ein anderes Ziel, aber mit derselben Eintracht und Festigkeit aufrecht erhalten, wie man dies bei einigen großen Veranlassungen in England gesehen hat, würde seine Wirkung nicht verfehlt haben, weil es keine Regierung giebt, die der von der Mehrheit ihrer Unterthanen nachdrücklich und übereinstimmend dargelegten Gesinnung auf die Dauer widerstehen kann. Dazu hätte aber bei den Leitern eines solchen Bundes eine Einmüthigkeit, Mäßigung und Opferbereitwilligkeit, und bei der Menge eine Ausdauer, Selbstbeschränkung und Richtung aller Kräfte auf den vorgesetzten Zweck gehört, die damals in Deutschland äußerst selten war. Statt dessen sah man überall ungeregelte Gährung, unbestimmte Zielpunkte, Selbstüberhebung und Ohnmacht zu einem hoffnungslosen Ganzen gemischt.

Sachsen war mit radikalen Elementen, zum Theil aus Schuld der Schwäche und Halbheit seiner Regierung, noch mehr als andere deutsche Staaten, Baden ausgenommen, angefüllt. Die Kammer, die unter dem Einfluß der in allen größeren Städten des Landes für Robert Blum abgehaltenen Todtenfeier, gewählt worden, steuerte ganz offen auf eine deutsche Republik hin. Sie beschloß eine progressive Einkommensteuer, Auflösung des Heeres, Wahl aller Beamten durch das Volk, allgemeine Volksbewaffnung. Am 28. April löste der König Friedrich August diese Kammer auf. Im Ministerium, das im Ganzen das revolutionaire Treiben einmüthig bekämpfte, fand insofern eine Meinungsverschiedenheit statt, als ein Theil desselben für Einführung der Reichsverfassung, als ein Mittel der Beruhigung für die Massen war, ein anderer aber an der Souverainetät der Einzelstaaten und dem Vereinbarungsprincip festhielt. Der Minister des Auswärtigen von Beust, und der Kriegsminister Oberst Rabenhorst waren letzterer Ansicht zugethan, und das Ministerium ward in diesem Sinne umgestaltet. Die Auflösung der demokratischen Kammer und die Weigerung der Regierung, die Reichsverfassung einzuführen, brachte die längst vorhandene Unzufriedenheit

zum Ausbruch. Der König hatte die Anträge der bedeutendsten städtischen Korporationen des Landes, der Universität Leipzig und vieler politischen Vereine auf Einführung der Reichsverfassung entschieden abgelehnt. Die Volkspartei wollte diese Anerkennung mit den Waffen in der Hand erzwingen. Am 3. Mai kam es zwischen der Kommunalgarde, Freischaaren aus der Umgegend, Bergleuten aus dem Erzgebirge, die in Dresden zusammengezogen waren, auf der einen und den Truppen auf der anderen Seite zu einem Zusammenstoß, in welchem letztere anfänglich wenig ausrichteten, bis einheimische Verstärkung aus Leipzig und fremde Hülfe aus Berlin herbeikam. In der Nacht vom 3. zum 4. Mai war der König mit seiner Familie nach dem Königsstein entflohen. Alsbald trat eine provisorische Regierung, aus Tschirner, Heubner und Todt bestehend, zusammen. Ein ehemaliger russischer Officier, Namens Bakunin, leitete den Aufstand. Die bewaffnete Menge wehrte sich anfänglich hartnäckig, unterlag aber zuletzt der Taktik und Disciplin der Truppen und den Wirkungen ihres Geschützes, an dem es den Aufständischen fehlte. Am 9. Mai war der Kampf beendigt und die Stadt unterworfen. Es hatte sich in Dresden im Kleinen wiederholt, was in Wien ein halbes Jahr vorher im Großen geschehen war. Der Widerstand einer einzigen Stadt, ohne daß das ganze Land an ihm Theil nahm, mußte bald erliegen. Der Verlust war, ungeachtet man sich mehre Tage lang geschlagen hatte, besonders auf Seite der Truppen äußerst gering, indem diese, Preußen und Sachsen zusammengenommen, nur 31 Mann verloren. Sie hatten meist in gedeckter Stellung gefochten. Von dem Volke waren 178 geblieben. Bakunin und Heubner wurden auf der Flucht gefangen genommen. Obgleich einer gewissen Partei, die sich an dem Aufstande in Dresden betheiligte, republikanische und kommunistische Tendenzen nicht fremd gewesen sein mögen, so war doch im Ganzen für Durchführung der Reichsverfassung, also um eines an und für sich keineswegs verwerflichen Zweckes willen gekämpft worden. Das schwankende Verhalten der Regierung konnte der Menge als selbstsüchtig und treulos, und ihre eigene Erhebung als eine verdienstliche Handlung erscheinen. Die Agitation für Einführung der Reichsverfassung war weit verbreitet. In Köln traten am 8. Mai die Abgeordneten von 303 rheinländischen Gemeinden zusammen, um sich für die Reichsverfassung zu erklären. Am 19. geschah dasselbe in Königsberg, aber nur von 22 Gemeinden. Ein westphälischer Städtetag, nach Münster einberufen, kam, nicht aus Mangel an Eifer, sondern wegen polizeilicher Verhinderungen, nicht zu Stande. Diese Kundgebungen bewirkten, daß die

Landwehr an vielen Orten den Dienst verweigerte, als sie gegen die Aufständischen geführt werden sollte. Denn die Verfechter der Reichsverfassung schienen ihr im Recht zu sein. Vom 6. Mai an brachen Aufstände in Elberfeld, Crefeld, Neuß, Hagen, Düsseldorf, Iserlohn aus, die durch preußische Truppen unter General Hanneken unterdrückt wurden. In Iserlohn war auf beiden Seiten mit großer Erbitterung gekämpft worden. Franken war ebenfalls heftig erregt und in Nürnberg sprach sich eine große Volksversammlung nachdrücklich für die Reichsverfassung aus.

Alle diese Unruhen wurden durch eine geringe Anzahl Truppen leicht besiegt, oder erloschen aus Mangel an bewegender Kraft von selbst. Aber im südwestlichen Deutschland, wo die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden am verbreitetsten war, und wo im März des vorigen Jahres die deutsche Revolution begonnen hatte, brach ein Aufstand aus, der in sich wenig Gehalt und Stärke besaß, aber anfangs von den Umständen begünstigt, sich mehr als anderswo verbreitete, und zu dessen Unterdrückung ein ganzes Heer aufgeboten werden mußte. Am 1. Mai wurde in einer großen Volksversammlung zu Kaiserslautern in der Pfalz der bayerischen Regierung der Gehorsam aufgekündigt und die Entrichtung der Steuern an sie verboten, weil sie die Reichsverfassung nicht anerkannt hatte. Am folgenden Tage erklärte sich der sogenannte Landesausschuß der demokratischen Vereine zu einer provisorischen Regierung, die keinen Widerstand fand, da die Soldaten sich auf Seite des Volkes schlugen und die Behörden wie gelähmt waren. Der Abgeordnete Eisenstuck wurde von Frankfurt aus zur Beilegung der Unruhen nach der Pfalz geschickt, überschritt aber seine Vollmachten, indem er die Beschlüsse der provisorischen Regierung anerkannte, und mußte vom Reichsministerium abberufen werden. Ein ehemaliger österreichischer Officier, Fenner von Fennenberg, der sich an der Wiener Revolution, aber ohne Beweise von Muth und Befähigung zu geben, betheiligt hatte, wurde an die Spitze der pfälzischen Freischaaren gestellt, aber bald wieder entlassen und durch einen Weinreisenden, Namens Blencker *), ersetzt, der sich durch einen kühnen Handstreich Ludwighafens bemächtigt hatte. Die bayerischen Festungen Landau und Germersheim blieben der Regierung erhalten, obgleich viele einzelne Soldaten zu den Aufständischen übergingen.

---

*) Blencker befehligt jetzt (1862), im Kriege der amerikanischen Nordstaaten gegen die Südstaaten, eine Division im Heer der ersteren.

Die pfälzische Bewegung schlug bald nach Baden über. Hier hatte die Regierung, obgleich im Ganzen freisinnig, so weit es in Deutschland vor 1848 möglich gewesen, aber einem unruhigen, reizbaren Volksgeist gegenübergestellt, den sie weder zu zügeln noch zu befriedigen vermochte, durch die Widersprüche in ihrem Verhalten, indem sie bald vorwärts bald rückwärts ging, sich um Ansehen und Vertrauen gebracht. Das stehende Heer, seit dem März 1848 die einzige Schutzwehr der deutschen Regierungen gegen die hochgehenden Wogen der Revolution, war in Baden während des langen Friedens in Verfall gerathen, und jetzt zerrüttet und in innerer Auflösung begriffen. Ein freies moralisches Band zwischen den Officieren und ihren Untergebenen hatte daselbst nie bestanden, und das erzwungene Band, die militairische Disciplin, war durch den Einfluß der revolutionairen Ideen auf die Unterofficiere und Soldaten, gelöst worden. Zwar hatten die badischen Truppen im vorhergehenden Jahr gegen die Hecker'schen und Struve'schen Freischaaren Stand gehalten, aber auch nicht mehr als durchaus nothwendig war gethan. Seitdem war aber der Geist in den unteren Schichten des Heeres durch die Schwäche der Regierung, die schwankende Lage der Dinge und die Künste der Verführung, welche die Demagogen besonders in der Presse anwandten, ein viel schlimmerer geworden. Die in einer revolutionairen Flugschrift ausgesprochene Drohung: „Man müsse die Soldaten lehren auf ihre Officiere statt auf ihre Brüder zu schießen" — fing an eine gefährliche Bedeutung zu gewinnen. In Rastadt lagen, obgleich es eine Bundesfestung war, außer einer kleinen Abtheilung österreichischer Artillerie, nur badische Truppen. Unter diesen brach am 9. Mai die erste Meuterei aus. Es fand daselbst eine Versammlung auf dem Exercirplatz statt, wo Unterofficiere und Soldaten über ihre Rechte und Pflichten, und die Mittel denselben Geltung zu verschaffen verhandelten. Die Bürgerwehr nahm Theil und verbrüderte sich mit dem Kriegsvolk. Einige verhaftete Soldaten wurden mit Gewalt befreit. Alle Wirthshäuser waren voll, denn die Soldaten wurden auf Kosten des revolutionairen Theils der Bürgerschaft frei gehalten. Der Hang zur Völlerei, ohnedies schon verbreitet, fand eine ungemessene Befriedigung. Die Zusammenkünfte der Soldaten wurden von jetzt an ein Mittelding zwischen einem revolutionairen Klub und einem Trinkgelage. In den folgenden Tagen nahmen die Unordnungen und Gewaltthätigkeiten zu. Das Haus des verhaßten Oberst Pieron wurde zerstört, nachdem er selbst und mehre Officiere gemißhandelt worden. Der von Karlsruhe herbeigeeilte, sonst persönlich beliebte Kriegsminister, General

Hofmann, konnte die Ordnung nicht wieder herstellen und mußte flüchten. Aehnliches geschah in Bruchsal, wo Struve aus seiner Haft befreit, in Freiburg und Lörrach, an welchem letzteren Orte der Oberst von Rotberg von seinen eigenen Leuten schwer verwundet wurde. Auch diese Tumulte einer rohen Soldateska wollten sich einen politischen Anstrich geben, indem bei ihnen immer die Durchführung der Reichsverfassung zum Vorwand genommen wurde, was aber hier nicht denselben Sinn wie in Dresden haben konnte, da die badische Regierung dieselbe bereits anerkannt hatte. Diese Militairaufstände waren aber gewissermaßen nur die Einleitung zu den weiteren und stärkeren Ausbrüchen des revolutionairen Geistes. Am 13. Mai fand in Offenburg eine große Volksversammlung statt, die von dem „provisorischen Landesausschuß der Volksvereine in Baden", der in Mannheim seinen Sitz hatte, angesagt und vorbereitet worden war. Daselbst wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Durchführung der Reichsverfassung; Bündniß mit der bayerischen Pfalz; Rücktritt des gegenwärtigen Ministeriums; Aufhebung der bisherigen Ständekammern, und Berufung einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen verfassunggebenden Landesversammlung; unentgeldliche Aufhebung sämmtlicher Grundlasten; Einführung einer progressiven Einkommensteuer; Wahl der Officiere durch die Soldaten; Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr; Rückkehr der politischen Flüchtlinge und Freilassung der politischen Gefangenen. Von dem Großherzog Leopold war nicht die Rede, obgleich er in seinem Lande bisher sehr beliebt gewesen und dies auch verdient hatte. Denn die Abstellung der vorhandenen Mißbräuche und Mängel hatte nicht in seiner Macht gelegen. Sie waren leider in den allgemeinen deutschen Verhältnissen begründet gewesen. Es war schon in Offenburg von Einführung der Republik die Rede gewesen. Aber die Führer der Bewegung hatten, mit Ausnahme einiger wenigen besonders exaltirten Demagogen, sich dagegen erklärt, und es war manchen unter ihnen vor der Steigerung des revolutionairen Geistes selbst bange geworden. Aber einmal in seine Wirbel hineingerissen war es ihnen, wie fast immer der Fall ist, unmöglich geworden, sich ihm wieder zu entziehen. An demselben Tage, an welchem in Offenburg jene radikalen Beschlüsse gefaßt worden, war in Karlsruhe der entscheidende Schlag gefallen. Dort empörte sich die Garnison, zerstörte eine Kaserne, verwüstete die Wohnung des Oberst Holz, der mit genauer Noth mit dem Leben davon kam, tödtete den Rittmeister von Laroche, und wollte das Zeughaus erstürmen, das aber von der Bürgerwehr mit rühmlicher Ausdauer vertheidigt wurde. In der

darauf folgenden Nacht entfloh der Großherzog mit seiner Familie, anfänglich von einer Abtheilung Dragoner und einiger Artillerie begleitet, und konnte nur auf Umwegen, da das ganze Land im Aufstand begriffen war, sich in Sicherheit setzen. Den anderen Tag zog Brentano mit dem Landesausschuß, von einem Regiment Infanterie und zahlreichen Freischaaren begleitet, in Karlsruhe ein. Minister, Deputirte, Behörden, alles war entflohen, verstummt oder unsichtbar geworden. Brentano gab sich das Ansehen, als sei er zum Schutz der Bevölkerung gekommen, und übernahm die öffentliche Gewalt im Namen des Großherzogs, ohne dessen Vollmacht und trotz der Gegenerklärungen, welche derselbe bald nachher erließ.

Das Frankfurter Parlament glaubte, da die von ihm beschlossene Reichsverfassung so häufig gegen die Regierungen angerufen wurde, an eine Bedeutung und Macht von seiner Seite, die nur noch ein aus der Bewegung von 1848 herübergekommener Nimbus war, dessen Leerheit unmöglich lange mehr verborgen bleiben konnte. Es hielt hartnäckig an der Meinung fest, daß die Revolution noch immer von den Fürsten, wie zur Zeit des Vorparlaments und im Anfange seiner eigenen Sitzungen gefürchtet werde, und ließ die sonst leicht zu erkennenden Zeichen der in der Lage der Dinge eingetretenen Veränderung außer Acht. Die Linke erklärte in ihren Reden diejenigen Regierungen, welche die Reichsverfassung nicht angenommen hatten, für Empörer, und drohte gegen dieselben mit Waffengewalt vorgehen zu wollen. Neben der Nationalversammlung tagten in Frankfurt die von der Linken geleiteten Märzvereine, so genannt, um an die Begeisterung im März 1848 zu erinnern, die einen von Fröbel und Ravaux unterzeichneten Aufruf an das deutsche Volk zur Ergreifung der Waffen gegen die Regierungen erließen. Gagern, von der Linken auf das heftigste angegriffen, weil er der eben in Sachsen ausgebrochenen Revolution die Reichshülfe zu leisten versagte, und von dem Reichsverweser nicht unterstützt, trat aus dem Reichsministerium (9. Mai). Am folgenden Tage erklärte die Nationalversammlung auf Antrag des Abgeordneten von Reden mit 188 gegen 147 Stimmen, daß das unbefugte Einschreiten preußischer Truppen in Dresden einen schweren Reichsfriedensbruch enthalte, dem mit allen zu Gebot stehenden Mitteln entgegenzutreten sei, daß sie alle Bestrebungen des deutschen Volks und seiner Vertreter zur Durchführung der Reichsverfassung unter ihren Schutz nehme, und forderte die Centralgewalt zur Ausführung dieses Beschlusses auf.

Der König von Preußen hatte unterdessen durch Radowitz eine

Unionsakte entwerfen und bekannt machen lassen. Man hoffte auf diese Art den engeren Bund mit Preußen an der Spitze, der Gagern in Frankfurt nicht gelungen war, in Berlin durchsetzen zu können. Gagern blieb jetzt nichts übrig als sich den Planen zuzuwenden, welche von Preußen für die Herstellung eines engeren Bundesstaats zu erwarten waren. Bassermann, der als Reichskommissarius nach Berlin gesandt worden, um dort die Annahme der Reichsverfassung zu befürworten, für die er selbst als Abgeordneter und Unterstaatssekretair so lange thätig gewesen, erkannte jetzt die Vergeblichkeit dieser Bestrebungen, und sprach sich nach seiner Rückkehr für die Verfassung, über welche so eben die Minister von Preußen, Sachsen und Hannover in Berlin unterhandelten, und für eine „freie Vereinbarung" zwischen Fürsten und Völkern aus. Mit so überzeugenden Gründen er auch die Nothwendigkeit dieser neuen Richtung darzulegen wußte, so wollte die Linke doch um keinen Preis darauf eingehen, und lieber alles auf das Spiel setzen. Als Antwort auf die Annahme des Reden'schen Antrages rief die preußische Regierung die ihrem Lande angehörigen Abgeordneten aus der Paulskirche ab, und erließ am folgenden Tage ein Proklamation, die neue Zusicherungen für die Zukunft enthielt. Friedrich Wilhelm IV. sagte unter Anderem darin: „Meine Regierung hat mit den Bevollmächtigten der größeren deutschen Staaten, welche sich mir angeschlossen, das in Frankfurt begonnene Werk der deutschen Verfassung wieder aufgenommen. Diese Verfassung soll und wird der Nation in kürzester Frist gewähren, was sie mit Recht verlangt und erwartet: ihre Einheit dargestellt durch eine Exekutivgewalt, die nach außen den Namen und die Interessen Deutschland's würdig und kräftig vertritt, und ihre Freiheit, gesichert durch eine Volksvertretung mit legislativer Befugniß. Die von der Nationalverfassung entworfene Reichsverfassung ist hierbei zu Grunde gelegt, und sind nur diejenigen Punkte derselben verändert worden, welche, aus den Kämpfen und Zugeständnissen der Parteien hervorgegangen, dem wahren Wohl des Vaterlandes entschieden nachtheilig sind. Einem Reichstage, aus allen Staaten hervorgegangen, die sich dem Bundesstaat anschließen, wird diese Verfassung zur Prüfung und Zustimmung vorgelegt werden." — Welcher Unstern muß über Deutschland's Angelegenheiten walten, daß von diesen Zusicherungen, in deren Aufrichtigkeit kein Zweifel zu setzen ist, bis jetzt (1862) auch nicht das Geringste in Erfüllung gegangen ist! —

Der Reichsverweser, von den langen und vergeblichen Anstrengungen seiner Amtsführung ermüdet und entmuthigt, sagte sich jetzt von den

Ideen von 1848 und den Bedingungen seiner Stellung los. Er war Patriot genug, um eine politische Regeneration Deutschland zu wünschen, aber weder die von der Nationalversammlung beschlossene, noch die von Preußen gebotene Verfassung sagte ihm zu. Er wandte sich jetzt, da er eine Umgestaltung der deutschen Zustände, im Sinne der Einheit, Größe und Freiheit des deutschen Volkes, auf lange hinaus für unmöglich hielt, wieder dem partikularistischen Standpunkte eines österreichischen Prinzen zu. Er ernannte ein Ministerium Detmold-Grävell, dessen Mitglieder von jeher Gegner der preußischen Richtung, des Kaiserthums, der deutschen Einheit gewesen, von denen einige sogar für Anhänger des vormärzlichen Systems galten. Die Nationalversammlung nahm die Ernennung dieses Ministeriums als einen Hohn gegen sie auf, und antwortete darauf mit dem Beschluß, daß ein Reichsstatthalter gewählt werden solle, der der Verfassung gemäß den Reichstag einzuberufen habe. Da die Nationalversammlung nicht mehr die Macht hatte eine so herausfordernde Maßregel durchzusetzen, so beschleunigte sie dadurch nur ihren eigenen Untergang. Gagern und seine Anhänger begriffen endlich, daß ihnen nur der Bürgerkrieg oder der Austritt übrig geblieben. Ersterer war hoffnungslos, und hätte der Vergangenheit und den Grundsätzen dieser Partei widersprochen. Am 21. Mai legten neunzig Mitglieder der Versammlung, unter ihnen Gagern, Dahlmann, Beseler, Moritz Arndt, Droysen, ihr Mandat nieder. An demselben Tage wurden die sächsischen Abgeordneten abgerufen. Am 23. Mai traten noch einige vierzig Mitglieder der Rechten, unter ihnen Friedrich von Raumer, am 26. Mai Welcker und seine Freunde aus.

Die Nationalversammlung war jetzt nur noch ein Schatten von dem was sie früher gewesen. Die meisten politischen Notabilitäten waren ausgeschieden, aber es war in ihr noch immer eine Partei vorhanden, die an die Möglichkeit einer allgemeinen Erhebung des Volks glaubte, wenn demselben das Zeichen dazu von seinen unerschüttert gebliebenen Vertretern gegeben würde. Um freie Hand zu weiteren Unternehmungen zu haben, mußten die, welche die Revolution nicht für völlig gescheitert hielten, an einen anderen Sitzungsort als Frankfurt denken, wo der Reichsverweser und sein Ministerium jedem Beschlusse ihr Veto entgegensetzten, und demselben durch Herbeiziehung von Truppen Nachdruck verschaffen konnten. Nach Baden wollte man nicht gehen, weil dies einer offenen Betheiligung am Bürgerkriege gleichgekommen wäre, und die Nationalversammlung sich immer noch das Ansehen geben wollte, eine über den Parteien stehende gesetzgebende Macht zu sein. Stuttgart

wurde als der schicklichste Ort zur Fortsetzung der Sitzungen auserkoren, weil dort die Reichsverfassung anerkannt, zugleich aber der äußere Friede bewahrt war. Die Verlegung war nur mit 71 gegen 64 Stimmen entschieden worden. Zu den Gegnern des Beschlusses, die es aber für ihre Pflicht hielten, sich von der Majorität nicht zu trennen, gehörten: Uhland, Schott, Temme, Venedey u. s. w. Die Nationalversammlung hatte sich vorher noch für beschlußfähig erklärt, wenn auch nur hundert ihrer Mitglieder anwesend wären. Am 30. Mai 1849, Nachmittags zwischen zwei und drei Uhr, verließen die letzten Abgeordneten die Paulskirche, um sie nie wieder zu betreten. Am 6. Juni hielten sie ihre erste Sitzung in Stuttgart. Die Stuttgarter Bürgerwehr bildete das Spalier, durch das die Abgeordneten vom Rathhaus aus nach dem ihnen geöffneten Saal der württembergischen Ständekammer hinzogen. Am Abend ernannten sie eine Reichsregentschaft von fünf Mitgliedern: Raveaux, Vogt, Simon aus Breslau, Schüler und Becher. Die Nationalversammlung sprach dann die Absetzung des Reichsverwesers aus, forderte alle deutschen Heere zur Anerkennung ihrer Befehle auf, und verlangte von der württembergischen Regierung mit Geld und Mannschaft unterstützt zu werden. Aber das württembergische Ministerium, obgleich ein zur Nationalversammlung gehörendes Mitglied, Römer, an seiner Spitze stand, war nicht geneigt, diesem Ansinnen zu willfahren, und seine Weigerung wurde von der württembergischen Ständeversammlung und denen, welche mit dem allgemeinen Zustande Deutschland's näher bekannt waren, gebilligt. Indessen wagte man doch nicht, die Frage, ob die Nationalversammlung noch zu Recht bestehe, im verneinenden Sinne zu entscheiden. Denn die Schuld ihrer verringerten Anzahl konnte ihr nicht beigemessen werden, da die fehlenden Abgeordneten nicht freiwillig, sondern auf Befehl ihrer betreffenden Regierungen ausgetreten waren. Sie war, wenn man sie auch nicht für souverain gelten lassen wollte, doch nie den deutschen Regierungen für untergeordnet erklärt worden. Sie hatte mit ihnen auf dem Fuß der Gleichheit unterhandelt, und konnte deshalb von ihnen dem Recht nach nicht aufgelöst werden. Die württembergische Regierung stellte sich aber auf den Boden der Thatsachen, wie dies von ihrem Standpunkt aus das allein Vernünftige und Mögliche war, und erklärte, das Land um der schwachen Ueberreste der Nationalversammlung willen, nicht dem Unglück eines äußeren Angriffs und innerer Erschütterungen Preisgeben zu dürfen. Denn in Württemberg sah es sehr unruhig aus. Aus Stuttgart selbst und einer großen Anzahl von Gemeinden und Volksvereinen liefen Adressen an

die Nationalversammlung ein, welche ihr Schutz und Beistand anboten. Indessen hielten die Truppen zur Regierung, und dies gab derselben den Muth, die Nationalversammlung zur Einstellung ihrer Sitzungen aufzufordern, und das Lokal derselben schließen zu lassen. Am 18. Juni, Nachmittags um drei Uhr, setzte sich die Nationalversammlung in feierlichem Zuge von dem Hotel Marquardt, wo ihre Mitglieder zusammenzukommen pflegten, nach ihrem Sitzungssaal, zu dem neuerdings ein Reithaus eingerichtet worden, in Bewegung. Voran ging der Präsident der Versammlung, Löwe von Kalbe, von dem seit Goethe's Tode beliebtesten deutschen Dichter, Uhland, und von dem Prokurator Schott, dem ältesten und bewährtesten der württembergischen Freisinnigen, begleitet. Fußvolk und Reiterei hatte die Wege zum Sitzungslokal abgesperrt und drängte die Abgeordneten mit Gewalt zurück, wobei es nicht an Beleidigungen gegen einzelne derselben fehlte. Die Abgeordneten mußten, von der vorrückenden Reiterei fort und fort gedrängt, auseinander getrieben und versprengt, zuletzt in einzelnen Häusern Schutz suchen. Wie zwecklos auch dieses letzte Auftreten des deutschen Parlaments erscheinen mag, es stellte, wenn auch in verkleinerter Gestalt, immer noch das deutsche Vaterland und einen in den Augen des Patrioten ehrwürdigen Namen dar, und hätte deshalb selbst in seinem Verfalle noch Ansprüche auf Schonung und Achtung gehabt. Die Ueberreste jener großen Versammlung handelten ohne Zweifel unklug, indem sie bis zum letzten Augenblick an ihrem Recht festhalten wollten. Wenn man aber sonst die unwandelbare Treue für eine unglückliche Sache für edel und rühmlich hält, so begreift man nicht, warum es in diesem Falle anders sein sollte. Der Muth, mit dem diese Versammlung in den letzten Augenblicken, von aller Welt verlassen, ihrem tragischen Verhängniß zu widerstehen suchte, wird ihr in den Augen der Nachwelt nicht zur Unehre gereichen.

Nachdem die preußische Regierung ihre Landesangehörigen aus der Paulskirche abgerufen, brauchte sie auf die Nationalversammlung keine Rücksicht mehr zu nehmen, aber die königliche Proklamation vom 15. Mai legte ihr die Verpflichtung auf, die politische Regeneration Deutschland's, wenigstens derjenigen Theile, die sich ihrer Leitung anvertrauen würden, jetzt selbst in die Hand zu nehmen. Sie zeigte aber bei diesem Werk so wenig Umsicht und Ausdauer, daß man zuweilen zu der Annahme versucht wird, daß es ihr damit überhaupt kein wahrer Ernst gewesen, oder daß sie von Hause aus an dem Gelingen des Plans gezweifelt habe. Anstatt den engeren Bund zu Stande zu bringen, und

dann mit Oesterreich über seine Stellung zu demselben zu unterhandeln, schlug man in Berlin den umgekehrten Weg ein. Der vormärzliche Minister, General von Canitz, wurde nach Wien gesandt, um über die Union Oesterreich's mit dem engeren Bundesstaat Preußen's Ansichten mitzutheilen. Man antwortete demselben dort ganz einfach, daß man sich über das Verhältniß zu einem Bundesstaat, der noch gar nicht vorhanden sei, nicht aussprechen könne (16. Mai). Ueber den Bundesstaat selbst werde Oesterreich sich bei den Berliner Konferenzen erklären. Hierauf erneuerten die beiden Kabinette die schon früher gemachten Vorschläge: Oesterreich über die Errichtung eines Direktoriums, um an Deutschland's Spitze zu stehen, Preußen über die Bildung eines engeren Bundes, was aber zu keinem Ergebniß führte. Nach vierzehntägigen Unterhandlungen wurde General Canitz abgerufen (25. Mai).

Unterdessen hatten die Konferenzen in Berlin ihren Anfang genommen, und dauerten vom 17. bis 26. Mai ununterbrochen fort. Aber nur Bayern, Sachsen und Hannover, welche die Reichsverfassung nicht anerkannt hatten, betheiligten sich an ihnen. Der österreichische Bevollmächtigte, von Prokesch-Osten, war nur in der ersten Sitzung anwesend, und erklärte dann, daß ein Verfassungsentwurf für einen engeren Bund, in welchem Oesterreich keinen Platz einnehmen solle, dasselbe auch nicht berühren könne. Bayern folgte Oesterreich's Beispiel und zog sich ebenfalls zurück. Dasselbe war gegen die Reichsverfassung gewesen, weil sie Preußen an die Spitze stellte, und verwarf jetzt aus demselben Grund den engeren Bund. Hannover und Sachsen hielten damals zu Preußen, aber mehr um an demselben bei möglichen revolutionairen Bewegungen einen Schirm zu haben, als aus Liebe zur deutschen Sache, und schlossen mit ihm am 28. Mai das sogenannte Dreikönigsbündniß, jedoch nur als Provisorium auf ein Jahr, bis zum 1. Juni 1850. Die Grundbestimmungen desselben waren: allen Mitgliedern des deutschen Bundes steht der Beitritt zu dem Dreikönigsbündniß frei. Preußen erhält die militairische und diplomatische Leitung des Bundes. Der wichtigste Artikel des Statuts, Art. 4, lautete: „Um den ernsten Willen zu bethätigen, die Verhältnisse Deutschland's in Zukunft nach den Bedürfnissen der Zeit und den Grundsätzen der Gerechtigkeit zu ordnen, verpflichten sich die Verbündeten, dem deutschen Volk eine Verfassung nach Maßgabe des unter ihnen vereinbarten und diesem Vertrage anzuschließenden Entwurfs zu gewähren. Sie werden diesen Entwurf einer lediglich zu diesem Zweck zu berufenden Reichsversammlung vorlegen. Abänderungen, welche von dieser Reichsversammlung

beantragt werden, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Verbündeten. Dieselben behalten sich vor, über Zeit und Ort der Reichsversammlung, so wie über die Form der Berufung das Weitere festzusetzen." — Ein anderer Artikel betraf die Einsetzung eines provisorischen Bundesschiedsgerichts, zu dessen Sitz Erfurt bestimmt war, und dessen Entscheidung sich sämmtliche Mitglieder des Bundes unterwerfen sollten. Dem Statut beigefügt waren der Entwurf zu einer Verfassung für den deutschen Bundesstaat, und der Entwurf zu einem Wahlgesetz für den künftigen Reichstag. Der Verfassungsentwurf schloß sich fast durchgängig der viel getadelten Frankfurter Reichsverfassung an. Der Ausdruck „Reich" war darin auf den engeren Bund übergetragen. Nur hieß das Oberhaupt nicht Kaiser, sondern: Reichsvorstand; aber letztere Würde wurde, wie in Frankfurt die des Kaisers, mit der preußischen Krone verbunden. In zwei wichtigen Punkten wich jedoch der Entwurf zu dem engeren Bundesstaat von der Frankfurter Reichsverfassung ab. Die Regierung des Reichs sollte nämlich nicht von dem Reichsvorstand allein, sondern von letzterem an der Spitze eines Fürstenkollegiums geführt werden. Das Fürstenkollegium sollte aus sechs Stimmen bestehen, nämlich: Preußen; Bayern; Sachsen mit den thüringischen Staaten und Anhalt; Hannover mit den norddeutschen Staaten; Württemberg, Baden, Hohenzollern und Lichtenstein; die drei Hessen, Luxemburg, Limburg, Nassau, Waldeck, Lippe, Frankfurt a. M. Der Reichstag war in zwei Kammern getheilt. Er übte mit dem Fürstenkollegium die gesetzgebende Gewalt aus. Der Form nach schien in diesem Verfassungsentwurf das allgemeine Wahlrecht beibehalten, die besondere Art und Weise der Wahl war aber dem Princip der Gleichberechtigung ganz entgegen.

Oesterreich und Bayern sahen mit mißtrauischen Blicken auf diesen Versuch Preußen's, unter etwas anderen Namen und Formen als bei Annahme der Frankfurter Reichsverfassung der Fall gewesen sein würde, die Leitung Deutschland's in die Hand zu nehmen. Der bayersche Minister von der Pfordten reiste nach Wien, um Bayern eng mit Oesterreich zu verbinden. Fürst Schwarzenberg erklärte jetzt ohne Umschweife, was von ihm bisher nur angedeutet worden, daß er ein deutsches Reich und Parlament nicht mehr aufkommen lassen werde. Nach ihm sollte Deutschland einfach zum alten Bundestag unter Oesterreich's Vorsitz zurückkehren. Was dem österreichischen Minister damals eine so große Zuversicht einflößte, war die Wiedereroberung Oberitalien's, und die Aussicht mit Rußland's Hülfe auch Ungarn zu überwältigen. In

seinem Siegesrausch ahnte Schwarzenberg nicht, daß die von ihm befolgte Politik Oesterreich's innere Verlegenheiten vermehren, und in nicht gar ferner Zeit neue Kriegsstürme gegen dasselbe herbeiziehen werde.

Die preußische Regierung konnte nicht, wie die österreichische, daran denken, das begonnene Verfassungswerk ganz ruhen zu lassen, denn sie würde in diesem Falle, von den Schwierigkeiten im Inneren abgesehen, alle Sympathien in Deutschland verscherzt haben. Oesterreich verließ sich bei seinem Streben, wieder an Deutschland's Spitze zu treten, auf sein so lange anerkannt gewesenes Recht auf diese Stellung, auf den Einfluß der katholischen Ideen, die es als ihren Beschützer ansehen, und die Besorgniß der Mittelstaaten, daß Preußen daran arbeite, ihre Selbstständigkeit zu untergraben. Preußen durfte aber, wenn es die Hegemonie in Deutschland erringen wollte, mit den konstitutionellen Formen nicht völlig brechen, da sie im Geist der Zeit liegen, und von dem deutschen Volk gefordert wurden. Es wollte aber den Principien von Volksvertretung, Wahlrecht, gesetzlicher Gleichheit u. s. w., ohne sie in der Theorie zu verwerfen, bei sich so wenig praktische Anwendung und Bedeutung als möglich zugestehen. Die preußischen Kammern waren, wie oben erwähnt worden, am 27. April aufgelöst worden, da sie die Durchführung der Reichsverfassung, die Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin beantragt und sich überhaupt nicht fügsam genug gezeigt hatten. Blieb das bisherige Wahlgesetz, so erhielt man auch dieselbe Volksvertretung wieder. Es wurde deshalb wie früher eine neue Verfassung, so jetzt ein neues Wahlgesetz octroyirt, das in den Grundlagen mit dem übereinstimmte, das für den in Aussicht gestellten Reichstag des engeren Bundes erlassen worden war. Angeblich geschah dies in der Absicht, um die preußische Gesetzgebung der des Bundesstaats so gleichartig als möglich zu gestalten. Die geheime Abstimmung ward in eine öffentliche verwandelt, und die Wähler wurden nach Maßgabe ihres Steuerbetrages in drei Klassen eingetheilt, von denen jede ein Drittheil der zu wählenden Wahlmänner und Abgeordneten ernennen sollte. Der einseitige Ursprung des Dreiklassensystems was die Form, und das geschmälerte Wahlrecht was den Inhalt betrifft, veranlaßte die angesehensten Führer der demokratischen Partei zu einer Zusammenkunft in Köthen (11. Juni), auf der beschlossen wurde, sich an den nach diesem Wahlgesetz zu vollziehenden Wahlen nicht zu betheiligen. Dieses unpolitische Verhalten, durch das, um principiell ein Recht zu bewahren, die praktische Anwendung desselben ganz aufgegeben wurde, verhalf den Gegnern der konstitutionellen Entwickelung zu einem vollständigeren

Siege als sonst möglich gewesen wäre, indem dieselben jetzt, da sie in den Kammern die Majorität erlangten, die Verfassung in ihrem Sinne umgestalten konnten.

Was den Muth der Reaktion in Preußen beflügelte, waren die Ereignisse, die unterdessen in der Pfalz und in Baden eingetreten, und größtentheils durch preußische Waffen vollführt waren. Nach der Flucht des Großherzogs Leopold hatte sich die Ordnung im badischen Lande vollkommen aufgelöst. Im Oberlande, von Bruchsal bis zur Schweizergrenze, war schon vor der Ankunft des Landesausschusses in Karlsruhe, die bewaffnete Macht ihrer Fahne untreu geworden, jetzt griff der Abfall der Truppen auch im Unterlande rasch um sich. Mit Ausnahme einer Abtheilung Dragoner, die nach Landau detachirt war, fielen die Unterofficiere und Gemeinen überall der Revolution zu. Die Officiere wurden von den Soldaten verjagt, gemißhandelt, selbst solche, welche vorher beliebt gewesen; es war als ob sich ein allgemeiner Rausch der Mannschaften bemächtigt hätte. Den Truppen, welche den Großherzog Leopold bis Germersheim, von wo sich derselbe nach Lauterburg begab, begleitet hatten, war es nur mit großer Mühe gelungen, bis auf württembergisches Gebiet zu gelangen. Dort löste sich das Korps auf. Die meisten Officiere flohen, die dies nicht konnten, wurden auf jede Art beschimpft. Der Artilleriehauptmann von Großmann, der die sechzehn Kanonen, die er bei sich führte, für den Großherzog nicht retten konnte, erschoß sich.

Die Civilverwaltung löste sich eben so wie das Militairwesen auf. Brentano, der, im Vergleich zu seinen Kollegen, für gemäßigt gelten konnte, suchte einen Rest von Ordnung zu erhalten, indem er die bisherigen Beamten, die nicht besonders unbeliebt waren oder sich nicht freiwillig zurückzogen, in ihren Stellen beließ, sah sich aber in seinen Absichten von der extremen Fraktion der Demokratie gehindert und durchkreuzt, die das Land in die äußerste Verwirrung stürzte. Die Presse überbot an Zügellosigkeit Alles, was in Deutschland noch erlebt worden, und erinnerte an die schlimmsten Zeiten der ersten französischen Revolution. Eine Menge Abenteurer aus Deutschland, der Schweiz, Frankreich, Ungarn, Polen hatten sich in Baden eingefunden und halfen die Anarchie vermehren. Es fehlte der herrschenden Partei nicht an Geld, da in den großherzoglichen Kassen mehre Millionen Gulden vorräthig gewesen, die in einigen Wochen verschleudert wurden. Die ersten Verordnungen der neuen Gewalthaber setzten die flüchtigen Minister ab, lösten die Kammer auf, beriefen auf den 10. Juni eine konstituirende

Versammlung, und befahlen, außer der Bewaffnung aller Gemeinden, die Mobilmachung des ersten Aufgebots, d. h. aller unverheiratheten Männer von 18 bis 30 Jahren. Es wurden Kriegskommissarien für die militairische Organisation und Civilkommissarien für Polizei und Verwaltung ernannt, die oft auf das drückendste und willkührlichste schalteten. Alle diese Beschlüsse und Formen waren der ersten französischen Revolution entlehnt, aber ohne den Geist derselben, ohne die große Thatkraft, das tiefe Nationalgefühl, die verzweifelte Entschlossenheit, welche jene Epoche bezeichnen. In Baden nahm die ganze Bewegung die Gestalt einer wüsten Orgie an. Hätte man dort wie in Dresden, die Durchführung der Reichsverfassung zum Ziel genommen, würde der Aufstand Sinn und Grund gehabt haben. So aber hegten die badischen Demagogen gegen das Werk der Nationalversammlung, diese selbst und Alles, was von ihr ausgegangen war, die tiefste Geringschätzung. Ihr Ideal war die socialistische und demokratische Republik, für die im Juni 1848 in den Pariser Straßen gekämpft worden, und die daselbst gänzlich unterlegen war. Sie waren in nichts eigenthümlich und selbstständig, sondern nur Nachahmer, weshalb es auch ihrem Thun an jedem Anfluge von Frische und Kraft gefehlt hat.

Der badische Landesausschuß sah sich nach auswärtiger Hülfe um, gewann aber nur die Pfalz für sich, mit deren provisorischen Regierung er am 17. Mai einen Vertrag abschloß, wonach die beiden Länder sich so ansehen sollten, als gehörten sie ein und demselben Staate an, und sich gegenseitig militairische Hülfe zusagten. Das Bündniß konnte aber keinem von beiden etwas helfen, da die Revolution in beiden, obgleich in der Pfalz zu ihr mehr Grund als in Baden vorhanden war, an derselben inneren Ohnmacht litt. Ein Versuch des Landesausschusses, sich mit der französischen Republik in Verbindung zu setzen, und bei derselben Unterstützung zu finden, blieb vergeblich.

In Hessen-Darmstadt war der Boden, was die Gesinnung der Massen betrifft, vielleicht nicht weniger unterwühlt als in Baden, aber die Truppen waren daselbst der Regierung treu geblieben. Um den Aufstand dorthin zu verpflanzen, wurden im Odenwald erst unbewaffnete, dann bewaffnete Volksversammlungen abgehalten. Am 24. Mai sollte eine große bewaffnete Versammlung in dem hessischen Grenzdorfe Oberlaudenbach statt finden, um die Odenwälder zum Anschluß an die Revolution fortzureißen. Badischer Zuzug war in Masse da. Sieben bis achttausend Menschen hatten sich eingefunden. Der hessen-darmstädtische Kreisrath Prinz aus Heppenheim war in Begleitung von drei Kom-

pagnien Soldaten angelangt, und suchte die Menge durch Hinweisung auf das Gesetz zum friedlichen Auseinandergehen zu bewegen. Er hatte noch nicht ausgesprochen, als er von mehren Kugeln zu Boden gestreckt wurde. Die Soldaten, über diesen feigen an einem Wehrlosen verübten Mord empört, gaben auf die Aufständischen Feuer, von denen an vierzig auf dem Platz blieben. Von diesem Augenblick an blieb das hessendarmstädtische Militair gegen jeden Versuch es zu verführen fest. In Württemberg wurden die Hoffnungen der badischen Radikalen um diese Zeit ebenfalls vereitelt. In Reutlingen wurde am 27. Mai eine große Volksversammlung abgehalten. Man verhandelte über einen Anschluß Württemberg's an Baden und die Pfalz und die Durchführung der deutschen Reichsverfassung. Fickler, ein Freund Hecker's und wie dieser schon vor der Revolution sich zu republikanischen Grundsätzen bekennend, begab sich, von Karlsruhe aus mit Geldmitteln versehen, nach Stuttgart, um dort unter den Truppen für die Republik zu werben. Seine Absicht wurde entdeckt, er ward verhaftet und nach der Festung Hohenasperg gebracht. Die württembergischen Soldaten waren damals nicht ganz zuverlässig, indem aber ihre Verführung im rechten Moment verhindert wurde, fanden sie später keine Gelegenheit mehr zum Abfall. Unter dem bayerischen Beobachtungskorps, das bei Donauwörth stand, waren die Gesinnungen, die in Baden und der Pfalz zum Ausbruch gekommen, ebenfalls vertreten. Die Soldaten sangen revolutionaire Lieder und brachten Lebehochs auf Hecker aus. Doch wußten die militairischen Obern unter ihnen wie unter den Württembergern, eine offene Auflehnung zu verhindern. So wurde der badische und pfälzische Aufstand von außen isolirt, und besaß in sich selbst nicht die Lebenskraft, ohne welche es keinen Erfolg und keine Dauer giebt. Von der entgegengesetzten Seite wurden bedeutende Streitkräfte zusammengezogen. Diese würden schon früher eingeschritten sein, wenn nicht der Reichsverweser und sein Ministerium die Entscheidung durch Begünstigung der österreichischen Sonderinteressen verzögert hätten. Es sollte ein „Reichsheer" unter dem Prinzen Emil von Hessen gebildet werden, der für einen unbedingten Anhänger der österreichischen Politik galt. Die in Vorarlberg stehenden österreichischen Truppen hätten dazu nicht ausgereicht. Bayern, Württemberg, Nassau, beide Hessen sollten ein Kontingent zu dem Reichsheer stellen. Man hätte dann in Baden die großherzogliche Regierung unter österreichischem Schirm wieder eingesetzt, und dieselbe von der bundesstaatlichen Politik zu der süddeutschen Liga, die man in Wien im Auge hatte, herübergezogen. Aber von dem Großherzog Leopold, welchem die

Hülfe, welche der Reichsverweser in Aussicht stellte, ziemlich ungewiß und fern erschien, wurde ausdrücklich die Unterstützung Preußen's nachgesucht, und von diesem sogleich zugesagt. Die preußischen Truppen, die am Niederrhein, an der Nahe, in Mitteldeutschland schon in Bereitschaft standen, erhielten Befehl zum Vorrücken. Dies Alles bereitete sich in den letzten Tagen des Maimonats vor. Der Großherzog Leopold, der unterdessen nach Frankfurt gekommen, schloß mit Preußen einen Vertrag ab, erkannte das Dreikönigsbündniß und den octroyirten Entwurf zu einer Reichsverfassung an, und ernannte ein neues Ministerium, dessen Mitglieder sich des Vertrauens des preußischen Kabinets erfreuten.

Der badische Landesausschuß, Brentano an der Spitze, glaubte jetzt etwas thun zu müssen, um seine Truppen zu beschäftigen, und die Hoffnung seiner Partei nicht ganz sinken zu lassen. Schon war der Moment versäumt worden, in dem man, wie Raveaux dringend gerathen, mit der regulairen badischen Streitmacht hätte vordringen und Württemberg, Hessen, den Odenwald, Franken, wo anfänglich wenige und nicht besonders treue Truppen standen, insurgiren sollen. Wahrscheinlich hätte ein solches Unternehmen keinen dauernden Erfolg gehabt, es wäre aber wenigstens immer ein kühner Versuch, und der revolutionairen Rolle, die man einmal angenommen hatte, angemessen gewesen. Dazu hatte es aber den Führern der Revolution an Einsicht und Entschlossenheit gefehlt, und sie hatten eine kostbare Zeit mit vergeblichen Unterhandlungen, leeren Entwürfen und unthätigem Abwarten zugebracht. Als sie sich zur Offensive entschlossen, war es offenbar zu spät geworden. Am Nachmittag des 30. Mai überschritt ein starkes badisches Korps, bestehend aus mehren Regimentern Infanterie, Dragonern, Artillerie und Freischaaren, die hessen-darmstädtische Grenze bei Heppenheim, wo sich ein Theil des Reichsheeres befand. Die Badener wurden von einem früheren Lieutenant, Namens Sigl, dem der Landesausschuß das Oberkommando über seine bewaffnete Macht anvertraut hatte, befehligt, der früher Hecker's Adjutant gewesen, aber außer seinem persönlichen Muth nichts besaß, was ihn zu einer höheren militairischen Stellung befähigt hätte. Sigl*) traf so unzweckmäßige Anordnungen, daß seinen Truppen ihre Ueberlegenheit an Zahl keinen Vortheil gewährte. Ein einziges Bataillon Hessen, mit etwas Reiterei und Geschütz versehen, schlug den Angriff der Badener zurück, verfolgte sie auf ihr

*) Kommandirt jetzt (1862) eine Division in der Armee der Union gegen die Konföderirten.

eigenes Gebiet, und vertrieb sie bei Hembach aus einer von Natur festen Stellung. Die badischen Schaaren waren erst in Heidelberg zum Stehen zu bringen gewesen. Dieser verunglückte Versuch der Revolution, ihre Macht auszubreiten, brachte ihr großen Schaden. Die Württemberger und Nassauer, die zu dem Peucker'schen Korps gehörten und bisher in ihrer Gesinnung schwankend gewesen, waren jetzt geneigt, das Beispiel der Hessen nachzuahmen.

Die sich den badischen Machthabern jetzt mehr als früher aufdringende Ueberzeugung von den sie bedrohenden Gefahren, veranlaßte sie, ihre Kräfte zusammenzufassen. Der badische Landesausschuß löste sich auf und wurde durch eine provisorische Regierung ersetzt, in der Brentano, Gögg und Werner die ausübende Gewalt mit diktatorischen Befugnissen ausübten. In der Pfalz nahmen Fries, Schmitt und Hepp eine ähnliche Stellung ein. Hier hatten die militairischen Befehlshaber schon früher überzeugende Beweise von ihrer Unfähigkeit gegeben, aber nach dem Gefecht bei Heppenheim ward es klar, daß auch Sigl, auf den man vorher große Hoffnungen gebaut, zum Kommando durchaus ungeeignet sei. Man sah sich nach fremden Anführern um. Die Pfälzer übertrugen den Oberbefehl über ihre bewaffnete Macht an einen General der ehemaligen polnischen Armee, Namens Sznayde (Schneider), von deutscher Herkunft, aber in Polen geboren, und die Badener riefen zu demselben Zweck den bekannten Mieroslawski herbei, der neuerdings in Sicilien gefochten hatte, dort verwundet und kaum erst genesen war. Man hat beide häufig als ganz unbedeutend und untauglich hinstellen wollen, was aber nicht der Wahrheit gemäß ist. Sznayde, der schon bejahrt war, hatte in der polnischen Armee für einen der besten Kavallerieofficiere gegolten, und, da er von dunkler Herkunft war, sich einzig durch sein Verdienst emporgebracht. Mieroslawski stand in der Kraft des Lebens, war von frühester Jugend an zum Soldaten erzogen worden, besaß, außer seiner Tapferkeit, militairischen Blick, und war nicht ohne strategische Kenntnisse. Da er aber immer in unglücklichen oder verlorenen Situationen aufgetreten ist, so haben seine natürlichen Anlagen sich nicht vollkommen entwickeln können. Jedenfalls waren beide Polen den einheimischen Kapacitäten, die auf die Leitung der militairischen Operationen Anspruch machten, sehr überlegen. Auch von den übrigen polnischen Officieren, die sich in Baden eingefunden hatten, kann man dasselbe sagen. Sie waren wenigstens entschlossene Soldaten. Was hätten aber selbst die erfahrensten und tüchtigsten militairischen Führer unter Verhältnissen ausrichten können, wo ihnen jeder feste Bo=

den und jede natürliche Stütze fehlte? Sznayde fand in der Pfalz nur uneingeübte Freischaaren und zuchtlose bayerische Ausreißer vor. In Baden, wo Mieroslawski wirken sollte, wäre es zwischen den verschiedenen Fraktionen der demokratischen Partei beinahe zum offenen Kampfe gekommen. Struve, an der Spitze von Freischaaren und Abentheurern aus allen Ländern, wollte in Karlsruhe die Republik ausrufen, wofür ihn Brentano verhaften ließ. Ein Freischaarenführer und ehemaliger Philhellene, Namens Böning, nahm sich Struve's an, und wollte ihn mit Gewalt befreien. Die Karlsruher Bürgerwehr stellte sich auf Brentano's Seite, die Freischaaren nahmen für Struve Partei. Beide waren im Begriff handgemein zu werden, als Struve unter der Bedingung, daß er mit seinen Anhängern aus Karlsruhe abziehe, aus dem Gefängniß entlassen wurde.

Die konstituirende Landesversammlung, die am 10. Juni mit großem Gepränge in Karlsruhe eröffnet wurde, hätte, selbst wenn sie aus besseren Elementen, als der Fall war, zusammengesetzt gewesen wäre, unter so ungünstigen Umständen ihrer Bestimmung, dem Lande eine zeitgemäße Verfassung zu geben, nicht entsprechen können. So war sie aber in sich selbst eine der kläglichsten Volksvertretungen, die es je gegeben hat, und bestand, wie Brentano später selbst öffentlich erklärt hat, der Mehrheit nach aus ganz unfähigen, rath- und thatlosen Demagogen der niedrigsten Art, denen es eben so sehr an Urtheil wie an Kenntnissen gebrach. Es kam in dieser Versammlung vor, daß Beschlüsse, die heute gefaßt wurden, schon am anderen Tage, wegen offenbarer Ungereimtheit oder Unmöglichkeit der Ausführung, zurückgenommen werden mußten.

Die Maßregeln zur Unterwerfung der Pfalz und Baden's waren durch die Uneinigkeit, die zwischen Oesterreich und Preußen bestand, verzögert worden, aber endlich doch zur Ausführung gekommen. Der Reichsverweser hatte den Oberbefehl über die Reichsarmee, welche aus Hessen, Mecklenburgern, Bayern, Württembergern, Nassauern u. s. w. zusammengesetzt war, dem früheren Reichskriegsminister, dem preußischen General von Peucker, übergeben. Nur unter Bedingung dieser Ernennung, die den entscheidenden Einfluß bei der Führung dieses Krieges in die Hand Preußen's legte, hatte dasselbe eingewilligt, die Reichstruppen durch ein Kontingent unter dem General von der Gröben zu verstärken. Die preußische Regierung behielt sich aber vor, ein besonderes Korps unter dem Prinzen von Preußen gegen die Aufständischen operiren zu lassen. Um in die Bewegungen der beiden Armeen Uebereinstimmung zu bringen, hielt der Prinz von Preußen in Mainz mit Peucker

und von der Gröben eine Zusammenkunft, wo beschlossen wurde, das Reichsheer unter Peucker solle die badische Streitmacht eine Zeit lang beschäftigen, dann links abschwenken und bei Durlach ihr in den Rücken fallen, während die preußische Armee unter dem General Hirschfeld, über die sich aber der Prinz von Preußen selbst den Oberbefehl vorbehielt, auf mehren Punkten in die Pfalz einrückte und bei Germersheim über den Rhein ging, um dann gemeinschaftlich mit dem Reichsheer die Aufständischen zu erdrücken.

Am 13. Juni drangen die Preußen unter Hirschfeld zwischen Kreuznach und Saarbrücken auf drei Straßen in die Pfalz ein. Die Freischaaren zogen sich, ohne den Angriff des Feindes abzuwarten, in eiliger Flucht zurück. Der General Sznayde konnte mit Truppen, wie die waren, an deren Spitze er sich befand, es nicht wagen, dem Feinde entgegenzutreten. Das sogenannte pfälzische Volksheer floh bei Homburg, dann bei Kirchheim=Bolanden, bei Durkheim und zuletzt bei Rinnthal, wo es unter Willich's Anführung, der früher in preußischen Diensten gewesen, einen kurzen Widerstand versuchte. Bei Knielingen zogen sich die Pfälzer über den Rhein zurück. Die Festungen Germersheim und Landau wurden von den Preußen entsetzt. Erst am 19. Juni ging das bayerische Korps unter dem Fürsten von Thurn und Taxis bei Worms über den Rhein, und besetzte die von den Preußen verlassenen Punkte der Pfalz, indem es denselben nachzog. Am 20. Juni bewerkstelligte der General von Hirschfeld bei Germersheim seinen Uebergang über den Rhein, und rückte in Baden ein. Die revolutionaire Regierung der Pfalz war auseinander gesprengt. Der Prinz von Preußen hatte die ihm zunächst gestellte Aufgabe vollständig und in kürzester Zeit erfüllt.

Am 15. Juni begann der Kampf an der Neckarlinie. Man schlug sich bei Käferthal, eine Stunde von Mannheim, dann bei Ladenburg, auf beiden Seiten lebhaft und hartnäckig, zuletzt wurden die Badener geworfen. Ein unvorsichtiges Vorrücken des mecklenburgischen Obersten von Witzleben zog ihm einen größeren Verlust an Todten und Verwundeten zu, als sonst in diesen Gefechten vorkam, und veranlaßte die Gefangenschaft des preußischen Major Hindersinn. Unterdessen waren die Preußen auf dem linken Rheinufer bis Ludwigshafen, gegenüber von Mannheim, vorgerückt, und trieben die badische Besatzung über die Brücke bis Mannheim zurück. Am 16. Juni ergriff eine Abtheilung der Revolutionsarmee unter dem ehemaligen polnischen Oberst Oborski die Offensive, schlug die Reichstruppen bei Groß=Sachsen, wurde aber

von Witzleben, der den Badenern in den Rücken kam, wieder zur Umkehr gezwungen. Am 19. Juni hatte der größte Theil des Peucker'schen Korps den Weg durch den Odenwald nach dem obern Neckar eingeschlagen, und am 21. Juni nach kurzem, aber hartnäckigem Gefecht bei Beerfelden, Hirschhorn und Eberbach den Fluß überschritten, während gleichzeitig das preußische Korps unter Gröben bis Weinheim vorgeschoben und in die Positionen der Reichstruppen eingerückt war. Mieroslawski, der jetzt in Gefahr war von drei Seiten eingeschlossen zu werden, ließ seine ganze verfügbare Macht, zwölf= bis funfzehntausend Mann, auf der Eisenbahn nach Langenbrücken bringen. Am 20. Juni warf sich derselbe bei Waghäusel auf einen Theil des Hirschfeld'schen Korps, das, bedeutend schwächer an Zahl als der Feind, bis Philippsburg zurückgedrängt wurde, wo es Verstärkung erhielt. Die Badener wurden nach hartnäckigem Widerstand zuletzt überwältigt, und zogen sich in großer Unordnung theils gegen Wiesloch, theils gegen Heidelberg zurück. Die Sieger verfolgten den errungenen Vortheil so langsam, als wenn sie desselben nicht ganz sicher gewesen wären, sonst würde die badische Streitmacht an diesem Tage auseinander gesprengt worden sein. Am 23. Juni zog das Gröben'sche Korps in Heidelberg ein. In Mannheim hatten die Dinge sich rascher entschieden. Die Nachricht von der letzten Niederlage der Revolutionsarmee gab einer Anzahl konservativer Bürger den Muth, von einer Schwadron dem Großherzog Leopold treu gebliebener Dragoner unterstützt, eine Abtheilung Volkswehr zu entwaffnen, und den Civilkommissarius von Trütschler, der mit der Kreiskasse zu Mieroslawski entfliehen wollte, zu verhaften. An demselben Tage rückten die Preußen in Mannheim ein. Da Mieroslawski, der in jedem Gefecht sein Leben unerschrocken aufs Spiel gesetzt hatte, nur langsam verfolgt wurde, so gelang es ihm, seine Truppen noch mehrmals zum Stehen zu bringen, und namentlich zwischen den Dörfern Ubstedt und Stattfeld und bei Durlach lebhaften Widerstand zu leisten. Aber das Verhängniß ließ sich durch keine theilweisen Anstrengungen mehr abwenden. Am 25. Juni rückten die Preußen in Karlsruhe ein, das am Tage vorher von der Regierung, der konstituirenden Landesversammlung, den Freischaaren, und mehren Mitgliedern der in Stuttgart gesprengten Nationalversammlung in größter Eile und Verwirrung geräumt worden war. Die pfälzischen Freischaaren, die vor den Preußen nach Baden geflohen waren, und eigentlich nirgends Stand gehalten hatten, wollten sich für ihre Niederlagen an dem General Sznayde rächen, der keine Schuld daran hatte, fielen über ihn her, und mißhan=

delten ihn, so daß er nur mit genauer Noth mit dem Leben davon kam. Die aus Karlsruhe entflohenen revolutionairen Führer waren am 25. Juni in Offenburg angekommen. Dort tauchte Struve plötzlich wieder auf, der keinem Gefecht beigewohnt hatte, sondern mit einer Freischaar im Lande umher gezogen war, um, wie er behauptete, das Feuer der Revolution nicht erlöschen zu lassen. In Freiburg, wohin die Ueberreste der revolutionairen Regierung sich gewandt hatten, glaubte Struve wieder eine Rolle spielen zu können, und schlug in der konstituirenden Landesversammlung, die dort noch einmal zusammentrat, vor, jeden Versuch mit dem Feinde zu unterhandeln als Verrath am Vaterland zu bestrafen, was mit 28 gegen 15 Stimmen angenommen wurde. Brentano, der sich von diesem Antrag persönlich bedroht sah, da er dafür galt den Gedanken an Rückberufung des Großherzogs nie ganz aufgegeben zu haben, und Struve's im letzten Augenblick noch einmal auflodernden Fanatismus fürchtete, flüchtete nach der Schweiz, und erließ von dort aus eine heftige Erklärung gegen seine bisherigen Kollegen, in der er ihnen die Begehung aller möglichen Fehlgriffe und Ungerechtigkeiten vorwarf. Manche von den revolutionairen Führern, sowohl aus der Pfalz als aus Baden, hatten reichlich aus den Staatsmitteln für sich geschöpft, und scheuten sich zuletzt nicht sogar Privateigenthum an sich zu reißen.

Mieroslawski setzte sich noch einmal zur Wehre und nahm eine Stellung hinter der Murg, indem er sich auf die Festung Rastadt stützte. Am 29. und 30. Juni wurde in einer langen Linie von Kuppenheim bis Gernsbach gekämpft. Die Badener schlugen sich noch ziemlich gut, mußten aber zuletzt der Uebermacht weichen. Von da an eilte Alles in unaufhaltsamer Flucht über die Schweizergrenze. Die Preußen rückten nach, und verlangten von den Kantonen die Zurückgabe des badischen Staatseigenthums, das die Aufständischen in großer Menge mit sich fortgeführt hatten. Die Schweizer lieferten Kanonen, Pferde und alles übrige Kriegsgeräth aus, ließen sich aber die gehabten Unkosten wiedererstatten. Am 16. Juli erließ der Bundesrath an die geflüchteten Leiter der Revolution die Aufforderung, das Gebiet der Eidgenossenschaft ungesäumt zu verlassen. Die Menge konnte daselbst bleiben, wenn sie Mittel zum Unterhalt besaß oder fand. Die meisten Unterofficiere und Soldaten, die in der Revolutionsarmee gedient hatten, kehrten nach einiger Zeit in ihre Heimath zurück. Oesterreich sah die Preußen nicht gern in Süddeutschland und am wenigsten am Bodensee, wo sie Konstanz besetzt hatten. Der Reichskriegsminister Fürst Wittgenstein wollte Oesterreicher in den badischen Seekreis einrücken lassen, um dort ein

Gegengewicht gegen die Preußen aufzustellen. Aber der Prinz von Preußen erklärte, daß der Großherzog von Baden nicht österreichische, sondern preußische Hülfe nachgesucht habe, und drang mit dieser Ansicht, ungeachtet des Widerspruchs des Reichskriegsministers, durch.

General von der Gröben war vor Rastadt zurückgeblieben. Er schloß die Festung eng ein, wollte sich ihrer aber nicht mit Gewalt bemächtigen, um sie nicht zu beschädigen, da sie Bundeseigenthum war. Der Schluß der badischen Revolution, die Vertheidigung von Rastadt, ist für die Betheiligten noch weniger ehrenvoll als so manche andere Episode jener traurigen Epoche gewesen. Obgleich es von selbst einleuchtete, daß, wenn die aktive badische Armee geschlagen und der Aufstand im offenen Felde besiegt war, eine einzige, selbst stärker als Rastadt befestigte Stadt sich nicht lange halten und die Lage der Dinge nicht verändern konnte, so blieben doch mehr als fünftausend Mann Truppen daselbst zurück, als hätten sie ihren Feinden Gelegenheit geben wollen, sie später als Verbrecher zu behandeln, und ihnen die äußerste Schmach anzuthun. Wollten dieselben für die Zukunft ein Beispiel von muthiger Ausdauer aufstellen, und lieber aufs äußerste widerstehen als ihren flüchtigen Kameraden nach der Schweiz folgen, so mußten sie, nachdem Rastadt von ihnen so lange als möglich vertheidigt worden, in einem verzweifelten Ausfall einen ehrenvollen Untergang suchen, oder sich unter den Ruinen der Festung begraben. Statt dessen ergab sich Rastadt am 23. Juli auf Gnade und Ungnade an die Preußen, gerade zehn Wochen nachdem der provisorische Landesausschuß daselbst eingezogen war, und vier Wochen nach dem Einrücken der Preußen und Reichstruppen in Baden. Wie anders als die Rastadt'sche Besatzung haben sich die Ungarn in ihrem letzten Bollwerk, in Komorn, gezeigt!

Wie früher in Oesterreich so ward auch jetzt in Baden über die bewaffneten Führer des Aufstandes ein strenges Gericht gehalten. Die bekanntesten unter denen, welche in Folge standrechtlicher Erkenntnisse erschossen wurden, waren: der Gouverneur der Festung Rastadt, Tiedemann, früher badischer Officier, dann in griechischen Diensten; der ehemalige badische Major von Biedenfeld; der Civilkommissarius von Trütschler; der schon bejahrte Böning, der am griechischen Freiheitskriege Theil genommen; der Pole Mniewski; der Redakteur des „Festungsboten", Elsenhans; der Freischaarenanführer Jakobi u. s. w. Viele andere wurden zu Zellengefängniß oder Zuchthaus verurtheilt. Die eigentlichen Urheber der ganzen Bewegung hatten sich, wie gewöhnlich, zur rechten Zeit in Sicherheit gesetzt. Die untergeordneten Werkzeuge, die mehr

hineingezogen worden, als daß sie angestiftet hätten, mußten für sie büßen. Wenn auch nach dem formellen Recht gegen die Erkenntnisse der Kriegsgerichte nichts einzuwenden war, so hätten höhere sittliche Rücksichten eine mildere Behandlung des besiegten Aufstandes anrathen sollen, wie auch in Sachsen nach dem Maiaufstande geschah, wo Niemand in Folge desselben hingerichtet worden ist. Allgemeine Theilnahme erregte das Schicksal des Dichters Kinkel, der sich am Aufstande betheiligt hatte und zu lebenslänglicher Strafarbeit verurtheilt wurde. Es war kein glücklicher Gedanke, an ihm die Leiden Silvio Pellico's erneuern zu wollen. Die Einnahme Rastadt's hatte den Belagerern nach ihrer Angabe etwa hundert Mann, unter ihnen nur zehn Todte, der ganze Feldzug in der Pfalz und Baden ungefähr tausend Mann, darunter kaum hundertundfunfzig Todte, gekostet. Der Verlust auf revolutionairer Seite ist viel größer gewesen, kann aber nicht einmal annähernd angegeben werden. Seltsamer Weise erschien Hecker, der im Anfange der deutschen Bewegung mit seinen Ideen nicht hatte durchdringen können, plötzlich an ihrem Ende wieder, als Alles verloren war. So wie damals zu früh trat er jetzt zu spät auf. Er hatte, von dem Anblick der Freiheit in Nordamerika begeistert, an dem endlichen Siege derselben in Deutschland nicht verzweifelt, und war jetzt herbeigeeilt, um an ihren Kämpfen Theil zu nehmen. Am 16. Juli in Straßburg angekommen, konnte er mit eigenen Augen den Untergang aller seiner Hoffnungen erblicken, und ging in großer Verstimmung nach seinem transatlantischen Asyl zurück. Viele unter den Theilnehmern an der deutschen Revolution, die nicht in die Hände ihrer Feinde gefallen, begaben sich ebenfalls nach den Vereinigten Staaten, da ihnen damals fast ganz Europa, England ausgenommen, verschlossen war. Am 18. August kehrte der Großherzog von Baden in seine Hauptstadt zurück. Mit der Einnahme Rastadt's hatten die revolutionairen Bewegungen in Deutschland aufgehört.

Während dies im Südwesten Deutschland's vorging, war auch im Norden der Krieg wieder ausgebrochen. Der Waffenstillstand von Malmoe hatte weder bei den Herzogthümern, noch bei Dänemark Beifall gefunden, und Rußland und England besorgten, daß Schleswig durch das Provisorium der dänischen Krone vollends entfremdet werden würde. Die skandinavische Partei hätte um den Preis einer Vereinigung der drei nordischen Reiche die beiden Herzogthümer gern ganz an Deutschland überlassen, wodurch beide, Deutschland und Skandinavien, gewonnen haben würden, aber dies war es gerade, was Rußland und England nicht wollten. Deshalb thaten diese beiden Mächte Alles, um die

Idee eines skandinavischen Einheitsstaates nicht zur Anwendung kommen zu lassen, und sie begünstigten dagegen die Schöpfung des dänischen Einheitsstaates, in welchem Schleswig-Holstein, Jütland und die dänischen Inseln zu einem Ganzen verbunden werden sollten. Die dänische Regierung hatte die Zeit des Waffenstillstandes benutzt, um ihre Streitmacht auf einen möglichst furchtbaren Fuß zu setzen, und war dabei von allen Klassen der Bevölkerung eifrig unterstützt worden. Aber auch die Herzogthümer waren nicht müssig gewesen, hatten die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und eine Anzahl tüchtiger preußischer Officiere in ihr Heer aufgenommen. Dänemark verließ sich zugleich auf seine Flotte, der die norddeutschen Staaten auf offener See keinen Widerstand entgegensetzen konnten. Vornehmlich im Vertrauen auf diese Ueberlegenheit hatten die Dänen am 26. März den Waffenstillstand gekündigt. Da geschah es, daß das dänische Geschwader, welches in die Mündung des Eckernförder Meerbusens eingelaufen war, von zwei schleswig-holsteinischen Strandbatterien eine gänzliche Niederlage erlitt (5. April). Das dänische Linienschiff Christian VIII. von 84 Kanonen strandete und wurde mit glühenden Kugeln in Brand geschossen. Der schleswig-holsteinische Artillerieunterofficier Preußer, der zu diesem Erfolg das meiste beigetragen hatte, wollte, nachdem der Christian VIII. die Flagge gestrichen hatte, die Bemannung des brennenden Schiffes retten, verspätete sich aber bei diesem menschenfreundlichen Unternehmen, und flog mit Masten, Segeln, Holzwerk und einem Theil der Mannschaft in die Luft. Die Fregatte Gefion von 56 Kanonen mußte ebenfalls die Flagge streichen. Die dänischen Seekapitaine, Paludan und Meyer, geriethen mit 900 Seesoldaten und Matrosen in Kriegsgefangenschaft. Dieser Sieg war von 32 schleswig-holsteinischen Artilleristen über 140 feindliche Geschütze erfochten worden. Der Herzog von Koburg hatte zu dem Erfolge beigetragen, indem er mit einer halben Feldbatterie an dem Kampfe Theil nahm. Der in den Herzogthümern über diese herrliche Waffenthat erhobene Jubel klang in Deutschland wieder.

Die tapferen Söhne der deutschen Nordmarken brannten vor Begierde mit den Dänen handgemein zu werden, und die allen Theilen Deutschland's angehörigen Truppen, die bereits im März in die Herzogthümer eingerückt, waren von keinem geringeren Eifer beseelt. Aber schon waren in Berlin Noten von Rußland und Frankreich eingelaufen, welche sich entschieden gegen eine Besetzung Jütland's erklärten, und nur zugaben, daß die deutschen Truppen die nach dem Waffenstillstand von Malmoe bezeichneten Positionen einnähmen. Da das preußische

Kabinet hierauf einging, so durfte nur Schleswig von den Deutschen besetzt werden, ohne daß an ein Vorrücken nach Jütland ernstlich gedacht werden konnte. Am 13. April wurden die Düppeler Schanzen von den deutschen Truppen erstürmt, die sich jetzt der Insel Alsen hätten bemächtigen können, wenn dies nicht den Bestimmungen des Waffenstillstandes entgegen gewesen wäre. Am 20. April wurden die Dänen in einem blutigen Gefecht bei Kolding geschlagen, aber Bonin durfte aus demselben Grunde nicht in Jütland vordringen. Hierauf langte das schleswig=holsteinische Heer vor Friedericia an. Anstatt dasselbe zur Verfolgung des Feindes zu verwenden, wurde jetzt eine Festung belagert, die schwer einzunehmen war, und deren Besitz keine Entscheidung herbeiführen konnte. Während Friedericia mit großer Lässigkeit belagert wurde, und das Belagerungskorps in zwei Hälften getheilt war, die auf keinem Punkt miteinander in unmittelbarer Verbindung standen, führte der dänische General Rye von Halgenaes zu Wasser ansehnliche Verstärkungen nach Friedericia, ohne daß Bonin davon unterrichtet gewesen wäre. In der Nacht vom 5. zum 6. Juli warf Rye sich an der Spitze einer überlegenen Macht auf das Belagerungskorps, das nach einem heißen Kampfe mit einem Verlust von 1500 Gefangenen, 2800 Todten und 28 Kanonen geschlagen wurde. Die Dänen hatten diesen Sieg theuer erkauft, sie verloren den General Rye, der im Gefecht blieb, und gegen 1300 Mann an Todten und Verwundeten, unter ihnen über 100 Officiere. Die Schleswig=Holsteiner waren so wenig entmuthigt, daß sie wieder zum Angriff übergehen wollten, als die Nachricht einlief, daß Preußen mit Dänemark am 10. Juli einen Waffenstillstand geschlossen habe. Derselbe lautete dahin, daß Schleswig von Holstein getrennt, eine Demarkationslinie in ersterem Herzogthum gezogen, der nördliche Theil von schwedischen, der südliche von preußischen Truppen besetzt, und für Schleswig eine besondere Landesverwaltung, aus einem dänischen und einem preußischen Kommissarius bestehend, gebildet werden solle. Dem Waffenstillstand waren Friedenspräliminarien von demselben Datum beigefügt, nach welchen Schleswig, unbeschadet der Verbindung mit der dänischen Krone, eine abgesonderte Verfassung erhalten und von Holstein getrennt werden sollte. Die schleswig=holsteinische Statthalterschaft erließ ein Manifest an die deutschen Regierungen, in welchem sie sich auf die urkundlichen Rechte der Herzogthümer berief, und namentlich die Anerkennung derselben durch Preußen hervorhob. Die Landesversammlung stimmte dieser Erklärung bei. Als aber die Leiter der schleswig=holsteinischen Bewegung vernahmen, daß die preußi=

sche Regierung beabsichtige, ihre Officiere, wenn die Herzogthümer diesem Waffenstillstand Widerstand entgegensetzen sollten, aus dem schleswig-holsteinischen Heere abzurufen, wodurch dasselbe desorganisirt worden wäre, und sogar den Waffenstillstand nöthigenfalls mit Gewalt durchsetzen wolle, glaubten sie den Umständen nachgeben zu müssen. Die Landesversammlung genehmigte den Rückzug der schleswig-holsteinischen Truppen hinter die Eider, und die Statthalterschaft schlug ihren Sitz in Kiel auf. Die Preußen zogen in Südschleswig, die Schweden in Nordschleswig ein. Um das an Schleswig begangene Unrecht zu beschönigen, ward von der Reaktion das Gerücht von einer nordalbingischen Republik erfunden und verbreitet. In den Blättern dieser Partei ward über den Sieg der dänischen Interessen und die Unterdrückung der deutschen ohne Scheu gejubelt, und es wurden von ihr die Dänen als Verfechter der Monarchie, die Schleswig-Holsteiner als Revolutionaire bezeichnet. Sowohl die sachlichen als persönlichen Verhältnisse erfuhren dabei die äußerste Entstellung. Denn die Dänen sind weit demokratischer als die Schleswig-Holsteiner gesinnt, welche am Alten und Herkömmlichen vielleicht mehr als irgend ein anderer deutscher Stamm hängen, und sich nur für dessen Erhaltung erhoben hatten. Dänemark war schon zur Zeit des Absolutismus im Wesentlichen ein demokratischer Staat, und hat deshalb auch die Form eines solchen, ohne große innere Erschütterungen und ohne seine Natur zu verändern, annehmen können, während in Schleswig-Holstein sich, ungeachtet seines angeblich revolutionairen Geistes, Ueberreste des mittelalterlichen Ständewesens sich bis auf diese Stunde (1862) erhalten haben.

Man hätte vielleicht die Rechte der Herzogthümer besser gewahrt, und dem Andrange der fremden Mächte zu Dänemark's Gunsten weniger nachgegeben, wenn noch eine deutsche Nationalversammlung bestanden und die Centralgewalt mehr Gewicht besessen hätte. Aber die Vertretung des deutschen Volks war theils durch eigene Schuld, theils durch die Ungunst der Umstände zu Grunde gegangen, und die von ihr geschaffene Exekutivgewalt stand nach ihrem Verschwinden einsam und haltlos wie eine Ruine da. Schon nach der Kaiserwahl wäre der Reichsverweser geneigt gewesen, sein Amt niederzulegen, aber von Wien aus war ihm die Weisung zugekommen, in seiner Stellung auszuharren bis Oesterreich nach dem Mißlingen aller Reformversuche wieder seinen alten Platz an der Spitze Deutschland's einnehmen könne. Die Anwesenheit eines seiner Prinzen am Sitz des alten Bundestags sollte diesen Uebergang erleichtern. Der Reichsverweser hegte eine wirklich deut-

sche Gesinnung, und er wäre seiner Neigung nach wohl gern etwas mehr als ein bloßes Werkzeug der Politik des österreichischen Ministeriums gewesen, aber erst von der Nationalversammlung mehr gehindert als unterstützt, und später von aller Welt verlassen, konnte er zuletzt nichts weiter als ein gegen Preußen vorgeschobener österreichischer Posten sein. Auch war es natürlich, daß er, als eine freie und einheitliche Gestaltung Deutschland's unmöglich geworden, und es sich nur noch um eine preußische oder österreichische Suprematie handelte, für letztere wirkte, da ihm, selbst abgesehen von seinem Charakter als Erzherzog, sobald es sich nur um die Wiederherstellung der früheren Bundesverhältnisse handelte, die Ansprüche Oesterreich's als älter und begründeter erscheinen konnten. Er widerstand deshalb auch dem mehrfachen Ansinnen Preußen's sich zurückzuziehen, da ihm nach der Auflösung der Nationalversammlung, von der er gewählt worden, die Bedingung seines Daseins verloren gegangen, mit dem Bemerken, daß er allein noch das Band zwischen den einzelnen Staaten Deutschland's bilde, und daß er sein Amt nur in die Hände sämmtlicher deutscher Regierungen, sobald sie sich darüber geeinigt haben würden, niederlegen werde. In den letzten Tagen des Juni verließ der Bevollmächtigte der preußischen Regierung, Legationsrath von Kamptz, Frankfurt, und damit hörte jede officielle Verbindung zwischen Preußen und der Centralgewalt auf. Preußen war jetzt bemüht auch die Staaten, welche im April die Reichsverfassung anerkannt hatten, in sein Bündniß zu ziehen. Um die öffentliche Meinung in Deutschland für die Dreikönigsverfassung zu gewinnen, hatten die Leiter der ehemaligen Kaiserpartei ihre Gesinnungsgenossen aus der Paulskirche nach Gotha zu einer Besprechung eingeladen. Die Zusammenkunft fand am 26. Juni an dem genannten Orte statt, und alles erklärte sich offen für den engeren Bundesstaat mit Preußen an der Spitze. Auch die übrigen Regierungen schlossen sich endlich, mit Ausnahme von Bayern und Württemberg, an. Der Reichsverweser setzte seine Schattenregierung, die im Grunde nur in der Erfüllung gewisser Formalitäten bestand, bei Ermangelung aller anderen Hülfsquellen, von Oesterreich und Bayern schwach unterstützt, so gut wie es möglich war, fort. Unterdessen war zwischen Wien und Berlin über eine vorläufige Regelung der Gesammtangelegenheiten Deutschland's unterhandelt worden. Bayern suchte zwischen den beiden auf einander eifersüchtigen Großstaaten zu vermitteln. Nach einem von dem bayerischen Minister von der Pfordten entworfenen Plan sollten Oesterreich und Preußen das Präsidium des deutschen Bundes abwechselnd führen, und die Kleinstaa-

ten sollten mediatisirt und nach ihrer geographischen Lage unter die fünf Königreiche vertheilt werden, damit sie nicht ausschließend unter preußische Oberherrlichkeit fielen. Es erscheint diese Idee noch unhaltbarer als was sonst damals in der Art ausgedacht wurde, indem ihr bei der Ausführung, von Innen und Außen, alsbald unübersteigliche Hindernisse entgegen getreten sein würden, und war überhaupt nur dazu aufgestellt, um das Dreikönigsbündniß zu sprengen, und Sachsen und Hannover von Preußen abzuziehen. Da gar nichts zum Abschluß kommen wollte, und es aussah, als wenn Deutschland auseinander fallen sollte, so war der Reichsverweser, der dann und wann ein Lebenszeichen von sich gab, schon auf den Gedanken gefallen, eine neue Reichsversammlung nach Frankfurt einzuberufen, was allenfalls den Kleinstaaten hätte zusagen können, von Oesterreich, Preußen und den Mittelstaaten aber um keinen Preis zugegeben worden wäre. Vielleicht war es dieser Plan, der schwerlich auch nur zu einem Anfang von Ausführung gekommen wäre, dessen bloße Kundgebung aber bei der damaligen Stimmung die Verwickelung vermehren konnte, der eine Annäherung der beiden Großmächte bewirken half. Oesterreich wollte einen Erzherzog nicht länger in einer so mißlichen Stellung lassen, und Preußen hatte die Vergeblichkeit seiner Bemühungen, die provisorische Centralgewalt in seine eigene Hand zu nehmen, erkannt. So blieb nur der Ausweg übrig, dieselbe den beiden Mächten gemeinsam zu überlassen. Zu dem Zweck ward der Ministerialrath von Biegeleben von dem Reichsverweser nach München, Wien und Berlin gesandt. Derselbe fand mit seinem Antrag bei den drei Höfen Gehör, und am 30. September unterzeichneten in Wien Fürst Schwarzenberg und der preußische Gesandte Graf Bernstorff einen Vertrag, das „Interim" genannt, nach welchem Oesterreich und Preußen die „Ausübung der Centralgewalt für den deutschen Bund" bis zum 1. Mai 1850 im Namen sämmtlicher Regierungen übernahmen. Als Zweck des Interims ward die Erhaltung des deutschen Bundes bezeichnet. Während des Interims sollte, nach §. 3 des Vertrages, die deutsche Verfassungsangelegenheit der freien Vereinbarung der einzelnen Staaten überlassen bleiben, und sollte sie beim Ablauf des Interims noch nicht zum Abschluß gediehen sein, so war eine Uebereinkunft über das Fortbestehen dieses Vertrags in Aussicht genommen. Die bisher von der Centralgewalt geleiteten Angelegenheiten sollten, in so weit sie zur Befugniß des engeren Rathes der Bundesversammlung gehört hatten, einer „Bundeskommission" übergeben werden, zu der Oesterreich und Preußen je zwei Mitglieder ernannten. In dem Fall die Bundes-

kommission sich zu einem Beschluß nicht einigen könnte, sollten drei Bundesglieder Schiedsrichter sein. Endlich sollte, sobald die Regierungen diesem Vertrage zugestimmt hätten, der Reichsverweser „die ihm übertragenen Rechte und Pflichten des Bundes in die Hände des Kaisers von Oesterreich's und des Königs von Preußen niederlegen.“ Die öffentliche Meinung in Deutschland sah in dem Interim nur eine Vorbereitung auf Wiederherstellung des Bundestages. Das preußische Kabinet glaubte irriger Weise durch den Inhalt des dritten Paragraphen dieses Vertrages die Verwirklichung des engeren Bundesstaats gesichert zu haben. Es bedachte nicht, daß Hannover und Sachsen, die dem Bündniß vom 26. Mai einzig in Rücksicht auf die für sie damals bedenklichen Zeitumstände beigetreten waren, nur die Wiedererstarkung Oesterreich's abwarteten, um aus dem untergeordneten Verhältniß von Mitgliedern des Bundesstaats, wieder zu der gleichberechtigten Stellung von Mitgliedern des Staatenbundes überzutreten. Auch von manchen der kleineren Staaten würde, wenn ihre Besorgnisse vor der Revolution einmal geschwunden, eine freiwillige Verzichtleistung auf irgend eine Parcelle ihrer Souverainetätsrechte nicht erfolgt sein. Nur die schwächsten unter den deutschen Regierungen würden sich, im Gefühl ihrer Hülflosigkeit, unter die Flügel des preußischen Adlers geflüchtet haben. Die Einsetzung der Bundeskommission verzögerte sich noch über zwei Monate. Endlich trafen in der Mitte Decembers die Mitglieder derselben in Frankfurt ein: von Seiten Oesterreich's der ehemalige Minister von Kübeck und Feldmarschall-Lieutenant von Schönhals; von Seiten Preußen's der General von Radowitz und der frühere Oberpräsident der Provinz Preußen, Bötticher, in deren Hände der Erzherzog Johann am 20. December die Würde eines Reichsverwesers niederlegte. Mit dem Aufhören der Stelle des Reichsverwesers verschwand der letzte Rest des 1848 angestellten Versuches zu einer staatlichen Wiederbelebung Deutschland's, geräuschloser und regelmäßiger, aber darum nicht ehrenvoller als die Sprengung der Trümmer der Nationalversammlung in Stuttgart gewesen. Stück vor Stück wurden die zum Neubau Deutschland's zusammen getragenen Materialien bei Seite geworfen. Es war in dieser deutschen Bewegung alles von Hause aus so unglücklich und zweckwidrig angelegt gewesen, daß man sich beim Rückblick auf jene Tage wundern muß, wie so viele erfahrene und einsichtsvolle Männer in der nationalen Partei, unter solchen Umständen, ein Gelingen ihres Unternehmens für möglich halten konnten. Der Erzherzog Johann war schon bejahrt und lebensmüde, als er sein hohes Amt antrat, und hat von

seiner Thätigkeit in Frankfurt weder Freude noch Ruhm gehabt. Es muß ihn aber, da er ein edler Charakter und aufrichtiger Patriot war, bei diesem Scheitern eines so großen Werks ein traurigeres Gefühl als am Abend einer verlorenen Schlacht angewandelt haben. Denn hier sank die Hoffnung eines ganzen Volkes in das Grab.

Im Gegensatz zu Oesterreich, wo das konstitutionelle Leben ganz eingeschlummert schien, war man in Preußen, obwohl nicht ohne viele Schwierigkeiten, mit dem Bau einer neuen Verfassung zu Stande gekommen. Die Reaktion, die in den Kammern, welche in Folge des Dreiklassensystems gewählt worden, die Majorität besaß, hatte die liberalen Bestimmungen der octroyirten Verfassung vom 5. December 1848 so zu beschränken gewußt, daß der Volksvertretung ein Veto nur gegen Auflegung neuer Steuern blieb, die Erhebung der bestehenden aber ohne weiteres erfolgen konnte. Die preußischen Kammern hatten nicht das Recht die Steuern jährlich zu bewilligen, was in der Theorie wie in der Praxis für einen der Grundpfeiler der öffentlichen Freiheit im konstitutionell-monarchischen Staate gilt. Nachdem die Berathungen über die Verfassung geschlossen und deren Ergebnisse der Regierung zur Genehmigung vorgelegt waren, wurden noch einige Beschränkungen der Volksrechte verlangt, ehe der König sich zur Beschwörung der Verfassung bereit erklärte. Der Gedanke, der die reaktionaire Partei bei dieser Revision leitete, war, die 1848 verlornen Vorrechte und Ausnahmszustände durch die Verfassung selbst wieder herzustellen. Sie rechnete zur Erreichung dieses Ziels auf die Dehnbarkeit der einzelnen Bestimmungen in dem Verfassungswerk, und die in ihm enthaltenen Widersprüche. Da keine Partei stark genug war, um die Verfassung ganz zurückzuweisen, und dem Ministerium für seinen Plan in Betreff des Bundesstaats ein Abschluß wünschenswerth erschien, so kam ein solcher auch wirklich zu Stande, und am 6. Februar 1850 ward die Verfassung vom Könige und den Mitgliedern der beiden Kammern im Rittersaal des königlichen Schlosses in Berlin feierlich beschworen. Obgleich Friedrich Wilhelm IV. die Verfassung aufrichtig annahm und unverbrüchlich zu halten gelobte, so erinnerte doch manches in der Rede, die er bei dieser Gelegenheit hielt, an die Grundsätze und Anschauungen, die er bei Eröffnung des Vereinigten Landtags ausgesprochen hatte. Die feudale Partei machte in Bezug auf die Worte des Königs darauf aufmerksam, daß derselbe auch die bei der Huldigung gegebene Erklärung erneuert habe, welche die Aufrechthaltung der ständischen Rechte in sich schließe. Die Verfassung sei von ihm nur unter der Bedingung beschworen wor-

den, daß ihm das Regieren mit derselben möglich gemacht werde, indem man die unverjährbaren Rechte der Krone und der Stände, als über der Verfassungsurkunde stehend, anerkenne, und nur unter der Bedingung, daß die Kammern fortführen, die Verfassung im Sinne der Monarchie und der Regierungsgewalt zu verbessern. Wie es auch mit diesen wirklichen oder vermeintlichen Vorbehalten gemeint gewesen sein mag, das Wesentliche war, daß Preußen mit dem 6. Februar in die Reihe der Verfassungsstaaten eingetreten war, daß das Königthum fortan Schranken anerkannte, und das Volk bestimmte Rechte besaß.

Preußen suchte jetzt den engeren Bund thatsächlich in das Leben zu rufen. Aber es fehlte dem preußischen Entwurf ein mächtiges Gewicht, das die Arbeiten der deutschen Nationalversammlung eine Zeit lang für sich gehabt hatten, das moralische Gewicht, aus einer Volksvertretung hervorgegangen zu sein, und demnach im Volk selbst eine mächtige Partei für sich zu haben. Vom Standpunkt der praktischen Ausführbarkeit schien es noch immer sehr zweifelhaft, ob sich die Menge der von so verschiedenen Interessen erfüllten deutschen Regierungen jemals freiwillig über einen Verfassungsentwurf einigen werde, der manche Opfer von ihnen verlangte, die ihrer eingewurzelten partikularistischen Selbstsucht empfindlich sein konnten. Schon im August hatte der nassauische Bevollmächtigte einen Antrag auf baldige Vorbereitung der Wahlen zum nächsten Reichstag gestellt, was seitdem mehrmals wiederholt worden war. Aber Hannover widersetzte sich diesem Antrag aus Rücksicht auf Oesterreich, Bayern und Württemberg, und erklärte, daß er zur Zeit ungelegen sei, und zu unabsehbaren Verwickelungen führen müsse. Die Verhandlungen im Verwaltungsrath, d. h. unter den Mitgliedern des engeren Bundes, nahmen einen gereizten Ton an, und drohten das Werk im Entstehen zu Grunde zu richten. Sachsen schloß sich der hannover'schen Auffassung an, und Mecklenburg-Strelitz neigte sich ebenfalls auf diese Seite. Es war dies der erste Anfang zu einem Bruch des kaum begonnenen Werks. Auf Antrag des preußischen Bevollmächtigten im Verwaltungsrath, des Staatsministers von Bodelschwingh, wurde der Beschluß gefaßt, am 15. Januar (1850) die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaus für den nächsten Reichstag vorzunehmen. Da trat Oesterreich dazwischen, indem es die Rechtsbeständigkeit der Bundesversammlung behauptete, gegen den angekündigten Reichstag einen förmlichen Protest erhob, und erklärte, es werde einem Rechtsbruch mit seiner ganzen Macht zu begegnen wissen. Dies flößte den öffentlichen und geheimen Gegnern Preußen's, die seit den Erfolgen der

preußischen Waffen im südwestlichen Deutschland etwas eingeschüchtert gewesen, wieder Muth ein.

Der Einspruch Oesterreich's kam jedoch zu spät, um die Vorbereitungen zum Reichstag hindern zu können, und am 13. Februar berief der Verwaltungsrath den Reichstag auf den 20. März nach Erfurt ein. Aber da zeigte es sich plötzlich, auf wie schwankendem Boden dieser Bau stand, und wie thätig im Stillen Mißgunst und Eifersucht gegen Preußen gewesen. Hannover erklärte am 25. Februar, es sehe durch den jüngsten Beschluß des Verwaltungsraths sein Verhältniß zum Vertrage vom 26. Mai als gelöst und auf die Grundlage des deutschen Bundes zurückgeführt an. Darauf rief Preußen seinen Gesandten aus Hannover ab. Noch übler gestaltete sich Preußen's Verhältniß zum König von Württemberg. Derselbe bezeichnete bei Eröffnung der württembergischen Ständeversammlung das Bündniß vom 26. Mai als einen künstlichen Sonderbundsversuch, auf den Selbstmord der Gesammtheit berechnet, und ohne Aussicht auf Bestand in den Tagen der Gefahr. Die preußische Regierung sah sich in Folge dessen genöthigt, ihre diplomatischen Beziehungen zu Württemberg abzubrechen. Die öffentliche Meinung wurde durch die von den Gegnern des Bundesstaats angenommene Haltung gereizt, weil es aussah, als ob dieselben aus Selbstsucht gar nichts zu Stande kommen lassen wollten, und neigte sich in diesem Augenblick zu Preußen, weil dieses wenigstens den Willen zu einer politischen Reform an den Tag legte. Selbst in vielen großdeutschen Kreisen ward die Meinung vernommen, es sei immer besser, daß etwas in Erfurt als anderwärts nichts geschehe. Dieser Stimmung verdankte ein abermaliger Verfassungsentwurf für Deutschland sein Entstehen, der am 27. Februar von Bayern, Sachsen, Württemberg unterzeichnet wurde, und an dessen Berathung Hannover sich betheiligte. Es war darin eine Bundesregierung von sieben Mitgliedern aufgestellt, aus den vier Königreichen, neben Oesterreich und Preußen, bestehend; von den übrigen Bundesgliedern fanden nur die beiden Hessen, weil deren Treue gegen das Bündniß vom 26. Mai zu wanken begann, Berücksichtigung. Baden blieb, weil es von preußischen Truppen besetzt war, von diesem Entwurf ausgeschlossen. Eine Versammlung von 300 Mitgliedern sollte als Nationalvertretung der Bundesregierung zur Seite stehen, und durch die einzelnen Landesvertretungen gewählt werden. Das österreichische Kabinet stimmte diesem Entwurfe unter der Bedingung bei, daß ihm die Möglichkeit geboten werde, sich dem projektirten Bunde mit dem gesammten Umfange des Kaiserreichs anzuschließen. Dieser Entwurf war

noch weniger als eine der vielen anderen Kombinationen, die in jener Zeit auftauchten, geeignet, den wesentlichen Bedürfnissen Deutschland's abzuhelfen, und ist, wie die österreichische Verfassung vom 4. März, nie, selbst nicht zu einem Anfang von Ausführung, gekommen. Es war damit überhaupt nicht eine politische Regeneration Deutschland's, sondern nur eine Revision der alten Bundesakte gemeint gewesen. Aber selbst ein so bescheidenes Ziel würde auf diesem Wege nicht erreicht worden sein.

Unterdessen waren die Wahlen zum Erfurter Parlament vollzogen, und dasselbe am 20. März im Rathhause dieser ehemaligen Reichsstadt eröffnet worden. Die bekanntesten Führer der Gothaischen Partei: Vincke, Camphausen, Simson, Heinrich von Arnim, Auerswald, Beckerath, Schwerin, Max Duncker u. s. w., waren gewählt worden. Auch in den übrigen Bundesstaaten hatten die Gothaer einen überwiegenden Sieg erfochten. Aus Baden, Hessen, den thüringischen Fürstenthümern, Oldenburg, den Hansestädten fehlte nicht leicht ein hervorragender Name unter den vormaligen Führern des Centrums in der Paulskirche. Wer hätte es unter solchen Umständen für möglich gehalten, daß auch aus dieser Versammlung kein Ergebniß hervorgehen, daß sie bald so angesehen werden würde, als sei sie nie vorhanden gewesen. Und doch geschah dies. In Erfurt traten nicht, wie früher in Frankfurt, ungemessene Ansprüche, die Vorstellung einer schrankenlosen Befugniß, Gleichgültigkeit gegen die entgegenstehenden Schwierigkeiten, sondern Schwäche, Halbheit und Unklarheit bei Behandlung des unternommenen Werkes hervor. Nachdem die Versammlung, ungeachtet des Widerstandes der reaktionairen Partei, die Verfassung mit einer starken Majorität angenommen hatte, wurde der Reichstag, aus Scheu vor Oesterreich's Einsprache, Rußland's Drohungen, und aus Besorgniß vor dem Abfall einiger deutschen Staaten, plötzlich am 29. April vertagt, um nie mehr zusammenzutreten. Man war unterdessen in Berlin anderen Sinnes geworden und wollte entschieden wieder in die Bahn des Rückschritts einlenken, und damit ließ sich ein nationaler Gedanke, wie der des engeren Bundes, und eine denselben verkörpernde Reichsversammlung nicht vereinigen. Da änderte sich wiederum unerwarteter Weise die Stimmung am preußischen Hofe. Um nicht das Ansehen zu haben, das ganze so mühsam vorbereitete Werk über Bord zu werfen, ergingen Einladungen zu einem Fürstenkongreß für den 8. Mai nach Berlin, wo über die Begründung des engeren Bundes verhandelt werden sollte. Fast sämmtliche Mitglieder desselben, mit Ausnahme des

Großherzogs von Hessen-Darmstadt und des Herzogs von Nassau, die sich entschuldigen ließen, erschienen in der preußischen Hauptstadt. Aber auch dort ward nichts für den vorgesetzten Zweck ausgerichtet. Baden, Kurhessen und Mecklenburg-Schwerin sprachen sich in einer Weise aus, die ihr Beharren bei der Union als zweifelhaft erscheinen ließ.

Oesterreich glaubte jetzt den Augenblick zu einem kühnen Vorwärtsgehen gekommen. Es richtete am 26. April eine Einladung an alle Bundesglieder, sich in Frankfurt zu versammeln, der, außer den vier Königreichen, von Kurhessen, von Dänemark für Holstein-Lauenburg, von Holland für Luxemburg und Limburg, von Hessen-Homburg und Lichtenstein Folge geleistet wurde. Da das Interim mit dem 1. Mai ablief, beschloß man zunächst die Bildung einer neuen provisorischen Centralgewalt und die Revision der Bundesverfassung in Betracht zu ziehen. Oesterreich legte nachher einen Entwurf vor, wonach der Bundestag aus sieben Gruppen mit neuen Stimmen bestehen sollte. Was man in Berlin gelegentlich mit dem geringschätzigen Ausdruck: „Frankfurter Kongreß" bezeichnet hatte, trat also gleich im ersten Augenblick als erneuetes Organ der alten Bundesverfassung auf. Dem von Sachsen, Hannover, Kurhessen gegebenen Beispiel folgten Schaumburg-Lippe, Hessen-Darmstadt und Mecklenburg-Strelitz, die ihre Bevollmächtigten in das reaktivirte Plenum nach Frankfurt sandten. Oesterreich ging jetzt noch einen Schritt weiter, und am 14. August wurden sämmtliche Bundesglieder eingeladen den engeren Rath wieder zu beschicken. Was Oesterreich so kühn machte, war nicht seine eigene Stärke, denn es hatte zur Unterwerfung Ungarn's der russischen Hülfe bedurft, und seine inneren Zustände waren nichts weniger als gesund und naturgemäß gestaltet, sondern die Ueberzeugung von Preußen's Unentschlossenheit, die es nie auf das Aeußerste ankommen lassen werde, das Verlangen der meisten deutschen Regierungen nach den vormärzlichen Zuständen, unter denen man so unbeschränkt und verantwortungslos hatte walten können, und die tiefe Niedergeschlagenheit, die sich der freisinnigen Partei in Deutschland bemächtigt hatte. Ueberall waren die politischen Vereine gesprengt, die Kammern wiederholt aufgelöst, die liberalen Ministerien beseitigt und die Mitglieder der reaktionairen Partei an die Spitze der öffentlichen Angelegenheiten gestellt worden. Es war sogar eine sehr überflüssige Vorsicht, daß Oesterreich bei jedem seiner Anträge auf Restaurirung des Bundestages vorgab, es sei damit keineswegs die Rückkehr zu den alten Zuständen gemeint, sondern man sehe diesen Weg nur als den einzigen an, um zu einer den Bedürfnissen der Zeit angemessenen

Reform des Bundes zu gelangen. Es hätte seine Absicht zu den vormärzlichen Ideen zurückgreifen zu wollen offen darlegen können, es würde auf keinen anderen Widerstand als den von diplomatischen Noten und Zeitungsartikeln gestoßen, die es in ähnlicher Weise erwiedert, und während dieser Zeit nach seinen Absichten gehandelt hätte. Preußen antwortete auf die Einladung zur Beschickung des engeren Rathes mit einer ausführlichen Denkschrift, in der alle Gründe hervorgehoben waren, die gegen eine Wiederherstellung des Bundestags, insbesondere die im Juli 1848 einstimmig erfolgte Aufhebung desselben, sprechen konnten. Dieses und Aehnliches blieb auf die Reaktion ohne Eindruck, die sich auf keinen ernsten Vernunftstreit einließ, sondern zu Verdrehungen der Wahrheit, Sophismen und Deklamationen ihre Zuflucht nahm. Es kam jetzt nicht auf Recht oder Unrecht, sondern auf Macht oder Ohnmacht an, und man fühlte in ganz Deutschland, daß Oesterreich zur Durchführung seiner Plane nöthigenfalls zu den Waffen greifen könne, Preußen aber seine Sache nur mit Worten und auf dem Papier vertheidigen werde. Während das nur von dreizehn Regierungen beschickte „Plenum" des alten Bundes rüstig vorwärtsschritt und entscheidende Beschlüsse faßte, vernahm man wenig oder nichts von der „Union", der die Mehrzahl der deutschen Regierungen der Form nach angehörte. Oesterreich, das im Stillen bedeutende Streitkräfte in Böhmen zusammengezogen hatte, nahm gegen Preußen eine immer schroffere Haltung an. Es griff die Militairkonventionen an, welche die preußische Regierung mit Anhalt, Mecklenburg, Braunschweig und Baden geschlossen, und setzte der Verlegung der badischen Truppen, die eine Zeit lang preußische Garnisonen beziehen sollten, eine Reihe von Hindernissen entgegen. Dasselbe Preußen, das einst unter Friedrich dem Großen und neuerdings in den Befreiungskriegen so entschlossen und thatkräftig aufgetreten, schien jetzt von einer Art Lähmung befallen zu sein, und es verhielt sich leidend und zuwartend, als hoffte es auf einen übernatürlichen Beistand. Wenn es zur rechten Zeit für seinen Bundesstaat, zu dem sich anfänglich der größte Deutschland's hinneigte, so viel Eifer und Entschiedenheit, wie Oesterreich für die scheinbar ganz verlorene Sache des Bundestags bewiesen hätte, so wäre der Erfolg kaum zweifelhaft gewesen. Aber durch die Nachgiebigkeit und Schwäche, die es zuerst gegen Hannover, dann in Erfurt und bei mehren anderen Gelegenheiten bewiesen hatte, verlor es die Sympathie des deutschen Volks, das sich von jetzt an weder um Union noch Fürstenkollegium bekümmerte, sondern seine Blicke nach Schleswig-Holstein wandte, wo die deutsche Nationali-

tät von einem fremden Joch bedroht wurde, und nach Kurhessen, wo verfassungsmäßige Rechte in Gefahr standen, fürstlicher Willkühr aufgeopfert zu werden.

Schleswig war seit dem Waffenstillstand vom 10. Juli 1849 unter der Form einer gemischten Landesverwaltung dem Drucke der Dänen Preis gegeben. Der preußische Bevollmächtigte, Graf zu Eulenburg, ging auf alle Maßregeln seines dänischen Kollegen von Tillich ein, welcher die Schleswiger für ihre Anhänglichkeit an Deutschland und ihre Abneigung gegen Dänemark in jeder Weise mißhandelte, deutsch gesinnte Prediger und Lehrer vertrieb, patriotische Beamte entsetzte, den Gemeinden, die sich seinen Anordnungen nicht alsbald fügten, außerordentliche Lasten auflegte, und überhaupt ein Verfahren einhielt, das um so mehr verletzen mußte, da es von einem kleinen Volk gegen die Angehörigen eines viel größeren verübt wurde. Die deutschen Regierungen schienen diese Demüthigung der deutschen Nationalität nicht zu fühlen. Die Holsteiner, über die Leiden ihrer schleswigschen Brüder erbittert, stellten, als Bonin nach Berlin abgerufen wurde, den preußischen General von Willisen an die Spitze ihrer Streitmacht, und beschlossen den Krieg gegen Dänemark auf eigene Hand fortzusetzen. Jetzt mußten alle preußischen Officiere auf höheren Befehl die holsteinische Armee verlassen. Willisen war ein bekannter militairischer Schriftsteller, ein gelehrter Generalstabsofficier und durch vielseitige Bildung ausgezeichnet, hatte aber nie selbstständig kommandirt, und war von der Schule, die er durchgemacht, nicht auf einen Volkskrieg, wie der war, den er jetzt zu führen hatte, vorbereitet worden. Er nahm als General eine übertriebene und unzeitige Rücksicht auf die politische Lage des Landes, dessen Rechte er vor allem mit den Waffen zu vertheidigen hatte, und ging von der Ansicht aus, daß die militairischen Operationen nur dazu dienen sollten, die Friedensunterhandlungen zu erleichtern. Aber er machte sich auf diese Art jede große Unternehmung unmöglich, und wurde bei der Ausführung seiner Plane von Bedenklichkeiten zurückgehalten, die mit seiner nächsten Aufgabe nichts gemein hatten. Da Dänemark sich anheischig gemacht hatte, nicht in Holstein vorzudringen, und ein Einfall der Holsteiner in Schleswig durch die Preußen verhindert wurde, so dauerte das Provisorium bis in den Sommer hinein. Am 2. Juli 1850 wurde zwischen Preußen und Dänemark ein definitiver Friede unterzeichnet, der Schleswig den Dänen überließ, in Holstein aber noch die Rechte des deutschen Bundes wahrte. Als die Preußen Schleswig verließen, rückte Willisen daselbst ein, um das Land gegen die Dänen zu

behaupten. Am 24. und 25. Juli (1850) kam es bei Idstedt, unweit der Stadt Schleswig, zu einer Schlacht, in der die Holsteiner, ungeachtet der von ihnen bewiesenen Tapferkeit, aus Mangel an kräftiger Führung und Einheit in den Bewegungen, geschlagen wurden. Dieser Kampf fiel sehr blutig aus, indem auf beiden Seiten fast der zehnte Mann getödtet oder verwundet wurde. Schleswig sollte jetzt auf lange Zeit hinaus für Deutschland verloren gehen. Am 2. August unterzeichneten England, Frankreich, Rußland, Schweden und Dänemark zu London ein Protokoll[1], in welchem der dänische Einheitsstaat anerkannt wurde. Oesterreich trat dieser Erklärung bei, die am 30. September von dem reaktivirten deutschen Bunde bestätigt wurde.

So bezeichnend auch für den Geist, in welchem die deutschen Angelegenheiten geführt wurden, die Ereignisse in Schleswig-Holstein waren, der entscheidende Schlag bei der Lösung der schwebenden Fragen mußte in einem mehr im Mittelpunkt Deutschland's liegenden Staate erfolgen. Es war dies Kurhessen. Daselbst waren die Souveraine schon seit drei Generationen gewohnt, mehr ihren eigenen Vortheil als den des Landes zu berücksichtigen, und der Laune und Willkühr einen vorherrschenden Einfluß auf die Führung der Regierung einzuräumen. Der gegenwärtige Kurfürst schien hierin seine beiden Vorgänger eher übertreffen, als ihnen nachstehen zu wollen. An und für sich würden die Vorgänge in Kurhessen nicht weitgreifend genug gewesen sein, um ganz Deutschland in Bewegung zu setzen, sie erhielten aber dadurch eine große Bedeutung, daß die Politik der beiden deutschen Großmächte dort am stärksten auf einander stieß, und ihre gegenseitige Stellung, wie die zu Deutschland bei Gelegenheit des hessischen Verfassungsstreites, eine entschiedene Wendung nahm. Der Kurfürst Friedrich Wilhelm, dem schon die Verfassung von 1831 als eine große Beschränkung erschien, hatte sich nur sehr ungern zur Annahme des freisinnigen Wahlgesetzes von 1849 herbeigelassen, und war nur von den Umständen gedrängt dem engeren Bunde beigetreten. Ihm gefiel vor allem der Zustand, wie er unter dem Bundestag bis 1848 gewesen, wo die deutschen Fürsten, wenn sie nur den aus Frankfurt kommenden freiheitsfeindlichen Beschlüssen zustimmten, was dem Kurfürsten nicht schwer fiel, im Innern ihrer Staaten so gut wie unumschränkt waren, und bei etwaigen Streitigkeiten mit ihren Landständen immer auf eine ihnen günstige Entscheidung am Bundestag rechnen konnten. Bei der Uneinigkeit, die zwischen Oesterreich und Preußen schon bei der Frankfurter Kaiserwahl ausgebrochen war und seitdem immer zugenommen hatte, bei der Eifersucht

der Mittelstaaten auf die preußische Suprematie, und der offenbaren Unentschlossenheit des preußischen Kabinets in der Behandlung der deutschen Frage, schien dem Kurfürsten die Zeitlage günstig, um wieder auf die von ihm 1848 verlassene Bahn zurückzukehren, von der er sich nur gegen Neigung und Ueberzeugung entfernt hatte. Zu dem Ende entließ er im Februar 1850 das freisinnige Ministerium Eberhard, und stellte einen entschiedenen und als solchen erprobten Reaktionair, den Geheimenrath Hassenpflug, an die Spitze seiner Regierung. Dieser Mann, der sich nur als Fürsten= und nicht als Staatsdiener betrachtete, war, wie der Kurfürst selbst, dem absolutistischen System mit Leib und Seele ergeben. Er war einer von den Menschen, welche zur Willkühr geneigte Fürsten immer herauszufinden wissen, und auf welche sie ihre Verantwortlichkeit entladen können, ohne selbst die ganze Schuld ihrer Handlungsweise auf sich nehmen zu dürfen. Hassenpflug verachtete bei seinem beschränkten, nur auf den Augenblick und dessen Erfolge gerichteten Urtheil, die öffentliche Meinung, und verließ sich unter allen Umständen auf die Anwendung der Gewalt. Aber er war ausdauernd, verschlagen unter plumpen Formen, und, wenn er sich den Rücken gedeckt wußte, bis zur Verwegenheit unternehmend. Ein solcher Diener mußte für einen Gebieter vom Charakter des Kurfürsten ein treffliches Werkzeug abgeben. Nachdem Hassenpflug zwei Ständeversammlungen, von denen seine Finanzvorschläge verworfen worden, aufgelöst hatte, ordnete er, ohne sich um die Zustimmung der Volksvertretung zu bekümmern, die Forterhebung aller direkten und indirekten Steuern an, und erklärte, als er damit bei den Gerichten auf Widerstand stieß, das ganze Land in Kriegszustand. Hassenpflug, dem es nicht entging, daß er hierbei in Kollision mit Preußen gerathen könne, zu dessen Bundesstaat Kurhessen noch gehörte, verließ sich auf Oesterreich's und dieses wiederum auf Rußland's Unterstützung. Die Differenzen zwischen dem preußischen und österreichischen Kabinet gaben dem Kaiser Nikolaus Gelegenheit, als Schiedsrichter in den deutschen Angelegenheiten aufzutreten. Die streitenden Parteien legten ihm ihre Klagen zur Begutachtung vor. In der zweiten Hälfte des Juni erschien der Kaiser von Rußland in Warschau, wohin sich von Berlin der Prinz von Preußen, von Wien Fürst Schwarzenberg begaben. Die günstige Entscheidung, die letzterer für seine Ansprüche erhielt, gab ihm den Muth, in Frankfurt den engeren Bundesrath, also den ächten alten Bundestag, wieder zu eröffnen (2. September), unter Vorbehalt des Zutritts der sich noch weigernden, dem Bündniß vom 26. Mai zugehörigen Staaten. Oesterreich ließ Preußen jetzt

keine andere Wahl, als Nachgeben oder Krieg, und zwar einen Krieg, bei dem, außer einem Theile Deutschland's, auch Rußland sich auf Seite Oesterreich's gestellt haben würde.

Hassenpflug, der mit seinen Gewaltmaßregeln nicht durchgedrungen war, indem die gesammte Staatsdienerschaft bis auf die Polizei hinunter, und zuletzt selbst das Militair seine Anordnungen unausgeführt ließ, bewog den Kurfürsten zur Flucht von Kassel nach Frankfurt, wohin er denselben begleitete (12. September), um die Hülfe des Bundestags in Anspruch zu nehmen. Von dort begab sich der Kurfürst mit seinem Minister nach Wilhelmsbad, wo er einstweilen den Sitz seiner Regierung aufschlug. Der Bundestag sagte in einem Beschluß vom 17. September dem Kurfürsten Hülfe zur Wiederherstellung seiner Autorität zu. Da Kurhessen sich damals vom engeren Bundesstaat noch nicht getrennt hatte, so blieb Preußen nur übrig, entweder sich dem neuen Bundestag zu unterwerfen, oder dessen Dazwischenkunft mit Gewalt entgegenzutreten. Friedrich Wilhelm IV. protestirte gegen den Bundesbeschluß vom 17. September, und ernannte den General von Radowitz zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Zugleich wurde ein preußisches Truppenkorps in Westphalen zusammengezogen. Aber auch Oesterreich hatte sich auf alle Fälle in Bereitschaft gesetzt und ein Heer in Böhmen aufgestellt, über das Graf Radetzky den Oberbefehl übernehmen sollte. Am 11. Oktober kam der Kaiser Franz Joseph mit den Königen von Bayern und Württemberg, die eifrig auf die Politik des österreichischen Kabinets eingegangen waren, in Bregenz zusammen, um mit ihnen die Vollziehung des Bundesbeschlusses vom 17. September zu verabreden. Ein bayerisches Korps, unter dem Fürsten von Thurn und Taxis, von einem österreichischen Kontingent verstärkt, sollte in Kurhessen einrücken, wodurch zugleich die in Baden stehenden preußischen Truppen bedroht wurden. Aber ehe man an die Ausführung ging, mußte die Meinung des Kaisers Nikolaus vernommen werden. Derselbe kam abermals nach Warschau, wohin sich der Kaiser Franz Joseph und Fürst Schwarzenberg, und von preußischer Seite der Ministerpräsident Graf Brandenburg begaben. Oesterreich verlangte von Preußen das Aufgeben der Union und die Anerkennung des restaurirten Bundestags, eine Forderung, die von Rußland aus lebhaft unterstützt wurde. Ungeachtet der nahen Verwandtschaft mit dem preußischen Königshause neigte sich Nikolaus damals durchaus zu Oesterreich hin, und Graf Brandenburg soll von dem russischen Herrscher sehr verletzende Worte über den Gang der preußischen Politik vernommen haben.

Radowitz hatte durch ein preußisches Armeekorps unter General von der Gröben die Etappenstraßen in Kurhessen besetzen lassen, und in Voraussicht eines Krieges die schleunige Rückkehr der in Baden stehenden preußischen Truppen angeordnet. Die Bayern unter Thurn und Taxis rückten in Kurhessen ein, besetzten Hanau und drangen auf der Straße nach Kassel vor, wo eine preußische Besatzung lag. Ein blutiges Zusammentreffen schien unvermeidlich zu sein, ward aber durch die Veränderung vermieden, die unterdessen im preußischen Ministerium eingetreten war. Radowitz hatte am 2. November im Ministerrath ein Programm vorgelegt, wonach Preußen nur die gemeinsame Lösung des kurhessischen Verfassungsstreites zuließ, dem Einrücken der Bayern widerstehen und seine Truppen auf den Kriegsfuß setzen sollte. Auch sollte ein Manifest an das preußische Volk erlassen und die Kammern einberufen werden. Aber die Friedenspartei hatte im letzten Augenblick am preußischen Hofe die Oberhand gewonnen. Radowitz drang mit seinen Anfragen nicht durch, legte sein Amt nieder, und der bisherige Minister des Innern, Manteuffel, übernahm die provisorische Leitung der auswärtigen Angelegenheiten. General von der Gröben erhielt sogleich Befehl den Rückzug anzutreten. Bei dieser Gelegenheit kam seine Nachhut mit der bayerischen Vorhut bei Bronzell (8. November) in Berührung. Es fielen von beiden Seiten einige Schüsse, ohne daß sich ein Gefecht entsponnen hätte. Kassel wurde von Preußen und Bayern gemeinschaftlich besetzt. Unterdessen war Graf Brandenburg, der schon krank von Warschau zurückgekehrt, gestorben, und der Kultusminister von Ladenberg einstweilen mit dem Vorsitz im Ministerrath betraut worden. Als aber Manteuffel in Radowitz Stelle getreten, ließ er in Wien erklären (3. November), daß Preußen der Ausführung der Bundesschlüsse in Kurhessen und Holstein keinen Widerstand entgegen setzen werde, aber die Abhaltung von Konferenzen über die deutsche Verfassungsfrage für nöthig erachte. Einige Tage später ward eine Mobilmachung der preußischen Armee und Landwehr angeordnet, aber dem österreichischen Gesandten in Berlin die Versicherung gegeben, daß dies nur geschehe, um die öffentliche Meinung zu beruhigen, und daß die Zugeständnisse vom 3. November damit nicht zurückgenommen wären. Oesterreich verwarf in seiner Antwort einen Theil der preußischen Forderungen ganz, beschränkte andere, verlangte definitives Aufgeben der Union, und Anerkennung des Bundestags, von dem die Beschlüsse der abzuhaltenden Konferenzen ratificirt werden sollten. Preußen räumte alles ein, und bestand nur auf baldiger Eröffnung der

Konferenzen, und daß die Etappenstraßen durch Kurhessen für die preußischen Truppen offen blieben. Am 15. November ward von preußischer Seite in einer Sitzung des Fürstenkollegiums die Unzweckmäßigkeit der Union unter den gegenwärtigen Umständen erklärt, zugleich aber ein neues Bündniß unter veränderten Formen in Aussicht gestellt, zu dem aber die bisherigen Bundesgenossen Preußen's wenig Neigung zeigten. Die Union löste sich in den nächsten Wochen durch den Rücktritt der einzelnen Glieder von selbst auf. Um der Wiederkehr so drohender Zerwürfnisse, wie zwischen Oesterreich und Preußen in der letzten Zeit sich erhoben hatten, vorzubeugen, begab sich der Minister von Manteuffel, der jetzt die leitende Hand im preußischen Kabinet geworden war, nach Olmütz, um mit dem Fürsten Schwarzenberg die noch streitigen Punkte auszugleichen. Die österreichische Politik trug in der dort geschlossenen Uebereinkunft (29. November) einen vollständigen Sieg davon, indem Preußen sich zur Anerkennung aller von Oesterreich in der letzten Zeit gestellten Forderungen in Betreff der deutschen Verfassungsfrage, und der Zustände Kurhessen's und Schleswig-Holstein's verstand.

Die nächste Wirkung der in Olmütz gefaßten Beschlüsse sollte in den genannten Ländern bald gefühlt werden. In dem ersteren derselben gewann der Kurfürst die seit dem März 1848 verlorene Stellung wieder, und mehr als dies, und er und seine vertrauten Diener und Gesinnungsgenossen fanden Gelegenheit sich für die unterbrochene Willkührherrschaft reichlich zu entschädigen. Nachdem das Land mit Hülfe bayerischer und österreichischer Truppen wieder unter die unumschränkte Gewalt des Kurfürsten gerathen, schaltete Hassenpflug daselbst wie in Feindesland. Die ihm mißliebigen Beamten wurden entsetzt oder zum Rücktritt gezwungen; manche von ihnen zogen die Flucht in das Ausland einer langen Untersuchungshaft und den Erniedrigungen vor, von denen sie bedroht waren. Alle Versammlungen, selbst die einzig zum geselligen Vergnügen bestimmten, wurden von einer besonderen Erlaubniß abhängig gemacht, es wurden Zeitungen unterdrückt, Lesekabinette geschlossen, und Einzelne wie Gemeinden, die sich den Hassenpflug'schen Anordnungen nicht schnell und unbedingt unterwarfen, mit Einquartierung von Soldaten bestraft, deren Zahl in der Regel zu den Kräften der Belasteten in keinem Verhältniß stand. Obgleich zur Wiederherstellung der Autorität des Kurfürsten zwei Bundeskommissarien, ein preußischer und ein österreichischer, nach Hessen gesandt worden, so ging doch alle Entscheidung einzig von letzterem aus. In dem von der Natur ohnedies nicht begünstigten Lande entstand durch die gewaltsame Unterbrechung

der bestehenden Ordnung, den Stillstand aller Geschäfte und die Verpflegung so vieler fremden Truppen, bald so große Noth, daß in den benachbarten Staaten öffentliche Sammlungen zu deren Linderung veranstaltet wurden. Die Auswanderung nahm überhand. Einige Zeit nachher standen ganze Dörfer von allen Bewohnern verlassen da.

Schleswig seufzte jetzt unter dem dänischen Joch, aber die Holsteiner waren durch den Verlust der Schlacht von Idstedt so wenig entmuthigt, daß sie den Dänen noch mehre, wenn auch unentschiedene Gefechte lieferten. Aber es genügte nicht, daß die deutschen Regierungen Holstein in seinem schweren Kampf im Stich ließen, sie selbst trugen dazu bei, daß es entwaffnet und wieder der dänischen Herrschaft überliefert wurde. In Folge der Olmützer Uebereinkunft war ein österreichischer und ein preußischer Kommissarius nach Holstein gesandt worden, und ein österreichisches Korps unter dem Feldmarschall-Lieutenant Legeditsch, dem eine Abtheilung Preußen beigegeben war, sollte die Unterwerfung des unglücklichen Landes bewerkstelligen. Preußische Pionniere schlugen die Brücke über die Elbe, auf welcher die Oesterreicher nach den Herzogthümern rückten. Jetzt blieb den Holsteinern nichts übrig, als den Forderungen der Kommissarien nachzugeben. Willisen hatte das Kommando schon im Anfang December niedergelegt, jetzt trat auch sein Nachfolger, der tapfere General von der Horst, zurück. Die Landesversammlung ging auseinander, die Statthalterschaft verließ das Land, das Heer ward aufgelöst. Den Dänen ward von den Bundestruppen überall der Weg geebnet, und es wurden ihnen sogar die Festungen Friedrichsort und Rendsburg übergeben, obgleich dieselben zu Holstein, demnach zu Deutschland gehörten. Vergebens machte der ehemalige preußische Minister des Auswärtigen, Heinrich von Arnim, in der preußischen Kammer darauf aufmerksam, daß Rendsburg ganz Holstein, Friedrichsort den Kieler Hafen beherrsche. Diese und ähnliche Proteste verklangen ungehört. Ein Verhalten, wie der Bundestag und die mit ihm übereinstimmenden Regierungen in diesem Falle bewiesen, war unerhört. Jeder mußte jetzt die Ueberzeugung gewinnen, daß es bei denen, welche die deutschen Angelegenheiten in Händen hatten, nicht mehr auf Recht und Volksthum, sondern einzig auf politische Konvenienzen und das Interesse der Fürsten und Dynastien ankam.

Während in Kurhessen die Reaktion auf Kosten der verfassungsmäßigen Freiheit, in Schleswig-Holstein auf Kosten der Ehre und Größe der deutschen Nation triumphirte, waren die in Olmütz verabredeten Konferenzen am 23. December in Dresden eröffnet worden.

Auch bei diesen Verhandlungen gab sich die Dazwischenkunft und das entscheidende Uebergewicht Rußland's kund. Oesterreich und Preußen hätten dem neuen deutschen Bunde gern eine dualistische Spitze gegeben, und sich die Entscheidung über Krieg und Frieden ausschließend vorbehalten. Dem waren aber die Mittelstaaten entgegen, deren Widerstand von Rußland unterstützt wurde. Oesterreich wiederholte seine Forderung, mit seinem gesammten Länderkomplex in den deutschen Bund aufgenommen zu werden, was Preußen nicht genehm sein konnte, und wogegen sich Rußland, hierbei von Frankreich und England unterstützt, nachdrücklich erklärte. Bayern kam noch einmal auf seine mit besonderer Vorliebe gehegte Trias zurück, und Württemberg sprach sich sogar für ein deutsches Parlament aus, wovon aber Oesterreich nichts wissen wollte, und dabei Preußen auf seiner Seite hatte. Unter diesen von so mannigfaltigen und entgegengesetzten Interessen erfüllten Unterhandlungen vergingen mehre Monate, ohne daß es zu einem Ergebniß gekommen wäre. Da weder die dualistische Spitze, nach die Trias, noch der Eintritt Gesammtösterreich's, noch ein Parlament möglich waren, indem jede dieser Kombinationen auf den von Rußland unterstützten Widerstand eines Theiles der deutschen Regierungen stieß, so blieb zuletzt nichts als die einfache Rückkehr zur deutschen Bundesverfassung übrig, wie sie vom Wiener Kongreß bestimmt worden. Am 27. März forderte Preußen die bisherigen Mitglieder der Union zur Beschickung des Bundestags auf. Am 15 Mai schloß die Konferenz in Dresden ihr Sitzungen. An demselben Tage wurde der neue preußische Bevollmächtigte, von Rochow, bisher Gesandter am russischen Hofe, am Bundestage eingeführt, und die kleineren Unionsstaaten, die noch zu Preußen gehört hatten, folgten bald nach. Am 30. Mai 1851 war der deutsche Staatenbund wieder vollständig hergestellt.

---

7. Der Krimkrieg.

Man hätte erwarten sollen, daß nach den Stürmen, welche in den Jahren 1848 und 1849 einen großen Theil Europa's, Frankreich, Deutschland, Italien, Ungarn verheert und so tiefe Nachwehen zurückgelassen hatten, das Bedürfniß der Ruhe sich mit verstärkter Macht geltend machen und auf lange Zeit hinaus den so schwer errungenen Frieden sichern würde.

Dem war aber nicht so. Auf die von den Ideen der Revolution oder der Nationalität erregten Kämpfe folgte zum Erstaunen der überraschten Welt ein Krieg, der von dem Geist der Eroberung eingegeben wurde, und von einem Staat ausging, der, von den Erschütterungen der letzten Jahre nicht getroffen, in gesammelter, ungeschwächter Kraft dastand. Der Kaiser Nikolaus, durch die von seinen Feldherren über Türken, Perser und Polen davon getragenen Siege, in der Ueberzeugung von der Ueberlegenheit der russischen Waffen bestärkt, durch den stummen Gehorsam in allen Klassen seines Volks verwöhnt, und durch die Berücksichtigung, die seine Meinungen und Plane bisher bei den fremden Mächten gefunden hatten, über alle Bedenklichkeiten hinausgehoben, beschloß das Ansehen von Entkräftung und Zerrüttung, das einige der ersten Staaten Europa's nach dem Ausgange der inneren Kämpfe boten, zu einer Lösung der orientalischen Frage im Sinne Rußland's und zu einem kühnen Schlage nach dieser Richtung hin zu benutzen. Dieser Monarch hatte die Türkei nie aus den Augen verloren, und besonders seit dem Regierungsantritt des schwachen Sohnes Mahmud II., die Hoffnung gehegt, daß während Europa von Revolutionen geschwächt werde, Rußland sich dem Ziel seiner seit so vielen Jahren befolgten Politik, der Eroberung des türkischen Reiches, ungestört nähern könne, um dann in einem geeigneten Augenblick demselben das Schicksal Polen's zu bereiten. Die Umstände schienen ein solches Unternehmen zu begünstigen. In Frankreich hatte sich der Napoleonide eben das Diadem seines Oheims auf das Haupt gesetzt, war aber von dem Hasse der alten Parteien bedroht, und schien zu sehr mit der Sicherstellung der an sich gerissenen Größe beschäftigt, um an weit aussehende Unternehmungen denken zu können. Auch war die französische Nation nach den furchtbaren inneren Gährungen vor allem auf Ruhe und Wiederherstellung der gestörten materiellen Interessen bedacht. Die Fraktion der brittischen Aristokratie, welche damals am Staatsruder saß, hatte sich bei mehren Gelegenheiten dem russischen Ehrgeiz gegenüber so unentschlossen gezeigt, und der Kaiser Nikolaus besaß in ihren Reihen so ergebene und einflußreiche Freunde, daß er hoffte, sich mit England bei Ausführung seiner Plane gegen die Türkei, ohne große Schwierigkeiten ins Reine setzen zu können. Obgleich es seit lange ein stehender Grundsatz der englischen Politik war, die Türkei nicht unter Rußland's Botmäßigkeit fallen zu lassen, so war England, auf sich selbst gewiesen, nicht stark genug, um die russischen Heere bei einem Zuge nach Konstantinopel aufzuhalten, und die öffentliche Meinung war damals in allen Klassen der

brittischen Nation so sehr gegen Napoleon III. gerichtet, daß ein Bündniß der beiden großen Westmächte gegen Rußland höchst unwahrscheinlich erschien. Die meisten Kontinentalregierungen hatten zwar den Staatsstreich des Napoleoniden mit Beifall aufgenommen, da er der politischen Freiheit in Frankreich ein Ende machte, sie sahen ihn aber, als er sich der Krone bemächtigte, als einen Eindringling an, und hielten sich von ihm zurück. Der Kaiser Nikolaus glaubte nicht befürchten zu dürfen, daß Napoleon ihm einen bedeutenden Widerstand bei einem Angriff auf die Türkei entgegensetzen werde, da Frankreich ganz allein hierzu nicht die erforderliche Macht besaß. Oesterreich verdankte dem russischen Kaiser — so glaubte derselbe wenigstens — seine Erhaltung im ungarischen Kriege, und war ihm demnach tief verpflichtet. Der kühnste der österreichischen Staatsmänner, der sich wahrscheinlich kein Gewissen daraus gemacht hätte, die Last der Dankbarkeit gegen Rußland von sich zu werfen, Fürst Felix Schwarzenberg, war bereits todt. Ueber Preußen's Zustimmung zu allem, was Rußland unternehmen möchte, kam dem Kaiser Nikolaus kein Zweifel ein, da ihm dasselbe bisher so viele Beweise einer bis zur Selbstverläugnung gehenden Anhänglichkeit gegeben hatte. Die Verhältnisse schienen demnach auf allen Seiten die russischen Eroberungsgelüste zu begünstigen.

An einem Vorwand zu Streitigkeiten mit der Türkei konnte es Rußland bei der eigenthümlichen Stellung der beiden Reiche, die in Europa und Asien aneinander grenzten, von denen das eine für den Schirm der griechischen Kirche, das andere für das Haupt des Islams gilt, nie ganz fehlen. Unter der Herrschaft des Sultans lebten mehre Millionen Christen griechischen Bekenntnisses, darunter Stammverwandte der Russen, die ihre Befreiung von Rußland erwarteten, und dessen Monarchen als ihren Schutzherrn und künftigen Gebieter ansahen. Aeltere und neuere Verträge hatten Rußland zwar nicht ein unmittelbares Protektorat über die christlichen Unterthanen des Sultans verliehen, ihm aber doch in manchen Fällen das Recht der Einmischung zur Erhaltung der Gerechtsame gewisser griechischer Kirchen im türkischen Reiche, und zu Vorstellungen gegen die Bedrängnisse eingeräumt, welche von den Behörden des Sultans der griechischen Geistlichkeit zugefügt werden konnten. Dieses Recht der Einmischung war in von Seiten Rußland's absichtlich dunkel abgefaßten Bestimmungen, die verschiedenartige Auslegung zuließen, ausgesprochen, und konnte je nach den Umständen in weiterem oder engerem Sinn genommen werden. Dem eben so feinen als unternehmenden Geist der russischen Diplomatie war

hiermit ein ergiebiges Feld geboten. Sie hatte es immer trefflich verstanden durch Intriguen und Sophismen einzuleiten, was später durch die rohe Gewalt entschieden werden sollte.

Obgleich die Schwäche der Pforte nach dem letzten Kriege gegen Rußland und den durch Ibrahim Pascha erfahrenen Niederlagen nicht zweifelhaft sein konnte, so wurde der Kaiser Nikolaus durch die Nachgiebigkeit, welche dieselbe in der letzten Zeit gegen Frankreich und Oesterreich bewiesen hatte, noch mehr in der Ueberzeugung bestärkt, daß er nur seine Wünsche darzulegen brauche, um bei ihr alles durchsetzen zu können. Denn es war ursprünglich keineswegs seine Absicht den Sultan alsbald mit Krieg zu überziehen, sondern er wollte ihm nur Zugeständnisse abnöthigen, welche Rußland ein bestimmtes Recht zur Dazwischenkunft in die inneren Zustände des türkischen Reichs geben konnten. Dadurch wären die christlichen Unterthanen der Pforte noch mehr als bisher an Rußland herangezogen worden, und würde der Sultan zuletzt auch bei den Bekennern des Islams in Verachtung gefallen sein. Der auf diese Art vorbereiteten inneren Auflösung der Türkei hätte dann wie von selbst das äußere Zusammenbrechen derselben, und die Gelegenheit für Rußland, sich ihrer zu bemächtigen, folgen müssen.

Frankreich hatte seit alter Zeit ein Schutzrecht über die Katholiken in Palästina ausgeübt, das 1740 in einem besonderen Vertrag von der Pforte ausdrücklich anerkannt worden war. Nach und nach hatten sich aber die Griechen viele Eingriffe in die Rechte der Lateiner erlaubt, namentlich waren letztere von neun der sogenannten heiligen Stätten, die Gegenstände besonderer Verehrung sind und zu denen zahlreiche Wallfahrten unternommen werden, ausgeschlossen worden. Louis Napoleon, der schon als Präsident die Würde Frankreich's gegen das Ausland mit größerem Nachdruck, als die ihm vorangegangene Regierung vertrat, bestand auf Vollziehung des Vertrags von 1740, und die Pforte gab, obwohl ungern und nach vielen Unterhandlungen, indem sie Rußland's Mißfallen fürchtete, aber zuletzt vollständig, dem gebieterischen Auftreten des französischen Gesandten in Konstantinopel, Marquis de Lavalette, nach. Noch willfähriger war das Verhalten der türkischen Regierung bei einem am Ende des Jahres 1852 zwischen ihr und Oesterreich ausgebrochenen Konflikt. Die Montenegriner wollten sich der Oberherrlichkeit des Sultans entziehen, und hatten sich unter den Schutz Rußland's begeben, das unter dem Vorwand der Religionsverwandtschaft sich in alle inneren Angelegenheiten dieses Volkes mischte, und in der letzten Zeit die Trennung der bis dahin in Montenegro bestandenen Einheit der

geistlichen und weltlichen Macht durchgesetzt hatte, weil es seiner Politik nützlich erschien, beide Gewalten nicht länger in derselben Hand vereinigt zu lassen. Montenegro hatte für Rußland durch die natürliche Festigkeit seiner Lage, die religiöse und nationale Verwandtschaft seiner Bevölkerung mit den Russen und den Haß der Montenegriner gegen die Türken, eine größere Bedeutung als manche umfangsreicheren Gebiete. Aus denselben Gründen wollte aber die Pforte ihrer Oberherrschaft über Montenegro nicht entsagen. Sie fürchtete, daß die Russen durch Montenegro im Innern der Türkei Fuß fassen könnten. Eine überlegene türkische Streitmacht unter dem Kommando Omer Pascha's drang in Montenegro ein, indem sie das Land verwüstete und an den Einwohnern die größten Gewaltthätigkeiten beging. Oesterreich, das ein christliches Volk nicht unter seinen Augen und gewissermaßen vor seiner Schwelle hinmorden lassen und auch Rußland nicht Gelegenheit zur Einmischung geben wollte, schickte im Januar 1853 den Feldmarschallieutenant Grafen von Leiningen nach Konstantinopel mit dem durchgreifenden Verlangen, die Bekriegung der Montenegriner, gegen Erfüllung billiger Bedingungen von Seite dieser letzteren, alsbald einzustellen, widrigenfalls Montenegro von österreichischen Truppen besetzt werden würde. Obgleich Graf Leiningen etwas schroff auftrat, so willigte die Pforte doch in alles, was er im Namen seines Kabinets von ihr verlangte, denn sie fühlte, daß Oesterreich es aufrichtig mit ihr meinte, und nur verhindern wollte, daß Rußland die Unruhen in Montenegro zu einem Eingriff in die inneren Angelegenheiten der Türkei benutzte.

Der Kaiser Nikolaus begann die Ausführung seiner Plane gegen die Pforte damit, daß er den englischen Gesandten in St. Petersburg, Sir Hamilton Seymour, für die Ansicht zu gewinnen suchte, daß die Türkei am Vorabend ihres Untergangs stehe, und daß es für die Mächte wichtig sei, sich in voraus über die in diesem Fall zu treffenden Maßregeln unter einander zu verständigen. Er nannte den Sultan einen „kranken Mann", bei dem die Heilmittel nicht mehr anschlagen, und ließ sich über das, was er bei der unabwendbaren Katastrophe zu thun gedenke, mit einer drohenden Offenheit aus. Er erklärte, daß er von den Umständen genöthigt werden könne, Konstantinopel von seinen Truppen besetzen zu lassen, läugnete aber die Absicht es behalten zu wollen. Er verwarf die Idee von der Wiederherstellung des byzantinischen Reichs und der Vergrößerung des Königreichs Griechenland, und meinte, daß es am geeignetsten wäre Servien, Bosnien, Bulgarien zu selbstständigen Staaten unter russischem Schutz, wie die Donaufürstenthümer, zu

erheben. Er bot den Engländern aus der großen zu erwartenden Beute einen lockenden Antheil: Egypten und die Insel Kandia, an. Er äußerte gegen den englischen Diplomaten, daß alles von dem Einvernehmen Rußland's und England's abhänge, indem die Meinungen und Absichten der anderen Mächte im Grunde von keiner Bedeutung wären. Oesterreich's erwähnte der russische Selbstherrscher wie eines Vasallen, Preußen ward von ihm ganz übergangen. Sir Hamilton Seymour war von diesen vertraulichen Mittheilungen nicht wenig überrascht, widersprach aber selten, sondern beobachtete nur und suchte sich den Sinn der Worte des Kaisers durch geschickt angebrachte Fragen klar zu machen. Aber die englischen Minister waren zu staatsklug, um sich durch die russischen Anerbietungen täuschen zu lassen. Sie läugneten, daß die Türkei so lebensunfähig sei, wie Rußland es behauptete, und lehnten jede vorbereitende Berathung über die im Fall ihrer Auflösung zu fassenden Entschließungen ab. Beständig den Sturz des türkischen Reiches vorherzusagen heiße ihn beschleunigen, anstatt ihn abzuwenden, ward von Lord Clarendon, der unterdessen die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen, in einer Depesche von Sir Hamilton Seymour bemerkt. Der Kaiser Nikolaus soll sich hierauf, so heißt es, an das französische Kabinet mit ähnlichen Vorschlägen gewandt, auch eine Vergrößerung Frankreich's auf Kosten Deutschland's angedeutet, damit aber ebenfalls kein Gehör gefunden haben.

Der russische Selbstherrscher ließ sich durch die ablehnende Haltung der Westmächte in der Ausführung seiner Plane nicht aufhalten, vertraute auf die eigene Macht und die Hingebung Oesterreich's und Preußen's, und sandte im Februar (1853) den Admiral Fürst Menschikof mit einem außerordentlichen Auftrage nach Konstantinopel. Derselbe hielt unterwegs bei Sebastopol eine glänzende Musterung über die russische Flotte des schwarzen Meeres und 30,000 Mann Landtruppen ab. Zu derselben Zeit rückten zwei russische Armeekorps in Bessarabien ein. In der türkischen Hauptstadt angelangt weigerte sich Menschikof den Minister des Auswärtigen, Fuad Effendi*), zu besuchen und mit ihm zu unterhandeln, der hierauf seine Stelle niederlegte. Fuad Effendi war es gewesen, der 1851 die Räumung der Donaufürstenthümer von den russischen Truppen betrieben, und neuerdings bei dem Streit über die heiligen Stätten sich zu Gunsten Frankreich's ausgesprochen hatte. Am 2. März erschien Menschikof in einer feierlichen Sitzung des Divans,

*) Jetzt (1862) Großvezier.

und legte eine grobe Verachtung gegen die Türken an den Tag, indem er gewöhnliche Reisekleider und bestaubte Stiefeln trug. Bei den darauf folgenden Unterhandlungen ward von ihm im Namen seines Gebieters ein allerdings der Form nach nur religiöses Protektorat Rußland's über alle der Pforte unterworfene griechische Christen verlangt. Da aber in der Türkei die kirchlichen von den weltlichen Zuständen noch weniger als anderswo vollkommen getrennt werden können, so wäre die Gewährung dieser Forderung die Anerkennung der Mitregentschaft Rußland's in den inneren Angelegenheiten des türkischen Reiches gewesen. Denn unzählige Dinge, die Entscheidung über öffentliche wie über private Verhältnisse, die auf irgend eine Weise mit der Religion zusammenhängen, und im Orient findet dies fast immer statt, wären dann der Entscheidung der russischen Gesandtschaft in Konstantinopel oder des Petersburger Kabinets überwiesen gewesen. Bei jeder Meinungsverschiedenheit, bei jedem Streit hätte sich Rußland auf dieses Protektorat berufen, die griechischen Christen, mehre Millionen Seelen, und in manchen Provinzen viel zahlreicher als die türkische Bevölkerung, an seinen Einfluß gewöhnt, und den Sultan allmälig aller Gewalt entkleidet. Der Divan verwarf deshalb Menschikof's Ansinnen, der unter Drohungen am 21. Mai Konstantinopel verließ.

Die russischen Forderungen hatten als sie ruchbar wurden, nicht nur im Divan, sondern auch unter den europäischen Gesandten eine große Bestürzung erregt. In England war unterdessen eine Ministerveränderung eingetreten. Das neue Kabinet, an dessen Spitze ein vieljähriger Freund des Kaisers Nikolaus, Lord Aberdeen, stand, hatte sich von den Betheuerungen der russischen Diplomatie, daß die Eröffnungen des Kaisers an Sir Hamilton Seymour keine bestimmte Tragweite gehabt hätten und mißverstanden worden, wieder beruhigen lassen. Lord Aberdeen hielt einen Krieg im Orient für höchst bedenklich für den Weltfrieden, und rieth der Pforte zur Nachgiebigkeit, so weit es mit ihrer Unabhängigkeit irgend verträglich wäre. Da aber bei Sebastopol eine große russische Flotte versammelt war und am Pruth zahlreiche Truppenkorps zusammengezogen wurden, so beschlossen England und Frankreich, vom Sultan dringend um Hülfe angegangen, ihre Seemacht in kriegsfertigen Stand zu setzen, wobei Frankreich mehr Eifer und Entschiedenheit als England bewies. Napoleon III. schien sehr bald in der türkisch-russischen Differenz eine Verwickelung zu erkennen, die nach vergeblichen Unterhandlungen zuletzt doch nur durch das Schwert gelöst werden könnte, und bereitete sich auf diesen Ausgang vor. Eine franzö-

sische Flotte unter dem Admiral Hamelin ging von Toulon aus unter Segel. Das englische Geschwader des Mittelmeers unter Admiral Dundas setzte sich etwas später von Malta aus in Bewegung. Am 14. Juni lagen beide Flotten in der Besikabucht, dicht am Eingang der Dardanellen, vor Anker.

Noch wollte der Kaiser Nikolaus nicht an den Ernst der Westmächte glauben, und hoffte Frankreich und England, die sich einander genähert hatten, wieder trennen zu können. Der geringe Nachdruck, den das englische Kabinet in dieser Angelegenheit bisher bewiesen hatte, überzeugte ihn, daß sie in den Augen desselben nicht für eine Lebensfrage galt. England werde sich auf Proteste und Demonstrationen beschränken, so dachte er, es aber nicht auf einen offenen Kampf ankommen lassen. Von den großen Hülfsmitteln, die Frankreich zur Führung eines Krieges besaß, und den ausgezeichneten Fähigkeiten seines gegenwärtigen Herrschers schien er keine angemessene Vorstellung zu haben. In den Augen des russischen Volks suchte er seinem Streit mit den Türken einen religiösen Charakter zu geben, indem er eines Tages mit dem Kreuz in der Hand nach der Isaakskirche zog, und in seiner Antwort auf die Anrede des Metropoliten von St. Petersburg sich als den Vertheidiger des wahren Glaubens hinstellte. So vorbereitet befahl er seinen Truppen den Uebergang über den Pruth, der unter dem Oberkommando des Fürsten Gortschakof, in zwei Armeekorps, jedes 40,000 Mann stark, von den Generalen Lüders und Danneberg geführt, am 2. Juli erfolgte. Die russische Diplomatie erklärte, der Kaiser werde die Donaufürstenthümer als ein „materielles Pfand", bis zur Befriedigung seiner rechtmäßigen Ansprüche von Seiten der Pforte in Besitz nehmen, wolle aber keineswegs diese Provinzen seinem Reich einverleiben, und beabsichtige überhaupt keine Eroberungen. Aber das Gegentheil geschah. Die Russen nahmen die Landeskassen, die öffentlichen Magazine in Beschlag, legten neue Steuern auf, und zwangen die einheimische Miliz in ihren Reihen einzutreten. Die Hospodare, Ghika von der Moldau und Stirbay von der Wallachei, entflohen nebst vielen Bojaren über die österreichische Grenze.

Das Einrücken der Russen in die Donaufürstenthümer setzte die ganze Diplomatie in Bewegung. Die Westmächte fuhren in ihren Rüstungen fort, obgleich England sich noch immer schmeichelte, dem Krieg durch eine einmüthige Erklärung der Großmächte gegen Rußland's Verfahren vorbeugen zu können, eine Auffassungsweise der Lage der Dinge, der auch Frankreich, obgleich mit weniger Vertrauen in ihre

Wirksamkeit, beitrat. Das russische Kabinet bewies, indem es für eine so vertragswidrige Handlung, wie die Besetzung der Moldau und Walachei, einen so nichtigen Grund wie die Anwesenheit der englischen und französischen Flotte in der Bucht von Besika angab, daß es an keinen Angriff der Westmächte, keine Koalition gegen sich glaubte, und die Pforte durch rasches Vorgehen zur Nachgiebigkeit zu zwingen hoffte. Oesterreich und Preußen wären berufen gewesen, in dieser Angelegenheit das entscheidende Wort zu sprechen, da sie als nächste Nachbarn Rußland's von dessen Uebergriffen weit mehr als England und Frankreich bedroht wurden. Aber in Wien traute man dem Kaiser der Franzosen nicht und stand zu England auf gespanntem Fuß, dessen Politik in der letzten Zeit bei jeder Gelegenheit Oesterreich entgegen gewesen war. Preußen war den Westmächten noch weniger geneigt. Oesterreich und Preußen tadelten zwar das willkührliche Einschreiten Rußland's gegen die Pforte, begnügten sich aber dagegen freundschaftliche Vorstellungen zu erheben, und enthielten sich jeder von Drohungen begleiteten Abmahnung.

Die Gesandten der Großmächte waren inzwischen in Wien zu einer Konferenz zusammengetreten, und hatten sich zu einer Note des Inhalts vereinigt, daß die Pforte alle Forderungen Rußland's gewähren sollte, mit Ausnahme des ausschließlichen Protektorats über die griechischen Christen, das aber nicht ausdrücklich verweigert, sondern nur mit Stillschweigen übergangen werden sollte (31. Juli). Der Kaiser Nikolaus ließ sich diesen Ausweg gefallen, legte die Note aber so aus, als stimme sie mit den von Menschikof in Konstantinopel gemachten Anträgen ganz überein. Wahrscheinlich wäre es hierbei geblieben, da der Kaiser der Franzosen, so wenig er den Krieg fürchtete, ihn nicht allein unternommen haben würde, und der Sultan eben so wenig allein zu widerstehen vermocht hätte. Aber die öffentliche Meinung sprach sich in London und Konstantinopel mit großem Nachdruck gegen die Schwäche und Halbheit der Regierungen aus. Ein hervorragendes Mitglied des brittischen Unterhauses, Layard, durch seine archäologischen Entdeckungen auf dem Boden des alten Assyrien's bekannt, griff das Ministerium über die von demselben in der orientalischen Frage bisher befolgte Politik heftig an, und Lord Aberdeen und selbst der Gemahl der Königin, Prinz Albert, wurden zu großer Hinneigung zu Rußland beschuldigt. Die im Parlament begonnene Opposition wurde in der Presse und in öffentlichen Versammlungen mit Eifer und Nachdruck fortgesetzt. Es gab sich im englischen Volk eine sehr gereizte Stimmung gegen Rußland kund.

In Konstantinopel warf die alttürkische Partei dem schwachen Abdul Medschid Verrath am Islam vor. Die Ulemas traten zusammen und verlangten von ihm, daß er abdanke, oder die Forderungen Rußland's verwerfe. Der Sultan gab, wie vorher den Vorstellungen der Großmächte, so jetzt der Stimme seines Volks nach.

Der russische Kaiser hegte noch immer die Hoffnung, durch Vermittlung seiner Freunde und Anhänger in der englischen Aristokratie, England von Frankreich zu trennen. Die endliche Vergeblichkeit dieser Bemühungen konnte damals noch nicht mit Sicherheit vorausgesehen werden, und verursachte mancherlei Schwankungen in der Politik des Augenblicks. Besonders aber suchte er Oesterreich und Preußen an sich zu ziehen. Aber das Wiener Kabinet begann, von dem drohenden Uebergewicht Rußland's beunruhigt, sich Frankreich zu nähern, und schickte den Fürsten Jablonowski mit mehren Officieren zur Begrüßung Napoleon's in das Lager von Satory ab. Nikolaus, der gewohnt war, auf seinen persönlichen Einfluß zu rechnen, kam im September (1853) mit Franz Joseph in Olmütz, und bald darauf mit Friedrich Wilhelm IV. in Berlin zusammen. Er hatte es auf eine Tripelallianz gegen Frankreich und England abgesehen, erreichte aber nur die Neutralität der beiden deutschen Großmächte, und auch diese nur gegen das Versprechen, seine Truppen nicht die Donau überschreiten zu lassen.

Die Pforte hatte, um dem russischen Koloß zu widerstehen, große Vorbereitungen zum Kriege getroffen. Die Steuern waren auf mehre Jahre in voraus erhoben worden, die regulairen Truppen ansehnlich vermehrt und in allen Theilen des türkischen Reichs Freiwillige aufgerufen worden. Der alte Russenhaß und der religiöse Eifer der mahomedanischen Bevölkerung kamen den Absichten des Sultans mit Eifer entgegen. Auch die Vasallenstaaten, wie: Egypten, Tunis u. s. w., leisteten willig Hülfe. Am 4. Oktober erklärte die Pforte Krieg an Rußland, wenn dieses nicht sofort die Donaufürstenthümer räumte. Das russische Kriegsmanifest erschien am 1. November. Die Sprache der Türken war einfach und männlich, die der Russen geschraubt, übermüthig, schon vor dem Kampf siegathmend und mit einer religiösen Färbung versehen. Die türkische Hauptmacht stand unter Omer Pascha am linken Ufer der Donau. Der Anfang des Kriegs entsprach den Drohungen und hohen Ansprüchen der Russen nicht, die sich ihren Gegnern in keiner Weise überlegen zeigten. Omer Pascha hatte eine Abtheilung seines Heeres auf das rechte Donauufer übersetzen lassen, die sich bei

Olfenitza verschanzte, und dort von großer russischer Uebermacht angegriffen, derselben bedeutende Verluste zufügte und sich in ihrer Stellung behauptete (4. November).

Die Kabinette fuhren in ihren Berathungen über eine friedliche Beilegung des entbrannten Streites fort. Napoleon III. war für rasches Vorgehen gegen Rußland, während Lord Aberdeen noch immer unterhandeln wollte. In einem Vertrage vom 27. November sagten die Westmächte der Pforte ihre Unterstützung zu, falls Rußland billige Friedensvorschläge abweisen sollte. Die englische und französische Flotte lagen im Bosporus vor Anker, ohne jedoch in das schwarze Meer hinauszusegeln. Da gab ein unerwartetes Ereigniß den entscheidenden Anstoß. Der russische Admiral Nachimoff, der die Flotte vor Sebastopol befehligte, griff, von einem tiefen Nebel begünstigt, ein türkisches Geschwader unter Osman Pascha im Hafen von Sinope an (30. November). Die Türken, die viel schwächer als die Russen waren, kämpften mit dem Muth der Verzweiflung. Zwei ihrer Flottenkapitaine zogen es vor, sich mit ihren Schiffen in die Luft zu sprengen, als die Flagge zu streichen. Das türkische Geschwader wurde fast ganz zerstört. Die Bemannung fiel unter den russischen Kugeln oder ertrank. Nur wenige wurden gefangen genommen, unter ihnen Osman Pascha, der verwundet in die Hände der Russen fiel. Aber auch sie hatten bei der tapferen Gegenwehr der Türken große Verluste erlitten.

Nachimof's plötzlicher Angriff auf die türkische Flotte, während auf allen Seiten unterhandelt wurde, erregte ein außerordentliches Aufsehen, und wurde häufig, obwohl mit Unrecht, da Rußland und die Türkei einander schon Krieg erklärt hatten, als ein verrätherischer Ueberfall angesehen. Besonders war man in England geneigt, in dem von den Russen in der Nähe einer englischen Flotte erfochtenen Seesieg eine Beleidigung des brittischen Namens zu sehen. Lord Aberdeen konnte sich nicht länger halten, und Palmerston bildete ein neues Ministerium, dessen Programm war: Schutz- und Trutzbündniß mit Frankreich; Einlaufen der verbündeten Flotten in das schwarze Meer, und Vertreibung der russischen Schiffe aus demselben, bis die russischen Truppen die Donaufürstenthümer geräumt haben würden. Der Krieg war jetzt um so unvermeidlicher geworden, da das russische Kabinet das Protokoll der Wiener Konferenz vom 5. December, das gemäßigte, für Rußland noch immer vortheilhafte Friedensbedingungen enthielt, verworfen und erklärt hatte, mit der Pforte allein, ohne Einmischung der anderen Mächte, unterhandeln zu wollen, worauf aber die Türken nicht eingingen. Na-

poleon III. richtete am 24. Januar (1854) ein Schreiben an den Kaiser Nikolaus, in welchem er mit überzeugender Wahrheit das von Rußland bei der Besetzung der Donaufürstenthümer gegen die Pforte und die europäischen Verträge begangene Unrecht entwickelte. Diese Vorstellung blieb ohne Wirkung und wurde mit Ausflüchten und Entstellungen der Sachlage beantwortet. Graf Orlof, der vertrauteste Günstling des russischen Kaisers, ging nach Wien, um Oesterreich in der Neutralität zu erhalten, das zwar mit Rußland nicht brach, aber ein starkes Observationskorps an der servischen Grenze aufstellte. Preußen schlug ein ihm angetragenes Bündniß mit Rußland ab, und erkannte an, daß dasselbe im Unrecht sei, traf aber keine Vorbereitungen, um dieser Ansicht Nachdruck zu geben. Am 12. März schlossen die Westmächte mit der Pforte eine Offensiv= und Defensivallianz ab, und am 28. März erklärten sie den Krieg an Rußland, ein Ereigniß, das, obgleich es längst hätte vorausgesehen werden können, in ganz Europa großen Eindruck machte. Denn es war seit Napoleon's Sturz der erste Kampf, an dem sich die drei mächtigsten Reiche der Erde betheiligten.

Die Russen hatten unterdessen den Krieg an der Donau in einer Art geführt, die weder den stolzen Forderungen ihrer Regierung, noch ihren angeblichen Rüstungen entsprach, die von den Russenfreunden überall, namentlich in Deutschland, für ungeheuer ausgegeben wurden. Kalafat wurde von den russischen Truppen vergeblich belagert, und bei Cetate wurden die Russen überfallen und geschlagen. Aber der Kaiser Nikolaus war im Vertrauen auf die Neutralität Oesterreich's und Preußen's nicht zur Nachgiebigkeit geneigt, sondern ordnete in allen Provinzen seines Reichs eine zahlreiche Aushebung an. Auch wurde sein erster Feldherr, der greise Fürst Paskewitsch, auf den Kriegsschauplatz gesandt. Er sollte Silistria nehmen und sich dadurch den Eintritt in das Herz des türkischen Reichs öffnen, und jetzt gegen die Türken die früher gegen Perser, Polen und Ungarn durchlaufene Siegesbahn erneuern. Omer Pascha, der sich zu einer Schlacht im offenen Felde zu schwach fühlte, ging bis Schumla zurück, wo er eine von Natur und Kunst feste Stellung nahm. Die Russen überschritten unter Lüders und Schilder an zwei Punkten die Donau, ohne Rücksicht auf das an Oesterreich und Preußen gegebene Versprechen, dies nicht zu thun. Aber Silistria wurde von Mussa Pascha und einem Preußen, Namens Grach, der in der türkischen Artillerie diente, so tapfer und hartnäckig vertheidigt, daß Paskewitsch, der viele seiner besten Officiere verlor und bei einer Rekognoscirung einen Streifschuß erhielt, die Belagerung aufzuheben für gut

fand (21. Juni). Grach fiel im Gefecht; Mussa Pascha starb an seinen Wunden.

Der Kaiser Nikolaus hatte bei seinem Angriff auf die Türkei auf eine Erhebung der Slaven und Griechen gegen den Sultan gerechnet. Aber die Servier wären in diesem Fall von den Oesterreichern bedroht gewesen, die an ihrer Grenze standen, und ihre Vereinigung mit den Russen nicht geduldet haben würden. Die christlichen Bosnier wurden von der mahomedanischen Miliz ihres Landes in Zaum gehalten; die Montenegriner fühlten sich noch von ihren neulichen Kämpfen gegen die Türken erschöpft, und die Bulgaren waren von den Russen durch die Armee Omer Pascha's getrennt, und ohne Waffen und Organisation. Auch sehnten sich diese Völker, so sehr sie auch die Türken haßten, keineswegs nach der Herrschaft der Russen, die ihnen nach der Art wie dieselben die Moldauer und Wallachen bei mehren Gelegenheiten behandelt hatten, nicht eben glückbringend erscheinen konnte. Nur unter den Griechen fanden einige Aufstandsversuche statt, die, ohne Plan und Einheit unternommen, bald gedämpft wurden. Am lebhaftesten sprach sich das griechische Nationalgefühl und der unauslöschliche Haß gegen die Türken im Königreich Griechenland und dessen Hauptstadt aus. Dort wurde die Bevölkerung von der Erinnerung an die Vergangenheit und der Hoffnung auf die Zukunft zu so stürmischen Kundgebungen fortgerissen, daß die türkische Gesandtschaft Athen verlassen mußte, und fast die ganze Besatzung zu den Aufständischen überging. In der Nähe des Königs selbst trug man sich mit dem Gedanken an eine Erneuerung des byzantinischen Reichs. Aber die Westmächte konnten, selbst ganz abgesehen von dem was in den Erwartungen der Griechen Uebertriebenes lag, schon wegen ihres Bundes mit den Türken und der Sicherheit ihrer eigenen Operationen, die Unruhen in Griechenland nicht dulden. Am 23. Mai setzte ein kleines französisches Geschwader eine Brigade Truppen im Pyräus an das Land, und die griechische Regierung wurde genöthigt mit Hülfe der Franzosen gegen ihre eigenen Unterthanen einzuschreiten. Mit Ausnahme der Räubereien, welche die Klephten unter politischen Vorwänden in den Gebirgen von Epirus und Thessalien noch eine Zeit lang gegen Griechen wie Türken verübten, wurde die Ruhe unter den Griechen wieder vollständig hergestellt, obgleich allerdings der Wunsch in ihnen lebendig blieb, unter günstigeren Umständen das unterbrochene Werk der Befreiung mit stärkeren Kräften von neuem anzufangen.

Nach der Kriegserklärung der Westmächte konnten sich dieselben nicht mehr auf eine Demonstration wie die Einfahrt ihrer Flotten in

das schwarze Meer beschränken, sie mußten der bedrohten Türkei mit einer angemessenen Landmacht zu Hülfe kommen. Sobald der Entschluß einmal gefaßt war, ließ die Ausführung nicht auf sich warten. Die Schwierigkeiten waren besonders für England bei dessen weiter Entfernung vom Kriegsschauplatz groß, aber weder Mühe noch Kosten wurden gescheut. Lord Raglan, lange Wellington's Adjutant in Portugal, Spanien, Frankreich und Belgien, der bei Waterloo einen Arm verloren, erhielt den Oberbefehl über ein Korps ausgesuchter Truppen von 20,000 Mann, das später bedeutend verstärkt wurde. Einige englische Regimenter gingen über Paris nach dem Orient, und wurden von den Franzosen mit den lebhaftesten Freudenbezeugungen aufgenommen. Der Marschall St. Arnaud, Napoleon's rechte Hand beim Staatsstreich vom 2. December und seitdem in seiner Gunst noch gestiegen, wurde an die Spitze von 40—50,000 Mann gestellt, die großentheils in Algerien gedient hatten, und mit dem den französischen Soldaten eigenen Feuer die dort erworbene Gewohnheit der Abhärtung gegen Beschwerden und Entbehrungen verbanden. Die Unterfeldherren, im englischen wie im französischen Heer, waren sämmtlich Männer, die schon in vielen Kämpfen ihre Befähigung und Tapferkeit bewährt hatten. Zwei Mitglieder der französischen und englischen Dynastie, Prinz Napoleon und der Herzog von Cambridge, schlossen sich den Heeren an. Gallipoli, unterhalb der Dardanellen auf einer Halbinsel gelegen, war der erste Landungsplatz der Verbündeten. Da der Transport der Truppen, ungeachtet alles Eifers, doch nur langsam vor sich gehen konnte, so unternahmen die Flotten in der Zwischenzeit, um den Russen zu zeigen, daß es ernst gemeint sei, einen Angriff auf Odessa und bombardirten dasselbe, aber mehr um zu schrecken als zu schaden, da sich in diesem Freihafen viel fremdes Gut, namentlich englisches, befand, das man schonen wollte.

Oesterreich fühlte sich durch den im März vollzogenen Uebergang der Russen über die Donau, der ausdrücklich gegebenen Zusagen zuwider lief, verletzt und erschreckt, denn wenn die russische Nachbarschaft dem Wiener Kabinet schon an der gallizischen Grenze unbequem erschien, so mußte das Uebergewicht dieser Macht an der unteren Donau geradezu gefährlich werden. Der Kaiser Nikolaus gab als Grund des Vorgehens seiner Truppen das Einlaufen der verbündeten Flotte in das schwarze Meer an, was aber eine Ausflucht und keine Rechtfertigung war. Oesterreich, das die Russen um keinen Preis über den Balkan dringen lassen wollte, wo ihnen der Weg nach Konstantinopel offen gelegen

hätte, ging mit Preußen ein Schutz= und Trutzbündniß ein, in welchem beide Mächte sich anheischig machten, Rußland zu bekriegen, wenn dasselbe die Donaufürstenthümer sich förmlich einverleiben, oder seine Heere den Balkan überschreiten lassen sollte. Gleichwohl sah es aus als neige sich der preußische Hof im Geheimen noch immer zu Rußland, und erkläre sich nur von den Umständen gezwungen gegen dessen Politik. Denn der Kriegsminister General von Bonin mußte seine Entlassung nehmen, weil er eine Allianz mit Rußland in diesem Falle als einen Selbstmord für Preußen bezeichnet hatte, und der preußische Gesandte in London, Bunsen, sonst ein Günstling Friedrich Wilhelm IV., wurde seines Postens enthoben, weil er zu sehr die Ansichten des englischen Kabinets in die Auffassung der orientalischen Frage theilte. Indessen konnte der preußische Hof, er mochte wollen oder nicht, den Forderungen der Politik und dem Einfluß der allgemeinen Meinung sich nicht entziehen, denn schon am 10. Juni kam der König von Preußen mit dem Kaiser von Oesterreich in Teschen zusammen, und Preußen schloß sich einer österreichischen Note an, in welcher die sofortige Räumung der Donaufürstenthümer verlangt wurde. Am 14. Juni ging Oesterreich mit der Pforte einen Vertrag ein, der den österreichischen Truppen die Besetzung der Donaufürstenthümer gestattete. In Deutschland steckten die Träger des Partikularismus, die Mittelstaaten, einen Augenblick lang die Fahne der Centralisation auf, und wollten, während sie sich sonst möglichst selbstständig vom Bundestag hielten, von demselben jetzt die auswärtige Politik Deutschland's abhängig machen. Unter Bayern's und Sachsen's Auspicien traten acht deutsche Regierungen durch Bevollmächtigte in Bamberg zusammen, und richteten auf die Mittheilung von dem am 20. April zwischen Oesterreich und Preußen eingegangenen Vertrage eine identische, aber nicht kollektive Note an die beiden Höfe (20. Juli), in der sie für den deutschen Bund, als eine Großmacht, eine Stimme bei Lösung der orientalischen Frage in Anspruch nahmen. Die Bamberger Konferenz neigte sich im Stillen zu Rußland und war mit dem österreichisch=preußischen Vertrage vom 20. April unzufrieden. Die in ihr vertretenen Staaten hätten gern in die zwischen den Westmächten und Rußland schwebende Wagschale ein entscheidendes Gewicht werfen und Oesterreich's und Preußen's Einfluß beschränken mögen. Dieser unzeitige und ohnmächtige Versuch mißlang gänzlich. Denn als Oesterreich und Preußen den Vertrag vom 20. April dem Bundestag vorlegten, stimmten alle Bundesglieder, mit alleiniger Ausnahme Mecklenburgs, demselben und der in ihm ausgesprochenen Politik zu. Nachdem die Russen sich in der zweiten Hälfte des Juli über

den Pruth zurückgezogen hatten, rückten die Oesterreicher in die Donaufürstenthümer ein.

Während die englisch-französische Hauptmacht sich in der Nähe des schwarzen Meeres sammelte, war eine englische Flotte, der sich ein französisches Geschwader anschloß, unter dem Oberbefehl des Admirals Sir Charles Napier, in die Ostsee gesegelt, um Rußland auf dieser Seite zu bedrohen. Aber Kronstadt, auf dessen Einnahme es abgesehen gewesen, war durch die viele Jahre hindurch fortgesetzten Bemühungen des Kaisers Nikolaus zu einer uneinnehmbaren und fast unnahbaren Festung, zu einem zweiten Gibraltar, geworden. So unternehmend Napier war, er überzeugte sich bald von der Vergeblichkeit jedes Angriffs, wenigstens mit den Mitteln, die bis jetzt der Schiffsartillerie zu Gebot standen. Die Flotte der Verbündeten vermochte nichts weiter, als Handelsschiffe aufzubringen, friedliche Städte und Dörfer an der Küste zu bombardiren und einige russische Kronmagazine zu zerstören, Unternehmungen, die den gehegten Erwartungen wenig entsprachen. Die einzige kriegerische, wenn auch nicht sehr bedeutende That, war die Einnahme der Festung Bomarsund, auf einer der Alandinseln, deren Besatzung sich den französischen Landtruppen unter dem General Baraguay d'Hilliers kriegsgefangen ergab (16. August). Im Herbst hörte der Krieg in der Ostsee und im finnischen Meerbusen ganz auf. Einige englische Schiffe blokirten Archangel und zerstörten den Hafen von Kola, andere beunruhigten den russischen Handel in den Meeren von Japan und Kamschatka. Es bewies dies aber mehr die Gegenwart der englischen Seemacht auf so vielen Punkten, als daß es auf den Lauf des Kriegs irgend einen Einfluß gehabt hätte.

Die Landmacht der Alliirten, die sich in Gallipoli gesammelt und geordnet hatte, wurde theils auf dem Landwege, theils zu Schiffe nach Varna geführt. Nur die Depots blieben in Konstantinopel zurück. Ein unvorsichtiger Versuch der Franzosen, die Dobrutscha zu besetzen, raffte in kurzer Zeit zweitausend Soldaten hin, die dem schlechten Wasser, der Hitze und Cholera erlagen, welche Krankheit sich schon in Gallipoli gezeigt, und mehre höhere Officiere, unter ihnen den zweiten Sohn des Marschalls Ney, den General Herzog von Eschingen, der Armee entrissen hatte. In Varna litten die Truppen, die dort massenhaft angehäuft waren, ebenfalls an der Cholera und schlechter Verpflegung, und bei einem Brande, der den größten Theil der Stadt verzehrte, hatten sie nur mit genauer Noth ihr großes Pulvermagazin retten können. In Varna wurde von den obersten Führern ein Kriegsrath gehalten. Bei

der großen Beweglichkeit und Unsicherheit der politischen Verhältnisse, von welchen die militairischen Operationen beeinflußt wurden, hatte für den beginnenden Feldzug kein bestimmter Plan in voraus angenommen werden können. Der französische und englische Oberfeldherr mußten an Ort und Stelle sein, um den Zustand der eigenen Truppen übersehen, und besonders um genau wissen zu können, in wie weit auf die türkischen Streitkräfte zu zählen sei, ehe ein endgültiger Entschluß gefaßt werden konnte. Von der türkischen Armee in Asien, die bisher fast immer unglücklich gewesen war, kam Ferhat Pascha in Varna an, und forderte die Verbündeten zur Unterstützung derselben auf. Auch ein Schwager Schamyl's erschien mit einer Anzahl Tscherkessenhäuptlingen, und wies nach, wie leicht es einem französisch-englischen Heer, von den Türken unter Omer Pascha unterstützt, sein würde, die Russen aus Transkaukasien herauszuwerfen, und ihre Macht dort für immer zu brechen. Aber der Marschall St. Arnaud, der an militairischem Talent, an Thatkraft und Scharfblick alle seine Umgebungen überragte, entschied für den Angriff auf Sebastopol, dem großen Kriegshafen in der Krim, um der russischen Macht schnell einen Schlag zu versetzen, der dieselbe empfindlich berühren, und auf ganz Europa einen starken Eindruck hervorbringen werde. Sebastopol war das Toulon Rußland's. Auch Lord Raglan ging auf diesen Plan ein, weil damit die Zerstörung der russischen Seemacht im schwarzen Meer verbunden werden konnte. Ein Feldzug in Asien versprach jedenfalls weniger rasche Erfolge, als ein Angriff auf die Krim. St. Arnaud wurde zu diesem Entschluß, wie aus manchen seiner mündlichen und brieflichen Aeußerungen hervorgeht, noch durch persönliche Beweggründe bestimmt. Er war schon seit längerer Zeit leidend, hatte sich krank in Marseille eingeschifft, und sein Zustand war durch eine aufreibende militairische Thätigkeit in Gallipoli, Konstantinopel und Varna verschlimmert worden. Er ahnte, daß der Tod ihm nicht fern sei, und wollte nicht sterben, ohne seinen Namen an eine ruhmvolle Kriegsthat geknüpft zu haben. Daher kam die fieberhafte Ungeduld, mit der er die Eröffnung des Feldzugs betrieb, die ihn aber nicht hinderte, auf alles Einzelne die sorgfältigste Aufmerksamkeit zu richten und die zweckmäßigsten Maßregeln zu treffen. Dieser Mann, der eine leichtsinnige, zerfahrene Jugend durchlebt hatte, war durch Geist, Willenskraft und Erfahrung ein bedeutender Feldherr geworden.

Nachdem eine Kommission, aus französischen und englischen Officieren bestehend, die Landungsplätze der Krim untersucht, Nachrichten über die Stellung der Russen eingezogen und darüber berichtet hatte,

ging die Kriegsmacht der Alliirten, von 6000 Türken begleitet, unter Segel. Die Flotte nahm einen Raum von mehr als sieben Stunden ein und soll den prachtvollsten Anblick, den man sich denken kann, gewährt haben. Am Morgen des 12. September erblickte man die Küste der Krim, die sich wie eine unabsehbare röthliche Sandbank ausbreitete, an deren äußerstem Horizont sich die zackigen Gipfel einer hohen Gebirgskette erhoben. Am Abend desselben Tages warf die Flotte in der Bucht vor Eupatoria, wie schon in Varna bestimmt worden, die Anker aus. Die Luft war rein, das Meer spiegelglatt. Die Ausschiffung des Heeres am anderen Tag bot ein seltenes Schauspiel dar. Zahllose Schiffe verschiedener Größe, alle mit Soldaten besetzt, deren Bayonette im ersten Morgenstrahl glänzten, fuhren wie eine schwimmende Stadt nach dem Strande, dessen Stille und Oede einen sonderbaren Gegensatz zu dem bunten Gewimmel der Flotte und der kriegerischen Musik bildete, welche die Ausschiffung begleitete. Die schwierige Operation der Landung eines großen Heeres ging mit mathematischer Genauigkeit vor sich. Die französische Fahne wurde von dem General Canrobert mit eigener Hand auf russischem Boden aufgepflanzt (14. September). Es waren gerade, Tag um Tag zweiundvierzig Jahre her, daß Napoleon in Moskau einzog.

Die Verbündeten, die in Gallipoli, Varna und in der Dobrutscha an 15,000 Soldaten durch Krankheiten verloren hatten, waren bei ihrer Landung ungefähr 60,000 Mann stark. Es lagen eben so viel russische Truppen in der Krim, aber in verschiedenen von einander entfernten Standquartieren, und fingen erst bei der Nachricht von der Ankunft des Feindes sich zu sammeln an. Am 19. September brachen die Alliirten gegen die Russen auf. Der russische Obergeneral und Gouverneur der Krim, Fürst Menschikof, hatte eine geringere Streitmacht als der Feind zur Hand, besaß aber den Vortheil der Stellung, indem er jenseits des Flusses Alma auf Höhen Posto gefaßt hatte, deren steiler Abhang vor jedem Angriff zu schützen schien. Der Marschall St. Arnaud hatte nach den ihm zugegangenen Nachrichten den Plan zur Schlacht entworfen, der von Lord Raglan in allen seinen Theilen angenommen wurde. Am 20. September um elf Uhr Morgens begann der Kampf. Der General Bosquet erstieg mit den Zuaven, einer orientalisch gekleideten, aber aus lauter Franzosen bestehenden leichten Infanterie, die im Ruf besonderer Unerschrockenheit stand, die jähen Höhen, deren Einnahme Menschikof auf dieser Seite für unmöglich erachtet hatte, brachte, obwohl mit unsäglicher Mühe, sein Geschütz herauf, und griff die Russen in der linken

Flanke mit solchem Ungestüm an, daß sie zum Rückzug gezwungen wurden, und wenn es den Franzosen nicht an Reiterei gefehlt hätte, vernichtet worden wären. Von dem Anblick des stürmischen Vordringens der Truppen unter Bosquet begeistert, drangen jetzt alle französischen Korps zu dem Plateau empor, auf dem sich die Hauptmacht der Russen befand. Die Engländer, welche, gegen die getroffene Verabredung, durch zu späten Aufbruch den Beginn des Kampfes um mehre Stunden verzögert hatten, machten ihre Versäumniß durch die Ausdauer wieder gut, mit der sie den stärksten russischen Batterien gegenüber Stand hielten, und sich dann der Stellung der Russen durch einen mörderischen Bayonettangriff bemächtigten. Um drei Uhr Nachmittags war die Schlacht von den Verbündeten gewonnen. Am Abend stand das Zelt des Marschalls St. Arnaud auf derselben Stelle, wo am Morgen das des Fürsten Menschikof gestanden hatte. In dieser Schlacht, nach dem Flusse, in dessen Nähe sie geliefert wurde, die Schlacht an der Alma genannt, kostete den Franzosen 1343; den Engländer 1683; den Russen 4617 Todte und Verwundete. Der Marschall St. Arnaud, der, obgleich er sich kaum zu Pferde halten konnte, während des Kampfes überall sichtbar gewesen, hatte an diesem Tage seine letzte Kraft verbraucht, und sah sich genöthigt, den Oberbefehl an den General Canrobert abzugeben. St. Arnaud wehrte sich noch einige Tage gegen das ihn verzehrende Uebel, und starb am 29. September an der Cholera, auf dem Schiff: „Berthollet", das ihn nach Konstantinopel bringen sollte, wo seine Gemalin ihn erwartet hatte, die mit der Leiche nach Frankreich zurückkehrte.

Der Zweck der Landung in der Krim war die Einnahme Sebastopol's gewesen, wo, wie man wußte, unermeßliche Vorräthe von schwerem Geschütz, Munition und Schiffbauholz aufgehäuft waren. Auch hatten die Verbündeten gehofft, sich der Flotte des schwarzen Meers, die dort im Hafen lag, zu bemächtigen, oder wenigstens dieselbe zu einer Schlacht zu zwingen, wo man an ihr die Niederlage der Türken bei Sinope zu rächen dachte. Denn auffallend genug hatte, seitdem die Flotte der Alliirten in das schwarze Meer eingelaufen war, kein einziges russisches Kriegsschiff sich nur zu zeigen, geschweige sich mit dem Feinde zu messen gewagt. In der ersten Begeisterung nach dem Siege an der Alma war besonders St. Arnaud geneigt, unmittelbar auf Sebastopol loszugehen, und die Einnahme dieser Festung zu bewerkstelligen. Bei näherer Erwägung erkannte man aber die Schwierigkeiten oder Unmöglichkeiten einer solchen Unternehmung, und war genöthigt, dieselbe, obwohl sehr

ungern, aufzugeben. Das Belagerungsgeschütz der Alliirten hatte nicht gleichzeitig mit den Truppen ausgeschifft werden können, und die Festung war, obgleich weit entfernt, das zu sein, was sie einige Monate später wurde, an der Nordseite bereits stark befestigt. Die von den Russen in aller Eile angelegten Vertheidigungswerke beherrschten die Einfahrt des Flusses, und setzten der Ausschiffung der Truppen, des Kriegsmaterials und der Mundvorräthe große Hindernisse entgegen. Nur ein äußerst mörderischer und zuletzt immer noch zweifelhafter Kampf hätte Sebastopol schon damals in die Hände der Alliirten liefern können, die dann vielleicht zu dessen Behauptung nicht einmal stark genug gewesen wären, da die an der Alma erlittenen Verluste von Menschikof bald ersetzt wurden, und ihm in kurzer Zeit von allen Seiten Verstärkungen zukommen konnten. Die Franzosen und Engländer hätten dann die Rollen mit den Russen vertauschen müssen, und wären aus Belagerern zu Belagerten geworden. Auch ergriffen die Russen ein, bei der numerischen Stärke ihrer Flotte, mehr vorsichtiges und kluges als ehrenvolles und muthiges Mittel der Vertheidigung. Sie versenkten schon am zweiten Tage nach der Schlacht an der Alma sieben ihrer Kriegsschiffe am Eingang des Hafens von Sebastopol, und fuhren damit so fort, daß ihre Seemacht im schwarzen Meer vernichtet, aber Sebastopol von dieser Seite her uneinnehmbar wurde. Der Flotte der Alliirten wurde es durch diese Versenkungen unmöglich gemacht in den Hafen von Sebastopol einzudringen. Der veränderten Sachlage gemäß sahen die Verbündeten sich genöthigt den Angriff auf die Nordseite aufzugeben, Sebastopol ostwärts zu umgehen, sich Balaclava's zu Lande zu bemächtigen, und Sebastopol von der Südseite anzugreifen.

Die Franzosen schlugen ihr Lager an der Bucht von Kamietsch, die Engländer an der von Balaclava auf. Nachdem das Geniekorps das Terrain untersucht hatte, fingen die Belagerungsarbeiten an, die bei der harten Beschaffenheit des Erdreichs auf ungewöhnliche Schierigkeiten stießen, von der großen Ueberlegenheit der Russen an Artillerie und ihren häufigen Ausfällen unaufhörlich bedroht, aber dessen ungeachtet mit einer Geschicklichkeit, Ausdauer und Entschlossenheit ohne Gleichen bis zu dem erstrebten Ziel fortgeführt wurden. Ein Versuch, den die Alliirten am 17. Oktober machten, Sebastopol von der Land- und Seeseite zugleich anzugreifen und womöglich zu nehmen, mißlang. Die Belagerungsarbeiten waren noch nicht weit genug vorgeschritten, die Batterien standen der Festung noch nicht nahe genug, um einen Sturm wirksam unterstützen zu können. Besonders hatte die Flotte von dem Feuer der

russischen Batterien gelitten, während ihre Beschießung der Festung nur geringen Schaden zufügte. Die Vertheidigungswerke der Russen wurden unterdessen durch die Talente eines jungen Officiers vom Geniekorps Namens Franz Totleben, den Sohn eines Rigaer Kaufmanns, verstärkt, der mit seltener Geschicklichkeit und unermüdlicher Thätigkeit die von der Artillerie der Belagerer zerstörten Schanzen wieder herstellte, auf allen bedrohten Punkten deren neue errichtete, und die Seele dieser denkwürdigen Vertheidigung wurde. Fürst Menschikof, der große Verstärkungen erhalten, denn die Verbindung zu Lande konnte ihm bei der eigenthümlichen Lage Sebastopol's nicht abgeschnitten werden, befahl dem General Liprandi die Engländer bei Balaclava anzugreifen, wo die englische Reiterei bei einem von ihr mit der größten Tapferkeit ausgeführten, aber strategisch nicht gerechtfertigten Angriff ungeheure Verluste erlitt, und nur durch die vor kurzem aus Algerien nach der Krim gebrachten Chasseurs d'Afrique, welche die russischen Artilleristen bei ihren Geschützen niederhieben, vor gänzlicher Vernichtung bewahrt wurde (25. Oktober). Elf Tage später wurde bei Inkerman mit wo möglich noch größerer Anstrengung gefochten, und die Engländer entgingen, von einer überlegenen russischen Macht angegriffen, einer Niederlage nur durch die trefflichen Anordnungen der Generale Canrobert und Bosquet, and den begeisterten Wetteifer mit dem alle französischen Truppenkorps kämpften (5. November). Die Schlacht von Inkerman ist durch die Erbitterung, mit der auf beiden Seiten gefochten wurde, indem meist das Bayonett entschied, eine der blutigsten in diesem mörderischen Kriege gewesen. Prinz Napoleon und der Herzog von Cambridge waren anwesend, und letzterer befand sich mehrmals im stärksten Feuer. Wenn die Russen bei Balaclava, wenn auch nicht vollständig gesiegt hatten, aber doch im Vortheil gewesen waren, so wurden sie dagegen bei Inkerman gänzlich geschlagen, und zuletzt gezwungen sich in großer Eile unter den Schutz der Festungsbatterien zu flüchten. Das Plateau von Inkerman, wo Franzosen und Russen mit glühender Kampflust Mann gegen Mann fochten, wird von der umwohnenden Bevölkerung noch jetzt die „Schlachtbank" genannt. Als die französische Infanterie nach hartnäckigem Widerstande dieses Plateaus sich bemächtigte, wurden die Russen, die sich nicht durch die Flucht retteten, von der steilen Höhe in die Tiefe hinabgestürzt, wo alle den Tod fanden. Lord Raglan konnte nicht umhin, so sehr er auch Engländer war, in dem über diese Schlacht an seine Regierung gesandten Bericht sich in den lebhaftesten Ausdrücken über die von der französischen Armee an diesem Tage der gemeinsamen Sache geleisteten

Dienste, und insbesondere über die Hülfe auszusprechen, die sie den englischen Truppen in einigen kritischen Momenten geleistet hatte. Bald nachher fingen die Herbstregen an in Strömen zu fallen, und machten die Gefechte im offenen Felde unmöglich, obgleich die Belagerungs- und Vertheidigungsarbeiten mit demselben Eifer nach wie vor fortgesetzt wurden.

Der folgende Winter war für die Verbündeten, namentlich die Engländer, eine Zeit großen Elends, wie seit der Zeit des Napoleon'schen Rückzugs aus Rußland vielleicht nicht mehr gesehen worden. Es fehlte bei zum Theil starkem Frost in der baumlosen Gegend an Holz, es fehlte an Fleisch, an Branntwein, an warmer Kleidung, an Aerzten und Arzeneien. Alle Mängel der englischen Armeeverwaltung, die im Frieden verborgen geblieben, traten jetzt hervor. Die Türken waren noch schlimmer daran, und litten, wie die Engländer mit stoischer, mit fatalistischer Geduld, Uebel, die sie für unvermeidlich hielten. Für die Franzosen war von Hause aus besser gesorgt worden, und außerdem verstanden sie es bei ihrer Gewandtheit, sich überall erträglich einzurichten. Ihre natürliche Fröhlichkeit blieb so ungebrochen, daß sie in ihrem Lager sogar ein Theater errichteten. Ungeachtet aller Noth und Entbehrung hielten die verbündeten Truppen standhaft aus, schlugen die einzelnen Ausfälle der Russen, die übrigens selbst leidend, zu keiner bedeutenden Unternehmung die nöthige Kraft besaßen, tapfer zurück, bis im Frühjahr zahlreiche Verstärkungen aus Frankreich und England anlangten, welche die Verluste mehr als ersetzten und Muth zu neuen Kämpfen einflößten.

Die Diplomatie war unterdessen unermüdlich thätig gewesen, um dem großen Streit Einhalt zu thun, und ihn auf die Bahn des Friedens zu lenken. Nach vielen Berathungen und Vorschlägen, die zu keinem Ziel geführt hatten, waren von den Westmächten endlich vier Punkte aufgestellt worden, welche die Grundlagen zu allen ferneren Unterhandlungen bilden sollten (22. Juli 1854). Dieselben waren: Aufhebung des russischen Protektorats in der Moldau, Wallachei und Servien — vollkommene Freiheit der Donauschifffahrt — Durchsicht der älteren Verträge, um das bisherige Uebergewicht Rußland's auf dem schwarzen Meer zu beseitigen — Verwerfung jedes besonderen Protektorats über die Christen im türkischen Reich, und Errichtung eines gemeinsamen, von sämmtlichen Großmächten auszuübenden Schutzrechts. Oesterreich und Preußen traten diesen Forderungen bei. Da sie von Rußland verworfen wurden, so verstärkte Oesterreich sein Heer in Sie-

benbürgen, und zog ein zweites an der russischen Grenze, in Gallizien, zusammen. Preußen schien durch den Rückzug der Russen über den Pruth im Wesentlichen befriedigt zu sein, und traf keine kriegerischen Vorbereitungen, obgleich es fortfuhr, Rußland Vorstellungen im Sinn der vier Punkte zu machen. Rußland war seit lange gewohnt, in den politischen Verhältnissen Deutschland's das entscheidende Wort zu sprechen, Rathschläge zu ertheilen, Drohungen einfließen zu lassen, und Graf Nesselrode konnte auch jetzt, obgleich die russische Macht nach der Schlacht an der Alma ihres Nimbus wenigstens zum Theil schon entkleidet war, diesen hohen Ton nicht vergessen. Er erklärte in einer Depesche vom 6. November (1854) an den Baron von Budberg, russischen Botschafter in Wien, auf die Spaltung zwischen den beiden deutschen Großmächten und die Schwäche des deutschen Bundes, dessen Dasein dadurch gefährdet werden könne, anspielend, daß Rußland, um einem solchen Uebel vorzubeugen, geneigt sei, auf Friedensvorschläge einzugehen, dagegen aber auch auf die beharrliche Neutralität Deutschland's als Erwiederung rechne. Der preußische Ministerpräsident von Manteuffel wies diese Anmaßung in nachdrücklicher Weise zurück. Oesterreich schloß jetzt mit den Westmächten ein förmliches Schutz- und Trutzbündniß ab (2. December). Da schien endlich das russische Kabinet zur Nachgiebigkeit geneigt, und Fürst Gortschakof, sein außerordentlicher Bevollmächtigter in Wien, versicherte, daß es die Erklärung der Westmächte vom 22. Juli als Ausgangspunkt zu Unterhandlungen gelten lassen wolle. Die unterbrochene Konferenz trat in Wien wieder zusammen, aber ohne Erfolg, da es Rußland mit dem Frieden nicht Ernst war, und es nur damit umging, die Verbündeten im Verlauf der Unterhandlungen von einander zu trennen. Die verschiedenen Interessen der deutschen Mächte, ihre unseligen Rivalitäten und inneren Zerwürfnisse kamen den Absichten des Kaisers Nikolaus entgegen. Preußen trat Rußland wieder näher, und die Bamberger Koalition schloß sich, um ein Gegengewicht gegen Oesterreich aufzustellen, der sich zu Rußland neigenden Neutralitätspolitik an, die im Berliner Kabinet vorherrschte. Da Rußland von Zeit zu Zeit seiner feindseligen Stimmung gegen Oesterreich, dem es Undankbarkeit vorwarf, den Zügel schießen ließ, und ein zahlreiches Heer in Volhynien aufgestellt hatte, von dem Wien bedroht werden konnte, so trug der österreichische Bevollmächtigte am Bundestag auf ein sofortiges Aufgebot der deutschen Bundeskontingente an, um den Kampf gegen Rußland nicht allein auf sich nehmen zu müssen. Aber die Mittelstaaten ließen sich nur zu einer Kriegsbereit-

schaft herbei, von der bis zu einer wirklichen Aufstellung der Truppenkorps noch ein weiter Weg war, und Preußen stimmte ihnen hierin bei. Unter solchen Umständen wagte Oesterreich, dessen Finanzen ohnedies sehr zerrüttet waren, nicht das Schwert zu ziehen, da es der Hülfe Deutschland's nicht gewiß war, und Preußen möglicher Weise sogar gegen sich haben konnte. So arbeiteten die deutschen Regierungen einander entgegen, und lähmten sich gegenseitig im entscheidenden Augenblick zu Gunsten Rußland's. Während die beiden deutschen Großmächte und der deutsche Bund, die zusammen eine Million Soldaten aufstellen konnten, sich mit der Abfassung von diplomatischen Noten und der Aufstellung von Propositionen begnügten, und dem Laufe der großen Ereignisse der Zeit unschlüssig zusahen, trat ein kleinerer Staat, Sardinien, der nicht viel mehr Einwohner als Bayern besaß, entschieden auf, schloß sich den Westmächten bei der Bekämpfung Rußland's an, und ließ ein Korps von 15,000 Mann zu den Verbündeten in der Krim stoßen, das den Vergleich mit den ersten Truppen Europa's nicht zu scheuen brauchte, und dem italienischen Namen Ehre machte.

Oesterreich und Preußen waren eifrig, obwohl vergeblich, bemüht gewesen den Frieden zu vermitteln. Aber die kriegführenden Mächte hatten wenig an die Wirksamkeit dieser Unterhandlungen geglaubt, und umfassende Vorbereitungen zur Fortsetzung des Kampfes getroffen. Der Kaiser Nikolaus errichtete eine Reichswehr, zu der alle waffenfähigen Männer seines Volks gehörten, und Frankreich und England ersetzten nicht nur den Verlust, den ihre Heere seit Eröffnung des Kriegs erlitten hatten, sondern verstärkten dieselben über die ursprüngliche Zahl hinaus. Von Napoleon III., der, obgleich er damals noch keine Proben von Feldherrntalent abgelegt hatte, die Theorie des Kriegs kannte, und unter seinen Umgebungen sehr erfahrene Militairs besaß, ward der General vom Geniekorps, Niel, der sich bei der Einnahme Rom's und neuerdings bei der der Festung Bomarsund ausgezeichnet hatte, nach der Krim geschickt. Dieser, der sich bald als einen der ersten Meister in seinem Fach bewähren sollte, war der Meinung, daß Sebastopol's Einnahme von der des Malakoffthurms abhänge, und daß dieser deshalb um jeden Preis genommen werden müsse. Die Belagerung wurde nach Niel's Anweisung mit verstärkten Kräften und nach einem neuen Plan fortgesetzt. Die französische Armee in der Krim wurde in zwei große Korps, das erste unter dem General Pelissier, der vorher in Algerien befehligt hatte, das zweite unter Bosquet, getheilt. Canrobert behielt das Oberkommando. Pelissier war durch seine Entschlossenheit bekannt, hatte

aber bisher keine Gelegenheit gehabt, seine militairischen Fähigkeiten im Großen zu zeigen. Der Kaiser Nikolaus, dessen Ehrgeiz in diesem von ihm so muthwillig angefachten Krieg bisher wenig Befriedigung gefunden hatte, schickte Verstärkung über Verstärkung nach der Krim, von denen aber ein großer Theil auf dem weiten Wege in dem strengen Winter, von Hunger und Krankheit hinweggerafft wurde. Es war von Petersburg aus ein Angriff auf Eupatoria, wo Omer Pascha mit einem Theil seines Heeres stand, anempfohlen worden. Der Ueberfall, den General Chruleff am 17. Februar (1855) mit bedeutenden Kräften (36 Bataillone und 80 Geschütze) mit Tagesanbruch gegen Omer Pascha unternahm, scheiterte an der Tapferkeit und Wachsamkeit der Türken, und wurde mit großem Verlust für die Russen zurückgeschlagen. Bald nachher (2. März 1855) starb der Kaiser Nikolaus, dessen schon seit längerer Zeit sehr geschwächte Gesundheit dem übeln Eindruck der aus der Krim einlaufenden Nachrichten nicht widerstanden hatte. Die kräftige und stolze, aber starre und beschränkte Natur dieses Fürsten hatte ihn gegen den Tadel und Widerspruch, den sein Charakter und sein System erregten, unempfindlich gemacht, und er starb ohne zu ahnen, daß er mit seinem ungerechten Angriff auf die Türkei eine für Rußland gefährliche Krisis heraufbeschworen habe. Sein Ende wurde von allen seinen Unterthanen, mit Ausnahme derer, die von seiner Regierung unmittelbaren Vortheil gezogen hatten, als eine Befreiung von einer zuletzt unerträglich gewordenen Last angesehen.

Nikolaus Nachfolger, Alexander II., war schon als Thronerbe dafür bekannt gewesen, milder und friedliebender als sein Vater zu sein, und befand sich eher in der Lage Zugeständnisse machen zu können, da er diesen Krieg nicht verschuldet hatte, sondern ihm vielmehr entgegen gewesen war. Aber an ein augenblickliches Nachgeben des neuen Kaisers war nicht zu denken, da er sich dadurch sowohl in den Augen seines eigenen Volks als denen Europa's herabgesetzt haben würde. Obgleich Rußland in diesem Krieg bereits an 250,000 Mann, vornehmlich durch Krankheiten verloren hatte, so erklärte dennoch Alexander II. den Kampf fortsetzen und im Geiste seines Vaters regieren zu wollen. Er rief jedoch den Fürsten Menschikof von seinem Posten ab, der, durch sein schroffes Auftreten in Konstantinopel, die öffentliche Meinung gegen sich erregt hatte, und, obwohl mit Unrecht, für den Anstifter dieses Krieges galt, der des Kaisers Nikolaus eigenes Werk war. Den Oberbefehl in Sebastopol und der Krim erhielt der General Fürst Gortschakof, ein Bruder dessen, der in Wien für Rußland unterhandelte. Die Westmächte

konnten aber eben so wenig an eine Beendigung des Krieges, ohne die vorangegangene Einnahme Sebastopol's, denken. Ein Rückzug aus der Krim, ohne daß dieses Bollwerk Südrußland's und diese Zwingburg des schwarzen Meeres gefallen, würde in England den übelsten Eindruck gemacht und die Verantwortlichkeit des Ministeriums ernstlich in Anspruch genommen haben. Für Napoleon III. wäre aber ein solches Verhalten einer Niederlage gleichgekommen, und vielleicht der erste Schritt zu seinem Sturz geworden. Auf beiden Seiten war man deshalb zur eifrigsten Fortsetzung des Krieges entschlossen. Die Belagerung sollte für Franzosen und Engländer, die ihr schweres Geschütz vermehrt hatten und mit den Gefahren und Arbeiten ihres Unternehmens vertraut geworden waren, jetzt erst recht anfangen. Deshalb mußten auch alle Vermittlungsversuche der Wiener Konferenz vergeblich bleiben. Oesterreich hatte an England und Frankreich erklärt (12. April), daß es die Beschränkung der russischen Seemacht auf dem schwarzen Meer, worauf die Westmächte großen Werth legten, für keine Nothwendigkeit halte, und Rußland erst dann bekriegen werde, wenn dasselbe sich weigern sollte, das türkische Reich in seinem gegenwärtigen Bestand anzuerkennen. Am 4. Juni gab Oesterreich ein Ultimatum dahin ab, daß, aus Rücksicht auf Rußland's Ehre und um die Abschließung des Friedens zu erleichtern, die Zahl und Stärke der russischen Kriegsschiffe auf dem schwarzen Meer von der freien Uebereinkunft zwischen Rußland und der Pforte abhängen sollte. Da die Westmächte diesen Antrag verwarfen, so erklärte Oesterreich eine abwartende Stellung einnehmen zu wollen, und entließ einen Theil der in Gallizien stehenden Truppen, wodurch es Rußland möglich wurde, sein Heer in der Krim zu verstärken. Die Westmächte schlossen sich hierauf noch fester an einander an. Lord Palmerston war schon im vergangenen December in Paris gewesen, jetzt (16. April 1855) begab sich Napoleon mit seiner Gemalin zum Besuch der Königin von England nach London, um Europa zu zeigen, daß die beiden Völker ganz eines und desselben Sinnes seien.

Die Allürten suchten jetzt mit verdoppelter Kraftanstrengung ihr Ziel, die Eroberung von Sebastopol zu erreichen. Der Kaiser der Franzosen hatte an dem Krieg in der Krim persönlich Antheil nehmen wollen. Aber höhere politische Rücksichten, denn seine Stellung schien für eine längere Abwesenheit noch nicht hinlänglich fest zu sein, zwangen ihn im Mittelpunkt seiner Macht zurückzubleiben. Er schickte aber einen Theil seiner neu errichteten Garde nach Sebastopol, das jetzt vierzehn Tage lang aus fünfhundert Feuerschlünden beschossen wurde. Aber die Russen,

die noch mehr Geschütze besaßen, erwiederten das Feuer mit noch größerer Heftigkeit, während Totleben alle Beschädigungen mit unglaublicher Schnelligkeit ausbesserte, und in die Stelle der zerstörten Batterien neue aufstellte. Die Langsamkeit, mit der die Belagerung ungeachtet aller Anstrengung fortschritt, der Mangel an glänzenden Erfolgen rief in den maßgebenden Kreisen in Paris eine gewisse Unzufriedenheit mit Canrobert hervor, der, obgleich ein begabter und erprobter General, gegenwärtig kein Glück zu haben schien. Auch war zwischen dem französischen Obergeneral und seinem englischen Kollegen, Lord Raglan, eine Erkaltung und Spannung entstanden, indem dieser Canrobert's Meinung nicht so willig wie früher der St. Arnaud's beistimmte, und die Engländer durch die Langsamkeit ihrer Bewegungen zu häufigen Klagen im französischen Generalstab Veranlassung gaben. Canrobert, der mehr Patriotismus als persönlichen Ehrgeiz besaß, trug selbst in Paris auf Ernennung eines neuen Oberbefehlshabers an, der zu Raglan in ein besseres Verhältniß treten könnte. Napoleon ernannte in Canrobert's Stelle den General Pelissier, der dafür bekannt war, rücksichtlos vorwärts zu gehen, und keinen Menschenverlust zu achten, wenn er ein großes Ziel vor Augen hatte. Canrobert besaß die edle Selbstverläugnung, unter das Kommando seines bisherigen Untergebenen zu treten und jetzt an der Spitze einer Division eben so eifrig wie vorher an der des ganzen Heeres für die gemeinsame Sache zu wirken. Pelissier ließ Tag und Nacht an dem Vorrücken der Laufgräben arbeiten, um dieselben den feindlichen Schanzen so nahe als möglich zu bringen, und entriß den Russen nach einem hartnäckigen Widerstand den sogenannten grünen Mamelon*), wo der tapfere französische Oberst Brancion in dem Augenblick fiel, als er die dreifarbige Fahne auf das eroberte Festungswerk aufpflanzte. Die Franzosen legten Minen, die Russen Gegenminen an, französische und russische Sappeurs stießen auf einander, und es ward unter wie über der Erde gekämpft. Aber ein allgemeiner Sturm, den die Verbündeten am 18. Juni unternahmen, wurde von den Russen abgeschlagen, wobei die Franzosen außer zwei ihrer besten Generale, Brunet und Mayran, gegen 5000 Mann an Todten und Verwundeten verloren, während die Engländer, von ihrer Stellung begünstigt, viel weniger gelitten hatten. Am 28. Juni starb Raglan wie St. Arnaud an der Cholera. Er war schon sehr bejahrt, und obgleich als Soldat im Gefecht oft von einer an Verwegenheit grenzenden Tapferkeit,

*) Mamelon: Warze; Erhöhung.

hatte sich seine Thätigkeit als Oberbefehlshaber in diesem schwierigsten aller Feldzüge, wo zu gleicher Zeit eine große Festung eingenommen und eine außerhalb derselben stehende feindliche Armee geschlagen werden sollte, nicht immer ausreichend erwiesen. Der General Simpson, ebenfalls schon in vorgerückten Jahren, übernahm an Raglan's Stelle das Kommando über die brittischen Truppen. Am 11. Juli wurde in Sebastopol der unerschrockene Admiral Nachimof getödtet, der die türkische Flotte bei Sinope zerstört hatte, und mit einem Fernglas in der Hand am Rande der Batterien, den feindlichen Kugeln ausgesetzt, so sorglos einherzuschreiten pflegte, als sei er auf einem Spaziergang begriffen. Pelissier befolgte Niel's Weisung, die stärksten Angriffe auf den Malakofthurm zu richten, von dessen Besitz der Sebastopol's abhing. Er ließ deshalb die Laufgräben den feindlichen Befestigungswerken immer näher führen, damit zwischen beiden ein möglichst geringer Zwischenraum übrig bliebe, der von den Stürmenden rasch durchschritten werden könnte, und sie von den feindlichen Batterien weniger zu leiden hätten. Zu den Anstrengungen täglicher Kämpfe während einer glühenden Hitze kam die Cholera hinzu, die unter Belagerern und Belagerten gleich sehr wüthete. Ein Ausfall der Russen am 16. August unter General Read versprach, von einem dichten Nebel begünstigt, anfänglich Erfolg. Read warf die französischen und sardinischen Vorposten zurück und drang über die Tschernajabrücke vor, wurde aber von dem rasch herbeieilenden General Faucheux mit solchem Ungestüm in der Flanke angegriffen, daß seine Truppen bald zum Weichen gebracht wurden und nach der Brücke stürzten, wo die französische Artillerie unter den sich drängenden Massen ein großes Blutbad anrichtete. Die Sardinier nahmen an diesem Kampf einen ruhmvollen Antheil, und ihr Feuer that dem Feind großen Schaden. Wie viele Russen an diesem Tage verwundet wurden, ist unbekannt geblieben, aber 3329 ihrer Todten wurden auf dem Kampfplatz begraben. General Read war im Gefecht gefallen. Die Verbündeten verloren kaum 1500 Mann. Diese Schlacht, welche fünf Stunden ohne Unterbrechung gedauert hatte, überzeugte die Russen, daß es ihnen unmöglich, die Linien der Verbündeten zu durchbrechen.

Der französische Obergeneral glaubte jetzt, daß der entscheidende Augenblick nicht mehr fern sei. Ungeachtet des unermüdlichen Widerstandes der Russen, ihrer häufigen nächtlichen Ausfälle und der Schwierigkeiten des Bodens waren die Belagerungsarbeiten dem Malakofthurm ganz nahe gebracht worden. Vom 19. August an wurde Sebastopol aus 800 Feuerschlünden so furchtbar beschossen, daß die Soldaten und

Einwohner, die seit zehn Monaten im Kanonendonner und Pulverdampf wie in ihrem natürlichen Element gelebt hatten, davon betäubt zu werden anfingen. Der unaufhörliche Hagel von Kugeln des schwersten Kalibers machte zuletzt Totleben's Kunst zu Schanden, da die kaum wieder hergestellten Schanzen alsbald wieder zerstört wurden. Die Bedienung mancher russischen Batterien mußte im Laufe eines einzigen Tages dreimal erneuert werden. Die Erde bebte vom Donner der Geschütze und die Luft schien von dem ungeheuren Pulververbrauch zu glühen. Innerhalb drei Tagen wurden 5000 Russen auf den Wällen, in den Häusern und Straßen getödtet oder verwundet. Es war den Belagerten nicht mehr möglich, das zertrümmerte Mauerwerk zu erneuern und die verschütteten Gräben auszuräumen. Gortschakof, der die Vergeblichkeit eines längeren Widerstandes begriff, ließ eine große Schiffbrücke über den Meerbusen schlagen, der die Stadt in zwei Hälften theilt, um dieselbe rasch räumen zu können, sobald es nothwendig geworden.

Am 3. September hatte Pelissier einen Kriegsrath versammelt, dem auch der General vom englischen Geniekorps, Sir Harry Jones, beiwohnte, um die letzten Maßregeln zur Einnahme Sebastopol's zu verabreden. Canrobert war schon vorher nach Paris zurückgerufen worden, da die Soldaten mehr an ihm als an Pelissier hingen, und die Einheit des Oberbefehls durch seine längere Anwesenheit gestört werden konnte. Aber Niel war zugegen. Die anwesenden Generale erklärten sich einstimmig für den Sturm in kürzester Frist. Pelissier hätte gern noch auf vierhundert Mörser gewartet, deren Sendung aus Frankreich versprochen war, die eine furchtbare Wirkung hervorgebracht haben würden. Aber Niel bemerkte, daß es bei längerem Zögern an Munition fehlen würde, von der mehr als je in einem anderen Kriege verbraucht worden war. Auch kam die Ungeduld der Soldaten in Betracht, die laut ihr Verlangen nach dem Sturm aussprachen. Pelissier gab nach, behielt sich aber die nähere Bezeichnung des entscheidenden Tages vor.

In einer Zusammenkunft zwischen den Generalen der verbündeten Armeen am 7. September wurde der Sturm, zu welchem Bosquet den Plan entworfen, auf den folgenden Tag um Mittag festgesetzt. Die Tage vorher schien das Bombardement ein immerwährender Donnerschlag zu sein, als wolle man die Russen nicht zur Besinnung kommen lassen. Dieselben setzten aber den einzelnen Angriffen auf ihre Schanzen denselben unerschütterlichen Widerstand wie zuvor entgegen. Die Franzosen erlitten bei den unausgesetzten Kämpfen, deren Gefahren

vornehmlich sie auf sich nahmen, ungeheure Verluste. Allein vom 5. bis 7. September waren 51 Officiere und 3917 Unterofficiere und Soldaten kampfunfähig geworden. Am 7. September bei anbrechendem Abend nahm das Bombardement an Heftigkeit noch zu und dauerte ohne Unterbrechung fort. Als es Tag wurde erhob sich ein starker Nordwind und vermischte in den Schluchten, von denen Sebastopol umgeben ist, sein schauerliches Geheul mit dem Donner der entfesselten Artillerie. Um acht Uhr standen die Belagerungstruppen zum Sturm bereit. An der Spitze jeder Kolonne befand sich eine Abtheilung Sappeurs, die zum Ausfüllen der Gräben, zum Durchbrechen von Mauerwerk, zum Anlegen der Sturmleitern bestimmt waren. Der Hauptangriff der Franzosen war auf den Malakofthurm, der der Engländer auf den sogenannten Redan*) gerichtet; alle übrigen Angriffe sollten nur jene maskiren und die Aufmerksamkeit des Feindes theilen. Den französischen Truppen ward kompagnienweise eine Proklamation vorgelesen, deren Aufforderung zu einem todesmuthigen Kampf sie mit einem begeisterten Ausbruch kriegerischen Ungestüms beantworteten. Alle Uhren der Divisionsgenerale wurden nach der des Obergenerals gestellt. Es sollte kein besonderes Signal gegeben werden, sondern wenn der Zeiger auf Zwölf stand, die Sturmkolonnen ohne weiteres den Befehl zum Vorgehen erhalten. Das Bombardement ward, um die Russen über die Absichten der Verbündeten zu täuschen, bis um Mittag unterhalten. Da schwieg es plötzlich auf allen Seiten, und die Franzosen, die vorher auf ihre Gewehre gestützt unbeweglich dagestanden, gingen unter dem tausendfachen Ruf: „Es lebe der Kaiser!" auf die russischen Verschanzungen los. Die Außenwerke des Malakofthurms waren von der Division Mac Mahon bald genommen, aber im Innern der Befestigung erhob sich ein wüthender Kampf Mann gegen Mann, der, wenn die Bayonette zerbrochen waren, von beiden Seiten mit den Kolben und den am Boden liegenden Steinen fortgesetzt wurde. Die Russen, die allein an dieser Stelle vier Generale verloren, unterlagen zuletzt, und der Malakofthurm blieb in der Gewalt der Franzosen. Dieses weitläuftige Befestigungswerk war von den Russen unterminirt worden. Zu ihrem Glück entdeckten die Franzosen die Drähte, die von den Minen nach der Stadt führten, durchschnitten sie und zogen in größter Geschwindigkeit einen Graben um den Thurm, und verhinderten dadurch seine Explosion.

*) Redan: Sägewerk; ein Befestigungswerk mit aus- und eingehenden Winkeln, die einander bestreichen können.

Doch flog eine Seitenbatterie in die Luft, und begrub unter ihren Trümmern den General Motterouge, der jedoch lebend aus dem Schutt hervorgezogen wurde, aber viele seiner Soldaten lagen entseelt da. Bosquet, der sich dem feindlichen Feuer sehr ausgesetzt hatte, ward an der Schulter verwundet, führte aber dessenungeachtet das Kommando fort, bis er von dem starken Blutverlust ohnmächtig geworden, fortgetragen werden mußte. Mit der Einnahme des Malakofthurms war viel, aber nicht alles geschehen. Am sogenannten „Kleinen Sägewerk" leisteten die Russen, wie überall an diesem blutigen Tage, den tapfersten Widerstand, und warfen die Franzosen mehrmals zurück, die hier drei ihrer Generale: Saint Pol, Marolles und Pontevès und mehrere Stabsofficiere verloren. Vor der Centralbastion fielen die Generale Rivet, Breton und General Truchu wurde verwundet. Aber die französischen Soldaten stiegen über Haufen von Leichnamen zu den Verschanzungen empor, machten die russischen Artilleristen an ihren Geschützen nieder und behaupteten sich in der gewonnenen Position. Die Franzosen hatten jetzt ihre Aufgabe gelöst, aber in wenigen Stunden 7300 Mann an Todten und Verwundeten verloren. Während dieser Zeit hatten die Engländer mit derselben Tapferkeit, aber nicht mit demselben Erfolg wie ihre Verbündeten gefochten. Sie rückten in geschlossenen Kolonnen, so ruhig und fest wie auf dem Exercierplatz, unter dem furchtbarsten Kartätschenfeuer der Russen gegen den Redan vor, erstiegen die Brustwehr mit Hülfe der Sturmleitern, und drangen in den inneren Raum ein, wo sie aber von versteckt liegenden Batterien mit einem solchen Kugelregen überschüttet wurden, daß sie im Verlauf von noch nicht zwei Stunden 2400 Mann verloren, und ihre Eroberung aufgeben mußten. Aber es war dies nur eine Episode in der Hauptaktion. Die Einnahme Sebastopol's ward durch die Erstürmung des Malokofthurms, des „Kleinen Sägewerks" und der Centralbastion entschieden. Bei einbrechendem Abend ließ Gortschakof schleunig die nöthigen Vorbereitungen zum Rückzug treffen. So war denn diese stolze Feste nach einer elfmonatlichen Belagerung*), der denkwürdigsten und an Thaten reichsten aller Belagerungen der neueren Geschichte, gefallen. In der Nacht vom 8. zum 9. September zündeten die Russen die unterminirten Bollwerke, den Redan und die Bastionen an, die mit furchtbarem Krachen zusammenstürzten, und versenkten von ihrer großen Flotte alles was

*) Am 9. Okt. (1854) war der Laufgraben, am 17. Okt. das Feuer auf Sebastopol eröffnet worden. Das Bombardement hatte 322 Tage gedauert.

noch übrig geblieben war. Am folgenden Tage zogen sie sich nach der Nordseite der Stadt zurück, nachdem sie die Schiffsbrücke hinter sich abgebrochen hatten, und Gortschakof nahm mit dem größten Theil seiner Truppen eine Stellung ostwärts in den Gebirgen. Er hatte am Tage des Sturms 13,000 Mann verloren. Am 10. September durcheilte Pelissier, von einem zahlreichen Stabe begleitet, die rauchenden Trümmer Sebastopol's und dessen Vertheidigungslinien, über deren Größe und Mannigfaltigkeit er, ungeachtet der Zerstörung, erstaunte, und erst jetzt die von ihm überwundenen Hindernisse vollkommen begriff. Am 11. September rückten die Verbündeten in die Stadt, aus der noch überall Dampf emporstieg, in der aber die Explosionen aufgehört hatten. Eine ungeheuere Menge von Waffen und Kriegsgeräth (4000 Kanonen), Kugeln, Pulver, Schiffsbauholz, selbst noch große Vorräthe von Lebensmitteln, fielen in die Hände der Sieger.

Die Einnahme von Sebastopol hatte die Ueberlegenheit der französischen Truppen, die offenbar zu diesem Erfolg das Meiste beigetragen, glänzend bewährt. Napoleon sah das Ziel, das er sich von Anfang seiner Regierung vorgesetzt, die Erneuerung des Waffenruhms und des staatlichen Uebergewichts Frankreich's erreicht, und wünschte jetzt eifrig den Frieden, obgleich er dies Verlangen hinter einer stolzen Ruhe und Gleichgültigkeit verbarg. Außer dem Menschenverlust hatte Frankreich auch sonst seine Erfolge theuer bezahlt. Der Feldzug hatte die französische Staatsschuld um 1500 Mill. Fr. vermehrt. Zu einer bedeutenden materiellen Schwächung Rußland's, zu einem Losreißen der altpolnischen Provinzen, Finnland's und Transkaukasien's hätte die Mitwirkung Oesterreich's, Preußen's, Schweden's, hätte eine andere Türkei gehört, als die, welche vorhanden war. An solche Eroberungen konnte unter den vorhandenen Umständen nicht gedacht werden. In Petersburg, wo der endliche Fall Sebastopol's schon seit einiger Zeit vorausgesehen worden, und deshalb keinen außerordentlichen Eindruck hervorgebracht hatte, rechnete man auf die im Innern des Reichs vorhandenen großen Hülfsquellen, und zögerte auf die Mahnungen des österreichischen und preußischen Kabinets zu hören, welche dringend zum Frieden und der Darbringung einiger davon unzertrennlichen Opfer riethen. Bei dieser Stimmung des russischen Hofes mußten die Verbündeten noch immer gerüstet bleiben und sich auf Fortsetzung des Kampfs gefaßt machen. Der Stolz des englischen Volks fühlte sich durch die untergeordnete Rolle, die sein Heer in der Krim gespielt, verletzt, und wollte durch umfassende Vorbereitungen zu einem Feldzug für das kommende Jahr, durch eine Ver-

mehrung der Land= und Seemacht das Versäumte nachholen und sich Rußland furchtbar machen. Auf Betrieb der Engländer wurde in Konstantinopel beschlossen Omer Pascha mit einer türkischen Armee nach Kleinasien übersetzen zu lassen, wo die Truppen des Sultans seit langer Zeit gegen die Russen im Nachtheil waren. Von Seite Napoleon's wurde Canrobert, der wie Pelissier*) und Bosquet den Marschallsstab erhielt, mit einer Sendung nach Stockholm beauftragt, um Schweden den Westmächten näher zu bringen. Rußland, damit nicht zufrieden durch den Besitz der Alandinseln beständig Stockholm zu bedrohen, hatte von der schwedischen Regierung die Abtretung eines Küstenstrichs in Norwegen verlangt, unter dem Vorwand den benachbarten unter russischer Hoheit stehenden Lappländern Gelegenheit zur Fischerei zu geben, in Wahrheit aber um daselbst einen russischen Kriegshafen anzulegen, da die See an der dortigen Küste wegen des weit hinaufgehenden warmen Golfstroms im Winter vom Eise befreit bleibt. Canrobert, der in Stockholm aus Abneigung gegen die Russen vom Hofe mit Auszeichnung, vom Volke mit Begeisterung aufgenommen wurde, schloß mit dem schwedischen Kabinet einen Vertrag ab, in welchem dasselbe sich anheischig machte ohne Zustimmung der Westmächte keinen Theil seines Gebiets an Rußland abzutreten.

Die Flotten der Verbündeten hatten weder im schwarzen Meer noch in der Ostsee etwas ausgerichtet, das von der Geschichte erhalten zu werden verdiente. Aber sie hatten zuletzt allem russischen Seehandel ein Ende gemacht, die Küsten verheert, die Russen zur Vernichtung ihrer eigenen Flotte im schwarzen Meer gezwungen, und die Flotte im baltischen Meer in Kronstadt eingeschlossen. In den russischen Staatseinnahmen zeigten sich große Ausfälle, und auf dem Lande fing es an, da so viele tausend Leibeigene zur Reichswehr ausgehoben worden, an Arbeitskräften zu fehlen. Der Adel ward für seine Einkünfte besorgt. Die englischen Kaufleute waren die hauptsächlichsten Käufer der russischen Rohprodukte, und dieser Absatz hatte seit einem Jahr gänzlich aufgehört. Die öffentliche Meinung sprach sich demnach in allen Klassen des russischen Volks für den Frieden aus, aber die Regierung war zu stolz, um demselben große Opfer zu bringen, die nach dem Fall von Sebastopol von den Verbündeten vielleicht verlangt werden konnten. Da kam den Russen ein wichtiger von ihnen in Kleinasien erlangter Vortheil zu Hülfe, um die Ansprüche der Westmächte herabzustimmen, und den gan=

*) Pelissier wurde außerdem zum Herzog von Malakof ernannt.

zen Krieg mit einer für die russischen Waffen ruhmvollen That zu schließen. Die in Kleinasien kämpfenden Truppen des Sultans waren, von unfähigen und eigennützigen Paschas befehligt, die ihre Soldaten an Allem Mangel leiden ließen und das zur Führung des Kriegs bestimmte Geld in ihren eigenen Nutzen verwandten, bei jeder Gelegenheit geschlagen worden. Als endlich ein besserer Heerführer, Wassif Pascha, der von zwei ausgezeichneten fremden Officieren, dem Engländer Williams und dem Ungarn Kmety unterstützt wurde, den Oberbefehl über die Türken in jener Gegend übernommen hatte, war es zu spät um dem Laufe des Krieges eine glücklichere Wendung zu geben. Wassif Pascha mußte sich mit dem was ihm von Truppen übrig blieb in die Festung Kars einschließen, und sich ungeachtet der tapfersten Vertheidigung, nachdem der Hunger einen großen Theil der Einwohner und der Besatzung fortgerafft hatte, an die Russen ergeben (28. November 1855). Der russische Obergeneral Murawiew*) behandelte die Ueberwundenen mit ausgezeichnetem Edelmuth. Die Einnahme dieser wichtigen Festung schien den Verlust von Sebastopol aufzuwiegen. Rußland konnte jetzt das Ansehen haben aus Friedensliebe und nicht aus Schwäche nachzugeben. Omer Pascha war zwar an der anatolischen Küste gelandet, hatte aber Kars nicht retten können, und wäre zu schwach gewesen, um die Fortschritte Murawiew's aufzuhalten. Die unglückliche Kriegführung der Türken in Kleinasien blieb nicht ohne Einfluß auf die Entschließungen des Londoner und Pariser Kabinets. Zu gleicher Zeit arbeiteten Preußen und Oesterreich aus allen Kräften an einer Annäherung der kriegführenden Mächte, indem sie besorgten, bei längerer Fortsetzung des Kampfes vielleicht aus ihrer Neutralität heraustreten und Partei ergreifen zu müssen. Besonders lag Oesterreich, das von den orientalischen Interessen so nahe berührt wird, an der Beilegung des Krieges. Bald nachdem die Nachricht von der Einnahme von Kars in Wien eingetroffen, hatte das österreichische Kabinet den Fürsten Paul Esterhazy nach Petersburg geschickt, wo derselbe mit dem Grafen Nesselrode sich sehr bald über ein Protokoll einigte, das als Friedensbasis dienen konnte. Am 26. Januar (1856) nahm der Sultan einundzwanzig Artikel an, die ihm von Oesterreich und den Westmächten vorgelegt wurden, welche die Gleichheit der Christen mit den Mahomedanern im türkischen Reich, Verbesserungen im Steuer- und Gerichtswesen u. s. w. betrafen, durch die den Russen für immer der Vorwand zu Einmischungen in die

*) Es war dies nicht der General Murawiew, der jetzt (1863) in Lithauen kommandirt.

inneren Angelegenheiten der Türkei entzogen werden sollte. Nach diesen Vorarbeiten ward am 25. Februar in Paris ein Kongreß zur Abschließung eines definitiven Friedens eröffnet. Napoleon III. hatte sich durch diesen Krieg zu einer sehr hohen Stellung in Europa emporgeschwungen, und stand als Schiedsrichter der streitigen Interessen und Parteien da. Oesterreich und noch mehr Rußland bewarben sich um seine Gunst. Sein Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Walewski, ein geborner Pole, aber natürlicher Sohn Napoleon I., leitete die Berathungen. Auch Sardinien wohnte in der Person des Grafen Cavour und des Marquis von Villamarina zum erstenmal einen Kongreß der Großmächte bei. Da Preußen an diesem Kriege gar keinen Antheil, auch nicht einmal durch Aufstellung eines Observationskorps, genommen hatte, so sah es sich auch von den Unterhandlungen ausgeschlossen. Insofern aber von dem Kongreß Abänderungen in den Wiener Verträgen, zu deren Geranten Preußen gehörte, getroffen werden konnten, beanspruchte Preußen mit seiner Meinung ebenfalls gehört zu werden, welchem gerechten Verlangen auch nachgegeben wurde, und der preußische Ministerpräsident von Manteuffel sich nach Paris begab. Um die militairischen und diplomatischen Erfolge des Kaisers der Franzosen zu krönen, kam seine Gemalin, die Kaiserin Eugenie, eine spanische Grafin aus dem Hause Montijo, mit einem Sohn und Thronerben nieder (16. März), ein Ereigniß, das unter den Anhängern der neuen Ordnung der Dinge in Frankreich große Freude erregte, und die Hoffnung auf die Dauer der Napoleonischen Dynastie vermehrte.

Am 30. März (1856) wurde das Friedensinstrument in Paris unterzeichnet. Rußland verstand sich dazu die Donaumündungen mit einem kleinen am linken Ufer zunächst dem schwarzen Meer gelegenen Landstrich abzutreten, dem einseitigen Protektorat über die Donaufürstenthümer und über die griechischen Christen in der Türkei zu entsagen, und Kars zurück zugeben. Dagegen lieferten die Westmächte Sebastopol und alle sonst von ihnen besetzten Punkte an Rußland aus. Die Ausführung der vom Sultan versprochenen Reformen und die Lage der Christen im türkischen Reich sollte von der Gesammtheit der christlichen Großmächte überwacht werden. Die österreichischen Truppen blieben in den Donaufürstenthümern bis über deren Zukunft von den Großmächten entschieden worden sei. Es handelte sich in Betreff ihrer vornehmlich darum, ob sie, wie bisher, unter zwei Hospodaren stehen, oder vereinigt werden sollten, worüber Frankreich und Rußland auf der einen, und England und Oesterreich auf der anderen Seite verschiedener

Ansicht waren. Rußland machte sich anheischig am schwarzen Meer keine Arsenale zu errichten, und daselbst nicht mehr Kriegsschiffe als die Pforte zu halten. Die Donauschiffahrt ward für unbedingt frei erklärt. Rußland wollte sich aber nicht dazu verstehen, die Integrität des türkischen Reiches für die Zukunft zu gewährleisten, weshalb Oesterreich und die Westmächte nachträglich (15. April) einen Separatvertrag zum Schutz der Türkei gegen Rußland, wenn es nöthig werden sollte, schlossen. Preußen hielt in diesem Fall zu Rußland.

Dieser Friede entsprach nicht den großen Anstrengungen und ausgezeichneten Thaten der kriegführenden Heere, und nicht den Erwartungen, welche die Welt von dem Ausgang des Kampfes gehegt hatte. In dem Territorialbesitz der Mächte ging keine Veränderung vor, da die kleine Gebietsabtretung Rußland's kaum in Anschlag gebracht werden konnte. Rußland hatte allerdings eine moralische Demüthigung, aber keine wesentliche Verminderung seiner Macht erfahren, und blieb in der Lage seine alten Eroberungsplane gegen die Türkei bei gelegener Zeit zu erneuern. Oesterreich und Preußen hatten sich schwach gezeigt, indem sie im Besitz einer großen Militairmacht kein derselben entsprechendes Gewicht in die Wagschale der Ereignisse warfen, sondern deren Verlaufe unentschlossen zusahen, und einer thatkräftigen Betheiligung sich entzogen. Auch England hatte nichts vollbracht was seines alten Rufes würdig gewesen wäre und an Nelson und Wellington erinnert hätte. Nur Frankreich war in der Meinung der Regierungen und Völker gestiegen, und hatte das Andenken an die letzten Niederlagen Napoleon I. verwischt. Es hatte von Neuem bewiesen, daß seine natürlichen Hülfsmittel und der kriegerische Geist seiner Bevölkerung nur einer kräftigen Leitung bedürfen, um ihm unter allen Umständen eine hervorragende Stellung in Europa zu verschaffen. Mit dem Pariser Kongreß war Napoleon III. in ein neues Stadium seiner Existenz getreten, das ihm noch glänzendere Aussichten auf Macht und Ruhm als bisher eröffnete.

---

8. Deutschland von der Wiederherstellung des Bundestags bis zur Einsetzung der Regentschaft in Preußen.

Die Wiederherstellung des Bundestags an seinem alten Sitz und mit allen früheren Formen war ein klares Zeichen gewesen, daß von oben her mit der freiheitlichen und volksthümlichen Richtung von 1848 gebrochen worden, und daß die öffentlichen Einrichtungen in Deutsch-

land wieder auf den vormärzlichen Standpunkt zurückgeführt werden sollten. Im Vergleich zu dem, was die deutsche Nation damals gefordert hatte und zu erreichen nahe gewesen, trat jetzt allerdings ein Stillstand und Rückschritt ein, der aber, je nach dem Charakter der Regierungen und dem von den Völkern erreichten Bildungsgrad, eine sehr verschiedenartige Gestalt annahm. In manchen Staaten suchte man zwar die während der Jahre 1848 und 1849 erschütterte Fürstengewalt möglichst wieder herzustellen, ließ aber die eingeführten Reformen, so weit dieselbe von ihnen nicht berührt wurde, bestehen; in anderen war man bemüht, sich Zuständen zu nähern, die allmälig dem Bewußtsein des deutschen Volks fremd geworden waren, oder demselben geradezu widersprachen. Im Ganzen und Großen gelang es der Reaktion nur selten, die vormärzlichen Einrichtungen vollkommen, am wenigsten aber ihrem Geist nach zu erneuern, weil der Eindruck mächtiger Ereignisse sich aus dem Gedächtniß der Völker, besonders wenn sie bei denselben selbst thätig gewesen, nie ganz verdrängen läßt. Das größte Unglück für Deutschland bestand nicht in dem Verluste einzelner Errungenschaften, die zum Theil sehr gemischter Natur waren, und unter vielem Wahren und Werthvollen auch manches Irrthümliche und Schädliche enthielten, sondern darin, daß der Hauptpunkt und Zweck, auf den es bei den Besseren und Einsichtsvolleren vornehmlich abgesehen gewesen, die Herstellung eines einigen Deutschland's verfehlt worden, und die alte Zersplitterung mit ihrer Ohnmacht nach Außen und ihrer Zwietracht im Innern wieder zu voller Blüthe gediehen war. Denn ein Volk kann in seinen socialen und politischen Einrichtungen an vielen Mängeln leiden und doch wirklich groß sein, sobald es ein in sich übereinstimmendes Ganzes ausmacht, das in allen entscheidenden Fällen die widerstrebenden einzelnen Richtungen zur Anerkenntniß seines höheren Rechts nöthigt, und dem Ausland als ein geschlossener Phalanx gegenübersteht. Dieses Bedürfniß der Einheit, deren Bedeutung von der Mehrheit der Gebildeten in Deutschland im Lauf der Zeit begriffen worden, und das auch die Massen instinktartig fühlten, war durch das Scheitern des deutschen Parlaments und der mit ihm verbundenen Bestrebungen unbefriedigt geblieben, aber das Ziel war einmal erkannt, der Weg dazu betreten gewesen, und derselbe konnte, wenn er auch für den Augenblick verlassen worden, wieder gefunden, und mit Vermeidung der damals begangenen Fehlgriffe von Neuem beschritten werden.

Die einzelnen deutschen Regierungen zeigten sich im Wesentlichen in dieser Epoche der Reaktion dem Geiste treu, der sie schon vor den

Stürmen des Jahrs 1848 erfüllt hatte. Oesterreich, das von jeher ein Gegner der Freiheit und des Fortschritts und der vornehmste Hort des Absolutismus in Europa gewesen, suchte, nachdem es seine Absichten in Kurhessen und Holstein-Schleswig erreicht und am Bundestag wieder die erste Stelle eingenommen hatte, auch bei sich das konstitutionelle System so schnell als möglich zu beseitigen. Die Verfassung vom 4. März 1849, die den österreichischen Einheitsstaat verkündigt hatte, war den Völkern, die, wie Magyaren und Kroaten, schon vorher im Besitz repräsentativer Institutionen gewesen, verhaßt, weil sie dieselben ohne angemessenen Ersatz ihrer wichtigsten, althergebrachten Rechte beraubte. Die übrigen Bestandtheile Oesterreich's, selbst die deutschen Provinzen, hatten nach der Art wie die konstitutionellen Garantien unaufhörlich verletzt wurden, und an ihre Stelle der Militairdespotismus getreten, die Hoffnung, daß auf dem Wege der Octroyirung ein besserer Zustand herbeigeführt werden könnte, verloren. Sie waren für den Augenblick gelähmt und gleichgültig geworden. Die Finanznoth — die Ausgaben für die Armee hatten von November 1848 bis November 1849 die gesammte Staatseinnahme um 13 Millionen Gulden überstiegen — der Druck der Steuern, die Theuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse lagen einem so entmuthigten Volke näher als die Fragen über öffentliches Recht und politische Freiheit. Welche Bedeutung hatte in der That auch eine Konstitution, die in jedem Augenblick durch die Einführung des Belagerungszustandes unwirksam gemacht werden konnte? — Sie wurde zuerst in Flugschriften, die zum Theil aus der Nähe des Hofes hervorgingen, dann in Blättern angegriffen, die unter dem Einfluß des Ministeriums standen. Man traf Anordnungen, nahm Maßregeln, die mit der Verfassung, wie sie auf dem Papier stand, unvereinbar waren. Franz Joseph hatte dieselbe nicht beschworen und hielt sich deshalb auch nicht durch sie für gebunden. Sie wurde am 31. December 1851 durch eine kaiserliche Erklärung außer Wirksamkeit gesetzt. Obgleich Oesterreich auf diese Art zu den vor 1848 vorhanden gewesenen Zuständen zurückkehrte, so waren dennoch die Ereignisse jenes Jahres nicht ohne heilsamen Einfluß geblieben. In den politischen Formen kehrte es zum Alten zurück, in den viel wichtigeren socialen Einrichtungen trat eine erhebliche Verbesserung ein. Unter der Herrschaft des konstitutionellen Systems war ein großes Princip proklamirt worden, das unter dem wieder hergestellten Absolutismus nicht nur nicht zurückgenommen, sondern ausdrücklich anerkannt und für nothwendig erklärt wurde. Der Reichstag hatte das Unterthanenverhältniß des Landvolks

zu den Gutsherren, und alle aus dem Feudalwesen stammenden Dienste und Lasten aufgehoben. Die Regierung führte diese wesentliche Reform im Dasein der großen Mehrheit der Bevölkerung, ungeachtet aller entgegenstehenden Schwierigkeiten, mit unermüdlicher Thätigkeit durch. Bei der Lähmung des öffentlichen Geistes, der Abwesenheit einer freien Presse und dem Mangel an parlamentarischer Aufsicht über die Verwaltung blieben in derselben viele Mißbräuche bestehen, und traten bei der immer größer werdenden Finanzverlegenheit neue hinzu, die später in einem gefahrvollen Augenblick sich in ihrer ganzen Schädlichkeit fühlbar machen sollten, aber die Befreiung des ländlichen Eigenthums und die Gleichheit aller Klassen vor dem Gesetz blieb bestehen, und konnte für einen Ersatz für anderweitig unerfüllt gebliebene Hoffnungen gelten. Das alte Oesterreich, wie es bis zum März 1848 bestanden, war nur eine politische Macht gewesen, das aus dieser Erschütterung hervorgegangene neue Oesterreich ist ein organischer Staat, oder kann wenigstens ein solcher werden.

Die preußische Politik hatte sich seit Ablehnung der deutschen Kaiserwürde in fast ununterbrochenem Nachtheil gegen die österreichische befunden. Kaum hatte sie in einer Frage eine feste Stellung genommen und Miene gemacht, sie vertheidigen zu wollen, als sie dieselbe, wenn ihr Hindernisse entgegentraten, ohne angemessene Kraftanstrengung wieder aufgab. Es war von ihr mehr als einmal das Gegentheil von dem gethan worden, was sie kurz vorher laut erklärt hatte thun zu wollen. So war es in Bezug auf die Union, Schleswig-Holstein, Kurhessen und zuletzt den Bundestag gegangen. Sie hatte so wenig Erfahrung, Voraussicht und Entschlossenheit bewiesen, daß sie des ihr anfangs in Deutschland so reichlich entgegengebrachten Vertrauens verlustig ging, zuletzt aber auch das Ausland gegen sich hatte, und wenn sie es zu spät auf einen Kampf gegen Oesterreich hätte ankommen lassen wollen, von aller Welt verlassen dagestanden wäre. Obgleich sie es gewesen, die in Dresden und im südwestlichen Deutschland die Revolution besiegt hatte, so besaß sie auch dort nicht den gebührenden Einfluß. Nur in einem Punkt, der allerdings eine doppelte, politische und kommercielle Wichtigkeit besaß, in Bezug auf den Zollverein, hielt die preußische Regierung an dem von ihr errungenen Standpunkt fest. Nachdem Oesterreich's Plan, mit seinem gesammten Staatenkomplex in den deutschen Bund einzutreten, vornehmlich an dem Widerstand Frankreich's und Rußland's gescheitert war, wollte es, um Preußen entgegenzuarbeiten und seinen Einfluß auf Deutschland zu erweitern, in den Zollverein aufgenommen

werden. Da brachte Preußen durch Specialvertrag vom 7. September 1851 eine Handelseinigung mit Hannover unter Gewährung eines Zollpräcipuums zu Stande, der auch bald Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe, d. h. sämmtliche Mitglieder des 1834 von Hannover als Gegensatz zum preußischen Zollverein gestifteten Steuervereins, beitraten. Die Lage der Dinge hatte sich seitdem geändert, und die Erfahrung diesen norddeutschen Staaten bewiesen, daß der Anschluß an den von Preußen gegründeten Zollverein für sie nützlich sein würde. Die Bekanntmachung des ganz im Stillen abgeschlossenen Vertrags vom 7. September, der als eine Sonderverbindung erschien, brachte unter den sich zu Oesterreich neigenden Zollvereinsstaaten eine große Bewegung hervor. Als Preußen, in Rücksicht auf seinen neuen Vertrag mit Hannover, den Zollverein im December 1851 in der Ueberzeugung kündigte, daß die Vortheile, welche seine bisherigen Genossen aus demselben geschöpft, wenn auch einige derselben ihn jetzt aufgeben sollten, früher oder später seine Wiedervereinigung herbei führen würden, so benutzte dies Oesterreich, um Preußen die Absicht unterzulegen, als wolle es diese nationale Handelsschöpfung ganz zerstören, und knüpfte hieran den Versuch zur Anbahnung eines deutsch-österreichischen Zollvereins. Oesterreich berief zu diesem Zweck für den 2. Januar 1852 eine Zollkonferenz nach Wien, die, mit Ausnahme Preußen's, Holstein's, Mecklenburg's und der thüringischen Fürstenthümer, von allen übrigen deutschen Staaten beschickt wurde. Wegen der für Deutschland unvortheilhaften Vorschläge führte diese Konferenz zu weiter nichts als zu einer allgemeinen Kundgebung der Geneigtheit für eine Zolleinigung mit Oesterreich. Die Vertreter der auf Preußen eifersüchtigen Staaten versammelten sich hierauf (5. April 1852) in Darmstadt, wo der Wiedereintritt in den Zollverein von der Bedingung abhängig gemacht wurde, daß auch Oesterreich in denselben aufgenommen werde. An der Geltendmachung dieses Beschlusses scheiterte der von Preußen auf der Zollkonferenz der bisherigen Zollvereinsstaaten zu Berlin am 19. April gemachte Versuch einer Wiederherstellung des Zollvereins. Preußen war einer Handelseinigung mit Oesterreich nicht durchaus entgegen, wollte aber erst nach Rekonstruirung des Zollvereins darüber in Unterhandlung treten. Die Frage, ob diese Unterhandlungen vor oder nach der Wiederherstellung des Zollvereins statt finden sollten, war von entscheidender Bedeutung. Denn wenn die Wiederherstellung vor den Unterhandlungen zu Stande kam, so wurde Preußen auf gleiche Linie mit den übrigen deutschen Staaten gestellt, während es im entgegengesetzten Fall als das Haupt der

deutschen Handelseinigung und als der Wahrer der deutschen Handelsinteressen, gegenüber den speciellen Handelsinteressen Oesterreich's, erschien. Die preußische Regierung gab nicht nach und wurde hierin von der Zustimmung der Gewerbetreibenden in allen Theilen des Zollvereins unterstützt. Die zu Oesterreich haltenden Staaten versammelten sich von Neuem, richteten aber, da auch der Steuerverein fest auf preußischer Seite blieb, nichts aus. Dem österreichischen Kabinet, an dessen Spitze, im Vergleich zu dem hochfahrenden Fürsten Schwarzenberg, der am 3. April 1852 plötzlich mit Tode abgegangen, der gemäßigte Graf Buol-Schauenstein getreten, schien es, aus Rücksicht auf die Lage Europa's, gerathen, Preußen wieder näher zu treten. Es ließ deshalb in seinem Eifer in den Zollverband aufgenommen zu werden etwas nach, und begnügte sich zuletzt mit dem Abschluß eines Handelsvertrags mit Preußen auf zwanzig Jahre (19. Februar 1853), der den Eintritt Oesterreich's in den Zollverein nicht unmöglich machte, aber doch weit hinausschob. Die Darmstädtische Koalition sah sich zum Nachgeben genöthigt, und der bisherige Zollverein ward wieder hergestellt, nur daß er durch den Beitritt des Steuervereins eine Erweiterung erhielt. Die preußische Regierung hatte in dieser Frage durch kluge Berechnung und Ausdauer einen vollständigen Sieg davon getragen, was um so mehr bedauern läßt, daß es bei den früheren politischen Unterhandlungen nicht dieselbe feste Haltung angenommen hatte. Selbst Preußen's Nebenbuhler und Gegner wurden zu der Ueberzeugung genöthigt, daß sie desselben nicht entbehren konnten. Auch erwarb es zu derselben Zeit, im Interesse seiner aufkeimenden Seemacht, von Oldenburg, nicht ohne Widerspruch Hannover's, den Jahdebusen und damit einen Hafen in der Nordsee, der ihm seit dem Verlust Ostfriesland's gefehlt hatte.

Die Reaktion, die in ganz Deutschland seit dem verfehlten Versuch einer großen Reform im Sinne der nationalen Einheit und politischen Freiheit, eingetreten war, zeigte sich in Preußen besonders in der Art, wie der Ausbau der Verfassung aufgehalten, und die nothwendigen Konsequenzen des konstitutionellen Systems künstlich umgangen oder offenbar verletzt wurden. Nachdem die von der Krone selbst ausgegangene Verfassung durch die vor der Beschwörung derselben stattgehabte Revision in manchen Bestimmungen wesentlich verändert worden, ward ein Preßgesetz erlassen, das die freie Meinungsäußerung in fast eben so enge Fesseln, wenn auch unter etwas anderen Formen, als zur Zeit der Censur schlug. Die Stellung der Beamten war durch die Disciplinarhöfe abhängiger als früher geworden, es wurde ein strenges Gesetz über

den Belagerungszustand eingeführt, der vor 1848 unbekannt gewesen, und jetzt den militairischen Befehlshabern und Kriegsgerichten eine mit der Freiheit und den Rechten der Staatsbürger unvereinbare Gewalt in die Hände gab. Während eine Anzahl von Verfassungsbestimmungen durch Specialgesetze aufgehoben wurde, schien es in anderen Fällen als wolle man die Verfassung unausgeführt lassen. Die evangelische Kirche, die nach Artikel 15 der Verfassung eine von der Einmischung der weltlichen Behörden befreite, selbstständige Organisation erhalten sollte, kam unter die Aufsicht eines Kollegiums, der „Evangelische Kirchenrath" genannt, der ausschließlich der Krone verantwortlich sein sollte. Der Kultusminister von Raumer erklärte mehrmals, daß die Kammern gar kein Recht hätten sich in die inneren Angelegenheiten der evangelischen Kirche zu mischen, die eben so unabhängig wie die katholische Kirche sei. Diese vermeintliche Unabhängigkeit bestand aber darin, daß sie ganz allein vom Könige regiert werden sollte. Der Begriff der Unabhängigkeit schien für dieselbe blos deshalb aufgestellt zu sein, um sie der Kontrolle der gesetzgebenden Körperschaften zu entziehen. Der größte Sieg der Reaktion in Preußen bestand aber in der Sistirung der von der Verfassung über die Reorganisation der Gemeindeordnungen und Kreisvertretungen gegebenen Bestimmungen. Durch die Art wie diese bei Seite gesetzt oder umgestaltet wurden, erhielten die Rittergutsbesitzer einen großen Theil ihrer frühern Vorrechte zurück. Auch blieb die Ungleichheit in der Besteuerung bestehen. Der Kampf zwischen dem modern-repräsentativen und dem mittelalterlich-ständischem Princip, der in den meisten civilisirten Ländern längst beseitigt worden, dauerte in Preußen fort, und führte in dessen Entwickelung eine Begriffsverwirrung und Disharmonie ein, die seiner Stärkung im Innern wie seinem Einfluß nach Außen hin hemmend entgegentrat. Indessen gelang es der Reaktion nicht, ungeachtet der angestrengtesten Bemühungen, die vormärzlichen Zustände, wie ihre Koryphäen dies beabsichtigten, vollkommen wiederherzustellen, noch weniger vermochte sie es ihre Bestrebungen der öffentlichen Meinung annehmbar zu machen, und ihnen im Volk eine moralische Anerkennung zu verschaffen. Mit geschickter Benutzung günstiger Umstände, die aber in der Zeit, wie sie einmal geworden, den Charakter des Vorübergehenden an sich tragen mußten, konnte die Reaktion den Fortschritt hemmen, und einzelne Institutionen aus der Epoche des Absolutismus und Feudalismus wieder herstellen, dieselben aber frische Wurzeln schlagen zu lassen, ihnen einen organischen Zusammenhang mit dem Ganzen und eine dauernde Bedeutung zu verschaffen, und sie an

die Stelle der konstitutionellen Einrichtungen zu setzen, lag außer dem Bereich des Möglichen. Die Bewegungen des Jahrs 1848 waren auch für Preußen, wie für ganz Deutschland, ungeachtet alles Widerstandes der Reaktion, nicht ohne heilbringende Ergebnisse geblieben. Es war damals Vieles falsch angegriffen, Vieles verfehlt, aber dennoch einige wichtige Schritte vorwärts gethan worden, die sonst noch lange unterblieben sein würden. Es ward vom preußischen Volk das Geschwornengericht, die Gleichheit vor der Justiz, ein viel besseres Strafgesetzbuch als vorher bestanden, vor Allem aber eine Repräsentativverfassung erworben, die, wie unvollkommen sie auch in ihren einzelnen Theilen sein mag, eine Nation an den Gebrauch ihrer Rechte gewöhnt, und sie aus einem passiven Zuschauer, zu einem aktiven Mitarbeiter bei ihren Angelegenheiten macht.

Im übrigen Deutschland, in Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, Oldenburg, Nassau u. s. w., machte sich die Reaktion insofern geltend, als entweder die vormärzlichen Ministerien wieder hergestellt oder solche, die in deren Geiste wirkten, eingesetzt, die zur Zeit der Nationalversammlung dem Volk verliehenen Rechte zurückgenommen, die Presse beschränkt, die politischen Vereine unterdrückt, mit einem Wort: die liberalen Ideen und Institutionen in ihrer fortschreitenden Entwickelung gehemmt wurden. Aber nirgends, außer in Kurhessen, wurden die bestehenden Einrichtungen als ein Ganzes, einseitig aufgehoben, und andere willkührlich an deren Stelle gesetzt. Der Bundestag, der weder etwas verlernt noch vergessen hatte, und wieder vollkommen in die vor 1848 gelegten Gleise getreten war, erklärte am 27. März 1852 die kurhessische Verfassung von 1831 für unvereinbar mit den Bundesgesetzen, und beauftragte den Kurfürsten seinen Ständen eine neue Verfassung zur Annahme vorlegen zu lassen. Die kurfürstliche Regierung entsprach dieser Aufforderung nur zu gern, zu der sie selbst den ersten Anstoß gegeben hatte. Es wurde vom Kurfürsten eine Verfassung bekannt gemacht, welche die Volksrechte aufs äußerste schmälerte und ihnen kaum einen Schatten von Wahrheit übrig ließ. Hassenpflug berief zur Berathung dieser Verfassung nur eine Ritterkurie und keine zweite Kammer, aber auch diese Adelsversammlung verwarf die von ihm vorgelegte Verfassung, weil in ihr die althergebrachten Rechte des Landes zu sehr verletzt waren. Er versuchte noch einmal eine Vereinbarung, aber eben so vergeblich. Diese zu Recht gar nicht bestehende und von der großen Mehrheit der Bevölkerung mit äußerstem Widerwillen betrachtete Verfassung war unterdessen dem Lande mit Gewalt aufgelegt worden. Auch nach Hassen=

pflug's Entlassung (1855), in dessen Stelle gleichgesinnte Nachfolger traten, ward hierin nichts geändert. Als beide Kammern die Verfassung von 1831 zurückverlangten, wurden sie abschlägig beschieden, und als die Verfassungsangelegenheit beim Bundestag zur Berathung kam, erklärte sich nur Preußen entschieden für die Rechte des kurhessischen Volks und die Verfassung von 1831, während Oesterreich und die Mehrheit des Bundestags auf Seite des Kurfürsten trat. Der Rechtsbruch in Kurhessen war noch schlimmer als was ungefähr zwanzig Jahre vorher in Hannover geschehen, denn der König Ernst August hatte die Verfassung, die er damals willkührlich beseitigte, nicht selbst unterzeichnet, der Kurfürst Friedrich Wilhelm aber sich an ihr betheiligt und sie lange Zeit über beobachtet. Die Kluft zwischen dem Kurfürsten und dem Lande ward immer größer. Nach jeder Wahl protestirten die Kammern gegen die Gültigkeit der Verfassung von 1852, die gleichwohl weder zurückgenommen noch modificirt wurde. Selbst der bessere Theil der Reaktion nahm an diesem Verfahren des Kurfürsten Anstoß, da dadurch die Monarchie und die gesetzliche Ordnung in den Augen der Völker offenbar herabgesetzt werden mußten. Dieser unwürdige Zustand hätte noch lange fortdauern können, wenn nicht Preußen sich endlich (1862) zu einer kräftigen Dazwischenkunft und drohenden Erklärung gegen den Kurfürsten zu Gunsten des hessischen Volks erhoben hätte, der als er Ernst sah, den verletzten Rechtszustand wieder herzustellen versprach.

Unter allen deutschen Staaten war Mecklenburg in socialer und politischer Beziehung am meisten zurückgeblieben. Man kann wohl ohne Uebertreibung behaupten, daß es das einzige civilisirte Land in Europa war, wo eine vollkommen der Vergangenheit angehörige Verfassung bestand, in welcher der Fürst nur dazu da zu sein schien, um die Vorrechte des Adels zu schützen, und das Volk, um denselben zum Fußschemel zu dienen. Auch in diese veralteten Zustände, die sich bisher allen Einflüssen und Wandlungen der Zeit entzogen hatten, griff das Jahr 1848 erschütternd ein. Bei der Kunde von dem, was im südwestlichen Deutschland, in Wien und Berlin vorgegangen, entstanden Unruhen in Stadt und Land. Es wurde ein außerordentlicher Landtag einberufen, auf den eine verfassungsgebende Abgeordnetenkammer folgte (31. Oktober 1848), die von dem Großherzog Friedrich Franz in Person eröffnet wurde, der in seiner, im Dom zu Schwerin gehaltenen Thronrede, für Mecklenburg die Nothwendigkeit anerkannte, durch eine volksthümliche Verfassung in die Reihe der konstitutionellen Staaten eingeführt zu werden. Der lange Druck hatte die liberale Partei in diesem Lande er-

bittert, und der Entwurf zu einem neuen Staatsgrundgesetz, welcher der verfassungsgebenden Abgeordnetenkammer vorgelegt wurde, war so extrem=demokratischer Natur, daß er nahe an die Republik streifte. Derselbe hatte nicht nur die Grundaristokratie, der selbst ihre Titel nicht gelassen werden sollten, sondern auch einen Theil des Beamtenstandes und die Geistlichkeit gegen sich. Aus der mehrmaligen Revision dieses von vielen Seiten angefochtenen Entwurfes ging endlich ein Staatsgrundgesetz hervor, das vom Großherzog angenommen wurde, und die Aufhebung der alten landständischen Verfassung zur Folge hatte (11. Oktober 1849). Bald nachdem dasselbe erschienen, wurde von dem Könige von Preußen und anderen erbberechtigten Agnaten gegen dessen Rechtsbeständigkeit protestirt. Die einheimische Reaktion wandte sich mit ihren Beschwerden über die neue Ordnung der Dinge an den Wiener und Berliner Hof, an die interimistische Centralgewalt nach Frankfurt, wo sie geneigtes Gehör fand, und bat dringend, den Großherzog und das Land aus den Händen der Demokratie zu retten. Indessen waren aus dem früheren Verfassungsentwurf alle übertriebenen Bestimmungen entfernt worden, und das neue Staatsgrundgesetz enthielt nichts, was mit der konstitutionellen Monarchie unverträglich gewesen wäre. Die Reaktion wollte aber um jeden Preis die aufgehobenen Einrichtungen wieder hergestellt wissen, und dies weniger, als irgendwo in Deutschland, aus einer sentimentalen Anhänglichkeit an das Alte, als um der materiellen Vortheile willen, die sie dem herrschenden Stande gewährt hatten. Das aus der volksthümlichen Bewegung hervorgegangene Ministerium Lützow zeigte sich schwach, und die Menge fiel, nachdem die von den Zeitereignissen entzündete Begeisterung mit diesen selbst verraucht war, wieder in die frühere Lethargie und Passivität zurück. Die alten Landstände traten mit einem förmlich organisirten Widerstande hervor, dem Niemand kräftigen Einhalt that. Der unterdessen in ganz Deutschland erfolgte Umschlag leistete der Reaktion mächtigen Vorschub, und der Großherzog ließ sich, da der Konflikt immer lebhafter wurde, zum Eingehen auf eine Kompromißinstanz bewegen, nach welcher Preußen und Hannover über den zwischen dem Alten und Neuen in Mecklenburg entstandenen Kampf entscheiden sollten, ein Ausweg, auf den man nur in einem Staate fallen konnte, dem der Begriff einer nationalen Autonomie ganz fremd war. Die im Sinne des neuen Staatsgrundgesetzes gewählte Abgeordnetenkammer wurde vertagt, das Ministerium Lützow reichte seine Entlassung ein, und der bisherige Unterstaatssekretair im Ministerium des Auswärtigen in Berlin, Graf Bülow, ein entschiede=

ner Anhänger des Alten, wurde an die Spitze des mecklenburgischen Staatsministeriums gestellt. Friedrich Wilhelm IV. ernannte den Vicepräsidenten des Obertribunals, Götze; Ernst August den Geheimenrath von Scheele, zu Schiedsrichtern. Beide Ernannte wählten den Präsidenten des sächsischen Oberappellationsgerichts von Langenn zum Obmann. Diese sollten zwischen dem Großherzog, der das Staatsgrundgesetz vertrat, als Beklagtem, und der mecklenburgischen Ritterschaft, als Klägerin, entscheiden. Der Rechtsspruch erfolgte am 11. September 1850 zu Freienwalde in der Mark Brandenburg, und erklärte, daß die Einführung des Staatsgrundgesetzes und die Aufhebung der landständischen Verfassung null und nichtig, und daß der Großherzog gehalten sei, nach Anleitung des mecklenburgischen landesgrundgesetzlichen Erbvergleichs vom Jahr 1755, für den Herbst des Jahrs 1850 einen Landtag auszuschreiben. Von jetzt an hatte die Reaktion gewonnenes Spiel und ließ sich durch nichts mehr aufhalten. Das Staatsgrundgesetz ward abgeschafft, die vorher nur vertagte Abgeordnetenkammer förmlich aufgehoben, und der Landtag in der früheren Form einberufen. Nach und nach kehrten die alten Zustände vollständig zurück, als hätten sie nie eine Unterbrechung erfahren. Die mecklenburgische Reaktion, nicht zufrieden mit ihrem Siege, ließ sich später gehässige und ungerechte Verfolgungen gegen diejenigen zu Schulden kommen, welche sich an den Protesten gegen die Aufhebung des von dem Großherzog selbst anerkannten Staatsgrundgesetzes betheiligt hatten. Ungeachtet der Niederlage, welche die konstitutionellen Ideen in Mecklenburg erlitten, hat das Jahr 1848 auch dort Spuren zurückgelassen, welche von dem nachfolgenden Druck nicht mehr ausgelöscht werden konnten. Die freisinnige Partei ist, wenn sie auch zu schwach war, um unter ungünstigen Zeitverhältnissen ihr Werk aufrecht zu halten, sich ihres Zwecks und Ziels viel lebendiger als früher bewußt geworden, und wird bei dem unausbleiblichen nationalen Aufschwunge Deutschland's nicht verfehlen, ihre Rechte wieder geltend zu machen.

Ein besonders ergiebiges Feld für die Reaktion war Hannover, nur daß sie daselbst mit etwas mehr Behutsamkeit als in Mecklenburg auftreten mußte, da ersteres, vermöge seiner Lage und Geschichte, von den Ueberzeugungen und Ereignissen der Zeit tiefer und allgemeiner als letzteres berührt worden war. Aber an dem guten Willen so viel als möglich sich von der Gegenwart abzuwenden und auf die Vergangenheit zurückzukommen, fehlte es in Hannover so wenig als in Mecklenburg. Nachdem die aristokratische Partei seit dem Regierungsantritt Georg V.

mehrmals, aber ohne Erfolg, dahin gewirkt, ihre durch die Verfassung von 1848 geschmälerten Vorrechte wieder herzustellen, namentlich die erste Kammer in ihrem Sinne umzugestalten und das Wahlrecht zur zweiten Kammer zu beschränken, wandte sie sich mit der Beschwerde wegen Vorenthaltung ihres Zustimmungsrechts bei Verfassungsveränderungen an den Bundestag, der gern auf diese Angelegenheit einging, und die hannoversche Regierung zur Verantwortung gegen die betreffenden Klagepunkte aufforderte. Es war dabei vornehmlich auf die Wiederherstellung der 1848 beseitigten Provinziallandschaften abgesehen, in denen, im Gegensatz zu der allgemeinen Ständeversammlung, die Interessen der adeligen Grundbesitzer vertreten waren. Die hannoversche Regierung neigte sich damals, wie die meisten deutschen Regierungen, auf Seite der bevorrechteten Stände, in denen sie, sehr irrig und kurzsichtig, einen Damm gegen das Umsichgreifen der demokratischen Ideen erkennen wollte, während ein solcher Schutz in wahrhaft monarchischen Staaten nur in der Gesammtheit des Volks gefunden werden kann. Während das hannoversche Land zahlreiche Petitionen an den König um Erhaltung der Verfassung von 1848 richtete, ward eine Proklamation erlassen (19. Mai 1855), in welcher die der Reaktion mißfälligen Gesetze von 1848 bis 1851 von Bundes wegen für aufgehoben erklärt wurden. Dennoch berief das Ministerium die von ihm selbst als ungesetzlich bezeichneten Stände von 1848 zum 15. Juni ein, und legte denselben den Entwurf zur Bildung einer ersten Kammer vor, in welchem die Forderungen der Provinzialritterschaften ihre Erledigung gefunden hatten. Ein aus beiden Kammern gebildeter Ausschuß lehnte in seinem Bericht die Einmischung des Bundestags in die inneren Angelegenheiten des Landes ab, und führte Beschwerde über das Ministerium, besonders wegen der weiteren Kompetenz, die dasselbe dem Bundestag zugestanden, mit dem es von Hause aus gegen die hannoverschen Verfassungszustände einverstanden zu sein schien. Da wurden die Kammern vertagt (13. Juli 1855), und der König ernannte ein specifisch ritterschaftliches Ministerium, in welchem zwei entschiedene Anhänger der Reaktion: der bisherige Bundestagsgesandte, Graf Kielmannsegge, das Portefeuille des königlichen Hauses und der Finanzen, und Graf Platen-Hallermünde, bisher Gesandter in Paris, die Leitung des Auswärtigen, übernahmen. Schon am 31. Juli wurden von den neuen Ministern die Beschlüsse von 1848 außer Wirksamkeit gesetzt. Jetzt wurden alle Forderungen des Bundestags erfüllt, und die früheren Wahlordnungen wieder eingeführt, was zu Reklamationen, denen in Kur-

hessen nicht unähnlich, Veranlassung gab, durch welche die Gemüther des Volks dem monarchischen Princip entfremdet, und die Ideen von 1848, die man zerstören wollte, neu belebt wurden.

Schlimmer als alles, was sonst in Deutschland geschah, waren die Zustände in Schleswig-Holstein, da es sich daselbst nicht um einen Streit innerhalb desselben Landes und Volkes, der für einen Familienzwist gelten konnte, sondern um die Unterdrückung eines deutschen Stammes durch eine fremde Nation, also um die Gefährdung der Ehre von ganz Deutschland handelte. Der Entwurf zu einer Verfassung für die Herzogthümer, den die dänische Regierung einer nach Flensburg berufenen Versammlung von Notabeln vorgelegt hatte (Juli 1851), verletzte die ältesten und theuersten Rechte dieser Länder, und selbst Oesterreich, das sich sonst immer so kalt gegen die Herzogthümer gezeigt hatte, sah sich bewogen, das dänische Kabinet von den Inkorporationstendenzen in Bezug auf Schleswig abzumahnen, Provinzialstände für beide Herzogthümer zu verlangen, und an die geschichtlichen Rechtsverhältnisse zu erinnern, durch welche Schleswig und Holstein miteinander verbunden waren. Am 27. Januar (1852) erließ das dänische Kabinet ein Manifest, in welchem die Norm für die künftige Regierung der dänischen Gesammtmonarchie angegeben war. Schleswig auf der einen und Holstein und Lauenburg auf der anderen Seite, sollten jedes unter einem besonderen, nur dem König verantwortlichen Minister stehen, und die Stände in den Herzogthümern, aber getrennt, fortdauern. In Schleswig wurde die deutsche und dänische Sprache für gleichberechtigt erklärt und eine Amnestie versprochen. Im Februar wurde Holstein von den österreichischen Truppen geräumt. Der Schwäche gegenüber, welche Deutschland fortwährend gegen die Dänen bewies, legten sich dieselben jetzt weniger Zwang als je an. Von der Amnestie wurden, außer den Prinzen des Hauses Augustenburg, außer Reventlow, Beseler und siebenzehn anderen Personen, auch alle diejenigen ausgenommen, welche am 24. März 1848 in der Armee Officierstellen bekleidet und an dem Kriege Theil genommen hatten. Alles Kriegsmaterial wurde von Rendsburg nach Kopenhagen gebracht und die Festung selbst geschleift. Von der Kieler Universität wurden acht Professoren entlassen, und in Schleswig wurde der rücksichtsloseste Kampf gegen deutsche Sprache und Nationalität unternommen. So sollte es Jahre hindurch fortgehen. Seit lange arbeitete die dänische Regierung darauf hin, bei den Großmächten Europa's eine Garantie für das Bestehen des Gesammtstaats zu erlangen. Rußland förderte dieses Streben eifrig im eigenen Interesse, und England

und Frankreich traten dabei aus Mangel an Verständniß für die deutsch-dänischen Beziehungen, und Gleichgültigkeit gegen das Loos der Herzogthümer auf Dänemark's Seite. Am 8. Mai 1852 unterzeichneten die Bevollmächtigten der Großmächte in London einen Vertrag, wonach die Erhaltung des dänischen Gesammtstaats als permanenter Grundsatz aufgestellt, und zu dem Ende die Erbfolge für sämmtliche Theile der Monarchie auf den Prinzen Christian von Glücksburg übertragen wurde, den der König Friedrich VII. sofort adoptirte. Dieser Vertrag war ein Gewaltstreich, der vielfach persönliche und sachliche Rechte, besonders aber die unläugbaren Ansprüche des Herzogs von Augustenburg verletzte, dem das nähere Erbrecht in den Herzogthümern zustand. Bei dem allen wurde die Versicherung gegeben, daß die Rechtsverhältnisse Dänemark's und des deutschen Bundes nicht verändert werden sollten. Aber was hatte eine solche Erklärung gegenüber den Thatsachen und den Konsequenzen dieses Vertrags zu bedeuten! Nachdem die Verfassung für den Gesammtstaat eingeführt worden, kehrten sich die dänischen Minister nicht mehr an die Bestimmung, daß die deutschen Herzogthümer zwar zur dänischen Monarchie gehören, aber ihre besonderen Rechte und Verfassungen behalten sollten. Man ging so weit, die Domainen der Herzogthümer zur Tilgung der dänischen Staatsschulden zu veräußern. Oesterreich und Preußen nahmen sich jetzt, aber jedes für sich, ohne Zuziehung des deutschen Bundes, der Herzogthümer an, verlangten Einstellung des Domainenverkaufs, und daß die Verfassung des Gesammtstaats den Ständen Holstein's, Schleswig's und Lauenburg's, so weit sie in deren besonderen Verhältnisse eingriff, zur Begutachtung vorgelegt werde. Die dänische Regierung erwiederte: Oesterreich und Preußen hätten den Gesammtstaat anerkannt und gegen die Verfassung keinen Protest erhoben, die durch den Widerspruch der Provinzialstände nicht mehr ungültig gemacht werden könnte. Oesterreich und Preußen brachten die Angelegenheit vor den Bundestag, der mit Dänemark in Unterhandlungen trat, das endlich zugab (15. Juli 1858) die Gesammtverfassung sollte einstweilen für Holstein unverbindlich sein, bis die der Vereinbarung entgegenstehenden Schwierigkeiten kommissarisch ausgeglichen sein würden. Ueber die Gränzen dieser Unverbindlichkeit wurde wiederum lange hin und hergestritten. Der Bundestag erklärte, Dänemark dürfe ohne Zustimmung der holsteinischen und lauenburgischen Stände keine Gesetze für diese Länder erlassen. Aber das Kopenhagener Kabinet trieb, im Vertrauen auf den Beistand Rußland's, Frankreich's und England's mit seinen eigenen Versprechungen und den Vorstellungen des deutschen

Bundes ein trügerisches Spiel. Die Dänen gaben zuweilen in der Form nach, erhoben dann wieder Einwendungen und fuhren in der willkührlichen Behandlung der Herzogthümer fort. Die beiden deutschen Großmächte hatten zu viel bei sich selbst zu thun und nahmen zu viele Rücksicht auf die allgemeine Lage Europa's, um mit dem Schwert für die Rechte der Herzogthümer einzutreten, wozu die Dänen unaufhörlich Veranlassung gaben. Daß ein so kleiner Staat, wie Dänemark, die mächtige deutsche Nationalität so lange ungestraft reizen und herausfordern darf, kann nur aus den zerrissenen Zuständen Deutschland's erklärt werden, dessen einzelne Glieder sich gegenseitig hemmen und lähmen, und wird einst, wenn das deutsche Volk zum freien Gebrauch seiner Kraft gelangt sein wird, noch mehr Erstaunen als Zorn erregen.

Die zwischen Oesterreich und Preußen von jeher bestandene Kluft war, seitdem letzteres gezwungen worden seine Plane auf eine Reform des deutschen Bundes aufzugeben, noch tiefer als früher geworden. Ueberall arbeiteten sich die beiden deutschen Großmächte geheim oder öffentlich entgegen. Jede in Bezug auf die Bundesorganisation auftauchende Frage enthielt Keime des Zwistes. Ueber die Einrichtung des Bundesheers, über die Wahl eines Oberbefehlshabers für dasselbe herrschte unauflösbarer Streit. Bayern und Sachsen strebten danach die Mittel- und Kleinstaaten zu einem kompacten Ganzen neben Oesterreich und Preußen zu vereinigen, es gelang dies aber nur bei vorübergehenden Tagesfragen, sonst herrschte auch in diesen Kreisen gegenseitige Eifersucht und Mißgunst. Die fühlbare Entmuthigung der liberalen Partei in Deutschland nach den getäuschten Hoffnungen und verfehlten Bestrebungen der Jahre 1848 und 1849, die wiederhergestellte regelmäßige Verwaltung in den einzelnen Staaten, der Mangel an Gelegenheit zu einem großen Kampfe gegen einen auswärtigen Feind, verhüllten die tiefen Schäden in der Organisation des Ganzen, die aber dennoch vorhanden waren, und die Völker wie die Regierungen zu keinem vollen Gefühl der Ruhe und Sicherheit kommen ließen. Man verhehlte sich nicht die Gefahren dieses Zustandes, wußte aber eben so wenig wie vor 1848 wie ihnen abzuhelfen, und fürchtete, daß jede durchgreifende Veränderung noch größere Uebel als die bestehenden herbeiführen könnte.

Nachdem in Oesterreich die freie staatliche Bewegung durch die Aufhebung der Verfassung abgeschnitten worden, glaubte die Reaktion die im Volk dadurch entstandene Leere durch Begünstigung der kirchlichen

Interessen ausfüllen und an diesen selbst sich eine Stütze bereiten zu können. Sobald die Geistlichkeit diese Hinneigung der weltlichen Macht gewahr wurde, begünstigte sie dieselbe aus allen Kräften, und versprach Wunderdinge für die sittliche Erweckung und Belebung der Massen, wenn man ihr nur freie Hand ließe. Der päbstliche Hof benutzte diese Stimmung zum Abschluß eines Konkordats mit Oesterreich (25. September 1853), in welchem die schon früher der Kirche bewilligten Rechte noch weiter ausgedehnt und den Bischöfen ein Eingreifen in die weltlichen Verhältnisse eingeräumt wurde, das die Gesetzgebung seit langer Zeit nicht mehr gekannt hatte. Die Bischöfe erhielten, außer einer verstärkten geistlichen Autorität in ihren Diöcesen, noch die Befugniß, Bücher und Tagesblätter, die nach ihrer Meinung schädliche Grundsätze und Lehren enthielten, zu verbieten, und die Verfasser mit einem öffentlichen Tadel zu belegen. Dieser Anfang zur Wiederherstellung einer zwar unblutigen, aber doch immer drückenden und unter Umständen gefährlichen Inquisition, gab zu vielen Mißbräuchen auf der einen und zu häufigen Beschwerden auf der anderen Seite Veranlassung. Der katholische Klerus zeigte sich sehr bald feindselig gegen Andersgläubige, und rief Kollisionen hervor, die eine weit um sich greifende Verstimmung verursachten. Württemberg und Baden ahmten das Beispiel Oesterreich's nach und schlossen mit der Kurie ebenfalls ein Konkordat ab, das aber in letzterem Lande, wo die Regierung lange in ärgerlichen Streitigkeiten mit dem Erzbischof von Freiburg gelegen, und das Recht in der Regel auf Seite dieses letzteren gewesen, von den Ständen verworfen wurde (1859). In der protestantischen Kirche suchte man auf eine von oben her begünstigte Strenggläubigkeit und ihr entsprechende Einrichtungen zurückzugehen, stiftete Vereine in diesem Sinn, hielt Versammlungen, wirkte auf die Presse, und bemühte sich das häufig locker gewordene Band zwischen der Geistlichkeit und dem Volk wieder fester zu knüpfen. Aber diese Bemühungen wurden, so gut auch die Absichten dabei gewesen, in beiden Lagern, dem katholischen, wie dem protestantischen, im Vergleich zu den in Bewegung gesetzten Mitteln, im Ganzen von geringem Erfolg gekrönt. Es fehlte ihnen einmal an einer populairen Grundlage, durch die im Mittelalter in dieser Beziehung so große Wirkungen hervorgebracht worden, und dann erschienen dieselben fast immer mit der Reaktion im Bunde, wodurch sie sich den Verdacht zuzogen, unter kirchlicher Hülle einseitige weltliche Zwecke zu verfolgen. Sie haben das Unglück gehabt als Parteisache angesehen zu werden, und sind großentheils an den von diesem Standpunkt unzertrennlichen Uebelständen gescheitert. Eine religiöse

Richtung, die dem Zeitgeist, anstatt ihn zu reinigen und zu veredeln, vor den Kopf stößt, eine demselben entgegengesetzte Weltansicht aufstellen will, und, anstatt die Gegenwart zu verklären, die Ideale des Lebens aus der Vergangenheit zurückholen will, müht sich in einem so ungleichen Kampfe vergeblich ab, und erreicht selbst das nicht, was ihr bei einer richtigeren Auffassung ihrer Aufgabe zu erlangen möglich wäre.

Ueber Preußen lag eine schwüle und trübe Atmosphäre, und es gab sich im Volk eine gedrückte Stimmung kund. Der König, der sich durch die Ereignisse von 1848 in seinen Ueberzeugungen verletzt, in seinen Erwartungen getäuscht sah, und später nichts von dem was er für Deutschland's Einigung und Kräftigung unternommen, durchzuführen vermochte, griff von da an wenig in die Regierung ein. Er überließ dieselbe einem Ministerium, von dem ein Theil der Reaktion aus Ueberzeugung, ein anderer aus Nachgiebigkeit diente, das aber zuletzt im Innern allgemeine Unzufriedenheit erregte, und Preußen dem Ausland gegenüber in eine schiefe von dem nöthigen Ansehen und Einfluß entblößte Stellung brachte.

Unter Friedrich Wilhelm IV. erwarb der preußische Staat die hohenzollerschen, im ehemaligen schwäbischen Kreise gelegenen Lande, wo die Wiege des preußischen Herrscherhauses stand, indem die beiden Fürsten, die daselbst regierten, zu Gunsten des Hauptes ihres Stammes abdankten. Während die preußische Krone auf diese Art in Süddeutschland Fuß faßte, sah sie sich von den Umständen genöthigt, dem Fürstenthum Neuenburg zu entsagen, dessen Besitz ihr keinen Vortheil gebracht hatte, aber als eine Erinnerung an frühere Zeiten werth gewesen war. Obgleich Neuenburg sich mit Gewalt von Preußen losgerissen und sich ganz mit der Schweiz vereinigt hatte, so hatte das preußische Königshaus in den höheren Klassen der Bevölkerung Anhänger behalten, die sich nach der Erneuerung des alten Verhältnisses zurücksehnten. In der Nacht vom 2. zum 3. September 1856 brach plötzlich ein Aufstand in der Stadt Neuenburg zu Gunsten Preußen's aus, das Schloß ward von einer Schaar Royalisten überfallen, und die Mitglieder der in den Augen der preußischen Partei revolutionairen, aber mit der Schweiz in der engsten Verbindung stehenden Regierung wurden verhaftet. Die Royalisten wurden jedoch schon am zweiten Tage von bewaffnetem Zuzug aus den radikalen Theilen des Kantons und eidgenössischen Truppen überwältigt. Die schweizerischen Behörden wollten sie als Empörer behandeln und ließen ein gerichtliches Verfahren gegen sie einleiten. Preußen verlangte die augenblickliche Freilassung der Gefangenen, unter

denen sich zwei durch ihre Anhänglichkeit an die preußische Regierung bekannte Männer, der Graf Friedrich von Pourtalès und der Oberst-lieutenant von Meuron befanden, und drohte im Weigerungsfall mit Krieg. Oesterreich, Rußland und Frankreich erkannten, wie es auch nicht anders möglich war, das Recht des Königs von Preußen an und riethen der Schweiz zur Nachgiebigkeit. Von beiden Seiten rüstete man. In Berlin waren schon die Operationskorps und deren Anführer ernannt, und die Schweiz hatte den General Dufour an die Spitze ihrer bewaffneten Macht gestellt. Da kam durch Vermittelung Frankreich's, besonders da auch Oesterreich und die süddeutschen Staaten den Angriff preußischer Truppen auf die Schweiz äußerst ungern sahen, ein Vergleich zu Stande. Die gefangenen Royalisten wurden von den Schweizern ohne Bedingung entlassen, worauf der König von Preußen seinen Rechten auf Neuenburg entsagte, nur den Fürstentitel von diesem Lande als Erinnerung unter seinen übrigen Titeln beibehielt, und freiwillig auf die ihm angebotene Geldentschädigung Verzicht leistete (26. Mai 1857).

Friedrich Wilhelm IV. hatte bis zum Jahr 1848 bei jeder Gelegenheit eine ungewöhnliche geistige Regsamkeit bewiesen, die auch von einer fast ununterbrochenen körperlichen Rüstigkeit begleitet gewesen war. Der große Widerspruch, der 1848 zwischen seinen Ueberzeugungen und den Zeitereignissen hervortrat, hatte ihn, ungeachtet aller vorangegangenen Anzeichen, im höchsten Grade überrascht und wenigstens im ersten Augenblick überwältigt, aber ohne auf seine innerste Gesinnung einen Einfluß ausüben zu können. Er mußte zwar den Thatsachen nachgeben, aber seine Ideen blieben von ihnen unberührt. Die ganze Zeit erschien ihm, gerade in ihren mächtigsten und lebensvollsten Richtungen, als ein Abfall von der Wahrheit und dem Recht, den anzuerkennen ihm unmöglich war, den er aber auch nicht zu überwinden vermochte. Er sah zwar, daß die Revolution an ihren Uebertreibungen und Ausschweifungen gescheitert war, begriff aber auch, daß, da ihr Princip nicht besiegt, sondern nur in seiner äußeren Verbreitung aufgehalten worden, ihre Erneuerung immer möglich und selbst wahrscheinlich blieb. Der Widerspruch zwischen dem Geist der Zeit und den Grundsätzen dieses Fürsten schwächte seine Heiterkeit und Lebenslust, aber die körperliche Kraft blieb noch eine Zeit lang ungebrochen. Erst nach dem Krimkrieg, wo die Familienbande, die ihn seit so lange an Rußland knüpften, zu den Forderungen der Politik in einen schneidenden Gegensatz traten, brachen die Keime eines inneren Leidens in einer Gehirnkrankheit hervor, die so schnelle Fortschritte machte, und ihn an Geist und Leib bald so schwächte,

daß er am 24. Okt. 1857 seinen Bruder, den Prinzen von Preußen, zu seinem Stellvertreter in der Regierung auf drei Monate ernennen mußte, eine Maßregel, die dann dreimal erneuert wurde. Da aber der Gesundheitszustand des Königs sich nicht verbesserte, so übernahm der Prinz von Preußen am 8. Oktober 1858 die volle Regierungsgewalt mit dem Titel eines Regenten, eine nothwendig gewordene Veränderung in der obersten Leitung des Staats, zu der die beiden Häuser des Landtags am 20. Oktober ihre Zustimmung ertheilten. Mit der Uebernahme der Regentschaft von Seiten des Thronfolgers trat bald eine fühlbare Veränderung in der öffentlichen Meinung und Stimmung ein. Der König hatte schon vor seiner Krankheit in einem engen Kreise von Vertrauten und Günstlingen gelebt, die auf die Führung der Regierung, an der er selbst keinen thätigen Antheil mehr nahm, von einem lähmenden Einfluß gewesen waren und jedem Fortschritt absichtlich entgegengearbeitet hatten. Man wußte, daß der Regent, körperlich und geistig vollkommen kräftig und frisch, von Niemand, am wenigsten aber von den bisherigen Umgebungen des Königs abhing. Man hoffte viel von dem Prinzen, der, als die Mängel des bisherigen Systems sichtbar geworden, sich von demselben getrennt zu haben schien, und von den Mißdeutungen der Reaktion nicht unverschont geblieben war. Derselbe vermied jedoch einen allzuraschen Wechsel, der einem Bruch ähnlich gesehen hätte, veränderte die bisherigen Räthe der Krone nur nach und nach, und bildete ein Ministerium, dessen Mitglieder eben so sehr durch politische Mäßigung als Freisinnigkeit bekannt, und unter der früheren Regierung zurückgesetzt worden waren. An die Spitze dieses Ministeriums trat der katholische Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen, der sein Land an Preußen abgetreten hatte, durch seinen Charakter allgemeines Vertrauen erregte, und durch seine Religion den preußischen Katholiken eine besondere Garantie für die staatliche Parität der beiden Konfessionen zu bieten schien. Die übrigen Minister, die sich sämmtlich schon in früheren Zeiten bewährt hatten, waren: Rudolph von Auerswald, von Schleinitz, General von Bonin, von Patow, von Bethmann-Hollweg, Flottwell, in dessen Stelle später Graf Schwerin trat. Von den Mitgliedern des entlassenen Ministeriums traten in das neue nur der Justizminister Simons und der Handelsminister von der Heydt über. Mit der Regentschaft hat in Preußen eine neue Epoche sowohl in der Politik der Regierung als der Stimmung des Volks begonnen, deren Wirkungen sich aber noch nicht übersehen lassen, und über die deshalb kein begründetes Urtheil möglich ist.

9. Der italienische Krieg.

Die Wiedereroberung Lombardo-Venetien's durch die österreichischen Waffen, die Rückkehr der Herzoge von Modena und Parma in ihre Staaten, die Aufhebung der Konstitution in Toskana, die Wiederherstellung des päpstlichen Regiments im Kirchenstaat, die zügellose Reaktion in Neapel und Sicilien trafen die italienischen Patrioten um so schwerer, je größere Hoffnungen sie 1848 und 1849 gehegt hatten, und je näher sie der Erfüllung derselben gewesen waren. In der Lombardei kehrte nicht nur der zermalmende Druck der österreichischen Militairherrschaft, der erniedrigende Mißbrauch der polizeilichen Gewalt mit ihren demoralisirenden Wirkungen zurück, sondern es wurden auch dem materiellen Wohlstande der Bevölkerung durch Auflegung ungeheurer Kontributionen, durch Beschlagnahme der Güter der zahlreichen Ausgewanderten, durch die Verpflichtung, eine große Heeresmacht mit den Kräften des ohnedies erschöpften Landes zu unterhalten, schwer zu heilende Wunden geschlagen. Das italienische Nationalgefühl war zur Zeit des letzten Krieges noch nicht tief in die unteren Schichten der Gesellschaft, besonders nicht in die Masse des Landvolks eingedrungen, das, wenn auch der österreichischen Herrschaft keinesweges geneigt, sich aus eigenem Antrieb gegen dieselbe nicht erhoben haben würde. Man suchte deshalb den reichen und vaterländisch gesinnten Adel und die wohlhabenden Klassen der städtischen Eigenthümer durch die ihnen auferlegten außerordentlichen Leistungen, durch Konfiskationen und Sequestrationen zu Grunde zu richten, und war bemüht, die Pächter und Tagelöhner durch die Aussicht auf eine Verbesserung ihrer Lage auf Kosten der Grundherren und überhaupt der besitzenden Klassen, zu diesen in ein feindliches Verhältniß zu versetzen. Aber diese Bemühungen blieben vergeblich. England und Frankreich unterstützten die sardinische Regierung bei deren Einsprache gegen die über die Ausgewanderten verhängte Beschlagnahme ihrer Güter, wenn dieselben, was häufig der Fall war, zugleich in Piemont ansässig waren, sich dort neutralisiren ließen und dadurch Anspruch auf sardinischen Schutz bekamen. Viele begüterte Flüchtlinge kehrten nach einiger Zeit in die Heimath zurück, und hoben dadurch den Grund zu den gegen sie ausgesprochenen Vermögensstrafen auf. Die höheren Klassen in der Lombardei blieben, ungeachtet der gegen sie getroffenen Maßregeln, reich. Das Landvolk traute den Verheißungen der fremden Eroberer nicht, welche sich das Ansehen gaben,

seinen Zustand mit der den vermögenden Ständen abgenommenen Beute verbessern zu wollen, und fühlte seine Armuth weniger, als die Härte und Willkühr, mit der es bei so vielen Gelegenheiten von den österreichischen Militair- und Polizeibehörden behandelt wurde. Der Einfluß der niederen Geistlichkeit, die in ihrer großen Mehrheit allmählig von der Idee eines unabhängigen Italien's eben so wie Adel und Mittelstand erfüllt wurde, zog zuletzt auch das Landvolk auf Seite der nationalen Partei. Die Abneigung zwischen den Italienern und den österreichischen Militairs und Beamten, die unaufhörlichen Reibungen, die Bezeugungen gegenseitiger Verachtung nahmen einen immer leidenschaftlichern Ausdruck an, der die Einheimischen oft alle Klugheit und Rücksicht, die fremden Gebieter jede Schonung und Menschlichkeit vergessen ließ. Es war ein Verhältniß eingetreten wie zwischen zwei von der Natur mit einem feindseligen Instinkt gegen einander beseelten Racen, die, wenn sie sich berühren, einander nur schaden können.

Der Herzog von Modena war nach den Siegen der Oesterreicher in seine Staaten zurückgekehrt, und begann seine frühere Regierungsweise von Neuem, indem er den Jesuiten den höheren Unterricht zurückgab, eine die Kräfte des Landes weit übersteigende Militairmacht hielt, und die Gefängnisse mit den Anhängern der Nationalpartei anfüllte. Der wiedereingesetzte Herzog von Parma, Ludwig II., früher Herzog von Lukka, ein spanischer Bourbone, dankte bald ab, und an seine Stelle trat sein Sohn, Karl III., der ein wüstes Leben führte, und sich durch die Grausamkeit auszeichnete, mit der er alle die behandelte, welche sich während der Revolution für Sardinien erklärt hatten und im Lande geblieben waren. Das Prügeln von Männern, die patriotische Lieder gesungen, ein Lebehoch auf Italien und Viktor Emanuel ausgebracht, oder sonst dem herrschenden Zustand sich abgeneigt gezeigt hatten, war in Parma an der Tagesordnung, und in der ersten Hitze der Reaktion sind daselbst auch viele anständige und unbescholtene Frauen, wenn etwas in ihrer Kleidung an die italienischen Nationalfarben erinnerte, auf das schimpflichste behandelt worden. Bei Begehung solcher Abscheulichkeiten that sich besonders ein Günstling des Herzogs, der einige Jahre später vom Volk ermordete Gensd'armerie-Oberst, Graf Anviti, hervor. Karl III., der sich jede Laune nachsah und sich auch gegen seine Gemahlin, eine Schwester des französischen Kronprätendenten, Grafen von Chambord, übel benahm, überließ die Regierung einem Engländer, Namens Ward, der anfangs Stalldiener bei ihm gewesen, und den er zum Minister und Baron ernannt hatte. — In Toskana trat die Reak-

tion im Ganzen am mildesten auf, obgleich die Todesstrafe für politische Verbrechen eingeführt, die Censur verschärft, und das dort von jeher bestandene Späherwesen außerordentlich erweitert, und ihm ein für die öffentliche Moral äußerst verderblicher Einfluß gestattet wurde. Gleichwohl blieb der Großherzog Leopold beim Volk noch lange in Gunst, und man würde ihm, wenn er sich von der österreichischen Bevormundung hätte frei machen wollen, die er förmlich zur Schau trug, selbst die Aufhebung der Verfassung verziehen haben. — Die Wiederherstellung der päbstlichen Regierung nach der Einnahme Rom's durch die Franzosen hatte, außer den von derselben von jeher unzertrennlichen Mängeln, noch neue Uebelstände in ihrem Gefolge, die, wenigstens in diesem Grade, vorher unbekannt gewesen. Die Reaktion wollte überall in Italien, und in Rom noch mehr als anderswo, sich nicht blos für die Zukunft sicher stellen, sondern vor allem für die Vergangenheit Rache nehmen. Die Oesterreicher in Oberitalien traten hart, aber offen auf, verbargen ihren Haß gegen die Italiener nicht, und gaben unverholen zu erkennen, daß sie nur durch Gewalt zu regieren dachten. Dagegen nahm die Reaktion im Kirchenstaat im Anfange den Anschein der Milde schon um des Auslandes willen an, und versprach eine weit umfassende Amnestie, kehrte sich aber, als sie sich einigermaßen befestigt sah, an diese Zusagen nicht, und legte ihren Leidenschaften keinen Zügel an. Innerhalb eines einzigen Jahres wurden 1644 Personen hingerichtet, darunter in einem Monat (Oktober 1851) 24 in Sinigaglia, der Vaterstadt Pius' IX., das verhältnißmäßig während der Revolution am ruhigsten geblieben war. Der Amnestie unwürdig wurden erklärt: sämmtliche Mitglieder der konstituirenden Versammlung von 1849, alle Beamte, welche der Republik gedient hatten, bis auf die Schreiber hinunter, die Officiere und selbst die Unterofficiere, zuletzt alle, welche sich an der Vertheidigung Rom's betheiligt hatten, so weit man sie auffinden konnte. 1854 gab es im Kirchenstaat 13,006 politische Gefangene; 1855 wurden 19,000 politische Flüchtlinge gezählt. Das Versprechen der Einführung administrativer Reformen, welches Pius IX. von Gaeta aus gethan, wurde nicht ausdrücklich zurückgenommen, blieb aber unerfüllt. Wenn die fremden Mächte und deren Vertreter in Rom zu Verbesserungen riethen, was seit 1832 oft, aber immer vergeblich geschehen, so wies man sie auf die Erklärungen Pius' IX. hin, und meinte, daß wenn nicht alle Reformpläne sogleich ausgeführt werden, die unruhigen Zeitumstände daran Schuld seien, und gab Versprechungen für die Zukunft. Weder die Mahnungen der Mächte noch die Verheißungen des päbst-

lichen Hofes waren ernstlich gemeint. Das Kapitel über die Reformen im Kirchenstaat war ein diplomatischer Ball, den sich Oesterreich und Frankreich gegenseitig zuwarfen. Sie fanden die römischen Zustände gut oder schlecht, je nachdem diese oder jene Auffassung derselben ihrer Politik für den Augenblick zusagte. Auf diesem Wege konnte ein Ziel nicht erreicht werden. Pius IX., der das Dasein des Pastthums zu gefährden glaubte, wenn er den Forderungen der Zeit nachgebe, war über das Verkennen seiner ursprünglich guten Absichten verstimmt und erbittert, und erinnerte sich der vor 1848 gemachten Verheißungen nicht mehr. Er schien seitdem ein anderer geworden zu sein, beschränkte sich auf seine geistlichen Funktionen, und überließ die Regierung dem Kardinal-Staatssekretair Antonelli, der mühsam die stockende Maschine des geistlichen Regiments im Kirchenstaat im Gange zu erhalten suchte, sich dabei aber mehr auf den Beistand des Auslandes als die eigene Kraft verließ. Rom und Civitavecchia blieben von den Franzosen besetzt, in den Legationen standen Oesterreicher, beide dazu bestimmt den Pabst gegen die Revolution zu schützen, aber auch geneigt ihren Einfluß in jeder Weise auszudehnen.

In Neapel herrschte nach Beseitigung der Kammern und der Unterwerfung Sicilien's der schrankenloseste Militair- und Polizeidespotismus. Ferdinand II., von Natur zur Härte geneigt, glaubte nach den gemachten Erfahrungen sich im Zustande der Nothwehr zu befinden und hielt jedes Mittel zu seiner Erhaltung für gerechtfertigt. Aus Scheu vor der öffentlichen Meinung in Frankreich und England, die ihn als den mächtigsten unter den italienischen Fürsten mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtete, versagte er es sich jetzt für politische Vergehen die Todesstrafe eintreten zu lassen, hielt sich aber für diese erzwungene Mäßigung durch die zahlreichen Einkerkerungen schadlos, wo ehemalige Minister, Generale, Deputirte Tag und Nacht mit den gemeinsten Verbrechern in denselben Bagnos zusammenlagen. Sein schroffer Absolutismus verfeindete ihn sogar mit den Jesuiten, die früher seine vertrautesten Rathgeber gewesen. Ihre unbedingte Hingebung an die römische Kurie schien ihm eine Beeinträchtigung seiner Herrscherrechte zu sein. Er war so verblendet durch seine Ausfuhrverbote während des Krimkriegs die französische und englische Regierung zu verletzen, und seine Theilnahme für Rußland an den Tag zu legen, das ihm so fern lag und so wenig helfen konnte. Er war und blieb gegen die Vorstellungen England's und Frankreich's taub, die endlich ihre Gesandten zurückriefen, und allen diplomatischen Verkehr mit ihm abbrachen. Er verließ sich einzig auf seine

Armee und Polizei, obwohl er deren Unzulänglichkeit gegen einen entschlossenen Angriff von außen her, oder eine große Bewegung im Innern, aus der Geschichte seines Landes und Hauses hätte wissen können. Die Erscheinung eines englischen und französischen Kriegsschiffes an der neapolitanischen und sicilianischen Küste erregte in der Bevölkerung eine fieberhafte Erwartung, ein Zeichen wie schlimm es um Ferdinand II. Thron stand.

Auf welcher lichten und verheißungsvollen Höhe mußte damals Piemont den in den Staub getretenen Bewohnern des übrigen Italien's erscheinen, welche Begeisterung und Hoffnung mußte sich an den Namen Viktor Emanuel knüpfen! Wie schwer auch das kleine Land durch zwei gegen eine europäische Großmacht unternommene und unglücklich ausgefallene Feldzüge getroffen worden, es verzweifelte nicht an sich und der Sache für die es sich erhoben hatte. Piemont übte eine großmüthige Gastfreundschaft gegen die aus ihrer Heimath vertriebenen italienischen Patrioten, während es zugleich die unruhigen Köpfe unter ihnen im Zaum zu halten, und die unverbesserlichen Demagogen von sich auszustoßen verstand. Ungeachtet der Wunden, die der Krieg den Finanzen geschlagen, wurde in Piemont ein ausgebreitetes Eisenbahnnetz hergestellt, und hinter dem Po und Tanaro das Festungswerk Alessandria, Valenza und Casale angelegt, wo bei einem nicht nur möglichen, sondern höchst wahrscheinlichen Kriege gegen Oesterreich das sardinische Heer eine Zeit lang Schutz finden konnte, bis Frankreich Beistand gebracht hätte. Das Vertrauen, welches Viktor Emanuel's männlicher und gerader Charakter, seine im letzten Kriege oft bewiesene Tapferkeit einflößte, ward noch vermehrt, als man vernahm, daß er allen lockenden Anerbietungen Oesterreich's widerstanden hatte, das bei den Friedensunterhandlungen nach der Schlacht bei Novara ihm günstige Bedingungen anbot, wenn er die Verfassung beseitigen und den italienischen Farben und der mit ihnen verbundenen Nationalitätsidee entsagen wollte. Zu seinem Glück besaß Sardinien in dem Grafen Camillo Cavour einen Staatsmann von der seltensten Befähigung, der weitgehende Plane zu fassen und deren Ausführung vorzubereiten wußte, der je nach den Umständen fest und biegsam, kühn und vorsichtig war, und damit eine brennende Liebe für Italien's Unabhängigkeit und Größe verband, die in seinem Geist mit dem Glanze des Hauses Savoyen und der Begründung der konstitutionellen Freiheit zusammenfiel. Ein auf volksthümlicher Grundlage ruhender Staat, wie der sardinische, der langsam und geräuschlos in sich gereift und jetzt mit so reichen moralischen Mitteln

versehen war, zog wie ein Magnet das übrige gedrückte und zerrissene Italien an sich, und mußte bei kluger und ausdauernder Benutzung der Umstände die Zukunft für sich haben, die sich für das was wahr und nothwendig ist zuletzt immer günstig gestaltet.

Die Hauptsache für das italienische Volk blieb allerdings immer, daß das Nationalgefühl, der Drang nach äußerer Unabhängigkeit und innerer Freiheit sich in ihm ausbreitete, stärkte und immer mehr alle Schichten der Bevölkerung durchdrang. Aber so wichtig ein solcher Fortschritt auch war, er hätte, ohne eine für Italien günstige Veränderung in der gegenseitigen Stellung der Großmächte und in der politischen Lage Europa's, zu dem vorgesetzten Ziel nicht hingereicht. Oesterreich, der mächtigste und entschlossenste Gegner der italienischen Unabhängigkeit, lastete nicht nur mit dem Bleigewicht seiner ungeheuren Militairmacht auf dem unglücklichen Lande, sondern war auch die Hoffnung und der Schirm der Reaktion in ganz Italien, die sich im Vertrauen auf diesen Schutz alles erlaubte, indem sie gewiß war jeden Widerstand mit Hülfe ihres natürlichen Bundesgenossen erdrücken zu können. So lebhaft auch das Unabhängigkeitsgefühl sich regen mochte, seine bei der politischen Zersplitterung Italien's von einander getrennten Ausflüsse konnten sich nicht zu einer alles mit sich fortreißenden Strömung vereinigen. Der Mangel an einem gemeinsamen Mittelpunkt, an einer bestimmten Organisation, stellte den zu einer großen nationalen Erhebung nöthigen Vorbereitungen unübersteigliche Hindernisse entgegen. Oesterreich's Macht und Einfluß mußte erst gebrochen werden, bevor ein besserer Zustand herbeigeführt werden konnte. Sardinien mit seinen fünf Millionen Einwohnern war zu diesem Zweck nicht stark genug, der nur mit fremder Hülfe zu erreichen war, die wiederum nur von Frankreich herkommen konnte. Und selbst Frankreich's Macht hätte hierzu nicht hingereicht, wenn ihm nicht die in der europäischen Politik eingetretene Umgestaltung ein Unternehmen der Art möglich gemacht hätte.

Zwischen Rußland und Oesterreich war seit dem Krimkrieg eine große Spannung eingetreten. Nicht nur das russische Kabinet, sondern auch das russische Volk klagte laut über die Undankbarkeit Oesterreich's, das, nachdem es 1849 durch Rußland's Beistand gerettet worden, die Russen im Kriege gegen die Engländer und Franzosen im Stich gelassen habe. In wie weit dieser Vorwurf gegründet war, soll hier nicht untersucht werden, aber er bestand und gab sich bei jeder Gelegenheit mit großer Bitterkeit kund. Rußland hatte seine Vergrößerungsplane auf Kosten der Türkei an der unteren Donau und im Orient, weil dorthin

die instinktartige Richtung seiner Bewegung als Staat und Volk geht, die ihm durch lange Gewohnheit zur anderen Natur geworden ist, auch nach dem Pariser Frieden keineswegs aufgegeben. Es sann auf Mittel, sich der lästigen Bedingungen dieses Vertrages zu entledigen, und in die von ihm verlassene Bahn sobald als möglich wieder einzulenken. Der unternehmende Charakter Napoleon III., das Glück, das ihn begleitete, die im Krimkrieg unzweifelhaft bewiesene Trefflichkeit seines Heeres, mußten den übrigen Mächten seine Freundschaft eben so wünschenswerth wie seine Feindschaft gefährlich erscheinen lassen. Rußland begriff, daß es nur im Bunde mit Frankreich sein durch die letzten Niederlagen etwas erschüttertes Ansehen wiederherstellen und seine Pläne im Orient durchführen könne. Das russische Kabinet war deshalb, da es sich in seinen Verhältnissen zum Ausland nicht von abstrakten Principien, sondern nur von realen Interessen bestimmen läßt, zu einer Annäherung an Napoleon III. geneigt, von dem es bei einem einträchtigen Verhältniß eben so viel zu hoffen, als im entgegengesetzten Falle zu fürchten hatte. Der französische Kaiser, dem seine Stellung in der Welt, die Ruhmliebe des französischen Volks und der Thatendurst seiner Armee eine langdauernde Ruhe unmöglich machte, sann auf neue Unternehmungen, für die ein ergiebiges Feld nur in Italien gefunden werden konnte. Dort war eine Gährung wie sonst nirgends in Europa vorhanden, die er zu seinem Vortheil ausbeuten, und der er eine seiner Politik gemäße Richtung anweisen konnte. Dort hatte sich das Andenken an die Thaten seines großen Oheims fast eben so lebendig wie in Frankreich erhalten, und war der Name Bonaparte populair geblieben, oder konnte es wenigstens wieder leicht werden. Der Gewaltstreich, den er 1849 gegen die römische Republik begangen, wurde ihm nur noch von der exaltirten Demokratie zum Vorwurf gemacht, da der im italienischen Volk erwachte Drang nach politischer Einheit das Dasein einer einzelnen Republik als unvereinbar mit seiner Zukunft erscheinen ließ, und ihre Beseitigung nicht bedauert wurde. Napoleon sah wohl voraus, daß er bei seiner Absicht, sich in die inneren Angelegenheiten Italien's einzumischen, auf einen Kampf mit Oesterreich gefaßt sein müsse, ein Gedanke, der ihn aber eher anzog, als daß er ihn geschreckt hätte. Er war überzeugt, daß bei einem Zusammenstoß die französische Kriegsmacht sich der österreichischen eben so überlegen wie vorher der russischen zeigen würde. Eine europäische Koalition gegen Frankreich zu Gunsten Oesterreich's war unter den vorhandenen Umständen nicht zu besorgen. Der Haß Rußland's gegen Oesterreich war offenkundig, die Eifer-

sucht und Abneigung Preußen's gegen dasselbe, wenn auch verschleiert, nichts desto weniger vorhanden, und die Sympathie England's für die Monarchie der Habsburger, die zur Zeit der ersten französischen Republik und Napoleon I. auf vorübergehenden politischen Interessen beruhte, hatte mit diesen aufgehört. Der talentvollste und populairste der englischen Staatsmänner, Lord Palmerston, galt schon seit lange für einen entschiedenen Gegner der österreichischen Politik, und entsprach diesem Ruf bei jeder Gelegenheit. Es war demnach vorauszusehen, daß Oesterreich bei einem Kampfe gegen Frankreich vereinsamt dastehen, und ihn allein zu tragen haben würde. Ein Bundesgenosse in Italien, durch dessen Vermittlung Napoleon, unter dem Vorwand, ihm gegen Oesterreich Hülfe zu leisten, dieses selbst bekriegen konnte, war von den Umständen und, so zu sagen, von der Natur selbst gegeben worden. Es war dies der nächste Nachbar Frankreich's, Sardinien, das vor Sebastopol an dessen Seite gekämpft, und das alte Band der Racenverwandtschaft, der Sprache und Sitte durch die neue Waffenbrüderschaft noch fester gezogen hatte. Der Krimkrieg hatte den Franzosen Ruhm, aber keinen äußeren Vortheil gebracht, Napoleon dachte an eine Vergrößerung des französischen Gebiets, weil nichts seinen Namen populairer bei den Franzosen machen konnte. Ein Angriff auf das linke Rheinufer hätte Frankreich unmittelbar mit Oesterreich, Preußen, dem deutschen Bunde, vielleicht auch mit England in Kampf verwickelt, und ein Angriff auf Belgien würde wenigstens von England und Preußen nicht geduldet worden sein. Aber ein Einfall in die Lombardei bedrohte die englischen Interessen in keiner Weise, und konnte Preußen und dem deutschen Bunde nicht den Vorwand zu einer Einmischung geben, da diese Provinz außerhalb des deutschen Bundesgebiets lag. Gelang es, die Oesterreicher aus Italien zu vertreiben oder ihre Macht dort zu schwächen, so konnte Sardinien mit der Oesterreich und seinen italienischen Bundesgenossen abgenommenen Beute vergrößert werden, und dieses wiederum einen Theil seines Gebiets als Entschädigung und Dank für die empfangene Hülfe an Frankreich abtreten. Dazu eignete sich besonders das an Frankreich grenzende Savoyen, dessen Bewohner zu der französischen Volksfamilie gehören, und von derselben, ungeachtet der getrennten Regierung, in nichts wesentlich verschieden sind. Es konnte in dieser Beziehung auch an die Grafschaft Nizza und die Insel Sardinien gedacht werden, die allerdings rein italienisch sind, aber eben so wie Korsika sich an Frankreich gewöhnen würden, das seit neunzig Jahren demselben einverleibt ist, und ohne Widerstreben dessen

Schicksale theilt. Dies waren die Plane des französischen Kaisers, an deren Verwirklichung er von jetzt an unablässig arbeitete. Er begriff, daß die europäische Politik seit dem Pariser Frieden, vornehmlich durch die veränderte Stellung, die Rußland und Oesterreich gegen einander angenommen, in eine neue ihm günstige Phase getreten war, und richtete demgemäß sein Verhalten ein. Er suchte vornehmlich Sardinien immer näher an sich heranzuziehen, weil es ihm sonst an Gelegenheit zu einer direkten Dazwischenkunft in den Angelegenheiten Italien's und zu einem Kriege mit Oesterreich gefehlt hätte. Viktor Emanuel war mehr Soldat als Diplomat, und würde, sich ganz selbst überlassen, der Idee sein Stammland, Savoyen, sogar gegen viel werthvollere Erwerbungen in Italien abzutreten, wahrscheinlich große Schwierigkeiten entgegengesetzt haben. Aber sein erster Minister, Graf Cavour, der großen Einfluß auf ihn ausübte, war ein Mann, der die Lage der Dinge so gut wie Napoleon selbst zu beurtheilen wußte, und die ehrgeizigen Absichten desselben im Interesse Piemont's und Italien's zu benutzen beschloß.

Wann die erste Annäherung zwischen Napoleon III. und Cavour statt gefunden hat, ist bis jetzt nicht bekannt geworden. Auf dem Pariser Kongreß legte der sardinische Minister, offenbar schon in geheimem Einverständniß mit den Westmächten, eine Denkschrift vor, in der er nachzuweisen suchte, daß Europa nicht eher dauernd beruhigt werden könne, bis die italienische Frage in angemessener Weise gelöst sei. Er verlangte von den Großmächten die Anerkennung der nationalen Einheit Italien's, die Verleihung liberaler Institutionen für das lombardisch-venetianische Königreich, die Entfernung der fremden Truppen aus dem Kirchenstaat, der, obwohl unter päbstlicher Oberhoheit, von einem weltlichen Vikarius regiert werden solle, und eine Intervention in Neapel und Sicilien, um die daselbst bestehenden Mißbräuche zu beseitigen. Obgleich Cavour's Denkschrift verfrüht erschien und derselben keine Folge gegeben wurde, so hatte sie sich doch der moralischen Zustimmung England's und Frankreich's zu erfreuen gehabt, und es waren in ihr bestimmte Forderungen formulirt und eine Grundlage zu weiteren Entwickelungen gelegt worden. Das Uebrige hing von der Zeit, von dem Verhältniß Rußland's zu Frankreich und Sardinien, und dem Fortschritt der nationalen Idee in Italien ab. Der Geneigtheit England's konnte man in dieser Beziehung gewiß sein. Von einer Annäherung des russischen zu dem sardinischen und französischen Kabinet traten bald unzweideutige Zeichen hervor. Graf Stackelberg, der russische Gesandte in Turin, schloß sich Cavour an, betrieb einen antiösterreichischen Kon-

greß italienischer Fürsten, und bereitete die Ankunft der Kaiserin Mutter von Rußland in Nizza vor, die während ihres dortigen Aufenthalts von Viktor Emanuel mit besonderer Aufmerksamkeit behandelt wurde (September 1856). Im folgenden Jahr brachte die St. Petersburg-Odessaer Dampfschifffahrtsgesellschaft den Hafen von Villafranca käuflich an sich, was unter anderen Umständen schwer oder unmöglich gewesen wäre. Es hatte sich dabei anfänglich dem Schein nach nur um ein Kohlenlager gehandelt, bald aber liefen russische Kriegsschiffe ein, und es ward daselbst eine Station für die russische Flotte eingerichtet. Im April 1857 besuchte der Großfürst Konstantin den Kaiser Napoleon in Paris, wo er als ein vertrauter und ersehnter Gast aufgenommen wurde. Prinz Napoleon wurde zur Begrüßung des Kaisers Alexander II. nach Warschau abgeschickt. Einige Monate später (27. September 1857) kam der Kaiser der Franzosen mit dem russischen Monarchen in Stuttgart bei dem mit Beiden verwandten König von Württemberg zusammen, wo über den Zustand der Donaufürstenthümer, die Zukunft Italien's, und wahrscheinlich auch über die Stellung zu Oesterreich verhandelt wurde. Das zurückhaltende Betragen, das man an den beiden Hauptpersonen bei dieser Zusammenkunft bemerken wollte, war eine Maske, die sie im beiderseitigen Interesse vornahmen. Die Begegnung des Kaisers Alexander auf dessen Rückreise mit dem Kaiser Franz Joseph in Weimar, die nach dem Wunsche der Anhänger Oesterreich's den Eindruck der Zusammenkunft in Stuttgart schwächen sollte, blieb ohne politische Resultate.

In Italien, mit Ausnahme Piemont's, brach der tiefe Widerwille gegen die bestehenden Einrichtungen, die Unvereinbarkeit zwischen dem alten und neuen Geist, der allmälig zur Leidenschaft gewordene Drang nach einem Umschwung, auf vielen Punkten in unverkennbaren und drohenden Zeichen hervor. Vergebens suchten die Regierungen hier und da mildere Saiten aufzuziehen, und Vertrauen und Gunst zu erwerben. Es war zu spät. Sie fanden alle Herzen verschlossen. Der Kaiser von Oesterreich besuchte seine italienischen Staaten, und erließ im Januar 1857 eine Amnestie für politische Vergehen. In Venedig und Mailand wurden geräuschvolle Kundgebungen einer anscheinenden Begeisterung von den Behörden veranstaltet, die bei ihnen selbst, wenn sie italienischen Ursprungs waren, nicht aus dem Herzen kam. Die Menge eilte mit ausgelassener Neugierde herbei, um den jungen Herrscher zu sehen, der von seiner Gemalin begleitet war, wie sie es bei jedem anderen Schauspiel gethan haben würde, aber die höheren und unabhängigen Klassen hielten sich in einer gleichgültigen Entfernung. Pius IX. machte im

Sommer 1857 eine Rundreise durch den Kirchenstaat, und theilte unter die eifrigsten seiner Anhänger viele Belohnungen, und an die Armen reichliche Almosen aus. Er wurde von der Geistlichkeit überall mit den ausgesuchtesten Ehrfurchtsbezeugungen wie ein Halbgott empfangen, aber dieser kirchliche Triumphzug ließ im Volk keinen Eindruck zurück, und war, sobald er vorübergegangen, auch schon wieder vergessen. Denn ungeachtet der Amnestie des Kaisers von Oesterreich und der Spenden des Pabstes, ging in der allgemeinen Lage der Dinge keine Veränderung vor. Ferdinand II. verschmähte jede Art von Entgegenkommen, theils weil dies seinem Charakter widersprach, theils weil er es für vergeblich hielt, indem er sich zu sehr gehaßt wußte. Er ließ sich in seiner Hauptstadt nur selten sehen, und schloß sich in den abgelegenen Pallast von Caserta oder in die Festung Gaeta, von zahlreichen Wachen umgeben, ein. Seine Regierungsweise rief von Zeit zu Zeit Ausbrüche der Unzufriedenheit und Verzweifelung hervor, auf welche er mit verstärkten Maßregeln der Unterdrückung antwortete. So erneuerte sich zwischen ihm und der ihm feindlichen Partei unter seinen Unterthanen unaufhörlich ein Austausch von Mißtrauen und Groll, der beide entsittlichte, aber zuletzt zum Verderben des Königs und seiner Dynastie ausschlagen mußte. Im November 1856 stellte sich in Sicilien der Baron von Bentivenga an die Spitze einer bewaffneten Schaar, und wollte die sicilianische Verfassung von 1812 wieder einführen. Er wurde bald überwältigt und hingerichtet. Einige Wochen später machte ein neapolitanischer Soldat, Namens Milano bei einer Parade einen Mordversuch auf den König, und büßte sein Verbrechen mit dem Strange. In der Nacht vom 4. zum 5. Januar (1857) wurde im Hafen von Neapel die Dampffregatte „Karl III.“, die mit 70,000 der Regierung zugehörigen Gewehren beladen war, in die Luft gesprengt, wobei 90 Matrosen und Seesoldaten ums Leben kamen. Mazzini, der auf eine allgemeine Schilderhebung Italien's im republikanischen Sinne hinarbeitete, und ein Gegner der Monarchie unter allen Formen, der konstitutionellen in Turin, der militairischen in Mailand, der theokratischen in Rom war, benutzte die alle Gemüther erfüllende Gährung zur Erregung von Aufständen, die für die Theilnehmer fast immer unglücklich endigten, aber durch das vergossene Blut den Fanatismus seiner Partei immer von Neuem anfachten. In Genua, Livorno und Neapel griffen die Mitglieder der geheimen Gesellschaften, von Unzufriedenen aus allen Klassen unterstützt, zu den Waffen, wurden aber, in Genua am schwersten, in Neapel am leichtesten, besiegt. Ein Freund Mazzini's, der republikanisch gesinnte Oberst Pi=

sacane, landete mit einer Schaar Bewaffneten an der neapolitanischen Küste, um einen Aufstand zu versuchen, wurde aber schwer verwundet gefangen genommen. Die meisten seiner Anhänger fielen. Im December 1857 wurde das Königreich Neapel von einem furchtbaren Erdbeben heimgesucht, das in den Provinzen Salerno und Basilikata gegen 20,000 Häuser zerstört, und an 10,000 Menschen verschüttet haben soll. Von der königlichen Familie begab sich auch nicht ein Mitglied nach dem Schauplatz der Verheerung. Alle Schrecken der Natur und alle Ausbrüche menschlicher Leidenschaft schienen über das schöne, aber unglückliche Land ausgegossen zu sein.

Die geheimen Gesellschaften in und außer Italien waren damals in großer Aufregung. Sie glaubten, daß der verzweifelten Lage ihres Landes nur durch ein gewaltiges, ganz Europa erschütterndes Ereigniß eine bessere Wendung gegeben werden könne. Die Annäherung zwischen den Beherrschern von Rußland und Frankreich schien ihnen ein Bund zweier Despoten zu sein, die sich gegen die Unabhängigkeit der Völker verschworen hatten. Der Einfluß, den Napoleon auf Viktor Emanuel ausübte, der Schutz, den er dem Pabst angedeihen ließ, machte ihn in den Augen der entschlossenen Fanatiker, die sich zu Mazzini's Grundsätzen bekannten und in der Anwendung über dieselben noch hinausgingen, im höchsten Grade verdächtig und gefährlich. Da er die Freiheit in Frankreich unterdrückte, so hielten sie es für unmöglich, daß er ihr in Italien Hülfe bringen werde. Er erschien ihnen aber nicht blos als ein Gegner, sondern auch als ein Verräther, denn sie sahen ihn, wie seinen großen Oheim und alle Bonaparte, wegen des Ursprungs dieser Familie, für einen Italiener an. War er nicht 1832 bei dem Aufstand in der Romagna auf ihre Seite getreten, und hatte er sich nicht in ihre geheimen Verbindungen aufnehmen lassen? So hieß es wenigstens allgemein. Sie wollten sich für seine vermeintliche Abtrünnigkeit an ihm rächen, und durch seine Vertilgung einen Sturm über Europa heraufführen, der die bestehende Ordnung bis in ihre Grundfesten erschüttern sollte. In einem Lande wie Italien, das seit so vielen Jahren von einer fieberhaften Gluth des Hasses und der Verzweifelung ergriffen war, konnte es nicht an Charakteren fehlen, die durch Erziehung, Gewohnheit, Ueberzeugung zu den verwegensten Handlungen, zu der rücksichtslosesten Aufopferung ihrer selbst und anderer geneigt waren. Ein solcher Mann war Felix Orsini, der Mitglied der verfassunggebenden Versammlung in Rom gewesen, seitdem in die Gewalt der Oesterreicher gefallen und

aus dem Kerker in Mantua entkommen war, und jetzt eine Verschwörung gegen Napoleon's Leben anstiftete, in der er selbst die Hauptrolle übernahm. In England verband er sich mit drei anderen italienischen Flüchtlingen, Pieri, Gomez, Rudio, und einem Franzosen Namens Bertrand, und ließ in tiefster Stille eine eigenthümliche Art von Bomben anfertigen, welche die Form von Birnen hatten, und so mit Zündhütchen gespickt waren, daß sie, wo sie hinfielen, explodiren mußten. Von London begab sich Orsini mit seinen Genossen, Bertrand ausgenommen, der in England zurückblieb, nach Paris. Am Abend des 14. Januar (1858) wurde von dieser furchtbaren Waffe gegen Napoleon, als derselbe mit seiner Gemalin nach der Oper fuhr, Gebrauch gemacht. Aber auch diesmal, wie schon so oft in ähnlichen Fällen, verfehlte der mörderische Anschlag die Hauptperson, auf die es besonders abgesehen war. Die auf den kaiserlichen Wegen geschleuderten Bomben durchbohrten den Hut Napoleon's, und ritzten ein wenig sein und der Kaiserin Gesicht, thaten ihnen aber sonst keinen Schaden. Aber über hundert Todte und Verwundete schwammen in ihrem Blut und alle Fenster der Straße waren zerschmettert. Orsini, der durch die von ihm geworfene Bombe selbst verwundet worden, Pieri und Gomez, wurden verhaftet. Orsini erklärte in seinem Verhör, daß er, von früher Jugend an mit dem Gedanken an Italien's Befreiung beschäftigt, Napoleon lange Zeit über für das erwählte Rüstzeug derselben gehalten habe. Da aber der Kaiser diese Mission nicht übernehmen wolle, und aus einem Werkzeug der Rettung für Italien zu einem Hinderniß geworden, so habe er die Beseitigung desselben für nothwendig gehalten. Am 11. Februar richtete Orsini aus seinem Gefängniß ein Schreiben an Napoleon, in welchem er ihn daran erinnerte, daß die Italiener einst ihr Blut für seinen großen Oheim vergossen hätten, und daß er nicht dulden dürfe, daß Italien länger von Oesterreich unterdrückt werde. Dieses Schreiben wurde merkwürdiger Weise am 25. Februar im Moniteur veröffentlicht. Orsini und Pieri wurden am 13. März hingerichtet. Orsini, der durch die Unerschrockenheit, mit der er dem Tode entgegenging, allgemeine Aufmerksamkeit erregte, brachte noch auf dem Schaffot ein Lebehoch auf Italien's Freiheit aus. Am 31. März wurde in einer Turiner Zeitung ein zweites, achtundvierzig Stunden vor seiner Hinrichtung abgefaßtes Schreiben Orsini's an Napoleon bekannt gemacht, worin er demselben für die Veröffentlichung des ersten Schreibens dankte, und daraus schloß, daß die in demselben ausgedrückten Gefühle ein Echo in dem Herzen des

Kaisers gefunden hatten. „Ich gehe dem Tode," hieß es darin, „mit dem Trost entgegen, daß Euer Majestät von wahrhaft italienischen Gesinnungen beseelt sind."

Ob die große Gefahr, der Napoleon nur wie durch ein Wunder entgangen, auf seine Entschließungen von Einfluß gewesen, oder ob dieselben einzig von allgemeinen Erwägungen eingegeben worden, wird wohl immer unentschieden bleiben. Wenn persönliche Sympathien bei dem Neffen Napoleon I. bei Verfolgung seiner Plane in Anschlag zu bringen sind, so kann man annehmen, daß er für Italien, aus Familientradition und Jugenderinnerungen, mehr Neigung als für irgend ein anderes Land, Frankreich ausgenommen, empfindet. Aber der Gedanke, daß er, indem er dieser Sympathie nachgab, zugleich die Dolche verwegener und hartnäckiger Fanatiker, denen auf die Dauer zu entgehen schwer gewesen wäre, von sich abwandte, kann sich seinem berechnenden Geist ebenfalls dargestellt haben. Wie dem auch gewesen sein mag, es läßt sich von jener Zeit an in seinem Verhalten eine lebendigere Theilnahme für Italien, ein näheres Anschließen an Sardinien, und, was davon unzertrennlich war, eine feindseligere Gesinnung gegen Oesterreich nicht verkennen.

Da Napoleon einen Kampf gegen Oesterreich — weniger um Italiens Befreiung als wegen des vorherrschenden Einflusses in demselben — für unvermeidlich hielt, so suchte er sich, da er Rußland's Zustimmung gewiß sein konnte, vor allem mit England auf einen guten Fuß zu setzen. Es bestand, ungeachtet und zum Theil wegen des Krimkriegs, eine Spannung zwischen dem französischen und englischen Kabinet, indem England, ohne Napoleon's günstige Gesinnung für Rußland, wohl versucht haben würde, demselben bei den Friedensunterhandlungen schwerere Bedingungen als geschehen aufzulegen. England klagte, daß es von Frankreich überrascht und fortgerissen worden, und daß seine Anstrengungen zuletzt keinen seiner würdigen Erfolg erzielt hätten und maß die Schuld davon der Politik des französischen Kaisers bei. Die zunehmende Harmonie zwischen dem französischen und russischen Kabinet wurde in London wegen der orientalischen Angelegenheiten nicht ohne Besorgniß betrachtet. Dagegen empfand man es auf französischer Seite übel, daß alle Gegner Napoleon's und seines Systems: Orleanisten, Republikaner, Mazzini und seine Genossen, fortwährend ein Asyl in England fanden. Die Theilnehmer an der letzten Verschwörung hatten ihr Unternehmen auf brittischem Boden verbreitet, ihre mörderischen Angriffswerkzeuge waren in Birmingham angefertigt worden, und die englischen

Geschwornen hatten den Franzosen Bertrand, einen erwiesenen Verbündeten Orsini's, von der gegen ihn gerichteten Anklage unter dem lauten Beifall des englischen Publikums frei gesprochen. Die officiösen Blätter in Paris sprühten von Zorn über die angebliche Mitschuld England's an dem Attentat vom 14. Januar, und eine Anzahl höherer Officiere erließ eine Adresse an den Kaiser, die mit hochmüthigen und eiteln Drohungen gegen das englische Volk erfüllt war. Aber die Forderungen der Politik, welche die beiden großen rivalisirenden Nationen zur Eintracht aufforderten, waren mächtiger als die Eingebungen des Mißtrauens und die Erinnerungen an eine feindselige Vergangenheit. Napoleon bedurfte England's Neutralität zur Ausführung des großen Plans, den er bedachte, und gab versöhnende Erklärungen ab, und England war damals mit der Unterdrückung des Aufstandes in Ostindien beschäftigt, der seine ganze Kraft und Aufmerksamkeit in Anspruch nahm. Die Königin Viktoria entschloß sich deshalb, der Einladung Napoleon's zu folgen, und der Einweihung des Hafens von Cherbourg beizuwohnen (5. August 1858), obgleich derselbe im Grunde gegen England dienen sollte. Bald darauf begab sich Lord Palmerston zu einem Besuch des Kaisers nach Paris, wo er mit der größten Auszeichnung aufgenommen wurde.

Die sardinische Regierung hatte unterdessen im Vertrauen auf Frankreich's nicht mehr zweifelhaften Beistand und Rußland's und England's geheime Zustimmung, eine immer feindseligere Haltung gegen Oesterreich angenommen. Turin wurde der Sammelplatz aller Verbannten und Ausgewanderten aus dem österreichischen Italien, unter welchen die befähigteren leicht Eingang in den sardinischen Staatsdienst fanden, und einige zu hohen Aemtern gelangten. Die militairischen Flüchtlinge aus dem lombardo-venetianischen Königreich traten zu eigenen Korps zusammen, es ward eine ungarische Legion gebildet, und Sardinien gab die Kosten für Ausrüstung und Sold her. Die sardinische Presse kannte in ihren Ausfällen auf Personen und Dinge in Oesterreich keine Gränzen, und suchte dadurch die Wirkungen der von dem Kaiser Franz Joseph ertheilten Amnestie in den Augen der Italiener zu entkräften. Cavour, der Napoleon schon früher näher getreten, stattete demselben im Herbst 1858 in dem Badeort Plombières einen Besuch ab, wo die ferneren Plane in Betreff Italien's verabredet und, so weit dies möglich war, festgestellt wurden. Es ist über diese Verhandlungen bisher nichts Näheres bekannt geworden, man kann aber aus den nachfolgenden Ereignissen mit großer Wahrscheinlichkeit auf ihren

Inhalt und ihre Tragweite einen Schluß machen. Sie umfaßten jedenfalls nicht blos das österreichische Italien, sondern die ganze Halbinsel, und mögen wenigstens ihren allgemeinen Bestimmungen nach Rußland und England mitgetheilt worden sein. Im Laufe des Jahres hatte Napoleon, dessen Truppen durch ihre Organisation und den sie beseelenden Geist immer kriegsbereit waren, mit seiner Artillerie, durch die Einführung der gezogenen, auf weite Entfernung sicher treffenden Kanonen, eine große Verbesserung vorgenommen, und sie dadurch noch furchtbarer gemacht. In Aussicht auf einen großen Krieg waren an die Spitze der einzelnen Heeresabtheilungen die tüchtigsten und bewährtesten Befehlshaber gestellt worden. Auch Sardinien strengte sich auf das äußerste an, und war, so zu sagen, bis an die Zähne gerüstet. Wahrscheinlich war Napoleon schon damals durch geheime Verträge mit Rußland, England und vielleicht auch mit Dänemark gewiß geworden, daß man seinem Auftreten in Oberitalien keine Hindernisse entgegensetzen, und nöthigenfalls den deutschen Bund zur Unthätigkeit zwingen werde. Die Angriffe der sardinischen Presse auf Oesterreich, die in ganz Italien wiedertönten, dauerten ununterbrochen fort, und wurden von den österreichischen Blättern in ähnlicher Weise erwidert, deren Polemik aber kein so vielfältiges Echo fand. So wie Napoleon's Plane ihrer Reife entgegengingen, nahm auch die französische Presse einen schneidendern Ton gegen Oesterreich an. Es wurde jetzt die Nationalitätenfrage in den französischen Blättern häufig behandelt und nachzuweisen gesucht, daß Oesterreich gar keine natürliche und wahrhafte Einheit besitze, und aus einem Komplex von Völkern bestehe, die einander durchaus fremd seien und nur von Gewalt und List zusammengehalten würden. Das Thema, daß Oesterreich der Feind der Nationalitäten, und ihrer Entwickelung, des Fortschritts, der Civilisation überhaupt sei, wurde von der französischen Presse mit unzähligen Variationen, und mit der ihr eigenthümlichen Mischung von Sophistik und Leidenschaft behandelt. Zu derselben Zeit rief die päbstliche Regierung den allgemeinen Unwillen gegen sich hervor, indem sie einen jüdischen Knaben in Bologna, Namens Mortara, der einige Jahre vorher von einer christlichen Dienstmagd heimlich getauft worden, als dies bekannt wurde, seiner Familie entriß und mit Gewalt im Christenthum erziehen ließ. Dieser Vorfall erregte in dem protestantischen England, dessen vornehme und reiche Klassen zwar Italien, seine Naturschönheiten und Kunstschätze lieben, aber entschiedene Gegner des Pabstthums sind, ein ungeheures Aufsehen. Das englische Volk war überhaupt gegen Pius IX. in einer gereizten

Stimmung, weil er der katholischen Hierarchie in England eine feste und öffentliche Form gegeben hatte, wogegen die englische Konstitution seit der Emancipation der Katholiken keine Mittel des Widerstandes mehr bot. Oesterreich und der Pabst wurden von den Protestanten und Liberalen in ganz Europa als Gegner der Gesittung, des Lichts und der Freiheit bezeichnet. Ein Sturm zog sich gegen sie in der öffentlichen Meinung zusammen, ehe noch ein solcher sich auf dem Gebiet der staatlichen Interessen erhob.

Europa schwebte in peinlicher Ungewißheit. Es schloß aus dem Ton der Presse in mehren Großstaaten, daß ein Gewitter am politischen Horizont aufsteige, aber mit den geheimen Unterhandlungen der Kabinette unbekannt, wußte man nicht, wann und wo es sich entladen werde. Da löste Napoleon das Räthsel, indem er am Neujahrstag 1859 bei dem Empfange des diplomatischen Korps an den österreichischen Gesandten von Hübner unerwarteter Weise die Worte richtete: „Ich bedauere, daß unsere Beziehungen nicht so gut sind, wie ich sie zu sehen wünsche, aber ich bitte Sie, dem Kaiser zu melden, daß meine persönlichen Gefühle für ihn immer dieselben sind." Diese Aeußerung war, wenn man die diplomatische Form abrechnet, vollkommen klar, sie wies auf einen von Seite Napoleon's wohlüberlegten, nahe bevorstehenden Bruch hin. Das Verhältniß zu Sardinien blieb immer der vornehmste Grund zu einem Kriege gegen Oesterreich, aber der französische Kaiser hatte auch noch einen anderen Vorwand dazu begierig ergriffen. Der österreichisch gesinnte Fürst von Servien, Alexander Karageorgiewitsch, war durch eine von russischen Ränken und dem Verrath einiger Personen seiner Umgebung entstandene Volksbewegung vom Thron gestürzt worden, den ein Anhänger Rußland's, Milosch Obrenowitsch, bestieg, der auf diese Katastrophe in Odessa gelauert hatte und eilig herbeigekommen war, um aus ihr Vortheil zu ziehen. Oesterreich wurde von diesem Wechsel sehr peinlich berührt, und ließ ein Truppenkorps an die servische Gränze vorrücken und dem abgesetzten Fürsten zur Verfügung stellen. Frankreich wollte in dieser Einmischung eine Verletzung des Artikels 29 des Pariser Friedens sehen, und drohte mit Krieg. Das österreichische Kabinet bot aber die Gelegenheit dazu nicht, und gab Erklärungen, die für den Augenblick zufrieden stellen mußten. Unterdessen war der Ausbruch eines großen Kampfs in Italien immer wahrscheinlicher geworden. Viktor Emanuel wies in seiner Rede bei Eröffnung der sardinischen Kammern auf den „Schmerzensschrei" hin, der sich von so vielen Seiten in Italien, Hülfe flehend, erhebe, und gegen den Sar-

dinien, ungeachtet seiner Achtung vor den Verträgen, nicht gleichgültig bleiben könne. Noch bezeichnender für die Lage der Dinge war die zwischen dem Prinzen Napoleon, einem eifrigen Freunde der italienischen Unabhängigkeit und Gegner Oesterreich's, und der Prinzessin Clotilde, der ältesten Tochter des Königs von Sardinien, am 30. Januar (1859) geschlossene Vermählung. Am 7. Februar versicherte der französische Kaiser in seiner Rede bei Eröffnung der Sitzungen des Senats und des gesetzgebenden Körpers, daß seine Absichten, obgleich der Zustand Italien's der Diplomatie Besorgnisse einflöße, nach wie vor auf Erhaltung des Friedens gerichtet seien, erklärte aber zugleich, daß die Interessen Frankreich's und Sardinien's durch eine Heirath noch identischer als früher geworden, und daß er bei Schlichtung der mit Oesterreich bestehenden Differenzen der Civilisation Geltung verschaffen werde. Diese vieldeutige Rede ließ nur so viel klar erkennen, daß zwischen Frankreich und Sardinien schon ein Schutz- und Trutzbündniß bestehe und der Kaiser sich auf Rußland und England verlassen könne. Der beste Kommentar zu Napoleon's Thronrede war eine kurz vorher auf seine Veranlassung erschienene Flugschrift: „Napoleon III. und Italien", welche die „Berechtigung der Nationalitäten" und die „Revision der Verträge" als unentbehrlich für die Ruhe Europa's empfahl. Oesterreich konnte die Gefahren seiner Lage nicht mehr verkennen. Nicht blos im Westen, sondern auch im Osten sah es sich bedroht. Am 12. Januar 1859 wurde Oberst Cusa zum Hospodaren der Moldau, und am 5. Februar zu derselben Stelle in der Wallachei gewählt. Die Vereinigung der Donaufürstenthümer, welche durch die Konvention vom 19. August 1858 hatte verhindert werden sollen, war auf diese Art thatsächlich vollzogen. Frankreich und Rußland erkannten diese Doppelwahl sofort an. Für Oesterreich war dieselbe ein höchst unerwünschtes Ereigniß, indem dadurch, von anderen politischen Rücksichten, die sich auf Rußland und die Türken bezogen, ganz abgesehen, die sich schon seit lange regende Idee von einer Vereinigung der gesammten rumänischen Race, von der über zwei Millionen in der österreichischen Monarchie leben, zu einem unabhängigen Staat, einen vorbereitenden Schritt zu ihrer Verwirklichung gethan zu haben schien.

Jetzt drängte alles zu einer gewaltsamen Entscheidung der italienischen Frage hin. Oesterreich schickte Truppen über Truppen nach der Lombardei. Franz Joseph hatte früher seinen wohlgesinnten und einsichtsvollen Bruder, den Erzherzog Ferdinand Maximilian, zum General-Gouverneur des österreichischen Italien's ernannt, von dem die

Härte der österreichischen Verwaltung so viel als möglich gemildert worden war. Derselbe wurde jetzt seines Amts enthoben, und das lombardisch=venetianische Königreich unter das Kriegsgesetz gestellt. Frankreich zog eine Armee an den Alpen zusammen, und es gingen Befehle nach Algerien ab, die kriegsgeübtesten Regimenter zu Einschiffung bereit zu halten. Viktor Emanuel rief die in den entfernteren Theilen seiner Staaten, auf der Insel Sardinien und in Savoyen liegenden Truppen in seine Nähe, und stellte sie um Alessandria und am Tessin auf. Alle Welt begriff, daß ein Zusammenstoß nicht mehr zu verhindern sei und der verwickelte Knoten nur mit dem Schwert durchhauen werden könne. Dennoch versuchte die Diplomatie eine friedliche Lösung. Der brittische Gesandte in Paris, Lord Cowley, begab sich nach Wien, um dort in Unterhandlung mit dem österreichischen Minister des Auswärtigen, Grafen Buol, zu treten, und zwischen den Ansprüchen der einander gegenüberstehenden Mächte einen Ausweg zu finden. Zu gleicher Zeit wurde Sardinien von dem englischen Kabinet zu einer „Präcisirung" seiner Beschwerden gegen Oesterreich aufgefordert. Cavour antwortete darauf mit einer Denkschrift, in der besonders die Verträge Oesterreich's mit einzelnen italienischen Staaten als eine widerrechtliche, Sardinien's Unabhängigkeit bedrohende Vergrößerung des österreichischen Einflusses angeklagt wurden. Die von Cowley in Wien geführten Unterhandlungen blieben ohne Erfolg. Darauf nahm Rußland die Vermittelung in die Hand, und schlug einen Kongreß der Großmächte vor, auf dem die italienischen Angelegenheiten entschieden werden sollten. Oesterreich ging scheinbar auf diesen Antrag ein, stellte aber Bedingungen, deren Annahme unter den vorhandenen Umständen unmöglich war. Es verlangte, daß sein Besitzstand in Italien von Hause aus anerkannt werde und keinen Gegenstand der Unterhandlungen bilden dürfe, und daß Sardinien vor Eröffnung des Kongresses entwaffnen solle. Es wurden von verschiedenen Seiten noch mehre Vorschläge zur Abwendung des Krieges, aber vergeblich gemacht, indem bald diese, bald jene der interessirten Mächte Einwendungen erhob, die das Ziel immer wieder verrückten. Oesterreich fühlte, daß es doch zuletzt zum Kampfe kommen müsse, und daß es durch den Aufschub nur verlieren könne, indem seine Gegner Zeit zur Vollendung ihrer Rüstungen erhielten, und seine Finanzen durch den bewaffneten Frieden fast eben so sehr wie durch einen Krieg litten, der außerdem die Möglichkeit des Sieges und der Befreiung von einer drangvollen Lage enthielt. Es beschloß, an Sardinien ein Ultimatum zu stellen, das diesem nur die Wahl zwischen Herabsetzung seiner

Armee auf den Friedensfuß und Auflösung der Freikorps, oder Krieg übrig ließ.

Bevor Oesterreich den letzten entscheidenden Schritt that, sandte es noch den Erzherzog Albrecht nach Berlin, um das preußische Kabinet von seiner Absicht in Kenntniß zu setzen, und zu erfahren wie weit es dabei auf Preußen rechnen könne. In Berlin war man aber einem einseitigen Vorgehen Oesterreich's durchaus entgegen, und rieth das Ergebniß der Unterhandlungen abzuwarten, die über die Lösung der italienischen Frage mit England angeknüpft waren. Indessen floß die Zeit hin, ohne daß die vermittelnden Mächte im Stande gewesen wären, die widerstrebenden Meinungen der Kabinette von Wien, Paris und Turin zu vereinigen. In Verbindung mit Preußen machte England am 17. April noch einen neuen Vermittlungsvorschlag. Es solle dem Kongreß eine Entwaffnung der streitenden Parteien vorangehen, und durch eine vom Kongreß unabhängige Kommission geregelt werden. Diese Kommission solle aus sechs Mitgliedern, fünf von den Großmächten und einem von Sardinien, bestehen. Sobald die Kommission ihre Thätigkeit begonnen habe, werde der Kongreß zusammentreten, und die Verhandlung der eigentlich politischen Frage in Angriff nehmen. Die dabei betheiligten italienischen Staaten würden eingeladen werden, dem Kongreß wie früher dem von Laybach beizuwohnen. Rußland und Frankreich traten diesem Vorschlage bei, Oesterreich verwarf ihn, indem es von einem Kongreß kein günstiges Resultat für sich erwartete, sondern neue Verwickelungen und eine noch mißlichere und isolirtere Lage besorgte. Am 23. April wurde das österreichische Ultimatum dem Grafen Cavour zugestellt und dem sardinischen Kabinet eine dreitägige Frist zur letztgültigen Erklärung gelassen. Da Sardinien eine ablehnende Antwort ertheilte, so war der Krieg unausbleiblich geworden. Napoleon ließ am 26. April in Wien erklären, daß er den Uebergang der Oesterreicher über den Tessin als eine Kriegserklärung gegen Frankreich ansehen werde. Der Bruch wurde von den üblichen diplomatischen Formalitäten begleitet. Die Gesandten forderten ihre Pässe, die streitenden Mächte erließen Manifeste und Noten zur Rechtfertigung ihres Verhaltens. Europa ging einer neuen und größeren Krisis als zur Zeit des Krimkrieges entgegen, und die viel allgemeinere und wichtigere Resultate zur Folge haben sollte.

Sardinien hatte alle Linientruppen ins Feld zu stellen beschlossen und den Garnisonsdienst der Nationalgarde übergeben. Es standen 60 bis 65,000 Mann und einige tausend Freiwillige zu Gebot, die von

Garibaldi unter dem Namen der Alpenjäger organisirt waren. Napoleon III. hatte eine Armee von 150,000 Mann zu diesem Krieg in Bereitschaft gesetzt, deren am weitesten vorgeschobene Korps schon am 25. April die savoyische Gränze überschritten. Andere Truppenabtheilungen wurden in Marseille und Toulon nach Genua eingeschifft. In dem lombardisch-venetianischen Königreich standen 200,000 Oesterreicher, von denen 150,000 Mann im offenen Feld verfügbar waren. Am 29. April überschritten fünf österreichische Armeekorps den Tessin und rückten in Piemont ein.

Oesterreich hatte ohne Zweifel triftige Gründe, um auf den von Rußland vorgeschlagenen Kongreß nicht einzugehen, auf dem es gewiß überstimmt worden, und dann, wenn es sich nicht gefügt hätte, noch verlassener als vorher da gestanden wäre. Aber es mußte, sobald es einmal unwiderruflich zum Kriege entschlossen war, denselben sofort beginnen, und ihn mit äußerster Anstrengung, ohne weitere Bedenklichkeiten und Zögerungen führen. Vor allem hätte es einen geeigneten Feldherrn an die Spitze seiner Streitmacht stellen müssen. Radetzky war im Januar 1858 gestorben, und nicht zu ersetzen, aber Radetzky's rechte Hand, der Feldzeugmeister Heß, lebte noch, und der Feldmarschallieutenant Benedeck hatte 1848 und 1849 so viele Beweise von militairischen Talent und Entschlossenheit des Charakters gegeben, und seitdem im Frieden ein so bedeutendes und organisatorisches Talent an den Tag gelegt, daß ihm, wenn Heß verhindert war, das oberste Kommando gebührt hätte. Statt dessen wurde hierzu ein österreichisch gesinnter ungarischer Magnat, Graf Franz Gyulai erkoren, der nie im Kriege gedient, nie Beweise von hervorragender Befähigkeit gegeben hatte, und dem von Anfang an Niemand die zu einer so schwierigen Stellung nöthige Einsicht und Erfahrung zutraute. Anstatt nach der Ablehnung des Ultimatums die Sardinier, wie dies ausführbar gewesen wäre, mit überlegener Macht anzugreifen, sich den Weg nach Turin zu bahnen und die in großer Entfernung von einander aus Savoyen und dem Genuesischen heranziehenden Franzosen einzeln zu schlagen, setzte sich Gyulai in der Lomelina, eine der fruchtbarsten Provinzen Piemont's, fest, bis dieselbe durch Regengüsse überschwemmt und fast unwegsam geworden, ließ die Sardinier sich um Alessandria concentriren, und that nichts, um ihre Vereinigung mit den Franzosen zu hindern. Napoleon erließ am 12. Mai einen Tagesbefehl an seine Soldaten, in welchem er sie an die Thaten ihrer Väter in Italien unter seinem großen Oheim erinnerte, und ihnen ähnliche Erfolge in Aussicht stellte. Er übernahm den Oberbefehl über

die gesammte sardinische und französische Streitmacht, und nicht blos dem Namen nach, denn in vielen Fällen wurde von ihm, außer seinem natürlichen Scharfblick ein wirkliches Talent für strategische Operationen und eine gründliche Kenntniß des Kriegswesens dargelegt. Dagegen wurde Gyulai's Stellung als Obergeneral in der österreichischen Armee kaum gefühlt, indem die einzelnen Korpsführer sich selbst überlassen blieben, und kein allgemeiner Plan für die Kriegführung angenommen war. Gyulai, der über die Stellung des Feindes vollkommen im Unklaren war, ordnete, um sich Licht darüber zu verschaffen, eine große Recognoscirung an, die den ersten Zusammenstoß zwischen den Franzosen und Oesterreichern bei Montebello herbeiführte (20. Mai), wo letztere nach einem hartnäckigen Widerstande zum Rückzug gezwungen wurden. Nach diesem Gefecht fiel der österreichische Obergeneral wieder in seine frühere Unthätigkeit zurück, und war von den Bewegungen des Feindes so schlecht unterrichtet, daß er den Angriff desselben fast immer da erwartete, wo an einen solchen gar nicht gedacht wurde, und die wirklich bedrohten Punkte unberücksichtigt ließ. Garibaldi, an der Spitze seiner Alpenjäger, fiel um diese Zeit in die Lombardei ein, nahm Como und Varese ein und rückte auf der Straße nach Mailand vor, mußte sich aber vor der überlegenen Macht der Oesterreicher wieder in die Berge zurückziehen. Ueberall hatte sein Erscheinen die Bevölkerung im höchsten Grade aufgeregt, und es strömten ihm von allen Seiten Freiwillige zu. Am 28. Mai war die französisch-sardinische Armee völlig im Stande die Offensive zu ergreifen. Napoleon schickte sich an auf dem kürzesten Wege gegen Mailand zu ziehen, und Gyulai ordnete den Rückzug seines ganzen Heeres auf das linke Ufer des Tessin bei Pavia an (1. Juni).

In Deutschland erregte dieser Krieg sehr verschiedenartige Empfindungen. Die liberale Partei war allerdings nicht für Frankreich gestimmt, aber Oesterreich abgeneigt, und wollte von einer Unterstützung desselben von Seiten des deutschen Bundes nichts wissen. Nur die Reaktionaire sprachen sich, auch unter den Protestanten, für Oesterreich aus, weil dasselbe für den natürlichen Gegner jeder freien Entwickelung galt. In einem großen Theil Süddeutschland's wurden Sympathien für Oesterreich, weniger aus politischen Gründen, als wegen der Stammes- und Konfessionsverwandtschaft, laut. In Preußen, wo man die Tage von Olmütz und Bronzell und das Verhalten des österreichischen Kabinets in der schleswig-holsteinischen Frage nicht vergessen hatte, war die Stimmung überwiegend antiösterreichisch. Man wollte sich daselbst nicht in die einseitig österreichischen Interessen und Plane verwickeln lassen,

um demselben zum Siege zu verhelfen, und sich später dafür mit Undank belohnt zu sehen. Indessen wurde in Deutschland, besonders aber in Preußen und Bayern, gerüstet, da allerdings nicht vorauszusehen war, welche Gestalt und welchen Umfang der Krieg annehmen konnte. England fühlte sich durch das Ablehnen seiner Vermittelungsvorschläge verletzt, und Lord Derby, damals erster Minister, erklärte das österreichische Ultimatum und das Ueberschreiten des Tessin für eine „verbrecherische Handlung", und fügte die Drohung hinzu: England werde die deutschen Handelsschiffe gegen die französischen Kriegsschiffe und Kaper nicht in Schutz nehmen, wenn der deutsche Bund, ohne von Frankreich angegriffen zu sein, Oesterreich Beistand leisten sollte. Der russische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Fürst Gortschakof, noch von den Wiener Konferenzen und dem Krimkrieg her ein entschiedener Gegner der österreichischen Politik, erließ ein Rundschreiben an die Vertreter Rußland's im Ausland, in welchem es hieß, daß, da der deutsche Bund vermöge seines Ursprungs und seiner Bestimmung rein defensiver Natur sei, ein offensives Einschreiten desselben gegen Frankreich von Rußland nicht mit Gleichgültigkeit angesehen werden würde. Diese anmaßliche Erklärung stieß bei mehren deutschen Höfen auf eine Abweisung in Worten, ward aber in der Hauptsache dennoch beachtet. Der französische Minister des Auswärtigen, Graf Walewski, rieth, nur in feinerer Form, ebenfalls von einer Einmischung in diesen Krieg ab, der „lokalisirt", d. h. auf Italien beschränkt bleiben müsse, damit der dort erregte Brand nicht weiter um sich greifen könne. Rußland und England faßten diesen Grundsatz vom Lokalisiren des Kriegs auf, und riethen dessen Befolgung den deutschen Kabinetten lebhaft an.

Gyulai beschloß, um den Feind am Vordringen auf Mailand zu hindern, seine Streitmacht, die durch das Korps unter Clam Gallas verstärkt worden, zu concentriren, verfuhr aber dabei so langsam und unsicher, daß die Vereinigung der einzelnen Heerestheile nur unvollständig erfolgte. Nach einer Reihe unentschieden gebliebener Vorpostengefechte, kam es endlich am 4. Juni bei Magenta zu einer Schlacht, in welcher sich die Verbündeten in Folge falscher Berechnungen über die Zeit des Eintreffens der Korps unter Canrobert und Mac Mahon anfänglich im Nachtheil befanden, und Napoleon, der zu rasch vorgedrungen war und überlegene Streitkräfte vor sich fand, einen Augenblick lang in der Gefahr schwebte, erdrückt zu werden. Aber die Oesterreicher konnten diese errungenen Vortheile nicht behaupten, indem bei ihnen kein wahrhaftes Oberkommando statt fand, und jeder Divisions-

und Brigadeführer sich da schlug, wo er gerade stand, ohne ein gemeinsames Ziel vor Augen zu haben. Gyulai schien den Kopf verloren zu haben, ritt auf dem Schlachtfeld unschlüssig hin und her, ließ die Korps einzeln angreifen, die sich ausgezeichnet schlugen, aber zuletzt eines nach dem anderen geworfen wurden und große Verluste erlitten. Als am Nachmittag Canrobert bei der Hauptmacht eintraf, und Mac Mahon, der eine Zeit lang von Clam Gallas hart gedrängt gewesen, wieder zur Offensive überging, war die Schlacht für die Oesterreicher verloren. Von beiden Seiten waren ungefähr 70,000 Mann ins Gefecht gekommen. Der Verlust der Oesterreicher wird auf 10,000 Mann, unter ihnen 4000 Gefangene, der der Verbündeten auf 4500 Mann, unter ihnen 700 Gefangene, angegeben. Unter den gefangenen österreichischen Soldaten befanden sich viele geborene Italiener, die wahrscheinlich ohne großen Widerstand in diese Lage gerathen waren. Am anderen Tag ordnete Gyulai den Rückzug südwärts gegen den Po hin an.

In dieser Zeit offenbarten sich die früher verhüllt gebliebenen Mißbräuche der österreichischen Armeeverwaltung in einer Menge von Unterschleifen und Betrügereien, die später einige tragische Katastrophen in der höheren Beamten- und Militairwelt nach sich ziehen sollten. Wucherische Lieferanten und untreue Kriegskommissaire hatten sich Millionen bezahlen lassen und nichts dafür angeschafft. Ungeheure Ochsenheerden, Brod- und Weinvorräthe waren in Rechnung gebracht, aber nie vorhanden gewesen. Es wird behauptet, daß von dem, was wirklich der Armee nachgeführt wurde, manches unter der Hand an den Feind verkauft worden ist. Ganze Regimenter hatten sich in diesem Feldzug über vierundzwanzig Stunden lang ohne Nahrung befunden, und waren oft schon vor Beginn des Gefechts erschöpft gewesen.

Am 5. und 6. Juni räumten die Oesterreicher Mailand in solcher Eile, daß sie daselbst eine große Menge von Kriegsmaterial und Vorräthen aller Art zurückließen. Ihre Hauptmacht setzte ihren Rückzug über die Adda, und den Oglio gegen den Chiese in guter Ordnung fort, wobei sie sich zugleich vom Po entfernte, um sich der Operationslinie der Verbündeten zu nähern, und allmälig wieder die Fühlung mit diesen zu gewinnen, welche sie unmittelbar nach der Schlacht von Magenta aufgegeben hatte. In Verbindung mit diesem Rückzug stand die Räumung aller festen Plätze, die man hinter sich ließ: Pavia, Piacenza, Pizzighetone wurden verlassen, und die Festungswerke, so viel es die Zeit erlaubte, demolirt. Die österreichischen Besatzungen in Commachio, Ferrara, Bologna, Ankona wurden ebenfalls zurückgezogen.

Am 8. Juni zogen Napoleon und Viktor Emanuel unter dem Frohlocken der Bevölkerung in Mailand ein. Der Kaiser erließ eine Proklamation an sein Heer, in welcher er dessen Thaten hervorhob und es zu neuen Anstrengungen aufforderte, und eine Proklamation an die Italiener (nicht blos an die Lombarden), in der er erklärte, daß der Moment für sie gekommen sei, sich zu einer Nation zu konstituiren, und dabei versicherte, daß er nur ihre Befreiung und keine selbstsüchtigen Zwecke im Auge habe. Am 12. Juni nahmen die Verbündeten ihre Operationen wieder auf. Vom 14. bis 16. Juni concentrirten sie ihre Macht um Brescia am Mellaflusse. Auf österreichischer Seite faßte man den Plan, den Rückzug bis zu dem berühmten Festungsviereck fortzusetzen, und dort in vortheilhafter Stellung den Angriff der Verbündeten zu erwarten.

Der beginnende Krieg zwischen Oesterreich und Frankreich hatte die italienische Nationalpartei mit neuer Hoffnung erfüllt, und zum Widerstand gegen die bestehenden Gewalten ermuntert. In Florenz wurde der Großherzog Leopold II., nicht durch einen Aufstand, sondern durch einen allgemeinen Abfall, indem sich alles von ihm zurückzog und Niemand seinen Befehlen Folge leistete, da er nicht zu Gunsten seines Sohnes abdanken wollte, zur Entfernung aus Florenz und Toskana genöthigt (27. April), und eine provisorische Regierung unter Leitung des bisherigen sardinischen Gesandten, Buoncompagni, eingesetzt. Viktor Emanuel übernahm das Protektorat über Toskana. Die gesammte großherzogliche Familie begab sich unter den Schutz Oesterreich's. In Massa und Carrara erhob sich die Bevölkerung gegen die modenesische Regierung. Am 23. Mai landete Prinz Napoleon mit einem französischen Truppenkorps in Livorno, aber ohne, wie der Kaiser und er selbst erwartet hatten, Sympathien bei der Bevölkerung zu erregen, und zog nach der Lombardei, um sich mit den Verbündeten zu vereinigen. Am 7. Juni verließ die Herzogin Luise von Parma mit ihrem minderjährigen Sohn Robert ihr Land, und wandte sich nach der Schweiz. Wenige Tage später mußte der Herzog Franz V. von Modena seinen Staaten den Rücken kehren, und begab sich, von einem Theil seiner Truppen begleitet, nach dem österreichischen Hauptquartier. Ueberall in Mittelitalien wurde, sobald die Oesterreicher sich entfernt hatten, die italienische Fahne aufgepflanzt und der Anschluß an Sardinien verlangt.

Napoleon, der so rasche Vortheile in der Lombardei davon getragen, sah sich jetzt gezwungen, seine Aufmerksamkeit auf Deutschland zu lenken, wo Preußen's Auftreten ihm Besorgnisse einflößen konnte. Er hatte auf

das Einverständniß mit Rußland und England, und auf die inneren Zerwürfnisse in Deutschland rechnend, als er die Alpen überschritt, an der östlichen Gränze Frankreich's nur ein schwaches Beobachtungskorps unter dem Marschall Herzog von Malakof, und ein zweites an der Nordgränze aufgestellt, das durch Zuzug aus der Pariser Armee verstärkt werden sollte. Aber in der Mitte Juni, nach der Schlacht von Magenta, machte Preußen sechs Armeekorps mobil, um mit denselben eine Stellung am Mittel- und Niederrhein zu nehmen, und beantragte zugleich am Bundestag die Errichtung eines Bundesobservationskorps, aus dem 7. und 8. Bundeskorps bestehend, um unter Bayern's Führung am Oberrhein postirt zu werden. Zugleich gab das preußische Kabinet die Absicht zu erkennen, sich in Uebereinstimmung mit Rußland und England vermittelnd in den Gang der Ereignisse einzumischen. Ein solcher Schritt Preußen's schloß die Möglichkeit eines kriegerischen Vorgehens gegen Frankreich in sich. Napoleon hätte dann zwei Kriege zu gleicher Zeit, den einen am Po, den andern am Rhein, zu führen gehabt. Er war damals mit der italienischen Nationalpartei unzufrieden, die durch ihre in ganz Mittelitalien im Namen und zu Gunsten des Königs von Sardinien vollzogene Erhebung seinen politischen Planen auf Errichtung eines italienischen Staatenbundes und, wo möglich, Verpflanzung einiger seiner Verwandten auf italienische Throne (Prinz Napoleon in Toscana; Prinz Murat in Neapel), störend entgegentrat. Diese Umstände erweckten in ihm den Gedanken an einen Friedensschluß mit Oesterreich, das gegen mäßige Opfer in Italien Gelegenheit bekommen hätte, seinen Einfluß in Deutschland auf Kosten Preußen's wieder geltend zu machen. Napoleon hoffte auf diese Weise das gegenseitige Mißtrauen der beiden deutschen Großmächte von neuem anzufachen, sich dadurch von Seiten Deutschland's sicher zu stellen, und ein Protektorat über Italien auszuüben, das, zu schwach um sich selbst zu schützen, in keinem Fall mit ihm brechen konnte. In der That hatte das Auftreten der Franzosen in der Lombardei, anstatt das österreichische und preußische Kabinet durch das Gefühl einer gemeinsamen Gefahr einander näher zu bringen, die Spannung zwischen ihnen nur vermehrt. Oesterreich verlangte von Preußen eine Garantie für seine italienischen Besitzungen und eine thätige Unterstützung als deutsche Bundesmacht, während Preußen zwar rüstete und das deutsche Bundesgebiet vor jedem Angriff zu schützen versprach, aber als europäische Großmacht seine Entschließungen und den Zeitpunkt zum Handeln sich vorbehalten, und aus seiner vermittelnden Stellung nicht heraustreten wollte. Da Oesterreich sah, daß es von Preußen für

den Augenblick keinen Beistand zu hoffen hatte, so beschloß es noch ferner allein alle seine Kräfte aufzubieten, um Preußen's nicht zu bedürfen, oder doch seiner Vermittlung die möglichst günstige Basis zu geben. In Folge dieser Erwägung ward der nach der Schlacht von Magenta gefaßte Plan, den Angriff der Verbündeten in dem Festungsviereck zu erwarten, verlassen und beschlossen, auf das rechte Ufer des Mincio überzugehen, den Feind aufzusuchen und über den Tessin zurückzuwerfen. Die Armee war durch die verlorene Schlacht bei Magenta weder entmuthigt noch geschwächt, und brannte vor Begierde die empfangene Scharte wieder auszuwetzen. Ein Sieg, so glaubte man in der Umgebung des Kaisers Franz Joseph, konnte Oesterreich aus allen seinen Verlegenheiten ziehen, und seinen Einfluß in Italien und Deutschland wieder herstellen, eine neue Niederlage aber seine Stellung nicht viel verschlimmern, da England, Preußen und der deutsche Bund eine wesentliche Schwächung seiner Macht Frankreich gegenüber nicht zugeben würden.

Graf Gyulai hatte den Oberbefehl am 18. Juni in die Hände seines Kaisers niedergelegt, der in einem Tagesbefehl der Armee anzeigte, daß er ihn selbst übernehme. Da Franz Joseph, obgleich er als Prinz im Jahr 1848 eine Zeit lang in Radetzky's Lager geweilt hatte, kein Feldherr war und keine Kriegserfahrung besaß, so ward durch Gyulai's Entfernung im Grunde nicht viel geändert und keine größere Einheit des Kommandos hergestellt. Am 24. Juni standen die beiden Heere einander wieder feindlich gegenüber, von denen sich das österreichische, um von drei Seiten her auf den Gegner concentrisch drücken zu können, in einem viel zu langen Halbkreis ausgedehnt hatte. Die beiden Flügel nahmen einen Raum von vier Stunden ein, und bildeten gewissermaßen zwei Armeen, die keine Reserven hinter sich hatten. Den Verbündeten gab ihre gedrängtere Stellung von Anfang an einen Vortheil, der von Napoleon's kräftigem Willen und scharfem Blick noch erhöht wurde. Sobald der französische Kaiser die österreichische Schlachtordnung erkundet hatte, beschloß er, den Hauptangriff auf das feindliche Centrum zu richten, überzeugt, daß der Sieg von der Sprengung desselben abhing. Der entscheidende Punkt im Centrum war die Höhe von Solferino, von der die Schlacht den Namen erhielt, und nach deren Besitz die Franzosen mit allen Kräften rangen. Der Kampf begann mit einer Reihe von Einzelgefechten, die von Seiten der Verbündeten bald einen allgemeinen Charakter annahmen, während den einzelnen österreichischen Korps keine übereinstimmende Richtung angewiesen wurde, und der Kaiser, Heß, Schlick, Wimpfen, alle durcheinander und von

verschiedenen Punkten aus Befehle ertheilten. Die große Tapferkeit der Oesterreicher, und die Langsamkeit, mit der Canrobert die ihm aufgetragenen Bewegungen ausführte, der, durch einander durchkreuzende Befehle aus dem Hauptquartier irre gemacht, das von den Oesterreichern hart gedrängte Korps unter Niel ohne Unterstützung ließ, verzögerten den Sieg der Verbündeten, der erst durch die Einnahme der Höhe von Solferino herbeigeführt wurde. Die österreichischen Heerführer hatten nicht begriffen, daß die Entscheidung von der Behauptung dieses Punkts abhing, und wurden dessen auch nicht inne, als sie sahen, daß der Feind immer neue Massen gegen diese Höhe in Bewegung setzte. Es befand sich daselbst anfänglich nur eine österreichische Brigade, und die nach und nach dahin gesandten Verstärkungen waren nicht zahlreich genug, um sich gegen den unerschöpflichen Andrang der Franzosen auf die Länge zu behaupten. Das Regiment Reischach, welches sich schon bei Magenta hervorgethan hatte, leistete auch auf dieser Höhe, bei dem Thurm von Solferino, den heldenmüthigsten Widerstand, mußte aber zuletzt der Uebermacht weichen. Zwischen vier und fünf Uhr Nachmittags unterbrach ein furchtbares Gewitter, von einem strömenden Regen begleitet, den Kampf, der nachher nur schwach wieder aufgenommen wurde. Die Schlacht war für die Oesterreicher schon verloren, obgleich der General Benedeck, der die Sardinier zweimal bei San Martino geworfen hatte, das Gefecht bis acht Uhr Abends fortsetzte, und sich erst zurückzog, als er in Gefahr stand, von der Hauptarmee abgeschnitten zu werden. Unter den Oesterreichern hatten, bei Solferino wie bei Magenta, die Officiere und Soldaten sich besser als die obersten Befehlshaber, Benedeck ausgenommen, bewährt, und würden, wäre es allein auf sie angekommen, den Sieg errungen haben. Auf französischer Seite zeichnete sich besonders der General Niel aus, der eine Zeit lang die Wucht des ganzen linken Flügels der Oesterreicher aushielt, durch seinen ausdauernden Widerstand beträchtliche Streitkräfte des Feindes fesselte, und, wäre er nicht von Canrobert im Stich gelassen worden, der österreichischen Armee den Rückzug nach dem Mincio erschwert haben würde.

Bei Solferino waren die beiden feindlichen Heere gleich stark, und zählten jedes ungefähr 140,000 Streiter. Die Oesterreicher verloren an diesem Tage, wo zwölf Stunden ununterbrochen gefochten wurde, 13,000 Mann an Todten und Verwundeten und 9000 Gefangene; die Franzosen 12,000 Todte und Verwundete und gegen 600 Gefangene; die Sardinier 5300 Mann an Todten und Verwundeten und über 1200 Gefangene. Daß die Verbündeten in dieser Schlacht mehr Todte und

Verwundete als die Oesterreicher gehabt, wird dadurch erklärt, daß sie, namentlich die Franzosen, Höhen einzunehmen hatten, die von dem Feinde tapfer vertheidigt wurden, und daß sie überhaupt angreifend verfuhren. Auch in dieser Schlacht traten die Mängel der österreichischen Armeeverwaltung hervor, und wurden selbst die Verwundeten in vielen Fällen sehr vernachlässigt. Die Oesterreicher zogen sich auf ihr Festungsviereck zurück, die Verbündeten gingen über den Mincio und schoben ihre Avantgarde gegen Verona vor.

In Europa glaubte man allgemein an eine kräftige Fortsetzung des so blutig begonnenen Kampfes. Denn es war nicht wahrscheinlich, daß Napoleon plötzlich auf seiner Bahn still stehen, und nicht bis zum äußersten Ziel derselben vorgehen werde. Aber der französische Kaiser, in dessen Wesen eine seltene Mischung von Selbstbeherrschung und Kühnheit liegt, der er großentheils seine bisherigen Erfolge verdankt, ließ sich von seinem Glück nicht berauschen und beschloß, seinen Triumphwagen anzuhalten, und die Folgezeit hat bewiesen, daß er Recht gehabt.

Die militairischen Hülfsquellen Oesterreich's waren noch lange nicht erschöpft und befanden sich in der Nähe des Kriegsschauplatzes, während Napoleon den Ersatz für die gehabten Verluste aus weiter Ferne beziehen mußte. Gerade seine Kerntruppen: die Garde, die Zuaven und die Fußjäger hatten viel gelitten, und ihre gelichteten Reihen wären nicht sogleich zu vervollständigen gewesen. Preußen hatte jetzt seine ganze Armee mobilisirt, mehren Armeekorps bereits die Marschordre nach dem Rhein ertheilt, und die Aufstellung eines süddeutschen Observationskorps am Rhein betrieben. Daß es dabei auf eine bloße Demonstration abgesehen sei, schien nicht wahrscheinlich, und eine Illusion in dieser Beziehung hätte dem Kaiser der Franzosen theuer zu stehen kommen können. Außerdem konnte derselbe nicht hoffen, die österreichische Armee eben so schnell aus dem Venetianischen wie aus der Lombardei zu werfen, da sie dort, auf das Festungsviereck gestützt, einen langdauernden Widerstand leisten, und während dieser Zeit große Verstärkungen an sich ziehen konnte. Für den Ruhm, worauf Napoleon bei dem Charakter seines Volks und Heeres Rücksicht nehmen mußte, war durch den Gewinn zweier großen Schlachten für den Augenblick genug geschehen. Abgesehen davon, daß die Nationalpartei in Italien sich nach seiner Meinung von ihm zu unabhängig machen wollte, was mit der Fortsetzung des Krieges noch zunehmen mußte, so glaubte er nicht wenig für sie gethan zu haben, wenn er die Lombardei mit dem schönen Mailand den Oesterreichern entriß, und ihr überließ. Was zu einer natio-

nalen Regeneration Italien's noch zu thun übrig blieb, konnte er den Italienern fortan selbst überlassen. Von diesen Rücksichten und Ueberzeugungen ausgehend, ließ Napoleon dem Kaiser Franz Joseph am 6. Juli einen Waffenstillstand vorschlagen, der bis zum 15. August dauern sollte. Da die Oesterreicher dadurch Zeit zur Herbeiziehung von Verstärkungen erhielten, so ward von ihnen auf den Antrag gern eingegangen. Aber schon am 11. Juli fand in Folge dieser Annäherung eine Zusammenkunft zwischen den beiden Kaisern in Francavilla statt, bei welcher von ihnen die Präliminarien zu einem Frieden verabredet wurden, der durch später abzuhaltende Konferenzen in einen definitiven verwandelt werden sollte. Napoleon versicherte seine aufrichtige Neigung zur Beendigung des Kampfes, gab aber zugleich zu verstehen, daß er, durch Verwerfung seiner gemäßigten Bedingungen zu einer Fortsetzung desselben gezwungen, kein Bedenken tragen würde, sich nöthigenfalls im Interesse Frankreich's mit der Revolution zu verbinden. Er machte den österreichischen Kaiser auf seine Isolirung aufmerksam, indem derselbe weder von England, wo unterdessen Lord Palmerston wieder an das Ruder gekommen, noch von Rußland und auch nicht von Preußen Hülfe zu erwarten habe, welches letztere nur rüste, um die Hegemonie in Deutschland zu erlangen, und die österreichischen Sympathien daselbst an einem Ausbruch zu hindern. Der französische Kaiser glaubte selbst nicht an die Wahrheit dieser Behauptung, indem gerade seine Besorgniß vor einem Angriff Preußen's und einen Doppelkrieg, in Italien und am Rhein, ihn, wie er später selbst gestanden, zu den Unterhandlungen in Villafranca veranlaßt hat. Aber seine Worte fielen auf einen empfänglichen Boden, denn es war dem Kaiser Franz Joseph von seinen Umgebungen ein tiefes Mißtrauen gegen die preußische Politik eingepflanzt worden. Eine Sendung des Fürsten Windischgrätz nach Berlin (4. Juli), der Preußen zur Theilnahme am Kriege gegen Frankreich bewegen sollte, war gescheitert, und der Antrag Oesterreich's, den Prinz-Regenten von Preußen zum Oberbefehlshaber des gesammten deutschen Bundesheeres zu ernennen, war von demselben abgelehnt worden, indem der unverantwortliche Regent einer europäischen Macht nicht zu gleicher Zeit der verantwortliche Feldherr der Bundesversammlung sein konnte. Dem österreichischen Kabinet erschien die Haltung Preußen's, das, als Großstaat, sich nicht unter die Vormundschaft des deutschen Bundes stellen konnte, und seine Entschließungen nach eigenem Ermessen fassen wollte, als eine Feindseligkeit, ja als eine Treulosigkeit, so sehr hatte Preußen's bisherige Nachgiebigkeit Oesterreich verwöhnt und dessen Ansprüche gesteigert. Die

beiden Kaiser einigten sich dahin, daß Oesterreich die Lombardei, mit Ausnahme der Festungen Mantua und Peschiera, an Frankreich abtrete, das sie an Sardinien übergeben, Franz Joseph aber den Titel von diesem Lande fortführen werde. Die von Oesterreich geforderte Wiedereinsetzung der Souveraine von Toskana und Modena ward von Frankreich zugestanden, aber unter der verfänglichen Bedingung, daß diese Fürsten von ihren Unterthanen zurückgerufen würden, und keine fremde Intervention statt finden dürfe. Napoleon, der nicht, wie Franz Joseph, in den Illusionen der Legitimitätsideen befangen war, wußte sehr wohl, daß eine solche Restauration damals unmöglich war. Es ward verabredet, daß Italien einen Staatenbund unter dem Ehrenvorsitz des Pabstes bilden solle, der von beiden Mächten um die Einführung von Reformen im Kirchenstaat ersucht werden würde. Um die einzelnen noch zu erledigenden Punkte ins Reine zu bringen, sollten österreichische und französische Bevollmächtigte in möglichst kurzer Frist in Zürich zusammentreten.

Diese im Stillen und in größter Eile geschlossene Uebereinkunft überraschte alle Welt und besonders Preußen, das so umfassende und kostspielige Rüstungen angeordnet hatte, die Frankreich's Umsichgreifen entgegentreten sollten, und zuletzt immer Oesterreich zu Gute gekommen wären. Aber noch mehr, als durch diese geheime Abmachung, wurde das preußische Kabinet von dem Manifest des Kaisers Franz Joseph an seine Völker, in denen er ihnen den mit Frankreich geschlossenen Frieden bekannt machte, verletzt, in welchem derselbe ein entschiedenes Mißtrauen gegen die Absichten der am Kriege nicht betheiligt gewesenen Großmächte aussprach, und zu verstehen gab, daß Oesterreich von einer direkten Unterhandlung mit dem Gegner bessere Bedingungen, als von den Vermittlungsvorschlägen der neutralen Kabinette zu erwarten gehabt habe. Als das preußische Kabinet den Ungrund gewisser ihm Schuld gegebenen Mediationsprojekte nachwies, die, wenn sie wirklich vorhanden gewesen wären, die österreichischen Interessen allerdings benachtheiligt hätten, ward von Wien aus erwidert, daß jene Unterstellung auf irrigen Vermuthungen beruhen könne, daß aber Jedermann wisse, wie sehr Preußen's moralische Aktion seit Monaten Oesterreich entgegen gewesen sei. Eine Täuschung in Bezug auf die Thatsachen ward vom österreichischen Kabinet zugestanden, aber an dem Urtheil über die Gesinnung Preußen's nichts geändert. Daß Oesterreich 1849 von Rußland aus großer Gefahr gerettet worden, und während des Krimkrieges sich gleichwohl gegen dasselbe erklärt hatte, schien in Wien vergessen zu

sein. Während man daselbst die Pflichten der Dankbarkeit nicht eben hoch anschlug, machte man es Preußen zum Vorwurf, daß es nicht alsbald Oesterreich's Sache, gegen das ihm, da die Lombardei nicht zum deutschen Bunde gehörte, keine bestimmten Verpflichtungen oblagen, zu der seinigen gemacht habe, und legte ihm seine unabhängige Stellung als ein falsches Spiel aus. Diese Reibung zwischen den beiden großen deutschen Höfen streute den Samen zu neuen Zerwürfnissen aus, von denen sie selbst, mehr aber noch die Zukunft des deutschen Volks bedroht wird, wenn nicht bald ein Punkt der Ausgleichung gefunden werden sollte.

Napoleon kehrte als Sieger, wie er es seinen Umgebungen schon vor Anfang des Krieges verkündigt hatte, nach Frankreich zurück, und befand sich am 17. Juli wieder in St. Cloud, kaum drei Monate nachdem er es verlassen hatte. Er hatte während dieser kurzen Zeit Oesterreich zum Frieden und zur Abtretung einer seiner schönsten Provinzen gezwungen, seine Stellung und seinen Ruf erhöht, und einen immer steigenden Einfluß auf Europa vorbereitet, der sich bald auch in anderen Welttheilen fühlbar machen sollte. Unmittelbar nach Beendigung des Krieges wurden die französischen Truppen, bis auf eine Okkupationsarmee von fünf Divisionen Infanterie und zwei Brigaden Kavallerie unter dem Marschall Vaillant, aus Italien nach Frankreich zurückgezogen, um am 15. August (dem Napoleonstag) ihren feierlichen Einzug in Paris, wohin sich auch der Kaiser begeben hatte, zu halten.

Am unzufriedensten mit dem Frieden von Villafranca war die italienische Nationalpartei, die sich mit Hülfe der französischen Waffen im Geist schon im Besitz des Venetianischen gesehen hatte, und jetzt nach Vereitlung dieser Hoffnung den französischen Kaiser des Wortbruchs anklagte. Er antwortete den Stimmführern dieser Partei, daß er Frankreich's Interessen denen Italien's nicht nachsetzen dürfe, daß er ihnen die Lombardei gegeben, die von ihm erobert worden, daß er aber über das, was ihm nicht gehöre, wie das Venetianische, auch nicht verfügen könne. Er habe den Italienern die Bahn zu dem ersehnten Ziel gebrochen, das Uebrige liege ihnen selbst zu thun ob. Die Nationalpartei befolgte diesen Rath und trat jetzt so entschieden auf, daß schon am 16. August eine nach Florenz einberufene Volksvertretung das Haus Lothringen des toskanischen Throns für verlustig erklärte, und am 30. September die Annahme des sardinischen Wappens, wenn auch vor der Hand noch provisorisch, dekretirte. Parma und Modena wurden von sardinischen Truppen besetzt, angeblich, um die Ordnung daselbst auf-

recht zu halten. Der vom Apennin nördlich liegende Theil des Kirchenstaats sagte sich vom Pabst los, der die übrigen Provinzen nur mit Hülfe Frankreich's unter seiner Botmäßigkeit erhalten konnte. Napoleon gab Pius IX. die bündigsten Zusagen für die Zukunft, wie wenig Vertrauen aber dieselben verdienten, ging aus einer von dem französischen Kabinet unmittelbar inspirirten Flugschrift von Laguéronnière: „Der Pabst und der Kongreß", hervor, in welcher die Meinung ausgesprochen wurde, daß der Pabst um so sicher dastehen werde, je kleiner das von ihm beherrschte Gebiet sei.

Am 10. November (1859) wurde in Zürich auf Grundlage der Präliminarien von Villafranca der definitive Friede zwischen Oesterreich einer= und Frankreich und Sardinien andererseits geschlossen. Dieser Friede unterschied sich von den Präliminarien vornehmlich dadurch, daß die Wiedereinsetzung der mittelitalienischen Fürsten von dem Eintreten einer Uebereinstimmung der Großmächte oder eines Kongresses abhängig gemacht wurde, der aber nicht zu Stande kam, und auf den es auch nie ernstlich abgesehen gewesen. Auch erklärte Napoleon einer Deputation von Italienern, daß er eine Intervention zu Gunsten der gestürzten italienischen Regierungen nicht zugeben werde. Er gestattete, daß Sardinien immer weiter in Italien um sich griff, und bereitete dadurch für Frankreich eine Vergrößerung seines Gebiets an der Alpengränze vor. Napoleon hatte seinen nächsten Zweck vollständig erreicht. Oesterreich war gedemüthigt und mehr als je mit Preußen entzweit, der deutsche Bund innerlich zerrissen, und Italien durch die sich überstürzenden Ereignisse in eine Aufregung und Gährung versetzt, die ihm den Schutz Frankreich's auch für die Zukunft unentbehrlich machen mußte. Mit dem französisch=österreichischen Kriege in Norditalien und dem Frieden von Zürich hat eine neue Epoche in der Zeitgeschichte begonnen, deren Ziel und Schluß nicht einmal geahnt, geschweige denn mit Wahrscheinlichkeit nachgewiesen werden kann.

10. Außereuropäische Ereignisse von Napoleon's Sturz bis 1860.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika gingen, nachdem die Verfassungskämpfe überwunden, und die Grundlagen ihres inneren Zustandes festgestellt waren, einer großen Zukunft entgegen. Alle Umstände vereinigten sich, um ihre Entwickelung zu begünstigen. Ein unermeßliches, großentheils fruchtbares Gebiet lud die Einheimischen zur Verbreitung über dasselbe, und die Ausländer zur Niederlassung auf demselben ein. Von den ausgedehnten Küsten und den großen Strömen wurde der innere und äußere Verkehr begünstigt. Eine sonst nie gesehene Leichtigkeit des Unterhaltes und Erwerbes führte eine rasche Zunahme der Bevölkerung herbei. Zu diesen Vortheilen des Bodens und der Lage kam noch eine Verfassung hinzu, welche den Trieb zu Besitz und Wohlstand, die Ausbildung der Thatkraft, die Unternehmungslust bei den Einzelnen auf eine in Europa unbekannte Weise förderte. Während der in Folge der französischen Revolution zwischen England, Frankreich und Spanien entstandenen Kriege war die Union mit diesen Staaten mehrmals in Zwistigkeiten, welche aber nie zu einem offnen Bruch geführt hatten, gerathen. Durch die Embargo-Akte, welche den nordamerikanischen Bürgern eine Zeit lang die Schifffahrt nach fremden Ländern verbot, und durch die Intercourse-Akte, weche dem Auslande die Häfen der Union verschloß, hatte der Kongreß weiter führende Streitigkeiten zu vermeiden gesucht.

Nachdem Frankreich und Spanien ihre Seemacht eingebüßt hatten, konnte nur noch Großbritannien den Vereinigten Staaten gefährlich werden. Das von der englischen Regierung hartnäckig behauptete Visitationsrecht und Blokadesystem war von den neutralen Mächten von jeher übel empfunden worden. Bei Nordamerika trat noch der Umstand hinzu, daß die Briten, unter dem Vorwande ausgetretene Seeleute ihrer Flotte auf amerikanischen Schiffen zu suchen, sehr oft Matrosen dieser Nation für ihren Dienst preßten, was zu zahllosen Klagen und Reibungen Veranlassung gab. Die englischen Minister thaten nichts, um, ungeachtet aller Einwendungen und Beschwerden, diese Uebelstände zu beseitigen, und schienen die der amerikanischen Flagge häufig widerfahrenen Demüthigungen nicht ungern zu sehen. Großbritannien hatte damals den Verlust seiner ehemaligen Kolonien noch nicht verschmerzt, und war nicht geneigt, in diesen eine vollkommen gleich berechtigte Macht zu er-

kennen. Der steigende Flor Nordamerika's ward vielmehr von der englischen Nation als eine Schmälerung ihrer eigenen Größe empfunden, und alle zwischen den beiden Staaten schwebenden Fragen im Parlament und in der Presse von diesem Standpunkt aus aufgefaßt. Obgleich die Regierung der Union sich während des langen Krieges zwischen England und Frankreich durchaus neutral verhielt, so sprach sich doch das Volk bei jeder Gelegenheit für letzteres gegen ersteres aus. Man wußte außerdem in England, daß Nordamerika mit der Einverleibung der beiden Floridas umging, und wollte diese Vergrößerung um jeden Preis verhindern. Außer den feindlichen Erinnerungen und der staatlichen Eifersucht, ward der Bruch noch durch die Persönlichkeit der gegenseitigen Gesandten vermehrt. Im Kongreß trug zuletzt die fanzösisch-republikanische Partei über die föderalistisch-englische den Sieg davon. Da der englische Minister des Auswärtigen, Lord Castlereagh, jede Genugthuung für die der Unionsflagge widerfahrenen Beleidigungen verweigerte, so ward von beiden Seiten der Krieg erklärt (1812).

Nordamerika, welches, im Gefühle seiner Sicherheit, seine Land- und Seemacht bisher vernachlässigt hatte, wurde während dieses Kampfes anfänglich von harten Verlusten getroffen. Die schön gebaute neue Hauptstadt Washington ward von den Engländern eingenommen und verbrannt, und Baltimore nur mit Mühe vor einem ähnlichen Schicksale bewahrt. Ein Theil der Staaten New-York und Maine wurde von den englischen Truppen besetzt, und in Erinnerung an die dort früher erlittenen Niederlagen grausam verheert. Im Ganzen ward der Krieg von den Engländern wie ein Raub- und Rachezug, blos in der Absicht zu zerstören geführt. Denn an eine Wiedereroberung der ehemaligen Kolonien, oder auch nur an eine dauernde Schwächung derselben war nicht zu denken. Dazu reichten die englischen Streitkräfte in keiner Weise aus. Die Milizen der Union gewöhnten sich allmälig an den Krieg, und machten den Engländern jeden Fuß breit Landes streitig. Der amerikanische General Jackson vertheidigte New-Orleans mit solcher Entschlossenheit, daß das englische Belagerungskorps, nach Erleidung großer Verluste, unverrichteter Sache abziehen mußte. Der General Roß, welcher Washington verbrannt, und Sir Edward Packenham, welcher New-Orleans bedroht hatte, waren beide gefallen. Ein Theil des englischen Geschwaders unter Kapitain Downie ward von den amerikanischen Kommodor M' Donough zerstört. Großbritannien und die Union fühlten endlich beide die Nothwendigkeit des Friedens, welcher am 24. December 1814 in Gent abgeschlossen wurde.

Nordamerika war durch diesen Krieg auf die Schwäche seiner militairischen Organisation aufmerksam geworden, und wollte für deren Verbesserung Zeit gewinnen. Es gab deshalb dem von England hartnäckig behaupteten Visitationsrechte nach, erwarb dagegen einen Theil des weiten und fruchtbaren Oregongebietes, und überhaupt eine bessere Grenze nach Norden hin. Die indianischen Stämme, welche, von den Amerikanern hart gedrängt, sich unter englischen Schutz gestellt hatten, traten wieder in den Rechts= und Besitzstand von 1811 zurück. Nordamerika willigte in die von England vorgeschlagenen Maßregeln zu gänzlicher Abschaffung des Negerhandels ein. Aeltere Grenzstreitigkeiten wurden durch den Londoner Vertrag von 1818 beigelegt. Großbritannien glaubte die Entwickelung seiner ehemaligen Kolonien, durch den Einfall in ihr Gebiet, und die in diesem Kriege anfänglich davon getragenen Vortheile aufgehalten, und denselben einen Beweis seiner Ueberlegenheit gegeben zu haben. Es war dies aber ein Irrthum. Das amerikanische Selbst= und Unabhängigkeitsgefühl ging aus diesem Kampfe, in welchem die Freiwilligen der Union zuletzt die kriegsgeübten Linientruppen Großbritannien's geschlagen hatten, mit verdoppelter Stärke hervor. Die Anerkennung des englischen Durchsuchungsrechtes von amerikanischer Seite hatte bei dem eingetretenen Weltfrieden, an Bedeutung verloren, und auch dieses Recht mußte später (1842) in dem sogenannten Ashburtonvertrag aufgegeben werden, und 1819 waren beide Florida, was England hatte verhindern wollen, der Union einverleibt worden. Von dem Kriege an, welcher durch den Frieden von Gent beendigt wurde, nahm Nordamerika's innere Kraft und sein äußerer Einfluß mit Riesenschritten zu. Es wurde eine Weltmacht, was es vorher nicht gewesen war, und ohne die Erregung, zu welcher jener Kampf Veranlassung gegeben hatte, auch wahrscheinlich nicht sobald geworden sein würde. Es war von der Gefahr, in welcher es einen Augenblick lang geschwebt hatte, zu einem erhöhten Leben geweckt worden.

Nordamerika's innere Organisation bietet, wie der Boden, über welchen er sich erstreckt, die widersprechendsten Erscheinungen dar. In den Gegenden nördlich vom Hudsonflusse herrscht einen Theil des Jahres über eine sibirische Kälte, während in den südlichen Staaten der Union der Winter unbekannt ist. Die moralischen Gegensätze sind eben so scharf wie die physischen ausgeprägt. Der vollkommensten bürgerlichen und kirchlichen Freiheit der weißen Bevölkerung steht die Sklaverei der Neger gegenüber. In den östlichen Staaten wird eine geistige Kultur und eine äußere Lebensverfeinerung wie in den vorgeschrittensten Län=

dern Europa's angetroffen, während in einem großen Theile des Westens ein beständiges Hin- und Herziehen wechselnder Ansiedler, wie in einigen Gegenden des Orients, stattfindet, und kaum die ersten Anfänge einer festen Gesittung verhanden sind. Alle religiösen Secten sind in der Union vertreten, und durch die Einwanderungen werden Ableger fast aller menschlichen Racen auf den amerikanischen Boden verpflanzt.

Wie in jedem freien Gemeinwesen, so waren die Bemühungen der nordamerikanischen Regierung vornehmlich auf die äußere Sicherheit und Abrundung der Union, und ihr Verhältniß zu den fremden Mächten gerichtet, während die inneren Angelegenheiten, wie außerdem auch das Föderativsystem mit sich bringt, der Gesetzgebung der einzelnen Staaten und der Bevölkerung selbst überlassen blieben. Wenn die Entwickelung auf diese Art keine gleichartige Gestalt annahm, und einzelne Theile der Union hinter anderen zurückstanden, so wurde dagegen überall ein kräftiges und selbstständiges Leben erhalten, und ein naturgemäßer und nicht erkünstelter Fortschritt, wie dies bei einer durchgreifenden Centralisirung so oft der Fall ist, herbeigeführt.

Durch die Einverleibung Florida's gewann die Union neue Ausfuhrhäfen am Golf von Mexiko und am Kanal von Bahama, sowie verschiedene Festungen, welche die Vertheidigungslinie im Süden vollendeten. Bald nachher ward durch Verträge mit England und Rußland der vorherrschende Einfluß Nordamerika's am stillen Ocean gesichert, und durch eine, unter dem 49. Grade nördlicher Breite vom Woodlake gezogene und bis zu den Rocky-Mountains westlich fortlaufende Linie, die Grenze zwischen den drei Mächten festgesetzt. Die Kette militairischer Posten wurde durch die den Indianern abgekauften unermeßlichen Ländereien, wobei die Nordamerikaner sich manche Härte und Willkühr gegen die Wilden zu Schulden kommen ließen, bis an den Missisipi und Missuri verlängert. Ein Theil der Indianer wurde zum Christenthum bekehrt, die unruhigsten und unbildsamsten wurden mit Gewalt westlich vom Missisipi zusammengedrängt.

Im Gegensatze zu dem Unrecht der Sklaverei wurden von nordamerikanischen Negrophilen große Ländereien an der Westküste Afrika's, unfern dem Kap Mesurado, angekauft und unter den Namen: Liberia, daselbst eine Kolonie errichtet, und zur Aufnahme freigelassener Sklaven, die aus den Vereinigten Staaten dorthin geschickt werden, und solcher Schwarzen, die sich ihnen in Afrika anschließen, und zu einer Erziehungsschule künftiger Glaubensboten für das innere Afrika bestimmt. Diese

Niederlassung zählte vor einigen Jahren, 15,000 christliche und civilisirte und 200,000 heidnische und halbwilde Neger.

Nach langen Unterhandlungen wurde die Unabhängigkeit der südamerikanischen Republiken von der Union anerkannt, und mit denselben ein Schifffahrtsvertrag abgeschlossen (1822). Um den besonders in Paris und St. Petersburg laut gewordenen Absichten, die ehemaligen spanischen Kolonien, mit Hülfe europäischer Flotten und Landungstruppen, entweder wieder dem Mutterlande zu unterwerfen, oder daselbst Throne für Mitglieder des bourbonischen Hauses zu gründen, entgegen zu treten, erklärte der Präsident Monroe (1824), daß die Union einer Einmischung der europäischen Kabinette in die Verhältnisse des amerikanischen Kontinents nicht mit Gleichgültigkeit zusehen würde.

Der von der Lage des Landes, dem Nationalcharakter und dem Besitze der Freiheit, den Nordamerikanern eingeflößte Unternehmungsgeist und Thätigkeitstrieb sprach sich in allen Richtungen, in dem Anbau der westlichen Einöden, in der Vermehrung des Pelzhandels und der Fischerei im Norden, in der mit jedem Jahre zunehmenden Schifffahrt und Verbindung mit den fernsten Weltgegenden, besonders aber in der Anlegung eines Kanal= und Eisenbahnnetzes aus, welches, unter anderen Formen, an das Größte erinnert, was einst die Römer in Bezug auf Werke öffentlicher Nützlichkeit geleistet haben. Das Princip der modernen Gesellschaft, dessen Verbreitung dieselbe im Laufe der Zeit ganz umgestalten wird, das Associationswesen oder freiwillige Zusammentreten Einzelner zur Erreichung von Zwecken, welche bisher nur von der Staatsgewalt verwirklicht werden konnten, tritt in der Union in seiner größten Stärke hervor, und läßt dort Dinge ausführen, welche keine Anordnung von oben her, kein Zwang und keine Centralisirung möglich gemacht haben würden.

Es fehlte, wie dies bei einem, in stetem Wachsthum begriffenen und in immerwährender Bewegung befindlichen, Gemeinwesen unvermeidlich ist, nicht an inneren und äußeren Streitigkeiten, welche aber immer wieder ohne große innere Erschütterung beigelegt wurden. Indessen blieb e i n tiefer Gegensatz in den nordamerikanischen Freistaaten bestehen, der, obgleich von jeher vorhanden, in den ersten Zeiten nach der errungenen Unabhängigkeit sich wenig geltend gemacht hatte, allmälig aber, ungeachtet aller Bemühungen ihn zu umgehen und zu verhüllen, immer mehr hervortrat. Es war dies der Unterschied zwischen dem demokratischen Norden, wo es keine Sklaven gab, der Grundbesitz

sehr vertheilt war und die Industrie blühte, und dem aristokratischen Süden, wo der große Güter- und Sklavenbesitz bestand, und die Bodeninteressen vorwalteten. Im Lauf der Zeit bildete sich zwischen diesen beiden großen Fraktionen der Republik, in Charakter, Sitte, Gesetzgebung, eine immer mehr um sich greifende Verschiedenheit aus. Der Norden verlangte Abschaffung der Sklaverei und hohe Schutzzölle für seine Fabriken, wogegen vom Süden, der seine Erzeugnisse nicht ohne die Sklavenarbeit hervorzubringen im Stande war, und die Manufakturwaaren aus Europa wohlfeiler beziehen konnte, Erhaltung und wo möglich Ausdehnung der Sklaverei und niedrige Einfuhrsteuern beansprucht wurden. Die Demokratie des Nordens, meist aus kleinen Eigenthümern, Fabrikanten und Handwerkern bestehend, durch den Strom der Einwanderung, der sich dahin ergoß, alljährig verstärkt, und die Aristokratie des Südens, die keinen Zuwachs erhielt und in ihren hergebrachten Verhältnissen blieb, traten sich allmälig schroff gegenüber. Es war in der neuen Welt wie im alten Europa der in der Natur einer Uebergangsepoche, wie die unsrige, liegende Unterschied zwischen Konservativen und Progressisten, nur unter anderen Formen und zu anderen Zwecken, zum Vorschein gekommen. Die Konservativen nannten sich in Nordamerika: Föderalisten, und hielten an den bei der Entstehung der Republik vorhanden gewesenen Interessen und historischen Rechten und besonders der socialen und politischen Ungleichheit zwischen der weißen und farbigen Bevölkerung fest, während die Progressisten, eine Zeit lang ausschließend Demokraten genannt, nach Nivellirung und Centralisirung der Zustände und Einrichtungen, nach möglichster Freiheit und Gleichheit strebten. Jene neigten sich zu aristokratischen, ihrem Ursprung nach englischen Ideen hin, während diese eine mehr kosmopolitische und französische Richtung einschlugen. Diese Parteien waren für einen so jungen Staat, wie Nordamerika, verhältnißmäßig alt, und schrieben sich aus dem Anfange dieses Jahrhunderts her, hatten aber im Lauf der Zeit eine viel ausgeprägtere Bedeutung erhalten. Der verschiedene Geist, die verschiedenen Interessen des Nordens und Südens gewöhnten sich unglücklicher Weise daran, mehr das was sie trennte als das was sie verband bei ihren gegenseitigen Berührungen herauszukehren. An Gelegenheit zu Streitigkeiten zwischen den beiden großen Fraktionen der Republik fehlte es nicht. Die Föderalisten hatten sich den leitenden Einfluß bei der 1816 errichteten Nationalbank zu verschaffen gewußt, und dadurch das Monopol im Geldverkehr an sich gebracht. Sie errichteten eine Menge von Zweigbanken, welche nach und nach den beweglichen

Reichthum an sich zogen, den Zinsfuß bestimmten, und das Land mit einer drückenden Geldherrschaft bedrohten. Als der Demokrat Jackson, welcher New-Orleans so tapfer gegen die Engländer vertheidigt hatte, 1824 auf dem Präsidentenstuhl erhoben worden, gab er alsbald seine Absicht zu erkennen, in den Bankenverhältnissen eine gänzliche Umgestaltung einzuführen. Der Kongreß hatte das unterdessen abgelaufene Privilegium der Nationalbank erneuert, aber der Präsident legte gegen diesen Beschluß sein verfassungsmäßiges Veto ein. Während des darüber entstandenen Streites kamen die Wahlen von 1833 heran, und General Jackson wurde abermals zum Präsidenten ernannt. Derselbe entzog der Nationalbank die bisher in ihr niedergelegten Regierungsgelder, und veranlaßte den Kongreß ihr Privilegium nicht zu erneuern, so daß sie ihre Operationen einstellen mußte. Dieser kühne Griff in die bestehenden Verhältnisse führte für den Augenblick große Verlegenheiten herbei. Mit der Auflösung der Nationalbank fielen die Zweigbanken und die meist ohne hinreichende Mittel errichteten Privatbanken, und zahllose Bankerotte entstanden, welche auf allen großen Handelsplätzen Europa's nachwirkten. Aber die Geldaristokratie wurde dadurch gestürzt, welche die Union bei längerem Bestehen mit den größten Gefahren, vielleicht mit einer gänzlichen Umwälzung bedroht haben würde.

Ungeachtet des Friedens von Gent und der späteren Grenz- und Handelsverträge fehlte es nicht an Veranlassungen und Streitigkeiten zwischen der Union und Großbritannien, wie die Jagd auf dem Gebiete der freien Indianer, die Fischerei und der Wallfischfang an der nordwestlichen Küste Amerika's u. s. w., Streitigkeiten, welche mehr als einmal zu einem Bruch zu führen drohten, aber durch gegenseitiges Maßhalten und Nachgeben immer wieder ausgeglichen wurden. Unter allen englischen Staatsmännern trug Sir Robert Peel das Meiste zur Erhaltung eines guten Einvernehmens zwischen den beiden Staaten bei. Aber obgleich einzelne Reibungen zwischen den beiden Regierungen und Nationen nicht ausblieben, so hatte im Ganzen doch allmälig das Gefühl einer größeren gegenseitigen Achtung unter ihnen Wurzel geschlagen, und das von neuen erwachende Bewußtsein der ursprünglichen Verwandtschaft die Erinnerung an die später eingetretene Trennung gemildert. Großbritannien sah ein, das es vergeblich sein würde, den wachsenden Strom der nordamerikanischen Größe aufhalten zu wollen, und die Union war nicht geneigt, die augenblicklichen Verlegenheiten des ehemaligen Mutterlandes zu ihrem Vortheil benutzen zu wollen. Bei dem Aufstande in Kanada (1837) enthielt sich der Kongreß jeder Einmischung, und der

Engländer M' Leod, welcher sich einer offenbaren Verletzung des nordamerikanischen Gebietes schuldig gemacht hatte, wurde, um weiteren Schwierigkeiten vorzubeugen, von den Geschworenen in New-York freigesprochen. Durch die großen im lieberalen Sinne in der englischen Konstitution vorgenommenen Reformen wurden die zwischen den beiden Nationen bestehenden Verschiedenheiten vermindert, und das Beispiel Nordamerika's ist nicht ohne Einfluß auf die Abnahme des exklusiv aristokratischen Geistes in England gewesen.

Die Union hatte sich bisher nur auf friedlichem Wege, durch Ankauf Luisiana's von Frankreich, der beiden Florida von Spanien, durch Grenzverträge mit Großbritannien und Rußland vergrößert. Selbst die weiten früher von den Indianern besessenen Gebiete im Westen waren meist durch Geld, wenn auch hier die Gewalt zuweilen nachgeholfen hatte, erworben worden. Aber besondere Umstände: das Sinken der Föderalisten und ihrer Neutralitätspolitik, das Uebergewicht der kriegslustigen Demokraten, die in der benachbarten Republik Mexiko herrschende Anarchie — veranlaßten die Union zu dem ersten eigentlichen Eroberungskriege, welchen sie bis jetzt unternommen hatte.

Während des langen Kampfes zwischen den spanischen Kolonien und dem Mutterlande hatten sich nordamerikanische Ansiedler, in der sehr fruchtbaren aber fast unbewohnten, mexikanischen Provinz Texas niedergelassen, und daselbst die Stadt Austin gegründet (1823). Die Mexikaner sahen diese Fremden als gefährlich für sich an, und wollten sie mit Gewalt zur Auswanderung zwingen. Aber die Kolonisten wurden durch den Zuzug von Freiwilligen aus der Union so zahlreich und stark, das sie ein gegen sie gesandtes mexikanisches Heer am See Jacinto gänzlich schlugen, und dessen Oberanführer Santa Anna gefangen nahmen (April 1836). Einige spätere Angriffe der Mexikaner wurden ebenfalls zurückgewiesen. Texas behauptete seine Unabhängigkeit, und der Kampf schlief ein, ohne daß ein förmlicher Friedensschluß stattgefunden hätte. Der neue Staat ward von England und Frankreich anerkannt, und 1844 in die Union aufgenommen.

In der nördlichsten Provinz der Republik Mexiko, Kalifornien, hatten sich von 1836 an nordamerikanische Einwanderer niedergelassen, welche, durch Landsleute aus Oregon und Missuri unterstützt, die Angriffe der Mexikaner abschlugen, und sich für unabhängig erklärten. Der natürliche Reichthum des Landes, besonders das Auffinden von Gold, zog viele Ansiedler herbei. Vom Jahre 1842 an, wo Kalifornien sich eine eigene Regierung gab, an deren Spitze ein Deutscher, Namens

Sutter, gestellt wurde, blieben die Einwohner von mexikanischer Seite her unbelästigt. Auch diese Gegend neigte sich zum Anschluß an die Union hin.

Mexiko hatte die Einverleibung von Texas in die nordamerikanischen Freistaaten übel empfunden, und suchte sich dafür durch Beschränkungen des nordamerikanischen Handels in seinen Häfen und an seinen Küsten zu rächen, worüber von Washington aus Vorstellungen und Beschwerden einliefen. Die formellen Bestimmungen des Völkerrechts sprachen für die Mexikaner, indem Texas und Kalifornien von jeher einen Theil von Neu-Spanien, aus welchem die Republik Mexiko entstanden war, ausgemacht hatten. Aber ein noch älteres in der Natur der Dinge liegendes Gesetz will, daß Völker diejenigen Theile ihres Gebietes, welche sie weder benutzen noch vertheidigen können, an unternehmendere und kräftigere Nachbarn verlieren müssen.

Die Mexikaner hatten, ungeachtet ihrer Unfähigkeit, ein starkes und geordnetes Gemeinwesen zu bilden, den Stolz der Abkömmlinge von Eroberern bewahrt. Sie verwarfen die Anträge des Kabinets von Washington auf eine neue Grenzregulirung, durch welche Texas und Kalifornien, gegen Zahlung einer gewissen Summe, von Mexiko abgetreten worden wären. Es kam zum Kriege, in welchem die Nordamerikaner unter dem General Zacharias Taylor vom Mai bis September 1846 die Mexikaner in einer Reihe von Gefechten, bei Palo alto, Reseca de la Palma und Buena Vista, schlugen. Aber die Streitmacht der Union war zu wenig zahlreich, und besaß besonders zu wenig Transportmittel, um rasch vordringen zu können. In Washington wünschte man vor Allem eine schnelle Beendigung des Krieges, und nahm deshalb einen von dem früheren abweichenden Plan an. Um den langen Weg in das Innere Mexiko's abzukürzen, landete ein nordamerikanisches Korps bei Veracruz, welche Festung nach einer neuntägigen Belagerung sich ergeben mußte (März 1847). Bei Carro Gordo ward Santa Anna gänzlich geschlagen. Nach den beiden entscheidenden Gefechten bei Contreras und Churubusco wurde die mexikanische Hauptstadt vom Feinde bedroht. Der Kongreß verlegte seine Sitzungen nach Queretaro, und suchte gegen die Nordamerikaner einen Guerillakrieg zu organisiren. Aber alle diese Anstrengungen stellten sich als vergeblich heraus. Die Truppen der Union zeigten sich den Mexikanern eben so in den kleineren als größeren Gefechten überlegen. Nach einem dreitägigen blutigen Kampfe wurde die Hauptstadt von den nordamerikanischen Truppen unter dem General Scott erstürmt (14. September 1847). Die In=

dianeraufstände, die Zerrüttung der Finanzen, die Auflösung aller Bande der Ordnung bedrohten die Republik mit einem unvermeidlichen Untergange, wenn sie den Krieg länger fortzusetzen wagte. Der Kongreß von Queretaro gab endlich der Nothwendigkeit nach. Mexiko leistete auf Texas und Kalifornien gegen eine Entschädigung von 15 Millionen Dollars Verzicht, und erkannte den 32. Breitegrad als die Grenze zwischen sich und den Vereinigten Staaten an.

Die Grenzen der Vereinigten Staaten wurden nicht nur durch diese Eroberungen erweitert, sondern auch innerhalb des Gebiets selbst nahmen ursprünglich fast menschenleere Territorien wie Wisconsin, Arkansas, Michigan u. s. w. an Bevölkerung dergestalt zu, daß sie als selbstständige Staaten in die Union eintreten konnten. Die Einwohnerzahl stieg sowohl in den Städten als auf dem Lande in sonst nie dagewesenen Verhältnissen. Bodenkultur, Handel, Schifffahrt, Kapital wuchsen in unerhörter Weise. Die Vereinigten Staaten standen wie ein Ideal, wie das Land der Zukunft, in den Augen des alternden und mit sich selbst unzufriedenen Europa da. Aber ein Krebsschaden nagte an der Blüthe dieses sich so kräftig und rasch entwickelnden Volks. Derselbe lag weniger in der demokratischen Schrankenlosigkeit mit ihrer Selbstsucht und Ungebundenheit, in den religiösen Verirrungen mit ihren zahllosen Sekten, deren Lehren zuweilen mit der Sittlichkeit unvereinbar waren, in der Willkühr und Haltungslosigkeit des ganzen Lebens — diese Uebelstände hätten, wie sie zum Theil durch das Uebermaß der Freiheit entstanden waren, durch einen weiseren Gebrauch derselben beseitigt werden können. Die eigentliche Gefahr war die mit der Zeit zunehmende Spaltung zwischen dem Norden und Süden, deren innerster Grund die Sklavenfrage, immer mehr in den Vordergrund tretend, zuletzt einen entschieden feindlichen Charakter annahm, und den Frieden zwischen den beiden großen Fraktionen der Union selbst bedohte. Vom Kongreß war schon 1776, um die Zunahme der Sklaven zu verhindern, deren Einfuhr untersagt worden, aber die Habgier der Pflanzer in den Südstaaten hatte dieses Verbot zu umgehen gewußt. Aufgeklärte und weitblickende Staatsmänner hatten lange nach einer friedlichen Lösung dieser die ganze Zukunft ihres Landes enthaltenden Frage gesucht, ohne eine solche finden zu können. Vergebens ließ der Präsident der Vereinigten Staaten, Tyler, früher Vicepräsident, der für den vor Ablauf seiner Amtszeit verstorbenen Präsidenten Harrison eingetreten war, durch den talentvollen Staatssekretair Webster mit England 1842 einen Vertrag abschließen, in Folge dessen der Sklavenhandel von neuem, unter den

strengsten Strafen verboten wurde. Dieses und Aehnliches war wie ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein, der bald verdunstet. Die Sklaverei dauerte nicht nur in den Staaten fort, wo sie von jeher bestanden, sondern suchte sich auch dadurch auszudehnen, daß die Sklavenhalter in die Gesetzgebung der sich zu Staaten erhebenden Territorien die Sklaverei einzuführen suchten, und es sich angelegen sein ließen, die Zahl der Sklavenstaaten um jeden Preis zu vermehren. Wo dies auf dem von der Verfassung vorgeschriebenen Wege nicht möglich war, wurde die Anwendung der gewaltthätigsten Mittel, selbst Brand und Mord, nicht gescheut. Auf solche Weise wurde Kansas zu einem Sklavenstaat gemacht. Die Clay'sche Kompromißbill, welche zwischen den nördlichen und südlichen Staaten in der Sklavenfrage eine billige Ausgleichung herbeiführen sollte, die sogenannte Nebraskabill, die es jedem neu aufzunehmenden Territorium frei stellte, ob es Sklaven halten wolle, oder nicht (1854), wurden zu Gunsten der Sklavenhalter unaufhörlich verletzt. Die Südstaaten, ihre Vertreter im Kongreß, ihre Presse, ihre Meetings, setzten die Langmuth ihrer Gegner bei jeder Gelegenheit auf die Probe, und gesellten zu dem Trotz gegen die Gesetze, Prahlerei, Hohn und selbst Mißhandlungen gegen die Personen. Sie waren in ihrem Uebermuth zuletzt dahin gekommen, sich als Sklavenhalter für besser als die zu halten, welche diese unsittliche und verderbliche Einrichtung verwarfen. Die Sklavenstaaten drohten schon 1858 damit in Richmond einen aus ihren Vertretern bestehenden Kongreß dem in Washington entgegenzustellen. Auf diese Art wurde der Bürgerkrieg vorbereitet, der jetzt schon seit zwei Jahren zwischen den Nord- und Südstaaten wüthet, die Verfassung, die Weltstellung, das Dasein der Union auf das Spiel setzt, und bisher (1863) noch keine Entscheidung herbeigeführt hat.

Die Erhebung der englischen Kolonien gegen das Mutterland, aus welcher die nordamerikanische Union hervorging, war nicht aus einem den Einzelnen auferlegten Joche, sondern aus dem Verlangen nach staatlicher Unabhängigkeit entstanden, und würde auch ohne die damals von der englischen Regierung begangenen Mißgriffe, wenn auch später, erfolgt sein. Die Nordamerikaner wurden, als Einzelne, durch die Trennung von Großbritannien nicht freier, als sie es bisher gewesen, da sie dieselben bürgerlichen Rechte wie die Engländer besessen hatten. Sie trugen aber, als Gemeinwesen, das Gefühl einer besonderen Bestimmung in sich, welche sie, bei einer selbst nur ganz im Allgemeinen bestehenden Abhängigkeit von Großbritannien, nicht erreicht haben würden. Anders verhielt es sich mit den Ursachen, welche die südamerikanischen

Kolonien Spanien's zum Abfall trieben. Dort war es nicht der Drang nach einem selbstständigen Staatsleben, wozu die spanischen Kreolen, wie die Folgezeit bewiesen hat, geringe Befähigung besaßen, sondern der mehr oder weniger auf allen Klassen lastende Druck, der den Bruch mit dem Mutterlande veranlaßte. Wenn schon Spanien selbst von dem lähmenden Einflusse einer blinden und starren Gewaltherrschaft litt, so fand dies in noch unendlich höherem Maße in seinen amerikanischen Niederlassungen statt.

In diesen Kolonien waren es nicht allein die obersten Civil- und Militairstellen, welche mit geborenen Spaniern besetzt wurden, sondern alle königlichen Beamten gehörten ausschließend dem Mutterlande an. Es gab keine Volksvertretung irgend einer Art, keine einheimische bewaffnete Macht. Die Vicekönige und Generalkapitaine waren während ihrer Amtsführung so unumschränkt wie der König selbst, und die spätere Verantwortlichkeit, welcher sie unterworfen werden konnten, bot, bei der Bestechlichkeit der Richter, und der Neigung der geborenen Spanier, unter allen Umständen für ihre Landsleute gegen die Kreolen, oder in Südamerika gebornen Abkömmlinge von Spaniern, Partei zu nehmen, keine Sicherheit dar. Das Beispiel der Willkühr, welches die vornehmsten Machthaber im Ganzen aufstellten, ward von ihren untergeordneten Vertretern im Einzelnen nachgeahmt, von denen Jeder in seinem Kreise nach Belieben verfuhr. Die Verwaltung war in allen ihren Abstufungen vom Geiste des Militairdespotismus durchdrungen. Obgleich die südamerikanischen Kreolen meist von den Eroberern des Landes oder den ersten Ansiedlern abstammten, so wurden sie gleichwohl von den geborenen Spaniern als Fremde oder selbst als Besiegte behandelt. Der Kastilier von der dunkelsten Herkunft stand hoch über dem angesehensten Amerikaner da. Die Ausschließung von allen einflußreichen Aemtern hatte die Einheimischen allmälig in diese erniedrigende Stellung gebracht. Nur mit der Geistlichkeit ward eine Ausnahme gemacht, und dieselbe im Besitz ihrer Rechte und Einkünfte gelassen, wogegen sie sich von ihrer Seite als Werkzeug zur Erhaltung eines solchen Zustandes hergab. Die Inquisition, die Censur, der geistige Druck, die Beschränkung des Unterrichts und der Aufklärung wurden in den Kolonien noch weiter als im Mutterlande getrieben.

Das Bestreben des Madrider Kabinets war von jeher darauf gerichtet gewesen, die Kolonien von jeder anderen Verbindung als der mit Spanien abzuhalten. In ihre Häfen konnten nur spanische Schiffe einlaufen. Sie durften nur mit dem Mutterlande Handel treiben, und er-

hielten von dort her alle Verbrauchsgegenstände, welche sie nicht selbst hervorbrachten, zugesandt. Manche Kulturzweige blieben ihnen, um sie in Abhängigkeit zu erhalten, und ihnen Spanien unentbehrlich zu machen ganz untersagt. Selbst die Bodenerzeugnisse waren den einzelnen Provinzen vorgeschrieben, welche nur diese und keine anderen Artikel anbauen durften.

Es war jedoch, ungeachtet dieses Jochs und der Hindernisse, welche dadurch einer Verbesserung des Bestehenden entgegengestellt wurden, in den südamerikanischen Kolonien eine gewisse fortschreitende Bewegung nicht ganz ausgeblieben. Der regsame Geist des Europäers läßt sich, im Gegensatz zum Orientalen, nicht nur nicht in seiner Heimath, sondern selbst in einer ihm ursprünglich fremden Natur, und unter den strengsten staatlichen und kirchlichen Formen, zu keiner durchgängigen und immerwährenden Unbeweglichkeit verdammen.

Zuerst war es das Losreißen der nordamerikanischen Kolonien von England, dann die französische Revolution, besonders aber die von Napoleon in der Stellung der Staaten und Völker veranlaßten Umwälzungen, was die spanischen Kreolen aus ihrem langen Schlummer aufstörte. Außerdem war es dem spanischen Despotismus unmöglich gewesen, sich auf allen von ihm besetzten Punkten gleichmäßig zu befestigen. In den Küstenstaaten Südamerika's hatte nicht jede Verbindung mit Europa und dessen Ideen abgeschnitten werden können, und diese waren auf solche Art allmälig in die inneren Gegenden eingedrungen. So durchgreifend und wachsam sich auch die Gewaltherrschaft zeigen mochte, die hohen Gebirge, die tiefen Wälder, die weiten Steppen dieser unermeßlichen Landstrecken hatten in gewissen Schichten der Bevölkerung das Gefühl der Unabhängigkeit nicht ersterben lassen. In den großen Städten war Alles dem Einflusse der spanischen Behörden unterworfen. Aber das in einzelnen Höfen zerstreut lebende Landvolk, die halbwilden Hirten, die jagdliebenden Indianer waren bereit, unter günstigen Umständen gegen das spanische Joch aufzustehen. Die im Stillen in den Gemüthern lange vorbereitete Erhebung der Kolonien wurde von den im Mutterlande eingetretenen Unruhen, von der Thronrevolution in Aranjuez, welche die Krone an Ferdinand VII. bei Lebzeiten seines Vaters brachte, von den Abdankungen in Bayonne, welche die Napoleoniden an die Stelle der Bourbonen setzten, begünstigt. Durch die Ereignisse, welche das Recht und den Besitz der obersten Gewalt zweifelhaft machten, und eine so tiefe Veränderung im Leben des spanischen Volkes herbei-

führten, wurde die unter den Kreolen und Indianern schon seit Jahren vorhandene Gährung zum Ausbruch gebracht.

Es ist hier nicht der Ort und Zweck eine in das Einzelne gehende Darstellung der südamerikanischen Revolutionen zu geben, sondern es soll nur deren moralischer und politischer Charakter und ihre Stellung unter den Weltbegebenheiten nachgewiesen werden.

Der Kampf der Kreolen und Indianer gegen die spanische Herrschaft brach zuerst in Carcacas aus (April 1810), und pflanzte sich von da nach Neu-Granada fort. Fast gleichzeitig aber ohne Verbindung mit Mittelamerika erhob sich Buenos-Ayres, das mitten unter dem Wechsel der Ereignisse seine Unabhängigkeit zu behaupten wußte. Die Kortes von Kadix hatten, um die Kolonien dem Mutterlande zu erhalten, die spanischen Handelsmonopole in Südamerika abgeschafft, und die despotische Gewalt der Vicekönige beschränkt. Diese Zugeständnisse konnten, außerdem daß sie mangelhaft ausgeführt wurden, die beginnende Bewegung nicht mehr aufhalten. In den aufgestandenen Provinzen traten die Kreolen zu Junten zusammen, welche die den Indianern auferlegte Kopfsteuer und die spanische Zollgesetzgebung aufhoben und dadurch die Masse der Bevölkerung für sich gewannen. Auf den großen weiten Ebenen am La Platastrom waren es die zahlreichen berittenen Hirten (Gauchos), welche den Spaniern entgegentraten, in Mexiko machten die Indianer, unter der Anführung von Geistlichen, die Stärke des Aufstandes aus. Der Kampf dauerte lange ohne Entscheidung fort, indem die Eingeborenen den Vortheil der Zahl, die Spanier aber den der Kriegszucht auf ihrer Seite hatten.

Nach Ferdinand VII. Rückkehr wurden von Spanien größere Anstrengungen als vorher zur Unterwerfung der überseeischen Besitzungen gemacht. Die spanischen Generale Morillo, La Torre, Rodil waren mehrmals nahe daran, das Werk der Wiedereroberung zu vollenden. Aber die unzureichende Unterstützung, welche sie vom Mutterlande erhielten, der allgemeine Haß gegen die eingeborenen Spanier, welcher nicht nur die Kreolen, sondern auch die Indianer entflammte, das Auftreten einiger bedeutenden militairischen Talente unter den Eingeborenen, wie Bolivar, San Martin, Paez u. s. w. führten zuletzt den gänzlichen Untergang der spanischen Herrschaft in diesen Gegenden, wo sie so lange unumschränkt gewaltet hatte, herbei.

Die Kämpfe, welche zur Entscheidung über das Schicksal des spanischen Amerika am meisten beitrugen, waren der Sieg Bolivar's an der Brücke von Boyaca (8. August 1819), bei Carabobo (24. Junius 1821),

und bei Ayacucho (8. December 1824). San Martin's Zug über die Anden (Januar 1817), um den Spaniern in den Rücken zu fallen, während dessen dieser General sich, mit Geschütz und Gepäck, mehre Tage lang auf einer den Montblanc überragenden Höhe befand, und über reißende Gebirgsströme, mitten unter den furchtbaren Schneestürmen der Cordilleren, setzte, kann für eine der kühnsten Thaten der Kriegsgeschichte gelten. Am 19. Januar 1826 mußte Rodil Callao räumen, und damit war die spanische Fahne für immer von der Küste des amerikanischen Festlandes verschwunden. In Madrid trug man sich noch Jahre lang mit der vergeblichen Hoffnung auf eine Wiedereroberung der verlorenen Kolonien, welche erst unter der Regentschaft der Königin Marie Christine von Spanien als selbstständige Staaten anerkannt wurden.

Die spanischen Kreolen hatten während des Krieges gegen das Mutterland Muth und Ausdauer bewiesen, und zur Erreichung ihres Zieles keine Opfer gescheut. Da sie aber für den Gebrauch der Unabhängigkeit nicht vorbereitet waren, und in ihren früheren Zuständen keine Grundlage für ein freies und geordnetes Gemeinwesen besaßen, so folgte unter ihnen ein unbefriedigender Versuch der inneren Gestaltung auf den anderen, entstanden unter den Republiken sich unaufhörlich erneuernde Streitigkeiten, und wurden die ersten Stellen meist durch Gewalt erlangt. Der Militairdespotismus der spanischen Monarchie dauerte unter der südamerikanischen Demokratie fort, und alle politischen Fragen wurden, nicht von den bürgerlichen Obrigkeiten und dem Volke, sondern von den Generalen und den auf ihre Seite tretenden Truppen, entschieden. Die anarchischen Zustände in den ehemaligen spanischen Kolonien sind aber nicht eine vorübergehende Krisis gewesen, aus dem plötzlichen Zerreißen Jahrhunderte lang bestandener Bande hervorgebrochen, sondern scheinen zu der Natur dieses Volkes zu gehören. Denn bis auf die heutige Stunde (1862) sind Bürgerkriege, Staatsstreiche, willkührliches Umwerfen oder Aufbauen von Verfassungen, Unterdrückung von der einen, Zügellosigkeit von der anderen Seite die vorherrschenden Erscheinungen im Leben der südamerikanischen Republiken geblieben.

Brasilien, durch die von ihm mitten unter dem republikanischen Südamerika bewahrte monarchische Staatsform ausgezeichnet, ist von den Umwälzungen und inneren Kämpfen der Nachbarn frei geblieben, und schreitet, wenn auch langsam, aber ungestört fort. Der Anblick der in den südamerikanischen Freistaaten Alles lähmenden Zerrüttung hält die aufgeklärten Klassen an der konstitutionellen Monarchie fest, die übrigens daselbst auf einer ziemlich demokratischen Grundlage ruht.

Die lange Anwesenheit des Hauses Braganza in Brasilien, während die spanischen Kolonien nie ein Mitglied ihres Herrscherhauses bei sich gesehen haben, und die mildere portugiesische Verwaltung hatten zwischen dem Mutterlande und der Kolonie keinen so tiefen Gegensatz, wie im spanischen Amerika, aufkommen lassen. Die Ursachen der endlichen Trennung Brasilien's von Portugal sind in der Geschichte dieses letzteren Staates erwähnt worden*).

Die Insel Hayti enthielt bis zu der französischen Revolution zwei Kolonien, von denen die größere zu Frankreich, die kleinere zu Spanien gehörte. Als die europäische Herrschaft dort vernichtet wurde, erhoben sich auf ihren Trümmern zwei Republiken, von welchen die eine, das Gebiet der ehemaligen französischen Kolonie umfassend, Hayti, nach dem alten Namen der Insel, die andere, spanischen Ursprunges, St. Domingo hieß. Bald nachdem die Versuche der Franzosen, Hayti wiederzuerobern, vereitelt worden, wurde Dessalines, ein Negergeneral, der sich durch seine wilde Tapferkeit hervorgethan hatte, von seinen Kriegsgefährten zum Kaiser von Hayti ernannt, und nahm den Namen Jakob I. an. Nachdem er in einem Volksaufstande umgekommen, ward ebenfalls ein Negergeneral, Christoph, an die Spitze von Hayti gestellt, und 1811 als Heinrich I. zum Kaiser ausgerufen. Als derselbe tyrannisch zu regieren anfing, erhoben sich mehre seiner Generale gegen ihn, verleiteten seine Truppen zum Abfall, und er gab sich durch einen Pistolenschuß selbst den Tod (1820). St. Domingo war eine Republik geblieben, und hatte erst Pethion, dann Boyer zu Präsidenten gehabt. Letzterer vereinigte, nachdem Heinrich I. umgekommen, beide Theile der Insel zu einer Republik. Frankreich erkannte 1825 gegen eine Entschädigung von 150 Mill. Franken (welche 1838 auf 60 Mill. Franken ermäßigt wurde) die Unabhängigkeit von Hayti an. Später trennten sich wiederum die ehemaligen französischen und spanischen Antheile von einander, und der Präsident von Hayti, ein geborener Sklave, Soulouque, ahmte das von Christoph gegebene Beispiel nach, ließ sich unter dem Namen Faustin I. zum Kaiser wählen, ist aber gestürzt und die republikanische Staatsform wiederhergestellt worden. St. Domingo hat sich unter spanischen Schutz begeben.

Während in Amerika die inneren und äußeren Verhältnisse der Völker sich seit einigen Menschenaltern fast gänzlich umgestaltet haben, ist Afrika nur an seiner Nordküste von den Weltereignissen berührt wor-

*) Siehe Bd. XVII. S. 186.

den. Es ist in diesem Werke, in den Abschnitten über Frankreich, der Gründung und Ausbreitung der französischen Herrschaft in Algerien, und, bei Gelegenheit der orientalischen Frage, der Kämpfe zwischen der Pforte und dem Vicekönig von Egypten gedacht worden. Die Niederlassungen der Britten und Franzosen an der Küste von Guinea sind bis jetzt ohne Bedeutung geblieben, und der frühere Glanz der portugiesischen Kolonien in Mozambik und Zanguebar ist mit dem Sinken Portugal's erloschen. In Südafrika führen die Engländer einen nur durch kurze Waffenstillstände unterbrochenen Krieg mit den hottentottischen Stämmen in der Nähe des Kaplandes, von denen diese Kolonie beunruhigt wird. Die katholischen und protestantischen Missionen haben in Afrika weniger als anderswo ausgerichtet, und unter den unabhängigen Negervölkern hat der Islam mehr Fortschritte als das Christenthum gemacht. Der europäische Geist hatte in Amerika seine Aufgabe so vollständig gelöst, daß sein unmittelbares Eingreifen dort unnöthig geworden war. Die im 16. und 17. Jahrhundert auf dem amerikanischen Kontinent gegründeten Kolonien sind selbstständige Staaten geworden, und die noch unter europäischer Botmäßigkeit stehenden Inseln werden über kurz oder lang diesem Beispiel folgen. Nordasien und ein großer Theil Südasien's, die Inseln im stillen Ocean haben sich der Herrschaft oder dem Einflusse Europa's nicht entziehen können. Nur zum Innern Afrika's ist bis jetzt der Eingang nicht gefunden worden. Aber das rastlose Streben der europäischen Menschheit wird, von den Umständen begünstigt, einst auch diese noch von Nacht bedeckten Gegenden umfassen, und dort, wie früher in Amerika, das Licht der Gesittung entzünden.

Im Norden Asien's herrschen die Russen, im Süden die Engländer, im Innern dieses Welttheiles stehen sich die beiden Nationen schon seit langer Zeit drohend gegenüber. Die Eroberung Georgien's und Armenien's, die Besitznahme der südlichen und östlichen Küstenstrecken des kaspischen Meeres, die geheimen Ränke an den Höfen der Fürsten von Afghanistan und Kabul hatten Rußland den Grenzen der englischen Besitzungen in Asien näher geführt, und einen Angriff auf dieselben vorbereitet. Durch die von Südsibirien bis nach Tibet gehenden russischen Karavanen war ein großer Theil des Weges nach Indien in allen Einzelheiten ausgeforscht worden. Ein einziges, lange für unüberwindlich erachtetes Hinderniß stellte sich den Russen bei ihrem Vordringen in Innerasien entgegen. Es war dies der von den kaukasischen Bergvölkern, welche Rußland nicht unbezwungen in seinem Rücken lassen durfte, mit äußerster Anstrengung geführte Kampf für ihre Unabhängig-

keit. Derselbe hatte schon im Anfange dieses Jahrhunderts begonnen, und war von den Russen im Vergleich zu den ungeheuren von ihnen entwickelten Angriffsmitteln lange mit geringem Erfolg geführt worden. An den Schwierigkeiten des Terrains und der natürlichen, von Freiheitsliebe und religiösem Fanatismus noch verstärkten Tapferkeit der Bevölkerung war ein russisches Heer nach dem anderen, wie ein Schiff an einem Felsenriff, gebrochen, und mehr als ein sonst berühmter General hatte im Kaukasus seinen Ruf verloren. Aber allmälig waren die Russen, welche ihre oft großen Verluste leicht ersetzen konnten, immer tiefer in die wilden Gebirge eingedrungen, hatten die sonst undurchdringlichen Wälder niedergebrannt, und jede nach heißen Kämpfen errungene Position mit Blockhäusern befestigend und diese immer weiter fortführend, zuletzt im Herzen des feindlichen Landes Fuß gefaßt. Die russische Regierung verwandte zu diesem auf einem Gebiet von mäßiger Ausdehnung geführtem Kriege zuweilen an 100,000 Mann, und wußte sich dort, wie die Franzosen in Nordafrika, eine Kampfschule für militairische Athleten zu bilden. Aber auch russisches Gold wirkte auf diese armen, rohen und unter sich häufig uneinigen Völker, in deren Wesen sich mahomedanischer Glaube, mittelalterliches Feudalwesen und korsikanische Blutrache zu einer seltsamen, zuweilen großartigen, noch öfters abstoßenden Gestalt vereinigt hatten. Manche der tapfersten von diesen Stämmen verbluteten sich während dieses langen, fast sechzigjährigen Krieges, andere wurden durch die russischen Verheerungen zur Flucht nach Persien und der freien Tartarei gezwungen, aber die meisten unterwarfen sich zuletzt, als sie sahen, daß sie von den Engländern und selbst von den Türken verlassen blieben, und sogar während des Krimkrieges keine Diversion zu ihren Gunsten unternommen wurde. Als nach dem Pariser Frieden die Russen ihr Heer in jenen Gegenden auf eine vorher nie dagewesene Höhe gebracht hatten, unterlag der letzte und größte Held des kaukasischen Freiheitskampfes, Schamyl, nachdem er lange der Schrecken der Russen und die Bewunderung des übrigen Europa gewesen, in dem Felsennest Gunib, von hundertfacher Uebermacht eingeschlossen und dem Hungertode Preis gegeben. Er unterwarf sich aber erst, als alle seine Getreuen (Müriden) bis auf siebenundvierzig gefallen, an den russischen Obergeneral Fürsten Baryatinski (8. September 1859), der den überwundenen Feind mit Edelmuth behandelte und ihm sogar seine Waffen und Schätze ließ. Der Kaiser Alexander bestätigte das Verfahren seines Feldherrn, und wies Schamyl, der damals dreiundsechzig Jahre alt war, einen ehrenvollen Aufenthalt in Kaluga an.

Die tapfersten unter den kaukasischen Bergvölkern wanderten nach Schamyl's Fall in Masse aus, und was zurückbleibt, wird seine Unabhängigkeit gegen die immer unaufhaltsamer vordringenden Russen nicht lange mehr vertheidigen können. Rußland, im Besitz des Kaukasus, wirft jetzt von dieser hohen Warte aus viel kühnere und begehrlichere Blicke auf die asiatische Türkei, auf Persien, und über dieses hinaus nach dem Indus, und wird nicht ruhen noch rasten, bis es die Herrschaft über Mittelasien an sich gebracht haben wird.

England's Bestrebungen in Asien waren lange Zeit über vornehmlich darauf gerichtet, sein ostindisches Reich abzurunden, die Völker, von welchen ein Angriff auf dasselbe ausgehen konnte, zu schwächen oder zu unterwerfen, und dasselbe bis zu seinen natürlichen Grenzen, welche zugleich seine Vertheidigungslinien sind, auszudehnen. Durch die Besiegung des zwischen den brittischen Besitzungen und Tibet liegenden Nepaul fielen die wichtigsten Gebirgspässe des Himalaya, die Quellen des Ganges und der Jumna unter die Gewalt der Engländer, und wurde ein Handelsweg zu Lande mit China eröffnet (1816). Durch den gegen den Peischwa der Maratten von 1818 bis 1819 geführten Krieg wurde dem einzigen diesseits des Ganges noch bestehenden unabhängigen Staate ein Ende gemacht. Der Kampf gegen die Birmanen gab England Gelegenheit in Hinterindien Fuß zu fassen. Das Heer des „Monarchen mit den goldenen Füßen", wie sich der Beherrscher des birmanischen Reichs nennen läßt, wurde in der dreitägigen Schlacht bei Promesi (1. bis 3. Dec. 1825) gänzlich geschlagen. Im Frieden von Yandabu (24. Febr. 1826) mußten die Birmannen die ganze westliche Küste ihres Reiches abtreten und sich zu einer Kriegskontribution von 1 Mill. Pfd. Sterling verstehen. Alle diese Kämpfe waren von den Engländern, unter Ueberwindung großer natürlicher Hindernisse, und gegen von einer wilden Tapferkeit beseelte Völker, mit eben so viel Einsicht als Muth geführt worden.

Während England sein indisches Reich nach außen hin vergrößerte, wurden zugleich in demselben manche Verbesserungen eingeführt. Ungeachtet der außerordentlichen Fruchtbarkeit des Bodens, der Mannigfaltigkeit der Erzeugnisse, des gewinnreichen Handels mit dem Auslande, verarmte die einheimische Bevölkerung nicht nur immer mehr, sondern blieb auch der öffentliche Schatz leer, trat zuweilen, wie nach dem birmanischen Kriege, eine wirkliche Finanznoth ein. Die übermäßig hohen Besoldungen, und die Menge der Beamten, die nachlässige Beaufsichtigung derselben, und das drückende Abgabensystem waren an diesen

Uebelständen schuld. Durch die Ernennung befähigter und wohlgesinnter General-Gouverneurs, besonders des Lord William Bentink, wurde die Rechtspflege und Verwaltung von einzelnen Mißbräuchen befreit, der bisher von den Behörden gegen die Eingeborenen häufig verübten Willkühr vorgebeugt, und in der Verwendung der öffentlichen Einnahmen eine strengere Ordnung eingeführt. Im Ganzen dauerten gleichwohl die von einer fremden Herrschaft, namentlich einer solchen wie die England's über Ostindien, die ihren Mittelpunkt in so weiter Ferne hat, unzertrennlichen Uebel fort. Die bedeutendste Reform in den englisch-indischen Verhältnissen war die schon seit lange vergeblich beantragte, unter dem zweiten Ministerium Lord Melbourn's, endlich durchgesetzte Freigebung des Handels mit dem Mutterlande, während derselbe früher ein Monopol der ostindischen Kompagnie gewesen.

Die heißesten Kämpfe hatten die Engländer, bei ihrem Streben ihr indisches Reich abzurunden und vor Angriffen sicher zu stellen, gegen die Afghanen, ein aus dem Norden eingewandertes, aber im Laufe der Zeit mit einheimischen Stämmen vermischtes, Volk tartarischen Ursprunges zu bestehen. Rußland hatte sich durch geheime Sendlinge Einfluß in Afghanistan zu verschaffen gewußt, und es war dadurch, an der Grenze der englischen Besitzungen, eine dieselben bedrohende Gährung unter der Bevölkerung entstanden. Afghanistan ist die nördliche Grenzwache Indien's, und sein Besitz hat in früheren Zeiten mehrmals über das Schicksal der Gangesländer entschieden. Auch ist Kabul, die Hauptstadt des Landes, einer der vornehmsten Punkte für den Verkehr Mittelasien's mit Indien und den im indischen Ocean gelegenen Inseln. In dem Afghanistan benachbarten Persien herrschte damals der russische Einfluß vor, dessen weitere Verbreitung die Engländer durch eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistan's verhindern wollten. Das Oberhaupt von Afghanistan, der Schah Schudschah, war von einem seiner Brüder, dem Khan Dost Mohammed, gestürzt und vertrieben worden. Schudschah suchte den Schutz der Engländer nach, welche ihn mit Waffengewalt in seine Rechte wieder einsetzten (1838), und ein Heer in seinem Lande zurückließen. Dost Mohammed stellte sich im englischen Hauptquartier als Gefangener ein, und die Afghanen schienen unterworfen zu sein, sannen aber im Stillen darauf, sich der Engländer zu entledigen. Nachdem alle Vorbereitungen mit orientalischer Schlauheit, unter dem Deckmantel der tiefsten Ergebenheit, gegen die fremden Eroberer getroffen waren, brach ein allgemeiner Aufstand aus, als dessen erstes Opfer der englische Gesandte bei dem Schah Schudschah, Sir

Alexander Burnes, durch seine tiefe Kenntniß der Sprachen und Völker Mittel- und Südasiens ausgezeichnet, fiel. Die englischen Truppen lagen als Besatzungen in verschiedenen Theilen des Landes weit zerstreut auseinander. Der General Elphinstone ließ sich von listigen Unterhandlungen so lange hinhalten, bis die Lebensmittel aufgezehrt waren, und die kalte Jahreszeit begonnen hatte. Bei dem endlich unvermeidlich gewordenen Rückzuge des englischen Heeres ging, was dem Schwerte des Feindes entkam, durch Hunger und Kälte zu Grunde. Von der aus 5000 Mann bestehenden Besatzung von Kabul konnten sich nur zehn Mann retten. Im Jahre 1842 führten die Generale Nott und Pollack ein neues Heer gegen die Afghanen, die jetzt gänzlich geschlagen, deren Städte verbrannt, die Felder, Gärten und Weinberge verwüstet wurden, wobei sich besonders die eingeborenen indischen Truppen in englischem Dienst, Sipahis genannt, durch Raubsucht und Grausamkeit hervorthaten. Die Folge dieses Krieges war, daß die Engländer die Provinz Sind mit ihren Besitzungen vereinigten, und Afghanisten unter englischen Einfluß kam.

Die den Afghanen benachbarten Sikhs, ein Volk vom Stamme der Hindu, aber verschiedener Religion, das nicht lange vorher unter dem Maharadschah (Oberkönig) Rundschit Sing ein bedeutendes Reich gebildet, seitdem aber durch Thronstreitigkeiten geschwächt war, trugen sich, im Geheimen von Rußland und Persien aufgereizt, mit der Hoffnung, die Engländer aus Indien vertreiben zu können. Von den Sikhs ward dabei auf den Beistand ihrer Stammgenossen im englischen Indien gezählt. Es kam zum Kriege, und die Sikhs waren fast viermal so stark als die Engländer, von denen sie aber in zwei Schlachten, bei Mudki und Sobraon (December 1845) nach verzweifeltem Widerstande überwältigt wurden. Der englische Oberfeldherr Sir Henry Hardinge nahm die Hauptstadt des Landes, Lahore, ein, und theilte das Reich der Sikhs unter verschiedene Fürsten, welche England's Oberhoheit anerkennen, und nichts ohne Bewilligung der bei ihnen beglaubigten englischen Gesandten unternehmen dürfen. Als aber die Sikhs, von Afghanen unterstützt, abermals zu den Waffen griffen, und von den Engländern unter General Gough geschlagen wurden (21. Februar 1849), machte der General-Gouverneur von Ostindien, Lord Dalhousie, ihrem Reich ein Ende, indem er den Adoptivsohn Rundschit Sing's, Dhulip Sing, den letzten Beherrscher von Lahore, absetzte, ihm ein Jahrgehalt gab, und das ganze Land unmittelbar der englischen Herrschaft einverleibte. Durch diese Reihe von oft gefahrvollen, zuletzt aber immer glücklich endigenden

Kriegen hatte Großbritannien die natürliche Grenze Vorderindien's erreicht, welche von dem Indus bis über Attock hinaus, von der an Peschawer sich anlehnenden Gebirgskette und von dem Himalaya gebildet wird, und einem von außen her kommenden Angriffe auf seine indischen Besitzungen schwer zu überwindende Schwierigkeiten entgegenstellt. Aber hiermit nicht zufrieden suchten die Engländer ihre Besitzungen auch in Hinterindien zu erweitern, und benutzten die zwischen englischen Schiffseigenthümern und birmanischen Behörden ausgebrochenen Streitigkeiten zur Eregung eines neuen Kriegs mit den Birmanen, nachdem der erste, wie oben erwähnt worden, durch den Frieden von Yandabu beendigt worden. Der General Godwin fiel 1852 in das Gebiet der Birmanen ein, und erlitt anfänglich bei mehren Gelegenheiten erhebliche Verluste, schlug aber zuletzt den Feind, und erlangte mit Hülfe einer Thronrevolution von dem Hofe von Ava die Abtretung der Provinz Pegu und eines großen Küstenstriches (1854).

Dem Anschein nach war die ganze ungeheure Ländermasse, vom Indus und Himalaya nördlich bis zum Kap Komorin südlich, den Engländern unbedingt und für immer unterworfen. Aber die Verschiedenheit des Glaubens, der Sitte, der Sprache war noch eben so groß, wie hundert Jahre vorher, als Clive (1757) mit seinen Abentheurern in Vorderindien zum erstenmal Fuß faßte. Der Hochmuth, die Eroberungssucht und das Unterdrückungssystem der Britten hatten den Haß der einheimischen Bevölkerung gegen die fremde Herrschaft immer lebendig erhalten. Dieser Haß war in allen Klassen derselbe. Die eingebornen Fürsten, zuletzt noch der König von Oude (Audh), waren, je nach den Umständen, vertrieben, entsetzt, pensionirt worden, oder befanden sich, wenn ihnen eine nominelle Gewalt übrig geblieben, bei deren Ausübung in der größten Abhängigkeit von den Civil- und Militairagenten der ostindischen Kompagnie, die das anglo-indische Reich für ihre Rechnung verwaltete, und deren Direktoren ihren Sitz in London hatten. Ein großer Theil des höheren Lehnsadels war durch frühere Konfiskationen, durch Geldstrafen und kostspielige Processe in seinen Vermögensverhältnissen herabgekommen, und sah sich bei dem geringsten Verdacht der Auflehnung in seinem Eigenthum und seiner Freiheit bedroht, und mußte sich das willkührliche Eingreifen der Eroberer in alle seine inneren Verhältnisse gefallen lassen. Die kleinen Besitzer und die arbeitende Menge wurde von der Last der Abgaben und noch mehr von der Art ihrer Erhebung zu Boden gedrückt, bei der besonders die einheimischen Steuereinnehmer, im Vertrauen auf den Schutz ihrer englischen Vorgesetzten,

sich oft die größten Ungerechtigkeiten und Härten erlaubten. Der Unterschied der Religion zwischen den Engländern und den Eingebornen dauerte in seiner ganzen Stärke fort. Die englische Herrschaft hatte im Ganzen wenig zur Verbreitung des Christenthums in Indien gethan, und die etwaigen Bemühungen ihrer Missionaire waren fast ohne Erfolg geblieben. Die Anhänger des Brahmanismus fühlten sich von der Geringschätzung verletzt, welche die Britten gegen ihre Kastenunterschiede bewiesen; die zahlreichen Anhänger des Islam, unter ihnen viele Abkömmlinge der mongolischen Eroberer des Landes, deren religiöser Eifer durch die häufigen Pilgerfahrten nach Mekka und die Berührung mit ihren Glaubensgenossen immer wieder aufgefrischt wurde, ertrugen mit äußerster Ungeduld das ihnen auferlegte Joch. Der exklusive Charakter des Engländers, die Geringschätzung, mit der er auf alles Fremde herabsieht, die starre Entfernung, in der er sich von den Eingebornen in den ihnen unterworfenen Ländern hält, machte jede Annäherung zwischen den beiden Racen unmöglich, und flößte dem Hindu, je nach seiner Stellung, Furcht oder Haß ein. Der brittische Gebieter, als Beamter, Officier, Kaufmann, Pflanzer, denn die protestantischen Missionaire kamen wegen ihrer geringen Zahl und abhängigen Stellung kaum in Betracht, wußte nichts von der gewinnenden Vertraulichkeit, der liebevollen Gleichstellung, der Sorge für das geistige und leibliche Wohl seiner fremden Untergebenen, welche den katholischen Glaubensboten, besonders Franciskaner und Jesuiten, auf so vielen Punkten in Asien und Amerika ausgezeichnet hatten. Aber auf der anderen Seite stand dem stolzen ausschließendeu Wesen der Engländer bei den Eingeborenen in Indien nicht eine weiche kindliche Gemüthsart, nicht eine ihre ersten Schritte versuchende Gesittung, sondern eine selbstsüchtige, verschlagene Gesinnung, eine uralte, in manchen Richtungen äußerst kunstreiche, aber seit lange versteinerte Kultur gegenüber. Der Hindu, wenn auch unterjocht und äußerlich unterwürfig, stellte sich in Gedanken weit über den über das „unreine" Meer gekommenen, von animalischer Nahrung lebenden Europäer, der zu keiner Kaste gehörte, und ganz außerhalb des Kreises stand, der nach der brahmanischen Vorstellung die mit der göttlichen Weltordnung in Verbindung stehende Menschheit umschließt. Je mehr der Haß gegen die englische Herrschaft unter den Eingebornen um sich griff, je weniger schienen die, gegen welche er gerichtet war, wie dies in ähnlichen Lagen nicht selten geschieht, denselben gewahr zu werden. Nie hatten die Engländer: Beamte, Officiere, Soldaten, Matrosen, die Hindus aller Klassen mit mehr Verachtung behandelt, als in

der Zeit, wo unter diesen der Entschluß zu einer großen Erhebung gegen ihre Unterdrücker zur Reife gedieh. Die Anhänger des Brahmanismus und des Islams traten einander in einem großen Theil Indien's durch Boten und geheime Zeichen näher, die den Engländern unbekannt blieben oder unverständlich waren. Vergebens hatte einige Zeit vorher der geniale General Napier bei seiner Anwesenheit in Indien (1851) sich mit bitterm Tadel über die Mißbräuche der Verwaltung, über die Demoralisirung der Truppen geäußert, und seine Besorgnisse vor dem unter den Einheimischen herrschenden Geist zu erkennen gegeben. Seine Warnungen waren an den Uebermuth und dem Sicherheitsgefühl seiner Landsleute gescheitert. Um eine Bevölkerung von 180 Millionen Seelen zwischen dem Himalaya und dem Kap Komorin zu beherrschen, bedurfte es eines großen Heeres, das ganz aus Engländern und Europäern zusammenzusetzen unmöglich war. Unter den 250,000 Soldaten, die von der ostindischen Kompagnie unterhalten wurden, gab es (1857) nur 30,000 Britten, die übrigen waren Eingeborne, auf welche die englischen Officiere keinen moralischen Einfluß ausübten, indem sie sich um dieselben außerhalb des Dienstes nicht im entferntesten bekümmerten. Um so ungestörter konnten die Sipahis ihre Vorbereitungen zum Aufstande treffen. Als Vorwand zu demselben diente die Einführung neuer Patronen, die mit Rinder= oder Schweinefett eingerieben sein sollten, wovon ersteres die religiösen Gefühle der Hindus, letzteres die der Mahomedaner beleidigte. Die Erregung moralischen Skrupels und physischen Abscheus war bei der rohen und abergläubigen Menge der äußere Hebel zu der Bewegung, deren erste Ursachen aber tieferer und allgemeinerer Natur waren. Der Aufstand der einheimischen Truppen brach zuerst in der bengalischen Armee aus, während die Madras= und Bombayarmee noch eine Zeit lang ruhig blieb. Am 9. Mai 1857 verweigerten die in Mirut bei Delhi liegenden Sipahis die Annahme der neuen Patronen, tödteten die englischen Officiere, deren Frauen und Kinder und zündeten die Kaserne an. Zwei Tage später erhob sich Delhi, die alte Hauptstadt des mongolischen Reichs. Die Engländer hatten die Wichtigkeit dieses Centralpunkts übersehen, und es lagen daselbst nur wenige europäische Truppen. Die Sipahis bemächtigten sich in Delhi eines Artillerieparks von 150 Kanonen, unermeßlicher Kriegsvorräthe und eines Schatzes von 2 Mill. Pfd. Sterling. Die englische Besatzung ward überwältigt, und die gesammte europäische Bevölkerung, Männer Weiber, Kinder, meist unter gräßlichen Martern umgebracht. Lieutenant Willoughby sprengte sich und mit ihm an tausend Rebellen in die Luft,

indem er in ein großes Pulvermagazin Feuer warf. Der ehemalige Kaiser oder Großmogul, Akbar, ein Nachkomme Timur's, der in seinem Pallast zu Delhi von einer englischen Pension lebte, wurde zum rechtmäßigen Beherrscher von Indien ausgerufen. Da er zweiundneunzig Jahre alt war, so traten seine Söhne und Enkel für ihn ein, die sich an den Vorbereitungen zu der Empörung betheiligt hatten, und, wie wenigstens die Engländer behaupteten, auch an den begangenen Gräueln nicht schuldlos waren. Gleichzeitig brach der Aufstand in allen bengalischen Garnisonsstädten aus. Ueberall fielen dieselben Scheußlichkeiten vor. Die erfinderische Grausamkeit des Orientalen übertraf an Menge und Mannigfaltigkeit der Unthaten alles, was in Europa Unmenschlichkeit und Verruchtheit in einzelnen Fällen verübt haben mag. Die Gefangenen und Wehrlosen wurden lebendig verbrannt, in Stücke gehauen, es wurden ihnen die Augen ausgerissen, die Finger und Zehen langsam abgeschnitten, die Haut abgezogen, die Frauen wurden öffentlich geschändet, die Kinder auf dem Pflaster zerschmettert und alle ersinnlichen Gräuel verübt. Die massenhaftesten Grausamkeiten wurden in Cawnpur, nachdem die englische Besatzung überwältigt worden, unter Anführung des Nena Sahib, der zum Stamme der Marattenfürsten gehörte, begangen. Dort wurden 88 gefangene Officiere, 190 Soldaten und 120 Frauen und Kinder ermordet und die Leichname in einen Brunnen geworfen. Der Aufstand verbreitete sich über Nordindien wie ein Lauffeuer und war überall von denselben Freveln begleitet.

Die Engländer waren anfänglich überrascht, und im ersten Augenblick von der Kunde über diese entsetzlichen Vorfälle wie erstarrt. Aber bald ermannten sie sich, und die Beamten und Officiere, die bis dahin meist an ein schwelgerisches Leben gewöhnt und in Weichlichkeit versunken gewesen, erhoben sich im Moment der höchsten Gefahr zu einer Thätigkeit, einem Muth, einer Todesverachtung, die nie übertroffen worden ist, und einen glänzenden Beweis von der Kraft des englischen Volkscharakters geben. Das Verhalten ihrer Feinde kam ihnen dabei zu Hülfe, indem diese ohne Plan, Zusammenhang und Uebereinstimmung handelten, und nur auf Befriedigung ihres Rachegefühls bedacht waren. In Kalkutta, dem Sitz der Regierung, wurden die tüchtigsten Maßregeln ergriffen, um der Empörung zu widerstehen. Die englische Bevölkerung daselbst bewaffnete sich und hielt die Hindus und Mahomedaner in Zaum. Zum großen Glück für die Engländer blieben ihnen die Regimenter, die sie unter den Ghorkas, einem kriegerischen Stamm, der im Himalaya seinen Sitz hat, und die, welche sie unter den ebenfalls

tapferen Sikhs angeworben hatten, aus Haß gegen die Sipahis treu, und leisteten gegen dieselben wesentliche Dienste. Die Madras= und Bombaiarmee hatte es versäumt, sich gleichzeitig mit der bengalischen Armee zu erheben, und ihre später unternommenen Versuche der Art wurden von den dort stehenden englischen Truppen alsbald unterdrückt. Von den indischen Fürsten schloß sich, mit Ausnahme der kaiserlichen Prinzen in Delhi und Nanna Sahib's, aus Furcht vor den Engländern, aus innerer Uneinigkeit und gegenseitiger Eifersucht keiner sonst dem Aufstand an. Das eigentliche Volk betheiligte sich nur hier und da an den Plünderungen und Metzeleien, schlug sich aber nicht, und die Sipahis blieben auf sich beschränkt. Auf diese Weise ward es dem General Wilson möglich, nach einer Belagerung von drei Monaten, bei der die Engländer, welche, außer mit einem verzweifelten Feinde, noch mit einer glühenden Sonnenhitze und der Cholera zu kämpfen hatten, eine seltene Ausdauer und Tapferkeit bewiesen, das große Delhi, mit einem Verlust von 66 Officieren und 1178 Soldaten, mit Sturm zu nehmen. Nie hat die moralische und militairische Ueberlegenheit europäischer über orientalische Truppen sich mehr als bei diesem Kampf bewährt. Denn die Aufständischen, welche Delhi vertheidigten, waren nicht mit Pfeil und Bogen bewaffnete Wilde, wie deren von den Spaniern unter Cortes und Pizarro in Südamerika angetroffen wurden, sondern Soldaten, die Jahre lang unter den Engländern gedient hatten, und eben so gut mit dem Feuergewehr wie diese umzugehen wußten. Dennoch unterlagen sie zuletzt gänzlich, weil sie nach einem wilden Aufschwung bald in eben so große Ermattung verfielen. Besonders waren den Eingebornen die englischen Bayonettangriffe furchtbar. Die Sieger machten im ersten Augenblick der Wuth, als sie in das Innere der Stadt eindrangen, Bewaffnete wie Unbewaffnete nieder, aber es dauerte dies nur kurze Zeit und war von keiner der langsamen und scheußlichen Martern begleitet, welche die Aufständischen überall, besonders aber in Delhi verübt hatten. Der alte Kaiser Akbar wurde aus seinem Pallast gefangen nach Kalkutta abgeführt, und zwei Söhne und drei Enkelsöhne von ihm, die sich der Empörung angeschlossen hatten, wurden erschossen. Das Heer, welches Delhi vertheidigt hatte, ergoß sich in regelloser Flucht an beiden Ufern der Jumna hin, ward aber von den Engländern erreicht und vollends auseinander gesprengt. Einem Theil gelang es, sich mit den Aufständischen im Königreich Oude zu vereinigen, dessen von der ostindischen Kompagnie pensionirter König

neutral blieb, die ganze Bevölkerung sich aber gegen die Engländer erhob.

Dort hatten sich die Engländer mit 400 Frauen und Kindern in die Citadelle von Lucknow, der Hauptstadt des Landes, geworfen, die Tag und Nacht von den Rebellen beschossen und unaufhörlich bestürmt wurde. Die englische Besatzung unter Sir Henry Lawrence schlug alle Angriffe ab, und war entschlossen, sich im schlimmsten Fall sammt der weiblichen Bevölkerung eher in die Luft zu sprengen, als den Sipahis in die Hände zu fallen. Als die Noth am größten war und man in der Citadelle glaubte nur noch vierundzwanzig Stunden leben zu können, rückte General Havelock, der sich unterwegs mit seinem Kollegen Outram vereinigt hatte, zum Ersatz heran. Von Zorn über die von den Aufständischen begangenen Gräuel und von Liebe zu ihren bedrängten Landsleuten erfüllt, griffen die Engländer die fünffach stärkere Belagerungsarmee mit solchem Nachdruck an, daß sie deren dichteste Reihen durchbrachen und in die Citadelle einzogen (25. September 1858), nachdem sie den vierten Theil ihrer Mannschaft verloren hatten. Aber die Stadt Lucknow selbst, wo 50,000 Sipahis lagen, konnte von Havelock nicht eingenommen werden, der froh sein mußte die Citadelle erreicht und die Besatzung mit seinen und Outram's Truppen verstärkt zu haben. Am 16. November wurde Havelock durch den von Kalkutta herbeiziehenden Obergeneral Campbell entsetzt und glücklich aus dem Bereiche des Feindes gebracht. Havelock, der eben so menschlich und fromm als tapfer und hochherzig war, starb bald nachher an der Cholera. Sein Name wurde im ganzen brittischen Reich mit Bewunderung genannt.

In England waren unterdessen die gewaltigsten Anstrengungen gemacht worden, um die Truppen in Ostindien zu verstärken. Uberall meldeten sich Freiwillige zum Eintritt in die Armee, und alle Parteien und Klassen waren fest entschlossen die englische Herrschaft in Ostindien um jeden Preis aufrecht zu halten. Nach und nach wurden über 100,000 Mann europäische Truppen nach Ostindien geschickt. Außerdem ward das englische Heer von 20,000 Gorkhas und 15,000 Sikhs verstärkt. Im December 1857 und Januar 1858 siegten Campbell und Outram über den Feind in mehren Schlachten. Am 13. März ward Lucknow nach einem dreitägigen Sturm genommen. Die Streitmacht der Rebellen schmolz von jetzt an rasch zusammen, und der Krieg löste sich in viele einzelne Guerillakämpfe auf, in denen die Engländer ebenfalls Meister blieben. Die letzten Siege über größere Massen der Aufständischen wurden im Sommer 1858 von General Hope Grant bei Nawabgunge, und im

Herbst von General Michel bei Bohahg erfochten. Bei dieser Gelegenheit wurde der Maratte Tantia Topi, einer der fähigsten und tapfersten Leiter der Empörung, gefangen genommen, und am 18. April (1859) in Sipri hingerichtet. Unter den hervorragenden Führern entging nur Nana Sahib der Rache der Engländer. Außer den fünf Prinzen der kaiserlichen Familie wurden unzählige aus dem Volk erschossen, häufig in der Art, daß man sie, nicht um ihre Qual, sondern den Schrecken bei den Zuschauern zu vermehren, an die Mündung der Kanonen band, oder gehenkt, aber in der Regel nur solche, die des Mordes an Gefangenen und Wehrlosen schuldig waren. Manche von den vornehmen Hindus, die in die Hände der Engländer gefallen, entleibten sich im Kerker. Sehr viele Verhaftete, unter ihnen offenbar Schuldige, ließ man später frei. Der General-Gouverneur von Indien, Lord Canning, ein Sohn des berühmten englischen Staatsmannes dieses Namens, hatte während des Krieges die Militairmacht durch seine Maßregeln nachdrücklich unterstützt, zeigte sich aber gegen die Besiegten mild, und trug durch seine weise Mäßigung viel zur Stillung der Unruhen bei. Am 28. Juli 1859 wurde ein großes Dankfest für Besiegung des Aufruhrs begangen.

Das wichtigste Ergebniß dieses Kampfes, bei dem die englische Herrschaft einen Augenblick lang auf dem Spiel stand, und bei größerer Einheit unter ihren Feinden vielleicht gestürzt worden wäre, oder wenigstens eine tödtliche Wunde erhalten hätte, war die Aufhebung des Privilegiums der ostindischen Kompagnie. Die Verwaltung der ungeheuren Ländermassen zwischen dem Himalaya und dem Kap Komorin ging wieder an die Krone und deren verantwortliche Rathgeber zurück. Damit hat für Indien und sein Verhältniß zu Großbritannien eine neue Epoche begonnen, von der man hofft, daß sie zu wesentlichen Verbesserungen in der Lage der einheimischen Bevölkerung führen werde. Die englische Herrschaft über ein so großes und fern gelegenes Land, und über so zahlreiche, von ihren Gebietern ganz verschiedene Völker, wird immer für ein Meisterstück der Politik gelten, und die Bewunderung aller Zeiten erregen. Aber sie bleibt aus denselben Gründen, die sie so erstaunenswerth erscheinen lassen, für die Zukunft unsicher, indem die in der Natur der Dinge liegenden Hindernisse, welche der dauernden Erhaltung eines solchen Besitzes entgegenstehen, von menschlicher Weisheit wohl hinausgeschoben, aber nicht gänzlich weggeräumt werden können.

China war bis in die neueste Zeit hinein von der übrigen Welt

so abgesondert wie vor Jahrtausenden geblieben. Seitdem die von den Jesuiten im siebenzehnten Jahrhundert angestellten Versuche, daselbst das Christenthum zu begründen, gescheitert waren, hatte jeder fremde Einfluß in China aufgehört. Die Lage des Landes, welches auf der einen Seite von hohen Gebirgen und weiten Steppen, auf der anderen vom Meere umgeben wird, und der unbewegliche ausschließende Charakter der Bevölkerung hatte die Behauptung einer vereinzelten Stellung lange möglich gemacht. China war den Fremden nur auf zwei Punkten geöffnet: zu Lande und im Norden den Russen in Kiachta, und dem Seehandel im Süden zu Kanton, wo die Europäer aber nur im Herbst, und nur mit einer Anzahl von der Regierung privilegirter chinesischer Kaufleute, Hong genannt, in Verkehr treten durften. Ein gewisser Grad von äußerer Gesittung, welcher von China früh erreicht worden, auf dem dasselbe dann aber stehen geblieben war, der Umstand, daß die Chinesen sich selbst genügten, während sie von den Fremden gesucht wurden, und ihre gänzliche Unbekanntschaft mit den Fortschritten, namentlich dem Heer- und Flottenwesen Europa's, hatte ihnen eine blinde Zuversicht auf ihre Macht und eine große Verachtung des Auslandes eingeflößt. Sie sollten von diesem Wahn auf eine sie im höchsten Grade demüthigende Weise zurückgebracht werden.

Die Engländer hatten für den ihnen, seit dem Anfange des achtzehnten Jahrhunderts, zu einem Bedürfniß gewordenen Thee bisher ungeheure Summen nach China geschickt, daselbst aber von ihren eigenen Erzeugnissen wenig oder nichts abgesetzt. In neuester Zeit hatten die Chinesen angefangen, sich dem Genuß des Opiums mit Leidenschaft hinzugeben. Von der ostindischen Kompagnie waren auf ihrem Gebiet große Opiumpflanzungen angelegt worden, deren Erzeugnisse die Chinesen außerordentlich theuer bezahlten. Da der Gebrauch des Opiums immer allgemeiner wurde, so neigte sich der Handelsvortheil, welcher früher ausschließend bei China gewesen, auf Seite England's hin. Von der chinesischen Regierung wurde jetzt die Einfuhr des Opiums wegen seiner narkotischen Wirkung verboten, obgleich dieselbe sonst manche schädliche und selbst abscheuliche Gewohnheiten unter ihren Unterthanen duldet, wenn sie nur die Staatseinnahmen nicht beeinträchtigen. Der Schleichhandel mit Opium nahm in Folge dieses Verbotes eine große Ausdehnung ein. Vergebens wurde auf den Kauf und Gebrauch des Opiums die Todesstrafe gesetzt, und in mehren Fällen vollzogen. Die Neigung dazu war mächtiger als die Furcht. Endlich nahmen die chinesischen Behörden 20,291 Kisten Opium, welche einen großen Geldwerth

darstellten, von englischen Handelsschiffen fort. Nach fruchtlosen Unterhandlungen kam es zum Kriege, von dessen Ausgange die Chinesen in ihrer Verblendung und Unwissenheit keine Ahnung hatten.

Am 24. Mai 1841 wurde Kanton von 2400 Engländern unter dem Marinekapitain Elliot, gegen 45,000 Chinesen, welche eine durch Natur und Kunst starke Stellung inne hatten, angegriffen. Alle chinesischen Befestigungen wurden im ersten Anlauf genommen, ihre Batterien zum Schweigen gebracht, ihre Kriegsschiffe versenkt oder verbrannt. Nachdem die Engländer Verstärkungen an sich gezogen, erzwangen sie den Eingang zu dem von Peking nach dem Meere gehenden, schönsten und größten, Kanal China's, der Kaiserstrom genannt, welcher die Pulsader des Reiches ist, indem auf ihm dem weniger fruchtbaren Norden die Erzeugnisse des reichen Südens zugeführt werden. Im Mai 1842 wurde Tschinkiang (Stromeshut), eine der stärksten chinesischen Festungen, von den Engländern besetzt. Die Chinesen waren außer Stande einen irgend wie erheblichen Widerstand zu leisten. Die Engländer hätten, wenn sie gewollt, bis nach Peking vordringen, und „dem Sohne des Himmels", wie der Kaiser von China von seinen Unterthanen genannt wird, einen Besuch abstatten können. Da aber die Engländer nicht Eroberungen machen, sondern sich Handelsvortheile sichern wollten, so kam am 29. August 1842 in Nanking eine Friede zu Stande, vermöge dessen die Insel Hongkong, unfern Macao gelegen, die Bocca Tigris und den Zugang zu Kanton beherrschend, an Großbritannien abgetreten, die fünf Häfen: Kanton, Amoi, Futscheu, Ningpo und Schanghai aber dem Handel aller Nationen geöffnet wurden. Die sich unaufhörlich erneuernden Niederlagen der chinesischen Kriegsmacht zu Land und zu Wasser, der Friede zu Nanking, der die Ohnmacht des Pekinger Hofes vor allen Augen enthüllte, erregten im Volk eine lebhafte Unzufriedenheit, und ermuthigte die zahlreiche Klasse derer, welche im geheimen mit den bestehenden Verhältnissen seit lange unzufrieden waren, zu offenem Widerstand. Es entstand eine große Bewegung gegen die kaiserliche Regierung, die in den südlichen Küstenstrichen begann, sich aber bald in das Innere des Landes ausbreitete, und von einer durch einen gewissen Hung-sing-tsiuen gestifteten Sekte, deren Mitglieder sich Taiping (Männer des allgemeinen Friedens) nennen, ausging. Diese Bewegung hatte einen nationalen Zweck, indem sie die eigentlichen Chinesen von der Herrschaft der Mandschu befreien sollte, nahm aber zugleich einen religiösen, nach einzelnen Ideen und Formen zu urtheilen, halbchristlichen Charakter an. Die Stärke, die wahre

Tendenz dieser Sekte, die verschiedenen Phasen, welche sie in der letzten Zeit durchlaufen hat, sind noch so ungewiß, dunkel und voller Widersprüche, daß ein bestimmtes Urtheil über sie unmöglich ist, und nähere Aufklärungen von der Zukunft abgewartet werden müssen. So viel scheint aber schon jetzt klar zu sein, daß dieser Aufstand, von welcher Natur er auch sein mag, die chinesische Regierung noch mehr als bisher geschwächt hat. Es kam wegen Beleidigung der englischen Flagge durch den Vicekönig von Kanton, Yeh, wiederum zu Streitigkeiten zwischen Chinesen und Engländern, in Folge deren der Admiral Seymour Kanton bombardiren und die Vertheidigungswerke zerstören ließ. Am 31. December 1857 wurde Kanton von den Engländern, denen sich ein französisches Geschwader mit Landungstruppen angeschlossen hatte, mit Sturm genommen, und Yeh gefangen nach Kalkutta abgeführt. Die englisch-französische Flotte segelte nach der Mündung des Peiho, und machte Miene, den Fluß hinaufzufahren und bis in die Nähe von Peking vorzugehen. Da wurde die chinesische Regierung endlich ihrer Ohnmacht sich bewußt, und schloß mit den Bevollmächtigten England's und Frankreich's, Lord Elgin und Baron Gros, einen Vertrag ab, vermöge dessen China den Engländern 2 Mill. Pfd. Sterl., den Franzosen 1,500,000 Pfd. Sterl. Entschädigung für ihre Kriegskosten, und Religions- und Handelsfreiheit versprach (7. Juli 1859). Als aber die Chinesen Schwierigkeiten erhoben und Treulosigkeiten begingen, brach der Krieg von Neuem aus, der mit der Einnahme Peking's durch die Verbündeten und der Unterwerfung der chinesischen Regierung unter die von den Siegern aufgestellten Friedensbedingungen endigte.

Auch Japan, dieses bis in die letzte Zeit den Europäern, mit Ausnahme der Holländer, unzugänglich gebliebene Land, hat sich dem Andrange der großen Weltbewegung, die alles, mit oder wider Willen, in ihre Kreise zieht, erschließen müssen. Die Nordamerikaner, von den Erfolgen, welche die Engländer über die Chinesen davon getragen, zur Nacheiferung gereizt, glaubten, daß Japan einer ernsten Aufforderung zum Verkehr mit ihnen nicht lange widerstehen werde. Sie hatten sich nicht geirrt. Die japanesische Regierung war schon seit einiger Zeit überzeugt, daß ihr System der Abschließung nicht ferner durchgeführt werden könne. Im Jahre 1853 erschien der Kommodor Parry mit einem Geschwader vor Jeddo, ward freundlich empfangen, und legte die Grundzüge zu einem zwischen den beiden Staaten abzuschließenden Handelsvertrage vor, der von der japanesischen Regierung angenommen wurde. Dieses Beispiel wurde von England am 14. Oktober 1854,

von Rußland am 26. Januar 1855 befolgt. Später hat Japan, erst nach den Vereinigten Staaten, dann nach Europa Gesandtschaften zur Anknüpfung von Handelsverbindungen abgeschickt, und ist mit der christlichen und civilisirten Welt in einen regelmäßigen Verkehr getreten, der, wie es scheint, einen dauernden Charakter annehmen wird.

Britten, Franzosen und Holländer streben danach die vielen, im indischen und stillen Ocean liegenden, zum Theil Kontinenten gleichenden, Inseln zu einer Pflanzstätte für Europa zu machen, aber von England ist sowohl für Entdeckung als Niederlassung in diesen Gegenden am meisten gethan worden. Die Kolonisation Australien's hat einen alle Erwartungen übertreffenden Fortgang genommen. In Neuseeland, den Marquesas-, Gesellschafts-, Sandwichsinseln ist das Christenthum, und dies nicht in der Weise wie einst von Spaniern und Portugiesen in Amerika, eingeführt worden. In der Südsee wird künftig, besonders nach Durchstechung der Landenge von Panama, ein reiches Leben erblühen, und den Küstenländern des atlantischen Oceans eine gefährliche Nebenbuhlerschaft bereiten.

Register

über den vierzehnten bis achtzehnten Band.

(Die römische Zahl bezeichnet den Band, die arabische die Seitenzahl.)

C.

D.

H.

L.

O.

P.

S.

T.

U.

V.

W.

Y.

Z.

Druck der Hofbuchdruckerei (H. A. Pierer) in Altenburg.